

Theodor Heuss
Der Bundespräsident
Briefe 1949–1954

Theodor Heuss
Stuttgarter Ausgabe
Briefe

Herausgegeben von der
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Wissenschaftliche Leitung
Ernst Wolfgang Becker

Editionsbeirat
Wolfgang Hardtwig, Hans Peter Mensing,
Angelika Schaser, Andreas Wirsching

De Gruyter

Theodor Heuss

Der Bundespräsident

Briefe 1949–1954

Herausgegeben und bearbeitet von
Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt und Wolfram Werner

De Gruyter

Träger des Editionsprojekts:
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus
Im Himmelsberg 16, 70192 Stuttgart
www.stiftung-heuss-haus.de

ISBN 978-3-598-25127-6
e-ISBN 978-3-11-023236-3

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data
A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress
Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Umschlag:

Foto: Bundespräsident Theodor Heuss, um 1950; Fotograf: Meyer-Pfeiffer, Bonn;
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, B 145 Bild-617.
Brief: Theodor Heuss an Gustav Heinemann, 11. 10. 1950, in: AdsD, NL Heinemann, T. 1,
Korrespondenz 1.–15. 10. 1950, abgedruckt auf S. 178.

© 2012 Walter de Gruyter GmbH & Co. KG, Berlin/Boston

Satz: Dr. Rainer Ostermann, München

Druck: Strauss GmbH, Mörlenbach

∞ Gedruckt auf säurefreiem Papier

Printed in Germany

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort des Editionsbeirates	7
Theodor Heuss: Lebensstationen	11
Ernst Wolfgang Becker und Martin Vogt	
Einführung	
Die andere Seite der Macht: Die Autorität des Bundespräsidenten	
Briefe von Theodor Heuss 1949–1954	15
Zur Edition	65
Verzeichnis der Briefe	71
Briefe	103
Anhang	583
Bildnachweis	585
Abkürzungen	586
Quellen und Literatur	589
Biographisches Personenregister	607
Sachregister	669

Vorwort des Editionsbeirates

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist die einer stabilen Demokratie. An ihrem Anfang standen 1945 Theodor Heuss, Konrad Adenauer, Kurt Schumacher, Elisabeth Selbert, Helene Weber und andere Männer und Frauen, die nach den Katastrophen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges einen demokratischen Neuanfang wagten – freilich unter den engen Rahmenbedingungen, welche die Besatzungsmächte nach der Befreiung vorgaben. Ohne den Rückgriff auf demokratische Traditionen, wie sie in der deutschen Geschichte in Personen wie Heuss greifbar sind, hätte die Demokratie in Deutschland vermutlich nicht so nachhaltig Fuß fassen können.

Mit der Werkausgabe „Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe“ wird eine moderne Edition vorgelegt, die wichtige Zeugnisse zur deutschen Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bereithält. Sie lädt dazu ein, die seit Jahren anschwellende Krisenrhetorik, die Systemschwächen der Bundesrepublik diagnostiziert, mit der Bilanz einer letztendlich erfolgreichen Gründungsgeschichte zu kontrastieren.

Im Einzelnen sprechen mehrere Gründe für die Herausgabe der Werke von Theodor Heuss. Zum einen erhielt die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus vom Deutschen Bundestag den gesetzlichen Auftrag, „das Andenken an das Wirken des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss, für Freiheit und Einheit des deutschen Volkes, für Europa, für Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren und einen Beitrag zum Verständnis der jüngeren Geschichte sowie der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten“ und den Nachlass „für die Interessen der Allgemeinheit in Wissenschaft, Bildung und Politik auszuwerten.“ Dazu dient auch die „Veröffentlichung von Archivbeständen“ (Errichtungsgesetz der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus vom 27. Mai 1994).

Hinter diesem Auftrag klingt zum anderen als ein weiterer wesentlicher Beweggrund für eine Edition die historische und politische Bedeutung von Heuss an. Als erstes Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland hat er das Amt des Bundespräsidenten durch sein stilsicheres, umsichtiges und souveränes, intellektuell anspruchsvolles Auftreten nachhaltig geprägt. Während der schwierigen Formationsphase der 1949 neu begründeten, noch ungesicherten Demokratie bewies er in dieser Funktion eine bemerkenswerte innen- und außenpolitische Sensibilität. Darüber hinaus steht Theodor Heuss für die liberale Tradition deutscher Demokratiegeschichte im 20. Jahrhundert, die er als Politiker, als außerordentlich produktiver Publizist, als engagierter Hochschullehrer und ehrenamtlicher Verbandsfunktionär mitgeprägt hat. Diese Erfahrungen, die Heuss während

der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gesammelt hatte, bildeten in der posttotalitären Situation nach 1945 ein entscheidendes politisches Kapital, das der Wiedererrichtung einer demokratischen Republik auf deutschem Boden zu dauerhaftem Erfolg verholpen hat.

Ein weiterer Grund für die Editionsreihe liegt in dem glücklichen Umstand, dass sich das vielfältige Wirken von Theodor Heuss in einer ungewöhnlich umfangreichen Überlieferung von hohem historischen und literarischen Wert niedergeschlagen und erhalten hat. Sein Nachlass, die Präsidentenakten aus seiner Amtszeit 1949–1959 sowie die vielschichtigen Parallelbestände weisen ihn als einen *Homme de Lettres* aus, der intellektuelle Reflexion und Übernahme von politischer Verantwortung in Einklang zu bringen vermochte. Seine zahlreichen Reden, Briefe und Schriften zu einer Vielzahl zeitgeschichtlicher Schlüsselthemen dokumentieren, in welchem ungewöhnlichen Ausmaß er über die politischen und kulturellen Instrumente des Bildungsbürgers verfügte.

Schließlich soll die „Stuttgarter Ausgabe“ wissenschaftliche Untersuchungen zum Leben und Werk von Theodor Heuss und zum Amt des Bundespräsidenten anregen. Trotz einiger Teilstudien sind die Forschungen zu Heuss noch immer lückenhaft. Zahlreiche biographische Aspekte sind aufzuarbeiten und problemorientiert in den zeitgeschichtlichen Kontext einzubetten. Vor allem kann die Edition Impulse geben für weitere anspruchsvolle und umfassende Biographien über Theodor Heuss, die wissenschaftlichen Standards genügen.

Die „Stuttgarter Ausgabe“ gliedert sich nach Gattungen in vier Reihen: Briefe, Schriften, Reden, Gespräche. Diese Kommunikationsformen handhabte Heuss gekonnt. In ihnen kommt die ganze Bandbreite seiner Biographie wie auch seiner zahlreichen Tätigkeiten und Funktionen zum Ausdruck: So begegnet uns nicht allein der „öffentliche“ oder „offizielle“ Heuss, sondern auch der zurückgezogen arbeitende Schriftsteller, der Freund, Ehemann und Vater. Die Edition macht historische Prozesse und Entscheidungen über einen biographischen Einstieg zugänglich und besser verständlich. Sie wendet sich nicht nur an die Forschung, sondern auch an die interessierte Öffentlichkeit. Dies vor Augen, liegt der Edition das Konzept einer leserfreundlichen, aber auch wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Studienausgabe zugrunde. Dass es sich dabei angesichts der Überfülle des überlieferten Materials nur um eine Auswahledition handeln kann, liegt auf der Hand.

Die „Stuttgarter Ausgabe“ beginnt mit der Reihe der Briefe, die – chronologisch angeordnet – in acht Bänden veröffentlicht werden. Die noch weitgehend unbekannt Korrespondenz von Theodor Heuss gibt einen außergewöhnlichen Einblick auch in jene Aspekte seiner Biographie, die er der öffentlichen Rede oder Publizistik nicht anvertraut hat. Vor allem die Briefe an Familienangehörige, Freunde, Bekannte und Personen der Zeitgeschichte, nicht zuletzt aber auch die

Kontakte zu „einfachen“ Bürgern machen den Facettenreichtum seiner Persönlichkeit und seines Wirkens deutlich. Der weitverzweigte, die Jahre 1892–1963 umfassende Schriftverkehr zeigt außerdem, wie Heuss über das traditionelle liberale und demokratische Lager hinaus als Kommunikator wirkte und dazu beitrug, dass ein von antitotalitären Überzeugungen getragenes Beziehungsnetz das „Dritte Reich“ überdauern konnte. Es werden – mit Ausnahme des bereits erschienenen Bandes „Hochverehrter Herr Bundespräsident. Der Briefwechsel mit der Bevölkerung 1949–1959“ – ausschließlich Schreiben von Heuss abgedruckt, die Gegenkorrespondenz aber im Kommentar berücksichtigt.

Nachdem seit Herbst 2007 bereits fünf Briefbände der „Stuttgarter Ausgabe“ erschienen sind, freuen wir uns, hiermit den Band mit den Briefen der Jahre 1949–1954 vorlegen zu können. Schon in seiner ersten Amtszeit als Bundespräsident legte Theodor Heuss nach der nationalsozialistischen Katastrophe das Fundament für eine neue Tradition in der deutschen Geschichte. Seine zentrale Aufgabe sah er darin, die Bürger für ihre demokratischen Rechte und Pflichten zu sensibilisieren. Unter dem Stichwort „Entkrampfung“ wollte er die Deutschen zu einer positiven Einstellung zu ihrer Geschichte, zur Demokratie und zum bundesrepublikanischen Staat erziehen. Durch dieses Amtsverständnis wie auch seine bürgerliche, anspruchsvolle und zugleich volkstümliche, weil nicht zuletzt humorvolle Amtsführung trug er maßgeblich dazu bei, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in den jungen, noch fragilen Staat zu integrieren. Aus den hier abgedruckten Briefen wird deutlich, dass die Symbolpolitik des ersten Bundespräsidenten als identitätsstiftende Leistung ein zutiefst politischer Akt war, der es großen Teilen der Bevölkerung wesentlich erleichterte, sich in der jungen Bundesrepublik zurechtzufinden und sich mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung anzufreunden.

Ohne die tatkräftige Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in zahlreichen Archiven, Bibliotheken und anderen Einrichtungen sowie vieler Privatpersonen hätte dieses Projekt nicht so umfassend und sorgfältig durchgeführt werden können. Wir danken an dieser Stelle vor allem der Schwiegertochter von Theodor Heuss, Ursula Heuss-Wolff (†), und dem Enkel, PD Dr. Ludwig Theodor Heuss, die dem Editionsvorhaben das umfangreiche Familienarchiv mit der Privatkorrespondenz von Theodor Heuss großzügig und vertrauensvoll zur Verfügung stellten und das Projekt in jeder Hinsicht unterstützten. Unser Dank gilt gleichfalls der Robert Bosch Stiftung, der Baden-Württemberg Stiftung, der Würth-Gruppe, der Daimler AG, der Wüstenrot-Stiftung, der Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG, der Landesbank Baden-Württemberg, der Willy-Körner-Stiftung sowie Ralf Lord Dahrendorf (†). Sie haben mehrere Bände der Briefedition mit erheblichen Mitteln gefördert. Und schließlich danken wir dem wissenschaftlichen Leiter der „Stuttgarter Ausgabe“ und Herausgeber des Bandes, Dr. Ernst Wolfgang Becker, und den beiden Mitherausgebern, Prof. Dr. Martin

Vogt und Dr. Wolfram Werner, für ihren wesentlichen Beitrag zum Gelingen dieses Werkes und für die gute Zusammenarbeit.

Prof. Dr. Wolfgang Hardtwig, Dr. Hans Peter Mensing,
Prof. Dr. Angelika Schaser, Prof. Dr. Andreas Wirsching

Theodor Heuss: Lebensstationen

- 1884 31. 1. Geburt von Theodor Heuss in Brackenheim/Württemberg
- 1890 Umzug nach Heilbronn
- 1892 Eintritt in das humanistische Karls gymnasium
- 1902 Abitur
Erste Begegnung mit Friedrich Naumann
Beginn des Studiums der Neuphilologie und Nationalökonomie an der Universität München
- 1905 Abschluss des Studiums der Nationalökonomie mit einer Dissertation zum Thema „Weinbau und Weingärtnerstand in Heilbronn a. N.“ (Veröffentlichung 1906)
Redakteur der Wochenzeitschrift „Die Hilfe“ in Berlin (bis 1912)
Erste Begegnung mit Elly Knapp
- 1907 Erfolgreicher Reichstagswahlkampf für Friedrich Naumann in Heilbronn
- 1908 11. 4. Hochzeit mit Elly Knapp (Pfarrer: Albert Schweitzer)
- 1910 5. 8. Geburt des Sohnes Ernst Ludwig
- 1912 Chefredakteur der „Neckar-Zeitung“ in Heilbronn (bis 1917)
Erfolgreiche Kandidatur für den württembergischen Landtag
- 1913 Schriftleiter der Kulturzeitschrift „März“ (bis 1917)
- 1918 Mitarbeit in der Geschäftsstelle des Deutschen Werkbundes in Berlin (hauptamtlich bis 1921)
Schriftleiter der Zeitschrift „Deutsche Politik“ (bis 1922)
Beginn der politischen Arbeit für die Deutsche Demokratische Partei (DDP)
- 1919 Erfolgreiche Kandidatur für die Verfassunggebende Nationalversammlung
Wahl zum Mitglied der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung, seit 1920 der Schöneberger Bezirksversammlung
- 1920 Studienleiter (bis 1925) und Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik
6. 6. Erfolgreiche Kandidatur bei den Wahlen zum 1. Reichstag
- 1922 Schriftleiter der Zeitschrift „Die Deutsche Nation“ (bis 1925)
- 1924 Wahl zum Vorstandsmitglied des Deutschen Werkbundes
4. 5. Wahl in den 2. Reichstag für die DDP
7. 12. Wahl in den 3. Reichstag für die DDP
- 1925 5. 4. Wahl zum 1. Vorsitzenden des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller (Rücktritt 1926)
- 1928 20. 5. Erfolgreiche Kandidatur bei den Wahlen zum 4. Reichstag

- 1930 14. 9. Wahl in den 5. Reichstag für die Deutsche Staatspartei (DStP)
- 1932 Veröffentlichung von „Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus“
31. 7. Wahl in den 6. Reichstag für die DStP
6. 11. Erfolgreiche Kandidatur bei den Wahlen zum 7. Reichstag
- 1933 1. 1. Herausgeber der „Hilfe“
5. 3. Wahl in den 8. Reichstag für die DStP
23. 3. Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz
3. 5. Aberkennung der Dozentur an der Deutschen Hochschule für Politik
10. 5. Verbrennung zweier Bücher von Theodor Heuss
12. 7. Aberkennung des Reichstagsmandats
29. 9. Rücktritt vom Vorstand des Deutschen Werkbundes
- 1936 Rücktritt von der Herausgeberschaft der „Hilfe“
- 1937 Veröffentlichung der Biographie über Friedrich Naumann
- 1939 Veröffentlichung der Biographie über den Architekten Hans Poelzig
- 1940 Veröffentlichung der Biographie über den Zoologen Anton Dohrn
- 1942 Veröffentlichung der Biographie über den Chemiker Justus von Liebig
Beginn der Arbeit an der Biographie über den Unternehmer Robert Bosch (Veröffentlichung 1946)
- 1943 August–Oktober: Flucht aus Berlin über Heilbronn und den Boschhof (Oberbayern) nach Heidelberg
Dezember: Treffen mit Carl Goerdeler
- 1945 5. 9. Verleihung der Lizenz für die Herausgabe der „Rhein-Neckar-Zeitung“ in Heidelberg (bis Ende 1949)
24. 9. Vereidigung zum Kultusminister von Württemberg-Baden
Ende September: Umzug nach Stuttgart
- 1946 6. 1. Wahl in den Vorstand der Demokratischen Volkspartei (DVP) von Württemberg-Baden
30. 6. Wahl in die Verfassunggebende Landesversammlung von Württemberg-Baden
29. 9. Wahl zum Vorsitzenden der DVP in der amerikanischen Zone
24. 11. Wahl in den 1. Landtag von Württemberg-Baden
- 1947 17. 3. Wahl zum Mitvorsitzenden (gemeinsam mit Wilhelm Külz) der gesamtdeutschen liberalen Demokratischen Partei Deutschlands (DPD)
- 1948 12. 1. Ernennung zum Honorarprofessor für politische Wissenschaften an der Technischen Hochschule Stuttgart
18. 1. Scheitern der DPD
1. 9. Beginn der Tätigkeit als Abgeordneter im Parlamentarischen Rat (bis 23. 5. 1949)
12. 12. Wahl zum Vorsitzenden der westzonalen FDP

- 1949 14. 8. Wahl in den 1. Deutschen Bundestag
12. 9. Wahl zum ersten Bundespräsidenten
21. 9. Niederlegung des Vorsitzes der FDP
7. 12. Rede „Mut zur Liebe“ vor der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Wiesbaden
- 1950 23. 6. Stiftung des Silbernen Lorbeerblattes
Dezember: Wechsel des Amtssitzes von der Viktorshöhe in Bad Godesberg in die Villa Hammerschmidt in Bonn, Koblenzer Straße 135
31. 12. Vorstellung der „Hymne an Deutschland“ in der Silvesteransprache
- 1951 Juli: Bruch des Armes während eines Urlaubs in Oberbayern
September: Veröffentlichung des Essays über Otto von Bismarck
7. 9. Stiftung des Bundesverdienstkreuzes
27. 11. Gründung der „Dankspende des Deutschen Volkes“
- 1952 April/Mai: Briefwechsel mit Konrad Adenauer zur Erklärung des „Deutschlandliedes“ zur Nationalhymne
31. 5. Wiederbegründung des Ordens Pour le mérite (Friedensklasse)
10. 6. Ersuchen um ein Rechtsgutachten beim Bundesverfassungsgericht zur Klärung der Verfassungsgemäßheit der EVG-Verträge
19. 7. Tod von Elly Heuss-Knapp
30. 11. Rede „Das Mahnmal“ zur Einweihung des Ehrenmals im ehemaligen KZ Bergen-Belsen
9. 12. Rücknahme des Gutachtensuchens zum EVG-Vertrag beim Bundesverfassungsgericht
- 1953 21. 6. Rede vor dem Deutschen Bundestag zum Gedenken an die Toten des Aufstandes vom 17. Juni in der DDR
September: Veröffentlichung der Jugenderinnerungen „Vorspiele des Lebens“
20. 10. Verabschiedung Thomas Dehlers aus dem Amt des Bundesjustizministers
- 1954 23. 1. Überreichung der Bibliographie der Schriften und Reden von Theodor Heuss und Elly Heuss-Knapp in Stuttgart
31. 1. 70. Geburtstag und Veröffentlichung der Festschrift „Begegnungen mit Theodor Heuss“
April: Kuraufenthalt in Bad Kissingen
17. 7. Wiederwahl zum Bundespräsidenten in Berlin
19. 7. Rede „Vom Recht zum Widerstand – Dank und Bekenntnis“ zur 10. Wiederkehr des 20. Juli 1944 in Berlin
4. 8. Übernahme des Protektorats über den Orden Pour le mérite (Friedensklasse)
12. 9. Beginn der zweiten Amtszeit

- 1955 Auseinandersetzungen mit der FDP wegen des Saar-Abkommens
- 1956 14.–22. 5. Staatsbesuch in Griechenland
12. 9. Rede „Zur Kunst dieser Gegenwart“ in Baden-Baden
- 1957 Januar: Besuch im Saarland nach dessen Beitritt zur Bundesrepublik
Februar/März: Erkrankung an einer Lungenentzündung, anschließend
Kuraufenthalt in Badenweiler
5.–13. 5. Staatsbesuch in der Türkei
19.–28. 11. Staatsbesuch in Italien und im Vatikan
- 1958 28. 5.–4. 6. Staatsbesuch in Kanada
4.–23. 6. Staatsbesuch in den USA
20.–23. 10. Staatsbesuch in Großbritannien
- 1959 Auseinandersetzungen um die dritte Amtszeit und die Nachfolge des
Bundespräsidenten
12. 3. Rede „Soldatentum in unserer Zeit“ vor der Führungsakademie
der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese
12. 9. Ende der zweiten Amtszeit
- 1960 Reisen nach Frankreich, Israel und Indien
- 1963 Veröffentlichung der „Erinnerungen 1905–1933“
12. 12. Tod von Theodor Heuss in seinem Haus in Stuttgart

Ernst Wolfgang Becker und Martin Vogt

Einführung

Die andere Seite der Macht: Die Autorität des Bundespräsidenten Briefe von Theodor Heuss 1949–1954

Im Mai 1951 starteten die „Hessischen Nachrichten“ einen Generalangriff auf die Amtsführung des Bundespräsidenten.¹ Der Bonner Korrespondent des Blattes kritisierte unter der Überschrift „Der ‚isolierte‘ Bundespräsident“, dass Theodor Heuss entgegen seiner ursprünglichen Absicht und trotz seiner „so zahlreichen, wohlformulierten Reden“ den Kontakt zum Volk verloren habe. Das Staatsoberhaupt habe zu wichtigen innenpolitischen Problemen wie dem drohenden Generalstreik um das Mitbestimmungsrecht, der Entwicklung der Löhne und Preise oder grundsätzlichen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik geschwiegen, anstatt aktiv vermittelnd einzugreifen. Heuss selber sei zweifelsohne aufgeschlossen gegenüber den brennenden Problemen im Nachkriegsdeutschland und dränge „zur politischen Betätigung“; doch daran hindere ihn, so die Diagnose des Journalisten, eine einflussreiche Ministerialbürokratie im Bundespräsidialamt. Dieser Beraterkreis lege die im Grundgesetz verankerten Kompetenzen des Bundespräsidenten derart restriktiv aus, dass er ihn zur Enthaltensamkeit bei politischen Stellungnahmen verpflichtete. Auf diese Weise gelänge es den Ministerialbeamten, Konflikte mit dem eigentlichen Machtzentrum, dem Bundeskanzler, zu vermeiden, dem sie sich ohnehin stärker verpflichtet fühlten. Dermaßen gesteuert, unterzeichne das Staatsoberhaupt ohne inhaltliche Prüfung alle vom Parlament verabschiedeten Gesetze. Und schließlich Sorge der Chef des Bundespräsidialamtes dafür, dass nur diejenigen Zugang zum Bundespräsidenten bekommen, die Gewähr für einen unpolitischen Gesprächsverlauf geben würden. So werde das Staatsoberhaupt „*durch das feinmaschige Netz, das die Ministerialbürokratie um ihn gelegt hat, systematisch von einer engen Verbindung mit dem Volk getrennt.*“ Es sei nun an der Zeit, den ersten Mann im Staate daran zu erinnern, „die Verpflichtung einzulösen, die er mit der Übernahme seines Amtes eingegangen sei.“

Politische Abstinenz, Isolierung vom Volk und Fremdbestimmung – diese Kritik drohte den Bundespräsidenten in Misskredit zu bringen und dessen Würde zu verletzen, gar ihn der Lächerlichkeit preiszugeben. Die geharnischte Antwort

¹ Vgl. auch im Folgenden GERD ZEPTER: Der „isolierte“ Bundespräsident, in: Hessische Nachrichten, 4. 5. 1951.

ließ nicht lange auf sich warten.² In einem Brief an die Redaktion, der kurz darauf in den „Hessischen Nachrichten“ abgedruckt wurde, stellte sich Theodor Heuss zum einen vor seine Mitarbeiter. Er warf der Zeitung in der „Sachdarstellung des Arbeitsbetriebs im Bundespräsidialamt eine Fehldarstellung nach der anderen“ vor: „Alle diese Erzählungen über die Art der Unterrichtung, über die Tendenz der Beratung, über die seltsame Vorkontrolle, wer zum Bundespräsidenten vorgelassen werde, über die Abschirmung zur ‚Opposition‘ sind einfach erfundene Märchen“. Zum anderen wies er darauf hin, wie er sein Amt verstehe und ausübe. Er greife durchaus in die eine oder andere Streitfrage ein, doch dies sei kein Politikstil, der sich „im lauten Agieren“ gefalle, sondern zeige,

„daß ein menschliches Vertrauensverhältnis des Beratens zu den verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Gruppen möglich und auch fruchtbar ist, ohne daß es in seinen Einzelzügen plakatiert wird. Daß der Bundespräsident, auch wenn er persönlich sehr dezidierte Meinungen besitzt, öffentlich nicht in die stoffliche Auseinandersetzung über Angelegenheiten der Legislative eingreift, liegt nun einmal im Sinne seines Amtes als ‚pouvoir neutre‘“.

Theodor Heuss wollte also auch als neutrale Instanz sein Amt nicht allein auf Repräsentationsaufgaben beschränkt wissen, sondern durchaus auch politisch wirken, indem er über persönliche Kontakte Einfluss nahm, für Verständnis anderer Positionen warb, vermittelte und in Reden Stellung bezog. Hingegen lehnte er es ab, öffentlich in die tagespolitischen Auseinandersetzungen einzugreifen. Das fragile Machtgefüge des jungen Staates sollte nicht gefährdet werden.

Heuss war sich des Dilemmas, das aus diesem überparteilichem Anspruch erwuchs, bewusst, wie er im Januar 1953 einem alten Freund erklärte: „Eine bestimmte Reihe von Politikern meint, der Bundespräsident müsse in den tagespolitischen Kämpfen deutlicher Stellung beziehen – ich glaube, Du hast auch diese Auffassung. Wenn ich das aber tue, dann heißt das Echo: Er ergreift ja Partei, er verläßt seine überparteiliche Position usw. usw.“³ Noch deutlicher wurde Heuss, als ihm seine kritischen Äußerungen über die Korporationen und Burschenschaften als Verletzung der Unparteilichkeit seines Amtes vorgeworfen wurden: „Es wird dann gern von mir Meinungslosigkeit beansprucht, wenn meine Meinung nicht gerade der Meinung dessen entspricht, der sie nicht teilt; man ist sehr für eine Meinungsäußerung von mir, wenn man von mir eine Stützung der eigenen Meinung erwartet.“⁴

In der Regel verstrickte sich der Bundespräsident nicht in dieser Aporie, sondern er übte sein Amt mit öffentlicher Zurückhaltung außerhalb der Arena des

² Vgl. auch im Folgenden Nr. 72.

³ Nr. 153.

⁴ Nr. 153, Anm. 12; vgl. auch Nr. 65.

politischen Konflikts aus. Dass daraus auch die Gefahr erwuchs, seine Person als banal und konfliktscheu und seine Amtsführung als einflusslos anzusehen, erkannte Heuss schon wenige Monate nach Amtsantritt, als er die Presse bat: „Verkitscht mich nicht!“ In den Zeitungen müsse er immer wieder lesen: „[...] der Bundespräsident ist schlicht, einfach, bescheiden. Mir wäre es lieber, sie würden schreiben, der Heuss ist ein ganz hochmütiges Luder.“⁵

Der erste Bundespräsident befand sich in der Tat auf schwierigem Terrain, als er nach 1949 seine Rolle im Gefüge der jungen Bundesrepublik finden und behaupten musste. Auf der einen Seite beanspruchte Heuss, dem Amt eine durchaus auch politische Relevanz zu verleihen; auf der anderen Seite wollte er vermeiden, in den Strudel der tages- und parteipolitischen Auseinandersetzungen gezogen zu werden, um das höchste Staatsamt nicht zu beschädigen und die Integrität des Staates nicht zu verletzen. Zwischen diesen beiden Polen versuchte er, dem neugeschaffenen Amt Profil zu verleihen. Doch bei aller Anerkennung, die er erfuhr, offenbarte sich ihm auch die Kehrseite seines Amtsverständnisses: die Verharmlosung und Entpolitisierung seiner Amtsführung in der öffentlichen Wahrnehmung.

In den Schreiben des Bundespräsidenten kommt zum Ausdruck, wie sich das Selbstverständnis und die Amtspraxis des Staatsoberhauptes herausbildeten und welche stilbildende Wirkung Heuss dem Amt allmählich verlieh. So hatte er das Amt in den Jahren bis 1954 in seinen Grundzügen geformt, während dann in der zweiten Amtszeit die auswärtige Repräsentation der Bundesrepublik im Vordergrund stand. Zugleich sind die Briefe eine erstrangige Quelle für wichtige Problemfelder der Nachkriegsgeschichte und für die Frage, welche Erwartungen sich aus Politik und Gesellschaft an den Bundespräsidenten richteten.

Ohnmacht und Macht des Bundespräsidenten in der Kanzlerdemokratie Das Amtsverständnis von Theodor Heuss zwischen Auctoritas und Potestas

Politische Führung in der Demokratie: Die Haltung von Theodor Heuss vor 1949

Theodor Heuss war durchaus nicht unvorbereitet, als er sich im September 1949 vor der Herausforderung sah, die Funktion des Staatsoberhauptes der Bundesrepublik Deutschland auszufüllen. Zeit seines Lebens hatte er sich mit dem Problem der politischen Führung beschäftigt. Im Wilhelminischen Kaiserreich plädierte er wie sein politischer Mentor Friedrich Naumann für ein parlamentarisches Volkskaisertum, während er in der Weimarer Republik für eine starke Autorität

⁵ Die Neue Zeitung, 14. 1. 1950.

des plebiszitär legitimierten Reichspräsidenten eintrat.⁶ Es entsprach den Demokratievorstellungen von Heuss, wenn er die Bedeutung von Führungspersönlichkeiten in der Demokratie als ein Gegengewicht zum Parlament herausstellte. Im Reichspräsidenten objektiviere sich die Einheit des Staates oberhalb des Parteienstreits. Er sei nicht bloß Repräsentationsorgan, sondern müsse auch „Macht und Führung“ zeigen und sei „eine Kraftquelle eigener Autorität und Legitimität, vielleicht auch gerade gegen das Parlament“.⁷ Nicht allein ein Mann des Ausgleichs, solle der Reichspräsident auch aktiv Politik betreiben und bei der Regierungsbildung das entscheidende Wort haben.

Wohin dies führen konnte, zeigte die Rolle, die Reichspräsident Paul von Hindenburg als treibende Kraft beim Niedergang der Weimarer Republik spielte.⁸ Sensibilisiert von diesen Erfahrungen, äußerte sich Heuss nach 1945 zurückhaltender über die Funktion eines Staatsoberhauptes. Schon im Frühsommer 1946 erklärte er im Zuge der Verfassungsberatungen für Württemberg-Baden das Zeitalter der „starken Männer“ in Deutschland für beendet. Einen Staatspräsidenten werde man

„in der geruhigeren Aufgabe sehen müssen, für kritische Situationen einfach da zu sein, um eingreifen zu können. Es soll ein Amt außerhalb der täglichen Gefährdung und Bewährung ausgesetzten parlamentarischen Regierung vorhanden sein – die Franzosen haben dafür den Begriff des *pouvoir neutre* geschaffen, der ‚neutralen‘ Macht, die den Staat als solchen über die tagespolitischen Schwankungen hinweg, in seiner Kontinuität darstellt.“⁹

Zur „politischen Kraft“ werde das Staatsoberhaupt, wenn es von einem Mann „mit gelassener Überlegenheit und dann auch mit zugreifendem Willen“ vertreten werde und die Umstände ein solches Eingreifen erforderlich machen, denn sonst „mag es geschehen, daß er zur bloßen Repräsentationsfigur wegsinkt, daß er sich schließlich – langweilt.“ Nicht dass Heuss Krisen wünschte, um das Staatsoberhaupt zu beschäftigen, doch jenseits der dürren Verfassungsbestimmungen sollte der erste Mann im Staat durch seine Persönlichkeit und Amtsführung durchaus auch politische Statur gewinnen.

Im Parlamentarischen Rat, wo Heuss als Vorsitzender der FDP-Fraktion an einigen Artikeln des Grundgesetzes wesentlichen Anteil hatte,¹⁰ sprach er sich schon in seiner ersten Grundsatzrede vor dem Plenum gegen ein mehrköp-

⁶ Vgl. J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 39f, 118–124.

⁷ Zit. n. ebd., S. 121f.

⁸ Vgl. W. PYTA, Hindenburg, S. 555–805.

⁹ Auch im Folgenden THEODOR HEUSS: Verfassungsfragen, in: Rhein-Neckar-Zeitung, 15. 6. 1946.

¹⁰ Vgl. zur Entstehung des Grundgesetzes M. F. FELDKAMP, Parlamentarische Rat; K. NICLAUSS, Weg; zum Anteil von Heuss vgl. E. W. BECKER, Bürger; DERS., Einführung, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 32–39; DERS., Theodor Heuss, S. 111–121; J. C. HESS, Verfassungsarbeit.

figes Direktorium an der Spitze des Staates aus und plädierte für einen Bundespräsidenten:

„Verkennen Sie nicht die Symbolkraft, die davon ausgeht, und vermeiden Sie das Provisorium eines Direktoriums, was dann in der Bevölkerung gleich wieder so ausgedeutet wird: man will also die verschiedenen Leute und Parteien mit daran beteiligt haben. Man muß schon den Mut haben, in das Strukturelle das Feste einzubauen.“¹¹

Ein plebiszitär gewählter Präsident kam für Heuss nicht infrage, weil dann das Amt mit starken machtpolitischen Kompetenzen hätte ausgestattet werden müssen. Bereits der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee hatte sich gegen die unmittelbare Volkswahl wie auch gegen einen starken Bundespräsidenten als eigenständigen Machtfaktor im Verfassungsgefüge ausgesprochen. Dieser Empfehlung folgte die Mehrheit im Parlamentarischen Rat. Die Konstruktion der Bundesversammlung aus den Mitgliedern des Bundestages und gewählten Vertretern der Landtage ging zum großen Teil auf Heuss zurück. Mit diesem Organ sollte der Wahl des Bundespräsidenten eine breite Legitimationsbasis gegeben werden.¹² Hingegen an den anderen Verfassungsbestimmungen, welche die Kompetenzen des Bundespräsidenten absteckten, war Heuss kaum beteiligt, zumal er dem zuständigen Organisationsausschuss nicht angehörte. Im Parlamentarischen Rat legte er vor allem Wert auf die Symbol- und Integrationskraft des Staatsoberhauptes, weniger auf die konkreten politischen Zuständigkeiten.

Die Wahl zum Bundespräsidenten

Als Bundespräsident betonte Heuss immer wieder, dass er „dieses Amt, das ich jetzt inne habe, keinen Augenblick erstrebt habe“.¹³ Vielmehr habe der ehemalige sozialdemokratische Reichspräsident Paul Löbe schon nach wenigen Verhandlungswochen im Parlamentarischen Rat Heuss' Kandidatur öffentlich ins Spiel gebracht.¹⁴ Heuss selber wollte ursprünglich auf eine Mitarbeit bei den Grundgesetzberatungen zugunsten eines jüngeren Karlsruher Parteifreundes verzichten, doch nach dessen Absage ließ er sich in die Pflicht nehmen und gewann in Bonn schnell an Profil über die Parteigrenzen hinweg: „[...] ich bin in diese Position, glaube ich, nur dadurch gekommen, daß ich 1948/49 die loyale Mittlerrolle zwischen den Gruppen gespielt habe.“¹⁵ Doch letztlich war es nicht allein seinem Vermittlungsgeschick im Parlamentarischen Rat zu verdanken, dass er im September 1949 für das höchste Staatsamt kandidierte, sondern dem Machtkalkül des starken Mannes in der CDU: Konrad Adenauer. Er und Heuss sprachen

¹¹ Rede auf der dritten Sitzung des Plenums, 9. 9. 1948, abgedruckt in: TH. HEUSS, Vater, S. 59.

¹² Vgl. J. C. HESS, Verfassungsarbeit, S. 60–64.

¹³ Nr. 173.

¹⁴ Vgl. Nr. 4.

¹⁵ Nr. 165.

sich nach der Bundestagswahl für eine Koalition aus den Unionsparteien, der FDP und der Deutschen Partei aus. Unmittelbar nach Verkündung der Wahlergebnisse kursierte der Name von Theodor Heuss für das Amt des Bundespräsidenten in der Presse.¹⁶ Der hessische FDP-Vorsitzende Martin Euler beglückwünschte ihn schon am 17. August, dass Adenauer ihn als kommendes Staatsoberhaupt ins Spiel gebracht habe:

„Ich habe mit großer Genugtuung aufgenommen, daß Adenauer in Ihnen den kommenden Präsidenten der Bundesrepublik sieht. Es dürfte in weitesten politischen Kreisen Einmütigkeit darüber bestehen, daß in Deutschland heute niemand ist, der dieses Amt auf so loyale und geistig repräsentative Weise auszuüben vermochte wie Sie.“¹⁷

Euler verband damit wohl auch die Hoffnung, einen innerparteilichen Widersacher loszuwerden. Nach entsprechenden Vorgesprächen mit seinen Parteifreunden setzte Adenauer auf der legendären Rhöndorfer Konferenz am 21. August 1949 gegenüber den Vertretern von CDU und CSU sein Ziel einer bürgerlichen Regierung unter seiner Führung durch. Ein wichtiges Zugeständnis an die FDP war die Unterstützung der Wahl des FDP-Vorsitzenden zum Bundespräsidenten.¹⁸

Doch auch noch jetzt verstummten nicht die Zweifel, ob mit Theodor Heuss der geeignete Kandidat gefunden sei. Die SPD verurteilte die Verknüpfung der Wahl mit der Koalitionsfrage und stellte Heuss' demokratische Zuverlässigkeit wegen seiner Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz 1933 infrage. Kreisen in der CDU und CSU war Heuss in kultur- oder wirtschaftspolitischen Fragen ein unsicherer Kantonist oder als Bildungsbürger ein Relikt aus dem 19. Jahrhundert.¹⁹ Doch mit der Kandidatur Kurt Schumachers kurz vor der Wahl eröffnete sich nur eine polarisierende Alternative, so dass sich die Reihen im bürgerlichen Lager im zweiten Wahlgang schlossen und Heuss am 12. September 1949 von der Bundesversammlung mit absoluter Mehrheit zum ersten Bundespräsidenten gewählt wurde. Drei Tage später folgte die Wahl von Adenauer zum Bundeskanzler mit der denkbar knappen Mehrheit von einer Stimme.

Kompetenzen des Bundespräsidenten

Der Vertreter der Schweiz bei der Alliierten Hohen Kommission, Albert Huber, beklagte die knappe Mehrheit bei der Bundespräsidentenwahl: „Die Hoffnung, daß die Wahl des ersten Bundespräsidenten auf breiter Basis zustande käme, hat sich nicht erfüllt.“ Doch er hoffe, dass der „Hader der Parteien [...] sich verflüchtigen wird“ angesichts der „Eigenschaften der Neutralität und Gerechtigkeit,

¹⁶ Vgl. Die Neue Zeitung, 16. 8. 1949.

¹⁷ N 1221, 56.

¹⁸ Vgl. U. WENGST, Auftakt, S. 33–41.; R. MORSEY, Rhöndorfer Weichenstellung; DERS., Bildung.

¹⁹ Vgl. auch im Folgenden E. W. BECKER, Theodor Heuss, S. 122f.

welche Heuss eigen zu sein scheinen.“²⁰ Die Antrittsrede des frisch gekürten Bundespräsidenten vor der Bundesversammlung gab dem Gesandten Anlass zu dieser Hoffnung. Heuss, dem mangelnde politische Durchsetzungskraft vorgeworfen wurde, betonte, „daß dieses Amt, in das ich gestellt bin, keine Ellbogenveranstaltung ist, sondern daß es den Sinn hat, über den Kämpfen, die kommen, die nötig sind, die ein Stück des politischen Lebens darstellen, nun als ausgleichende Kraft vorhanden zu sein.“²¹ Jenseits des politischen Konflikts sah er seine Aufgabe. Das Amt des Bundespräsidenten

„ist bis jetzt ein Paragraphengespinnt gewesen. Es ist von dieser Stunde an ein Amt, das mit einem Menschentum gefüllt ist. Und die Frage ist nun, wie wir, wir alle zusammen, aus diesem Amt etwas wie eine Tradition, etwas wie eine Kraft schaffen, die Maß und Gewicht besitzen und im politischen Kräftespiel sich selber darstellen will.“

Dass die Bedeutung und Wirkung des Amtes weniger von den Kompetenzen, sondern vor allem von der Persönlichkeit des Amtsinhabers abhängt, seinem „Menschentum“, ist unstrittig.²² Die wenigen Artikel des Grundgesetzes, welche die Befugnisse festlegen, generieren zwar nicht unbedingt einen schwachen Bundespräsidenten. Das „Paragraphengespinnt“ bietet durchaus auch Möglichkeiten, um politische Akzente zu setzen, aber die Spielräume bleiben begrenzt und müssen vor allem vom Amtsinhaber machtbewusst ausgeschöpft werden.

Als „Ein-Mann-Organ“ stellt der Bundespräsident die „Einheit des Staates“ dar.²³ Protokollarisch steht er als Staatsoberhaupt an erster Stelle der obersten Bundesorgane. Der Bundespräsident vertritt die Bundesrepublik völkerrechtlich und schließt in ihrem Namen Verträge, doch wenn diese Verträge politische Beziehungen der Bundesrepublik betreffen oder sich auf die Bundesgesetzgebung beziehen, müssen die entsprechenden gesetzgebenden Organe wie z. B. der Bundestag beteiligt werden (Art. 59 GG). Anordnungen und Verfügungen des Bundespräsidenten bedürfen der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers oder der zuständigen Bundesminister, welche damit die politische Verantwortung übernehmen (Art. 58 GG). Die Möglichkeit des Staatsoberhauptes ist daher stark eingeschränkt, durch eigenmächtige Handlungen in einen Gegensatz zur Regierungspolitik zu geraten. Der Bundespräsident ernennt und entlässt die Bundesrichter, Bundesbeamten und seit der Wiederbewaffnung die Offiziere der Bundeswehr und übt für den Bund das Begnadigungsrecht aus (Art. 60 GG). Er schlägt dem Bundestag einen Kandidaten als Bundeskanzler vor und ernennt diesen nach erfolgter Wahl wie er ihn auch nach einem Misstrauensvotum durch den Bundes-

²⁰ Bericht vom 16. 9. 1949, in: M. TODT, Anfangsjahre, S. 19.

²¹ Vgl. auch im Folgenden den Abdruck der Rede in: TH. HEUSS, Politiker, S. 376–380, hier S. 376f.

²² Vgl. H. DREIER, Grundgesetz, S. 1312; K. DOEHRING, Pouvoir neutre, S. 210.

²³ R. HERZOG, Kommentar zu Art. 54, Randnr. 7.

tag entlässt (Art. 63 und 67 GG). Die Bundesminister ernennt und entlässt er auf Vorschlag des Bundeskanzlers (Art. 64 GG). Der Bundespräsident unterzeichnet und verkündet die Gesetze, die erst durch diesen Akt in Kraft treten (Art. 82 GG). Dabei hat er durchaus ein formales und materielles Recht zu prüfen, ob ein Gesetz auf verfassungsmäßigem Wege zustande gekommen ist und ob sein Inhalt mit der Verfassung übereinstimmt. Doch in der Regel stellt sich der Bundespräsident nicht gegen ein Gesetz, das vom gewählten Parlament verabschiedet worden ist; für eine derartige Prüfung fehlte ihm in der Frühzeit des Bundespräsidialamtes ohnehin das Fachpersonal. Vor allem in Krisenfällen wächst dem Bundespräsidenten eine bedeutende Funktion zu, wenn er auf Vorschlag des Bundeskanzlers den Bundestag auflösen oder auf Antrag der Regierung und mit Zustimmung des Bundesrates den Gesetzgebungsnotstand erklären kann (Art. 68 und 81 GG).

Der Bundespräsident genehmigt auch die Geschäftsordnung der Bundesregierung, aus der weitere, nicht im Grundgesetz festgelegte Regelungen hervorgehen. So nimmt nicht nur der Chef des Bundespräsidialamtes regelmäßig an den Sitzungen des Kabinetts teil,²⁴ sondern der „Bundeskanzler unterrichtet den Bundespräsidenten laufend über seine Politik und die Geschäftsführung der einzelnen Bundesminister durch Übersendung der wesentlichen Unterlagen, durch schriftliche Berichte über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung sowie nach Bedarf durch persönlichen Vortrag.“²⁵

Spielräume des Bundespräsidenten in der Kanzlerdemokratie

Aus diesem „Paragraphengespinst“ heraus entwickelte sich in den ersten Jahren der Bundesrepublik eine spezifische Verfassungswirklichkeit, die vor allem auf die beiden Persönlichkeiten an der Spitze des Staates zugeschnitten war: hier Adenauer, der als Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmte und als durchsetzungsstarke Führungspersonlichkeit das eigentliche Machtzentrum im Staat darstellte; dort Heuss, der die wenigen institutionellen Machtmittel seines Amtes zurückhaltend interpretierte und ausübte und sich andere Politikfelder suchte. Dabei hat sich Heuss diesen Machtverhältnissen nicht von vornherein gefügt, sprach er Ende 1949 doch von „der sehr starken Stellung, in der ich jetzt stehe“.²⁶ Noch Anfang 1951 erklärte er gegenüber dem ehemaligen Reichskanzler Heinrich Brüning: „Ob die Figur des Bundespräsidenten in der laufenden Politik fülliger wird, ist eine noch offene Frage. Ich selber muß es, und zwar nicht um meiner Person willen, wünschen“.²⁷ Doch schon frühzeitig räumte Heuss gegen-

²⁴ Schon der Büroleiter des Reichspräsidenten hatte regelmäßig an Kabinettsitzungen teilgenommen; vgl. CH. GUSY, Weimarer Reichsverfassung, S. 136.

²⁵ Geschäftsordnung der Bundesregierung, 11. 5. 1951, § 5 und 23, in: Gemeinsames Ministerialblatt, 1951, S. 137.

²⁶ Nr. 16.

²⁷ Nr. 63.

über seinen Briefpartnern die sachliche „Begrenzung der konkreten Zuständigkeiten“ ein,²⁸ die er bei seiner Amtsführung berücksichtigen müsse und an der er bisweilen auch litt: „Manchmal tut es mir leid [...], daß ich nicht unmittelbarer in die Fragen der Legislative und der Personalentscheidungen eingreifen kann“.²⁹ Auch wenn er sich natürlich bewusst war, dass das Grundgesetz den Bundespräsidenten nicht als eigenständigen, aktiven politischen Machtfaktor in legislativen und exekutiven Fragen vorsieht, wollte er kein schwaches, allein repräsentierendes Staatsoberhaupt sein.³⁰

So blieb es nicht aus, dass Theodor Heuss bisweilen die Spielräume seines Amtes, welche das Grundgesetz offenließ, auch gegenüber dem Bundeskanzler auslotete.³¹ Noch vor der Wahl am 12. September 1949 war sich Adenauer gegenüber der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sicher, „daß Herr Heuss [...] uns keine großen Schwierigkeiten machen wird. Der Bundespräsident kann überhaupt keine Schwierigkeiten machen, wenn der Bundeskanzler genügend Nerven hat, um ihm das unmöglich zu machen.“³² Und dieser Bundeskanzler hatte starke Nerven! Neben der Legislative und der Bundesregierung wollte er keine weitere politische Gewalt wissen, mit der er sich auseinandersetzen musste. Als Theodor Heuss zu Beginn seiner Amtszeit vorschlug, den Bundespräsidenten gelegentlich an Kabinettsitzungen teilnehmen und diesen den Vorsitz führen zu lassen, lehnte Adenauer dies strikt ab. Ohne weiter zu insistieren, beklagte sich Heuss noch Jahre später über diese Niederlage:

„Was die Funktion des Bundespräsidenten anlangt, so empfinde ich es als einen Hauptmangel, daß wir nicht das haben, was in Frankreich vorgesehen: ganz normale Gelegenheitssitzungen des Kabinetts unter dem Vorsitz des Bundespräsidenten. Anregungen, die ich früh in dieser Richtung machte, das informell einzuführen, blieben ohne Echo, mit eben aus der Erwägung heraus, die Funktion des Bundespräsidenten tagespolitisch zu neutralisieren.“³³

Im Mai 1950 machte Heuss einen halbherzigen Versuch, exekutive Befugnisse an sich zu ziehen. Beraten von seinem Amtschef und einem Staatsrechtler beanspruchte er unter Berufung auf die Weimarer Verfassungspraxis die Organisationsgewalt, also das Recht zur Schaffung, Zusammenlegung und Zuständigkeitsregelung der Bundesministerien. Nicht der Kanzler, sondern er selber müsse

²⁸ Nr. 79; vgl. auch Nr. 63.

²⁹ Nr. 102.

³⁰ Vgl. Nr. 221, Nr. 239.

³¹ Vgl. E. PIKART, Theodor Heuss und Konrad Adenauer, S. 77–114.

³² Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, 1. 9. 1949, in: U. WENGST, Auftakt, S. 190.

³³ Nr. 153. Heuss konnte sich auch auf historische Vorbilder in der deutschen Verfassungsgeschichte berufen: In der Weimarer Republik leitete der Reichspräsident bei schwierigen politischen Fragen die Kabinettsitzungen; vgl. CH. GUSY, Weimarer Reichsverfassung, S. 136.

„grundsätzlich für den Bundespräsidenten das Recht in Anspruch nehmen, Träger staatlicher Organisationsgewalt zu sein.“³⁴ Doch noch im selben Schreiben nahm er davon wieder Abstand, wenn er die Organisationsgewalt für den Bundespräsidenten auf Einrichtungen einschränkte, „die der Repräsentation dieses Staates dienen“. Die eigentliche Organisationsgewalt überließ er der Bundesregierung als Trägerin der exekutiven Gewalt. Heuss war sich also durchaus im Klaren, dass er mit der Wahrnehmung der vollen Organisationsgewalt in die politischen Konflikte zwischen Bundeskanzler und Bundesministerien gezogen würde, worin er eine Gefährdung seines überparteilichen Amtes sah.

Mitunter wies Adenauer selber „seinen“ Präsidenten in die Schranken. Nach einem Interview im Dezember 1949, in dem sich Heuss skeptisch über die Aufstellung deutscher Streitkräfte zum damaligen Zeitpunkt ausgesprochen hatte, erhielt er einen Rüffel des Kanzlers, der unmissverständlich auf seiner Richtlinienkompetenz bestand.³⁵ Doch ebenso konnte auch der Bundespräsident Kritik am Kanzler üben, wenn dieser öffentlich eine Wahlempfehlung für den amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Dwight D. Eisenhower aussprach und Heuss darin eine unzulässige Einmischung sah.³⁶ Dann wiederum beklagte sich Heuss bei Adenauer über dessen Illoyalität bei der Einführung einer neuen Nationalhymne – dazu später mehr.³⁷ Doch trotz gelegentlicher Reibungspunkte: Grundsätzlich bestand ein belastbares Vertrauensverhältnis zwischen Kanzler und Staatsoberhaupt, deren Herkunft und Naturell so verschieden waren.³⁸ Heuss bewunderte die Leistungsfähigkeit und Führungsqualitäten dieses *homo politicus*, „die Elastizität, mit der Sie in diesen letzten 14 Tagen das und das und das bewältigt haben“.³⁹ Vermutlich sah er das, was Sebastian Haffner Jahre später als das herausragende Verdienst des „demokratischen Patriarchen“ Adenauer hervorhob: Er habe die Deutschen an den Gedanken gewöhnt, „daß Autorität und Demokratie nicht unvereinbar sind. Er versöhnte sie sozusagen allmählich mit der Demokratie.“⁴⁰ Adenauer wiederum erkannte die Loyalität und Integrität des Bundespräsidenten an, dessen Urteilsvermögen und Bildungshorizont er schätzte. Das Risiko, den moralisch hoch geachteten Heuss gezielt zu diskreditieren, wollte er nicht eingehen. Ebenso wie Heuss scheute er eine Kraftprobe zwischen den beiden Spitzenämtern, um seine Politik nicht zu gefährden. Deshalb lag ihm viel daran, das Staatsoberhaupt über die Grundzüge seiner Politik zu informieren und ihn

³⁴ Nr. 30; vgl. auch U. WENGST, Staatsaufbau, S. 277f.

³⁵ Adenauer an Heuss, 9. 12. 1949, in: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 36.

³⁶ Vgl. Nr. 116.

³⁷ Vgl. Nr. 77 und S. 35–37.

³⁸ Vgl. zu den „verschiedenen Naturen“ E. PIKART, Theodor Heuss und Konrad Adenauer, S. 15–20.

³⁹ Nr. 116.

⁴⁰ S. HAFFNER, Konrad Adenauer, S. 291.

gelegentlich um Rat zu fragen, um auf diesem Wege mögliches Konfliktpotential vorab zu entschärfen.

So tauschten sich Kanzler und Bundespräsident in regelmäßigen Gesprächen und einer dichten Korrespondenz, von der hier einige Stücke abgedruckt sind, aus.⁴¹ Vor allem Heuss erteilte Adenauer Ratschläge, wenn ein Politikfeld betroffen war, das ihn berührte. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit bat er den Kanzler in einer „Art von Notschrei“ darum, in der sich anbahnenden bundesrepublikanischen Außenpolitik die Frage der Auslandsdeutschen und der auswärtigen Kulturinstitute zu berücksichtigen.⁴² Personalpolitisch intervenierte er, wenn er zum Beispiel für den Posten des Generalkonsuls in Paris seinen Studienfreund Wilhelm Hausenstein vorschlug.⁴³ Und als im März 1951 Adenauer das Außenministerium übernahm, machte Heuss auf das Problem einer Personalunion von Kanzler und Außenminister aufmerksam und riet dazu, Vizekanzler Franz Blücher an den internationalen Ministerkonferenzen anstelle von Adenauer teilnehmen zu lassen.⁴⁴ Überzeugt von seinen stilistischen Qualitäten, übermittelte er Adenauer ungefragt den Entwurf für ein Antwortschreiben auf einen offenen Brief des DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, worin dieser deutsch-deutsche Gespräche über die Bildung eines „Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates“ angeregt hatte:

„Sie wissen, Herr Bundeskanzler, daß ich weiß, daß *Sie* die ‚Richtlinien der Politik‘ bestimmen, aber Sie nehmen es mir nicht übel, wenn ich den Versuch gemacht habe, Ihnen als formale Eventualität ein bißchen Ihrer großen Belastung abzunehmen, d. h. ich lege Ihnen einfach einmal den Entwurf eines Briefes vor, wie ich ihn mir ungefähr vorstelle.“⁴⁵

In der Versöhnungs- und Wiedergutmachungspolitik gegenüber den Juden war Heuss es, der immer wieder den Kanzler und die Regierung zu substantiellen Schritten riet: „Ich selber dränge dem Bundeskanzler wie auch dem Auswärtigen Amt gegenüber in dieser Richtung, aber ich sehe, wie die Überlastung die Verwirklichung von Absichten immer wieder verzögert.“⁴⁶ Die gegenseitige Wertschätzung und die Bereitschaft, Ratschläge zu geben wie auch anzunehmen, beruhten vor allem darauf, dass beide in den Grundzügen der Politik übereinstimmten. Heuss unterstützte Adenauers Kurs der Westbindung,⁴⁷ der Deutschland-⁴⁸ und Europapolitik⁴⁹ sowie – nach erster Zurückhaltung – der Wiederbewaff-

⁴¹ Vgl. zur Gesamtüberlieferung TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute; K. ADENAUER / TH. HEUSS, Unter vier Augen.

⁴² Nr. 7.

⁴³ Vgl. Nr. 29.

⁴⁴ Vgl. Nr. 68.

⁴⁵ Nr. 46.

⁴⁶ Nr. 90.

⁴⁷ Vgl. Nr. 81.

⁴⁸ Vgl. Nr. 95.

nung.⁵⁰ Für die Politik der Koalition war er bereit, auch seinen Einfluss in die FDP hinein geltend zu machen.⁵¹ Innenpolitisch hielt er sich in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen stärker zurück und sah vor allem in der Kultur- und Symbolpolitik seine Domäne.

*Die Macht der Integration und die moralische Autorität
des Bundespräsidenten*

Wer dem Amtsverständnis von Theodor Heuss nachgeht, muss die genannten Rahmenbedingungen in Rechnung stellen, die institutionell durch das Grundgesetz und personell durch diesen Bundeskanzler gesetzt waren. Doch unabhängig davon war Heuss durchaus mit eigenen Vorstellungen in sein Amt gegangen, welche die sich einspielende Arbeitsteilung mit dem Regierungschef begünstigten. Ihm, der zeitlebens in historischen Kategorien dachte, war die deutsche Geschichte bei Übernahme seines Amtes stets präsent. Vor allem die mangelnde Zustimmung, welche die Weimarer Republik und ihre Amtsträger unter der Bevölkerung erfahren hatten, war ein Bezugspunkt, an dem er sich orientierte. Bei Amtsantritt beschäftigte ihn die „tragische Lage“, in die sein Amtsvorgänger, Reichspräsident Friedrich Ebert, gestellt war, den er „menschlich verehrt und in seiner staatsmännischen Leistung immer anerkannt habe.“ Analog zu Ebert sah Heuss auf sich ähnliche Anforderungen zukommen: „Ich zweifle nicht daran, daß auch mich diese oder jene Feindseligkeit aufsuchen wird.“⁵²

Noch deutlicher musste Heuss aber das totalitäre Gewaltregime des Nationalsozialismus vor Augen stehen. Dieser Zivilisationsbruch nach 1933 habe ein entsprechendes deutsches „Geschichtsbild“ im In- und Ausland zu verantworten, „und unsere sehr mühsame und völlig danklose Aufgabe ist, hier einem Reinigungsprozeß zu dienen, der noch lange, lange Zeit währen wird.“⁵³ Angesichts dieser Vergangenheit machte er sich über die Schwierigkeit seines Amtes keine Illusionen. Ihm ging es darum, die „Deutschen aus ihrem Ressentimentsbedürfnis herauszuführen und der Welt gegenüber ein sicheres Maß der Beurteilung zu zeigen und zu geben.“⁵⁴ Er wollte die Deutschen aus den peinigenden Selbstzweifeln herausführen und ihnen – ohne die problematischen Aspekte deutscher Geschichte zu unterschlagen – ein unbefangeneres Verhältnis gegenüber ihrem Staat und ihrer Nationalgeschichte vermitteln. In der „Entkrampfung“ sah er eine wesentliche Aufgabe für seine erste Amtszeit, wie er einem Freund in Kanada erläuterte: „Und

⁴⁹ Vgl. Nr. 105.

⁵⁰ Vgl. Nr. 43, Nr. 78.

⁵¹ Vgl. Nr. 118, Nr. 123, Nr. 124, Nr. 141.

⁵² Nr. 1; vgl. auch die Würdigung der demokratischen Leistung des ehemaligen preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun; Nr. 111.

⁵³ Nr. 20.

⁵⁴ Nr. 4; vgl. auch Nr. 16.

den Deutschen als Gesamterscheinung gegenüber habe ich bei der sachlichen Begrenzung der konkreten Zuständigkeiten als wesentliche Aufgabe dies unternommen: sie zu ‚entkrampfen‘.⁵⁵ Erst wenn die Deutschen ihren Blick auf die Verwerfungen, aber eben auch auf die positiven, vor allem geistesgeschichtlichen Stränge deutscher Geschichte werfen, könnten sie den Weg in die internationale Staatengemeinschaft zurückfinden. Als der amerikanische Präsident im Sommer 1951 anlässlich des 175. Jahrestages der Unabhängigkeitserklärung der USA eine Botschaft verbreitete, war es der Bundespräsident, der in seinem Dankschreiben daran erinnerte, dass „die Denker auch des deutschen Volkes“ dazu beigetragen haben, dass „Menschenrechte für offenbare Wahrheiten“ anerkannt wurden: „Die jüngste Vergangenheit hat es nicht vermocht, den Deutschen das geistige Erbe zu nehmen, an dem sie gemeinsam mit den anderen Nationen der abendländischen Welt unverzichtbaren Anteil haben. Auf dieses Erbe ihr staatliches Leben aufzubauen ist die Bundesrepublik Deutschland bestrebt.“⁵⁶

Theodor Heuss, ein Bildungsbürger par excellence, verkörperte in der Nachkriegszeit einen Teil dieses Erbes. Er war es, der Kontinuität zu einer vermeintlich unversehrten deutschen Kulturnation versprach, um die Brüche in der Nationalgeschichte zu überbrücken und zu einem Stück Identitätsfindung der Deutschen beizutragen.⁵⁷ Als Staatsoberhaupt sah er seine zentrale Aufgabe darin, in seinem Amt dieses „geistige Erbe“ sichtbar werden zu lassen und die Einheit des Staates darzustellen. Angesichts der Pluralität in Politik und Gesellschaft und der historischen Belastungen betonte Heuss kraft Amtsautorität und Persönlichkeit das Gemeinsame, das ein Staatswesen zusammenhält und das er in der deutschen (Geistes-)Geschichte fand. Von Beginn seiner Amtszeit an war er sich der besonderen Bedeutung dieser Integrationsaufgabe bewusst, wie er Heinrich Brüning erklärte: „Ich war von mir aus bemüht, auch im Rahmen der Begrenzung des Amtes für den Staat als solchen eine Integrationswirkung im Volksbewußtsein zu erreichen.“⁵⁸

So war es denn vor allem diese nicht im Grundgesetz verankerte Integrationsfunktion, die der erste Bundespräsident zu seinen primären Aufgaben rechnete und die das Amt für die Zukunft prägen sollte.⁵⁹ Die partielle Entfremdung zwischen Staat und Bevölkerung in der Weimarer Republik vor Augen, warb Theodor Heuss für die junge Bundesrepublik, die er positiv im Bewusstsein der Bürger verankern

⁵⁵ Nr. 79; vgl. auch Nr. 153, Nr. 172.

⁵⁶ Nr. 81; vgl. auch Nr. 154.

⁵⁷ Vgl. E. W. BECKER, Theodor Heuss, S. 99; DERS., Bürger, S. 36–38 mit Hinweis auf die Bedeutung Schillers für das kulturgeschichtliche Bild von Heuss.

⁵⁸ Nr. 63; vgl. auch Nr. 23, Nr. 83, Nr. 153, Nr. 201.

⁵⁹ Die Grundgesetzkommentare sehen in der Integrationsaufgabe die entscheidende Funktion des Staatsoberhauptes im Innern; vgl. CH. STARCK, Kommentar, S. 1464; H. DREIER, Grundgesetz, S. 1312; K. H. FRIAUFG/W. HÖFLING, Berliner Kommentar, S. 42f; M. SACHS, Grundgesetz, S. 1278.

wollte und die durchaus auch an Traditionsbestände deutscher Geschichte anknüpfen sollte. Indem er sich als „Erzieher zur Demokratie“⁶⁰ verstand, setzte er einen volkspädagogischen Akzent auf seine Amtsführung, um die verschiedenen Bevölkerungskreise an den noch ungefestigten Staat heranzuführen. Demokratische Erziehung hatte für ihn immer zwei komplementäre Seiten: eine *institutionelle* durch Parlamente und Parteien, die den Staatsbürger dazu erzieht, politische Verantwortung zu übernehmen, und eine *mentale*, die auf die vorpolitischen Einstellungen des Einzelnen zielt. Selbständigkeit, Gemeinsinn, geregelter Konflikt, Toleranz und Öffentlichkeit waren die entsprechenden Voraussetzungen, die eine Kultur der Fairness für die politische Auseinandersetzung schaffen sollten.⁶¹ Der Förderung und Einübung dieser Haltungen, die eine Bürgergesellschaft ausmachen, galt sein Hauptaugenmerk als Politiker und politischer Pädagoge seit Beginn der Weimarer Republik. Einem Karlsruher Parteifreund gestand er 1953,

„daß mich das Schicksal einer unbefangenen, wenn Sie so wollen freien bürgerlichen Gesinnung in Deutschland auf das äußerste bewegt. Schließlich habe ich fast ein halbes Jahrhundert der Pflege und dem Dienst einer solchen Gesinnung gewidmet, wobei das Wort ‚bürgerlich‘ ohne ständische Einengung gemeint ist.“⁶²

Diese Entgrenzung von Bürgerlichkeit bis hin in die Arbeiterschaft sollte staatsbürgerliche Verantwortung für das junge demokratische Gemeinwesen in der Bevölkerung verankern.

Wenn in dieser Art von Integration ein zentraler Aspekt des Amtsverständnisses von Theodor Heuss lag, dann musste er es vermeiden, einen Konfrontationskurs gegen andere Verfassungsorgane zu steuern und Konflikte in die Gesellschaft zu tragen. Als Bundespräsident war ihm 1949 die instabile Situation, in der sich die Bundesrepublik seit ihrer Gründung befand, präsent. Ein Staat, dem wichtige Souveränitätsrechte fehlten, musste die drückenden Probleme einer Zusammenbruchsgesellschaft bewältigen.⁶³ Die Folgen von Krieg, Vertreibung und Flucht hatten soziale Bindungskräfte zerstört. Auch noch nach Gründung der Bundesrepublik plagten die meisten Menschen vor allem in den zerstörten Städten Alltagsorgen wie Wohnungsmangel, hohe Preise für Güter des täglichen Gebrauchs oder eine hohe Arbeitslosenquote. Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit wich Fragen von Verantwortung und Schuld aus und war von einer Schlussstrichmentalität bestimmt. Viele Bürger begegneten in ihrer Autoritätsgläubigkeit der parlamentarischen Demokratie weiterhin mit Skepsis. Zudem führte die Adenauersche Politik der Westbindung und Wiederbewaffnung

⁶⁰ Vgl. E. W. BECKER, Einführung, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 15–17.

⁶¹ Vgl. DERS., Theodor Heuss, S. 49f, 127.

⁶² Nr. 165.

⁶³ Vgl. E. WOLFRUM, Geglückte Demokratie, S. 43–59.

angesichts des Kalten Krieges zu einer starken Polarisierung in Politik und Gesellschaft und drohte die deutsche Spaltung zu zementieren.

Angesichts dieser Herausforderungen hätte ein Bundespräsident, der seine begrenzten verfassungsrechtlichen Kompetenzen weit auslegte und sich als eigenständiges Machtzentrum neben oder gar über den anderen Gewalten begriff, das Staatsgefüge gefährden können. Indem Heuss die Integration zum Leitwert seines Amtsverständnisses machte, nahm er zugleich auch Stellung gegen eine verantwortungslose Machtpolitik, welche die Autorität und den Bestand des Staates untergräbt.⁶⁴ Der Überparteilichkeit verpflichtet, war der Bundespräsident selbstverständlich nicht apolitisch oder beliebig, sondern konnte bei Konflikten als politischer Mediator und neben dem Bundesverfassungsgericht zumindest als „Mit-Hüter der Verfassung“ fungieren und Position beziehen.⁶⁵ Die Stellung eines „pouvoir neutre“, die Heuss wiederholt erwähnte, hatte er freilich nicht. Geprägt vom französischen Staatstheoretiker Benjamin Constant beschreibt dieser Begriff die Funktion des Monarchen in einer konstitutionellen Monarchie als eigenständige, neutrale, schlichtende vierte Gewalt mit starken Kompetenzen wie dem Oberbefehl über die Streitkräfte oder dem Einsetzen bzw. der Entlassung der Regierung. In diesem Sinne war der gewählte Bundespräsident kein „pouvoir neutre“: „Der Bundespräsident ist zwar neutral, aber ohne ‚pouvoir‘“.⁶⁶

In der Tat: Die Möglichkeit, politische Macht auszuüben, war für das bundesrepublikanische Staatsoberhaupt stark eingeschränkt. Ist es deshalb zur politischen Wirkungslosigkeit verurteilt? Wer Politik auf Regierungs- und legislatives Handeln beschränkt, wird dem repräsentierenden und überparteilichen Amt des Bundespräsidenten nur geringe politische Bedeutung zubilligen. Wer hingegen Politik weiter fasst, der erkennt die Wirkungsmacht dieses Amtes. Theodor Heuss war es, der durch seine persönliche Integrität und Glaubwürdigkeit eine moralische Autorität darstellte. Dieser kam durchaus auch politische Bedeutung zu, wenn der Bundespräsident neue Themenschwerpunkte auf die politische Agenda setzte und durch Grundsatzreden politische Orientierung anbot.⁶⁷ Indem Heuss vor allem diese moralische Seite der Politik vertrat, blieb er nicht macht- und einflusslos. Vielmehr steht, so schon 1956 der Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg, an der Staatsspitze „ein Mann, der nur über wenig potestas verfügt, der aber immerhin die Aussicht hat, durch persönliche auctoritas in etwa auszugleichen,

⁶⁴ Vgl. M. WEIPERT, Verantwortung, S. 35–38.

⁶⁵ Vgl. H. DREIER, Grundgesetz, S. 1311f; CH. STARCK, Kommentar, S. 1462–1464; Rundfunkansprache von Theodor Heuss angesichts der Rücknahme des Gutachterersuchens an das Bundesverfassungsgericht unter dem Titel „Hüter der Verfassung“, in: TH. HEUSS, Politiker, S. 412f; Nr. 147.

⁶⁶ H. DREIER, Grundgesetz, S. 1310; vgl. auch K. DOEHRING, Pouvoir neutre; T. STEIN, Bundespräsident.

⁶⁷ Vgl. T. KIES, Hüter, S. 475–478.

was ihm an potestas fehlt.“⁶⁸ Weil der Bundespräsident durch seine geringen verfassungsrechtlichen Befugnisse nicht vom politischen Gegner bekämpft und durch Machtkämpfe geschwächt wird, hat er als moralische Instanz Gewicht und kann als „Meinungsbildner des Landes“ auftreten: „Gerade wegen seiner Schwäche kann der Bundespräsident nicht nur in der Breite der Bevölkerung, sondern auch in den Spitzen des Staates Gehör finden.“⁶⁹ Seine Amtsführung wird eben nicht am konkreten Regierungshandeln, sondern an Worten und symbolischen Gesten gemessen – Kommunikationsformen, aus denen politische Autorität entstehen kann.⁷⁰ Wenn Theodor Heuss auf diese Weise begann, weite Teile der verunsicherten Nachkriegsgesellschaft mit dem demokratischen Staat zu versöhnen, so war diese Erziehung zur Demokratie eine zutiefst politische Integrationsleistung und eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Stabilität der Bundesrepublik.

Diese Dimension des Politischen speiste sich aus dem moralischen Ansehen eines Bundespräsidenten, der auf dem Feld der politischen Kultur authentisch und glaubwürdig wirkte. Schon nach seiner Wahl würdigte die Presse im In- und Ausland den Bildungsbürger an der Staatsspitze und sah in ihm ein deutliches Zeichen für ein ziviles und demokratisches Deutschland. Einer Tageszeitung gegenüber äußerte sich Heuss mit leichter Selbstironie über diese Erwartungshaltung: „Ich bin ein Glücksfall. Die Welt möchte an der Spitze des deutschen Staates keinen General sehen, aber auch keinen Industriellen und keinen Arbeiterführer. Ich habe Bücher geschrieben. Das hat die Welt gern, so einen Deutschen, der Bücher schreibt und Gedichte macht.“⁷¹ In seinem Politikstil setzte er einen Kontrapunkt gegenüber seinen beiden Vorgängern Hindenburg und Hitler: „Ich bin im Gegenteil peinlich bedacht, auch innerhalb des ja unausweichbaren Repräsentationsbetriebes alle Erinnerungen an den Heroenkitsch der Hitlerei auszulöschen.“⁷² Mit seiner fast universalen Bildung, der bedächtigen und reflexiven Redekraft, den Ambitionen als *Homme de Lettres* und mit seinem bürgerlichen Habitus, dem bisweilen auch etwas Unkonventionelles innewohnte, hob er sich wohltuend von dem militanten und brutalen Stil des Nationalsozialismus ab – ein Bürger in Zeiten, als das Bürgertum scheinbar abgedankt hatte.⁷³

Trotz aller intellektuellen Distanz, die Heuss ausstrahlen konnte, gab er sich gerne auch volkstümlich, wenn er zum Beispiel nach dem Besuch eines Fußball-

⁶⁸ TH. ESCHENBURG, Staat, S. 650.

⁶⁹ A. BARING, Machtwechsel, S. 28.

⁷⁰ Vgl. zur Bedeutung der politischen Kommunikation des Bundespräsidenten U. SARCINELLI, Politische Kommunikation, S. 282–286.

⁷¹ Die Neue Zeitung, 14. 1. 1950.

⁷² Nr. 20.

⁷³ Zur Frage der Wiederkehr des Bürgertums und zur „neuen Bürgerlichkeit“ vgl. unter der zahlreichen Literatur H.-U. WEHLER, Deutsches Bürgertum; H. SIEGRIST, Ende; A. SCHULZ, Lebenswelt; K. TENFELDE, Stadt; M. HETTLING, Bürgerlichkeit; J. KOCKA, Bürger; C. RAUH, Bürgerliche Kontinuitäten; H. BUDE / J. FISCHER / B. KAUFFMANN, Bürgerlichkeit.

länderspieles an den Vorsitzenden des Deutschen Fußball-Bundes schrieb: „Es schadet gar nichts, wenn der Bundespräsident in des Wortes wahrstem Sinn einmal wieder ‚Tuchföhlung‘ mit dem Volk hat.“⁷⁴ Dementsprechend kokettierte er seit Amtsbeginn mit seiner Distanz zu protokollarischen Fragen und Zwängen, wie er dem Schriftsteller Alfred Döblin anvertraute: „Ich bin fest entschlossen, kein Gefangener des ‚Protokolls‘ zu werden“.⁷⁵ Die Symbiose von Politik, Geist und Volksverbundenheit schien sich in diesem Staatsoberhaupt zu verkörpern und verschaffte ihm ungeahnte Popularität. Dass ihm die Universität Tübingen und die Technische Hochschule Stuttgart den Ehrendoktor verliehen,⁷⁶ mag noch zu den Gepflogenheiten gegenüber einem Bundespräsidenten gehören, der sich als promovierter Nationalökonom, Hochschullehrer und Honorarprofessor in akademischen Kreisen bewegte. Doch welches Ansehen er sich darüber hinaus erworben hatte, zeigte spätestens der 70. Geburtstag von Heuss, als eine Flut von Glückwunschschriften und Geschenken den Amtssitz erreichte.⁷⁷ Eine Festschrift zu diesem Anlass versammelte annähernd 100 Beiträge von Freunden und Bekannten, deren Auswahl Heuss informell festgelegt hatte.⁷⁸ Eine Bibliographie seiner Schriften und Reden legte eindrucksvoll Zeugnis ab von seiner literarischen und rhetorischen Produktivität.⁷⁹ Die Wiederwahl von Heuss geriet am 17. Juli 1954 regelrecht zum Triumph, als auch die Sozialdemokraten für ihn stimmten und von den 994 abgegebenen Stimmen 871 bei 95 Enthaltungen auf ihn fielen.⁸⁰ Einem Freund aus Württemberg, der Zweifel darüber geäußert hatte, ob Heuss in seinem Alter einer zweiten Amtszeit noch gewachsen sei, entgegnete er: „Es ist heute, von meiner Person ganz abgesehen, die ja eine gewisse Resonanz im Volk und auch im Ausland gefunden hat, ein wahres Glück, wenn wir in Deutschland ohne die inneren Zerreißungen zu einer Fortführung der bisherigen Dinge kommen.“⁸¹ Das Ausland feierte ihn nach seiner Wiederwahl in der Tat als die „Verkörperung des moralischen Gewissens der jungen deutschen Republik“⁸². In dieser Funktion schien Heuss am Ende seiner ersten Amtszeit unentbehrlich zu sein.

Die große Zustimmung und Zuneigung, die diesem Staatsoberhaupt aus der Bevölkerung entgegenschlug, konnte freilich auch zur Verkitschung einer „bis

⁷⁴ Nr. 166; vgl. auch die zahlreichen volkstümlichen Anekdoten in: H. FRIELINGHAUS-HEUSS, Heuss-Anekdoten.

⁷⁵ Nr. 5; vgl. auch Nr. 3, Nr. 79.

⁷⁶ Vgl. Nr. 47, Nr. 214.

⁷⁷ Vgl. Nr. 217, Nr. 218, Nr. 221.

⁷⁸ Vgl. Nr. 187, Nr. 204, Nr. 216.

⁷⁹ Vgl. Nr. 160, Nr. 217.

⁸⁰ Vgl. Nr. 231, Nr. 238.

⁸¹ Nr. 232.

⁸² Einschätzung des französischen Botschafters André François-Poncet nach der Wiederwahl von Heuss, in: B 122, 15.

zur Harmlosigkeit harmonisierten Großvater-Gestalt“ führen.⁸³ Dem Direktor der Stuttgarter Staatsgalerie gestand er im Jahr seiner Wiederwahl: „Ich finde es sehr richtig, daß Sie darauf hinweisen, daß ich in der Gefahr stehe, ‚verniedlicht‘ zu werden. Denn ich ärgere mich eigentlich, wenn die Leute meinen, daß ich nur so etwas wie der Repräsentationsonkel sei.“⁸⁴ Ein Stück weit bedienten sein bürgerlicher Habitus und die entsprechenden Attribute solche biedermeierlichen Sehnsuchtsvorstellungen nach Normalität, Stabilität und Idylle: Hut und Spazierstock, ewig qualmende Zigarre und die Vorliebe für Rotwein, ein behäbiger honoratiorenschwäbischer Grundbass und ein gemütlicher Humor, eine respektable Bildung und eine gewisse väterliche Strenge flößten Vertrauen ein. Die Entwürdigung des Bundespräsidenten zum „Papa Heuss“ sollte erst in der zweiten Amtszeit zur Entfaltung kommen. Doch kündigte sich schon in den Jahren bis 1954 an, dass nicht nur Adenauer, sondern auch Heuss einem Hang zur patriarchalischen Führung in der Nachkriegsgesellschaft entgegenkam und breite, noch skeptische Bevölkerungskreise mit der Demokratie versöhnte. Als Bundespräsident und Repräsentant der Einheit des Staates schien er die Widersprüche und Spannungen in den bewegten Zeiten des „Wirtschaftswunders“ und der Westorientierung zu überwölben. Die überparteiliche Vaterfigur, die viele in ihm sahen, entsprach offenbar Erwartungshaltungen, die noch immer obrigkeitsstaatlich geprägt waren.⁸⁵

Die Amtsführung des Bundespräsidenten Last der Vergangenheit und Aufbruch in die demokratische Republik

Die Korrespondenz als Mittel der Amtsführung

Mehr noch als das Amtsverständnis lässt sich die Amtsführung des ersten Bundespräsidenten durch dessen Korrespondenz aufschlüsseln. Die Briefe von Theodor Heuss erschließen ein Stück subjektiv gebrochener Wirklichkeit der frühen Bundesrepublik und geben Aufschluss über Befindlichkeiten eines Teils der Nachkriegsgesellschaft. Heuss war zeit seines Lebens ein passionierter Verfasser von Briefen. Neben der Rede und der Publizistik sind sie eines seiner zentralen Kommunikationsmittel. Sie erlaubten ihm, sich immer wieder zu Themen der Zeitgeschichte zu äußern und dabei ein weitgespanntes Freundschafts- und Beziehungsgeflecht zu unterhalten. Da er sich als Bundespräsident in Briefen tendenziell geschützter äußern konnte als in öffentlichen Stellungnahmen, geben sie besondere Einblicke in unbekanntere Seiten seiner Biographie und seiner Persön-

⁸³ H. RUDOLPH, Neues Stück, S. 9f.

⁸⁴ Nr. 221.

⁸⁵ Vgl. E. W. BECKER, Theodor Heuss, S. 159–162; Hinweise dafür auch in dem Briefwechsel mit der Bevölkerung, in: TH. HEUSS, Hochverehrter Herr Bundespräsident.

lichkeit.⁸⁶ Dabei muss selbstverständlich im Blick bleiben, dass wir in diesen Selbstzeugnissen dem Deutungshorizont folgen, den Heuss absteckte, und damit der „biographischen Illusion“ eines kohärenten Selbstbildnisses erliegen können.⁸⁷

Die Schreiben von Heuss machen deutlich, dass er sich immer wieder durch Äußerungen seiner Zeitgenossen oder durch bestimmte Ereignisse herausgefordert fühlte, deutlich Position zu beziehen. Vor allem wenn er sich persönlich,⁸⁸ seine Amtsführung,⁸⁹ die von ihm gutgeheiene Politik der Bundesregierung,⁹⁰ seine Mitarbeiter⁹¹ oder seine Familie ungerechtfertigt angegriffen sah, ließ er kaum eine Gelegenheit aus, scharf zu reagieren. Als Ernst Ludwig Heuss vorgeworfen wurde, er nutze seine Position des „von der Verfassung nicht vorgesehenen Sohn[es] des Bundespräsidenten“ für Einflussnahmen auf das Deutsche Rote Kreuz aus, schaltete sich Heuss ein. Dem Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes teilte er mit, „daß dieser ehrenkränkende Vorgang meinem Sohn gegenüber wie mir gegenüber einer Bereinigung bedarf, damit ich mich nicht aus Selbstachtung gezwungen sehe, meine Beziehungen zum Roten Kreuz einer Überprüfung zu unterziehen.“⁹² Heuss’ Naturell war nicht allein auf Harmonie und Friedfertigkeit angelegt, sondern die Briefe weisen nach, dass er Konflikten nicht aus dem Weg ging und auch kleine Anlässe nutzte, persönlich seinen Standpunkt darzulegen und Widerspruch zu äußern. Eine regelrechte Lust am Formulieren, ein Hang zur Rechtfertigung und gelegentlich zum Dissens war ihm eigen. Der Symbolgehalt von Sprache stand ihm als *Homme de Lettres* vor Augen, wenn er die groteske Formulierung einer Ernennungsurkunde direkt gegenüber dem Bundeskanzler kritisierte.⁹³ Die grundsätzliche politische Auseinandersetzung vermied er aber in der Regel auch in seinen Briefen, um die Integrität des Staates nicht zu gefährden. Zudem war ihm bewusst, dass auch seine persönlichen Schreiben durchaus die Privatsphäre verlassen und als Aussagen des Bundespräsidenten publik werden konnten.⁹⁴ Somit ist davon auszugehen, dass Heuss mitunter Vorsicht beim Verfassen seiner Korrespondenz walten ließ.

⁸⁶ Vgl. E. W. BECKER, *Haus*, S. 215–217.

⁸⁷ Vgl. P. BOURDIEU, *Illusion*; H. SCHEUER, *Biographie*; CH. KLEIN, *Lebensbeschreibung*, S. 74–77; J. JURT, *Biographik*, S. 285f.

⁸⁸ Vgl. Nr. 27.

⁸⁹ Vgl. Nr. 72, Nr. 108, Nr. 227, Nr. 233, Nr. 235.

⁹⁰ Vgl. Nr. 73.

⁹¹ Vgl. Nr. 72.

⁹² Nr. 183a.

⁹³ Vgl. Nr. 110.

⁹⁴ Vgl. Nr. 10, Nr. 76.

Symbolpolitik: die informelle Macht des Staatsoberhauptes

Eine zentrale Domäne seiner Amtsführung verschaffte sich Theodor Heuss in der Symbolpolitik, ein Politikfeld, das als Kompetenz des Bundespräsidenten nicht im Grundgesetz genannt ist. Symbolische Politik ist, wie die Politikwissenschaft herausgearbeitet hat, kein Politiksurrogat, sondern ein „notwendiger Bestandteil politischer Kommunikation und demokratischer Legitimation.“⁹⁵ Symbole stellen Sinn und Bedeutung her und machen Politik sichtbar. Was eine Gesellschaft zusammenhält, muss von Zeit zu Zeit symbolisch verdeutlicht werden. Symbolpolitik bedient also den Orientierungsbedarf einer Gesellschaft. Sie weist vier Merkmale auf: Erstens erregt sie in ihrer Signalfunktion Aufmerksamkeit, stiftet Ordnung und Verhaltenssicherheit; zweitens vermag sie Informationsmengen zu reduzieren und zu vereinfachen; drittens wird sie zum Instrument politischer Herrschaft, wenn sie bestimmte Deutungsmuster durchsetzt oder nicht; viertens kann sie Emotionen mobilisieren.

Heuss war sich als Staatsoberhaupt dieser Bedeutung symbolischer Politik durchaus bewusst. Die Symbolpolitik war ein zentrales Mittel, um für die junge Demokratie zu werben und eine Integrationsleistung für den noch ungefestigten Staat zu vollbringen. Die Negativfolie der nationalsozialistischen Symbolsprache war Heuss seit Beginn seiner Amtszeit präsent. Als die Bundesregierung im Oktober 1949 plante, eine bundeseinheitliche Briefmarke mit dem Bildnis des Bundespräsidenten herauszubringen, legte dieser sein Veto ein:

„Mein Bemühen muß sein und ist es, in dem Stil der sogenannten Repräsentation und in der Aufgabe, den Staat im Volksgefühl zu integrieren, von all den Formen mich zu distanzieren, die in der nationalsozialistischen Zeit üblich gewesen sind. Ich möchte nie als der Nachfolger Hitlers wirken und also auch nicht jetzt gleich beim Beginn meines Amtes die Gewöhnung dieser Zeit übernehmen.“⁹⁶

Wiederholt lehnte er einen Besuch der Richard-Wagner-Festspiele in Bayreuth ab. Er folgte dabei nicht nur einer jahrzehntelangen Abneigung gegenüber dem geistesgeschichtlichen und politischen Phänomen Wagner und des Hauses „Wahnfried“ – diesem „gräßliche[n] Gemisch von Romantik, Weltanschauung und Technik“⁹⁷ –, sondern er sah auch den Symbolgehalt seines Auftretens in Bayreuth und weigerte sich, „den Spuren des Herrn Hitler auf den Festhügel und nach Wahnfried zu folgen.“⁹⁸ Unbefangenheit gegenüber bestimmten Fotomotiven ließ er nicht gelten. So wies er Pressefotografen wiederholt darauf hin, dass er in bestimmten Situationen nicht abgelichtet werden wolle:

⁹⁵ Vgl. auch im Folgenden U. SARCINELLI, Politische Kommunikation, S. 132–146, hier S. 146; DERS., Staatsrepräsentation; DERS., Symbolische Politik.

⁹⁶ Nr. 8.

⁹⁷ Nr. 239.

⁹⁸ Nr. 83; vgl. auch Nr. 24, Nr. 138.

„Ich habe mich, wenn ich Sie etwa belehren darf, nie mit meinem Hund spielend aufnehmen lassen oder vermied es, wenn es nicht gerade unhöflich wirkte, mich bei Blumenüberreichungen durch Kinder dann fotografieren zu lassen. Denn das haben die Deutschen bei Hitler so en masse vorgegesetzt bekommen, daß ich ganz bewußt gegenüber dieser Gefahr einer Verkitschung mich abgesetzt habe.“⁹⁹

Symbolpolitik konnte sich freilich nicht nur in der Ablehnung von Relikten erschöpfen, die sich nach Heuss in ihrem Symbolgehalt für die Bundesrepublik diskreditiert hatten. Vielmehr ging es ihm darum, neue Staatssymbole zu schaffen, um für den jungen Staat geeignete und unbelastete Traditionen zu stiften, wie er noch einmal am Ende seiner zweiten Amtszeit auf den Punkt brachte: „Eine Tradition selber zu schaffen ist viel schwieriger, aber auch großartiger, als sie in den Resten und Formen verjährter Gesinnungen zu suchen und zu pflegen.“¹⁰⁰ Wie schwierig ein solches Unterfangen sein konnte, hatte Theodor Heuss bei dem Versuch erfahren, eine neue Nationalhymne einzuführen. Die Frage der Nationalhymne war im Grundgesetz nicht geregelt und sollte dem Bundespräsidenten überlassen werden.¹⁰¹ Von Beginn seiner Amtszeit an war Heuss fest entschlossen, eine neue Nationalhymne einzuführen. Als Ausdruck der demokratischen Freiheitsbewegung des 19. Jahrhunderts wusste er zwar Hoffmann von Fallerslebens „Lied an die Deutschen“ zu würdigen, doch als Nationalhymne für die Bundesrepublik hielt er es für untragbar und nicht mehr zeitgemäß. In der ersten Strophe sah er irrealer nationale Grenzen besungen, die zweite Strophe hielt er für „albern und banal“, und die dritte war für ihn als Torso zu kurz.¹⁰² Außerdem wollte er jeglichen Zusammenhang mit dem ideologisch aufgeladenen Pathos des alten „Deutschlandliedes“ vermeiden, das die Nationalsozialisten in Verbindung mit dem Horst-Wessel-Lied instrumentalisiert hatten und für die europäischen Nachbarn untragbar war.¹⁰³ Stattdessen warb er für ein „Pathos der Nüchternheit, das auch seine innere Größe und Würde haben kann und wird“.¹⁰⁴ Er befürchtete schließlich, dass es auf Veranstaltungen zu einem Wettsingen zwischen verschiedenen Strophen kommen könne.¹⁰⁵

Heuss wollte ganz bewusst den tiefen Einschnitt in der deutschen Geschichte 1945/1949 mit einem symbolischen Neuanfang begehen. Und dafür beauftragte er den mit ihm befreundeten Dichter Rudolf Alexander Schröder. Ende 1950, nachdem der Bundespräsident, seine Frau und Mitarbeiter des Bundespräsidialamtes den Schröderschen Text wiederholt abgeändert hatten, lag die „Hymne an

⁹⁹ Nr. 207; vgl. auch Nr. 74.

¹⁰⁰ THEODOR HEUSS: Soldatentum in unserer Zeit, in: DERS., Politiker, S. 495.

¹⁰¹ Vgl. auch im folgenden, K. GOEBEL, Streit; E. W. BECKER, Theodor Heuss, S. 133–136.

¹⁰² Nr. 21.

¹⁰³ Vgl. Nr. 21, Nr. 66, Nr. 116a, Nr. 120, Nr. 236.

¹⁰⁴ Nr. 77.

¹⁰⁵ Vgl. Nr. 55.

Deutschland“ vor, vertont von Hermann Reutter.¹⁰⁶ Heuss ließ die Hymne Mitte Dezember der Bundesregierung intern vortragen.¹⁰⁷ Anschließend informierte er einen Kreis von Journalisten,¹⁰⁸ bevor er in seiner Silvesteransprache 1950 den Text vorlas und von einem Chor vorsingen ließ. Über Rundfunk und Schallplatte sollte für den Hymnenvorschlag geworben werden – vergeblich! Die Reaktion aus Politik und Öffentlichkeit war vernichtend. In einer Umfrage sprachen sich nur 16 Prozent für, jedoch 43 Prozent gegen „Theos Nachtmusik“ aus, wie die Hymne spöttisch hieß.¹⁰⁹ Zahlreiche Proteste erreichten den Bundespräsidenten aus der Bevölkerung,¹¹⁰ die wiederum selber aktiv wurde und unzählige Vorschläge für eine Nationalhymne einreichte.¹¹¹ Auch die erhoffte politische Rückendeckung stellte sich im Laufe des Jahres 1951 nicht ein. Der sozialdemokratische Oppositionsführer verulkte das Lied als „schwäbisch-protestantischen Nationalchoral“.¹¹² Adenauer, der von Beginn an Vorbehalte gegenüber einer neuen Nationalhymne hatte, distanzierte sich von Heuss' Vorschlag, indem er sich für die dritte Strophe des „Deutschlandliedes“ aussprach. Heuss fühlte sich davon „einigermaßen betroffen“ und fuhr fort:

„Es handelt sich für mich in der Frage der sogenannten Nationalhymne nicht um eine Sache des rechthaberischen Eigensinns, sondern des Versuches einer politischen Erziehung und der Geduld. Es darf nicht der Zustand eintreten, daß die einen meinen, wenn man das singt, macht man dem Heuss, wenn man das andere singt, macht man dem Adenauer eine Freude.“¹¹³

Die Kultusministerkonferenz der Länder war nicht bereit, der Bitte des Bundespräsidenten nachzukommen und den Hymnenvorschlag in den Schulen lehren zu lassen.¹¹⁴ Als sich angesichts der breiten Ablehnungsfront die Vorbehalte von Adenauer und der CDU verstärkten, resignierte Heuss schließlich im Januar 1952. In einem Schreiben an den Bundeskanzler gab er sein Bemühen auf, „die Deutschen von dem lauten Traditional-Patriotismus zu trennen und sie zu einem tragisch verhaltenen Nationalgefühl zu führen“.¹¹⁵ Er räumte ein, dass er „den Traditionalismus und sein Beharrungsbedürfnis unterschätzt“ habe.¹¹⁶ Die Bürger ließen sich offensichtlich nicht bevormunden, sondern wollten an vertrauten

¹⁰⁶ Vgl. S. 192, Abb. 4.

¹⁰⁷ Vgl. Nr. 48.

¹⁰⁸ Vgl. Nr. 51.

¹⁰⁹ Vgl. K. GOEBEL, Streit, S. 130.

¹¹⁰ So z. B. Elisabeth Maaß an Heuss, 4. 9. 1951, in: TH. HEUSS, Hochverehrter Herr Bundespräsident, S. 176f; vgl. auch Nr. 62, Nr. 66.

¹¹¹ Vgl. C. ESCHER, Deutschland.

¹¹² Nr. 109.

¹¹³ Nr. 77.

¹¹⁴ Vgl. Nr. 94.

¹¹⁵ Nr. 109.

¹¹⁶ Nr. 120.

nationalen Symbolen festhalten. Anstatt zu integrieren hatte Heuss mit seinem Hymnenvorschlag vielmehr gespalten und Konflikte provoziert. Seine Amtsführung hatte ihn in Widerspruch zu seinem Amtsverständnis gebracht. Zerknirscht verzichtete er auf eine feierliche Proklamation und erkannte das „Deutschlandlied“, von dem bei offiziellen Anlässen nur die dritte Strophe zu singen war, lediglich in Form eines Briefwechsels mit Adenauer an.¹¹⁷ Das Scheitern seiner Bemühungen um eine neue Nationalhymne schmerzte ihn freilich weiterhin.¹¹⁸

Heuss hatte mit dieser Art von Symbolpolitik große Aufmerksamkeit erregt und Politik wie auch Öffentlichkeit emotionalisiert. Zugleich musste er sich aber eingestehen, dass er sich mit seiner Sicht der Festsetzung neuer Traditionen nicht durchgesetzt und im politischen Symbolkampf den Kürzeren gezogen hatte. Erfolgreicher – nur ohne dieses Ausmaß an öffentlicher Resonanz – war er hingegen auf einem anderen Terrain der symbolischen Politik: der Einführung von Orden und Auszeichnungen. Nachdem die Weimarer Reichsverfassung das Verbot von staatlich verliehenen Orden und Ehrenzeichen festgelegt (Art. 109, Abs. 5) und der nationalsozialistische Staat wiederum zivile und militärische Auszeichnungen inflationär ausgegeben hatte, war die Ordensverleihung für Heuss ein wichtiges Mittel, um dem Bürger für bestimmte Leistungen zu danken und ihn an den demokratischen Staat zu binden. So stiftete er 1950 das Silberne Lorbeerblatt, mit dem herausragende sportliche und mitunter auch musische Leistungen gewürdigt werden. Die klassische Gestaltung der Auszeichnung als Lorbeerblatt ging auf seinen Vorschlag zurück.¹¹⁹ Bei besonderen Gelegenheiten überreichte der Bundespräsident die Auszeichnung selber, so im Juli 1954 an die westdeutschen Fußballweltmeister. Dabei nutzte er die Gelegenheit, vor übertriebener nationaler Euphorie zu warnen, nämlich „daß gutes Kicken noch nicht zuverlässige Politik bedeute [...]. Die Menschen sind ja mit der Fußballerei verrückt.“¹²⁰

Zur wichtigsten staatlichen Ehrung sollte der Bundesverdienstorden werden, den Heuss 1951 einführte, um besondere politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Verdienste zu würdigen.¹²¹ Dabei legte er besonderen Wert darauf, „daß nicht nur und wesentlich die politische, geistig-kulturelle oder wirtschaftliche ‚Prominenz‘ vom Staate geehrt wird, sondern auch die Leistung der Unbekannten und Ungenannten.“¹²² Die Vorschläge, die von jedem Bürger gemacht werden können, werden über die Staatskanzleien der Länder, die Bundesministerien oder das Auswärtige Amt an die Ordenskanzlei des Bundespräsidialamtes weitergeleitet; den Orden verleiht dann der Bundespräsident. Zwar gab es unter den Sozial-

¹¹⁷ Vgl. Nr. 116a, Nr. 120.

¹¹⁸ Vgl. Nr. 236.

¹¹⁹ Vgl. Nr. 25.

¹²⁰ Nr. 238.

¹²¹ Vgl. Nr. 83.

¹²² Nr. 100.

demokraten zunächst Vorbehalte gegenüber diesem Orden,¹²³ doch fand er bald weite Verbreitung und Zustimmung. Auch Repräsentanten der Weimarer Republik wie der ehemalige sozialdemokratische Reichstagspräsident Paul Löbe konnten nachträglich geehrt werden, mitunter von Heuss persönlich in einer Feierstunde.¹²⁴ In einigen Fällen, wenn er sich persönlich betroffen fühlte, schaltete er sich auch selber ein und warb für die Annahme der Auszeichnung.¹²⁵ Die Verleihungspolitik konnte aber auch immer wieder zu Missstimmungen führen, wenn sich zum Beispiel Konfessionen zu wenig berücksichtigt fühlten und Kritik am vermeintlichen „Ordensregen“ geäußert wurde.¹²⁶

Besonders große Aufmerksamkeit widmete Heuss der Wiederbelebung des Ordens *Pour le mérite* (Friedensklasse), der 1842 vom preußischen König für herausragende Wissenschaftler und Künstler gestiftet wurde.¹²⁷ Beschränkt auf einen Kreis von 30 Personen, der nach dem Tode eines Ordensträgers die Neuerberfungen in Eigenregie vornahm und sich auf diese Weise staatlichem Einfluss entzog, drohte der Orden auszusterben, nachdem im Nationalsozialismus die Praxis der Selbstergänzung verboten wurde. Heuss gab schon bald nach Amtsantritt gegenüber den drei noch lebenden Ordensträgern den Anstoß, den Orden wieder zu erneuern. Als Ausdruck wissenschaftlich-kultureller Kontinuitätswahrung entsprach dieser Orden den Vorstellungen des Bundespräsidenten von der „geistigen Größe“ der deutschen Kulturnation, die alle Katastrophen überdauert habe und künftig im Ausland anerkannt werde: „Wenn es auf solche Weise gelingt [...], den deutschen Orden vor den Deutschen selbst und der Welt wieder zur Gestalt zu bringen, so wäre es moralisch-psychologisch und geistig-politisch unzweifelhaft ein Gewinn.“¹²⁸ Und einige Jahre später erläuterte er in einer Rede seine Motivation zur Wiederbelebung des Ordens: „Daß es so etwas gibt, gehört mit in den Stil einer nicht zerreißenen Tradition, um etwas zu zeigen, worauf man als Volk stolz sein kann.“¹²⁹ Dass nicht alle mit Stolz auf diese Tradition zurückblickten, musste er erfahren, als Albert Einstein es ablehnte, wieder in den Orden einzutreten, den er 1933 nach seiner Emigration verlassen hatte.¹³⁰

Auch nachdem Heuss die Neubegründung angeregt hatte und der Orden 1952 offiziell wiederbelebt war, nahm er bis hin zu Detailfragen weiterhin intensiv Anteil an diesem Projekt.¹³¹ Er stellte das Präsidialamt für Büroarbeiten zur Ver-

¹²³ Vgl. Nr. 83.

¹²⁴ Vgl. Nr. 101.

¹²⁵ Vgl. Nr. 157, Nr. 205.

¹²⁶ Vgl. Nr. 100, Nr. 112.

¹²⁷ Vgl. H. ROTHFELS, Theodor Heuss; P. E. SCHRAMM, Theodor Heuss.

¹²⁸ Nr. 49.

¹²⁹ THEODOR HEUSS: Stilfragen der Demokratie, in: DERS., *Politiker* S. 459f.

¹³⁰ Vgl. Nr. 57.

¹³¹ Vgl. Nr. 226.

fügung und unterstützte den neuen Ordenskanzler bis in die Formulierung von Schreiben.¹³² Bei der Frage der Neuberufungen schaltete er sich ein¹³³ und sorgte sich um die Aufnahme ausländischer Mitglieder.¹³⁴ Seine eigene Wahl in das Ordenskapitel lehnte er während seiner Amtszeit und später ab: „Es soll nach meiner Meinung der spezifische Politiker außerhalb dieses Kreises bleiben.“¹³⁵ Als der Bundespräsident im August 1954 das Protektorat über den Orden übernahm, stellte er fest, dadurch werde der „Charakter des Ordens als eine Vereinigung mit autonomer Entscheidung über die Mitgliedschaft“ nicht berührt. Der Orden

„ist jetzt in seiner alten Würde wieder hergestellt, und ich zweifle nicht, daß die Achtung, die ihm das deutsche Volk immer bekundet und das Ausland nie versagt hat, eine neue Festigung erfährt. Das soll auch, zumal in Ansehung der Ausweitung in den außerdeutschen Geistesbezirk, darin seinen Ausdruck finden, daß das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland die Verpflichtung eines pfleglichen Schutzes übernimmt.“¹³⁶

Die von Heuss gestifteten Orden und Ehrenzeichen sind in der Bundesrepublik anerkannte Auszeichnungen geworden und haben mit zur Akzeptanz des demokratischen Staates beigetragen. Doch noch weitere Symbolfragen bewegten den Bundespräsidenten. So nahm er zur Problematik eines Nationalfeiertages wiederholt Stellung und sah angesichts der Vielzahl der Gedenktage die Gefahr, „in der Feiertagstechnik unbewußt die Erben der Nationalsozialisten zu werden“.¹³⁷ Ohnehin vertraute er in einem Brief dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten an:

„Mir ist ja ganz deutlich, daß der kommende Nationalfeiertag der sein wird, an dem – Gott gebe es – in nicht zu ferner Zeit die deutsche Einheit wiederhergestellt sein wird. Dieser Tag wird, auch wenn an ihm vielleicht nur ein paar Unterschriften geleistet werden, aus sich selber heraus ein Geschichtspathos erzeugen. Aber das kann man ja publizistisch-propagandistisch schwer vortragen.“¹³⁸

Geschichtspolitik: Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit

Schon seit Kriegsende hatte sich Theodor Heuss mit dem Nationalsozialismus und dessen historischen Bedingungen beschäftigt. Er forderte seine Landsleute auf, sich auch der destruktiven Seite deutscher Geschichte zu stellen und sich nicht der verführerischen Praxis des Verdrängens hinzugeben. Nur wenn der

¹³² Vgl. Nr. 129, Nr. 129a.

¹³³ Vgl. Nr. 129a, Anm. 2, Nr. 226.

¹³⁴ Vgl. Nr. 157, Nr. 230, Nr. 244.

¹³⁵ Nr. 230.

¹³⁶ Nr. 243.

¹³⁷ Nr. 245.

¹³⁸ Ebd.

Verbrechen nationalsozialistischer Gewaltherrschaft gedacht werde, könne das deutsche Geschichtsbild gereinigt und die (Kultur-)Nation als Leitwert wiederhergestellt werden. Diese Aufforderung zur Erinnerung war für Heuss eine Voraussetzung, um die Deutschen nachhaltig zur Demokratie zu erziehen.¹³⁹ Auch für den Bundespräsidenten blieb die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wesentlicher Bestandteil seines Selbstverständnisses. Nicht allein in der Symbolpolitik, sondern auch in Wort und Schrift waren Heuss die Folgen des „Dritten Reiches“ präsent. Eine naive Berufung auf die deutsche Nationalgeschichte war nicht mehr möglich, wenn glaubwürdig und nachhaltig für die demokratische Republik geworben werden sollte.¹⁴⁰ Als der Remigrant Alfred Döblin 1953 dem Staatsoberhaupt mitteilte, dass er die Bundesrepublik enttäuscht wieder verlassen werde, da räumte Heuss traurig ein: „An dem Zerbrechen einer geistigen Kontinuität wird Deutschland noch lange zu leiden haben.“¹⁴¹

In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre war die nationalsozialistische Vergangenheit durchaus ein Thema, das Öffentlichkeit und Politik beschäftigte, doch mit der Zielrichtung, einen „Schlussstrich“ unter die Entnazifizierung und Strafverfolgung von NS-Verbrechern zu setzen.¹⁴² Strategien der Entlastung und Verdrängung herrschten vor. Fragen der moralischen und justiziablen Verantwortung sollten einen zügigen Abschluss finden, rückten zunehmend aus dem Fokus und wurden allenfalls noch in intellektuellen Zirkeln diskutiert. Angesichts der Herausforderungen in den Anfangsjahren der Bundesrepublik¹⁴³ erschien vielen Bürgern eine selbstkritische Reflexion über die eigene Rolle und Funktion in der totalitären Diktatur unangebracht und überflüssig; vielmehr schätzte noch 1951 mehr als ein Drittel der Bevölkerung die Jahre 1933 bis 1938 als die beste Zeit Deutschlands im 20. Jahrhundert ein. In der Politik gelang es, die Entnazifizierung zu einem schnellen und großzügigen Abschluss in den Ländern zu führen. Belastete Beamte konnten per Gesetz rehabilitiert werden und Versorgungsansprüche geltend machen. Und im Zeichen des Kalten Krieges und der Wiederbewaffnung veränderten die USA ihre Haltung zu ihrem möglichen Bündnispartner und begünstigten eine Politik der Entlastung und Verdrängung.

Theodor Heuss, der selber unter dem nationalsozialistischen Regime gelitten und zahlreiche Freunde und Verwandte durch Terror, Vernichtung und Krieg verloren hatte,¹⁴⁴ war nicht bereit, diesen Weg uneingeschränkt mitzugehen. Schon in seiner Antrittsrede warnte er vor dem Missbrauch, der mit der „Gnade“

¹³⁹ Vgl. E. W. BECKER, Theodor Heuss, S. 109–111.

¹⁴⁰ Vgl. die Auseinandersetzung mit dem Hohen Kommissar der USA über Nationalismus und Militarismus in der deutschen Geschichte; Nr. 87.

¹⁴¹ Nr. 172; vgl. auch W. F. SCHOELLER, Döblin, S. 792–794.

¹⁴² Vgl. auch im Folgenden N. FREI, Vergangenheitspolitik.

¹⁴³ Vgl. S. 28f.

¹⁴⁴ Vgl. E. W. BECKER, Theodor Heuss, S. 67–95; TH. HEUSS, Defensive.

des Vergessenkönnens betrieben werde.¹⁴⁵ Vor allem wollte er an das Unrecht erinnern, das den Juden widerfahren war. In einer Rede, die er im Dezember 1949 vor der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Wiesbaden weitgehend improvisiert hielt und die später unter dem Titel „Mut zur Liebe“ publiziert wurde, stellte er unumwunden fest: „Es hat keinen Sinn, um die Dinge herumzureden. Das scheußliche Unrecht, das sich am jüdischen Volk vollzogen hat, muß zur Sprache gebracht werden in dem Sinne: Sind wir, bin ich, bist Du schuld, weil wir in Deutschland lebten, sind wir mitschuldig an diesem teuflischen Verbrechen?“¹⁴⁶ Eine pauschale Verurteilung der deutschen Bevölkerung für die nationalsozialistischen Verbrechen lehnte Heuss als Kollektivschuld ab. Stattdessen forderte er eine „Kollektivscham“ von allen Deutschen ein, in deren Namen die NS-Gräueltaten begangen worden seien.¹⁴⁷ Mit diesem moralischen Erinnerungsappell sollte die Möglichkeit gegeben werden, den Belastungen durch die Vergangenheit Herr zu werden und die Legitimität des Staates zu stärken.¹⁴⁸ Die Rede rief durchaus positive Resonanz hervor, auch wenn mitunter bezweifelt wurde, dass ein ganzes Volk zur Scham verpflichtet werden könne.¹⁴⁹

Als Theodor Heuss knapp drei Jahre später eine Ansprache zur Einweihung des Mahnmals im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen hielt, wollte er verhindern, den Judenmord allmählich dem Vergessen zu überlassen: Die Juden „werden nie, sie können nie vergessen, was ihnen angetan wurde; die Deutschen dürfen nie vergessen, was von Menschen ihrer Volkszugehörigkeit in diesen schamreichen Jahren geschah.“¹⁵⁰ Kritikern, die ihm eine Wiederbelebung der Kollektivschuldthese vorwarfen, entgegnete er:

„[...] daß Juden vernichtet und Kranke gemordet wurden, das haben schließlich nur die Leute nicht gewußt, die sich in diesen bösen Jahren eine Idylle glaubten gestatten zu können. [...] Der Herr Bundespräsident [...] hält es auch nicht für seine Pflicht, den Deutschen das sich in das Vergessenwollen und Nichtgewußthaben flüchten zu können allzu leicht zu machen. Das würde ihm gegen seine Pflicht erscheinen.“¹⁵¹

Heuss sah in dieser fortwährenden moralischen Sensibilisierung durchaus „eine politische Handlung“,¹⁵² welche die Versöhnung mit den vor allem jüdischen Opfern des Nationalsozialismus vorantreiben sollte.¹⁵³

¹⁴⁵ Vgl. Rede nach der Wahl zum Bundespräsidenten vor Bundestag, Bundesrat und Bundesversammlung, in: TH. HEUSS, Politiker, S. 378f.

¹⁴⁶ THEODOR HEUSS: Mut zur Liebe, in: ebd., S. 382; vgl. auch Nr. 11.

¹⁴⁷ Ebd., S. 382f.

¹⁴⁸ Vgl. U. BAUMGÄRTNER, Reden, S. 185–209, vor allem S. 203f.

¹⁴⁹ Vgl. Nr. 12, Nr. 13, Nr. 14.

¹⁵⁰ THEODOR HEUSS: Das Mahnmal, in: TH. HEUSS, Politiker, S. 408.

¹⁵¹ Nr. 145.

¹⁵² Nr. 143.

¹⁵³ Vgl. auch U. BAUMGÄRTNER, Reden, S. 232–259.

Auch wenn der Bundespräsident mit solchen Reden provozierte, den erinnerungspolitischen Grundkonsens der Bundesrepublik sprengte er nicht. Er neigte in seinen Reden zu einer Dämonisierung und Personalisierung des Nationalsozialismus, den er vor allem auf eine kleine Elite von Tätern und Verführern beschränkte. Die große Mehrheit der Bevölkerung erklärte er hingegen zu Verführten, von denen er auch nur Scham über die in ihrem Namen begangenen Verbrechen einfordern konnte. Die Moralisierung der Schuldfrage zog eben keine offensivere, gar juristische Aufarbeitung der Verstrickung weitaus größerer Teile der „Volksgemeinschaft“ in die NS-Gewaltverbrechen nach sich.¹⁵⁴ Das kam einer weit verbreiteten Neigung entgegen, die Deutschen zunächst als erstes Opfer Hitlers und anschließend als Leidtragende von Bombenkrieg, Vertreibung und alliierter Fremdherrschaft anzusehen.¹⁵⁵ So weit ging Heuss wiederum nicht. Einem solchen Opfermythos und der Aufrechnung eigener Schuld mit den Verfehlungen der Siegermächte hing er nicht an. Allein schon, dass er als Staatsoberhaupt die Erinnerung an den Holocaust wachhielt und daraus moralische Verpflichtungen ableitete, die der Bundesrepublik eine Legitimationsgrundlage verschafften, war ein politischer, in begrenzter Hinsicht auch unzeitgemäßer Akt.

Die Briefe bezeugen, dass Theodor Heuss auch im täglichen Amtsgeschäft die Aussöhnung mit den Juden und dem Staat Israel ein großes Anliegen war.¹⁵⁶ Im Herbst 1951 hatte er eine Regierungserklärung über die „Haltung der Bundesregierung gegenüber den Juden“ zum Teil mitformuliert, womit die Politik der Wiedergutmachung eingeleitet wurde.¹⁵⁷ Als das Wiedergutmachungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Israel und der Jewish Claims Conference (Luxemburger Abkommen) zustande gekommen war, räumte er seinen atmosphärischen Beitrag ein: „Sie haben recht, daß ich in der Entkrampfung der jüdisch-deutschen Beziehungen und in der Wiederherstellung wechselseitiger guter Gesinnungen von Beginn meines Amtes an eine meiner vornehmsten Aufgaben gesehen habe.“¹⁵⁸ Auf der persönlichen Ebene würdigte er die Leiden und Leistungen der jüdischen Emigranten. In einem offenen Geburtstagsbrief an den Herausgeber des jüdischen Monatsmagazins „Aufbau“ bescheinigte er Manfred George, „für gequälte, verfolgte, in seelischer und, weiß Gott, auch oft genug in sachlicher Not befindliche Menschen ein Organ der inneren Bindung“ geschaffen und die Grundlage für eine Aussöhnung gelegt zu haben:

¹⁵⁴ Vgl. N. FREI, Führerstaat, S. 93–109; H. BUCHHEIM, Lebensbedingungen; allgemein zur Volksgemeinschaft F. BAJOHHR / M. WILDT, Volksgemeinschaft; G. ALY, Volkes Stimme.

¹⁵⁵ Vgl. J. FOSCHEPOTH, Reaktion; TH. KOEBNER, Schuldfrage.

¹⁵⁶ Vgl. Nr. 76.

¹⁵⁷ Vgl. Nr. 90; N. HANSEN, Schatten, S. 119–126; Y. A. JELINEK, Deutschland, S. 110.

¹⁵⁸ Nr. 168; vgl. auch J. H. GELLER, Theodor Heuss, S. 6–16; N. HANSEN, Schatten, S. 354; Y. A. JELINEK, Deutschland, S. 161–250.

„Sie haben daran gearbeitet auf Grund Ihrer inneren Haltung zu den menschheitlichen Dingen, daß wir den Weg, über die Grausamkeit und auch über die unvermeidlichen Verzerrungen des Geschichtsbildes hinweg, zu einer höheren Einsicht und zu einer anständigen Haltung wieder finden. Das ist eine Verpflichtung, der Sie sich unterworfen haben; das ist ein inneres Bedürfnis, dem ich zu dienen immer bestrebt gewesen bin.“¹⁵⁹

Dass die Aussöhnung mit den Juden auch noch 1954 ein zwar heikles, aber notwendiges Projekt war, machte Heuss in einem Grußschreiben an den Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit deutlich. Er wisse,

„daß das wohlthätige Streben, zwischen Christen und Juden, oder zwischen Deutschen und Juden [...] einen fruchtbaren Ausgleich und eine achtungsvolle Schätzung zu gewinnen, gerade auch in jüdischen Kreisen nicht überall Zustimmung findet. Ich vermag das zu begreifen, wo nicht nur äußere Schädigung und Existenzvernichtung, sondern tiefe seelische Verwundung Schicksale in die Not gezwungen oder alte vertraute Empfindungen zerwühlt und zerstört haben. [...] Es ist von Deutschen – ich sage nicht, wie es der vereinfachende Tonfall böser Jahre wollte – von *den* Deutschen – Schlimmstes gegen Menschen jüdischer Herkunft geschehen. Auf dem Weg, der über so viel Leid in einen Bezirk des freien und gleichen Atmens führen soll, dürfen nun nicht Steine des Anstoßes neu gerollt werden, die den vorsichtig und tapfer Schreitenden den Mut nehmen, daß das Ziel in brüderlicher Gesinnung erreicht werden könne.“¹⁶⁰

Eine Möglichkeit, aus dem nationalsozialistischen Schrecken eine positive Gedenktradition zu begründen, sah Heuss in der Erinnerung an diejenigen, die Widerstand gegen das NS-Regime geleistet und dafür ihr Leben gelassen hatten. Er selber hatte enge Beziehungen zu verschiedenen Widerstandskreisen unterhalten und zahlreiche Opfer des nationalsozialistischen Terrors zu beklagen.¹⁶¹ Auch aus dieser persönlichen Betroffenheit heraus gedachte er in offenen Briefen, Grußadressen und Aufsätzen Julius Leber, der hingerichteten Studenten der „Weißen Rose“ und seines ermordeten Freundes Fritz Elsas.¹⁶² Der zehnjährige Jahrestag des Attentats vom 20. Juli 1944 bot dem Bundespräsidenten die Gelegenheit, seine grundsätzliche Position zum Widerstand öffentlich zu markieren. Schon Jahre vor diesem Tag hatte er auf eine würdige Gedenkveranstaltung hingewirkt und seine Ansprache geplant, um in „dieser Frage eine Klärung des politischen Ethos“ vorzunehmen.¹⁶³ An die Verschwörer vom 20. Juli zu erinnern war in den

¹⁵⁹ Nr. 189; vgl. zum Kontakt zu Leo Baeck und zur Wiedergutmachungsfrage Nr. 85, Nr. 170, Nr. 89, Nr. 139.

¹⁶⁰ Nr. 220.

¹⁶¹ Vgl. J. C. HESS, Nazis.

¹⁶² Vgl. Nr. 18, Nr. 159a, Nr. 186.

¹⁶³ Nr. 179; vgl. auch Nr. 238.

fünfziger Jahre nicht ohne Risiko, lastete auf ihnen doch noch der Vorwurf des Eidbruchs und Hochverrats.¹⁶⁴ Dies empfand Heuss als unerträglich. Er nutzte deshalb diesen Gedenktag für eine öffentliche und viel beachtete Rede am 19. Juli 1954 in der Freien Universität Berlin, die – gedruckt unter dem Titel „Dank und Bekenntnis“ – weite Verbreitung fand.¹⁶⁵ Indem er den Attentätern in einer konkreten Grenzsituation einen Vorrang der Gewissensfreiheit vor dem Eid und damit ein Recht auf Widerstand gegen ein moralisch gänzlich diskreditiertes Regime zugestand, gelang es ihm, einen Wendepunkt in der öffentlichen Wahrnehmung des Widerstandes einzuleiten und eine positive Erinnerungstradition zu begründen. Außerdem nutzte er diesen Anlass zu einer Klärung des politischen Selbstverständnisses der jungen Republik, die er moralisch in die Nachfolge der Attentäter einordnete und somit entlasten konnte.¹⁶⁶

Die Rede fand große Zustimmung in allen Teilen der Bevölkerung bis hin zu militärischen Kreisen,¹⁶⁷ stieß mitunter aber auch auf Ablehnung, weil durch sie Zwietracht unter den Soldaten gesät und der Eidbruch legitimiert werde.¹⁶⁸ In seiner Ansprache hatte Heuss auch den ehemaligen Reichsjustizminister Franz Gürtner kritisiert, der die Morde im Zuge der Röhm-Affäre im Sommer 1934 nachträglich juristisch gerechtfertigt hatte. Gegenüber der entrüsteten Witwe von Gürtner beharrte er auf seiner Kritik, „daß ich es als geschichtliche Schuld betrachtete und betrachte, daß mit einem Gesetz ex post ein organisierter Massenmord, dem kein Rechtsakt voranging, als rechtens erklärt wurde.“¹⁶⁹

Um „geschichtliche Schuld“ verorten zu können, bedurfte es nach Auffassung von Heuss wissenschaftlicher Forschung. Diese sah er in guten Händen beim Deutschen Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit in München (seit 1952 Institut für Zeitgeschichte), an dessen Arbeit wie auch personalpolitischen Querelen er als Ehrenmitglied des Wissenschaftlichen Beirats Anteil nahm.¹⁷⁰ Hingegen eine Verfilmung von Stoffen aus der NS-Zeit und über Vertreter des Widerstandes lehnte er als „Kommerzialisierung der deutschen Tragödie“ ab.¹⁷¹ Zurückhaltend verhielt er sich, als der Regisseur des antisemitischen Films „Jud Süß“ (1940), Veit Harlan, ihn um Schutz gegen Boykottmaßnahmen bat und er entgegen ließ: „Eine moralische Rechtfertigung kann jedoch mit hoheitlichen Mitteln nicht erzwungen werden. Sie ist weitgehend durch Ihre

¹⁶⁴ Vgl. U. BAUMGÄRTNER, Reden, S. 302–305.

¹⁶⁵ Abgedruckt in: TH. HEUSS, Reden. Staatsmann, S. 247–262; DERS., Würdigungen, S. 408–424; DERS., Politiker, S. 430–441.

¹⁶⁶ Vgl. U. BAUMGÄRTNER, Reden, S. 299–333.

¹⁶⁷ Vgl. Nr. 237, Nr. 238.

¹⁶⁸ Vgl. Nr. 234; U. BAUMGÄRTNER, Reden, S. 328f.

¹⁶⁹ Nr. 240.

¹⁷⁰ Nr. 36.

¹⁷¹ Nr. 196.

eigene Haltung bedingt und findet ihren Ausdruck in der freien Meinungsbildung der Öffentlichkeit.“¹⁷²

Weniger Sensibilität bewies Theodor Heuss hingegen, als er die Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes an den Schauspieler Werner Krauss rechtfertigte, der u. a. in dem Propagandafilm „Jud Süß“ mehrere „jüdische“ Rollen übernommen hatte. Unbeeindruckt von Protesten, die bis zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion reichten, hielt er die ideologische Indienstnahme des Schauspielers für sekundär und hob vor allem hervor, dass Krauss „die stärkste schauspielerische Potenz, die es heute in Deutschland gibt“, sei.¹⁷³ Ob ein Künstler, der sich zumindest moralisch kompromittiert hatte, durch einen Staat geehrt werden sollte, der sich geradezu als Gegenentwurf zum NS-Regime verstand – diese Frage scheint sich Heuss nicht gestellt zu haben.

Theodor Heuss setzte sich auch für Kriegsverbrecher ein, die in den Nürnberger Prozessen verurteilt worden waren. So sprach er sich für die Begnadigung des zu zwölf Jahren Haft verurteilten Alfred Krupp aus.¹⁷⁴ Im Herbst 1950 bat er den amerikanischen Hochkommissar um eine vorzeitige Haftentlassung des ehemaligen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, der wegen der Deportation französischer Juden nach Auschwitz als ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ 1949 verurteilt worden war. Beeindruckt von der „Würde seines Menschentums“ wies er darauf hin, dass „nach meiner inneren Überzeugung hier ein Fehlurteil vorliegt“.¹⁷⁵ Und nur wenige Wochen später setzte er sich gegenüber dem französischen Hochkommissar für bessere Haftbedingungen für den ehemaligen Reichsaußenminister und „Reichsprotektor von Böhmen und Mähren“, Konstantin Freiherr von Neurath, ein, der als einer der Hauptkriegsverbrecher 1946 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden war.¹⁷⁶ Und schließlich wurde er bei den Alliierten vorstellig, um Hinrichtungen von verurteilten Kriegsverbrechern im Gefängnis Landsberg zu verhindern. Er war überzeugt, „daß es Fälle gibt, bei denen die Rekonstruktion der Situation, aus der die individuelle Schuldhaftigkeit entnommen werden sollte und entnommen wurde, durchaus fragwürdig blieb.“ Der Bundespräsident scheute auch nicht davor zurück, im Falle von Hinrichtungen auf Schwierigkeiten hinzuweisen und damit Druck auszuüben: „Meine Sorge ist groß, daß durch etwaige Hinrichtungen von Landsberger Häftlingen unsere gemeinsamen Besprechungen zur Eingliederung der Bundesrepublik in eine europäische und atlantische Gemeinschaft empfindlich gestört

¹⁷² Nr. 59; vgl. auch I. BUCHLOH, Veit Harlan, S. 189–214; S. ZIELINSKI, Veit Harlan, S. 42–82; W. BERGMANN, Antisemitismus, S. 86–117.

¹⁷³ Nr. 235; vgl. auch Nr. 233.

¹⁷⁴ Vgl. Nr. 33, Nr. 33a.

¹⁷⁵ Nr. 39.

¹⁷⁶ Vgl. Nr. 45. Zur Intervention zugunsten des ehemaligen Straßburger Oberbürgermeisters Robert Ernst vgl. Nr. 203.

würden.¹⁷⁷ Die Westintegration und Wiederbewaffnung der Bundesrepublik wurden also abhängig gemacht von dem Wohlverhalten der Westmächte gegenüber Kriegsverbrechern, die für die Ermordung unzähliger Menschen verantwortlich waren.

Diese Art der Vergangenheitspolitik ist symptomatisch für die frühe Bundesrepublik, in der die Bemühungen um die Freilassung der Landsberger Häftlinge von Politik und Bevölkerung breit und parteiübergreifend unterstützt wurden.¹⁷⁸ Vor allem wenn die Verurteilten (bildungs-)bürgerlicher Herkunft waren und es ihnen gelang, ihre Taten als Ausdruck eines politischen Irrtums erscheinen zu lassen, in der Haft glaubwürdig ihren Gesinnungswandel zu demonstrieren und ein Ethos der Anständigkeit von sich zu erzeugen, dann konnten sie mit Nachsicht und Unterstützung rechnen, die bis an die Staatsspitze reichten. Die Integrationsbemühungen des Bundespräsidenten schlossen auch diesen Personenkreis mit ein. Indem Heuss diesen Häftlingen eine „Rückkehr in die Bürgerlichkeit“ ermöglichen wollte, hoffte er vermutlich, sie für die demokratische Republik zu gewinnen.¹⁷⁹

Theodor Heuss wurde auch mit seiner eigenen Haltung zum Nationalsozialismus konfrontiert. Seine Zustimmung als Reichstagsabgeordneter zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 verfolgte ihn als Bundespräsident. Eine Nichte war von Mitschülerinnen darauf hingewiesen worden und bat ihren Onkel um Aufklärung, woraufhin dieser sich auf keine größere Diskussion einließ: „Das sind Fragen, die in der geschichtlichen Auseinandersetzung ihre Klärung erfahren, aber nicht in der Diskussion junger Mädchen.“¹⁸⁰ Und auf sein Buch „Hitlers Weg“ von 1932 angesprochen, räumte er ein: „Ich selber würde es heute nicht mehr ganz so positiv bewerten, weil unsere an sich wohlbürgerliche Erziehung uns nicht befähigt, mit der Phantasie so viel sinnlose und dumme Brutalität geschichtlich für möglich zu halten.“¹⁸¹ Für die Hilflosigkeit des Bürgers gegenüber der totalitären Herausforderung fand Heuss hier einen adäquaten Ausdruck.

Politik durch Integration

Die Hauptzielgruppe der Integrationspolitik des Bundespräsidenten erstreckte sich selbstverständlich nicht auf belastete NS-Täter, sondern vielmehr auf unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen. Wie Theodor Heuss sich um die Einbindung des Bürgers in die Bundesrepublik bemühte, zeigt der bereits veröffentlichte Briefwechsel mit der Bevölkerung.¹⁸² Der vorliegende Band dokumentiert stärker

¹⁷⁷ Nr. 60; vgl. dazu auch N. FREI, *Vergangenheitspolitik*, S. 195–233.

¹⁷⁸ Vgl. zu diesem Komplex ebd., S. 133–306.

¹⁷⁹ Vgl. U. HERBERT, *Rückkehr*, S. 173.

¹⁸⁰ Nr. 152; vgl. J. C. HESS, *Deutsche Lage*, S. 83–99; E. W. BECKER, *Ermächtigung*.

¹⁸¹ Nr. 71.

¹⁸² Vgl. TH. HEUSS, *Hochverehrter Herr Bundespräsident*.

die ausgleichende Wirkung des Staatsoberhauptes zwischen Parteien, Verbänden und weiteren gesellschaftlichen Gruppierungen. So war es ihm ein Anliegen, Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften nicht eskalieren zu lassen, und er sah darin eine „sehr notwendige staatspolitische Aufgabe“.¹⁸³ Enge Beziehungen unterhielt er zu einigen Unternehmern¹⁸⁴ oder ehemaligen Industriellen wie Paul Reusch.¹⁸⁵

Mit Sozialdemokraten, die er schon aus der Weimarer Republik kannte, war er regelrecht befreundet, wenn er gegenüber Wilhelm Keil eingestand, dass „ich, wie Sie vielleicht bemerkt haben könnten oder sollten oder dürften, Sie liebe.“¹⁸⁶ Doch auch zu aktiven Funktionsträgern der SPD vermochte er ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, obwohl die Bundestagsfraktion Heuss nach dessen Wahl 1949 einen Glückwunsch verweigert hatte.¹⁸⁷ In Gesprächen mit führenden Sozialdemokraten versuchte er um Verständnis für Positionen der Bundesregierung zu werben.¹⁸⁸ Mit dem Oppositionsführer Kurt Schumacher vereinbarte er, eine Gedenkrede anlässlich des 25. Todestages Friedrich Eberts zu halten.¹⁸⁹ Als Schumacher im August 1952 starb, fühlte er sich davon „stark betroffen“:

„Seine geschichtliche Erscheinung steht im Schatten menschlicher Tragik und wirkt doch zugleich als großartiges Beispiel, wie der Geist und die moralische Kraft die Hinfälligkeit des Körpers niederzwingt. [...] Ich kannte Kurt Schumacher seit Jahrzehnten, das Nebeneinander und Ineinander von scharf argumentierendem Verstand und ungeduldiger Leidenschaft, ich wußte auch, daß manche Schroffheit nur eben die weichen und liebenswürdigen Züge seines Wesens zuzudecken hatte. Denn er wollte nie sentimental erscheinen, so stark seine Mitleidensfähigkeit war. [...] Dies aber steht sehr deutlich vor meinem Bewußtsein, daß *er* es vor allem gewesen ist, der den Einbruch der totalitären Ideologien abgefangen und damit die Sicherung einer demokratischen Entwicklung sachlich und seelisch gestützt hat.“¹⁹⁰

Auch gegenüber seiner eigenen Partei nahm er die Sozialdemokratie in Schutz, wenn er sie durch Thomas Dehler maßlos angegriffen sah:

„[...] das, was Sie über Sozialismus dann gesagt haben, scheint mir etwas ‚mit dem Hammer philosophiert‘ zu sein. [...] Ihre Polemik wird ja schier ein Amoklaufen und sieht darüber hinweg, daß es die staatspolitische Aufgabe ist, nun das, was innerhalb der Sozialdemokratie staatstragend geworden ist“, anzuerkennen.¹⁹¹

¹⁸³ Nr. 144; vgl. auch Nr. 83, Nr. 202.

¹⁸⁴ Vgl. Nr. 202, Nr. 218.

¹⁸⁵ Vgl. Nr. 136, Nr. 213.

¹⁸⁶ Nr. 192; vgl. auch Nr. 101.

¹⁸⁷ Vgl. Nr. 4.

¹⁸⁸ So gegenüber Schumacher in der Frage der Wiederbewaffnung; vgl. den Hinweis in Nr. 48.

¹⁸⁹ Vgl. Nr. 9, Nr. 91.

¹⁹⁰ Nr. 134.

¹⁹¹ Nr. 141.

Ebenso gelang es dem Bundespräsidenten, die beiden großen christlichen Kirchen in den neuen Staat zu integrieren. Zwar hatte ihn im Parlamentarischen Rat sein Einsatz gegen die Aufnahme des sogenannten „Elternrechts“ in das Grundgesetz bei den Kirchen zu einer Reizfigur werden lassen,¹⁹² doch als antikirchlicher Bilderstürmer galt er dennoch nicht. Kulturprotestantisch und von dem Pfarrer Friedrich Naumann geprägt, gestand er den Kirchen durchaus eine öffentliche und integrationsstiftende Funktion in sozialer, kultureller und erzieherischer Hinsicht zu. So bat er den Bundesfinanzminister um Unterstützung der Kirchen in der DDR, weil der SED-Staat sie finanziell ausbluten lasse und sie ihren seelischen und sozialen Aufgaben nicht mehr nachkommen könnten.¹⁹³ Die institutionalisierte Verbindung zwischen Kirchen und Politik war ihm wichtig.¹⁹⁴ Seine Partei, die FDP, kritisierte er, weil sie keine Vertreter zu einer parlamentarischen Konferenz des Evangelischen Kirchentages geschickt hatte.¹⁹⁵ Gegen konfessionelle Vereinnahmung wusste er sich zu wehren, wie er gegenüber dem streitbaren Protestanten Martin Niemöller betonte: „Ich selber freilich habe mich mein ganzes Leben lang von einem antikatholischen Komplex frei gefühlt und immer gute Freundschaft mit katholischen Menschen und Geistlichen gehabt.“¹⁹⁶ Und als ihm vorgeworfen wurde, bei einem Besuch in Speyer sich unverhältnismäßig lange mit dem katholischen Bischof unterhalten zu haben, stellte er verärgert klar, „daß ich mich nicht in die Fesseln der Subalternität binden lasse und daß ich nicht meine Gespräche sozusagen nach der Stoppuhr einer Partei- oder Konfessionsstatistik abhalte.“¹⁹⁷ Langjährige Freundschaften unterhielt er zu Bischöfen und Theologen wie Otto Dibelius oder Albert Schweitzer.¹⁹⁸

Insbesondere im Bereich von Wissenschaft, Kunst und Kultur gelang es Heuss, Distanz zum Staat abzubauen. Zum einen konnte er in diesen Sphären auf positive Traditionsbestände verweisen und seine Vorstellungen von der deutschen Kulturnation exemplifizieren. Zum anderen war dieser Bundespräsident geradezu prädestiniert, Wissenschaftler, Künstler und Intellektuelle an die Bundesrepublik heranzuführen, von denen viele zur Weimarer Republik keine richtige Beziehung entwickelt hatten. Heuss wollte Politik und Geist näher zusammenbringen und brachte dafür günstige Voraussetzungen mit. Er war zeit seines Lebens ein Grenzgänger zwischen Publizistik, Literatur, Geschichtswissenschaft, Kultur- und Bildungsarbeit sowie Politik. Er verkörperte einen spezifischen Typus des Intellektuellen, der eben nicht aus einer autonomen Position heraus allein als „Störungs-

¹⁹² Vgl. E. W. BECKER, Bürger, S. 26f, 35f.

¹⁹³ Vgl. Nr. 206.

¹⁹⁴ Vgl. Nr. 52.

¹⁹⁵ Vgl. Nr. 211.

¹⁹⁶ Nr. 162.

¹⁹⁷ Nr. 227.

¹⁹⁸ Vgl. Nr. 31, Nr. 203.

faktor“ (Joseph Schumpeter) Kritik an der politischen Macht übt, sondern bereit ist, seine Autorität und Kompetenz in den politischen Raum einzubringen. Indem er sich als Citoyen verstand, übernahm er staatsbürgerliche Verantwortung und ließ sich in den Dienst des Staates nehmen. Gerade weil er nicht den Schritt in die politische Praxis scheute, sondern als bildungsbürgerlicher Intellektueller das Amt eines rasonierenden Staatsoberhauptes übernahm und durch sein Wort in Debatten auch Akzente zu setzen wusste, verkörperte er auf glaubwürdige Weise den Brückenschlag zwischen Politik und Kultur.¹⁹⁹

Im Laufe seines Lebens hatte Theodor Heuss enge Verbindungen zu zahlreichen Künstlern und Intellektuellen geknüpft, die er nun behutsam an die Demokratie der Bundesrepublik heranführen wollte. Seinen langjährigen Freund Hermann Hesse wie auch den Diplomaten und Schriftsteller Carl Jacob Burckhardt konnte er überzeugen, als auswärtiges Mitglied in den Orden *Pour le mérite* einzutreten.²⁰⁰ Zu dem einstigen Hohenpriester der „konservativen Revolution“, Ernst Jünger, suchte er regelrecht die Verbindung und tauschte Schriften mit ihm aus, bevor sie sich 1955 schließlich persönlich begegneten.²⁰¹ In einem Brief an den Bundesinnenminister warb er für finanzielle Unterstützung und bessere Koordination der Hilfen für ältere notleidende Schriftsteller und Dichter: „Es handelt sich um die gemeinsame Überlegung, die altgewordenen Dichter und Schriftsteller, die als Mehrer des sogenannten Kulturgutes betrachtet werden können, nicht einfach untergehen zu lassen.“²⁰²

Heuss war auch selber seit seiner Jugend publizistisch und schriftstellerisch tätig und hatte mehrere voluminöse Biographien veröffentlicht.²⁰³ So erweckte er gegenüber den Schriftstellern den Eindruck, er sei einer der ihren. 1951 wurde ihm in seiner Eigenschaft als Schriftsteller die Mitgliedschaft im P.E.N.-Club angetragen.²⁰⁴ Auch als Bundespräsident publizierte er hin und wieder, wenn das Amt ihm dafür Gelegenheit gab. Für eine Neuauflage von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ verfasste er auf Bitten des Verlages eine Einführung über „Das Bismarck-Bild im Wandel“ und versicherte sich dafür geschichtswissenschaftlicher Schützenhilfe.²⁰⁵ Seine wichtigeren Reden ließ er drucken und bei

¹⁹⁹ Vgl. TH. HERTFELDER, Kritik, S. 11–22; DERS., Kapital.

²⁰⁰ Vgl. Nr. 157, Nr. 230; zur freundschaftlichen Beziehung zu Hesse vgl. auch Nr. 88, Nr. 106, Nr. 133.

²⁰¹ Vgl. Nr. 99; zum Kontakt zum völkischen Schriftsteller Wilhelm Stapel vgl. Nr. 55.

²⁰² Nr. 67. Vgl. auch die Bitte gegenüber dem Auswärtigen Amt, emigrierte Publizisten zu unterstützen; Nr. 115; außerdem Nr. 154.

²⁰³ TH. HEUSS, Friedrich Naumann; DERS., Anton Dohrn; DERS., Hans Poelzig; DERS., Robert Bosch; vgl. auch E. W. BECKER, Biographie.

²⁰⁴ Vgl. Nr. 97.

²⁰⁵ So von Gerhard Ritter; Nr. 70; vgl. zu seiner Einschätzung des Essays Nr. 78 und zur Verbreitung Nr. 91, Nr. 111, Nr. 114, Nr. 144.

jeder Gelegenheit seinen Briefen beifügen.²⁰⁶ Wert legte er darauf, seine eigene Vergangenheit angemessen zu überliefern. 1953 gab er seine Jugenderinnerungen bis zum Jahr 1905 heraus: „Die Sache ist völlig unpräzidentuell und kein Beitrag zur politischen Geschichte, sondern will über das Individuelle hinaus etwas Zeitatmosphäre einfangen.“²⁰⁷ Wie wichtig ihm sein politisches Erbe war, zeigt die Auseinandersetzung mit der Publizistin Margret Boveri. Sie hatte auf Bitten von ihm einen Einführungssatz zu einer Bibliographie der Schriften und Reden von Heuss verfasst, in dem sie den Schriftsteller ehrte, sich vom Bundespräsidenten als Repräsentanten der Westbindung hingegen distanzierte. Heuss legte Widerspruch ein und erreichte, dass sein Änderungsvorschlag aufgenommen wurde.²⁰⁸

Auch gegenüber der bildenden Kunst und dem Kunsthandwerk zeigte sich der Bundespräsident aufgeschlossen. Selber jahrelang aktiv für den Deutschen Werkbund,²⁰⁹ hatte er enge Kontakte zu Architekten und bildenden Künstlern.²¹⁰ 1951 stellte er sich an die Spitze einer kulturpolitischen, nichtamtlichen Initiative: Die „Dankspende des Deutschen Volkes“ kaufte mit Spendengeldern Werke zeitgenössischer westdeutscher Künstler auf, um sie als Dank für die nach 1945 geleistete Hilfe an ausländische Staaten oder karitative Organisationen zu verschenken. Auch wenn Heuss es ablehnte, die Kunstwerke nach bestimmten Richtungen auszuwählen,²¹¹ so waren es doch vor allem Arbeiten einer gemäßigten Moderne, mit denen im Ausland um kulturelle und politische Anerkennung geworben wurde.²¹² Als Vorsitzender des Verwaltungsrates des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg griff er aktiv in die Besetzung der Direktorenstelle ein.²¹³

Mit seinen Briefen wirkte Heuss hinter den Kulissen für eine Integration derjenigen gesellschaftlichen Kreise, die ihm für den Aufbau der demokratischen Bundesrepublik und die Wiederbelebung der deutschen Kulturnation wesentlich erschienen. Von großer öffentlicher Bedeutung waren seine Reden, mit denen er Akzente und Maßstäbe setzte. Seine Ansprachen entwarf er selber und trug sie in der Regel frei vor, allenfalls auf Notizen gestützt. Viele improvisierte er, auf manche bereite er sich lange vor, wenn er mit ihnen ein öffentliches Signal setzen wollte. Ohne Schwierigkeiten vermochte er sich in zahlreiche Themen einzuarbeiten und sich auf unterschiedliche Zuhörergruppen einzulassen. Seine Reden nahmen aktuelle Themen auf, die dann wiederum historisch und geistesgeschicht-

²⁰⁶ Vgl. z. B. Nr. 133, Nr. 136, Nr. 143, Nr. 238.

²⁰⁷ Nr. 167; vgl. auch Nr. 158, Nr. 204.

²⁰⁸ Vgl. Nr. 173; auch Nr. 160, Nr. 201.

²⁰⁹ Vgl. J. CAMPBELL, Deutsche Werkbund; M. DORRMANN, Einführung, in: TH. HEUSS, Bürger, S. 20f.

²¹⁰ Zum Kontakt zu Oskar Kokoschka, der 1950 ein charakteristisches Bild des Bundespräsidenten malte, und zur Wertschätzung von Käthe Kollwitz vgl. Nr. 48, Nr. 56, Nr. 92.

²¹¹ Vgl. Nr. 117.

²¹² Vgl. G. MÜLLER, Deutsche Kunstwerke; zur Auseinandersetzung mit Willi Baumeister vgl. Nr. 29.

²¹³ Vgl. Nr. 86.

lich breit und bis tief in die Vergangenheit hinein unterfüttert wurden. Das historische Argument bot weniger abschließende Antworten, sondern sollte zum Weiterdenken ermuntern. Humor lockerte diese Reflexionsprozesse auf, doch Heuss' mitunter weitschweifigen Gedankengänge machten den Stenografen das Leben schwer.²¹⁴ Insgesamt kennzeichnet die Reden ein Gestus der Versöhnung, nicht des Konflikts. Wenn hingegen politische Gegner seine Ansprachen störten, ließ er sich – geschult von den politischen Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik – davon wenig beeindruckt, sondern ging zum Gegenangriff über: „Ich habe halt weiter in den Lautsprecher hineingepredigt und in jedem Augenblick, wo ich scharf gegen die Ruhestörer wurde (dies ganz unpräsidientell), ging die Versammlung mit großem Beifall mit.“²¹⁵

Interventionspolitik: Einflussversuche in die Tagespolitik

Zurecht stellt der Historiker Dieter Langewiesche fest: „Der Bundespräsident ist in seinem Amt arm an politischer Macht. Deshalb redet er.“²¹⁶ Doch mit Hilfe seiner Reden und symbolischen Akte kann das Staatsoberhaupt wiederum performativ ein politischer Faktor werden. Heuss' Vorstöße in kultur- und symbolpolitischen Fragen wie auch seine Ansprachen vergangenheitspolitischer Natur lösten Aufmerksamkeit, mitunter Debatten in Öffentlichkeit und Politik aus, ohne dabei desintegrierend zu wirken. Seine Initiativen führten mit ihrem erzieherischen Impetus große Teile der Bevölkerung an die demokratische Republik heran, weil sie eben auch deren Erwartungshaltungen bedienten. In seiner vielfältigen Korrespondenz, die bis hin zu Ministern und dem Bundeskanzler reichte, ist deutlich geworden, wie er auf kultur- und symbolpolitischem Gebiet Einfluss nehmen wollte. Doch auch von politischen Kernthemen ließ sich Theodor Heuss nicht gänzlich ausschließen. Er agierte nicht meinungslos, sondern griff durchaus in das politische Tagesgeschäft ein, meistens informell über den Weg eines Briefes. Wenn er in wichtigen Fragen den Kurs des Kanzlers unterstützte, handelte er nicht als über den Parteien stehende neutrale Instanz, sondern wurde zum Vertreter einer Politik, die er als richtig und verantwortbar beurteilte.

So stellte sich Heuss hinter die Deutschlandpolitik Adenauers, welche der Westintegration den Vorrang vor der Wiedervereinigung unter den ungewissen Vorzeichen einer deutschen Neutralität einräumte.²¹⁷ Er lehnte in Absprache mit dem Kanzler den Vorschlag des DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck ab, Gespräche über die Modalitäten für die deutsche Wiedervereinigung zu führen, solange keine freien Wahlen in der DDR stattfänden:

²¹⁴ Vgl. Nr. 37.

²¹⁵ Nr. 40.

²¹⁶ D. LANGEWIESCHE, *Vergangenheitsbilder*, S. 118.

²¹⁷ Vgl. J. FOSCHÉPOTH, *Westintegration*.

„Die ‚friedliche Einigung Deutschlands‘ wird sich nicht durch ein Gespräch mit ungewissen Voraussetzungen anbahnen, sondern wird sich als ein Akt der nationalen Selbst- und Neugestaltung vollziehen, wenn frei gewählte Vertreter des gesamten Volkes in freier Selbstverantwortung zu Rat und Beschluß zusammentreten.“²¹⁸

Als nach dem Aufstand in der DDR vom 16./17. Juni 1953 ein Tübinger Bürger eine klare Stellungnahme des Bundespräsidenten und der Bundesregierung vermisste, erschien ihm dies „als ein Spruch in die Luft, denn die Arbeit des Bundespräsidenten wie die der Bundesregierung gilt, wie Sie bemerkt haben sollten, doch Tag um Tag Deutschland.“²¹⁹ Heuss schloss sich den deutschlandpolitischen Appellen der Bundesregierung an,²²⁰ befürwortete aber – abweichend von den Vorgaben der Regierung – einen Austausch „geistiger Güter“ mit der DDR, weil „man in Dingen der Musik, der Dichtung und der Kunst nicht machtpolitisch denkt.“²²¹

Ebenso unterstützte Heuss den Bundeskanzler in der Frage der Wiederbewaffnung. Unter dem Eindruck des Koreakrieges und der Verschärfung des Kalten Krieges hatte sich 1950 die Diskussion über einen deutschen Wehrbeitrag in einem westlichen Verteidigungsbündnis intensiviert.²²² Adenauer sah darin die Möglichkeit, der Bundesrepublik mehr Gleichberechtigung und Handlungsfreiheit in der internationalen Staatengemeinschaft zu verschaffen. Dieser Kurs stieß auf großen Widerstand in Politik und Öffentlichkeit und forderte im Herbst 1950 bereits sein erstes prominentes Opfer, als Bundesinnenminister Gustav Heinemann aus Protest gegen die Wiederbewaffnung zurücktrat.²²³ Heuss, vom Naturell her durch und durch Zivilist und wegen einer Schulterverletzung untauglich für den Militärdienst, hielt grundsätzlich eine Armee für den souveränen demokratischen Staat für erforderlich²²⁴ und hatte sich schon im Parlamentarischen Rat für die allgemeine Wehrpflicht eingesetzt.²²⁵ Öffentlich hielt er sich als Bundespräsident 1950 in der Frage eines deutschen Wehrbeitrages noch zurück.²²⁶ Doch gegenüber der pazifistischen Gesinnungsethik eines Martin Niemöller, der Speerspitze des protestantischen Widerstandes gegen die Wiederbewaffnungs- und Deutschlandpolitik Adenauers, reagierte er offensiver und warf dem Kirchenpräsidenten von Hessen-Naussau „intimen Fanatismus“ vor.²²⁷ Als Niemöller im Frühjahr 1951 die „Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für einen Friedensschluss“

²¹⁸ Nr. 95.

²¹⁹ Nr. 177.

²²⁰ Vgl. Nr. 225.

²²¹ Nr. 121.

²²² Vgl. K. GOTTO u. a., Konrad Adenauer, S. 97–286; A. DOERING-MANTEUFFEL, Bundesrepublik, S. 51–77; H. HAFTENDORN, Deutsche Außenpolitik, S. 31–38.

²²³ Vgl. Nr. 44; J. TREFFKE, Gustav Heinemann, S. 103–108.

²²⁴ Vgl. Nr. 184.

²²⁵ Vgl. Heuss an Paul Helbeck, 21. 12. 1948, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 446f.

²²⁶ Vgl. Nr. 48, vor allem Anm. 6.

²²⁷ Nr. 55.

unterstützte, begründete Heuss noch einmal seine grundsätzliche Ablehnung von Plebisziten und entgegnete dem streitbaren Pfarrer:

„Aber, verehrter D. Niemöller, spüren Sie nicht die Fatalität dieser ganzen Fragestellung, die darauf hinausläuft, so zu tun, als ob diejenigen, die ablehnen, einer parteipolitisch aufgezogenen Aktion ‚für den Frieden‘ ihre Stimme zu geben, damit ‚für den Krieg‘ votierten? Das ist doch heller Wahnsinn. Aber die Plumpheit der politischen Aktion bedient sich solcher Suggestionen, aus denen sich Anklagen entwickeln sollen.“²²⁸

Öffentlich positionierte sich der Bundespräsident für die Politik Adenauers, als im Frühjahr 1952 der Konflikt um den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) eskalierte, mit dem ein deutscher Wehrbeitrag verbunden war. Die SPD sah es als erforderlich an, dass vor der Unterzeichnung des Gesetzes das Grundgesetz mit einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag geändert werden müsse, und reichte in dieser Sache eine Klage beim Bundesverfassungsgericht ein. Die Bundesregierung hingegen wollte den Vertrag mit ihrer parlamentarischen Mehrheit verabschieden. Sie bat deshalb den Bundespräsidenten, ein Rechtsgutachten beim Bundesverfassungsgericht anzufordern, um die Verfassungsgemäßheit des Gesetzes zu überprüfen. Heuss kam diesem Ersuchen bereitwillig nach, da er wie die Regierung einen positiven Gerichtsentscheid erwartete: „Ich selber möchte hoffen dürfen [...], daß die Meinungsbildung der Richter im Bundesverfassungsgericht sich nicht gegen die politischen Notwendigkeiten, wie ich sie sehe, stellen wird.“²²⁹ Doch es sollte anders kommen. Im Herbst 1952 verdichteten sich die Gerüchte, das Gutachten könne sich gegen die Politik der Bundesregierung richten. Das Bundesverfassungsgericht erklärte zudem am 8. Dezember, dass der Inhalt des Gutachtens für die künftigen Urteile beider Senate bindend sei. Das Gutachten schien seinen beratenden Charakter verloren zu haben und die parlamentarische Verabschiedung des EVG-Gesetzes zu gefährden. Heuss zog deshalb im Einvernehmen mit Adenauer sein Gutachtensuchen zurück, „da mir der Charakter eines Gutachtens schlechthin und in seinem grundsätzlichen Wesen durch diesen Beschluß des Bundesverfassungsgerichts aufgehoben zu sein scheint.“²³⁰ Daraufhin musste er sich mit Vorwürfen aus der Öffentlichkeit auseinandersetzen, er habe sich parteiisch zugunsten der Regierungspolitik verhalten und eine „Verfassungskrise“ heraufbeschworen.²³¹ Doch er blieb bei seiner Überzeugung und erläuterte wiederholt seine Gründe für die Rücknahme des Gutachtens, weil dieses von nun an „einen rechtsverbindlichen Entscheidungscharakter hat und damit jeden echten Parteienstreit ausschließt.“²³² Durch eine „justizförmige Politik“

²²⁸ Nr. 73; vgl. auch M. GRESCHAT, Protestantismus, S. 69–116.

²²⁹ Nr. 141.

²³⁰ Nr. 146.

²³¹ Vgl. Nr. 147, Nr. 149.

²³² Nr. 148.

sah er die offene parlamentarische Debatte in der Legislative geschwächt.²³³ Er ließ sich durch die öffentliche Kritik nicht beirren: „Es gibt im politischen Leben Augenblicke, wo man auf den ebenen Weg politischer Popularität verzichten muß. Das nehme ich durchaus auf meine eigene Verantwortung.“²³⁴ Heuss hatte beim Einreichen wie auch bei der Rücknahme des Gutachtens nach seinen eigenen Überzeugungen gehandelt, dabei aber durchaus Partei zugunsten der umstrittenen Außenpolitik Adenauers ergriffen. Ihm wurde bewusst, welche Gefahren die Stellungnahme des Bundespräsidenten in riskanten tagespolitischen Fragen barg: die Gefährdung der Glaubwürdigkeit als überparteiliches und integrierendes Staatsoberhaupt.²³⁵ Zum Büttel der Regierungspolitik ließ sich Heuss aber generell nicht machen. So verweigerte er schon 1951 die Unterschrift unter ein strittiges Gesetz zur Finanzverwaltung und bat das Bundesverfassungsgericht in dieser Sache um ein Rechtsgutachten.²³⁶

Informell schaltete sich der Bundespräsident immer wieder bei politischen Personal- und Sachfragen ein.²³⁷ Vor allem bewegte ihn die Entwicklung in seiner südwestdeutschen Heimat. Sein Parteifreund Reinhold Maier hatte sich im April 1952 mit den Stimmen der SPD, der FDP/DVP und des BHE zum Ministerpräsidenten des neuen Südweststaates wählen lassen. Die erwartete Bildung einer Großen Koalition unter dem Christdemokraten Gebhard Müller kam somit nicht zustande. Heuss kritisierte die Politik seines Freundes, weil er zum einen befürchtete, diese Regierung unter Ausschluss der CDU gefährde die Integration der einzelnen Landesteile in das neue Bundesland. Zum anderen sah er durch die Regierungsbildung Maiers die sicher geglaubte Zustimmung des Bundesrates zum EVG-Vertrag in Gefahr und prophezeite Konflikte mit Adenauer. Gespräche zwischen den beiden hielt er deshalb „für ein absolutes Staatserfordernis“,

„um den Weitergang der Dinge von Ungewißheiten oder gar von Ressentiments zu entlasten. Das neue Land hat für die Gesamtentwicklung stark an Gewicht gewonnen – damit ist nicht nur Deine Verantwortung gewachsen, sondern auch die Notwendigkeit für die Bundesregierung, über die Funktion des Gewichtes für die Legislative wie für die Politik einigermaßen Bescheid zu wissen.“²³⁸

Theodor Heuss hatte sogleich nach Amtsantritt den Bundesvorsitz der FDP aufgegeben²³⁹ und ein halbes Jahr darauf klar gemacht: „Das Amt gehört keiner Partei, sondern dem Staate und der vaterländischen Gemeinschaft.“²⁴⁰ Doch obwohl

²³³ Nr. 147, Anm. 4.

²³⁴ Nr. 148.

²³⁵ Vgl. zur Einschätzung auch E. W. BECKER, Theodor Heuss, S. 152–154.

²³⁶ Vgl. Nr. 83.

²³⁷ Vgl. Nr. 82, Nr. 156.

²³⁸ Nr. 118; vgl. auch Nr. 119, Nr. 195, Nr. 199; M. WEIPERT, Verantwortung, S. 13–19.

²³⁹ Vgl. Nr. 2.

²⁴⁰ Nr. 28.

er sich seiner „geistigen Herkunft“ auch als Bundespräsident nahe fühlte,²⁴¹ trat eine zunehmende Entfremdung zur FDP ein, als er sich inoffiziell und nicht vor den Augen der Öffentlichkeit in Auseinandersetzungen innerhalb der Partei hineinziehen ließ. Die Entwicklung im Südwesten hatte im Frühjahr 1952 zu partei-internen Verwerfungen in der FDP geführt. Vor allem die Landesverbände von Nordrhein-Westfalen und Hessen verurteilten die Koalition der Liberalen mit der SPD und sahen darin sowohl ihren nationalistischen und antimarxistischen Kurs wie auch die Westpolitik Adenauers konterkariert. Obwohl Heuss die Regierungsbildung in Baden-Württemberg auch nicht begrüßt hatte, hielt er es für einen schweren politischen Fehler, auf einem außerordentlichen Parteitag über die südwestdeutschen Liberalen ein „Scherbengericht“ zu errichten und die Abgeordneten „öffentlich zur Rechenschaft zu ziehen“, die letztlich doch ihrem Gewissen verpflichtet seien. Heuss befürchtete gegenüber dem Parteivorsitzenden Franz Blücher, dass eine Verschärfung der Situation dazu beitrage, „nicht bloß die Partei stark zu schädigen, sondern für die deutsche Politik sehr abträglich zu wirken.“²⁴² Von den Selbstzerfleischungen der FDP sah er das Ansehen der Politik insgesamt und damit auch seine Aufgabe als integrierendes Staatsoberhaupt berührt.

An der Entwicklung der FDP nahm Heuss weiterhin Anteil, erfüllte sie ihn doch mit Sorge. So versuchte er einen geschätzten Parteifreund aus Karlsruhe dazu zu bewegen, für die Bundestagswahl zu kandidieren, weil diejenigen, die im Bundestag das Land Baden-Württemberg repräsentierten, „im politischen Sinn Non-valeurs“ seien.²⁴³ Hingegen auch zu dem politischen Schwergewicht Thomas Dehler kühlte die Freundschaft dramatisch ab. Zunehmend hielt er die verbalen Ausfälle des Bundesjustizministers gegen das Bundesverfassungsgericht und gegen Parteifreunde, gegen den politischen Katholizismus und die Gewerkschaften für unerträglich und unverantwortlich.²⁴⁴ Dazu traten persönliche Verstimmungen, so dass Heuss im Mai 1953 prophezeite: „Die Meinung, ich könne Sie ermuntern, auf die Rolle des enfant terrible für eine Zeit zu verzichten, habe ich längst nicht mehr – Sie sind von ihr so angetan, daß Sie sie bis zum – wie ich fürchte – tragischen Ende durchführen werden.“²⁴⁵ Das Ende kam schon bald, und Heuss sollte dazu wesentlich beitragen. Nach der Bundestagswahl machte der Bundespräsident deutlich, dass er sich einer Ernennung des umstrittenen Dehlers zum Justizminister widersetzen würde. Am 20. Oktober 1953 schickte er ihm die Entlassungsurkunde zu und fügte einige persönliche Zeilen an, in denen er die Motive für diesen Schritt erläuterte: „Ich sah seit langem die

²⁴¹ Ebd.

²⁴² Nr. 123; vgl. auch Nr. 124, Nr. 141.

²⁴³ Nr. 165.

²⁴⁴ Vgl. Nr. 141.

²⁴⁵ Nr. 175.

Lage sich vorbereiten, da ich mich zwischen menschlicher Freundschaft mit ihren Bindungen und die einfache Staatsraison mit ihren Verantwortungen gestellt sehen würde.“²⁴⁶ Heuss hatte sich für das Staatswohl entschieden und mit seiner verfassungsrechtlich verbrieften Kompetenz der Ministerernennung und -entlassung Personalpolitik betrieben.

*Der Bundespräsident in der Mediendemokratie:
Würde und Bürde des Amtes*

Als Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland stand Theodor Heuss im Fokus der Öffentlichkeit. Um seinem Amt Geltung und Wirkungsmacht zu geben, war er auf die Berichterstattung der Presse angewiesen. Allein die Verbreitung seiner Reden erfolgte vor allem über die Printmedien und über den Rundfunk, zunehmend auch über das Fernsehen. Heuss war von seiner Jugend bis zu seinem Amtsantritt als Publizist, Redakteur und Herausgeber für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften tätig gewesen.²⁴⁷ So war er als Bundespräsident durchaus mit den Usancen der öffentlichen Meinung vertraut und hatte zahlreiche Kontakte zu Publizisten und Journalisten. Dennoch fiel es ihm immer wieder schwer, sich den Gesetzen der Massenmedien in einer sich wandelnden Medienöffentlichkeit zu unterwerfen.²⁴⁸ Gegenüber der „Neuen Deutschen Wochenschau“ beschwerte er sich über die absprachewidrige Veröffentlichung von Aufnahmen einer Tanzszene auf dem Bundespresseball:

„Dabei weiß ich gut genug, [...] daß ich mein Privatleben mehr oder weniger verloren habe. Aber ich kämpfe darum, da ich mich nicht bloß als eine Apparatur öffentlicher Dinge ansehe, mir diesen menschlichen Raum zu sichern, und erwarte, wo ich dies erbitte, daß eine Bitte von mir beachtet wird.“²⁴⁹

Die Praktiken und die Berichterstattung eines Boulevardblattes wie der „Bild“-Zeitung waren ihm, dem Qualitätsjournalisten, eine „erschreckende Angelegenheit“: „Das ist ein so blöder Kommerzialisismus, daß eigentlich der Bankrott im Hintergrund stehen müßte, aber leider nicht steht. [...] das Niveau als solches ist von einer geradezu gräßlichen und bewußten Minderwertigkeit.“²⁵⁰

Wenn Heuss glaubte, über ihn oder das Bundespräsidialamt werde unfair oder falsch berichtet, war er in seinen Briefen durchaus streitbar, forderte Einsicht und Genugtuung oder den Abdruck seines Schreibens als Gegendarstellung, wie schon die Kritik an dem Artikel „Der isolierte Bundespräsident“ deutlich gemacht hat. Immer wieder fühlte er sich herausgefordert, wenn seine Äußerungen sinn-

²⁴⁶ Nr. 197; vgl. auch U. WENGST, Thomas Dehler, S. 222–234.

²⁴⁷ Vgl. R. BURGER, Theodor Heuss.

²⁴⁸ Vgl. CH. VON HODENBERG, Konsens, vor allem S. 87–99, 183–228.

²⁴⁹ Nr. 207.

²⁵⁰ Nr. 209.

entstellend wiedergegeben wurden²⁵¹ oder er mit Vorwürfen konfrontiert wurde, die ihm zum Beispiel Antikatholizismus unterstellen: „Jetzt erlaubt mir einfach das *Amt* nicht, derlei Behauptungen, die man vulgär als ‚vergiftet‘ bezeichnet, so einfach mit lockerem Achselzucken hinnehmen zu dürfen.“²⁵² Gegenüber dem Fernsehen wahrte Heuss, abgesehen von seinen Silvesteransprachen, Distanz, wollte er sich doch nicht dem Verdacht aussetzen, „mich in Szene zu setzen.“²⁵³ Ebenso lehnte er Photoreportagen über seinen Alltag als Bundespräsident ab und bat darum, „mich in meinem Dasein nicht wichtiger zu nehmen, als das Amt ist und mich nicht so interessant zu machen, wie ich gar nicht bin.“²⁵⁴ Wiederholt geriet er in Konflikt mit aufdringlichen Pressefotografen, weil er nicht bei bestimmten Gelegenheiten wie dem Trinken von Alkohol oder der Begegnung mit Kindern abgelichtet werden wollte.²⁵⁵ Als „geradezu skandalös“ empfand er es, wenn das Blitzlichtgewitter der Fotografen ihn bei seinen Ansprachen störte und die Würde von Veranstaltungen wie zum Beispiel dem Volkstrauertag verletzte:

„Das Verhalten der Beteiligten erscheint mir ebenso ungebildet wie taktlos. [...] Hier haben die Techniker der Publizität ihr möglichstes getan, um die Würde einer Veranstaltung zu ruinieren, und es gibt gar keine Ausrede, daß das nun eben zu dem Beruf gehöre. Denn der Sinn der Veranstaltung ist nicht auf Fotografen und Wochenschauen abgestellt, sondern er soll in sich ruhende Würde aufzwingen.“²⁵⁶

Ebenso empfindlich reagierte der Bundespräsident, wenn er sich instrumentalisiert sah. Dem Medium des „offenen Briefes“ konnte er wenig abgewinnen, weil er sich in dieser Form als Staatsoberhaupt nicht in heiklen Angelegenheiten exponieren wollte,²⁵⁷ und er reagierte verstimmt, wenn seine vertraulichen Schreiben veröffentlicht wurden.²⁵⁸ Ebenso wollte er sich nicht vermarkten lassen und lehnte es ab, eine Weinkönigin zu küssen: „[...] aber ich möchte nicht, verzeihen Sie dies, ein Fremdenverkehrsartikel werden.“²⁵⁹ Werbung mit seinem Namen oder seinen Gewohnheiten als „Reklamefaktor“ verbat er sich.²⁶⁰

²⁵¹ Vgl. Nr. 75.

²⁵² Nr. 127.

²⁵³ Nr. 212.

²⁵⁴ Nr. 15.

²⁵⁵ Vgl. Nr. 74.

²⁵⁶ Nr. 140.

²⁵⁷ Vgl. Nr. 76.

²⁵⁸ Vgl. Nr. 10

²⁵⁹ Nr. 35.

²⁶⁰ Nr. 188; vgl. auch Nr. 69, wo sich Heuss hingegen amüsiert über sein Bildnis auf Weinkorken zeigte.

Rückhalt für das Amt: Freundschaften und Familie

Theodor Heuss hatte im Laufe seines Lebens ein dichtes und vielfältiges Freundschaftsgeflecht geknüpft, das sich vor allem aus seiner Korrespondenz erschließt.²⁶¹ Er hatte das Talent, Freundschaften zu schließen und über Jahrzehnte zu pflegen. Freunde und Bekannte hatte er in schwierigen Situationen ebenso unterstützt wie auch er selber von ihnen in heiklen Zeiten Hilfe erfahren hatte.

Nun, nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten, gewannen Freundschaften mitunter eine neue Qualität. Nach Amtsantritt war es nicht überraschend, dass er Adressat zahlreicher Schreiben von Personen wurde, die in irgendeiner Weise einmal in Beziehung zu ihm standen und sich nun seiner erinnerten: „Es hat sich ja jetzt oft genug ergeben, daß, seit meine Existenz sichtbar geworden, manche alte Vergangenheit sich bei mir meldet.“²⁶² Angesichts des großen Briefeingangs und der enormen Arbeitsbelastung konnte er nicht allen Erwartungen entsprechen und allen Bitten nachkommen. Doch die Korrespondenz aus der ersten Amtszeit macht auch deutlich, wie sehr sich Heuss bemühte, alte Freundschaften, die ihm menschlich oder intellektuell noch immer wichtig waren, zu bewahren. Der Kontakt zu Freunden gab ihm die Möglichkeit, gemeinsame Erinnerungen zu pflegen²⁶³ oder über Gegenwartsfragen zu debattieren.²⁶⁴ So korrespondierte er mit Freunden aus seiner Jugend,²⁶⁵ mit Angehörigen aus dem Naumann-Kreis²⁶⁶ oder aus dem Umfeld der DDP, auch wenn diese mittlerweile eine neue politische Heimat gefunden hatten.²⁶⁷ Politische Scheuklappen hatte Heuss nicht, wenn er freundschaftlich mit Sozialdemokraten verkehrte.²⁶⁸ Freundschaften, die er zu Unternehmern, Gewerkschaftern, Wissenschaftlern und Künstlern unterhalten hatte, bestanden fort, wie bereits oben ausgeführt wurde. In zahlreichen individuell getönten Geburtstagsschreiben würdigte Heuss ihm nahestehende Personen.²⁶⁹ Beziehungen zu Emigranten brachen nicht ab; vor allem intensivierte sich der Austausch mit seiner Vertrauten Toni Stolper.²⁷⁰ Trotz politischer Differenzen blieb ihm Reinhold Maier ein enger Freund.²⁷¹ Hingegen erfuhr die Beziehung zu

²⁶¹ Vgl. die Bände der Briefedition: TH. HEUSS, *Aufbruch*; DERS., *Bürger*; DERS., *Defensive*; DERS., *Erzieher*; außerdem zum Freundschaftsgeflecht E. W. BECKER, *Haus*, S. 217–220.

²⁶² Nr. 20.

²⁶³ Vgl. Nr. 42, Nr. 122, Nr. 138, Nr. 167.

²⁶⁴ Vgl. z. B. Nr. 21, Nr. 55, Nr. 63, Nr. 153.

²⁶⁵ Vgl. z. B. Nr. 20 (Max Roser), Nr. 42 (Eberhard Goes).

²⁶⁶ Vgl. z. B. Nr. 55 (Wilhelm Stapel), Nr. 153 (Wilhelm Heile).

²⁶⁷ Vgl. z. B. Nr. 94 (Heinrich Landahl, SPD), Nr. 107 (Willy Hellpach), Nr. 210 (Otto Nuschke, Vorsitzender der CDU in der DDR).

²⁶⁸ Vgl. z. B. Nr. 21 (Carl Severing), Nr. 101 (Paul Löbe), Nr. 143 (Wilhelm Kaisen), Nr. 192 (Wilhelm Keil).

²⁶⁹ Vgl. z. B. Nr. 122, Nr. 215.

²⁷⁰ Vgl. Nr. 113, Nr. 161, Nr. 238.

²⁷¹ Vgl. Nr. 20, Nr. 54, Nr. 118, Nr. 124, Nr. 130.

seinem einstigen Förderer und langjährigen Freund Ernst Jäckh einen Bruch. Heuss stießen Jäckhs egozentrisches Auftreten und die Umstände der Ehescheidung menschlich ab.²⁷²

Einen großen Rückhalt für die Verpflichtungen und Belastungen, die das Amt mit sich brachte, gab Heuss die Familie. Vor allem Elly Heuss-Knapp war ihm in den ersten drei Jahren der Präsidentschaft eine wichtige Gesprächspartnerin und Ratgeberin und stand ihm menschlich besonders nah, wie das Gedicht zu ihrem 70. Geburtstag deutlich macht.²⁷³ Zeitweise begleitete sie ihn als „First Lady“ auf Reisen und Empfängen. 1950 gelang es ihr, die zahlreichen Müttererholungsheime der sozialen und karitativen Verbände im Dachverband des Deutschen Müttergenesungswerkes zusammenzufassen, deren Schirmherrin sie wurde. Doch ihr langjähriges Herzleiden legte sich wie ein Schatten auf ihre Tätigkeit: „Sie leidet unter dem Versagen des Herzens natürlich seelisch sehr, denn die Arbeit sowohl nach der sachlichen wie der gesellschaftlichen Seite hat ihr Freude gemacht, und sie bringt ja viel dafür mit.“²⁷⁴ Wiederholt hielt sie sich für längere Zeit zur Kur in Badenweiler auf. Dennoch verschlechterte sich ihr Gesundheitszustand in der ersten Jahreshälfte 1952 rapide.²⁷⁵ Am 19. Juli starb sie.²⁷⁶ Ihrem Wunsch entsprechend, übernahm Heuss' Schwägerin Hedwig die Führung des präsidialen Haushaltes, um „hier nun meinem Alleinsein zu wehren und die Dinge der Lebensregelung mit in die Hand zu nehmen.“²⁷⁷ Viel lag Heuss daran, die Erinnerung an seine Ehefrau öffentlich wachzuhalten.²⁷⁸

Enge Verbindungen bestanden zu Heuss' Sohn Ernst Ludwig, der seit 1946 Direktor der Wybert GmbH in Lörrach war und dort mit seiner Familie lebte. Mit ihm tauschte er sich auch in politischen Fragen aus.²⁷⁹ Die Schwiegertochter Hanne Heuss stand dem Bundespräsidenten während der Erkrankung von Elly Heuss-Knapp zeitweise bei Repräsentationsaufgaben zur Seite,²⁸⁰ lektorierte seine Jugenderinnerungen²⁸¹ und stand ihm bei Besuchen in Lörrach als Sekretärin für Diktate zur Verfügung.²⁸² Mit großer Aufmerksamkeit und Zuneigung verfolgte er die Entwicklung seiner Enkelin Barbara und reimte und zeichnete für sie mehrere bebilderte Gedichtbriefe.²⁸³ Seinem Sohn legte er ans Herz:

²⁷² Vgl. Nr. 19, Nr. 113, Nr. 161, Nr. 224.

²⁷³ Vgl. Nr. 64.

²⁷⁴ Nr. 19.

²⁷⁵ Vgl. Nr. 113, Nr. 126.

²⁷⁶ Vgl. Nr. 130, Nr. 133.

²⁷⁷ Nr. 131.

²⁷⁸ Vgl. Nr. 213.

²⁷⁹ Vgl. Nr. 48, Nr. 198.

²⁸⁰ Vgl. Heuss an Heuss-Knapp, 27. 9. 1949 und 4. 2. 1950, in: FA Heuss, Basel.

²⁸¹ Vgl. Nr. 158.

²⁸² Vgl. Nr. 212, Anm. 1.

²⁸³ Vgl. Nr. 191, Nr. 228.

„Wenn sie nachher in der Schule ist, müßt Ihr mit Lehrer oder Lehrerin sehr eindringlich sprechen, daß sie nicht als Enkelkind des Bundespräsidenten in irgend etwas wie eine Sonderstellung hineinmanövriert wird. Wenn nämlich der Lehrer oder die Lehrerin subaltern sind, kann sie so etwas sehr rasch haben, und das muß unter allen Umständen vermieden werden.“²⁸⁴

Die Korrespondenz und das Bundespräsidialamt

Die ersten 15 Monate war die Behörde des Bundespräsidenten provisorisch in einem ehemaligen Eisenbahnererholungsheim auf der Viktorshöhe in Bad Godesberg untergebracht. Als ein bayerischer Landtagsabgeordneter verbreitete, das Staatsoberhaupt wohne in einem Schloss, verwahrte er sich dagegen, „denn Sie könnten sich ja einmal erkundigt haben, daß ich in einem Eisenbahnererholungsheim mit dem ganzen Amt untergekommen bin, daß alle meine Mitarbeiter in ihrer Arbeitsstube schlafen und daß die 3 Wohnzimmer, die ich als Privatmann bevölkere, mir nicht einmal erlauben, meine Bücher aufzustellen.“²⁸⁵

Um den Jahreswechsel 1950/51 zog das Bundespräsidialamt nach Bonn in die umgebaute Villa Hammerschmidt. Mitten im Regierungsviertel hoffte Heuss, dass dann „die Figur des Bundespräsidenten in der laufenden Politik fülliger wird“.²⁸⁶ Doch dazu fehlte ihm schon die personelle Ausstattung. Entsprechend den geringen Befugnissen des Bundespräsidenten war der Personalbestand der Behörde bewusst klein angelegt, auch um die Entstehung eines Machtzentrums neben dem Bundeskanzler schon im Ansatz zu verhindern.²⁸⁷ Somit war der Bundespräsident auf die Unterrichtung durch die Regierung angewiesen, was nicht immer nach den Vorstellungen von Heuss gelang. So beschwerte er sich gegenüber dem Auswärtigen Amt, dass Berichte der Auslandsmissionen ihm nicht mehr zugesandt würden.²⁸⁸ 1950 beschäftigte das Amt 13 Beamte und 37 Angestellte und Arbeiter; bis 1959 hatte sich die Anzahl der Beamten verdoppelt.²⁸⁹ Der Chef des Bundespräsidialamtes wurde erst 1952 in den Rang eines Staatssekretärs erhoben und fungierte bis dahin also protokollarisch unter dem Chef des Kanzleramtes. An der Spitze dieser obersten Bundesbehörde stand bis 1957 der schwäbische Landsmann von Heuss, Manfred Klaiber, der aus dem diplomatischen Dienst kam. Persönlicher Referent des Bundespräsidenten war Hans Bott, mit dem Heuss bereits seit den frühen dreißiger Jahren befreundet war. Insgesamt herrschte im überschaubaren Bundespräsidialamt wohl eine kollegiale und produktive,

²⁸⁴ Nr. 224.

²⁸⁵ Nr. 27.

²⁸⁶ Nr. 63.

²⁸⁷ Vgl. auch im Folgenden E. PIKART, Theodor Heuss und Konrad Adenauer, S. 85–87.

²⁸⁸ Vgl. Nr. 84.

²⁸⁹ Vgl. M. BRANDES, Bundespräsidialamt, Einleitung, S. II.

bisweilen auch familiäre Atmosphäre.²⁹⁰ Dazu trug auch bei, dass Heuss seine Mitarbeiter entlastete, weil er nicht nur seine Reden, sondern auch einen Teil der Korrespondenz selber verfasste.

Täglich erreichten den Bundespräsidenten etwa 300 bis 400, mitunter 500 Schreiben, so dass die Beantwortung der Korrespondenz zu einer erheblichen Belastung wurde: „[...] das Briefeschreiben, das ich früher einmal mit Behagen und Vergnügen übte, gehört zur Vergangenheit, wenn täglich ca. 300 Briefe zwar nicht auf den Tisch kommen, aber doch ins Haus, mit der Tendenz vom Bundespräsidenten gelesen und beantwortet zu werden.“²⁹¹ Wie ging das Bundespräsidialamt mit dieser „Briefflut“ um? Anlässlich seines 70. Geburtstages beschrieb Heuss das übliche Verfahren:

„Es wird natürlich bei den vielen Zehntausenden von Zusendungen aussortiert und das ganz Banale ausgeschieden, das Individuelle zurückgelegt, das Offizielle vorangestellt. Papierkörbe, von denen Sie annehmen, daß die hier en masse angeschafft wurden, gibt es in diesem Sinn bei uns nicht. Ich habe von Anfang Wert darauf gelegt, daß alle Briefschreiber Antwort bekommen.“²⁹²

10 bis 15 % der Zuschriften wurden dem Bundespräsidenten vorgelegt. Insgesamt verfasste dieser täglich zehn bis zwölf Briefe selber. In der Regel beantwortete Heuss eingehende Schreiben zügig, im Schnitt innerhalb von acht Tagen.²⁹³ Einen überwiegenden Teil der im vorliegenden Band abgedruckten Schreiben hat Heuss selber gezeichnet, doch nicht alle der Schreiben, die nachweislich des Diktatzeichens von ihm verfasst wurden, tragen seine Unterschrift. So ließ er acht der hier abgedruckten Schreiben von seinem persönlichen Referenten Bott, drei von seinem Amtschef Klaiber und einige wenige von anderen Referenten oder seiner Sekretärin unterzeichnen. Dieses Verfahren, das er vor allem im Briefwechsel mit der Bevölkerung anwandte, sollte einen Missbrauch mit seiner Unterschrift oder eine Dauerkorrespondenz unterbinden.²⁹⁴ Nur ein abgedrucktes Schreiben wurde vom Referatsleiter Albert Einsiedler diktiert und unterschrieben, doch der Inhalt war mit Heuss abgesprochen, der das Schreiben künftig auch als sein eigenes ausgab.²⁹⁵

Von den Diktaten wurden nicht erst Entwürfe gefertigt und dem Bundespräsidenten vorgelegt, sondern sogleich Reinschriften mit den entsprechenden Durchschlägen für die Akten erstellt. Dieses unbürokratische und effiziente Verfahren war offensichtlich möglich, weil die Diktate von Heuss in der Regel gut ausfor-

²⁹⁰ Vgl. z. B. Nr. 178, Nr. 190, Nr. 222. Heuss ließ zudem für Bott eine Feier zum 50. Geburtstag ausrichten; vgl. Heuss an Ernst Ludwig Heuss, 14. 6. 1952, in: FA Heuss, Basel.

²⁹¹ Nr. 79; vgl. zum Briefeingang auch W. WERNER, Einführung, in: TH. HEUSS, Hochverehrter Herr Bundespräsident, S. 31f.

²⁹² Nr. 221.

²⁹³ Vgl. W. WERNER, Einführung, in: TH. HEUSS, Hochverehrter Herr Bundespräsident, S. 39f.

²⁹⁴ Vgl. ebd., S. 33f.

²⁹⁵ Vgl. Nr. 59.

muliert waren und die Chefsekretärinnen ihr Metier beherrschten.²⁹⁶ Bis 1951 schrieb einen Großteil der Briefe Annegret Herrmann (Diktatzeichen „Hr“), anschließend vor allem Hannelore Schach (Diktatzeichen „Sch“) und zunehmend Anneliese Bockmann (Diktatzeichen „Bk“). Als sich Heuss im Sommer 1951 während seines Urlaubs beim Übersteigen eines Zauns die rechte Schulter auskugelte und brach, ersetzte zeitweise ein Stempel seine handschriftliche Unterschrift. Außerdem schaffte das Bundespräsidialamt nun ein Diktiergerät an, das den Namen „Minna“ erhielt. Heuss konnte von nun an bis tief in die Nacht Briefe auf Band diktieren, die am folgenden Tag von den Sekretärinnen abgehört und niedergeschrieben wurden.²⁹⁷ Vermutlich hat diese technische Neuerung den Briefausstoß noch steigern können.

In einigen Fällen hat Theodor Heuss aus Höflichkeit oder Freundschaft Briefe handschriftlich verfasst, die dann wiederum in der Regel für die Akten mit Durchschlägen abgeschrieben wurden. Für diesen Editionsband dienten vier handschriftliche Schreiben als Vorlage;²⁹⁸ von anderen handschriftlichen Briefen konnte nur auf die Abschrift oder den Durchschlag zurückgegriffen werden.²⁹⁹ Die überwiegende Anzahl der Schreiben (168) weist einen persönlichen Kopfbogen bzw. Briefkopf auf: links „THEODOR HEUSS“, rechts die Adresse „Bad Godesberg, Viktorhöhe“, seit Anfang 1951 für den Dienstsitz Villa Hammerschmidt „Bonn, Kaiser-Friedrich-Straße 16“ bzw. nach Änderung der Poststelle „Bonn, Koblenzer Straße 135“. Bei 33 Schreiben, die Heuss als hoch offiziell verstand, griff er auf den Kopfbogen/Briefkopf „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“ zurück. 34 Briefe weisen keinen Kopfbogen/Briefkopf auf, einige wenige den des Chefs des Bundespräsidialamtes oder des Ministerialdirigenten Hans Bott.

Dank

An der Entstehung dieses Bandes wie auch an dem gesamten Editionsprojekt „Stuttgarter Ausgabe“ haben zahlreiche Personen und Gremien mitgewirkt, denen wir an dieser Stelle auch im Namen des Mitherausgebers Dr. Wolfram Werner gerne danken. Kontinuierlich unterstützt und wohlwollend begleitet haben das Projekt das Kuratorium der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus unter dem Vorsitz von Dr. Wolfgang Gerhardt MdB, der Vorstand unter dem Vorsitz von Bürgermeisterin a. D. Gabriele Müller-Trimbusch sowie der wissenschaftliche Beirat unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Joachim Scholtyseck. Der Geschäftsführer der Stiftung, Dr. Thomas Hertfelder, stand uns während der Entstehungszeit dieses

²⁹⁶ Vgl. W. WERNER, Einführung, in: TH. HEUSS, Hochverehrter Herr Bundespräsident, S. 36f.

²⁹⁷ Vgl. Nr. 82.

²⁹⁸ Nr. 28, Nr. 118, Nr. 191, Nr. 228.

²⁹⁹ Nr. 116, Nr. 119, Nr. 155, Nr. 175, Nr. 197, Nr. 202.

Bandes mit Rat und Tat stets hilfreich zur Seite. Unser besonderer Dank geht an die Angehörigen des Editionsbeirates: Prof. Dr. Wolfgang Hardtwig, Dr. Hans Peter Mensing, Prof. Dr. Angelika Schaser und Prof. Dr. Andreas Wirsching. Sie haben gemeinsam mit der Geschäftsführung, der Editionsleitung und den Bearbeitern der anderen Bände in zahlreichen Sitzungen das Editionsprojekt konstruktiv begleitet und einen wichtigen Beitrag bei der Formulierung der Editionsrichtlinien geleistet. Den vorliegenden Band hat Prof. Dr. Wolfgang Hardtwig begutachtet. Dr. Hans Peter Mensing, ein intimer Kenner des Verhältnisses zwischen Adenauer und Heuss, speiste großzügig seine umfassende Kompetenz in zahlreichen Gesprächen und Kommentaren in diesen Band mit ein. Der Heuss-Forscher Prof. Dr. Jürgen C. Heß nahm großen Anteil an der Genese dieser Edition. Die studentischen Hilfskräfte der Stiftung, Jasmin Lolakas und Manuel Lutz, unterstützten uns bei zahlreichen Recherchen, bei der Erstellung des Personenregisters und beim Korrekturlesen. Dr. Frieder Günther stand uns mit viel klugem Rat zur Seite. Karin Vogt sei herzlich gedankt, dass sie dieses Projekt ihres Mannes wieder einmal geduldig und tolerant mitgetragen hat.

Diese Edition hätte nicht auf diese Weise durchgeführt werden können, wenn nicht zahlreiche öffentliche Archive, Bibliotheken und andere Einrichtungen sowie Privatpersonen dabei geholfen hätten. An erster Stelle danken wir Ursula Heuss-Wolff (†) und PD Dr. Ludwig Theodor Heuss für den Vertrauensbeweis, aus dem Familienarchiv in Basel die wichtige Privatkorrespondenz von Theodor Heuss mit seiner Frau, seinem Sohn und sonstigen Familienangehörigen dem Projekt zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus gilt unser Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der besuchten und angefragten Institutionen und Archive, besonders aber folgenden Einrichtungen und Privatpersonen, die Briefe für den Abdruck bereitstellten: Archiv der Akademie der Künste (Berlin), Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn), Archiv des Bundesverfassungsgerichts (Karlsruhe/Koblenz), Archiv des Liberalismus (Gummersbach), Archiv für Christlich-Demokratische Politik (Sankt Augustin), Bundesarchiv (Koblenz/Berlin/Freiburg), Bayerisches Hauptstaatsarchiv (München), Deutsches Literaturarchiv (Marbach a. N.), Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (Berlin), Landesarchiv Baden-Württemberg/Badisches Generallandesarchiv (Karlsruhe), Landesarchiv Baden-Württemberg/Hauptstaatsarchiv (Stuttgart), Internationales Albert Schweitzer Zentrum (Günsbach), Privatarchiv Hanna Frielinghaus-Heuss (†)/Jannamaria Guffarth (Albstadt), Privatarchiv Günther Kremmling (Rüsselsheim), Schweizerisches Literaturarchiv (Bern), Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz (Berlin), Stadtarchiv Aschersleben, Stadtarchiv Ludwigshafen, Stadtarchiv Stuttgart, Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (Rhöndorf), Universitätsarchiv Stuttgart, Universitätsbibliothek Basel, Zentralarchiv der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (Darmstadt).

Und schließlich danken wir dem Verleger Prof. Dr. h. c. mult. Klaus G. Saur und seinem Nachfolger in der Geschäftsführung des Verlages De Gruyter, Dr. Sven Fund, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verlages für die sorgfältige Betreuung dieses Bandes wie auch des gesamten Editionsprojektes, vor allem Dr. Anke Beck, Andreas Brandmair und Dr. Julia Brauch. Die Satzarbeiten lagen wieder in der umsichtigen Hand von Dr. Rainer Ostermann.

Zur Edition

Die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus hat gemeinsam mit dem Editionsbeirat und den Bearbeitern der Einzelbände detaillierte Editionsrichtlinien vereinbart, die den wissenschaftlichen Standard und die Einheitlichkeit der Edition gewährleisten sollen. Im Folgenden werden nur die Aspekte aufgegriffen, die für die Lektüre der Briefe von Bedeutung sind.

Die Edition der Briefe von Theodor Heuss kann auf folgende Bestände zurückgreifen: Einem Wunsch von Heuss folgend, erhielt das Bundesarchiv den politisch ausgerichteten Bestandteil des Nachlasses, das Deutsche Literaturarchiv in Marbach den literarisch-kulturellen Teil. Schriftstücke familiären bzw. privaten Charakters gingen in die Obhut der Familie des Sohnes Ernst Ludwig Heuss nach Basel. Für die Jahre 1949–1959 sind naturgemäß die Akten des Bundespräsidialamtes aus der Amtszeit von Heuss von großer Bedeutung.

Die Auswahl für den vorliegenden Band konnte zunächst auf die Tageskopien der Jahre 1949–1954 im politischen Nachlass (BArch, N 1221) zurückgreifen, in denen die Durchschriften fast aller Schreiben von Theodor Heuss in chronologischer Serie vorliegen. Ausgehend von dieser Kernüberlieferung wurden weitere Schreiben in den Sachakten des Bundespräsidialamtes (BArch, B 122), im literarischen Nachlass (DLA, A: Theodor Heuss), in der Familienüberlieferung wie auch in den Nachlässen der zahlreichen Korrespondenzpartner recherchiert.

Von den überschlägig geschätzten 20.000 Heuss-Schreiben aus der ersten Amtszeit wurden 245 Dokumente ausgewählt, von denen einige noch um Anhänge ergänzt wurden. Die Auswahl orientiert sich an der biographischen und zeitgeschichtlichen Relevanz der Schreiben. Amtsverständnis und Amtsführung, die sich vor allem in den Jahren 1949–1954 herauskristallisierten, sollen dabei zum Ausdruck kommen. Auffällig ist, dass neben den großen politischen Fragen, welche die frühe Bundesrepublik bewegten, vor allem „metapolitische“ Themen in den Briefen erörtert werden, die Heuss zum zentralen Bestandteil seiner Integrationspolitik machte. Daneben berücksichtigt die Auswahl durchaus auch verschiedene Aspekte der Lebensumstände von Theodor Heuss: seine Persönlichkeit, seinen Alltag und sein privates wie auch familiäres Umfeld. Insgesamt wurde versucht, die Spannweite des Kommunikationsnetzes abzubilden, auch wenn dies angesichts der Fülle der Schreiben und Adressaten nur annäherungsweise gelingen konnte. Da der Briefwechsel mit den „einfachen Leuten“ bereits publiziert wurde, konnte sich der vorliegende Band vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, auf die Schreiben konzentrieren, die der Bundespräsident an Personen der Zeitgeschichte und Vertreter wichtiger Institutionen richtete. Auch Briefe von Heuss,

die in einschlägigen Editionen bereits vorliegen, wurden berücksichtigt, wenn sie thematisch für den Band relevant sind.¹

Aufgenommen wurden – abgesehen von einem Schreiben² – ausschließlich Dokumente, die von Theodor Heuss verfasst bzw. diktiert wurden: neben Schreiben (geschlossene Versandtechnik) und Rundschreiben auch offene Briefe für den Abdruck, Briefentwürfe für Dritte, Memoranden, Grußadressen, Gedenkworte, Textentwürfe und Gedichte, soweit sie in Schriftform einen Adressaten haben. Die Schreiben sind in chronologischer Folge und vollständig abgedruckt. Wenn es möglich war, wurde die behändigte Ausfertigung ermittelt und als Vorlage benutzt. Auf weitere Überlieferungsformen und Druckorte wird in einer textkritischen Fußnote hingewiesen.

Jedem Schreiben ist ein *Dokumentenkopf* vorangestellt, der folgende Angaben umfasst:

- Fortlaufende Nummerierung, im Falle von Anlagen ergänzt durch einen Kleinbuchstaben.
- Persönlicher oder institutioneller Adressat einschließlich akademischer Grad und Ort des Empfängers. Ehrentitel wurden nicht aufgenommen, allenfalls in einer Fußnote auf sie hingewiesen, soweit sie in der Anrede auftauchen. Wenn Briefe an Politiker in Spitzenfunktionen adressiert sind, werden diese Ämter nach den Namen erwähnt. Altertümliche Schreibweisen von Orten werden nach der Vorlage wiedergegeben, verschiedene Schreibweisen in der Regel vereinheitlicht. Geht die Ortsangabe nicht aus dem Schreiben hervor, kann sie aber erschlossen werden, wird sie in eckigen Klammern eingefügt.
- Die Datierung der Briefe erfolgt nach der Vorlage; kann sie nur erschlossen werden, steht sie in eckigen Klammern. Der Absendeort wird nur in den wenigen Fällen angegeben, wenn es sich nicht um das Bundespräsidialamt handelt (bis zur Jahreswende 1950/51 Bad Godesberg, Viktorshöhe, dann Bonn, Koblenzer Straße 135).
- Herkunftsnachweis und Beschreibung der Vorlage: Art und Entstehungsstufe des Schreibens, Diktatzeichen, Art der Zeichnung und ggf. des Kopfbogens bzw. Briefkopfes (bei Durchschlägen).
- Zusätze, die sich auf das gesamte Dokument beziehen (Eingangsstempel, Aktenzeichen, Vermerke, Verfügungen, Notizen etc.), Anlagen, weitere Überlieferungsformen und Druckorte der Schreiben werden in einer ersten textkritischen Anmerkung nachgewiesen. Auf die Erwähnung der regelmäßigen zDA-Verfügung wurde verzichtet.
- Stichwortartiges Kurzregest über den wesentlichen Inhalt des Dokuments.

¹ Vgl. z. B. TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute; TH. HEUSS, Lieber Dehler.

² Nr. 59.

Die Edition soll als Studienausgabe sowohl einen breiten Leserkreis ansprechen als auch wissenschaftlichen Ansprüchen genügen. Die Wiedergabe der Briefe will deshalb sowohl der Authentizität der Texte wie auch der Leserefreundlichkeit gerecht werden. Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich die *Textgestaltung*. Die Dokumente werden grundsätzlich vorlagengetreu in „alter Rechtschreibung“ übernommen. Hingegen orientieren sich alle Bearbeitertexte an der Rechtschreibung des Duden von 2009 (25. Aufl.). Im Sinne der Lektüreeerleichterung werden bei den Dokumenten in einigen Fällen Korrekturen bzw. Vereinheitlichungen vorgenommen:

- Die Anrede wird nach Vorlage abgedruckt. Die Schlusszeichnung gibt den Namen desjenigen wieder, der den Brief gezeichnet hat. Über die genaue Art der Zeichnung informiert der Dokumentenkopf. Bei fehlender Schlusszeichnung wird in eckigen Klammern der Name ergänzt.
- Ein Postskriptum von Heuss wird im Anschluss des Briefes abgedruckt, bei fehlender Bezeichnung vorangestellt: [PS].
- Offensichtliche Verschreiber, sinnentstellende Syntaxfehler und falsche Interpunktionen werden stillschweigend korrigiert entsprechend der Rechtschreibung, wie sie zu Lebzeiten von Heuss galt. Ein Nachweis der vorliegenden fehlerhaften Schreibweise erfolgt in Anmerkungen nur in Ausnahmefällen, wenn sie für bedeutsam eingeschätzt wird. Unterschiedliche Schreibweisen (z. B. „ß“ oder „ss“) werden vereinheitlicht. Spezifische Schreibweisen, die bei Heuss besonders ausgeprägt sind (z. B. die Kleinschreibung von adjektivisch gebrauchten Ortsangaben oder von Fremdwörtern) werden beibehalten.
- Inhaltliche Korrekturen durch die Hand von Heuss werden im Text übernommen und in einer Anmerkung nachgewiesen.
- Offensichtlich sinnentstellende inhaltliche Fehler werden im Text korrigiert und in einer Anmerkung nachgewiesen.
- Bei unklaren Formulierungen oder Sachverhalten werden diese im Text belassen und in einer Anmerkung nach Möglichkeit erläutert.
- Unterschiedliche Schreibweisen von Personennamen werden in der Regel stillschweigend vereinheitlicht, bei möglicher Relevanz in einer Anmerkung nachgewiesen.
- Hervorhebungen werden einheitlich kursiv gesetzt, Hervorhebungen vom Empfänger oder von dritter Hand in einer Anmerkung nachgewiesen.
- Abkürzungen werden nicht aufgelöst, soweit sie sich im aktuellen Duden bei dem entsprechenden Worteintrag finden. Dies gilt auch für altertümliche Abkürzungen, deren Bedeutung noch erschließbar ist (z. B. „bezw.“). Alle anderen, auch heuss-spezifischen Kürzel werden in eckigen Klammern aufgelöst. Amtliche/offizielle Abkürzungen von Parteien, Verbänden und anderen Institutionen werden im Text beibehalten und im Abkürzungsverzeichnis aufgelöst.

Folgendes textkritisches Klammersystem wird verwendet:

- <?> Unleserliches Wort.
- < > Unsichere Lesart.
- [] Zusätze durch Bearbeiter, vor allem bei aufgelösten Abkürzungen.
- [...] Auslassungen durch Bearbeiter.

Der *textkritische und inhaltliche Kommentar* wird nach einheitlicher Zählung in Fußnoten aufgenommen. Die textkritischen Anmerkungen beziehen sich entweder in einer ersten Fußnote auf das gesamte Dokument oder in weiteren Fußnoten auf einzelne Textstellen. Darüber hinaus bietet der Kommentar eine am Text orientierte inhaltliche Verständnishilfe, die dem Informationsbedürfnis eines breiten Leserkreises gerecht zu werden versucht. Er enthält Erläuterungen zu historischen Begriffen, zu Sachverhalten, Ereignissen und Zusammenhängen auch biographischer Art, die heute nicht mehr ohne weiteres als bekannt vorausgesetzt werden können. Reden, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, Bücher, Reisen, Wahlkampfauftritte, Gesetze, Verträge und Protokolle werden ebenso nachgewiesen wie Zitate oder Zitatanklänge, sofern das mit vertretbarem Aufwand möglich war. Soweit es die abgedruckten Schreiben erforderlich machen, wird auch die Gegenkorrespondenz ermittelt, der Inhalt kurz zusammengefasst oder in Auszügen zitiert. Unveröffentlichte archivalische Überlieferung wird mit der entsprechenden Fundstelle genannt, Forschungsliteratur nur sparsam und in der Regel mit genauen Seitenverweisen herangezogen. Auf die Wiedergabe von Forschungskontroversen wird verzichtet. Allgemeine biographische Angaben zu den im Text oder in den Anmerkungen genannten Personen finden sich im biographischen Personenregister. Sind hingegen weitergehende biographische Erläuterungen zu einer bestimmten Textstelle erforderlich, finden sich diese im Kommentar.

Die Gestaltung des Anmerkungsapparats unterliegt einheitlichen Regeln. Personen werden nur bei der Ersterwähnung mit Vor- und Zunamen genannt, dann in der Regel nur noch mit Nachnamen. Davon abweichend wird der Vorname erwähnt, um bei Namensgleichheit eine eindeutige Identifizierung vornehmen zu können oder um, z. B. bei Aufzählungen, Einheitlichkeit herzustellen. Forschungsbezogene Literatur und Archivalien werden schon bei Ersterwähnung mit sinnvollen Kurzformen aufgeführt, welche die Zuordnung zu den vollständigen Angaben im Quellen- und Literaturverzeichnis ermöglichen. Zeitgenössische Monographien oder Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, die der Erläuterung einer bestimmten Briefstelle dienen, werden hingegen bei Ersterwähnung vollständig wiedergegeben. Abkürzungen von Publikationsorganen, Archiven und anderen Institutionen finden sich im Abkürzungsverzeichnis aufgelöst.

Die auf den ersten Seiten dieses Bandes vorliegende Übersicht über die Lebensstationen von Theodor Heuss konzentriert sich auf biographische Daten. Das

Verzeichnis der Briefe gibt eine schnelle Orientierung über die Adressaten und Inhalte. Das Quellen- und Literaturverzeichnis nimmt alle in der Einleitung, im Dokumentenkopf und im Kommentar erwähnten Archivalien und Veröffentlichungen mit Ausnahme der zeitgenössischen Zeitungs- und Zeitschriftenartikel auf. Das biographische Personenregister enthält in standardisierter Form biographische Kerndaten zu allen in den Briefen und in den Bearbeitertexten erwähnten Personen, mit Ausnahme von Theodor Heuss. Das Sachregister dient dem thematisch differenzierten Zugriff auf alle in den Brief- und Bearbeitertexten enthaltenen relevanten Informationen.

Verzeichnis der Briefe

- 1 15. September 1949
Louise Ebert
Dank für Glückwünsche zur Wahl zum Bundespräsidenten;
Gedenken an Friedrich Ebert 105
- 2 21. September 1949
Franz Blücher
Niederlegung des Vorsitzes der FDP 106
- 3 21. September 1949
Prof. Dr. Ernst Jäckh
Gratulationsschreiben von Ernst Jäckh; Dank für frühere Hilfe;
Antritt des Präsidentenamtes; publizistische Einschränkungen . . . 107
- 4 22. September 1949
Prof. Dr. Moritz Julius Bonn
Dank für Glückwünsche; Verhalten der Sozialdemokraten
nach der Wahl des Bundespräsidenten; Verhältnis zum
Ausland; Befinden von Elly Heuss-Knapp 110
- 5 28. September 1949
Dr. Alfred Döblin
Persönliche Verbundenheit; Aufnahme der Amtsgeschäfte;
Standort des Bundespräsidialamtes. 112
- 6 22. Oktober 1949
Dr. Peter Plein
Situation der Kriegsblinden 113
- 7 26. Oktober 1949
Dr. Konrad Adenauer
Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten; Rückführung
deutscher Internierter aus China und Spanien; Kulturinstitute
im Ausland. 114
- 8 26. Oktober 1949
Dr. Konrad Adenauer
Ablehnung einer Heuss-Briefmarke 116

9	22. November 1949 Dr. Kurt Schumacher Vorschlag, die Rede zum 25. Todestag Friedrich Eberts zu halten	118
10	23. November 1949 Dr. Martin Haug Kritik an der Veröffentlichung eines vertraulichen Schreibens über Militärpensionen.	120
11	14. Dezember 1949 Victor Gollancz Rede vor der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Wiesbaden	121
12	14. Dezember 1949 Michael Oppenheim „Kollektivscham“: Rede „Mut zur Liebe“ vor der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Wiesbaden	122
13	14. Dezember 1949 Grete Pick Scham und Sühne: Rede „Mut zur Liebe“ vor der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Wiesbaden	123
14	15. Dezember 1949 Josef Ortner Zurückweisung von Kritik an der Rede „Mut zur Liebe“ vor der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Wiesbaden	124
15	15. Dezember 1949 Pressebild Swegat Ablehnung einer Fotoreportage „Heuss ganz privat“	125
16	22. Dezember 1949 Franz Karl Maier Optimistische oder illusionslose Amtsführung des Bundespräsidenten.	126

- 17 28. Dezember 1949
[Alfred] Petersen
Haltung zum Antisemitismus und zu Adolf Stoecker 127
- 18 30. Dezember 1949
Annedore Leber
Gedenken an Julius Leber anlässlich seines fünften
Todestages 128
- 19 17. Januar 1950
Prof. Dr. Ernst Jäckh
Ablehnung, ein Vorwort zu den Lebenserinnerungen von
Ernst Jäckh zu schreiben; persönliche Mitteilungen 131
- 20 2. März 1950
Max Roser
Auseinandersetzung mit kritischen Äußerungen Max Rosers
über Entnazifizierung und über Reinhold Maier 134
- 21 13. März 1950
Carl Severing
Ablehnung des „Deutschlandliedes“ und Befürwortung einer
neuen Nationalhymne. 137
- 22 21. März 1950
Helene Wessel
Einrichtung einer Wirtschaftskommission. 140
- 23 25. März 1950
Dr. Rudolf Pechel
Ablehnung der Ehrenmitgliedschaft in der Deutschen
Akademie für Sprache und Dichtung 142
- 24 6. April 1950
Dr. Moritz Klönne
Verhältnis zu Richard Wagner und zum Haus Wahnfried 143

- 25 6. April 1950
 Dr. Hermann Hesperus Erhard
 Bemühen, Georg Mendelssohn in der Bundesrepublik einen
 Arbeitsplatz zu beschaffen; Silbernes Lorbeerblatt als
 Auszeichnung durch den Bundespräsidenten 145
- 26 9. April 1950
 Dr. Paul Schmidt
 Einschätzung der Lebenserinnerungen Paul Schmidts;
 Verhältnis zu Gustav Stresemann 148
- 27 17. April 1950
 August Haußleiter
 Zurückweisung von Kritik am Bundespräsidenten 149
- 28 28. April 1950
 Franz Blücher
 Absage, am Bundesparteitag der FDP in Düsseldorf
 teilzunehmen; Übersendung eines Grußwortes 151
- 29 5. Mai 1950
 Prof. Willi Baumeister
 Auseinandersetzung über Wilhelm Hausensteins Kunst-
 auffassung im Zusammenhang mit seiner Ernennung zum
 deutschen Generalkonsul in Paris 152
- 30 [11. Mai 1950]
 Bundeskanzler und Bundesminister
 Organisationsgewalt des Bundespräsidenten 154
- 31 11. Mai 1950
 Dr. Dr. Otto Dibelius
 Glückwünsche zum 70. Geburtstag; Verhältnis zur Familie
 Heuss; Zusendung des Buches „Deutsche Gestalten“ 157
- 32 7. Juni 1950
 André François-Poncet
 Vergessener Brief an und Sentenz von André François-Poncet;
 Besuch in Tübingen 159

33	17. Juni 1950 Otto Kranzbühler Bemühungen um Freilassung von Alfried Krupp von Bohlen und Halbach	160
33a	17. Juni 1950 Otto Kranzbühler	161
34	27. Juni 1950 Johanna Gumbel Finanzieller Beitrag zum „Gumbeltag“	163
35	3. August 1950 Deutsches Weinlesefest, z. Hd. Dr. Karl Bässler Ablehnung, die Weinkönigin zu küssen	164
36	16. August 1950 Prof. Dr. Walter Goetz „Infiltration aus dem Osten“; Kulturabteilung des Bundes- innenministeriums; Deutsches Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit; Persönliches	165
37	25. August 1950 Deutscher Evangelischen Kirchentag, z. Hd. Dr. Hermann Ehlers Unzureichende stenografische Mitschrift der Rede von Theodor Heuss auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag	168
38	11. September 1950 Otto Landsberg Vorschlag, Biographie über August Bebel schreiben zu lassen; Familiäres	169
39	21. September 1950 John J. McCloy Bemühen um die Haftentlassung des ehemaligen Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker	171
40	24. September 1950 Elly Heuss-Knapp Begegnung mit Ellen McCloy; Rede vor Bochumer Bergleuten	173

41	27. September 1950 Dr. Hans Speidel Einschätzung von Adolf Heusingers Buch „Befehl im Wider- streit“	175
42	29. September 1950 Eberhard Goes Verse von Eberhard Goes; Dichtkunst von Albrecht Goes; Theodor-Heuss-Gymnasium in Heilbronn.	176
43	10. Oktober 1950 Christlich Demokratische Union Ablehnung, am Parteitag der CDU teilzunehmen	177
44	11. Oktober 1950 Dr. Gustav Heinemann Rücktritt Gustav Heinmanns vom Amt des Bundesinnenministers	178
45	16. Oktober 1950 André François-Poncet Bitte um bessere Haftbedingungen für Konstantin von Neurath	179
46	4. Dezember 1950 Dr. Konrad Adenauer Vorlage des Entwurfs einer Antwort auf das Schreiben Otto Grotewohls an Konrad Adenauer: Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates.	181
46a	[4. Dezember 1950] Otto Grotewohl	182
47	4. Dezember 1950 Prof. Dr. Gerhard Rosenkranz Ehrenpromotion durch die evangelisch-theologische Fakultät der Universität Tübingen	183

- 48 7. Dezember 1950
 Dr. Ernst Ludwig Heuss
 Gesundheitszustand von Ernst Ludwig Heuss und Elly Heuss-
 Knapp; Wiederbewaffnung; Nationalhymne; Porträt von
 Theodor Heuss durch Oskar Kokoschka 185
- 49 10. Dezember 1950
 Prof. Dr. Friedrich Meinecke
 Erneuerung der Friedensklasse des Ordens Pour le mérite. 187
- 50 12. Dezember 1950
 Dr. Robert Lehr
 Mögliche Teilnahme an der Tagung der Schutzgemeinschaft
 Deutscher Wald 190
- 51 21. Dezember 1950
 Rudolf Alexander Schröder
 Presseberichte über die vorgeschlagene Nationalhymne 191
- 52 22. Dezember 1950
 Dr. Dr. Otto Dibelius
 Empfehlung, die Stelle des Bevollmächtigten der
 Evangelischen Kirche bei der Bundesrepublik Deutschland
 weiterbestehen zu lassen. 193
- 53 22. Dezember 1950
 Gottfried Hansen
 Zurückweisung von Kritik an mangelnder Versorgung
 ehemaliger Wehrmachtsangehöriger. 195
- 54 28. Dezember 1950
 Dr. Reinhold Maier
 Dank für Möbel, die dem Bundespräsidialamt zur Verfügung
 gestellt wurden. 196
- 55 29. Dezember 1950
 Dr. Wilhelm Stapel
 Umzug nach Bonn; Einschätzung Martin Niemöllers;
 Vorstellung der vorgeschlagenen Nationalhymne 197

- 56 2. Januar 1951
 Oskar Kokoschka
 Erinnerung an Porträt-Sitzungen mit Oskar Kokoschka;
 Persönliches 198
- 57 10. Januar 1951
 Prof. Dr. Albert Einstein
 Bitte um eine erneute Mitgliedschaft im Orden Pour le mérite . . . 200
- 58 15. Januar 1951
 Hermann Dahlmann
 Kritik an Rede von Theodor Heuss über Flüchtlinge und
 „Grenzkampf“ in Schleswig-Holstein 203
- 59 16. Januar 1951
 Veit Harlan
 Bitte um Unterstützung gegen öffentliche Boykottaufrufe. 204
- 60 16. Januar 1951
 John McCloy
 Begnadigung von Verurteilten im Kriegsverbrechergefängnis
 Landsberg 206
- 61 [16. Januar 1951]
 Willi Daume
 Gespräch über die vorgeschlagene neue Nationalhymne
 und über das Silberne Lorbeerblatt; Empfang der
 Fachorganisationen des Deutschen Sportbundes 207
- 62 20. Januar 1951
 Rudolf Alexander Schröder
 Diskussion über den Text der vorgeschlagenen
 Nationalhymne. 209
- 63 24. Januar 1951
 Prof. Dr. Heinrich Brüning
 Stellung des Bundespräsidenten im Grundgesetz und in der
 Amtspraxis. 210
- 64 25. Januar 1951
 Elly Heuss-Knapp
 Gedicht zum 70. Geburtstag 213

65	30. Januar 1951 Dr. Elisabeth Noelle-Neumann Ergebnis einer demoskopischen Umfrage zu Persönlichkeit und Wirkung des Bundespräsidenten	215
66	20. Februar 1951 Dr. Friedrich Sieburg Vorgeschlagene Nationalhymne	216
67	9. März 1951 Dr. Robert Lehr Versorgung älterer Schriftsteller	220
68	15. März 1951 Dr. Konrad Adenauer Führung des Auswärtigen Amtes durch Konrad Adenauer; Tätigkeitsbeginn der Diplomaten; Vertretung des Bundeskanzlers im Ausland durch Franz Blücher	224
69	15. März 1951 Dr. Thomas Dehler Mögliche Beleidigungsklagen des Bundespräsidenten	226
70	16. April 1951 Prof. Dr. Gerhard Ritter Bitte um Lektüre der Einführung zu Otto von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“; Übersendung eines neuaufgelegten Vortrags über Bismarck	228
71	22. April 1951 Dr. Alfred Wiener Katalog der Wiener Library; Beurteilung des National- sozialismus; Naumann-Porträt von Max Liebermann	230
72	5. Mai 1951 Chefredaktion der „Hessischen Nachrichten“ Kritik an dem Zeitungsartikel „Der isolierte Bundespräsident“ . . .	232
73	23. Mai 1951 Martin Niemöller Wiederaufrüstung und Volksbefragung.	234

74	26. Mai 1951 Fritz Sänger Kritik an aufdringlichen Pressefotografen.	239
75	29. Mai 1951 Fritz Sänger Meldung der Deutschen Presseagentur mit unzutreffendem Redezitat	241
76	18. Juni 1951 Prof. Dr. Hans-Joachim Schoeps Kritik an der Form des Offenen Briefes; Haltung gegenüber dem Schicksal Deutscher jüdischen Glaubens; Fall Philipp Auerbach	242
77	19. Juni 1951 Dr. Konrad Adenauer Eigenmächtige Äußerungen Konrad Adenauers über die Nationalhymne.	245
78	27. Juni 1951 Reinhard Jaspert Einleitung zum Neudruck von Otto von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“; Verzicht auf das Honorar zu Gunsten notleidender Schriftsteller.	247
79	29. Juni 1951 Prof. Dr. Friedrich Dessauer Quantität des Posteingangs; Amtsführung des Bundespräsidenten; Zeitmangel; Begegnungen mit Freunden . . .	250
80	30. Juni 1951 Carl Zuckmayer Zusendung von Material über Wilhelm Voigt; Hamburger Theateraufführung des „Hauptmann von Köpenick“ mit Werner Krauss	251
81	15. Juli 1951 Harry S. Truman Dank für die Botschaft des Präsidenten anlässlich des 175. Jahrestages der Unabhängigkeitserklärung der USA	254

- 82 1. August 1951
 Dr. Josef Beyerle
 Gründung des Bundesverfassungsgerichts und Bitte, sich für
 das Amt des Präsidenten zur Verfügung zu stellen; Bruch des
 Armes während des Urlaubs. 256
- 83 3. August 1951
 Dr. Konrad Adenauer
 Gebrochener Arm; Gespräch mit Fritz Schäffer über
 Besatzungskosten und über Gutachtensuchen des Bundes-
 präsidenten beim Bundesverfassungsgericht hinsichtlich
 Gesetz über die Finanzverwaltung; Konferenzen mit
 Gewerkschaftsvertretern; Bundesverdienstorden;
 Militärorden; Bismarck-Essay 260
- 84 8. August 1951
 Prof. Dr. Walter Hallstein
 Aufforderung, dem Bundespräsidenten wichtige Berichte der
 Auslandsmissionen vorzulegen. 265
- 85 15. August 1951
 Prof. Dr. Leo Baeck
 Besuch Leo Baecks in Deutschland 266
- 86 18. August 1951
 Dr. Ludwig Grote
 Bitte, das Amt des Direktors des Germanischen National-
 museums zu übernehmen 267
- 87 24. August 1951
 John McCloy
 Stellungnahme zu einem von John McCloy übermittelten Brief
 über Militarismus und Nationalismus in Deutschland 269
- 88 21. September 1951
 Hermann Hesse
 Übersendung zweier Reden; beabsichtigter Urlaub im Tessin
 und Besuchsankündigung. 273

89	24. September 1951 Dr. Fritz Wertheimer Rückkehr deutscher Emigranten; Institut für Auslands- beziehungen; Gesundheitszustand	274
90	25. September 1951 Hermann Maas Offizielle Kontakte zu Juden	276
91	27. September 1951 Dr. Kurt Schumacher Zusendung der Einführung von Theodor Heuss zu Otto von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“	278
92	2. November 1951 Dr. Hans Kollwitz Wiederherstellung der „Elternplastik“ von Käthe Kollwitz; Kontaktaufnahme zum Volksbund Deutsche Kriegsgräber- fürsorge	280
93	3. November 1951 Geschäftsleitung der Robert Bosch GmbH Bosch-Biographie von Theodor Heuss und die Entflechtung des Bosch-Konzerns.	281
94	6. November 1951 Heinrich Landahl Haltung der Kultusminister in der Frage der Nationalhymne. . . .	284
95	7. November 1951 Wilhelm Pieck Zurückweisung von Vorwürfen gegen Bundesregierung und Bundestag; unterschiedliche Beurteilung von Maßnahmen und Gesprächen für eine deutsche Wiedervereinigung	286
96	12. November 1951 Prof. Dr. Ernst Reuter Schirmherrschaft über die Grüne Woche in Berlin	288
97	13. November 1951 Kasimir Edschmid Mitgliedschaft im P.E.N.-Club	289

98	15. November 1951 Prof. Dr. Gerhard Kessler Problematik der Wiedergutmachung durch Kunstwerke	290
99	23. November 1951 Ernst Jünger Dank für ein Buch mit Widmung; Kritik an Jüngers Darstellung der plebiszitären Demokratie; Übersendung von vier Reden	291
100	8. Dezember 1951 Dr. Hans Ehard Verstimmung in Bayern über die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an den evangelischen Bischof Theophil Wurm; Ordensverleihung an Nürnberger Sprengmeister; Kriterien für die Ordensverleihung und -übergabe	293
101	20. Dezember 1951 Paul Löbe Verleihung des Bundesverdienstkreuzes	296
102	3. Januar 1952 Dr. Paul Rohrbach Einschätzung von George F. Kennan; notwendige Zurück- haltung des Bundespräsidenten.	297
103	3. Januar 1952 Freunde aus der württemberg-badischen DVP Gruß an die Parteifreunde; Integration der Bundesrepublik in Westeuropa	298
104	10. Januar 1952 Dr. Albert Finck Wiederbelebung des Hambacher Festes von 1832; Wiederaufbau der Wormser Synagoge	300
105	12. Januar 1952 Dr. Konrad Adenauer Glückwunsch zur Ratifikation des Schuman-Plan-Gesetzes	302

106	18. Januar 1952 Dr. Peter Suhrkamp Feier zum 75. Geburtstag von Hermann Hesse	303
107	20. Januar 1952 Prof. Dr. Dr. Willy Hellpach Neugliederung und Benennung der Bundesländer.	304
108	21. Januar 1952 Bund der Vertriebenen Deutschen Begriff „deutscher Osten“	306
109	24. Januar 1952 Dr. Konrad Adenauer Nationalhymne.	307
110	26. Januar 1952 Dr. Konrad Adenauer Kritik an der Formulierung einer Ernennungsurkunde.	311
111	26. Januar 1952 Otto Braun Gratulation zum 80. Geburtstag; Würdigung der Lebensleistung Otto Brauns; Zusendung der „Gedanken und Erinnerungen“ von Otto von Bismarck.	312
112	29. Januar 1952 Friedrich-Wilhelm Wagner Ablehnende Haltung der rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten gegenüber dem Bundesverdienstkreuz.	313
113	15. Februar 1952 Dr. Toni Stolper Ansprachen in Bremen; Gesundheitszustand von Elly Heuss-Knapp; Redetätigkeit; Verhältnis zu Ernst Jäckh und Carl Jacob Burckhardt; Persönliches	316
114	18. Februar 1952 Dr. Oscar Meyer Studentische Korporationen; Gerichtsurteil über polnische Juden; Zusendung von Reden und dem Bismarck-Essay; Persönliches.	320

115	3. März 1952 Prof. Dr. Walter Hallstein Mögliche Hilfsleistungen für Ernst Feder, Paul Hesslein und Fritz Wertheimer	324
116	6. April 1952 Dr. Konrad Adenauer Urlaub in Badenweiler; Nationalhymne; Äußerungen von Konrad Adenauer zu den Präsidentschaftswahlen in den USA . . .	326
116a	3. April 1952 Memorandum zur Frage der Nationalhymne.	327
117	21. April 1952 Prof. Constantin Gerhardinger „Dankspende des Deutschen Volkes“: Unabhängigkeit der Jury und Verteilung der finanziellen Mittel an Maler; Situation der „modernen Kunst“ in Deutschland	330
118	26. April 1952 Dr. Reinhold Maier Bedenken gegenüber der Wahl Reinhold Maiers zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg.	332
119	28. April 1952 Dr. Gebhard Müller Aufrechterhaltung der Verbindung zu Gebhard Müller nach dessen gescheiterter Wahl zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg.	335
120	2. Mai 1952 Dr. Konrad Adenauer Erklärung des „Deutschlandliedes“ zur deutschen National- hymne	336
121	15. Mai 1952 Albrecht Goes Befinden von Elly Heuss-Knapp; kulturelle Beziehungen zur „Ostzone“; Nationalhymne.	338

122	18. Mai 1952 Theodor Bäuerle Erinnerung an frühe Bekanntschaft; Rückblick auf gemeinsame Tätigkeit im württemberg-badischen „Kultministerium“; pädagogisches Ethos; Glückwunsch zum Geburtstag	339
123	31. Mai 1952 Franz Blücher Auseinandersetzung in der FDP über die politische Lage in Stuttgart	343
124	6. Juni 1952 Dr. Friedrich Middelhauve Kritik Friedrich Middelhauves an der FDP in Baden-Württemberg	346
125	15. Juni 1952 Christine Teusch Büsten von Theodor Heuss	348
126	17. Juni 1952 Rundbrief an die Freunde Gesundheitszustand von Elly Heuss-Knapp	350
127	19. Juni 1952 Paul Wilhelm Wenger Zurückweisung eines im „Rheinischen Merkur“ abgedruckten Artikels, der Theodor Heuss Antikatholizismus unterstellt	353
128	11. Juli 1952 Fritz Schäffer Rat für Formgebung	356
129	12. Juli 1952 Prof. Dr. Enno Littmann Rundbrief für die neuberufenen Mitglieder des Ordens Pour le mérite	358
129a	[Juli 1952] Neuberufene Mitglieder des Ordens „Pour le mérite“ (Friedensklasse)	359

130	28. Juli 1952 Dr. Reinhold Maier Dank für die Rede am Grab von Elly Heuss-Knapp	362
131	3. August 1952 Hedwig Heuss Erinnerung an den Tod von Ludwig Heuss; Besuch Toni Stolpers; Übernahme der Haushaltsführung	363
132	5. August 1952 Dr. Lotte Adenauer Zusendung der Reden über Johann Peter Hebel und Hermann Hesse	365
133	11. August 1952 Hermann Hesse Sterben von Elly Heuss-Knapp; Korrespondenz mit Hermann Hesse; Zusendung der Rede über Johann Peter Hebel	366
134	21. August 1952 Vorstand der SPD Tod Kurt Schumachers	368
135	24. August 1952 Dr. Hans Egidi Verleihung von Titeln durch den Bundespräsidenten	370
136	29. August 1952 Paul Reusch Reden auf dem Soldatenfriedhof Hürtgenwald und zum Jubiläum des Germanischen Nationalmuseums; bevorstehender Urlaub im Allgäu	371
137	3. September 1952 Leonhard Frank Glückwunsch zum 70. Geburtstag	373
138	6. September 1952 Eberhard Goes Briefe aus der Jugendzeit	375

139	10. November 1952 Richard Tüngel Verwahrung gegen Fritz von Unruh betreffende Polemik	376
140	17. November 1952 Vorstand des Deutschen Journalistenverbandes Störung der Rede zum Volkstrauertag durch Reporter der Wochenschaun	378
141	25. November 1952 Dr. Thomas Dehler Kritik an Thomas Dehlers Rede auf dem FDP-Parteitag in Bad Ems	380
142	27. November 1952 Dr. Heinrich Krone Beflagung an öffentlichen Feiertagen	385
143	3. Dezember 1952 Wilhelm Kaisen Veröffentlichung der Rede zur Einweihung des Mahnmals in Bergen-Belsen	386
144	9. Dezember 1952 Prof. Dr. Ludwig Curtius Verleihung des Großkreuzes des Bundesverdienstordens und Aufnahme in den Orden Pour le mérite; Einschätzung Otto von Bismarcks; politische Haltung des deutschen Bürgertums; derzeitige Regierungspolitik und Presse	388
145	9. Dezember 1952 Dr. Karl Löwenstein Zurückweisen von Kritik an der Gedenkrede von Theodor Heuss in Bergen-Belsen	391
146	9. Dezember 1952 Präsident des Bundesverfassungsgerichts Rücknahme des Gutachtenssuchens zum EVG-Vertrag beim Bundesverfassungsgericht	392

147	11. Dezember 1952 Ernst Mayer Rücknahme des Gutachtensuchens zum EVG-Vertrag beim Bundesverfassungsgericht; Genesungswünsche	395
148	13. Dezember 1952 Viktor Renner Rücknahme des Gutachtensuchens zum EVG-Vertrag beim Bundesverfassungsgericht	396
149	16. Dezember 1952 Prof. Dr. Carl Jacob Burckhardt Neuausgabe von Elly Heuss-Knapps Buch „Ausblick vom Münsterturm“; Einschätzung zweier zugesandter Bücher von Carl Jacob Burckhardt; angebliche Verfassungskrise	398
150	4. Januar 1953 Dr. Adolf Grimme Benutzung und Einschätzung des geschenkten Fernseh- apparates	400
151	7. Januar 1953 Dr. Hubertus Prinz zu Löwenstein Einstellung zu Gustav Stresemann	401
152	10. Januar 1953 Cornelie Bonhoeffer Ablehnung einer Stellungnahme gegenüber einer Mädchen- schulklasse zur Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz 1933.	403
153	12. Januar 1953 Wilhelm Heile Amtsführung des Bundespräsidenten; Tätigkeit Wilhelm Heiles im Parlamentarischen Rat; Gründe für die Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten 1949	405
154	23. Januar 1953 Hans Henny Jahnn Dank für Brief und Jahrbuch; Unterstützung von Kunst und Wissenschaft; Situation der Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz.	409

155	29. Januar 1953 Dr. Hermann Höpker Aschoff Glückwunsch zum Geburtstag	411
156	30. Januar 1953 Fritz Schäffer Finanzielle Ausstattung der Auslandsvertretungen der Bundesrepublik	412
157	9. Februar 1953 Prof. Dr. Carl Jacob Burckhardt Vorgesehene Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes an Carl Jacob Burckhardt; Aufnahme in den Orden Pour le mérite	414
158	10. Februar 1953 Hanne Heuss Lektorats- und Korrekturarbeiten an den Jugenderinnerungen „Vorspiele des Lebens“	416
159	14. Februar 1953 Siegfried Sasse Zusendung eines Gedenkwortes für die Geschwister Scholl	418
159a	14. Februar 1953 Gedenkworte für die Geschwister Scholl	418
160	17. Februar 1953 Dr. Wilhelm Hoffmann Herausgabe einer Bibliographie der Werke von Theodor Heuss	419
161	23. Februar 1953 Dr. Toni Stolper Wohnungsangelegenheit von Toni Stolper; Zusendung der Briefe von Elly Heuss-Knapp; Treffen mit Ernst Jäckh	423
162	27. Februar 1953 Martin Niemöller Kritik Martin Niemöllers am Besuch des Mainzer Instituts für Europäische Geschichte durch Theodor Heuss; Lutherdarstellung von Joseph Lortz	424

163	28. Februar 1953 Prof. Dr. Ludwig Erhard Würdigung des Bundeswirtschaftsministers	426
164	7. März 1953 Erich Ollenhauer Zusendung von Briefen Ludwig Franks; Parteigeschichte der SPD	427
165	27. März 1953 Dr. Hermann Kessler Bemühung, Hermann Kessler für die Bundestagswahl als FDP-Kandidaten zu gewinnen; Kesslers indirekter Beitrag zur Wahl von Theodor Heuss zum Bundespräsidenten	429
166	28. März 1953 Dr. Peter Joseph Bauwens Besuch des Fußball-Länderspiels der Bundesrepublik Deutschland gegen Österreich	432
167	31. März 1953 Prof. Dr. Moritz Julius Bonn Dank für Moritz Julius Bonns Autobiographie; Jugenderinnerungen von Theodor Heuss; Einschätzung von Carl Schmitt und der akademischen Lehrer von Heuss	433
168	1. April 1953 Jakob Altmaier Luxemburger Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Israel und der Jewish Claims Conference.	435
169	8. April 1953 Otto Küster Ablehnung der Unterzeichnung des Bundesentschädigungs- gesetzes in Bergen-Belsen	436
170	18. April 1953 Hans Schlange-Schöningen Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes an Leo Baeck	438

171	20. April 1953 Karl Anders Dank für Übersendung einer Geschichte der englischen und amerikanischen Detektiv-Literatur; kein Interesse an Kriminalromanen	439
172	4. Mai 1953 Dr. Alfred Döblin Abschied von Alfred Döblin; Integration von Künstlern in Deutschland; Bedeutung Döblins für das Ehepaar Heuss	440
173	15. Mai 1953 Dr. Margret Boveri Arbeitsüberlastung; Margret Boveris Einleitung zur Heuss- Bibliographie	442
173a	Mai 1953 Schlusspassage der Präambel des Einführungssays zur Heuss- Bibliographie Erste Fassung von Margret Boveri	444
173b	Mai 1953 Schlusspassage der Präambel des Einführungssays zur Heuss- Bibliographie Korrekturvorschläge von Theodor Heuss	444
174	27. Mai 1953 Prof. Olaf Gulbransson Würdigung der Zeichnungen von Olaf Gulbransson	445
175	28. Mai 1953 Dr. Thomas Dehler Kritik an der wörtlichen Wiedergabe einer Bemerkung von Theodor Heuss vom Mai 1949 durch Thomas Dehler auf einer Wahlveranstaltung	446
176	15. Juni 1953 Dr. Richard Graf Coudenhove-Kalergi Beziehung von Richard Graf Coudenhove-Kalergi zu Robert Bosch; Bewertung der Paneuropa-Idee der zwanziger Jahre	447

177	26. Juni 1953 Ulrich Müller Reaktion auf den Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR	448
178	6. Juli 1953 Hans Bott Abgabe des Hundes Axel	450
179	15. Juli 1953 Dr. Robert Lehr Ablehnung, den Nationalfeiertag am 7. September 1953 zu begehen	451
180	22. Juli 1953 Dr. Robert Lehr Bitte, die Erhaltung der Altertümer in Trier, vor allem der Konstantins-Basilika, zu unterstützen	453
181	24. Juli 1953 Dr. Reinhold von Thadden-Trieglaff Absage, am Evangelischen Kirchentag vor der Bundestags- wahl teilzunehmen	455
182	13. August 1953 Hans-Jürgen Kühl Kritik an astrologischen Aussagen zum Lebenslauf von Theodor Heuss	458
183	17. August 1953 Dr. Heinrich Weitz Protest gegen die Bemerkung eines Delegierten des Deutschen Roten Kreuzes über Ernst Ludwig Heuss	460
183a	17. August 1953 Dr. Heinrich Weitz	461
184	23. August 1953 Theodor Blank Jean Jaurès' Schrift „L'armée nouvelle“	463

- 185 24. August 1953
 Dr. Erich Mende
 Bitte, Frage der zweiten Amtszeit von Theodor Heuss nicht im
 Bundestagswahlkampf zu thematisieren 465
- 186 25. August 1953
 Marie Elsas
 Aufsatz über Fritz Elsas für den Sammelband „Das Gewissen
 steht auf“ 466
- 187 31. August 1953
 Dr. Alfred Döblin
 Beteiligung an der Festschrift zu Theodor Heuss’
 70. Geburtstag 468
- 188 31. August 1953
 Firma EDEKA
 Protest gegen die Verwendung des Namens des Bundes-
 präsidenten in der Werbung 469
- 189 [1.] September 1953
 Dr. Manfred George
 Gratulation zum 60. Geburtstag; Würdigung der
 journalistischen Tätigkeit für das jüdische Monatsmagazin
 „Aufbau“ 470
- 190 13. September 1953
 Bewohner des Grundstücks Koblenzer Straße 135, die unter
 15 Jahre alt sind
 Verhalten im Park des Bundespräsidialamtes 472
- 191 17. September 1953
 Barbara Heuss
 Bilderbrief zum Geburtstag und zum Schulbeginn 473
- 192 30. September 1953
 Wilhelm Keil
 Fortsetzung der Jugenderinnerungen von Theodor Heuss;
 Tod Erich Roßmanns und Ernst Reuters 475

- 193 1. Oktober 1953
 Generalleutnant William H. Tunner
 Berliner Kinderluftbrücke. 477
- 194 3. Oktober 1953
 Hans-Heinrich Welchert
 Paralleles Erscheinen der Heuss-Biographie von Hans-
 Heinrich Welchert und der „Vorspiele des Lebens“ von
 Theodor Heuss. 478
- 195 6. Oktober 1953
 Dr. Gebhard Müller
 Politische Entwicklung im Südwesten; Begrüßung der Wahl
 von Gebhard Müller zum Ministerpräsidenten von Baden-
 Württemberg 480
- 196 14. Oktober 1953
 Erika Canaris
 Verfilmung des Schicksals von Repräsentanten des deutschen
 Widerstandes gegen Adolf Hitler 482
- 197 20. Oktober 1953
 Dr. Thomas Dehler
 Persönliche Erläuterung der Verabschiedung Thomas Dehlers
 aus dem Amt des Bundesjustizministers 483
- 198 20. Oktober 1953
 Dr. Ernst Ludwig Heuss
 Kritik an Koalitionsverhandlungen der FDP-Bundestags-
 fraktion; Gespräche mit Konrad Adenauer; parteipolitische
 Besucher 485
- 199 27. Oktober 1953
 Präsident der Verfassunggebenden Landesversammlung von
 Baden-Württemberg
 Ablehnung, an der Verkündung der Verfassung für Baden-
 Württemberg teilzunehmen 486

- 200 31. Oktober 1953
 Georg August Zinn
 Rede von Theodor Heuss auf Hugo von Hofmannsthal in
 Bad Hersfeld 1954; Aufforderung zur Unterstützung der
 Bad Hersfelder Festspiele. 488
- 201 9. November 1953
 Dr. Margret Boveri
 Heuss-Bibliographie; Verhältnis zu Angehörigen der LDP und
 Haltung zur Politik des Bundeskanzlers; Besatzungs-
 verwaltung. 489
- 202 [10.] November 1953
 Dr. Walter Raymond
 Rücktritt Walter Raymonds vom Vorsitz der
 Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und
 Würdigung seiner Leistung. 496
- 203 10. November 1953
 Prof. Dr. mult. Albert Schweitzer
 Bitte, für Robert Ernst einzutreten; Verleihung des Friedens-
 Nobelpreises an Albert Schweitzer. 497
- 204 11. November 1953
 Hermann Leins
 Reaktionen auf die Jugenderinnerungen von Theodor Heuss;
 Festschrift zum 70. Geburtstag. 500
- 205 21. November 1953
 Karl Arnold
 Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Karl Arnold,
 an ehemalige Ministerpräsidenten und aktive Politiker;
 Übersendung der Jugenderinnerungen von Theodor Heuss 502
- 206 27. November 1953
 Fritz Schäffer
 Finanzielle Situation der Kirchen in der DDR und ihre
 Unterstützung durch Haushaltsmittel des Bundes 505

207	12. Dezember 1953 Geschäftsführung und Redaktion der Neuen Deutschen Wochenschau Auseinandersetzung über unerwünschte Wochenschau- aufnahmen einer Tanzszene mit Theodor Heuss beim Bundespresseball; Wahrung der Privatsphäre	508
208	14. Dezember 1953 Dr. Konrad Adenauer Vorlage der Neujahrsansprache; Gespräche mit „Spätest- heimkehrern“; Bitte um Unterredung	510
209	14. Dezember 1953 Paul Wilhelm Wenger Aufsatz Paul Wilhelm Wengers und dessen Vorschlag für die Neujahrsrede; Einschätzung der „Bild“-Zeitung; „Schmutz- und-Schund-Debatte“ 1926	513
210	15. Dezember 1953 Otto Nuschke Erwähnung von Otto Nuschke in den Jugenderinnerungen von Theodor Heuss	515
211	16. Dezember 1953 Dr. Hans Wellhausen Kritik, dass FDP-Abgeordnete nicht an der parlamentarischen Kirchentagsgemeinschaft teilgenommen haben.	516
212	28. Dezember 1953 Nordwestdeutscher Rundfunk, z. Hd. Werner Höfer Ablehnung, am Internationalen Frühschoppen im Rundfunk und Fernsehen teilzunehmen	517
213	15. Januar 1954 Paul Reusch Gedenkstätte für Elly Heuss-Knapp	518
214	17. Januar 1954 Rektor der Technischen Hochschule Programm für die Verleihung der Ehrenpromotion an Theodor Heuss durch die Technische Hochschule Stuttgart	519

215	20. Januar 1954 Prof. Dr. Arnold Brecht Geburtstagsglückwünsche	520
216	29. Januar 1954 Dr. Otto Gessler Entschuldigung, dass Otto Gessler bei der Festschrift zum 70. Geburtstag von Theodor Heuss nicht berücksichtigt wurde . . .	522
217	4. Februar 1954 Dr. Margret Boveri 70. Geburtstag und Überreichung der Bibliographie von Theodor Heuss	523
218	5. Februar 1954 Bundesverband der Deutschen Industrie, z. Hd. Präsident Fritz Berg Dank für Geburtstagsglückwünsche und Geschenk des BDI; Beziehung zu Industriellen	525
219	15. Februar 1954 Prof. Dr. Eduard Spranger Dank für Geburtstagsgratulation; Geburtstagsfeier; öffentliche Anerkennung der Amtsführung; Bedeutung von Elly Heuss- Knapp	527
220	22. Februar 1954 Deutscher Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich- jüdische Zusammenarbeit e.V. Verhältnis zu den Juden in Deutschland	528
221	25. Februar 1954 Prof. Dr. Theodor Musper Bearbeitung der Geburtstagsglückwünsche; Kritik an der „Verniedlichung“ des Bundespräsidenten	530
222	27. Februar 1954 Dr. Manfred Klaiber Dank für Geburtstagsgeschenk und Beitrag in der Festschrift „Begegnungen“	531

223	6. März 1954 Prof. Dr. Carl Georg Heise Emil Preetorius' Einschätzung des Essays von Theodor Heuss „Zur Ästhetik der Karikatur“; Ablehnung, eine Hitler- Biographie zu schreiben	532
224	11. März 1954 Dr. Ernst Ludwig Heuss Barbara Heuss; Briefwechsel mit Ernst Jäckh; Buch über Robert Breuer mit Beitrag von Marta Jäckh; Neuauflage des Buches von Theodor Heuss über die Revolution 1848; Kuraufenthalt in Bad Kissingen	534
225	26. März 1954 Jakob Kaiser Politische Stimmung im geteilten Deutschland nach der gescheiterten Berliner Konferenz der vier alliierten Außen- minister	537
226	26. März 1954 Prof. Dr. Enno Littmann Orden Pour le mérite: Bundespräsident als Protektor, Zuwahl von Ausländern, Nachfolge für Friedrich Meinecke, Verjüngung des Ordens, Nachruf auf verstorbene Mitglieder, Geschäftsfragen	539
227	29. März 1954 Dr. Hans Stempel Zurückweisung der Kritik an einem Gespräch mit dem katholischen Bischof von Speyer	544
228	18. April 1954 Barbara Heuss Gedicht zu Ostern.	546
229	12. Mai 1954 Marie Senn Geplanter Urlaub im Bayerischen Wald; Gesundheitszustand von Gertrud Bäumer.	548

- 230 3. Juni 1954
 Hermann Hesse
 Vorschlag, Hermann Hesse als nichtdeutsches Mitglied in den
 Orden Pour le mérite aufzunehmen. 549
- 231 10. Juni 1954
 Prof. Dr. Fritz Ernst
 Reisen und Reden; Kontakt zur FDP; Wahl des Bundes-
 präsidenten. 552
- 232 14. Juni 1954
 Benno Haakh
 Altersgrenze für Ordinarien, Bundespräsident und
 Bundeskanzler; Gesundheitszustand; Vergleich mit Paul
 von Hindenburg; Kontakt zu gemeinsamen Freunden 554
- 233 27. Juni 1954
 Else Bassermann
 Kritik an der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an
 Werner Krauss 556
- 234 13. Juli 1954
 Georg Schwarz
 Rede zum 20. Juli 1944 557
- 235 21. Juli 1954
 Dr. Heinrich von Brentano
 Kritik an der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an
 Werner Krauss 558
- 236 24. Juli 1954
 Adolf Ehrnsperger
 Nationalhymne 561
- 237 28. Juli 1954
 Dr. Hans Speidel
 Rede zum 20. Juli 1944 563

- 238 29. Juli 1954
 Dr. Toni Stolper
 Bundespräsidentenwahl in Berlin; Reden; Ehrung der
 Fußballweltmeister; Affäre John; Publikationspläne 565
- 239 30. Juli 1954
 Redaktion der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, z. Hd. Dr. Karl
 Korn
 Haltung zu den Bayreuther Richard-Wagner-Festspielen 570
- 240 30. Juli 1954
 Luise Gürtner
 Beurteilung des ehemaligen Reichsjustizministers Franz
 Gürtner 572
- 241 2. August 1954
 Ursula Backe
 Kritik an der Rede von Theodor Heuss zum 20. Juli 1944. 575
- 242 3. August 1954
 A. Hirtenfelder
 Polemik gegenüber der Rede von Theodor Heuss zum 20. Juli
 1944. 576
- 243 4. August 1954
 Kanzler des Ordens Pour le mérite (Friedensklasse)
 Bundespräsident als Protektor des Ordens Pour le mérite 577
- 244 5. August 1954
 Rudolf Alexander Schröder
 Thomas Mann und der Orden Pour le mérite. 578
- 245 7. August 1954
 Dr. Gebhard Müller
 Einführung eines Nationalfeiertages. 579

Briefe

Nr. 1

An Louise Ebert, Heidelberg

15. September 1949

BArch, N 1221, 126: ms. Schreiben, Entwurf, hs. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Dank für Glückwünsche zur Wahl zum Bundespräsidenten; Gedenken an Friedrich Ebert

Verehrte Frau Ebert,

unter den zahllosen Glückwünschen, die in den letzten beiden Tagen zu mir gekommen sind,² hat mich der Ihrige³ am meisten erfreut und bewegt, und ehe mit der schematischen Beantwortung⁴ so vieler Schreiben und Depeschen begonnen wird, ist es mir ein persönliches Bedürfnis, zuerst Ihnen meinen herzlichen Dank auszusprechen.

Sie wissen, wie sehr ich Ihren Gatten menschlich verehrt und in seiner staatsmännischen Leistung immer anerkannt habe.⁵ In diesen letzten Tagen ist die Erinnerung oft zu ihm zurückgekehrt. Im Gespräch mit Herrn François-Poncet habe ich diesem vor einigen Tagen die tragische Lage zu schildern versucht, in der Ihr Gatte von seinem Beginn an gestellt war.⁶

Ich zweifle nicht daran, daß auch mich diese oder jene Feindseligkeit aufsuchen

¹ Absendevermerk vom 15. 9. 1949.

² Heuss war am 12. 9. 1949 zum Bundespräsidenten gewählt worden. – An Wilhelm Hausenstein schrieb Heuss am 20. 10. 1949, es seien bisher über 5.000 Briefe eingegangen, die er nicht alle gelesen habe, da sich darunter Bittbriefe befunden hätten, aber er bekomme „doch alle irgendwie individuell getönt sehr rasch in die Hand“; N 1221, 147.

³ Ließ sich nicht ermitteln.

⁴ Der ms. Dank lautete mit der Datierung „im Oktober 1949“: „Anläßlich meiner Wahl zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland sind mir von allen Seiten Grußworte und Glückwünsche zugegangen. Über die große Anzahl der freundschaftlichen Bekundungen bin ich tief bewegt. Eine besondere Freude hat es mir bereitet, daß auch Sie mir Ihre guten Wünsche zum Ausdruck gebracht haben. Ich spreche Ihnen hierfür meinen herzlichen Dank aus.“ Heuss an Christian Otto Erbe, in: PA Helmut Erbe.

⁵ Heuss schätzte den Sozialdemokraten Friedrich Ebert zeit seines Lebens sehr und zollte in biographischen Aufsätzen und Reden dessen Reichspräsidentschaft und staatsbürgerlicher Gesinnung großen Respekt; vgl. z. B. TH. HEUSS, Ebert und Hindenburg (1929), abgedruckt in: DERS., Politiker, S. 184–188; DERS., Führer, S. 96–107; Heuss an Ebert, 25. 12. 1924, in: DERS., Bürger, S. 238f; zur Deutung Eberts durch Heuss vgl. U. BAUMGÄRTNER, Republik, S. 104–109; vgl. auch Nr. 9.

⁶ Das Gespräch ließ sich nicht ermitteln. In seinen Äußerungen zu Ebert stellte Heuss diesen tragischen Zug des Reichspräsidenten heraus, der die enormen Probleme in den Anfangsjahren der Weimarer Republik gemeistert habe und vom rechten Lager als Landesverräter, von den Kommunisten als Verräter des Proletariats verunglimpft wurde; TH. HEUSS, Führer, S. 96–107.

wird. Mit einem freien Herzen kommt man darüber hinweg. – Auch meine Frau⁷ dankt Ihnen⁸ in freundschaftlicher Verehrung.

Seien Sie mit Ihrem Sohn⁹ herzlich begrüßt.¹⁰
Ihr sehr ergebener

Theodor Heuss

Nr. 2

An Franz Blücher, Stellvertretender Vorsitzender der FDP, Bonn
21. September 1949

BArch, N 1080, 101: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹
Niederlegung des Vorsitzes der FDP

Werter Freund!

Wenn die nächsten Tage der Turbulenz sich etwas gelegt haben, will ich mir gerne von Ihnen die ersten Eindrücke über die Atmosphäre des Kabinetts erzählen lassen.²

Ich glaube, daß es notwendig ist, Ihnen gegenüber in einem formalen Akt, den dieser Brief darzustellen hat, die Niederlegung des ersten Vorsitzes in der Freien demokratischen Partei Deutschlands auszusprechen.³ Ich bin nicht der Meinung,

⁷ Elly Heuss-Knapp.

⁸ In der Vorlage: „Ihrer“.

⁹ Gemeint war der in Heidelberg lebende jüngste Sohn, Karl Ebert. Der ältere Sohn, Friedrich Ebert, war Oberbürgermeister von (Ost-)Berlin.

¹⁰ Zu einem beabsichtigten Besuch bei Louise Ebert vgl. Nr. 9.

¹ Da das Bundespräsidialamt noch nicht über eigene Briefbögen verfügte, ließ sie der Chefredakteur der „Stuttgarter Zeitung“ drucken und übersandte sie Heuss; Josef Eberle an Heuss, 6. 10. 1949 und 22. 2. 1950, in: N 1221, 126.

² Am 20. und 21. 9. 1949 hatten drei Kabinettsitzungen stattgefunden; vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1949, S. 67–76. Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Blücher wurde im ersten Kabinett Adenauer Vizekanzler und Bundesminister für Angelegenheiten des Marshallplanes. – Manfred Klaiber nahm als Beobachter des Präsidialamts an den Kabinettsitzungen teil. Eine persönliche Teilnahme des Bundespräsidenten hatte Adenauer abgelehnt; vgl. E. PIKART, Theodor Heuss, S. 78f.

³ Heuss war am 12. 12. 1948 in Heppenheim zum ersten Vorsitzenden der FDP gewählt worden; vgl. zu den Begleitumständen der Wahl Heuss an Karl Theodor Bleek, 14. 12. 1948, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 439–443; E. W. BECKER, Intellektueller, S. 29–45. Blücher ließ sich vom FDP-Bundesvorstand am 18. 11. 1949 die Übernahme der Geschäfte des Parteivorsitzenden nachträglich bestätigen und wurde im April des kommenden Jahres auf dem Düsseldorfener Parteitag in dieses Amt gewählt; vgl. U. WENGST, FDP-Bundesvorstand, S. XIV.

daß daraus eine Zeitungsnotiz gemacht werden soll, aber der Akt soll geschehen sein, falls irgend jemand in der Öffentlichkeit die Frage aufwirft.

Mit guten Grüßen und Wünschen
Ihr

Theodor Heuss

Nr. 3

An Prof. Dr. Ernst Jäckh, New York

21. September 1949

BArch, N 1221, 155: ms. Schreiben, Durchschlag, ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹
Gratulationsschreiben von Ernst Jäckh; Dank für frühere Hilfe; Antritt des Präsidentenamtes; publizistische Einschränkungen

Lieber Ernst,

Dein Entschluß, mich bereits am 8. September als Präsidenten zu behandeln, war etwas keck, aber die Presseleute haben mir in all den Tagen gesagt, daß dies das Ende sein werde. Ich habe aber Deinen Brief² nun nicht am Ernennungstag, sondern erst jetzt in die Hände bekommen; vermutlich ist das erste Tausend von Briefen und Depeschen schon überschritten. Ich muß mir aus ihnen diejenigen herausfischen, die mir etwas sagen.

In meiner Ansprache an die Bundesversammlung war ich unbefangen genug, das Gedächtnis meines Vaters und das von Naumann zu beschwören.³ Wenn ich es mir recht überlege, hast Du in den Werdejahren am entscheidendsten auf meinen Lebensgang eingewirkt. Von der halben Bubenzeit her bis zur Nachfolge in Heilbronn zum mich wieder nach Berlin-Holen mit all den Zusammenhängen von Werkbund, deutscher Politik und Hochschule für Politik in Deutschland.⁴ Ich habe

¹ Name in der Anschrift: „Ernest Jackh“; Absendevermerk vom 22. 9. 1949.

² Ließ sich nicht ermitteln.

³ In der Rede vor Bundestag, Bundesrat und Bundesversammlung gedachte Heuss am 12. 9. 1949 dieser beiden Männer: „meines früh verstorbenen Vaters, der in die Seelen seiner jungen Söhne die Legenden des Jahres 48 gegossen hat, die mit der Familiengeschichte verbunden sind, und der uns einen Begriff davon gab, daß die Worte Demokratie und Freiheit nicht bloß Worte, sondern lebensgestaltende Werte sind; und Friedrich Naumann, des Mannes, der das wachsende Leben gestaltet hat, ohne den ich nicht das wäre, was ich bin“; abgedruckt in: TH. HEUSS, Politiker, S. 376.

⁴ Jäckh hatte 1902 die Chefredaktion der „Neckar-Zeitung“ übernommen und Heuss als „Münchener Correspondent“ in dem Blatt Artikel veröffentlichen lassen; vgl. TH. HEUSS, Vorspiele, S. 234, 336. 1912 übernahm Heuss die Nachfolge Jäckhs als Chefredakteur der „Neckar-Zeitung“ in Heilbronn; vgl. DERS., Erinnerungen, S. 179–182. Anfang 1918 siedelte Heuss nach Berlin um, nachdem ihm Jäckh den Eintritt in die Geschäftsstelle des Deutschen Werkbundes und die



Abb. 1: Vereidigung von Theodor Heuss durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Erich Köhler, 12. 9. 1949

das immer gewußt und bin Dir dafür immer dankbar gewesen. Ich darf den Dank heute wiederholen.

Du kennst mich gut genug, um zu wissen, in welcher inneren Situation ich der neuen Aufgabe gegenüberstehe, die ich keinen Augenblick gesucht habe, die aber seit meiner entscheidenden Mittlertätigkeit in Bonn auf mich zuschritt.⁵ Es ist sehr schade um die guten Bücher, die ich schreiben wollte und jetzt nicht mehr schreiben kann.⁶ Ich weiß genau die Vorzüge, die ich für das Amt mitbringe: ein gutes Außengesicht, wenn ich so sagen darf, und die gelockerte Art, mit den Menschen zu reden, auch mit den Ausländern. Was mehr fehlt, ist, um mit Fontanes zu sprechen, der Sinn für Feierlichkeit,⁷ und es wird ein interessantes Spiel

Redaktionsleitung der Zeitschrift „Deutsche Politik“ angeboten hatte; vgl. E. W. BECKER, Theodor Heuss, S. 40f. Ab 1920 arbeitete Heuss als Studienleiter und Dozent in der von Jäckh gegründeten Deutschen Hochschule für Politik; vgl. D. LEHNERT, Politik.

⁵ Gemeint ist die Arbeit von Heuss im Parlamentarischen Rat, die ihn u. a. für das höchste Staatsamt empfohlen hatte; vgl. dazu E. W. BECKER, Einführung, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 40.

⁶ Gegenüber Heinrich Brüning sprach Heuss am 27. 9. 1949 von „viel Resignation“ gegenüber seinem geplanten literarischen und wissenschaftlichen Werk; N 1221, 64.

⁷ Heuss bezieht sich auf Fontanes 1888 entstandenes Gedicht „Was mir fehlte“. Dort heißt es bei der Suche nach Gründen für mangelnden Erfolg: „[...] ach, suche nicht zu weit, / was mir fehlte

werden, wie Heuss mit dem Protokoll kämpft: Ich sehe zwar rational seine Notwendigkeit ein, aber finde etwa den Katalog der Kleider sehr komisch. Mit den Amerikanern geht es auf diesem Gebiet etwas lockerer.

Elly war hier, auch Ludwig mit seiner Frau.⁸ Elly ist, um eine Herzkur durchzumachen, ehe die große Staatsreise nach Stuttgart beginnt⁹ (sie muss ja auch ihr Landtagsmandat niederlegen), nach Badenweiler gefahren. Wenn sie gesundheitlich etwas besser daran wäre, wäre sie sicher die denkbar beste „First Lady“. Sie ist von der Sache stärker umgetrieben wie ich, weil ich immer mit der leisen Sorge, ob sie die Sache der Repräsentation wird durchhalten können, belastet blieb. Den Anfang hat sie gut geleistet.

Überleg Dir einmal, ob nicht eine Übersetzung und Herausgabe ihrer Erzählung aus dem Dritten Reich¹⁰ drüben in Amerika heute für Deutschland günstig wäre. Die Idee stammt nicht von mir, aber da Elly ja einige Bücher geschrieben hat, ist sie auch Gegenstand von Aufsätzen geworden. Das ist ja nun einmal unvermeidlich.

Wie Du Dir denken kannst, warte ich mit einiger Spannung auf Deine Lebenserinnerungen.¹¹ Ich selber habe nach dem Abschluß des Bosch-Buches,¹² da in Heidelberg die Bibliotheken geschlossen waren, nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen im Frühjahr 1945 meine Heilbronner Jugendzeit beschrieben, wo auch Du schon auftauchst.¹³ Irgendwann hoffe ich, wenn die Dinge sich etwas gesetzt haben, auch hier Zeit dazu zu finden; denn ich bin doch im Kern so sehr Publizist, daß es mir heimlich leid tut, daß ich über die Problematik der Präsidentschaftswahl nicht einen ausgezeichneten Leitartikel schreiben konnte.

Die Wahl in dieses Amt hat zunächst meine ganze Jugend- und heranwachsende Zeit aufgeschreckt, so unzählig sind Briefe von Schulkameraden und Studienfreunden. Aber ich habe auch das Gefühl, daß ich mit meinen beiden ersten

war: Sinn für Feierlichkeit.“ Und noch einmal zum Schluss: „Suche nicht weiter. Man bringt es nicht weit / bei fehlendem Sinn für Feierlichkeit“; TH. FONTANE, Autobiographisches, Gedichte, S. 295f. Bei einer Umfrage des Nymphenburger Verlags zu Fontane schrieb Heuss am 10. 8. 1959, er sei über dessen „Spiel der Selbstironie“ beglückt gewesen; „was hat es mir Freude gemacht, als ich Fontanes Geständnis begegnete, daß ihm das ‚Talent zur Feierlichkeit‘ fehle“; B 122, 599; vgl. hierzu bereits anlässlich des 50. Geburtstags Heuss an Willy Dürr, 17. 2. 1934, in: TH. HEUSS, *Defensive*, S. 216; im Hinblick auf seine Befähigung zum Amt des Bundespräsidenten vgl. DERS., *Erzieher*, S. 462, Anm. 10.

⁸ Der Sohn Ernst Ludwig Heuss mit seiner Frau Hanne, geb. Elsas.

⁹ Heuss hielt die Abschiedsrede vor dem Landtag in Stuttgart am 1. 10. 1949; B 122, 615; Teilabdruck: E. PIKART, *Theodor Heuss*, S. 315f.

¹⁰ ELLY HEUSS-KNAPP: *Schmale Wege*, Stuttgart/Tübingen 1946.

¹¹ ERNST JÄCKH: *Der goldene Pflug. Lebensernte eines Weltbürgers*, Stuttgart 1954.

¹² THEODOR HEUSS: *Robert Bosch. Leben und Leistung*, Stuttgart/Tübingen 1946.

¹³ Heuss konnte die Jugenderinnerungen, die er im Frühjahr 1945 in Heidelberg begonnen hatte, in den ersten Jahren seiner Bundespräsidialzeit bis 1905 fortschreiben; TH. HEUSS: *Vorspiele*, S. 234, 336 (zu Jäckh); vgl. auch Heuss an Helene Ecaris, 24. 5. 1945, in: DERS., *Erzieher*, S. 95.

Reden, die durch das Radio gingen,¹⁴ vielen Menschen eine gewisse seelische Sicherheit gegeben habe. Über die Aufgaben, die vor mir stehen, mache ich mir keine Illusionen, aber ich habe auch keine Angst, daß ich Dummheiten mache; denn in den letzten 4 Jahren durfte ich in vielen Gesprächen mit Amerikanern, Franzosen und Engländern spüren, daß sie meine Art anzunehmen bereit sind.

Die Nachricht, daß Du im November vielleicht hierher kommst, hat mich sehr gefreut. Es wird dann vieles zu erzählen geben.

Dir und Martha viele herzliche Grüße.
In alter, dankbarer Verbundenheit

Theodor Heuss.

Nr. 4

An Prof. Dr. Moritz Julius Bonn, London

22. September 1949

BArch, N 1221, 115: ms. Schreiben, Durchschlag, ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹
Dank für Glückwünsche; Verhalten der Sozialdemokraten nach der Wahl des Bundespräsidenten; Verhältnis zum Ausland; Befinden von Elly Heuss-Knapp

Lieber Professor Bonn,

aus der unendlichen Zahl von Briefen hole ich mir einige heraus, bei denen ich das Bedürfnis des nichtnormierten Dankes² habe. Ich habe mich über Ihren Brief³ aufrichtig gefreut, da ich nicht nur die alte freundschaftliche Verbundenheit⁴ spüre, sondern auch das gemeinsame sachliche Denken. Die Sozialdemokraten haben zum Teil jetzt schon ein ungeschicktes Gefühl über ihre Haltung⁵ und suchen sie mit kleinen Argumenten zu rechtfertigen. Da ich in der Sozialdemokratie selber viele persönliche Freunde habe und Löbe im vergangenen Jahr der Erste war, der mich publizistisch als seinen kommenden Mann emp-

¹⁴ Die Reden im Bundeshaus und auf dem Bonner Marktplatz, 12. 9. 1949, abgedruckt in: TH. HEUSS, Reden. Staatsmann, S. 88–98; E. PIKART, Theodor Heuss, S. 296–298; die Rede vor Bundesrat und Bundesversammlung auch in: TH. HEUSS, Politiker, S. 376–381.

¹ Absendevermerk vom 22. 9. 1949.

² Vgl. Nr. 1, Anm. 2.

³ Bonn an Heuss, 13. 9. 1949, in: N 1221, 115.

⁴ Heuss hatte Bonn 1902 in München am Lehrstuhl von Lujo Brentano kennengelernt; vgl. H. BOTT / H. LEINS, Begegnungen, S. 25–28.

⁵ Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hatte Heuss nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten einen Glückwunsch verweigert. Allerdings hatte dann Schumacher am 14. 9. 1949 Heuss einen persönlichen Glückwunsch telegraphiert, für den dieser am folgenden Tag dankte; N 1221, 70.

fahl,⁶ hatte der Vorgang neben dem sachlich Ungeschickten etwas Enttäuschendes.⁷ Aber darüber kommt man ja hinweg. Mit Schumacher habe ich ein 1¼stündiges, sehr offenes Gespräch geführt.⁸ Er ist mir ja seit Jahrzehnten bekannt.⁹

Über die Schwierigkeiten meiner Aufgabe mache ich mir keine Illusionen.¹⁰ Zunächst schein ich im allgemeinen auch im Ausland eine sogenannte gute Presse zu haben, und ich schmeichle mir, mit den Ausländern verhältnismäßig gut verkehren zu können, da ich ihnen nie devot, nie anmaßend, sondern immer in freier Unbefangenheit gegenübertrat. (Meine Minister- und Parteitätigkeit hat ja in den letzten 4 Jahren eine gewisse Schulung gebracht.)

Ich sehe meine Aufgabe doppelt:

Die Deutschen aus ihrem Ressentimentsbedürfnis herauszuführen und der Welt gegenüber ein sicheres Maß der Beurteilung zu zeigen und zu geben.

Meine Frau ist nach den bewegten Bonner Tagen zu einer Herzkur nach Badenweiler gefahren. Sie bringt von Haus aus für die Aufgabe fast mehr mit als ich, der ich ja, um mit Fontane zu sprechen, kein Talent zur Feierlichkeit besitze.¹¹

Th. Heuss

⁶ Vgl. Heuss an Max Rademacher, 1. 11. 1948, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 418–420; Nr. 153; Heuss an Heinrich Brüning, 27. 9. 1949, in: N 1221, 64.

⁷ Vor der Wiederwahl zum Bundespräsidenten schrieb Heuss an Toni Stolper am 11. 6. 1954: „Wie es mit der Präsidentenwahl werden wird, weiß ich nicht, ob hier, ob in Berlin, mit welcher Erklärung der SPD, die darüber noch, wie es scheint, in sich verhandelt, aber sicher keinen Gegenkandidaten aufstellen wird. Ich habe ja dort persönlich so viele Freunde, daß ihnen ihr ungeschicktes Verhalten vom Jahre 1949 (Sitzenbleiben nach dem Wahlakt) heute noch peinlich ist“; N 1221, 319.

⁸ Gesprächsnotizen ließen sich nicht ermitteln. Zur Einschätzung Schumachers durch Heuss vgl. auch TH. HEUSS, Erzieher, S. 509–512, hier S. 510.

⁹ Heuss kannte Schumacher aus dem Reichstag, dem dieser 1930–1933 angehört hatte.

¹⁰ An Wilhelm Hausenstein schrieb Heuss am 20. 10. 1949: „Wenn nur ein Teil der Erwartungen, die an diese Wahl geknüpft werden, in Erfüllung geht, soll es mir recht sein. Ich nehme bestimmt an, daß Sie das Grundgesetz nicht gelesen haben, aber daß Sie doch ungefähr wissen, daß im politisch technischen Sinn dieses Amt in seiner unmittelbaren Zuständigkeit begrenzt ist. Ich kann und will ihm aber doch etwas Atmosphäre geben und zwar, soweit es möglich ist, meine persönliche, um damit für das verloren gegangene Staatsgefühl einen Indikationseffekt [vermutlich gemeint: Integrationseffekt] zu erzielen. Die Deutschen müssen aus ihren vielfachen Verkrampfungen herausgeholt werden, und ich hoffe, dafür einiges mitzubringen.“ N 1221, 147.

¹¹ Vgl. Nr. 3, Anm. 7.

Nr. 5

An Dr. Alfred Döblin, Baden-Baden

28. September 1949

BArch, B 122, 2057: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Persönliche Verbundenheit; Aufnahme der Amtsgeschäfte; Standort des Bundespräsidialamtes

Lieber Herr Döblin!

Aus der Unzahl der Briefe, die zu mir kommen,² fische ich mir einige heraus, die ein persönliches Echo erhalten sollen.

Ich habe mich über Ihren freundlichen Zuruf herzlich gefreut.³ Als wir uns vor ein paar Jahren wieder begegneten,⁴ habe ich von Anbeginn, was auch Schlechtes über die Menschen gegangen war, das Gefühl kameradschaftlicher Verbundenheit gehabt und habe es bei allen späteren Begegnungen immer wieder bestätigt gefunden.

Die Problematik des Amtes wird ja erst Zug um Zug auf mich zuschreiten. Ich bin fest entschlossen, kein Gefangener des „Protokolls“ zu werden, aber einstweilen bin ich ja noch „Präsident in Ausbildung“ und muß sehen, wie sich meine menschliche Natur mit den Paragraphen und den Konventionen auseinandersetzen wird.⁵

Das Gespräch über Ebert, was wir ja schon einmal vor Jahren kurz aufnahmen, wird einmal zwischen uns weiter geführt werden können, wenn ich Ihre Bücher gelesen haben werde.⁶ Sie sind mit Dank empfangen und in den Koffer verstaut worden, aber als ich vor drei Wochen in das Schicksal reiste, habe ich nur ein paar Hemden und nicht einmal einen schwarzen Anzug mitgenommen. Die Transportierung der Bilder wird erst vor sich gehen können, wenn man weiß, wo man seine Bleibe haben wird, in Bonn oder Frankfurt.⁷ Meine Frau ist augenblicklich

¹ Absendevermerk vom 28. 9. 1949; Verfügung: „Frau Elly Heuss-Knapp“; weiterer Nachweis: DLA, A: Heuss, 73.4084: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Vgl. Nr. 1, Anm. 2.

³ Döblin an Heuss, 24. 9. 1949, in: B 122, 2057.

⁴ Vgl. zum Verhältnis von Heuss zu Döblin und zur Begegnung 1946 in Stuttgart H. BOTT/H. LEINS, Begegnungen, S. 289–292; TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 97, 340f; Heuss an Döblin, 10. 8. 1948, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 400f; CH. ALTHEN, Alfred Döblin; W. F. SCHOELLER, Döblin, S. 642f.

⁵ Gegenüber Ferdinand Friedensburg bemerkte Heuss am 18. 9. 1949: „Sie kennen mich gut genug, um zu wissen, daß ich auf der einen Seite nicht nur ein Dekorationsschildchen sein will, auf der anderen Seite aber auch die wesenhafte Tendenz des Grundgesetzes zu wahren habe.“ N 1221, 66.

⁶ Vermutlich gemeint ALFRED DÖBLIN: November 1918. Eine deutsche Revolution, München 1939/1948–1950.

⁷ Der Parlamentarische Rat hatte sich mit 33 zu 29 Stimmen im Mai 1949 für Bonn und gegen Frankfurt a. M. als Regierungssitz entschieden. Heuss hatte für Frankfurt a. M. gestimmt; vgl. Heuss

in Badenweiler, aber in ein paar Tagen verabschieden wir uns gemeinsam vom Württemberg-Badischen Landtag.⁸ Wenn ihre Gesundheit sich gebessert haben wird, was wir hoffen, bringt meine Frau für dieses Amt ja einiges mehr mit als ich, dem, um mit Fontane zu sprechen, das Talent zur Feierlichkeit abgeht.⁹

Mit freundschaftlichen Grüßen und guten Empfehlungen für Ihre Frau
Ihr alter

Th. Heuss

Nr. 6

An Dr. Peter Plein, Mürtenbach, Eifel

22. Oktober 1949

BArch, B 122, 635: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Situation der Kriegsblinden

Sehr geehrter Herr Dr. Plein,

für Ihren Besuch² und die eingehende Information, die Sie mir dabei gaben, darf ich Ihnen noch einmal herzlich danken. Wie Sie wissen, habe ich vor einem Vierteljahrhundert dem „Kriegsbeschädigten-Ausschuß“ des Deutschen Reichstags angehört und an der Entwicklung des Versorgungsrechts teilgenommen³ – so waren mir manche der Fragestellungen, die wir besprachen, wohl vertraut, und die von der Jugend währende Freundschaft mit dem ehemaligen Pionier der Arbeitsbeschaffung für Blinde⁴ hat mir das Wissen um die besonderen seelischen und sachlichen Nöte Ihrer Schicksalgefährten nahe gehalten.

an Blücher, 13. 5. 1949, in: TH. HEUSS, *Erzieher*, S. 499. Am 30. 9. 1949 behandelte der Deutsche Bundestag auf seiner elften Sitzung einen Antrag der SPD-Fraktion, der sich für Frankfurt a. M. als vorläufigen Sitz der Bundesorgane aussprach, sowie einen ähnlich lautenden Antrag weiterer Abgeordneter. Um die Eignung der Städte Bonn und Frankfurt a. M. als vorläufige Hauptstadt zu prüfen, setzte der Bundestag einen Ausschuss ein. Nach Vorlage des Ausschussberichts sprach sich der Bundestag auf seiner 14. Sitzung am 3. 11. 1949 in geheimer Abstimmung mit 200 gegen 176 Stimmen für Bonn aus; VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, 1. Wahlperiode, Bd. 1, S. 244–255, 341–343.

⁸ Vgl. Nr. 3, Anm. 9.

⁹ Vgl. Nr. 3, Anm. 7.

¹ Weiterer Nachweis: B 122, 635: hs. Schreiben, Entwurf.

² Der Erste Vorsitzende des Bundes der Kriegsblinden Deutschlands e. V., Amtsgerichtsrat Plein, war am 20. 10. 1949 um 16.00 Uhr bei Heuss gewesen; Notiz vom 18. 10. 1949, in: B 122, 635.

³ Heuss hatte am 21. 7. 1925 vor dem Reichstag zum Reichsversorgungsgesetz gesprochen, das sich der Kriegsgeschädigten annahm; vgl. RT-Bd. 387, S. 3344–3347.

⁴ Vermutlich gemeint Rudolf Krämer, den Heuss aus Heilbronn kannte; vgl. CH. SCHRENK, Rudolf Krämer.

Ich hoffe sehr, daß die für das gesamte Bundesgebiet notwendig gewordene Durchsicht der Gesetzgebung bald eine rechtlich einheitliche Ordnung bringen wird und daß jene Bemühungen, die Blinden in den Arbeitsprozeß, wo immer und wie immer es geht, einzuschalten, von den privaten Kräften wie von den behördlichen Stellen mit allem Gefühl der Verantwortung aufgenommen werden.⁵ Sie haben mir einige Beispiele erzählt, die höchst eindrucksvoll waren, was von Blinden geleistet und verantwortet werden kann, und wir waren uns darin einig, daß gerade in der willigen Beantwortung dieser Fragen seelisch die stärkste Stütze der vom Leide Betroffenen ruht.

Ich darf Ihnen meinen Dank sagen für die Arbeit, in die Sie selber sich seit Jahrzehnten gestellt haben, und Sie versichern, daß Ihre Sorgen bei mir immer eine mitratende Aufnahme finden werden.

Seien Sie mit Ihrer Gattin freundlich begrüßt
Ihr

Theodor Heuss

Nr. 7

An Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler, Bonn

26. Oktober 1949

BArch, B 122, 441: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.¹

Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten; Rückführung deutscher Internierter aus China und Spanien; Kulturinstitute im Ausland

Verehrter Herr Bundeskanzler!

Dieser Brief ist eine Art von Notschrei. Ich weiß von den Schwierigkeiten Ihres Entschlusses, ein Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten oder zwischenstaatliche Beziehungen zu konstituieren,² aber es mehren sich jetzt bei mir Fragen,

⁵ Heuss wandte sich wenige Wochen später an Bundesverkehrsminister Hans-Christoph Seebohm mit der Bitte, auch weiterhin Produkte über die Blindengenosenschaft zu beziehen; Heuss an Seebohm, 26. 10. 1949, in: B 122, 635.

¹ Az. II/3/00; Absendevermerk vom 27. 10. 1949; Druck: K. ADENAUER / TH. HEUSS, Unter vier Augen, S. 323, 325.

² Laut dem Besatzungsstatut verfügte die Bundesrepublik Deutschland zunächst über kein Außenministerium bzw. Auswärtiges Amt, sondern die Außenpolitik lag formal in den Händen der drei westlichen Besatzungsmächte. Um außenpolitisch handlungsfähig werden zu können, richtete Adenauer noch im Jahr 1949 mehrere Stellen ein, darunter eine Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission und das Organisationsbüro für konsularisch-wirtschaftliche Vertretungen im

deren schon rein technische Beantwortung dem Bundespräsidialamt unmöglich ist.

Es sind zwei Gruppen von Sorgen, die auf mich zugeschritten kommen, weil ich mit den Komplexen schon in meiner früheren öffentlichen Wirksamkeit verbunden war.

Das eine ist das Problem der Auslandsdeutschen (ich war jahrelang 2. Vorsitzender des Bundes der Auslandsdeutschen).³ Es kommt z. B. vom Ostasiatischen Verein der Bericht an mich, daß noch 700 Deutsche, vor allem Frauen und Kinder, in China sind.⁴ Ich möchte helfen, die Rückführung zu organisieren.⁵ Es kommen Bitten aus Spanien, dort noch vorhandene deutsche Kriegsgefangene aus den Lagern herauszubringen. (Ich wußte vorher gar nicht, daß dort Kriegsgefangene sind.)⁶ Es fehlt im Bundespräsidialamt natürlich alle Möglichkeit, in diesen Dingen irgendeine Konkretisierung vorzunehmen.

Die andere Gruppe von Dingen, die zu mir kommen, bezieht sich auf das Schicksal der deutschen Kulturinstitute im Ausland: Wann werden sie zurückgegeben, werden sie internationalisiert usw.⁷ Ich habe selber vor etwa einem Jahr an der Gründung des Stifterverbandes für die archäologischen Institute teilgenommen⁸ und mich um deren Schicksal etwas gekümmert. Da man mein Interesse in diesen wissenschaftlichen Dingen kennt, wie auch etwa an dem der Villa Romana in Florenz⁹ usw., wenden sich die Beteiligten an mich, besuchen mich, und ich kann eigentlich nur sagen, sie müßten eben warten, bis in dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten eine Kultur-Abteilung wieder erstet. Sie ist nach Kenntnis der Dinge schlechthin unentbehrlich.

Ich mache mir über den Umfang dessen, was man auswärtige Politik nennen mag, keine Illusionen und weiß auch, daß diese Dinge von Ihnen selber bestimmt

Ausland. Diese Stellen wurden im Frühjahr 1950 zur Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten zusammengefasst und unterstanden Adenauer; vgl. U. WENGST, Staatsaufbau, S. 183–186.

³ Heuss war 1926–1933 stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Auslandsdeutschen; vgl. M. DORRMANN, Einführung, in: TH. HEUSS, Bürger, S. 39.

⁴ Ostasiatischer Verein an Heuss, 17. 10. 1949, in: B 122, 454.

⁵ Heuss an Ostasiatischen Verein, 25. 10. 1949, in: B 122, 454. Adenauers persönlicher Referent Herbert Blankenhorn teilte am 23. 12. 1949 Manfred Klaiber, Chef des Bundespräsidialamtes, mit, das Bundesfinanzministerium wolle Mittel für die Rückführung bereitstellen, dann werde die Alliierte Hohe Kommission unterrichtet; B 122, 454.

⁶ Am 13. 12. 1949 wurde in der Kabinettsitzung mitgeteilt, die USA wollten den Rücktransport der in Spanien internierten deutschen Kriegsgefangenen vor Weihnachten übernehmen; vgl. Blankenhorn an Klaiber, 23. 12. 1949, wie Anm. 5; KABINETTSPROTOKOLLE 1949, S. 266.

⁷ Über die deutschen Auslandsinstitute wurden Gespräche mit der Alliierten Hohen Kommission geführt; wie Anm. 5.

⁸ Gemeint war wahrscheinlich die Gesellschaft der Freunde des Deutschen Archäologischen Instituts. Eine Teilnahme an der Gründungsveranstaltung ließ sich nicht ermitteln.

⁹ Der Deutsche Künstlerbund hatte 1905 die Villa Romana zu Förderung künstlerischer Talente gegründet.

und entschieden werden müssen, aber es läuft eine solche Masse rechtlicher und kulturpolitischer Fragen irgendwie nebenher, bei denen ja nun doch eine technische Spezialisierung notwendig sein wird, um den Vertretern der Besatzungsmächte mit Detailkenntnissen antworten zu können bzw. die Ausweitung der deutschen Verselbständigung einzuleiten. Gerade in scheinbar peripheren Fragen wird das vielleicht am ehesten möglich sein.

Ich darf Sie bitten, diese Überlegungen freundschaftlich aufzunehmen. Sie ergeben sich für mich aus dem Posteingang und dem Besuch der letzten Wochen.

Mit bestem Gruß

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 8

An Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler, Bonn

26. Oktober 1949

BArch, B 136, 4615: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“¹

Ablehnung einer Heuss-Briefmarke.

Verehrter Herr Bundeskanzler!

Einem kurzen Protokoll der Kabinettsitzung² entnahm ich, daß der Herr Bundespostminister³ angeregt hat, bei der Schaffung einer für das Bundesgebiet einheitlichen Briefmarke mein Bildnis zu verwenden. Herr Ministerialdirektor Dr. Klai-ber⁴ hat mir bestätigt, daß dieser Plan erörtert wird.

Nun möchte ich Sie und die Herren des Kabinetts bitten, von diesem Gedanken Abstand zu nehmen. Ich bitte Sie, das nicht für eine Koketterie der Bescheidenheit zu halten,⁵ sondern es ist eine sehr ernsthafte Überlegung. Mein Bemühen muß sein und ist es, in dem Stil der sogenannten Repräsentation und in der Aufgabe, den Staat im Volksgefühl zu integrieren, von all den Formen mich zu dis-

¹ Az. 130-03 und Az. 13003 mit Vermerk „Schriftwechsel mit Bundespräsident“; weiterer Nachweis: B 122, 2161: ms. Schreiben, Durchschlag; Druck: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 32; Teilabdruck: KABINETTSPROTOKOLLE 1949, S. 128, Anm. 23.

² Vgl. Kabinettsitzung am 14. 10. 1949, in: KABINETTSPROTOKOLLE 1949, S. 128.

³ Hans Schubert.

⁴ Klai-ber nahm anstelle von Heuss als Beobachter des Präsidialamts an den Kabinettsitzungen teil; vgl. Nr. 2, Anm. 2.

⁵ Vgl. auch die Ablehnung der Anrede „Exzellenz“ durch Heuss; Heuss an Karl Kuhn, 21. 9. 1949, in: TH. HEUSS, Hochverehrter Herr Bundespräsident, S. 76.

DER PRÄSIDENT
DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Az. 13V-03

BRONN

ztl
P. 13/10

Bad Godesberg, 26. Okt. 1949
Viktorshöhe

Verhörter Herr Bundeskanzler !

Einem kurzen Protokoll der Kabinettsitzung entnahm ich, dass der Herr Bundespostminister angeregt hat, bei der Schaffung einer für das Bundesgebiet einheitlichen Briefmarke mein Bildnis zu verwenden. Herr Ministerialdirektor Dr. Klaiber hat mir bestätigt, dass dieser Plan erörtert wird.

Nun möchte ich Sie und die Herren des Kabinetts bitten, von diesem Gedanken Abstand zu nehmen. Ich bitte Sie, das nicht für eine Koketterie der Bescheidenheit zu halten, sondern es ist eine sehr ernsthafte Überlegung. Mein Bemühen muss sein und ist es, in dem Stil der sogenannten Repräsentation und in der Aufgabe, den Staat im Volksgefühl zu integrieren, von all den Formen mich zu distanzieren, die in der nationalsozialistischen Zeit üblich gewesen sind. Ich möchte nie als der Nachfolger Hitlers wirken und also auch nicht jetzt gleich beim Beginn meines Amtes die Gewöhnung dieser Zeit übernehmen.

Ich weiss gut genug, dass sozusagen technisch ein Bild von mir ein verhältnismässig bequemer Ausweg wäre, da ein unmittelbar wirksames und nicht bestrittenes Symbol uns leider noch fehlt. Dass die kommende gemeinsame Briefmarke als Leistung graphischer Kunst besser sein mag als manches Beispiel der deutschen Vergangenheit, ist auch mein lebhaftester Wunsch. Ich persönlich würde keine Bedenken haben, in einer guten Gestaltung den traditionellen Adler zu verwenden, aber es mag auch etwas anderes gefunden werden; bloss soll niemand sagen: gerade wie bei Hitler.

Mit bestem Gruss

Ihr

Theodor Heuss

Az. 13V03

Postkopie an Bundespräsident

Abb. 2: Theodor Heuss an Konrad Adenauer, 26. 10. 1949

tanzieren, die in der nationalsozialistischen Zeit üblich gewesen sind. Ich möchte nie als der Nachfolger Hitlers wirken und also auch nicht jetzt gleich beim Beginn meines Amtes die Gewöhnung dieser Zeit übernehmen.

Ich weiß gut genug, daß sozusagen technisch ein Bild von mir ein verhältnismäßig bequemer Ausweg wäre, da ein unmittelbar wirksames und nicht bestrittenes Symbol uns leider noch fehlt. Daß die kommende gemeinsame Briefmarke als Leistung graphischer Kunst besser sein mag als manches Beispiel der deutschen Vergangenheit, ist auch mein lebhaftester Wunsch. Ich persönlich würde keine Bedenken haben, in einer guten Gestaltung den traditionellen Adler zu verwenden, aber es mag auch etwas anderes gefunden werden; bloß soll niemand sagen: gerade wie bei Hitler.⁶

Mit bestem Gruß

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 9

An Dr. Kurt Schumacher, Vorsitzender der SPD und ihrer Bundestagsfraktion,
Bonn

22. November 1949

BArch, N 1221, 70: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“¹

Vorschlag, die Rede zum 25. Todestag Friedrich Eberts zu halten

Sehr geehrter Herr Dr. Schumacher!

Unsere beiden Briefe haben sich gekreuzt.²

Ich teile, wie ich Ihnen schon sagte, durchaus Ihre Auffassung, daß die Wiederkehr des 25. Todestages von Friedrich Ebert³ einen Anlaß bietet, dieses Mannes zu gedenken und mit dem Gedenken einen Beitrag zu liefern für die Bildung einer bewußten demokratischen Staatstradition.

⁶ Heuss, vor 1933 viele Jahre für den Deutschen Werkbund tätig, verfolgte als Bundespräsident weiterhin interessiert die „amtliche Graphik und auch die sonstige Formgebung, in der der Bund sichtbar wird,“ besorgt um ein „hohes Maß an Qualität“; Heuss an Emil Preetorius, 28. 12. 1949, in: N 1221, 185; vgl. auch Heuss an Schuberth, 23. 8. 1952, in: N 1221, 305. Erst zu seinem 70. Geburtstag 1954 wurde eine Briefmarke mit seinem Porträt herausgebracht.

¹ Absendevermerk vom 22. 11. 1949.

² Die Schreiben ließen sich nicht ermitteln.

³ Ebert war am 28. 2. 1925 wegen einer verschleppten Blinddarmentzündung gestorben; vgl. W. MÜHLHAUSEN, Friedrich Ebert, S. 967–975.

Meine persönliche Verehrung für Ebert⁴ werde ich schon vor der Wiederkehr des Todestages dadurch zum Ausdruck bringen: Ich beabsichtige, anlässlich eines Besuches der Stadt Heidelberg (Brückenweihe) Mitte Dezember⁵ am Grab von Ebert einen Kranz niederzulegen und der Witwe Ebert meine Aufwartung zu machen.

Ich würde mir eine amtliche Feier so vorstellen können, daß der Bundestag und der Bundesrat eine Fest-Sitzung abhalten, zu der auch etwa die Angehörigen und Freunde Eberts mit gebeten werden. Ich würde von mir aus gern bereit sein, selber die Gedenkrede zu halten, und ich spreche diese Möglichkeit unbefangen aus, da Sie in Ihrem Brief selber davon sprachen, daß die Würdigung nicht „einer Partei allein“ überlassen bleiben soll. Ich glaube, Ebert nach seiner persönlichen Art gut genug gekannt zu haben, um die individuellen Züge in der Geschichtswürdigung sichtbar machen zu können. Ich hoffe, nicht einem Mißverständnis bei Ihnen ausgesetzt zu sein, wenn ich diese Überlegung ausspreche. Es mag ja bei Ihnen und Ihren Freunden eine andere Vorstellung sich schon verdichtet haben. Eine Gegeneinwendung würde also kein Gefühl der persönlichen Gekränktheit bei mir hinterlassen.

Sollte diese Anregung bei Ihnen und Ihren Freunden auf einen fruchtbaren Boden fallen,⁶ so sollte das nach meiner Meinung technisch in dem Sinn behandelt werden, daß Ihre Fraktion eine entsprechende Anregung bald einmal im Ältestenrat vorträgt, wobei ruhig gleich zum Ausdruck gebracht werden kann und soll, daß nach vorangegangener Erkundung ich meinerseits bereit wäre, nicht nur teilzunehmen, sondern die Gedächtnisrede zu halten.⁷

Mit freundlichem Gruß
Ihr ergebener

Th. Heuss

⁴ Vgl. Nr. 1, Anm. 5.

⁵ Heuss hielt sich vom 15. bis 17. 12. 1949 in Heidelberg auf und sprach dabei außer bei der Einweihung der Friedrichsbrücke zweimal vor Studenten, vor dem Internationalen Presseclub und bei der „Rhein-Neckar-Zeitung“; B 122, 211 und 615.

⁶ Schumacher teilte am 28. 11. 1949 Heuss die Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion mit; abgedruckt in: E. PIKART, Theodor Heuss, S. 311.

⁷ Heuss hielt die Gedächtnisrede am 28. 2. 1950 im Bundestag; B 122, 212 und 615, abgedruckt in: TH. HEUSS, Reden. Staatsmann, S. 108–119; DERS., Würdigungen, S. 209–221; vgl. auch den sich anschließenden Briefwechsel mit Paul Löbe, der sich positiv zur Rede von Heuss äußerte; N 1221, 169.

Nr. 10

An Dr. Martin Haug, Stuttgart

23. November 1949

BArch, B 122, 2244: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Kritik an der Veröffentlichung eines vertraulichen Schreibens über Militärpensionen

Verehrter Herr Landesbischof!

Eben wird mir mitgeteilt, daß der Brief, den ich Ihnen am 29. Okt. in der Sache der Militärpensionen geschrieben habe,² an den Evangelischen Pressedienst gegeben wurde, von dort durch dpa aufgenommen.³ Wir werden bestürmt, ob der Brief, von dem einige Sätze herausgenommen sind, der Wahrheit entspreche.

Ich bitte es nicht falsch zu verstehen, wenn ich über das Verfahren aufs Höchste erstaunt bin. Es wäre ein ganz selbstverständliches Gebot der Loyalität Ihrer Pressestelle gewesen, bei mir anzufragen, ob und wieweit ich mit der Veröffentlichung einverstanden. Der Brief hatte einen vertraulichen, persönlichen Charakter, um Ihnen klar zu machen, daß das Problem, das Sie mir vortrugen, mir seit Jahr und Tag vertraut ist, und wenn ich an die Öffentlichkeit gedacht hätte, hätte ich doch die Bemerkungen über meine frühere publizistische Stellungnahme in dieser Sache⁴ gar nicht vorgetragen. Ich wollte Ihnen auf Ihren warmherzigen Appell nur deutlich machen, daß ich persönlich gerade mit diesen Dingen mich sehr beschäftigte.

Es ist innenpolitisch nicht zu verantworten, daß der Anschein erweckt wird, daß der Bundeskanzler nur auf Veranlassung meines Briefes die Frage in die Re-

¹ Absendevermerk vom 23. 11. 1949.

² Auf ein Schreiben Haugs vom 10. 10. 1949, in dem sich der Landesbischof der Evangelischen Landeskirche in Württemberg als „Fürsprecher für den entrechteten Stand der Berufssoldaten“, die besondere Not erleiden müssten, bezeichnet hatte, verwies Heuss in seiner Antwort vom 29. 10. auf seine frühere Verwendung für diese Gruppe im Stuttgarter Landtag und bei der Bundesregierung und fuhr fort: „Die außerordentliche Schwierigkeit des Gesamtproblems lag ja darin, daß nicht böser deutscher Wille, sondern ein unverständlicher Befehl der vier Besatzungsmächte von einem Tag zum anderen viele, viele Tausend rechtlos machte und ins Unglück stürzte. Mein erstes Auftreten in dieser Sache war deshalb nicht bloß an die ‚Linke‘ im deutschen Volk gerichtet, sondern auch an die Offizierssehre der anderen. – Sie dürfen versichert sein, daß der Standpunkt, den ich immer eingenommen habe, auch jetzt von mir vertreten wird“; B 122, 2244.

³ dpa brachte am 23. 11. 1949 eine ausführliche Meldung über den Briefwechsel Heuss-Haug, gestützt auf den „Evangelischen Pressedienst“; B 122, 2244.

⁴ Schon im Februar 1948 hat Heuss sich in einem Artikel für die Pensionen ehemaliger Wehrmichtsangehöriger eingesetzt; vgl. THEODOR HEUSS: Pensionen für Offiziere?, in: Rhein-Neckar-Zeitung, Nr. 27, 4. 3. 1948; abgedruckt in: TH. HEUSS, Politiker, S. 346–349; vgl. auch Heuss an Blücher, 2. 7. 1948, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 380–382.

gierungserklärung aufgenommen habe. Es ist bei dem Stand der gegenwärtigen außenpolitischen Besprechungen⁵ geradezu unverantwortlich, jetzt mit einer so schroffen Formulierung, wie ich sie in dem Privatbrief Ihnen gegenüber gebraucht habe, an die Öffentlichkeit zu treten.

Diese Erfahrung zwingt mich ja geradezu, in persönlichen Äußerungen zurückhaltend zu sein oder auf Briefe gar nicht mehr zu antworten, wenn ich gar an einer Stelle, wie der Ihrigen, damit rechnen muß, daß eine Orientierung ohne vorangegangene Verständigung über die Publizierung an die Öffentlichkeit kommt.

Meine sachliche Stellungnahme zu dem Gesamtkomplex, der ja in fast täglichen Zuschriften mich dauernd beschäftigt, wird von dem Vorfall natürlich nicht berührt, aber ich erbitte⁶ Verständnis, daß ich das Verhalten des Evangelischen Pressedienstes für völlig unangemessen halte. Es tut mir leid, Ihnen dies zum Ausdruck bringen zu müssen.⁷

Mit freundlichem Gruß
Ihr ergebener

Th. Heuss

Nr. 11

An Victor Gollancz, London

14. Dezember 1949

BArch, N 1221, 290: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Rede vor der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Wiesbaden

Verehrter Herr Gollancz!

In der vorigen Woche² habe ich in Wiesbaden bei einer Veranstaltung der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in einer kurzen Ansprache meine

⁵ Am Vortag war das Petersberger Abkommen unterzeichnet worden, durch das in erster Revision des Besatzungsstatuts die Bundesrepublik berechtigt war, konsularische und Handelsbeziehungen aufzunehmen; außerdem wurden die Demontagen reduziert und war die Mitgliedschaft in der Ruhrbehörde vorgesehen; vgl. L. HERBST, *Option*, S. 65–69.

⁶ Es folgt in der Vorlage eine Streichung.

⁷ Haug, der sich am 25. 11. 1949 für den Vorfall entschuldigte, teilte mit, er habe lediglich der Veröffentlichung seines eigenen Schreibens zugestimmt; B 122, 2244.

¹ Absendevermerk vom 15. 12. 1949; englische Übersetzung vom 21. 12. 1949 am gleichen Tag von Luitpold Werz „im Auftrag des Herrn Bundespräsidenten im Anschluß an sein Schreiben vom 14. Dezember 1949“ übersandt; N 1221, 290.

² Am 7. 12. 1949.

persönliche Haltung zu dem Problem dargestellt³ und habe am Schluß meiner Ausführungen gern die Gelegenheit wahrgenommen, auch Ihrer Person und Ihres Wirkens mit Verehrung und Dankbarkeit zu gedenken.⁴ Freunde haben mir nahegelegt, Ihnen einen Abdruck dieser Rede zugänglich zu machen.

Indem ich dieser Ermunterung entspreche, erlaube ich mir, Ihnen achtungsvoll Grüße und gute Wünsche für Ihr Wirken zu übersenden.⁵

Ihr ergebener

Th. Heuss

Anlage
Rede Wiesbaden

Nr. 12

An Michael Oppenheim, Mainz

14. Dezember 1949

BArch, B 122, 614: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

„Kollektivscham“: Rede „Mut zur Liebe“ vor der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Wiesbaden

³ Druck unter dem Titel „Mut zur Liebe“ in: TH. HEUSS, Reden. Staatsmann, S. 99–107; DERS., Politiker, S. 381–386; vgl. auch U. BAUMGÄRTNER, Reden, S. 185–209.

⁴ Der Verleger Victor Gollancz hatte sich bereits 1945 nach einer Reise durch die britische Besatzungszone nachdrücklich und mit Erfolg für materielle Hilfe an die deutsche Bevölkerung und eine Aussöhnung zwischen den Kriegsgegnern eingesetzt. Heuss hatte am Ende seiner Wiesbadener Rede nachdrücklich Victor Gollancz hervorgehoben: „[...] als ich zuerst von ihm hörte, schien er mir ein Zeichen zu sein dafür, daß es noch etwas gibt, das ich den ‚Mut zur Liebe‘ nennen möchte. Mut zur Liebe? Bedarf es dessen? Ja! Der Haß folgt der Tätigkeit des Herzens; er ist billig und bequem. Die Liebe ist immer ein Wagnis. Aber nur im Wagen wird gewonnen“; TH. HEUSS, Politiker, S. 386.

⁵ Gollancz dankte für die Zusendung am 4. 2. 1950; B 122, 541. Danach erhielt die Familie Gollancz von Heuss die Einladung, dessen Gast im Godesberger Hotel Adler vom 1.–5. 3. 1950 zu sein; Werz an die Alliierte Hohe Kommission, 7. 2. 1950, in: ebd. Gollancz sah den harmonischen Verlauf einer Abendeinladung bei Heuss als „Symbol der Versöhnung“ an; vgl. Gollancz' Beitrag in: H. BOTT / H. LEINS, Begegnungen, S. 478–480. Auch in den folgenden Jahren tauschten Heuss und Gollancz Briefe und Bücher aus; Heuss an Gollancz, 15. 10. 1952 und 15. 9. 1953, in: N 1221, 306 und 312.

¹ Az. III/3/07; Absendevermerk vom 14. 12. 1949; weiterer Nachweis: N 1221, 290: ms. Schreiben, Durchschlag.

Sehr geehrter Herr Regierungsrat!

Für das freundliche Echo,² das meine Wiesbadener Worte³ gefunden haben, danke ich Ihnen. Es ist mir auch zwar schon passiert, daß mir mit logizistischen Gründen klargemacht werden wollte, daß es eine Kollektivscham nicht geben könne,⁴ aber es gibt⁵ Dinge, wo nicht die Logik, sondern die Empfindung spricht.

Ihr sehr ergebener

Th. Heuss

Nr. 13

An Grete Pick, Frankfurt a. M.

14. Dezember 1949

BArch, B 122, 614: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Scham und Sühne: Rede „Mut zur Liebe“ vor der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Wiesbaden

Sehr geehrte Frau!

Freundlichen Dank für Ihren Brief.²

Selbstverständlich hätte ich in meiner kurzen, im wesentlichen improvisierten Ansprache³ auch Moses Mendelssohn erwähnen können. Ich habe die Anfangsausführungen gemacht, um mich von dem Vorredner etwas abzusetzen, und habe mit Absicht die sogenannte Aufklärung, der Mendelssohn ja angehört, und Lesing genannt.⁴ Da ich mit einer unsinnig großen Korrespondenz belastet bin,

² Oppenheim teilte Heuss seinen „tiefen Eindruck“ über die „phrasenlose einfache Art des Vortrags“ mit; Oppenheim an Heuss, 8. 12. 1949, in: B 122, 614.

³ Vgl. zur Rede „Mut zur Liebe“ Nr. 11, Anm. 3.

⁴ Vgl. z. B. Hans Friess an Heuss, 10. 12. 1949, in: TH. HEUSS, Hochverehrter Herr Bundespräsident, S. 99.

⁵ Hs. korrigiert aus „gint“.

¹ Az. III/3/07; Absendevermerk vom 14. 12. 1949; weiterer Nachweis: N 1221, 290: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Vgl. Pick an Heuss, 10. 12. 1949, in: B 122, 614. Pick, die als Jüdin emigrieren musste und zahlreiche Verwandte und Freunde verloren hatte, begrüßte Heuss' Rede „Mut zur Liebe“, vermisste aber die Erwähnung vom Martin Buber und Moses Mendelssohn. Außerdem kritisierte sie, dass die Verfolgung und Verurteilung von NS-Verbrechern mit so wenig Nachdruck betrieben und die Wiedergutmachung an den Juden verschleppt werde. Von Kollektivscham sei erst zu sprechen, wenn „uns Juden *wenigstens ein Teil* der Sühne zuteil wurde.“

³ Vgl. Nr. 11, Anm. 3.

⁴ So heißt es in Heuss' Rede „Mut zur Liebe“: „Das Wort ‚Aufklärung‘ ist in Deutschland ein Spottwort der Gebildeten geworden. Ich glaube, wenn ich nur die Namen Voltaire, Franklin und

werden Sie nicht erwarten – Sie müssen mit mir etwas nachsichtig sein –, daß ich ausführlich⁵ auf Ihren großen Brief antworte. Ich habe selber bei sehr nahen Freunden und auch bei Verwandten jüdischer Herkunft das Unheil dieser Zeit unmittelbar genug erlebt,⁶ um Ihre bitteren Worte voll zu verstehen. Ich weiche auch nicht dem Gesetz der Sühne aus; aber ist es nicht so, daß die Scham ein Weg zur Sühne ist, wenn Sie es umgekehrt sehen?

Ihr sehr ergebener

Th. Heuss

Nr. 14

An Josef Ortner, Passau

15. Dezember 1949

BArch, B 122, 614: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und von der Chefsekretärin Annegret Herrmann gez., ohne Anrede und Grußformel; ms. Briefkopf: „Bundespräsidialamt“¹

Zurückweisung von Kritik an der Rede „Mut zur Liebe“ vor der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Wiesbaden

Der Herr Bundespräsident hat von Ihrer Auffassung Kenntnis genommen, daß er nach Ihrer Meinung sich seiner Wiesbadener Rede schämen müsse und gar nicht wert sei, diese Stelle einzunehmen.² Er läßt Ihnen mitteilen, daß er mit derlei Briefen gerechnet hat, aber nicht weiter von Ihnen beeindruckt ist.

i. A.

H[e]r[r]mann]

Lessing nenne, habe ich schon etwas davon gesagt, was auch wir dieser Zeit, diesem 18. Jahrhundert, zu verdanken haben. Gerade wenn ein Mann wie Lessing genannt wird – Sie mögen es vielleicht banal finden, aber er muß heute genannt werden –, dann fällt von dem Gespräch alles weg, was nach sentimentaler Wehleidigkeit aussehen müßte. Lessing war ein Mann von herrlicher Tapferkeit, und diese gehört zu unserem Gespräch.“ TH. HEUSS, Politiker, S. 382.

⁵ In der Vorlage statt „ausführlich“: „nur kurz“.

⁶ So z. B. beim Geschäftsführenden Vorsitzenden der Reichsvertretung deutscher Juden Otto Hirsch, der 1941 im KZ Mauthausen ermordet wurde, oder bei der Familie Stolper, die 1933 in die USA emigrieren musste.

¹ Absendevermerk vom 15. 12. 1949; weiterer Nachweis: N 1221, 290: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Vgl. Ortner an Heuss, 11. 12. 1949, in: B 122, 614.

Nr. 15

An Pressebild Swegat, Köln-Ehrenfeld

15. Dezember 1949

BArch, N 1221, 209: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Ablehnung einer Fotoreportage „Heuss ganz privat“

Sehr geehrter Herr!

Herr Raederscheidt hat mir Ihren freundlichen Brief übergeben,² aber ich muß Sie sehr enttäuschen. Ich möchte jetzt einmal von diesen Reportagen „Heuss ganz privat“ etwas Ruhe haben. Ich bin nach meiner Meinung ein vollkommen normaler³ Mensch. Meine Morgentoilette geht nur mich etwas an, zu einem Morgenspaziergang habe ich keine Zeit und meine Liebhaberei des Zeichnens von Architektur und Landschaft kann ich im Winter nicht ausüben. Die Wache des Bundespräsidenten ist vollkommen uninteressant. Es ist eine kleine Gruppe von Männern, die von der Polizei von Nordrhein-Westfalen gestellt wurde, ohne daß eine amtliche Zuständigkeit des Bundespräsidialamtes vorliegt,⁴ und der „Salonwagen“ des Bundespräsidenten ist ein völlig uninteressanter früherer Packwagen, der, soviel ich weiß, für das Reichsbahndirektorium oder einen englischen Verkehrsoffizier umgebaut worden ist.

Sie appellieren an meine alte journalistische Berufstätigkeit, aber Sie wollen bitte auch dafür Verständnis haben, worum ich neulich bei zwei Presseempfangen schon gebeten habe, mich in meinem Dasein nicht wichtiger zu nehmen, als das Amt ist und mich nicht so interessant zu machen, wie ich gar nicht bin.⁵

Mit freundlichen Grüßen

Th. Heuss

¹ Absendevermerk vom 15. 12. 1949; Verfügung: „Herrn Raederscheidt“; weiterer Nachweis: N 1221, 290: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Mit Schreiben vom 9. 12. 1949 hatte Pressebild Swegat um Erlaubnis für eine Bildreportage gebeten. Vorgeschlagen wurden als Themen: Ein Tag beim Bundespräsidenten; die Wache des Bundespräsidenten; der Salonwagen des Bundespräsidenten; N 1221, 209.

³ In der Vorlage: „vormaler“.

⁴ Vgl. auch Nr. 27.

⁵ Auch das Bemühen von Marion Gräfin Dönhoff („Die Zeit“) um ein Interview über das Alltagsleben des Präsidenten wurde hinhaltend behandelt; Vermerk vom 9. 6. 1950, in: B 122, 602.

Nr. 16

An Franz Karl Maier, Stuttgart

22. Dezember 1949

BArch, N 1221, 290: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Optimistische oder illusionslose Amtsführung des Bundespräsidenten

Sehr geehrter Herr Maier!

Freundlichen Dank für Ihre Zeilen.²

Ich habe mich gefreut, daß Sie die publizistische und rednerische Fehde, die wir vor bald drei Jahren etwas turbulent durchgeführt haben,³ zu den Akten geschrieben haben. Dies letztere ist ja eine gegenwärtige Dauerbeschäftigung von mir geworden. Ob ich zu optimistisch bin in der Beurteilung der deutschen Dinge?⁴ Ich glaube nicht, daß ich die falschen Töne gebraucht habe, da ich mir keinerlei Illusionen über die Mühseligkeiten der kommenden Jahre mache und mit mancherlei Enttäuschung und Rückschlag rechne.⁵ Aber in irgend muß man die ja unmittelbare Zuständigkeit der sehr starken Stelle,⁶ in der ich jetzt stehe, ausfüllen

¹ Absendevermerk vom 22. 12. 1949; weiterer Nachweis: N 1221, 171: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Franz Karl Maier an Heuss, 19. 12. 1949, in: N 1221, 171.

³ Franz Karl Maier, Jurist und bis 1950 Mitherausgeber der „Stuttgarter Zeitung“, hatte Ende 1946 in mehreren Zeitungsartikeln führenden Politikern von Württemberg-Baden, vor allem Wilhelm Simpfendörfer und Reinhold Maier, vorgeworfen, durch ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz 1933 im Reichstag die NS-Herrschaft legalisiert und trotz dieser „Verfehlung“ nach 1945 höchste politische Ämter bekleidet zu haben. Er forderte deshalb die Einleitung eines Spruchkammerverfahrens gegen diese beiden Personen. Um den Sachverhalt öffentlich aufzuarbeiten und sich zu entlasten, beantragte Reinhold Maier mit weiteren Landtagsabgeordneten, darunter auch Heuss, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der sich mit dieser Frage beschäftigen sollte. Der Ausschuss kam schließlich im Frühjahr 1947 in seinem Mehrheitsvotum zu dem Ergebnis, dass den damaligen Reichstagsabgeordneten kein Vorwurf gemacht werden könne, da sie durch ihr Abstimmungsverhalten möglichst viel von der Demokratie von Weimar bewahren wollten. Heuss hatte sich während dieser Auseinandersetzungen für seinen Freund Reinhold Maier eingesetzt und trat als Zeuge im Untersuchungsausschuss auf. Auf öffentlichen Versammlungen nahm er Stellung gegen Franz Karl Maier, den er als „Robespierre von Ochsenhausen“ bezeichnete, der als selbsternannter Pazifist „gern auf Menschenjagd gehe“; vgl. E. W. BECKER, Ermächtigung, Zitat auf S. 18; E. W. BECKER / TH. RÖSSLEIN, Politischer Irrtum, Einführung, S. 15–39.

⁴ Franz Karl Maier wies in seinem Schreiben an Heuss darauf hin, dass er dessen optimistische Auffassung über die gesicherte Zukunft der Demokratie in der Bundesrepublik nicht teile. Auf der anderen Seite lobte er Heuss für dessen Rede „Mut zur Liebe“ und dessen skeptische Stellungnahme zu einer möglichen Remilitarisierung der Bundesrepublik; wie Anm. 2.

⁵ Vgl. auch Heuss an Eugen Jäckh, 5. 4. 1950, in: N 1221, 292: „Du darfst glauben, daß unser Amt ein sehr empfindsamer Seismograph der Hoffnungslosigkeit und der wagenden Energien ist, die in unserem Volk miteinander kämpfen.“

⁶ Nachdem ihn Adenauer schon in den ersten Monaten nach Amtsübernahme machtpolitisch in die Schranken verwiesen hatte, hob Heuss künftig vor allem die beschränkten Befugnisse seines

mit dem Willen, die innerdeutsche Verkrampfung, wenn nicht zu lösen, so doch zu lockern, und damit den Deutschen gleichzeitig helfen, ein innerlich beruhigtes Gefühl gegenüber der sogenannten Welt zurückzugewinnen.⁷

Zu Weihnachten und zum Neuen Jahr sende ich Ihnen einen freundlichen Gegenruß

Th. Heuss

Nr. 17

An [Alfred] Petersen, Brokstedt, Holstein

28. Dezember 1949

BArch, B 122, 184: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H Kg) und ms. gez.¹

Haltung zum Antisemitismus und zu Adolf Stoecker

Sehr geehrter Herr Pastor,

freundlichen Dank für Ihren Brief,² der mich aber nicht überzeugen konnte. Wenn Sie sagen, es gibt Semitismus, deshalb auch Antisemitismus, und er ist dadurch antithetisch sozusagen gerechtfertigt, so kann ich dazu nur sagen: es gibt Deutschtum, also auch Antideutschtum und ist dadurch gerechtfertigt.

Ich kann auch nicht finden, daß durchschnittlich das deutsche Volk sich unter Gottes Gericht demütig beugt, wie Sie sagen, während Sie bei den Juden das nicht finden, obwohl nun doch aber die jüdische Geschichte voll von Auseinandersetzungen mit Gott ist. Ich halte Stoecker für keinen guten Lehrer in diesen Dingen. Zur Vorarbeit für meine Naumann-Biographie³ habe ich alle seine Sachen gelesen. Sein Antisemitismus war ziemlich oberflächliche, zeitbedingte Demagogie gegen ökonomisch-soziale Erscheinungen des Früh- und Mittelkapitalismus, die er auf das jüdische Element konzentriert. Ich glaube, die Deutschen sollten manchmal sich überlegen, wie viel Parallelität in ihrem eigenen Schicksal zu dem jüdischen liegt.

Amtes hervor; vgl. E. W. BECKER, Theodor Heuss, S. 126–132; Nr. 30, Nr. 63, Nr. 79, Nr. 102, Nr. 153.

⁷ Vgl. auch Nr. 79, Nr. 153; Heuss an Hans L. Wright, 20. 9. 1950, in: N 1221, 293.

¹ Absendevermerk vom 29. 12. 1949; weiterer Nachweis: N 1221, 290: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Petersen an Heuss, 22. 12. 1949, in: N 1221, 184.

³ THEODOR HEUSS: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, Stuttgart 1937; zu Stoecker vgl. ebd., S. 6f, 57–64.

Entschuldigen Sie diese „Belehrung“, aber trotz des unermesslichen Eingangs an Briefen wollte ich Ihnen eine kurze Erwiderung nicht schuldig bleiben.

Mit freundlicher Empfehlung

Theodor Heuss

Nr. 18

An Annedore Leber, Berlin-Zehlendorf

30. Dezember 1949

BArch, B 122, 206: ms. Schreiben, Abschrift, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Gedenken an Julius Leber anlässlich seines fünften Todestages

Liebe Frau Leber,²

am fünften Januar jährt sich zum fünften Male der Tag, da das Leben Ihres Gatten vernichtet wurde³ – ich möchte Ihnen sagen dürfen, daß ich mit guten und warmen Gedanken bei Ihnen und den Kindern bin. Wir sind uns in diesen verwichenen Jahren ein paarmal begegnet, haben freundschaftliche Worte getauscht, aber es war immer etwas Trubel um uns herum, der nicht recht zuließ, daß die Tragik von Julius Leber in die Mitte diskutierender und argumentierender Menschen trat. Man mochte ihn wohl mit einer heimlichen Sehnsucht in solchen Kreis beschwören und dann merken, bis er, aus einem geduldig-ungeduldigen Zuhören heraustretend, mit seiner dunklen Stimme, die manchmal etwas Dröhnendes erhalten konnte, seine Thesen hinlegte: in einer verhaltenen Selbstgewißheit, die schier sicher war, Einwand und Widerspruch von vornherein auszulöschen.

¹ Verfügung: „Luftpost – Einschreiben“; Absendevermerk vom 30. 12. 1949; Druck: Neue Zeitung, 5. 1. 1950; TH. HEUSS, Profile, S. 303–307.

² Ernst Ludwig Heuss hatte seinen Vater daran erinnern lassen, einen Brief an Annedore Leber zum 5. Todestag ihres Mannes zu schreiben, den sie im „Tagesspiegel“ veröffentlichen wollte. Der Brief sollte ihr „per Luftpost und Einschreiben“ zugesandt werden, „um jede Kontrolle zu umgehen“; Ernst Ludwig Heuss an Hans Bott, 28. 12. 1949, in: FA Heuss, Basel. Im Anschreiben wurde Annedore Leber vom Bundespräsidialamt mitgeteilt, in der Anlage erhalte sie einen Brief, der „zur Veröffentlichung bestimmt“ sei. Vorangestellt werden könne die Bemerkung: „Die Redaktion glaubt des Einverständnisses von Theodor Heuss sicher zu sein, wenn sie den nachstehenden Brief, den er an Frau Annedore Leber gesandt hat, ihren Lesern zur Kenntnis gibt“; N 1221, 290.

³ Nach dessen Verhaftung am 5. 7. 1944 wurde gegen den Sozialdemokraten Julius Leber, einen der führenden Köpfe des Widerstands gegen Hitler, im September Anklage wegen Hoch- und Landesverrats erhoben. Zum Tode verurteilt, wurde er am 5. 1. 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet; vgl. D. BECK, Julius Leber, S. 171–206.

Wir waren Kollegen im Reichstag geworden und vertrugen uns ganz gut – er wußte um meine familiären und persönlichen Zusammenhänge mit seiner elsäßischen Heimat.⁴ Aber ich weiß noch ziemlich genau, wann und wie wir Freunde wurden. Das war in Ihrem Lübecker Haus. Ich hatte in der Stadt im August 1932⁵ die Verfassungsrede übernommen;⁶ am Tag zuvor war es in der Nachbarschaft zu bösen nazistischen Ausschreitungen gekommen, und er wollte mir klarmachen, daß ich und was ich darüber sagen müsse. Ich konnte ihm nur antworten, daß ich gewohnt sei, *meine* Reden zu halten und nicht die anderer Leute. Unwirsch schimpfend lief er davon, so daß der gute Bürgermeister⁷ es für notwendig hielt, sich bei mir zu entschuldigen. Aber Leber kam dann doch zu der Veranstaltung, und ich sprach dann doch zu der Sache, und als er mich am Nachmittag zu Ihnen ins Haus brachte, war es so, daß ich mit den Kindern spielte und er mir, nach einigen überflüssigen Entschuldigungen, Liebeserklärungen machte. Ich denke, auch Sie haben diese heiter gelockerten Stunden unserer ersten Begegnung nicht vergessen.

Ihr Mann war dann, frühes Opfer der zweckhaften Justiz, ins Gefängnis geworfen worden,⁸ Sie selber mühten sich, Ihre lübische Heimat verlassend, in Berlin einen neuen eigenen Beruf aufzubauen. Dann kam der Mann zurück, nach ein paar Jahren, unzerbrochen – er kriegt die Vertretung einer Kohlenfirma und wir, seine Freunde, wurden fast alle so etwas wie freiwillige Unteragenten, um ihm Kunden zuzuführen. Als er uns das erste Mal besuchte, gab es eine fast rührselige Szene: Er fing an, einen kleinen literarischen Beitrag, den meine Frau in der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht hatte,⁹ aufzusagen. Wieso dies? Da er in der Einzelhaft gewesen, war ein Stück Zeitungspapier als Packmaterial schier zufällig mit zu ihm gekommen, und der vertraute Name berührte ihn wie ein Gruß. Er trennte sich den Fetzen ab und lernte ihn, um sein Gedächtnis zu beschäftigen, auswendig. Das war eigentlich ergreifend.

⁴ Leber stammte aus dem oberelsässischen Biesheim. Heuss war durch seine Frau Heuss-Knapp mit Straßburg verbunden.

⁵ In der Vorlage: „1952“.

⁶ Heuss sprach am 11. 8. 1932 in Lübeck vor der Stadtverwaltung und der Deutschen Staatspartei anlässlich der Feierlichkeiten zum 13. Jahrestag der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung; vgl. Redenkalender, in: N 1221, 684.

⁷ Paul Löwig.

⁸ Leber war nach einem nationalsozialistisch provozierten Zwischenfall, bei dem er selbst in der Nacht vom 31. 1. zum 1. 2. 1933 verletzt und ein Nationalsozialist getötet worden war, unter der Beschuldigung, Beihilfe zum Totschlag geleistet zu haben, verhaftet worden. In der Haft verfasste Leber, auf sein Gedächtnis gestützt, kritische Aufzeichnungen über die politische Entwicklung und die Haltung der SPD in der Schlussphase der Weimarer Republik. Heuss hatte diese Aufzeichnungen, als sie 1952 veröffentlicht wurden, mit großer Anteilnahme gelesen; Heuss an Annedore Leber, 18. 4. 1952, in: N 1221, 302.

⁹ Es könnte sich handeln um: ELLY HEUSS-KNAPP: Der Alte vom Berge (Buch der Sonderlinge), in: Frankfurter Zeitung, 23. 1. 1937; DIES.: Rezension von Gertrud Bäumer: Männer und Frauen

Ich weiß nicht mehr genau, welches Jahr man damals schrieb. Aber es kam die Zeit, da die gemeinsamen und gleichen Sorgen die Menschen in diesem und jenem Kreise zusammenführten, und in den einzelnen überschritten sich die Auffassungen und Tendenzen, die das Gespräch abzuklären suchten. Julius Leber hatte aus seiner eigenen Offizierszeit,¹⁰ dann aus seiner Mitwirkung bei dem Parlamentsausschuß über die Militärfragen vertrauliche Beziehungen zu Angehörigen der Wehrmachtskommandos aufrecht erhalten¹¹ – das war für beide Teile nicht ungefährlich geworden. Doch gewannen die Unterhaltungen, die man mit ihm führen konnte, einen sehr konkreten Charakter. Natürlich gab es auch viele Gespräche, wie man sich die Ordnung einer sozialwirtschaftlichen Zukunft ausdenken müsse, wo außenpolitische Möglichkeiten sich darböten, welche Funktionen die Kirchen zu übernehmen hätten, von deren möglichen erzieherischen Wirksamkeit größer zu denken er gelernt hatte – im Elementaren war er, Feind des Kommiß, eine soldatische Natur, und er lachte wohl, ohne es abzulehnen, als ich ihm einmal sagte, er, der Elsässer, sei aus dem Holz, aus dem Napoleon seine Marschälle geschnitzt habe. Der wuchtige, breitschultrige Körper mit einem Haupt von ein-drucksstarker, kühner Plastik verführte wohl zu solchem Vergleich.

Die zwei kleinen Zimmer in dem fragwürdigen Häuschen, nahe bei dem Bahnhof Schöneberg, zwischen den Kohlenbergen der Firma B. Meyer & Co. war[en] eine rechte Verschwörerbude. Manchmal klingelte es an der äußeren Tür, und Leber mußte dann wohl in den vorderen Raum, um einen Kunden zu vertrösten. Aber in der Hinterstube, auf verhockten Sesseln, hatte die politische Leidenschaft ihre Herberge, verachtender Haß und brennende Liebe. Im November 1943, als ich von meinem Heidelberger Asyl zum letzten Male bei ihm war, fieberte er vor Ungeduld – ich müsse sehen, meinte er, alle vier, sechs Wochen einmal in Berlin zu sein. Eine Aussprache mit Goerdeler in Stuttgart, wenige Zeit danach, ließ den Termin, da „es“ losgehen sollte, noch näher erscheinen.¹²

Aus den vorgeschlagenen Reisen ist dann nichts geworden – die Ungeduld mußte eingehegt bleiben. Bis dann Mitte Juli [1944] in einem familiären Telefon-Anruf aus Berlin der kleine Satz dazwischen geschoben war: „der Kohlenhändler ist nicht mehr da“. Das wurde für uns das Signal der tragischen Peripetie, die ein, zwei Tage später den 20. Juli brachte.¹³ Und dann schoben sich zwischen

im geistigen Werden des deutschen Volkes, in: Frankfurter Zeitung, 5. 1. 1936; DIES.: Rezension von Ether Harding: Der Weg der Frau, in: Frankfurter Zeitung, Beilage Die Frau, 29. 3. 1936.

¹⁰ Der Kriegsfreiwillige Julius Leber war im Ersten Weltkrieg zum Leutnant ernannt worden und verließ die Reichswehr nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920; vgl. D. BECK, Julius Leber, S. 27–35.

¹¹ Vgl. ebd., S. 72–87, S. 171–197.

¹² Zu den Kontakten von Heuss zum deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, insbesondere zu Leber und Goerdeler, vgl. J. C. HESS, Nazis, S. 162–165, 181–187.

¹³ Leber war am 5. 7. 1944 verhaftet worden, nachdem sein Treffen mit Angehörigen des kommunistischen Widerstands verraten worden war. Das Attentat soll Stauffenberg am 20. Juli 1944 auch

uns und die Ereignisse die dicken Nebel der Propagandareden und Nachrichten, die graugelben Schwaden der Lüge – wir wußten, da wir die Mehrzahl der Männer kannten, daß jetzt ohne Gegenwehr die Verleumdung herrsche, aber den Gang der Ereignisse und die Verknüpfung der Motive konnten wir im einzelnen nicht erkennen und erst später, freilich auch dann unvollkommen, rekonstruieren.

Aber in jenen Monaten suchte unsere sorgende Phantasie die Freunde auf in ihrem Ausgeliefert-Sein an das Schicksal. Ihre Zahl mehrte sich, Verwandte wurden gemeldet, alte Vertraute – wen von ihnen wird man wieder sehen, wenn der Vorhang über die zerstörte und geschändete Geschichte des Vaterlandes herabgerauscht sein wird? Wird Leber sich unter ihnen befinden? Das wollte man, das konnte man nicht recht hoffen, denn sein männlicher Stolz und der subalterne Haß der anderen waren sich schon früher zu oft und zu schroff gegenüber getreten. So vollendet sich eine Lebensbahn in den Opfergang des fünften Januars 1945. Wir denken an Julius Leber, weil er uns nahestand und weil unsere Phantasie in diesen letzten Jahren oftmals frug: Wo würde er, wo würde jener heute wirken, da so viele fehlen. Auch sein Tod war Stellvertretung.

Ich denke, liebe Frau Leber, Ihrer und der Kinder in freundschaftlicher Verbundenheit.¹⁴

Ihr

Th. Heuss

Nr. 19

An Prof. Dr. Ernst Jäckh, New York

17. Januar 1950

BArch, N 1221, 155: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Ablehnung, ein Vorwort zu den Lebenserinnerungen von Ernst Jäckh zu schreiben; persönliche Mitteilungen

Lieber Ernst,

auch Du mußt mit mir nachsichtig sein. Es gehen durchschnittlich an Elly und mich pro Tag 200 –250 Briefe ein.² Sehr viele davon haben einen persönlichen

ausgeführt haben, um Leber, der in Widerstandskreisen als künftiger Innenminister und sogar Kanzler vorgesehen war, zu retten; vgl. D. BECK, Julius Leber, S. 197–206.

¹⁴ Annedore Leber sprach Heuss am 12. 1. 1950 ihren und ihrer Kinder Dank aus für dessen plastische Schilderung und die „rückhaltlose Gerechtigkeit“ sowie dafür, daß er trotz seiner „besetzten Zeit“ ihre Bitte erfüllt habe; N 1221, 166.

¹ Name in der Anschrift: „Ernest Jackh“; Absendevermerk vom 17. 1. 1950; weiterer Nachweis: N 1221, 291: ms. Schreiben, Durchschlag.

Charakter und zwar aus aller Welt, so daß ich neben der sonst sehr starken Arbeit gar nicht dazu komme, auch die, die mir naheliegen, auch einigermaßen prompt zu beantworten.³

Ich danke Dir für Deinen letzten Brief⁴ und das etwas bunte Inhaltsverzeichnis Deiner Erinnerungen, die ja nun wohl freilich nach Deinen mannigfachen Schicksalen und Interessen auch bunt genug sein werden. Wo und wann werden sie erscheinen?⁵ Du hast etwas kühn ein Vorwort des Bundespräsidenten angesetzt, aber ich bin nicht ganz sicher, ob der Bundespräsident diese Deine Voraussetzung wird erfüllen können. Ich habe schon ein paar Autoren aus dem historisch politischen Raum, die ich gut kenne und die mich um derlei baten, eine Ablehnung geben müssen, wie ich ja auch Aufsätze in Zeitschriften ablehne, weil es mir leid tut, mich nicht mehr publizistisch regelmäßig zu betätigen. Es ist einfach so: Man hat Angst vor den Konsequenzen der Inanspruchnahme, denn eine Zusage erschwert immer die Ablehnung nach der anderen Seite, und ein Vorwort umschließt zugleich eine Mitverantwortung und diese Mitverantwortung ein gründliches vorangegangenes Durcharbeiten. Aber ich glaube, Deine Erinnerungen brauchen gar nicht einen vorangesandten Herold.

Für Elly ist die tägliche Inanspruchnahme zuviel geworden. Ihr Herzzustand hatte sich in den letzten Monaten verschlechtert, und sie ist seit Anfang Januar in ein Sanatorium im Schwarzwald gesteckt worden, muß ganz fest liegen und soll gar keine Post nachgesandt erhalten, um alle „Aufregungen“ von ihr fernzuhalten. Nicht einmal das Enkelkind⁶ soll einstweilen zu ihr gebracht werden.⁷ Sie leidet unter dem Versagen des Herzens natürlich seelisch sehr, denn die Arbeit sowohl nach der sachlichen wie der gesellschaftlichen Seite hat ihr Freude gemacht, und sie bringt ja viel dafür mit. Nun hoffen wir bloß, daß das gründliche Ausruhen gute Früchte trägt.

² Heuss äußerte sich wiederholt über die hohe Zahl der Schreiben, die im Bundespräsidialamt eintrafen. Der Posteingang im Bundespräsidialamt, der 1949 – gerechnet seit der Wahl von Heuss zum Bundespräsidenten – von September bis Dezember bei 4.786 Briefen gelegen hatte, stieg im Jahr 1950 auf 70.691 Briefe, 1951 auf 75.693, 1952 auf 77.576 und erreichte 1953 80.066; B 122, 2139.

³ Zur Fülle des Briefeingangs vgl. TH. HEUSS, Hochverehrter Herr Bundespräsident, Einführung.

⁴ Jäckh an Heuss, 28. 12. 1949, in: N 1221, 155.

⁵ E. JÄCKH, Goldene Pflug, erschien 1954.

⁶ Barbara Heuss.

⁷ Seit dem Verlust der meisten Einkommensquellen von Heuss während der NS-Zeit hatte Heuss-Knapp durch Firmenwerbung die Existenzgrundlage der Familie gesichert. Aufgrund dieser anstrengenden Tätigkeit und der Belastungen durch den Krieg hatten sich ihre Herzprobleme verschlechtert, so dass in der Nachkriegszeit wiederholt Sanatoriumsaufenthalte notwendig waren. In mehreren Schreiben berichtete Heuss zum Jahresbeginn 1950 von dem schlechten Gesundheitszustand seiner Frau; Heuss an Margret Boveri, 3. 1. 1950; Heuss in einem Sammelbrief an ehemalige Schulfreunde, 10. 1. 1950; Heuss an Boguslav und Reinhard Dohrn, 13. 1. 1950, alle in: N 1221, 291.

Mir persönlich geht es gesundheitlich ausgezeichnet,⁸ ich werde auch bei den Staatsbesuchen⁹ ganz gut damit fertig, vier- oder fünfmal am Tag über die verschiedensten Themen reden zu müssen, aber ich bin froh, wenn das hinter mir ist, weil ich dann doch auch vielleicht etwas zum Lesen und zum Schreiben komme.¹⁰ Du hast mir von einem Journalisten geschrieben, der einen meiner nächsten Mitarbeiter irgendwie herabsetzt.¹¹ Dem kannst Du nur sagen, daß ich aus guter Kenntnis vertrauensvoll mit dem Betreffenden zusammenarbeite, der auch in den Zeiten schärfster alliierter Investigationen nie Schwierigkeiten hatte. Wir sind in Deutschland an solche Stimmen sehr gewöhnt.

Ich lasse Dir das Stenogramm einiger meiner Reden, die ich zuletzt hielt, zugehen.¹² Die Wiesbadener Rede ist von einem amerikanischen Herrn auch für das Informationsblatt der Amerikanischen Regierung übertragen worden und hat einen ziemlichen Widerhall, und zwar aufs Ganze gesehen einen recht positiven, gefunden.¹³

Ich erfülle auch gern Deine Bitte, Dir ein Bild von mir zu senden. Es soll Deinen Geburtstagstisch¹⁴ schmücken und der Interpret meiner herzlichsten und dankbaren Wünsche sein.

⁸ An Charlotte Kaempffer schrieb Heuss am 23. 1. 1950: „Gesundheitlich geht es mir ordentlich. Ich habe, seitdem ich den neuen job ergriffen habe, über 10 Pfund zugenommen. Aber es gibt hintereinander Tage, da ich auf einmal feststelle, daß ich überhaupt nicht an die Haustür gekommen bin. Das Arbeitstempo aber ist furchtbar“; N 1221, 291.

⁹ Gemeint sind die Antrittsbesuche des Bundespräsidenten in den einzelnen Bundesländern. Offizielle Besuche ausländischer Staaten kamen für den Bundespräsidenten vor der weitgehenden Wiedergewinnung der westdeutschen Souveränität im Jahr 1955 nicht in Betracht.

¹⁰ Gegenüber Kaempffer meinte Heuss, zur Posterledigung seien „der politische Betrieb, der Empfang und der ‚Staatsbesuch‘“ gekommen, „die ja nicht mehr aus dem Handgelenk erledigt werden können, seit jedes Wort und jeder Witz von mir zu einer Staatsaktion mit guter oder schlechter Wirkung gemacht wird. Bei der Reise nach Schleswig-Holstein habe ich an dem einen Tag 12 mal, am anderen 4 mal reden müssen, und das kostet mich mit dem Drum und Dran vorher und nachher Überlegungen. Der Versuch, so etwas wie ein Privatleben zu führen, ist bis jetzt nicht geglückt.“ Und ferner: „Ich habe seit September jetzt glücklich 4 Bücher gelesen, und der Gedanke, an meinem eigenen Zeug weiterarbeiten zu können, schwindet in Ferienvorstellungen, während Ferien ja dazu da sein sollten, daß man nicht arbeitet“; wie Anm. 8.

¹¹ Jäckh berichtete von einem Journalisten Peters, der von seinen Erfahrungen mit dem „Supernazi“ Klaiber in Ankara erzählt hatte; wie Anm. 4. Seinem langjährigen Freund Isy Krämer, der einen Zeitschriftenartikel übermittelt hatte, in dem dem Bundespräsidenten u. a. die Einstellung Klaibers im Bundespräsidialamt wegen dessen Verwicklung in eine antisemitische Verfolgungsmaßnahme während der NS-Zeit vorgeworfen worden war, schrieb Heuss am 17. 4. 1950, diese Äußerungen seien „eine der in diesen Zeiten ja häufigen Erfindungen oder Kombinationen von Mißverständnissen.“ Klaiber, ein von ihm sehr geschätzter Mitarbeiter, sei zur Zeit der angesprochenen Affäre überhaupt nicht in Deutschland gewesen; B 122, 644. Klaiber war 1933 in die NSDAP eingetreten.

¹² Vgl. Anm. 15.

¹³ Vgl. Nr. 11–Nr. 14.

¹⁴ Jäckh hatte am 22. 2. Geburtstag.

Für Dich und Marta gute Grüße
Dein

Th. Heuss

Anlagen

Reden: Berlin, Heidelberg, Wiesbaden (deutsch u. engl.), Neujahrsrede¹⁵

Bild

Nr. 20

An Max Roser, Buoch bei Waiblingen¹

2. März 1950

BArch, N 1221, 291: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms Briefkopf: „Th. H.“²

Auseinandersetzung mit kritischen Äußerungen Max Rosers über Entnazifizierung und über Reinhold Maier

Lieber Roser,

freundlichen Dank für Deinen Brief.³ Es hat sich ja jetzt oft genug ergeben, daß, seit meine Existenz sichtbar geworden, manche alte Vergangenheit sich bei mir meldet. Da nun täglich hundert und mehr Briefe hier eingehen und manche sehr umfangreich sind, kann ich in meinen Antworten nicht allen Erwartungen entsprechen, sonst hätte ich nichts anderes zu tun, als Briefe zu schreiben.⁴

Psychologisch ist mir Dein Brief in der Motivgebung nicht ganz deutlich, ob Du bloß das Bedürfnis hast, Dich allgemein auszukotzen oder auch ein bißchen mich als Kotzkübel⁵ zu benutzen.

¹⁵ Vom 30. 11. bis 2. 12. 1949 hatte sich Heuss in West-Berlin aufgehalten, wo er zum Ehrenbürger ernannt wurde. In diesen Tagen hatte er außerdem in der Freien Universität, in der Hochschule für Politik, im Liberalen Club sowie vor der FDP gesprochen. Am 16. und 17. 12. 1949 hielt Heuss Ansprachen in Heidelberg vor dem Collegium academicum und in der Universität vor Studenten. Am 7. 12. 1949 sprach er in Wiesbaden vor der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit; vgl. Anm. 13. Über den Rundfunk hielt er seine Ansprache zum Jahreswechsel 1949/50; alle Reden nachgewiesen in: Redenkalender, in: N 1221, 684.

¹ Buoch ist seit 1974 ein Ortsteil von Remshalden.

² Absendevermerk vom 2. 3. 1950.

³ Roser hatte als „Schul- und Klassenkamerad“ am 25. 2. 1950 ein mehrseitiges Schreiben an Heuss gerichtet, darin über seine Situation seit 1945 als ehemaliger Gaukassenwart der NSDAP berichtet und Kritik an den bestehenden Verhältnissen geübt; N 1221, 192.

⁴ Vgl. zum Briefeingang Nr. 19, Anm. 2.

⁵ Wegen der gelegentlichen Benutzung dieses Wortes und seiner Aufnahme bei Stenografen schrieb Heuss am 14. 3. 1953 dem Chefredakteur des „Generalanzeigers“ in Bonn, Erich Wagner: „Ich war sehr froh, daß in der Notiz des hiesigen ‚Generalanzeigers‘ ein seltsames Wort vorkam,

Fast müßte ich, wenn ich unbefangen Deinen Brief lese, das Gefühl haben, daß ich an den Unbilligkeiten Deines Schicksals mit Schuld trage, wessen ich mir aber seltsamerweise gar nicht bewußt bin. Weder ich noch der offenbar von Dir sehr wenig geliebte Reinhold Maier sind an den schon in Amerika fabrizierten automatischen Arresten⁶ schuldig, noch sind es die Fehler des sogenannten Befreiungsgesetzes.⁷ Es war gerade Reinhold Maier, der – ich entsinne mich dessen vollkommen klar – mit äußerster Zähigkeit gegen die Ausweitung dieses Gesetzes kämpfte.⁸ (Schon ein Dokument, was er in seinem Erinnerungsbuch abdruckt und was vor der Gesetzgebung liegt, zeigt ganz deutlich, wie richtig er die Problematik gesehen hat.)⁹

Da ich in den verwichenen Jahren 1946 und 1947 ungezählte Male in Entnazifizierungsgeschichten in Anspruch genommen wurde, habe ich mir zum absoluten Gesetz gemacht, nur dort aktiv zu sein, wo ich die Menschen und ihr Verhalten nach 1933 aus persönlicher Begegnung und nicht aus gelegentlichen Erzählungen oder alten Erinnerungen beurteilen konnte.¹⁰ Nur dadurch ist es mir nach meiner Meinung geglückt, einigen Menschen, gerade auch solchen, die interniert waren,

mit dem Menschen vermutlich nichts anzufangen wußten, nämlich daß wir hier von manchen Leuten für einen ‚Kunstgiebel‘ gehalten würden. Ich hatte nämlich von einem ‚Kotzkübel‘ geredet. Dieses bitte aber nur als ganz private Berichtigung!“ B 122, 604; vgl. schon Heuss an Otto Debatin, 16. 2. 1948, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 355; auch Heuss an Kurt Peschel, 1. 9. 1953, in: B 122, 176; Der Spiegel, 18. 3. 1953, S. 27.

⁶ Im Zuge der Entnazifizierung wurden durch die amerikanischen Besatzungsdirektive JCS 1067 bis Anfang August 1945 in der US-Besatzungszone 80.000 Personen automatisch entlassen und inhaftiert, wenn diese höhere Funktionen bei NS-Organisationen oder bestimmten staatlichen und militärischen Stellen innegehabt hatten; vgl. C. VOLLNHALS, Entnazifizierung, S. 10f.

⁷ Am 5. 3. 1946 hatten die drei Ministerpräsidenten der US-Besatzungszone das „Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ unterschrieben, mit dem die Verantwortung für die Entnazifizierung in deutsche Hände überging. Das Gesetz sah vor, dass alle erwachsenen Deutschen einen Fragebogen auszufüllen hatten, der dem Öffentlichen Kläger der zuständigen Spruchkammer für eine vorläufige Einstufung in eine von fünf Belastungskategorien diene. In einem justizförmigen Verfahren vor der Spruchkammer konnte die Schuldvermutung von dem Betroffenen widerlegt werden. Die Kammer entschied dann über die endgültige Einstufung und verhängte ggf. entsprechende Sühnmaßnahmen. Der Vorzug dieses Verfahrens lag darin, dass nun das freie richterliche Ermessen im jeweiligen Einzelfall nach strafrechtlichen Maßstäben im Zentrum stand. Nicht mehr allein die formale Zugehörigkeit zu einer NS-Organisation, sondern auch das individuelle Verhalten war ausschlaggebend für den Grad der Verantwortung. Dies verstärkte freilich auch die Praxis der Selbstrechtfertigung und der „Persilscheine“ durch Dritte; vgl. J. FÜRSTENAU, Entnazifizierung, S. 53–69; L. NIETHAMMER, Mitläuferfabrik, S. 260–332. Zur Einstellung von Heuss gegenüber der Entnazifizierung und seiner Unterstützung von Verwandten und Bekannten vgl. E. W. BECKER, Einführung, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 44–46.

⁸ Maier lehnte das Befreiungsgesetz zunächst ab, gab seinen Widerstand aber schließlich auf, als seine Kollegen in Hessen und Bayern einlenkten; vgl. L. NIETHAMMER, Mitläuferfabrik, S. 322–325.

⁹ Eingabe Maiers betr. die Entlassung von Bürgermeistern, 25. 5. 1945, in: R. MAIER, Ende, S. 283–287.

¹⁰ Vgl. E. W. BECKER, Einführung, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 44f.

wirklich zu helfen. Du mußt also etwas Verständnis dafür haben, daß ich seinerzeit Deine Angelegenheit, da wir uns Jahrzehnte nicht gesehen, nicht so zentral nahm, wie natürlich der es erwarten muß, der in der Not drinsteckt.

Würde ich empfindlich sein, so würde ich diesen Ton „ihr Pönitenzbrünstigen“¹¹ scharf zurückweisen. Ich weiß nicht, wo Du das sachliche und menschliche Recht hernehmen willst, in diesem Stil mich zu belehren oder zu erziehen. Du hast etwas den Ton, der mir von ehemals nicht ganz fremd ist. Du mußt mir aber auch überlassen, daß ich bei aller Bereitwilligkeit, auf die „Stimme des Volkes“ zu hören, in den Fragen der Auseinandersetzung mit Antisemitismus und hypertrophischem Nationalismus den Ton gebrauche, den ich für die Versachlichung der innerdeutschen und außerdeutschen Auseinandersetzung für richtig halte.¹²

Ich weiß natürlich von dem sachlichen und seelischen Unheil, das mit der Schematisierung der sogenannten Befreiungsgesetze angerichtet wurde, aber Du darfst es mir nicht übelnehmen, wenn ich auch an die vielen Freunde und Verwandten von mir und meiner Frau denke, die in der Nazi-Zeit gefoltert, gemartert, geschlagen, hingerichtet und vertrieben worden sind.¹³ Du bist an derlei Sachen als Gaukassenführer nie beteiligt gewesen, aber das Geschichtsbild, das die Nazi-Zeit geschaffen hat, ist von diesen Dingen wesenhaft bestimmt, und unsere sehr mühsame und völlig danklose Aufgabe ist, hier einem Reinigungsprozeß zu dienen, der noch lange, lange Zeit währen wird.

Vermutlich hältst Du es für witzig,¹⁴ von meiner „Thronbesteigung“ zu reden.¹⁵ Ich will Dir die Freude daran nicht rauben. Die Leute, die heute in die Regierungsgeschäfte getreten sind, stehen heute in einer ungeheuren Resignation, nicht nur wegen der Ohnmacht gegenüber der Welt, sondern wegen der Kannegießerei des deutschen Ressentiments. Ich glaube nicht, daß von mir in diesen paar Monaten ein Wort gebraucht wurde oder eine Geste gemacht, die einen „wilhelminischen“ Rahmen gefordert oder gefunden hätte. Ich bin im Gegenteil peinlich bedacht, auch innerhalb des ja unausweichbaren Repräsentationsbetriebes alle Erinnerungen an den Heroenkitsch¹⁶ der Hitlerei auszulöschen.¹⁷ Wenn er von anderen noch nicht ganz vergessen ist oder paraphrasiert wird, kann ich nichts machen.

¹¹ Roser hatte von Misshandlungen, die er erlitten habe, berichtet und hinzugefügt: „Was tut ihr pönitenzbrünstigen Menschenrechtsvertreter, um dieses Unausprechliche zu sühnen? Da schweigt ihr! Ihr Opportunisten!?! Oder doch nicht?“ Wie Anm. 3.

¹² Vgl. Nr. 17.

¹³ Vgl. hierzu bereits die Rede, die Heuss im November 1945 in Stuttgart unter dem Titel „In memoriam“ hielt; abgedruckt in: TH. HEUSS, Reden. Staatsmann, S. 63–71; DERS., Politiker, S. 302–309.

¹⁴ Handschriftlich verbessert aus „richtig“.

¹⁵ Roser hatte mitgeteilt, man habe ihm zur Gratulation geraten „zu Deiner Thronbesteigung – verzeih, das kommt von dem wilhelminischen Tam-Tam, den man, wie ich nicht zweifle, gegen Deinen Willen um Dich macht“; wie Anm. 3.

¹⁶ In der Vorlage: „heroen Kitsch“.

¹⁷ Vgl. Nr. 8.

Einige meiner Worte klingen hart, vor allem deshalb, weil ich Deine Bemerkungen gegenüber Reinhold Maier für völlig unangebracht halte. Ich kenne ihn seit Jahrzehnten gut genug und habe im Frühsommer 1945 schon den Amerikanern gesagt, daß sie ihn holen sollten. Ich habe das eigene Ministerium im Dezember 1946 aufgegeben, um ihn an dieser Stelle sichern zu können.¹⁸ Er ist der beste Mann, den die Heimat heute für die Aufgabe überhaupt zur Verfügung hat, nüchtern, fleißig, konkret gescheit.¹⁹ Natürlich ist er auch ausgeliefert an die Bierbänke und an die zeilenschindenden Journalisten. Damit genug. Vielleicht wäre eine mündliche Aussprache lockerer, aber dazu fehlt mir nun wirklich in einer sinnlosen Arbeitsübersetzung die Zeit.

Mit freundlichem Gruß
Dein

Th. Heuss

Nr. 21

An Carl Severing, Minister a. D., Bielefeld

13. März 1950

PA Günther Kremmling: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Ablehnung des „Deutschlandliedes“ und Befürwortung einer neuen Nationalhymne

Verehrter, lieber Herr Severing,

nach der Rückkehr von der Fahrt zu den Hansestädten² habe ich Ihren Brief³ vorgefunden und will ihn gleich beantworten.

¹⁸ Heuss hatte im Dezember 1946 sein Amt als württemberg-badischer „Kultminister“ aufgegeben, weil den Liberalen nach den Landtagswahlen nur noch ein Ministeramt im Kabinett zustand. Somit konnte Ministerpräsident Maier im Amt bleiben; vgl. E. W. BECKER, Einführung, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 26.

¹⁹ Auch gegenüber der Kritik durch den Sozialdemokraten Erich Roßmann verteidigte Heuss seinen Parteifreund Maier; Heuss an Roßmann, 4. 3. 1950, in: B 122, 2194.

¹ Az. I/18/03; unterstrichener hs. Vermerk: „Persönlich“; Absendevermerk vom 13. 3. 1950; weitere Nachweise: N 1221, 291 und B 122, 2239; ms. Schreiben, Durchschlag.

² Gemeint sind die Antrittsbesuche in Hamburg (8. 3. 1950) und Bremen (9. 3. 1950).

³ Severing war, wie er am 8. 3. 1950 geschrieben hatte, nahegelegt worden, bei Heuss gegen das „Deutschlandlied“ Hoffmanns von Fallersleben als Nationalhymne nach seiner „Entweihung durch die Nationalsozialisten“ zu intervenieren. Die Verbindung mit dem Horst-Wessel-Lied habe in der NS-Zeit „bei Millionen von Deutschen, die es über sich brachten, am Radio den Verlauf der damaligen sogenannten Reichstagsitzungen anzuhören, den stärksten Abscheu hervorgerufen.“ B 122, 2239.

Wie Sie sich denken können, beschäftigt mich die Frage der Nationalhymne, deren Bestimmung ja in der Hand des Bundespräsidenten liegen soll, seit Monaten. Es sind hier viele, viele Dutzende von Vorschlägen eingegangen.⁴ Die Mehrzahl von ihnen macht kleine Korrekturen an dem Lied des Hoffmann von Fallersleben. Es fehlt auch nicht an anderen Anregungen. Man hatte mich auch bedrängt, in Bremen, wo, wie man mir sagte, Ebert das Deutschlandlied angeordnet hat,⁵ seinem Beispiel einfach zu folgen.

Was nun meine persönliche Meinung betrifft, so war ich von Anfang an entschlossen, *nicht* das Deutschlandlied vorzuschlagen. Ich habe an sich keine Sorge vor der jetzt Jahrzehnte alten Diskussion, daß das „über alles“ kein in die Ferne greifender Imperialismus sei, sondern den Ausdruck eines inneren Wertgefühls darstelle, aber wenn wir unserem Vaterlandsgefühl einen realistischen Charakter geben wollen, dann sollen wir nach meiner Meinung jetzt nicht Maas, Memel, Etsch und Belt aufzählen, die für die Zeit des alten Deutschen Bundes⁶ ungefähre Grenzbezeichnungen darstellten, aber heute als Bekundung einer staatlich sinnlos gewordenen Irredenta begriffen werden. Ich wehre mich auch gegen einen neuen Text auf die alte Haydnische Kaiserhymne,⁷ weil nach meiner Kenntnis der Deutschen damit zu rechnen wäre, daß ein Teil der Singenden die alten Texte gebrauchen würde und bei jeder öffentlichen Kundgebung ein peinlicher Sängerwettbewerb um die Worte stattfände. Den zweiten Vers von Hoffmann habe ich immer für albern und banal gehalten, während eigentlich nur der dritte Vers eine echte und sinnvolle Würde besitzt. Ihn isoliert zu nehmen, wie manche vorschlagen, wird aber zu knapp.⁸

Die Argumente, die Sie mir selber vorgetragen haben, daß die Nachbarschaft mit dem Horst-Wessel-Lied⁹ das Hoffmann-Lied irgendwie beschmutzt habe, sind mir durchaus bekannt; ich verstehe sie.¹⁰ Sie würden mir selber nicht durch-

⁴ Die Vorschläge sind überliefert in knapp 40 Bänden in: B 122, 60–98; vgl. auch C. ESCHER, Deutschland.

⁵ Nicht in Bremen, sondern im Berliner Reichstag hatte Ebert anlässlich der Verfassungsfeier am 11. 8. 1922 faktisch das „Deutschlandlied“ als Nationalhymne proklamiert und dabei die dritte Strophe in den Vordergrund gerückt; vgl. W. MÜHLHAUSEN, Friedrich Ebert, S. 833.

⁶ Staatenbund souveräner deutscher Fürstentümer und Städte 1815–1848, restauriert 1850, aufgelöst 1866.

⁷ Joseph Haydn komponierte 1797 die Hymne „Gott erhalte Franz den Kaiser“, deren Melodie auch die des „Deutschlandliedes“ ist; in sein „Kaiserquartett“ (op. 76, Nr. 3) ist die Kaiserhymne mit Variationen als zweiter Satz aufgenommen.

⁸ Vgl. hierzu auch Heuss an Hermann Reutter, 13. 10. 1950, in: B 122, 2242, Teilabdruck: E. PIKART, Theodor Heuss, S. 323f.

⁹ Das Lied des 1930 ermordeten Studenten und SA-Führers Horst Wessel „Die Fahne hoch“ wurde 1933–1945 im Anschluss an das Deutschlandlied gesungen und zum Bestandteil der Nationalhymne.

¹⁰ Vgl. Nr. 66.

schlagend erscheinen, wenn man das Hoffmann-Lied als eine in sich ruhende Kraft nimmt, aber es liegt nahe, daß ich diese Stimmungen zu wägen und zu würdigen weiß.

Ungeachtet des begreiflichen Drängens, daß auch die Bundesrepublik Deutschland ihre Nationalhymne erhält,¹¹ werde ich in dieser Frage keine übereilten Schritte tun. Ich habe aber mit einem deutschen Dichter¹² ein ernstes und eindringliches Gespräch geführt und zwar einem Mann, der nicht bloß einen „literarischen“ Namen besitzt, sondern auch eine moralische Kraft darstellt, denn dies ist notwendig, um in solcher Zeit, wenn es soweit ist, dem Versuch den Rückhalt zu geben. Noch kann ich nicht sagen, ob diese meine Anregung, die kein „Auftrag“, sondern ein vaterländischer Wunsch ist, fruchtbar sein wird¹³ und ob dann die entsprechende Melodie geschaffen werden kann. Sollten Worte und Töne in gemäßem Rang sich begegnen, so würde ja heute durch die an sich unstreitbare Erfindung der Radiübertragung die Möglichkeit der Popularisierung leichter gegeben sein.

Ich schreibe Ihnen, verehrter, lieber Herr Severing, so ausführlich, damit Sie den Eindruck erhalten, daß die Überlegungen, die Sie mir vortrugen, sich mit eigenen Gedanken begegnen, aber ich glaube nicht, daß es nötig ist, Sie besonders zu bitten, diesen Brief als persönlich und vertraulich anzusehen, denn wenn in der Presse oder bei Versammlungen meine Auffassung mitgeteilt würde, so wäre ein lähmender Streit um diese so wichtige Frage schier unvermeidlich, und wir sind beide der Meinung, daß dieses den ärgsten Schaden anrichten könnte.

Mit den besten Grüßen
wie immer Ihr ergebener

Th. Heuss

¹¹ Am 8. 2. 1950 hatte die Volkskammer die von Johannes R. Becher und Hanns Eisler stammende Hymne „Auferstanden aus Ruinen“ zur Nationalhymne der DDR erklärt.

¹² Gemeint ist der Dichter Rudolf Alexander Schröder.

¹³ Heuss teilte am 9. 5. 1950 Schröder mit, dass er dessen Hymnentext erhalten und den Eindruck gewonnen habe: „Das Gedicht steht. Es ist in der Strukturierung, in dem verhaltenen Pathos, in der Architektur der einzelnen Strophen und in der Steigerung wie in der Thematik der Geschichtssituation angemessen.“ Mitarbeitern, denen er den Text vorgelegt habe, hätten es zwar „nicht volksliedhaft genug“ gefunden, aber er habe sie überzeugt, „daß eine solche Hymne heute nicht naiv gedichtet werden kann“; B 122, 2242.

Nr. 22

An Helene Wessel, Mitglied des Deutschen Bundestages, Bonn

21. März 1950

BArch, B 122, 2269: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Einrichtung einer Wirtschaftskommission

Sehr geehrte Frau Wessel,

freundlichen Dank für Ihren Brief, in dem Sie die Anregung aussprechen, ich möchte einen Beirat berufen, der die Aufgabe haben soll, eine Untersuchung über die Wiederherstellung einer gesunden deutschen Wirtschaftsstruktur zu erforschen und darüber einen abschließenden Bericht zu erstatten.²

Ich habe mir die Anregung durch den Kopf gehen lassen und werde sie gewiß noch weiter auf ihre Möglichkeiten und ihre nicht bloß theoretische Wirkkraft überprüfen. Daß ich nicht einfach Ja sage, hat mehrere Gründe. Der banalste ist der, daß ich für die Finanzierung eines solchen Beirats, der ja Sachunterlagen sich beschaffen müßte, gar keine Mittel besitze. Die DM 60.000 des Dispositionsfonds werden von mir ausschließlich in kleinen Beiträgen für überprüfte individuelle soziale Notstände verwendet.³ Eine andere Überlegung, die mich sehr behutsam sein läßt, ist die: Ich habe eine gewisse Scheu vor der Technik der Vierjahrespläne, Fünfjahrespläne, auf das so etwas dann hinauszulaufen droht. Ich will auch nicht den Brain-Trust von Franklin D. Roosevelt kopieren, der mir von Amerikanern in seiner Wirkung als sehr bezweifelhaft beschrieben wurde.⁴

Ich würdige natürlich durchaus die Motive, die Ihrer Anregung zugrunde liegen, aber ich weiß nicht, wer den Mut hat, heute in dem Sinn „langfristig“ schon gedanklich zu disponieren, so lange die ungesicherte außenpolitische Lage eine

¹ Az. I/14/00; Absendevermerk vom 21. 3. 1950.

² Im Namen der Bundestagsfraktion des Zentrums hatte Helene Wessel am 16. 3. 1950 an Heuss „appelliert“, angesichts der demographischen Veränderungen und der Störung der deutschen Wirtschaftsstruktur einen Beirat zu berufen, der langfristige Maßnahmen zur Gesundung der Wirtschaftsstruktur erforschen und darüber dem Bundespräsidenten Bericht erstatten solle: „Sie, Herr Bundespräsident, sind die staatsrechtlich geeignete Stelle, die in der Lage wäre, alle aufbauwilligen Kräfte zusammenzufassen und auf überparteilicher Basis den angeregten Beirat zu schaffen“; B 122, 2269.

³ Wiederholt hat sich Heuss zu dem begrenzten Dispositionsfond geäußert, dessen Mittel von 60.000 DM in kleinen Beträgen bis zu 200 DM zur Bereitstellung von Hilfe bei individuellen Notlagen ausgegeben wurden; vgl. auch TH. HEUSS, Hochverehrter Herr Bundespräsident, S. 92f, 198, 200, 375.

⁴ Gemeint sind die Wirtschafts- und Sozialreformen des New Deal, die der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt seit seinem Amtsantritt 1933 durchführte, um durch staatliche Investitionen die Binnenkonjunktur anzukurbeln und Folgen der Weltwirtschaftskrise zu bekämpfen. Diese staatliche Interventionspolitik war in den USA durchaus umstritten.

Fehlerquelle nach der anderen aufmacht oder wieder zustopft. Sie allein bedeutet in diesem Zusammenhang die Ungewißheit der Erörterung, ob die Marshall-Hilfe, die in bald zwei Jahren abgeschlossen sein wird, ein Definitivum sein soll oder in anderen Formen eine Nachfolge erhalten.⁵ Eine Frage, die für jede öffentliche Diskussion der Deutschen heute unmöglich erscheint.

Es ist, glaube ich, eine Wunschvorstellung, daß in festen Sätzen eine Wirtschaftsstruktur und Sozialordnung programmatisch sich niederlegen läßt, zumal für ein Land ohne Souveränität und gesicherten Frieden. Wir haben ja nach 1919 in Deutschland gewisse Vorproben gehabt mit Sozialisierungskommission und Enquête-Ausschuß.⁶ Das Ergebnis war etwa beim ersten Fall das Auseinanderbrechen der Gutachten, über das, was möglich, über das, was notwendig und über das, was zweckwidrig sei. Meines Wissens besteht ein Beirat aus Wissenschaftlern und Praktikern beim Bundeswirtschaftsministerium, der eine Art von geistiger Anregung und eine Kontroll-Gruppe darstellen soll. Ich werde den Versuch machen, einmal festzustellen, wie die Art des praktischen Funktionierens dieses Gremiums ist.⁷

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Th. Heuss

⁵ Mit dem „European Recovery Program“, dem sogenannten „Marshallplan“, starteten die USA 1948 ein europäisches Wiederaufbauprogramm, um der ökonomischen und politischen Krise in Europa zu begegnen und eine liberale Weltwirtschaftsordnung gegen den sowjetischen Einfluss zu stärken. Vor allem für Westdeutschland kam diesem Stabilisierungsprogramm bis 1952 eine große Bedeutung für die wirtschaftliche Erholung in der Nachkriegszeit zu und war eine entscheidende Voraussetzung für die Westbindung der Bundesrepublik.

⁶ Der Rat der Volksbeauftragten hatte Ende 1918 eine Sozialisierungskommission eingesetzt, deren weitreichende Vorschläge zur Sozialisierung vor allem des Kohlebergbaus von der Regierung jedoch nicht umgesetzt wurden. Ebenso folgenlos blieb eine zweite Sozialisierungskommission, die nach dem Kapp-Lüttwitz Putsch (13.–17. 3. 1920) ihre Arbeit aufgenommen hatte; vgl. H. A. WINKLER, *Revolution*, S. 191–193, 197, 312, 338. Der „Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft“, kurz: Enquêteausschuss, wurde 1926 von der Reichsregierung per Gesetz gegründet und lieferte ausführliche Berichte zur Wirtschaftsstruktur Deutschlands ab; vgl. L. PRELLER, *Sozialpolitik*, S. 348f.

⁷ Am 23. 3. 1950 sandte Klaiber an Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard eine Abschrift des Briefwechsels, wobei er auf die Stellungnahme von Heuss ausdrücklich verwies. Er erbat eine kurze Mitteilung über Erhards Meinung, „insbesondere auch über das Funktionieren“ des wissenschaftlichen Beirats des Ministeriums. Trotz Wiedervorlagevermerken bis zum 17. 4. 1950 war eine Antwort nicht zu ermitteln; B 122, 2269.

Nr. 23

An Dr. Rudolf Pechel, Stuttgart

25. März 1950

BArch, N 1160, I, 73: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
Ablehnung der Ehrenmitgliedschaft in der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung

Verehrter lieber Dr. Pechel,

freundlichen Dank für Ihren Brief,² in dem Sie mir den Beschluß der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung³ mitteilen, mich gemeinsam mit Herrn Dr. Albert Schweitzer als Ehrenmitglied führen zu wollen.

Nun trete ich ja gern in der Kameradschaft mit Albert Schweitzer an, der ein Jugendfreund meiner Frau ist und uns vor 42 Jahren in Straßburg getraut hat,⁴ aber Sie dürfen es mir nicht falsch auslegen, wenn ich bitte, von dieser Ehrung Abstand zu nehmen.

Falls meine literarische Kraft als genügend erachtet wird, mögen Sie mich unter den Mitgliedern führen, denn es wird ja wieder die Zeit kommen, in der ich erstens Literat oder Publizist, oder wie man das nennen mag, sein werde.

Aber es ist seit meiner Wahl zum Bundespräsidenten eine meiner Hauptbeschäftigungen, Ehrenmitgliedschaften und Ehrenvorsitze in den verschiedensten Gremien abzulehnen, etwa in wissenschaftlichen Gesellschaften oder in Vereinigungen für internationale Aufgaben. Ich habe damit viele Leute enttäuscht, die nun die Funktion des Bundespräsidenten wesentlich nach der repräsentativen Seite interpretieren. Ich weiß, daß diese Seiten ja auch gepflegt werden und daß ich von Zeit zu Zeit eine „Schirmherrschaft“ übernehmen muß, obwohl, wenn ich alle Bitten erfüllen wollte, die deutschen Schirmpläden wohl schon ausverkauft wären. Aber gerade dort, wo es sich um meine angeborene Berufsfunktion⁵ handelt, möchte ich nur Kamerad unter Kameraden sein. Der Jahrmarkt der Eitelkeit ist bevölkert genug. Ich für meine Person bin zufrieden, wenn es auch Zeitungen gibt, in denen ich nicht vorkomme. Der Integrationsprozeß des Staatlich-Repräsentativen im geistigen Bewußtsein der Nation soll sich anders vollziehen.

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 291 und B 122, 330: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Pechel an Heuss, 21. 3. 1950, in: B 122, 330.

³ Die 1949 gegründete Akademie mit Sitz in Darmstadt dient der Pflege und Vermittlung der deutschen Sprache und Dichtung und verleiht u. a. den Georg-Büchner-Preis.

⁴ Am 11. 4. 1908; vgl. TH. HEUSS, *Erinnerungen*, S. 124f; vgl. auch Schweitzers Glückwunschbrief zur Wahl von Heuss zum Bundespräsidenten am 23. 9. 1949, in: N 1221, 201; Teilabdruck: E. PIKART, *Theodor Heuss*, S. 303.

⁵ Noch als Schüler hatte Heuss seine ersten journalistischen Arbeiten vorgelegt; vgl. R. BURGER, *Theodor Heuss*, S. 33–39.

Ich bitte Sie, lieber Dr. Pechel, die Haltung aus meiner Natur verstehen zu wollen, und sende Ihnen freundschaftlichen Gruß⁶

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 24

An Dr. Moritz Klönne, Dortmund

6. April 1950

BArch, B 122, 2322: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H Kg) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Verhältnis zu Richard Wagner und zum Haus Wahnfried

Verehrter Herr Dr. Klönne,

freundlichen Dank für Ihren Brief vom 31. März.² Gewiß entsinne ich mich unserer gelegentlichen Begegnungen im Reichstag der zwanziger Jahre.³

Sie hatten die Liebenswürdigkeit, mich für die „Gesellschaft der Freunde von Bayreuth“ zu Pfingsten nach Bayreuth einzuladen. Ich könnte aber rein zeittechnisch der Anregung – auch wenn ich zu dem Besuch bereit wäre – nicht folgen, da ich schon vor einigen Wochen diesen Termin für Frankfurt festgelegt habe, wo man meine Anwesenheit bei der neuen Konstituierung des deutschen Turnerbundes erwartet.⁴

Aber es würde mir Ihnen gegenüber unredlich erscheinen, wollte ich mich nur mit diesem Hinweis begnügen. Die Frage meiner fördernden Teilnahme an der Neubelebung der Bayreuther Festspiele⁵ ist auch schon von anderer Seite gelegentlich an mich vortastend herangebracht und von mir negativ beantwortet worden. So sehr ich das Bayreuth des 18. Jahrhunderts als Stadtgebilde liebe,⁶ so sehr

⁶ Pechel antwortete am 2. 4. 1950: „Eine schönere Antwort auf den Brief der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung hätten wir von Ihnen gar nicht erhalten können. Denn nun können wir Sie ganz zu den Unsren zählen und auf Ihre tätige Mitarbeit am gemeinsamen Werk rechnen“; B 122, 330.

¹ Az. III/3/04; unterstrichener hs. Vermerk: „Bayreuth“; Absendevermerk vom 7. 4. 1950; weiterer Nachweis: N 1221, 292: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Klönne hatte als Präsident der Gesellschaft der Freunde von Bayreuth Heuss am 31. 3. 1950 mitgeteilt, dass 1951 wieder Werke von Wagner aufgeführt werden sollten, während 1950 ein Konzert als Einführung hierfür vorgesehen sei. Klönne lud Heuss und dessen Frau dazu ein; B 122, 2322.

³ Klönne hatte dem rechten Flügel der DVP-Fraktion angehört.

⁴ Heuss sprach am 28. 5. 1950 vor dem Turnerbund in Frankfurt a. M.; B 122, 213.

⁵ Die Bayreuther Wagner-Festspiele finden seit August 1876 statt.

⁶ Bayreuth erhielt vor allem im 18. Jahrhundert den Charakter einer markgräflichen Residenz.

ermangele ich einer inneren Beziehung zu Richard Wagner und dem Hause Wahnfried.⁷

Ich weiß gut genug, daß der Bundespräsident für „repräsentative“ Dinge beansprucht wird und beansprucht werden darf,⁸ die mit seinen persönlichen Neigungen oder Gleichgültigkeiten nichts zu tun haben. Aber es gibt Grenzfälle, bei denen der Mensch sich zu entscheiden hat, ob er mit sich selber im Reinen bleiben will. Ein solcher Grenzfall liegt hier vor.

Sie erwarten von mir keine ästhetische und geistesgeschichtliche Auseinandersetzung mit der These des „Gesamtkunstwerks“,⁹ der ich für meine Person sehr skeptisch gegenüberstehe.¹⁰ Sie wollen auch bitte mich nicht für so töricht halten, daß ich nicht ein lebhaftes Gefühl besäße für die genialen Züge in der Erscheinung von Richard Wagner, von denen ich weiß – auch wenn ich nie beanspruchen konnte und nie beansprucht habe, etwa in den Fragen der Musik eine über das landläufig Banale hinausgehende und in eigener Begabung begründete Auffassung zu besitzen –, dem geistesgeschichtlichen Phänomen, was mit dem Begriff „Haus Wahnfried“ zusammenhängt,¹¹ und zwar nicht erst seit der Situation der zwanziger Jahre und der Folgezeit, stehe ich nach Instinkt und Artung völlig fremd und ablehnend gegenüber. Ich habe nichts dagegen zu erwidern, wenn jemand finden wird, daß sich darin nun eben eine Begrenzung meiner Natur ausdrücke. Ich werde das hinzunehmen wissen.

Seien Sie bitte also mit mir nachsichtig, wenn ich Sie enttäusche. „Die große Werbung für deutsche Kunst und für den Fremdenverkehr“, von der Sie schreiben, wird in Gang gebracht werden können, auch ohne den Bundespräsidenten. Sie wird in Gang gebracht werden müssen sicher ohne den Mann namens Heuss, der die Geschichtsbewertung, der er schon mehr als einmal Ausdruck gegeben hat, nicht in der Amtsfunktion mechanisch untergehen lassen möchte.

⁷ „Wahnfried“ ist der von Richard Wagner zugleich mit dem Festspielhaus errichtete Wohnsitz seiner Familie in Bayreuth. Hitler hielt sich dort als Gast während seiner regelmäßigen Bayreuth-Besuche auf und wurde ein enger Freund Winifred Wagners. Sie – Tochter des völkischen Publizisten Houston Stewart Chamberlain und Witwe des Wagner-Sohnes Siegfried – betrachtete sich als Wahrerin des Wagner-Vermächtnisses und stand dem Nationalsozialismus derart nahe, dass sie nach 1945 die Festspiele nicht mehr leiten durfte; vgl. B. HAMANN, Winifred Wagner.

⁸ Vgl. zu dieser Problematik auch Nr. 23.

⁹ Zentraler Begriff für die Konzeption des Musikdramas bei Richard Wagner, bei dem die einzelnen Künste einem Zweck untergeordnet werden mit der Tendenz, die Grenze zwischen Kunst und Realität aufzuheben; vgl. A. FINGER, Gesamtkunstwerk, S. 49–79.

¹⁰ Vgl. Nr. 83, Nr. 138.

¹¹ Die völkischen, rassistischen und antisemitischen Züge der Libretti im Werk Wagners wie auch von dessen kunsttheoretischen Schriften wurden von den Nationalsozialisten ideologisch und propagandistisch genutzt. Vor allem Hitler erwies Wagner und dem Bayreuther Kreis lebenslang seine persönliche Referenz; zum Verhältnis Hitlers zu Wagner vgl. I. KERSHAW, Hitler, Bd. 1, S. 53; S. FRIEDLÄNDER, Hitler und Wagner.

Richard Wagner braucht mich nicht als Werbepointe; ich selber aber möchte die Distanz, die ich seit Jahrzehnten zu dem Totalphänomen habe, nicht aufgeben.¹²

Mit freundlicher Empfehlung

Theodor Heuss

Nr. 25

An Dr. Hermann Hesperus Erhard, Schwäbisch Gmünd

6. April 1950

BArch, N 1221, 129: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Bemühen, Georg Mendelssohn in der Bundesrepublik einen Arbeitsplatz zu beschaffen; Silbernes Lorbeerblatt als Auszeichnung durch den Bundespräsidenten

Lieber Hesperus²,

es gibt einige Dinge, die ich mit Dir wenigstens zunächst einmal schriftlich behandeln möchte.

Zum einen will ich Dir den Briefwechsel, den ich mit Georg Mendelssohn in Paris gehabt habe, vorlegen. Ich nehme an, daß Dir Mendelssohn, der früher in Hellerau³ lebte und sehr gute Arbeiten gemacht hat, bekannt ist. Er hatte mir nach meiner Wahl einen freundlichen Brief geschrieben und von mir eine freundliche Antwort erhalten.⁴ Der Brief, den ich nun kürzlich von ihm erhielt, zeigt,

¹² Klönne dankte am 17. 4. 1950 dem Bundespräsidenten für dessen ausführliches Schreiben, mit dem er seine Ablehnung begründet habe, und schloss: „Es kommt mir nicht in den Sinn, Sie bekehren zu wollen, aber wenn ich um eines bitten darf: Lehnen Sie im Herzen ab, aber nicht in der Öffentlichkeit. Denn das wäre allerdings geeignet, der Sache zu schaden, die ich aus innerer Überzeugung fördern möchte“; B 122, 2322. – Heuss bezog sich auf sein Schreiben an Klönne, als er in einem Brief an die Gesellschaft der Freunde von Bayreuth vom 10. 4. 1951 erneut eine Einladung nach Bayreuth ablehnte; N 1221, 296; vgl. auch Nr. 87, Nr. 239; Heuss an Seebohm, 27. 2. 1951, in: B 122, 2322.

¹ Absendevermerk vom 6. 5. 1950; weiterer Nachweis: N 1221, 292: ms. Schreiben, Durchschlag; Teilabdruck: E. PIKART, Theodor Heuss, S. 348.

² Erhard war seit der Studentenzeit mit Heuss befreundet; vgl. Heuss an Erhard, 2. 2. 1949, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 466f.

³ Die Gartenstadt Hellerau wurde 1909 bei Dresden nach Ideen des Deutschen Werkbundes von Richard Riemerschmid städteplanerisch angelegt; vgl. H.-J. SARFERT, Hellerau, S. 23–28.; vgl. dazu auch den Artikel aus dem Jahr 1938 über Riemerschmid, in: TH. HEUSS, Politiker, S. 267–271. Mendelssohn gehörte als Gold- und Kunstschmied dem Deutschen Werkbund an und emigrierte 1933 nach Frankreich.

⁴ Mendelssohn an Heuss, 6. 10. 1949; Heuss an Mendelssohn, 14. 19. 1949, beide in: B 122, 2066.

daß er gern nach Deutschland zurückkehren würde.⁵ Aber wohin? Ich nehme an, daß Ihr im Lehrkörper⁶ besetzt seid, hast Du aber eine Ahnung, wohin man ihn evtl. empfehlen könnte? Ich weiß freilich nicht, ob er spezifische Lehrbegabung hat. Die persönliche Erinnerung ist durchaus angenehm, und ich möchte fest glauben, daß er Eurem Gewerbe im großen Umfang genommen eine wertvolle Kraft sein könnte. Ich will auch Professor Wagenfeld im Landesgewerbeamt von diesem Briefwechsel Kenntnis geben. Ich selber bin, wie Du Dir denken kannst, so maßlos stark in Anspruch genommen, daß ich keine Rundschreiben an Kunstgewerbeschulen machen kann, zumal dann die Kultministerien sich beschweren würden über unzulässige Ingerenz.⁷

Einsiedler hat Dir, wie er mir erzählte, von meinen Überlegungen gesprochen, als Ehrengabe des Bundespräsidenten ein einfaches silbernes Lorbeerblatt zu wählen. Ich habe mich bislang um Ehrenpreise fast völlig gedrückt, weil der Dispositionsfonds von DM 60.000 fast völlig aufgefressen wird von individuellen Hilfen zwischen DM 50.- bis DM 200.-,⁸ aber ganz komme ich um die Sache nicht herum. Nun ist es so, daß an sich der Ehrenpreis des Bundespräsidenten ja nach der Rangordnung der pompöseste sein müßte, aber da, wenn ich einmal anfangs, die Inanspruchnahme sehr groß sein wird, kann ich mich gar nicht in die Konkurrenz von Stadtverwaltung, Industriefirmen usw. begeben, denn dann wäre ich sehr bald am Ende meines Lateins. Ein silbernes Lorbeerblatt, auf dessen Rückseite nur einfach ein Datum graviert wird, ist dann etwas wie ein Ersatzorden für Vereine und kann an Turner und Sportler so gut gegeben werden wie an Sänger. Es kann dann den einzelnen Vereinen überlassen bleiben, einen ganzen Lorbeerhain sich zu erstreiten. Ich will aus der Geschichte keine große Sache machen, sondern möchte annehmen, ein ganz leicht stilisiertes, leicht gekrümmtes Lorbeerblatt würde einen gewissen, gerade in seiner Einfachheit schlichten Charakter haben. Natürlich wird jemand sagen können, daß dies nicht gerade industriefördernd ist, wo man eher mit Humpen oder Bowlen oder Schalen rechnet, aber gerade dies kann ich mir nicht leisten, und wenn ich schon dem Preis

⁵ Mendelssohn hatte Heuss am 19. 3. 1950 mitgeteilt, er wünsche, obwohl er „eine geachtete Stellung in Frankreich besitze“, nach Deutschland zu kommen „und an einer Bewegung [Deutscher Werkbund] mit[zuarbeiten]. Hier ist alles dumpfe Hoffnungslosigkeit und Verzicht. Wenn Sie das heutige Frankreich kennennt ...!“ B122, 2066.

⁶ Gemeint ist die Höhere Fachschule für Edelmetalle in Schwäbisch Gmünd. Heuss hatte sich an diese Fachschule gewandt, da ihm zu entsprechenden Fachschulen in Hanau und Pforzheim „die persönlichen Beziehungen“ fehlten; Heuss an Walter Lochmüller, 30. 4. 1950, in: N 1221, 292.

⁷ Lateinisch für „sich in eine fremde Sphäre einmischen“. Heuss bezog sich damit auf die Kulturhoheit der Bundesländer. – Heuss teilte Mendelssohn am 6. 4. 1950 mit, er könne wegen der Kulturhoheit der Länder nicht viel unternehmen, werde sich aber „bei Gelegenheiten [...] erkundigen, wo evtl. eine Lehrstelle offen ist“, und werde auch bei Industriellen nachfragen. Es scheine allerdings die „potente Käuferschicht“ noch zu fehlen; B 122, 2066. Letztlich entschloss sich Mendelssohn, in Frankreich zu bleiben; ebd.

⁸ Vgl. auch Nr. 22, Anm. 3.

des Bundespräsidenten eine gewisse Würde beibringen soll, dann glaube ich, daß diese einheitliche schlichte Entscheidung besser ist, als wenn ich bei den verschiedenen Firmen herumsuchen lasse, was mir für den oder den Zweck geschmacklich angemessen erscheint. Den Gedanken eines Wettbewerbs möchte ich dabei ausscheiden. Man kann ein oder zwei Silberschmieden einmal den Auftrag geben, ein solches Blatt zu machen, was man natürlich dann honoriert. Ich habe den Gedanken einstweilen nur innerhalb des Bundespräsidialamtes behandelt und dem Bundeskanzler davon in einem Gespräch Kenntnis gegeben,⁹ aber ich möchte einmal Deine vertrauensvolle Hilfe und Beratung haben. Ich weiß nicht, ob zurzeit bei Peter Bruckmann¹⁰ jemand ist, der für so etwas in Frage kommt, aber in Eurer Fachschule wird doch für die Frage Sinn vorhanden sein.

Ich lege Dir noch die etwas improvisierte Ansprache bei, die ich kürzlich bei der Messeeröffnung in Frankfurt hielt, mit einer vorbeugenden Pointierung gegen Luxussteuer und dergleichen.¹¹

Ende Mai/Anfang Juni werde ich zum Staatsbesuch in Stuttgart sein. Das Programm liegt im einzelnen noch nicht fest,¹² aber es wäre sehr nett, wenn man sich bei der Gelegenheit wieder sehen würde.

Für meine Frau ist der neue Pflichtenkreis etwas zu umfangreich gewesen, so daß sie zweieinhalb Monate in einem Herzsanatorium sein mußte. Jetzt versucht sie zwischen der Aufgabe und der lädierten Gesundheit das rechte Verhältnis zu finden.

Mit guten Grüßen
wie immer Dein

Th. Heuss

Anlagen

⁹ Ließ sich nicht ermitteln.

¹⁰ Gemeint ist die Heilbronner Silberwarenfabrik „Peter Bruckmann und Söhne“ (gegründet 1805), die von Dietrich Bruckmann geleitet wurde.

¹¹ Heuss hatte am 19. 3. 1950 zur Eröffnung der Frankfurter Frühjahrmesse gesprochen; B 122, 213. Schon im August 1925 hatte sich der Abgeordnete Heuss im Reichstag gegen eine Neufassung der sogenannten Luxussteuer gewandt; RT-Bd. 387, S. 3874.

¹² Heuss sprach anlässlich seines Staatsbesuchs in Württemberg-Baden am 31. 5. 1950 vor dem Kabinett in Stuttgart. Dort hielt er weiterhin Reden am 2. 6. zum Bürgermeistertreffen und am folgenden Tag zur Eröffnung der Gartenschau; B 122, 213.

Nr. 26

An Dr. Paul Schmidt, Tegernsee

9. April 1950

BArch, N 1221, 197: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Se) und ms. gez.¹

Einschätzung der Lebenserinnerungen Paul Schmidts; Verhältnis zu Gustav Stresemann

Verehrter Herr Dr. Schmidt,

freundlichen Dank für die Übersendung² der Neuauflage Ihres Buches.³ Ich habe mich sehr gefreut, daß in einer Zeit, die so viel von der Krise des Buches redet, bereits eine so hohe Auflage erzielt wurde.⁴

Seit etwa 3 Wochen sitze ich nun in der limitierten Zeit, die mir spät abends für Lektüre übrig bleibt, hinter Ihrem Buch, das ich mir aus einem Privatbesitz entliehen hatte, da das Urexemplar noch nicht wieder aufgetaucht ist. Ich habe Sie jetzt bis zur Flottenkonferenz von Ribbentrop nach London begleitet.⁵ Es ist mir beim Lesen wieder vieles in Erinnerung gekommen und mehr noch – vieles deutlicher geworden. Ein Stück wird Ihr Buch wohl auch helfen, daß ich Stresemann, zu dem ich bei allen Begegnungen nie ein innerliches Verhältnis gewonnen hatte, freundlicher beurteile. Seine staatspolitischen Verdienste sind mir ja immer gegenwärtig gewesen, aber menschlich war er mir sehr fremd geblieben.⁶

Mit dankbaren Grüßen

Ihr ergebener

Th. H.

¹ Undatierter Absendevermerk; weiterer Nachweis: N 1221, 292: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Im Anschreiben vom 7. 4. 1950 hatte Schmidt „für den schönen Abend“ gedankt, den seine Frau und er im Februar auf der Godesberger Viktorshöhe verbracht hatten; N 1221, 197.

³ PAUL SCHMIDT: Statist auf diplomatischer Bühne 1923–1945. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas, Bonn ²1950 (erste Auflage 1949).

⁴ Die zweite Auflage erreichte eine Höhe von 56.–66. Tausend.

⁵ Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien vom 18. 6. 1935 über den beiderseitigen Flottenbau im Verhältnis 35:100, über den U-Bootbau im Verhältnis 45:100. Damit hatte Großbritannien der einseitig verkündeten deutschen Aufrüstung und dem Bruch des Versailler Vertrages nachgegeben. Hitlers damaliger außenpolitischer Berater Joachim von Ribbentrop war 1935 als Sonderbotschafter zum Abschluss des Flottenabkommens nach London entsandt worden; vgl. R. F. SCHMIDT, Außenpolitik, S. 183–185.

⁶ Seine Abneigung gegen Stresemann brachte Heuss bereits in den Jahren der Weimarer Republik wiederholt zum Ausdruck und behielt sie zeit seines Lebens bei. U. a. warf er ihm seine Beteiligung am Sturz des Reichskanzlers Theobald von Bethmann-Hollwegs 1917 wie auch seine anfängliche Distanz zur Weimarer Reichsverfassung vor; vgl. auch Nr. 151; TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 272–274; DERS., Tagebuchbriefe, S. 182f; DERS., Politiker, S. 148–152.

Nr. 27

An August Haußleiter, Mitglied des Bayerischen Landtags, Neudrossenfeld, Landkreis Kulmbach

17. April 1950

BArch, B 122, 2154: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Zurückweisung von Kritik am Bundespräsidenten

Sehr geehrter Herr Haußleiter,²

aus Würzburg bekam ich dieser Tage einen empörten Brief,³ den mir ein völlig unbekannter Mann sandte, in dem er schrieb, daß Sie kürzlich im Studentenhaus des⁴ Asta gesprochen haben und sich dabei auch politisch mit meiner Person befaßten, so daß es zu Pfui-Rufen, und zwar nicht gegen Sie, sondern gegen mich gekommen sei.

Das sind nun die Dinge, die mich persönlich weiter nicht sehr berühren. Ich habe bei den zwei oder drei Gelegenheiten, da ich Sie reden hörte, einen hinlänglich starken Eindruck von Ihrer rednerischen Fähigkeit erhalten und kann mir schon vorstellen, daß Sie in einer Versammlung von jungen Menschen allerhand fertig bringen, aber ich möchte Ihnen den Rat geben, sich die Sache doch nicht zu billig zu machen und unter Ihrem allgemeinen Niveau nicht allzu anspruchslos zu werden. Überlassen Sie es doch, falls Sie Respekt erwarten, anderen Leuten zu erzählen, daß ich ein „Schloß“ bewohne, denn Sie könnten sich ja einmal erkundigt haben, daß ich in einem Eisenbahnererholungsheim mit dem ganzen Amt untergekommen bin, daß alle meine Mitarbeiter in ihrer Arbeitsstube schlafen und daß die 3 Wohnzimmer, die ich als Privatmann bevölkere, mir nicht einmal erlauben, meine Bücher aufzustellen.⁵ Irgendwann freilich werde ich ein

¹ Az. I/2/10; Absendevermerk vom 17. 4. 1950. Über dem Schreiben hs. Vermerk mit Paraphe: „zurückgekommen. An Bayr. Landtag gesandt 22. 4. 50“; in gleicher Hs.: „Betr. Fürstenberg“; weitere Nachweise: N 1221, 292 und AdL, N 1, 3023: ms. Schreiben, Durchschlag; Abdruck: TH. HEUSS, Lieber Dehler, S. 39f. Heuss leitete Bundesjustizminister Dehler, der ihn mit Haußleiter bekannt gemacht hatte, am 18. 4. 1950 einen Durchschlag des Schreibens zu: „Es scheint, daß der Mann sich jetzt zum Bundesdemagogen weiterentwickelt“; N 1221, 292.

² In der Vorlage auch im folgenden: „Hausleiter“.

³ Ließ sich nicht ermitteln.

⁴ In der Vorlage: „der“.

⁵ An Boguslaw Dohrn hatte Heuss am 27. 9. 1949 über die Unterbringung auf der Viktorshöhe in Bad Godesberg geschrieben, dass man „einen unvergleich[lich] schönen Blick auf das Siebengebirge hat; gar nicht kitschig. Sonst leben wir in dem Eisenbahnerheim in einer 3-Zimmer-Wohnung, mit geliehenen Möbeln. [...] Hier ist das ganze Haus, mit Ausnahme des Parterres, in dem Empfangsräume sind, Büro und zwar so, daß eine Anzahl der Beamten das Bett gleich in ihrem Arbeitszimmer stehen hat. Wir spielen also nicht 1.000 und 1 Nacht“; N 1221, 124; vgl. auch Heuss an Karl Kuhn, 21. 9. 1949, in: TH. HEUSS, Hochverehrter Herr Bundespräsident, S. 76.

Haus in Bonn beziehen müssen, das architektonisch greulich genug ist,⁶ aber auch das wird kein Schloß sein.

Sie haben den Studenten offenbar erzählt, wenn Haußleiter Heuss wäre, so würde er in einer Baracke wohnen. Leider glaubt Heuss dies dem Haußleiter nicht, denn der Heuss hat von dem Haußleiter bei den Begegnungen nie den Eindruck bekommen, einen puritanischen Asketen vor sich zu haben, bis jetzt auch nicht einen raunzenden Spießbürger, sondern einen ganz vergnüglichen, genüßlichen Menschen, mit einer netten Schlagseite zum Bohemehaften. Was sind das für Sprüche mit der Baracke!

Sollte auch die Nachricht stimmen, daß Sie sich über die langen Kerls meiner sogenannten Begleitmannschaft aufregen, dann kann ich, verzeihen Sie, nur sagen, daß das subaltern wie unorientiert ist. Auf die Zusammensetzung der paar Leute, die ich selber gar nicht für notwendig halte, die aber nun einmal immer bei Ämtern wie meinem vorhanden sind, habe ich rechtlich nicht den geringsten Einfluß und tatsächlich nie den geringsten genommen. Das sind einige zu Nordrhein-Westfalen gehörige und vom dortigen Innenministerium hierher abgestellte Polizeiwachtmeister.

Entschuldigen Sie, daß ich Ihnen so ausführlich antworte, aber bei unseren bisherigen Begegnungen hatte ich die Empfindung, daß, auch wenn wir wohl diese und jene Frage politisch verschieden sahen und unsere Temperamente nicht gleicher Art sind, daß eine selbstverständliche Honorigkeit zwischen uns vorhanden [war]. Ich kann Ihnen die Redepointen Ihrer kommenden Auseinandersetzungen nicht vorschreiben wollen, aber vielleicht überlegen Sie es sich, ob Sie nicht Ihre Argumente so wählen, daß gewisse peinliche Erinnerungen an Dinge, die wir vor 20–25 Jahren schon einmal gehabt haben,⁷ vermieden bleiben.⁸

Mit freundlichem Gruß

Th. Heuss

⁶ An den Architekten Alfred Fischer-Essen schrieb Heuss am 30. 12. 1950 über den künftigen „Wohn- und Bürositz des Bundespräsidenten“: „Ich komme in den furchtbaren Kasten – die sogenannte Villa Hammerschmidt, von der ich am liebsten erst einige Türmchen mit Artillerie abschießen lassen möchte. Der Grundriß, den wir erst vor etwa 14 Tagen einmal besehen konnten, da kürzlich erst der belgische General herausging, ist für uns denkbar ungeschickt. Die Bauabteilung des Finanzministeriums macht einstweilen Vorschläge, wo Änderungen ohne große Kosten möglich sind“; N 1221, 131; E. PIKART, Theodor Heuss, S. 312.

⁷ Heuss bezog sich auf die Angriffe antidemokratischer Staats- und Verfassungsfeinde auf die Weimarer Republik und ihre Verfassungsorgane, vor allem auf den Reichspräsidenten Ebert.

⁸ In seinem Antwortschreiben vom 27. 4. 1950 erinnerte Haußleiter an politische Gespräche bei Begegnungen mit Heuss in St. Goar und Überlingen und hob hervor, dass die Bundesrepublik ein von Heuss repräsentiertes Provisorium sei und dass es das Amt des Bundespräsidenten nie hätte geben dürfen: „So greife ich nicht den Menschen Heuss, aber ich greife sein Amt an.“ Er sei ein Gegner des „staatlichen Gebildes“, das er als „Notorganisation“ betrachte und gegen dessen Symbole er sich wende. Durch seine Auffassungen sei er in Gegensatz zu Personen geraten, die er geschätzt habe; B 122, 2154.

Nr. 28

An Franz Blücher, Vorsitzender der FDP, [Bonn/Essen-Bredene]y]

28. April 1950

AdL, A1-4: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Absage, am Bundesparteitag der FDP in Düsseldorf teilzunehmen; Übersendung eines Grußwortes

Lieber Blücher,

darf ich Sie bitten, den in Düsseldorf versammelten Freunden² meine guten Grüße und meine herzlichen Wünsche zu übermitteln.

Das Amt, in das ich vom Schicksal gestellt wurde, hat der unmittelbaren Teilnahme an den parteipolitischen Beratungen und Entscheidungen ein Ende gesetzt³ – das wird von manchem bedauert, von jedem verstanden. Das Amt konnte aber nicht den Sinn und die Wirkung haben – und sollte dies auch gewiß nicht –, ein gewachsenes Menschentum von den geistig-seelischen Kräften, die sein Werden genährt haben, zu lösen. Denn seine „Neutralität“ würde dann zu einer beziehungsarmen und unverbindlichen Farblosigkeit, die niemand wünschen kann. Das Amt gehört keiner Partei, sondern dem Staate und der vaterländischen Gemeinschaft. Das Grußwort⁴ aber will ein Bekenntnis sein zu der geistigen Herkunft und ein Dank an den Menschenkreis, in dessen Mitte, suchend, ratend und handelnd, das eigene Leben sich gestaltet hat.

So bleibe ich Euch sonderlich verbunden.

Euer

Theodor Heuss

¹ Weitere Nachweise: AdL, N 14, 52 und BArch, N 1080, 101: ms. Schreiben, Abschrift; N 1221, 63 und 292: ms. Schreiben, Durchschlag.

² In Düsseldorf fand vom 29. bis 30. 4. 1950 der Bundesparteitag der FDP statt, auf dem die Delegierten Blücher zum Vorsitzenden wählten.

³ Vgl. Nr. 2.

⁴ Dieses Schreiben von Heuss an Blücher wurde als Grußwort auf dem Parteitag verlesen; AdL, A1-9.

Nr. 29

An Prof. Willi Baumeister, Stuttgart

5. Mai 1950

BArch, B 122, 534: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Auseinandersetzung über Wilhelm Hausensteins Kunstauffassung im Zusammenhang mit seiner Ernennung zum deutschen Generalkonsul in Paris

Sehr geehrter Herr Professor Baumeister,

Ihren Protest gegen den Plan, Wilhelm Hausenstein als deutschen Generalkonsul nach Paris zu senden, habe ich erhalten² – er hat mich einigermaßen erstaunt, und, wenn Sie mir das nicht übelnehmen, sogar etwas erheitert.

Erstaunt um deswillen, weil ein Protest aus Künstlerkreisen am wenigsten erwartet werden durfte, wenn ein „homme de lettres“ mit dem Vertrauen des Staates bedacht wurde, erheitert wegen des so eng genommenen Blickfeldes, eine staatspolitische Entscheidung aus der Perspektive einer umgrenzten Kunstanschauung zu beurteilen.

Ich muß Ihnen zunächst gestehen, daß ich noch nie etwas mit dem Begriff der „modernen Kunst“ habe anfangen können, der Ihren Brief durchwaltet – vielleicht liegt das daran, daß in meinem Vaterhaus eine großformatige Monatschrift „Moderne Kunst“ gelesen wurde, die nach meiner Erinnerung die gewissenhafte Ansammlung von gängigen Non valeurs war. Daß Hausenstein in seinem von Ihnen zitierten Buch „Was bedeutet die moderne Kunst“³ den Begriff selber verwandte, empfinde ich als eine Schwäche. Wo scheidet sich modern von modisch? Wahre Kunst aber hat die Kraft ewiger Gegenwärtigkeit – das Urteil über unsere Epoche steht bei unseren Enkeln.

¹ Az. II/4/28/50; Absendevermerk vom 5. 5. 1950; Druck: Die Neue Zeitung, Nr. 110, 10. 5. 1950, S. 2.

² Baumeister hatte gegen Hausensteins Ernennung protestiert, da durch dessen Gegnerschaft gegen moderne Kunst, die dieser in einem Buch vor wenigen Monaten dokumentiert habe, den aufkommenden Beziehungen zwischen deutschen und französischen modernen Künstlern geschadet werde. Die Bundesregierung beachte solche Kontakte nicht, sie würden „beiseite geschoben oder als unerwünscht betrachtet“. Hausenstein könne „als Hauptgegner der modernen Kunst“ keine entsprechenden Ausstellungen in Paris eröffnen und sei ungeeignet als Ansprechpartner für deutsche Künstler. Die Bundesregierung habe sich bereits „bei der Ausschmückung des Bundesgebäudes nicht der modernen deutschen Kunst geneigt gezeigt“ und sei „jetzt wieder im Begriff – in einer vielleicht noch wichtigeren Angelegenheit –, einen Bock zum Gärtner zu machen“; Baumeister an Heuss, 27. 4. 1950, in: B 122, 534; vgl. auch U. LAPPENKÜPER, Wilhelm Hausenstein, S. 640; zu Hausenstein, der als Seiteneinsteiger in den Auswärtigen Dienst eintrat, vgl. auch E. CONZE u. a., Amt, S. 459–461.

³ WILHELM HAUSENSTEIN: Was bedeutet die moderne Kunst. Ein Wort der Besinnung, Leutstetten 1949.

Ich kenne Hausensteins Buch – ich finde darin einiges sehr richtig gesehen, einige Erscheinungen, die ich für wesentlich halte, fehlen bei der Würdigung der Situation fast ganz, so Kokoschka, den ich für die bedeutendste Erscheinung halte⁴ – für mich, der ich mit Hausenstein seit dem Beginn der Studienzeit vertraut bin,⁵ ist dies Buch ein nobler Beitrag zu seiner Autobiographie. Er wollte, wenn ich die Motive zu dieser Schrift richtig deute, die kritische Inventur und Revision seiner Lebensarbeit selber vornehmen – das ist ein, wenn ich richtig sehe, bei Schriftstellern und Publizisten verhältnismäßig seltenes Verfahren. Es fordert, wie mir scheint, menschlichen Respekt.

Es kann nicht der Sinn dieser meiner Antwort sein, über die Problematik der bildenden Kunst in dieser Zeit zu handeln, über die Begrenztheiten einer gegenständlichen wie einer abstrakten Malerei, über die objektiven Gegebenheiten und die subjektiven Programme, über das Maßstäbliche, das nie aus der Firmierung einer Richtung, sondern nur aus dem überzeugenden Vermögen genommen werden sollte – mit dem Problem des deutschen Generalkonsuls in Paris hat das gar nichts zu tun. Es würde mir ungeschickt vorkommen, Ihnen ein Plädoyer für Hausenstein zu schreiben, um den Plan der Bundesregierung, der meine volle Zustimmung besitzt, zu verteidigen oder zu rechtfertigen. Ob ich in Gefahr komme, von Ihnen nun bei den Banausen abgelegt zu werden, weiß ich nicht – ich müßte es zu tragen versuchen. Aber Ihre Bemerkung, man stünde im Begriff, „den Bock zum Gärtner zu machen“, ist doch arg daneben gehauen, sie ist, verzeihen Sie, fast philiströs, weil sie eine schier groteske Verengung des Blickfeldes zeigt. Welche hervorragende Bedeutung der künstlerischen Wechselbeziehung zwischen Frankreich und Deutschland zukommt, brauchen Sie gerade mir ja nicht deutlich zu machen – aber eine zur Polemik geneigte Eingesponnenheit muß Ihnen das Gefühl für die Gewichte verdorben haben.⁶

Mit freundlichem Gruß

Th. Heuss

PS Diese Antwort war schon diktiert, als ich sah, daß Sie Ihr Schreiben an mich als einen „offenen Brief“ betrachten und daß Sie ihn der „Neuen Zeitung“ übergaben.⁷

⁴ Zur Wertschätzung Kokoschkas durch Heuss vgl. Nr. 56; vgl. auch TH. HEUSS, Tagebuchbriefe, S. 182; E. PIKART, Theodor Heuss, S. 339.

⁵ Hausenstein war ein Studienfreund von Heuss, der ihn 1906 in Paris besuchte; vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 130–132; DERS., Würdigungen, S. 300–307; Hausensteins Bericht über die frühen Jahre der Freundschaft mit Heuss und dessen Pariser Besuch in: H. BOTT / H. LEINS, Begegnungen, S. 274–280.

⁶ Vgl. zu Heuss' Kunstauffassung den Brief an Otto Speidel vom 14. 11. 1952, in dem er sich auch auf das Schreiben an Baumeister beruft; N 1221, 307.

⁷ In der „Neuen Zeitung“ wurde in einem Leitartikel über Hausenstein und in einer Kulturmeldung auf den offenen Brief Baumeisters eingegangen, den dieser dem Blatt übergeben hatte, der aber nicht im Wortlaut abgedruckt wurde; Die Neue Zeitung, Nr. 104, 3. 5. 1950, S. 2f.

Verständlich ist mir dies Verfahren nicht. Wollten Sie aus dem Vorgang eine cause célèbre machen oder sich eine Art von Alibi sichern: „ich habe rechtzeitig gewarnt“? Darüber muß ich mich nun besinnen.⁸

Nr. 30

An den Bundeskanzler und die Bundesminister,¹ Bonn

[11. Mai 1950]

BArch, B 122, 2153: ms. Schreiben, Durchschlag, ohne Anrede; Kopfbogen: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“²

Organisationsgewalt des Bundespräsidenten

Betrifft: Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Bundesministerien.

Die Vorlage des Herrn Bundeskanzlers an die Herren Bundesminister über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Bundesministerien vom 25. April 1950 – BK 1545/50 –³ ist geeignet, zu Mißverständnissen Anlaß zu geben. Ich lege deshalb Wert darauf, folgendes festzustellen:

1.) Der Herr Bundeskanzler erhebt in seiner Kabinettsvorlage den Anspruch, Träger der Organisationsgewalt in der Bundesrepublik Deutschland zu sein,⁴ und zieht daraus die Folgerung, daß er im Falle von Meinungsverschiedenheiten über den Umfang des Geschäftsbereichs eines Bundesministeriums die Entscheidung zu treffen habe. Dieser Rechtsauffassung vermag ich mich aus grundsätzlicher Erwägung nicht anzuschließen. Vielmehr muß ich grundsätzlich für den Bundespräsidenten das Recht in Anspruch nehmen, Träger staatlicher Organisationsgewalt zu sein.⁵

⁸ Heuss überließ sein Schreiben an Baumeister der „Neuen Zeitung“, die es abdruckte; wie Anm. 1. Gegenüber Hausenstein, dem er den Brief an Baumeister ebenfalls zukommen ließ, merkte Heuss an, dass er Baumeister auf einer Ausstellung in München zu verstehen gegeben habe, „daß er ein Esel sei“; Heuss an Hausenstein, 9. 5. 1950, in: N 1221, 292. In seiner Erwiderung vom 12. 5. 1950 bekräftigte Baumeister seine Kritik an Hausenstein, dem „die Kunst als Wetzstein und Prügelknabe figuriert“ und der in „sanften Phraseologien“ seine „Giftpillen“ streue; B 122, 534.

¹ In der Anschrift werden alle Ressorts der Bundesminister aufgezählt.

² Az. I/8/04; Paraphe von Klaiber vom 11. 5. 1950; am Ende des Schreibens Paraphe des Regierungsoberinspektors zur Beglaubigung; weiterer Nachweis: B 122, 2153: ms. Schreiben, hs. korrigierter Entwurf.

³ In: B 122, 2153.

⁴ Bei der Organisationsgewalt handelt es sich um das Recht zur Schaffung, Zusammenlegung und Zuständigkeitsregelung der Bundesministerien.

⁵ Schon im Oktober 1949 hatte der Chef des Bundespräsidialamtes Klaiber gegenüber Bundesjustizminister Dehler die Auffassung vertreten, dass die Organisation und Bezeichnung der Bundes-

In der Vorlage des Bundeskanzlers vom 25. April 1950⁶ wird zutreffend darauf hingewiesen, daß unter der Weimarer Verfassung der Reichspräsident Träger der Organisationsgewalt war.⁷ Das Grundgesetz darf nun nicht als ein Verfassungswerk betrachtet werden, das isoliert in sich selbst ruht; vielmehr steht das Grundgesetz in der Tradition des deutschen Staatsrechts, so daß in Zweifelsfällen die Vermutung für eine Weitergeltung überkommener Rechtssätze und Rechtsbegriffe spricht. Es kann zwar nicht übersehen werden, daß zwischen dem Reichspräsidenten der Weimarer Verfassung und dem Bundespräsidenten des Grundgesetzes Unterschiede bestehen. Gewiß hat das Grundgesetz dem Bundespräsidenten eine schwächere Stellung gegeben, als sie der Reichspräsident gehabt hat.⁸ Die von dem Bundeskanzler in der Kabinettsvorlage hervorgehobenen Bestimmungen treffen jedoch nicht den Wesenskern der Figur des republikanischen Staatsoberhauptes deutscher Prägung. Indem der Parlamentarische Rat ein Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland schuf, übernahm er damit einen Komplex von Normen und Gepflogenheiten, die in der staatsrechtlichen Entwicklung Deutschlands zu Attributen des Staatsoberhauptes geworden sind, ohne daß es erforderlich war, alle diesem republikanischen Staatsoberhaupt zukommenden Kompetenzen, Prärogativen und Attribute im einzelnen aufzuzählen. Dies kann nur insofern nicht gelten, als das eine oder andere dieser herkömmlichen Attribute in einem offen-

ministerien entsprechend eines Erlasses von 1919 beim Staatsoberhaupt lägen. Dehler hingegen betonte in einer Stellungnahme, dass aufgrund der im Grundgesetz festgelegten starken Stellung der Bundesregierung die Organisationsgewalt bei dieser sei. Daraufhin ließ das Bundespräsidialamt ein Rechtsgutachten beim Staatsrechtler Richard Thoma anfertigen, das zu dem Schluss kam, dass die Organisationsgewalt dem Bundespräsidenten zukomme und lediglich der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers bedürfte. Auf Grundlage dieses Gutachtens beharrte Klaiber gegenüber Dehler auf die Organisationskompetenz des Bundespräsidenten. Dagegen wandte sich Adenauers Rundschreiben an die Bundesminister vom 25. 4. 1950, in dem die alleinige Organisationsgewalt für den Bundeskanzler beansprucht wurde; vgl. U. WENGST, Staatsaufbau, S. 277f.

⁶ Wie Anm. 3.

⁷ Erlaß, betreffend die Errichtung und Bezeichnung der Obersten Reichsbehörden, 21. 3. 1919, unterzeichnet von Reichspräsident Ebert und Reichsinnenminister Philipp Scheidemann, in: RGBl. 1919 I, S. 327f.

⁸ Adenauer hatte in der Kabinettsvorlage auf die veränderte Stellung des Bundespräsidenten verwiesen: „Die Stellung des Bundespräsidenten ist im wesentlichen repräsentativer Natur und damit gegenüber früher gemindert, während die Stellung der Bundesregierung und vor allem des Bundeskanzlers eine Stärkung erfahren hat.“ Adenauer betonte, dass der Kanzler nicht mehr vom Reichspräsidenten ernannt, sondern vom Bundestag gewählt werde. Zudem schlage der Kanzler die Bundesminister vor, deren Ernennung durch den Bundespräsidenten nur noch einen „Formalakt“ darstelle. In der Auswahl der Minister sei der Kanzler frei, da die Minister nicht mehr das Vertrauen des Parlaments bedürften. „Da somit in tatsächlicher Hinsicht der Bundeskanzler die Bundesminister beruft, wird durch ihn auch ihre Zahl und ihr Aufgabengebiet bestimmt.“ Weil die Errichtung oder Auflösung von Ministerien eine „wichtige politische Entscheidung darstellt“, falle sie unter die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers. Daraus folgerte Adenauer, „daß dem Bundeskanzler ein überragender Einfluß auf die Organisation der Bundesregierung zukommt, so daß er in nunmehr als Träger der Organisationsgewalt anzusehen ist.“ Wie Anm. 3.

sichtlichen Widerspruch zu ausdrücklichen Bestimmungen oder Grundprinzipien des Grundgesetzes steht.

Zur Begründung im einzelnen verweise ich auf das Rechtsgutachten des Geheimrats Prof. Dr. Richard Thoma⁹ vom 7. Dezember 1949, von dem ich eine Abschrift beilege.¹⁰

2.) Die staatliche Organisationsgewalt war niemals eine Einheit. Inwieweit den Obersten Bundesorganen Organisationsgewalt zukommt, ergibt sich aus ihrer besonderen Stellung und ihren Aufgaben in der verfassungsmäßigen Ordnung des Staates. So besitzen Bundestag und Bundesrat zweifellos Organisationsgewalt zur Regelung ihrer internen Verhältnisse, ohne daß dies irgendwie ausdrücklich normiert zu sein braucht. Ebenso unzweifelhaft steht dem Bundespräsidenten als dem höchsten Repräsentanten des Staates die Organisationsgewalt hinsichtlich der Bestimmung aller Einrichtungen zu, die der Repräsentation dieses Staates dienen, insbesondere die Bestimmung der Staatssymbole (Flaggen, Wappen, Siegel, Nationalhymne usw.). Diese Kompetenz des Bundespräsidenten ist durch die Bekanntmachung betr. das Bundeswappen und den Bundesadler sowie den Erlaß über die Dienstsiegel, beide vom 20. Januar 1950,¹¹ ausdrücklich bestätigt worden.

Auch der Bundesregierung als Verfassungsorgan steht in gewissem Umfang ein Teil staatlicher Organisationsgewalt zu. Sie ist als Trägerin der Exekutive für das technische Funktionieren ihrer Arbeit verantwortlich und muß deshalb auch berechtigt sein, über die dazu erforderlichen organisatorischen Maßnahmen zu bestimmen.¹² Ob *diese* Organisationsgewalt der Bundesregierung als Kollegium oder dem Bundeskanzler zukommt, mag innerhalb der Bundesregierung behandelt werden.¹³

3.) Aus diesen Überlegungen folgt, daß ich es der *Bundesregierung*¹⁴ überlasse, die Frage der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Bundesministerien zu klären.

4.) Der Bundeskanzler hat in seiner Kabinettsvorlage zur Begründung seiner Rechtsauffassung u. a. ausgeführt, daß die Ernennung der Bundesminister durch den Bundespräsidenten nur einen Formalakt darstelle.¹⁵ Hierzu muß ich bemer-

⁹ Von hier bis zum Ende des Absatzes linke Randanstreichung.

¹⁰ Rechtsgutachten von Prof. Dr. Richard Thoma, Bonn, über die Fragen, ob und in welcher Begrenzung dem Bundespräsidenten die Organisationsgewalt und die Befugnis der Bestimmung einer Nationalhymne vorbehalten sind, 7. 12. 1949, in: B 122, 2153.

¹¹ BGBl., 1. 2. 1950, Nr. 6, S. 26.

¹² Von hier bis zum Ende des Absatzes linke Randanstreichung.

¹³ In der Geschäftsordnung der Bundesregierung vom 11. 5. 1951, die gemäß Art. 65 GG von der Bundesregierung beschlossen und vom Bundespräsidenten genehmigt wurde, ist die Organisationsgewalt des Bundeskanzlers festgelegt. Dort heißt es im § 9: „Der Geschäftsbereich der einzelnen Bundesminister wird in den Grundzügen durch den Bundeskanzler festgelegt.“

¹⁴ Von hier bis zum Ende des Absatzes linke Randanstreichung.

¹⁵ Vgl. Anm. 8.

ken, daß diese Ansicht keinesfalls unbestritten ist, und verweise insoweit auf die Abhandlung des Prof. *Nawiasky*: „Der Einfluß des Bundespräsidenten auf Bildung und Bestand der Bundesregierung“ in der Zeitschrift: „Die öffentliche Verwaltung 1950“, Seite 161, 162.¹⁶

Theodor *Heuss*

I Anlage

Nr. 31

An Dr. Dr. Otto Dibelius, Berlin-Dahlem

11. Mai 1950

FA Heuss, Basel: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Glückwünsche zum 70. Geburtstag; Verhältnis zur Familie Heuss; Zusendung des Buches „Deutsche Gestalten“

Verehrter, lieber Herr Dr. Dibelius,

darf ich Ihnen zu Ihrem 70. Geburtstag² meine herzlichen und aufrichtigen Glückwünsche übersenden. Diese haben eine teils persönliche, teils amtliche Färbung. Ich empfinde es als eine schöne Fügung, daß, nachdem uns das Schicksal beide in sichtbare und bedeutende Aufgaben gestellt hat,³ seit Jahrzehnten eine Bindung zwischen uns ist, die nicht nur in der gemeindlichen Mitarbeit meiner Frau aus der Zeit des „Heilsbronn“ ihren Ausdruck fand,⁴ sondern auch darin, daß Sie unseren Sohn konfirmiert und getraut haben.⁵ Dieser, wenn sie so wollen, fami-

¹⁶ HANS NAWIASKY: Der Einfluß des Bundespräsidenten auf Bildung und Bestand der Bundesregierung, in: Die öffentliche Verwaltung. Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik 5, März 1950, H. 6, S. 161–163.

¹ Absendevermerk vom 11. 5. 1950; weiterer Nachweis: N 1221, 122: ms. Schreiben, Durchschlag.

² 15. 5. 1950.

³ Im Jahr 1925 war Dibelius im Brandenburgischen Konsistorium Generalsuperintendent für die Kurmark geworden, nach dem Zweiten Weltkrieg Bischof der Evangelischen Landeskirche von Berlin-Brandenburg.

⁴ Heuss-Knapp beteiligte sich seit Anfang der zwanziger Jahre an der sozialen Gemeindearbeit der Berliner Kirche „Zum Heilsbronn“ in Schöneberg, deren Pfarrer Dibelius war; vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 260f, 373; E. HEUSS-KNAPP, Bürgerin, S. 185.

⁵ Die Konfirmation fand um 1925, die Trauung mit Hanne Elsas am 4. 8. 1945 statt. – Heuss legte am 11. 5. 1950 Sohn und Schwiegertochter nahe, gleichfalls Dibelius zu gratulieren; FA Heuss, Basel.

liäre Akzent geht über in die quasi-amtliche Gratulation, die aber nun nicht ins Steif-Offizielle geraten mag. Der Bundespräsident weiß gewiß um die ungeheure Verantwortung, die Sie selber empfinden, da Ihre Stellung eine der wenigen Positionen gesamtdeutscher Wirkmöglichkeiten geblieben ist.⁶ Er weiß auch darum, wie Sie diese Stellung mit Weisheit und Mut halten und verwalten. Für Ihr eigenes Denken ist ja das Verhältnis Staat und Kirche immer ein zentrales Problem gewesen,⁷ nun stehen Sie in einer Aufgabe, die ihren politischen Charakter ganz anderer Breite und Aktualität erhalten hat, als ihn irgendetwas erdenken konnte, als Sie vor ein paar Jahrzehnten in Ihrem Buch über das Jahrhundert der Kirche eine Revision der deutschen Geschichtsbegebenheiten auf dem Weg sahen.⁸

Mit dem Glückwunsch für Ihre Arbeit verbinde ich den persönlichen Dank für die starken Anregungen, die für die eigene Entwicklung und Urteilsbildung sich aus dem Gespräch mit Ihrer Lebensleistung ergeben haben.

Ich darf Ihnen als bescheidenen Gruß einen vor einiger Zeit erschienenen Sammelband „Deutsche Gestalten“ zusenden.⁹ Es mag die eine oder andere Figur, die ich darin zu zeichnen versuchte, Ihr Interesse finden.

Mit herzlichem Gruß und Empfehlungen an Ihre Gattin
Ihr ergebener

Th. Heuss

⁶ Bis zum 13. August 1961 hatte Dibelius die Möglichkeit, in den brandenburgischen Teil des Bistums einzureisen.

⁷ Dibelius, in der Weimarer Republik Mitglied der DNVP und 1945/46 in die CDU eingetreten, setzte sich für eine weitgehende rechtliche Eigenständigkeit der Kirche gegenüber staatlichen Ansprüchen ein. Zwar hielt er am 21. 3. 1933, am „Tag von Potsdam“, den Gottesdienst zur Eröffnung des Reichstages, geriet dann aber in Gegensatz zum NS-Staat und wurde noch im Juni zwangsweise beurlaubt. Am 7. 9. 1949 hielt er den Festgottesdienst zum Zusammentritt des ersten Deutschen Bundestages; vgl. R. STUPPERICH, Otto Dibelius.

⁸ OTTO DIBELIUS: Das Jahrhundert der Kirche. Geschichte, Betrachtung, Umschau und Ziele, Berlin 1926.

⁹ THEODOR HEUSS: Deutsche Gestalten. Studien zum 19. Jahrhundert, Stuttgart/Tübingen 1947.

Nr. 32

An André François-Poncet, Hoher Kommissar der Französischen Republik in Deutschland, Bonn

7. Juni 1950

BArch, N 1221, 292: ms. Schreiben, Durchschlag; ms. Briefkopf: „B[undes]P[äsident]“
Vergessener Brief an und Sentenz von André François-Poncet; Besuch in Tübingen

Verehrte Exzellenz,

als ich heute von der Reise nach Württemberg zurückkehrte¹ und den Wust der Papiere, die sich auch unterwegs angesammelt hatten, ein wenig lockerte, fand ich mit leichtem Schrecken, daß darunter auch ein an Sie gerichteter Brief enthalten war. Ich konnte mir den Vorgang so rekonstruieren: An dem Abend der deutsch-französischen Begegnung im Kursaal in Cannstatt schrieben Sie mir auf das Kuvert die reizende Sentenz

Reinhard² war holder,
Reinhold³ ist härter.

Ich steckte mir den Zettel ein, um die Pointe an den noch Lebenden weiterzugeben.⁴ Jetzt auf einmal merke ich, daß in dem geöffneten Kuvert noch ein an Sie gerichteter Brief enthalten ist, was ich in Stuttgart, das Papier in die Tasche steckend, übersehen hatte. Ich bitte Sie sehr, dies zu entschuldigen, und möchte nur hoffen, daß Sie den Brief inzwischen nicht vermißt haben.

Diese meine letzte Staatsreise hat in Tübingen mit einer Kundgebung auf dem Marktplatz einen sehr schönen Ausklang gefunden.⁵ Ich möchte hoffen dürfen, daß auch für Sie die mannigfachen Begegnungen und anekdotischen Erlebnisse

¹ Heuss stattete zwischen dem 31. 5. und 5. 6. 1950 Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern seine Antrittsbesuche ab und hielt in Stuttgart und Tübingen Reden zu verschiedenen Anlässen; vgl. Redenkalender, in: N 1221, 684.

² Der französische Diplomat und Pair von Frankreich, Karl Friedrich Reinhard (1761– 1837). Heuss hatte über ihn einen Aufsatz geschrieben; THEODOR HEUSS: Tübingens Geschenk an Frankreich. Zu K. F. Reinhard's 100. Todestag, in: Frankfurter Zeitung, 23. 12. 1937, abgedruckt in: DERS., Schattenbeschwörung, S. 67–80.

³ Reinhold Maier, Ministerpräsident von Württemberg-Baden.

⁴ Heuss schickte Reinhold Maier am 8. 6. 1950 die Sentenz. François-Poncet habe sie niedergeschrieben, als Heuss Maier „den zweiten großen Staatsmann von Schorndorf nannte“. Reinhard und Maier stammten aus Schorndorf. Die Notiz zeige, daß François-Poncet ein sehr starkes unmittelbares Sprachgefühl besitzt“; N 1221, 69. In geringfügig veränderter Form ist dieser Vorgang wiedergegeben in: H. FRIELINGHAUS-HEUSS, Heuss-Anekdoten, S. 66f; vgl. außerdem R. MAIER, Erinnerungen, S. 113.

⁵ Vgl. hierzu Heuss an Maier, 8. 6. 1950, in: N 1221, 69; Heuss an Theodor Eschenburg, 16. 6. 1950, in: 1221, 292; Bericht von Heuss-Knapp an die Familie Stolper, 12. 6. 1950, in: E. PIKART, Theodor Heuss, S. 320.

bei Ihrem Besuch in Stuttgart nicht nur alte Erinnerungen geweckt haben, sondern auch deren Vorrat durch neue bereicherten.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr ergebener

[Theodor Heuss]

Anlage

Nr. 33
An Otto Kranzbühler, Düsseldorf
17. Juni 1950

BArch, B 122, 644: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Bemühungen um Freilassung von Alfred Krupp von Bohlen und Halbach

Sehr geehrter Herr Kranzbühler,

die ungeheuer starke Inanspruchnahme und mehrfache Abwesenheit haben die Beantwortung Ihres Schreibens² etwas verzögert – hoffentlich ist dadurch nichts versäumt.

Nun ist es so: der Form, die Sie angeregt haben, glaubte ich nicht folgen zu können, um der Konsequenzen willen. Unmittelbar habe ich ja bisher nur für Weizsäcker und Loeser (sowie Röchling) Aktionen übernommen.³ Hier besaß

¹ Az. I/10/36; Absendevermerk vom 17. 6. 1950; weiterer Nachweis: N 1221, 292: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Nach Kontakten mit dem amerikanischen „Gnadenausschuß zur Nachprüfung der Nürnberger Verurteilungen“ hatte Rechtsanwalt Kranzbühler am 6. 6. 1950 Heuss um „einige Sätze“ gebeten, die Alfred Krupp von Bohlen und Halbach helfen sollten, da die Fürsprache einer bekannten Persönlichkeit wirksam sein werde und „dem Ausschuß den Wert und die Bedeutung des Namens zeigt, der durch Nürnberg diffamiert werden sollte“. Kranzbühler hatte in diesem Zusammenhang auf einen Aufsatz von Heuss über Alfred Krupp verwiesen (vgl. Anm. 5), aus dem der „Wert einer Tradition“ hervorgehe, „die fest auf den von Alfred Krupp geschaffenen Grundlagen ruht. Gerade weil das Nürnberger Urteil nicht die Person Alfred Krupp treffen sollte, sondern den Träger dieses Namens, sollte man dem mit deutschen Verhältnissen nicht vertrauten Gnadenausschuß klar machen, daß dieser Name im deutschen Volk ein hohes Ansehen genießt, und zwar aus sittlichen und sozialen Gründen, die heute genau so anzuerkennen sind wie zu den Zeiten, in denen die Krupp'sche Tradition von dem großen Gründer der Firma geschaffen wurde“; B 122, 644.

³ Zu Ernst von Weizsäcker vgl. Nr. 39. Heuss hatte sich bereits 1949 bei Lucius D. Clay für das Vorstandsmitglied der Krupp AG, Ewald Loeser, verwandt, der trotz seiner Beteiligung an den Umsturzplänen gegen Hitler in einem der Nürnberger Folgeprozesse 1948 zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde; vgl. Heuss an Clay, 3. 2. 1949 in: N 1221, 54. Am 7. 11. 1949 hatte Heuss an den französischen Hohen Kommissar in Deutschland, François-Poncet, ein Gnadengesuch der

ich die persönliche oder sachliche Übersicht. Werde ich von anderen angegangen, wo dies fehlt, muß ich ablehnen, und dies muß vermieden werden.⁴

Ich habe nun den Ball, den Sie mir zuwarfen, indem Sie an meinen Aufsatz über Alfred Krupp erinnerten, aufgenommen und die Form gewählt, Sie auf diesen Aufsatz aufmerksam zu machen.⁵ Das ist kein „Gutachten“, aber die Argumente, die ein Gutachten enthalten müßte, sind wohl alle enthalten, und manches könnte in der Form, die ich wählte, unmittelbarer gesagt werden.

Es würde mir lieb sein, wenn Sie in dem Brief die Erfüllung Ihrer Bitte sehen könnten.

Ihr ergebener

Th. Heuss

Anlage

Nr. 33a

An Otto Kranzbühler, Düsseldorf

17. Juni 1950

BArch, B 122, 644: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „B[undes]P[räsident]“⁶

Sehr geehrter Herr Kranzbühler,

in den letzten Wochen kam bei Besuchen aus dem Auslande, unabhängig voneinander, die Sprache auf das Schicksal der in Landsberg Inhaftierten² – die Besucher wußten, daß ich in meinen Ansprachen vom 31. 12. 1949 und 1. Mai 1950 den

württemberg-badischen Industrie für den Industriellen und NS-Wehrwirtschaftsführer, Hermann Röchling, weitervermittelt und dieses Gesuch unterstützt. Röchling war 1949 von einem französischen Militärgericht wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Nach seiner vorzeitigen Entlassung dankte Röchling am 30. 8. 1951 Heuss für dessen Eintreten für seine Begnadigung. Heuss wünschte Röchling daraufhin am 3. 9. 1951 gesundheitliche Besserung; B 122, 648.

⁴ Vgl. Nr. 20; Heuss an Hans A. Münster, 27. 11. 1950, in: N 1221, 294; E. W. BECKER, Einführung, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 45f.

⁵ THEODOR HEUSS: Alfred Krupp. Der Wegbereiter des Stahls, in: Frankfurter Zeitung, 21. 6. 1942, abgedruckt in: TH. HEUSS, Deutsche Gestalten, S. 145–153.

¹ Az. I/10/36; hs. Verfügung: „Einschreiben“; Absendevermerk vom 17. 6. 1950; weiterer Nachweis: N 1221, 292: ms. Schreiben, Durchschlag.

² In der Landsberger Justizvollzugsanstalt, die 1947–1958 unter US-amerikanischer Kontrolle stand, waren die von den Alliierten verurteilten Kriegsverbrecher inhaftiert und wurden dort zum Teil hingerichtet; zum Umgang mit dem Kriegsverbrecherproblem und zur vergangenheitspolitischen Instrumentalisierung der Landsberger Häftlinge vgl. N. FREI, Vergangenheitspolitik, S. 133–306.

Komplex angefaßt hatte.³ Es wurden dabei auch Einzelschicksale erörtert, unter anderem das von Alfried⁴ Krupp.⁵

Natürlich bin ich mit den Einzelzügen des Verfahrens nicht vertraut, da ich s. Zt. nur eben die Zeitungsberichte las, aber ich entsinne mich des höchst fatalen Eindrucks, den es auf mich machte, als die Anklage gegen Herrn Alfried Krupp erhoben wurde, weil – sein Vater⁶ schwer erkrankt war. Schien sich hier etwas wie „Sippenhaft“ abzuspielen? In den Gesprächen fand der eine es ganz in Ordnung, daß jemand namens Krupp unter Anklage falle, der andere war innerlich unsicher. Meine Gegenfrage, ob etwa die Namen Vickers, Armstrong, Schneider-Creusot⁷ auch bestimmte Verdachtsmomente in sich schlossen, schuf eine gewisse Verlegenheit.

Nun weiß ich nicht, in welcher Art der geplante amerikanische Gnadenausschuß⁸ seine Aufgabe anfassen wird – ob formaljuristisch, verfahrenstechnisch oder psychologisch.

Aber die Entwicklung dieser Angelegenheit, wenn auch nicht in Ansehung *aller* Verurteilten von Landsberg, bewegt mich menschlich und politisch. Ich kenne Herrn Alfried Krupp nicht, ich habe auch seinen Vater nicht persönlich gekannt, aber ich habe vor Jahren über den Schöpfer des Werkes, Alfred Krupp den Älteren, einen eingehenden Essai geschrieben.⁹ Sie werden es bitte nicht mißdeuten, wenn ich Sie auf diese Arbeit hinweise.

Als ich vor drei Jahren eine Aufsatzsammlung unter dem Titel „Deutsche Gestalten“ herausbrachte, habe ich mit voller Bewußtheit auch diese Studie der Vergessenheit entrissen und sie diesem Sammelband eingefügt. Weil es mir – die leidigen Prozeßgeschichten waren schon unterwegs – recht und billig erschien, gegenüber manchen Deutschen, aber auch gegenüber jenen Ausländern, denen das Wort Krupp zu einem Phantom, zu einer banalen Schablone oder gar zu einer ärgerlichen Haßlegende geworden war, die höchst individuelle und in sich großartige Leistung dieses Mannes und der Tradition, die er für sein Werk und seine Familie verpflichtend geschaffen hatte, darzutun. Als ich den Aufsatz schrieb und als ich ihn wieder veröffentlichte, konnte mich nur der Sinn für historische Wahrhaftigkeit leiten – die Arbeit ist keineswegs eine Apologie. Aber vielleicht hat sie heute, woran ehemals nie gedacht werden konnte, in einer tragischen Situa-

³ Nachweisbar nur in der Silvester-Ansprache vom 31. 12. 1949, in: B 122, 212.

⁴ Auch im folgenden in der Vorlage: „Alfred“.

⁵ Alfried Krupp, seit 1943 Vorsitzender des Direktoriums der Krupp AG, wurde 1948 vom Nürnberger Militärgericht wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit stellvertretend für seinen haftunfähigen Vater zu zwölf Jahren Haft und Vermögensentzug verurteilt; vgl. F. KRÖLL, Fall 10.

⁶ Gustav Krupp von Bohlen und Halbach.

⁷ Britische und französische schwerindustrielle Firmen mit Rüstungsfabrikation.

⁸ Zur Gnadenkommission, die im Juli 1950 ihre Arbeit aufnahm, vgl. E. CONZE u. a., Amt, S. 436.

⁹ Vgl. Nr. 33, Anm. 5.

tion eine sonderliche Aktualität gewonnen. Deshalb nehme ich mir die Freiheit, Sie auf den Aufsatz hinzuweisen. Er mag vielleicht helfen, Ihnen für Ihre Aufgabe, der meine guten Wünsche gelten, die Argumentation zu erleichtern. Darüber würde ich sehr glücklich sein.¹⁰

Mit bester Empfehlung
Ihr ergebener

Th. Heuss

Nr. 34

An Johanna Gümbel, Landau, Pfalz

27. Juni 1950

BArch, N 1221, 292: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Finanzieller Beitrag zum „Gümbeltag“

Liebe Johanna,

in den nächsten Tagen gehe ich mit meiner Frau für ein paar Wochen in die bayerische Einsamkeit,² um etwas Luft in der Bedrängnis dieser Wochen zu kriegen.

Nun ist es so, daß – verzeihe mir die offene Sprache – Deine Einladung zum Gümbeltag mich geradezu entsetzt hat und zwar wegen der Mitteilung, daß man sich ein Mittagessen ohne Dessert für DM 2.- und ein Mittagessen mit Dessert für DM 2.50 bestellen kann. Also ungraziöser kann man das wohl kaum machen, als einen Tarif der relativen Armut und der relativen Wohlhabenheit im Familienkreis festzustellen. Es ist für mich eine ganz unvorstellbare Idee – zumal ja viele der Verwandten sich persönlich kaum kennen oder erst kennenlernen³–, wenn das Essen zu Ende geht, die einen weiter Dessert essen und die anderen mit Resignation dabei zusehen. Das ist doch schlechterdings unmöglich. Ich übernehme sofort alle Desserts, die nicht bestellt sind, auf meine Kosten unter der Bedingung, daß dies nicht mitgeteilt wird.

¹⁰ Am 3. 2. 1951 wurde Alfred Krupp von Bohlen und Halbach im Rahmen einer Amnestie aus der Haft entlassen; vgl. F. KRÖLL, Fall 10, S. 185. Heuss hielt am 20. 11. 1961 die Rede zum 150-jährigen Jubiläum der Firma Krupp; vgl. TH. HEUSS, 150 Jahre Krupp.

¹ Absendevermerk vom 27. 6. 1950.

² Zum Aufenthalt in Hohenaschau vgl. Nr. 36.

³ Zu den zahlreichen Mitgliedern der Familie Gümbel vgl. den Bericht über die Begegnung mit einem unbekanntem Vetter in: TH. HEUSS, Tagebuchbriefe, S. 239.

Ich selber hoffe sehr, teilnehmen zu können.⁴ Bei meiner Frau hängt es ja vom Gesamtbefinden ab.⁵ Um die Unterkunft braucht Ihr Euch aber, glaube ich, einsteilen nicht zu kümmern.

Ich finde es sehr reizend, daß Du die Sache in die Hand genommen hast, und lege Dir einmal DM 20.- als Unkostenbetrag für die Vorbereitungen bei. Wird eigentlich Dein Bruder Karl anwesend sein,⁶ der, wie mir scheint, in der Nachfolge Deines Vaters jetzt doch etwas wie der Vater der Familie ist, denn es sollte doch ein Namensträger – ohne daß ich die Töchter der Familien, zu denen ja meine Mutter⁷ gehörte, geringer schätze – die Mitte der Veranstaltung bilden. Meine Teilnahme muß aber vertraulich behandelt werden, sonst haben wir die Presse und die Fotografen auf dem Hals, was ich bei einer familiären Sache unter allen Umständen vermeiden möchte.

Mit guten Grüßen
Dein

Th. Heuss

Anlage
DM 20.-

Nr. 35

An das Deutsche Weinlesefest, z. Hd. Dr. Karl Bässler, Neustadt an der Haardt¹
3. August 1950

BArch, B 122, 2283: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“²

Ablehnung, die Weinkönigin zu küssen

Sehr geehrter Herr Doktor,

die Frage, ob ich der in Neustadt erkürten Weinkönigin einen Kuß geben werde, scheint die Neustädter mehr zu beschäftigen als mich.³ Ich werde ihr nämlich

⁴ Heuss hielt am 6. 8. 1950 während des Familientags eine Ansprache; N 1221, 4.

⁵ Vgl. Nr. 36.

⁶ Karl Gümbel nahm am Familientag nicht teil; Heuss an Karl Gümbel, 1. 4. 1952, in: N 1221, 302.

⁷ Die Mutter von Heuss, Elisabeth, war eine geborene Gümbel; vgl. TH. HEUSS, Vorspiele, S. 35–40.

¹ Heute: Neustadt an der Weinstraße.

² Az. III/2/14; Absendevermerk vom 3. 8. 1950; weiterer Nachweis: N 1221, 293: ms. Schreiben, Durchschlag; Teilabdruck: E. PIKART, Theodor Heuss, S. 345.

³ Aufgrund seiner Bereitschaft, die Schirmherrschaft für den deutschen Weinbaukongress zu übernehmen, und des Themas seiner Dissertation „Weinbau und Weingärtnerschaft in Heilbronn a. N.“ war Heuss von den Organisatoren des Deutschen Weinlesefestes am 28. 7. 1950 gebeten worden,

keinen Kuß geben, auch wenn das eine französische Übung ist, die dort eine liebenswürdige Tradition darstellt. Es war mir ein bißchen peinlich, soweit ich solche Gefühle an mich herankommen lasse, daß darüber schon vor Wochen einmal eine öffentliche Zeitungserörterung stattfand.⁴ Ich werde an sich an dem Weinbaukongreß in Kreuznach teilnehmen aus sachlichem Interesse für das Schicksal des Weinbaues,⁵ aber ich möchte nicht, verzeihen Sie dies, ein Fremdenverkehrsartikel werden. Falls Sie mit einem Vertreter des Bundespräsidialamtes als Kußverabreicher vorlieb nehmen, können Sie mir das mitteilen; ich kann dann eine Rundfrage veranstalten, wer deshalb nach Neustadt fahren will.⁶

Mit freundlichem Gruß

Th. Heuss

Nr. 36

An Prof. Dr. Walter Goetz, Gräfelfing bei München

16. August 1950

BArch, N 1215, 35a: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹ „Infiltration aus dem Osten“; *Kulturabteilung des Bundesinnenministeriums; Deutsches Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit; Persönliches*

Lieber Freund,²

besten Dank für Ihren eingehenden Brief.³ Sie sind ja Nachsicht mit mir gewohnt und haben Verständnis dafür, wenn ich, da Hunderte von Briefen mich erwartet haben, nur kurz antworte.

am Kongress teilzunehmen. Bei dieser Gelegenheit sollte er dem Beispiel des französischen Präsidenten folgen und die neu gewählte deutsche Weinkönigin küssen; B 122, 2283; vgl. auch die Berichterstattung in: *Der Spiegel*, Nr. 38, 20. 9. 1950, S. 2.

⁴ Ließ sich nicht ermitteln.

⁵ Seiner Frau berichtete Heuss am 18. 9. 1950 über den Kongress: „Der gestrige Sonntag ist programmäßig verlaufen. Ich habe in Kreuznach eine schöne Rede über Weinbaupolitik gehalten, eine interessante Ausstellung eröffnet, die Ehrenmitgliedschaft des Weinbauvereins und ein größeres Sortiment von Nahewein geerntet“; FA Heuss, Basel; N 1221, 293.

⁶ Vgl. auch Nr. 207; H. FRIELINGHAUS-HEUSS, *Heuss-Anekdoten*, S. 82.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 293: ms. Schreiben, Durchschlag mit Verfügung über der Adresszeile: „(Bitte nachsenden!)“.

² Zur Freundschaft zwischen Goetz und Heuss vgl. Heuss' Rede zum 90. Geburtstag von Goetz, in: H.-H. WELCHERT, *Theodor-Heuss-Lesebuch*, S. 167–170; den Beitrag von Goetz in H. BOTT / H. LEINS, *Begegnungen*, S. 33–38; TH. HEUSS, *Vorspiele*, S. 221f; vgl. auch Heuss an Ernst Mosich, 24. 5. 1947, in: TH. HEUSS, *Erzieher*, S. 281–283.

³ Ließ sich nicht ermitteln.

Die Situation des Bundespräsidialamtes ist ja in den unmittelbaren Möglichkeiten begrenzt. Wir haben nur einen kleinen Personalstab, aber alle Problematik sucht uns auf.

Was die Auseinandersetzungen der Infiltration vom Osten her anlangt, so sind meines Wissens darüber Verständigungen zwischen den westdeutschen Parteien eingeleitet. Auch wird wohl im Zusammenhang mit dem Amt für Verfassungsschutz⁴ in dem Sinn Ihres Briefes Einiges eingeleitet.

Die Kulturabteilung im Bundesinnenministerium ist seit einigen Monaten unter der Führung des Staatssekretärs *Wende*, der seinerzeit bei Becker⁵ war und dann bei Grimme⁶ in Niedersachsen, schon kräftig im Gang. Wie das Ergebnis der Auseinandersetzung der Arbeit der Akademien sich nach den letzten Konferenzen darstellt, vermag ich freilich nicht zu sagen. Wende selber ist im Augenblick in Urlaub. Ich habe im übrigen bei der Woche der Wissenschaften eine Ansprache gehalten,⁷ die ich Ihnen nach der stenographischen Aufnahme beilege.

Das Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus⁸ ist für mich eine ziemlich quälende Angelegenheit, da ich auf der einen Seite gebeten wurde, schlichtend einzugreifen, auf der anderen gar nicht die Zeit habe, mich in all die personellen Dinge zu vertiefen, die z. B. durch Ungeschicklichkeiten von einzelnen Kuratoriumsmitgliedern und durch Empfindlichkeiten von Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirates entstanden sind,⁹ soweit ich das übersehe. Aber es sind Fragestel-

⁴ Im Jahr 1950 wurde das Bundesamt für Verfassungsschutz mit mehreren Abteilungen (u. a. Rechtsextremismus, Linksextremismus, Spionageabwehr) in Köln gegründet. Seine Aufgabe lag darin, Material und Nachrichten über mögliche Angriffe gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik und über die Gefährdung der inneren Sicherheit zu sammeln und auszuwerten. Erster Präsident des Amtes war Otto John.

⁵ Gemeint ist der ehemalige preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker.

⁶ Gemeint ist der letzte Kultusminister im preußischen Kabinett Otto Braun, Adolf Grimme (SPD), der 1946–1948 Kultusminister in Niedersachsen war.

⁷ Heuss hatte am 4. 8. 1950 vor der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft gesprochen; B 122, 214.

⁸ Das heutige Institut für Zeitgeschichte geht auf Pläne zurück, nach denen in der US-Zone 1947 ein „Institut für Erforschung der nationalsozialistischen Politik“ vorgesehen war. Daraus ging 1949 das von der Bundesrepublik und dem Freistaat Bayern getragene „Deutsche Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit“ hervor, das 1952 den Namen „Institut für Zeitgeschichte“ erhielt; vgl. H. MÖLLER / U. WENGST, 60 Jahre. – Heuss gehörte seit 1947 dem wissenschaftlichen Rat des Instituts an. Als Bundespräsident blieb er der Einrichtung als Ehrenmitglied des Wissenschaftlichen Beirats bis zu seinem Tode eng verbunden. Über die Probleme des Instituts hatte Heuss schon am 14. 10. 1949 Wilhelm H. Scheidt geschrieben: „Das Problem der Geschichtsschreibung der nationalen Epoche interessiert mich natürlich nach wie vor aufs Lebhafteste. Leider ist die Inangsetzung des Instituts rechtlich, politisch und dann finanziell verzögert worden und jetzt durch Personalbestimmungen etwas gelähmt“; N 1221, 195; vgl. auch Heuss an Wilhelm Longert, 19. 9. 1951, in: N 1221, 299.

⁹ Heuss bezog sich auf die Auseinandersetzungen zwischen dem ersten Generalsekretärs des Instituts, Gerhard Kroll, der kein Fachhistoriker war, und dem Mitglied des Wissenschaftlichen Rates, Gerhard Ritter, der von Walter Goetz unterstützt wurde. Die Kritiker Krolls, CSU-Funktionsträger

lungen, die sich – zumal wenn der Brief noch über die Grenze geht – für eine größere schriftliche Behandlung nicht eignen, zumal mir der Stand der Entwicklung in den letzten Wochen nicht vertraut ist. Mitte September soll wohl wieder eine Besprechung stattfinden.¹⁰

Hohenaschau ist im ganzen recht geglückt,¹¹ aber meine Reise in die Schweiz¹² war durch Begegnungen und Einladungen so anstrengend, daß ich mich eigentlich von dieser Reise noch einmal besonders erholen mußte. Das Befinden meiner Frau ist an manchen Tagen ganz befriedigend, dann aber kommen wieder aus heiterem Himmel die Herzattacken. Den Dreh für eine wirkungsvolle Therapie haben die Ärzte, die sich jetzt wohl zu Dutzenden um sie gekümmert haben, bislang nicht gefunden.¹³

Ich selber habe eine schauerhafte Arbeitslast vor mir, da neben den politischen Tagesfragen eine anfänglich etwas zu große Willigkeit, diesem und diesem Kongreß beizuwohnen, diese oder diese Sache einzuweihen, mich mit Terminen festgenagelt hat, und jedesmal bedarf die Rede, etwa Kirchentag, etwa Ärztetag, etwa Daimlerdenkmal, etwa Bürgerrechtskongreß, etwa Weinbaukongreß¹⁴ usw. usw., doch der Vorbereitung und Überlegung. Welches Glück, daß ich einmal Journalist gewesen bin, der außer über Mathematik und Musik so ziemlich über alle Dinge einmal zu schreiben hatte oder geschrieben hat.

Mit guten Grüßen für die Erholung

Ihr

Theodor Heuss

*Anlage*¹⁵

und Landtagsabgeordneter in Bayern, befürchteten eine politische Instrumentalisierung des Instituts. Kroll trat im September 1950 zurück und leitete das Institut noch bis Januar 1951 kommissarisch; vgl. H. MÖLLER / U. WENGST, 60 Jahre, S. 21–32.

¹⁰ Am 11. 9. 1950 fand unter Vorsitz von Heuss die konstituierende Sitzung des Institutsbeirats statt.

¹¹ Im oberbayrischen Hohenaschau hatten Heuss und seine Frau Urlaub gemacht. Heuss hielt dort am 29. 7. 1950 anlässlich der Gemeindefeier eine Rede; vgl. Redenkalender, in: N 1221, 684.

¹² Heuss war in der Schweiz am Vierwaldstättersee mit Adenauer zusammengetroffen und hatte mit ihm die Frage des bundesdeutschen Wehrbeitrags erörtert; vgl. H.-P. SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 813. Weiterhin hatte er am 18. 7. 1950 mit dem Schweizer Bundespräsidenten Max Petitpierre über die Frage der Vertretung der Bundesrepublik in der Schweiz gesprochen; Niederschrift in: B 122, 564.

¹³ Vgl. Nr. 38.

¹⁴ Heuss bezieht sich auf die Reden vor dem Evangelischen Kirchentag in Essen am 23. 8. 1950 (vgl. Nr. 37), vor dem Deutschen Ärztetag in Bonn am 26. 8. 1950, zur Enthüllung des Gottlieb-Daimler-Denkmal in Schorndorf am 2. 9. 1950 und auf die Eröffnungsansprache beim Weinbau-Kongreß in Bad Kreuznach am 17. 9. 1950 (vgl. Nr. 35); B 122, 214 und 215; N 1221, 4.

¹⁵ Vgl. Anm. 7.

Nr. 37

An den Deutschen Evangelischen Kirchentag, z. Hd. Dr. Hermann Ehlers, Essen
25. August 1950

BArch, N 1221, 293: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H Kg) und von Luitpold Werz ms. gez.¹

Unzureichende stenografische Mitschrift der Rede von Theodor Heuss auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag

Sehr geehrter Herr Ehlers,

freundlichen Dank für die Übersendung des sogenannten „Stenogramms“ von der Rede des Herrn Bundespräsidenten. Professor Heuss hat gesagt, daß seine christliche Nachsicht Grenzen habe, und er hat mich beauftragt, Ihnen zu schreiben, daß er selten eine so schlechte Wiedergabe einer Rede von ihm² vorgelegt erhalten habe. Er war bei der Durchsicht ziemlich verstimmt, da er feststellte, daß ganze, ihm wichtige Partien, etwa die Stellen über die Theologie, überhaupt nicht darin kamen, sondern einfach weg blieben. Er läßt – das soll ich Ihnen ausdrücklich sagen – den Hinweis auf schlechte Akustik nicht gelten, da es ein Stück der technischen Vorbereitung ist, die Stenografen gut unterzubringen.³

Zum anderen gibt er Ihnen aber den Rat, bei solchen Vorträgen Menschen mit der Niederschrift zu beauftragen, die irgendetwas von der Materie verstehen. Denn in der ihm vorgelegten Niederschrift fehlten nicht nur wesentliche Stücke, sondern Teile der Wiedergabe waren geradezu widersinnig. Da Herr Professor Heuss langsam spricht, macht er den Stenografen rein technisch keine Schwierigkeiten. Freilich darf es nicht nur eine beliebig herangeholte, normale Geschäftsbriefe schreibende Kraft sein. Der Herr Präsident bittet, diese letzten Ausführungen als einen freundschaftlichen Rat entgegenzunehmen.⁴

Mit vorzüglicher Hochachtung

Wertz

¹ Az. I/18/15.

² Heuss hatte am 23. 8. 1950 auf dem Evangelischen Kirchentag in Essen gesprochen; B 122, 616. Zur Charakterisierung dieser Rede vgl. Hanns Liljes Beitrag in: H. BOTT/H. LEINS, Begegnungen, S. 434f.

³ Kritik übte Heuss auch an der Berichterstattung der „Kölnischen Rundschau“, die seine Ausführungen auf dem Kirchentag nicht erwähnt hatte; Heuss (von Werz. gez.) an Kölnische Rundschau, 25. 8. 1950, in: N 1221, 293. Zur Positionierung von Stenografen vgl. Heuss an Peschel, 1. 9. 1953, in: B 122, 176.

⁴ Im Zusammenhang mit solchen Ereignissen dürfte – neben einem Armbruch im Juli 1951 – gestanden haben, dass im Bundespräsidialamt ein Diktaphon angeschafft wurde: „Vor zwei Tagen hatten wir zwei Sprechapparate zum Wettbewerb aufgestellt. Fräulein Schach [Sekretärin von Heuss] mußte sozusagen den Paris vertreten und feststellen, bei welcher Firma meine Stimme am glaubhaftesten herauskommt, denn der Apparat soll uns evtl. bei Reden begleiten, um uns von dem Versagen örtlicher Leute unabhängig zu machen.“ Heuss an Ernst Ludwig Heuss, 3. 8. 1951, in: FA Heuss, Basel; N 1221, 298.

PS Professor Heuss hat nach seinen Notizen, nach seiner und der Erinnerung seiner Begleiter den richtigen Text einigermaßen zu rekonstruieren versucht. Sie werden auch für Ihr Archiv einen Abzug erhalten.⁵

Nr. 38

An Otto Landsberg, Baarn-Utrecht, Niederlande

11. September 1950

BArch, N 1221, 166: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Vorschlag, Biographie über August Bebel schreiben zu lassen; Familiäres

Verehrter, lieber alter Freund,

von Paul Löbe habe ich kürzlich Ihre Adresse erhalten und Ihre Bitte um meine Ebert-Gedenkrede.²

Sie dürfen mir glauben, daß ich oft an Sie gedacht und mich auch nach Ihnen erkundigt habe. Man hat mir dann gesagt, man will mir Ihre Adresse verschaffen, aber die gute Absicht ist in dem Trubel der Dinge bei dem und bei jenem untergegangen, so daß ich jetzt erst erfahren habe, wo eine Zuschrift sie erreicht. Löbes Brief lag vor, als ich vorgestern direkt von einem Zusammensein mit Friedrich Stampfer in Kronberg zurückkam. Die Witwe³ meines Freundes Stolper, die 8 Tage unser Gast war, war dabei von der Partie gewesen. Ich habe Stampfer mitgeteilt, daß ich kurz zuvor Kurt Schumacher sehr intensiv geraten hatte, die SPD möge ihn doch mit einer großen wissenschaftlichen Biographie von August Bebel beauftragen, denn das, was über diesen typenbildenden Mann bisher vorläge, sei zu sehr Gelegenheitspublizistik, wenn auch wie bei Wendel flott gemacht.⁴

Diese kurze Einleitung sagt Ihnen, wie sehr ich, von dem der Tag doch allenthalben fordert, bestimmte Komplexe der Vergangenheit sehr lebendig im Bewußtsein trage.

⁵ Heuss hat ihm mangelhaft erscheinende Aufzeichnungen und Wiedergaben seiner Reden noch mehrfach moniert, so gegenüber der Redaktion des Bulletins des Presse- und Informationsamtes am 20. 8. 1952 (B 122, 604) und (gez. von Erich Raederscheidt) gegenüber der Sendeleitung des Südwest-Funks am 20. 8. 1953 (N 1221, 318).

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 293: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Vgl. Nr. 9.

³ Toni Stolper, Witwe von Gustav Stolper.

⁴ HERMANN WENDEL: August Bebel. Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter, Berlin 1913. – Material, das Heuss für einen geplanten biographischen Beitrag über Bebel erhalten hatte, stellte er der SPD zur Verfügung; Heuss an das Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 5. 5. 1951, in: N 1221, 296.

Daß sich mein Schicksal in den letzten Jahren einigermaßen vor der Öffentlichkeit abgespielt hat, davon brauche ich Ihnen nichts zu erzählen. Ich stehe nun seit einem Jahr in einem höchst intensiven Arbeitsbetrieb. Die anfängliche Illusion, daß ich noch weiter Bücher werde schreiben können, ist verflogen, da man nach den zahllosen Konferenzen, Briefen, Denkschriften, Reisen und Reden, von denen die Tage ausgefüllt sind, am Abend zu müde ist. Aber gesundheitlich habe ich das Jahr recht gut durchgebracht, nachdem mich die mühselige und recht verantwortliche Mitarbeit im Parlamentarischen Rat etwas reduziert hatte.⁵

Der Gesundheitszustand meiner Frau könnte besser sein. Sie wird immer wieder von Herzattacken überfallen und muß es lernen, zwischen ihren gesundheitlichen Kräften und den Anforderungen des „Amtes“, für das sie ja allerhand mitbringt, das rechte Verhältnis herzustellen. Unser Sohn, der im Jahr 1945 die Tochter⁶ des hingerichteten Berliner Bürgermeisters Dr. Elsas, eines alten Stuttgarter Freundes von mir, geheiratet hat, ist Leiter einer kleinen pharmazeutischen Fabrik in Lörrach.⁷ Wir haben ein recht munteres, jetzt dreijähriges Enkeltöchterchen.⁸

Das ist also der privat-familiäre Bericht, von dem ich nicht recht weiß, ob er Sie interessiert, aber da wir ja immer die persönlichen familiären Dinge in unseren Freundschaftsgesprächen als wesenhafte Zugaben des Lebens begriffen und behandelt haben, schreibe ich das einmal nieder. Und nun möchte ich Sie bitten, mir auch über das Ergehen von Ihnen und der Familie ein paar Mitteilungen zu machen. Ich kann Sie nicht mehr bitten, für mich die Korrekturen meiner Bücher zu lesen, da ich keine Bücher mehr schreibe, aber ich denke daran noch mit viel Vergnügen, wie Sie mit einer unbestechlichen Sicherheit meine zu nonchalante Art ergänzt haben.

Falls Sie daran Interesse haben, lasse ich Ihnen einige der Reden, die ich zu halten hatte, zugehen. Ich lege der Ebert-Rede auch die Wiesbadener Rede vom vergangenen Dezember bei und die kürzliche Ansprache im Bundestag.⁹

Mit guten Grüßen an Sie und Ihre Gattin
Ihr

Th. Heuss

Anlagen

⁵ Im Parlamentarischen Rat 1948/49 war Heuss Vorsitzender der FDP-Fraktion gewesen; vgl. zur Arbeit im Parlamentarischen Rat die Briefe in: TH. HEUSS, *Erzieher*, S. 484–507; insgesamt zu Heuss' Tätigkeit im Parlamentarischen Rat vgl. E. W. BECKER, *Bürger*, S. 7–48; J. C. HESS, *Verfassungsarbeit*.

⁶ Hanne Heuss.

⁷ Ernst Ludwig Heuss leitete in Lörrach die Wybert GmbH.

⁸ Barbara Heuss.

⁹ Zur Rede in Wiesbaden vgl. Nr. 11–Nr. 14. Heuss sprach am 7. 9. 1950 anlässlich des nationalen Gedenktages der konstituierenden Sitzung des ersten Deutschen Bundestages; B 122, 215; N 1221, 4.

Nr. 39

An John J. McCloy, Hoher Kommissar der USA in Deutschland, Petersberg bei Bonn

21. September 1950

BArch, B 122, 648: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H Kg) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Bemühen um die Haftentlassung des ehemaligen Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker

Verehrter Mr. McCloy,

es ist jetzt ein Jahr her, seit Sie, kurze Frist nach meiner Wahl, die Freundlichkeit hatten, mich in Ihr Homburger Heim einzuladen – der angeregte Abend ist mir in einer freundlichen Erinnerung geblieben.

Ich schlug vor, als wir uns in die Plauderecke zurückzogen, daß die Möglichkeit vorhanden sein möge, daß nicht der Bundespräsident mit dem Hohen Kommissar, sondern der Mensch Heuss mit dem Menschen McCloy sich aussprechen könne, und trug Ihnen die Angelegenheit des ehemaligen Staatssekretärs von Weizsäcker vor. Daran schloß sich ein eingehendes und ernsthaftes Gespräch über die Problematik des Urteils.²

Seitdem ist ein Jahr vergangen. Der Sinn dieses meines heutigen Schreibens kann nicht der sein, meiner Betrübnis Ausdruck zu geben, daß Herr von Weizsäcker immer noch inhaftiert ist – das könnte so wirken, als ob ich Ihnen mit persönlichen Vorwürfen entgetreten wollte. Ich weiß, daß das Strafmaß für Weizsäcker inzwischen von 7 auf 5 Jahre herabgesetzt wurde und daß ein Gnadenausschuß mit der Überprüfung der Nürnberger Urteile befaßt ist.³ Inzwischen ist auch die amerikanische Einrichtung in Kraft gesetzt worden, daß Wohlverhalten in der Haft deren Abkürzung zur Folge hat, es ist auch die arithmetische Norm „verbessert“ worden.

Da ich persönlich von Rachegefühlen mich ziemlich frei weiß, gönne ich denen, die kürzlich zu ihren Familien zurückkehren durften, durchaus die Wendung ihres

¹ Az. I/10/36; weitere Nachweise: N 1221, 293: ms. Schreiben, Durchschlag; B 122, 648: hs. Schreiben, Entwurf.

² Im sogenannten „Wilhelmstraßen-Prozess“ als einem der Nürnberger Nachfolgeprozesse wurde vom 4. 11. 1947 bis 4. 4. 1949 gegen Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes und anderer Ministerien verhandelt. Von Weizsäcker wurde zu sieben Jahren Haft wegen Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit verurteilt, konkret wegen seiner Beteiligung an der Deportation französischer Juden; vgl. R. BLASIUS, Wilhelmstraßen-Prozess; E. CONZE u. a., Amt, S. 391–401.

³ Im Dezember 1949 wurden die Haftzeiten gegen mehrere Verurteilte, darunter von Weizsäcker, auf fünf Jahre verkürzt; R. A. BLASIUS, Wilhelmstraßen-Prozess, S. 193; zur Gnadenkommission, die im Juli 1950 ihre Arbeit aufgenommen hatte, vgl. E. CONZE u. a., Amt, S. 436.

Schicksals.⁴ Aber die Überlegung, der Dr. Dietrich⁵ etwa ist „frei“ und der Weizsäcker „sitzt“ noch (zumal seine Inhaftierung später erfolgte), hat für jeden, der die Zeitgeschichte miterlebt hat und die Persönlichkeiten glaubt beurteilen zu können, etwas Paradoxes.

Ich weiß nun nichts von der Geschäftsbehandlung des Gnadenausschusses. Ich überdenke mir, daß die ausgeweitete Praxis, durch „Wohlverhalten“ die Strafzeit zu kürzen, auch Herrn von Weizsäcker zugute kommen wird. Aber, verzeihen Sie mir, lieber Mr. McCloy, für mich hat es etwas Peinliches zu bedenken, daß Herr von Weizsäcker seine Gefangenschaft durch Wohlverhalten abverdienen soll (bei der Würde seines Menschentums sind die Voraussetzungen ohne allen Zweifel gegeben) und daß er dann in einer Kategorie von vielleicht fragwürdigen politischen Figuren schematisch-termingerecht seiner Familie zurückgegeben wird.

Das „Wilhelmstraßen“-Urteil⁶ ist, soweit mir bekannt, im formalen Sinn weder von Ihrem Herrn Vorgänger⁷ noch von Ihnen bestätigt, eine Art Schwebezustand, der es von den anderen „rechtskräftigen“ Entscheidungen abhebt. Ich kenne die amerikanische Rechtstheorie und -praxis nicht näher, möchte aber annehmen, daß dieser Tatbestand eine Sonderlage bedeutet.

Daß einer der drei amerikanischen Richter in einem Sondervotum von dem Urteil über Weizsäcker sich distanzierte,⁸ hat nicht nur in Deutschland, sondern auch in Amerika diesen Entscheid aus der formal-juristischen Bewertung in die der politisch-psychologischen gehoben.

Ich habe Ihnen vor einem Jahr gesagt,⁹ daß ich nicht so naiv sei, die Freilassung des Herrn von Weizsäcker als eine Art von Geburtstagsgeschenk zu meiner Wahl von Ihnen zu erwarten. Denn ich war und bin mir Ihrer eigenen Verantwortung in diesem auch vor dem öffentlichen Bewußtsein Amerikas wesentlichen Fall durchaus bewußt. Ich weiß auch, daß das Recht keine Beugung durch politische Zweckmäßigkeit erfahren darf. Aber da nach meiner inneren Überzeugung hier ein Fehlurteil vorliegt – Sie wissen so gut wie ich, daß in *allen* Gerichtshöfen aller

⁴ Bereits im Januar 1950 waren der ehemalige Staatssekretär Gustav Adolf Steengracht von Moyland sowie der ehemalige Unterstaatssekretär und Botschafter Ernst Woermann nach der Urteilsrevision vom Dezember 1949 und wegen guter Führung aus der Haft entlassen worden; vgl. E. CONZE u. a., Amt, S. 433.

⁵ Gemeint ist der ehemalige Reichspressechef und Staatssekretär im Propagandaministerium, Otto Dietrich.

⁶ Vgl. Anm. 2.

⁷ Lucius D. Clay, 1947–1949 US-Militärgouverneur in Deutschland, leitete die Versöhnungspolitik gegenüber Westdeutschland ein.

⁸ Der amerikanische Richter Leon W. Powers hatte in einem Minderheitsvotum für Freispruch plädiert, weil von Weizsäcker in seiner Funktion keinen Entscheidungsspielraum gehabt und eine „heldenhafte Rolle“ im Kampf um den Frieden gespielt habe; vgl. E. CONZE u. a., Amt, S. 398f.

⁹ In der Vorlage: „gewagt“.

Staaten Fehlurteile möglich sind –, schreibe ich Ihnen diesen Brief mit der Bitte, die Angelegenheit Weizsäcker individuell und unabhängig von dem Ablauf des Schemas in die Hand zu nehmen und zur guten Erledigung zu bringen. Das ist, will mir scheinen, gerade auch gegenwärtig, wo so manches psychologisch be-reinigt werden muß, sinnvoll.¹⁰

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 40

An Elly Heuss-Knapp, Kurhaus Dr. Fahsel, Hohenaschau, Oberbayern

24. September 1950

FA Heuss, Basel: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“⁴¹
Begegnung mit Ellen McCloy; Rede vor Bochumer Bergleuten

Liebe Elly,

bei meiner Frankfurter Rede² war Mrs. McCloy anwesend, die davon sprach, daß sie Dich am Dienstag³ sehen werde. Wir haben es auch dort so eingerichtet, daß ich schon um vier Uhr etwa wegfuhr und ½7 Uhr zu Hause war.⁴

Die Bergarbeiterkundgebung in Bochum⁵ ist nicht ganz das geworden, was sich der Bergarbeiterführer Schmidt versprach. Es war eine ungeheure Versammlung, statt der 12.000 etwa 25–30.000 Menschen, aber eine Anzahl von kommunistischen Gruppen eingestreut, die mit Liedersingen und Sprechchören mich immer wieder zu unterbrechen versuchten. In den Radioberichten scheint die Geschichte dann ziemlich dramatisiert worden zu sein (wie ich einem besorgten Anruf Klaibers

¹⁰ McCloy ordnete für den 13. Oktober die Freilassung von Weizsäckers an; vgl. E. CONZE u. a., Amt, S. 433–438. Kurz darauf sprach ihm Heuss seine „dankbare Genugtuung über diese Entscheidung aus“; Heuss an McCloy, 16. 10. 1950, in: B 122, 648. Nach Weizsäckers Tod kondolierte Heuss am 7. 8. 1951 dessen Witwe. „Sie wissen, wie sehr mich sein Schicksal bewegt hat. Seine Natur ist mir ja aus manchen Erzählungen ihm nahe stehender Menschen seit vielen Jahren deutlich gewesen und wir haben im letzten Jahr manches Gespräch gepflogen, ob, wann und unter welchen Voraussetzungen seine Erfahrung wie die moralische Kraft seines Wesens für das Allgemeine noch einmal fruchtbar gemacht werden könnten“; B 122, 648.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 293: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Heuss hatte am 23. 9. 1950 in Frankfurt zum Selbsthilfetag gesprochen; B 122, 215; N 1221, 4.

³ 30. 9. 1950.

⁴ Die Zeitangaben beziehen sich auf Nachmittag und Abend.

⁵ Zur Rede von Heuss in Bochum am 24. 9. 1950 und ihren Begleitumständen vgl. TH. HEUSS, Politiker, S. 394–400.

entnehme). Ich habe halt weiter in den Lautsprecher hineingepredigt und in jedem Augenblick, wo ich scharf gegen die Ruhestörer wurde (dies ganz unpräsidientell), ging die Versammlung mit großem Beifall mit.⁶ Schon vor der Versammlung waren etwa dreihundert Leute, die aus der Ostzone herüberdirigiert waren, abgefangen und verhaftet worden. Die Bochumer Polizei war etwas unsicher, was sie machen solle (und es gab nach der Veranstaltung Meinungsverschiedenheiten, ob sie sich richtig benommen habe). Ich bin ganz dafür, daß sie sich zurückhielt. Bergknappen in Uniform haben allmählich die Hauptstörgruppe, die mitten in der Masse stand, zerniert und abgeschoben. Ich habe nachher noch einige Zeitungsleute bei mir gehabt und sie sehr gebeten, die Geschichte nicht zu dramatisieren.⁷

Bott stimmt heute in Stuttgart ab⁸ und kommt erst morgen zurück. Ich will dann Deinen Sachbrief mit ihm besprechen.⁹

Die beiliegenden Briefe sollen aufbewahrt werden, vor allem auch der des Abtes von Einsiedeln.¹⁰

Wir haben heute ein sehr ungastliches¹¹ Wetter, während meiner Rede hat erfreulicherweise das Regnen eine kleine Pause gemacht. Wir waren kurz nach fünf Uhr wieder hier.

Schöne Grüße

Theodor

[PS]¹² Frl. Elisabeth eingerückt!
Frl. Eugenie grüßt – es sei alles beim alten.

[Anlagen]
Brief Hanne
Toni Stolper
Hermann Geiger
Abt von Einsiedeln

⁶ Vgl. ebd., S. 398f.

⁷ Am 2. 11. 1950 meinte Heuss gegenüber seinem Heilbronner Jugendfreund Isy Krämer: „Es hat mir Spaß gemacht, daß die Wochenschauen von einer Bochumer Versammlung, bei der ich gegen die Kommunisten anschreien mußte, wie vor 20 Jahren gegen die Nazis, Ausschnitte nun auch in New York zeigten. Wie klein ist die Welt doch geworden“; N 1221, 294; vgl. auch Heuss an Heuss-Knapp, 28. 9. 1950, in: FA Heuss, Basel.

⁸ Gemeint ist eine informatorische Volksbefragung in Württemberg und Baden über die Gründung eines Südweststaates. Nord- und Südwürttemberg sowie Nordbaden stimmten dafür, Südbaden sprach sich dagegen aus; vgl. K.-J. MATZ, Reinhold Maier, S. 356.

⁹ Ließ sich nicht ermitteln.

¹⁰ Der Benediktiner Benno Walter Gut war seit 1947 Abt des Klosters. Heuss hatte dieses Kloster während seiner Reise in die Schweiz im Juli 1950 besucht; Heuss an Heuss-Knapp, 1. 7. 1950, in: FA Heuss, Basel.

¹¹ In der Vorlage: „ungastliches“.

¹² Hs. Postskriptum.

Nr. 41

An Dr. Hans Speidel, Freudenstadt

27. September 1950

BArch, N 1221, 203: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.¹

Einschätzung von Adolf Heusingers Buch „Befehl im Widerstreit“

Lieber Dr. Speidel,

bei unserer letzten Begegnung vor ca. 2 Wochen habe ich zu Ihnen von dem Eindruck gesprochen, den mir das Kapitel aus Heusingers Buch² in dem Werbeheft von Leins gemacht hat. Das Stück war mir ein bißchen zu literarisch pointiert, um unmittelbar als Quelle auf mich zu wirken. Unsereins, der selber schon eine Anzahl Geschichtsbücher geschrieben hat, liebt ja den Duft der unmittelbaren Dokumente und macht sich dann selber seine Reflexionen und Poesien.

Ich habe nun aber in den letzten 8 Tagen das Buch in toto gelesen und halte es für notwendig, Ihnen gegenüber meine Empfindung bei dem Probestück zu korrigieren. Das Buch hat mich sehr stark beeindruckt. Es ist eine bei allem Wagnis der literarischen Anlage bedeutende Leistung. Die Lektüre hat etwas hintergründig Erregendes, was nicht nur davon kommt, daß Geschichtsabläufe einem als zivilistischen Fernbeobachter mit einigem strategischen Interesse wieder in der Erinnerung auftauchen, sondern weil die fast überall unmittelbar gegebene und nicht durch Zensuren und Charakteristiken umschriebene Aufhellung über das Wesen der handelnden, entscheidenden und nichtentscheidenden Persönlichkeiten die Phantasie beschäftigt. Das Buch verlangt wohl, um in seiner Art voll gewürdigt zu werden, intelligente Leser – die Deutschen sind wohl heute durch die Schwarzweiß-Manier in der Darstellung der neueren Geschichte, die ja schier unvermeidlich ist, etwas dafür verdorben, die geistige Transparenz der einzelnen Seelenführung überall zu spüren. Der nach den Quellen „arbeitende Historiker“ wird, wenn er das Buch vor sich hat, vielleicht in gelinder Verzweiflung sein, welches Stück er als sozusagen präzise Aussage der Zeitlage nehmen kann und soll. Aber wenn er ein Mann mit künstlerischem Einfühlungs- und Gestaltungsvermögen ist, mag er gerade auch aus der Wiedergabe des Atmosphärischen großen Nutzen ziehen, denn er wird spüren, daß bei Heusinger selber ein künstlerisches Element der Gestaltung sich mit dem Verantwortungsgefühl der wahrhaftigen Aussage begegnet.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 293: ms. Schreiben, Durchschlag.

² ADOLF HEUSINGER: *Befehl im Widerstreit. Schicksalsstunden der deutschen Armee 1923–1945*, Tübingen/Stuttgart 1950. Das Buch enthält fiktive Gespräche zwischen deutschen Offizieren zur militärischen und politischen Situation, um den Gewissenskonflikt der militärischen Führung vor allem während der NS-Zeit anschaulich zu machen. Es bekam nach seinem Erscheinen eine große öffentliche Resonanz.

Ich wollte Ihnen diesen Eindruck schreiben, weil meine Bemerkungen neulich der Gesamtleistung die eigene Wertung schuldig blieben.

Mit den besten Grüßen
Ihr

Th. Heuss

Nr. 42

An Eberhard Goes, Böblingen, Württemberg

29. September 1950

BArch, N 1221, 293: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Verse von Eberhard Goes; Dichtkunst von Albrecht Goes; Theodor-Heuss-Gymnasium in Heilbronn

Lieber Freund,

Deine Erinnerungsverse² liegen seit geraumer Zeit auf meinem Schreibtisch und sprechen mich mit der kecken Lockung an, die Antwort auch in lockeren Reimen zu geben, aber der Arbeitsdrang der Stunden gibt mir gerade gegenwärtig nicht die freie Laune. So muß Du also den Prosadank für die freundliche Gesinnung entgegennehmen.

Dein Sohn Albrecht, mit dem mich ja eine gute Freundschaft verbindet, seit ich vor vielen Jahren in Unterbalzheim einmal sein Gast gewesen bin, hat ja nun die von Dir in ihm angelegten Kräfte zu einer schönen Entfaltung gebracht. Das, was bei Dir und mir nur spielender Dilettantismus ist, ist bei ihm in manchen Stücken zum reifen und reichen Vermögen geworden.

Vor 10 Tagen war ich in Heilbronn, der Stätte unserer Begegnung vor einem halben Jahrhundert.³ Ich hatte zugesagt, bei der Einweihung der neu errichteten Oberschulen anwesend zu sein⁴ und man hat mich damit überrascht, das wiedererstandene Humanistische Gymnasium mit meinem Namen zu verbinden. Ich habe mir überlegt, daß außer Dir wohl noch der Mathematik-Professor an der Tübinger Universität Kommerell der einzige Lehrer ist, der mich seinerzeit in der Hand gehabt hat bzw. in die Hand zu nehmen versuchte. Die Erinnerung an

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 137: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Eberhard Goes hatte Heuss ohne Datum ein hs. zweiseitiges Gedicht mit dem Titel „Vor 50 Jahren“ gesandt; N 1221, 137.

³ Eberhard Goes war zu Heuss' Schulzeiten Repetent am Heilbronner Karlsgymnasium.

⁴ Heuss hatte am 16. 9. 1950 bei der Einweihung der Robert-Mayer-Oberschule und der Rosenauerschule sowie vor der Bevölkerung gesprochen; B 122, 215; vgl. auch Heuss an Isy Krämer, 2. 11. 1950, in: N 1221, 294.

Kommerell ist freilich durch einen sehr scharfen Konflikt kurz vor dem Abitur, bei dem ich allerdings der „Schuldige“ war, durchfährt.⁵ Vielleicht interessiert es Dich, die zwei Ansprachen, die ich in Heilbronn gehalten habe, zu lesen. Ich lege Dir dann auch die Begrüßungsworte bei, die ich vor ein paar Wochen an den Evangelischen Kirchentag in Essen gerichtet habe.⁶

Mit schönen Grüßen und guten Wünschen für Deine Gesundheit
Dein

Th. Heuss

Anlagen

Nr. 43

An die Christlich Demokratische Union, Bonn
10. Oktober 1950

BArch 122, 2140: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.¹
Ablehnung, am Parteitag der CDU teilzunehmen

Verehrter Herr Bundeskanzler,

Sie hatten die Freundlichkeit, mir zu dem bevorstehenden Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union in Goslar² eine Einladung zu senden.³ Ich weiß diese Einladung zu würdigen, darf aber zugleich um Ihr Verständnis bitten, wenn ich auf die Teilnahme verzichte.

Ich bin auch im vergangenen Frühsommer dem Parteitag der Freien Demokratischen Partei ferngeblieben.⁴ Ich glaube, es ist gut für das Amt und wird auch von Ihnen doch so verstanden, wenn ich zu den eigentlichen Parteiauseinandersetzungen eine wohlthätige Distanz halte.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüßen
Ihr

Th. Heuss

⁵ Der Mathematiklehrer Karl Kommerell hatte versucht, Heuss in einer Auseinandersetzung zu schlagen; vgl. TH. HEUSS, Vorspiele, S. 90f.

⁶ Vgl. Nr. 37.

¹ Az. I/1/20; weiterer Nachweis: N 1221, 294; ms. Schreiben, Durchschlag; Druck: K. ADENAUER / TH. HEUSS, Unter vier Augen, S. 329.

² Dieser Parteitag, auf dem die CDU-Parteiorganisationen in der Bundesrepublik zusammengefasst wurden und der Adenauer zum Vorsitzenden wählte, fand vom 20. bis 22. 10. 1950 statt; vgl. U. SCHMIDT, Christlich Demokratische Union Deutschlands, S. 600.

³ In: B 122, 2140.

⁴ Vgl. Nr. 28.

Nr. 44

An Dr. Gustav Heinemann, Bundesminister des Innern, Bonn

11. Oktober 1950

AdsD, NL Heinemann, T. 1, Korrespondenz 1.–15. 10. 1950: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung (Kopie); Kopfbogen: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“¹

Rücktritt Gustav Heinemanns vom Amt des Bundesinnenministers

Verehrter Herr Dr. Heinemann,

es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen bei Ihrem Ausscheiden aus der Regierung² ein Wort des Dankes auszusprechen. Ich glaube, die inneren Motive Ihrer Entscheidung würdigen zu können, und respektiere sie.

Ihre Seele wird im Augenblick nicht ganz frei sein von Gefühlen der Bitterkeit; das durfte ich bei unserer Besprechung spüren. Aber da es sich bei Ihnen ja vor allem darum handelt, mit sich selber im reinen zu bleiben, werden Sie, vor neuen Aufgaben stehend, damit fertig werden. Wohl für jeden, der sich im September 1949 bereitfand, ein Amt zu übernehmen, dessen Fundamente erst gesucht und geschaffen werden mußten, war ein Stück Selbstopferung verbunden, aber jeder geschichtliche Neubeginn ist davon bestimmt.

Das Gefühl darf Sie tragen, daß Sie im Planen, Zugreifen und Ausgleichen Ihren Beitrag geleistet haben, mit den ersten Mühen fertig zu werden.

Ich möchte Ihnen den Dank für die vaterländische Arbeit aussprechen und meine persönlichen guten Wünsche für Sie damit verbinden dürfen.

Ihr

Theodor Heuss

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 293 und B 122, 2158: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Das Verhältnis zwischen Bundeskanzler Adenauer und Innenminister Heinemann war bereits seit der Kabinettsbildung gespannt gewesen, als unter dem Eindruck des Korea-Krieges 1950 die Diskussion um einen Wehrbeitrag und damit die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik begann. Heinemann sprach sich dagegen aus, da er darin die deutsche Wiedervereinigung gefährdet sah, und schloss sich in dieser Frage der radikal kritischen Opposition Martin Niemöllers an. Als sich herausstellte, dass Adenauer im August 1950 ohne Absprache mit dem Bundeskabinett in einem Memorandum den drei westlichen Außenministern einen deutschen Wehrbeitrag angeboten hatte, reichte Heinemann am 9. 10. 1950 ein Rücktrittsgesuch ein, das von Adenauer angenommen wurde; vgl. J. TREFFKE, Gustav Heinemann, S. 103–108; M. GRESCHAT, Protestantismus, S. 76–88.

Nr. 45

An André François-Poncet, Hoher Kommissar der Französischen Republik in Deutschland, Bonn

16. Oktober 1950

BArch, N 1221, 294: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“¹

Bitte um bessere Haftbedingungen für Konstantin von Neurath

Verehrte Exzellenz,

ich erlaube mir, Ihnen in der Angelegenheit des früheren Reichsaußenministers Baron *Neurath* einiges Material² zu unterbreiten, das mir gerade dieser Tage von einem Freund,³ der die Familie *Neurath* gut kennt, zugeleitet worden ist. Der Freund, der mir das Material zugänglich machte, wußte, daß ich gegenüber Mr. McCloy in der Sache des Staatssekretärs Weizsäcker wiederholt und bis in die letzte Zeit aktiv gewesen war,⁴ und hat sich nun, da die Weizsäcker-Sache zu einem befriedigenden Abschluß gekommen ist, jetzt wegen Baron *Neurath* an mich gewandt.

Bei einer unserer Unterhaltungen über den Gesamtkomplex haben wir neben Weizsäcker und Röchling⁵ auch die Angelegenheit des Baron *Neurath* besprochen. Sie haben selber damals Ihr Bedauern zum Ausdruck gebracht, daß wegen der Verflechtung der Frage mit den Russen Ihr persönlicher menschlicher Wunsch, etwas für *Neurath* tun zu können, gebunden sei. Nun vermag ich natürlich nicht zu sagen, ob durch das tatsächliche Aussetzen der Berliner Kontrollratsfunktion⁶ die Situation im Elementaren sich gewandelt hat. Es hat, wie Sie spüren werden, etwas Paradoxes, daß die in Spandau sitzenden Leute⁷ im Augenblick

¹ Weiterer Nachweis: B 122, 649: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Vgl. Anlagen.

³ Karl Georg Pfeleiderer an Heuss, 11. 10. 1950, in: B 122, 649.

⁴ Vgl. Nr. 39.

⁵ Vgl. zu Röchling Nr. 33, Anm. 3.

⁶ Der Alliierte Kontrollrat war seit Juni 1945 das oberste Regierungs-, Kontroll-, Koordinations- und Verwaltungsorgan über die vier Besatzungszonen. Die Spannungen zwischen den Westalliierten und der UdSSR schränkten die Kooperation in diesem Gremium zunehmend ein. Als die Londoner Sechsmächte-Konferenz (23. 2.–6. 3., 20. 4.–2. 6. 1948) die Gründung eines Weststaates plante, zog der sowjetische Vertreter im März 1948 aus dem Kontrollrat aus. Die Währungsreform in den Westzonen und die Berlin-Blockade durch die UdSSR machten jede weitere Zusammenarbeit in diesem Gremium zunichte; vgl. G. MAI, Alliierte Kontrollrat.

⁷ Die im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher zu Haftstrafen Verurteilten (Karl Dönitz, Walther Funk, Rudolf Heß, Konstantin von Neurath, Erich Raeder, Baldur von Schirach, Albert Speer) verbüßten ihre Strafe im Gefängnis Berlin-Spandau; vgl. P. STEINBACH, Nürnberger Prozeß.

eine der wenigen Gemeinsamkeiten der Viermächte-Kooperation von 1945 darstellen.⁸ Ich bin auch gar nicht in der Lage, über die Gesamtsituation jetzt Ihnen eine Meinung vorzutragen, aber ich möchte doch nicht verfehlen, Ihnen die Unterlagen vorzulegen.

Es ist mir in einer persönlichen Besprechung einmal mitgeteilt worden, daß die Ernährung mit Ausnahme des Russenmonats günstig sei. Aber wenn die Mitteilungen im ganzen stimmen, so müßte doch mindestens für die andere Zeit eine Vermenschlichung des Verfahrens erreichbar sein, was Besuch des Geistlichen und literarische Versorgung anlangt. Auch scheint mir, könnten die Vertreter der Westmächte das böse Verfahren abstellen, daß nachts alle halbe Stunde eine Anstrahlung erfolgt, denn mit normalem Strafvollzug hat das doch nichts zu tun, was irgendjemand einmal erfunden hat als Quälerei für Leute, die in der Vernehmung sind.

Ich bitte Sie sehr, die Unterlagen alle einmal unmittelbar auf sich wirken zu lassen. In eine politische Erörterung über den Gesamtkomplex will ich dabei im Augenblick gar nicht eintreten. Vielleicht können wir uns einmal gelegentlich über die Gesamtproblematik unterhalten, aber ich wollte nicht versäumen, die jetzt gerade bei mir eingegangenen Unterlagen gleich an Sie weiterzuleiten.⁹

Mit freundlichen Grüßen
Ihr ergebener

Th. Heuss

*Anlagen*¹⁰

Notiz über Befinden des Baron Neurath
Memorandum des Rechtsanwalts Fischinger

⁸ Die Bewachung im Spandauer Gefängnis wechselte monatlich zwischen den vier Mächten bis zum Tod von Rudolf Heß 1987.

⁹ Heuss hatte mit seiner Intervention keinen Erfolg. Nachdem von Neurath 1952 schwer erkrankt war, war die Frage seiner Haftentlassung wieder akut. Anfang November 1954 wurde von Neurath schließlich entlassen, wozu ihm Heuss am 7. 11. 1954 gratulierte; B 122, 2067.

¹⁰ Memorandum in: B 122, 649; Notiz ließ sich nicht ermitteln.

Nr. 46

An Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler, Bonn

4. Dezember 1950

BArch, B 122, 17: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“¹

Vorlage des Entwurfs einer Antwort auf das Schreiben Otto Grotewohls an Konrad Adenauer: Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates

Verehrter, lieber Herr Bundeskanzler,

ich ahne nicht, was Sie für Absichten gegenüber dem Brief des Herrn Grotewohl² hegen, ich kenne den Wortlaut und die stilistische Haltung dieses Briefes nicht, sondern habe nur die Fassung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vor mir.³

Vielleicht haben sie sich schon Gedanken gemacht, ob und wie Sie hierauf reagieren werden. Ganz ohne Reaktion sollte, nachdem der Mann sozusagen die hiesige Regierung anerkannt hat, die er bisher nur als Spalter und amerikanischen Agenten behandelte, das Schreiben nicht bleiben, und nach meinem politischen Gefühl erträgt die Unruhe, die durch diese Tage geht,⁴ keine pointierte Verschärfung.

Sie wissen, Herr Bundeskanzler, daß ich weiß, daß *Sie* die „Richtlinien der Politik“ bestimmen,⁵ aber Sie nehmen es mir nicht übel, wenn ich den Versuch gemacht habe, Ihnen als formale Eventualität ein bißchen Ihrer großen Belastung abzunehmen, d. h. ich lege Ihnen einfach einmal den Entwurf eines Briefes vor, wie ich ihn mir ungefähr vorstelle. Welche Formschnörkel Herr Grotewohl ge-

¹ Az. I/5/10 / K. Ad. 1453/50; Verfügung: „*Vor Abgang*: Herrn Ministerialdirektor Dr. *Klaiber* vorzulegen“ mit zwei Paraphen von Klaiber vom 4. 12. 1950; weiterer Nachweis: N 1221, 294: ms. Schreiben, Durchschlag; Druck: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 51f; Teilabdruck: K. ADENAUER, Erinnerungen 1953–1955, S. 35.

² In einem Schreiben an Adenauer hatte der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, am 30. 11. 1950 vorgeschlagen, Beratungen zwischen den beiden deutschen Regierungen über die Bildung eines „Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates“ aufzunehmen; Abdruck des Schreibens in: K. ADENAUER, Erinnerungen 1953–1955, S. 33f; vgl. zum Grotewohl-Brief und zur Reaktion der Bundesregierung M. LEMKE, Einheit, S. 134–142; Nr. 73.

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. 12. 1950.

⁴ Eventuell gemeint die Protestdemonstrationen in der Bundesrepublik angesichts der unfreien und gelenkten Wahlen zur Volkskammer der DDR am 15. 10. 1950, bei denen 99,7 % für die Einheitslisten der Nationalen Front abstimmten. Außerdem war Innenminister Heinemann im Oktober wegen der von Adenauer forcierten Wiederbewaffnung zurückgetreten. Der Protest gegen die Wiederaufrüstungspolitik Adenauers verschärfte sich zum Ende des Jahres. Bei den Landtagswahlen im November mussten die Unionsparteien große Verluste hinnehmen; vgl. H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer, S. 120; Nr. 44.

⁵ So legt es Art. 65 GG fest; vgl. auch Nr. 30.

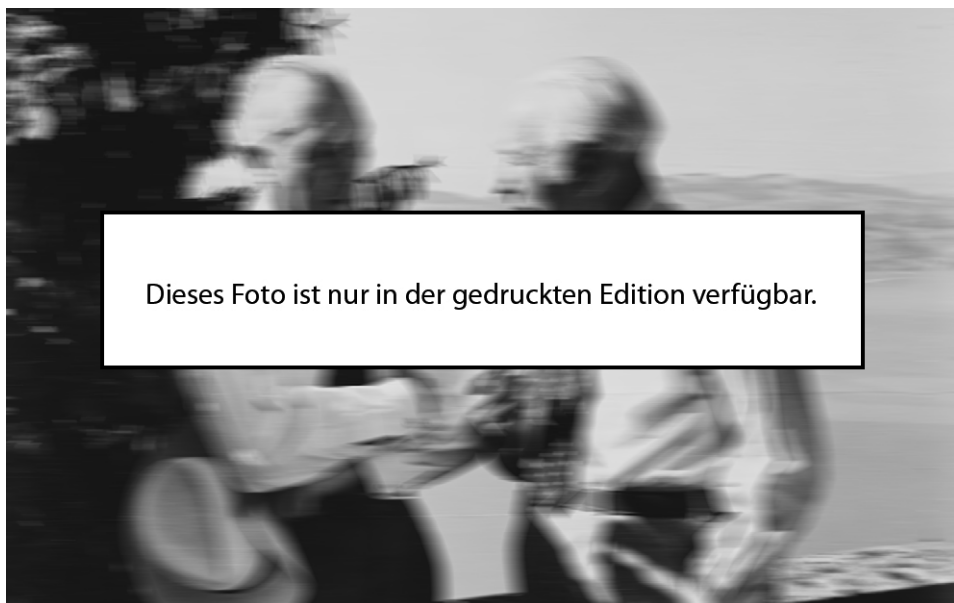


Abb. 3: Theodor Heuss und Konrad Adenauer in Bürgenstock, Schweiz, 21. 7. 1950

wählt hat, weiß ich nicht, spreche ihn aber sehr bewußt mit einem Titel nicht an, sondern mit seinem Namen.

Mit freundlichem Gruß

Ihr

Th. Heuss

Anlage

Entwurf Brief Grotewohl

Nr. 46a

An Otto Grotewohl, Ministerpräsident der DDR, [Berlin]

[4. Dezember 1950]

BArch, B 122, 17: ms. Schreiben, Entwurf, ohne Grußformel und Zeichnung¹

Sehr geehrter Herr Grotewohl,

indem ich den Empfang Ihres Schreibens bestätige, worin Sie Verhandlungen, wie Sie schreiben, „im Geiste ehrlicher Verständigung“ über die Bildung eines

¹ Weiterer Nachweis: B 122, 17: hs. Schreiben, Entwurf; Druck: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 52; K. ADENAUER, Erinnerungen 1953–1955, S. 35.

Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates vorschlagen,² verkenne ich nicht, daß für alle Deutschen, die an dem Gedanken einer wieder zu verwirklichenden staatlichen Einheit festhalten, gleichviel, in welcher Zone sie wohnen, der gegenwärtige Zustand eine schwer erträgliche seelische Last darstellt, von seinen sozialen und wirtschaftlichen Folgeerscheinungen ganz abgesehen.

Die Voraussetzungen eines fruchtbaren Gespräches erscheinen mir aber nicht gegeben. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist nicht in der Lage, die demokratische Legitimation der öffentlichen Machtbildung anzuerkennen, wie sie sich in der sowjetisch besetzten Zone gestaltet hat. Sie hat das nach dem Verfahren der „Wahl“ im Oktober³ eindeutig zum Ausdruck gebracht,⁴ und sie weiß, daß sie dabei nicht bloß für die überwältigende Mehrheit der in der Bundesrepublik Deutschland wohnenden Menschen, sondern auch für sehr weite Kreise der mittel- und ostdeutschen Bevölkerung gesprochen hat.⁵

Nr. 47

An Prof. Dr. Gerhard Rosenkranz, Tübingen

4. Dezember 1950

BArch, N 1221, 294: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und von Bott ms. gez.¹

Ehrenpromotion durch die evangelisch-theologische Fakultät der Universität Tübingen

Verehrter Herr Professor,

den Inhalt Ihres liebenswürdigen Briefes vom 27. 11.² habe ich gestern vortastend dem Herrn Bundespräsidenten vorgetragen. Er war durch die freundliche

² Vgl. Nr. 46, Anm. 2.

³ Volkskammerwahl vom 15. 10. 1950; vgl. Nr. 46, Anm. 4.

⁴ Schon am 14. 9. 1950 hatte Adenauer in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag die für den 15. 10. 1950 angesetzten Volkskammerwahlen als ungesetzlich und undemokratisch bezeichnet. Im Anschluss nahm der Bundestag eine Resolution an, in der die Bundesregierung aufgefordert wurde, die Besatzungsmächte zu bitten, in allen vier Besatzungszonen freie, allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen zu einem gesamtdeutschen Parlament vornehmen zu lassen; vgl. VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, 1. Wahlperiode, Bd. 5, S. 3184–3193; K. ADENAUER, Erinnerungen 1953–1955, S. 30f.

⁵ Adenauer griff auf den Briefentwurf von Heuss nicht zurück. Nach wochenlangen Verhandlungen und Auseinandersetzungen über den Grotewohl-Brief beantwortete Adenauer das Schreiben am 15. 1. 1951 in Form einer Regierungserklärung, ohne dabei auf den Vorschlag zur Bildung eines Gesamtdeutschen Rates einzugehen; vgl. K. ADENAUER, Erinnerungen 1953–1955, S. 40–42; M. LEMKE, Einheit, S. 138.

¹ Az. I/2/11.

² Rosenkranz an Heuss, 27. 11. 1950, in: B 122, 2145; dort auch Materialien zum Gutachten und zur Feier am 9. 2. 1951.

Absicht der Evang[elisch]-theolog[ischen] Fakultät, ihm den Ehrendoktor zu verleihen, ein bißchen verwirrt, denn er weiß nicht recht, wie er sich ausdrückt, ob er diese Würde eigentlich verdient. Er bezieht die freundliche Absicht auf seine historischen Darstellungen von Friedrich Naumann,³ seine Würdigung von Harnack, Wichern, Bodelschwingh und Gustav Werner⁴ und auf seine wiederholte Teilnahme, den rechtlichen Status der Kirchen im Rahmen der staatlich politischen Kräfte zu regeln.⁵

Er weiß auch natürlich genügend um die gesamtdeutsche Bedeutung gerade der Tübinger Evang[elisch]-theolog[ischen] Fakultät, um die beabsichtigte Ehre in ihrem Gesamtgewicht zu empfinden.

Was die äußeren Voraussetzungen anlangt, so liegen rechtliche oder politische „Bedenken“, die sich an das Amt des Herrn Bundespräsidenten knüpfen könnten, nicht vor. Der Herr Bundespräsident selber würde aber dankbar sein, den Vollzug der Ehrung noch etwas hinausschieben zu können.⁶ Wir werden ein paar Wochen voll von Unruhe haben, da der private Umzug des Herrn Bundespräsidenten nach Bonn eben jetzt bevorsteht⁷ und seine Zeit dadurch sehr zerrissen sein wird. Er würde an sich dann gern bereit sein, da Ende Januar einige Familienverpflichtungen vorliegen, in der ersten Hälfte Februar nach Tübingen zu kommen und mit der Ehrung einen Vortrag an der Universität [zu] verbinden, der, ohne daß er heute das Thema schon formulieren kann, die Grenzfragen zwischen Christentum und Politik, Kirche und Gesellschaft abschreitet. Darüber könnte und müßte ja dann noch eine spätere Verständigung erfolgen.⁸

Mit freundlichem Gruß

(Hans Bott)

Persönlicher Referent des Bundespräsidenten

³ TH. HEUSS, Friedrich Naumann.

⁴ Vgl. TH. HEUSS, Deutsche Gestalten, S. 370–377 (Harnack), S. 257–262 (Bodelschwingh); über Werner sprach Heuss am 3. 9. 1949 in Reutlingen, gedruckt als TH. HEUSS, Bekenntnis zu Gustav Werner; zu Wichern vgl. die Bemerkungen in: TH. HEUSS, Friedrich Naumann, S. 43–46; am 24. 6. 1951 sprach Heuss im Hamburger „Rauhen Haus“ über Wichern; TH. HEUSS, Würdigungen, S. 131–134.

⁵ So bei Heuss' Arbeit in der Verfassungsgebenden Landesversammlung Württemberg-Baden 1946 oder im Parlamentarischen Rat 1948/49.

⁶ Der Festakt in Tübingen fand am 9. 2. 1951 statt.

⁷ Im Dezember 1950 bezog Heuss seinen neuen Amtssitz in der Villa Hammerschmidt in Bonn; vgl. Heuss an Kaempffer, 16. 12. 1950, in: N 1221, 294; zur beengten Raumsituation auf der Viktorshöhe in Bad Godesberg und zur Einschätzung der Villa Hammerschmidt vgl. Nr. 27, Anm. 5.

⁸ Heuss sprach anlässlich der Ehrenpromotion in Tübingen am 9. 2. 1951 zum Thema „Grenzfragen des Religiösen und Politischen“; B 122, 217. Gegenüber Walter Bauer bemerkte Heuss am 15. 2. 1951: „Die Feier in Tübingen ist übrigens eindrucksvoll und würdig verlaufen. Mein Vortrag war stark historisch durchsetzt, aber es scheint, daß er den Theologen nicht schlecht gefallen hat“; N 1221, 295; vgl. auch Heuss an Gottfried Traub, 19. 2. 1951, in: ebd.

Nr. 48

An Dr. Ernst Ludwig Heuss, Lörrach-Tumringen

7. Dezember 1950

FA Heuss, Basel: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
Gesundheitszustand von Ernst Ludwig Heuss und Elly Heuss-Knapp; Wiederbewaffnung; Nationalhymne; Porträt von Theodor Heuss durch Oskar Kokoschka

Lieber Ludwig,

schönen Dank für den Brief,² den Du mir über Hanne³ hast zugehen lassen. Es tut uns furchtbar leid, daß die Geschichte mit Deiner Gesundheit so langsame Fortschritte macht,⁴ aber vor allem die Mutter, da sie eine größere medizinische Phantasie hat als ich, ist davon recht beunruhigt, daß sich die Sache so lange hinzieht. Hoffentlich verlierst Du nicht die Geduld.

Die Mutter selber ist im ganzen recht munter, hat jetzt jedoch wieder etwas mit der Ekzemgeschichte zu tun, aber Frau Dr. Wiehr glaubt, die weitere Entwicklung bereits abgefangen zu haben. Was die Ursache ist, weiß immer noch niemand.

Der politische Rat, in die Rüstungsdebatte einzugreifen,⁵ ist ja hier natürlich mannigfach überlegt worden. Ich habe mein Sprüchlein dazu bereits am 7. Sept[ember] gesagt,⁶ im übrigen durch persönliche Gespräche zur Klärung und zur Abtönung beizutragen versucht. Als kürzlich Dr. Schumacher fast 3 Stunden bei mir war, war das ja mit ein zentrales Thema.⁷ Wie ich es in der Silvester-Rede zu

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 294: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Ernst Ludwig Heuss an Heuss-Knapp, 24. 11. 1950, in: FA Heuss, Basel.

³ Ehefrau von Ernst Ludwig Heuss.

⁴ Ernst Ludwig Heuss hatte über vereiterte Mandeln berichtet; wie Anm. 2.

⁵ Angesichts des Ausbruchs des Koreakrieges 1950 und der Verschärfung des Kalten Krieges wurde bei den Westmächten und in der Bundesrepublik ein deutscher Verteidigungsbeitrag diskutiert. Adenauer sah in der Beteiligung an einem westlichen Verteidigungsbündnis die Möglichkeit, für die Bundesrepublik mehr internationale Gleichberechtigung und außenpolitische Handlungsfähigkeit zu erreichen; vgl. H.-P. SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 727–774; J. FOSCHÉPOTH, Westintegration; vgl. auch Nr. 44, Anm. 2.

⁶ In seiner Ansprache am 7. 9. 1950 anlässlich des Jahrestages der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages nahm Heuss auch allgemein Bezug auf die Debatte über die Remilitarisierung und führte u. a. aus: „jeder miles gloriosus [...] ist untergegangen, nachdem seine Hybris ihn zum Totengräber des Schicksals einer Nation gemacht hat. [...] Zu den Mächtigen der Welt in dem Quantitätssinn der Macht gehört Deutschland nicht, – nicht mehr. Das ist in verbrecherischem Zynismus verspielt. Aber wir arbeiten, und alle, die guten Willens sind, arbeiten mit, daß wir wieder aus dem Gefängnis der Geschichte heraustreten können. Wir brauchen die anderen, die anderen brauchen uns; und da geht es im Hin und Her des Gebens und Nehmens nicht um eine Statistik der Divisionen, sondern um die Begegnung in einer freien Gesinnung.“ B 122, 215.

⁷ Das Gespräch mit Schumacher fand am 26. 11. 1950 statt; B 122, 31269.

behandeln haben werde, hängt natürlich sehr von der gesamtpolitischen Atmosphäre zu diesem Zeitpunkt ab.

Einstweilen gehen neben den anderen Geschichten meine Besprechungen wegen der sogenannten Nationalhymne voran,⁸ die ich textlich den Parteiführern und den Kirchenfürsten mitteilte.⁹ Die letzte gestraffte Fassung der Musik¹⁰ hat hier im Haus, als sie uns von einem Schülerchor vorgetragen wurde, ziemlich einhelligen Beifall gefunden. Ich will jetzt das Kabinett zu diesem Zweck bald hier oben haben.¹¹

Am Montagabend ist Oskar Kokoschka angerückt, um mich für das Wallraf-Richartz-Museum in Köln zu malen.¹² Der Direktor, Dr. Reidemeister (Gatte von Ursula Nordmann),¹³ ist der Initiator dieser Sache. Er hat in Köln auch das Geld dafür zusammengebracht. Kokoschka ist menschlich überaus reizend. Wir verstehen uns gut. Er fühlt sich offenbar sehr wohl. Das Bild wächst langsam, aber ist zumindest in der Anlage farbig sehr lebendig und interessant. Ob schließlich ich herauskomme oder Kokoschka ist ziemlich wurst.¹⁴

Zwischendurch fährt man nach Bonn, stellt fest, daß die Architekten eine neue Dummheit gemacht haben,¹⁵ läßt sich aber überzeugen, daß die Wohnung als solche schöne Räume haben wird. Eine etwas bedrängende Vorstellung ist: Wie wird und wo wird man die Bücher aufteilen.¹⁶

⁸ Vgl. Nr. 51.

⁹ Dazu Material in: B 122, 2239, 2242, 2243.

¹⁰ Die Melodie zum Text Rudolf Alexander Schröders stammt von Hermann Reutter.

¹¹ Diese Vorstellung der Hymne vor dem Bundeskabinett, deren Mitglieder die Hymne auch selber sangen, fand am 14. 12. 1950 statt; TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 383, Anm. 14 zu Nr. 64; vgl. auch Nr. 109; Heuss an Ernst Ludwig Heuss, 12. 12. 1950, in: FA Heuss, Basel.

¹² Vgl. Nr. 56.

¹³ Gehörte zum Berliner Bekanntenkreis der Familie Heuss. Ihr Vater, der Chirurg Otto Nordmann, hatte Heuss-Knapp, Ernst Ludwig Heuss sowie einmal Theodor Heuss selbst behandelt; vgl. Heuss an K. H. Bauer, 15. 10. 1957, in: B 122, 419.

¹⁴ Gegenüber Baron Kemnitz, der vorgeschlagen hatte, Heuss zu malen, weil dieser von Kokoschka „grausam verunziert“ worden sei, betonte Heuss am 5. 1. 1951, er halte Kokoschka nach Edvard Munch für den bedeutendsten gegenwärtigen Maler. „Ach Gott, ich will gar nicht auf Schön gemalt werden. Ich finde das aus der Farbe herausgestaltete Werk eine gute und interessante Malerei. Ob es im Ausdruck das Wesenhafte trifft, wird von den Leuten, die mich und das Bild kennen, sehr verschieden beurteilt. Ich muss es nun einem Mann von der sehr weiten Bildung und großartigen Menschlichkeit wie Kokoschka völlig überlassen, wie er mich sieht und innerlich begreift“; N 1221, 295; vgl. auch Heuss an Eugen Denzel, 17. 1. 1951, in: N 1221, 295; Heuss an Walter Wili, 22. 8. 1953, in: N 1221, 311. Zu Kokoschkas Erinnerung an diese Sitzungen vgl. H. BOTT / H. LEINS, Begegnungen, S. 347f.

¹⁵ Zu Heuss' Unzufriedenheit gegenüber den Bauausführungen in der Villa Hammerschmidt vgl. Heuss an Bernhard Günther, 30. 6. 1951, in: N 1221, 297.

¹⁶ Vgl. Nr. 55, Nr. 101.

Ich denke, daß das Kind jetzt bald wieder zu Hause sein wird.¹⁷ Wir sind gespannt, ob es Euch noch nach so langer Abwesenheit kennt.

Mit schönen Grüßen
Dein Vater

Th. H.

Nr. 49

An Prof. Dr. Friedrich Meinecke, Berlin-Dahlem

10. Dezember 1950

BArch, N 1221, 294: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Se) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Erneuerung der Friedensklasse des Ordens Pour le mérite

Verehrter, lieber Herr Meinecke,

in diesem Brief² möchte ich Ihnen vortragen dürfen, was mich seit einiger Zeit beschäftigt. Wie Sie sich denken können, ist die Frage der Neuschöpfung von Orden oder Auszeichnungen ein Gegenstand mannigfaltiger Überlegungen. Die Frage hat sich vor allem auch unter dem Gesichtspunkt für unser Überdenken verdichtet, daß in absehbarer Zeit der freie politische und diplomatische Verkehr mit den auswärtigen Staaten sich ergeben wird.³ In der Zeit der Weimarer Republik war das Fehlen solcher Möglichkeiten⁴ eine gewisse Behinderung, denn Porzellan-Service und ähnliches lassen sich ja nicht an den Frack hängen. Nun steht aber neben einer solchen mehr politisch-technischen Überlegung auch das andere, einer Form der Auszeichnung, die eine große Tradition besaß, vielleicht neue Wirklichkeit und Wirksamkeit zu geben. Und hier möchte ich den Versuch machen, die Friedensklasse des Ordens pour le mérite neu zu beleben. Ich weiß erstens, daß es ein preußischer Orden war, und zweitens, er eine Stiftung Friedrich Wilhelms IV. gewesen ist, der durch Alexander von Humboldt beraten war. Der Orden, der 30 ausgezeichnete Männer bei einer bestimmten inneren Aufteilung

¹⁷ Barbara Heuss hatte sich zur Kur in der Schweiz aufgehalten.

¹ Weiterer Nachweis: Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, NL Hahn, Abt. III, Rep. 14A, Nr. 1621: ms. Schreiben, Durchschlag; Teilabdruck: E. PIKART, Theodor Heuss, S. 346.

² Vgl. zu diesem Brief auch H. ROTHFELS, Theodor Heuss, S. 419f.

³ Die Revision des Besatzungsstatuts am 6. 3. 1951 ermöglichte am 15. 3. 1951 die Errichtung des Auswärtigen Amtes, dessen Leitung Adenauer übernahm, und den Aufbau diplomatischer Vertretungen im Ausland; vgl. L. HERBST, Option, S. 112f; vgl. auch Nr. 7, Anm. 2, Nr. 10, Anm. 5.

⁴ Art. 109, Abs. 5 und 6 der Weimarer Reichsverfassung besagten: „Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden. – Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Orden und Titel annehmen.“

der künstlerischen und wissenschaftlichen Disziplinen umfaßte, ist ja, wie Sie wissen, durch Adolf Harnack nach 1918 erhalten geblieben. Auch nachdem die Weimarer Verfassung Orden und Ehrenzeichen abgeschafft hatte, war der Reichspräsident Ebert einsichtig genug, diesen Geistes-Aristokraten-Orden demokratischer Ordnung zu erhalten. Sie wissen, daß die personelle Zusammensetzung dieses Ordens wie auch das von den Staatsautoritäten unabhängige⁵ Verfahren der Selbstergänzung nicht in das System des Nationalsozialismus paßte. Hitler hat seine Weiterführung untersagt. Er hat damals selbst einen Orden für Kunst und Wissenschaften – ich weiß nicht mehr genau, wie er hieß⁶ – gestiftet, der, wenn ich mich recht entsinne, sogar mit einer Geldgabe verbunden gewesen ist. Ich weiß nur noch, daß im Rahmen der Dichtung eine Anzahl von Parteiliteraten diese Auszeichnung empfangen haben.

Zu den Trägern des Ordens *pour le mérite* gehörten auch immer ein paar ausgezeichnete ausländische Denker und Gelehrte.

Ich selbst habe im Jahre 1941 oder 1942 bei der Wiederkehr der hundertjährigen Stiftung eine Geschichtsbetrachtung in der Frankfurter Zeitung geschrieben,⁷ für die ich im Hohenzollernschen Hausarchiv und im Brandenburg-Preußischen Staatsarchiv einige Studien gemacht habe, um dann durch das freundliche Entgegenkommen von Max Planck in dessen Wohnung die ihm aus dem Harnackschen Nachlaß übermittelten neueren Papiere durchsehen zu können.⁸ Unglücklicherweise ist die Kiste, in der meine Publizistik aus jener Zeit verwahrt war, wie manches andere, auf dem Transport von Berlin nach Stuttgart abhanden gekommen. Ich bin mit Arbeit, wie Sie sich denken können, überlastet und im Augenblick gar nicht in der Lage, die Rekonstruktion der Dinge in meinem Gedächtnis oder in Sachunterlagen vorzunehmen. Ich selbst weiß nicht, ob a) jene zum Teil höchst interessanten Papiere aus Plancks Besitz gerettet sind – er hatte sie in seiner Wohnung im Grunewald –, b) ob sie evtl. mit ihm nach Göttingen wanderten und dort sich befinden und c) ob sie an seinen ehemaligen Stellvertreter und theoretischen Nachfolger Vossler⁹ gegeben sind. Die Überlegung dieser technischen Möglichkeiten hat, wenn man an die Zeit nach 1945 denkt, etwas Unwahrscheinliches, ja Gespenstiges.

Nach meiner Erinnerung gehören Sie, lieber Herr Meinecke, zu den Trägern des Ordens.¹⁰ Ich denke, es werden wohl noch einige andere unter uns weilen,

⁵ Hs. Korrektur.

⁶ Gemeint ist der Deutsche Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft, den Hitler 1937 gestiftet hatte, nachdem er die künftige Annahme des Nobelpreises nach der Verleihung an Carl von Ossietzky ein Jahr zuvor verboten hatte.

⁷ [Theodo]r.[Heus]s.: Ein Areopag des Geistes. Hundert Jahre „Friedensklasse“ des „Pour le mérite“, in: Frankfurter Zeitung Nr. 272–273, 31. 5. 1942, abgedruckt in: TH. HEUSS, Politiker, S. 281–288.

⁸ Vgl. Planck an Heuss, 23. 2. 1942, in: N 1221, 91.

⁹ Hs. korrigiert; gemeint ist der Romanist Karl Vossler.

¹⁰ Meinecke hatte dem Ordenskapitel bisher nicht angehört.

aber ich übersehe das nicht, will aber dadurch, daß ich einen Durchschlag dieses Briefes an Professor Otto Hahn nach Göttingen und an Professor Dehio nach Marburg sende, deren Wissen und Mitdenken erbitten.¹¹

Ich möchte Ihnen folgende Idee unterbreiten; daß Sie mir einen Brief schreiben, in dem Sie mich bitten, die Friedensklasse des Ordens pour le mérite wieder ins Leben zu rufen, um eine würdige und bedeutende Tradition nicht untergehen zu lassen. Ich würde Ihnen dann antworten, daß ich von mir aus die Anregung begrüße, aber nicht als Neustifter auftrete (was eine geschichtliche Geschmacklosigkeit wäre), sondern ich würde an Sie Bitte und Auftrag richten, mit den noch vorhandenen Trägern des Ordens pour le mérite die Ergänzung auf die 30 Namen einzuleiten.¹² Damit hätten wir die historische Kontinuität bewahrt und die geistige und sachliche Autonomie des Ordens neu gesichert. Bei dieser Neuergänzung würde am besten ein kleiner Kreis, an dessen Arbeit ich selbst gerne mitwirken würde, beratend auftreten. Wir würden uns auch überlegen, ganz wenige, aber wirkungsvolle Ausländer hereinzunehmen, mit denen natürlich auch vorher sorgfältig gesprochen werden müßte.¹³ Wenn es auf solche Weise gelingt – ich erbitte ihr Mitdenken und Mitwirken –, den deutschen Orden vor den Deutschen selbst und der Welt wieder zur Gestalt zu bringen, so wäre es moralisch-psychologisch und geistig-politisch unzweifelhaft ein Gewinn.

Ich bitte Sie sehr, die Länge dieses Briefes zu entschuldigen, aber ich wollte Ihnen die Sachlage und meine Motive einigermaßen deutlich machen und möchte nur hoffen, daß dieser Brief Sie recht frisch und gesund antrifft.

Mit allen guten Grüßen auch von meiner Frau an Sie und die Ihren in alter Treue und Verbundenheit

Ihr

Theodor Heuss

¹¹ Vgl. Heuss an Otto Hahn und an Ludwig Dehio, 11. 12. 1950, beide in: N 1221, 294; vgl. auch Nr. 129.

¹² Bevor Meinecke auf das Schreiben von Heuss antwortete, erhielt er einen weiteren Brief von Heuss, in dem dieser ihm seinen Irrtum mitteilte, Meinecke als Angehörigen des Ordens angesehen zu haben, und ihn bat, darin ein Zeugnis zu sehen, „welche Verehrung für Sie und Ihre Mitarbeit in meiner Seele immer lebendig war und lebendig geblieben ist“; Heuss an Meinecke, 14. 12. 1950, in: N 1221, 174.

¹³ Vgl. Nr. 57, Nr. 230.

Nr. 50

An Dr. Robert Lehr, Bundesminister des Innern, Bonn

12. Dezember 1950

BArch, B 122, 2283: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz: H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“¹

Mögliche Teilnahme an der Tagung der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

besten Dank für Ihren freundlichen Brief mit seiner Einladung zu der Tagung der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald in Hannover.² Meine Empfindungen, ob ich teilnehmen kann oder soll, schwanken noch etwas, denn ich habe mich im ersten Amtsjahr durch Reden und Reisen etwas verausgabt; es kam auch einmal in einer Zeitung der witzige pädagogische Vers „In Kiel, in München und in Neuss, keine Feier ohne Heuss“. Das hat mir Spaß gemacht, aber war doch auch ein Signal.³

Es ist nun so, daß mein Verhältnis zu Wald und Wild doppelschichtig ist: Ich habe nämlich noch nie auf einen Hasen geschossen. Wenn ich mit Freunden auf der Jagd war, durfte ich nur, bis er in Aktion zu treten hatte, den Hund an der Leine führen, damit ich das Gefühl einer zünftigen Funktion erhielt. Auf der anderen Schicht ist es so, daß meine sämtlichen Vorfahren mütterlicherseits, soweit eine schon seit Jahrzehnten bestehende Familienchronik aufzeigt, Förster waren (in Nassau und später in der Rheinpfalz)⁴ und daß ich vor 10 Jahren einmal einige Tage bei Herrn von Keudell in Hohenlubbichau verbrachte und von ihm ein Dauerkolleg über forstliche Monokultur und Mischwald erhielt.⁵

Ich habe bei einigen der Einladungen, die ja laufend kommen, jetzt diese Form gewählt, daß ich bitte, mir die Freiheit der Entscheidung bis nahe an den Termin heran zu geben.⁶ Das bedeutet soviel, daß ich nicht als „Programmnummer“ verzeichnet werde. Es ist eine alte Erfahrung, daß das Absetzen von Programm-

¹ Az. I/14/30; gestrichenes Az. I/1/02; weiterer Nachweis: N 1221, 294: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Lehr an Heuss, 7. 12. 1950, in: B 122, 2283.

³ Vgl. auch Heuss an Wolfgang Haußmann, 3. 4. 1951, in: N 1221, 296; Heuss an Theodor Bäuerle, 16. 12. 1955, in: N 1221, 330.

⁴ Vgl. TH. HEUSS, Vorspiele, S. 35f.

⁵ Heuss hatte Ende 1940 eine Einladung Walter von Keudells auf dessen Gut Hohenlubbichau bekommen; von Keudell an Heuss, 28. 12. 1940 und 30. 4. 1941, in: N 1221, 84; Heuss an von Keudell, 8. 1. 1951, in: N 1221, 295; vgl. auch Nr. 99.

⁶ Heuss teilte Lehr am 8. 1. 1951 mit, dass er verhindert sei und nicht an der Veranstaltung teilnehmen könne; B 122, 2283. Stattdessen leitete er Lehr die Abschrift eines Gedichtes unter dem Titel „Kurzes Repetitorium für Forstlaien“ zu, das er am 9. 6. 1941 in das Gästebuch von Keudells eingetragen hatte. Die Verse, in denen Heuss sich für den Mischwald aussprach, wurden in der von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald herausgegebenen Zeitschrift „Unser Wald“ 4, Nr. 3, März 1951 abgedruckt; B 122, 2283.

nummern Enttäuschung bringt. Wenn ich da bin, bin ich halt da. Ich glaube kaum, daß irgendjemand besonders deshalb kommen wird, weil der Bundespräsident angemeldet ist.

Mit freundlichen Grüßen

Th. Heuss

Handschriftlicher Vermerk:

Das mütterliche Familienwappen trägt die Inschrift: In silva salus!⁷

Nr. 51

An Rudolf Alexander Schröder, Sonnleithen-Bergen, Oberbayern

21. Dezember 1950

BArch, N 1221, 294: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Presseberichte über die vorgeschlagene Nationalhymne

Verehrter, lieber Herr Dr.² Schröder,

ich weiß nicht, ob in der Zeitung, die durch Ihre Hände geht, von der Geschichte etwas stand, die am Montag passierte, daß die Düsseldorfer „Rheinische Post“ von der Hymnenvorbereitung erfahren hatte.³ Offenbar hat einer der mitsingenden Studenten von Köln nicht dicht gehalten. Eine zusammengestoppelte, teils richtige, teils falsche Meldung ist zustande gekommen, die dann in ein paar Zeitungen auch freundliche und unfreundliche Kommentierung erfuhr.⁴ Andere Zeitungen hatten, da die Sache ja nicht „geheim“ bleiben konnte,⁵ vorher immer loyalerweise hier angefragt und dann auf unseren Wunsch die Diskretion gehalten, aber mit solchen „Pannen“ muß man ja halt rechnen. Die Redaktion hat von mir einen saugroben Brief bekommen,⁶ und wir haben im übrigen mitgeteilt, daß die Hymne gesungen, aber von mir nicht „dekretiert“ wird.⁷ Gestern Nachmittag hatten wir

⁷ Lateinisch für „im Wald liegt das Glück“.

¹ Weiterer Nachweis: B 122, 2242: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Die Universität Tübingen hatte Schröder 1946 den theologischen Ehrendoktor verliehen.

³ Rheinische Post, 18. 12. 1950, in: N 1221, 537.

⁴ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. 12. 1959; Stuttgarter Zeitung, 19. 12. 1950.

⁵ Heuss hatte in der zweiten Novemberhälfte 1950 zahlreichen Persönlichkeiten die Hymne vorgestellt; vgl. Heuss an Schröder, 24. 11. 1950, in: B 122, 2242; K. ADENAUER / TH. HEUSS, Unter vier Augen, S. 44.

⁶ Heuss an Rheinische Post, 18. 12. 1950, in: B 122, 2239.

⁷ Pressemitteilung, 19. 12. 1950, in: B 122, 2239, abgedruckt in: E. PIKART, Theodor Heuss, S. 322.

Hymne an Deutschland

Gedicht:
Rudolf Alexander Schröder

Musik:
Hermann Reutter

1. Land des Glau-bens, deut-sches Land, Land der Vä-ter und der Er-ben,
uns im Le-ben und im Ster-ben Haus und Her-berg, Trost und Pfand,
sei den To-ten zum Ge-dächt-nis, den Le-bend-gen zum Ver-mächt-nis,
freu-dig vor der Welt be-kannt, Land des Glau-bens, deut-sches Land!

Abb. 4: Rudolf Alexander Schröder / Hermann Reutter: Hymne an Deutschland, 1. Strophe, 1950

nun aus ganz Deutschland etwa 20 führende Journalisten hier.⁸ Die Aufnahme des Textes war einhellig gut, wenn es natürlich auch nicht an den Leuten fehlte, die mehr männliche Reime⁹ gehabt hätten, aber das habe ich natürlich abgedreht. Einer der Herren, P. W. Wenger vom¹⁰ „Rheinischen Merkur“, meint aber, man solle in der Interpunktion stärker akzentuieren. Er glaubt, daß damit eine a) leichtere Lernbarkeit verbunden ist und b) beim Singen die Einsätze unbefangener genommen werden und das Herübergezogene von Zeile zu Zeile wegfallt. Ich lege Ihnen einfach die von ihm vorgeschlagene Fassung für eine weitere Drucklegung vor. Vielleicht hat er recht; ich will Sie aber nicht weiter mit der Sache seelisch quälen.

Das Gespräch war nach der technischen Seite aber nicht unwichtig, weil darauf hingewiesen wurde, daß am Samstag, den 30. Dezember, die letzte Zeitung erscheine, dann erst wieder eine am 2. Januar 1951; in einigen Gegenden aber wird auch die Nummer des 2. 1. aus Papiergründen wegfallen. Es gab dann eine sehr eingehende Besprechung des Für und Wider, deren Ergebnis dies wurde, daß den Zeitungen der Text so zur Verfügung steht, daß sie ihn in der Samstag-Nummer

⁸ An die Pressevertreter war eine Einladung zur Vorstellung der Hymne für den 20. 12. 1950 ergangen; Material hierzu und zur Verbreitung der Hymne durch Schallplattenaufnahmen in: B 122, 2239.

⁹ Bei männlichen oder stumpfen Reimen reimen einsilbige Worte oder die Silbendecke von Worten.

¹⁰ In der Vorlage: „von“.

vom 30. 12. bringen können – wenn sie Lust dazu haben, auch die Melodie –, denn es wird wohl richtig sein, daß die Nummern vom 2. und 3. 1. mit Stoff entsetzlich bedrängt sind. Ich werde aber, davon unabhängig, die Verse an dem Abend selber vor der musikalischen Wiedergabe verlesen.¹¹

Sie sollen also nicht erstaunt sein, wenn Sie das Gedicht vorher schon finden. Einer der Herren behauptete, daß in der „Basler National-Zeitung“ der Text schon erschienen sei,¹² was aber im Augenblick von uns nicht kontrolliert werden kann.

Mit guten Grüßen und Wünschen zu Weihnachten und zum Neuen Jahr

Ihr dankbarer

Th. Heuss

Nr. 52

An Dr. Dr. Otto Dibelius, Berlin-Dahlem

22. Dezember 1950

BArch, B 122, 297: ms. Schreiben, Durchschlag; von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Empfehlung, die Stelle des Bevollmächtigten der Evangelischen Kirche bei der Bundesrepublik Deutschland weiterbestehen zu lassen

Verehrter, lieber Herr Dibelius,

diesen Brief schreibe ich nicht als Bundespräsident, sondern als ein Glied der Evangelischen Kirche.

Ich hatte heute den Herrn Superintendenten *Kunst* zu mir gebeten, um mit ihm zu besprechen, ob es sinnvoll sei, meine kleine Naumann-Gedächtnisrede² an einige kirchliche Stellen gehen zu lassen, und ob er sie evtl. bei einer seiner üblichen Rundsendungen beilegen könne.

¹¹ In der Silvesteransprache 1950, abgedruckt in: TH. HEUSS, Politiker, S. 401–407, hier S. 404–406; vgl. auch Nr. 55. Über die Reaktion auf die Vorstellung der Hymne berichtete Heuss am 16. 1. 1951 an Toni Stolper: „Um die sogenannte Hymne ist eine ziemlich bewegte Zeitungsauseinandersetzung im Gang, die ich jetzt aber einfach einmal sich ablaufen lasse. Das unmittelbare Echo war günstig, aber in den Zeitungszuschriften mehren sich die Stimmen, die an der Hoffmann-Haydn-Tradition festhalten wollen. Die Sangbarkeit wird von Sach- und Nichtsachverständigen höchst gegensätzlich beurteilt“; N 1221, 295.

¹² Ließ sich nicht ermitteln.

¹ Az. I/18/15; Verfügung: „Vor Abgang: Herrn Ministerialdirektor Dr. *Klaiber* vorzulegen“, von *Klaiber* abgezeichnet am 22. 12. 1950.

² Heuss hatte diese Rede unter dem Titel „Friedrich Naumann und die Innere Mission“ am 19. 12. 1950 in Frankfurt a. M. gehalten; N 1221, 4.

Bei dieser Gelegenheit erfuhr ich von ihm, daß er seine hiesige Tätigkeit einstellen werde und daß offenbar die Frage der Weiterführung der Dienststelle³ oder die Art der Weiterführung in Bonn gegenwärtig in der Diskussion steht.

Ich persönlich habe aus den mannigfachen Berührungen mit Herrn Superintendenten Kunst und auch aus Gesprächen mit Regierungsstellen oder Abgeordneten immer den Eindruck gehabt, daß das Vorhandensein einer solchen Art von kirchlicher Dienststelle sehr erwünscht sei und daß die Persönlichkeit von Herrn Kunst in ihrer klaren Sachlichkeit die nicht immer ganz leichte Aufgabe der wechselseitigen Information recht fruchtbar machte.

Ich weiß nun nicht, welche Art von weiteren Plänen hier vorliegt, möchte Ihnen aber nur zum Ausdruck gebracht haben, daß ich nach meinem persönlichen Eindruck die Weiterexistenz für glücklich halten würde, vorausgesetzt freilich, daß auch weiterhin ein Mann von Rang sie vertritt, der Spürgefühl und Takt besitzt und über die spezifisch-theologische Bildung hinaus Einiges an Lebenserfahrung und Menschenkenntnis, denn ich hatte immer das Gefühl, daß gerade auch die menschliche Art des Auftretens von Herrn Kunst ihm über die Parteien und über die Konfessionen hinweg das Erkunden von Meinungen und Stimmungen erleichterte, wie auch die Weitergabe von Informationen oder Wünschen. Wir müssen ja damit rechnen, daß Erörterungen, wie sie in den letzten Monaten begonnen haben,⁴ in dieser oder jener Tonlage weitergehen. Daraus kann für die Kirche, daraus kann für den Staat allerhand an Schwierigkeiten entstehen, die vermeidbar blieben, wenn Taktlosigkeit und Mißtrauen möglichst ausgeschaltet bleiben.

Mit guten Wünschen zum Fest und zum Neuen Jahr
Ihr

Th. Heuss⁵

³ Der Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik Deutschland mit Sitz in Bonn ist das diplomatische Bindeglied zwischen der Evangelischen Kirche und den politischen Einrichtungen der Bundesrepublik.

⁴ Gemeint ist die zunehmende Diskussion über die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik.

⁵ Kunst, der seine Tätigkeit fortsetzte, wurde am 22. 12. 1950 eine Kopie des Schreibens zugesandt. Die Naumann–Rede ging ihm mit Datum vom 2. 1. 1951 zu; B 122, 297.

Nr. 53

An Gottfried Hansen, Kiel

22. Dezember 1950

BArch, N 810, 83: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
*Zurückweisung von Kritik an mangelnder Versorgung ehemaliger Wehrmachts-
angehöriger*

Sehr geehrter Herr Admiral,

So nicht² –

Sie machen sich Sorgen, ob ich vor der Geschichte bestehen werde. Wollen Sie bitte die Freundlichkeit haben, diese Sorge mir selber zu überlassen. Sie wissen, daß die Gesamtfrage, die seit Jahren zwischen uns hin- und herbehandelt wird,³ mich dauernd beschäftigt,⁴ aber die Tonlage Ihres Briefes, bei der Sie nebenher die Regierung beschimpfen, ist sachlich höchst unangemessen.⁵

Ihr ergebener

Theodor Heuss

¹ Weiterer Nachweis: B 122, 630: ms. Schreiben, Durchschlag mit Verfügung: „Vor Abgang: Herrn Ministerialdirektor Dr. *Klaiber* vorzulegen“, von *Klaiber* abgezeichnet am 22. 12. 1950.

² Hansen hatte am 16. 12. 1950 zum wiederholten Male an den Bundespräsidenten wegen der Versorgung ehemaliger Militärangehöriger geschrieben und kritisiert, dass der eigene „Berufsstand, der als einziger nie an politischen Entscheidungen mitgewirkt“ habe, „der stattdessen die höchsten Blutopfer hat tragen müssen [...], gegen Recht und Gerechtigkeit der Not und Verelendung“ preisgegeben werde. „Sie haben sich in früheren Schreiben an mich darauf berufen, daß Ihnen die Verfassung ein Eingreifen in politische Dinge verbietet. Ich glaube nicht, daß Sie als höchster Repräsentant des Deutschen Volkes mit dieser Berufung vor der Geschichte bestehen werden.“ Hansen forderte von Heuss, für die ehemaligen Berufssoldaten einzutreten, um diese – angesichts der Diskussion um die Remilitarisierung – für die Verteidigung „von Volk und Heimat zurückzugewinnen und zu begeistern“; B 122, 630.

³ Seit März 1950 hatte Hansen als Sprecher der versorgungsberechtigten ehemaligen Wehrmachtsangehörigen von Heuss gefordert, öffentlich Stellung zu beziehen für die Pensionen dieser Berufsgruppe, was Heuss unter Hinweis auf sein überparteiliches Amt ablehnte; B 122, 630.

⁴ Vgl. Nr. 10, Anm. 4.

⁵ Vgl. auch Hermann Ehlers an Hansen, 13. 8. 1952, in: H. EHLERS, Reden, S. 513–515.

Nr. 54

An Dr. Reinhold Maier, Ministerpräsident des Landes Württemberg-Baden,
Stuttgart

28. Dezember 1950

BArch, N 1221, 294: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H Kg) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „B[undes]P[räsident]“¹

Dank für Möbel, die dem Bundespräsidialamt zur Verfügung gestellt wurden

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

dieses Schreiben hat einen halb offiziellen Charakter. Vor 10 Tagen ist die Wohnung des Bundespräsidenten und das, was man Repräsentationsräume nennt, von Godesberg nach Bonn verlegt worden. Ich hatte den Einfall, für die Ausstattung der Räume – um Kosten zu ersparen, die wieder ins Geschwätz kommen² – einige Länder um Leihgaben von Möbeln zu bitten. Bayern, Nordrhein-Westfalen und Württemberg-Baden haben mir in solchem Sinn gern geholfen. Ich bin bei meinem September-Aufenthalt in Württemberg auch in einer Gruschkammer³ des Schlosses von Ludwigsburg herumgeklettert unter Begleitung von Professor Baum, und wir haben dort einige, zum Teil beschädigte, zum Teil intakte Empire-Stücke gefunden, die nun als Leihgabe im Präsidialamt sind. Sie haben hier eine gute Pflege und erfüllen ihren Zweck besser, als wenn sie in abgesperrten Nebenräumen verstauben. Ich will mit diesen Zeilen den Dank des Bundespräsidenten auch Ihnen gegenüber zum Ausdruck bringen, Ich hoffe, Sie werden selber bald einmal Gelegenheit finden und sich von der würdigen Wirkung dieser Stücke überzeugen.⁴

Mit guten Neujahrsgrüßen

Theodor Heuss

¹ Durchgestrichener ms. Briefkopf: „Th. H.“; Az. V/9/04; Absendevermerk vom 28. 12. 1950.

² Vgl. Nr. 27.

³ Abstellraum.

⁴ Am 3. 11. 1951 dankte Heuss dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Arnold dafür, dass auf dessen Anregung die Bundesländer „das Amtszimmer des Bundespräsidenten, das ja bis zum Frühjahr ein Provisorium gewesen war“, ausgestattet hatten. Wegen eines Wassereinbruchs, der den Boden aufgeweicht habe, sei ihm der Raum erst jetzt vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Kopf übergeben worden; N 1221, 300.

Nr. 55

An Dr. Wilhelm Stapel, Hamburg-Groß Flottbek

29. Dezember 1950

DLA, A: Stapel: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
Umzug nach Bonn; Einschätzung Martin Niemöllers; Vorstellung der vorgeschla-
genen Nationalhymne

Sehr geehrter, lieber Herr Dr. Stapel,²

freundlichen Dank für Ihren Brief.³ Ich selber stehe nun vor einer ungeheuren und wohl kaum in den nächsten Monaten richtig zu meisternden Aufgabe, meine paar tausend Bücher, die jetzt zum großen Teil erst aus dem Kistendasein von zehn Jahren⁴ richtig erlöst werden, in Ordnung zu bringen. Sie sind in meinem neuen Arbeitszimmer und in einem großen Dachzimmer wild durcheinander in die Regale gestopft worden. Aber ich bin doch froh, wieder meine alten Bücher um mich herum zu haben.

Sehr dankbar bin ich Ihnen für die Äußerung von Asmussen,⁵ den ich selber vor Jahren einige Male auf der Dahlemer Kanzel predigen hörte, nach meiner Erinnerung etwas zu theoretisch im engeren Sinn. Die Psychologie von Niemöller beschäftigt mich ja auch hin und wieder. Ich habe seinen Dahlemer Kirchenkampf sehr von der Nähe miterlebt und dann auch nach 1945 eine sehr eindrucksvolle Rede von ihm in Stuttgart gehört, aber bin jetzt ungewiß geworden, ob nicht eine reizbare journalistische Eitelkeit in sein Wesen eingedrungen ist, die sich bei Interviews oder anderen Äußerungen mit zu billigen, halb feuilletonistischen Pointen selber erfreut und begnügt.⁶ Es ist jetzt in die kirchlichen Dinge, wie ich aus

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 294 und 205: ms. Schreiben, Durchschlag mit Verfügungen: „Herrn Bott (2. Seite des Briefes Dr. Stapel lesen!)“; „Fräulein Herrmann: wurde Naumannrede bereits gesandt? Evtl. bitte nachholen“; Teilabdruck: E. PIKART, Theodor Heuss, S. 322.

² Zur Beziehung von Heuss zu dem konservativen Revolutionär Stapel, der einstmals Anhänger von Naumann war, vgl. Heuss an Berthold Mitte, 13. 8. 1946, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 198–200; H. BOTT / H. LEINS, Begegnungen, S. 242–244.

³ Stapel an Heuss, 23. 12. 1950, in: N 1221, 205.

⁴ Seit der Übersiedlung von Berlin nach Heidelberg 1943.

⁵ Stapel hatte seinem Schreiben an Heuss ein Rundschreiben des Kieler Propstes Hans Asmussen beigelegt, in dem dieser Niemöller charakterisierte, und kommentierte dieses folgendermaßen: „Asmussen ist, im Unterschied zu dem temperamentvollen Niemöller, eine Intelligenz“; vgl. Anm. 3.

⁶ Niemöller, Gemeindepfarrer in Berlin-Dahlem, war einer der führenden Vertreter der Bekennenden Kirche im Kampf gegen das NS-Regime, bis er 1937 verhaftet und bis 1945 Gefangener in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau war. Nach 1945 bekannte sich Niemöller als Mitunterzeichner des „Stuttgarter Schuldbekennnisses“ zur individuellen und zur Schuld der evangelischen Kirche während des „Dritten Reiches“. 1948 geriet Heuss erstmals mit Niemöller aneinander, als er dessen Aufruf zum Boykott der Spruchkammerverfahren kritisierte; vgl. Heuss an Toni Stolper, 24. 3. 1948, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 359. In der Frage der Deutschlandpolitik

Briefen und Gesprächen spüre, ein intimer Fanatismus⁷ hereingekommen, den Asmussen sehr gut darstellt, auch wenn er das Wort nicht verwendet. Ich will Ihnen in den nächsten Tagen meine Naumann-Rede⁸ zugehen lassen (falls das nicht schon geschah).

Am Sylvesterabend will ich einen etwas gewagten Versuch machen: den Deutschen eine neue Hymne anzubieten.⁹ Die Sache beschäftigt mich schon seit einem Jahr. Ich will von dem Hoffmann von Fallersleben wegkommen, weil ich spüre, daß es damit bei jeder nicht gerade parteigebundenen Veranstaltung – aber auch bei solchen – zu Demonstrationen, Protesten, Durcheinandersingen der Texte kommt. Aus diesem bösen Zustand können wir vielleicht etwas herausgehoben werden. Ich setze dabei den sogenannten good will ein, den mir das letzte Jahr im allgemeinen verschafft zu haben scheint; aber ohne solchen Einsatz geht es ja nun nicht.

Ihnen und Ihrer Gattin gute Neujahrsgrüße

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 56

An Prof. Oskar Kokoschka, London NW 8

2. Januar 1951

BArch, N 1221, 161: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.¹

Erinnerung an Porträt-Sitzungen mit Oskar Kokoschka; Persönliches

Lieber Kokoschka,

freundlichen Dank für Ihre Karte und Ihre guten Wünsche.² Ich schicke Ihnen die Seite, die vor ein paar Tagen in der Neuen Illustrierten erschienen ist.³ Sie

und der Wiederbewaffnung wurde Niemöller zu einem der schärfsten Gegner Adenauers, weil er in der Wiederaufrüstung eine Zementierung der deutschen Spaltung befürchtete; vgl. J. BENTLEY, Martin Niemöller; M. GRESCHAT, Protestantismus, S. 69–116; vgl. auch Nr. 73.

⁷ In der Vorlage: „Phanatismus“.

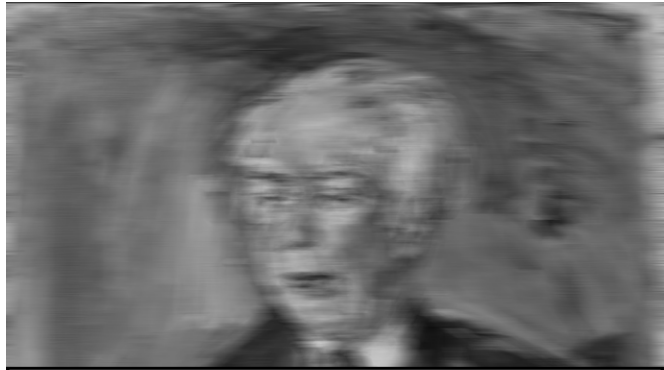
⁸ Vgl. Nr. 52, Anm. 2.

⁹ Vgl. Nr. 51.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 295: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Ließ sich nicht ermitteln.

³ Es handelt sich um Seite 7 der „Neuen Illustrierten“ vom 27. 12. 1950. Dort wurden Fotografien von der Arbeit Kokoschkas am Heuss-Porträt wiedergegeben und wurde der Maler gewürdigt. Kokoschka, der von Kölner Kunstfreunden nach Bonn eingeladen worden sei, habe an vierzehn Tagen täglich drei Stunden Heuss porträtiert. „Zwischen den beiden fast gleichaltrigen, gleich warmherzigen Menschen entwickelte sich ein Kontakt, der über die gegenseitige Achtung hinausging.“



Dieses Foto ist nur in der gedruckten Edition verfügbar.



Abb. 5: Oskar Kokoschka:
Bundespräsident Professor
Dr. Theodor Heuss, Öl auf
Leinwand, 1950

hat vielen Leuten großen Spaß gemacht; freilich ist es möglich, daß sie schon in Ihre Hand gekommen ist.

Wir haben manchmal etwas Sehnsucht nach Ihnen, denn wenn auch die Stunden, die wir dem laufenden Betrieb abgewonnen haben, manchmal ein bißchen sehr beengt und gedrängt waren, so haben sie doch immer eine an sich gute Atmosphäre besessen.⁴ Man sollte ja eigentlich nicht solche Bilder zu dem Termin malen, wo

Daher habe Heuss auch jeden Tag den Fortgang der Arbeit kritisch betrachten dürfen. „Gegen Ende der Arbeit fand der humorvolle Bundespräsident, daß er ein wenig zu gemütlich, etwas wenig nachdenklich gezeigt war, und er meinte: ‚Wie wär’s Kokoschka, etwas weniger Rotwein und etwas mehr Tinte?‘“ Vgl. auch Nr. 48.

⁴ An Eugen Denzel, der gemeint hatte, das Bild, das er selbst im Halbschlaf hätte malen können, sei in „branntweingeschwängelter Luft“ entstanden, schrieb Heuss am 17. 1. 1951: „a) Zu Ihrer Beruhigung: Ich habe Kokoschka nicht meine Stunden geopfert, sondern wir haben in der ganzen Zeit die amtliche Tätigkeit fortgesetzt, b) Kokoschka hat, von mir ermuntert und assistiert, in den Stunden in heiterer Laune ein paar Gläschen Kirsch getrunken. Wenn Sie das nicht tun oder nicht ertragen können, so ist das Ihre Sache, aber erlaubt Ihnen nicht die Bemerkung, daß Kunst nicht von Branntwein, sondern von Können komme“; N 1221, 295; B 122, 606.

die Tage am kürzesten sind und damit die Stunden für solche Arbeit am schmalsten, aber es war auf der anderen Seite doch gut, Sie einfach am Schlafittich zu nehmen, da das Schicksal Sie, wie es im Kaufmannsdeutsch so schön heißt: „an Hand hatte“. Für mich ist das Zusammensein mit Ihnen ein bißchen von dem Gefühl getragen, daß das alte Österreich, das ich so sehr liebte, bei mir zu Besuch gewesen, und nun ist gerade in diesen Tagen mit Karl Renner⁵ wieder ein Stück von diesem europäischen Besitz dahingegangen.

Die Eingewöhnung in die neue große Wohnung geht recht langsam vor sich,⁶ zumal die Tage nach Weihnachten für meine Frau sich mit ewigen Herzgeschichten wenig gut gestaltet hatten, so daß der geplante Besuch von den Kindern und der kleinen Enkeltochter verschoben wurde.

Sie sehen, ich komme ein bißchen ins familiäre Plaudern, aber nehmen Sie es hin als den Ausdruck einer guten freundschaftlichen Empfindung.

Mit guten Grüßen

Th. Heuss

Nr. 57

An Prof. Dr. Albert Einstein, Princeton, New York

10. Januar 1951

BArch, B 122, 38252: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Bitte um eine erneute Mitgliedschaft im Orden Pour le mérite

Verehrter Herr Professor Einstein,

darf ich, bevor ich mein sachliches Anliegen Ihnen vortrage, den Versuch machen, eine persönliche Erinnerung zu wecken. Es mögen so um 35 Jahre her sein, daß wir in Heilbronn einige Male im kleinen Kreis beisammen waren, als Sie dort Ihre Frau Mutter besuchten und meine Frau und ich zu halb familiären kleinen Begegnungen in einem befreundeten Kreis hinzugeladen wurden.² Ich war

⁵ Der österreichische Bundespräsident Karl Renner war am 31. 12. 1950 gestorben.

⁶ Vgl. Nr. 54.

¹ Az. III/2/04; Vermerk: „*Vertraulich!*“; Verfügung: „*Vor Abgang:* H[errn] Ministerialdirektor Dr. Klaiber vorzulegen“ mit Paraphe von Klaiber vom 10. 1. 1951.

² Heuss erinnerte sich später an diese Begegnung während des Ersten Weltkrieges in Heilbronn: „Ich habe später oft davon gesprochen, daß ich drei Männern in meinem an mannigfachen Bekanntschaften so überreichen Leben begegnet bin, vor denen sich der Begriff ‚genial‘ unmittelbar meldete: Max Weber, Hans Poelzig und Albert Einstein. Freilich, mit diesem war ich nur an einem einzigen Abend zusammen, als er während des Krieges einmal seine Mutter in Heilbronn besuchte und wir in einem kleinen Kreis geladen waren. Den Namen kannte man wohl schon,

damals in meiner Heimat der leitende Redakteur der Demokratisch liberalen Zeitung.³

Inzwischen hat die Weltgeschichte mit viel Turbulenz Schicksale hierhin und dorthin gewirbelt. Heute schreibe ich Ihnen halb als Präsident der Bundesrepublik Deutschland, halb als ein Mann, der auch in seiner politischen Tätigkeit den Fragen der Wissenschaften zugetan geblieben ist.

Der Briefwechsel zwischen dem Tübinger Ägyptologen Enno *Littmann* und mir, den ich beilege,⁴ zeigt Ihnen, daß das Schicksal der Friedensklasse des Ordens Pour le mérite zwischen uns ins Gespräch gekommen ist.⁵ Es leben von den dreißig Mitgliedern, die der Orden satzungsgemäß hatte, noch vier, eben Enno Littmann, der Musiker Wilhelm Furtwängler, der Kriegshistoriker von Kuhl und – Sie –, verehrter Herr Professor.

Nun ist mir dies bekannt, daß Sie nach den Ereignissen des Jahres 1933 und nachdem Sie Deutschland verließen, Ihren Orden an Max Planck, dem damaligen Kanzler, zurückgaben und damit die Gemeinschaft verließen.⁶ Diese Entscheidung ist von jedem respektiert worden, so sehr sie gerade auch Max Planck geschmerzt hat.

Ich muß damit rechnen, daß Sie sagen: Diese Dinge liegen ja nun hinter mir, was veranlaßt den Heuss, mir jetzt zu schreiben. Ich halte es zunächst für eine Anstandspflicht, Sie von den durch Littmanns Anregung in Bewegung kommenden Überlegungen zu unterrichten, da Sie ja nun doch einmal ein hochgewürdigtes Mitglied des Kreises gewesen waren. Aber es bewegt mich dabei auch dies, die Frage an Sie zu richten, ob Sie, falls aus den Überlegungen eine Verwirklichung wird, bereit wären, einer Bitte des evtl. neu sich bildenden Gremiums zur neuen Mitgliedschaft zu entsprechen. Die Dinge selber sind so vollkommen im ersten Stadium, zumal Professor Littmann erst im Februar aus Ägypten zurückkehren wird. Ich habe auch noch mit keinem einzigen der Herren aus dem Komplex der Naturwissenschaften ein Wort über diese Dinge gewechselt, so gute persönliche Beziehungen etwa zu dem Kreis der Max-Planck-Gesellschaft bestehen. Ich weiß

aber von seiner wissenschaftlichen Bedeutung hatte ich keine Ahnung. Das Gespräch ging mit viel Offenheit und Freimut wie ganz natürlich um die Kriegssorgen; Einzeldinge sind vergessen, aber es war eigentümlich rührend, wie auf dem wunderbaren Haupt eine verschleierte Trauer lag. Elly hat in Berlin die menschliche Beziehung noch eine Zeitlang gepflegt; mir selber war seine Denkwelt zu fremd, auch seine politische.“ TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 217.

³ Von 1912 bis Ende 1917 der „Neckar-Zeitung“; vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 114–125, 154–180.

⁴ In: B 122, 38252.

⁵ Vgl. auch Nr. 49.

⁶ Albert Einstein, 1920 in den Orden gewählt, hatte 1933 auf dem Weg ins amerikanische Exil beschlossen, aus der Preußischen Akademie der Wissenschaften, aus dem Orden Pour le Mérite und aus anderen wissenschaftlichen Gesellschaften und Körperschaften auszutreten; vgl. A. FÖLSING, Albert Einstein, S. 749.

aber, daß sie dankbar dafür sein würden, die Verbundenheit in der geistigen Welt neu dokumentiert zu erhalten.

Ich kann natürlich nicht Ihre heutige Gefühlslage gegenüber solchen Dingen beurteilen, aber ich nehme mir die Freiheit, Ihnen diese Sache einfach einmal vorzutragen. Sie wissen, daß dieser „Orden“ keine den sonstigen Gewohnheiten entsprechende Stiftung ist. Es müßte nur dies gegeben sein, daß, wenn ich dann bei den evtl. neu gebildeten Arbeitsgruppen zur Ergänzung die Anregung gebe, Sie zum Wiedereintritt in den Kreis einzuladen, die Antwort vorher gesichert ist.

Ich glaube, daß es einen für viele Menschen befriedigenden Eindruck machen würde, wenn dann ein Ja von Ihnen einträfe, aber wenn Sie meinen ganzen Gedanken ablehnen, dann würde ich Ihr Verständnis erwarten, daß der Versuch einer Anfrage unterbleibt, weil eine Ablehnung, die ja dann sicher nicht geheim bliebe, auf den Versuch von Anbeginn einen dunklen Schatten legen würde, und ich bin dessen gewiß, daß Sie solches nicht verursachen wollen, denn ich sehe gerade in der Möglichkeit, zu den alten Intensionen von Alexander v. Humboldt⁷ zurückzukehren, eine gute Aufgabe unserer Generation.

Sie wollen bitte, verehrter Herr Professor, die Unmittelbarkeit und Offenheit dieses Schreibens freundschaftlich aufnehmen. Es ist seiner Natur nach ganz vertraulicher Art, denn auch von diesem Gedanken weiß nur mein hiesiger Arbeitskreis etwas.⁸

Mit den besten Empfehlungen

Ihr

Th. Heuss

⁷ Die Stiftung des Ordens Pour le mérite in der Friedensklasse für Wissenschaften und Künste geht auf den preußischen König Wilhelm IV. zurück, der ihn 1842 gründete. Alexander von Humboldt realisierte diese Stiftung und war der erste Ordenskanzler; vgl. H. FUHRMANN, Pour le mérite, S. 42–46.

⁸ Einstein lehnte in einem Schreiben vom 16. 1. 1951 gegenüber Heuss einen Wiedereintritt in den Orden Pour le mérite ab, denn es sei „evident, daß ein selbstbewußter Jude nicht mehr mit irgendeiner deutschen offiziellen Veranstaltung oder Institution verbunden sein will.“ Zit. n. A. FÖLSING, Albert Einstein, S. 816.

Nr. 58

An Hermann Dahlmann, Schleswig

15. Januar 1951

BArch, B 122, 450: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr), von Bott paraphiert und ms. gez.¹

Kritik an Rede von Theodor Heuss über Flüchtlinge und „Grenzkampf“ in Schleswig-Holstein

Sehr geehrter Herr General,

der Herr Bundespräsident läßt Ihnen für Ihren Brief² bestens danken. Er hat ihn trotz seines großen Umfangs gelesen, bittet aber gleichzeitig um Nachsicht, wenn er ihn bei einem täglichen Posteingang von Hunderten von Briefen nicht selber beantwortet. Er ist etwas erstaunt über die mißverständlichen Zuspitzungen, die die Bemerkungen des Herrn Bundespräsidenten hervorgerufen haben. Seine Worte haben einen allgemeinen moralischen Sinn gehabt, der Versteifung der Gegensätze, die ja nicht nur in diesem Land vorhanden sind, entgegenzuwirken. Die Meinung, daß sich die „treuesten Söhne“ von dem Herrn Bundespräsidenten „geradezu geächtet gefühlt“ hatten, hält der Herr Bundespräsident für eine maßlose Übertreibung. Er hat gleichzeitig mit ihrem Schreiben den Brief eines offenbar sehr ernsthaften Flensburgers erhalten, der sich darauf bezieht, daß bei Idstedt und Düppel³ seine Vorfahren auf der deutschen [Seite] gekämpft haben, und der ihm mit großem Nachdruck gerade gegenüber Pressepolemiken seinen Dank für die Worte ausspricht.

Dem Herrn Bundespräsidenten sind die schleswig-holsteinischen Dinge nicht so fremd, wie die Herren meinen, die ihn belehren wollen. Er war mit Adolf Köster und mit Joh. Tiedje befreundet.⁴ Er weiß auch aus seiner langjährigen Beschäf-

¹ Az. IV/1/06; weiterer Nachweis: N 1221, 295.

² Generalleutnant a. D. Dahlmann hatte sich als Flüchtling und Mitgründer der „Schleswig-Holsteinischen Gemeinschaft“ in einem vier Seiten langen Schreiben mit der Aufforderung von Heuss in der Silvesterrede 1950 auseinandergesetzt, die Gegnerschaft zwischen Heimatvertriebenen und Einheimischen und den „Grenzkampf“ zu beenden. Dabei hatte er auf den „höchsten Flüchtlingsdruck aller Länder“, unter dem Schleswig-Holstein leide, wie auf „den uns aufgezwungenen, wenn auch herzlich unerwünschten, von dänischer Seite immer wieder geschürten Kampf um unser Volkstum“ verwiesen. Heuss habe sich nicht überparteilich geäußert: „In der weihevollen Stimmung der letzten Stunde des alten Jahres unterm brennenden Christbaum fühlten sich die treuesten Söhne des viel zu lange schon stiefmütterlich behandelten Schleswig-Holstein von Ihnen, dem Vater aller Deutschen, geradezu geächtet“; Dahlmann an Heuss, 6. 1. 1951, in: B 122, 450.

³ Idstedt (1850) und die Düppeler Schanzen (1864) waren Schauplätze deutsch-dänischer Auseinandersetzungen.

⁴ Köster war 1919/20 preußischer Staatskommissar für die Provinz Schleswig-Holstein und damit auch involviert in die Volksabstimmungen in Nordschleswig. Heuss kannte Köster als Mitarbeiter

tigung mit den Fragen des Grenz- und Auslandsdeutschtums⁵ einiges von den historischen und tatsächlichen Problemen und ist jedem dankbar, der in der Deutschtumsfrage seinen Mann stellt, aber er ist freilich immer voll Sorge gewesen, wenn dieser „Grenzkampf“ zum Selbstzweck sich entwickelt und Spannungen verschärft, statt sie zu lindern. Es scheint dem Herrn Bundespräsidenten fast, als ob Sie den Sinn seiner vorjährigen Flensburger Rede⁶ völlig mißverstanden haben, die denen, die an der Grenze nur das Kampfgebot sehen, nicht gefallen konnte, die aber denen moralisch helfen wollte, die die Aufgabe in die große historische Verantwortung der Nachbarschaft eingebettet wissen wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Hans Bott)

Persönlicher Referent des Bundespräsidenten

Nr. 59

An Veit Harlan, Hamburg-Blankenese

16. Januar 1951

BArch, B 122, 301: ms. Schreiben, Zweitentwurf, von Einsiedler diktiert (Ei/Bu) und ms. gez.¹

Bitte um Unterstützung gegen öffentliche Boykottaufrufe

Sehr geehrter Herr Harlan,

dem Herrn Bundespräsidenten ist Ihr Schreiben sowie der Inhalt des Urteils des Schwurgerichts I in Hamburg vom 29. 4. 1950 und des Rechtsgutachtens von Prof. Dr. jur. Herbert Kraus vorgetragen worden.² Er hat mich beauftragt, Ihnen mitzutei-

der Zeitschrift „März“ und traf ihn 1928 in Belgrad, wo Köster Gesandter des Deutschen Reiches war; vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 306. Johannes Tiedje war in der Versailler Friedensdelegation 1919 als Sachverständiger für Nordschleswig zuständig und 1945/46 Landrat in Flensburg. Er war wie Heuss Mitglied der DDP.

⁵ Vgl. Nr. 7, Anm. 3.

⁶ Rede im „Deutschen Haus“ in Flensburg, 18. 1. 1950, in: B 122, 2112.

¹ Az. I/18/09; weiterer Nachweis: B 122, 301: ms. Schreiben, Entwurf mit Verfügung: „Vor Abgang dem Herrn Bundespräsidenten mit der Bitte um Kenntnisnahme.“ Druck in zahlreichen Zeitungen, u. a. Abendpost, 22. 3. 1951; Die Welt, 24. 3. 1951; Hamburger Echo 24. 3. 1951, abgedruckt in: S. ZIELINSKY, Veit Harlan, S. 218. Heuss hatte diesen von Einsiedler diktierten Brief auch später immer als seinen eigenen ausgegeben; vgl. Nr. 235.

² Veit Harlan, Regisseur des antisemitischen Films „Jud Süß“ (1940), wurde am 23. 4. 1949 und am 29. 4. 1950 in einem Verfahren bzw. Revisionsverfahren vor dem Oberlandesgericht Hamburg von dem Vorwurf des Verbrechens gegen die Menschlichkeit freigesprochen. Die Vorführung von Harlans erstem Nachkriegsfilm „Unsterbliche Geliebte“ war trotz dieses Urteils von Protesten begleitet. Der Leiter der Staatlichen Hamburger Pressestelle, Erich Lüth, hatte im Herbst 1950

len, daß er zu dem Filmwerk „Jud Süß“³ aus eigener Anschauung keine Stellung zu nehmen vermag, da er den Film nicht gesehen hat. Der Herr Bundespräsident hat darauf hingewiesen, daß Sie durch rechtskräftigen Urteilspruch von dem Vorwurf, durch Ihre Mitwirkung bei der Herstellung des Filmes „Jud Süß“ ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben, freigesprochen wurden.⁴

Die Rechtsordnung gewährleistet jedem Staatsbürger die Unantastbarkeit seiner Grundrechte. Der Staat wird Ihnen daher gegen jede ungerechtfertigte Beeinträchtigung Ihrer Rechte seinen Rechtsschutz nicht versagen. Eine moralische Rechtfertigung kann jedoch mit hoheitlichen Mitteln nicht erzwungen werden. Sie ist weitgehend durch Ihre eigene Haltung bedingt und findet ihren Ausdruck in der freien Meinungsbildung der Öffentlichkeit.

Der Herr Bundespräsident darf mit Ihrem Verständnis dafür rechnen, daß er aus Eigenem in solche Urteilsbildung nicht eingreifen kann. Er glaubt aber, daß die öffentliche Meinung ein im Elementaren richtiges Gefühl für Schuld und Verantwortung entwickelt, auch soweit diese Begriffe jenseits des Bereichs rechtlicher Würdigung liegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Einsiedler

zum Boykott dieses Films aufgerufen. Obwohl Lüth in einem Gerichtsverfahren, welches die Produzenten und Verleiher des Films gegen ihn angestrengt hatten, unterlag, waren die Filmvorführungen weiterhin von Boykottaufrufen breiter gesellschaftlicher Gruppen begleitet. Harlan wandte sich daraufhin in einem Schreiben vom 30. 12. 1950 an den Bundespräsidenten: „Ich bitte Eu. Exelenz als die höchste Instanz, an die ich mich als deutscher Bürger wenden kann, mir zu helfen. Denn ich habe keine weitere Instanz mehr als die höchste, nachdem drei Rechtsinstanzen mich freigesprochen haben und mir dennoch nicht Recht werden soll.“ B 122, 301; vgl. zu den Auseinandersetzungen um Veit Harlan nach 1945 I. BUCHLOH, Veit Harlan, S. 189–214; S. ZIELINSKI, Veit Harlan, S. 42–82; W. BERGMANN, Antisemitismus, S. 86–117.

³ Der antisemitische Propagandafilm „Jud Süß“, der die historische Figur des Joseph Süß Oppenheimer verarbeitete, wurde 1940 auf Befehl Joseph Goebbels' unter der Regie Veit Harlans gedreht. Den Film sahen etwa 20 Millionen Zuschauer. Er wurde auch Mitgliedern von Einsatzgruppen an der Ostfront gezeigt, um sie ideologisch für ihre Vernichtungsaktionen gegen die jüdische Bevölkerung zu präparieren; vgl. I. BUCHLOH, Veit Harlan, S. 67–104.

⁴ Vgl. Anm. 3.

Nr. 60

An John J. McCloy, Hoher Kommissar der USA in Deutschland, Petersberg bei Bonn

16. Januar 1951

BArch, B 122, 644: ms. Schreiben, Durchschlag, ms. gez.; ms. Briefkopf: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“¹

Begnadigung von Verurteilten im Kriegsverbrechergefängnis Landsberg

Lieber Mr. McCloy,

Sie sind in den vergangenen Wochen von den verschiedensten Seiten angegangen worden, die von dem Schicksal der Häftlinge in Landsberg² sich bedrückt fühlten. Da ich in den letzten anderthalb Jahren wiederholt schriftlich und mündlich einige der Fälle mit Ihnen erörterte³ und dabei, wie ich dankbar anerkenne, wiederholt Erfolg hatte, habe ich bisher darauf verzichtet, mich erneut in die Reihe der Bittenden und Argumentierenden einzufügen. Die Einsetzung des Clemency Board⁴ schien mir die Aussicht für eine baldige Lösung zu bieten, die der seelischen Situation wie auch der Rechtslage entspricht.

Mein Schweigen in diesen Wochen ist bei denen, die nichts von meinen zurückliegenden Bemühungen wissen, in Gefahr, mißdeutet zu werden – die Briefe und Depeschen mehren sich, die meinen, ich solle meine „Reserve“, die in der Sache gar keine ist, verlassen, mit öffentlichen Appellen u. s. f. Das ist bei derlei Dingen nicht meine Art.

Aber wenn ich auch weiß, daß unter den zur Verurteilung Gekommenen sich Personen befinden, die das schwere Strafmaß auch nach dem Gesetz verdient haben, ist mir deutlich genug, daß es Fälle gibt, bei denen die Rekonstruktion der Situation, aus der die individuelle Schuldhaftigkeit entnommen werden sollte und entnommen wurde, durchaus fragwürdig blieb. Das trifft zumal für bestimmte

¹ Az. I/10/36a; weiterer Nachweis: B 122, 644: hs. Schreiben, Entwurf.

² Vgl. Nr. 33a, Anm. 2.

³ Vgl. Nr. 33, Anm. 3. Auch in seiner Silvesterrede 1949 hatte Heuss an die Häftlinge von Landsberg erinnert; B 122, 212. Bereits am 14. 12. 1949 hatte Heuss auf die Aufforderung des Schriftstellers Hans Grimm, sich für die Landsberger Häftlinge und den ehemaligen Gauleiter und Reichskommissar Erich Koch einzusetzen, geantwortet, er habe wiederholt interveniert, sehe aber seine Bemühungen gefährdet, wenn er für Personen wie Koch eintrete; N 1221, 139.

⁴ Der Clemency Board (Beirat für Gnadengesuche) war von McCloy eingesetzt worden und arbeitete unter General Thomas Handy, dem Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Europa; vgl. auch Nr. 33a, Nr. 39. Mit ihm hatte der Staatssekretär im Bundesjustizministerium Walter Strauß am 8. 1. 1951 eine längere Unterredung geführt, in der er sich nachdrücklich für die Begnadigung der Landsberger Häftlinge ausgesprochen hatte; vgl. T. BOWER, Blind eye to murder, S. 366f. Außerdem konnten die deutschen Fürsprecher auf die Abschaffung der Todesstrafe in der Bundesrepublik verweisen. Vgl. zu den Gnadentatigkeiten auch die Gespräche zwischen Heuss und Adenauer, in: K. ADENAUER / Th. HEUSS, Unter vier Augen, S. 55.

Vorgänge bei und nach Kampfhandlungen zu. Ich denke, neue „Argumente“ sind Ihnen nicht vorzutragen; sie liegen bei der psychologischen Situation, in der zur Zeit die zwischenstaatlichen Gespräche geführt werden, auf der Hand.

Meine Sorge ist groß, daß durch etwaige Hinrichtungen von Landsberger Häftlingen unsere gemeinsamen Besprechungen⁵ zur Eingliederung der Bundesrepublik in eine europäische und atlantische Gemeinschaft empfindlich gestört würden.⁶

Ich weiß, der Vollzug eines Teiles dieser Urteile liegt in der Entscheidung der Armee, des Herrn General Handy – ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie auch General Handy von meiner Auffassung unterrichten wollten.⁷

Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich, lieber Mr. McCloy,
Ihr

Th. Heuss

Nr. 61

An Willi Daume, Dortmund

[16. Januar 1951]

BArch, B 122, 295: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und von Bott ms. gez.¹

Gespräch über die vorgeschlagene neue Nationalhymne und über das Silberne Lorbeerblatt; Empfang der Fachorganisationen des Deutschen Sportbundes

Sehr geehrter Herr Daume,

mit freundlichem Dank bestätige ich Ihnen Ihren Brief vom 13.1.²

⁵ Am linken Rand hs. Vermerk: „Sollte ‚Bestrebungen‘ heißen. K[?] 20/1“.

⁶ Über den Zusammenhang zwischen der Forderung nach Begnadigung von Kriegsverbrechern und dem westdeutschen Beitrag zu einem westlichen Verteidigungsbündnis vgl. N. FREI, Vergangenheitspolitik, S. 195–233.

⁷ Im Rahmen einer umfassenden Prüfung von Urteilen setzten McCloy und Handy am 31. 1. 1951 das Strafmaß zahlreicher Kriegsverbrecher deutlich herab. In einem Brief an den US-General Handy dankte Heuss am 23. 2. 1951 für diese Gnadentat, setzte sich aber für zwei weitere Landsberger Kriegsverbrecher ein, deren Todesurteile bestätigt worden waren: den Adjutanten des Lagerkommandanten des KZ Buchenwald, Hans Hüttig, und den SS-Hauptscharführer Georg Schallermaier; B 122, 644. Schallermaier wurde noch im selben Jahr hingerichtet, Hüttig 1956 entlassen. Die letzten sieben Hinrichtungen fanden in Landsberg am 7. 6. 1951 statt; vgl. N. FREI, Vergangenheitspolitik, S. 195–233; TH. A. SCHWARZ, Begnadigung.

¹ Az. I/19/00.

² In diesem Schreiben resümierte der Präsident des Deutschen Sportbundes, Daume, als Ergebnis der Unterredung am 12. 1. 1951 mit Heuss, er wolle bei entsprechenden Sportveranstaltungen die Hymne von Schröder und Reutter spielen lassen; B 122, 396.

Ich darf Ihnen sagen, daß auch der Herr Bundespräsident von dem Verlauf des Gespräches sehr befriedigt war, zumal er seine Auffassung erneut bestätigt fand, daß ein schnelles offenes freies Männergespräch oft hilft, Mißverständnis zu beseitigen.³ Da er, wie Sie wissen, die Sportbewegung in ihrer persönlichen, in ihrer vaterländischen und in ihrer übernationalen Bedeutung von Anbeginn seines Amtes als einen großen Faktor des Gesamtlebens gewürdigt hat, wäre es ihm sehr schmerzlich gewesen, wenn sich irgendeine Verstimmung in die Beziehungen eingeklemmt hätte. Als er den Silberlorbeer stiftete, war das ein ganz wesentlicher Gedanke von ihm gewesen.⁴ Ich entsinne mich noch des Abends, da er im vertrauten Kreis sich über die Stützung des Sports unterhielt, er plötzlich sagte „ich hab’s“!

Ich habe dem Herrn Bundespräsidenten Ihre Anfrage wegen des Empfangs der Fachorganisationen vorgetragen, und er ist auf Ihre Anregung sofort eingegangen, weil er, wie er sagt, dabei auch immer etwas lernt. Der Herr Bundespräsident ist deshalb gern bereit, die 15 Herren zu empfangen, und wird auch den Antrag der Schirmherrschaft über den deutschen Sport freundschaftlich aufnehmen. Als ich mich mit dem Herrn Bundespräsidenten wegen des Termins unterhielt, bat er, vielleicht die Tage zwischen dem 13. und 16. Februar in Aussicht zu nehmen, denn die zweite Hälfte Januar ist schon ziemlich vollgestopft und Anfang Februar hat er einige auswärtige Verpflichtungen. Er nimmt auch an, daß es für Sie selber nicht unerwünscht ist, den Mitgliedern des Präsidiums einen etwas ferner liegenden Termin nennen zu können, damit die Herren in ihren Zeitdispositionen freier sind. Wenn Ihnen selber dieser Zeitraum richtig erscheint, können wir uns vielleicht telefonisch über den Tag und die Stunde unterhalten.⁵

Mit freundlichem Gruß

(Hans Bott)
Persönlicher Referent des Bundespräsidenten

³ Nach der ap-Meldung vom 9. 1. 1951, dass künftig bei internationalen Sportwettkämpfen die dritte Strophe des Deutschlandliedes gespielt werden solle (B 122, 396), hatte Heuss die Vertreter des Nationalen Olympischen Komitees und des Deutschen Sportbundes Carl Diem, Willi Daume und Peco Bauwens zu einer Unterredung empfangen und erklärt, er sehe in dem Beschluss „eine schwere Ohrfeige“. Die Sportverbände hätten sich vor derartigen Beschlüssen „mit der in dieser Angelegenheit zuständigen Stelle, dem Präsidenten der Bundesrepublik, [...] in Verbindung setzen müssen.“ Darauf war erklärt worden, die ap-Meldung sei unzutreffend, man habe sich mit den zuständigen Stellen in Verbindung setzen wollen und die Angelegenheit für „vorerst geheim“ erklärt. „Die Vertreter der Sportverbände beteuerten, daß es ihnen ferngelegen hätte, den Absichten des Bundespräsidenten zuwider zu handeln.“ Vereinbart wurde, den Sportverbänden Grammophonplatten der „Hymne an Deutschland“ zuzusenden, die nach Veranstaltungen abgespielt werden sollten; Aufzeichnung von Werz, 12. 1. 1951, in: B 122, 396; vgl. auch K. ADENAUER / TH. HEUSS, Unter vier Augen, S. 53.

⁴ Vgl. Nr. 25.

⁵ Zum weiteren Verhalten der Sportorganisationen in der Frage der Nationalhymne vgl. den Briefwechsel von Heuss mit Adenauer im Sommer 1951; K. ADENAUER / TH. HEUSS, Unserem Vaterland zugute, S. 72–74.

Nr. 62

An Rudolf Alexander Schröder, Sonnleithen-Bergen, Oberbayern

20. Januar 1951

DLA, A: Schröder, HS 1999.0012: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Diskussion über den Text der vorgeschlagenen Nationalhymne

Verehrter, lieber Herr Dr. Schröder,

freundlichen Dank für Ihre Zeilen.² Wie Sie sich denken können, geht es auch bei uns mit Zuschriften hin und her.³ Ihre Texte kriegen Zustimmung, dann Ablehnung, jetzt sind ein Teil der Theologen darüber gekommen, oder solche, die es sein wollen, und bringen einen Jargon an mit der Säkularisierung, gegen den ich seit Jahr und Tag etwas empfindlich bin. Die „Junge Union“ hat festgestellt: daß der geistige Gehalt „durch einen Nationalismus geprägt ist, der die deutsche und europäische Wirklichkeit von heute übersieht und die innere Umkehr überspringt“.⁴ Wie man das Letzte macht, ist mir, der ich turnerisch nicht geschult bin, etwas unklar. Sie kriegen dann noch einiges gesagt, daß Sie Begriffe und Redensarten aus der poetisierenden Überlieferung des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts anbieten. Der junge Mann, der offenbar der Verfasser dieser Sache ist, stellt sich wahrscheinlich ein expressionistisches Europagerede als Diktion vor. Auf der anderen Seite hat sich der Prälat Wolker, der Präses der katholischen Jugendverbände, für das „Geschenk“ telegrafisch bedankt usf. usf.⁵ Wir werden abzuwarten haben, wie Gesangvereine, Sportverbände und Schulen auf die Sache eingehen.

Einen kleinen Kummer macht mir, weil sie zutreffend ist, die Bemerkung aus dem Aufsatz des „Spiegels“,⁶ die Sie gemacht haben sollen und die in Abdruck und Zuschriften ein paarmal vorkommt; daß Sie von sich aus nicht auf den Gedanken gekommen wären, „diesen Regenwurmstaat hymnisch anzusingen“. Ob die Formel von Ihnen oder vom „Spiegel“ stammt, weiß ich nicht, aber es wäre nicht gut, wenn dieses Diktum die Erörterung begleitete.

Als wir neulich die Leute vom Sängerbund hier hatten,⁷ war über Text und Melodie eine gute Meinung vorhanden, auch eine gewisse Dankbarkeit, daß jetzt

¹ Weitere Nachweise: B 122, 2242 und N 1221, 295: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Ließ sich nicht ermitteln.

³ Damit bezieht sich Heuss auf die Diskussion über die Nationalhymne. In seiner Silvesterrede hatte er die Schröder-Reuttersche Hymne vorgelesen und sie vorsingen lassen; vgl. Nr. 51.

⁴ Ernst Majonica, Vorsitzender der Jungen Union Deutschland, gab am 18. 1. 1951 eine Notiz für Presse und Rundfunk heraus, aus der das Zitat stammt; B 122, 2239.

⁵ Vgl. Nr. 66, Anm. 14.

⁶ Heuss bezieht sich auf den Artikel „Nationalhymne. Im ollen C-dur“, in: Der Spiegel, Nr. 2, 1951, S. 35f.

⁷ Am 18. 1. 1951; vgl. Dienstkalender, in: 1221, 482.

eine Hymne als Schluß größerer Veranstaltungen überhaupt zur Verfügung stehe. Das Weitere mag sich finden.⁷

Mit freundlichen Grüßen, auch von meiner Frau,
Ihr

Theodor Heuss

Nr. 63

An Prof. Dr. Heinrich Brüning, Reichskanzler a. D., Cambridge, Massachusetts, USA

24. Januar 1951

BArch, N 1221, 64: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.¹

Stellung des Bundespräsidenten im Grundgesetz und in der Amtspraxis

Verehrter Herr Dr. Brüning,

Sie sind mit mir nachsichtig, daß sich die Beantwortung Ihres Briefes,² den mir unser Freund Gottfried³ vor einigen Wochen überbrachte, so verzögert hat, aber gerade diese letzten Wochen, die den täglichen Briefeingang anschwellen ließen und ziemlich viel Konferenzen brachten, haben meine freie Arbeitsmöglichkeit sehr eingengt.

Ich bin Ihnen sehr dankbar für die grundsätzlichen Überlegungen zur politischen Praxis der letzten eineinhalb Jahre und auch für die Bemerkungen zur staatsrechtlichen Neukonstruktion.⁴ Ich glaube, daß, wenn es sich hätte ermöglichen

⁷ Schröder wies in seinem Antwortschreiben darauf hin, dass seine Äußerungen „grob entstellt“ wiedergegeben worden seien; Schröder an Heuss, 29. 1. 1951, in: B 122, 2242.

¹ Verfügung: „Vor Abgang: Herrn Ministerialdirektor Dr. Klaiber vorzulegen.“ Weiterer Nachweis: N 1221, 295: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Brüning an Heuss, 20. 12. 1950, in: N 1221, 64; Teilabdruck: H. BRÜNING, Briefe, S. 249f.

³ Gemeint ist der ehemalige Minister der Kabinette Brüning, Gottfried Treviranus, den Heuss bereits während seiner Zeit als Reichstagsabgeordneter kennen- und schätzengelernt hatte; vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 345f.

⁴ Brüning hatte vor „Überschätzung der eigenen politischen Leistung“ in der Bundesrepublik aufgrund der Arbeit des Parlamentarischen Rats gewarnt. Es wäre besser gewesen, „sich möglichst jeder eigenen politischen Initiative zu enthalten, weil so ein Wettkampf der verschiedenen Mächtegruppen um Deutschland, das noch immer der Angelpunkt der Welt ist, sich von selbst ergeben würde.“ Es sei falsch, bei neuen Verfassungen sich darauf zu konzentrieren, vermeintliche frühere Fehler zu vermeiden. Nicht Hindenburg, sondern der Reichstag habe in der Endphase der Weimarer Republik falsch gehandelt. Kritisch stand Brüning dem im Grundgesetz festgelegten konstruktiven Misstrauensvotum gegenüber: „Gewiß bringen Verfassungsänderungen jeder Art zeitweise manche mehr technische Erfolge; aber wenn man die Stellung des Kanzlers gegenüber dem Parlament durch formale Bestimmungen außerordentlich stärken wollte, wie durch die neue



Dieses Foto ist nur in der gedruckten Edition verfügbar.



Abb. 6: Unterzeichnung eines Gesetzes durch Theodor Heuss, 2. 1. 1951

lassen, daß wir im Sommer ein Gespräch miteinander hätten führen können, in mancherlei Fragen eine Übereinstimmung sich ergeben hätte. Aber es ist nun sehr schwierig, in einem Zeitpunkt höchst wechselnder Tages- oder Wochenkonstellationen eine aufs Aktuelles abzielende Reflexion vorzunehmen, ehe man sich nicht über die Bewertung einiger Grundpositionen und wohl auch einiger Hauptakteure im Weltspiel verständigt hat.

Ich rechne sehr damit, daß Sie in absehbarer Zeit wieder hier sein werden und daß sich dann der Gedankenaustausch weiterspinnen läßt.

Ich weiß nicht, ob und wie weit Sie seinerzeit in der Lage waren, die Verhandlungen des Parlamentarischen Rates zu verfolgen.⁵ Die Strukturierungsvorschläge gingen in den einzelnen Gruppen sehr durcheinander. Sie waren bei vielen Menschen vorbelastet mit der Sorge, einem neuen Hitler eine Chance zu geben, und sie standen z. T. auch unter der suggestiven Weiterwirkung der Nazipropaganda vom „Versagen“ der Weimarer Zeit. Ich habe damals in einer Rede mich dagegen gewandt, daß man von dieser letzten These ausgehe und die Konstruktion des Grundgesetzes zu sehr von der Spiegelung einer so oder so gedeuteten Vergangen-

Form des Mißtrauensvotums, dann hätte man gleichzeitig auch die Stellung des Bundespräsidenten gegenüber dem Kanzler stärken müssen“; wie Anm. 2.

⁵ Zu Heuss' Tätigkeit im Parlamentarischen Rat vgl. E. W. BECKER, Einführung, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 32–39; DERS., Bürger; J. C. HESS, Verfassungsarbeit.

heit aus beeinflusse.⁶ Aber den Menschen lag diese Auffassung noch zu sehr in den Knochen. Immerhin habe ich zwei Dinge erreicht, daß Volksinitiative und Volksreferendum, die vom Zentrum beantragt worden waren,⁷ aus dem Grundgesetz ausschieden, weil hier einem aus der Form geratenen Volk eine zu primitive Chance für die reine Demagogie gegeben war.⁸ Die unmittelbare Volkswahl des Präsidenten schien sich aus der soziologischen Gesamtlage nicht zu empfehlen. Man darf nicht ganz übersehen, daß das öffentliche Leben, qua Parteileben, sich zunächst ganz partikular entwickelt hatte und Menschen, die sich zur gleichen Partei rechneten, erst im Laufe der Zeit sich persönlich kennen und zu bewerten lernten. Auch bei den Nachbarparteien, von wo her man den Blick auch richtete, waren neue Figuren vorhanden. Dies ließ wohl, etwas unbewußt, den Gedanken an die ehemalige Formgebung nicht in die Höhe kommen. Damit der Präsident nicht lediglich ein Geschöpf des Bundestages sei und auch nicht zum Kampfobjekt zwischen Bundesrat und Bundestag würde, habe ich damals den Vorschlag gemacht, die sogenannte Bundesversammlung einzurichten,⁹ worin etwas sublimiert durch die Wahlmänner der einzelnen Landtage die föderative Grundfigur zum Ausdruck kommen sollte. Als ich mit dieser Anregung herauskam, ahnte ich nicht, daß an mir selber dieser Vorschlag zum erstenmal ausprobiert werden sollte.

Es liegt auf der Hand, daß die Rechtsformen als solche nicht entscheidend waren, sondern daß die Artung der wesentlichen Akteure mit hineinwirkt. Ich war von mir aus bemüht, auch im Rahmen der Begrenzung des Amtes für den Staat als solchen eine Integrationswirkung im Volksbewußtsein zu erreichen.¹⁰

⁶ So in Heuss' Grundsatzrede am 9. 9. 1948 auf der 3. Sitzung des Plenums des Parlamentarischen Rates: „Die Rechtsordnung von Weimar war nicht schlecht. Heute ist modern geworden, und das ist auch hier ein bißchen durchgeklungen, von der Weimarer Verfassung gering zu reden. Das ist so ein bißchen noch die Suggestion der Hitlerpropaganda, in der auch sehr viele von uns noch befangen sind.“ TH. HEUSS, Vater, S. 50.

⁷ Der Antrag der Zentrumsparlei auf Volksentscheid vom 6. 12. 1948 fand zwei Tage darauf im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates keine Mehrheit; vgl. PARLAMENTARISCHE RAT, Bd. 14, Teilbd. I, S. 665–670. Die Deutsche Zentrumsparlei wurde in der Tradition der Zentrumsparlei nach 1945 wiedergegründet und sah sich als Partei der Mitte unter deutlicher Abgrenzung nach rechts. Die Betonung kirchlich-katholischer Grundsätze insbesondere in der Schul- und Kulturpolitik führten dazu, dass ihre Abgeordneten im Parlamentarischen Rat das Grundgesetz ablehnten.

⁸ Vgl. zu Heuss' Haltung zu Plebisziten im Grundgesetz, die er als „Prämie für jeden Demagogen“ ablehnte, schon TH. HEUSS, Vater, S. 63f; Nr. 73.

⁹ Vgl. J. C. HESS, Verfassungsarbeit, S. 62–64.

¹⁰ Zur Begrenzung seiner Befugnisse erklärte Heuss gegenüber Felix von Bethmann Hollweg am 7. 8. 1951, dass er sich in Gesetzgebungsfragen zurückhalten müsse, „nicht wegen der vielberufenen ‚Neutralität‘, an die man mich gelegentlich gern erinnert, wenn ich zu dieser oder dieser Sache eine persönlich pointierte Meinung vortrage. Es muß vermieden werden, daß das Amt des Bundespräsidenten in dem Tageskampf dieses oder dieses Argument liefert.“ Er sei „ohne Einflußmöglichkeit für die konkrete Sachgestaltung“; N 1221, 298; B 122, 2262.

An der einen Stelle ist es mir geglückt, an der anderen weniger und eben dann nicht, wenn ich mit der subjektiven Auffassung an konkrete Versuche heranging. Aber das ist nun einmal das Wesen des geschichtlichen Werdens.

Ob die Figur des Bundespräsidenten in der laufenden Politik fülliger wird, ist eine noch offene Frage. Ich selber muß es, und zwar nicht um meiner Person willen, wünschen, und ein bißchen hoffe ich, daß es sich von selber ergeben wird, wenn wir in ein paar Wochen die Höhe bei Godesberg verlassen haben und mitten im „Regierungsviertel“ von Bonn hausen. Dort werde ich Sie dann auch sehr gern, sobald Sie heimgekehrt sind, begrüßen.¹¹

Meine Frau, die mit ihren Herzgeschichten gesundheitlich etwas labil ist, aber einige Dinge karitativer Natur mit großer Hingabe auf die Beine gestellt hat,¹² läßt Ihre Grüße herzlich erwidern.

Unser gemeinsamer Freund Hermann Dietrich lebt, wie Sie ja wohl wissen, jetzt in Stuttgart. Vor zwei Jahren hat er uns ziemlich Sorge gemacht, jetzt ist er aber wieder frisch; ein gutes Stück seines alten Temperamentes ist lebendig geblieben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Th. Heuss

Nr. 64

An Elly Heuss-Knapp

25. Januar 1951

BArch, B 122, 202: ms. Gedicht, von Heuss ms. gez.¹

Gedicht zum 70. Geburtstag

Für Elly

zum 25. Januar 1951

Wie im Nehmen, so im Geben
galt das schöne Gleichgewicht
als Gesetz für unser Leben:
„Einer war des andern Licht“.

¹¹ Vgl. Nr. 114.

¹² Dies gilt insbesondere für das von den Wohlfahrtsverbänden getragene Deutsche Müttergenesungswerk, das Heuss-Knapp im Dezember 1949 mit ins Leben gerufen hatte; vgl. A. GOLLER, Elly Heuss-Knapp.

¹ Druck: E. PIKART, Theodor Heuss, S. 332.



Abb. 7: Theodor Heuss spendet seiner Frau Elly Heuss-Knapp für das Deutsche Müttergenesungswerk, 5. 5. 1951

Gleiches Schreiten durch die Jahre,
schwärmend einst und heute stet,
Wirbelwind durch blonde Haare,
weicher Hauch durch weiße geht.

Frohe Stunden, stille Trauer,
festes Herz im Überschwang,
und der Ewigkeiten Schauer
wehn durch dieses Lebens Gang.

Also laß uns weiter wandern,
jeder Wandertag ist Dank,
da vom Lebenskelch des andern
jeder neues Leben trank.

Theodor

Nr. 65

An Dr. Elisabeth Noelle-Neumann, Allensbach am Bodensee

30. Januar 1951

BArch, B 122, 2154: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Ergebnis einer demoskopischen Umfrage zu Persönlichkeit und Wirkung des Bundespräsidenten

Sehr geehrte Frau Dr. Neumann!

Freundlichen Dank für die Übersendung Ihrer demoskopischen Untersuchung.² Es ist natürlich für mich ganz interessant gewesen, wie im Laufe eines Jahres sich meine Figur im Bewußtsein anonym gegriffener Menschen und Schichten spiegelt. Die Problematik, die in unseren eigenen Entscheidungen liegt, kommt dabei sehr nett zum Ausdruck. Die einen sagen: „Er reist und redet zu viel.“ – Die anderen: „Er muß sich mehr sehen lassen, er lebt nur für sich.“ Dieses „Sich-Sichtbar-Machen“ oder „Sich-Zurückhalten“ ist ja ein sehr häufiger Gegenstand unserer eigenen Überlegungen. Sie können sich denken, daß wir das Mehrfache an Einladungen ablehnen gegenüber denen, die wir aus dem und dem Grund annehmen.

Wenn ich unmittelbar etwas aus der Erhebung lernen will, dann werde ich sie als Stütze für das Ablehnen nehmen, während mir freilich aus politischen Kreisen immer wieder das andere empfohlen wird, weil heute auch das „Repräsentieren“ in der Wirkung politische Bedeutung gewinnt.

Für den Geburtstagsglückwunsch schönen Dank.

Ihr

Th. Heuss

¹ Az. I/2/11; Absendevermerk vom 30. 1. 1951; weiterer Nachweis: N 1221, 295: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Mit Schreiben vom 25. 1. 1951 hatte die Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach, Noelle-Neumann, Heuss „gleichsam als Geburtstagsgabe“ einen Band mit den Ergebnissen einer im Oktober 1950 durchgeführten Befragung „über Persönlichkeit und Wirkung des Bundespräsidenten“ zugesandt. Die Antworten seien in Zahlen und teilweise im Wortlaut, aber wegen der fehlenden Vergleichsmöglichkeiten ohne Interpretation wiedergegeben. Eine Analyse könne vom Institut noch nicht vorgenommen werden. „Es würde sich, als Kernpunkt einer solchen Analyse, darstellen, daß das Problem der public relations in Deutschland bisher nur mangelhaft gelöst ist und daß nur der Bundespräsident auf diesem Gebiet umsichtig und zielsicher verfahren ist“; B 122, 2154.

Nr. 66

An Dr. Friedrich Sieburg, Frankfurt a. M.

20. Februar 1951

BArch, N 1221, 295: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Kr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Vorgeschlagene Nationalhymne

Verehrter, lieber Herr Dr. Sieburg!

Wie Sie sich denken können, sind wegen der Frage der sog. „Hymne an Deutschland“ vielerlei Zuschriften in pro und contra zu mir gekommen.² Ich habe auch ziemlich brav die Zeitungspolemiken gelesen, die demoskopischen Erhebungen an mir vorbeigehen lassen.³ Den Publizisten, der ja immerhin noch in mir steckt,⁴ hatte es manchmal gereizt, diese oder jene Antwort zu geben, aber ich habe ja auch gelernt zu schweigen und abzuwarten. Nun darf ich Ihnen aber doch einiges zu Ihrem Aufsatz in der „Gegenwart“ sagen.⁵ Freilich nicht als Publizist, sondern völlig privat, um Ihnen meine Position in diesen Dingen persönlich klar zu machen.

Ich glaube kaum, daß ich Ihnen zu versichern habe, daß ich die Frage einer neuen Hymne nicht gestellt habe wegen Sportbegegnungen und daß ich auch nicht die Loslösung von dem sog. Deutschlandlied als gegeben ansehe wegen des sog. Mißverständnisses, das die 1. Strophe in der Interpretation findet.

Seit meinem Amtsantritt bin ich durch Hunderte von Zuschriften bedrängt worden, etwas zu tun, ließ mir aber durchaus Zeit, bis folgendes deutlich wurde, daß bei dem gelegentlichen Absingen des Deutschlandliedes bei öffentlichen Kundgebungen die Peinlichkeiten sich wiederholten, daß der und der den Saal verließ, daß der und der sitzen blieb, daß es zu Prügelszenen kam. Man wird das bedauern, aber man wird nicht darüber hinwegkommen, daß für eine nicht unerhebliche

¹ Absendevermerk vom 20. 2. 1951.

² Die zahlreichen Zuschriften in: B 122, 2240, 2241, 60–98.

³ Die Wiesbadener Forschungsstelle für Volkspsychologie hatte ermittelt, dass von den befragten 1.000 Personen 72 % am Sylvesterabend die „verkündete“ Hymne gehört hatten; von ihnen hielten diese Hymne 16 % als Nationalhymne für geeignet, 43 % hielten sie für ungeeignet und 41 % wussten keine Antwort; B 122, 2242.

⁴ Heuss begann seine berufliche Laufbahn als Journalist und war in diesem Metier zeit seines Lebens tätig; vgl. R. BURGER, Theodor Heuss.

⁵ FRIEDRICH SIEBURG: Wann werden wir singen?, in: Die Gegenwart 6, Nr. 4, 15. 2. 1951, S. 9–11. Sieburg, Mitherausgeber der Wochenzeitschrift „Die Gegenwart“, beschäftigte sich in dem Artikel vor allem mit der Marseillaise, um dann zu resümieren: „Eine Nationalhymne setzte ein nationales Zusammenleben auf sicherem Grund voraus, es verlangt ein Minimum an seelischer Übereinstimmung. Wann werden wir sie haben? Die Frage ist nicht: ‚Was werden wir singen?‘, sondern sie lautet noch lange: ‚Wann werden wir singen?‘“

Anzahl der Deutschen dies Lied in der Zusammendrängung mit dem Horst-Wessel-Lied eine peinvolle Erinnerung wurde.⁶

Sie selber haben in Ihrem Aufsatz zu dieser Frage keine Stellung genommen, so daß ich nicht ganz sicher bin, wie Sie dieses Problem sehen. Natürlich ist mir hundertfach der Vorschlag gemacht worden, einige Textänderungen vornehmen zu lassen, um den Schwung der Haydn'schen Melodie zu erhalten, aber ich habe von Anbeginn diesen Weg für ungangbar angesehen, denn ich glaube die Deutschen gut genug zu kennen: Es singen dann die staatsloyalen Patrioten den neu-geformten Text, aber die „richtigen“, d. h. diejenigen, die sich durch ihr Verhalten dazu ernennen, den alten Text, und es gibt einen Wettgesang der kräftigeren Stimmen. Das ist keine Lösung. Es war in dem Aufsatz sehr reizvoll, wie Sie die Geschichte der Marseillaise wieder ins Gedächtnis riefen, d. h. Sie veranschaulichten sehr gut, wie aus einer bestimmten Situation heraus ein Lied und eine Melodie wurden.⁷ Das hat mir natürlich auch mancher gesagt und das habe ich mir selber sagen müssen. Was ist eine geschichtliche Situation? Ich habe gute Ratschläge bekommen, eine Hymne einzuführen, etwa wenn das Besatzungsstatut⁸ aufgehoben wird. Ich habe mir von einem politischen Mann den Vorschlag machen lassen. Dem mußte ich antworten, daß dies je nachdem ein politisch-juristischer Vorgang sein werde, ohne den heroischen Akzent. Mit den heroischen Akzenten ist es überhaupt so eine Sache. Man weiß nicht, wie sie gesetzt werden und man kann dann nichts sozusagen auf Lager halten.

Dem Hinweis auf die Marseillaise bin ich ja manchmal begegnet. Aber nun lasse ich mich gerne von Ihnen eines anderen belehren. Ich selber bin ja kein großer Frankreich-Kenner, aber ich habe die These vertreten, die mir dann von Leuten, die lange in Paris auch amtlich weilten, bestätigt wurde: Die Marseillaise wird nie oder fast nie gesungen, sondern instrumental dargeboten. Ich ließ mir sogar von einem Mann des internationalen Sportlebens erzählen, daß man bei der Sportbegegnung vor ein paar Jahrzehnten gespürt hätte, daß die dem deutschen Vorbild folgende, d. h. singende französische Mannschaft den Text gar nicht recht kannte. Die Deutschen aber sind ein Volk, das singt.

⁶ Vgl. Nr. 21.

⁷ Die französische Nationalhymne wurde 1792 von Claude Joseph Rouget de Lisle in Straßburg gedichtet und komponiert und in Paris von Freiwilligen aus Marseille bei der Erstürmung der Pariser Tuileries gesungen.

⁸ Mit dem Besatzungsstatut, das nach der Konstituierung der Bundesregierung in Kraft trat, aber dem Parlamentarischen Rat bereits im April 1949 bekannt gegeben worden war, sicherten sich die Westalliierten bestimmte Kontrollbefugnisse (u. a. in der Außenpolitik, im Außenhandel und bei der Wahrung der Bundes- und Länderverfassungen). Das bedeutete eine Beschränkung der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland. Nach mehreren kleineren Revisionen erlosch das Besatzungsstatut am 5. 5. 1955 mit Inkrafttreten des Deutschlandvertrages, mit dem die Bundesrepublik ein weitgehend souveräner Staat und Mitglied der NATO und der WEU wurde.

Hat es nun heute Anlaß zu singen? Ganz sicher nicht in dem von Ihnen umschriebenen Sinn, aber vergessen Sie bitte nicht, was der deutsche Gesang als Politicum bedeutete von den Zeiten des Vormärz bis zum Ausgang der 60-er Jahre, nämlich eben dort ein seelisches und damit auch sachlich wirksames Bindeglied. Die Turnfeste und auch Sängerbewegungen waren ja da politische Ersatzrealitäten, damals im überterritorialen Sinn.⁹ Heute möchte ich eine Realität im überparteilichen und überständischen Sinn vorbereiten.

Aber nun ein Wort zu der Struktur und dem Inhalt der Schröderschen Verse. Als ich mit ihm sprach, legte ich ihm nahe, den Versen ruhig eine religiöse, wenn Sie so wollen, christliche Transparenz zu geben, denn ich wollte in das Lied weder den Wortschatz der dichterischen Befreiungskriege noch den der vormärzlichen Dichterbekenntnisse haben. Ich kenne mich in dieser Gegend der Dichtung ziemlich gut aus, glaube aber, daß sie geschichtlich weitgehend konsumiert ist und leicht in die Gefahr gerät der Deklamation abstrakter Begriffe. Schröder selber, das aber nur ganz vertraulich, ging wohl darauf ein, begann aber mit dem „Land der Treue“ und nicht mit dem „Land des Glaubens“. In mündlichen und schriftlichen freundschaftlichen Auseinandersetzungen habe ich ihm klar machen können, daß nach meiner Geschichtskennntnis nun eben „Treue“ nicht gerade eine die Deutschen auszeichnende Tugend darstelle. Ich glaube, sie wird gerade deshalb so stark berufen, weil sie nicht so wirksam ist, wie man es sich wechselseitig versichert (nachzulesen von Arminius bis zur Gegenwart).¹⁰ Ich vertrete aber auf der anderen Seite die Auffassung, daß die Glaubensmächtigkeit, d. h. die Auseinandersetzung mit religiösen Fragen bei keinem anderen Volk so farbig, so intensiv ist wie bei den Deutschen, wenn auch mit allerhand geschichtlicher Last und Tragik. So ist dann die Kadenz aus dem Korinther Brief gekommen.¹¹ Seltsame Wirkung! Die einen sehr dankbar wegen des Inhaltlichen, wegen der faßbaren Strukturierung,¹² einige andere ablehnend wegen der „Säkularisierung“ der christlichen Tugenden. Ich glaube, lieber Dr. Sieburg, Sie gehen etwas auf dem Weg dieser letzten Auffassung. Ich werde dabei bleiben, daß ich mich ziemlich schnell in die Büsche schlage, wenn das Gespräch von „Säkularisierung“ beginnt, denn hier überschneiden sich dann immer zwei Vorstellungsräume. Die Klage, daß die „Welt“ entgöttert und entchristlicht sei (offen in welchem Jahrhundert man es beginnen läßt); aber die Versuche, Transzendenz und Immanenz einander zu nähern, werden als ein Raub an der Transzendenz gefürchtet. Die soll ihren umhegten Raum behalten.

⁹ Zur nationalpolitischen Bedeutung der Turner- und Sängerbewegung im 19. Jahrhundert vgl. D. LANGEWIESCHE, Volk; DERS., Schwäbische Sängerbewegung.

¹⁰ Vgl. auch Heuss an Rudolf Alexander Schröder, 9. 5. 1950, in: B 122, 2242.

¹¹ Bezieht sich auf die Aussagen „Land des Glaubens“ (Strophe 1), „Land der Hoffnung“ (Strophe 2), „Land der Liebe“ (Strophe 3) und den Paulustext in Korinther I, 13,13: „Nun aber bleibt Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei; aber die Liebe ist die Größte unter ihnen.“

¹² In der Vorlage: „Strukturierung“.

Meine Erfahrungen sind höchst konträr. Ein katholischer Theologe schreibt im „Rheinischen Merkur“ einen ganzen Gegenaufsatz¹³ (wegen der sog. Säkularisierung), ein anderer ranghöherer schickt mir ein langes Danktelegramm und läßt mir später ausdrücklich durch eine Botschaft mitteilen, ich hätte den großen Fehler begangen, nicht einfach die neue Hymne glatt zu dekretieren.¹⁴

Ich habe mich natürlich, da ich selber musikalisch nur begrenzt begabt bin, von manchen Leuten beraten lassen. Wir hatten zunächst ein paar sangbare Melodien, die aber vom Text getrennt nicht einen Musikkörper für sich darstellten. Jetzt schreiben die einen Musiklehrer, das Lied sei zu kompliziert, die anderen schreiben oder sagen mir, daß es in 10, 15 Minuten lernbar sei. Die Musikdarbietung am Rundfunk (die ohne meine Ingerenz einfach aus der Abrede der Intendanten erfolgte oder erfolgt) war wohl zu kunstvoll konzertmäßig gewesen. Bei der a capella Darbietung von Buben einer benachbarten Schule hat die Sache einen frischen Schmiß gehabt.¹⁵ Ich warte ruhig ab, wie die Rezeption sein wird. Eine der interessantesten Äußerungen in diesem Zusammenhang war mir die Äußerung eines Industriellen, wie froh er sei, daß damit bei Betriebsfeiern (Jubilarsehrungen) es ein abschließendes Lied gäbe, da man ja mit dem Deutschlandlied nicht kommen könne. Sie sehen, Ihre Frage: Wann werden wir singen? ist nicht ganz so einfach auf einen Termin abzustellen, da latente Bedürfnisse offenbar durchaus vorhanden sind.¹⁶

Dieser Brief, an einem Sonntagvormittag diktiert, ist reichlich lang geworden. Er gilt nur Ihnen persönlich und soll Ihnen einigermaßen eine innere Vorstellung geben von den Dingen, die mich in der ganzen Sache beleben und bewegen. Daß ich mit dem Versuch bei vielen, vielen Menschen den sog. good will, den mir die letzten 1½ Jahre zugeführt haben, riskiere, ist mir natürlich völlig klar, und aus dem engeren Mitarbeiterkreis hat es deshalb an Warnung und Mahnung nicht gefehlt, aber ohne Risiko ist das Leben ein sehr langweiliges Unternehmen, und mir kam es entscheidend darauf an, den bereits schwelenden Hymnenstreit um das Deutschlandlied zu lockern.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Th. Heuss

¹³ Ließ sich nicht ermitteln.

¹⁴ Gemeint ist Prälat Wolker; vgl. Nr. 62. Das Telegramm von Wolker ließ sich nicht ermitteln.

¹⁵ Vgl. Nr. 48.

¹⁶ Vgl. auch K. ADENAUER / TH. HEUSS, Unter vier Augen, S. 53.

Nr. 67

An Dr. Robert Lehr, Bundesminister des Innern, Bonn

9. März 1951

BArch, N 1221, 295: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“

Versorgung älterer Schriftsteller

Verehrter Herr Bundesminister!

Vor einigen Tagen hatte ich hier eine durch längeren Briefwechsel vorbereitete Besprechung,¹ an der die Herren Walter von Molo und Alfred Richard Meyer so wie Herr Staatssekretär Wende von Ihrem Ministerium, Herr Dr. Zierold von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und Herr Dr. Benecke vom Kulturreferat des Deutschen Städtetages teilnahmen.

Der Gegenstand unserer Besprechung war das Schicksal der älteren Schriftsteller und Dichter, auch der Komponisten und verwandter Gruppen.² Doch stand thematisch, wenn ich so sagen darf, die erste Gruppe im Vordergrund.

Da ich vor ein paar Jahrzehnten durch manche Jahre hindurch der Zweite Vorsitzende des damaligen Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller gewesen bin, d. h. technisch sein eigentlicher Leiter,³ sind, wie Sie sich denken können, aus diesen Kreisen im Laufe der letzten anderthalb Jahre viele Fragen, wie auch viele Hoffnungen, an mich herangetragen worden, – Hoffnungen, denen dann, was eine sinnvolle Erfüllung anlangt, meist Enttäuschungen folgen mußten.⁴

Walter von Molo, der Ihnen ja vermutlich dichterisch nicht unbekannt ist, und Alfred Richard Meyer haben schon vor Jahrzehnten auch um die soziale Seite des freien Schrifttums sich in hervorragender Weise bemüht. Sie tun es auch heute wieder, obwohl sie selber in einer gewissen prekären Lage sind. Herr Dr. Zierold,

¹ Material dazu in: B 122, 332.

² Auf Anfrage des Architekten Walter Gropius sagte Heuss auch zu, sich für die Versorgung der Hinterbliebenen der früheren Dozenten des Bauhauses einzusetzen; vgl. Heuss an Gropius, 16. 6. 1951, in: B 122, 328.

³ Heuss hatte 1909 zu den Gründungsmitgliedern des Schutzverbands deutscher Schriftsteller gehört. Dieser Verband nahm sich der zum Teil prekären wirtschaftlichen und rechtlichen Situation vieler Schriftsteller an und vertrat ihre Interessen gegenüber Verlegern und staatlichen Stellen. Vor allem setzte er sich für die Urheberrechte seiner Mitglieder ein und bot ihnen Unterstützung bei juristischen Auseinandersetzungen an. Heuss gehörte dem Verband ehrenamtlich zunächst als 3., 1911/1912 und 1920–1924 als 2. und schließlich 1925/1926 als 1. Vorsitzender an. 1926 legte er nach der Auseinandersetzung über das sogenannte „Schund- und Schmutzgesetz“ sein Amt nieder; vgl. D. PEUKERT, Schund- und Schmutzkampf; E. FISCHER, Schutzverband.

⁴ Am 17. 11. 1950 hatte Heuss dem Schutzverband Deutscher Autoren in einem von ihm diktierten und von Bott gez. Schreiben mitgeteilt, dass die Mittel seines Dispositionsfonds zu finanziellen Hilfeleistungen nicht genügten. Er sei „bemüht, die Versuche, etwas wie die ehemalige Deutsche Schillerstiftung in Weimar im Westen aufzubauen, zu fördern“; N 1221, 294.

der sie damals schon selbst mit beraten hat, stellte auch jetzt wieder seine Erfahrungen zur Verfügung.

Es handelt sich um die gemeinsame Überlegung, die altgewordenen Dichter und Schriftsteller, die als Mehrer des sogenannten Kulturgutes betrachtet werden können, nicht einfach untergehen zu lassen. Es hat einfach etwas Bedrückendes zu erfahren, daß der über 80-jährige Walter Bloem – gleichviel wie man seine Romane beurteilt (die ich persönlich gar nicht kenne) – heute mit seiner Frau irgendwo als Wohlfahrtsempfänger mit etwas über 80,-DM durchkommen soll. Ich nenne diesen Fall, um gleich anzuzeigen, daß eine Hilfsaktion völlig von „Richtungen“ abstrahieren müßte.

Deutschland besaß in der von Heinrich Lilienfein,⁵ der nun auch ein alter Mann geworden ist, betreuten Deutschen Schillerstiftung in Weimar⁶ das Organ, um für solche Fälle einzuspringen. Das peinliche Bewußtsein für die Bundesrepublik Deutschland muß nun davon Kenntnis nehmen, daß die Deutsche Schillerstiftung für die Ostzone weiter arbeitet, während etwas Vergleichbares im Westen nicht vorhanden ist. Ich selber hatte mich bereits im Jahre 1945 in einer Denkschrift an die Amerikaner⁷ dafür ausgesprochen, sowohl die Schillerstiftung wie die Münchner Pensionskasse für Journalisten und Schriftsteller aus den Erträgen der sogenannten lizenzierten Zeitungen⁸ zu alimentieren. Aber diese Anregung ist einerseits durch die Festlegung des amerikanischen Systems und andererseits durch die gesamtpolitische Entwicklung überfahren worden.

Nun ist es so, daß in einzelnen Ländern bei den Kultusministerien einige Fonds zur Verfügung stehen, um alten Dichtern und ihren Hinterbliebenen mit größeren oder kleineren Handreichungen über die ärgste Not hinwegzuhelfen. Ich habe selber, als ich in Stuttgart Kultminister war, einige solcher Fälle regeln können. Aber das Verfahren ist, wie durch eine Rundfrage festgestellt wurde, uneinheitlich. Es hat natürlich auch seine Zufälligkeiten, je nachdem die „Binnenwanderung“ den einen oder anderen in dem einen oder anderen Gebiet landen ließ.

⁵ Vgl. Heuss an Lilienfein, 22. 12. 1926, in: TH. HEUSS, Bürger, S. 276f.

⁶ Die Deutsche Schillerstiftung mit Sitz in Weimar wurde 1859 gegründet, um notleidende Schriftsteller durch Ehrengaben zu unterstützen. Nach 1945 war die Stiftung vor allem in der DDR aktiv; vgl. S. SCHWABACH-ALBRECHT, Bürger.

⁷ Ließ sich nicht ermitteln.

⁸ Zur Umerziehung der Deutschen nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft gehörte auch die alliierte Kontrolle von Druckveröffentlichungen. In der amerikanischen Besatzungszone wurden Lizenzen für Zeitungen und Zeitschriften an Personen gegeben, die als politisch unbelastet galten, zumeist an mehrere Personen verschiedener Parteien. So war Heuss im September 1945 zusammen mit einem Sozialdemokraten und einem Kommunisten Lizenzträger der Heidelberger „Rhein-Neckar-Zeitung“ geworden; vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 393–417.

Es liegt mir sehr daran, sehr verehrter Herr Minister, den Komplex Ihrem Bewußtsein vorzutragen. Es ist ein Gebiet, bei dem rechtlich ja die Länderzuständigkeit gegeben erscheint. Aber die rechtliche Feststellung läßt sich ja nicht davon trennen, daß sachlich eine Art von gesamtdeutscher Kompetenz oder Verantwortung gegeben erscheint. Wenn wir von spezifischen Heimatleistungen provinziellen Charakters absehen und uns darüber einig sind, daß es keine Dichtung von Württemberg-Hohenzollern oder von Rheinland-Pfalz gibt, sondern eine deutsche Dichtung, zu der diese und diese Herkünfte ihren Beitrag gaben – der mag die Stammeskraft in seiner Färbung zeigen, er mag sie hinter sich gelassen haben. Wer wird Schiller nur als Schwaben, wer wird Raabe nur als Braunschweiger sehen.

Es scheint mir geboten zu sein, daß die Konferenz der Kultusminister⁹ über den Umfang und die Methodik dieser Unterstützung einmal eine Verständigung sucht, und ich möchte glauben dürfen, daß die Verantwortung, auch der Bundesinstanzen, für eine halbwegs brauchbare Regelung eben aus dem Tatbestand einer deutschen Gesamtkultur anzuerkennen ist. Mich selber bewegt dabei der Gedanke, daß für einen kleinen Kreis der Dispositionsfonds des Bundespräsidenten mit in Anspruch genommen wird. Ich würde dabei mir die Regelung so denken – da ich aus dem Bundespräsidialamt nicht eine Kulturbehörde machen kann und will –, daß dem Bundesinnenministerium ein kleiner Beirat ehrenamtlich zur Seite steht, der mir Vorschläge unterbreitet, die ich unter eigener Verantwortung je nach dem Maß der Mittel entscheide. Um große Beträge kann es sich dabei ja nie handeln, aber meine Erfahrung im letzten Jahr hat mir gezeigt, wie sehr auch kleine Zuwendungen als sachliche Stütze und als moralische Ermunterung aufgenommen wurden.

Wir versuchen von hier aus auch, die, wie es nach den Darstellungen erscheinen muß, gelegentlich sehr peinliche Regelung der Rechtssicherheit mancher Dichter in die Wege zu leiten. Früher gab es Anwälte, die sich fast eine Ehre daraus machten, den oft ziemlich ungeschickten Dichtern in Verlagsstreitigkeiten zu helfen. Heute fehlt diesen Leuten oft genug das Geld, um Vorschüsse zu leisten, und die Ungewißheiten, die mit der sogenannten Lizenzerteilung auch für Verlage da und dort eingetreten waren, haben sehr unerwünschte Verstimmungen zwischen den beiden Partnern geschaffen. Hier eine Besserung zu erreichen, wird natürlich nicht ein unmittelbares Ziel amtlicher Bemühungen sein können.

Aber dies sollte möglich werden: daß in der Kultusministerkonferenz a) das Problem gesehen, und b) eine gewisse Vereinheitlichung in den Auffassungen

⁹ Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik (KMK) ging im Jahr 1948 aus der Konferenz der Erziehungsminister der westdeutschen Länder hervor.

und in der Praxis erreicht wird. Die Praxis heißt vor allem dies, daß nicht von mehreren Stellen etwa ein Bedürftiger und Würdiger betreut wird und ein anderer danebenfällt. Die Dinge sind auch auf die ehrenamtliche Mitwirkung der dazu bereiten Kreise angewiesen, denn die Beamten selber sind in diesen Dingen – verzeihen Sie meine skeptische Meinung gegenüber dem eigentlichen Beamtenminister – nicht immer geschickt, und es liegt verschwiegene Not vor, die einer Amtsperson zu offenbaren manche sich sträuben, weil sie nach einem Leben des Erfolgs, vielleicht des Ruhms, nicht zur „Wohlfahrt“ wegsinken wollen. Es ist eine Beschwerde des Empfindens zu erfahren, daß eine so wunderbare und große Schauspielerin wie Gertrud Eysoldt in irgend einem kleinen bayerischen Dorf heute hungert, was man nun eben nur durch eine schier zufällige persönliche Mitteilung erfährt.

Dieser Brief ist etwas sehr lang geraten. Aber vielleicht spüren Sie, wie sehr mir die Sache um des inneren guten Gewissens des deutschen Westens am Herzen liegt, und ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie mit den zuständigen Herren Ihres Ministeriums den Fragenkreis durchdenken und überlegen, ob die Andeutungen, die mein Brief enthält, zu einer Konkretisierung geführt werden können.¹⁰

Mit freundlicher Begrüßung

Ihr

Th. Heuss

¹⁰ Eine Reaktion von Lehr ließ sich nicht ermitteln. Am 27. 4. 1951 teilte Heuss Bundesjustizminister Dehler unter Hinweis auf Maßnahmen in der „Ostzone“ mit, er habe in einer Besprechung mit den Kultusministern der Länder das Problem der Versorgung „altgewordener Schriftsteller, Dichter, bildender Künstler usf.“ erörtert. Er bat Dehler, prüfen zu lassen, ob zu ihren Gunsten in Deutschland eine Einrichtung wie die in Frankreich laufende „Domaine d'état“ geschaffen werden könne, etwa durch eine Abgabe der Verlage, die „der Unterstützung der altgewordenen Schriftsteller bzw. ihrer Hinterbliebenen zugewandt wird“. Zur Verwaltung könne ein Kuratorium „von ehrenamtlichen Sachverständigen und behördlich Kontrollierenden“ geschaffen werden. Dann werde „die Geschichte ohne eine zu große Apparatur doch in vielen Fällen, über die wir uns heute schämen müssen, wohltätig wirken“. Durchschriften ließ Heuss Innenminister Lehr und Finanzminister Fritz Schäffer zuleiten; N 1221, 296; B 122, 332.

Nr. 68

An Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler, Bonn

15. März 1951

BArch, B 122, 31271: ms. Schreiben, Durchschlag, ms. gez.; ms. Briefkopf: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“¹

Führung des Auswärtigen Amtes durch Konrad Adenauer; Tätigkeitsbeginn der Diplomaten; Vertretung des Bundeskanzlers im Ausland durch Franz Blücher

Verehrter Herr Bundeskanzler,

es liegt mir daran, einige der in unserem heutigen Gespräche² erörterten Fragen auch für ihre Überlegungen festzuhalten.

Daß Sie neben dem Bundeskanzleramt die Führung des Auswärtigen Amtes übernommen haben, wird in billiger Weise von allen denen verstanden werden, die bei dem gegenwärtigen und währenden staats- und völkerrechtlichen Stand der Bundesrepublik³ das Ineinander der Funktionen sehen und begreifen. Aber die Kritik an der Entscheidung, die sich ja jetzt schon gemeldet hat,⁴ wird auf die arbeitstechnische Überlastung hinweisen; wie wird es dem *einen* Mann gelingen, neben der ungeheuren Last der sonstigen Pflichten den Aufbau des werdenden Körpers⁵ zu bewältigen? Es kommt mir darauf an, Sie und die Bundesregierung gegenüber einer von solcher Betrachtung drohenden Stimmung und Verstimmung abgeschirmt zu wissen.

Zweierlei scheint mir dabei empfehlenswert. Die mannigfachen Schwierigkeiten, in den letzten anderthalb Jahren zu der gemäßen konsularischen Außenvertretung zu kommen, sind mir nicht unbekannt geblieben, aber ich habe es oft als eine rechte Last empfunden, wie lange es mit den Ernennungen gedauert hat (und wie

¹ Az. AI – 18a; weitere Nachweise: B 122, 17: hs. Schreiben, Entwurf; N 1221, 295: ms. Schreiben, Durchschlag; Druck: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 61f.

² Das Gespräch fand anlässlich der Übergabe der Urkunde zur Ernennung Adenauers zum Bundesaußenminister statt; vgl. die Nachweise in: K. ADENAUER / TH. HEUSS, Unserem Vaterlande zugute, S. 365, Anm. 1 zu Nr. 34.

³ Zur Erweiterung der Souveränität der Bundesrepublik nach der ersten Revision des Besatzungsstatuts am 6. 3. 1951 gehörte das Recht, eigenständige Außenpolitik mit diplomatischen Vertretungen zu führen; vgl. hierzu auch Adenauers Bemerkung zur Errichtung eines Auswärtigen Amtes in der Kabinettsitzung vom 13. 3. 1951. Der Beschluss zu dieser Errichtung erfolgte am 15. 3. 1951; vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1951, S. 228–330; vgl. wegen der weiteren personellen Entwicklung Heuss an Adenauer, 23. 5. 1955, in: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 185–192.

⁴ Schon 1950 hatte Blücher Heuss gebeten, bei Adenauer, der Außenpolitik ohne Beteiligung des Kabinetts und ohne genügende Vorbereitung betreibe, zu intervenieren; Aufzeichnung von Klaiiber vom 25. 4. 1950, in: B 122, 15.

⁵ Danach im eigenhändigen Entwurf von Heuss gestrichen: „und die personelle Beeinflussung“; B 122, 17.

lange sich einige der Ernannten die Zeit nahmen, ihren Posten anzutreten).⁶ Bei der Überführung des konsularischen in den diplomatischen Charakter der Außenvertretungen⁷ sollte unter allen Umständen ein schleppendes Verfahren vermieden bleiben. Ich wiederhole meine Anregung, der sich durch Monate hinziehenden haushaltsmäßigen Durchbehandlung der neuen Situation in dem Sinn vorzugreifen, daß die Außenvertreter, wo dies nun eben schon möglich ist, möglichst rasch mit der Amtsbezeichnung des Gesandten (oder Botschafter) ausgestattet werden. Das bedeutet zum mindesten „optisch“ eine Wahrnehmung der gegebenen Chance.

Ich darf dann auch meine Anregung⁸ wiederholen, Sie möchten in der Ihnen geeignet erscheinenden Form bald einmal mitteilen, daß auf den außerhalb der Bundesrepublik stattfindenden Ministerbegegnungen, an denen Deutschland teilhaben wird, der Herr Vizekanzler Ihre Vertretung wahrnehmen wird.⁹ Die personelle Identität zwischen Bundeskanzler und Außenminister ist ja bei solchen Begegnungen nicht frei von Schwierigkeiten. Die Kritik hat ja auch dieses Problem schon aufgesucht: Der Bundeskanzler kann doch nicht „in der Welt herumfahren“ (denn es wird auch im Außenminister eben doch der Kanzler gesehen). Da Herr Blücher in der internationalen Konferenz-Praxis seine Erfahrungen besitzt, wird mit einer entsprechenden Erklärung auch diese Seite der Einwände abgelenkt sein.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Th. Heuss

⁶ Vgl. hierzu die Gespräche von Heuss mit Adenauer am 2. 2. und 2. 3. 1951, in: K. ADENAUER / TH. HEUSS, Unter vier Augen, S. 56f.

⁷ Vgl. Nr. 10, Anm. 5.

⁸ Ließ sich nicht ermitteln.

⁹ Mit Blücher, der auch Minister für Angelegenheiten des Marshallplanes war, drohten Kompetenzkonflikte; vgl. K. ADENAUER / TH. HEUSS, Unserem Vaterlande zugute, S. 366, Anm. 5 zu Nr. 34; zum Verhältnis zwischen Adenauer und Blücher vgl. K. ADENAUER / TH. HEUSS, Unter vier Augen, S. 61f.

Nr. 69

An Dr. Thomas Dehler, Bundesminister der Justiz, Bonn

15. März 1951

BArch, B 122, 2155: ms. Schreiben, Durchschlag; von Heuss diktiert (Diktatz. H/Hr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Mögliche Beleidigungsklagen des Bundespräsidenten

Lieber Dehler,

es ist doch schön, wenn man immer noch etwas lernen kann. Die juristische Auseinandersetzung über die Rechtsfigur eines Weinflaschenkorkens mit sowohl historischer wie künstlerisch-karikaturistischer Substanz hat mir viel Spaß gemacht.² Was Ihr Euch doch für Sorgen machen müßt!

Einem Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler³ entnehme ich, daß Sie mit mir Fühlung nehmen sollen und mir vortragen, wann es staatspolitisch notwendig ist, daß ich mich beleidigt fühle. Auch darüber werde ich gern Ihre Belehrung entgegennehmen. Freilich fürchte ich, auf diesem Gebiet zu den schwer erziehbaren Kindern zu gehören. Nun fahre ich aber für die Karwoche⁴ nach Badenweiler. Wir müssen diese Sache also noch ein bißchen verschieben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Th. Heuss

¹ Az. I/21/11-79-; gestrichenes Az. I/3/20; weiterer Nachweis: N 1221, 295: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Dehler hatte am 13. 3. 1951 an Klaiber ein Schreiben „Betr.: Flaschenkorken mit den Bildnissen bekannter Persönlichkeiten“ gerichtet. Danach war geprüft worden, „ob ein Anspruch auf Unterlassung des Vertriebs der Flaschenkorken mit Bildnissen von Heuss, Churchill, Truman, Stalin, Adenauer und Schuman“ bestehe. Die Prüfung hatte ergeben, dass bei Personen der Zeitgeschichte in diesem Fall keine Einwilligung zur Abbildung auch in karikierender Form eingeholt werden müsse, selbst wenn diese Sektkorken geschmacklos seien. Ein Anspruch auf Unterlassung des Vertriebs könne daher nicht erhoben werden. Dehler hatte dem Gutachten aus seinem Justizministerium hinzugefügt: „Ich kann nur hoffen, daß Sie angesichts dieses negativen Ergebnisses nicht am Recht an sich verzweifeln“; B 122, 2155.

³ Vermutlich eine nicht protokollierte Gesprächspassage aus der letzten Unterredung mit Adenauer vom 2. 3. 1951; vgl. K. ADENAUER / TH. HEUSS, *Unter vier Augen*, S. 53–58.

⁴ 18.–24. 3. 1951.

13

Th.Heuss

~~~~~  
~~~~~  
Bonn, den 15. März 1951
Kaiser Friedrichstr. 16

Herrn

1. Bundesjustizminister
Dr. Thomas Dehler

H/Hr

B o n n

172/111 -
II/3/20 - 79 -

Lieber Dehler,

es ist doch schön, wenn man immer noch etwas lernen kann. Die juristische Auseinandersetzung über die Rechtsfigur eines Weinflaschenkorken mit sowohl historischer wie künstlerisch-karikaturistischer Substanz hat mir viel Spass gemacht. Was Ihr Euch doch für Sorgen machen müsst !

Einem Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler entnehme ich, dass Sie mit mir Fühlung nehmen sollen und mir vortragen, wann es staatspolitisch notwendig ist, dass ich mich beleidigt fühle. Auch darüber werde ich gern Ihre Belehrung entgegennehmen. Freilich fürchte ich, auf diesem Gebiet zu den schwer erziehbaren Kindern zu gehören. Nun fahre ich aber für die Karwoche nach Badenweiler. Wir müssen diese Sache also noch ein bisschen verschieben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

gez.Th.Heuss

2)zda

Abb. 8: Theodor Heuss an Thomas Dehler, 15. 3. 1951

Nr. 70

An Prof. Dr. Gerhard Ritter, Freiburg im Breisgau

16. April 1951

BArch, N 1166, 337: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
Bitte um Lektüre der Einführung zu Otto von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“; Übersendung eines neuaufgelegten Vortrags über Bismarck

Verehrter Herr Professor Ritter,

der Anlaß zu diesem Schreiben ist etwas eigentümlicher Natur. Er hat eine kleine Vorgeschichte:

Vor einigen Monaten schrieb mir ein angesehener Berliner Verlag,² daß er „Bismarcks Gedanken und Erinnerungen“, die ja vor ein paar Jahren „frei“ geworden sind, neu herausbringen wird. Er bat mich um eine Einleitung. Ich antwortete ihm damals,³ daß in der Aufgabe wohl ein gewisser Reiz liege, zumal etwas über den Wandel in Bismarcks Bild zu sagen, daß mir aber meine starke Belastung wohl kaum erlauben wird, diese Sache zu einem festen Termin, der angegeben war, zu schreiben.

Als der Verleger kürzlich hier war (ich sah ihn nicht selber), hatte er mit meinem persönlichen Referenten⁴ Rücksprache genommen, der ihm bestätigte, daß die Anregung mich beschäftige, und nun hat er kürzlich im Buchhandelbörsenblatt – ohne mit uns darüber Fühlung zu nehmen – einfach angekündigt, daß das Buch mit einem Geleitwort von mir erscheine.⁵ Er hat sich dann über seine Voreiligkeit brav

¹ Am Ende des Schreibens nicht lesbare Notiz von Ritter; weiterer Nachweis: N 1221, 296: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Das Schreiben von Reinhard Jaspert vom Safari-Verlag Berlin an Heuss ließ sich nicht ermitteln; vgl. aber zur Anregung durch Jaspert und zum weiteren Entstehungsprozess des Essays und Buches *Der Spiegel*, Nr. 38, 19. 9. 1951, S. 5f.

³ Heuss an Safari Verlag, z. Hd. v. Reinhard Jaspert, 13. 12. 1950, in: N 1221, 294.

⁴ Hans Bott.

⁵ Heuss rügte am 16. 3. 1951 in einem von ihm diktierten und von Bott gez. Schreiben an Jaspert, dass das Erscheinen der Bismarckschen „Gedanken und Erinnerungen“ mit ausdrücklichem Hinweis auf seine Einleitung angekündigt worden sei, ohne dass zuvor eine Genehmigung hierfür eingeholt worden war: „Ich weiß, daß der Bundespräsident sich in den freilich nur sehr knappen Abendstunden mit Bismarck-Literatur beschäftigt, um an den Stoff noch näher heranzukommen, aber die Sache kann für ihn ja keine vordringliche sein. Ich habe dem Bundespräsidenten nahegelegt, Ihnen den geplanten schroffen Absagebrief nicht zu schreiben, aber es wäre unter allen Umständen eine seiner Person wie seinem Amte gegenüber erforderliche Notwendigkeit gewesen, daß Sie vor einer solchen Publikation im Buchhandel-Börsenblatt sich die Zustimmung dazu gesichert hätten. Der Bundespräsident ist verärgert, sich nun in einer Art von Druck zu fühlen, ohne daß er bei diesem eventuellen Zeitdruck das eigentlich leisten könnte, was ihm bei seiner bedingten Zusage vorschwebte: die wichtigere Bismarck-Literatur von In- und Ausland während der letzten zwei, drei Jahrzehnte in eine wissenschaftlich fundierte, dabei aber nicht philologische Einleitung hereinzunehmen. Er ist jetzt in einem Zustand rechter innerer Verlegenheit“; N 1221, 295.

entschuldigt,⁶ aber meine eigene Verlegenheit ist dadurch nicht geringer geworden, und ich will nun eben den Versuch machen, in den knappen Abendstunden mir etwas zusammenzubauen.

Einiges neues Material konnte mir hier beschafft werden, einiges kannte ich schon – wenigstens in Stücken – wie etwa Eyck, mit dem ich in Berlin freundschaftlich viel verkehrt habe und der schon in den zwanziger Jahren den Plan seiner Bismarck-Biographie öfters mit mir besprach.⁷ Ich habe in den letzten Tagen dann auch den Hinweis auf Schnabels Hochlandsaufsatz und die Speyerer Rede⁸ erhalten. Dadurch, daß Erwin Hölzle mir einen Sonderdruck seines Essays aus der „Zeitschrift für Geschichtsunterricht“ zusandte,⁹ bin ich auch auf Ihre Kontroverse¹⁰ aufmerksam geworden, die ich mit lebhaftem Interesse las, umso mehr, als ich vor Jahren einmal mich auch mit Constantin Frantz¹¹ in einem Aufsatz befaßte.¹² Eine Arbeit, die freilich wie ein großer Stoß von Essays untergegangen ist und von mir nur sehr schwer in der „Frankfurter Zeitung“ wieder aufgefunden werden kann, da ich ja nach dem Schreibverbot¹³ nicht mehr mit meinem Namen signierte.

Vielleicht darf ich, der Sie ja nun in dem Bereich der neueren Bismarck-Literatur viel mehr Bescheid wissen als ich, Ihnen – wenn mir der Essay geglückt ist – einfach die Sache einmal zur kritischen Durchsicht vorlegen. Ich weiß noch nicht recht, wie ich die Geschichte anpacken werde, denn solch eine Einleitung zu einer Volks-Ausgabe¹⁴ kann ja nicht in eine philologisch-historische Kontroverse eingehen.¹⁵

⁶ Ein derartiges Schreiben von Jaspert an Heuss ließ sich nicht ermitteln.

⁷ ERICH EYCK: Bismarck. Leben und Werk, 3 Bde., Erlenbach-Zürich 1941–1944.

⁸ FRANZ SCHNABEL: Das Problem Bismarck, in: Hochland 42 (Oktober 1949), S. 1–27, wiederabgedruckt in: L. GALL, Bismarck-Problem, S. 97–118. Schnabel hatte anlässlich der dritten deutsch-französischen Historikergespräche in Speyer (17.–20. 10. 1949) einen Vortrag zum Thema „Bismarck und die Nationen“ gehalten, abgedruckt in: EUROPA UND DER NATIONALISMUS, S. 91–106.

⁹ ERWIN HÖLZLE: Die Reichsgründung und der Aufstieg der Weltmächte, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 2 (1951), H. 1, S. 132–147.

¹⁰ Es handelt sich um die Auseinandersetzung Ritters mit den kritischen Deutungen der Bismarckschen Reichseinigungs- und Außenpolitik durch Schnabel und Eyck; vgl. GERHARD RITTER: Das Bismarckproblem, in: Merkur 4 (1950), S. 657–676, wieder abgedruckt in: L. GALL, Bismarck-Problem, S. 119–137.

¹¹ In der Vorlage: „Konstantin Franz“.

¹² Heuss hatte 1921 das Buch von Frantz „Deutschland und der Föderalismus“ besprochen, in: Deutsche Nation 6 (1921), H. 25, S. 599f.

¹³ Seit 1942 konnte Heuss in der „Frankfurter Zeitung“ nur noch unter Pseudonym („Thomas Brackheim“) oder mit seinem Kürzel „r.s.“ publizieren; vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 367–370.

¹⁴ „Volks“ am linken Rand hs. nachgetragen.

¹⁵ An Erich Stückrath schrieb Heuss am 25. 8. 1952: „Es ist mir selber deutlich genug, daß noch manche Motive hätten herausgeholt werden können, vielleicht auch müssen.“ Außerdem „hätten noch gewisse Kontroversen behandelt werden dürfen.“ Der Essay habe „im allgemeinen nur wohlwollend-oberflächliche Bemerkungen hervorgerufen“; N 1221, 305.

In Ihrem Essay machen Sie aber nun die Anmerkung, daß die deutschen Publizisten bislang noch nicht die innere Freiheit gewonnen hätten, in dem Streit um das Bismarck-Bild einzugreifen. Das veranlaßt mich, Ihnen doch das Stenogramm einer Rede vor Studenten in Tübingen zuzusenden, die ich im Mai 1946 gehalten habe. Sie ist damals gleich gedruckt worden. Der Verleger hat vor einigen Monaten nun einen unveränderten Neudruck herausgehen lassen.¹⁶ Der Charakter der Rede ergibt sich aus dem Anlaß: Sie wurde in der Tübinger Aula gehalten. Ich will Ihnen nun gewiß nicht zumuten, diese Rede zu lesen, denn Sie werden aus ihr nichts Neues lernen (und ich denke, Sie machen es ähnlich wie ich, daß Sie nur in der Hauptsache Dinge lesen, bei denen man erwarten kann, etwas zu lernen), aber auf der Seite 16 – 20 ist dann doch eine Auseinandersetzung mit der Darstellung von Bismarcks Werk und Persönlichkeit gegeben, von der ich annehme, daß sie für Sie nicht ohne Interesse sein mag. Die Schlußstücke der Rede sind heute bereits in diesem Sinn verjährt.

Ich hoffe, daß bald die Schrift über die Hitlergespräche vorliegt, von der Sie uns vor ein paar Wochen hier erzählt haben,¹⁷ und denke, ich werde Zeit finden, sie zu lesen.

Mit guten Grüßen
Ihr

Theodor Heuss¹⁸

Nr. 71

An Dr. Alfred Wiener, London W 1

22. April 1951

BArch N 1221, 216: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/vK) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Katalog der Wiener Library; Beurteilung des Nationalsozialismus; Naumann-Portrait von Max Liebermann

¹⁶ THEODOR HEUSS: Die deutsche Nationalidee im Wandel der Geschichte, Stuttgart 1946, ²1950.

¹⁷ HENRY PICKER: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942, geordnet, eingeleitet und veröffentlicht von Gerhard Ritter, Bonn 1951.

¹⁸ Ritter teilte Heuss am 19. 4. 1951 mit, es sei ihm ein „Vergnügen“, das Manuskript von Heuss durchzusehen. Nach der Lektüre des Manuskriptes schrieb Ritter am 15. 6. 1951 an Heuss, dessen Bismarck-Essay zeige ein politisches Urteil von reifer Abgewogenheit und befinde sich auf der „Höhe der derzeitigen sogen. Forschung“. Ritter gestand aber auch ein, er „finde den Text etwas schwer zu lesen“, da er an einer „gewissen Überladung mancher Sätze“ leide; beide Briefe in: BArch, N 1166, 337; vgl. auch Nr. 78.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 296: ms. Schreiben, Durchschlag; Teilabdruck: E. PIKART, Theodor Heuss, S. 158.

Sehr geehrter Herr Dr. Wiener,

freundlichen Dank für die Übersendung Ihres interessanten Katalogs und des Bulletins.²

In dem Katalog, den ich natürlich nicht ganz systematisch durchgegangen bin,³ fehlt vielleicht das eine oder andere Stück über das glänzend gemachte Pamphlet des heute in der SED aktiven Ernst Niekisch „Hitler, ein deutsches Verhängnis“.⁴

Es ist sehr nett, was Sie mir über mein Hitler-Buch⁵ sagen. Ich selber würde es heute nicht mehr ganz so positiv bewerten, weil unsere an sich wohlbürgerliche Erziehung uns nicht befähigt, mit der Phantasie so viel sinnlose und dumme Brutalität geschichtlich für möglich zu halten.

Von Friedrich Naumann, über den Sie so dankbar sprechen, hängt die große Steinzeichnung, die Max Liebermann von ihm gemacht hat, als einziges Portrait in meinem Arbeitszimmer.⁶ Ich weiß nicht, ob Ihnen einmal die große über 700 Seiten starke Biographie begegnet ist, die ich über ihn geschrieben habe.⁷

Mit freundlichem Dank für Ihre Zeilen
Ihr ergebener

Theodor Heuss

² Ein entsprechendes Schreiben des Direktors der Wiener Library, Alfred Wiener, ließ sich nicht ermitteln. Die Wiener Library ist eine Bibliothek und Forschungseinrichtung, die u. a. Material über die Vernichtung der europäischen Juden durch den Nationalsozialismus sammelt. Sie wurde 1933 in Amsterdam gegründet und 1939 nach London verlegt. 1946–1983 gab sie ein alle zwei Monate erscheinendes Bulletin heraus; vgl. B. BARKOW, Alfred Wiener.

³ In der Vorlage: „habe“.

⁴ ERNST NIEKISCH: Hitler – ein deutsches Verhängnis. Zeichnungen von Paul A. Weber, Berlin 1932. Der Nationalbolschewist und Gegner Hitlers, der 1939 vom Volksgerichtshof zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden war, trat nach dem Krieg der SED bei, aus der er 1955 wieder austrat; vgl. M. PITTWALD, Ernst Niekisch; B. RÄTSCH-LANGEJÜRGEN, Prinzip Widerstand.

⁵ THEODOR HEUSS: Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1932; zur Entstehung und Wirkung des Buches vgl. E. JÄCKEL, Einleitung; vgl. auch Nr. 152.

⁶ Überliefert ist von Max Liebermann eine Studie zum Bildnis von Friedrich Naumann, Öl auf Malpappe (vermutlich 1909). Sie befindet sich im Eigentum der Staatsgalerie Stuttgart und als Leihgabe im Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart.

⁷ TH. HEUSS, Friedrich Naumann.

Nr. 72

An die Chefredaktion der „Hessischen Nachrichten“, Kassel

5. Mai 1951

BArch, N 1221, 588: ms. Schreiben, Abschrift, von Heuss ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Kritik an dem Zeitungsartikel „Der isolierte Bundespräsident“

Sehr geehrte Redaktion,

Sie haben vor einigen Tagen durch Herrn Gerd Zepter Ihren Lesern die Mitteilung zugehen lassen, daß und auf welche Weise und durch welche Persönlichkeiten der Bundespräsident isoliert werde – dadurch habe auch ich von diesem gewiß beklagenswerten Tatbestand erfahren.²

Es scheint mir erlaubt, ja notwendig, zu diesen Darlegungen einige Anmerkungen zu machen. Und zwar nicht meinethalben. Der Verfasser ist geneigt, mit mir und meinem, wie er wohl annimmt, kontinuierlichen „Gewissenskonflikt“ Mitleid zu haben. Das mag auf sich beruhen. Ich will mich auch nicht darüber auslassen, daß er vermißt hat, daß der Bundespräsident bei der und der und der Streitfrage nicht eingegriffen habe – woher weiß er, daß dies nicht geschah? Er kann sich Politik offenbar nur im lauten Agieren vorstellen und ermangelt ein wenig des Gefühls, daß ein menschliches Vertrauensverhältnis des Beratens zu den verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Gruppen möglich und auch fruchtbar

¹ Von der Registratur hs. Vermerk: „Hessische Nachrichten (Kassel), Wiesbadener Kurier, ‚Der isolierte Bundespräsident‘“. Dem Brief war ein Anschreiben von Bott beigelegt, in dem er im Auftrag von Heuss den Abdruck des Briefes in den „Hessischen Nachrichten“ forderte. Einen Durchschlag des Schreibens sandte Bott am selben Tag auch an die Chefredaktion des „Wiesbadener Kurier“, da diese Zeitung ebenfalls einen Artikel über die „Politische Isolierung des Bundespräsidenten“ veröffentlicht hatte; N 1221, 296.

² Mit einem unter der Überschrift „Der ‚isolierte‘ Bundespräsident“ am 4. 5. 1951 erschienenen Artikel, der vom „Wiesbadener Kurier“ gleichfalls veröffentlicht wurde, hatten die „Hessischen Nachrichten“, wie es in einem Vorspann hieß, auf eine Klärung der Aufgaben des Bundespräsidenten hinwirken wollen. In dem Artikel selber wurde kritisiert, dass von Heuss keine Erklärung zu innenpolitischen Fragen (Generalstreik wegen des Mitbestimmungsrechts, Lohn- und Preisfrage) erfolgt sei. Heuss wolle zwar eingreifen, verlasse sich aber auf Berater, die ihn mit Verweis auf das Grundgesetz hindern würden. Besonders die Mitarbeiter Klaiber und Werz würden bei Gesetzen einfach erklären, diese seien „ordnungsgemäß beraten und verabschiedet“, so dass Heuss nur noch zu unterschreiben habe. Oppositionelle Politiker und Gewerkschaftler würden selten zum Bundespräsidenten vorgelassen. Außerdem werde der Bundespräsident „durch das feinmaschige Netz, das die Ministerialbürokratie um ihn gelegt hat, systematisch von einer engen Verbindung mit dem Volk getrennt.“ Es sei Aufgabe von Heuss, die Isolierung zu beseitigen, „um die Verpflichtung einzulösen, die er mit der Übernahme seines Amtes eingegangen ist“; N 1221, 588; vgl. dazu ausführlich E. PIKART, Theodor Heuss und Konrad Adenauer, S. 84–90.

ist, ohne daß es in seinen Einzelzügen plakatiert wird. Daß der Bundespräsident, auch wenn er persönlich sehr dezidierte Meinungen besitzt, öffentlich nicht in die stoffliche Auseinandersetzung über Angelegenheiten der Legislative eingreift, liegt nun einmal im Sinne seines Amtes als „pouvoir neutre“.³ Damit muß sich Herr Zepter abfinden, wie ich es auch tun muß.

Der Anlaß zu diesem Schreiben ist aber nicht in einem Bedürfnis begründet, politisch-staatsrechtliche Reflexionen vorzutragen, sondern die Verdächtigung, die der Aufsatz gegen einige meiner Mitarbeiter ausspricht, zurückzuweisen. Sie grenzt an das, was man Infamie zu nennen gewohnt ist. Ich spreche das in aller Schärfe aus, und zwar nicht aus einer „kavaliersmäßigen“ Anwendung, meine Mitarbeiter zu „decken“, sondern einfach, weil die Sachdarstellung des Arbeitsbetriebs im Bundespräsidialamt eine Fehldarstellung nach der anderen enthält und weil der Verfasser von der menschlichen Atmosphäre im Bundespräsidialamt offenkundig keine Ahnung besitzt. Ich weiß, da ich mich im Journalismus seit Jahrzehnten auskenne, daß es ganz attraktiv sein kann, eine „Camarilla“-Legende zu produzieren, in deren Mitte eine an sich liebenswürdige, doch vermutlich verwaltungsunkundige und darum wider das eigene Wissen dirigierbare Figur steht – ganz nett zu schreiben und in einer bedauernden Mitleidempfindung oder leichten Entrüstung zu lesen. Wer bereit ist, den Bundespräsidenten so zu sehen, mag es meinestwegen, von Herrn Zepter angeleitet, tun. Ich komme darüber weg, so gezeigt zu werden.

Aber worüber ich *nicht* einfach hier weggehe, ist dies, daß meinen engsten Mitarbeitern, die ich zum Teil seit vielen Jahren kenne, unterstellt wird, daß sie ihre Tätigkeit im Bundespräsidialamt nur sozusagen als interessantes, vielleicht auch „ehrenvolles“ Intermezzo ansehen in einer Arbeitsleistung, bei der, wie Herr Zepter sich ausdrückt, „der Kanzler der Arbeitgeber“ ist. Der Verfasser hält das gewiß für eine wirkungsvolle Pointe, sie ist eine menschliche und sachliche Unverschämtheit (von der beamtenrechtlichen Situation ganz abgesehen). Alle diese Erzählungen über die Art der Unterrichtung, über die Tendenz der Beratung, über die seltsame Vorkontrolle, wer zum Bundespräsidenten vorgelassen werde, über die Abschirmung zur „Opposition“ sind einfach erfundene Märchen – würde ich eine subalterne Statistik der Begegnungen führen, so könnte sich ergeben, daß ich mit Männern der „Opposition“ mindestens ebenso oft mich ausgesprochen habe wie mit denen der Regierungsgruppen.

Die Redaktion hat den Aufsatz einen „Diskussionsbeitrag“ genannt – man möge es mir nicht verübeln, wenn ich als „Betroffener“ in die Diskussion eingegriffen

³ Die Theorie vom Monarchen als „Pouvoir neutre“ stammte vom englischen Staatstheoretiker Benjamin Constant zu Beginn des 19. Jahrhunderts; vgl. F. WEBER, Benjamin Constant, S. 266–288.

habe. Das war ganz einfach Anstandspflicht gegenüber meinen Mitarbeitern, denen nichts weniger als innere Treulosigkeit vorgeworfen wurde.⁴

Theodor Heuss

Nr. 73

An Martin Niemöller, Wiesbaden

23. Mai 1951

Zentralarchiv der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, 62, 916: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Wiederaufrüstung und Volksbefragung

Sehr geehrter Herr D.² Niemöller,

freundlichen Dank für Ihren Brief.³

⁴ Am 9. 5. 1951 erschien in den „Hessischen Nachrichten“ dieser Brief von Heuss, den die Redaktion kommentierte. Sie wies darauf hin, dass nicht das Präsidialamt angegriffen, sondern auf „eine Unklarheit im Grundgesetz“ hingewiesen werden sollte. Die Redaktion bedauere, „daß der Bundespräsident sich in seiner Antwort zu einer Schärfe hat hinreißen lassen, zu der ihm unser Diskussionsbeitrag keine Veranlassung geben konnte“; vgl. auch Heuss an Georg August Zinn, 8. 5. 1951, in: N 1221, 588.

¹ Eingangsstempel vom 25. 5. 1951; darunter hs. Vermerk: „Vorgang beigelegt“; über der Absenderadresse hs. Vermerk: „Heuss“ mit nicht auflösbarer Paraphe vom 25. 5. 1951; neben der Adressatenadresse hs. Vermerk: „Beyer: Ich bin ein einfacher Mann und kapiere das nicht!“ Darüber hs. Vermerk: „Abschrift mit <?>“; weitere Nachweise: B 122, 627: hs. Schreiben, Entwurf und ms. Schreiben, Abschrift; N 1221, 297: ms. Schreiben, Durchschlag; BArch, N 1080, 101: ms. Schreiben, Abschrift; vgl. auch Anm. 24.

² Die Universität Göttingen hatte Niemöller den theologischen Ehrendoktor verliehen.

³ Niemöller an Heuss, 21. 5. 1951, in: B 122, 627. Im Zusammenhang mit der Ende Januar 1951 von Volkskammer und Regierung der DDR initiierten „Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages“ (vgl. Anm. 13) hatte der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Niemöller, Zweifel an der in der Presse veröffentlichten Auffassung von Heuss geäußert, dass die Mehrheit der Bevölkerung gegen eine Volksbefragung eingestellt sei: „Ich jedenfalls habe bei meinen zahlreichen Reisen, Predigten und Vorträgen ‚dem Volk aufs Maul sehen‘ können – und ich habe es getan. Und da hat sich mir – wie ich meine, eindeutig – gezeigt, daß der Wunsch nach einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung von einer erheblichen Mehrheit des deutschen Volkes, auch in West-Deutschland, geteilt wird; darunter sind alle Parteirichtungen und weltanschaulichen Schattierungen vertreten.“ Es gehe nicht an, alle Befürworter einer solchen Volksbefragung, die die Bevölkerungsmehrheit ausmachen würden, zu Kommunisten zu erklären, die bei den letzten Wahlen nur noch 4 % der Stimmen erhalten hätten. „Das heiße aber auch, die Stimme der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik zu ignorieren in einer politischen Entscheidung auf Leben und Tod, nämlich der der Remilitarisierung, von der Mr. McCloy nach Pressenachrichten mit Recht gesagt hat, sie sei an drei Bedingungen zu knüpfen: Zustimmung der Regierung, des Bundestages und des deutschen Volkes.“ Da die Bundesregierung weder etwas unternommen habe, die Zustimmung der

Darf ich der konkreten⁴ Beantwortung ein paar Bemerkungen über meine persönliche Stellung zu dem System der unmittelbaren „Volksbefragung“ voranschicken? Ich habe schon vor über dreißig Jahren, als sie in der Rechtsform der „Initiative“ und des „Referendums“ der weimarer Verfassung⁵ eingegliedert wurde, meine grundsätzlichen Bedenken dagegen ausgesprochen.⁶ Es schien mir unrichtig, der parlamentarischen Form der demokratischen Legislative, die sich als einzige Möglichkeit einer neu zu formenden Gesetzlichkeit anbot, die Konkurrenz der plebiszitären an die Seite zu stellen. Daß die Schweiz mit ihr politisch zu arbeiten verstand und versteht, ist mir natürlich bekannt; es waren gerade engere Freunde aus Süddeutschland, die die Erfahrungen der Nachbarschaft für unser Staatsleben nutzen wollten.⁷ Sie übersahen dabei zweierlei: die sehr alte Überlieferung in überschaubaren Räumen, die nicht nachmachbar ist, und die Chance der Demagogie, die mit jeder notwendiger Weise vereinfachten Fragestellung zumal vor einem verstörten Volke, wie wir es auch damals hatten, verbunden ist. Wollen Sie sich bitte der Auseinandersetzung über „Fürstenenteignung“, über „Panzerkreuzer A“⁸, über „Young-Plan“⁹ entsinnen – die eindeutige Vergrößerung des politischen Stils in unserem Vaterlande war durch diese Vorgänge mit verursacht.¹⁰

Bevölkerung zu gewinnen, noch dessen Meinung festgestellt habe, „bitte ich Sie, sehr verehrter Herr Bundespräsident, im Interesse der Wahrheit und im Interesse der deutschen Menschen Ihren ganzen Einfluß einzusetzen, damit die wirkliche Meinung des westdeutschen Volkes wenigstens festgestellt und bei der zu treffenden Entscheidung berücksichtigt wird“; B 122, 627; vgl. auch M. GRESCHAT, Protestantismus, S. 69–116.

⁴ Hs. vom Empfänger unterstrichen: „konkreten Beantwortung“ und „System der unmittelbaren Volksbefragung“ mit hs. Randnotizen des Empfängers: „fälsch. die theoret[ische] Belehrung geht an der Sache vorbei, da es sich ja nicht um eine amtliche Volksbefragung der Regierung handelt, sondern um Volksbefragung auf privater Grundlage“.

⁵ Die Weimarer Reichsverfassung sah im Art. 73, Abs. 3 einen Volksentscheid aufgrund eines Volksbegehrens vor. Das Quorum für das Volksbegehren lag bei einem Zehntel der Stimmberechtigten, für den Volksentscheid bei der Mehrheit der Stimmberechtigten; vgl. CH. GUSY, Weimarer Reichsverfassung, S. 93–96.

⁶ Schon im Herbst 1919 hatte Heuss Referendum und Volksgesetzgebung als „Erbschaften der kleinräumigen Demokratie“ bezeichnet; TH. HEUSS, Neue Demokratie, S. 50; vgl. auch O. JUNG, Grundgesetz, S. 290.

⁷ Gemeint ist Conrad Haußmann von der DDP, der 1919 Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung war.

⁸ In der Vorlage fälschlich „B“.

⁹ In der Vorlage: „Yong-Plan“.

¹⁰ Das Volksbegehren gegen den Bau von Panzerkreuzern 1928 verfehlte das Quorum von einem Zehntel der Stimmberechtigten deutlich. Die zum Volksentscheid geführten Volksbegehren für die Fürstenenteignung (1926) und gegen den Young-Plan (1929), der eine Neuregelung der Reparationszahlungen vorsah, scheiterten am hohen Quorum von 50 % der Stimmberechtigten. Ungeachtet dessen führte die demagogische Propaganda gegen den Young-Plan zu einem Schulterchluss zwischen bürgerlichen Rechten und völkischen Parteien und Gruppierungen, der letztlich der Machtübernahme durch Hitler zuarbeitete. Eine entscheidende Ursache für das Scheitern der Weimarer Republik waren die Plebiszite jedoch nicht; vgl. CH. GUSY, Weimarer Reichsverfassung, S. 93–98; O. JUNG, Direkte Demokratie.

Als in den Beratungen des „Parlamentarischen Rates“ ein Antrag kam, auch das Grundgesetz mit diesen plebiszitären Möglichkeiten auszustatten, habe ich mich schroff dagegen ausgesprochen.¹¹ Die Kraft der Einwände war in einer Zeit, da die Anfälligkeit gegen das bloße Schlagwort noch größer geworden, aus sich selber gewachsen – die Rechtsform der unmittelbaren Volksabstimmung blieb (und hier hat sie einen anderen Sinn) auf die Frage der sog. „Neugliederung“ begrenzt.¹²

Das trage ich Ihnen vor, um Sie auf die Komplexität der Dinge hinzuweisen; die Berufung auf die Rechtsordnung des Grundgesetzes genügt mir nicht. Denn diese könnten Sie als ein Ausweichen verstehen oder mißverstehen. Ich bin froh darüber, um des Volkes willen und der gewiß schwierigen *seelischen* Strukturierung seiner politischen Ordnung, daß die Arena für ad hoc-Demagogien – denn darauf muß die Sache in einem weithin entgliederten Volkskörper hinauslaufen – verschlossen ist. Halten Sie mich deshalb für einen mangelhaften Demokraten! Es gibt kein eindeutiges Musterbuch für Demokratie. Diejenigen großen Staaten, die von vielen Deutschen, gewiß von den meisten ihrer Bürger für die geschichtlichen, für die klassischen Herbergen der demokratischen Willensbildung gehalten werden, kennen das System *solcher* Volksbefragungen institutionell überhaupt nicht.

Doch Ihr Brief ist ja nicht an einen Theoretiker oder einen Historiker gerichtet, sondern an den Bundespräsidenten, dessen Meinung Sie berichtigen möchten, daß das Verbot der „Volksbefragung über Remilitarisierung und Frieden“¹³ die „Zustimmung der breiten Bevölkerung gefunden“ habe. Sie berufen sich auf das, was Sie als Echo Ihrer Vorträge gespürt haben. Meine Formulierung ruht auf einem ganz einfachen statistischen Tatbestand: Die Kommunistische Partei hatte, von ihr aus begreiflich, das tragische Ost-West-Problem zur Mitte ihrer Propaganda gemacht, die Bundesregierung als „militaristisch“, als Verhinderer einer Befriedigung und einer nationalen Einigung dargestellt, sich selber als den

¹¹ Vgl. Nr. 63, Anm. 8.

¹² Art. 29 GG sieht vor, dass Bundesgesetze zur Neugliederung des Bundesgebietes des Volksscheides bedürfen.

¹³ Die Volksbefragungsbewegung war zum Teil aus der „Ohne-mich-Bewegung“ hervorgegangen, die sich seit 1950 gegen die westdeutschen Aufrüstungsbestrebungen wandte, aber ohne klare politische Zielsetzung und Stoßkraft diffus blieb. Unterstützt von KPD und SED, initiierte das Westdeutsche Friedenskomitee im Frühjahr 1951 eine „Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für einen Friedensschluss“, deren Durchführung per Erlass des Bundesinnenministers am 24. 4. 1951 verboten wurde, weil sie die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik untergrabe. Dennoch konnten bis März 1952 etwa 4 bis 5 Millionen Unterschriften gesammelt werden. Parallel dazu fand in der DDR im Juni 1951 eine Volksbefragung über die Remilitarisierung in der Bundesrepublik statt; vgl. B. VIERNEISEL, Volksbefragung; MILITÄRGESCHICHTLICHES FORSCHUNGSAMT, Anfänge, Bd. 2, S. 495–505.

Garanten von Einheit und Frieden beschrieben¹⁴ – die „breite Bevölkerung“ hat die¹⁵ These nicht angenommen.

Vielleicht darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß der *wesentliche* Satz meiner Erklärung zu dem „Appell“ des Herrn Pieck¹⁶ so lautet: „Die Zweckmäßigkeit einer politischen Entscheidung, die der Sicherung der staatlichen Ordnung und der sozialen Ruhe dient, wird nicht der Beurteilung dessen¹⁷ unterstellt, der sie bedroht, gleichviel welcher Techniken er sich dabei bedient, sondern den Geboten einer friedlichen Lebensnotwendigkeit.“¹⁸

Dessen möchte ich mich aufgrund unserer langjährigen Bekanntschaft versichert wissen, daß Sie mich nicht für so primitiv halten, daß ich¹⁹ in jedem, der für die „Volksbefragung“ Sympathie besitzt und für solche politischen Methoden eintritt, einen „Kommunisten“ sehe. Aber, verehrter D. Niemöller, spüren Sie nicht die Fatalität dieser ganzen Fragestellung, die darauf hinausläuft, so zu tun, als ob diejenigen, die ablehnen, einer parteipolitisch aufgezogenen Aktion „für den Frieden“

¹⁴ Seit Herbst 1950 hatten die Regierung der DDR und vor allem dann Grotewohl am 30. 11. 1950 mit einem Brief an Adenauer die Forderung nach gesamtdeutschen Gesprächen zur Bildung eines gesamtdeutschen Rates erhoben, der die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vorbereiten sollte; erst am Ende dieses Prozesses sollten Wahlen stehen. Dem stellte Adenauer die Forderung nach vorangehenden gesamtdeutschen Wahlen unter alliierter Kontrolle und nach politischen Freiheiten für die DDR-Bevölkerung entgegen. Durch öffentliche Kampagnen, welche an die wachsende westdeutsche Ablehnung der Wiederbewaffnung appellierten, wollte die DDR-Führung die Bundesregierung unter Druck setzen, um auf diesem Wege gesamtdeutsche Gespräche zu erzwingen und die forcierte Westintegration zu verhindern; vgl. W. WENTKER, Außenpolitik, S. 88–91; Nr. 46.

¹⁵ Hs. vom Empfänger unterstrichen: „die These“ mit hs. Randnotiz: „nicht als die der Ablehnung der Remilitarisierung.“

¹⁶ Wilhelm Pieck hatte sich in einer Rundfunkansprache vom 15. 5. 1951 an die „lieben Landsleute in Ost und West unseres Vaterlandes“ für die Durchführung der „Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag“ ausgesprochen (vgl. Anm. 13). Dabei appellierte er direkt an Heuss, den er an dessen Amtseid erinnerte, „den Schaden der Remilitarisierung von unserem Volke abzuwenden“, das Verbot der Volksbefragung in der Bundesrepublik zurückzunehmen und eine freie Volksbefragung zu garantieren sowie die Vorbereitung eines Angriffskrieges durch die Regierung Adenauer zu verhindern. Diese Rede samt dem Appell an Heuss wurde am 16. 5. 1951 im „Neuen Deutschland“ veröffentlicht; Abdruck auch in: W. PIECK, Reden, Bd. 3, S. 112–118, hier S. 114f.

¹⁷ Hs. vom Empfänger unterstrichen: „dessen“ mit hs. Randnotiz: „Soll ja nicht der Beurteilung Piecks, sondern des westdeutschen Volkes unterstellt werden.“

¹⁸ Es handelt sich um den Satzsatz der Erklärung von Heuss vom 16. 5. 1951. Vorher hieß es: „Ein persönlicher ‚Appell‘ des Herrn Pieck, wenn man das Wort gebrauchen will, schien so oder so seit geraumer Zeit fällig zu sein. – Der Beschluß der Bundesregierung, die Durchführung der sogenannten ‚Volksbefragung‘ im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu untersagen, hat die Zustimmung einer überwältigenden Mehrheit des Bundestages, aller Bundesländer und der breiten Bevölkerung gefunden. Ich selber habe mich dieser Haltung angeschlossen. – Ich bedarf keiner Ermahnung zur Erfüllung meiner Amtspflicht.“ B 122, 2225.

¹⁹ Hs. vom Empfänger unterstrichen: „ich“ mit hs. Randnotiz: „‚ich‘ ja, aber die Propaganda der Bundesregierung will das Volk zu dieser Einsicht zwingen.“

ihre Stimme zu geben, damit „für den Krieg“ votierten? Das ist doch heller Wahnsinn. Aber die Plumpheit²⁰ der politischen Aktion bedient sich solcher Suggestionen, aus denen sich Anklagen entwickeln sollen.

Daß Sie sich auf eine Äußerung des Mr. McCloy beziehen, finde ich, verzeihen Sie, etwas ungeschickt. Nehmen Sie diese als eine „Anweisung“, als ein Plädoyer für „Volksbefragung“²¹ Ich würde das an Ihrer Stelle bei dem Spiel der Argumente weggelassen haben.

Dieser Brief ist ziemlich lang geworden, und er²² könnte Sie sachlich nicht befriedigen, vermutlich auch nicht überzeugen. Doch hielt ich mich Ihrer Persönlichkeit gegenüber verpflichtet, die Controverse der Anschauung nicht mit ein paar Sätzen abzutun. Ich glaube aber, wir müssen alle versuchen, in einem nüchternen Realismus der Versklavung durch Formeln wie „Remilitarisierung“²³, wie „Neutralisierung“ u. s. f. uns zu entziehen. Dinge, die uns noch gestern in ihrem Gewicht eine Selbstverständlichkeit waren, können heute entwertet sein – das ist dann von mancher Resignation begleitet. Ich will darüber nicht breiter handeln.

Es²⁴ ist aber meine ernste Überzeugung, daß Aktionen von solcher Art wie diese, für die Sie meine Stütze erbitten, weder der inneren noch der äußeren Befriedigung dienlich sind – sie sind eine Form der Selbsttäuschung über die hintergründige seelische und sachliche Machtlage der Weltstunde.²⁵

Mit freundlicher Empfehlung

Ihr

Theodor Heuss

²⁰ Hs. vom Empfänger unterstrichen: „Plumpheit“ mit hs. Randnotiz: „der Bundesregierung.“

²¹ Hs. Randnotiz vom Empfänger: „Nein, aber als eine Erkenntnis *selbst* McCloy's, daß man hier nicht *ohne* das Volk entscheiden kann.“

²² Hs. vom Empfänger unterstrichen: „er konnte Sie ... auch nicht überzeugen“ mit hs. Randnotiz: „Also ist der Brief nur <?> Alibi.“

²³ Hs. vom Empfänger unterstrichen: „Remilitarisierung“, „Neutralisierung“ mit hs. Randnotiz: „Das sind doch ganz nüchterne Begriffe der Politik und des Völkerrechtes.“

²⁴ Hs. vom Empfänger am linken Rand Fragezeichen eingefügt.

²⁵ Heuss ließ mit der Kennzeichnung „persönlich“ den Briefwechsel mit einem von ihm diktierten und von Klaiber gez. Schreiben vom 26. 5. 1951 an eine Reihe von Persönlichkeiten aus Kirche und Politik gehen (u. a. an die Bischöfe Otto Dibelius, Martin Haug, Johannes Lilje und Theophil Wurm, an Helmut Thieliicke, Eberhard Müller, Bundesinnenminister Robert Lehr, Bundestagspräsident Hermann Ehlers, Carlo Schmid, Eugen Gerstenmaier, Heinrich Hellwege, Reinhold Maier und an Gustav Heinemann); B 122, 627. Nachdem der Briefwechsel von Niemöller veröffentlicht worden war, stellte Heuss ihn am 13. 6. 1951 dem FDP-Abgeordneten Ernst Mayer für die Zeitschrift „Das Neue Vaterland“ zur Verfügung; B 122, 627. Niemöller erklärte am 16. 6. 1951, dass die Presseagentur Reuter nach Anfragen und mit der Behauptung, das Bundespräsidialamt erhebe keine Einwendungen gegen eine Publizierung, von ihm die Schreiben erhalten habe; B 122, 627; vgl. auch Heuss an Niemöller, 17. 3. 1959, in: B 122, 627.

Nr. 74

An Fritz Sänger, Hamburg

26. Mai 1951

BArch, B 122, 604: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Kritik an aufdringlichen Pressefotografen

Sehr verehrter Herr Sänger!

Herr Ministerialrat Bott hat mir Ihren Brief vom 22. Mai vorgetragen, in dem Sie sich zum Sprecher einiger besorgter Pressephotographen machen.² Die Verursachung ist mir selber eigentlich nicht recht deutlich, wenn es sich nicht darum handelt, daß bei meinem Besuch der Konditoren-Ausstellung in Stuttgart³ ein Pressephotograph von dem mich begleitenden Polizeioberinspektor etwas eindringlich aufgefordert wurde, mich jetzt in Frieden zu lassen – ich hatte diesem vorher gesagt, bei dem Kaffeetisch möchte ich aber jetzt Ruhe haben.

Es ist ja nun natürlich nicht ganz leicht, einen Verfahrenskatalog zu machen, da die Situationen ewig wechselnd sind. Ich bin ja nun auf der einen Seite mit der stillen Resignation belehrt, daß das Photographieren eine passive Berufsfunktion von mir ist, und ich bin auf der anderen Seite ja doch noch immer genug alter Journalist, um den Pressephotographen in ihrem Beruf entgegenzukommen, auch wenn ich persönlich den allergeringsten Wert darauf lege, mich dauernd in den Zeitungen wiederzufinden.

Wenn ich bestimmte Meinungen und Wünsche habe, die Sie in der Ihnen geeignet erscheinenden Form den Berufskollegen beibringen können, so sind es die:

Erstens: Ich lege Wert darauf und habe es auch bis jetzt erreicht, daß ich nicht photographiert werde, wenn ich mit irgendjemanden, was ja unvermeidlich ist, ein Glas Wein trinke oder einen Kirsch. Ich will nicht haben, daß es dann heißt: „Sie saufen wieder.“

Zweitens: Ich bin geneigt abzuwehren, wenn mir irgend ein Kind, was ja auch oft vorkommt, einen Strauß überreicht. Dabei gibt es sehr nette Situationen,⁴

¹ Verfügungen: „Vor Abgang Herrn Min.Dir. Dr. Klaiber – Herrn Min.Rat Bott zur gefll[issentlichen] Kenntnisnahme“; Paraphen von Bott und Klaiber; weiterer Nachweis: N 1221, 297: ms Schreiben, Durchschlag.

² Sänger, Chefredakteur der Deutschen Presseagentur, wollte Heuss dazu bewegen, Anregungen zu geben, um künftig die Interessen des Bundespräsidenten wie auch der Bildjournalisten berücksichtigen zu können; B 122, 604.

³ Laut Redenkalender hielt sich Heuss am 17. 5. 1951 in Stuttgart auf; N 1221, 684.

⁴ So hatte Heuss am 20. 1. 1950 seiner Frau von einer Schleswig-Holstein-Reise berichtet: „Gestern abend übrigens, vor der Abfahrt, war ein Mädchen von 9 Jahren mit einem großen Strauß am Bahnhof, um mir zu erzählen, daß seine Ururgromutter die Schwester von – nun wußte es nicht

aber es gab einmal ein großes kitschiges Buch: Hitler, wie ihn keiner kennt,⁵ und diese Versentimentalisierung schreckt mich. Ich habe mich deshalb auch nie mit meinem Hund photographieren lassen und verhindert, daß ein sehr husches Bild mit meinem heimgegangenen Schäferhund,⁶ das einer einmal aufgetrieben hatte, veröffentlicht wird.⁷

Drittens: Ich will nicht beim Reden selber photographiert werden. Und dies aus zwei Gründen. Da ich nach Notizen frei spreche, will ich den Storungseffekt beim Blitzlicht nicht haben. Ich rede abends und bei geschlossenen Räumen überhaupt nur, wenn ich die Garantie habe, daß ich nicht angestrahlt werde, denn ich will meine Zuhörer sehen. Und das Zweite, was vor allem bei der Stuttgarter Gartenschau⁸ im vergangenen Jahr so lästig gewesen ist. Ich will, wenn ich rede, die Aufmerksamkeit der Hörer auf meine Rede lenken und nicht haben, daß die Manovrierungen vor dem Rednerpult, die in allen ausdenkbaren Verrenkungen sich vollziehen, in die ungeduldige Neugierkonkurrenz bei den Zuhörern treten. Wenn einer zwischendurch einen Schnappschuß beim Reden fertigkriegt, habe ich nichts dagegen, aber die gehäufte Apparatur des Drum und Dran mit dem Gehen und Knien und Blitzen ist mir einfach für die geschlossene, wenn Sie so wollen, künstlerische Gestaltung der Rede schwer erträglich.

Ich bin mir im übrigen bewußt, gerade auch im Denken an die beruflichen Pflichten, den Pressephotographen immer mit großer Geduld entgegengekommen zu sein.⁹

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Th. Heuss

mehr was – sei. Die Mutter wurde dann herangeholt und es stellte sich heraus, daß es sich um eine Schwester meines väterlichen Großvaters handelte, was nach der Namensuberprufung auch stimmt“; N 1221, 291.

⁵ HEINRICH HOFFMANN (Hg.): Hitler wie ihn keiner kennt. 100 Bilddokumente aus dem Leben des Fühlers. Geleitwort und Unterschriften Baldur von Schirach, Berlin 1933. Hoffmann war Hitlers Leibfotograf.

⁶ Vgl. auch Nr. 178.

⁷ Heuss hatte am 27. 11. 1952 gegenüber Elly Petersen eine Aufnahme von sich mit einem Hund abgelehnt, auch wenn es eine Fotografie mit einem inzwischen gestorbenen Schäferhund gegeben habe. Zur Begründung hatte er erklärt: „[...] das in Deutschland seinerzeit massenmäßig verbreitete Buch ‚Hitler, wie ihn keiner kennt‘ hat Hitler schon auf dem Umschlag mit einem Schäferhund gezeigt und innen dann noch ein paar Male mit Hunden. Es ist mein Bemuhen, was ich Sie zu verstehen bitte, vor den Deutschen nicht in einer Hitler irgendwie verwandten Gestik zu erscheinen“; N 1221, 291. Heuss hatte bis 1941 einen Schäferhund namens Rex besessen; vgl. Heuss an Ernst Ludwig Heuss, 20. 4. 1934; Heuss an Heuss-Knapp, 1. 5. 1941, beide in: TH. HEUSS, Defensive, S. 236, 419; vgl. auch Nr. 207.

⁸ Vgl. Nr. 25, Anm. 12.

⁹ Vgl. auch Nr. 140.

PS (handschriftlich)

Nachtrag neuester Erfahrung: Als ich gestern Nacht ½12 Uhr im Regen die naglatten Stufen des Wiesbadener Theaters zu meinem Wagen herunterging, vorsichtig die ungleichen mit den Füßen abtastend, ließ wieder einer das Blitzlicht aufflammen. *Den* habe ich dann keinen Herren genannt.¹⁰

Nr. 75

An Fritz Sänger, Hamburg

29. Mai 1951

BArch, N 1221, 297: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Meldung der Deutschen Presseagentur mit unzutreffendem Redezitat

Lieber Herr Sänger!

Nun will ich Ihnen mit einem zweiten Schreiben,² ohne mich zu beklagen, meine innere Beschwernis wegen einer Sache der dpa mitteilen.³

Ich habe in meiner Stuttgarter Rede vor den Lehrern,⁴ indem ich die pädagogische Atmosphäre von sonstiger Amtsatmosphare absetzte, pointiert gesagt: „Ein Finanzrat darf verdrossen sein, aber nicht ein Studienrat.“ (Der eine hat mit unfrohen Akten zu tun, der andere mit jungen Menschen, die er froh machen soll.)

Daraus hat nun, wie ich feststellen ließ, offenbar gerade die dpa-Berichterstattung „vertrottelt“ gemacht. Einige Zeitungen waren so geistreich, daraus sogar

¹⁰ Auf die Mitteilung von Bott am 4. 6. 1951, dass Heuss „von Dutzenden von Fotografen belagert“ und die Polizei schließlich „energisch und dann auch mit Recht durchgegriffen“ habe, „wenn die Leute zu unverfroren und taktlos waren“, antwortete Sänger am 19. 6. 1951, er habe dem Deutschen Journalistenverband die Schreiben von Heuss und Bott mit der Bitte zugeleitet, sie grundsätzlich zu diskutieren. Er hoffe auf eine vernunftige Lösung; B 122, 604.

¹ Verfügung: „Herrn Min.Dir. Dr. Klaiber – Herrn Min.Rat Bott – Herrn Raederscheidt – zur gefl[issentlichen] Kenntnisnahme“.

² Vgl. Nr. 74.

³ Heuss hatte bereits in einem von ihm diktierten und vom Pressereferenten des Bundespräsidialamtes Raederscheidt gez. Schreiben vom 21. 5. 1951 an die Deutsche Presseagentur die Berichterstattung zu der Rede in Stuttgart „etwas fahrlassig“ genannt und seine Verwunderung ausgedrückt, „daß eine im Gesamtduktus der Rede völlig unerhebliche Nebenbemerkung in der Berichterstattung akzentuiert, ja zum Teil herausgehoben wurde. Die Wirkung dieser falschen Berichterstattung ist hier in Zuschriften und Rückfragen schon spürbar.“ Die Deutsche Presseagentur wurde um gelegentliche Berichtigung gebeten, „ohne daraus eine wichtige Sache zu machen“. Dabei solle darauf geachtet werden, „daß keine falschen Pointen gebracht werden“; N 1221, 297.

⁴ Gemeint ist die Eröffnungsrede „Kräfte und Grenzen einer Kulturpolitik“ vom 17. 5. 1951 vor dem Deutschen Kongress der Lehrer und Erzieher; B 122, 218, abgedruckt in: TH. HEUSS, Reden. Humanist, S. 131–165.

headlines zu machen. Ich bin ja nun – wie jeder – schutzlos dagegen, wenn mich die Berichterstatter für noch dümmer halten, als ich tatsächlich bin. Aber für so dumm, daß ich derlei sage, sollten sie mich eigentlich doch nicht halten.

Die Folge mußte sein eine ganze Anzahl entrüsteter, verletzter, gekränkter Zuschriften aus dem Ressort der Finanzbeamten, die wir nun zu beruhigen suchen.⁵

Wer die Rede im Radio gehört hatte, war gegen diese falsche Darstellung immun, jeder hatte gehört – was ja auch ganz sinnvoll war –, auf was es mir ankam. Ich überlasse es Ihnen, ob Sie Ihren Berichterstatter „beim Ohrläppchen“ nehmen wollen und ihm eine größere Achtsamkeit und einen größeren und präziseren Verstand empfehlen wollen. Aber nachdem ich Ihnen wegen der Pressephotographen schreiben mußte,⁶ wollte ich doch auch dieses mein Leid Ihnen auf die Seele legen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Th. Heuss

Nr. 76

An Prof. Dr. Hans-Joachim Schoeps, Erlangen

18. Juni 1951

BArch, B 122, 2064: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Jr) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Kritik an der Form des Offenen Briefes; Haltung gegenüber dem Schicksal Deutscher jüdischen Glaubens; Fall Philipp Auerbach

Sehr geehrter Herr Professor,

daß Sie einen Brief an mich gerichtet haben, der technisch die Doppelform eines persönlichen und eines „offenen Briefes“ annahm, habe ich zunächst durch die Presse erfahren – ein paar Stunden später wurde mir Ihr Schreiben vorgelegt.²

⁵ Bott schrieb an den Verein der Finanzbeamten in Bayern am 8. 6. 1951, in den vergangenen zwei Wochen habe es „eine grotesk große Korrespondenz gegeben, an der sich Präsidenten von Oberfinanzämtern und Vereinigungen und einzelne beteiligt haben“. Der Bundespräsident bedauere, dass man ihn „für so dumm halte“, den Satz gesagt zu haben. „Er ist sich gar nicht bewußt, wie er zu solcher Einschätzung den Anlaß gegeben hat“; N 1221, 297. Heuss ließ den Briefwechsel mit den bayerischen Finanzbeamten dem Bundesfinanzminister Fritz Schäffer zuleiten mit der Bemerkung: „vielleicht macht es Ihnen Spaß“; Heuss an Schäffer, 8. 6. 1951, in: N 1221, 297.

⁶ Vgl. Nr. 74.

¹ Az.: I/12/40; ein nicht verwendeter Entwurf von Werz in: B 122, 2064.

² Schoeps hatte am 11. 6. 1951 Klage über die wieder erwachte Judenfeindschaft in Deutschland geführt. Es werde behauptet, Schoeps erhalte Wiedergutmachung, nachdem er den inzwischen

Ich halte dieses Ihr Vorgehen für wenig glücklich. Der Charakter und Inhalt Ihres Schreibens war in den Verkürzungen, mit denen ja bei diesem ungesicherten Verfahren gerechnet werden muß, mir zunächst überhaupt nicht ganz klar. Diese Ungewißheit hat sich dann gelockert. Daß die Antwort sich verzögerte, müssen Sie entschuldigen – der tägliche Briefeingang geht in die Hunderte, und zudem waren gerade diese letzten Tage durch eine Reihe auswärtiger Verpflichtungen³ übermäßig besetzt.

Ich werde Ihnen nicht in einem „offenen Brief“ antworten, und Sie werden, wie ich denke, verstehen, warum ich dies nicht tue und bei dem Inhalt eines Teiles Ihres Briefes gar nicht tun kann. Es ist Ihnen wohl bekannt, daß ich zu der Frage des jüdischen Schicksals bei wiederholten Gelegenheiten öffentlich gesprochen habe. ... In zahlreichen Unterhaltungen mit Deutschen jüdischen Glaubens, mit solchen, die aus der Emigration zu Besuch hier weilten, mit solchen, die in Deutschland leben, aber auch mit Juden anderer Nation ist von mir der ganze Problemkreis oft durchgegangen worden, und ich blieb auch immer bemüht, auf diesem von Bosheit und Schuld so verwüsteten Gelände an dem Bau gangbarer Wege mitzuarbeiten.⁴ Darüber im einzelnen Fall oder für die typischen Vorgänge Ihnen eine Art von breiterer Rechenschaft abzulegen (was ich an dieser Frage getan, was ich zu jener an Anregung und Wunsch weitergeleitet habe und mit welchem Erfolg), sah ich aber nun wirklich keine Veranlassung. Sie müssen daraus nicht schließen dürfen, daß ich die Dinge nicht ernst nehme; ich nehme sie sehr ernst, und ich weiß mich gewiß mit Ihnen, dessen wissenschaftliches und publizistisches Wirken mir aus der früheren Zeit nicht fremd geblieben war, in der Beurteilung der sachlichen und seelischen Ereignisse vollkommen einig. Aber – ich habe in meinem ganzen Leben keinen Geschmack an dem gefunden, was man „offene Briefe“ nennt (und was jetzt wieder etwas in Brauch, um nicht zu sagen in Mode kommen will) –: das Verfahren der Aussprache muß einen anderen Charakter haben und die Aussprache muß auch wohl eine andere Tonlage wählen.⁵

unter dem Verdacht der Bestechung und Unterschlagung verhafteten ehemaligen bayerischen Staatskommissar Philipp Auerbach, der für Wiedergutmachung zuständig gewesen war, promoviert habe. Das Vorgehen gegen Auerbach sei nicht rechtsstaatlich. Schoeps hatte im Postskriptum darauf hingewiesen, sein Schreiben werde in der Presse veröffentlicht; B 122, 2064.

³ Heuss hatte zur Eröffnung der Ruhrfestspiele in Recklinghausen am 16. 6. 1951 und am folgenden Tag in Frankfurt a. M. vor dem Deutschen Allgemeinen Sängerbund Ansprachen gehalten; vgl. Redenkalender, in: B 122, 684.

⁴ Vgl. auch Heuss' Äußerungen gegenüber Adenauer am 24. 8. 1951, in: K. ADENAUER / TH. HEUSS, Unter vier Augen, S. 68f.

⁵ Vgl. zu Heuss' Abneigung gegenüber „Offenen Briefen“ sein Schreiben (gez. Bott) an die Interessengemeinschaft Solitude-Schillerhöhe-Hinterland, 5. 6. 1952, in: B 122, 420; Heuss an Bernt von Heiseler, 21. 10. 1953, in: N 1221, 312; Nr. 10.

Daß Ihr Name und Ihre akademische Wirksamkeit in einen für Sie verletzenden Zusammenhang mit der Angelegenheit Auerbach⁶ gebracht worden seien, habe ich erst durch Ihr Schreiben erfahren. Sie müssen mir das nachsehen, aber ein arbeitsmäßig so überlasteter Mann, wie ich es bin, ist ein schlechter Zeitungsleser. Und die Frage, die für Sie – was ich durchaus verstehe – diesen persönlich erregenden Charakter gewonnen hat, ist mir auch nicht vorgetragen worden, weil ihr offenbar nicht jenes Gewicht beigelegt wurde, wie Dinge mit verbindlichem Charakter besitzen. Aber gerade dieser Umstand, daß Sie mir Ihre Sache im Zusammenhang mit der Angelegenheit Auerbach vortrugen, macht es mir, wie Sie verstehen müssen, völlig unmöglich, jene öffentliche Stellungnahme zu beziehen, die Sie offenbar erwarten, denn die Geschichten befinden sich im Zustand der richterlichen Erhebung, sind also das, was man ein schwebendes Verfahren nennt. Auch wenn ich das Recht und wenn ich die Zeit hätte, mich durch ein Aktenstudium zu orientieren, so würde das an der pflichtmäßigen Zurückhaltung nichts ändern.

Ihr offener Brief – ich weiß nicht, in welchen Presseorganen er erschien, einen Auszug sah ich in der „Neuen Zeitung“⁷ – hat mir, das mag Sie interessieren, schon einige andere Briefe eingetragen,⁸ die mir das Mißbehagen ausdrücken, daß Ihr Brief geschrieben und daß er veröffentlicht wurde. Die Leute, die sich an mich wandten – fremde Leute –, wollten mir Ihre Besorgnis mitteilen, daß Ihr Brief gerade eine entgegengesetzte Wirkung haben müsse, als sie Ihr inneres Anliegen ist. Ich glaube und hoffe, daß das in dem befürchteten Sinn nicht der Fall sein wird, aber das Echo war doch charakteristisch.

Dieser Brief wird Sie nicht befriedigen; das ist unvermeidlich. Ich glaube, Sie versichern zu dürfen, daß ich die Motive Ihres Schreibens durchaus würdige und auch das, was an tiefer Sorge aus ihm spricht. Wir würden vermutlich in der Beurteilung dieses und jenes Vorgangs, dieser und jener Zielsetzung und Möglichkeit von Mensch zu Mensch sehr bald und sehr weitgehend eine gemeinsame Auf

⁶ Philipp Auerbach, Überlebender des Vernichtungslagers Auschwitz und des KZ Buchenwald, hatte 1946 das Amt des bayerischen Staatskommissars für die Betreuung der Opfer des Faschismus übernommen. Weil Auerbach die Wiedergutmachungsfrage in Zusammenhang mit der Entnazifizierung brachte und auch NS-Täter verfolgen wollte, überwarf er sich zunehmend mit der bayerischen Landesregierung und der amerikanischen Besatzungsmacht. Nach einer Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des späteren Instituts für Zeitgeschichte, dem Auerbach angehörte, im Bundespräsidialamt wurde er im März 1951 auf der Rückfahrt nach München verhaftet und u. a. wegen Erpressung, Untreue, Bestechung und Betrages angeklagt. Obwohl sich wesentliche Punkte der Anklage nicht aufrechterhalten ließen, verurteilte ihn das Münchener Strafgericht 1952 zu zweieinhalb Jahren Gefängnis. Kurz darauf verübte Auerbach in der Haft Selbstmord. Mit der Verurteilung eines ehemaligen jüdischen NS-Opfers, das nach 1945 Karriere machte und sich bei der Aufarbeitung der Vergangenheit exponierte, schien in der Nachkriegszeit ein Stück Entlastung der Deutschen für ihre Verbrechen einherzugehen; vgl. W. KRAUSHAAR, Auerbach-Affäre; H. LUDYGA, Philipp Auerbach, S. 105–137.

⁷ Die Neue Zeitung, Nr. 137, 14. 6. 1951.

⁸ Ließen sich nicht ermitteln.

fassung feststellen können. Aber der Weg, den Sie als Gesprächsform gewählt haben, ist nicht der richtige gewesen. Das muß ich Ihnen in aller Offenheit aussprechen dürfen.

Ihr

Th. Heuss

Nr. 77

An Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler, Bonn

19. Juni 1951

StBKAH, III/47: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“¹

Eigenmächtige Äußerungen Konrad Adenauers über die Nationalhymne

Verehrter Herr Bundeskanzler,

es tut mir aufrichtig leid, in diesem Brief eine sachliche und persönliche Beschwerde zum Ausdruck bringen zu müssen.²

Als ich in der vorigen Woche in Köln, um einen acte de présence zu machen, dem Tennisspiel um den Davis Cup³ beiwohnte, erfuhr ich in einem beiläufigen Gespräch, Sie hätten bei einem Empfang von Sportlern den Rat gegeben, bei den sportlichen Begegnungen den „3. Vers des Deutschlandliedes spielen zu lassen“. Ich habe natürlich darauf verzichtet, diese Sache nach ihrem Termin und nach ihrer Authentizität zu präzisieren, um nicht dadurch die Verschiedenheit der Auffassung zwischen uns beiden zu markieren, aber ich darf Ihnen sagen, daß ich – die Richtigkeit dieser Mitteilung vorausgesetzt – doch einigermaßen betroffen war. Ich selber hatte vor einigen Monaten bei einer Besprechung mit den Herren vom Olympischen Komitee, die durch eine Presseindiskretion verursacht war, meinen anderen Standort vorgetragen und war im ganzen einem guten Verständnis begegnet.⁴ Jetzt soll Ihre Äußerung eine innere Verwirrung verursacht haben.

Es ist ja nun so, daß es gar nicht möglich ist, den „3. Vers spielen zu lassen“, denn den gibt es als melodische Figur gar nicht. Es gibt eben nur die eine Melodie, die notwendigerweise die traditionellen Wortassoziationen weckt, von denen ich

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 297: ms. Schreiben, Durchschlag mit hs. Vermerk: „Tagesdoppel“; Druck: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 72–74.

² In einem Begleitbrief zu diesem Schreiben sandte Heuss dem Bundeskanzler am 19. 6. 1951 nach dessen Italienreise (14.–23. 6. 1951) „einen freundlichen Willkommensgruß“, um nicht „Gegensätzlichkeiten“ allein bestehen zu lassen. Zugleich bat er um eine baldige Besprechung; TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 72.

³ Am 15. 6. 1951; Deutschland gewann gegen Belgien 3:2.

⁴ Vgl. Nr. 61, Anm. 2.

bei allem Respekt vor der Geschichte die Deutschen wegbringen möchte, um sie an das Pathos der Nüchternheit, das auch seine innere Größe und Würde haben kann und wird, heranzuführen.⁵

Die heutigen Zeitungen zeigen ja nun, daß Sie in Rom bei einer Pressekonferenz zu dem Problem Stellung genommen haben. In der „Welt“ heißt es, daß Sie sich dahin äußerten, „eine Nationalhymne könne einem Volk nicht durch Beschlüsse von oben beigebracht werden, sie müsse vom Bewußtsein des ganzen Volkes getragen sein“. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ heißt es, Sie hätten zu der Frage geäußert: „Dafür sei Deutschland noch nicht genügend zur Ruhe gekommen. Er wandte sich dagegen, daß die Nationalhymne vom Staatsoberhaupt bestimmt wird.“⁶

Da ich ja auch mit Presseberichterstattungen zum Teil sehr seltsame Erfahrungen gemacht habe, kann ich offen lassen, welche Formulierung von Ihnen gewählt wurde, aber die Richtung Ihrer Äußerung ist unverkennbar. Ich stehe nicht an, Ihnen mein aufrichtiges Bedauern darüber auszusprechen, daß Sie diese mich doch immerhin überraschende Stellungnahme öffentlich eingenommen haben. Ich will diese Zeilen nicht mit staatsrechtlichen Erwägungen belasten, ich halte es aber politisch für sehr unerwünscht und für sehr überflüssig, hier eine Diskrepanz unserer Auffassungen sichtbar gemacht zu haben, was nach meiner Meinung durchaus vermeidbar war. Die Angelegenheit muß zwischen uns, wenn möglich, zu einer Klärung gebracht werden.⁷ Es handelt sich für mich in der Frage der sogenannten Nationalhymne nicht um eine Sache des rechthaberischen Eigensinns, sondern des Versuches einer politischen Erziehung und der Geduld. Es darf nicht der Zustand eintreten, daß die einen meinen, wenn man das singt, macht man dem Heuss, wenn man das andere singt, macht man dem Adenauer eine Freude. Dies aber kann die Folge Ihrer Äußerungen sein, und mein Bestreben, mit einem neuen Versuch zu beginnen, war ja gerade die Einsicht, in der mich manche Vorgänge des letzten Jahres⁸ bestärken mußten, diese ganze Geschichte dem historisch bestimmten Ressentiment der verschiedenen Färbungen zu entziehen.⁹

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

⁵ Vgl. Nr. 21.

⁶ Die Welt und Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. 6. 1951, in ihren Berichten über die Italienreise des Bundeskanzlers vom 14. bis 23. 6. 1951.

⁷ Der Inhalt des Gesprächs vom 27. 6. 1951 ließ sich nicht ermitteln.

⁸ Wahrscheinlich bezog sich Heuss darauf, dass Adenauer bei einer politischen Großveranstaltung im Berliner Titania-Palast am 18. 4. 1950 das „Deutschlandlied“ angestimmt hatte, was eine große Diskussion in der Öffentlichkeit auslöste; vgl. K. GOEBEL, Streit, S. 122. Seiner Frau hatte Heuss am 9. 5. 1950 geschrieben, er habe Adenauer bedrängt, „mit der Nationalhymne Schluß zu machen.“ FA Heuss, Basel.

⁹ Adenauer antwortete am 26. 6. 1951, er habe den Sportfunktionären das „Deutschlandlied“ zum Abspielen bei Sportveranstaltungen vorgeschlagen, da es im Ausland bekannt sei. Außerdem ver-

Nr. 78

An Reinhard Jaspert, Berlin-Wilmersdorf

27. Juni 1951

BArch, N 1221, 297: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“

*Einleitung zum Neudruck von Otto von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“;
Verzicht auf das Honorar zu Gunsten notleidender Schriftsteller*

Sehr geehrter Herr Jaspert!

Herr Ministerialrat Bott hat Ihnen kürzlich mitgeteilt,¹ daß ich die von Ihnen erbetene Einleitung für den geplanten Neudruck von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ abgeschlossen hatte.² Die Durchsicht und stilistische Überarbeitung konnte ich aber erst in den letzten Tagen zum Abschluß bringen, da ich einige Tage unterwegs sein mußte.³ Ich hatte die Arbeit auch zur Überprüfung, ob der eine oder andere sachliche Fehler sich in das Manuskript gewagt hatte, zwei befreundeten Professoren gesandt,⁴ die aber nun nichts Wesentliches zu „erinnern“ hatten.

Es mag sein, daß der Umfang des Manuskriptes Sie überrascht. Vermutlich haben Sie an etwas anderes gedacht, als Sie vor einem halben Jahr mit Ihrem Wunsch an mich herantraten. Aber ich hätte es unpassend gefunden, mit 1–2 Seiten im Stile des Herrn Horst Kohl⁵ anzutreten.

Nun ist die Arbeit ja nicht eine in die Detail-Auffassungen gehende Auseinandersetzung mit der Bismarck-Literatur der letzten Jahre geworden, wie ich mir das ursprünglich vorgestellt hatte. Das Verfahren hätte ja dann doch mehr einen wissenschaftlich umgrenzten Charakter gefordert, der zu der Einführung für einen allgemeinen Leserkreis nicht recht passen würde. Wenn Sie das Manuskript durchsehen, werden Sie spüren, daß es mir wesentlich darauf ankam, zuvorderst die jüngeren Leser darauf aufmerksam zu machen, daß die Begriffs- und Tatsachenwelt, aus der heraus das Buch entstanden ist, nun eben in einer Zeitlage steht, deren

wies er auf sinnentstellende Darstellungen in der „Welt“ und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“; vgl. TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 74.

¹ Bott an Safari-Verlag, 13. 6. 1951, in: N 1221, 297.

² THEODOR HEUSS: Das Bismarck-Bild im Wandel. Ein Versuch, in: OTTO VON BISMARCK: Gedanken und Erinnerungen. Reden und Briefe, mit einer Einführung von Theodor Heuss, hg. v. Reinhard Jaspert, Berlin 1951, S. 7–27; vgl. zur Entstehungsgeschichte des Essays Der Spiegel, Nr. 38, 19. 9. 1951, S. 5f.

³ Heuss hielt am 22. und 23. 6. 1951 in Kiel anlässlich der Eröffnung der Kieler Woche mehrere Reden und sprach am 24. 6. 1951 in Hamburg über Johann Heinrich Wichern; B 122, 219.

⁴ An Gerhard Ritter (vgl. Nr. 70) und den Kölner Historiker Peter Rassow, ein Vetter von Heuss-Knapp; Heuss an Rassow, 13. 6. 1951, in: N 1221, 297.

⁵ OTTO VON BISMARCK: Gedanken und Erinnerungen, Bd. 1 und 2, hg. v. Horst Kohl, Stuttgart 1898; das Vorwort umfasst anderthalb Seiten.



Abb. 9: Ankunft der Familie Heuss in Hohenaschau, Oberbayern, Juli 1951, v.l.n.r.: Hanne Heuss, Ernst Ludwig Heuss, Theodor Heuss, Elly Heuss-Knapp mit Barbara Heuss

Voraussetzungen von der unseren völlig verschieden sind. Ich habe diesen Gesichtspunkt mit einer gewissen Zweckhaftigkeit wiederholt sichtbar gemacht, ohne, wie ich hoffe, pedantisch geworden zu sein, weil das Geschichtsbild, das die Schule übermittelte, so mannigfaltig immer wieder übermalt worden ist. Ich möchte mit der Einleitung die Leser zum Nachdenken und zur Selbständigkeit ermuntert haben. Sie soll zugleich einen Beitrag für die Weiterführung der Bismarck-Diskussion darstellen. Meine beiden gelehrten „Rezensenten“ haben mir dann auch freundlicherweise mitgeteilt, daß verschiedene Darlegungen eine neue Motivenreihe für die Urteilsfindung aufgewiesen hätten.⁶ Ob das stimmt, mag die spätere Bewertung der Arbeit feststellen.

Ich hoffe sehr, daß die Verzögerung des Abschlusses der Arbeit Sie nicht in zu große Ungelegenheiten gebracht hat. Ich konnte aber bei meiner überaus starken Bedrängnis die Sache nicht freiweg niederschreiben, sondern mußte mir späte Nachtstunden für diesen Zweck stehlen. Damit keine weiteren Aufschübe entstehen, habe ich das Manuskript mit seinen handschriftlichen Änderungen nicht noch einmal abschreiben lassen. Es sind ja wesentlich nur Satzkürzungen erfolgt

⁶ Zu Ritters Reaktion vgl. Nr. 70, Anm. 18; eine Reaktion Rassows ließ sich nicht ermitteln.

und Fremdwörter herausgeschmissen worden. Die Satzkorrektur will ich selber lesen und bedarf dazu der Rückgabe der Druckunterlagen.

Ich bin vom 2. Juli bis 5. August in Aschau/Ob[er]b[ayern], Kurhaus Dr. Fahsel.

Wir haben über die „geschäftliche“ Seite noch nicht gesprochen. Ich habe nicht die Absicht, an dieser Arbeit, so mühevoll sie gewesen ist, etwas zu verdienen. Aber Sie erwarten ja auch nicht, daß ich Ihnen das Manuskript sozusagen schenke. Es ist eines meiner Anliegen, für die vielfach in Not geratenen deutschen Schriftsteller etwas zu tun.⁷ Zahlreiche Konferenzen haben zu diesem Zweck schon stattgefunden, und ich hoffe sehr, daß wir in nicht allzu ferner Zeit auch für die Bundesrepublik Deutschland etwas der ehemaligen Deutschen Schillerstiftung, die für die Ostzone noch besteht, Entsprechendes ins Leben rufen können. Zu deren Gunsten würde ich dann auf mein Autorenhonorar verzichten, möchte dabei freilich zunächst einmal von Ihnen erfahren, wie Sie sich die Regelung der Sache vorgestellt haben.

Es ist mir ungewiß, in welcher Ausstattung, Auflagenhöhe und Preisgestaltung Sie das Werk herausbringen wollen. Mir selber ist aus meinen eigenen Buchpublikationen jenes Verfahren am sympathischsten, das den Autor nicht global abfindet, sondern ihn anständig am Absatz beteiligt. Grundsätzlich habe ich dabei die Auffassung – was ich Ihnen nicht verschweigen will –, daß bei „frei“ gewordenen literarischen Werken eine kleine laufende Gebühr, wie das in Frankreich der Fall ist, von den Verlagen an eine Hilfskasse für Schriftsteller usf. abgeführt wird.

Dabei liegt nun freilich noch ein Sonderwunsch vor: daß Sie mir von der Arbeit eine größere Anzahl von Sonderdrucken herstellen lassen, die ich für Geschenkw Zwecke verwerten kann. Die Kosten dafür könnten ja dann von dem anfallenden Honorar im Selbstkostenanschlag abgezogen werden. Über die Gestaltung des Sonderdrucks würden wir uns dann noch verständigen. Es müßte unter dem Titel irgendwie sichtbar gemacht werden, daß es sich bei dem Essay um eine Art Vorwort für den Neudruck des Bismarck-Werkes handelt.⁸

Mit freundlichen Empfehlungen

Ihr

Th. Heuss

Anlage

⁷ Vgl. Nr. 67.

⁸ Der in Leinen gebundene Sonderdruck erschien unter dem Titel: THEODOR HEUSS: Das Bismarck-Bild im Wandel. Ein Versuch, Berlin 1951.

Nr. 79

An Prof. Dr. Friedrich Dessauer, Montreal, Kanada

29. Juni 1951

BArch, N 1221, 122: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Quantität des Posteingangs; Amtsführung des Bundespräsidenten; Zeitmangel; Begegnungen mit Freunden

Lieber Dr. Dessauer!

Schönen Dank für Ihren Brief und die freundschaftliche Gesinnung, die ich aus ihm spüren darf.²

Ich kann Ihnen nur einen Gegengruß senden, denn das Briefeschreiben, das ich früher einmal mit Behagen und Vergnügen übte, gehört zur Vergangenheit, wenn täglich ca. 300 Briefe zwar nicht auf den Tisch kommen, aber doch ins Haus, mit der Tendenz vom Bundespräsidenten gelesen und beantwortet zu werden. Da erfolgt dann aus technischen Gründen immer eine Auswahl.

Es ist furchtbar schade, daß wir uns bei ihrem Deutschlandbesuch nicht gesehen haben, denn in der Atmosphäre des persönlichen Gesprächs wird vieles rascher klar und deutlich.

Ich könnte Ihnen dann auch, was Sie interessiert, die seelische Situation eines deutschen Bundespräsidenten meiner Artung darstellen. So sehr interessant ist sie gar nicht. Mein wesenhafter Ehrgeiz ist der, mit mir im Reinen zu bleiben. Ein Ziel, das zunächst die Hürde der Erkenntnis zu nehmen hat, daß bestimmte „protokollarische“ Dinge unvermeidlich sind. Z. B. muß ich in einer Stunde gegen 12 Uhr mittags einen Frack anziehen, den ich um 1 Uhr wieder ausziehe, weil ein Gesandter sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Das sind die Dinge, bei denen ich, der ich mit Theodor Fontane „kein Talent zur Feierlichkeit“ besitze,³ mich nur ironisch nehmen kann. Aber ich tue das mit gelassenem Humor.⁴ –

¹ Hs. Vermerk: „Brief Dessauer an Dr. Dehler geschickt unter Rückerbittung“ mit Paraphe der Schreibkraft vom 29. 6. 1951; Wiedervorlagevermerk zum 10. 8. 1951: „Rückgabe des Briefes Dessauer“; weiterer Nachweis: N 1221, 297: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Dessauer an Heuss, 15. 6. 1951, in: N 1221, 122.

³ Vgl. Nr. 3, Anm. 7.

⁴ So hatte Heuss im Vorjahr an Paul Wuttke geschrieben, bei einer Fahrt von Frankfurt a. M. nach Bad Nauheim habe er der „ersten schönen Frühlingswärme“ wegen keinen Hut getragen. „Es hat mir Spaß gemacht, daß ich von Ihnen offenbar für so etwas wie den Mannequin der Bundesrepublik Deutschland angesehen werde. Wenn ich Ihrer besorgten Ermahnung folge, daß ich jetzt ‚mit gutem Beispiel vorangehen müsse‘, um den industriellen Erwartungen völlig zu genügen, komme ich in eine arge Verlegenheit. Ich habe z. B. nie in meinem Leben Gamaschen getragen – soll ich nun? Ich trage nie Handschuhe – muß ich nun? Meine Krawatte ist ohne Nadel – brauche ich jetzt eine? Ich habe keine Brille auf der Nase – erwartet die optische Industrie, daß ich das Gemäße jetzt tue? Ihr Brief hat mich in eine Reihe der Verwirrungen der Überlegung geworfen. –

Dann gibt es Situationen, in denen ich versuche, mit einer ruhigen Argumentation den Leuten, ob es Deutsche oder ob es Ausländer sind, das Gesetz des Maßes zu lehren. Und den Deutschen als Gesamterscheinung gegenüber habe ich bei der sachlichen Begrenzung der konkreten Zuständigkeiten als wesenhafte Aufgabe dies unternommen: sie zu „entkrampfen“.⁵ Einigermassen ist mir das geglückt, wenn auch freilich für die Parteigrenzkämpfe nur in bedingtem Maße.

Zum eigenen wissenschaftlichen Arbeiten reicht es ja kaum mehr, obwohl es mich oft zum Schreibtisch hinzieht. Über ein paar Essays bin ich aber nie hinausgediehen. Zum Bücherlesen komme ich fast überhaupt nicht mehr, obwohl ein Stapel auf mich wartet.

Ich denke, daß, wenn Sie einmal wieder in die alte Heimat kommen, Sie es mich rechtzeitig wissen lassen. Wir hatten im vergangenen Jahr die Witwe meines Freundes Gustav Stolper acht Tage bei uns.⁶ In der nächsten Woche werde ich mit meinem alten Freund Kurt Riezler (Max Liebermanns Schwiegersohn) in Bayern zusammensein. Das ist immer eine bewegende und auch bereichernde Begegnung mit der eigenen Vergangenheit.

Mit vielen guten Grüßen in alter Gesinnung
Ihr

Th. Heuss

Nr. 80

An Carl Zuckmayer, [Barnard, Vermont, USA]

30. Juni 1951

BArch, N 1221, 297: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Zusendung von Material über Wilhelm Voigt; Hamburger Theateraufführung des „Hauptmann von Köpenick“ mit Werner Krauss

Lieber Herr Zuckmayer!

Ein Bundespräsident erlebt gelegentlich unfrohe, er erlebt aber auch frohe Dinge. Dazu gehört dies: daß mir ein Telegrapheninspektor i. R. Johannes Wörner den

Zu Ihrer Beruhigung: Ich trage einen Hut, aber ich nehme ihn manchmal vom Kopf. Aber als Reklamemodell im industriellen Wettbewerb möchte ich meine Funktion nicht begriffen wissen; und den Titel Exzellenz führe ich auch nicht“; Heuss an Wuttke, 1. 4. 1950, in: N 1221, 292.

⁵ Vgl. auch Nr. 16, Nr. 153.

⁶ Toni Stolper; vgl. Nr. 38.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 658: ms. Schreiben, Abschrift.



Abb. 10: Während einer Pause der Aufführung des „Hauptmann von Köpenick“ im Hamburger Schauspielhaus, vermutlich 24. 6. 1951, v.l.n.r.: Regisseur Robert Meyn, Intendant Albert Lippert, Werner Krauss, Theodor Heuss, vermutlich Heinrich Landahl

beiliegenden Brief und eine Erinnerung an Wilhelm Voigt sandte, sowie einen Zeitungsausschnitt.² Diese Sendung erhielt ich, weil der Mann sich darüber freute, daß ich mir in Hamburg den Hauptmann von Köpenick angesehen habe.³ Ich weiß nun nicht, ob Sie individuelle Dokumente des Mannes im Zusammenhang mit Ihrem Stück schon früher einmal bekommen haben. Dann ist vielleicht diese Anekdote für Sie nicht weiter belangvoll und Sie lassen die Sache an Werner Krauss weitergehen. Aber es könnte sein, daß auch für Sie die Sache einen skurrilen Reiz besitzt.

² Der Brief von Wörner an Heuss samt Anlagen ließ sich nicht ermitteln. Heuss hatte Wörner am 29. 6. 1951 für dessen Sendung gedankt und angekündigt, er werde das Material über Wilhelm Voigt an Zuckmayer weiterleiten, der mit seinem „Hauptmann von Köpenick“ den „Wilhelm Voigt in die dichterische Unsterblichkeit abgeliefert hat, denn sonst wäre sein Gedächtnis ja doch wohl nur eine Zeitanekdote, während er sie menschlich und ‚soziologisch‘ hintergründig gemacht hat“; N 1221, 297. Der Schumacher Wilhelm Voigt war 1906 als Hauptmann verkleidet mit einem Trupp Soldaten in das Rathaus von Köpenick bei Berlin eingedrungen, hatte den Bürgermeister verhaftet und die Stadtkasse geraubt. Diese Begebenheit diente Zuckmayer als Vorlage für seine 1931 uraufgeführte Tragikomödie „Der Hauptmann von Köpenick“ mit Werner Krauss in der Titelrolle. Das Werk wurde mehrfach verfilmt.

³ Am 24. 6. 1951 hatte Heuss im Hamburger „Rauhen Haus“ eine Ansprache gehalten und am Abend vermutlich die Theateraufführung besucht; N 1221, 5.

Ich hatte Werner Krauss schon vor zwei Jahrzehnten in Berlin einmal in der Rolle gesehen. Es war aber auch dies jetzt wieder eine eindrucksvolle und große Leistung. Ich habe in der Pause Werner Krauss begrüßt, um ihm für dies und für anderes zu danken. Ich wurde dann, was unvermeidlich zu sein scheint, zusammen mit ihm photographiert. Das Bild erschien, und, wie ich erfuhr, haben das dann wieder Leute übelgenommen,⁴ denn Krauss ist ja noch wegen seiner Mitwirkung bei dem Film „Jud Süß“⁵ in „Verschleiß“. Ich selber aber habe diesen Film überhaupt nie gesehen. Dabei bin ich ein etwas altmodischer Mensch und lasse die Kunstleistung unmittelbar auf mich wirken, ohne die Dauerreflexion über diese oder diese Wertung.⁶

Mit freundlichen Grüßen, auch an Ihre Gattin,
Ihr

Th. Heuss

PS Den Brief lasse ich über unseren gemeinsamen Freund Prof. Erxleben⁷ laufen, da ich Ihre Amerika-Adresse nicht kenne.

⁴ In einem von Heuss diktierten und von Bott gez. Schreiben an Bernhard Hansen vom 28. 6. 1954 wurde der Vorgang dargestellt: Die CDU-Politiker Alfred de Chapeaurouge und Robert Lehr hätten Heuss von einer Begegnung mit Krauss abgeraten. „Das amtliche Hamburg in der Figur von Senator Dr. Landahl [SPD] war aber anderer Meinung, und Dr. Heuss ging mit Vergnügen in das Theater [...]. In einer Pause besuchten wir auf Landahls Vorschlag den Künstler in seiner Garderobe, und der Photograph, der Krauss, Heuss und ich glaube auch Landahl aufnahm, war auch gleich zur Stelle. Als das Bild erschien, kamen dann auch ein paar Briefe des Protestes“; N 1221, 319.

⁵ Krauss hatte in dem antisemitischen Propagandafilm „Jud Süß“ mehrere jüdische Rollen übernommen; vgl. Nr. 59, Anm. 3, Nr. 233, Nr. 235.

⁶ Vgl. Nr. 233, Nr. 235.

⁷ Heuss und Zuckmayer waren mit dem katholischen Priester Friedrich Erxleben befreundet, der als Angehöriger des liberalen Solf-Kreises 1944 von der Gestapo inhaftiert war; vgl. den Beitrag von Erxleben in H. BOTT / H. LEINS, *Begegnungen*, S. 458–463.

Nr. 81

An Harry S. Truman, Präsident der USA, Washington

15. Juli 1951

BArch, B 122, 491: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss ms. gez.; ms. Briefkopf: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“¹

Dank für die Botschaft des Präsidenten anlässlich des 175. Jahrestages der Unabhängigkeitserklärung der USA

Herr Präsident!

Für die Botschaft,² die Sie mir anlässlich des einhundertfünfundsiebzigsten Jahrestages der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten³ durch den Amerikanischen Hohen Kommissar⁴ in Deutschland haben übermitteln lassen, möchte ich Ihnen aufrichtig danken.

Die edelsten Geister der Menschheit haben das Sittengesetz auf der Achtung vor der Würde jedes einzelnen Menschen aufgebaut. Der Kontinentale Kongreß der Vereinigten Staaten hat mit der Unabhängigkeitserklärung diese sittliche Forderung zum ersten Mal in der menschlichen Geschichte zur politischen Grundlage eines Staatswesens gemacht.

Dieser hohe Gedanke hat reiche Früchte getragen. Die Nachfahren jener Männer, die am 4. Juli 1776 die Saat eines neuen politischen Bekenntnisses in die Herzen jedes amerikanischen Bürgers senkten, sind heute eine große und glückliche Nation. Groß und glücklich deshalb, weil es ein ganzes Volk gelernt hat, die Freiheit des Einzelnen mit der freiwilligen Einordnung in die Gemeinschaft und der tätigen Mitwirkung am gemeinsamen Wohl zu verbinden; groß und glücklich aber auch deshalb, weil eine ganze Nation sich bereitgefunden hat, ihr Bekenntnis zu menschlichen Werten auch über die nationalen Grenzen hinaus zu allgemeiner Gültigkeit zu erheben. Das haben Regierung und Volk der Vereinigten Staaten bewiesen, als sie in den großzügigen Hilfsplan für Europa auch das

¹ Datum hs. eingefügt; darunter ms. Vermerk: „(Datum noch offen, geschrieben am 13. 7. 51)“; Az. II/4/12; weiterer Nachweis: B 122, 491: ms. Schreiben, Entwurf; N 1221, 298: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Aus Anlass des 175. Jahrestages der Unabhängigkeitserklärung verbreitete der amerikanische Präsident „eine amerikanische Botschaft an alle, die die Freiheit lieben“; B 122, 491.

³ Am 4. 7. 1776 verabschiedeten die Vertreter der 13 britischen Kolonien in Nordamerika im Zweiten Kontinentalkongress die Unabhängigkeitserklärung. In dieser beriefen sie sich auf die unveräußerlichen Menschenrechte sowie auf das Recht nach freier Regierungswahl und lösten sich vom Mutterland Großbritannien, um einen souveränen Staatenbund zu bilden. Die Erklärung gilt als Gründungsdokument der USA.

⁴ McCloy hatte Adenauer in einem Schreiben gebeten, die Botschaft an den Bundespräsidenten zu übermitteln, deren Weiterleitung am 4. 7. 1951 das Auswärtige Amt übernahm; B 122, 491.

Der Präsident der
Bundesrepublik Deutschland

Bonn, den 15.7.51
(Datum noch offen, geschrieben am 13.7.51)

Herr Präsident !

Für die Botschaft, die Sie mir anlässlich des ein-
hundertfünfundsechzigsten Jahrestages der Unabhängigkeits-
erklärung der Vereinigten Staaten durch den Amerikanischen
Hohen Kommissar in Deutschland haben übermitteln lassen,
möchte ich Ihnen aufrichtig danken.

Die edelsten Geister der Menschheit haben das Sitten-
gesetz auf der Achtung vor der Würde jedes einzelnen Men-
schen aufgebaut. Der Kontinentale Kongress der Vereinigten
Staaten hat mit der Unabhängigkeitserklärung diese sittliche
Forderung zum ersten Mal in der menschlichen Geschichte
zur politischen Grundlage eines Staatswesens gemacht.

Dieser hohe Gedanke hat reiche Früchte getragen. Die
Nachfahren jener Männer, die am 4. Juli 1776 die Saat eines
neuen politischen Bekenntnisses in die Herzen jedes ameri-
kanischen Bürgers senkten, sind heute eine grosse und glück-
liche Nation. Gross und glücklich deshalb, weil es ein gan-
zes Volk gelernt hat, die Freiheit des Einzelnen mit der
freiwilligen Einordnung in die Gemeinschaft und der tätigen
Mitwirkung am gemeinsamen Wohl zu verbinden; gross und glück-
lich aber auch deshalb, weil eine ganze Nation sich bereit-
gefunden hat, ihr Bekenntnis zu menschlichen Werten auch
über die nationalen Grenzen hinaus zu allgemeiner Gültigkeit
zu erheben. Das haben Regierung und Volk der Vereinigten
Staaten bewiesen, als sie in den grosszügigen Hilfsplan für
Europa auch das deutsche Volk einbezogen, das dem amerika-
nischen

Seiner Exzellenz
dem Präsidenten der
Vereinigten Staaten von Amerika,
Herrn Harry S. Truman
Washington, D.C.
Weisses Haus

007

Abb. 11: Theodor Heuss an Harry S. Truman, 15. 7. 1951

deutsche Volk einbezogen,⁵ das dem amerikanischen Volk in jüngster Vergangenheit in zwei blutigen Kriegen gegenübergestanden hat.⁶

Zu der jahrhundertelangen geistigen Auseinandersetzung, die mit dem stolzen Tag endete, an dem Ihre Nation die Menschenrechte für offenbare Wahrheiten erklärte, haben die Denker auch des deutschen Volkes beigetragen. Die jüngste Vergangenheit hat es nicht vermocht, den Deutschen das geistige Erbe zu nehmen, an dem sie gemeinsam mit den anderen Nationen der abendländischen Welt unverzichtbaren Anteil haben. Auf dieses Erbe ihr staatliches Leben aufzubauen ist die Bundesrepublik Deutschland bestrebt. Sie hat die Grundrechte des Einzelnen an den Eingang ihrer Verfassung gestellt,⁷ deren erster Artikel mit den Worten beginnt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Ihre Botschaft, Herr Präsident, wird im deutschen Volk einen tiefen und nachhaltigen Widerhall finden. Wir hoffen von ganzem Herzen, daß es uns vergönnt sein möge, es zu erleben, daß alle Deutschen an der Wohltat jener offenbaren Wahrheiten teilhaben. Wir vertrauen weiter darauf, daß wir in gemeinsamem Handeln und auf dem Boden des Rechtes mit Ihrer großen Nation und im Rahmen der organischen Gemeinschaft der Europäischen Völker dazu beitragen können, den Weltfrieden herzustellen und ihn zu erhalten.

Dies auf Ihre Botschaft an alle, welche die Freiheit lieben, zu erwidern, ist mir, Herr Präsident, ein Herzensbedürfnis.⁸

Theodor Heuss

Nr. 82

An Dr. Josef Beyerle, Minister a. D., Stuttgart

1. August 1951

ACDP, I-056-028/3: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
Gründung des Bundesverfassungsgerichts und Bitte, sich für das Amt des Präsidenten zur Verfügung zu stellen; Bruch des Armes während des Urlaubs

⁵ Zum Marshallplan vgl. Nr. 22, Anm. 5.

⁶ Im Ersten Weltkrieg seit der amerikanischen Kriegserklärung vom 6. 4. 1917 und im Zweiten Weltkrieg aufgrund der deutschen Kriegserklärung vom 11. 12. 1941.

⁷ Art. 1–19 GG

⁸ Eine Reaktion Trumans ließ sich nicht ermitteln.

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 98 und 298: ms. Schreiben, Durchschlag mit Verfügungen: „Herrn Bundesminister Dr. Thomas Dehler, Bonn, Herrn Ministerialdirektor Dr. Klaiber.“

Verehrter Herr Dr. Beyerle,

wie Sie sich denken können hat die Frage der Errichtung des Bundesverfassungsgerichtes mich in den beiden letzten Jahren sehr stark bewegt, und ich habe, da ich amtlich weder mit dem legislativen Ablauf noch mit der konkreten Gestaltung zu tun habe, durch mancherlei Besprechungen den Versuch gemacht, die ebenso wichtige wie ja auch schwierige Materie in ihrer Erledigung zu fördern. Gerade das Amt des Bundespräsidenten bedarf ja in mancher Hinsicht dieser obersten Rechtsinstitution. Oft genug sind Dinge an mich herangebracht worden, die nun bei mir ihre Adresse verfehlt hatten. Es ist aber auch so, daß die gesamtpolitische Entwicklung etwa mit einem Blick auf das Besatzungsstatut² schon längst einer befriedigenden und abschließenden Regelung bedurft hätte. Das langwierige Verfahren habe ich aber dann in dem Sinn doch zu würdigen gelernt, als es möglich wurde, die Verabschiedung des Gesetzes mit den Stimmen der Opposition zu erreichen.³ Damit ist für das Oberste Gericht politisch-psychologisch eine breite Fundamentierung gegeben worden.

Es war nun, als ich vor einigen Wochen in den sehr erwünschten Urlaub fuhr, bestimmt in Aussicht genommen, daß der Wahlakt des Richterkollegiums⁴ im Juni oder Anfang Juli erfolgen werde,⁵ und ich hatte erklärt, daß ich zu jedem Zeitpunkt an jeden Ort fahren werde, damit von mir aus kein Tag versäumt wird. Ich hatte, als ich wegfuhr, die Erwartung, daß das Wahlgremium sich auf Sie als Vorsitzenden einigen werde, denn zu meiner großen persönlichen Genugtuung waren Sie ja auf den verschiedenen Vorschlagslisten der verschiedenen Gruppen genannt gewesen, und auch dies schien mir ein glückliches Omen, um diese Institution von vornherein an ihrer Spitze einer „Machtentscheidung“ entzogen zu sehen.

Es war in meinem Urlaub dann eine schmerzliche Überraschung, daß eine Verständigung in Bonn nicht erreicht war⁶ und daß Sie selber mit Rücksicht auf

² Zum Besatzungsstatut vgl. Nr. 66, Anm. 8.

³ Das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht wurde am 1. 2. 1951 vom Bundestag gegen die Stimmen der KPD angenommen, am 12. 3. vom Bundespräsidenten unterzeichnet und am 16. 4. im Bundesgesetzblatt verkündet. Zum langwierigen Entstehungsprozess des Bundesverfassungsgerichts vgl. H. LAUFER, Verfassungsgerichtsbarkeit, S. 35–139.

⁴ Die jeweils acht Richter der beiden Senate des Bundesverfassungsgerichts werden je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat gewählt und dann vom Bundespräsidenten ernannt. Sie müssen die Befähigung zum Richteramt besitzen und dürfen als Beruf lediglich den eines Hochschullehrers ausüben. Sie müssen für den Bundestag wählbar und über 40 Jahre alt sein.

⁵ Vgl. die Sitzungen der Bundesregierung am 12. 6. 1951 und am 26. 6. 1951, in: KABINETTSPROTOKOLLE 1951, S. 432f, S. 477.

⁶ Zwischen den Bundestagsparteien gab es Auseinandersetzungen über die politische Ausrichtung der Personen, die als Präsident, Vizepräsident und Richter des Bundesverfassungsgerichts vorgeschlagen worden waren; vgl. H. LAUFER, Verfassungsgerichtsbarkeit, S. 234–236.

Ihren derzeitigen Gesundheitszustand gebeten haben, von Ihrer Person Abstand zu nehmen.

Ich habe nun wegen eines ungeschickten Unfalls mit Luxation der rechten Schulter und Bruch des Oberarmes meinen Urlaub früher abbrechen müssen.⁷ Kurz zuvor aber war ich in Bayern mit dem Justizminister Dr. Josef Müller beisammen, der mich über die Entwicklung und den Stand der Dinge informierte. Auch er teilte meine Auffassung, daß Ihre Wahl zum Präsidenten heute als die ideale Lösung betrachtet werden könne.

Ein Gespräch, um das ich nach meiner Rückkehr Herrn Bundesjustizminister Dr. Dehler gebeten hatte, bestätigte mir nun, daß auch er schriftlich und mündlich sich vor einigen Wochen um Ihre Zusage bemüht hat. Er selber glaubt nicht, daß eine Bemühung von meiner Seite in dem gegenwärtigen Augenblick die Situation ändere. Aber ich habe mich doch dazu entschlossen, diese Zeilen an Sie zu richten, wobei ich freilich damit rechne, daß die Erholung auf die Operation gute Fortschritte gemacht hat.

Natürlich bin ich mir durchaus darüber klar, daß es eine Zumutung ist, an einen Mann Ihres Alters, der jetzt eben eine arge Krankheitsattacke hinter sich hat, solche Bitte zu richten. Sie werden darauf hinweisen, daß die Einrichtung eines solchen Amtes Spannkraft und Beweglichkeit erfordere. An solchem Argument ist gewiß einiges richtig, aber viel bedeutungsvoller scheint mir, daß ein solches Amt die Prägung seines Beginns von der moralischen Seite her bekommt. Ich brauche hier ja nicht ein allgemeines Urteil über Ihre Persönlichkeit nachzureden; in den eineinhalb Jahren, da wir dem gleichen Kabinett angehört haben,⁸ fand ich Gelegenheit genug, Ihr Wissen, Ihre unbestechliche Sachlichkeit und Ihre Hingabe an das Amt kennen- und Sie als Persönlichkeit verehren zu lernen. Diese allgemeine und unbestrittene Achtung, die der Mensch Beyerle genießt, bei den Deutschen, wie ich aber auch zu spüren glaube auch bei den „anderen“, ist ein ebenso seltenes wie großes Aktivum. Auch wenn ich Ihnen von ganzen Herzen ein *otium cum dignitate*⁹ gönne, ja wünsche, so könnte ich mir auch keine schönere

⁷ Heuss hatte Paul Reusch am 10. 8. 1951 mitgeteilt, dass er bei einem Spaziergang mit dem bayerischen Ministerpräsident Ehard über ein Holzgatter geklettert sei und dass dabei eine Latte nachgegeben habe. Bei dem Sturz hatte er sich nicht nur die Schulter ausgerenkt, sondern auch den Oberarm gebrochen. „Die Moral von der Geschichte: Ein Bundespräsident soll nur auf geebneten Wegen gehen. Aber das ist, wie Sie selber ja wissen, langweilig“; N 1221, 298. Aufgrund des eingegipften Armes musste Heuss seine Korrespondenz mit Hilfe eines Stempels unterschreiben; vgl. Heuss an Rassow, 18. 8. 1951, in: N 1221, 298. Der Vorfall war wohl auch der Anlass, dass Heuss nun auf ein Diktaphon seine Briefe sprach; vgl. Heuss an Ernst Ludwig Heuss, 3. 8. 1951, in: N 1221, 298.

⁸ Beyerle gehörte der württemberg-badischen Regierung 1945–1951 als Justizminister an und war 1945/46 Kabinettskollege von Heuss während dessen Zeit als „Kultminister“.

⁹ Sentenz nach Cicero, mit der ein friedlicher Ruhestand nach erfülltem Berufsleben gemeint ist; MARCUS TULLIUS CICERO: Rede für Sestius, in: DERS., Sämtliche Reden, S. 347.

und bedeutendere Krönung Ihrer Lebensleistung denken als dies, daß Sie aus dem heimatlichen Raum, dem Sie mit so viel Treue und Erfolg gedient haben, heraustretend als der erste Richter Deutschlands den Deutschen und der Welt zu einem Symbol werden.

Gewiß, in der Installierung eines neuen Amtes mit neuen Menschen wird es diese und diese Hemmung, diese und diese Kleinarbeit geben, die dem großen Sinn der Aufgabe nicht immer gemäß sein wird, aber ein Mann Ihrer langjährigen Geschäftserfahrung als Richter und als Leiter einer Ministerialbehörde wird mit diesen Dingen auch bei aller Gewissenhaftigkeit ohne zu große Mühseligkeit fertig, weil er um das Maßstäbliche ihrer Bedeutung im Verhältnis zu den großen Dingen Bescheid weiß.

Dieser Brief an Sie hat gewiß keinen amtlichen, sondern ausschließlich einen persönlichen Charakter, denn „amtlich“ dürfte ich Ihnen vielleicht gar nicht schreiben, da ich ja nicht Mitglied des Wahlkörpers bin. Aber da ich aus den Unterlagen spüren darf, daß Ihre Person allen willkommen wäre, brauche ich mich nicht zu scheuen, diese Zeilen an Sie zu richten – sie werden nicht als Amtsanweisung begriffen werden.¹⁰

Ich kann nur wünschen, daß diese Zeilen Sie in einem gegenüber Dehlers letzten Verhandlungen gesicherten Gesundheitszustand antreffen, und darf Ihnen zugleich herzliche Grüße und Wünsche senden.

Ihr

Theodor Heuss

¹⁰ Beyerle, der sich einer Operation unterzogen hatte, teilte Heuss am 8. 8. 1951 mit, dass er sich aus gesundheitlichen Gründen dem Amt nicht gewachsen fühle; B 122, 1268. Im September 1951 wurde Hermann Höpker Aschoff (FDP) zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts gewählt; zwei Tage später fand in Karlsruhe die Wahl des der SPD nahestehenden Vizepräsidenten Rudolf Katz und der Richter der beiden Senate statt; zu den Richterwahlen vgl. H. LAUFER, Verfassungsgerichtsbarkeit, S. 208–253.

Nr. 83

An Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler, Bürgenstock, Schweiz

3. August 1951

StBKAH, III/47: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
Gebrochener Arm; Gespräch mit Fritz Schäffer über Besatzungskosten und über Gutachtensuchen des Bundespräsidenten beim Bundesverfassungsgericht hinsichtlich Gesetz über die Finanzverwaltung; Konferenzen mit Gewerkschaftsvertretern; Bundesverdienstorden; Militärorden; Bismarck-Essay

Verehrter, lieber Herr Bundeskanzler!

Freundlichen² Dank für Ihre Zeilen.³ Ich befinde mich in dem etwas eigentümlichen Zustand des totalen Eingegipstseins.⁴ Eigentlich hätte man mich jetzt nach Bayreuth ausleihen und in der Statisterie der Gralsritter als weißgepanzerten Mann unterbringen können. Da ich aber ein passionierter Gegner von Bayreuth als einer der Quellen der politischen Romantik der Deutschen bin, ist es doch besser, daß ich dieser Gastrolle ausgewichen bin. Ich hatte ja schon vorher in seltsamen Korrespondenzen abgelehnt, den Spuren des Herrn Hitler auf den Festhügel und nach Wahnfried zu folgen.⁵

Wie Sie sehen, betrachte ich meine Situation mit einigem Galgenhumor. Prof. v. Redwitz kontrolliert den Heilprozeß durch Röntgenaufnahmen. Schmerzen habe ich keine. Die werden aber beginnen, wenn Bewegungsübungen und Massage einsetzen. Einen Termin, wann ich wieder beweglich sein werde, weiß der Arzt noch nicht zu sagen. Ich möchte natürlich gern die Zusage an Berlin, das aus der Zerstörung wieder errichtete Schiller-Theater⁶ am 5. September einzuweihen,⁷ aufrechterhalten können.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 298: ms. Schreiben, Durchschlag; Druck: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 81–84.

² Hs. Absatzmarkierung am linken Rand.

³ Adenauer hatte sich am 31. 7. 1951 nach dem Gesundheitszustand von Heuss erkundigt und knapp auf die anstehenden innen- und außenpolitischen Fragen verwiesen; vgl. ebd., S. 81.

⁴ Vgl. Nr. 82, Anm. 7. Seinem Sohn Ernst Ludwig stellte Heuss am 3. 8. 1951 seinen Zustand folgendermaßen dar: „Mein körperlicher Zustand ist unverändert. Es sind nur in den Panzer vorn und hinten einige Entlüftungslöcher hineingegraben worden. Vorn sieht es aus, als ob ein Gefäß mit Reliquien eingefügt werden sollte, hinten, als ob ich im Stile des Siegfried durch ein Lindenblatt dem mörderischen Zustoß freigegeben wäre. Beide Öffnungen wirken seltsam transparent unter dem Hemd. Ihre großartige Bedeutung aber ist, daß ich mich auf der Haut kratzen kann, wenn es mich juckt“; FA Heuss, Basel.

⁵ Hs. Absatzmarkierung am linken Rand; vgl. Nr. 24, Nr. 138, Nr. 239.

⁶ Das 1905/06 errichtete Schiller-Theater war im November 1943 bei einem Luftangriff auf Berlin zerstört worden. 1950/51 wurde es wiederaufgebaut. Als Theater der Stadt Berlin wurde es 1993 geschlossen und dient seither anderen Bühnen als Ersatzspielstätte.

⁷ Heuss sprach am 5. 9. 1951 in Berlin zur Einweihung des Schiller-Theaters; N 1221, 6.



Dieses Foto ist nur in der gedruckten Edition verfügbar.

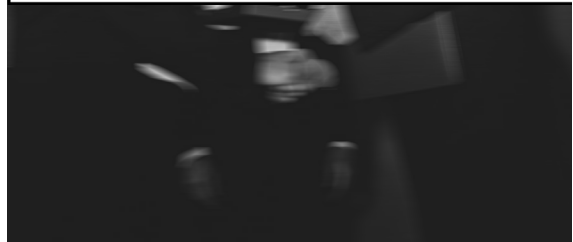


Abb. 12: Theodor Heuss überreicht Konrad Adenauer den Bundesverdienstorden, 4. 11. 1951

Noch in Aschau⁸ hatte ich einen Besuch des Herrn Bundesfinanzministers Schäffer, der mir seine Sorgen wegen der Haltung der Koalitionsparteien vortrug. Das Problem ist, wie ich glaube, von ihm richtig gesehen, daß, wenn er in die Verhandlungen mit dem Petersberg⁹ einsteigt wegen der Besatzungskosten usf.,¹⁰ seine innenpolitische, d. h. parlamentarische Situation nicht als gefährdet erscheint. Wir haben auch die staatsrechtliche Problematik zwischen Bundesrat und Bundestag in der Frage der „Zustimmung“ des Bundesrates bei der Gesetzgebung über 108 GG besprochen.¹¹ Die juristischen Gutachten sind nicht einheitlich, aber das Gesetz ist noch nicht an mich herangebracht worden. Die Angelegen-

⁸ Heuss hatte am 23. 7. 1951 an einem Festabend der Gemeinde Hohenaschau teilgenommen; vgl. Redenkalender, in: N 1221, 384.

⁹ Der Petersberg im Siebengebirge bei Bonn war 1949–1952 Sitz der Alliierten Hohen Kommission.

¹⁰ Schäffer äußerte sich zu den Besatzungskosten im Kabinett am 13. 7. 1951 und 10. 8. 1951; vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1951, S. 534, 593f.

¹¹ Art. 108 GG regelt die Bundes- und Landesfinanzverwaltung. Am 12. 7. 1951 hatte der Bundestag ein Gesetz zur Durchführung des Art. 108, Abs. 2 GG beschlossen. Der Bundesrat vertrat im Gegensatz zu Bundestag und Bundesregierung die Auffassung, dass das Gesetz, das er ablehnte, seiner Zustimmung bedürfte. Auf diese Problematik aufmerksam geworden, verweigerte Heuss die Unterzeichnung und bat das Bundesverfassungsgericht um ein Rechtsgutachten. Das Gericht entschied am 12. 11. 1951, dass das Gesetz der Zustimmung des Bundesrates bedürfe. Nach entsprechenden Änderungen im Gesetz konnte dieses schließlich im Frühjahr verabschiedet und am 15. 5. 1952 als „Zweites Gesetz über die Finanzverwaltung“ verkündet werden, in der die Mitwirkung des Bundes bei der Verwaltung der Einkommens- und Körperschaftssteuer geregelt wurde; vgl. E. PIKART, Theodor Heuss und Konrad Adenauer, S. 100; KABINETTSPROTOKOLLE 1951, S. 628, Anm. 4, S. 828, Anm. 46; BGBl. I, Nr. 21, 17. 5. 1952, S. 293f.

heit ist ja ein Musterbeispiel für die vorgesehene Möglichkeit, daß der Bundespräsident sich beim Bundesverfassungsgericht ein Gutachten erbitten kann, denn die Fassung des Grundgesetzes selber läßt ja aus dem Kompromißcharakter der damaligen Lösungen heraus eine mehrdeutige Interpretation zu, je nachdem, wie man die Akzente wählt.¹²

Ich habe mit Herrn Schäffer verabredet, daß ich mit den maßgebenden Herren der FDP in der Steuerfrage bald einmal Fühlung nehme.¹³ Die Schwierigkeiten scheinen mir eigentlich weniger in einer sachlichen Differenz zu liegen als in psychologischen Vorbehalten.

Gestern hatte ich den Herrn Vizekanzler Blücher zu mir gebeten, um mir über den Verlauf der Konferenzen mit den Gewerkschaftsvertretern berichten zu lassen.¹⁴ Er bestätigte mir, daß die Besprechungen atmosphärisch gut gegangen sind und daß man eher zu einer Lockerung als zu einer Versteifung kam. In Untergruppen sollen nun die Sachgespräche weitergeführt werden. Aber darüber wird Blücher Sie ja ins Bild gesetzt haben.¹⁵

Wie Herr v. Herwarth aus dem Kabinett berichtete (Dr. Klaiber ist jetzt auch in den Urlaub gefahren), hat man dort die Frage des Verdienstkreuzes besprochen. Das Kabinett war mit Ministern schwach besetzt. Die Auffassung schien überwiegend aber die zu sein, mit der Verkündigung dieses Verdienstkreuzes noch zu warten, bis die Frage der alten Militärorden geklärt sei.¹⁶ Ich selber teile diese Auffassung nicht. Mein Gedankengang war ja der, am 12. September¹⁷ diese Geschichte herauszubringen, um mit dem Termin einen gewissen Integrations-effekt, der auf den Staat ausgerichtet ist, zu erzielen. Ein beliebiger anderer Termin, der ein paar Monate später liegen würde, ist ohne solche Bezüglichkeit. Die Anregung, die auch gegeben wurde, um der historischen Kontinuität den 18. Januar zu wählen,¹⁸ halte ich für total falsch, denn der 18. Januar ist ja der Termin, an

¹² Erst § 97 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. 3. 1951 erweiterte die im Art. 93 GG vorgesehenen Rechte des Bundesverfassungsgerichtes hin auf ein Rechtsgutachten. Das Bundesverfassungsgericht kann um ein solches durch einen gemeinsamen Antrag von Bunderrat, Bundestag und Bundesregierung oder durch den Bundespräsidenten ersucht werden; vgl. zum EVG-Gutachten Nr. 141, Nr. 146–Nr. 148.

¹³ Ließ sich nicht ermitteln.

¹⁴ Die Aufzeichnungen des Gesprächs zwischen Heuss und Blücher vom 2. 8. 1951, in: B 122, 31269.

¹⁵ Kabinettsitzung vom 2. 8. 1951, in: KABINETTSPROTOKOLLE 1951, S. 576f. In den Unterredungen mit dem DGB waren u. a. Fragen der Mitbestimmung und der Mietpreiserhöhungen erörtert worden.

¹⁶ In der Kabinettsitzung vom 2. 8. 1951 war festgestellt worden, die Ordensstiftung sei Prärogative des Bundespräsidenten, den das Kabinett lediglich beraten könne. Blücher, Dehler und Wildermuth vertraten die Auffassung, dass der Stiftungserlass erst veröffentlicht werden solle, wenn die Frage der Militärorden geklärt sei; ebd. S. 580–582.

¹⁷ Tag der Wahl von Heuss zum Bundespräsidenten im Jahr 1949.

¹⁸ Am 18. 1. 1871 war in Versailles der preußische König Wilhelm I. zum Deutschen Kaiser ausgerufen worden. Der Tag galt seither als Tag der Gründung des Deutschen Kaiserreiches.

dem 1701 ein ziemlich mäßiger hohenzollerscher Kurfürst sich als Friedrich I. und König von Preußen etablierte.¹⁹ (Die Wahl des Termins im Jahre 1871 war psychologisch auf Wilhelm I. abgerichtet.)

Ich möchte meinen, daß man das neue Verdienstkreuz nun eben einmal kreiert und mitteilt, daß der Verleihungstag für die durchschnittlichen Beamten- und sonstigen Auszeichnungen der 1. Mai sein soll. Gleichzeitig wird in einem Kommuniké mitgeteilt, entweder, daß man einen Ausschuß beauftragt hat, dem Bundespräsidenten Vorschläge über die früheren Militärorden zu unterbreiten, oder daß man sagt, die Frage der Militärorden werde zu einer gesetzlichen Regelung gebracht werden (denn die juristische Auffassung geht zum Teil dahin, daß eine gesetzliche Regelung notwendig sei).

Da²⁰ nun ein Gesetz der Alliierten das Tragen der alten Militärorden verbietet,²¹ muß nach meiner Meinung folgendes gemacht werden: Dem Petersberg wird von Ihnen oder von jemanden, den Sie damit beauftragen, mitgeteilt, daß der Bundespräsident beabsichtige, ein allgemeines Verdienstkreuz zivilen Charakters für politische, wirtschaftliche, kulturelle usw. Leistungen zu stiften. Wenn diese Stiftung erfolge, werde ganz automatisch die Frage nach dem Schicksal der früheren Orden in die Phantasie der Menschen treten. Es werde erwartet, daß das verbietende Gesetz der Alliierten in einem einfachen Akt der Benachrichtigung als nicht mehr in Wirksamkeit angesehen werde. Es muß aber bei den deutschen Stellen eine interne Klarheit vorliegen. Nach meiner persönlichen Auffassung sind Orden mit dem Hakenkreuz schlechthin unmöglich, und zwar nicht, weil das außenpolitisch zu Erörterungen führen müßte, sondern weil es auch für unzählige Deutsche unerträglich wäre, diesem Symbol den Charakter einer weitergehenden Ehre und Würdigung anzuerkennen. Wir haben uns darüber nie unterhalten, aber ich möchte der Meinung sein, daß hier unsere Auffassungen sich begegnen.

Ich schreibe Ihnen deshalb ausführlich darüber, weil die ganze Angelegenheit ja ihre prekäre Seite hat. Bloß glaube ich nicht, daß viel gewonnen wird, wenn man sagt, das könne erst später geregelt werden, und um dieses „später“ willen verzichtet man jetzt.

Ich selber habe qua Person zu allen diesen Dingen gar kein inneres Verhältnis, aber ich weiß, daß gewisse staatspolitische Erwägungen dafür sprechen, der Sache

¹⁹ Der brandenburgische Kurfürst Friedrich III. hatte sich am 18. 1. 1701 in Königsberg zum König in Preußen krönen lassen.

²⁰ Hs. Kreuz am linken Rand.

²¹ Kontrollratsgesetz Nr. 8 vom 30. 11. 1945 verbot das Tragen von militärischen oder zivilen Orden und Ehrenzeichen; Gesetz Nr. 7 der Alliierten Hohen Kommission vom 21. 9. 1949 setzte das Gesetz von 1945 außer Kraft und ließ die Stiftung neuer Auszeichnungen zu, verbot aber weiterhin das Tragen von Orden und Ehrenzeichen der ehemaligen deutschen Wehrmacht, der NSDAP oder einer ihrer Organisationen; vgl. DEUTSCHE ORDEN, S. 25.

nicht auszuweichen. Ich habe vor ein paar Wochen Herrn Christian Fette von dem Plan erzählt,²² wie auch in meinem Auftrag Dr. Klaiber Herrn Ollenhauer unterrichtet hat, der, wie es scheint, die Angelegenheit, wenn auch natürlich ohne Enthusiasmus, so doch mit Verständnis zur Kenntnis nahm und für die Mitteilung dankbar war, die erfolgte, damit nicht unerwartete Querschüsse kommen. Ob von Seiten der SPD mir gegenüber noch eine sozusagen offizielle Stellungnahme erfolgen wird, weiß ich nicht.²³

Das Modell des Kreuzes ist in den Einzeldingen noch nicht befriedigend, vor allem ist der Entwurf der Münze, der mir vorgelegt wurde, recht trivial.

Ich denke, daß ich in den nächsten Tagen durch die Herren Hallstein und Blank die angekündigte Unterrichtung erhalten werde.²⁴

Entschuldigen Sie, daß der Brief etwas ausführlich geworden ist. Ich habe Ihnen, glaube ich, einmal erzählt, daß ich in den Nachtstunden des Mai und Juni für einen Neudruck der „Gedanken und Erinnerungen“ von Bismarck eine Einleitung geschrieben habe.²⁵ Ich erhielt dieser Tage ein paar Korrekturabzüge und nehme die Freiheit, Ihnen ein Exemplar zu schicken, doch ohne Obligo, daß Sie es jetzt lesen. Aber die Klärung der Beziehungen der Deutschen zu Bismarck ist ja mit ein Politikum geblieben bzw. immer neu geworden. Meine Einleitung denkt ja wesentlich an junge Leser, die von dem geschichtlichen Atem der Bismarckschen Zeit gar nicht mehr erreicht worden sind.

Mit freundlichen Grüßen und guten Wünschen, auch von meiner Frau,
Ihr

Th. Heuss

²² Aufzeichnungen des Gesprächs mit dem neugewählten DGB-Vorsitzenden Fette am 30. 6. 1951, in: B 122, 31269.

²³ In einem Gespräch mit Heuss äußerte sich Schumacher am 14. 8. 1951 ablehnend zur Einführung des Verdienstordens, sagte aber zu, dass er öffentlich dagegen nicht „schießen oder attackieren“ werde; Aufzeichnungen in: B 122, 31269; vgl. auch Nr. 112.

²⁴ Aufzeichnungen des Gesprächs mit Walter Hallstein in: B 122, 31269.

²⁵ Vgl. Nr. 70, Nr. 78.

Nr. 84

An Prof. Dr. Walter Hallstein, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Bonn

8. August 1951

BArch, B 122, 2157: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Aufforderung, dem Bundespräsidenten wichtige Berichte der Auslandsmissionen vorzulegen

Verehrter Herr Staatssekretär!²

Darf ich mit ein paar Zeilen – aide mémoire³ – noch einmal auf das Gespräch zurückkommen, das ich vor geraumer Zeit mit Ihnen führen konnte.⁴ Es handelt sich um die Vorlegung der wichtigeren Berichte unserer Auslandsmissionen. Eine Zeitlang hat das ganz ordentlich funktioniert, dann fast aufgehört. Jetzt habe ich den Eindruck, daß es reiner Zufall ist, wenn ein Bericht bis zum Bundespräsidialamt kommt, und wenn er kommt, sind gelegentlich Wochen seit der Absendung bzw. seit dem Eintreffen in Bonn verflossen.

Ich weiß ja nun nicht, in wie viel Ausfertigungen die Berichte vorgelegt werden und ob im Amt Abschriften gefertigt werden, was ja gewiß bei wichtigeren Berichten notwendig ist, um sie unseren anderen Stellen im Ausland, wo eine Interessenbegegnung vorliegt, zur Kenntnis zu bringen.

Mir liegt daran, nicht bloß von den sachlichen Mitteilungen zu profitieren, sondern aus der Art der Berichterstattung auch einen Eindruck von der Art zu gewinnen, wie die Missionschefs die Aufgabe der Berichterstattung anfassen. Ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn eine Regelung gefunden werden könnte, daß mir die Auslandsberichte möglichst umgehend zugestellt werden. Sie haben, soweit ich mich erinnere, in meinem Büro nie tagelang herumgelegen und sind, wie ich glaube, auch bei meinen Mitarbeitern immer rasch erledigt worden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Th. Heuss

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 298: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Zur Einschätzung Hallsteins durch Heuss vgl. Schreiben an Adenauer vom 23. 5. 1955 und 9. 4. 1959, in: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 188, S. 275.

³ Französisch für „Gedächtnisstütze“.

⁴ Ließ sich nicht ermitteln.

Nr. 85

An Prof. Dr. Leo Baeck, Berlin

15. August 1951

BArch, B 122, 2083: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“¹

Besuch Leo Baecks in Deutschland

Verehrter Herr Dr. Baeck!

Wie ich erfahre, treffen Sie dieser Tage in Berlin ein. Ich weiß nicht, ob Sie die Stätte ihres langen Wirkens, seitdem das Schicksal sie zerbrochen, schon einmal sahen, aber ich vermag mir auszudenken, welche Wellen der Erinnerungen und des Schmerzens über Ihre Seele hinweggehen.

Ich möchte Ihnen in Erinnerung an unsere Begegnungen im Hause des gemeinsamen und unvergessenen Freundes Otto Hirsch² ein Grußwort sagen dürfen und Sie dessen versichern, daß in all den bösen Jahren Ihre ehrwürdige Erscheinung vor meinem Bewußtsein lebendig geblieben ist.

Ich kenne Ihre zeitlichen Dispositionen nicht. Ich weiß nicht, wie lange Sie in Berlin werden bleiben können, das ich selber, wenn die Ärzte mir die Reise gestatten (ich erlitt kürzlich einen Oberarmbruch), Anfang September besuchen werde. Ich weiß auch nicht, ob in Ihre Dispositionen ein Besuch in Bonn eingeschaltet ist oder sich einschalten läßt. Aber ich möchte Ihnen doch sagen, wie willkommen es mir wäre, wenn wir evtl. in Berlin (5. und 6. 9.)³ oder hier in Bonn uns begegnen könnten.⁴

Meine Frau hat mich gebeten, meinen Worten ihre ganz persönlichen Grüße anzufügen.

Mit den besten Empfehlungen

Ihr ergebener

Th. Heuss

¹ Weiterer Nachweis: N 122, 298: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Der Verwaltungsjurist und Vorsitzende der Neckar-Kanal-AG war 1933–1938 geschäftsführender Vorsitzender der Reichsvertretung der deutschen Juden und wurde 1941 im KZ Mauthausen ermordet; zu seiner Beziehung zu Hirsch vgl. Heuss an Hans Georg Hirsch, 29. 1. 1946, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 146–148; außerdem die Gedenkrede von Heuss „In Memoriam“ vom 25. 11. 1945, in: TH. HEUSS, Politiker, S. 305f.

³ Vgl. Nr. 83, Anm. 7.

⁴ Der Besuch des Rabbiners Baeck bei Heuss erfolgte am 22. 8. 1951; vgl. Heuss an Baeck, 1. 9. 1951, in: N 1221, 299; K. ADENAUER / TH. HEUSS, Unter vier Augen, S. 65, 68; vgl. auch Nr. 170.

Nr. 86

An Dr. Ludwig Grote, München

18. August 1951

BArch, B 122, 282: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und mit Unterschriftenstempel gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“

Bitte, das Amt des Direktors des Germanischen Nationalmuseums zu übernehmen

Sehr geehrter Herr Dr. Grote!

Die Frage des künftigen Leiters des Germanischen National-Museums in Nürnberg macht mir, der ich den Vorsitz im Verwaltungsrat auch nach meiner Wahl zum Bundespräsidenten beibehalten habe,¹ allerhand Kummer, denn durch das plötzliche Ausscheiden von Dr. Troche² ist nun eine ziemlich komplizierte Situation zu meinen sonstigen Aufgaben hinzugewachsen, deren Behandlung mir nur durch die freundwillige Bereitschaft und Mitwirkung des stellvertretenden Vorsitzenden, des Barons von Tucher, einigermaßen möglich erscheint.³

Freilich sind jetzt zwei neue Komplikationen hinzugetreten: Baron von Tucher muß dieser Tage für vier Wochen nach den Vereinigten Staaten fahren, und ich selber bin durch einen Unfall im Urlaub (Bruch des rechten Oberarms) in meiner Bewegungs- und Aktionsfähigkeit sehr stark gehemmt. Ich habe deshalb auch klärende Konferenzen, die für Ende Juli und Anfang August in Aussicht genommen waren, absagen müssen. Einstweilen bin ich zur Gipsfigur verwandelt und von dem Votum der Ärzte abhängig.

Unter den „Kandidaten“ ist ja auch sehr bald Ihr Name genannt worden. Aber es hat sich dann, wie mir Baron von Tucher mitteilte, bei Ihnen zunächst die Anzahl der Gegenargumente gehäuft. Ich vermag diese natürlich im einzelnen nicht zu würdigen. Es wurde nur gesagt, daß Ihnen die relative Freizügigkeit zwischen wechselnden Aufgaben nach langen beamtlichen Bindungen Freude macht.

Natürlich sind solche Entscheidungen immer von persönlichen Motiven und Überlegungen abhängig, für die ein Zusprechen von dritter Seite nur den Charak-

¹ Heuss wurde am 10. 9. 1948 zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates gewählt und behielt diesen Posten auch nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten bei. Seit 1945 hatte Ernst Günter Troche die Direktorenstelle inne; vgl. G. SCHIEDLAUSKY, *Zeit des Wiederaufbaus*.

² Troche hatte für Heuss völlig überraschend sein Amt niedergelegt, um – wie er ihm am 16. 5. 1951 mitteilte – eine Krankheit auszukurieren und danach einen Museumsposten in den USA anzutreten. Heuss kritisierte dieses Vorgehen von Troche in einem Antwortschreiben vom 28. 5. 1951; beide Schreiben in: B 122, 282. Der Direktor der Hamburger Kunsthalle Carl Georg Heise hatte Heuss am 25. 5. 1951 über persönlich-familiäre Hintergründe des Ausscheidens von Troche informiert und ihn zugleich gebeten zu verhindern, dass Personen das Amt übernehmen, die sich politisch im Nationalsozialismus kompromittiert hatten; N 1221, 149.

³ Umfassendes Material zu dieser Nachfolgefrage in: B 122, 282.

ter von Schnörkeln am Rande haben mag. Ich selber war bisher eigentlich naiv genug, das Germanische National-Museum in seiner eigentümlichen Mischung von dem, was man reine Kunst nennt, mit mehr kulturgeschichtlich interessanten Dokumenten für eines der schönsten deutschen Dinge in der Sphäre des Musealen zu halten. Der reine Museumsmann mag ja gewiß das und das anders sehen, wiewohl ich tief überzeugt bin, daß es auch in dieser Sphäre „Moden“ gibt. Aber die historische Atmosphäre und die reiche Möglichkeit der Kombination ist für den, der Phantasie besitzt, wohl nirgends so gegeben wie in Nürnberg. Ob die Konstruktion des Verwaltungsrates und das Mitreden bei den Finanzdingen der verschiedenen staatlichen Instanzen eine Beschwerneis oder eine Lockung darstellt, wird natürlich auch von der Individualität mit abhängig sein. Wenn ich jünger wäre und Kunstgeschichte nicht bloß eine Liebhaberei des Nebenher, so würde mir eine solche Aufgabe geradezu als eine Lockung erscheinen, zumal sie selber bereits im besonderen Sinne historisch geworden ist. In der Gründung des Germanischen Museums vor 100 Jahren hat sich für meine Begriffe etwas wie die Aussöhnung zwischen Aufklärung und Romantik vollzogen.⁴

Ich weiß natürlich nicht, ob Sie sich die Situation einmal näher angesehen haben. Ich weiß auch um die Beschwerneisse, die darin liegen, daß Nürnberg zur Zeit keinen Oberbürgermeister besitzt.⁵ Aber ich würde Ihnen doch sehr dankbar sein, wenn Sie die Möglichkeit, einer der vornehmsten Bewerber zu sein, noch einmal überprüfen. Ich kann als Vorsitzender des Verwaltungsrates die Stellung des Direktor, wie Sie wissen, nicht „vergeben“, aber ich möchte glauben, daß die Mitglieder des Verwaltungsrates Ihre Leistungen und Ihre Persönlichkeit im Positiven zu werten gerne bereit sind.⁶

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Th. Heuss

⁴ Als sich Heuss 1952 an Vertreter der deutschen Wirtschaft wandte, um anlässlich des hundertjährigen Jubiläums des Germanischen Nationalmuseums für eine Spende zu werben, schrieb er u. a. am 6. 5. 1952 an Rudolf August Oetker: „Im August 1952 kann das germanische Nationalmuseum in Nürnberg die Feier seines hundertjährigen Bestehens begehen. Seine Gründung fiel in eine Zeit, als die Hoffnungen der deutschen Patrioten tief erschüttert waren – es war eine symbolhafte Tat, welche vor der politischen die geistige Einheit aller Deutschen bekundete. – Heute ist die Not des Vaterlandes durch die Zerstörung des Krieges, die politische Zerrissenheit, die Gefährdung unserer Existenz unvergleichlich größer als damals. Umso notwendiger ist es, daß wir uns aus Anlaß des Jubiläums des Germanischen National-Museums auf die gesamtdeutsche Idee besinnen, die den Freiherrn von Aufseß, den geistigen Vater des Werkes, vor hundert Jahren geleitet hat“; N 1221, 303.

⁵ 1951 war der Nürnberger Oberbürgermeister Otto Ziebill Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags geworden; ihm folgte 1952 Otto Bärnreuther auf den Posten des Oberbürgermeisters.

⁶ Grote gab Heuss am 25. 8. 1951 seine Zusage, die er an bestimmte organisatorische und finanzielle Bedingungen knüpfte; B 122, 282. Im Oktober 1951 wählte ihn der Verwaltungsrat zum Direktor des Germanischen Nationalmuseums.

Nr. 87

An John J. McCloy, Hoher Kommissar der USA in Deutschland, Frankfurt a. M.
24. August 1951

BArch, B 122, 443: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. Th.H./R.) und mit Unterschriftenstempel gez.; ms. Briefkopf: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“¹

Stellungnahme zu einem von John McCloy übermittelten Brief über Militarismus und Nationalismus in Deutschland

Lieber Mr. McCloy!

Für Ihre vertrauensvollen Zeilen und für die Übermittlung des Briefes,² den Herr Schopen aus München an Sie gerichtet hat, darf ich Ihnen bestens danken.

Ich habe den Brief dieses Herrn mit Interesse gelesen.³ Er enthält eine wohlüberlegte Konstruktion der psychologischen und an einigen Stellen auch der tatsächlichen Problematik. Aber ich glaube, daß er in einigem dialektisch zu scharf formuliert worden ist. Zum Beispiel die These von den „traditionsgemäß stets politisierenden Generälen Deutschlands“ ist historisch gesehen abwegig. Die Geschichte der anderen westlichen Länder kennt in den letzten eineinhalb Jahrhunderten *viel mehr* als die deutsche Geschichte den politisierenden General, der in unserem Lande eigentlich nur in zwei Figuren vor der Hitler-Zeit geschichtlich geworden ist: in dem Grafen Waldersee und dem General Ludendorff. Als in der Generalität spezifisch politisches, d. h. gesamtstaatliches und nicht kriegstechni-

¹ Datum hs. aus 21. in 24. korrigiert; Az. II/1/00; Absendevermerk: „Ab durch Eilboten und durch Einschreiben am 24. 8. 1951“; unter der Anschrift hs. ergänzt: „IG-Haus“; weiterer Nachweis: B 122, 443: ms. Schreiben, Entwurf.

² McCloy hatte Heuss am 16. 8. 1951 in Abschrift den Brief eines ihm unbekanntem Verfassers mit der Bemerkung zugeleitet, dass er viele ähnliche Schreiben von Deutschen erhalte, die der Bundespräsident mit eigenen Eindrücken vergleichen möge. McCloy meinte, ein Anwachsen von deutschem Nationalismus gegenüber einem Nachlassen der demokratischen Kraft zu spüren. Er war besorgt, dass deutsche Truppen auch als Teil einer internationalen Armee die Kräfte des Militarismus, die Deutschland zweimal ins Unglück gestürzt hätten, wieder stärken würden; B 122, 443.

³ In seinem in der ms. Abschrift fünfeinhalb Seiten langen Schreiben vom 19. 7. 1951 an McCloy übte Edmund Schopen Kritik an der Abwendung der Amerikaner von der kulturpolitischen Um-erziehung der Deutschen zugunsten einer forcierten Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Diese Kehrtwendung habe „das deutsche Interesse auf den romantischen Mythos vom Reich“ gelenkt und lasse „eine stille Untergrundbewegung des Neonazismus Morgenluft wittern.“ Für die noch labile deutsche Demokratie stelle eine Nationalarmee eine Gefahr da. Die „traditionsgemäß“ stets politisierenden Generäle Deutschlands hätten es durch die souveräne Führung einer selbständigen Armee jederzeit in der Hand, Deutschland eine neue Regierungsform aufzuzwingen und die außenpolitische Richtung zu bestimmen. Der demokratische Bevölkerungsteil resigniere und flüchte sich vor der zu erwartenden neonazistischen Restauration, die nicht mehr abzuwehren sei, „in das rein Private“. Angesichts des rechten und linken Radikalismus, der Querverbindungen zwischen Kommunismus und Neonazismus und der daraus drohenden Gefahren müsse die „Überordnung der Zivilgewalt über die Militärgewalt sichergestellt werden“; B 122, 443.

101

24. August 1951

Der Präsident
Der Bundesrepublik Deutschland

Th.H./ R.
Ab durch Eilboten und
durch Einschreiben
am 24.8.1951

5/1/00

1.) **Lieber Mr. McCloy !**

Für Ihre vertrauensvollen Zeilen und für die Übermittlung des Briefes, den Herr Schopen aus München an Sie gerichtet hat, darf ich Ihnen bestens danken.

Ich habe den Brief dieses Herrn mit Interesse gelesen. Er enthält eine wohlüberlegte Konstruktion der psychologischen und an einigen Stellen auch der tatsächlichen Problematik, aber ich glaube, daß er in einigem dialektisch zu scharf formuliert worden ist. Zum Beispiel die These von den "traditionsgemäß stets politisierenden Generälen Deutschlands" ist historisch gesehen abwegig. Die Geschichte der anderen westlichen Länder kennt in den letzten eineinhalb Jahrhunderten viel mehr als die deutsche Geschichte den politisierenden General, der in unserem Lande eigentlich nur in zwei Figuren vor der Hitler-Zeit geschichtlich geworden ist: in dem Grafen Waldersee und dem General Ludendorff. Als in der Generalität spezifisch politisches, d.h. gesamtstaatliches und nicht kriegstechnisches Verantwortungsgefühl zur Entscheidung drängen wollte, war es in der mißglückten Aktion des 20. Juli, und dieser Rettungsversuch war keineswegs traditionsgemäß.

Seiner Exzellenz
dem Amerikanischen Hohen Kommissar
für Deutschland
Mr. John J. McCloy
Frankfurt/M.
JG-Haus

- 2 -

Abb. 13: Theodor Heuss an John J. McCloy, 24. 8. 1951

sches Verantwortungsgefühl zur Entscheidung drängen wollte, war es in der mißglückten Aktion des 20. Juli,⁴ und dieser Rettungsversuch war keineswegs traditionsgemäß.

Dabei ist mir natürlich vollkommen deutlich, daß das Gewicht des Militärischen als eines Organisationskörpers der Macht eine neue und eigentümliche geschichtliche Situation in einem Raume bedeutet, der eines eigenständigen militärischen Machtgefüges durch Jahre entbehrte. Darüber mit Klage oder Anklage zu reden führt aber kaum weiter. Die Gefahr des romantischen Ressentiments ist gewiß bei den Deutschen immer vorhanden, aber ihre Gefahrenquelle liegt nicht bei dem Militär als solchem. Es ist ja eine internationale Denkgewöhnung, das Militärische dem Nationalistischen gleichzusetzen. Aber dort, wo die Militär-Überlegungen in den Zwang der rationalen Nüchternheit gekommen sind, ist, so wie ich das zu beurteilen vermag, die Berechnung des Tatsächlichen eine Schulung des friedenserhaltenden Realismus geworden. Die Unterstellung des Herrn Schopen, daß die Bundesregierung die Schaffung einer deutschen Armee wünscht, ist irrig, wie sich aus dem Verlauf der Besprechungen auf dem Petersberg und in Paris ergibt.⁵

Ich kann auch nicht die Skepsis teilen, daß „eine Flucht ins Private“ aus Furcht vor dem Neonazismus eingetreten sei. Ganz gewiß steckt in dem deutschen Volk noch viel Lebensangst, die zum Teil ihren Ausweg sucht in der billigen Lebensfreude des Alltags. Gewiß finden sich da und dort Ermattungserscheinungen, zumal bei Enttäuschten, die nicht die ungeheure Fernwirkung der Kriegsnot mit all den Torheiten, die sie begleitet haben, in Ansatz zu bringen wußten. Das Problem für die Deutschen in der Gesamtheit ist die Ermöglichung von Arbeit, die sich lohnt, und verständiger und rechtzeitiger Bewertung einer noch reizbaren Gefühlslage.

⁴ Am 20. Juli 1944 hatte das missglückte Attentat des militärischen Widerstands um Claus Schenk Graf von Stauffenberg auf Hitler stattgefunden.

⁵ Auf dem Petersberg verhandelten die stellvertretenden Hohen Kommissare mit einer deutschen Delegation aus Mitarbeitern des Amtes Blank vom 9. 1. bis 4. 6. 1951 über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik im Rahmen der NATO. Die Gespräche führten zu keinem Ergebnis, weil die alliierten Vertreter nicht bereit waren, der Bundesrepublik im Zuge ihres Wehrbeitrages Gleichberechtigung und damit auch ein eigenes Verteidigungsministerium zuzugestehen. Parallel fanden ab 15. 2. 1951 Verhandlungen in Paris statt, auf denen der von Frankreich favorisierte Plevén-Plan diskutiert wurde, der eine europäische Armee unter der Kommandogewalt eines europäischen Verteidigungsministers vorsah. In einem „Zwischenbericht“ vom 24. 7. 1951 einigten sich die Verhandlungspartner auf eine Europa-Armee unter gleichberechtigter westdeutscher Teilnahme. Weitere Verhandlungen führten schließlich zur Unterzeichnung des EVG-Vertrages Ende Mai 1952. Für die Bundesregierung war bei diesen Verhandlungen entscheidend, einen deutschen Wehrbeitrag an eine gleichberechtigte Westintegration und an die Wiedererlangung der deutschen Souveränität zu koppeln; vgl. MILITÄRGESCHICHTLICHES FORSCHUNGSAMT, Anfänge, Bd. 2, S. 630–670; AKTEN ZUR AUSWÄRTIGEN POLITIK 1951, S. 27–33, 85–90, 103–105, 304f, 439–441; ebd. 1952, S. 453–456.

Ich will mit diesen Bemerkungen den ernststen Unterton des mir übergebenen Schreibens nicht verkennen, aber ich glaube, daß der Schreiber nicht ganz in Rechnung setzt, daß ein Teil der von ihm kritisch bewerteten Äußerungen deutscher führender Männer nun eben mit zu verstehen sind als Bemühungen, den sich pazifistisch gebärdenden, aber im Emotionalen militanten Nationalismus, der aus der Ostzone heranklingt, aufzufangen und abzufangen. Sehr gefreut habe ich mich über die Lebendigkeit, mit der Sie in Berlin das Gespräch mit der FDJ aufgenommen haben.⁶

Ich würde mich gerne einmal gelegentlich mit Ihnen über diese sachlichen und seelischen Komplexe unterhalten und Ihnen dann auch meine persönliche Auffassung vortragen, wo das Hintergründige der Gefährdung liegt. Nur eine kleine Anmerkung ad hominem: der Bundespräsident ist nicht nach Bayreuth gegangen. Er wäre auch nicht hingegangen, wenn er seinen Arm nicht gebrochen hätte.⁷

Wollen Sie bitte an Mrs. McCloy meine und meiner Frau freundlichen Grüße ausrichten. Ich selber bin infolge meines Unfalls arbeitsmäßig noch sehr gehemmt und muß ziemlich viel Geduld aufbringen, bis der Bruch geheilt ist.⁸

Mit bestem Gruß

Ihr

Theodor Heuss

⁶ Gemeint sind FDJ-Angehörige, die während der Ostberliner Weltjugendfestspiele nach Westberlin gekommen waren. Diese „III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten“ in Ostberlin besuchten vom 5. bis 19. 8 1951 über zwei Millionen FDJ-Mitglieder, darunter 35.000 aus der Bundesrepublik und 26.000 aus 104 anderen Nationen. Der Versuch von FDJ-Demonstranten, nach West-Berlin zu marschieren, führte am 15. 8. 1951 zu massiven Auseinandersetzungen mit der West-Berliner Polizei; unabhängig davon waren zahlreiche Teilnehmer der Weltjugendfestspiele unorganisiert nach West-Berlin gekommen, um zu diskutieren, ins Kino zu gehen oder Kaufhäuser aufzusuchen; vgl. A. RUHL, Stalin-Kult, S. 9–47.

⁷ Zur Haltung von Heuss zu Wagner und zu den Bayreuther Festspielen vgl. Nr. 24, Nr. 239.

⁸ McCloy dankte am 29. 8. 1951 für das Schreiben von Heuss, auf dessen Reaktion er gespannt gewesen sei, da sich häufig in der Post derartige Schreiben befänden; B 122, 443.

Nr. 88

An Hermann Hesse, Montagnola, Tessin, Schweiz

21. September 1951

Schweizerisches Literaturarchiv Bern, Hesse-Archiv, Ms L 83: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Übersendung zweier Reden; beabsichtigter Urlaub im Tessin und Besuchsankündigung

Lieber Herr Hesse!

In der Anlage übersende ich Ihnen zwei Ansprachen, die ich in den letzten Wochen gehalten habe, eine über Schiller, eine über Albert Schweitzer.² Es möchte mir scheinen, daß diese beiden Piècen aus meinen mancherlei Reden Sie sachlich und menschlich interessieren könnten.

Diese Zusendung soll als eine Art von Vorbote wirken. Es ist nämlich nicht unwahrscheinlich, daß ich in den ersten zwei Wochen des Oktober in Locarno sein werde. Bei meinem Sommerurlaub in Oberbayern habe ich mir, als ich einen Zaun überklettern wollte, durch einen ungeschickten Sturz die rechte Schulter luxiert und den rechten Oberarm total gebrochen, so daß ich 8 Wochen fest in Gips gelegen bin.³ Die Ärzte haben nun die Auffassung, daß ich den total verdorbenen Sommerurlaub ein bißchen nachholen soll und daß, nachdem der Gips seit vorgestern weg ist und die etwas schmerzhaften Armbewegungen in Gang gekommen sind, ein zweiter Urlaub doch recht erwünscht sei und daß für diese Jahreszeit eigentlich nur der Tessin in Frage komme, den ich selber seltsamerweise nur vom Durchfahren nach Italien kenne.

Nun ist es so: Der Chef meines Präsidialamtes⁴ ist der Sohn von Theodor Klaiber. Von Manfred Klaiber höre ich, daß an Ihrem Haus die freundliche Aufforderung an den Wanderer gerichtet ist, sich nicht als Störenfried einzufinden. Für solche Warnung und Bitte habe ich das lebhafteste Verständnis, der ich selber in dauernder Abwehrhaltung gegenüber unerwarteten Überfällen bin. Aber es würde mich persönlich recht freuen, wenn wir uns nach so langer Zeit einmal wieder sehen könnten. Ich würde auch gern Hans Purmann begrüßen, den ich das letzte Mal im Sommer 1939 in Florenz getroffen habe. Aber ich werde den Besuch bei Ihnen nur dann unternehmen, wenn ich nicht gerade in eine für Sie unerwünschte Situation komme. Deshalb frühzeitig diese Zeilen. Ich werde hier

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 299 und DLA, A: Heuss, 73.4128: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Gemeint sind die Reden anlässlich der Einweihung des Berliner Schiller-Theaters am 5. 9. 1951 sowie zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an Albert Schweitzer am 16. 9. 1951 in Frankfurt a. M.; B 122, 220.

³ Vgl. Nr. 82, Nr. 86, Nr. 87.

⁴ Klaiber.

am 28. September wegfahren und dann vermutlich am 29. oder 30. in Locarno im Park-Hotel mit meinem Sohn, der in Lörrach eine kleine Fabrik leitet,⁵ für 14 Tage zusammensein. Die letzten 8 Tage wird wohl auch meine Frau zu uns stoßen.⁶

Mit guten Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 89

An Dr. Fritz Wertheimer, Porto Alegre, Rio Grande do Sul, Brasilien

24. September 1951

DLA, A: Wertheimer, 89.60.1/6: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Rückkehr deutscher Emigranten; Institut für Auslandsbeziehungen; Gesundheitszustand

Lieber Wertheimer!

Freundlichen Dank für Ihren großen Brief.²

Sie sind nachsichtig genug, von mir keine entsprechende große Antwort zu erwarten, denn bei dem täglichen Posteingang, ich darf wohl sagen aus der ganzen Welt, der täglich etwa 300 Briefe beträgt, kann ich nur einen geringen Teil selber behandeln. Und wenn ich sie der Länge entsprechend beantworten wollte, so würden auch bei mir die Nächte noch stärker in den Morgen hineinwachsen, als sie es jetzt schon tun.

⁵ Ernst Ludwig Heuss leitete in Lörrach die Wybert GmbH.

⁶ Nach dem Besuch schrieb Heuss der Frau von Hermann Hesse, dass er sich gefreut habe, „Ihren Gatten nach so sehr langer Zeit, da wir uns zuletzt begegnet waren, in einer so heiter-gelassenen Stimmung anzutreffen“; N 1221, 299; vgl. auch Nr. 106. Heuss korrespondierte seit 1910 mit Hesse und blieb seinem Landsmann zeit seines Lebens freundschaftlich verbunden. Im Ersten Weltkrieg hatte er ihn gegen den Vorwurf des „Vaterlandsverrates“ verteidigt; vgl. TH. HEUSS, *Aufbruch*, S. 316f, 469f.

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 299 und B 122, 2084: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Wertheimer an Heuss, 7. 9. 1951, in: B 122, 2084. Wertheimer war 1939 nach Brasilien ausgewandert. In seinem Schreiben an Heuss beklagte er, dass Deutschland nach 1945 die Emigranten nicht öffentlich aufgefordert habe, in ihr Heimatland zurückzukehren. Denjenigen, die den Weg wieder nach Deutschland gefunden hatten, sei die Wiedergutmachung verweigert worden. Dies würde nicht zu der von Heuss angemahnten „Kollektivscham“ passen. Wertheimer, 1918–1933 Geschäftsführer des Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart, zeigte sich verbittert darüber, dass sich das Institut nach 1945 nicht an ihn gewandt, sondern die Stelle des Geschäftsführers ausgeschrieben habe, obwohl seine Wiedergutmachungsansprüche vorlägen.

Den Unterton Ihres Briefes weiß ich wohl zu würdigen. Er begegnet mir auch in manchen anderen Briefen. Meine eigene Erfahrung ist die, daß Rückberufungen von emigrierten Leuten, ich war an dem Versuch wiederholt beteiligt, scheiterten, weil die Kinder in dem neuen Heimatland sich seelisch, beruflich, auch durch Eheschließungen, verfestigt hatten.³ Eine generelle Aufforderung, die Sie mir vortrugen, wäre nach meinem durchschnittlichen Gefühl ein Mißerfolg gewesen und hätte psychologisch für die Welt wahrscheinlich anders gewirkt. Ich kenne auch Fälle von mir nahe stehenden Menschen, die mit dem Besatzungsregime hierher kamen,⁴ denen hier relativ gute Stellungen angeboten wurden, die aber die Ungewißheiten, die über Deutschland liegen, sodann, bei aller inneren Verhaftung an das Land, höher bewertet haben, was keinem übelgenommen werden kann. Im übrigen aber ist das nun doch nicht so, daß die Rückkehrer hier Fremdlinge geblieben seien. Etwa ein Mann wie Brauer wurde Erster Bürgermeister in Hamburg, ein Mann wie Dr. Katz 2. Präsident des Verfassungsgerichtshofes, auch von den Geistesgeschichtlern sind einige an die Hochschulen zurückgekehrt (Rothfels in Tübingen, Schoeps in Erlangen). Wenige Naturwissenschaftler sind dabei, weil das Instrumentarium für Forschung draußen opulenter ist als hier.

Über die einzelnen Vorgänge bei dem Stuttgarter Auslandsinstitut⁵ kann ich Ihnen nun nichts sagen. Ich habe mich, da ich mit Wanner nichts mehr zu tun haben wollte, seit über 2 Jahren gar nicht mehr darum gekümmert und es auch abgelehnt, Wanner zwischendurch einmal hier zu empfangen.⁶ Meine Stunden sind, wie Sie sich denken können, sowieso bis an den Rand gefüllt.

³ So zum Beispiel der Maler und Freund von Heuss, Reinhold Nägele; vgl. Heuss an Nägele, 17. 5. 1946 und 14. 10. 1946, in: TH. HEUSS, *Erzieher*, S. 167–170, 218–220.

⁴ So zum Beispiel Heuss' emigrierter Freund Gustav Stolper und dessen Söhne, die als Mitarbeiter der amerikanischen Militärregierung eine Zeit lang in Deutschland tätig waren.

⁵ Das Deutsche Ausland-Institut war 1917 in Stuttgart mit dem Ziel der Vertretung deutscher Interessen im Ausland gegründet worden. Nach 1933 gleichgeschaltet, ließ es sich in den Dienst der nationalsozialistischen Volkstumspolitik nehmen. 1949 erfolgte die Neugründung in Stuttgart unter der Bezeichnung „Institut für Auslandsbeziehungen“; vgl. E. RITTER, *Deutsche Auslandsbeziehungen*, S. 148–152. Bei der offiziellen Eröffnung des Instituts hielt Heuss am 2. 12. 1951 eine Ansprache; abgedruckt in: TH. HEUSS, *Würdigungen*, S. 350–368. Heuss gehörte in der Weimarer Republik dem Bund der Auslandsdeutschen als stellvertretender Vorsitzender an. Zu den Beziehungen von Wertheimer und Heuss zum Institut vgl. H. BOTT / H. LEINS, *Begegnungen*, S. 103–106.

⁶ Heuss hatte Theodor Wanner, 1917–1933 Vorstandsvorsitzender des Instituts, am 5. 5. 1950 auf dessen wiederholtes Bitten um einen Gesprächstermin an Bott verwiesen, der sein Vertrauen besitze, seine Auffassung kenne und dessen Information genüge. Wegen Auseinandersetzungen, die ein Jahr zurücklagen, habe sich Heuss aus der Zusammenarbeit mit dem Institutsvorstand zurückgezogen und eine Mitgliedschaft im Vorstand abgelehnt, „da ich bei der vollkommenen Verschiedenheit unserer Naturen die Ansicht gewann, daß ich meine an sich begrenzte Arbeitszeit und Arbeitskraft nützlicher an anderen Stellen einsetze.“ Erforderliche Aussprachen und Erklärungen seien auch ohne persönliche Beteiligung von Heuss möglich; Heuss an Wanner, 5. 5. 1950, in: B 122, 454.

Der Oberarmbruch im Juli war eine sehr lästige Angelegenheit. Zwei Monate lang war ich total eingegipst; jetzt bin ich die Last los und mache etwas schmerzhaftige Bewegungsübungen.⁷ Die Ärzte wünschen, daß ich den mißglückten Urlaub noch nachhole.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Theodor Heuss

Nr. 90

An Hermann Maas, Heidelberg

25. September 1951

BArch, B 122, 2084: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Offizielle Kontakte zu Juden

Verehrter Herr D.² Maas!

Freundlichen Dank für Ihren Brief vom 15. 9.,³ dessen Beantwortung sich etwas verzögert hat. Der tägliche Posteingang geht in die Hunderte von Briefen, und ich selber bin bei sonstiger laufender Überbeanspruchung in den vergangenen Wochen durch einen Oberarmbruch arbeitsbehindert gewesen.

Nun ist es so, daß ich über das jüdische Problem mit jüdischen Vertretern selber zahllose Besprechungen gehabt habe und, was an mir liegt, für eine förderliche und positive Regelung nicht nur der seelischen, sondern auch der rechtlichen Dinge eh und je eingetreten bin. Aber es ist so, daß auch innerhalb der Juden, sowohl der deutschen wie der fremden, mit denen ich sprach, die Problematik des offiziellen Verkehrs sehr verschieden beurteilt wird, wie ja auch etwa die Frage, ob innerhalb der Bundesregierung eine Stelle zur besonderen Behandlung jüdischer Dinge eingerichtet werden solle, von manchen Juden positiv, von anderen völlig negativ beantwortet wird.⁴

⁷ Vgl. Nr. 83, Anm. 4.

¹ Verfügung: „Vor Abgang Herrn Min.Dir. Dr. Klaiber vorzulegen“ mit Paraphe Klaibers; weiterer Nachweis: N 1221, 299: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Die Universität Heidelberg hatte Maas 1947 den theologischen Ehrendoktor verliehen.

³ In diesem Schreiben hatte Pfarrer Maas angeregt, den Staat Israel bei einer drohenden Hungersnot zu unterstützen und damit zum Frieden beizutragen; B 122, 2084.

⁴ Erich Lüth, dem Leiter der Staatlichen Pressestelle Hamburgs, schrieb Heuss am 30. 11. 1951 vertraulich, er habe sich „von Anbeginn für eine möglichst rasche und anständige Regelung der jüdischen Dinge eingesetzt“, die jedoch sehr schwierig seien. Sein „sehr früher Vorschlag“ zur Errichtung einer Zentralstelle für die Regelung „jüdischer Angelegenheiten“ sei von der Mehrzahl der Juden, mit denen er gesprochen habe, „abgelehnt worden, weil die Vorstellung von dem

Ich selber habe mich schon vor geraumer Zeit einmal, da eine israelische Vertretung Deutschland gegenüber nicht vorhanden ist,⁵ bereit erklärt, an einer privaten Stelle mit dem jüdischen Konsul in München, der nur bei den Besatzungsmächten akkreditiert ist, zusammenzukommen, um das Atmosphärische zu klären. Aber die Bereitschaft meinerseits ist von der anderen Seite nicht weiter verfolgt worden. – Kürzlich ist mir ein in England lebender ehemaliger deutscher jüdischer Mann zum Besuch angekündigt worden, der in Israel war.⁶ Ich habe ihm sagen lassen, daß ich ihm zur Verfügung stehe; er hat sich bis jetzt noch nicht gemeldet. Eine andere prominente jüdische Stelle aber, an die wir uns um Auskunft über den Betreffenden wandten, hat nichts anderes gewußt als uns vor ihm zu warnen.⁷ Es ist also ungeheuer schwierig, sich hier zurecht zu finden.

Ich habe, wie Sie ja wohl wissen werden, dem Herausgeber des „Aufbau“ in New York⁸ kürzlich ein Interview gegeben,⁹ von dem ich Ihnen einen Abdruck beilege. Es ist auch, wie ich weiß, eine Erklärung der Regierung zu dem Komplex in Aussicht genommen, deren Entwurf ich durchsah und zu ergänzen suchte, aber auch hier scheinen bestimmte Vorklärungen noch nicht abgeschlossen zu sein.¹⁰ Ich selber dränge dem Bundeskanzler wie auch dem Auswärtigen Amt gegenüber – mit beiden bin ich im Grundsätzlichen einer Meinung – in dieser

„Judenreferat“ aus der Nazizeit noch nachwirkt. Würde jetzt von mir eine caritative Aktion für jüdische Menschen eingeleitet werden, so wäre die große Gefahr vorhanden, daß dies als eine Ersatzleistung oder als eine Ablenkung von den rechtlichen und ökonomischen Kernfragen gewertet würde.“ Die Situation sei psychologisch problematisch; N 1221, 300. Vgl. zu Heuss frühem Engagement in dieser Sache Heuss an die „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland“, 19. 9. 1949, Durchschlag an Blankenhorn, in: StBKAH, III/47.

⁵ Diplomatische Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland wurden erst 1965 aufgenommen.

⁶ Richard Friehs hatte am 10. 9. 1951 Heuss gebeten, Joseph Braunsberg zu empfangen, der einen Plan zur Versöhnung von Deutschen und Juden vorstellen wolle; B 122, 2083.

⁷ Heuss hatte sich bei Karl Marx, Chefredakteur der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“, nach Braunsberg erkundigt, der diesen als nicht vertrauenswürdig einschätzte; Telefonnotiz vom 19. 9. 1951, in: ebd. Heuss empfing Braunsberg dennoch am 24. 9. 1951 zu einer Unterredung; vgl. Vermerk vom 4. 10. 1951, in: ebd.

⁸ Manfred George war seit 1939 Chefredakteur der in New York erscheinenden deutsch-jüdischen Wochenzeitung „Aufbau“.

⁹ „Interview mit Präsident Heuss. Der Leiter der westdeutschen Bundesrepublik diskutiert mit dem Chefredakteur des ‚Aufbau‘ die aktuellen Fragen des deutschen Wiederaufstiegs, von Manfred George“, in: Aufbau XVII, Nr. 29, 20. 7. 1951; Neue Zeitung, 18. 7. 1951; vgl. dazu auch S. BAUER-HACK, Jüdische Wochenzeitung Aufbau, S. 141–144.

¹⁰ Heuss hatte eine solche Erklärung der Bundesregierung unterstützt und dieser am 4. 9. 1951 Bemerkungen „zur Erklärung der Bundesregierung zur Judenfrage“ zukommen lassen; B 122, 2080. Der Bundeskanzler folgte den Verbesserungs- und Ergänzungsvorschlägen von Heuss größtenteils. Am 27. 9. 1951 gab Adenauer eine Regierungserklärung über die „Haltung der Bundesregierung gegenüber den Juden“ ab, mit der die Politik der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts gegenüber den Juden eingeleitet wurde; vgl. N. HANSEN, Schatten, S. 119–126.

Richtung, aber ich sehe, wie die Überlastung die Verwirklichung von Absichten immer wieder verzögert.

Dieser Brief hat natürlich nur einen ganz privaten und vertraulichen Charakter. Ob Ihre unmittelbare Anregung zu verwirklichen ist, hängt ja mit davon ab, wie weit ein vertrauensvolles Gespräch zustande kommt, denn die Regierung kann nicht mit einer Bereitwilligkeitsgeste an die Öffentlichkeit treten, um nachher einen gekränkten Refus zu erleiden. Ob die von Ihnen angeregte Aktion sachlich innerhalb der deutschen Etatgestaltung möglich ist und wie weit, vermag ich ohne Unterlagen nicht zu beurteilen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Th. Heuss

Nr. 91

An Dr. Kurt Schumacher, Vorsitzender der SPD und ihrer Bundestagsfraktion,
Bonn

27. September 1951

BArch, B 122, 591: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Zusendung der Einführung von Theodor Heuss zu Otto von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“

Sehr geehrter Herr Dr. Schumacher!

Es ist mir nicht bekannt, was das Schicksal Ihrer politischen Bibliothek geworden ist.²

Der Safari-Verlag, der Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ neu herausbrachte und dem ich aus diesem Anlaß einen größeren Essay geschrieben habe,³ sandte mir eine ziemlich große Anzahl von Bänden, so daß ich mir die Freiheit nehme, sie an Männer zu verteilen, in deren Bibliothek ich normalerweise dieses Buch vermuten würde. Aber das „normalerweise“ ist ja durch die Vernichtung zahlloser Bibliotheken ausgelöscht worden.⁴

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 299: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Über die Situation der eigenen Bibliothek schrieb Heuss an Hermann Mau, dem Leiter des Instituts für Zeitgeschichte: „Im ganzen konnte ich ja meine Bibliothek retten, aber einige Kisten, gerade auch mit historischer Literatur (und meinen eigenen Aufsätzen), sind auf einem der Transporte verloren gegangen“; Heuss an Mau, 21. 3. 1952, in: N 1221, 302.

³ Vgl. Nr. 70, Nr. 78.

⁴ Heuss hatte dem Verleger Jaspert, der ihm 200 Exemplare der „Gedanken und Erinnerungen“ zusenden wollte, am 24. 8. 1951 gedankt: „Ich habe schon festgestellt, daß ich damit einigen mei-



Abb. 14: Theodor Heuss und Kurt Schumacher während des ersten Bundespresseballs in Bad Neuenahr, 17. 11. 1951

Meine Einleitung, die Sie in geruhsameren Zeiten vielleicht interessieren wird – falls solche geruhsameren Zeiten kommen werden –, macht den Versuch, innerhalb der Bismarckdiskussion die falsche Thesenbildung ein bißchen zu entwirren und der Generation, für die Bismarcks Begriffswelt fremd geworden ist, den Zugang zum historischen Verstehen zu erleichtern.⁵

Kein Mißverständnis – die Sendung ist nicht pädagogisch gedacht!⁶

Mit freundlichem Gruß
Ihr

Th. Heuss

ner Mitarbeiter, die ihre Bibliotheken verloren haben, eine große Freude machen kann.“ Die Zahl der Exemplare bat Heuss zu verringern und ihm stattdessen mehr Sonderdrucke seiner Einleitung zukommen zu lassen. Zu dem Vorschlag des Verlegers, auch einige Leder- und Halblederbände vorzusehen, hatte Heuss gemeint: „Ich will nicht nein sagen, aber wir wollen die Sache doch auch nicht übertreiben. Das würde dann eben ein Hochzeitsgeschenk werden!“; N 1221, 298.

⁵ Vgl. Nr. 70.

⁶ Eine Antwort von Schumacher ließ sich nicht ermitteln.

Nr. 92

An Dr. Hans Kollwitz, Berlin-Lichtenrade

2. November 1951

BArch, B 122, 2048: ms. Entwurf, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. Th.H./R.) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Wiederherstellung der „Elternplastik“ von Käthe Kollwitz; Kontaktaufnahme zum Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Sehr geehrter Herr Doktor Kollwitz!

Für Ihren Brief sage ich Ihnen besten Dank.² Die Elternfiguren für den Soldatenfriedhof, die Ihre Mutter geschaffen hat, sind mir aus der Aufstellung der Gipsabgüsse im ehemaligen Kronprinzen-Palais³ durchaus vertraut. Ich habe erst durch Sie aus Ihren Zeilen erfahren, daß auch sie, wie die Gipsform, ein Opfer der Kriegszerstörungen geworden sind.

Ich teile Ihre Auffassung, daß es erwünscht sein muß, auf deutschem Boden dieses künstlerisch wie menschlich gleich starke Werk mit zu besitzen, und will Ihnen mit diesem Brief eben nur die Auskunft geben, daß ich mich im Sinne Ihrer Anregung bemühen werde.

Ich will zunächst mit dem Volksbund „Deutsche Kriegsgräber-Fürsorge“ in Verbindung treten,⁴ weil ja dort Beziehungen und Erfahrungen gesammelt sind. Man wird mich auch dort wegen der rechtlichen und technischen Dinge beraten können. Es wird dann ein Überschlag über die finanzielle Seite notwendig sein. Würde mein Freund Paul Beck in Stuttgart noch leben, der ja ein großer Verehrer Ihre Frau Mutter war und auch mit ihr in Verbindung stand, so würde die Finanzierung kaum Schwierigkeiten machen. Ich nehme aber an, daß, wenn man einen Überblick über die Kosten besitzt, es sicher gelingen wird, entweder aus öffentlichen Mitteln oder durch einen Beitrag des Volksverbandes „Deutsche Kriegs-

¹ Unten auf der ersten Seite Vermerk vom 7. 11. 1951: „R[egierungs]A[mtmann] Stein ist m. W. ein besonderer Kollwitz-Freund, <Je>“; weiterer Nachweis: N 1221, 300: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Kollwitz an Heuss, 20. 10. 1951, in: B 122, 2048. Kollwitz hatte darum gebeten, dass Gipsformen der Elternfiguren, die seine Mutter für den Soldatenfriedhof Roggevelde bei Dixmuiden geschaffen hatte und deren Gipsabzüge in Berlin zerstört worden waren, hergestellt würden. Die 1932 fertiggestellte Elternplastik war in Erinnerung an Käthe Kollwitz' im Ersten Weltkrieg gefallenen Sohn Peter entstanden.

³ Kronprinzenpalais in Berlin, Unter den Linden.

⁴ Heuss an den Beauftragten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, 2. 11. 1951 in: B 122, 2048. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. wurde im Dezember 1919 gegründet und betreibt im Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewalt die Pflege von Kriegsgräbern im In- und Ausland. Heuss übernahm mit Schreiben vom 6. 12. 1952 die Schirmherrschaft über den Volksbund; B 122, 637.

gräber-Fürsorge“ oder durch eine private Sammlung, die ich selber versuchen würde, die notwendigen Kosten aufzubringen.

Eine Verständigung über den Platz würde sich dann gewiß auch ergeben, es sind ja auch im Bereich der Bundesrepublik eindrucksvolle Massenruhestätten heute schon geschaffen.

Dabei würde vermutlich für den Gang der Verhandlungen eine Frage als Erleichterung vorher beantwortet sein müssen. Die von mir in Aussicht genommenen Verhandlungen werden psychologisch sicher dann leichter möglich sein, wenn ich mitteilen kann, daß von der Seite der Erben von Käthe Kollwitz auf die Rechte eines, banal gesprochen, Reproduktionshonorars verzichtet sei. Ich bringe diese Sache gleich offen zur Erörterung, damit nicht hinterher durch Rückfragen Ungewißheiten entstehen. Ich persönlich halte diese Frage nicht schlechthin für eine Voraussetzung für die Förderung Ihrer Anregung, aber eine entgegenkommende Beantwortung für eine Erleichterung.⁵

Mit besten Empfehlungen

Theodor Heuss

Nr. 93

An die Geschäftsleitung der Robert Bosch GmbH, Stuttgart

3. November 1951

BArch, B 122, 2262: ms. Schreiben, Durchschlag, ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“⁴
Bosch-Biographie von Theodor Heuss und die Entflechtung des Bosch-Konzerns

Sehr geehrte Herren!

Vor einiger Zeit erfuhr ich bei dem Gespräch mit einem der Herren von der Geschäftsleitung,² daß in der Auseinandersetzung der Robert Bosch GmbH mit dem

⁵ Hans Kollwitz verzichtete auf das Reproduktionshonorar, wie Heuss dem Volksbund am 13. 11. 1951 mitteilte; B 122, 2048. Heuss setzte sich im folgenden für den Aufstellungsort in Köln ein und sprach, wie er Hans Kollwitz zugesagt hatte, bei der Einweihung; Heuss an Hans Kollwitz, 12. 1. 1956, in: ebd.; Einweihungsrede von Heuss in St. Alban, Köln, 21. 5. 1959, in: B 122, 252; vgl. auch Heuss an Heise, 20. 5. 1959, in: N 1221, 355; Heuss an Benno Reifenberg, 23. 5. 1959, in: B 122, 2217.

¹ Das Schreiben wurde, wie ein Zusatz unter der Anschrift deutlich macht, weitergeleitet „über Herrn Dr. Otto Fischer, Stuttgart-Degerloch“; Az. I/14-e-; weiterer Nachweis: N 1221, 300: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Vermutlich gemeint Otto Fischer, der Mitglied der Geschäftsführung und mit Heuss befreundet war; vgl. auch Anm. 5.

Dreimächte-Court for Deconcentration Appeals meine Biographie von Robert Bosch³ eine Rolle spiele, indem das Buch dazu benutzt wird, mit Einzelzitate die Einwendungen gegen die Robert-Bosch-GmbH zu unterbauen.⁴

Ich danke Ihnen, daß Sie mir auf meinen Wunsch die Art mitgeteilt haben, in der dieser Versuch gemacht wird. Ich bin, wie Sie wissen, durch einen Unfall und später durch eine notwendig gewordene Erholungsreise nicht dazu gekommen, zu der Sache Stellung zu nehmen, hoffe aber, daß die Stellungnahme, die ich Ihnen mit diesen Zeilen zugehen lasse und deren beliebige zweckdienliche Verwendung ich Ihnen anheim stelle, nicht zu spät kommt.

Ich kann mich ja mit dem Prozeß im einzelnen nicht weiter beschäftigen und besitze auch nicht mehr alle stenographischen Notizen, die ich mir bei der Vorbereitung des Buches aus Akten und Briefen, aus dem „Bosch-Zünder“⁵ und aus Unterhaltungen gemacht habe.⁶ Aber es findet sich in dem Schriftsatz⁷ eine Bemerkung, die mich zu einer grundsätzlichen Stellungnahme bzw. Berichtigung geradezu herausfordert. Jene Bemerkung lautet:

„Dieses Buch wurde 1946 in Stuttgart auf Anregung der Robert Bosch GmbH veröffentlicht und wurde als ein Teil des gesamten Bosch-Berichts vorgelegt. Der Zweck des Buches scheint eine Verherrlichung von Robert Bosch und seines Industriereiches zu sein.“

³ TH. HEUSS, Robert Bosch.

⁴ Mit der „Deconcentration“, d. h. der Entflechtung, sollte nach Art. 12 des Potsdamer Abkommens vom 2. 8. 1945 übermäßige Konzentration der Wirtschaftsmacht einzelner Firmen bzw. Konzerne durch Zerschlagung in Einzelunternehmen begegnet werden. Entsprechend diesen Beschlüssen sollte auch die Robert Bosch GmbH dezentralisiert werden. Ein Entflechtungsbescheid der US-Militärregierung hatte 1948 angeordnet, alle Firmenteile außerhalb Stuttgarts auszugliedern. Vor dem Berufungsgericht, das die Dekonzentrationsmaßnahmen der Militärregierung behandelte, wurde seit 1948 die angeordnete Entflechtung des Bosch-Konzerns verhandelt. Von der amerikanischen Anklage wurde hierbei die Bosch-Biographie von Heuss als Beleg für die kriegstreiberische Rolle der Firma herangezogen. Otto Fischer hatte am 27. 7. 1951 Heuss darauf hingewiesen und ihn gebeten, in dieser Angelegenheit Stellung zu beziehen. Heuss bot daraufhin am 2. 8. Fischer an, „einen Brief zu schreiben, den Ihr vorlegen könnt, indem ich mein Erstaunen zum Ausdruck bringe, daß mein Buch in solchem Sinne gebraucht und mißverstanden wird.“ Mit dem Buch sei keine „Verherrlichung von Robert Bosch und seines Industriereiches“ beabsichtigt gewesen, sondern „eine bedeutende und eigengewachsene Persönlichkeit in ihren psychologischen und persönlichen Voraussetzungen darzustellen und damit gleichzeitig einen Beitrag zur politischen, ökonomischen, technischen und allgemein geistigen Geschichte Deutschlands zwischen 1890 und 1914 zu geben“; alle Schreiben in: B 122, 2262. Heuss schaltete in dieser Angelegenheit auch den Bundeskanzler ein; vgl. Heuss an Adenauer, 23. 10. 1951, in: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 91f. Adenauer teilte daraufhin Heuss mit, die Bundesregierung wolle nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen; Adenauer an Heuss, 12. 11. 1951, in: ebd., S. 92.

⁵ Betriebszeitschrift der Bosch GmbH.

⁶ Zur Entstehung der Bosch-Biographie vgl. E. W. BECKER, Biographie, S. 62–65.

⁷ Vgl. den Schriftsatz der Rechtsabteilung der Robert Bosch GmbH, 27. 7. 1951, in: B 122, 2262.

Dazu ist folgendes zu sagen, was ein loyaler Leser des Buches aus meinem Vorwort entnehmen konnte:

Dieses Buch ist nicht auf Anregung der Robert Bosch GmbH 1946 veröffentlicht worden, sondern seine Veröffentlichung geschah auf Grund eines von Bosch völlig unabhängigen Verlags-Vertrages mit meinem Verleger.⁸ Das Vorwort teilt das Notwendige mit. Robert Bosch hatte, da er einige meiner Bücher kannte und, wie ich wohl sagen darf, schätzte, kurz vor seinem überraschenden Tod die Frage aufgeworfen, ob ich, da er von anderen Versuchen nach der psychologischen Seite nicht befriedigt war, den Gedanken erwägen könne, seine Lebensleistung im sozialen, politischen, pädagogischen Raum darzustellen. Daß mein Buch dann in gewissem Sinn auch zu einer Firmengeschichte ausgewachsen ist, lag gar nicht in den ursprünglichen Intentionen der Anregung zu dem Werk, sondern ergab sich für mich schier zwingend aus wissenschaftlich-literarischen Gründen in der Durchführung der Arbeit. Ich habe das Buch nicht „zur Verherrlichung von Robert Bosch und seines Industriereiches“ geschrieben, wenn freilich mit einer lebhaften inneren, doch keineswegs unkritischen Teilnahme an der außerordentlichen menschlichen Erscheinung von Robert Bosch. Die Robert Bosch GmbH hat mir die Akten des Privatarchivs von Robert Bosch zur Verfügung gestellt, im übrigen die veröffentlichten Geschäftsberichte. Ich habe die Hilfe von Firmenmitgliedern in Anspruch genommen bei der Überprüfung der spezifisch technischen Darstellungen, da ich auf diesem Gebiet kein Fachmann bin und keine falschen Begriffe verwenden wollte. Im übrigen hat niemand in der Firma den Anspruch erhoben, auf die Grundhaltung des Werkes oder auf Einzelbeurteilungen von Vorgängen und Persönlichkeiten einen Einfluß zu nehmen. Die etwa dafür in Frage kommenden leitenden Herren der Robert Bosch GmbH kannten mich genügend, um zu wissen, daß ich als Schriftsteller wie als historisch-wissenschaftlich arbeitender Mann kein Reklame- und Preisbuch für eine Firma schreiben würde (die dergleichen übrigens gar nicht nötig hatte), sondern daß ich auf meine eigene wissenschaftliche Verantwortung und nach meiner eigenen schriftstellerischen Ausdrucksweise zu arbeiten gewohnt war. Eine größere Anzahl von Werken, die ich verfaßt habe, möge für den einsichtigen Menschen dafür als Ausweis gelten.

Ich verwahre mich um der historisch-wissenschaftlichen Eigenleistung meines Buches willen gegenüber der falschen Sicht, die offenbar gesucht wurde. Das Werk ist im Frühjahr 1945 abgeschlossen gewesen und hat keine Änderungen mehr erfahren. Daß das Buch zur Kenntnisnahme des Wachstums der Unternehmungen von Robert Bosch mit herangezogen wird, ist ja bei dem eigentümlichen und merkwürdigen Charakter seiner Geschichte verständlich genug, aber daß man ein Werk, das sich bemühte, nicht auf politische Aktualitäten der Gegenwart und der Zukunft zu schielen, jetzt benutzen will – im Heranholen von Einzel-

⁸ Rainer Wunderlich Verlag in Stuttgart und Tübingen, geleitet von Hermann Leins.

abschnitten – als Anklagematerial, erscheint mir geradezu grotesk und im letzten aller fairness entbehrend.

Mit den besten Empfehlungen

Theodor Heuss

Nr. 94

An Heinrich Landahl, Kultursenator, Hamburg

6. November 1951

BArch, N 1221, 300: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Haltung der Kultusminister in der Frage der Nationalhymne

Sehr geehrter Herr Landahl!

Freundlichen Dank für Ihren Brief.² Es war mir neu, daß ich Wert darauf lege, die Stellungnahme der Ständigen Konferenz der Kultusminister zu der Bundeshymne schriftlich formuliert zu erhalten. Es ist mir auch nicht in Erinnerung, daß Sie mir bei dem Hamburger Besuch mündlich über die Sache berichtet hätten, aber es mag sein, daß Sie dabei von der Sache geredet haben oder die Absicht hatten, davon zu reden.

Ihr Brief als solcher hat mich, verzeihen Sie, sehr wenig befriedigt. Ich hatte Sie im Januar, als Sie mich hier besuchten, gebeten, bei der Kultusministerkonferenz die Anregung zu geben, daß die Schröder-Reutter-Hymne in den Schulen mitgelehrt würde. Offenbar ist aber, wenigstens nach dem, was ich später davon erfuhr, in dieser Form die Frage gar nicht weiter erörtert oder vertieft worden.³ Meine Bitte konnte nur den Sinn haben, das neue Lied wie eben andere

¹ Verfügung: „Vor Abgang Herrn Min.Dir. Klaiber vorzulegen“; weiterer Nachweis: B 122, 2239: ms. Schreiben, Durchschrift.

² Landahl an Heuss, 3. 11. 1951, in: B 122, 2239. Als Präsident der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder hatte Landahl Heuss mitgeteilt, dass – mit Ausnahme von Württemberg-Baden – die Minister der Bundesländer der Auffassung seien, dass es zwischen den Ministern der Bundesregierung und zwischen den Parteien widersprechende Aussagen zur Nationalhymne gebe: „Alle Kultusminister waren und sind der Meinung, daß die Schulkinder in die akute Auseinandersetzung über die Nationalhymne nicht hineingezogen werden dürfen, was durch die Elternhäuser bestimmt geschehen würde. – Sobald eine endgültige Entscheidung über die Nationalhymne gefallen ist, werden selbstverständlich alle Kultusminister es als ihre erste Verpflichtung ansehen, dafür zu sorgen, daß in allen Schulen diese Hymne gelernt und gesungen wird. – Diesen Standpunkt haben die Kultusminister in ihrer letzten Konferenz noch einmal ausdrücklich bestätigt“.

³ An Rudolf Alexander Schröder schrieb Heuss am 8. 5. 1952 in der resignativen Begründung seiner Abkehr von dessen Hymnen-Text, im Januar 1951 hätten die Kultusminister „Zusagen gemacht [...], die nicht eingehalten wurden“; B 122, 2242.

in den Liederschatz, der in den Volksschulen gepflegt wird, einmal aufzunehmen, ohne daß von den Kultusministern damit eine politische Stellungnahme erwartet wurde. Es war die Frage, ob Sie bereit wären, den Versuch der Rezeption der „Hymne“ mit zu stützen. Eine große Anzahl von Lehrern hat mir unmittelbar geschrieben, daß sie die Hymne sogar in den Wochenrhythmus ihres Unterrichts eingeschaltet hätten.

Erst dadurch, daß Sie dieser meiner Anregung, die Sie zunächst freundschaftlich aufgenommen hatten, nicht Folge leisteten, ist dieser Zustand, von dem Sie heute sprechen, eingetreten, daß die Kultusminister nicht zu wagen scheinen, ein Gedicht, dessen Qualität unbestritten ist, mit einer Melodie, die zumindest ernsthaft gewürdigt wird, von der Schule aufnehmen zu lassen. Sie können sich denken, daß Ihr Argument, daß die Schulkinder nicht in akute Auseinandersetzungen über die Nationalhymne hineingezogen werden dürfen, auf mich den Eindruck totaler Verlegenheit gemacht hat.⁴

Einer der Herren Kultusminister, der von Rheinland-Pfalz,⁵ hat offenbar diese Verlegenheit nicht empfunden, sondern von sich aus die Hoffmann-Haydn-Hymne für die Schulen dekretiert und zwar, wenn die Zeitungen richtig gemeldet haben, schlicht und einfach als Nationalhymne.

Nun bin ich persönlich durchaus der Meinung, daß die wunderbare Haydn'sche Melodie, die ein Besitz der Nation ist, gelehrt und gelernt werden soll. Ich nehme an, daß das auch anderwärts geschieht. Aber Sie dürfen es mir nicht verübeln, wenn ich ausspreche, daß es mir schmerzlich ist, gerade bei Ihnen und den Unterrichtsministern nicht innere Lockerheit gefunden zu haben, die meinem Bemühen, den Hymnenstreit zu vermeiden, mit geholfen hätte. Denn es ist ja auch Ihnen bekannt, daß in der Stellungnahme, die die Sozialdemokratische Partei zur Frage des Deutschlandliedes herausgegeben hat,⁶ sich diese öffentlich gegen die Haydn-Hoffmann'sche Hymne gestellt hatte.

Mein inneres Anliegen war, einer Versteifung dieser Gegensätze mit einem neuen Versuch zu begegnen. Das hätte nun freilich atmosphärisch der Hilfestellung jener Organe bedurft, die eigentlich ein Spürgefühl für das Problem hätten besitzen müssen. Aber diese Stellen haben sich offenbar selber innerlich nicht frei gefühlt.

⁴ Nachdem Landahl als Präsident der Kultusministerkonferenz in der Plenarsitzung am 1./2. 10. 1951 die Bitte von Heuss um Stellungnahme vorgetragen hatte, war die einmütige Auffassung, „daß es nicht Sache der Kultusminister sei, für die Konstituierung einer Bundeshymne initiativ tätig zu werden“, da es hierzu noch sehr unterschiedliche Auffassungen gebe. Konflikte hierzu in Lehrer- und Schülerschaft müssten vermieden werden. Daher könne die Hymne nicht „zum Gegenstand schulischer Unterweisung“ werden. Landahl solle diese Auffassung dem Bundespräsident mitteilen; S. 11 des Protokolls der Kultusministerkonferenz, in: B 122, 2317.

⁵ Albert Finck (CDU).

⁶ Ließ sich nicht ermitteln.

Es tut mir leid, daß ich das schreiben mußte, aber ich bin in diesen Dingen für unbefangenes Aussprechen der Empfindungen.⁷

Mit bestem Gruß
Ihr

Th. Heuss

Nr. 95

An Wilhelm Pieck, Präsident der DDR, Berlin-Niederschönhausen
7. November 1951

BArch, N 1221, 300: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Kg) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „B[undes]P[räsident]“¹

Zurückweisung von Vorwürfen gegen Bundesregierung und Bundestag; unterschiedliche Beurteilung von Maßnahmen und Gesprächen für eine deutsche Wiedervereinigung

Sehr geehrter Herr Präsident,

Ihr Schreiben vom 2. November 1951 habe ich erhalten² und möchte Ihnen in Übereinstimmung mit der Bundesregierung, der von Ihren Mitteilungen Kenntnis gegeben wurde,³ folgendes erwidern:

Die Angriffe und Vorwürfe, die Sie in Ihrem Schreiben gegen Bundesregierung und Bundestag richten,⁴ sind unberechtigt und werden von mir entschieden zu-

⁷ An Hermann Reutter schrieb Heuss am 8. 5. 1952 wegen des Scheiterns seiner Bemühungen um eine Nationalhymne u. a.: „Für den Fehlgang der Entwicklung war ja mit verantwortlich die Tatsache, daß der frühere Vorsitzende der Konferenz entgegen der mir gemachten Zusage vor über 5/4 Jahren die Sache dort nicht mit Liebe und Nachdruck in die Hand genommen hat. Schließlich, nach einer leichten Anmahnung, zog er sich mit einer ungenügenden Ausrede überhaupt zurück“; B 122, 2242.

¹ Az. I/6/06; Verfügung: „schriftlich an alle Bundesminister“; weitere Nachweise: BArch, N 1239, 167 und Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv, NL Pieck, Ny 4036, 770: ms. Schreiben, Abschrift.

² Pieck an Heuss, 2. 11. 1951, in: BArch, B 136, 2127.

³ Klaiber ließ am 5. 11. 1951 fünf Doppel des Schreibens von Pieck an das Bundeskanzleramt senden als Beratungsgrundlage für die am nächsten Tag anstehende Kabinettsitzung; BArch, B 136, 2127. Am 7. 11. 1951 teilte Klaiber im Auftrag von Heuss dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Heinrich von Brentano das Schreiben an Pieck mit „in der Formulierung [...], wie sie die Zustimmung des Herrn Bundeskanzlers gefunden hat“. Nach Eingang beim Adressaten werde das Schreiben der Presse übergeben; BArch, N 1239, 167.

⁴ Pieck warf in seinem Schreiben der Bundesregierung vor, durch ihre Politik der Westintegration und der geplanten Wiederaufrüstung im Zuge einer Mitgliedschaft in der NATO die Spaltung Deutschlands zu vertiefen und die Gefahr eines Krieges auf deutschem Boden zu verschärfen. Deshalb schlug Pieck eine Zusammenkunft der beiden deutschen Staatsoberhäupter in Berlin vor,

rückgewiesen. Die von Ihnen aus diesem Anlaß gebrauchten Formeln sind uns aus der Presse der Ostzone vertraut genug. Es ist unrichtig, daß Bundesregierung und Bundestag in Bonn durch ihre Stellungnahme „jede Verständigung zwischen Ost- und Westdeutschland zu verhindern“ beabsichtigen; sie haben vielmehr durch ihre positiven und konstruktiven Vorschläge das Gegenteil klar bewiesen. Beide erkennen in der Wiedervereinigung der deutschen Nation das zentrale Problem des Volksschicksals; und wollte dies je einer vergessen, so würde die Anwesenheit der Millionen von Vertriebenen und politischen Flüchtlingen⁵ aus den deutschen Ostgebieten eine drängende Mahnung bleiben.

Ihre Beurteilung der gegenwärtigen Situation und die Tonlage, in der diese durch Ihre Worte zum Ausdruck gebracht wird, muß die Möglichkeit des von Ihnen angeregten Gesprächs von Anbeginn fragwürdig machen. Ihre Polemik gegen Bundesregierung und Bundestag ist von der Art, die die Ernsthaftigkeit Ihres Vorschlages erschüttert. Auf dieser Ebene ist eine Aussprache im Elementaren nutzlos und würde nur zu einer Quelle neuer Enttäuschungen werden. Ich fürchte auch, daß die Bemühung scheitern müßte, etwa für das von Ihnen gebrauchte Tagesschlagwort „Remilitarisierung“ oder für den Begriff des „Demokratischen“ die gemeinsame Basis der Umgrenzung zu finden.

Sie verwerfen, was die Voraussetzungen zur Durchführung freier Wahlen betrifft, den Vorschlag von Bundesregierung und Bundestag, mit der Überprüfung eine neutrale Kommission der „Vereinten Nationen“ zu beauftragen.⁶ Sie regen im Einverständnis mit Ihrer Regierung an, daß zu solchem Verfahren „eine aus Ost- und Westdeutschland zusammengesetzte Kommission unter Viermächtekontrolle der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs“ bestellt werde. Ich halte diesen Vorschlag, der im Grunde eine Neubelebung des „Kontrollrats“ bedeutet, unter dem gesamtdeutschen Aspekt des Weges zur staatlichen Unabhängigkeit für einen Rückschritt.

um mit Heuss die „Einberufung einer gesamtdeutschen Beratung“ zu erörtern. Auf diese Weise sollte „eine friedliche Einigung Deutschlands“ herbeigeführt und der „zwingend notwendige Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland“ beschleunigt werden. Zur Überprüfung der Voraussetzungen für die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen schlug er die Bildung einer aus West- und Ostdeutschen bestehenden Kommission vor; wie Anm. 2.

⁵ Schon vor Kriegsende begann eine groß angelegte und dann durch die Potsdamer Konferenz Anfang August 1945 sanktionierte Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien und aus dem Reichsgebiet östlich von Oder und Neiße, auf welche die Aufnahmeländer in Mittel- und Westdeutschland nicht vorbereitet waren. Unterbringung, Versorgung, Beschäftigung und Integration der bis 1950 12 Millionen Zwangsumgesiedelten (7,9 Mio. in der Bundesrepublik, 4 Mio. in der DDR) stellten für die Länder und Gemeinden eine ungeheure Belastung dar; vgl. W. BENZ, Vertreibung.

⁶ Der Bundestag hatte sich am 27. 9. 1951 für gesamtdeutsche Wahlen (einschließlich Berlin) unter internationaler Kontrolle ausgesprochen. Dem Generalsekretariat der UNO war am 5. 11. 1951 von den drei westalliierten Mächten der Vorschlag zugeleitet worden, die Möglichkeit gesamtdeutscher Wahlen zu behandeln; vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1951, S. XXXIX.

Die „friedliche Einigung Deutschlands“ wird sich nicht durch ein Gespräch mit ungewissen Voraussetzungen anbahnen, sondern wird sich als ein Akt der nationalen Selbst- und Neugestaltung vollziehen, wenn frei gewählte Vertreter des gesamten Volkes in freier Selbstverantwortung zu Rat und Beschluß zusammentreten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Theodor Heuss

Nr. 96

An Prof. Dr. Ernst Reuter, Regierender Bürgermeister von Berlin (West), Berlin-Schöneberg

12. November 1951

BArch, B 122, 2197: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H./R.) und von Klaiber ms. gez.; ms. Briefkopf: „Chef des Bundespräsidialamtes“¹

Schirmherrschaft über die Grüne Woche in Berlin

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Herr Bundespräsident, der ja, um keinen Verschleiß in dieser Branche eintreten zu lassen, Schirmherrschaften meistens ablehnt, hat mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß er Ihrer Bitte, die Schirmherrschaft über die „Grüne Woche“ in Berlin zu übernehmen, entsprechen wird. Er sieht in dieser Veranstaltung wesentlich ein Politikum.²

Der Herr Bundespräsident hat mich gebeten, Ihnen gleichzeitig freundliche Grüße zu senden.

Mit besten Empfehlungen bin ich

Ihr sehr ergebener

Dr. Klaiber

¹ Az. I/14/30; weiterer Nachweis: N 1221, 300: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Zum Politikum wurde die Teilnahme von Heuss an dieser Veranstaltung, weil sie in der unter Viermächte-Verwaltung stehenden Stadt Berlin stattfand. Heuss sprach am 27. 1. 1952 auf der Grünen Woche vor dem Deutschen Bauernverband; H.-H. WELCHERT, Theodor-Heuss-Lesebuch, S. 317–319; vgl. auch Nr. 113.

Nr. 97

An Kasimir Edschmid, Darmstadt

13. November 1951

DLA, A: Edschmid, Konv. PEN: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung: Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Mitgliedschaft im P.E.N.-Club

Sehr geehrter Herr Edschmid!

Freundlicher Dank für Ihren Brief.² Vor vielen Jahrzehnten habe ich an einem Kongreß des P.E.N.-Clubs in Berlin einmal teilgenommen.³ Ich bin aber nach meiner Erinnerung nicht Mitglied gewesen, da ich mich in Organisationsdingen ganz auf den „Schutzverband Deutscher Schriftsteller“ konzentriert hatte, dessen 2. Vorsitzender ich ja viele Jahre gewesen bin.⁴

Es ist nun so, daß ich nach meiner Wahl zum Bundespräsidenten Ämter und Ämtlein und Mitgliedschaften abgebaut habe, um zeitlich und personell nicht für Sachen beansprucht zu werden, an denen wirklich teilzunehmen und mitzuarbeiten mir unmöglich geworden ist.

Ich bin aber bereit, Ihrer Aufforderung Folge zu leisten, wenn sich die Sache ohne „Tamtam“ vollzieht und wenn von mir nicht erwartet wird, daß ich an Konferenzen, so lange ich das Amt führe, teilnehme. Ich mache ja seit geraumer Zeit den Versuch, für die Situation der Schriftsteller und Künstler Hilfsmöglichkeiten ins Leben zu rufen,⁵ aber ich bin auf der anderen Seite dermaßen überlastet, daß es zum Lesen von Büchern an der Zeit fehlt, so daß meine Amtszeit mit einem spürbaren Bildungsdefizit abschließen wird.⁶ Ich denke aber, daß Sie die rechte Form schon finden werden, um den gedachten still wirkenden moralischen Effekt zu erzielen, ohne daß ich selber in den Wirbel der Organisationskämpfe hineingezogen werde, denn um diesen im einzelnen zu beurteilen, fehlt mir heute größtenteils die Personalkennntnis.

Mit freundlichen Empfehlungen

Ihr

Theodor Heuss

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 300 und B 122, 334: ms. Schreiben, Durchschlag mit hs. Vermerk: „H. <?> Mitgliedschaft“ mit Paraphe von Bott.

² Edschmid an Heuss, 13. 11. 1951, in: B 122, 334. Edschmid, Vizepräsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, hatte bei Heuss angefragt, ob er eine Wahl in den neukonstituierten P.E.N.-Club der Bundesrepublik Deutschland annehmen würde, und zwar nicht in seiner Eigenschaft als Bundespräsident, sondern als Schriftsteller. P.E.N. (Poets, Playwrights, Essayists, Editors, Novellists), gegründet 1921 in London, tritt weltweit für die Freiheit von Wort und Schrift sowie für Frieden und Völkerverständigung ein.

³ Ließ sich nicht ermitteln.

⁴ Vgl. Nr. 67, Anm. 3.

⁵ Vgl. Nr. 67.

⁶ Vgl. auch Nr. 99.

Nr. 98

An Prof. Dr. Gerhard Kessler, Göttingen

15. November 1951

BArch, 122, 2083: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Problematik der Wiedergutmachung durch Kunstwerke

Lieber Herr Professor!

Zunächst gute Wünsche für Ihre Genesung. Die Göttinger Tage² waren durch die zahllosen, vorher festgelegten Verpflichtungen so dicht besetzt, daß es zu einem Besuch bei Ihnen nicht mehr reichen konnte.

Vielleicht wissen Sie, daß ich bei der Regierungserklärung, die ja theoretisch schon lange geplant war, etwas der Antreiber war und an der Schlußformulierung beteiligt gewesen bin.³ Ich werde ferner auch alles in der Sache stützen, was im Positiven unternommen werden kann. Das Problem einer Art von moralischer Vorleistung ist bei mir sogar in Briefen mit zionistischen Freunden schon vor ein paar Jahren theoretisch angefaßt worden,⁴ aber die Sache muß höchst behutsam behandelt werden wegen der großen Empfindlichkeit. Mit Holz wird es ja gehen, jedoch Bücher bedürfen des wechselseitigen Einverständnisses, was gewünscht wird. Noch prekärer scheint mir Ihre Anregung, Kunstwerke jüdischer Künstler aus deutschem Besitz anzubieten.⁵ Sie können erbeten werden, aber nicht angeboten, denn darin würde die Gefahr stecken, daß eine böswillige Welt kommentiert: Die Deutschen legen auf den Besitz von Liebermann und Stuck usf. selber keinen Wert. Innerhalb der jüdischen Künstler gibt es ja in dem Sinne sehr diffizile Unterscheidungen, daß der eine wohl bewußter Jude war, wie meines Wissens auch Lesser Ury,⁶ aber Liebermann würde sich bei aller Treue zu seiner Herkunft sehr dagegen wehren, als jüdischer Künstler gewertet zu werden, denn er fühlte sich durchaus in der preußisch-wilhelminischen Tradition. Ich selber würde also nicht empfehlen, daß von deutscher Seite aus dieses Kapitel angefaßt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Th. Heuss

¹ Az. I/16/12; weiterer Nachweis: N 1221, 300: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Am 9. und 10. 11 1951 hatte Heuss in Göttingen bei einem Empfang durch die Stadt und anlässlich der 200-Jahr-Feier der Akademie der Wissenschaften gesprochen; B 122, 220 und 364.

³ Vgl. Nr. 90, Anm. 9.

⁴ Diese Briefe ließen sich nicht ermitteln.

⁵ Gerhard Kessler an Heuss, 8. 11. 1951, in: B 122, 2083.

⁶ In der Vorlage: „Lesser-Ury“.

Nr. 99

An Ernst Jünger, Ravensburg

23. November 1951

DLA, A: Jünger, HS. 1994.0009: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Dank für ein Buch mit Widmung; Kritik an Jüngers Darstellung der plebiszitären Demokratie; Übersendung von vier Reden

Sehr geehrter Herr Jünger!

Durch unseren gemeinsamen Freund Hans Speidel habe ich kürzlich ihr Buch „Waldgang“² erhalten mit der so freundlichen Widmung, die die gewiß harmlos gedachte Sentenz meines mütterlichen Familienwappens³ in eine so beziehungsreiche Wichtigkeit stellt.

Das Bücherlesen ist ja bei mir infolge einer schier sinnlosen Inanspruchnahme durch wichtige und unwichtige Tagesgeschäfte zu einer Seltenheit geworden. Halbe Bibliotheken warten darauf, nachgeholt zu werden. Es reicht nicht dazu.⁴ Es hat mich aber doch gereizt, Ihr Buch bald vorzunehmen, und mit dem Dank für die freundliche Widmung danke ich auch für die Anregungen zum Überdenken, die ich diesem Buch von Ihnen schuldig bin.

Nun bin ich aber dem Zustand des Rezensenten etwas entwachsen. Wäre ich ihm noch näher, so würde es für mich eine Lockung bedeuten abzugrenzen, wo die Dinge nach meiner persönlichen Meinung falsch gesehen sind, zum anderen würde ich das herausheben können, was als denkerischer Beitrag mir wichtig erscheint.

Der Rezensent würde in dem Historisch-Soziologischen einiges zu beanstanden finden und würde sagen: Nun sitzt der Jünger in Ravensburg ein paar Kilometer von der Schweiz entfernt und macht sich in der Darstellung der plebiszitären Demokratie ein Bild zurecht, das die Technik des Nationalsozialismus und des Bolschewismus als Technik der plebiszitären Scheindemokratie schlechthin darstellt, während er drüben sehen würde, daß das Plebiszitäre vorparlamentarisch war. Es ist ja in bestimmten Komplexen von Württemberg (unmittelbare Bürgermeisterwahl) auch sonst existent geblieben, unabhängig von der Entwicklung des Vertretungssystems. Jünger würde darauf vermutlich antworten, daß er die Geschichtswucht der Massen sieht und die Schweiz als eine verjäherte Idylle, als einen Naturschutzpark der Vergangenheit betrachtet. Würde er aber einmal dort sein,

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 300: ms. Schreiben, Durchschlag.

² ERNST JÜNGER: Der Waldgang, Stuttgart 1951.

³ „In silva salus“; vgl. Nr. 50.

⁴ Vgl. Nr. 97.

so müßte er spüren, wie sinnhaft und gegenwärtig auch im modernen, rationalisierten Betriebe die Dinge geblieben sind, in einer seltsam ungebrochenen, wenn auch technisch modifizierten Weise. Der Rezensent würde die Hereinnahme des Bildes vom „Waldgang“ als eine starke und schöne Sache ansprechen, die in dieser Form das letzte Recht des Individuums sich zu erhalten begreift, wissend, daß der „Waldgang“ auch in den Hinterhäusern einer Großstadt möglich ist. Aber er würde dann auch wieder seine Bedenken haben, daß aus diesen Reflexionen Gesetzmäßigkeiten heraustreten, in denen die Buntheiten des wechselvollen Lebens letztlich doch ins Grau verlöscht sind. Die Magie des Wortes kommt in den Dienst der logizistischen Vergewaltigung, die freilich seelisch ungeheuer wirkungsvoll werden kann – das stärkste Beispiel: die Erfindung des Begriffspaars „Proletarier“ und „Bourgeois“ durch Karl Marx. Aber das ist ein weites Feld.

Irgendwann einmal, Speidel erinnert mich gelegentlich daran, wird eine Begegnung zwischen uns fällig.⁵ Das mag dann auch zu einer Grenzwanderung führen.

Vielleicht darf ich Ihnen als Gegengruß die Niederschriften einiger Ansprachen senden, die ich in der letzten Zeit gehalten habe.⁶ Ich glaube, ein sachliches Interesse für die behandelten Dinge bei Ihnen annehmen zu dürfen. Und dabei bin ich kokett genug, Ihnen *meinen* letzten „Waldgang“ zu senden: Vor etwa 10 Jahren war ich einmal ein paar Tage in Hohenlubbichow an der Oder Gast des ehemaligen Reichsministers von Keudell, der theoretisch und praktisch ein leidenschaftlicher Forstmann ist. In heiterer Laune schrieb ich ihm Verse in sein Gästebuch – vor einiger Zeit sind sie wieder aufgetaucht.⁷ Mein „Waldgang“ war, wie Sie sehen, ohne hintergründiges Pathos – eine idyllische Didaktik der Ironie. Sie bittet nachsichtig aufgenommen zu werden.

Mit freundlicher Empfehlung

Ihr

Theodor Heuss

4 Anlagen

⁵ Zum Besuch bei Jünger vgl. Heuss an Speidel, 6. 10. 1955, in: N 1221, 203.

⁶ Um welche Ansprachen es sich handelt, ließ sich nicht genau ermitteln. Eventuell schickte Heuss die Reden, die er in Göttingen (vgl. Nr. 98, Anm. 2) und anlässlich des Philologentages am 17. 11. 1951 in Kiel gehalten hatte; B 122, 221.

⁷ Vgl. Nr. 50, Anm. 5 und 6.

Nr. 100

An Dr. Hans Ehard, Ministerpräsident des Freistaates Bayern, München
8. Dezember 1951

BayHStA, StK 19801: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Der Chef des Bundespräsidialamtes“¹

Verstimmung in Bayern über die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an den evangelischen Bischof Theophil Wurm; Ordensverleihung an Nürnberger Sprengmeister; Kriterien für die Ordensverleihung und -übergabe

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!

Bei einer Begegnung hat mir vor ein paar Tagen Herr Ministerialdirigent Dr. Schwend mitgeteilt, daß es in München unangenehm vermerkt worden sei, daß der Herr Bundespräsident dem früheren evangelischen Landesbischof D. Wurm das Große Verdienstkreuz mit Stern² verliehen hat. In den vertraulichen Informationen von dpa steht, daß man „in maßgeblichen Kreisen in Bayern verstimmt sei über die Art der Ordensverleihung in der Bundesrepublik, wobei einige kürzliche Verleihungen an württembergische Persönlichkeiten apostrophiert werden. Es gehe um die Prestigefrage der Länder.“ Im weiteren Verlauf dieser Information wird noch mitgeteilt, daß nach bayerischer Auffassung die Verleihung an D. Wurm nur hätte erfolgen dürfen, wenn gleichzeitig Herr Kardinal Faulhaber ausgezeichnet worden wäre. Der Bundespräsident, dem ich von der Unterhaltung und von der Notiz Kenntnis gegeben habe, war teils betroffen, teils erstaunt über die Möglichkeit, daß in München der Vorgang eine „Verstimmung“ habe auslösen können. Er hat mich beauftragt, Ihnen doch in dieser Sache einige klärende Zeilen zu schreiben.

Das Statut des Verdienstkreuzes legt sehr bewußt das wesentliche Antragsrecht in die Gremien der Länderregierungen,³ weil die Übersicht über der Auszeichnung würdige Leistungen, seien sie im großen, seien sie im bescheidenen

¹ Eingangsstempel vom 10. 12. 1951 und Tagebuch-Nr. 23867; darüber Verfügung: „M[inisterial]-D[irektor] / M[inister]PR[äsident]“; Vermerke: „1) Herrn Min[ister]Präs[identen] vorgetragen 2) Mit Herrn Dr. Klaiber korrespondiert Rücksprache genommen in Bonn am 14. 12. 51“; mehrere nicht auflösbare Paraphen; Az. Bp 15 mit Paraphe; weiterer Nachweis: N 1221, 300: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktirt.

² Zum im September 1951 von Heuss gestifteten Bundesverdienstkreuz und seinen Klassen vgl. DEUTSCHE ORDEN, S. 256–264; vgl. außerdem die Aufzeichnung von Heuss für Adenauer, 26. 8. 1951, in: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 86–88. Während die Weimarer Republik auf Orden verzichtet hatte und im „Dritten Reich“ zivile und militärische Auszeichnungen massenhaft ausgegeben worden waren, wollte Heuss durch die Verleihung von Ehrenzeichen den demokratischen Staat positiv ins Bewusstsein seiner Bürger rücken.

³ Vgl. dazu Statut des Bundesverdienstkreuzes vom 7. September 1951, in: BGBl. I, Nr. 46, 12. 9. 1951, S. 831–834, Art. 5, abgedruckt in: DEUTSCHE ORDEN, S. 350f.

Raum, dort größer ist.⁴ Die Bundesminister sind auf ihren Zuständigkeitskreis eingeschränkt.⁵

Der Bundespräsident wird selbstverständlich ohne Zögern einem Antrag der Landesregierung Bayern, den von ihm verehrten Herrn Kardinal Faulhaber auszuzeichnen, entsprechen, und es ist für ihn außer Zweifel, daß auch der Herr Bundeskanzler,⁶ der für die hohen Orden um ihrer möglichen politischen Bedeutung willen gegenzeichnet,⁷ damit einverstanden sein wird.⁸ Dasselbe gilt natürlich auch für den Herrn Landesbischof D. Meiser.

Der Herr Bundespräsident war Ihnen sehr dankbar, daß Sie kürzlich den Antrag stellten, die verdienten Nürnberger Sprengmeister auszuzeichnen, weil ihm für die Aufnahme der neuen Stiftung im Volksbewußtsein außerordentlich wichtig ist, daß nicht nur und wesentlich die politische, geistig-kulturelle oder wirtschaftliche „Prominenz“ vom Staate geehrt wird, sondern auch die Leistung der Unbekannten und Ungenannten. Er ist aber zunächst darauf angewiesen, wie weit in den einzelnen Ländern die Initiative zur Antragstellung lebendig ist. Daß außer dem bayerischen Fall bisher nur die Herren Zinn, Reuter, Arnold und Maier sich mit Anträgen hier eingefunden haben, muß von uns hingenommen werden, bis in den Staatskanzleien der Länder die Sinnggebung des neuen Versuches positiver aufgenommen ist. Wir wissen hier etwa, daß die Auszeichnung der Nürnberger Männer durch eine weitergegebene Anregung des Herrn Bundeskanzlers jetzt die Herren Ministerpräsidenten Arnold und Altmeier veranlassen wird, Männer, die sich im Westwallgebiet bei der Minensicherung hervorgetan haben, uns auch einmal zu benennen.⁹

⁴ In dem Sinne auch Heuss an Peter Altmeier, 22. 11. 1951, in: N 1221, 300.

⁵ Vgl. auch Heuss an Adenauer, 30. 1. 1952, in: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 103f.

⁶ Zur Unterrichtung über das Bundesverdienstkreuz vgl. Nr. 83; vgl. zur inflationären Verleihung des Ordens den Briefwechsel zwischen Heuss und Adenauer vom 9. und 10. 1. 1952, in: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 97f.

⁷ Art. 6 des Ordensstatuts; vgl. DEUTSCHE ORDEN, S. 351.

⁸ Faulhaber erhielt eine höhere Ordensstufe als Wurm, was auf protestantischer Seite Anstoß erregte. Das veranlasste Heuss, auch den Bischof von Berlin-Brandenburg, Otto Dibelius, mit dem Großkreuz auszuzeichnen. Außerdem erhielt der Kölner Kardinal Frings dieselbe Auszeichnung zu seinem 65. Geburtstag; vgl. Heuss an Adenauer, 30. 1. 1952, in: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 103f; vgl. auch K. ADENAUER / TH. HEUSS, Unter vier Augen, S. 75.

⁹ Entsprechende Schreiben hatte Heuss am 22. 11. 1951 an den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Peter Altmeier und am 23. 11. 1951 an den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold gerichtet und diesen gegenüber das von ihnen erwartete gemeinsame Vorgehen begründet, „weil in den Gebieten, in denen die bösen Kämpfe stattfanden [1945], die Verminderungen, die noch vorhanden sein mögen, sich nicht an die später gelegten Landesgrenzen gehalten haben. Gerade für diese Arbeit, für die es ja Rettungsmedaillen nicht gibt, die aber immer mit großer persönlicher Gefährdung verbunden ist, ist dieses Verdienstkreuz, glaube ich, eine gute immaterielle Anerkennung“; N 1221, 300; vgl. auch Heuss an Reuter, 28. 12. 1951, in: N 1221, 300.

Daß gerade der Stuttgarter Vorgang in München verstimmt haben soll, betrübt den Herrn Bundespräsidenten, denn er hat den Antrag des Herrn Ministerpräsidenten Maier, die Herren Wurm, Keil und Beyerle¹⁰ gemeinsam auszuzeichnen,¹¹ sehr gerne aufgenommen, weil er alle diese Herren, so verschieden sie nach ihrer geistigen und politischen Herkunft wie nach ihrer Leistung sind, persönlich sehr hoch schätzt und in der Begegnung dieser Herkünfte und ihrer gleichzeitigen Ehrung durch ihn selber den inneren Sinn der Stiftung symbolisch am besten ausgedrückt fand. Er durfte auch aus dem Echo entnehmen, daß man das gemeinhin so verstanden hatte.

Vielleicht mag es Sie interessieren, daß ein auch Ihnen gut bekannter hoher aktiver Staatsbeamter dieser Tage bei dem Bundespräsidenten die Auszeichnung von 5 Männern anregte,¹² die in den Jahren nach 1945 mit starker Aktivität im politischen Vordergrund standen, aus dem sie heute etwas zurückgetreten sind. Der Bundespräsident hält alle diese fünf Herren für der Auszeichnung wert, hat aber zunächst dem Anreger geschrieben, er möchte die Sache noch etwas auf sich beruhen lassen, und zwar aus keinem anderen Grunde als dem, daß – zum Teil zufällig – von diesen Herren drei jetzt in Württemberg-Baden wohnen und er den Eindruck vermeiden möchte, daß der Orden die württemberg-badische Heimat des Bundespräsidenten bevorzuge. (Diese Entscheidung der Verzögerung fand schon statt, bevor wir von der Münchner „Verstimmung“ erfuhren.)

Wir können vom Bundespräsidialamt gewiß private Anregungen, die jetzt öfter an uns herangetragen werden, an die Länderregierungen weiterleiten, die aber, wie die Praxis ergibt, uneinheitlich darauf reagieren. Das Schwergewicht soll aber ganz bewußt bei den Ländern liegen. In welcher Art die vom Bundespräsidenten ausgefertigte Urkunde dann an den Geehrten weitergegeben wird, ist individuelle Entscheidung der Länder. Der Bundespräsident hat sich ja in einigen Fällen,¹³ zumal bei dem ersten, einem scheidenden Diplomaten verliehenen Orden, die Aushändigung selber vorbehalten. Von Herrn Ministerpräsidenten Arnold wissen wir, daß er persönlich die Überreichung übernahm und das auch, soweit es ihm möglich ist, künftig weiter tun will. Ich glaube, auch die Herren Reuter und Zinn haben die Überreichung im Auftrag des Bundespräsidenten sich selber vorbehalten. Darüber wird es keine Vorschriften geben, sondern eine aus der Situation sich rechtfertigende Usance.

Ich habe Ihnen im Auftrag des Herrn Bundespräsidenten nach der Rücksprache mit ihm so ausführlich geschrieben, weil ihm persönlich daran gelegen ist, daß

¹⁰ In der Vorlage: Beyerlei.

¹¹ Vgl. K. ADENAUER / TH. HEUSS, *Unter vier Augen*, S. 73; Heuss an Adenauer, 30. 1. 1952, in: TH. HEUSS / K. ADENAUER, *Unserem Vaterlande zugute*, S. 103f.

¹² Weder der Staatsbeamte noch die auszuzeichnenden 5 Männer ließen sich ermitteln.

¹³ So bei Paul Löbe; vgl. Nr. 101.

dieser Versuch des Verdienstordens in seinem Beginn nicht mit Mißverständnissen und Verstimmungen belastet ist. Der Herr Bundespräsident vermag sich nicht vorzustellen, daß die höchsten kirchlichen Kreise, die in dem Informationsbericht genannt werden, in der Handhabung des Ordens-Verleihens besondere Motive sehen könnten, die dem Bundespräsidenten fern genug liegen. Der Herr Bundespräsident müßte sich vorbehalten, evtl. selber eine Aufklärung darüber herzustellen, daß die Initiative bei den Länderregierungen liegt.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener

Dr. M. Klaiber

Nr. 101

An Paul Löbe, Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin-Grünwald
20. Dezember 1951

BArch, N 1221, 300: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Verleihung des Bundesverdienstkreuzes

Verehrter, lieber Freund!

Haben Sie herzlichen Dank für Ihre Zeilen² und Ihre Bereitwilligkeit, die zunächst bei Ihnen lebendig gewordenen Bedenken zurückzustellen und das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik anzunehmen. Ich empfinde es als eine persönliche Freude, daß ich einem Vorgang, den wir beide als einen Akt staatspolitischer Überlegung bewerten, doch den Charakter freundschaftlicher Wärme geben kann,³ weil ja zwischen uns beiden seit Jahrzehnten eine wechselseitige warme Empfindung – das darf ich wohl sagen – vorhanden gewesen und vorhanden geblieben ist.

Es ist mir aber auch wichtig, daß mit dieser Auszeichnung die so viel geschmähte, weil so wenig gekannte parlamentarische Arbeit nach 1918 wieder ins Licht gerückt wird.

Ich möchte nun folgenden Vorschlag machen dürfen: daß wir die Verleihung mit einem entsprechenden Kommuniqué zum Weihnachtstag aussprechen mit der Hinzufügung, daß ich mir vorbehalte, Ihnen, wenn Sie wieder in Bonn sind,

¹ Verfügung: „Herrn Min.Dir. Klaiber zur Kenntnis“.

² Ließen sich nicht ermitteln.

³ Heuss kannte Löbe seit seiner Zeit als Abgeordneter im Reichstag, dessen Präsident Löbe 1920–1932 war.

die Insignien persönlich zu überreichen.⁴ Da das Kabinett mich selber gebeten hat, bei dem Neujahrsempfang der Diplomaten den Orden anzulegen, scheint es mir „optisch“ netter zu sein, den früheren Termin zu wählen. Da es nun aber das erste Großkreuz ist, wird es auch verstanden werden, wenn der Bundespräsident es persönlich verleiht und nicht durch einen Vertreter überreichen läßt.

Ich sende Ihnen und der Gattin viele gute Wünsche zu Weihnachten und zum Neuen Jahr.

Wie immer Ihr

Th. Heuss

Nr. 102

An Dr. Paul Rohrbach, Langenburg, Württemberg

3. Januar 1952

BArch, N 1221, 191: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Einschätzung von George F. Kennan; notwendige Zurückhaltung des Bundespräsidenten

Verehrter lieber Freund!²

Schönen Dank für Ihren großen und eingehenden Brief, den ich mit Interesse gelesen habe.³

Ich will Ihnen nur kurz dies mitteilen: Im Sommer war George Kennan zu einer privaten Reise in Europa. Er hielt sich auch zwei Tage in Bonn auf, und da er mit einem meiner nächsten Mitarbeiter, Ministerialdirigent v. Herwarth, in Moskau diplomatisch gemeinsam tätig gewesen war, besuchte er mich durch Herwarths

⁴ In einem Schreiben an Ernst Reuter stellte Heuss am 28. 12. 1951 fest: „Bei Paul Löbe möchte ich es selber tun und eine kleine Feier veranstalten, bei der wir das Präsidium des Bundestages und die Fraktionsvorsitzenden einladen, um die persönliche Ehrung unseres gemeinsamen Freundes auf die Ebene der Respekterklärung vor den Leistungen der Legislative zu heben“; N 1221, 300. Löbe wurde schließlich auf dem Neujahrsempfang das Großkreuz überreicht.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 301: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Rohrbach, Theologe, Publizist und einst Propagandist einer deutschen Kolonialpolitik, war einer der frühen Freunde von Heuss aus dem Naumann-Kreis; vgl. TH. HEUSS, *Erinnerungen*, S. 31.

³ Rohrbach an Heuss, 28. 12. 1951, in: N 1221, 191. Rohrbach lobte in seinem Schreiben den Bismarck-Essay von Heuss und äußerte sich über die „ukrainische Frage“. Indem er Analogien zwischen Napoleon, Hitler und Stalin zog, warnte er vor dem grenzenlosen Expansionismus der Sowjetunion und lobte den US-Botschafter in Moskau, George F. Kennan, einen Vertreter der Containment-Politik. Schließlich berichtete der 83-jährige Rohrbach über seine Buchprojekte. Heuss sandte das Schreiben von Rohrbach am selben Tag weiter an Hans-Heinrich Herwarth von Bittenfeld, Protokollchef im Auswärtigen Amt; N 1221, 301.

Vermittlung.⁴ Da Kennan in Kassel auf dem Gymnasium war, spricht er vollkommenes Deutsch, was für mich, der ich sehr sprachunsicher bin, eine große Erleichterung war. Ich möchte Ihnen bestätigen, daß ich von ihm menschlich und sachlich den Eindruck eines sehr qualifizierten, sogar vielleicht bedeutenden Mannes gehabt habe. Es ist sicher wichtig, daß [die] USA jetzt von einem Mann seines Ranges, seiner Bildung und seiner Beobachtungsgabe in Moskau vertreten sein werden.⁵

Es ist sehr freundlich, was Sie von meiner Art der Amtsführung schreiben. Manchmal tut es mir leid – wie Sie sich denken können –, daß ich nicht unmittelbarer in die Fragen der Legislative und der Personalentscheidungen eingreifen kann. Aber das Amt muß natürlich in einer Tradition aufgebaut werden, die einer sachlichen Kontinuität dient und nicht einem Personalbedürfnis entspricht.

Zum Schreiben komme ich leider fast gar nicht. Aber einige meiner Reden sind ja dann als Broschüren herausgekommen. Ich könnte mir vorstellen, daß die drei Wiedergaben,⁶ die ich Ihnen hier mitschicke, Ihr sachliches und persönliches Interesse finden.

Mit guten Grüßen

Ihr

Th. Heuss

Nr. 103

An die Freunde aus der württemberg-badischen DVP, Stuttgart

3. Januar 1952

BArch, N 1221, 146: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Gruß an die Parteifreunde; Integration der Bundesrepublik in Westeuropa

An die Freunde aus der württemberg-badischen DVP zum Dreikönigstag 1952!²

Mein Grußwort gilt auch in diesem Jahre den vielen alten Freunden – der räumliche Abschied aus der Heimat und das innere Gesetz des Amtes, daß mich von

⁴ Kennan war am 18. 8. 1951 bei Heuss; Vermerk in: B 122, 490.

⁵ In der Vorlage: „wird“.

⁶ Ließen sich nicht ermitteln; vgl. Nr. 99, Anm. 6.

¹ Der Brief wurde über die Stuttgarter Adresse des Vorsitzenden der württemberg-badischen FDP/DVP, Wolfgang Haußmann, weitergeleitet; weiterer Nachweis: N 1221, 301: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Seit 1866, kurz nach der Gründung der württembergischen Demokratischen Volkspartei, versammeln sich die Liberalen jährlich zum Dreikönigstreffen am 6. Januar.

dem unmittelbaren Wirken in den tagespolitischen Parteigeschäften lösen mußte,³ haben die hundertfachen menschlichen Bindungen nicht lockern können, die ein Jahrzehnte währendes öffentliches Wirken schier in jeder Stadt, in jedem Städtchen geschaffen hatten. Freilich manchen treuen Freund erreicht dieses Grußwort nicht mehr, mit dem am 6. Januar die Gesinnungsgemeinschaft zu bestätigen und zu bekräftigen alte Gewöhnung war – wir denken ihrer in Dankbarkeit. Ich selber denke heute vor allem an Erwin Seiz aus Reutlingen und an Johannes Hieber.⁴

Die Politik im engeren Heimatraum, in der Bundesrepublik, in der ausgreifenden Aufgabe, die Europa heißt, wird in dem neuen Jahr Umsicht und Einsicht, Festigkeit, Mut und doch auch Gelassenheit fordern – die Frage des inneren Ausgleichs und der wieder freien Stellung des Vaterlandes im Verband der Nationen sind ineinander verwoben.⁵ Ihre sichere Beantwortung scheint mir nur dann gefährdet, wenn eine die Volksteile vereinzelnende Interessenpolitik und der billige Radikalismus, der die vom Hitlertum hinterlassene Volkswut propagandistisch ausnutzt, sich festigen können. Ich möchte dessen gewiß sein dürfen, daß in unserer Heimat die Gegenkräfte des Gemeinsinns kräftig genug bleiben.

Für sie hat Conrad Haußmann vor über dreißig Jahren am Abschluß der damaligen Verfassungsarbeit die Losung unvergeßlich so formuliert: den Staat mit dem Volksgedanken, das Volk aber mit Staatsgefühl zu durchdringen und zu erfüllen. Das bleibt die Aufgabe, eine Aufgabe auch der Erziehung, für die die eigene Haltung eines jeden einzelnen das weiterwirkende Beispiel sein mag.⁶

Mit guten Grüßen
Euer

Th. Heuss

³ Heuss hatte nach der Wahl zum Bundespräsidenten das Amt der Parteivorsitzenden der FDP (vgl. Nr. 2) sowie seine Mandate im Bundestag und im württemberg-badischen Landtag niedergelegt; Material in: B 122, 2154.

⁴ Die südwestdeutschen Liberalen Seiz und Hieber waren 1951 gestorben.

⁵ Hinweis auf die innenpolitische Diskussion um den Südweststaat und die außenpolitische Debatte über die auch in der FDP umstrittene Beteiligung Deutschlands an einer europäischen Armee, um auf diese Weise über den „Deutschlandvertrag“ das Besatzungsstatut aufzuheben und weitgehende Souveränität zu erhalten; vgl. M. WEIPERT, Verantwortung, S. 13–21.

⁶ Im folgenden Jahr teilte Heuss Wolfgang Haußmann mit, dass dieser Grüße und gute Wünsche an die Teilnehmer des Dreikönigstreffens übermitteln könne. Im Hinblick auf die auch innerparteilichen Auseinandersetzungen um den EVG-Vertrag verzichtete Heuss in diesem Jahr aber auf eine Botschaft: „Ich habe bei der Gesamtpartei dieses Jahr sehr bewußt darauf verzichtet, da mir die inneren Auseinandersetzungen, soweit ich sie verfolgen konnte, sehr zuwider waren und sind. Ich will nun nicht durch eine nach Stuttgart gerichtete Kundgebung einen Eindruck erwecken, der innerhalb der noch nicht zu Ende gekommenen Auseinandersetzung als ein Akzent dieser oder solcher Art gewürdigt würde“; Heuss an Wolfgang Haußmann, 2. 1. 1953, in: N 1221, 308.

Nr. 104

An Dr. Albert Finck, Minister für Unterricht und Kultus des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz

10. Januar 1952

BArch, B 122, 2216: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Wiederbelebung des Hambacher Festes von 1832; Wiederaufbau der Wormser Synagoge

Verehrter Herr Dr. Finck!

Freundlichen Dank für Ihren Brief.² Es war sehr nett, daß Sie mich rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht haben, was mir in Aussicht gestellt ist. Wie Sie sich denken können, sind die Bitten um „Schirmherrschaften“ für mich fast das tägliche Brot. Ich lehne die meisten davon ab mit der Bemerkung, daß die Schirmläden in Deutschland schon ausverkauft seien.

In der Angelegenheit des Hambacher Festes³ teile ich Ihre Auffassung, daß hieraus eine jährliche Sache zu machen nichts anderes bedeuten wird, als die lokalen Feste um eines zu vermehren. Sehr schön und gut für die ortsansässigen Wirte und für die Omnibusverleiher, aber ich selber leide etwas darunter, wie stark die organisierte Festfröhlichkeit in Deutschland heute grassiert. Ich habe darüber auch schon einige Male in meinen Reden Andeutungen gemacht. Da ich selber ein Mann bin, der die Fröhlichkeit zu schätzen weiß und sie als Kraftquelle ansieht,

¹ Az. 02/2/52 Hambach; Paraphe von Bott; Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 301: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Finck hatte Heuss unter Bezugnahme auf eine Zeitungsnotiz am 8. 1. 1952 mitgeteilt, es sei beabsichtigt, dem Bundespräsidenten die Schirmherrschaft für das neu zu belebende Hambacher Fest 1952 anzutragen. Die Bevölkerung in und um Hambach habe aber für die politische Bedeutung des Festes kein Verständnis. Er habe bei Unterhaltungen mit den Initiatoren des geplanten Festes festgestellt, „daß es ihnen gar nicht so sehr auf die Pflege des demokratischen Gedankens und des deutschen Einheitswillens ankommt, als vielmehr darauf, ein großes Volksfest zu veranstalten, das nach Hambach Geld bringt.“ Es sei unerfreulich, das Hambacher Fest als Mittel des Fremdenverkehrs zu benutzen. „Der Hauptführer des Verkehrsvereins von Hambach war sogar der Auffassung, daß man die schlagenden Verbindungen von den benachbarten Universitäten in Vollwuchs aufmarschieren lassen solle“; B 122, 2216.

³ Auf der Marxburg bei Hambach hatte Ende Mai 1832 eine sowohl von den örtlichen Gastronomen als auch vom „Deutschen Preß- und Vaterlandsverein“ organisierte Veranstaltung stattgefunden, zu der 30.000 Menschen kamen. Während des Volksfestes am Fuß der Burg verhandelten in der Burg etwa 500 Vertreter liberaler und demokratischer Strömungen über politische und soziale Reformen, über Pressefreiheit im Deutschen Bund und über Wege zur nationalen Einheit. Dieser Vorgang erregte im Deutschen Bund erhebliches Aufsehen und führte zur Verfolgung der demokratischen Teilnehmer des Festes. Das Hambacher Fest gilt als Höhepunkt der bürgerlichen Opposition im Vormärz. Heuss hatte am 28. 5. 1932 zur Hundertjahrfeier des Hambacher Festes in Neustadt an der Weinstraße eine Gedenkrede gehalten, bei der auch Finck anwesend war; Entwurf der Rede in: N 1221, 1; vgl. auch M. VOGT, Theodor Heuss.

kann ich nicht den Savonarola spielen wollen. Aber die Industrialisierung der Feste hat etwas Peinliches, und die Gefahr würde ja entstehen, daß das bedeutende geschichtliche Pathos des Jahres 1832 nach einiger Zeit aufgebraucht sein würde. Ich werde mich also, wenn die Leute an mich herantreten sollten, verbindlich ablehnend verhalten. Die Pfälzer sollen mit dem Dürkheimer Wurstmarkt zufrieden sein, zu dem ich übrigens auch nicht gegangen bin, da man von mir erwartete, daß ich die „Weinkönigin“ küssen würde,⁴ und ich habe nicht die Absicht, ein Fremdenverkehrsartikel zu werden.

Wenn Sie einmal nach Bonn kommen sollten, so lassen Sie es mich doch wissen. Ich habe kürzlich mit dem Prälaten Böhler, dem Vertreter von Kardinal Frings, ein sehr langes Gespräch über viele Dinge gehabt und dabei ihm auch eine Frage vorgetragen, die in Ihr Ressort hineingeht, eine Frage, die mich selber erst seit zwei Tagen intensiver beschäftigt nach der Unterhaltung mit einem amerikanischen Freund:⁵ ob nämlich die beiden christlichen Kirchen gemeinsam etwas für den Aufbau einer Synagoge leisten könnten. Das beschäftigt mich jetzt sehr, und ich habe dabei an die Wormser Synagoge gedacht, die ja einen historischen Rang besitzt.⁶

Natürlich bitte ich Sie, diese Frage vollkommen vertraulich zu sehen, aber ich würde mich sehr gern einmal mit Ihnen darüber unterhalten. Mit der evangelisch-kirchlichen Seite habe ich noch nicht Fühlung nehmen können. Ich übersehe gar nicht, ob die Frage, die sich also nun für mich in Worms lokalisiert hat, praktisch sinnvoll ist, habe aber bei Prälat Böhler auch Verständnis für die tiefere religionspolitische und aktuell politische Möglichkeit dieses Vorschlags gefunden. Er will ihn dem Herrn Kardinal⁷ einmal zur Überlegung vortragen.

In freundlicher Erinnerung an die gemeinsame Arbeit vor drei Jahren⁸ und guten Grüßen

Ihr

Th. Heuss

⁴ Vgl. auch Nr. 35.

⁵ Vermutlich am 7. 1. 1952 mit dem Agrarwissenschaftler Karl Brandt, der an der Stanford University lehrte; Eintrag im Kalender, in: N 1221, 482.

⁶ Die 1034 errichtete Wormser Synagoge gilt als die älteste in Deutschland. Sie wurde in der Pogromnacht 1938 zerstört. Der Wiederaufbau fand 1959–1961 statt; vgl. zur Anregung von Heuss auch K. ADENAUER / TH. HEUSS, *Unter vier Augen*, S. 78.

⁷ Gemeint sein dürfte Kardinal Josef Frings, jedoch nicht als Erzbischof von Köln, da für Worms das Bistum Mainz zuständig war, sondern als Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz.

⁸ Gemeint ist die Tätigkeit im Parlamentarischen Rat.

Nr. 105

An Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler, Bonn

12. Januar 1952

StBKAH, III/47: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“¹

Glückwunsch zur Ratifikation des Schuman-Plan-Gesetzes

Lieber Herr Bundeskanzler!

Heute – Samstag früh – habe ich den Verlauf der gestrigen dritten Lesung des Schuman-Plan-Gesetzes² im Bundestag mir aus der „Neuen Zeitung“, die einen großen Bericht gebracht hat, vergegenwärtigt.³ Ich habe daraus ersehen, daß Sie selber noch wiederholt in die Auseinandersetzung eingreifen mußten⁴ und wie wirkungsvoll Sie das getan haben.

Ich habe die Empfindung, daß die Debatte im ganzen – von ein paar überflüssigen Störungszwischenfällen abgesehen⁵ – einen ordentlichen Verlauf genommen hat, der freilich für Sie eine außerordentliche physische Belastung darstellen mußte.

Ich möchte Ihnen mit diesen Zeilen meinen Glückwunsch aussprechen, daß es gelungen ist, dieses bedeutungsvolle Gesetz mit einer doch recht eindrucksvollen Stimmenmehrheit⁶ zur Verabschiedung zu bringen. Es scheint mir gerade auch in dem Zahlenverhältnis eine Erleichterung für den Fortgang der Verhandlungen gegeben zu sein.⁷

Mit Dank, guten Grüßen und Wünschen

Ihr

Theodor Heuss

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 301: ms. Schreiben, Durchschlag; Druck: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 98f.

² Gemeint war der 1950 vom französischen Außenminister Robert Schuman initiierte Plan für eine Montan-Union (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) zwecks gemeinsamer Kontrolle der Montanindustrie der Mitgliedsstaaten ohne Zollschranken, über dessen Gesetzesform der Bundestag am 11. 1. 1952 debattierte und abstimmte; vgl. VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, 1. Wahlperiode, Bd. 10, S. 7792–7836; zum Schuman-Plan U. LAPPENKÜPER, Schuman-Plan.

³ Die „Neue Zeitung“ vom 12. 1. 1952 brachte zwei Artikel: „Bundestag ratifiziert den Schumann-Plan“ und „Adenauer-Rede durch Tumulte unterbrochen“.

⁴ Vgl. VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, 1. Wahlperiode, Bd. 10, S. 7795, 7815–7819.

⁵ Außer zahlreichen Zwischenrufen war Unruhe entstanden, als Abgeordnete der Unionsfraktion in Richtung der Bundesratsbank gelaufen waren, weil dort eine gegen Adenauer gerichtete abfällige Geste gemacht worden sei. Daraufhin wurde die Sitzung für einige Minuten unterbrochen; vgl. ebd., S. 7817; außerdem der Bericht in der „Neuen Zeitung“; wie Anm. 3.

⁶ Das „Gesetz betr. den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951“ wurde mit 232 zu 103 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen; vgl. VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, 1. Wahlperiode, Bd. 10, S. 7817.

⁷ Adenauer dankte Heuss am 14. 1. 1952 „aufrichtig erfreut“ für das Schreiben und hoffte, „daß das Ergebnis der Arbeit uns und Europa dem Frieden näher bringt“; TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 99.

Nr. 106

An Dr. Peter Suhrkamp, Frankfurt a. M.

18. Januar 1952

N 1221, 301: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“

Feier zum 75. Geburtstag von Hermann Hesse

Sehr geehrter Herr Dr. Suhrkamp!

Freundlichen Dank für Ihren Brief,¹ in dem Sie die Frage der Hermann-Hesse-Feier aufwerfen. In der Frage sind Lust und Bedenken verschränkt. Lust insoweit, als ich Hesse als nach meiner persönlichen Haltung stärkste dichterische Potenz der gegenwärtigen Deutschen verehere und liebe; Bedenken, da ich eine solche Rede ja nicht aus dem Handgelenk machen könnte, sondern sehr viel wieder lesen müßte. Und das schaffe ich – glaube ich – einfach nicht neben der ungeheuer starken sonstigen Inanspruchnahme. Gerade weil Hesse ja so komplizierte Züge hat, ist es mit einer Feld-, Wald- und Wiesenrede nicht getan, die ich im übrigen, wie ich glaube, gar nicht fertig bringen würde. Eine Rede, die des Gegenstands würdig ist, aber verlangt Arbeit.

Ich war ja im letzten Oktober, da ich zu einer Nachkur im Tessin weilte, in Montagnola und habe Hesse nach Jahrzehnten gut angetroffen.² Ich hatte auch Glück, daß er in einer heiteren und nicht in einer „rösen“ Stimmung war. Es war nett und behaglich.

Sie spüren aus meinem Brief, daß ich in einer großen Unsicherheit stecke. Wie wäre es, wenn Sie Albrecht Goes, der nach meiner Erinnerung zum 70. Geburtstag in Stuttgart redete, zu einer literarischen Würdigung auffordern und ich, wenn ich es zeitlich machen kann (eigentlich ist der Juli mein Urlaubsmonat), nur auch dort bin und zu einigen Motiven Paraphrasen gebe.³

Ist eine Feier so gedacht, daß Hesse selber aus seinem Bau hervorgeht, oder soll diese Sache von einer Stuttgarter Vereinigung getragen werden? Es gibt dort irgend so etwas wie einen „Verein für deutsche Dichtung“, der aus der Scheffel-Gesellschaft hervorging.⁴ Ich habe dort vor einigen Jahren einmal über Uhland geredet.⁵

¹ Ließ sich nicht ermitteln.

² Vgl. Nr. 88.

³ Heuss sprach am 2. 7. 1952 im Stuttgarter Staatstheater einen „Dank an Hermann Hesse“, in: B 122, 225; abgedruckt beim Suhrkamp Verlag unter dem Titel TH. HEUSS, Dank an Hermann Hesse; außerdem in: TH. HEUSS, Würdigungen, S. 77–84.

⁴ Die „Literarische Gesellschaft“, 1924 hervorgegangen aus dem „Deutschen Scheffelbund“, hatte nicht in Stuttgart, sondern in Karlsruhe ihren Sitz.

⁵ Eine Rede von Heuss über Uhland in Karlsruhe ließ sich für diesen Zeitraum nicht ermitteln.

Meine Zeitkomplikation wird auch dadurch charakterisiert, daß man von mir im Mai in Wiesenthal eine Hebel-Rede erwartet, zu der ich schon zugesagt habe,⁶ a) weil zu diesem Hebel-Fest immer viele Schweizer kommen, und b) weil mein Enkelkind⁷ in Lörrach wohnt.⁸

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Th. Heuss

Nr. 107

An Prof. Dr. Dr. Willy Hellpach, Minister a. D., Heidelberg

20. Januar 1952

GLAK, N Hellpach, 283: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Neugliederung und Benennung der Bundesländer

Lieber Herr Professor Hellpach!

Freundlichen Dank für Ihre Zeilen.² Ich habe früher einige Male unter Zitierung Ihrer Vaterschaft in Reden und Diskussionen mich für den Namen Rheinschwaben ausgesprochen.³ Ob dies publiziert ist, weiß ich nicht und würde ich auch jetzt gar nicht feststellen können, da bei meiner vorpräsidentiellen Wohnungsexistenz ein außerordentliches Papierdurdcheinander herrschte, das wegen Arbeitsüberlastung auch jetzt noch nicht zu beheben ist.

Das Kind Südweststaat⁴ ist seiner Struktur nach etwas, was man „Arbeitstitel“ nennen könnte. In einem Brief las ich einmal, daß Reinhold Maier vorgeschla-

⁶ Dies ging auf eine von Ernst Ludwig Heuss übermittelte Bitte des Hebelbundes und der Stadtverwaltung Lörrach zurück; vgl. Briefwechsel mit Ernst Ludwig Heuss vom 29. 12. 1951, 4. und 6. 1. 1952, in: N 1221, 301; FA Heuss, Basel; Rede von Heuss in Lörrach über Hebel, 10. 5. 1952, in: B 122, 224, abgedruckt in: TH. HEUSS, Würdigungen, S. 46–62; DERS., Reden. Der Humanist, S. 102–117; vgl. zum Hebel-Fest und zum Hebel-Preis auch Heuss an Gerhard Storz, 1. 1. 1959, in: N 1221, 351.

⁷ Barbara Heuss.

⁸ Am 19. 4. 1952 ließ Heuss gegenüber Suhrkamp darauf hinweisen, dass er wegen terminlicher Verpflichtungen bald wissen müsse, ob eine Teilnahme an der Stuttgarter Veranstaltung weiterhin gewünscht sei; N 1221, 302.

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 301 und B 122, 2208: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Hellpach an Heuss, 15. 1. 1952, in: B 122, 2208. Hellpach bat Heuss, sich dafür einzusetzen, den neuen Südweststaat „Rheinschwaben“ zu nennen.

³ Vgl. THEODOR HEUSS: Rhein-Schwaben, in: Die Zeit, 16. 6. 1949.

⁴ Bei einer Volksabstimmung über die Bildung eines Südweststaates am 9. 12. 1951 votierte eine Mehrheit für den Zusammenschluss von Südbaden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohen-

gen hat, es bei der Zusammenstellung Württemberg-Baden⁵ zu belassen. Ich habe noch nie mit ihm darüber gesprochen. Ich nehme an, daß ihm die Formgebung Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen⁶ als Rechtfertigung erscheint und daß er jetzt aber nicht in die vage Situation einen Namensstreit werfen will; es sollen die Badener wie auch die Württemberger nicht das Gefühl bekommen, daß ihr Name historisch aufhört. Ich habe selber in meinem Amt erfahren, daß einem meiner Mitarbeiter der Verzicht auf den Namen Württemberg fast als Sakrileg erscheint. Mir selber hat es eingeleuchtet, daß man aus Hannover, Braunschweig und Oldenburg „Niedersachsen“ gemacht hat. Das ist seinerzeit durch die Besatzungsmacht erfolgt.⁷ Ich weiß aber nun aus Besuchen, daß die Wunden noch nicht vernarbt sind, weder in Oldenburg, noch in Braunschweig, noch in Hannover.⁸

Einer meiner Herren sagte einmal zu mir im Zusammenhang mit „Rheinschwaben“: Wir haben doch nichts mit dem Rhein zu tun. Ich selber denke über diese Dinge, wie ich ja schon 1918 getan habe,⁹ sehr viel lockerer, aber ich habe eben fast alle meine Schulferien in Speyer oder in der Rheinpfalz zugebracht und bin in der Substanz $\frac{3}{4}$ rheinfränkisch (meine Freiburger Rede mag Sie darüber orientieren).¹⁰

Ich bitte Sie, diesen Brief als rein privat anzusehen, zum mindesten ist es heute, ehe Wahlen und Konstituierung einer verfassungsgebenden Versammlung erfolgen, mir psychologisch völlig unmöglich, daß ich in diese Erörterung irgendwie eintreten könnte. Ich glaube, daß Sie dafür Verständnis haben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

zollern. Nur in Südbaden entschied sich eine Mehrheit dagegen. Am 25. 5. 1952 konstituierte sich mit der Bildung der neuen Landesregierung der neue Südweststaat. Zu den heftigen Kontroversen über die Bildung eines Südweststaates vgl. K.-J. MATZ, Baden-Württemberg; DERS., Reinhold Maier, S. 326–366. Heuss hatte sich bereits Anfang 1919 für den Zusammenschluss der südwestdeutschen Länder ausgesprochen und diesen Gedanken 1947 wieder aufgegriffen; vgl. TH. HEUSS, Deutschlands Zukunft, S. 7f; DERS., Frage der staatsrechtlichen Gestaltung, S. 134f.

⁵ Im September 1945 von der US-Militärregierung gebildetes Land in der amerikanischen Besatzungszone.

⁶ Im Zuge der Auflösung der Provinzen des ehemaligen Landes Preußen gründete die britische Militärregierung am 23. 8. 1946 die Länder Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen.

⁷ Das Land Niedersachsen war in der britischen Besatzungszone im November 1946 entstanden. Zu den drei von Heuss genannten Territorien kamen Schaumburg-Lippe und im Jahr 1947 Teile des Landes Bremen hinzu.

⁸ Bezeichnend für die Wahrung historischer Eigenständigkeiten war das Weiterbestehen der evangelischen Landeskirchen im Raum der ehemaligen Provinz Hannover sowie in Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe.

⁹ Heuss hatte sich Anfang 1919 dazu geäußert; vgl. Anm. 4.

¹⁰ Gemeint sein dürfte die Rede am 26. 4. 1950 vor dem badischen Landtag in Freiburg, in: B 122, 213.

Nr. 108

An den Bund der Vertriebenen Deutschen, Landesverband Niedersachsen, Göttingen

21. Januar 1952

BArch, B 122, 2091: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und von Werz ms. gez.; Kopfbogen: „Bundespräsidialamt“¹

Begriff „deutscher Osten“

Sehr geehrte Herren,

dem Herrn Bundespräsidenten ist die letzte Ausgabe des Pressedienstes der Heimatvertriebenen² vorgelegt worden, in der sich eine Notiz findet, daß Ihr Landesverband „stärkstes Befremden“ zum Ausdruck brachte, weil Prof. Heuss in seiner Neujahrsansprache vom „deutschen Osten“ gesprochen hätte.³

Der Herr Bundespräsident läßt Ihnen sagen, daß er diese Mitteilung an die Presse, wenn sie nicht böswillig ist, was er einstweilen nicht anzunehmen bereit ist, als Wichtigtuerei und als albern empfindet, persönlich wie sachlich gleich unberechtigt. Er beabsichtigt nicht, mit Ihnen in eine Unterhaltung darüber einzutreten, von wo aus man den „deutschen Osten“ zu rechnen beginnen mag. Einer seiner Mitarbeiter hier im Bundespräsidialamt, der sein Gut östlich der Elbe im Land Sachsen-Anhalt⁴ verloren hat, meint, Ostdeutschland beginne an der Elbe („Ostelbien“). Das mag nun sein, wie es will. Die⁵ Gegenüberstellung von „deutschem Osten“ und „deutschem Westen“ ist doch⁶ eine ganz einfache rednerischer Diktion, die nicht nach Längengraden mißt. Z. B. Passau, das zu „Westdeutschland“ gerechnet wird, liegt östlicher als Rostock. Es hat etwas Peinliches, mit einer solchen Geschichte öffentlich Zensuren erteilen zu wollen. Noch nie ist jemand auf die Idee gekommen, Stralsund oder Rostock als „mitteldeutsche Städte“ zu bezeichnen. Auf der anderen Seite aber hat der Bundespräsident in dem gleichen Gedankengang von „Mittel- und Ostdeutschland“ gesprochen, so daß also Ihre Belehrung, *wenn sie schon von Ihnen für notwendig gehalten wurde*, an sich unangebracht gewesen ist, weil das „Mitteldeutsche“ ja in der Rede genannt war.

¹ Az. I/16/13; Verfügung: „Herrn Raederscheidt z. Kts.“, mit Paraphe von Raederscheidt vom 14. 1. 1952 und von Oberregierungsrat Nöller vom 12. 1.; Absendevermerk vom 21. 1. 1952.

² Nr. 2 vom 10. 1. 1952, in: B 122, 2091.

³ Ansprache zum 31. 12. 1951, in: B 122, 221. Heuss bezeichnete dort die DDR als den „deutschen Osten“.

⁴ Die Provinz Sachsen-Anhalt entstand 1945 aus der ehemaligen preußischen Provinz Sachsen, dem Land Anhalt und Teilen des ehemaligen Landes Braunschweig und wurde 1947 in Land Sachsen-Anhalt umbenannt. 1952 aufgelöst, wurde das Land Sachsen-Anhalt 1990 neu gebildet.

⁵ Davor hs. ein senkrechter Strich.

⁶ Davor hs. ein Haken.

Der Bundespräsident sendet Ihnen den Wortlaut der Rede vom 31. 12. 51 wie auch der Ansprache, die er auf der Ostdeutschen Kundgebung auf Schloß Burg am 21. 10. 1951 gehalten hat.⁷ Seine Stellung zu dem Gesamtproblem wird durch die unangemessene Schulmeisterei Ihres „stärksten Befremdens“ nicht berührt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. L. Werz
Regierungsdirektor

Nr. 109

An Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler, Bonn

24. Januar 1952

BArch, B 122, 2242: ms. Schreiben, Durchschlag; von Heuss diktiert (H/Sch) und ms. gez.; Briefkopf: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“¹

Nationalhymne

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Wie mir berichtet wurde, hat das Kabinett in seiner Sitzung vom 22. Januar² stark darauf gedrängt, den Bundespräsidenten zu veranlassen, jetzt endlich das „Deutschlandlied“ als Nationalhymne zu deklarieren; einige der Herren Minister scheinen dabei entdeckt zu haben, daß meine Zurückhaltung gegenüber brieflich oder mündlich vorgetragenen Wünschen, die in der gleichen Richtung gingen, daran „schuld“ sei, daß jetzt die Beschränkung auf die dritte Strophe schon schwieriger sei, weil bereits vielfach das ganze Lied gesungen werde. Ich gehe jetzt darauf nicht ein – das ist eine These ex post.

Wir waren uns darüber doch wohl einig, daß die Antwort auf die Frage, so oder so, ruhen solle, bis die Wintersport-Veranstaltungen in Norwegen vorbei seien.³

⁷ Auf Schloß Burg im Bergischen Land war die „Gedenkstätte des deutschen Ostens“ am 21. 10. 1951 eingeweiht worden. Heuss hielt aus diesem Anlass eine Rede; B 122, 220 und 618, abgedruckt unter dem Titel „Die wirklichen Wurzeln“, in: TH. HEUSS, Würdigungen, S. 369–378.

¹ Az. I/18/03-a; Vermerk: „Persönlich! *Vertraulich!*“; Vermerk mit Paraphe der Sekretärin Schach: „durch Kurier am 24. 1. 18.00 Uhr befördert.“ Unter dem Dokument hs. Vermerk mit Paraphe von Schach: „hat Dr. Klaiber und Dr. Werz vorgelegen“; Paraphe von Bott; weiterer Nachweis: N 1221, 301: ms. Schreiben, Durchschlag; Druck: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 99–102.

² Im Bundeskabinett war auf der Sitzung am 22. 1. 1952 auf Nachfrage Blüchers erörtert worden, ob bei der Winterolympiade in Norwegen im Fall deutscher Siege das „Deutschlandlied“ gespielt werden könne. Klaiber hatte die Bedenken des Bundespräsidenten vorgetragen; KABINETTSPROTOKOLLE 1952, S. 70f.

³ Gemeint sind die Olympischen Winterspiele, die im Februar 1952 in Oslo unter Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland stattfanden, deren Sportler zwei Goldmedaillen (Bob, Eispaarlauf) gewannen.

Man hat im Kabinett beschlossen, bei der norwegischen Regierung vertraulich anfragen zu lassen, ob „Bedenken“ vorliegen, jetzt mit diesem Lied zu kommen.⁴ Ich würde, hätte man meinen Rat erbeten, diesem Schritt widerraten.⁵ Nicht bloß weil ich (wie Sie) von dem Geheim-Bleiben solcher Beschlüsse nicht allzu viel halte und fürchte, das Bekanntwerden würde höchst peinlich wirken: Man läßt sich, heißt es dann, von einem Kleinstaat seine Nationalhymne konzessionieren oder nicht.⁶ Es ist ja nicht eigentlich ein „Skandal“ bei den Sportveranstaltungen, vor dem man Sorge haben muß. Ich treibe keinen Wintersport, aber freies Gelände und kalte Luft sind nicht die Atmosphäre für Krach-Situationen. Aber die warme Luft von Redaktionsstuben gebiert derlei – ich kenne mich darin aus – fortgesetzt. Dies eben wollte ich unter allen Umständen vermieden wissen, daß wir eine Presseerörterung bekommen, die nach Holland, Belgien usf.⁷, die nach Deutschland übergreift und die einfach, da es sich um das berühmte Irrationale handelt, die europäischen Gespräche stört. Das ist öffentlich nicht darzulegen. Aber Sie dürfen überzeugt sein: Auf mich wirken, so sehr ich natürlich das Gewicht der sogenannten „nationalen Symbole“ zu würdigen weiß und sie selber in einigen Entscheidungen zu mehren suchte, die Bekundungen der parteipolitischen Ungeduld nur sehr schwach. Die staatspolitische Verantwortung im großen Sinn ist nicht hier plaziert. Und ich erlebte vor ein paar Wochen die Überraschung: Der Führer des Sportbundes⁸ (das ist sehr vertraulich) äußerte mir seine Sorge, ich könnte etwa unter dem Parteiendruck der Sylvester-Ansprache⁹ ein *pater peccavi*¹⁰ sprechen und von Rudolf Alexander Schröder zu Hoffmann von Fallersleben mich zurückbekennen – er war höchst erleichtert, als ich ihm sagen konnte, das sei nicht geplant. Denn er fürchtete davon Böses als journalistische Vorerörterung für Oslo – *die* Leute haben nicht vergessen, daß die Norweger sich am längsten gegen die Rückkehr der Deutschen in den olympischen Kreis gewehrt haben. (Viele Politiker haben natürlich vergessen, daß Deutschland Norwegen überfallen hat¹¹ und „nehmen übel“.)

⁴ Vgl. Sitzung vom 22. 1. 1950, in: KABINETTSPROTOKOLLE 1952, S. 71.

⁵ Im Vorjahr hatte Heuss Willy Brandt mitgeteilt, er teile dessen Besorgnisse in der Hymnenfrage, dass das „Deutschlandlied“ in den ehemals besetzten Gebieten schlimme Erinnerungen auslösen würde, und habe dies „als Argument oft verwendet“; Heuss an Brandt, 14. 9. 1951, in: N 1221, 299.

⁶ Nachdem bekannt geworden war, dass die Vorbehalte der norwegischen Regierung gegen das „Deutschlandlied“ fortbestanden, wurde bei deutschen Siegen während der Winterolympiade in Oslo die von Friedrich Schiller verfasste und von Ludwig van Beethoven vertonte „Ode an die Freude“ gespielt.

⁷ Während des Zweiten Weltkrieges von Deutschland besetzte Länder.

⁸ Willi Daume.

⁹ In seiner Sylvesteransprache 1951 thematisierte Heuss seinen Hymnenvorschlag nicht; B 122, 221.

¹⁰ Lateinisch für „Vater, ich habe gesündigt“.

¹¹ Im Zuge des Unternehmens „Weserübung“ fand am 9. 4. 1940 der deutsche Angriff auf die beiden neutralen Staaten Norwegen und Dänemark statt. Während Dänemark sogleich kapitulierte, zogen sich die Kämpfe mit den norwegischen Truppen bis zum 10. 6. 1940 hin.

Ein zweites: In zwei Spätsommergesprächen mit Staatssekretär Dr. Lenz wurde statuiert: Man solle, man könne das „Deutschland-Lied“ nicht „gegen die Arbeiterschaft“ oktroyieren.¹² Ich hatte kurz vorher mit Fette¹³ ein Gespräch: Orden ja, Deutschland-Lied nein. Dr. Lenz hatte aus seinen Gesprächen mit den Herren des DGB einen anderen Eindruck; nach meiner Erinnerung habe nur Freitag¹⁴ von der I.G. Metall abgelehnt. Bei der späteren Begegnung aber las Dr. Lenz einen Brief vor, der auch zu den Orden ja, zu dem Deutschland-Lied nein sagte. Das Gespräch, das ich mit Dr. Schumacher (wohl Ende August) hatte,¹⁵ war gegen Hoffmann von Fallersleben wie gegen R. A. Schröder gleich negativ. („schwäbisch-protestantischer Nationalchoral“ – er fand die Gesprächspointe so hübsch, daß er sie ein paar Tage später auch vor der Presse wiederholte.) Ich habe seitdem mit niemandem von der SPD oder dem DGB über diese Frage verhandelt. Wie Sie sich erinnern mögen, waren für meinen Versuch, die Deutschen von dem lauten Traditional-Patriotismus zu trennen und sie zu einem tragisch verhaltenen Nationalgefühl zu führen (was *keine* der Parteien, ob rechts, Mitte, links, aus Denkbequemlichkeit verstehen wollte), unliebsame Vorgänge beim Intonieren des „Deutschland-Liedes“ bei überparteilichen Veranstaltungen mit maßgebend. Ich kann heute, zumal die „Regierungsparteien“ den Weg gingen, der ihnen zweckdienlich erschien, nicht Propagandist in einer offenbar mir mißglückten Sache werden – mit einer heiteren Wehmut denke ich an den Abend, da das Kabinett so schön und eifrig und ganz begabt Singprobe auf der Viktorshöhe¹⁶ hielt.¹⁷ Doch das ist Feuilleton! *Politisch* ist die Frage, ob es gelingt, die SPD und den DGB zum mindesten zu einer neutralen Haltung in dieser Frage zu gewinnen, ohne daß die ganze Sache als ein Spezialkapitel von „Remilitarisierung“ und „Verteidigungsbeitrag“ erscheint. (Das „Deutschland-Lied“ war, wie man mir sagt, nie Marschlied, hat aber durch den Kriegsbericht über die sinnlose Opferung junger Studentenregimenter bei Langemarck¹⁸ seine soldatische Weihe erhalten.) Ich

¹² Nur ein Gespräch vom 13. 8. 1951 nachweisbar, in dem sich Lenz für die Wiedereinführung des Deutschlandliedes mit der dritten Strophe ausspricht; B 122, 31269; vgl. auch K. ADENAUER / TH. HEUSS, *Unter vier Augen*, S. 66.

¹³ Gespräch mit dem DGB-Vorsitzenden Christian Fette vom 30. 6. 1951, in: B 122, 31269.

¹⁴ In der Vorlage: „Freitag“.

¹⁵ Das Gespräch fand am 14. 8. 1951 statt; Aufzeichnungen in: B 122, 31269.

¹⁶ Gemeint ist der erste, provisorische Sitz des Bundespräsidialamtes in einem ehemaligen Eisenbahnererholungsheim in Bad Godesberg.

¹⁷ Vgl. Nr. 48.

¹⁸ Im Ersten Weltkrieg hatten während der Flandernschlacht im Herbst 1914 deutsche „Freiwilligenregimenter“ die Stellungen britischer Berufssoldaten bei Langemarck mehrfach ohne ausreichende Deckung angegriffen und starke Verluste erlitten. Darüber brachte der Heeresbericht am 11. 11. 1914 die Meldung, junge Regimenter hätten unter dem Gesang „Deutschland, Deutschland über alles“ einen Sturmangriff geführt und die gegnerischen Stellungen eingenommen. Aus dieser Meldung über eine opferbereite nationale bürgerliche Jugend entwickelte sich der Mythos von Langemarck; vgl. G. KRUMEICH, *Langemarck*.

möchte Ihnen die Überlegung nahe bringen, ob Sie, da das Kabinett diese Sache zu seiner gemacht hat, in dieser Richtung eine Klärung erreichen können. Daß die SPD als Masse in dieser Frage nicht einheitlich fühlt, ist mir völlig klar, teils um Eberts willen, teils weil auch bei ihr viele Leute einfach keine neuen Worte und Noten lernen wollen.

Wenn eine solche Klärung erfolgt ist, die doch die Gewähr bieten müßte, daß die Wiedererweckung des „Deutschland-Liedes“ nicht zur Verschärfung der innenpolitischen Gegensätze führt, dann möchte ich jedenfalls davon absehen, das Lied in der Form Eberts feierlich zu „proklamieren“.¹⁹ Das habe ich den Herren von der FDP, die das von mir erbat, mit kühler Klarheit gesagt. Das ist kein enttäuschter oder gekränkter Eigensinn, wie wohlmeinende Leute glauben. Aber ich habe, soweit die Eigenentscheidung frei war, immer Wert darauf gelegt, nicht Dinge zu tun, die meiner Auffassung und meinem Wesen widersprechen.

Über einen möglichen Weg bzw. die mir angemessene Formulierung würde dann zu sprechen sein, wenn diese Vorfragen geklärt sind.²⁰ Auch scheint mir bei den Befürwortern des „Deutschland-Liedes“ als Nationalhymne noch keine einheitliche Meinung zu bestehen, ob nur die dritte Strophe oder das ganze Lied neu belebt werden soll.

Es war eine harte Zumutung an Sie, diesen langen Brief, der fast eine Abhandlung wurde, ganz zu lesen. Aber da ich in dieser Angelegenheit übrigens nach Rücksprache mit dem Kabinett und sämtlichen Parteiführern, von denen nur Herr Hellwege grundsätzliche Bedenken gemeldet hatte, vordergründig geworden war, habe ich, der ich leider, wie ich Ihnen neulich sagte, nie „Aufzeichnungen“ in meinem Leben gemacht habe, ein gewisses geschichtliches Interesse daran, meine Position auch vor einer „taktischen“ Entscheidung einmal schriftlich niederzulegen.²¹

Mit bestem Gruß

Ihr

Th. Heuss

¹⁹ Vgl. Nr. 21, Anm. 5.

²⁰ Vgl. zum Vorgehen von Adenauer und Heuss bei der Verabschiedung der Nationalhymne Nr. 116.

²¹ Vgl. auch die Darstellung des Vorgangs in dem Schreiben von Heuss an Dolf Sternberger, 9. 3. 1956, in: N 1221, 206.

Nr. 110

An Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler, Bonn

26. Januar 1952

BArch 1221, 301: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. Th.H./R.) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“¹

Kritik an der Formulierung einer Ernennungsurkunde

Verehrter Herr Bundeskanzler!

Diese Zeilen sind ein leichter Aufschrei meines Sprachgefühls und ein Appell an Ihr „liturgisches“ Empfinden.

Heute früh wurde mir zur Unterzeichnung die Ernennungsurkunde für Dr. Anton Pfeiffer vorgelegt. In dieser heißt es, daß ich ihn „zum Botschafter der Besoldungsgruppe B 7 A in Brüssel“ ernenne. Man kann die Gestaltung einer solchen Urkunde natürlich verschieden bewerten, rein als technische Angelegenheit, man kann ihr aber auch einen bescheidenen Symbolgehalt zurechnen.

Sprachlich würde ich sagen, daß Dr. Pfeiffer nicht der Botschafter der Besoldungsgruppe ist, sondern der Bundesrepublik Deutschland. Man müßte also einfügen „in der Besoldungsgruppe“. Aber gerade das empfinde ich auf der anderen Seite als eine unmittelbare Peinlichkeit. Mir selber sind ja die Buchstaben und Ziffern der Besoldungsgruppe nichts anderes als kabbalistische² Zeichen, weil ich in meinem Leben nie mit diesen Einordnungen zu tun hatte. Aber es wehrt sich – auch wenn ich und weil ich weiß, daß es gerade etwa bei den Botschaftern und Gesandten verschiedene Einstufungsgruppen gibt – auch das ästhetische Empfinden dagegen, auf einem Dokument solcher Art (was bei der durchschnittlichen Beamtenkategorie nie der Fall ist) von der Besoldung zu reden und die Geheimzeichen B 7 A beizufügen.

Sagen wir doch einfach „zum Botschafter in Brüssel“, und in einem Annexblatt wird durch einen Rechnungsrat kommentiert, daß es sich in Brüssel um eine Besoldungsgruppe B 7 A handele, aber nicht auf einer Büttenpapierurkunde, die von uns beiden gezeichnet ist.

Mit freundlichem Gruß

Ihr

Theodor Heuss

¹ Druck: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 102.

² Von der jüdischen Mystik herkommend, für „rätselhaft, unbegreiflich“.

Nr. 111

An Otto Braun, Ministerpräsident a. D., Ascona, Tessin, Schweiz

26. Januar 1952

BArch, N 1221, 301: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“¹

Gratulation zum 80. Geburtstag; Würdigung der Lebensleistung Otto Brauns; Zusendung der „Gedanken und Erinnerungen“ von Otto von Bismarck

Sehr geehrter, lieber Herr Dr.² Braun!

Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen zu Ihrem 80. Geburtstag meine herzlichen Glückwünsche auszusprechen. Dabei gehen zunächst die Gedanken zurück an das nette und geglückte Beisammensein im vergangenen Herbst, als ich mich eine kurze Zeit in Ihrer Nähe aufgehalten habe.³ Aber ich darf bei diesem Anlaß doch auch aussprechen, daß ich Sie nicht bloß als den Mann, der jetzt im Garten und in einer schönen Landschaft Vergangenheiten an sich vorbeiziehen läßt, sehe, sondern daß ich zum Ausdruck bringen möchte den Respekt vor Ihrer historischen politischen Leistung.

Wer in die Politik eintritt, weiß, daß er mit Dank nicht immer rechnen darf, daß sein Bild in der Polemik des Tages verstellt wird. Aber ich bin dessen gewiß, daß dies Sie selber in Ihrer Substanz nicht berührt hat, sondern daß Sie mit der Nüchternheit Ihres Wesens und der sachlichen Überlegenheit gut genug wissen, was Sie in schwerster Zeit für Deutschland geleistet haben, und das werden auch einmal die Historiker begreifen.

Ich selber darf Ihnen in alter Wertschätzung Ihrer Persönlichkeit den herzlichen Glückwunsch zu dem Geburtstag aussprechen und ihn mit der Erwartung austatten, daß die Gesundheit Ihnen noch recht lange erhalten bleibt.

Auch meine Frau läßt Sie in freundlicher Erinnerung bestens grüßen.

Wie immer Ihr

Th. Heuss

PS Wenn ich Ihnen mit dem Gruß Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ zuschicke, so wollen Sie darin keine tiefere Bezüglichkeit aufspüren. Ich habe im vergangenen Jahr eine Einleitung zu dem Neudruck geschrieben, und da der Verlag mir freundlicherweise eine größere Anzahl der Bücher zur Verfügung stellte, gebe ich sie gern an Bekannte, bei denen ich weiß, daß sie ihre frühere Biblio-

¹ Az. III/2/10.

² Die Universität Köln hatte Otto Braun 1927 zum Dr. rer. pol. h. c. ernannt.

³ Von einem angeregten Abend mit Braun schrieb Heuss seiner Frau am 3. 10. 1951; FA Heuss, Basel; vgl. auch Nr. 88.

theek ganz oder teilweise verloren haben.⁴ Im „Bismarck“ zu lesen, ist ja um seiner Sprachkraft willen immer ein Vergnügen. Vielleicht interessiert Sie aber auch die Einleitung, die ja gewiß nicht das ganze Bismarck-Problem umfaßt, aber den Versuch macht, die sehr gegensätzlich verlaufende erneute Bismarck-Diskussion historisch und sachlich etwas in Ordnung zu bringen. Ob mir das freilich ge-
glückt ist, weiß ich nicht.

Nr. 112

An Friedrich-Wilhelm Wagner, Mitglied des Deutschen Bundestages, Bonn
29. Januar 1952

StadtA Ludwigshafen, N 25, 15: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Ablehnende Haltung der rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten gegenüber dem Bundesverdienstkreuz

Verehrter, lieber Herr Wagner!

Nun bin ich nicht ganz sicher, ob Sie für den Brief, den ich jetzt schreibe, die richtige Adresse sind. Ich nehme aber doch an, daß Sie an der Ablehnung des Verdienstkreuzes durch den Landesausschuß der Sozialdemokratischen Partei von Rheinland-Pfalz, die heute in der Zeitung berichtet wird,² irgendwie beteiligt sind. Außerdem sind Sie mir von den rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten wohl am meisten bekannt durch unsere gemeinsame Arbeit im Parlamentarischen Rat.

Mit der Frage der Auszeichnung ist es ja nun so, daß ich es keinem Menschen übel nehme, wenn er sagt, ich möchte aus grundsätzlicher Meinung eine solche Auszeichnung vom Staate her nicht erhalten. Daß aber in der Begründung, wie sie heute A.P.³ mitteilt, gesagt wird, daß durch den „Bonner Ordensregen der Charakter einer echten Anerkennung für geleistete Arbeit verloren gegangen sei“, das ist nun fast, verzeihen Sie das Wort, leichtfertig getönt. Da ich alter Journalist bin, weiß ich das Spiel mit dem Wort Ordensregen und Ordensregen zu würdigen. Aber der Landesausschuß hat sich die Sache zu billig gemacht. Zumindest hätte er vorher durch eine meteorologische Feststellung dahinter kommen können, daß Rheinland-Pfalz bis jetzt vom Ordensregen noch nicht eine Pfütze abbekommen hat. Das Land ist bisher gar nicht „betroffen“. Wann und in

⁴ Braun war wegen der einsetzenden politischen Verfolgung durch die Nationalsozialisten Anfang März 1933 in die Schweiz emigriert; vgl. auch Nr. 91.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 301. Eine Kopie des Schreibens sandte Heuss am 31. 1. 1952 an den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Altmeier; N 1221, 301.

² Ließ sich nicht ermitteln.

³ Associated Press, 1848 gegründeter amerikanische Nachrichtendienst mit Sitz in New York.

welcher Weise und in welchem Umfange die Mainzer Regierung an die Sache herangehen wird, weiß ich nicht. Vielleicht ist sie durch die auch in der Begründung etwas ungenügende Haltung des Betriebsrates der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik etwas verprellt.⁴ Ich selber halte in diesen Fragen mit Anregungen usf. mich zurück, habe aber schon vor vielen Wochen die Herren Ministerpräsidenten Altmeier und Arnold gebeten, einmal sich durch Ihre zuständigen Ämter Männer nennen zu lassen, die bei der Räumung von Flatterminen usf. im Bezirk der Westwallkämpfe sich betätigt und bewährt haben.⁵ Denn mir liegt gerade daran, daß auch solche Leistungen im kleinen, die mit Gefahren verbunden sind, aber nicht in den Bereich der sogenannten Rettungsmedaillen fallen, im Bewußtsein der Bevölkerung nicht untergehen.

Was den Ordensregen anlangt, von dem die rheinland-pfälzische Sozialdemokratie spricht (und von dem Ihr Land, wie gesagt, bisher verschont blieb), so habe ich mir auf Grund dieser Ordensnotiz mitteilen lassen, daß seit September [1951] 406 Orden verteilt worden sind, von denen ungefähr die Hälfte (aber dies nur zu Ihrer persönlichen Information) auf das Land Baden entfällt. Der Staatspräsident Wohleb ist mit kräftiger Bewußtheit an die Sache herangegangen⁶ und hat sich nun Leute aus dem ehrenamtlichen Bezirk der Sozialfürsorge, aus dem Bereich beruflicher Leistungen in Landwirtschaft und Handwerk usf. zusammenstellen lassen. Im übrigen haben wir bei den Anträgen, wie sie von den Ministerpräsidenten oder Bundesministern an uns geleitet wurden, überwiegend ganz ausgezeichnet individualisierende Begründungen erhalten. Es war – technisch gesprochen – nie ein Regnen, sondern immer nur ein Tröpfeln.

Ich schreibe Ihnen das so ausführlich und persönlich nicht, weil ich in diese Verdienstkreuzsache verliebt wäre und mich nun gekränkt fühle, sondern weil ich diese Art von Erklärungen – deutlich gesprochen – einfach [für] töricht halte.

⁴ Werksleitung und Betriebsrat der BASF hatten eine Annahme von Bundesverdienstkreuzen für Betriebsmitarbeiter abgelehnt, da sie nicht zu kontingentieren seien. Dazu erklärte Heuss am 2. 1. 1952 in einem von ihm diktierten und von Klaiber gez. Schreiben, Kontingente brauchten nicht ausgeschöpft zu werden, seien aber „für die einzelnen Jahre und für die einzelnen vorschlagsberechtigten Länder [...] erforderlich“, weil „ein gewisses Maß und ein gewisser Rhythmus“ bei einer Dauerinstitution festzusetzen seien. Heuss halte die Entscheidung für „allzu bequem“. Sicher gebe es im Betrieb Personen, die durch soziales Handeln oder „technische Vorschläge“ ordenswürdig seien, ohne dass dadurch „eine unfrohe oder störende Hervorhebung“ entstehe. „Der Herr Bundespräsident ist der Auffassung, daß für den Sinn der staatlichen Integration ein bißchen Mut offenbar notwendig ist, um über die Bequemlichkeit, wir halten uns die innere Diskussion fern, hinwegzukommen“; N 1221, 301.

⁵ Vgl. Nr. 100, Anm. 9.

⁶ Zur inflationären Verleihung des Verdienstordens vor allem in Baden durch Wohleb vgl. auch Adenauer an Heuss, 9. 1. 1952; Heuss an Adenauer, 10. 1. 1952, in TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 97f; Heuss an Ernst Ludwig Heuss, 30. 12. 1951, in: FA Heuss, Basel.

Ich habe mich in dieser Angelegenheit ja auch mit den führenden Herren der SPD und des DGB schon vor der Stiftung abgesprochen.⁷ Eine gewisse Sachschwierigkeit hat sich dann bei den Hansestädten auf Grund früherer Bestimmungen ergeben⁸ (obwohl sich Brauer gerade vor einem Jahr auf einer Konferenz für das Verdienstkreuz ausgesprochen hatte). Ich fand ein bißchen diese Art von Veröffentlichung auch für Wilhelm Keil, Paul Löbe und Louise Schroeder verletzend, die von mir nie ungefragt überrascht wurden,⁹ sondern bei denen immer eine Verständigung vorangegangen war.

Natürlich können Journalisten über Orden Witze machen, und Karikaturisten haben ein Thema gefunden.

Es wird Sie vielleicht interessieren, daß unsere „Kontingente“ – um das ungeschickte Wort zu gebrauchen – ja nie ein Muß der Verteilung darstellen, sondern nur eine Höchstgrenze, die wir den einzelnen Ländern einfach aus Etatgründen mitteilten; damit brauchen sie aber lange, lange nicht ausgeschöpft zu werden. Bei den Besprechungen des Komplexes haben wir übrigens festgestellt, daß die von uns als Höchstmaß gedachte Zahl die Hälfte der in der Französischen Republik vorgesehenen Jahreskontingente der Ehrenlegion¹⁰ erreicht.

Der Brief ist nun eine kleine Belehrung geworden, aber sie möchte von Ihnen in freundschaftlicher Stimmung aufgenommen werden. Wenn ich solche Vorgänge sehe, sage ich ein „Männerstolz vor Königsthronen“.¹¹ Aber wo ist der König?

Mit herzlichem Gruß

Ihr

Theodor Heuss

⁷ Vgl. Nr. 83, Anm. 22 und 23.

⁸ In den Hansestädten nahmen und nehmen die Senatoren, Abgeordneten und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes keine auswärtigen Orden an, da diese Auszeichnungen dem traditionellen bürgerlichen Stadtrecht der Hansestädte widersprechen.

⁹ Vgl. Nr. 101.

¹⁰ 1802 gestifteter ranghöchster französischer Verdienstorden mit fünf Klassen vom Ritter bis zum Großkreuz.

¹¹ Zitat aus dem Libretto zu Ludwig van Beethovens Oper „Fidelio“.

Nr. 113

An Dr. Toni Stolper, New York

15. Februar 1952

BArch, N 1221, 490: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Ansprachen in Bremen; Gesundheitszustand von Elly Heuss-Knapp; Redetätigkeit; Verhältnis zu Ernst Jäckh und Carl Jacob Burckhardt; Persönliches

Liebe Toni!

Mit dem Echo auf Deinen Geburtstagsbrief² habe ich etwas gewartet, bis ich die zwei Ansprachen von Bremen, die ich vor acht Tagen zu halten hatte, vervielfältigt erhielt, denn ich glaube, daß sie Dich sachlich und auch menschlich interessieren. Der eigentliche Sinn meiner Reise dorthin war, das neue Verwaltungsgebäude der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger einzuweihen,³ bei der ich „traditionell“ die „Schirmherrschaft“ verwese. Aber man hat mich dann gleich von der Karl-Schurz-Gesellschaft auch vereinnahmt.⁴ Es sollte die 100-jährige Wiederkehr des Tages begangen werden, da Schurz in Amerika eintraf.⁵ Und dann wurde ich noch zu einem Alt-Bremer Massenessen gebeten – Kaufleute, Reeder und Kapitäne.⁶ Es gab Stockfisch und Braunkohl, aber man mußte einen Frack anhaben. Das für mich Seltsame war, daß ich über Karl Schurz selber keine Rede halten sollte, weil das dort schon so oft geschehen ist. Der amerikanische Admiral, der dort governor ist, hatte sich aber selber vorbehalten, doch über Schurz und die fünfziger Jahre in Amerika etwas zu sagen. Er hat sich der Sache in vortrefflicher Weise entledigt. Ich selber machte den Versuch, etwas über „die“ Amerikaner zu sagen, einen halb psychologischen, halb ökonomischen, halb geschichtlichen Abriß.⁷ Darin habe ich nach Schurz auch einmal Gustl⁸ knapp zu würdigen ver-

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 301: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Toni Stolper an Heuss, 26. 1. 1952, in: N 1221, 490.

³ Heuss hielt die Einweihungsrede am 7. 2. 1952; B 122, 220.

⁴ Vor der Schurz-Gesellschaft sprach Heuss am 8. 2. 1952; B 122, 220, Druck unter dem Titel „Amerika wächst in sein Schicksal“, in: TH. HEUSS, Würdigungen, S. 331–349.

⁵ Karl Schurz wanderte nach seiner Beteiligung an der deutschen Revolution von 1848/49 in die USA aus, wo er 1852 eintraf. Dort machte er politische Karriere und wurde Mitglied des Senats.

⁶ Gemeint ist die seit 1545 alljährlich am Ende des Winters, seit 1952 am zweiten Freitag im Februar stattfindende Schaffermahlzeit. Ursprünglich das Abschiedessen von Kaufleuten und Reedern mit ihren Kapitänen, ist es heute eine Veranstaltung, zu der die 100 kaufmännischen und 100 seemännischen Schaffer bedeutende Persönlichkeiten im Prinzip einmal in ihrem Leben einladen.

⁷ Heuss' Rede löste, wie er am 19. 3. 1952 Toni Stolper schrieb, bei US-Dienststellen in der Bundesrepublik den Eindruck aus, er habe „die amerikanische Besatzung angegriffen“, was der „reizende Admiral“, der vorher geredet hatte, widerlegt habe. Als Heuss erwo, diese Rede zu übersetzen, dachte er an Toni Stolper als Übersetzerin; N 1221, 302.

⁸ Gustav Stolper, der 1947 verstorbene Ehemann Toni Stolpers und enge Freund von Heuss.

sucht. Ich hatte in Unterhaltungen festgestellt, daß er und der „Deutsche Volkswirt“⁹ gerade bei den älteren Bremern keineswegs vergessen sind. Und es haben sich, wie das Gespräch nachher ergab, manche darüber gefreut, daß ich von Gustl gesprochen habe.

Die letzten Wochen, wenn nicht Monate standen immer im Schatten von Ellys Befinden. Ich bin gar nicht ganz sicher, ob ich Dir das schon schrieb oder ob Du das von Lörrach gehört hast:¹⁰ Kurz nach Weihnachten zeigten sich die Vorboten der Gelbsucht. Es ist jetzt die dritte, die Elly durchzumachen hat. Sie hat zwar nicht die exzessive Form angenommen wie vor über vier Jahren, da sie 15 Wochen fest im Bett lag,¹¹ aber da ja die Behandlung der Kniearthrose noch nicht ganz abgeschlossen ist und das Herz aufs Ganze gesehen halt doch schlechter ist als vor ein paar Jahren, gab es auch sorgenreiche Tage und Nächte. Seit etwa zehn Tagen haben wir und die Ärzte das Gefühl, daß die Sache im Abklingen ist. Aber es wohnt doch noch eine sehr nette Krankenschwester bei uns, die auch in den Dezemberwochen Elly im Krankenhaus betreut hatte und von dort ausgeliehen wird. Die Folge der Krankheit war, daß die Lörracher¹² die Geburtstage nicht mit uns hier begehen konnten.¹³ Ludwig kam allein, da das Kind für Elly zu anstrengend gewesen wäre. Er flog dann mit nach Berlin, um einiges Geschäftliche zu erledigen, und fuhr von hier für ein paar Tage nach Holland, auch in Geschäften.¹⁴ In Berlin hatte ich auf der „Grünen Woche“ vor den Bauern zu reden;¹⁵ es waren auch sehr viele aus der Sowjetzone da. Zugleich habe ich dann in einer Werkhalle vor den Borsigarbeitern einiges zu sagen gehabt.¹⁶ Die Geschichte verlief sehr gut. Ich habe den Berlinern zugesagt, daß ich am 1. Mai dort vor dem alten Reichstag bei einer Großkundgebung sprechen werde.¹⁷

⁹ Eine von Gustav Stolper 1926 in Berlin begründete wirtschaftspolitische Zeitschrift.

¹⁰ D. h. von Ernst Ludwig Heuss.

¹¹ In dem Briefwechsel 1945–1949 wird der problematische Gesundheitszustand von Heuss-Knapp immer wieder thematisiert; vgl. TH. HEUSS, Erzieher.

¹² Ernst Ludwig Heuss mit Frau Hanne und Tochter Barbara.

¹³ Noch am 29. 12. 1951 hatte Heuss seinem Sohn geschrieben, Heuss-Knapp gehe davon aus, dass die Lörracher zu den Geburtstagen – Heuss-Knapp am 25. 1., Heuss am 31. 1. – nach Bonn kommen würden; N 1221, 300. In einem Schreiben vom 29. 2. 1952 an Toni Stolper berichtete Heuss, seine Frau sei deprimiert, da der Gesundheitszustand labil sei und sie „jede zweite Nacht eine bösartige Herzattacke mitten im Schlaf“ erleide. „Sie hat zwei Jahre lang die Menschen verulkt, die über das schlecht bekömmliche Klima von Bonn klagten, seit ein paar Tagen hat sie sich aber selber diesem Chor angeschlossen“; N 1221, 301.

¹⁴ Ernst Ludwig Heuss leitete in Lörrach die Wybert GmbH.

¹⁵ Vgl. Nr. 96, Anm. 2.

¹⁶ In den Borsig-Werken in Berlin-Tegel sprach Heuss am 28. 1. 1952; B 122, 222.

¹⁷ Neben der Ansprache während der Maifeier sprach Heuss in Berlin am 30. 4. 1952 auf dem Empfang des Schriftsteller-Kongresses, am 2. 5. 1952 in der Freien Universität über Formkräfte einer politischen Stilbildung (wiederholt in der Bonner Universität am 10. 6. 1952), außerdem vor Turnern und zum Müttergenesungswerk sowie am 3. 5. 1952 zum Studententag; B 122, 223 und 224.

Etwa zehn Tage vorher war Ernst Jäckh von Berlin aus hierher gekommen. Ich habe ihn einmal im Amt und zweimal zum Kaffee gehabt. Er hat auch Adenauer, François-Poncet und eine Reihe sonstiger Leute gesehen. Sein Berliner Debut ist von den verschiedenen Leuten verschieden beurteilt worden. Einige seiner alten Freunde haben sich sehr über seine Beweglichkeit gefreut, den anderen war die Gedenkrede, die er über die Hochschule¹⁸ hielt, in dem Einbeziehen vieler historischer Dinge und Persönlichkeiten etwas zu forciert. Über bestimmte Dinge in den Briefen zwischen Dir und mir schien mir Suhr schon einigermaßen orientiert zu sein. Wie Jäckhs Aufenthalt in Württemberg abgelaufen ist, weiß ich nicht, außer dem Zeitungsbericht über die Uracher Ehrenbürgerfeier. Ich habe ihm nur klarzumachen versucht, daß eine andere Generation, als er sie kannte, jetzt auf dem Wege ist, in die Politik führend einzugreifen. – Ob sein Buch¹⁹ ein Echo finden wird, ist mir einstweilen undeutlich. Ich weiß von einigen Leuten, daß sie aus alter Freundschaft eine Besprechung vermeiden wollen, weil sie das gleiche Gefühl haben wie ich, daß er mit den Vorworten wie mit der Art, wie er die Probleme nach 1929/30 darstellt, sich selber keinen Gefallen tut.²⁰

Mein eigenes Leben verläuft „wie gehabt“. Jetzt habe ich wenigstens einmal 14 Tage lang nicht zu reisen und keine großen Reden vorzubereiten. Aber für den Frühsommer hat sich schon allerhand gemeldet, von dem ich nicht recht weiß, ob ich es schaffen soll oder kann: eine Hebel-Rede, eine Hesse-Rede (75 Jahre!).²¹ Das verlangt eben immer wieder ziemlich viel eigenes Lesen, und, wie Du Dir denken kannst, häufen sich jetzt auch Konferenzen, Denkschriften, Empfänge usf. Wir hatten neulich im übrigen einen sehr gelungenen Abend,²² da ich für Carl J.

¹⁸ Die von Jäckh 1920 in Berlin gegründete und bis 1933 geleitete Deutsche Hochschule für Politik, an der Heuss 1920–1933 als Dozent gelehrt hatte; vgl. D. LEHNERT, Politik. Jäckh hatte dort an seiner alten Wirkungsstätte mit einer Rede die Hans-Jäckh-Stiftung eingeweiht; vgl. Stadt Göppingen an Bott, 7. 1. 1952, in: N 1221, 155.

¹⁹ ERNST JÄCKH: Amerika und wir 1926–1951. Amerikanisch-deutsches Ideen-Bündnis, Stuttgart 1951.

²⁰ Heuss selbst hatte Otto Suhr am 2. 1. 1952 mitgeteilt, dass er mit Jäckh wegen der Veröffentlichung von dessen Buch „Amerika und Wir 1926–1951“ „brieflich einigermaßen überquer“ stehe. Mit diesem Schreiben übernahm er die Schirmherrschaft über die Deutsche Hochschule für Politik; N 1221, 301; B 122, 388. Heuss hatte im Frühjahr 1951 gegenüber Jäckh abgelehnt, eine Einführung zu diesem autobiographisch ausgerichteten Band zu schreiben, gegen den er einige Einwände vorbrachte; außerdem äußerte er Unbehagen gegenüber dem ungefragten Abdruck eines Heuss-Briefes in dem Buch; vgl. Heuss an Jäckh, 6. 5. 1951, in: N 1221, 155. An Toni Stolper schrieb Heuss über Ernst Jäckh am 29. 2. 1952: „Die Dinge sind für mich allmählich etwas peinlich; aber ich glaube, es ist J[äckh] schlecht zu raten, daß er nicht Feind seines eigenen Namens wird. Sehr amüsiert hat mich die Meinung, die Frau M[arta Jäckh] schrieb, daß J[äckh] im Grunde auf mich eifersüchtig sei und im Unterbewußtsein die Meinung habe, daß er eigentlich wohl an dieser Stelle sitzen müsse. Ich glaube diese These nicht, aber daß sie von irgendeinem Amerikaner aufgestellt werden konnte, ist etwas komisch“; N 1221, 301.

²¹ Vgl. Nr. 106, Anm. 3 und Anm. 6; vgl. auch Nr. 133.

²² Am 11. 2. 1952; vgl. Dienstkalender, in: N 1221, 482.

Burckhardt, den Richelieu-Biographen,²³ der in Paris lebt und den ich vor 1½ Jahren in der Schweiz kennen und menschlich sehr schätzen gelernt hatte, eine bunte Gesellschaft zusammenbrachte – eine Anzahl von Historikern, dann aber auch die Dichter Carossa und Andres, den Architekten Bartning, Gessler und Kardinal Frings. Adenauer war erkältet. – Ich weiß nicht, ob Du Burckhardts Sachen kennst. Er fährt vielleicht im Juni zu Vorträgen nach Amerika. Ich glaube, daß es sich für Dich sehr lohnen würde (als Redner kenne ich ihn nicht), einen Eindruck von ihm zu gewinnen. Er ist eine der wichtigsten geistigen Figuren des heutigen Europa. Früher war er Völkerbund-Kommissar in Danzig und während des Krieges Leiter des Internationalen Roten Kreuzes; außerdem Freund von Hugo von Hofmannsthal.²⁴

Manchmal möchte ich ein paar Wochen lang freie Abende haben, um eine Fortsetzung meiner Erinnerungen zu entwerfen. Ich bin im Augenblick unsicher, ob Du die Kindheit und Studentenzeit²⁵ erhalten hast, die ich einmal, wohl im Herbst, an Dich losließ. Lotti²⁶ hatte doch einmal den ganzen Kram abgeschrieben, so daß ein Exemplar frei war. Es ist eine etwas heikle Aufgabe, da ich ja nie Archive angelegt habe, und wenn ich in den alten Papieren herumkrame, mich ein gräßliches Durcheinander zurückschreckt. Aber es hat auf der anderen Seite ja immer einen Reiz, mit seiner eigenen Jugend Zwiesprache zu halten. Es sind jetzt von da und dort Jugendbilder aufgetaucht oder auch Studentenbilder, die etwas sehr Rührendes haben.

Wir freuen uns sehr, daß die Sache mit Maxis Abschlußexamen und späterer beruflicher Entwicklung sich so gut anzulassen scheint.²⁷ Daß es so werden würde, daran habe ich nie gezweifelt. Aber wir möchten sehr wünschen, daß Du selber Dich nun nicht in dem Zustand der dauernden Überarbeitung aufhältst.

Mir persönlich geht es gesundheitlich eigentlich immer gut. Natürlich müßte ich auch etwas mehr Bewegung haben und müßte weniger rauchen. Aber ich glaube, ich fange mit der Tugend nicht mehr an.

Mit vielen herzlichen Grüßen
wie immer Dein

Th. Heuss

²³ CARL JACOB BURCKHARDT: Richelieu. Der Aufstieg zur Macht, München 1935.

²⁴ Hofmannsthal lernte Burckhardt während dessen Attachédienst in Wien nach dem Ersten Weltkrieg kennen. Als Burckhardt seinen Briefwechsel mit Hofmannsthal 1956 publizierte, meinte Heuss dazu, dies sei „eine der großartigsten literarischen Dokumentationen, die ich in den letzten Jahren gelesen habe, und wir müssen alle Burckhardt dankbar sein, daß er noch zu seinen Lebzeiten diese Briefe an die Öffentlichkeit gab. Das findet in seinem Rang die Berechtigung“; Heuss an Niels Diederichs, 20. 11. 1956, in: N 1221, 337.

²⁵ Es handelt sich um das Manuskript der 1953 bei Leins in Tübingen erschienenen „Vorspiele des Lebens“, die Heuss größtenteils 1945 geschrieben hatte.

²⁶ Gemeint die langjährige Sekretärin, Charlotte Kaempffer, die in Stuttgart wohnte.

²⁷ Der dritte Sohn Toni Stolpers, Max Anton, nahm 1952 in einem New Yorker Anwaltsbüro seine Arbeit auf.

Nr. 114

An Dr. Oscar Meyer, Oakland 18, Kalifornien

18. Februar 1952

BArch, N 1221, 176: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H./R.) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Studentische Korporationen; Gerichtsurteil über polnische Juden; Zusendung von Reden und dem Bismarck-Essay; Persönliches

Verehrter Freund!

Es war sehr nett, nach so langer Zeit wieder etwas von Ihnen zu hören,² wenn wir auch gerne etwas mehr Persönliches erfahren hätten. Ich weiß nicht mehr, wie lange es her ist, daß Ihre Tochter mich einmal besucht hat und zu einer Teestunde da war. Wir wohnten damals noch in Godesberg.³ Ich freute mich, dabei zu erfahren, daß die quälende Krankheit, die ich ja noch in Zürich miterlebt hatte, in wunderbarer Weise sich ganz verflüchtigt hat und daß es Ihnen gesundheitlich gut geht.

Das Thema der Korporationen, das Sie ansprechen, ist auch für mich eine ziemlich kummervolle Angelegenheit. Ich habe es vor 2¼ Jahren in einer akademischen Rede in Berlin angepackt und bin damit in alle nur irgend aufgestellten Fettnäpfchen hineingetreten.⁴ Diesen Sport habe ich dann fortgesetzt.⁵ Als ich mit

¹ Az. II/2/02; Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 301: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Meyer an Heuss, 11. 1. 1951, in: N 1221, 276. Meyer hatte Heuss auf Berichte der US-Presse über die Bundesrepublik Deutschland aufmerksam gemacht, in denen das Aufleben der alten studentischen Korporationen behandelt wurde, die sich als Elite des Staates ansehen würden und gegen die von den Behörden nicht vorgegangen werde. „Zudem erweckt das Benehmen der Universitätsbehörden und der Gerichte nach der Schilderung der Zeitschriften den Eindruck, daß sie gegen das staats- und gesellschaftsfeindliche Treiben völlig machtlos sind oder, noch schlimmer, sein wollen.“ Außerdem ging Meyer auf einen Artikel der Zeitschrift „The Nation“ vom 26. 1. 1952 ein, in dem berichtet worden war, „daß ein westdeutsches Gericht die *Zugehörigkeit zum Judentum als strafverschärfenden Umstand* erklärt“ habe, „eine Gemeinheit, die weder in der Weimarer Republik noch im Hohenzollernstaat denkbar gewesen wäre“. Meyer warnte vor der Konsequenz eines zunehmenden Deutschenhasses, wenn nicht gegen solche Urteile eingeschritten werde. Er hoffe, „daß ein Erfolg der Warnung meiner alten Heimat zum Nutzen gereichen wird“.

³ Auf der Viktorshöhe in Bad Godesberg waren das Bundespräsidialamt und die Wohnung für das Ehepaar Heuss provisorisch bis Mitte Dezember 1950 untergebracht.

⁴ Ansprache vor der Berliner Studentenschaft, 1. 11. 1949, in: B 122, 211.

⁵ Vgl. Heuss an Hansheinz Bründer, 22. 12. 1949, in: N 1221, 290. Heuss betonte in diesem Schreiben, er werde an seinem kritischen Standpunkt festhalten. Vor allem wehre er sich dagegen, „daß deshalb, weil die Nazis die Korporationen schließlich verboten haben, diese als Herde der Widerstandsbewegung charakterisiert werden. Sie sind in ihrem Aktivismus in den zwanziger und beginnenden dreißiger Jahren durch Nazismus innerlich ausgehöhlt worden“; vgl. auch TH. HEUSS, Hochverehrter Herr Bundespräsident, S. 87–90, 505–508.

der Sache begann, wußte ich nicht, daß die Rektoren-Konferenz der westlichen Universitäten kurz zuvor einen Entschluß gegen farbentragende und schlagende Verbindungen gefaßt hatte.⁶ Die Professoren waren sehr vergnügt, in mir einen Sekundanten – wie man das wohl nennt – gefunden zu haben. Ich habe das Thema dann noch ein paar Mal bei Universitätsreden angefaßt.⁷ (Diese Reden darf ich Ihnen beilegen.) Anschließend hatte ich dann eine in die Hunderte gehende, zum Teil sehr amüsante Korrespondenz zu führen.⁸

Es ist aber nicht ganz so, wie es in Ihrem Brief sich auf Grund der sehr abgekürzten und wahrscheinlich unrichtigen Zeitungsnotiz darstellt. Die Rektoren haben ihre Linie nicht verlassen, bis auf den neu gewählten Rektor der Münchener Universität,⁹ der kürzlich aus ihrer Reihe heraustrat. In die eigentliche politische Diskussion in breiterem Sinne ist die Frage noch nicht gekommen. Es sieht aber so aus, als ob irgendwann einmal ein Verwaltungsgericht mit der Sache befaßt werden müsse, und zwar unter dem Gesichtspunkt, ob das Grundgesetz nicht mit der Vereinsfreiheit¹⁰ die Verbindungen garantiere. Die Universitäten ihrerseits beanspruchen für die Studenten als Teil des „Corpus academicus“ eine verbindliche Disziplinarordnung, d. h. daß Verbindungen die „Lizenz“, die gewährt wurde, entzogen werden könne. Eine leichte Störung für die Auseinandersetzung bildet immerhin, daß zwei Mitglieder des Kabinetts bei Altherren-Zusammenkünften mit Band und Mütze photographiert wurden.¹¹ Das kann man natürlich niemandem verbieten, und darüber kann man ja auch niemandem Vorschriften machen. Die entscheidende Schwierigkeit in der Sache ist die, daß weniger – soweit ich das zu beurteilen vermag – die jungen Menschen als die alten Herren, nachdem die Nazizeit ihnen den Zusammenhang zerschlagen hatte, sich wieder finden wollten. Es gibt natürlich auch dort sehr verständige Leute, aber es gibt auch – wie überall im Leben – Vereinsmeyer, die eine Rolle spielen wollen. Die stärksten

⁶ Die westdeutsche Rektorenkonferenz sprach sich in Tübingen im Oktober 1949 sowie in Flensburg im Oktober 1950 nachdrücklich gegen eine Wiederbelebung des studentischen Verbindungswesens aus; B 122, 2317.

⁷ So z. B. in Heidelberg am 16. 12. 1949; B 122, 211.

⁸ Seinem Sohn gegenüber bemerkte Heuss am 3. 8. 1951: „In der Post spielte die Auseinandersetzung über das Korporationswesen wieder eine übergroße Rolle. Die Geschichten wachsen jetzt offenbar an die Verwaltungs- bzw. Verfassungsgerichtsbarkeit heran. Die Deutschen sind doch ein seltsames Volk“; N 1221, 298. Am 2. 3. 1953 räumte Heuss ein, seine Versuche, auf „den Lebensstil der Verbindungen einzuwirken“, hätten „nur geringen Erfolg“ gehabt. „Verbindungen oder Gesellschaften oder Vereinigungen muß es ja wohl geben, damit in den Großbetrieben, zu denen heute die Universitäten geworden sind, keine amorphen Massen fluktuieren; aber sie sollten sich frei halten von dem, was einmal war“; Heuss an Walter Burk, 2. 3. 1953, in: N 1221, 309.

⁹ Gemeint ist der Rechtshistoriker Mariano San Nicolò.

¹⁰ Art. 9, Abs. 1 GG.

¹¹ Um welche Kabinettsmitglieder es sich handelt, ließ sich nicht ermitteln.

Verfechter der Tradition waren die Repräsentanten der nichtschlagenden, aber farbentragenden katholischen Verbindungen (übrigens unter Gegnerschaft einiger hervorragender katholischer theologischer Professoren).¹² Und, nachdem sie ihre Vorkämpfer gefunden hatten, sind auch die anderen Gruppen (Burschenschaften, Landsmannschaften) in Bewegung gekommen. Die Korps waren in dieser Frage, soweit ich das auch zu beurteilen vermag, am stärksten geneigt, die neue seelische Situation zu begreifen: freilich soweit es sich um Korps handelt, die aus der adeligen, Agrar- und Beamten-schicht kamen, waren für sie ja auch die soziologischen Voraussetzungen zerstört.

Das Kabinett hat sich wohl nie mit solchen Dingen beschäftigt, kann es ja wohl auch nicht recht. Ich selber bekomme aus den Kreisen der CDU freundschaftliche Zustimmung wie beratende Ablehnung, und bei der FDP wird es nicht anders aussehen. Es ist meine Spezialität geworden, wenn ich mich mit dem Kram einlasse, die neuen Versuche von Kameradschaftshäusern zu favorisieren, von denen ich ein wesentliches in der Zeit, da ich Kultminister war, auf die Beine stellte. Eine meiner frühesten Unterhaltungen mit Mr. McCloy bewegte sich um diese Probleme,¹³ und er hat aus seinen Mitteln sehr stark mitgeholfen, daß an den Universitäten die Chance eines neuen Gemeinschaftstyps entstand oder entsteht, denn man kann natürlich die in die Hunderte gehende Studentenschaft nicht als amorphen Haufen von Individuen betrachten.¹⁴

Über den zweiten Vorgang, den Sie mir mitteilen (Gerichtsurteil in Berlin) über polnische Juden, ist mir nichts bekannt. Ich will aber mit einem der jüdischen Herren, die mich in diesen Dingen informieren und beraten, gelegentlich einmal sprechen und ihn fragen, ob ihm etwas von diesem Vorgang bekannt sei. Ich werde mich dann auch mit dem befreundeten Justizminister Dehler, der selber mit einer Frau jüdischer Herkunft verheiratet ist,¹⁵ in Verbindung setzen.¹⁶ Ich habe Grund, gegenüber manchen, ins Ausland gehenden Nachrichten skeptisch gerade auf diesem Gebiet zu sein, zumal als ich einmal feststellen konnte, daß

¹² So hatte der ehemalige rheinland-pfälzische Justiz- und Kulturminister Adolf Süsterhenn Heuss am 19. 7. 1951 ein zustimmendes Gutachten zum Farbentragen des Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen zugeleitet; B 122, 354.

¹³ Das Gespräch ließ sich nicht ermitteln.

¹⁴ Heuss hielt seine ablehnende Haltung gegenüber dem restaurativen Verbindungswesen weiterhin aufrecht. Auf ein Telegramm des „Burschen- und Altherrentages“ 1954 mit Dank für sein Eintreten für die Burschenschaften antwortete Heuss, gez. von Klaißer, am 8. 6. 1954, angesichts seiner bekannten Haltung gegenüber Korporationen müsse ein Missverständnis vorliegen; N 122, 354.

¹⁵ Dehler war seit 1925 mit Irma, geb. Frank, verheiratet und hielt diese Ehe trotz schwerer Belastungen während der NS-Zeit aufrecht; vgl. U. WENGST, Thomas Dehler, S. 56–75.

¹⁶ Noch am 19. 2. 1952 berichtete Heuss Dehler, Oscar Meyer sei wegen eines Berliner Urteils erschüttert, „in dem bei Angeklagten dies, daß sie Juden seien, als strafverschärfend ausgesprochen wurde.“ Heuss ließ einen Abschnitt aus Meyers Schreiben und dessen Anlage an Dehler senden; N 1221, 301.

einer der Korrespondenten einer großen amerikanischen Zeitung der deutschen Sprache gar nicht mächtig ist und durch Abkürzungen Mißverständnisse erzeugt.

Gerade in der letzten Zeit habe ich übrigens auch über deutsch-amerikanische Dinge zu reden gehabt.¹⁷ Es wird Sie vielleicht interessieren, das Stenogramm auch dieser Vorträge zu erhalten, und ich darf Ihnen dann noch, wenn Sie sich schon mit mir zu beschäftigen haben, auch den großen Bismarck-Essay senden, mit dem ich im vergangenen Jahr eine Neuausgabe der Gedanken und Erinnerungen eingeleitet habe.¹⁸

Vom Persönlichen: Im vergangenen Sommer habe ich mir den Scherz geleistet, mir neben der bei mir üblichen Schulterluxation den rechten Oberarm zu brechen, und lief dann neun Wochen in Gips herum.¹⁹ Jetzt ist alles wieder soweit in Ordnung.

Mit dem Gesundheitszustand meiner Frau sieht es leider sehr viel schlechter aus. Seit Monaten muß sie das Zimmer hüten und war auch wochenlang im Krankenhaus.²⁰ Zu ihrer Angina Pectoris kam eine Kniearthrose, so daß sie kaum gehen konnte, und danach eine Gelbsucht, die seit etwa 10 Tagen erfreulicherweise im Abklingen ist. Sie muß mühsam lernen, zwischen ihrem Temperament und ihrer gesundheitlichen Gesamtsituation eine erträgliche Beziehung herzustellen.

Von „drüben“ habe ich im Laufe der letzten Jahre mancherlei Besuche von alten Bekannten erhalten. Toni Stolper war vor 5/4 Jahren²¹ acht Tage mit ihrer Tochter²² bei uns, dann hat mich Kempner einmal aufgesucht und Julius Bab. Jetzt ist auch Hermann Hummel für einige Zeit im Lande. Auch Frau Koch²³ war wiederholt bei uns usf. Brüning war Weihnachten einen Tag bei mir.²⁴ Er will ja im Herbst wieder ganz nach Deutschland zurückkehren. Hermann Dietrich agiert jetzt in Stuttgart. Sein Temperament ist das alte, aber seine Gesundheit erlaubt ihm nicht mehr die Aktivität von ehemals.

Der Brief ist etwas lang geworden. Ich hoffe, daß er Sie in gutem Befinden antrifft, und sende Ihnen – auch im Auftrage meiner Frau – in freundschaftlicher Erinnerung viele gute Grüße.

Ihr

Theodor Heuss

¹⁷ Vgl. Nr. 113, Anm. 4.

¹⁸ TH. HEUSS, Bismarck-Bild; vgl. auch Nr. 70, Nr. 78, Nr. 91, Nr. 111.

¹⁹ Vgl. Nr. 82.

²⁰ Vgl. Nr. 113.

²¹ Vgl. Nr. 38.

²² Johanna Stolper, seit 1954 verh. Campbell, Patenkind von Heuss-Knapp.

²³ Irma Koch war die Witwe des ehemaligen demokratischen Reichstagsabgeordneten und Reichsministers Erich Koch-Weser.

²⁴ Brüning zur Vorbereitung des Besuchs am 13. 12. 1951 an Otto Friedrich: „In Bonn bin ich noch nicht gewesen, beabsichtige auch nicht hinzugehen – außer einem Besuch bei Heuss als altem Bekannten, sobald Frau Heuss wieder aus dem Hospital entlassen ist“; vgl. H. BRÜNING, Briefe, S. 289.

Nr. 115

An Prof. Dr. Walter Hallstein, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Bonn

3. März 1952

BArch, B 122, 468: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Ri) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Mögliche Hilfsleistungen für Ernst Feder, Paul Hesslein und Fritz Wertheimer

Verehrter Herr Staatssekretär!

Es ist an mich die Frage herangetragen worden, ob von Seiten der Bundesrepublik etwas geschehen kann für einige Männer, die früher als Publizisten oder Organisatoren im politischen Leben Deutschlands standen, deren Stellungen keinen beamteten Charakter besaßen, aber Deutschland aus sogenannten rassistischen Gründen verlassen mußten. Es handelt sich um Schriftsteller, die kein Vermögen besaßen, das mit der Restitutions-Problematik zusammenhängt, draußen in Not gekommen sind oder in Not zu kommen drohen, da ja auch sie inzwischen 15 oder 19 Jahre älter geworden sind.

Die Männer, die mir in solchem Sinne als in ihrer Existenzmöglichkeit bedroht dargestellt werden, sind der frühere innenpolitische Redakteur des Berliner Tageblattes, Dr. Ernst Feder in Rio de Janeiro,² Herr Paul Hesslein in Santiago, der Bürgermeister im Sächsischen war (Mitglied der Nationalversammlung) und später als freier Publizist tätig, zuletzt nach meiner Erinnerung Redakteur des Organs des Deutschen Beamtenbundes. Schließlich handelt es sich dann noch um Dr. Fritz Wertheimer in Porto Alegre, der durch lange Jahre das geistige Haupt des ehemaligen Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart (jetzt Institut für Auslandsbeziehungen) gewesen ist. Ich kenne alle drei Herren persönlich. Von Hesslein wußte ich, daß er sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet, von den anderen habe ich es erst jetzt erfahren.

Die Angelegenheit des Herrn Dr. Wertheimer will ich in Stuttgart demnächst zu klären versuchen und feststellen, ob bei ihm ein Pensionsanspruch anerkannt werden muß, da das sogenannte Deutsche Auslandsinstitut den Charakter einer öffentlichen Stiftung besaß. (Ich kenne sein Vertragsverhältnis mit dem Institut nicht, bin aber ziemlich sicher, daß eine Alterssicherung für ihn bzw. seine Frau vorgesehen war.)³

¹ Az. III/2/03; Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; Verfügungen: „T[isch] B[ott]“; „Vor Abgang Herrn Min.Dir. Klaiber vorzulegen“; hs. Vermerk und Paraphe vom 3. 3. 1952: „Hat Herrn Min.Dir. Klaiber vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 302: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Die deutsche Botschaft in Rio de Janeiro berichtete am 5. 5. 1952, Feder habe sich um die Vertretung deutscher Anliegen in Brasilien verdient gemacht; B 122, 468.

³ Heuss hatte sich deswegen am 29. 2. 1952 an Reinhold Maier gewandt; HStAS, Q 1/8, 334.

Nun ist die Situation des Bundespräsidialamtes ja so, daß unser Dispositionsfonds für Einzelunterstützungen wohl zur Verfügung steht, die aber nur in ganz kleinen Beträgen verwendet werden. Den neuen Fonds für „Ehrensolde“ müssen wir höchst behutsam behandeln. Er würde sonst im Handumdrehen aufgebracht werden. Es ist bei seiner Verwendung an nichtbeamtete Gelehrte oder Künstler und an deren Hinterbliebene gedacht, und es muß dabei immer ein gesamtdeutscher Rang als Maßstab genommen werden.

Ich wurde aber darauf hingewiesen, daß vor einiger Zeit beim Auswärtigen Amt ein Fonds von einer Million geschaffen wurde. Ob aus diesem für solche Zwecke Beträge angesetzt werden können, die die Unterstützung der genannten Herren mit einem Betrag von 200,- bis 300,- DM zur Erleichterung ihrer Existenz rechtfertigen, kann ich von hier auch nicht beurteilen. Dazu hängt die Wirkkraft eines solchen Betrages natürlich von den Lebenskosten dieses oder dieses Landes ab.

Die Sache müßte dazu in jedem Fall sehr diskret behandelt werden, da mir bekannt genug ist, wie innerhalb der sogenannten „Deutschen Kolonie“, zumal in den südamerikanischen Staaten, wechselseitiges politisches Mißtrauen der verschiedenen Auswanderertypen untereinander vorhanden ist. Trotzdem ist es doch etwas wie eine Ehrenpflicht, solchen Männern behilflich zu sein.

Ich bitte Sie sehr, diesen Gedanken aufzunehmen und mit den Missionen in eine Überlegung einzutreten. Ich will dem Herrn Bundeskanzler bei seinem nächsten Besuch die Angelegenheit auch nahe bringen.⁴

Mit freundlichem Gruß
Ihr

Th. Heuss

⁴ Heuss legte am 3. 3. 1952 dieses Problem Adenauer dar, der sich darüber „Vortrag halten“ lassen wollte; vgl. K. ADENAUER / TH. HEUSS, Unter vier Augen, S. 82.

Nr. 116

An Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler, Rhöndorf

6. April 1952

BArch, B 122, 2156: ms. Schreiben, Abschrift eines hs. Schreibens, ms. gez.¹

Urlaub in Badenweiler; Nationalhymne; Äußerungen von Konrad Adenauer zu den Präsidentschaftswahlen in den USA

Verehrter Herr Bundeskanzler,

morgen fahre ich für acht Tage nach Badenweiler, Schloß Hausbaden, wohin meine Frau sich vor einer Woche begeben hat² – ich freue mich, Ihre Bereitschaft mitteilen zu können, daß Sie mit ihr das Gespräch über die Rettung der Familie führen wollen³ – ich finde diesen ihren Einfall sehr glücklich.

Dr. Lenz konnte an Dr. Klaiber auch die Nachricht geben, daß Sie dem Vorschlag, die Sache mit der Nationalhymne nach meinen Überlegungen zu einem Ende zu bringen – wird es ein Ende sein? – zustimmen. Die Einzelformulierungen werden wir ja im Austausch rasch so ordnen können, daß beide Briefpartner sich finden.⁴ Ich halte es auch für angebracht, daß das Kabinett unterrichtet wird. Aber unter zwei Voraussetzungen: a) daß dies nur ganz knapp vor der Veröffentlichung des Briefwechsels geschieht – Sie haben mir selber Ihre Sorgen wegen mancher Indiskretion schon mitteilen müssen –,⁵ und b) daß der Vorgang eben nur zur Kenntnisnahme gegeben wird.⁶ Denn es ist mir eine etwas lästige Vorstellung, eventuell über dieses Komma oder über jene Wortwahl Belehrungen annehmen zu sollen.

Sie wollen aber eine Bemerkung verstatten, die ich, fast pflichtmäßig, nicht unterdrücken kann. So eindringlich, wirkungsvoll und wohl auch angebracht am Freitag Abend Ihr Appell an die Journalisten war, die nächsten Monate in ihrem

¹ Az. <1/3-BK17->; Vermerk: „Durch Kurier am 7. 4. 1952 nach Rhöndorf gebracht“; weiterer Nachweis: N 1221, 302: ms. Schreiben, Durchschlag; Druck: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 108f.

² Zu Heuss-Knapps labilem Gesundheitszustand vgl. Nr. 113, Nr. 121, Nr. 126.

³ Es handelte sich um ein am 7. 5. 1952 über den Rundfunk gesendetes Gespräch über den Zustand und die Bedeutung von Ehe und Familie sowie über die Müttergenesungswerke; abgedruckt in: E. HEUSS-KNAPP, Dienst, S. 30–32.

⁴ Vgl. Nr. 120.

⁵ Zur allgemeinen Problematik von Indiskretionen hatte Heuss seinem Sohn bereits am 18. 8. 1951 geschrieben, bei „manchen Leuten“ wachse „das unbehagliche Gefühl[...], daß Briefe nicht mehr vertraulich gewechselt werden können oder Gespräche gleich ihre Publizität finden“; FA Heuss, Basel.

⁶ In der Kabinettsitzung vom 29. 4. 1952 trug Adenauer den in Aussicht genommenen Briefwechsel mit dem Bundespräsidenten vor unter Betonung der „strengen Vertraulichkeit“; KABINETTSPROTOKOLLE 1952, S. 244.

geschichtlichen Gewicht zu begreifen⁷ – ich bin doch arg erschrocken, *wie* sehr Sie Ihre Sorgen ausbreiten und zwar auch für die Ohren der ausländischen Presse-Attachés. Die Demokraten in [den] USA waren da als Faktor gar nicht mehr existent (und haben doch noch bis nächsten März die Geschäfte in der Hand), und wie ist es, wenn der republik[anische] Partei-Apparat Taft *vor* Eisenhower bringt? Wer hat es in der Hand zu verhindern, daß die Leute berichten: „A. hält Wahlrede für E.“. Hoffentlich passiert nichts.⁸

Sie wollen, bitte, diese besorgten Sätze freundlich aufnehmen.

Ich bewundere die Elastizität, mit der Sie in diesen letzten 14 Tagen das und das und das bewältigt haben⁹ – aber jetzt sollen Sie eine rechte und kräftigende Osterruhe haben!

Mit guten Grüßen und Wünschen

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 116a

Memorandum zur Frage der Nationalhymne

3. April 1952

StBKAH, I/12.21: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.¹

Die Klärung der Frage der Nationalhymne habe ich mir seit geraumer Zeit so zu rechtgelegt, daß sie in einem Briefwechsel zwischen dem Herrn Bundeskanzler und mir ihre Regelung findet.² Ich habe deshalb einmal niedergeschrieben, wie

⁷ Damit sind die Verhandlungen über die Integration der Bundesrepublik in eine europäische Verteidigungsarmee sowie die anstehende Unterzeichnung des EVG-Vertrages und des Deutschlandvertrages gemeint, mit dem die Bundesrepublik weitgehende Souveränität erhalten sollte; vgl. Nr. 87, Anm. 5.

⁸ In einem Pressegespräch am 2. 4. 1952 hatte Adenauer sein Erschrecken darüber geäußert, dass Eisenhower bei einer Probeabstimmung unter den republikanischen Kongressabgeordneten erheblich weniger Rückhalt fand als sein innerparteilicher Konkurrent Robert Taft; vgl. K. ADENAUER, Teegespräche, S. 226.

⁹ Gemeint sind vermutlich die Verhandlungen über den EVG- und den Deutschlandvertrag, die Auseinandersetzung über die sogenannte „Stalin-Note“ für einen Friedensvertrag mit Deutschland, die am 21. 3. 1952 in Wassenaar begonnenen Wiedergutmachungsverhandlungen der Bundesrepublik mit Israel und der Jewish Claims Conference und wohl auch der Attentatsversuch einer jüdischen Partisanenorganisation gegen Adenauer am 27. 3. 1952.

¹ Vermerk: „*Vertraulich!*“; Druck: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 109f.

² Vgl. Nr. 120; der Briefwechsel in: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 111–113.

ich mir diesen Briefwechsel denke, und auch ein Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an mich entworfen.

Das Schreiben des Herrn Bundeskanzlers ist wesentlich auf das außenpolitische Bedürfnis eingestellt. Er schreibt mir sozusagen als Außenminister. Das scheint mir für die politische Gesamtsituation das für ihn heute Richtige zu sein, damit er nicht, nachdem auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe³ das Deutschland-Lied gesungen wurde, als der Vollstrecker eines Parteienwunsches erscheint.

Meine Antwort hat mit sehr bewußter Absicht einen viel mehr persönlichen als sogenannten staatspolitischen Charakter. Da ist gewiß leicht zu kritisieren, aber die Tonalität ist mit voller Absicht gewählt.

Die „feierliche Proklamation“, die manche Leute von mir erwarten, widerspricht nicht nur meiner persönlichen Art und der Stellung, die ich in dieser Frage eingenommen habe, sondern sie würde die Rezeption des Deutschland-Liedes bei den ablehnenden Gruppen absolut erschweren. Daß ich die Ablehnung des Deutschland-Liedes wegen der jahrelangen Nachbarschaft zum Horst-Wessel-Lied seelisch verstehe,⁴ wird von mir genauso bewußt vorgetragen wie der Hinweis, daß Hoffmann von Fallersleben ein Schwarz-Rot-Goldener war und die, die heute nach ihm rufen, nun auch in der Flaggenfrage die Konsequenzen ziehen sollen. Ich glaube, daß auch dieser Gedankengang für ablehnende Gruppen eine Erleichterung schafft.

Eine Einwendung wird sagen, daß mein Brief nicht nur zu persönlicher Duktus sei, sondern für die Zeitungen im Umfang zu groß. Mir persönlich wird es genügen, wenn der Briefwechsel in extenso in drei, vier wesentlichen Zeitungen abgedruckt wird, damit er sozusagen historisch-dokumentarisch wurde. Sein Inhalt wird in den Einzelformulierungen, über die sich viele ärgern mögen, bei der Schnelltechnik im Vergessen, die heute üblich ist, bald weggeschwunden sein. Ich halte mich aber auch für verpflichtet, mich vor Rudolf Alexander Schröder und Hermann Reutter, die ich zu dem gemeinsamen Versuch aufgefordert hatte, zu stellen.⁵

³ Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe 18.–21. 10. 1951; zur Kritik von Heuss an der Entscheidung des Parteitages für das „Deutschlandlied“ vgl. Heuss an Ernst Lemmer, 22. 10. 1951, in: N 1221, 68.

⁴ Vgl. Nr. 21.

⁵ Vgl. Nr. 51. Am 8. 5. 1952 begründete Heuss gegenüber Schröder seine Zustimmung zum „Deutschlandlied“ als Nationalhymne: „Für mich mußte für den Entschluß mit maßgebend sein, daß in einigen Landesparlamenten durch Anträge und Interpellationen in den letzten Monaten die Geschichte an die Reihe kam und wir vor der Gefahr standen, die sich ja in Nordwestdeutschland schon zeigte, daß sich widersprechende Abstimmungen das Meinungsbild der deutschen Länderkarte noch bunter machen, als dies jetzt schon ist.“ Heuss wolle bei der künftigen Kultusministerkonferenz zu erreichen suchen, „daß die Schröder-Reutter-Hymne unter den vaterländischen Liedern ihren hörbaren Platz behaupten wird“; B 122, 2242.

Der Briefwechsel sollte nach meinem Gefühl so um den 9./10. Mai herum bekanntgegeben werden.⁶ Die Maifeiern sollen vorbei und die Fragen des Generalvertrags noch nicht geregelt sein.⁷ Es ist mir früher einmal nahegelegt worden, die Hymne an dem Tag der wiedergewonnenen Souveränität, das hieß damals mit dem Aufhören des Besatzungsstatuts, zu verkünden. Ich habe den Gedanken von vornherein völlig abgelehnt und hoffe, daß niemand auf ihn zurückkommen wird. Denn, ohne daß ich natürlich den Vorgang als solchen in seinem historischen Gewicht verkenne – eine Pathetisierung solcher Art würde innen- wie auch außenpolitisch überflüssige Diskussionen anregen, während die Geschichte, vor allem für den einzelnen „kleinen Mann“ draußen, zunächst weiterläuft, wie sie am Tage vorher war. Würde man durch eine Hymnenverkündung an diesem Tag heraustreten wollen, so würde man gerade auch den Gegnern des Generalvertrages das Sich-mit-der-Hymne-abfinden-können seelisch erschweren, und das wäre politisch vollkommen abwegig. Ich habe ja auch mit voller Absicht die Helgoland-Frage⁸ von der Nationalhymne getrennt gehalten, weil ich Angst vor dem weiteren Einbruch der Banalisierung des vaterländischen Gefühls habe.

Ich bitte, die Anregung zu diesem Briefwechsel und seinen Gedankengang völlig vertraulich zu behandeln. Ich selber verhalte mich gegenüber den ja immer wieder kommenden Bitten um das Deutschland-Lied und gegenüber den Warnungen vor dem Deutschland-Lied vollkommen passiv und lasse immer nur antworten, daß der Bundespräsident sich vorbehalte, eine Regelung dann zu treffen, wenn er es für richtig hält.

⁶ Bulletin, Nr. 51, 6. 5. 1952, S. 537; Bundesanzeiger, Nr. 88, 8. 5. 1952, S. 9.

⁷ Der Vertrag über die „Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten“ – auch Generalvertrag oder Deutschlandvertrag genannt – beendete rechtlich das Besatzungsregime in der Bundesrepublik und stellte einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung dar. Am 26. 5. 1952 in Bonn unterzeichnet, trat er erst 1955 in leicht abgeänderter Fassung in Kraft, nachdem ein Jahr zuvor der EVG-Vertrag durch die Ablehnung der französischen Nationalversammlung gescheitert war. Die weitgehende Souveränität der Bundesrepublik ging nun einher mit einer Mitgliedschaft in der NATO anstatt in einer europäischen Armee; vgl. L. HERBST, Option, S. 94–105.

⁸ Während eines Aufenthalts auf der damals zu Großbritannien gehörenden Insel Helgoland hatte Hoffmann von Fallersleben 1841 das „Deutschland-Lied“ gedichtet. Die Insel, die 1890 zu Deutschland kam, war zu einem Flottenstützpunkt ausgebaut worden. Schon im Zweiten Weltkrieg von der Bevölkerung geräumt, hatte sie die Royal Air Force nach der völligen Entmilitarisierung seit 1945 für Bombenzielwürfe benutzt. Am 1. 3. 1952 war Helgoland an die Bundesrepublik zurückgegeben worden. In diesem Zusammenhang hatte Heuss dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Friedrich Wilhelm Lübke am 26. 2. 1952 geschrieben, er unterschreibe den Aufruf für eine Helgoland-Spende, da er aber nie auf der Insel gewesen sei, werde er kein Geleitwort für eine Helgoland-Publikation schreiben, da dies gegen sein „Wissen und Gewissen“ gehen würde. Grundsätzlich stellte er fest: „Ich sehe in dem endlich erreichten Freiwerden der Insel eine starke politisch-psychologische Entlastung“; N 1221, 301.

Über Einzelformen wird man sich ja evtl. noch unterhalten müssen.⁹ Aber damit bitte ich fest rechnen zu wollen, daß man eine pathetische Geste von mir nicht erwarten darf.

Theodor Heuss

Nr. 117

An Prof. Constantin Gerhardinger, München 13

21. April 1952

BArch, B 122, 309: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch), von Bott paraphiert und ms. gez.¹

„*Dankspende des Deutschen Volkes*“: *Unabhängigkeit der Jury und Verteilung der finanziellen Mittel an Maler; Situation der „modernen Kunst“ in Deutschland*

Sehr geehrter Herr Professor!

Der Herr Bundespräsident bittet um Ihre Nachsicht, wenn er bei dem täglichen Posteingang von ein paar hundert Briefen Ihnen nicht persönlich antwortet.² Ihr Brief wird, wie alle Schreiben, die in der Sache der sogenannten Dankspende³ an

⁹ So im Gespräch am 28. 4. 1952, in: K. ADENAUER / TH. HEUSS, *Unter vier Augen*, S. 88f.

¹ Az. I/18-N-2.

² Gerhardinger, Präsident der Münchener Künstlergenossenschaft, hatte in einem Schreiben vom 18. 4. 1952 an Heuss den Gedanken der „Dankspende“ nachdrücklich begrüßt, jedoch an der Zusammensetzung der Jury Kritik geübt, da dadurch nur Vertreter moderner Kunst beteiligt würden. Außerdem bemängelte er, dass Gelder nicht an Künstler eines traditionellen Stils gegeben würden, der keinen Kitsch darstelle. Gerade in industriellen Kreisen, von denen Spenden erwartet würden, werde Kritik an abstrakter Kunst geübt. Den gegenständlichen Künstlern sei zum Vorwurf gemacht worden, dass ihre Arbeiten 1937 im Münchener Haus der Deutschen Kunst unter der Schirmherrschaft Hitlers ausgestellt worden seien. Gelder sollten jetzt an beide Richtungen verteilt werden; B 122, 309.

³ Die „Dankspende des Deutschen Volkes“ war eine kulturpolitische Initiative, die dem zivilgesellschaftlichen Engagement von zahlreichen Institutionen, Verbänden und Personen entsprang. Heuss unterzeichnete im November 1951 die Stiftungsurkunde, berief eine Jury zur Auswahl der Kunstwerke und stellte sich an die Spitze mehrerer Spendenaufrufe. Mit Hilfe dieser gespendeten Gelder wurden Werke zeitgenössischer westdeutscher Künstler gekauft, um sie an ausländische Staaten oder karitative Organisationen zu schenken, die Westdeutschland nach 1945 beim Wiederaufbau unterstützt hatten. Damit erfüllte die „Dankspende“ zwei Funktionen: Zum einen unterstützte sie durch den Ankauf von Kunstobjekten zeitgenössische Künstler und war sie insofern eine Art Wiedergutmachung an denjenigen, die im Nationalsozialismus als „entartet“ ausgegrenzt und verfolgt worden waren. Zum anderen warb die „Dankspende“ mit diesen Kunstwerken um politische und kulturelle Anerkennung im Ausland; vgl. G. MÜLLER, *Deutsche Kunstwerke*.

das Bundespräsidialamt gerichtet sind, an die Geschäftsstelle der Dankspende weitergereicht werden, da dort diese Dinge einheitlich behandelt werden.

Der Herr Bundespräsident hat mich nur ersucht, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß die Jury unabhängig ist, daß er aber auf der anderen Seite der Charakteristik der von Ihnen genannten Männer nicht folgen kann. „Ein Herr Heise aus Hamburg“ ist Herr Prof. Dr. Carl Georg Heise, der Leiter der dortigen Kunsthalle, dem Bundespräsidenten seit Jahrzehnten gut bekannt und nach seiner Meinung einer der verdienstvollsten Museumsleiter vor 1933 und nach 1945. Auch bei den Herren Dr. Sattler und Dr. Hanfstaengl, die er seit Jahren kennt, weiß er ihre undogmatische Betrachtung von Kunstingen wohl zu schätzen. Ihre Vermutung, daß auch bildende Künstler in der Jury sich befinden, ist unzutreffend.

Für den Herrn Bundespräsidenten selber, der sich ja mit Kunstfragen auch literarisch früher viel beschäftigt hat, ist die Frage, ob jemand „gegenständlich“ oder „abstrakt“ arbeitet, gar kein Kriterium des künstlerischen Urteils, sondern ob die Sache Qualität hat oder keine Qualität. Auch die Worte „konservativ“ oder „modern“ sind für ihn in solchem Betracht nur eben Worte.

Ihre Aufforderung an den Bundespräsidenten, seinerseits in Entscheidungen der Jury in dem Sinn einzugreifen, daß er dafür Sorge, daß das aufkommende Geld nach „Richtungen“ verteilt werde, weil von den Spendern angenommen werden könne, daß auch sie verschiedenen Richtungen angehören, findet Dr. Heuss fast ein bißchen grotesk. Er bittet Sie, ihm das nicht zu verübeln. Er übersieht nicht, da er sich um die Einzeldinge nicht kümmern kann, welches die Hauptquellen der Spenden sind, und er ist auch mit dem von Ihnen vermuteten Richtungssinn der Ruhrindustrie, die Sie heranziehen, nicht vertraut genug. Er weiß nur, daß es auch in diesem Kreis Männer gibt, die Bilder besitzen oder sammeln von Männern, deren Kunst offenbar von Ihnen abgelehnt wird. Aber die ganze Grundidee der Dankspende in ihrer den anderen Nationen zugewandten Sinngebung würde um ihren inneren Wert gebracht, wenn man hier in Deutschland einen Richtungs-tarif oder etwas ähnliches herausrechnen wollte. Daß nach 1945 Künstler, denen in der Hitler'schen Zeit eine Wirkungsmöglichkeit versagt war, ja deren Bilder aus öffentlichen Galerien verdrängt wurden, nun zunächst den Anspruch erhoben, aus dieser Verfemung durch den Staat entlassen und in ihrer Arbeit wieder sichtbar zu werden, erscheint dem Bundespräsidenten, ohne daß er zu den Leistungen der Einzelnen Stellung zu nehmen hat, eigentlich als eine Art von politisch-psychologischer Selbstverständlichkeit. Es wird sich in diesen Fragen von selber wieder ein Zustand entwickeln, wie man es in der kunstgeschichtlichen Entwicklung in Deutschland oft genug erlebt hat, daß Richtungen, Gruppen, Sezessionen entstehen und daß die Geschichte selber sich dann Zeit läßt, das Urteil zu finden, was in den verschiedenen Richtungen, Gruppen, Sezessionen nur zeitbedingte Randerscheinung war oder Beitrag zu einer fruchtbaren Entwicklung werden konnte.

Daß offenkundig an manchen Stellen des Auslands ein besonderes Interesse für das entstand, was Sie als „moderne Kunst“ betrachten und beargwöhnen, scheint dem Bundespräsidenten wesenhaft eine Folge der Hitler'schen sogenannten Kunstpolitik zu sein. In seinem Einverständnis übersende ich Ihnen einen Abdruck des Vortrags von Dr. Heuss im vergangenen Jahr vor dem Deutschen Werkbund in Stuttgart.⁴ Darin sind gerade über diesen Komplex einige für seine Stellungnahme charakteristische Anmerkungen enthalten.

Mit freundlichen Grüßen

(Hans Bott)

Persönlicher Referent des Bundespräsidenten

Nr. 118

An Dr. Reinhold Maier, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

26. April 1952

HStAS, Q 1/8, 334: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
Bedenken gegenüber der Wahl Reinhold Maiers zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg

Lieber Reinhold!

Diese Zeilen schreibe ich Dir in einer gewissen Verwirrung der Gefühle. Du weißt, daß ich Dich für den besten Mann hielt und halte, die staatlichen Geschäfte der Heimat zu führen, und so kann es mir nur willkommen sein, daß Du auch in dem vergrößerten neuen Lande an der Spitze eines Kabinetts stehst.² Aber es wäre

⁴ THEODOR HEUSS: Was ist Qualität? Zur Geschichte und zur Aufgabe des Deutschen Werkbundes. Erweiterte Fassung einer am 10. Februar 1951 im Deutschen Werkbund Stuttgart gehaltenen Rede, Tübingen/Stuttgart 1951; abgedruckt in: TH. HEUSS, Reden. Humanist, S. 49–93, über die Entwicklung nach 1933 S. 85. Der 1907 von Naumann und anderen gegründete Deutsche Werkbund verstand sich als Gesinnungs- und Interessengemeinschaft von Künstlern und Architekten, Kunsthandwerkern und -händlern, Industriellen und Publizisten, die einen zeitgemäßen Stil gegen den Historismus der Väter und gegen einen vermeintlichen Kulturverfall ausbildete und propagierte. „Veredelung der gewerblichen Arbeit“ war die Formel, mit der Form und Qualität von Gebrauchsgütern ebenso verbessert werden sollten wie der Arbeitsprozess selber. Ihre Aufgabe sah diese Vereinigung darin, den Konsumenten im Sinne einer propagierten ästhetischen Reform zu erziehen. Heuss gehörte dem Werkbund seit 1910 an, arbeitete 1918–1921 in Berlin als hauptamtlicher Geschäftsführer und bis 1933 im Vorstand; vgl. J. CAMPBELL, Deutsche Werkbund, S. 176, 322.

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 69 und 302: ms. Schreiben, Durchschlag mit Verfügung: „*Exemplar Handakten des Bundespräsidenten*“ mit Paraphe von Bott.

² Nach der Wahl der Verfassungsgebenden Landesversammlung für das neue Bundesland Baden-Württemberg am 9. 3. 1952, aus der die CDU als stärkste Partei hervorging, kam es nicht zur

unredlich gegen mich wie gegen Dich, wollte ich, der ich die Entwicklung der letzten Wochen mit der lebhaftesten Anteilnahme verfolgte, verschweigen, daß neben dem Glückwunsch ad personam die argen Sorgen sachlich-psychologischer Natur stehen.³ Ich will sie nicht darlegen; sie sind in dem Schreiben zum Teil ausgesprochen, das ich kürzlich an Wolfgang Haußmann richtete.⁴ Meine Befürchtungen zielen vor allem auf das innere Verwachsen-Können des südlichen Baden und des schwäbischen Oberlandes.⁵

Die Zeitungen berichten, daß du Dir wegen der Instruktionen der Bundesratsstimmen die relative Eigenbeweglichkeit vorbehalten konntest – (wenn ich die Meldungen richtig deute). Ich habe mit dem Bundeskanzler über die neue Lage noch nicht gesprochen, werde ihn aber vor meiner Reise nach Berlin noch sehen.⁶ Dabei werde ich ihm sagen, daß ich eine baldige und gründliche politische Aussprache zwischen Euch beiden für ein absolutes Staatserfordernis halte, um den Weitergang der Dinge von Ungewißheiten oder gar von Ressentiments zu entlasten. Das neue Land hat für die Gesamtentwicklung stark an Gewicht gewonnen⁷ – damit ist nicht nur Deine Verantwortung gewachsen, sondern auch die Notwendigkeit für die Bundesregierung, über die Funktion des Gewichtes für die Legislative wie für die Politik einigermaßen Bescheid zu wissen.

erwarteten Bildung einer Großen Koalition aus CDU, SPD und FDP/DVP unter Führung des Christdemokraten Gebhard Müller. Stattdessen ließ sich Reinhold Maier am 25. 4. 1952 mit den Stimmen von FDP/DVP, SPD und BHE zum Ministerpräsidenten wählen; er ernannte noch am selben Tag die Mitglieder seines Kabinetts, dem die CDU als stärkste Fraktion nicht angehörte. Mit diesem Ausschluss der CDU vollzogen sich die Gründung des neuen Südweststaates und die Regierungsbildung in einer äußerst angespannten Atmosphäre; vgl. HANDBUCH DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN GESCHICHTE, Bd. 4. S. 454f; K.-J. MATZ, Reinhold Maier, S. 386–391.

³ Einen Tag zuvor hatte Heuss bereits seiner Frau berichtet: „Die Stuttgarter Kabinettslösung gefällt mir gar nicht – sie ist gar nicht sachlich angelegt, denn dann hätte sie Prominenz aus Südbaden u. Südwürttemberg heranholen müssen. Wie will man da ein neues Staatsgefühl schaffen?“ Heuss an Heuss-Knapp, 25. 4. 1952, in: FA Heuss, Basel.

⁴ Heuss an Wolfgang Haußmann, 17. 4. 1952, in: N 1221, 587. Heuss warnte in diesem Schreiben seine Parteifreunde im Südwesten davor, unter allen Umständen Reinhold Maier als Ministerpräsidenten durchzusetzen und die CDU als stärkste Partei von der Regierungsbildung auszuschließen, weil er dadurch die Integration der verschiedenen Landesteile in das neue Bundesland gefährdet sah. Stattdessen riet er zur Beteiligung an einer Großen Koalition mit Maier als Justiz- oder Wirtschaftsminister.

⁵ Bei der Volksabstimmung über die Bildung des Landes Baden-Württemberg am 9. 12. 1951 hatten sich die Wähler von Nordwürttemberg zu 93,5%, von Südwürttemberg-Hohenzollern zu 91,4%, von Nordbaden zu 57,1% dafür, von Südbaden zu 62,2% dagegen ausgesprochen. Damit war die gesetzlich vorgeschriebene Mehrheit in drei von vier Abstimmungsbezirken erreicht; vgl. HANDBUCH DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN GESCHICHTE, Bd. 4, S. 454.

⁶ Gespräch am 28. 4. 1952, in: K. ADENAUER / TH. HEUSS, Unter vier Augen, S. 87–89. In diesem Gespräch berichtete Heuss dem Bundeskanzler über den Brief an Maier und äußerte sich besorgt über die politische Entwicklung im Südwesten.

⁷ Adenauer befürchtete, dass durch die Koalition der FDP/DVP mit der SPD im Südwesten die Zustimmung des Bundesrates zum EVG- und Deutschland-Vertrag gefährdet sei; ebd.

Ich denke, Du wirst die inneren Motive dieser Zeilen zu würdigen wissen.

Gute Grüße
Dein

Theodor Heuss

Nr. 119

An Dr. Gebhard Müller, Staatspräsident a. D.

28. April 1952

BArch, N 1221, 302: ms. Schreiben, Abschrift eines hs. Schreibens, ms. gez.

Aufrechterhaltung der Verbindung zu Gebhard Müller nach dessen gescheiterter Wahl zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg

Verehrter Herr Dr. Müller,

die politische Lage in der Heimat hat in diesen letzten Wochen und Tagen eine andere Gestaltung angenommen, als ich, wie Sie wissen, erwartet hatte.¹ Doch darüber will ich jetzt nicht reflektieren.

Diese Zeilen möchten den Wunsch und die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß, wenn jetzt die sozusagen „dienstlichen“ Beziehungen zwischen Bundespräsident und Staatspräsident² ihr Ende gefunden haben, dies keinen Schluß und Abschluß der menschlichen einleite. Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie bei Besuchen in Bonn den Weg auch zu mir finden. Die vaterländische Not bietet noch lange genug Stoff zur Aussprache – aber es ist nicht dies allein.

Ich möchte unser Verhältnis nicht zerrissen wissen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Theodor Heuss

¹ Vgl. zur Kritik von Heuss an der Regierungsbildung durch Reinhold Maier Nr. 118.

² Gebhard Müller war 1948–1952 Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern.

Nr. 120

An Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler, Bonn

2. Mai 1952; Bonn/Berlin¹

StBKAH, I/12.21: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“²

Erklärung des „Deutschlandliedes“ zur deutschen Nationalhymne

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

Sie haben recht:³ Ich wollte vermieden wissen, daß in öffentlichen Veranstaltungen mit einem vaterländischen Akzent, gleichviel wie ihre Ausdehnung oder wie ihr Rang sei, ein Mißklang ertöne, weil sehr, sehr viele Menschen unseres Volkes Haydns große Melodie⁴ nur eben als Vorspann zu dem „dichterisch“ und musikalisch minderwertigen Horst-Wessel-Lied⁵ im Gedächtnis haben, dessen banale Melodie den Marsch-Takt in ein Volksverderben abgab.

Doch das ist es nicht allein. Als mich die Frage nach einer Nationalhymne bewegte – und das liegt innerlich längst vor meiner Wahl zum Bundespräsidenten –, glaubte ich, daß der tiefe Einschnitt in unserer Volks- und Staatengeschichte einer neuen Symbolgebung bedürftig sei, damit wir vor der geschichtlichen Tragik unseres Schicksals mit zugleich reinem und freiem Herzen, in klarer Nüchternheit des Erkennens der Lage bestehen werden. Ich weiß heute, daß ich mich täuschte. Ich habe den Traditionalismus und sein Beharrungsbedürfnis unterschätzt. Man hat mir wegen meines Planes manche herzhafteste Zustimmung gegeben, und zwar aus schier allen heute wesentlichen politischen Gruppen, man hat mich bewegend, entrüstet, töricht, banal in zahllosen Briefen, Telegrammen, Resolutionen belehrt, daß man in der Not die Vergangenheit nicht verleugne usf. usf. Wenn mich jemand über geschichtliches Würdegefühl belehren wollte, habe ich das kühl auf die Seite geschoben. Denn ich bin stolz und selbstbewußt genug zu meinen, daß einige meiner in der Vergangenheit liegenden literarischen und

¹ Heuss hielt sich vom 30. 4. bis 4. 5. 1952 in Berlin auf und sprach dort zu verschiedenen Anlässen; vgl. Nr. 113, Anm. 16 und Anm. 17.

² Weiterer Nachweise: B 122, 2242: ms. Schreiben, Durchschlag; Druck: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 112f; H. KARASEK, Briefe, S. 15f; zahlreiche weitere Druckorte nachgewiesen in: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 389f, Asterisk zu Nr. 74.

³ Vgl. Adenauer an Heuss, 29. 4. 1952, in: ebd., S. 111, wo es heißt: „Ich achtete, wenn auch mit Zweifel an dem Gelingen, Ihren Versuch, durch einen neuen Text und durch eine neue Melodie über die unliebsamen Zwischenfälle hinwegzukommen, die bei der Wiedergabe oder bei dem Absingen des ‚Deutschland-Liedes‘ sich ereignet haben; es sollte vermieden bleiben, hier einen neuen Streit in unser Volk zu tragen.“

⁴ Vgl. Nr. 21, Anm. 7.

⁵ Vgl. Nr. 21, Anm. 9.

wissenschaftlichen Arbeiten der deutschen Würde bekömmlicher waren als die Leistung mancher „prominenter“ Protestler von heute, die besser schweigen.

Da ich kein Freund von pathetischen Dramatisierungen bin und mit mir selbst im Reinen bleiben will, muß ich nach meiner Natur auf eine „feierliche Proklamation“ verzichten.⁶ Wenn ich also der Bitte der Bundesregierung nachkomme,⁷ so geschieht das in der Anerkennung des Tatbestandes.

Ich möchte daran zwei Erwartungen und Wünsche knüpfen. In den letzten Jahren habe ich, zum Teil durch recht prominente Mitglieder aus den Reihen der CDU, der FDP, der SPD, Versicherungen erhalten, wie richtig, wie falsch das sei, was ich versucht habe – es wäre ein Glück, wenn nun das Kapitel der Parteiauffassungen abgeschlossen wäre, das auch in einigen Landtagen abgehandelt wurde. Zum anderen: Man hatte mir nahegelegt, bei der Freigabe von Helgoland den erwarteten Akt der „Proklamation“ zu vollziehen, weil bekanntlich auf dieser Insel Hoffmann seine Verse gedichtet hat.⁸ Das ist nun so: Hoffmann von Fallersleben war ein Schwarz-Rot-Goldener, sogar leicht verärgert, daß nach 1870⁹ sein Gedicht gar nicht in Aufnahme kam. Ich würde sehr froh sein, wenn alle, die sich jetzt in Briefen und Entschließungen und Artikeln so lebhaft zu ihm bekannt haben, auch die Folgerungen daraus weiter ziehen, und es wäre verdienstlich, Herr Bundeskanzler, wenn die Bundesregierung mit dafür sorgen könnte, daß diese Farben bei festlichen Anlässen, da man die Worte von Hoffmann von Fallersleben singen will und singen wird, nicht bloß an den Amtsgebäuden wehen, sondern von den Mitgliedern der Gruppen, die sich dafür in Beschlüssen erklärt haben, als das Symbol unseres Staates auch öffentlich bekannt würden.

Mit guten Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

⁶ Vgl. Nr. 116a.

⁷ Das Anschreiben Adenauers an Heuss endete mit der „erneute[n] Bitte der Bundesregierung, das Hoffmann-Haydn'sche Lied als Nationalhymne anzuerkennen. Bei staatlichen Veranstaltungen soll die dritte Strophe gesungen werden.“ Wie Anm. 3, S. 112. Nach der deutschen Wiedervereinigung erklärte Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl vom 19. 8. 1991 allein die 3. Strophe des „Deutschlandliedes“ zur deutschen Nationalhymne; vgl. C. ESCHER, Deutschland, S. 938.

⁸ Vgl. Nr. 116a, Anm. 8.

⁹ Nach Gründung des Deutschen Kaiserreiches 1871, das die preußische Hymne „Heil dir im Siegerkranz“ als Repräsentationslied genutzt hatte.

Nr. 121

An Albrecht Goes, Gebersheim bei Leonberg

15. Mai 1952

DLA, A: Goes: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
Befinden von Elly Heuss-Knapp; kulturelle Beziehungen zur „Ostzone“; Nationalhymne

Lieber Goes!

Freundlichen Dank für Ihre Zeilen, die ich mit einem großen Stoß von Briefen vorfand, als ich von Lörrach zurückkehrte, wo ich eine „Rede auf Hebel“ beim Hebeltag gehalten habe. Ich hoffe, daß Leins sie druckt.²

Wir haben jetzt auch meine Frau aus dem Sanatorium in Badenweiler mit hierher gebracht, da die erwartete Besserung dort in den letzten Wochen nicht eingetreten war. Nun bleiben hier die Ärzte bemüht. Ihr Zustand ist leider manchmal recht besorgniserregend.³

Daß Sie einer Einladung in die Ostzone gefolgt sind, fand ich persönlich ganz in Ordnung (dies aber nur für Sie). Ich halte die an manchen Stellen vorhandene Ansicht, der Austausch geistiger Güter würde nur einen politischen Mißbrauch bedeuten, für übertrieben und bin sehr dafür, daß man in Dingen der Musik, der Dichtung und der Kunst nicht machtpolitisch denkt.⁴ Daß das in der Ostzone freilich selber anders gesehen wird, ist mir sehr deutlich. In bin in den dortigen Zeitungen wegen meines Briefes an Molo in geradezu erbarmungswürdig geistloser Weise beschimpft worden.⁵ Ich weiß freilich nicht, ob Sie den Briefwechsel gesehen haben, der den Schriftstellern im allgemeinen wohlgetan hat.

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 303 und DLA, A: Heuss, 73.4109: ms. Schreiben, Durchschlag.

² THEODOR HEUSS: Johann Peter Hebel. Wiedergabe einer Rede, die auf Einladung des Hebelbundes am 10. Mai 1952 in Lörrach gehalten wurde, Tübingen/Stuttgart 1952; vgl. auch Nr. 106.

³ Vgl. Nr. 113, Nr. 121, Nr. 126.

⁴ In einem internen Vermerk des Bundespräsidialamtes vom 22. 1. 1952 war abweichend von den bestehenden Richtlinien des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen, die einen Austausch zwischen Bundesrepublik und DDR ablehnten, festgestellt worden, dass Heuss eine andere Auffassung vertrete: „Professor Heuss ist bei kulturellen Angelegenheiten dafür, daß der Kunstaustausch absolut weitergehen soll“; B 122, 2311.

⁵ Zur Vorbereitung einer Stiftung für notleidende deutsche Schriftsteller hatte Heuss einen öffentlichen Schriftwechsel zwischen Walter von Molo und ihm angeregt, der am 26. 4. 1952 in der „Neuen Zeitung“ publiziert wurde; umfangreiche Unterlagen in: B 122, 332; der Schriftwechsel Heuss/von Molo auch in: Bulletin, Nr. 48, 29. 4. 1952, S. 505–507. Das „Neue Deutschland“ druckte den Brief von Molos an Heuss ab mit einer Vorbemerkung, in welcher der Status der Schriftsteller in der Bundesrepublik als „Bettler“ und „Luxusartikel“ kritisiert wurde. Zu der Antwort von Heuss an von Molo hieß es u. a.: „Eine Infamie sondergleichen stellt die Antwort von Theodor Heuss dar. Durch einen Wust langatmiger onkelhafter Redefloskeln kommt unter Krokodilstränen die wahre Einstellung des ‚Bundespräsidenten‘ zur Kultur zum Vorschein: Es sei zwar ägerlich, aber unabänderlich, ‚daß es auch für die Erzeugnisse des schöp-

Daß die Hymnenentscheidung mir innere Schwierigkeit gemacht hat, ist ja aus meinem Briefwechsel deutlich geworden.⁶ Die Situation wurde dadurch so kompliziert, daß törichterweise in Niedersachsen der Landtag mit der Diskussion begann und mit der unvermeidlichen Kettenreaktion Kiel und Hamburg folgten. Wäre das so weitergegangen, hätten wir eine mehrfarbige Hymnen-Länderkarte erhalten.

Mit guten Grüßen
Ihr

Theodor Heuss

Nr. 122

An Theodor Bäuerle, Minister a. D., Stuttgart-W.

18. Mai 1952

BArch, N 1221, 109: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H./R.) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“⁴¹

Erinnerung an frühe Bekanntschaft; Rückblick auf gemeinsame Tätigkeit im württemberg-badischen „Kultministerium“; pädagogisches Ethos; Glückwunsch zum Geburtstag

Verehrter Freund,

wir wußten beide voneinander, bevor wir uns persönlich kennenlernten.² Ich glaube, es war unser gemeinsamer Freund, Dr. Philipp Stein aus Frankfurt, der uns zum ersten Male persönlich zusammenbrachte in den zwanziger Jahren: Er war ein lebhafter und einfall[s]reicher Mann, mit einem starken Temperament, manchmal doktrinär und dann wieder bereit, vom Wechsel der aktuellen Wirklichkeit das Gebot zu empfangen. Seine Kunst war es, Menschen zu mischen, die recht verschiedener Herkunft und Artung sein mochten, aber im Elementaren die Bereitschaft zur redlichen Aussprache besaßen. Ich sehe ihn als einen Menschenfischer nach Männern und Frauen, die „guten Willens“ waren.

Das Schicksal hat dann den Einfall gehabt, in der schwersten Stunde des Vaterlandes uns vor den gleichen Karren zu spannen. Als Schicksal zeichnete damals,

ferischen Geistes etwas wie ‚Marktgesetze‘ gibt.‘ Die Gesetze kennen wir: [...] Entwertung und Zersetzung aller nationalen Kulturwerte, Liquidierung der deutschen Kulturschaffenden und Import der amerikanischen Gangster-Kultur.“ Neues Deutschland, 30. 4. 1952; vgl. auch Heuss an Friedrich Sieburg, 16. 5. 1952, in: N 1221, 303; Material in B 122, 175.

⁶ Vgl. Nr. 116, Nr. 116a, Nr. 120.

¹ Weiterer Nachweis mit leicht geändertem Schlussabsatz: N 1221, 303: ms. Schreiben, Durchschlag; Druck: BILDUNGSFRAGEN DER GEGENWART, S. 9–12; TH. HEUSS, Würdigungen, S. 323–328; Teilabdruck: E. PIKART, Theodor Heuss, S. 254–256.

² Zur früheren Bekanntschaft vgl. Heuss an Bäuerle, 29. 7. 1932, in: TH. HEUSS, Bürger, S. 490f.

im Sommer 1945, die amerikanische Besatzungsbehörde. Ich hatte ihren verschiedenen Abgesandten, die mich aus Stuttgart in meiner damaligen Heidelberger Notunterkunft³ aufgestöbert hatten, den Rat gegeben, Ihnen als einem Mann des breiten Vertrauens das Kultministerium zu übertragen. Die Frage kam dann, überraschend genug, auf mich selber zu. Daß ich sie nicht ausschlug und einige literarisch-wissenschaftliche Pläne, die schon feste Konturen besaßen,⁴ fahren ließ, hatte den einfachen Grund, daß zur Lockung des Abenteurers, das die Amtsfunktion dem freien Publizisten darstellen mußte, die einfache Pflicht trat, der Heimat seine Kräfte nach bestem Vermögen zu widmen.⁵

So wurden wir im September 1945 ein eigentümliches Gespann. Sie haben ein nachsichtiges Verständnis dafür, wenn ich jetzt von dieser Zeit rede, auch wenn es wie ein Beitrag zu einer Autobiographie wirkt; ich will gerne in dem Kreise der Männer sein, die Ihnen zu Ihrem siebzigsten Geburtstage mit Beiträgen aus ihrem und Ihrem Arbeitsgebiet huldigen,⁶ aber die lockere Form der Erinnerungen fällt einem arg belasteten Mann leichter als ein Essay: „Der Staat und ...“ oder dergleichen. Damals im Spätjahr 1945 saßen wir dann Zimmer an Zimmer in der halben Ruine der Technischen Hochschule.⁷ Die Tür zu meiner Stube war ein schlecht schließender Lattenverschlag, von der Decke rieselte gelegentlich Gips. Oft genug saß ich, als der Winter nahte, im Mantel und ging im Zimmer – der Kälte wegen – spazieren. Bei Ihnen nebenan war es etwas enger und sozusagen „gemütlicher“. Aber mir hatte man, da ich „der Minister“ war, den grundrißmäßig bedeutungsvollsten Raum angewiesen ...

Das war eine seltsame Situation. Sie waren der „Ministerialdirektor“, ich der „Minister“.⁸ Sie haben mir sogar einmal ein umständliches Entlassungsgesuch geschrieben, das ich nie beantwortet habe, sondern mit der Mitteilung erledigte, daß ich es thesauriert habe. Ich war Ihr „Chef“ und zugleich Ihr Schüler. Ich war,

³ In Heidelberg-Handschuhsheim, wo Heuss und seine Frau seit Herbst 1943 bei der Schwester von Heuss-Knapp in einer kleinen Dachwohnung lebten.

⁴ Nach dem Abschluss der Bosch-Biographie im Frühjahr 1945 beschäftigte sich Heuss mit der Geschichte, Ideologie und Wirkung des Nationalsozialismus, bevor er die Niederschrift seiner Jugenderinnerungen begann; vgl. Heuss an Helene Ecarius, 24. 5. 1945, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 93f.

⁵ Zur Tätigkeit von Heuss als Kultminister von Württemberg-Baden vgl. E. W. BECKER, Theodor Heuss, S. 100–103.

⁶ Der Brief war bestimmt für den Abdruck in der Festschrift zu Bäuerles 70. Geburtstag; BILDUNGSFRAGEN DER GEGENWART, S. 9–12.

⁷ Vgl. zur gemeinsamen Zeit im „Kultministerium“ den Beitrag von Bäuerle, in: H. BOTT / H. LEINS, Begegnungen, S. 131–135; vgl. auch Heuss an Chester B. Lewis, 29. 12. 1951, in: N 1221, 294.

⁸ Dem Mitarbeiter der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Fritz Schotthöfer, berichtete Heuss am 11. 8. 1950: „Als ich in Stuttgart Minister geworden, hatte ich zuerst die Anordnung gegeben, daß ich auch im Amt nur mit meinem Namen angesprochen würde, aber das ist mir total mißglückt, da die ‚Dignität‘ die Rangzeichnung fördere“; N 1221, 293.

glaube ich, kein un guter Chef – Sie waren ein nachsichtiger Lehrer, der den braven Willen und die relative Begabung des Schülers anzuerkennen bereit war. Ich glaube heute mit ruhiger Gelassenheit aussprechen zu dürfen, daß wir beide damals die Aufgabe, ein völlig zerschlagenes geistiges und pädagogisches Wesen Zug um Zug wieder in Ordnung zu bringen, in den fünfviertel Jahren der gemeinsamen Arbeit einigermassen gelöst haben, trotz aller Tragik, die wir durchzustehen hatten. Und Sie sind damit einverstanden, wenn ich hier den Namen unseres „Gegenspielers“, der im Elementaren seiner erzieherischen Natur „ein „heimlicher“ Mitspieler wurde, hinschreibe, des amerikanischen Education-Officers, John P. Steiner.⁹ Denn er gehörte mit zur Kompanie.

In dieser Zeit habe ich, der ich in meinem Leben nie einer „Behörde“ angehört hatte und sozusagen über Nacht eine zu leiten hatte, mancherlei gelernt – ob genügend, weiß ich noch nicht. Sie haben sich, was ich dankbar anerkenne, viel Mühe gegeben, einen „Behördenchef“ aus mir zu machen; ganz gelungen ist es auch Ihnen – trotz aller pädagogischen Erfahrung – nicht. Als wir Anfang Januar 1946 die erste der regelmäßigen Konferenzen der Abteilungsleiter hatten, versicherten Sie mir als der Sprecher des Amtes, nach dem Abschluß der Sachbesprechungen, mit den Neujahrsglückwünschen, daß das ganze Ministerium loyal die Richtlinien befolgen werde, die ich ausgeben würde. Ich antwortete damals etwa so: Ich verspreche, Ihnen *keine* Richtlinien zu geben, aber ich werde versuchen, Atmosphäre zu schaffen.¹⁰ Das Wort wurde damals belacht und doch wieder ernsthaft getadelt, auch von Ihnen: Denn ein Minister *hat* doch Richtlinien zu geben. Aber dann wurde der Sinn des Wortes doch begriffen. Wir haben zusammen eine Aufbauzeit zu meistern versucht, vielleicht auch in Teilen gemeistert, da die Luft im Amte sauber, von Intrigen und Rivalitäten frei geblieben ist.

Dann sind Sie aber doch vielleicht einmal ehrlich über mich erschrocken. Wir waren gemeinsam zu der zweiten Ministerkonferenz nach München gefahren.¹¹ Die Fragen der Reorganisation des Schulwesens, einer pädagogischen Zielsetzung, Stoffunterweisung, Charaktererziehung und dergleichen wurden von den ernsthaften Fachleuten des öffentlichen Schulwesens, zu denen ich mich nicht recht zählen konnte, wohlwollend und besorgt, reihum vorgetragen; ich hielt mich zurück, aber als mir die Sache zu bieder wurde, beunruhigte ich die Teilnehmer durch mein rundes Bekenntnis zum „Allotria“, zum Spieltrieb der Jugend, zu den unnützen Dingen und zur Resignation gegenüber dem in allen Umbruchzeiten stark gemeldeten Anspruch der Schule, *alles* machen zu wollen, alles machen zu

⁹ Vgl. Heuss an John P. Steiner, 1. 12. 1945, in: TH. HEUSS, *Erzieher*, S. 138.

¹⁰ Vgl. die Beiträge von Bäuerle und Franz Waldemar Frech, in H. BOTT / H. LEINS, *Begegnungen*, S. 133, 137f.

¹¹ Laut Redenkalender hielt Heuss am 26. 9. 1946 auf der Kultusministerkonferenz in München eine Tischrede; N 1221, 684; vgl. auch Notiz in der *Süddeutschen Zeitung*, 27. 9. 1946.

können. Das wirkte damals gegenüber dem planenden und auch erwärmenden Eifer etwas abwegig. Sie betrachteten mich mit leicht mißbilligendem Erstaunen – sollte *das* der geistige Beitrag von Württemberg-Baden zur Schulreform sein?! Aber im Elementaren gaben Sie mir gewiß recht.

Die dargereichte Pädagogik als öffentliche Veranstaltung bedarf der Normen, der Richtmaße, um Vergleichbares herzustellen oder besser ausgedrückt: zu erreichen; sie muß nur um die Stufungen wissen, die da einmal in der Mannigfaltigkeit der individuellen Begabungen sich melden, das andere Mal in dem wechselnden Anspruch der „bürgerlichen“, der beruflichen Bedürfnisse angelegt sind, die ex post ihr Urteil über das rationale Ergebnis eines Schulbetriebs erstatten, sich aber selber im Wandel befinden. Die gesellschaftlichen Normen und der menschliche Nomos aber sind zweierlei. Die Norm ist verwaltende Ordnung, nicht vergewaltigender Zwang – will sie dies werden, gefährdet sie und zerstört sie den Nomos, das eingeborene Gesetz des Menschen, zumal des jungen Menschen.

Das macht ja den Beruf des Lehrers, wenn es sich um den *rechten* Lehrer handelt, gleichviel welcher Schulart er angehört, so spannungsvoll und anregend, daß er nicht bloß selber Erlerntes oder Erarbeitetes weiterzugeben hat, sondern in der ewig wechselnden Begegnung mit Seelen steht, deren Wachstum seiner Mitverantwortung anvertraut bleibt. Sie selber, lieber Dr. Bäuerle, haben ja, ehe die Aufgaben, die auf Sie warteten, sich dehnten, diese Zeit des unmittelbaren Lehrens *und* Empfangens als eigene Bereicherung immer empfunden. Und Sie durften, als die Markelstiftung¹² in Ihre Hand gelegt war, in der Genugtuung wie in der lehrreichen Enttäuschung, die dann wieder fruchtbar werden mag, das Wagnis und das Glück der Menschenbildung erfahren.

So könnte ich nun fortfahren, den Abend, der ein später Abend geworden ist, mit Reflexionen und Erinnerungen auszufüllen, die auch andere Bezirke aufsuchen möchten, denn es hat ja vorher und nachher nicht bloß die „amtliche“ Berührung zwischen uns bestanden. Aber diese Zeilen sollen ja nicht weiter von mir handeln, sie sollen Ihnen einen Glückwunsch bringen. Der kann nur so lauten: daß das Leben, das Ihnen Leid genug und Freude genug gebracht hat, Ihnen weiterhin die Frische schenke, neben der Wirkkraft des freien Pädagogisch-Organisatorischen, in das Sie durch eine Lebensleistung gebunden bleiben, auch jene Arbeiten Ihrer stillen Sehnsucht anzupacken oder zu vollenden, über die wir manchmal miteinander gesprochen haben; etwa Gustav Werner als Erzieher sichtbar zu machen,¹³

¹² In der Vorlage: „Mackelstiftung“. Die Markelstiftung wurde 1920 von dem deutsch-englischen Chemiker Karl Emil Markel zur Förderung begabter, würdiger und bedürftiger Schüler und Studenten gegründet. Bäuerle hatte gemeinsam mit Markel die Idee dieser Stiftung entwickelt und war seit der Gründung bis zu seinem Tode 1956 Vorsitzender des Vorstands. Seit 1938 wird die Markelstiftung gemeinsam mit der Bosch-Jugendhilfe geführt; vgl. 75 JAHRE MARKELSTIFTUNG.

¹³ Zum Verhältnis zu Gustav Werner vgl. Nr. 47, Anm. 4.

etwa die, die Deutung der beruflichen Arbeit geistig zu systematisieren. – Es warten Ihrer noch Aufgaben, denen zu dienen sich lohnt.

In herzlichem Gedenken gute Wünsche
Ihr

Theodor Heuss

Nr. 123

An Franz Blücher, Vorsitzender der FDP, Essen-Bredeneey

31. Mai 1952

BArch, N 1221, 303: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Ri) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Auseinandersetzung in der FDP über die politische Lage in Stuttgart

Lieber Herr Blücher!

Die heutigen Zeitungsnachrichten mit den EntschlieÙungen des FDP-Parteitag²es Nordrhein-Westfalen² veranlassen mich, doch ein paar Zeilen an Sie zu senden mit der Bitte, daß wir uns bald einmal sprechen können.

Ich habe das starke Gefühl, daß die Auseinandersetzungen über die gegenwärtige politische Situation in Stuttgart, wenn sie so weiter vor der Öffentlichkeit ausgetragen werden, die Gefahr mit sich bringen, nicht bloß die Partei stark zu schädigen, sondern für die deutsche Politik sehr abträglich zu wirken.³

Es ist Ihnen bekannt, daß ich die Entscheidung, wie sie in Stuttgart gefallen ist, bedaure und daß ich dies auch vor der Entscheidung in eingehenden brief-

¹ Weitere Nachweise: B 122, 2194 und N 1221, 63: ms. Schreiben, Durchschlag. Weitere Durchschläge des Schreibens gingen an Ernst Mayer, Hermann Schäfer und Friedrich Middelhaue; N 1221, 303.

² Der außerordentliche Landesparteitag der nordrhein-westfälischen FDP in Dortmund am 29. 5. 1952 hatte an die baden-württembergische FDP/DVP appelliert, die Koalition mit der SPD aufzulösen, da diese der bürgerlich antimarxistischen Ausrichtung der Partei zuwiderlaufe. Außerdem hatte der Parteitag eine EntschlieÙung angenommen, mit der zur Schaffung einer Sammlungsbewegung aufgerufen wurde, die auch die „Nationale Rechte“ umfassen sollte. Diese EntschlieÙung führte dann zum nationalistischen „Deutschen Programm“, mit dem die nordrhein-westfälische FDP die Programmatik der Gesamtpartei festlegen wollte; vgl. K. BUCHNA, Nationale Sammlung, S. 103–121; G. PAPKE, Liberale Ordnungskraft, S. 164; H. H. JANSEN, Dritte Kraft, Bd. 2, S. 91f.

³ Der Bundesvorstand der FDP, vor allem die Mitglieder aus Hessen und Nordrhein-Westfalen, hatte die Bildung einer Regierung im Südwesten aus FDP/DVP, SPD und BHE verurteilt, weil er in diesem Schritt des Ministerpräsidenten Maier eine Gefährdung der West- und Wiederbewaffnungspolitik Adenauers sah, welche die Bundes-FDP unterstützte; vgl. K.-J. MATZ, Reinhold Maier, S. 391; vgl. auch Nr. 118.

lichen und mündlichen Darstellungen den führenden Leuten in Württemberg-Baden zur Kenntnis gebracht habe.⁴ Auch der sehr große Erklärungsbrief, den mir in den letzten Tagen W. Haußmann gesandt hat,⁵ konnte mich – bei allen seinen Bemühungen – nicht davon überzeugen, daß die taktische Handhabung glücklich gewesen ist.⁶ Doch das sind Dinge, die zunächst abgeschlossen sind. Ich habe aus der Kenntnis der Menschen das sehr starke Gefühl, daß alle öffentlichen Erklärungen in dieser Sache nur eine Verhärtung bringen.⁷ Es war ja sehr schade, daß die letzte Vorstandssitzung so kurz anberaumt war, daß Reinhold Maier und Frank,⁸ wie ich erfuhr, terminmäßig festgelegt waren und daß mein an Dehler übergebener Wunsch,⁹ jetzt keine verschärfenden Erklärungen loszulassen, nicht berücksichtigt werden konnte.¹⁰ Einem vertraulichen Gespräch, das aber nicht darin seinen Sinn findet, die Vergangenheit zu repetieren, sondern ein Verhältnis der verständigen Kooperation sichert, glaube ich, dürfen Sie sich nicht entziehen, trotz der Verstimmungen, die zwischen Ihnen und Haußmann wohl sind.

Daß man einen außerordentlichen Parteitag¹¹ einberufen will über die Haltung der württemberg-badischen Partei bzw. Fraktion erscheint mir in den Konsequenzen eine schier unmögliche Sache. Das hat es in den Jahren nach der Jahrhundertwende, soweit ich mich entsinne, nur bei der Sozialdemokratie gegeben, wo man den Versuch machte, durch Parteitagsbeschlüsse die Haltung zu Landtagsfraktionen festzulegen.¹² (Wiederholte Kämpfe gegen die sogen. Budget-Bewilliger; ich habe als Zuhörer selber einige davon mitgemacht.)¹³ Eine Partei hat ja gewiß das Recht und die Pflicht, möglichst einheitliche Kombinationen der taktischen Lage herbeizuführen. Das wird aber bei der föderativen Anlage Deutschlands nie gelingen, weil in den einzelnen Ländern die soziologischen und parteipolitischen

⁴ So Heuss an Wolfgang Haußmann, 17. 4. 1952, in: N 1221, 587; vgl. Nr. 118, Anm. 4.

⁵ Wolfgang Haußmann an Heuss, 23. 5. 1952, in: B 122, 2194.

⁶ Gegenüber seiner Frau meinte Heuss in diesem Zusammenhang über Haußmann: „Ob Wolfgang H[außmann] an der Sache allein schuld ist, weiß ich nicht. Ich habe ja immer gewußt, daß er das taktische Finessieren eines mittleren Anwaltes für Politik hält.“ Heuss an Heuss-Knapp, 25. 4. 1952, in: FA Heuss, Basel.

⁷ Vgl. M. WEIPERT, Verantwortung, S. 13–19.

⁸ Karl Frank.

⁹ Ließ sich nicht ermitteln.

¹⁰ Eine entsprechende Entschließung des Vorstands der FDP ließ sich nicht ermitteln.

¹¹ Sonderparteitag der FDP am 12./13. 7. 1952 in Essen.

¹² Heuss bezieht sich damit auf den Reformismusstreit innerhalb der SPD in den 1890er Jahren. Vor allem die SPD in Bayern und im Südwesten verfolgte einen pragmatischen Kurs, um eine breitere Anhängerschaft auch unter der Landbevölkerung zu gewinnen. Dass diese Reformer zudem den Budget-Vorlagen der Länderregierungen zustimmten, stieß auf Kritik des SPD-Vorsitzenden August Bebel, der vergeblich versuchte, die süddeutsche SPD auf eine strikte Oppositionsrolle im „Klassenkampf“ festzulegen und Koalitionen mit bürgerlichen Parteien zu verhindern; vgl. D. LEHNERT, Sozialdemokratie, S. 87–99.

¹³ Heuss besuchte als Redakteur der „Hilfe“ wiederholt SPD-Parteitage und berichtete über den Richtungsstreit innerhalb der Sozialdemokratie; vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 84f.

Situationen und Traditionen verschieden sind. Das hat es auch in der sogen. Weimarer Zeit nicht gegeben. Der Zustand war und ist in manchem Betracht mißlich, aber er hilft auch etwas dazu, die Parteiverhärtungen zu lockern. Der Versuch aber, eine Art von Diktat unter Bedrohung auszusprechen oder sogar, wie es anscheinend in manchen Köpfen vorhanden war, diese Entscheidungen auf die Linie von Ehrentscheidungen zu schieben, ist vollkommen sinnlos und im letzten ja auch gegen ein Grundelement der parlamentarischen Demokratie, nach der eine Fraktion bzw. ein Abgeordneter sein Mandat nur nach seiner eigenen Überzeugung und nicht nach Anweisungen von außen auszuüben hat.¹⁴ Daß dies in vielen Fällen lediglich eine Fiktion ist, weiß ich natürlich auch. Aber gerade unsere Partei darf nicht damit beginnen wollen, Scherbengerichte zu errichten, bei denen der Angeklagte mit Recht die Unzuständigkeit des Richters feststellt.

Ich selber befinde mich also in der eigentümlichen Situation, sachlich die württemberg-badische Lösung nicht für die erwünschte zu halten (ohne natürlich bei den mehrfachen Berichten über den Ablauf der Dinge zu wissen, wie hier, wie dort die Akzentverlagerung des Berichtes dem Sachvorgang wirklich entsprach), zum anderen aber den von den Zeitungen hier angekündigten und durch die nordrhein-westfälische Resolution markierten Beschluß, die württemberg-badischen Abgeordneten sozusagen öffentlich zur Rechenschaft zu ziehen, für einen gefährlichen, wenn nicht verderblichen Vorgang zu halten.¹⁵

Aus Gründen, die nun eben in meiner gegenwärtigen Amtsstellung liegen, habe ich mich in den parteipolitischen Fragen in den letzten zwei Jahren sehr bewußt zurückgehalten, denn man muß da ja atmosphärisch stärker im Betriebe stehen, als ich es kann. Aber jetzt schien es mir doch notwendig, Ihnen diese meine Auffassung mitzuteilen. Es liegt ja auf der Hand, daß die eventuell vorhandene Meinung, mit einer solchen Aktion die südwestdeutsche DVP sprengen zu können, soweit ich die Menschengruppe übersehe, vollkommen irrtümlich ist, bei all den Bedenken, die gewiß dort an vielen Stellen gegenüber dem heutigen politischen Zustande vorliegen und die ja teilweise auch mich in Briefen aufgesucht haben.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Theodor Heuss

¹⁴ Vgl. Art. 38, Abs. 1 GG.

¹⁵ Gegenüber dem Hamburger FDP-Vorsitzenden Schäfer meinte Heuss am 31. 5. 1952, „daß der Resolutionsdrang von Nordrhein-Westfalen mit dem Pharisäismus, der dahinter steckt, für die Entwicklung sehr bedenklich werden kann“; N 1221, 303.

Nr. 124

An Dr. Friedrich Middelhauve, Vorsitzender des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Opladen

6. Juni 1952

BArch, B 122, 2194: ms. Schreiben, Durchschlag, ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹
Kritik Friedrich Middelhauves an der FDP in Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Dr. Middelhauve!

Freundlichen Dank für die Übermittlung Ihres an Herrn Vizekanzler Blücher gerichteten Schreibens.² Ich will nun meinerseits schriftlich die Dinge nicht allzu breit hin und her behandeln, sondern nur eine Bemerkung in Ihrem Briefe in Ordnung bringen, in der Sie die Auffassung vertreten, daß das Schreiben des Bundespräsidenten³ „im Grunde nicht an Sie, sondern an mich gerichtet ist“. Dies ist eine totale Verkennung meiner Art zu verfahren. Meinen Sie, ich benutze Herrn Blücher als Umschlagplatz für Sie? Der Fall ist ganz einfach: Als der Brief schon diktiert war, schien es mir zweckdienlich und loyal zu sein, Ihnen diesen zur Kenntnis zu bringen. Ich habe mich selbstverständlich an Herrn Blücher gewandt, weil er mir für die Frage eines außerordentlichen Parteitages als der hierfür zuständige Mann erschien. Wenn ich etwa das Bedürfnis habe, Ihnen etwas mitzuteilen, bin ich unbefangen genug, direkt an Sie zu schreiben. Daß ich damit nicht immer das gewünschte Ergebnis erziele, bedauere ich. – Es ist nun wohl schon über ein Jahr her, daß ich Sie einmal gebeten hatte – nachdem ich einen Aufsatz⁴ in der „Plattform“ „Zerschlagenes Porzellan“ bedauert hatte –, mich aufzusuchen, damit wir in dieser Angelegenheit und auch in anderen Dingen eine Abklärung der Auffassungen erreichen. Auf meinen damaligen eingehenden Brief habe ich nur eine Büromitteilung erhalten, ich möchte wegen der Antwort „einige Tage Geduld haben“. Der Brief hat nie eine Antwort erhalten. – Sie haben sich bei mir nie angemeldet. – Ich mußte den Eindruck gewinnen, daß die von mir seinerzeit erbetene Aussprache Ihnen überflüssig oder unerwünscht vorkommen mußte.⁵

¹ Az. I/5/01; Verfügung: „T[iisch] B[ott]“; Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 303: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Middelhauve, dem Heuss sein Schreiben an Blücher vom 31. 5. 1952 (vgl. Nr. 123) zur Kenntnis gegeben hatte, erneuerte gegenüber Blücher seine kritische Haltung zur Koalition der südwestdeutschen FDP/DVP mit der SPD, die er für parteischädigend hielt, da sie der antimarxistischen Stoßrichtung der Bundespartei widerspreche; Middelhauve an Blücher, 3. 6. 1952, in: B 122, 2194.

³ Nr. 123.

⁴ Ließ sich nicht ermitteln.

⁵ In seinem Antwortschreiben vom 16. 6. 1952 teilte Middelhauve Heuss mit, auf dessen Brief vom 14. 1. 1952 hin habe er sich mit Heuss' Büro in Verbindung gesetzt, das dann kurz vor einem

An Landesorganisationen der FDP kann ich ja nun – ob mir nun einmal die Stellung gefällt oder das andere Mal mißfällt – jetzt nicht unmittelbar mit Rat-schlag und Ermahnung herantreten, weil dies sehr schnell eine Verschiebung meiner Position mit sich bringen würde. Das loyal freundschaftliche Verhältnis zu den Vorsitzenden der Partei und der Bundestagsfraktion⁶ wird dabei im Rahmen der gegenseitigen Unterrichtung und Beratung gepflegt. Ein Eingreifen in landespolitische Dinge hat es eben nur gerade in der Frage des Südweststaates schon vor Wochen *vor* der Entscheidung gegeben. Man kennt dort meinen Standpunkt ganz genau.⁷ Was ich in meinem Brief an Herrn Blücher zum Ausdruck bringen wollte und mußte, ist nur meine Sorge, daß nicht innerhalb der FDP ein Pharisäismus Raum gewinnen könne, der nach meiner Personal- und Sachkenntnis abträglich wirkt. Etwa die Tonlage Ihres Briefes an Herrn Blücher würde in der Hand der Beurteilten herrliche Argumente geben, wenn Sie von dem „eigenmächtigen und disziplinenlosen, parteischädigenden Verhalten und offener Rebellion“ reden. Man soll und darf natürlich die Gesamtfragen nicht verharmlosen und bagatellisieren, aber man soll sie auch nicht dramatisieren, sondern in dem Versuch einer kameradschaftlichen Verständigung verbleiben.⁸ Die Württemberger werden Sie auf die bayerische Situation⁹ hinweisen und werden Ihnen auch sagen, daß es ihnen nicht bekannt geworden sei, daß der Landesverband von Nordrhein-Westfalen die ehemalige SPD- und FDP-Regierung in Bremen¹⁰ als eine Art von Parteiverrat betrachtet habe.

Mit freundlichen Empfehlungen

Theodor Heuss

vereinbarten Termin mitgeteilt habe, Heuss sei verhindert. Ein neuer Termin sei ihm nicht mitgeteilt worden; B 122, 2194.

⁶ Vorsitzender der FDP war Franz Blücher, als seine Stellvertreter fungierten Hermann Schäfer und Thomas Dehler; Fraktionsvorsitzender im Bundestag war Hermann Schäfer.

⁷ Vgl. Heuss an Wolfgang Haußmann, 17. 4. 1952, in: N 1221, 587; Nr. 118, Anm. 4.

⁸ In seinem Antwortschreiben erklärte Middelhauve, daß das Vorgehen der südwestdeutschen Liberalen „Unruhe“ in die Partei gebracht habe, „die nicht durch höfliches Nichtbeachten, sondern nur durch eine ehrliche Klärung beseitigt werden kann. [...] Die Sorgen um die Einheit der Partei und nicht pharisäerhafte Selbstgerechtigkeit sind die Beweggründe meines Handelns“. Als Termin einer Aussprache war der 25. 6. 1952 vorgesehen; wie Anm. 5.

⁹ In Bayern hatte Hans Ehard im November 1950 ein Kabinett aus CSU, SPD und BHE gebildet, so dass sich die FDP neben der Bayern-Partei in der Opposition befand.

¹⁰ In Bremen, wo die SPD die stärkste Partei war, befand sich die FDP seit 1945 – damals unter der Bezeichnung BDVP/FDP – mit der SPD in unterschiedlich zusammengesetzten Koalitionen.

Nr. 125

An Christine Teusch, Kultusministerin des Landes Nordrhein-Westfalen,
Düsseldorf

15. Juni 1952

BArch, N 1221, 303: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H./R.) und
ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“

Büsten von Theodor Heuss

Verehrte, liebe Frau Teusch!

Sie haben sehr viel zu tun, ich, wie Sie mir glauben werden, ich habe fast so viel zu tun wie Sie. Wir stehen uns also mit der Zurechnung mildernder Umstände gegenüber.

Es bedrückt mich seit einiger Zeit, daß ich noch nicht Ihnen und auch dem Herrn Ministerpräsident Arnold in sozusagen dokumentarischen Worten meinen Dank zum Ausdruck gebracht habe für die Entschließung des Kabinetts von Nordrhein-Westfalen,¹ 2 Bildhauern den Auftrag zu geben, meinen Kopf – wie er nun einmal ist oder wie er sich darstellen soll – plastisch festzuhalten. Ich war über die Mitteilung, die ich vor einigen Monaten über diesen Beschluß erhielt, sowohl leicht gerührt wie auch erfreut. Die Freude bezog sich auf die Auftragserteilung. Sie kennen mich, wie ich glaube, aus unserer Jahrzehnte zurückliegenden Beziehung gut genug,² um zu wissen, daß ich mich in eine sogenannte historische Position nie gedrängt habe, aber nun versuche, sie so anständig, wie es mir gegeben ist, auszuführen. Aber auf der anderen Seite habe ich ja, ohne mich rühmen zu wollen, seit meiner Jugend ein sonderliches Verhältnis zu Fragen der bildenden Kunst. Zu den Beglückungen meines Lebens gehört die Freundschaft mit wesentlichen bildenden Künstlern.

Es war nun für mich ein sehr interessantes Erlebnis, von Gerhard Marcks und Z. Székessi als den von Ihnen persönlich im Einverständnis mit dem Kabinett Beauftragten geformt zu werden. Die Stunden mit den beiden Männern waren für mich lehrreich und eindrucksvoll, da – so verschieden sie beide sind – sie in sich geschlossene und geformte Menschen darstellen. Ich habe von beiden Begegnungen menschlich viel gehabt.

Es kann nicht meine Absicht sein, nun in der Rückschau das Ergebnis dieser Aufträge zu zensieren. Beide Büsten sind in ihrer Art starke Leistungen der Künstler – soweit das Objekt in eine subjektive Aussage übergehen kann. Marcks hat die große Form mit einer geistvollen Strenge zu gestalten unternommen. Ich

¹ Ein solcher Auftrag ließ sich in den Kabinettsprotokollen der nordrhein-westfälischen Landesregierung nicht nachweisen.

² Zur Beziehung zu Teusch vgl. H. BOTT / H. LEINS, *Begegnungen*, S. 480–482.

sagte ihm, ich sähe fast aus wie einer aus Südchina, und er meinte dann, die Schwaben hätten die Eigentümlichkeit, den Südchinesen geistig und auch sonst ähnlich zu sein.³ Für mich war hier das Überraschende und Bedeutende, daß Marcks nur eine große Anzahl von Zeichnungen von mir gemacht hat⁴ und mit einer sehr starken Anschauung das Gestalthafte zu geben unternahm.

Die Technik von Székessi hat eine ganz andere Temperatur. Ein in seiner Natur bescheidener Mann hat sich an einer Aufgabe entzündet, und nachdem er die erste Scheu, daß er ja nun das Staatsoberhaupt vor sich habe, abgelegt hatte, kam eine vertrauensvolle seelische Intensität zur Wirkung. Ich darf Ihnen dies sagen, daß, obwohl ich nun schon über ein halbes Dutzendmal plastisch dargestellt wurde, meine Frau der Arbeit von Székessi dabei vor allen anderen den Vorzug gibt, weil sie seine Büste für die menschlich-persönlichste hält, in der die große Form, die der echte Plastiker sucht, gewahrt bleibt, aber das Individuell-Psychologische nicht unterdrückt ist, was nun einen Beurteiler der menschlichen Nähe ja besonders berührt und anspricht, der nicht den „historischen“ Heuss sucht, sondern den, der ist.

Nun bin ich doch ins Rezensieren hineingekommen. Sie müssen mit mir (siehe oben) Nachsicht haben. Auf jeden Fall danke ich Ihnen und dem Kabinett für mich und, wie ich glaube, für die Künstler für den Beschluß, diese Arbeiten haben fertigen zu lassen.⁵

Mit guten und dankbaren Grüßen
in alter Verbundenheit
Ihr

Theodor Heuss

³ Vgl. dazu die Schilderung dieser Begegnung durch Marcks in: ebd., S. 328–331.

⁴ Vgl. die Porträtstudien von Gerhard Marcks in: ebd., S. 17, 329.

⁵ In einem Dankschreiben an Ministerpräsident Arnold erklärte Heuss am 15. 3. 1953: „Die beiden Arbeiten sind ja in ihrer verschiedenen Haltung außerordentlich interessant, und es wird an ihnen auch von meinen Besuchern fleißig, wenn ich so sagen darf, studiert. Für mich selber sind sie, da ja der ‚Betroffene‘ in einem etwas zwiespältigen inneren Verhältnis zu seinem Bronze-Gegenüber steht, wertvoll, weil sie als stumm-redende Zeugen gegenwärtig bleiben für die freundschaftliche Gesinnung, die ich aus dem Kreis der Regierungsmitglieder von Nordrhein-Westfalen immer spüren durfte“; N 1221, 309.

Nr. 126

Rundbrief an die Freunde

17. Juni 1952

BArch N 1221, 303: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf „Theodor Heuss“

Gesundheitszustand von Elly Heuss-Knapp

Liebe Freunde!¹

Auf die mannigfachen besorgten Briefe, die sich in den letzten Monaten nach Ellys Befinden erkundigten,² will ich mit einer Sammelantwort antworten; mancher von Euch hat ja gelegentlich eine Zwischennachricht erhalten.

Elly selber hat mich gebeten, einen solchen Rundbrief zu verfassen, da sie weiß, daß es mir bei der sonstigen nicht geringen Arbeit nicht ganz leicht ist, jedem so eingehend und individuell zu schreiben, wie es erwünscht sein müßte.³

Ich kann nun ein für medizinisches Verständnis eingehendes Krankheitsbild nicht recht geben, aber die Ärzte können das, wie mir scheint, auch nicht recht. Zu der alten Herzsache war im Spätherbst eine Kniearthrose getreten, unmittelbare starke Schmerzen in den Kniegelenken beim Aufstehen und Gehen. Vermutlich war es rein ärztlich ein Fehler, daß Elly von Badenweiler aus im Oktober noch acht Tage zu Ludwig und mir nach Locarno kam⁴ – sie hat das Zusammensein zwar sehr genossen, aber einige der Unternehmungen mit Treppensteigen, wie Isola Bella, und eine sie glühend interessierende Ikonensammlung in einem steilen Tessiner Haus waren im objektiven Sinn zu viel.

Der Krankenhausaufenthalt im Dezember, etwa drei Wochen festes Liegen, brachte dann einige Erleichterung, durch salzlose Diätkost, die ihr freilich bald zuwider wurde, eine erwünschte Gewichtsabnahme und auch Wegbleiben der nächtlichen Herzattacken. Die Festtage zu Hause hatten dann eine ruhige Behaglichkeit. Ihre geliebte „Schwester Benjamin“ von Hausbaden⁵ war ihr freundlicher-

¹ Der Rundbrief wurde u. a. versandt an: Gertrud Steiner in São Paulo, Marie Mück in Heilbronn, Marta Jäckh in New York, Dr. Alfred Würz in Esslingen, Elisabeth Nordmann in Braunschweig-Melverode; N 1221, 303.

² Seinem Verleger Hermann Leins hatte Heuss am 19. 4. 1952 berichtet: „Meine Frau habe ich gesundheitlich in einem wenig guten Zustand angetroffen, es war eigentlich eine Verschlechterung eingetreten. Aber während der Ostertage kam dann doch wieder eine Wendung zum Besseren, zumindest im subjektiven Gefühl, und wir hoffen sehr, daß es dabei bleiben möge“; N 1221, 302.

³ Heuss hatte Marta Jäckh allerdings am 13. 6. 1952 ausführlich über den Gesundheitszustand seiner Frau berichtet: „Für Elly selber ist es bedrückend geblieben, daß die allgemeine Müdigkeit sehr stark anhält. Sie bedarf der dauernden Betreuung durch die Schwester, sie schläft sehr viel und sagt, daß ihr das Sprechen Mühe macht“; N 1221, 303.

⁴ Vgl. Nr. 88.

⁵ Schwester Benjamin war im Dezember 1951 von ihrem Orden für zwei Wochen beurlaubt worden, um Heuss-Knapp zu pflegen; vgl. Heuss an Ernst Ludwig Heuss, 10. 12. 1951, in: FA Heuss, Basel.

weise zur Pflege zur Verfügung gestellt. Aber Anfang Januar kam das böse Signal: Gelbsucht. Woher, weiß man bekanntlich bei dieser Krankheit nicht. Vor vier Jahren war Elly in Stuttgart 15 Wochen lang an einer, ihrer zweiten, Gelbsucht schon gelegen.⁶ Die Krankheit trat diesmal scheinbar nicht so stark auf, aber immerhin lag Elly etwa acht Wochen, bis man das Absinken sah und konstatierte. Ein kleines bißchen wagte sie darauf doch wieder auf zu sein. Kurz vor Ostern fuhr sie nach Badenweiler, um sich dort vollends zu erholen. Ihre Bonner Freundin, Frau Prof. Gisela Pütter,⁷ leistete ihr dabei sorgsame Gesellschaft. Ich war selber in der Osterwoche acht Tage dort gewesen,⁸ aber die erwartete Erholung als solche blieb aus. Besorgniserregend war das starke Anschwellen der Beine. Die ärztliche Betreuung lag in den Händen des tüchtigen Sanatoriumsarztes und ihres alten Freundes Heineke, der sie ja seit vier Jahrzehnten kennt und behandelt. Die Beurteilung war nicht einheitlich, aber da eine Besserung ausblieb und die Frage klinischer Behandlung der Ödeme (Punktation) sich meldete, nahmen wir Elly am 12. Mai in den Sonderwagen wieder hierher. Die Reise, Transport mit Bahre, Begleitung durch Arzt und Schwester, verlief gut. Aber dann trat eine sehr sorgenvolle Zeit ein.

Nächte voll Schmerzen, sehr viel Schwäche und Müdigkeit, Enttäuschung über die Wirkung der Spritzen, die die Flüssigkeitsausscheidungen herbeiführen sollten. Elly selber rechnete in den Tagen vor Pfingsten mit dem Ausgang und bestellte ihre Dinge. Über Pfingsten kamen die Kinder aus Lörrach mit der kleinen Bärbel.⁹ Der Besuch tat ihr wohl wie der unmittelbar sich anschließende ihrer Schwester Marianne.¹⁰ Zum Glück trat auch jetzt, seitdem zweimal, eine wesentlich stärkere Flüssigkeitsausscheidung hinzu, so daß die Ärzte, ohne zur mechanischen Punktation überzugehen, die Lage etwas positiver betrachteten. Ihre Formel war: „Sehr ernst, aber nicht unmittelbar bedrohlich.“ Subjektiv ist seit dem Ende der Pfingstwoche insofern eine Besserung eingetreten, daß wieder einiger Lebensglaube zurückgekehrt ist, und das ist ja wichtig genug. Am Freitag nach Pfingsten meinte Elly zu mir. „Ich glaube, ich bin über den Berg.“ Aber dann kam doch wieder die Melancholie, ob sie je wieder „leistungsfähig“ werde. Immerhin haben wir sie jetzt in den letzten Tagen im Rollstuhl drei mal in dem großen Garten herumgefahren, damit sie die Blumenbeete betrachte, die ja in der Anlage und der Blumenfolge ihre Leistung waren und die sie nun auch mit viel Freude endlich selber

⁶ Vgl. Heuss an Margret Boveri, 9. 1. 1948, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 339.

⁷ Jugendfreundin von Heuss-Knapp, der Heuss nach dem Tode seiner Frau für die jahrzehntelange Freundschaft und die „opferbereite Liebe“ dankte; Heuss an Pütter, 15. 8. 1952, in: N 1221, 186.

⁸ Vgl. Nr. 116.

⁹ Sohn Ernst Ludwig mit Schwiegertochter Hanne und Enkelkind Barbara.

¹⁰ Marianne Lesser-Knapp aus Heidelberg; vgl. auch Heuss an Marta Jäckh, 13. 6. 1952, in: N 1221, 303.

sah. Die Lörracher konnten sich mit freierer Seele dazu entschließen, Mitte der Woche für 20 Tage nach Sylt zu fahren; der Arzt hatte das empfohlen.

Elly leidet darunter, daß sie sehr viel müde ist und oft stundenlang im Halbschlaf liegt. Eine Schwester, die ihr auch vorliest, schläft jetzt nachts in ihrem Zimmer, um ihr rasch behilflich sein zu können. Sie freut sich natürlich über jeden Brief, den sie erhält; ich brauche nicht zu sagen, daß das keine ausgesprochenen Mitleidsbriefe sein sollen, sondern Bericht und Erzählung. Sie fragt immer nach Briefen. Die ungeheure Masse der „Irgendwie-Briefe“, die täglich kommt, wird ihr nicht vorgetragen.

Sie beschäftigt sich sehr viel in Gedanken mit der kleinen Bärbel, die zart und sorgsam mit ihr verfuhr. Alle Anekdoten des munteren Kindes werden genossen und wiedererzählt (übrigens auch von mir). Besuche hält man alle fern. Nur unsere alten emigrierten Freunde, Reinhold Nägele und seine Frau,¹¹ durften kurz zu ihr, was sie zu Tränen rührte, und Rudolf Alexander Schröder, den sie verehrt und liebt.¹² Auch den Kanzler bat sie, als er kürzlich politisch bei mir war, um eine persönliche Unterredung,¹³ die sie (und, wie ich spürte, auch ihn) sehr bewegte.

Alle Sommerpläne sind natürlich zunächst völlig aufgegeben, aber ich erzähle Elly, daß der September und Oktober auch schöne Monate sein könnten. Es ist dann gelegentlich von einem Aufenthalt in dem Sanatorium auf der Bühlerhöhe die Rede. Wir sind immer sehr froh, wenn eine Nacht ohne zu viel Unruhe und Schmerzen vorbeigegangen ist. Sie erhält fast immer Dolantin¹⁴ und hat dann auch das Gefühl des Ausgeruhtheits, so daß auch muntere und anteilnehmende Schwätzstunden dazwischenliegen. Die ärztliche Betreuung ist sorgsam, die Pflege freilich für die Schwester recht anstrengend (Gewicht). Es ist in Aussicht genommen, daß noch ein großer Leberspezialist mit herangezogen wird.

Bei gelegentlichen Antworten bitte ich, auf Einzeldinge dieses Berichtes nicht einzugehen, obwohl er sozusagen auftragsgemäß geschrieben wird. Aber ein freundlicher, erzählender Zuruf wird Elly ja immer willkommen sein, da sie natürlich jetzt sehr viel an die Freunde da und dort und ihr Schicksal denkt.

Mit guten Grüßen
Euer

Th. Heuss

¹¹ Vgl. zum Besuch des Ehepaars Nägele Heuss an Marta Jäckh, 13. 6. 1952, in: N 1221, 303; vgl. zur persönlichen Beziehung zu Nägele auch H. BOTT / H. LEINS, *Begegnungen*, S. 337–340.

¹² Zur Beziehung von Schröder zu Heuss-Knapp vgl. ebd., S. 477–479.

¹³ Vgl. Nr. 116.

¹⁴ Vollsynthetisches Schmerzmittel mit morphinartigen Eigenschaften.

Nr. 127

An Paul Wilhelm Wenger, Bonn

19. Juni 1952

BArch, N 1332, 61: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
Zurückweisung eines im „Rheinischen Merkur“ abgedruckten Artikels, der Theodor Heuss Antikatholizismus unterstellt

Sehr geehrter, lieber Herr Wenger!

Leider kommt erst jetzt ein Ausschnitt des „Rheinischen Merkur“ in meine Hand, in dem, Nummer des 6. Juni, ein Herr Ferber sich über „Kontingentierung der Ehre“² ausläßt. Er handelt darin von der Friedensklasse des Pour le mérite.³ Nach kurzem Lesen stellte ich fest, daß dieser Herr das gleiche Schreiben auch an unseren alten Kollegen Johann Wilhelm Naumann von der „Deutschen Tagespost“ in Augsburg gesandt hatte; dieser verzichtete darauf, das Elaborat abzudrucken, gab mir aber, ohne Namensnennung, um der sachlichen Fragen willen vor ein paar Tagen Kenntnis von einzelnen Sätzen und Thesen. Ich habe ihm umgehend geantwortet⁴ und sende Ihnen eine Abschrift des Briefwechsels, aus dem Sie entnehmen wollen, wie völlig abwegig ich *diese* Art der Betrachtung und dazuhin einer publizistischen Behandlung solcher ihrer Natur nach nicht auf dem Markt auszutragenden Angelegenheit halte. Schade, daß nicht auch Sie bei unseren doch immer vertrauensvollen persönlichen Beziehungen diesen Weg einer Rückerkundigung gewählt haben. Es hat sich bei manchen Journalisten der einsichtige Brauch herausgebildet, daß sie sich, in dieser Welt der Gerüchtemacherei und Schiefmeldungen, vertrauensvoll an uns wenden. Sie erhalten dann ordnungsmäßig Bescheid. Was sie mit diesem anfangen, bleibt natürlich völlig frei ihnen selber überlassen. Hätten Sie mich in dieser Sache angerufen, hätte ich Ihnen meine Auffassung mitgeteilt. Ich überlasse es Ihnen, ob Sie auf die Angelegenheit der Friedensklasse des Pour le mérite zurückkommen wollen und welche Form Sie eventuell finden werden, die inhaltlich so trostlos banale und in der Überschrift so böartige Glosse des Herrn Ferber in Ordnung zu bringen; sie entspricht in der Gesinnungslage doch nicht recht dem Niveau Ihrer Zeitschrift.

¹ Mit hs. Änderungen von Wenger für den Abdruck im „Rheinischen Merkur“. In einem Begleitschreiben selben Datums bat Heuss den Redakteur des „Rheinischen Merkur“, Wenger, darum, das Schreiben im „Rheinischen Merkur“ abzudrucken; weitere Nachweise: N 1221, 303 und B 122, 38252: ms. Schreiben, Durchschlag; Teilbadruck: Rheinischer Merkur, Nr. 26, 27. 6. 1952.

² Rheinischer Merkur, Nr. 23, 6. 6. 1952, Abschrift in: B 122, 38252. Walter Ferber kritisierte in dem Artikel „Kontingentierung der Ehre“, dass kein Katholik in den Orden Pour le mérite berufen worden sei, und fuhr fort: „Fritz Ebert wäre ein solcher Schnitzer vermutlich nicht unterlaufen.“

³ Zum Stand der Wiederbelebung des Ordens Pour le Mérite vgl. Nr. 129, Nr. 129a.

⁴ Heuss an Johann Wilhelm Naumann, 17. 6. 1952, in: N 1221, 303.

Diesem Herrn ist nun irgendeinmal auch mein Sammelband „Deutsche Gestalten“⁵ in die Hand gekommen, der gegen fünfzig Porträtstudien aus dem wissenschaftlichen und geistigen Leben des 19. Jahrhunderts bringt – Ferber schreibt auch des „politischen“, aber die spezifisch politischen Figuren, über die ich monographisch schrieb, sind in der Sammlung weggelassen. Hätte Herr Ferber das Vorwort gelesen, hätte er gemerkt, wie die ihrer Natur nach recht unsystematische Reihung zusammen kam, teils durch meine, überwiegend redaktionelle Anregung, wer in der Serie behandelt werden sollte.⁶ Aber Ferber geht es um die Feststellung, daß ich diese Serie schrieb, „ohne auch nur einen einzigen Katholiken zu behandeln“. Es setzt hinzu: „Dabei ist er [Heuss] gewiß nicht intolerant. Es scheint ihm aber das Gefühl für eine nicht unwichtige Dimension des deutschen Geisteslebens zu fehlen.“⁷

Dazu, lieber Wenger, möchte ich einiges auch zu den Lesern des „Rheinischen Merkur“ recht frank sagen dürfen. Diese Art von Anerkennung, „nicht intolerant“ zu sein, möchte ich recht entschieden zurückweisen, denn ich bin höchst intolerant gegenüber dem subalternen Typus, den ich in dem Herrn Ferber glaube erkennen zu dürfen, und ich glaube, daß die katholischen Freunde, die mein Leben begleitet haben und begleiten, Laien und Priester, sich dieser Art von Rubrizierung meiner Art schämen.

Dazu nun folgendes: Dieser Ferber ist, einer Art von nachsichtiger Quasi-Höflichkeit sich bedienend, von vollkommener Leichtfertigkeit. Ich selber habe mich bei meinen „Gestalten“ so wenig wie bei den Leuten vom *Pour le mérite* interessiert, welcher Konfession sie angehören; ich weiß es weder bei jenen noch bei diesen von jedem einzelnen mit einer sicheren Verbindlichkeit. Aber nun hat mich Ferber vor das Inhaltsverzeichnis geführt – bei achten der Gestalten weiß ich gewiß, bei einigen anderen vermute ich nach landsmannschaftlicher Herkunft und Lebensgang, daß sie katholisch waren. Der Mann gibt sich „gebildet“, indem er eine Anzahl von katholischen Persönlichkeiten aufführt, die er mir vorzustellen sich bemüht – ich selber habe das Glück, mit ziemlich vielen davon seit Jahrzehnten gut bekannt, ja befreundet zu sein und sie auch in ihrem Rang und ihrer Substanz dankbar werten zu können. Aber es scheint Ferber, neben anderem, nicht bekannt gewesen zu sein, daß eine sehr liebevolle Studie meines Buches einem *Klosterabt* gilt, der Gregor Mendel⁸ hieß – dem Kritiker vermutlich fremd –, und daß an einer anderen Stelle von einem großen Techniker, Jacob

⁵ TH. HEUSS, Deutsche Gestalten.

⁶ Ebd., S. 7–11. Die biographischen Skizzen waren 1938–1943 in der „Frankfurter Zeitung“ erschienen, zumeist in der Beilage „Bilder und Berichte“. Der Verleger Hermann Leins hatte dann ihre Zusammenfassung in einem Buch angeregt.

⁷ Wie Anm. 2.

⁸ Vgl. TH. HEUSS, Deutsche Gestalten, S. 208–214.

Mayer,⁹ zur Zeichnung seines Menschentums erzählt wird, wie sein ganzes privates Leben der katholischen Kirche gehörte, daß er ihr sein ganzes Vermögen hinterließ.

Die mangelhafte Bildung und der unbedarfte Journalismus des Herrn Ferber können mir vollständig gleichgültig sei. Aber indem er den Schriftsteller Heuss behandelt, meint er den Bundespräsidenten. Beide sind keineswegs tabu.¹⁰ Nur bin ich auch bei literarischen Auseinandersetzungen für die Innehaltung der Gesetze der Redlichkeit – aber in dieser Sphäre würden mich die falschen Darstellungen des Herrn Ferber nicht weiter berühren. Ein langes Leben hat mich hier an „allerhand Kummer“ gewöhnt. Doch glaube ich, und Sie, lieber Wenger, werden mir zustimmen: Jetzt erlaubt mir einfach das *Amt* nicht, derlei Behauptungen, die man vulgär als „vergiftet“ bezeichnet, so einfach mit lockerem Achselzucken hinnehmen zu dürfen. Und auch ein Blatt vom moralischen Range des „Rheinischen Merkur“ kann sich nicht, ohne daß es vor einer solchen Gefährdung gewarnt werde, mißbrauchen lassen. Beide ertragen nicht recht die „Kontingentierung der Ehre“, die Herr Ferber in seiner Weise vorgenommen hat.¹¹

Mit landsmannschaftlichem Gruß

Ihr

Theodor Heuss

⁹ In der Vorlage: „David Mayer“; vgl. ebd., S. 154–161.

¹⁰ Zur Problematik, Rezensionen über Werke des Staatsoberhauptes zu schreiben, hatte Heuss gegenüber Herbert Hupka, der die damals vorliegenden Bücher des Bundespräsidenten besprochen hatte, am 21. 4. 1950 geäußert: „Es würde mich, der ich selber so viele Rezensionen in meinem Leben geschrieben habe, aufs äußerste belasten, wenn irgend jemand glauben möchte, daß mein politisches Amt meine literarische Tätigkeit zum Tabu gemacht habe. Es darf nicht nur, sondern es soll ruhig daran kritisiert werden, wie ich im übrigen auch meine politische Funktion durchaus in die Kritik gestellt sehen möchte“; N 1221, 292.

¹¹ Heuss teilte diese Angelegenheit einen Tag später auch Adenauer mit; vgl. Heuss an Adenauer, 20. 6. 1952, in: N 1221, 303. Über den Fortgang der Auseinandersetzung mit Ferber vgl. Heuss an Wenger, 4. 7. 1952, in: N 1221, 304; Heuss an Ferber, 3. 7. 1952, in: ebd.

Nr. 128

An Fritz Schäffer, Bundesminister der Finanzen, Bonn

11. Juli 1952

BArch, B 122, 2277: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Rat für Formgebung

Sehr verehrter Herr Minister!

Es ist eine der Folgen meiner beruflich und literarisch recht vielseitigen Vergangenheit, daß nun auf den Bundespräsidenten Dinge zukommen, von denen im Grundgesetz ganz und gar nichts steht.

Ich war jahrelang der zweite Vorsitzende des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller² – also kommen die Dichter zu mir. Ich war viele Jahre hindurch, nachdem ich auch in der Geschäftsführung dort tätig war, im Vorstand des Deutschen Werkbundes³ – also kommen die bildenden Künstler und Architekten zu mir. Ich habe Bücher über die Geschichte der Naturwissenschaften geschrieben⁴ – also erwarten die Akademien und dergleichen mein Spezialinteresse.

Nach dieser etwas seufzenden Präambel darf ich Ihnen das folgende schreiben:

Ich bin in den letzten Wochen bei verschiedenen Gelegenheiten, einmal in Süddeutschland, dann kürzlich in Kiel⁵ darauf angesprochen worden, mich doch für⁶ den Rat für Formgebung⁷ weiterhin zu interessieren,⁸ über dessen mögliche Bedeutung ich vor 1½ Jahren einiges gesagt habe, als ich bei der ersten großen Kundgebung des neu gegründeten Deutschen Werkbundes in Stuttgart eine grund-

¹ Az. I/15/00; gestrichenes Az. I/3/10-S.; hs. Vermerk: „Rat für Formgebung (Normenausschuß)“; Oberüber leitete dem Wirtschaftsministerium am 11. 7. 1952 eine Durchschrift zur vertraulichen Kenntnisnahme zu; B 122, 2277; weiterer Nachweis: N 1221, 304; ms. Schreiben, Durchschlag.

² Vgl. Nr. 67, Anm. 3.

³ Vgl. Nr. 117, Anm. 4.

⁴ So zum Beispiel über die Chemie anhand der Biographie über Justus von Liebig oder über die Meeresbiologie anhand der Biographie über Anton Dohrn; TH. HEUSS, Justus von Liebig; DERS., Anton Dohrn.

⁵ Mit Süddeutschland ist eventuell die Hermann-Hesse-Feier in Stuttgart am 2. 7. 1952 gemeint; vgl. Nr. 106. In Kiel hielt sich Heuss vom 26.–29. 6. 1952 zur „Kieler Woche“ auf; Material in: B 122, 402.

⁶ Bis „interessieren“ hs. unterstrichen.

⁷ Nachdem auf der New Yorker Exportmesse von 1949 die Gestaltung deutscher Produkte kritisiert worden war, beschloss der Deutsche Bundestag am 4. 4. 1951, u. a. angeregt vom Deutschen Werkbund, einen „Rat für Formentwicklung“ zu gründen; vgl. VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, 1. Wahlperiode, Bd. 6, S. 4945f. 1953 als Stiftung „Rat für Formgebung“ ins Leben gerufen, berät er seitdem die deutsche Wirtschaft in Fragen des Designs.

⁸ Am 3. 7. 1952 war aus dem Bundeswirtschaftsministerium mitgeteilt worden, Minister Ludwig Erhard würde es begrüßen, wenn der Bundespräsident sich für die Bereitstellung von 70.000 DM für den Rat für Formgebung einsetzen werde; B 122, 2277.

sätzliche Rede hielt „Was ist Qualität?“.⁹ Das Heftchen lege ich bei. Ich erfuhr, daß eine in Aussicht genommene Stützung dieses Rates für Formgebung durch das Finanzministerium in Verzug gekommen sei, weil man den dafür in Frage kommenden Betrag in dem Fonds der Handwerksförderung umfaßt sieht und über diesen Fonds weithin schon disponiert sei.

Darf ich dazu eine Bemerkung machen, weil ich mich hier nicht für ganz unsachverständig halte: Ich habe viele der Diskussionen in den zwanziger Jahren über die handwerkliche und industrielle Formgebung mitgemacht und habe auch im Jahre 1918, als die Engländer den Deutschen Werkbund nachgeahmt haben, die Übersetzung der englischen Statuten und Proklamationen mit einer kritischen Einleitung ausgestattet.¹⁰

Man darf sagen, daß Deutschland nach der Jahrhundertwende Anregungen, die aus England (Ruskin) und aus Belgien (Van de Velde) kamen, aufgenommen, stark durchdacht und des Romantischen entkleidet hat, wobei dem spezifisch Handwerklichen seine eigentümliche Rolle geistig und sachlich zurückgewonnen, aber auch für das Industrielle und Maschinelle sozusagen die Sonderwürde gefestigt wurde. Deutschland war in diesen Dingen führend geworden, ist es aber heute, soweit ich das zu verfolgen in der Lage bin, nicht mehr.

Wir haben für die Fragen der industriellen Fertigung schon vor 30 Jahren mit Warenbuch¹¹ und dergleichen auch für den Käufer gewisse Handhabungen und Sicherungen geben wollen und gegeben, und ich habe daran mitgearbeitet. Heute stehen wir, um dem in den Experimenten drohenden Formverfall zu begegnen, vor der Aufgabe, diese Dinge geistig erneut zu straffen. Das ist zum Teil eine Sache, die an den Export zu denken hat, denn in der Welt haben sich nun auch mit der Lockerung alter Beziehungen viele Gefühlslagen und Geschmackstraditionen geändert. Ich glaube aber auch, daß die innerdeutsche Wirtschaftsbilanz einen Gewinn haben wird, wenn in der Frage der richtigen und sparsamen Rohstoffverwendung eine zuverlässige Usance mit geschaffen oder doch gefördert wird. Der Staat selber kann so etwas gar nicht machen, aber er soll Hilfestellung gewähren, und die Wirtschaft, nach außen wie nach innen betrachtet, wird davon Gewinn haben.

⁹ Vgl. Nr. 117, Anm. 4. Zu Heuss' Haltung zum Rat für Formgebung vgl. auch Hans Schwippert, in: H. BOTT/H. LEINS, *Begegnungen*, S. 352–354.

¹⁰ Vermutlich DEUTSCHER WERKBUND (Hg.): *Englands Kunst-Industrie und der Deutsche Werkbund. Übersetzungen von Begründungs- und Werbeschriften der englischen Gesellschaft „Design and Industries Association“*, München 1916. Heuss hatte diese Schrift herausgegeben und das Vorwort geschrieben; vgl. J. CAMPBELL, *Deutsche Werkbund*, S. 116.

¹¹ 1915 hatten der Dürerbund und der Deutsche Werkbund das „Deutsche Warenbuch“ herausgegeben. Als praktischer Ratgeber enthielt das „Warenbuch“ Abbildungen von 1660 Gebrauchsgegenständen, die dem Käufer einen Überblick über industrielle Qualitätswaren geben sollten; vgl. DEUTSCHES WARENBUCH.

Ich kenne zufällig einige der Männer, die auf diesem Gebiet sehr Hervorragendes geleistet haben und leisten (nicht diese haben sich jetzt bei den zufälligen Begegnungen an mich gewandt). Ich möchte nur Ihnen zum Ausdruck gebracht haben, daß es meine sehr alte und recht gefestigte Überzeugung ist, daß in dieser Sphäre ein freier staatlicher Beitrag sich zwar nicht fiskalisch, aber ökonomisch vielfach verzinsen wird.

Deshalb dieses Plädoyer, Sie möchten sich dieser Sache doch einmal in einer von den Tagesgeschäften nicht zu bedrängten Stunde, wenn eine solche sich finden läßt, persönlich annehmen.¹²

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Th. Heuss

Nr. 129

An Prof. Dr. Enno Littmann, Tübingen

12. Juli 1952

BArch, N 1221, 304: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Kr) und ms. gez.

Rundbrief für die neuberufenen Mitglieder des Ordens Pour le mérite

Verehrter, lieber Professor,

Sie haben ein paar Wochen lang nichts von mir gehört, was Sie bitte entschuldigen wollen, aber diese Zeit war arbeitsmäßig aufs höchste überlastet, und dazu kommt die dauernde Sorge um meine Frau, die jetzt wieder in der Klinik liegt und in einem recht schlimmen Gesundheitszustand sich befindet.¹

Ich habe nun einen Rundbrief entworfen, von dem ich bitte, ihn zu kontrollieren und evtl. mit Änderungsvorschlägen zu versehen, damit ich ihn hier vervielfältigen lasse und nach dem früher von uns geübten System Ihnen zusende, damit Sie ihn unterzeichnen und hinausgehen lassen.² Ich glaube, die Mitglieder des Ordens wollen irgendetwas hören. Ich selber habe mich eine Zeitlang sehr

¹² Schäffer dankte Heuss am 16. 9. 1952 für Brief und „Büchlein“, das er gelesen habe, und teilte mit, mit dem Wirtschaftsministerium sei vereinbart, aus den stark erhöhten Mitteln „für die Förderung der Rationalisierung und Normung in der Wirtschaft“ 70.000 DM für „den erwähnten Zweck“ abzuzweigen; B 122, 2277.

¹ Vgl. Nr. 126.

² Im Auftrag von Heuss sandte seine Sekretärin Schach am 15. 7. 1952 an Littmann: „15 frankierte Briefumschläge an die neuberufenen Mitglieder des Ordens und die Abzüge des Briefes, die ohne Datum und Unterschrift sind“; B 122, 2319.

intensiv um die alten Orden bemüht³ und viele Briefe geschrieben, aber jetzt ist Adressenmangel, den zu beheben eine Reihe von Herren mit bereit sind.

Mit guten Grüßen
wie immer Ihr

Th. Heuss

Nr. 129a

An die neuberufenen Mitglieder des Ordens „Pour le mérite“ (Friedensklasse)
[Juli 1952]

BArch, N 1221, 304: ms. Schreiben, Entwurf, von Heuss diktiert und von Littmann ms. gez.;
ms. Briefkopf: „Prof. Dr. Enno Littmann“

An die neuberufenen Mitglieder des Ordens „Pour le mérite“ (Friedensklasse)

Daß seit der am 31. Mai veröffentlichten Weiterführung des Ordens¹ den neuberufenen Mitgliedern² keine weiteren Mitteilungen und auch nicht die Ordenszeichen selber zugingen, hat seine einfachen Gründe: Die Vorbereitungen mußten in strenger persönlicher Vertraulichkeit geführt werden, um nicht durch voreilige, halbe oder schiefe Darstellungen die Aufnahme des Neubeginns im öffentlichen Bewußtsein zu verwirren. Man wird sagen dürfen, daß aufs Ganze gesehen der Widerhall

³ Heuss bezieht sich damit auf die Anstrengungen, den Verbleib der Orden herauszufinden, deren Träger seit 1933 verstorben waren; Material in: B 122, 38252.

¹ Die Angehörigen des Ordenskapitels, welche die NS-Zeit überlebt hatten (Furtwängler, von Kuhl, Littmann, Einstein hatte den Orden 1933 zurückgegeben), hatten formal am 31. 5. 1952 die Weiterführung des Ordens als sich selbst ergänzendes Gremium beschlossen; vgl. die Satzung, in: B 122, 2319.

² Den noch lebenden Ordensträgern waren zur Kooptation am 10. 4. 1952 von Heuss und Littmann vorgeschlagen worden: als Geisteswissenschaftler (zusätzlich zu von Kuhl und Littmann): Ernst Robert Curtius (romanischer Philologe), Erich Kaufmann (Jurist), Friedrich Meinecke (Historiker), Eduard Spranger (Philosoph); als Naturwissenschaftler: Gerhard Domagk (Mediziner), Karl von Frisch (Zoologe), Otto Hahn (Chemiker), Max Hartmann (Genetiker), Max von Laue (Physiker), Otto Warburg (Biochemiker); aus dem Bereich Dichtung und Künste (zusätzlich zu Furtwängler): Paul Bonatz (Architekt), Karl Hofer (Maler), Carl Orff (Komponist), Rudolf Alexander Schröder (Dichter), Renée Sintenis (Bildhauerin). Von ihnen wurde Orff von Furtwängler abgelehnt, der stattdessen Paul Hindemith durchsetzte; vgl. Littmann und Heuss an von Kuhl, 10. 4. 1952, in: B 122, 38252. Dieser kooptierte Kreis wurde noch 1952 erweitert durch Walter Bothe (Physiker), Ludwig Curtius (Archäologe), Ernst Haenisch (Sinologe), Theodor Litt (Philosoph), Gerhard Marcks (Bildhauer), Emil Nolde (Maler), Karl Reinhardt (klassischer Philologe), Otto Renner (Biologe), Paul Schmitthenner (Architekt), Reinhold Schneider (Dichter), Heinrich Wieland (Chemiker), Adolf Windaus (Chemiker); vgl. ORDEN POUR LE MÉRITE, S. 432f.



Abb. 16: Theodor Heuss trifft die Mitglieder des Ordens Pour le mérite, 15. 10. 1952

freundlich und verständnisvoll gewesen ist; daß es auch an publizistischer Kritik nicht völlig fehlen würde, mußte veranschlagt werden.³

Die Vertraulichkeit der Vorbereitungen erzwang, daß erst *nach* dem 31. Mai die Erkundungen *nach* dem Verbleib der Ordens-Insignien⁴ einsetzen konnten. Sie haben sich als ungemein schwierig und umständlich erwiesen und sind noch nicht abgeschlossen. Denn es bedurfte vieler Schreibereien, um die Adressen der eventuellen Hinterbliebenen festzustellen. Einige waren erfolgreich, andere sind im Ergebnis noch ungewiß, zumal wo es sich um Mitglieder des Ordens handelte, die durch Verbombung betroffen waren, die ihren Wohnsitz verlassen hatten. Von manchen der Hinterbliebenen wird berichtet, daß die Insignien der Ordnung gemäß an Max Planck zurückgegeben worden sind. Es muß leider damit gerechnet werden, nach der Aussage von dessen Schwiegertochter, daß mit Max Plancks Wohnung und Besitz eine ganze Anzahl der Insignien untergegangen sind. Wie ich vom Bundespräsidialamt, das mit der Unterstützung einiger Sach- und Personalkenner sich um die historischen Insignien bemüht hat, erfahre, ist die Herstellung der neuen Ordenszeichen eingeleitet.

³ Vgl. Nr. 127.

⁴ Der Pour le mérite der Friedensklasse wird seit seiner Gründung durch Friedrich Wilhelm IV. (31. 5. 1942) im wörtlichen Sinn „verliehen“, d. h. nach dem Tode der Ordensträger wird der jeweilige Orden zurückgegeben und dann nach der Zuwahl dem neuen Ordensträger wieder „verliehen“; vgl. § 1, Abs. 4 der Satzung, in: DEUTSCHE ORDEN, S. 361.

Eine Neufassung der Ordens-Satzungen ist im Zusammenwirken von Bundespräsidialamt und Bundesministeriums des Innern zur Zeit in Bearbeitung – ich⁵ hoffe, Ihnen bald den Entwurf zusenden zu können; über die letzte Form werden die Mitglieder des Ordens bei ihrem ersten⁶ Zusammentritt zu befinden haben.

Da ich annehme, daß das „Suchen“ nach den alten Insignien noch einige Zeit beanspruchen wird, mache ich den Vorschlag, daß etwa in der ersten Hälfte des Oktober die achtzehn bisherigen Mitglieder des Ordens⁷ zusammentreten werden, um a) die Satzungen zu beschließen und b) die Zuwahl der weiteren zwölf Mitglieder zu vollziehen. Ob dieses Gremium auch schon die „Organe“ der Vereinigung bestellen soll (Kanzler und zwei Vertreter) oder ob damit gewartet werden soll, bis die Ergänzungswahlen vollzogen, will ich offen lassen; meine etwas „angemaßte“⁸ Funktion wird mit der Konstituierung ihr Ende finden müssen. Aber ich möchte, soweit das noch nicht geschehen ist, die Mitglieder bitten, über die Persönlichkeiten, die in den Kreis treten sollen, sich jetzt schon Gedanken zu machen.

Es ist mir in Aussicht gestellt, daß den Mitgliedern des Ordens aus der Teilnahme an der Sitzung keine Kosten erwachsen werden. Ich glaube, daß es praktisch nützlich ist, auch für diese Sitzung die alte Übung gelten zu lassen, daß Mitglieder, die an der Teilnahme verhindert sind, ihre Stimme delegieren können.⁹

Mit freundlicher Begrüßung

Littmann

⁵ In der Endfassung des Schreibens, das Heuss Littmann am 15. 7. 1952 zusenden ließ, heißt es: „ich denke, daß Ihnen der Entwurf bald zugehen wird“; B 122, 2319.

⁶ In der Endfassung: „zweiten“; wie Anm. 4.

⁷ In der Endfassung ergänzt: „in Bonn“; wie Anm. 4.

⁸ In der Endfassung „angemaßte“ ersetzt durch „vorläufig übernommene“; wie Anm. 4.

⁹ In der Endfassung folgender Schlussabsatz hinzugefügt: „Die Neuwahlen werden in Zukunft voraussichtlich so vorgenommen werden wie bisher: Die Vertreter der drei Fachgebiete, Geisteswissenschaftler, Naturwissenschaftler, Künste, machen Vorschläge für je ihr Gebiet, über die in Gesamtsitzungen von allen anwesenden Mitgliedern durch Stimmzettel abgestimmt wird. Die Herren, die an der nächsten Sitzung, zu der noch eine besondere Einladung ergehen wird, nicht teilnehmen können, bitte ich, mir dies 14 Tage vorher mitzuteilen; ich werde ihnen dann die gemachten Vorschläge übermitteln und sie bitten, mir ihre Stimme in geschlossenen Umschlägen mit Angabe des Fachgebietes zu senden.“ Wie Anm. 4.



Abb. 17: Trauerzug für Elly Heuss-Knapp zum Bonner Bahnhof, 23. 7. 1952,
1. Reihe v.l.n.r.: Ernst Ludwig Heuss, Theodor Heuss, Hans Bott

Nr. 130

An Dr. Reinhold Maier, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg,
Stuttgart

28. Juli 1952

BArch, B 122, 38: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und
ms. gez.¹

Dank für die Rede am Grab von Elly Heuss-Knapp

Lieber Reinhold!

Die letzten Tage waren ja noch durch die Anwesenheit der Kinder² ausgefüllt. Ich habe jetzt angefangen, mich in den unzählbaren Briefen durchzufinden und zu sehen, wo neben dem Amtlichen das Individuelle mich anspricht.

Ich möchte Dir mit diesen Zeilen herzlich danken, daß Du Dich bereit gefunden hast, am Grabe meiner Frau³ eine Würdigung Ihres Wesens zu geben, und auch dafür, wie Du diese nicht ganz leichte Aufgabe groß und frei gelöst hast.⁴ Ich

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 304: ms. Schreiben, Durchschlag; HStAS, Q1/8, 334: ms. Schreiben, Abschrift; Teilabdruck: R. MAIER, *Erinnerungen*, S. 410.

² Gemeint sind Ernst Ludwig und Hanne Heuss.

³ Heuss-Knapp war am 19. 7. 1952 gestorben.

⁴ Am 24. 7. 1952 auf dem Stuttgarter Waldfriedhof; vgl. R. MAIER, *Erinnerungen*, S. 408–410.

selber habe es mir vor Jahren zum Gesetz gemacht, wenn ich an einem Grabe zu sprechen habe, so zu sprechen, als ob der Entschlafene noch zuhöre, denn dann findet man den innerlich rechten Ton. Meine Frau, wenn sie Dir hätte zuhören können, hätte gesagt: „Das war schön und würdig.“

In dem Neuen Testament, das sie seit ihrer Jugend auf dem Nachtschisch liegen hatte, eine großformatige Ausgabe, fand ich nach dem Tode zwei Buchzeichen: Verse, die ich ihr zu ihrem 70. Geburtstag⁵ geschrieben habe, und eine Grußkarte von Dir.⁶ Das hat mich sehr gerührt.

Mit guten Grüßen, auch an Deine Frau, in der Hoffnung auf ein baldiges Wiedersehen,

Dein

Th. Heuss

Nr. 131

An Hedwig Heuss, Ludwigsburg

3. August 1952

PA Frielinghaus-Heuss: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹ *Erinnerung an den Tod von Ludwig Heuss; Besuch Toni Stolpers; Übernahme der Haushaltsführung*

Liebe Hedwig!

Der Tag, an dem sich Ludwigs² so plötzliches Sterben zum 20. Male jährt, läßt meine herzlichen Gedanken zu Dir gehen. Ich habe in diesen Tagen manchmal darüber nachgedacht, was nun die größere Gnade des Schicksals ist: ein rascher, schmerzloser Tod, der wie ein Blitz auch in die Seelen der zurückbleibenden Familie und der Freunde fährt, oder ein Lager des Leidens, das allen Nahestehenden eine Erziehung bedeutet, sich auf den Abschied vorzubereiten. Aber ich habe keine sichere Antwort für dies, für jenes Ende gefunden.

Jetzt ist eben für einige Tage Toni Stolper mit ihrer Tochter³ bei uns, die ja auch vor bald 5⁴ Jahren den so plötzlichen Tod ihres Mannes⁵ erfahren hat, wie Du vor

⁵ Vgl. Nr. 64.

⁶ Ließ sich nicht ermitteln.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 305: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Bruder von Theodor Heuss.

³ Johanna (Joan) Stolper, verh. Campbell.

⁴ Hs. eingefügt: „5“.

⁵ Gustav Stolper war am 27. 12. 1947 gestorben; vgl. das Beileidsschreiben von Heuss an Toni Stolper, 30. 12. 1947, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 336–338.

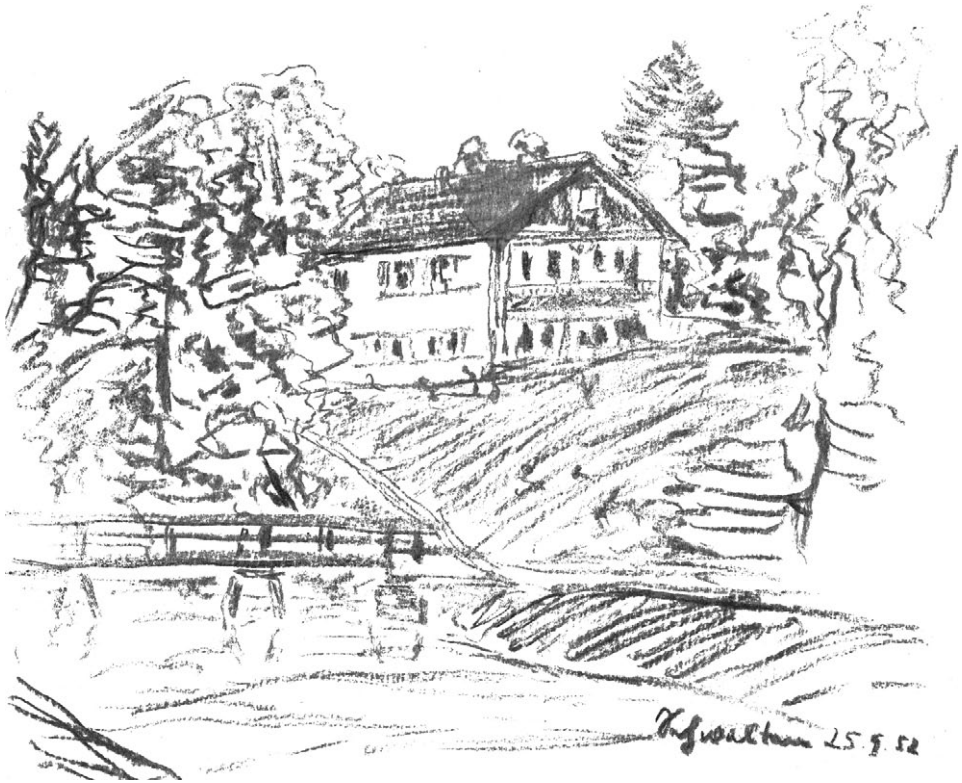


Abb. 18: Theodor Heuss: Schwalten, Kreidezeichnung, 25. 9. 1952

20 Jahren bei Ludwigs viel zu frühem Sterben. Man muß sich ein festes Herz erziehen; die Gestorbenen bleiben ja in unserem Bewußtsein lebendig.

Ludwig⁶ hat mit Dir schon darüber gesprochen, ob Du es vielleicht möglich machen kannst, hier nun meinem Alleinsein zu wehren und die Dinge der Lebensregelung mit in die Hand zu nehmen.⁷ Ich bin Dir dafür dankbar, daß Du im Grundsätzlichen zustimmst. Es war ja auch ein Gedanke, der Elly immer wieder beschäftigte.⁸ Wir werden uns ja noch näher darüber aussprechen können,⁹ wenn

⁶ Ernst Ludwig Heuss, der Sohn von Theodor Heuss.

⁷ Am 15. 8. 1952 schrieb Heuss Gisela Pütter, der Jugendfreundin Heuss-Knapps, nur Hedwig Heuss und sie seien für die Haushaltsführung in Betracht gekommen. In der Besprechung mit Hanne und Ludwig Heuss sei man der Auffassung gewesen, sie nicht zu bitten, „damit Ihr Amerika-Plan von all diesen Dingen unabhängig durchgeführt werden kann“; N 1221, 186.

⁸ Vgl. auch Heuss an Helene Ecarius, 13. 8. 1952, in: N 1221, 305.

⁹ Am 20. 10. 1952 berichtete Heuss Toni Stolper, dass Hedwig Heuss vierzehn Tage zuvor „die Hauswirtschaft und das gesellschaftliche Drum und Dran übernommen“ habe. In diesem Zusammenhang finde ein völliger Personalwechsel statt; N 1221, 306; vgl. auch Heuss an Ernst Ludwig Heuss, 1. 9. 1952, in: FA Heuss, Basel. Der ehemaligen Sekretärin Kaempffer teilte Heuss am 18. 12. 1952 mit: „[...] der Haushalt läuft unter der ruhigen Führung von ‚Tante Hedwig‘ aus-

ich, was noch in der halben Absicht liegt, kurz zum Kirchentag nach Stuttgart fahre.¹⁰ Im September will ich ja einige Zeit irgendwohin ins ländliche Alleinsein und ausruhen und zeichnen.¹¹ Jetzt bin ich einstweilen hier geblieben, um den Ferienplan des Amtes nicht umzustoßen und um Toni Stolpers Besuch, solange sie hier bleiben mag und kann, zu haben.

Euch Allen gute Grüße
Dein

Theodor

Nr. 132

An Dr. Lotte Adenauer, Bürgenstock, Schweiz

5. August 1952

BArch, N 1221, 305: ms. Schreiben, Durchschlag, ms. gez.¹

Zusendung der Reden über Johann Peter Hebel und Hermann Hesse

Liebes Fräulein Dr. Adenauer!

Dieser Tage ist der Druck der kleinen Hebel-Rede fertig geworden, die ich vor einigen Wochen an Hebels Geburtstag in Lörrach gehalten habe.² Sie konkurriert ja Ihre Wissenschaft,³ und ich könnte mir deshalb denken, daß das kleine Heft wie auch die Geburtstagsrede für Hermann Hesse⁴ Ihr Interesse finden. Deshalb darf ich Ihnen die zwei Stücke in den Urlaub senden.

Ich bin nicht ganz sicher, ob der Vater nicht etwas den Kopf schüttelt über das „Allotria“, das der Bundespräsident nebenher treibt. – Aber dessen Vergangenheit, die ja viel mit literarischen und künstlerischen Dingen zu tun hatte, will von

gezeichnet. Wie Sie vielleicht wissen, ist Eugenie weggegangen, da sie, nicht ohne Grund, fürchtete, die während Ellys Krankheit ganz selbständig gewordene Stellung würde etwas von der Unabhängigkeit verlieren. Aber wir haben mit zwei aus dem Osten stammenden Hausangestellten Glück gehabt. Sie vertragen sich untereinander, sie singen sogar, und das ist das, was für den ‚bürgerlichen‘ Anstrich des Haushalts mir ja, wie Sie wissen und leicht tadeln, immer sympathisch gewesen ist“; N 1221, 307.

¹⁰ Heuss sprach zur Eröffnung des Evangelischen Kirchentags am 23. 8. 1952 in Stuttgart; B 122, 225.

¹¹ Aus seinem Urlaubs im bayerischen Allgäu sind vier Zeichnungen von Heuss überliefert: Orgel-empore von Seeg (16. 9. 1952), Füssen (24. 9. 1952), Schwalten (25. 9. und 30. 9. 1952); vgl. Abb. 18.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 106: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Vgl. Nr. 106, Nr. 121.

³ Lotte Adenauer war Germanistin und Bibliothekarin.

⁴ Vgl. Nr. 106, Anm. 3.

Zeit zu Zeit auch wieder zum Blühen kommen, und der Gärtner Adenauer⁵ wird für den Trieb auch alter Knollen Verständnis haben.

Seien Sie bitte besorgt, daß der Vater auch zum Ausruhen kommt.⁶ Bei mir ist im Augenblick, da ich die festgelegte Urlaubszeit der Beamten nicht stören wollte, sehr scharfes Arbeitstempo. Ich denke aber, dann im September etwas in die Stille zu kommen.⁷

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Theodor Heuss

Anlagen: 2

Nr. 133

An Hermann Hesse, Montagnola, Tessin, Schweiz

11. August 1952

DLA, D: Hesse, HS. 002803589: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Sterben von Elly Heuss-Knapp; Korrespondenz mit Hermann Hesse; Zusendung der Rede über Johann Peter Hebel

Verehrter, lieber Herr Hesse!

Für die freundliche Teilnahme von Ihnen beiden an dem Heimgang meiner Frau² darf ich Ihnen mit diesen Zeilen danken.

Die letzten Wochen waren sehr schwer und dann auf eine eigentümliche Weise auch mit Ihnen verschlungen. Denn es war kurz vor dem 2. Juli³ eine überraschende Verschlechterung eingetreten, so daß es sehr unsicher wurde, ob ich zu der Feier nach Stuttgart würde fahren können. Ich hatte deshalb die kleine Ansprache⁴ wider

⁵ Adenauer war ein begeisterter Gärtner, der im Garten seines Hauses in Rhöndorf Blumen, besonders Rosen, pflegte und zur Erleichterung der Arbeit u. a. eine Verbesserung an Gießkannen entwickelte.

⁶ Zu den Belastungen Adenauers in dieser Zeit vgl. Nr. 116, Anm. 9. Lotte Adenauer war bis zu ihrer Heirat 1954 häufig Reisebegleiterin ihres Vaters.

⁷ Lotte Adenauer dankte Heuss hs. am 9. 8. 1952 für die „herzliche Freude“, die er ihr bereitet habe, und berichtete, dass sie Hesses „Steppenwolf“ als Ferienlektüre mitgenommen habe. Ihr Vater beginne „langsam sich etwas zu erholen“; N 1221, 106.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 305: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Hermann Hesse an Heuss, August 1952, in: DLA, A: Heuss, 73.4283/1–10, abgedruckt in: H. BOTT / H. LEINS, *Begegnungen*, S. 255f.

³ Tag der Stuttgarter Veranstaltung zu Hesses 75. Geburtstag; vgl. Nr. 106.

⁴ Vgl. Nr. 106, Anm. 3.

meine Gewöhnung aufgeschrieben, so daß sie auch vorgelesen werden könnte. Aber der Arzt sah dann keine momentane Gefahr; ich fuhr also nach Stuttgart und an dem gleichen Abend im Wagen wieder zurück, ohne daß ich meiner Frau das sagte. Aber nach ein paar Tagen, als wieder eine bessere Situation war, „gestand“ ich ihr diese kurze Reise und las ihr, die meine schärfste Kritikerin war, meine Ansprache vor und auch Ihren so freundlichen Antwortbrief.⁵ Daran schloß sich eines der letzten Gespräche über Dinge und Menschen und ein längeres Gespräch über Sie an. Und Sie werden es als Gruß einer sterbenden Frau annehmen, als sie sagte: „Hesse ist nicht bloß ein großer Dichter, sondern auch ein großer Mensch.“

Nach dem Tode, der ein paar Tage später eintrat,⁶ suchten wir nach einigen Niederschriften meiner Frau, und bei dem Durchwühlen alter Papiere stieß meine Schwiegertochter⁷ auf einen Umschlag mit der Aufschrift „Hermann Hesse“, und nun fand ich ein paar Briefe aus den Jahren 1912–1914,⁸ die ich, wie sich nach der Durchsicht ergab, sehr, sehr gerne schon vor der Stuttgarter Rede wieder in der Hand gehabt hätte. Leider bin ich, von Natur wenig ordentlich, nie recht dazu gekommen, das⁹ Durcheinander, das¹⁰ bei den verschiedenen Umzügen entstand, zu einer etwas systematischen, den Zufälligkeiten entrissenen Anlage umzuformen.

Nun weiß ich freilich nicht, ob das bei Ihnen sehr viel anders ist. Aber in einer ausruhsamen Stunde liest Ihnen vielleicht Ihre Frau diese Briefe einmal vor. Wir führten eine Diskussion über Meier-Graefe,¹¹ und dann enthält der eine Brief, der einem Aufsatz von mir über Stefan George gilt,¹² ein paar Bemerkungen, die mir persönlich recht wichtig erscheinen.¹³ (Die Briefe habe ich photokopieren lassen.)

Und dann noch ein weiteres: Gerade in diesen Tagen ist als kleines Heft die „Rede auf Hebel“ erschienen, die ich am 10. Mai in Lörrach beim Hebelbund gehalten habe.¹⁴ (In Lörrach sitzt jetzt mein Sohn und leitet eine kleine pharmazeutische Fabrik, die dem Basler Vetter meiner Frau¹⁵ gehört.) Ich könnte mir

⁵ Hesse an Heuss, 8. 7. 1952, in: DLA, A: Heuss, 73.4283/1–10, abgedruckt in: H. BOTT / H. LEINS, *Begegnungen*, S. 257.

⁶ 19. 7. 1952.

⁷ Hanne Heuss.

⁸ Die Briefe von Hesse in: DLA, A: Heuss; zwei von diesen Briefen abgedruckt in: H. BOTT / H. LEINS, *Begegnungen*, S. 257–259.

⁹ In der Vorlage: „den“.

¹⁰ In der Vorlage: „der“.

¹¹ Hesse an Heuss, 1914, in: DLA, A: Heuss, 65.580/3.

¹² THEODOR HEUSS: Über Stefan George und seinen Kreis, in: *Die Hilfe* 19, H. 40/41, 2./9. 10. 1913, S. 632–634, 649–651.

¹³ Hesse an Heuss, [12. 11. 1913], in: DLA, A: Heuss, 73.4283/9.

¹⁴ Vgl. Nr. 106, Anm. 6.

¹⁵ Hermann Geiger, Mitgründer und Inhaber der pharmazeutischen Firmen Gaba AG in Basel und Wybert GmbH in Lörrach.

denken, daß diese Rede Ihnen Spaß macht. Die paar ironischen Bemerkungen über das Württembergische sind aus der Situation zu verstehen, da ein paar Tage zuvor die Zusammenlegung von Baden und Württemberg in der Neugestaltung einer Regierung sich vollends vollzogen hatte.¹⁶ Ich ließ dies aber dann auch für den Druck so stehen. Damit die Zeitatmosphäre, in der die Ansprache gehalten wurde, nicht verweht werde.

Der Brief ist nun reichlich lang geworden. Haben Sie bitte mit mir Nachsicht.¹⁷

Mit guten Grüßen für Sie und Ihre Gattin
Ihr

Theodor Heuss

Nr. 134

An den Vorstand der SPD, Bonn

21. August 1952

BArch, B 122, 2140: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.¹

Tod Kurt Schumachers

Sehr geehrte Herren!

Die Nachricht vom plötzlichen Hinscheiden Dr. Kurt Schumachers² hat mich sehr stark betroffen. Denn die letzten Nachrichten über sein Befinden besagten, daß er selber glauben mochte und hoffen durfte, einer erneuerten und unmittelbaren Aktivität zurückgegeben zu werden.

Seine geschichtliche Erscheinung steht im Schatten menschlicher Tragik und wirkt doch zugleich als großartiges Beispiel, wie der Geist und die moralische Kraft die Hinfälligkeit des Körpers niederzwingt.

Ich kannte Kurt Schumacher seit Jahrzehnten,³ das Nebeneinander und Ineinander von scharf argumentierendem Verstand und ungeduldiger Leidenschaft, ich

¹⁶ Vgl. Nr. 118.

¹⁷ Hesses Reaktion auf dieses Schreiben abdruckt in: H. BOTT / H. LEINS, *Begegnungen*, S. 255f.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 305: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Schumacher war am späten Abend des 20. 8. 1952 tot in seinem Arbeitszimmer aufgefunden worden; vgl. P. MERSEBURGER, *Schwierige Deutsche*, S. 491. Heuss berichtete am 22. 8. 1952 Toni Stolper: „Der Tod von Kurt Schumacher kam für alle Beteiligten völlig überraschend. Seine Sekretärin, Frau [Annemarie] Renger, hatte mir erst kürzlich, als sie am Sarg von Elly war, eine sehr erhebliche subjektive Besserung gemeldet, so daß Bott in diesen Tagen einmal anfragen wollte, ob ich ihn besuchen könne. Die politische Bedeutung des Todes ist noch schwer abzuschätzen“; N 1221, 305.

³ Heuss hatte Schumacher Anfang der zwanziger Jahre kennengelernt, als dieser Redakteur und Landtagsabgeordneter in Württemberg war; vgl. TH. HEUSS, *Würdigungen*, S. 228.

wußte auch, daß manche Schroffheit nur eben die weichen und liebenswürdigen Züge seines Wesens zuzudecken hatte. Denn er wollte nie sentimental erscheinen, so stark seine Mitleidensfähigkeit war.

Es ist nicht die Stunde, seine politische Bedeutung und Leistung in den Jahren nach 1945 zu würdigen. Dies aber steht sehr deutlich vor meinem Bewußtsein, daß *er* es vor allem gewesen ist, der den Einbruch der totalitären Ideologien abgefangen und damit die Sicherung einer demokratischen Entwicklung sachlich und seelisch gestützt hat.⁴ Das bleibt sein unverlierbares vaterländisches Verdienst.

Ich beuge mich vor diesem Toten, dessen unzerbrochene Tapferkeit, dessen unzerbrechlicher Glaube an das Recht während der schlimmen Jahre der Verfolgung⁵ als ein stärkendes Symbol in das Geschichtsbewußtsein der Nation eingehen wird.

Ihnen und Ihren Freunden gilt heute meine aufrichtige Teilnahme.⁶

Ihr

Th. Heuss

⁴ Heuss bezieht sich damit auf die Weigerung Schumachers 1945/46, in den Westzonen Deutschlands Verhandlungen über eine Zusammenführung von KPD und SPD zu führen, wie sie im Bereich der Sowjetischen Besatzungszone stattgefunden und die zwangsweise Gründung der SED zur Folge hatten; vgl. P. MERSEBURGER, Schwierige Deutsche, S. 225–297.

⁵ Schumacher war 1933–1943 und 1944 in verschiedenen Gefängnissen und Konzentrationslagern in Haft gehalten worden; vgl. ebd., S. 155–181.

⁶ Bei der Trauerfeier für Kurt Schumacher am 23. 8. 1952 hielt Heuss die Trauerrede; N 1221, 8; abgedruckt in: TH. HEUSS, Würdigungen, S. 227–229. An Toni Stolper schrieb er am 3. 9. 1952, diese Rede scheine innerhalb der SPD „einigen Eindruck“ gemacht zu haben: „Wie sich dort die Situation gestalten wird, vermag ich im Augenblick gar nicht zu beurteilen, da ich niemanden sprach, bin aber der Meinung, daß die Leute so gescheit sein werden und jetzt Schumachers Stellvertreter, Ollenhauer, der persönlich eine sehr loyale Figur ist, in seinem Amt bestätigen“; N 1221, 306; vgl. auch das Beileidsschreiben an Annemarie Renger, 22. 8. 1952, in: N 1221, 305.

Nr. 135

An Dr. Hans Egidi, Bonn

24. August 1952

BArch, B 122, 2311: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Verleihung von Titeln durch den Bundespräsidenten

Sehr geehrter Herr Ministerialdirektor!

In einem Brief an den Chef des Bundespräsidialamtes vom 16. August erkundigen Sie sich nach meiner „grundsätzlichen Haltung“ in der Frage der Titelverleihungen.²

Dr. Klaiber wird erst Anfang September aus seinem Urlaub zurückkommen, und ich werde die Sache dann mit ihm nach ihrer juristischen, staatsrechtlichen Seite besprechen. Ich selber bin, wenn ich das so populär ausdrücken darf, nicht „scharf“ darauf, beim Bundespräsidialamt eine Titelverleihungsabteilung einzuführen, und halte etwas dafür, daß der Vergleich mit der Stiftung des Verdienstkreuzes keine ganz zutreffende Parallele gibt. Aber darüber kann man ja verschiedener Meinung sein. Ich selber habe praktisch, solange ich Kultminister in Württemberg-Baden gewesen bin,³ *keine* Titel verliehen, die nicht mit einem staatlichen Amt verbunden waren, und mich etwa sehr dagegen gesträubt, den Professorentitel, wie mir in einer Reihe von Fällen nahegelegt war, an Schriftsteller oder Ärzte oder freie Künstler zu verleihen, da ich ihn auf die eine Lehrtätigkeit ausübenden Persönlichkeiten begrenzt wissen wollte.⁴ Aber ich weiß, daß nach meinem Ausscheiden diese von mir durchgehaltene Praxis verlassen und der Professorentitel wieder frei verliehen wurde.

Ich würde Hemmungen haben, um der Kettenreaktion willen, dem Wunsch von Herrn Bundesminister Niklas zu entsprechen, und würde den Weg für gegeben halten, bei den Länderregierungen, in deren Bezirk diese Institute sich befinden,

¹ Az. I/18/00; Verfügung: „Herrn Min.Dir. Dr. Klaiber nach Rückkehr“; hs. Vermerk mit Paraphe Klaibers vom 4. 9.: „Dr. Kl[ai]ber] n[ach] R[ückkehr]“; weiterer Nachweis: N 1221, 305: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Egidi an den Chef des Bundespräsidialamtes, 16. 8. 1952, in: B 122, 2311. Egidi, Ministerialdirektor im Bundesministerium des Innern, teilte darin mit, dass der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Wilhelm Niklas, wiederholt gebeten habe, „die Frage der Titelverleihung durch den Bund einer Klärung zuzuführen“, und zwei Angehörige aus Forschungsanstalten, die dem Ministerium nachgeordnet waren, zur Ernennung zu Professoren durch den Bundespräsidenten vorgeschlagen habe.

³ Vgl. E. W. BECKER, Theodor Heuss, S. 100–103.

⁴ Gegenüber Fritz Schotthöfer, Autor der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, hatte Heuss schon am 11. 8. 1950 zur Problematik der Titel erläutert: „Das mit den Titeln in Deutschland ist ja in der Tat eine arge Sache. [...] Ich selber liebe und betreibe seit vielen, vielen Jahren ein völlig titellos Leben (was die einen als Bescheidenheit, die anderen als Hochmut auslegen), aber man entläuft dem ‚Brauchtum‘ seines Volkes nicht“; N 1221, 198.

die Anregung auf Verleihung des Titels zu geben. Ein praktisches Bedürfnis könnte ich mir dort vorstellen, wo etwa ein deutscher Arzt an ein fremdes Krankenhaus gerufen wird, daß ihm dann der Professorentitel verliehen wird, falls a) in diesem Land das besonders respektiert wird und b) wenn seine wissenschaftliche Qualifikation vor dem eigenen deutschen Bewußtsein das rechtfertigt.

Ich bitte dies aber nur als eine Zwischenbemerkung auf Ihre Anfrage anzusehen.

Mit freundlichen Empfehlungen

Ihr

Th. Heuss

Nr. 136

An Paul Reusch, Schloss Katharinenhof, Post Oppenweiler, Württemberg

29. August 1952

RWWA, 130-400101290/129: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Reden auf dem Soldatenfriedhof Hürtgenwald und zum Jubiläum des Germanischen Nationalmuseums; bevorstehender Urlaub im Allgäu

Verehrter, lieber Herr Reusch!

Als ich vorgestern von Würzburg und Nürnberg kommend, wo ich mir die beiden Ausstellungen am Dienstag betrachtet hatte,² in Stuttgart eintraf, ließ ich bei Ihnen gleich anrufen, ob ich Sie am Donnerstag früh besuchen könne. Da erfuhr ich dann, daß Sie verreist seien.

Bei der Rückkehr gestern Abend fand ich nun ihre freundlichen Zeilen.³ Es ist mir recht lieb, daß Sie mir Ihre Zustimmung zu der Rede⁴ zum Ausdruck gebracht haben. Diese Rede hat, wie ich spüren durfte, auf die Anwesenden Eindruck gemacht, aber einige Zuschriften zeigten mir dann doch auch, daß manche Menschen „böse“ auf die Rede waren, weil ich offen den Unterschied zwischen

¹ Vermerk vom Empfänger: „b[eantwortet] 6. 9. 52“; weiterer Nachweis: N 1221, 305: ms. Schreiben, Durchschlag mit Verfügung: „Herrn Min.Dir. Dr. Klaiber nach Rückkehr“.

² Heuss hatte die Ausstellungen „Sacra Franconia“ in Würzburg und „Aufgang der neuen Zeit 1530–1630“ in Nürnberg sowie die Zentrale des Müttergenesungswerkes in Stein bei Nürnberg besucht, um die geplante Gedächtnisschrift für seine Frau zu erörtern; vgl. Heuss an Toni Stolper, 3. 9. 1952, in: N 1221, 306.

³ Reusch an Heuss, 25. 8. 1952, in: RWWA, 130-400101290/129.

⁴ Rede zur Einweihung des Soldatenfriedhofs Hürtgenwald auf der Eifel am 17. 8. 1952, in: B 122, 619; abgedruckt unter dem Titel „Wälder und Menschen starben gemeinsam“ in: TH. HEUSS, *Würdigungen*, S. 379–383; vgl. U. BAUMGÄRTNER, *Reden*, S. 261–278.

der inneren Situation der Soldaten bei Langemarck⁵ und beim Hürtgenwald aussprach und sagte, daß diese Toten nicht „Helden“ genannt werden wollen.⁶ Es gibt offenbar in Deutschland halt doch noch viele Menschen, die nicht für die Tragik dieser Zeit den Wortverschleiß der Vergangenheit in nüchterne Wahrhaftigkeit verwandelt wissen wollen.

Nun bin ich aber etwas in Verlegenheit, wie ich Ihnen auf Ihre Anregung antworten soll, daß diese Rede an den Oberklassen verbreitet würde.⁷ Ich selber habe ja auch keine Anweisungsmöglichkeiten und eine gewisse Scheu, nun für die Verbreitung von Äußerungen von mir selber aktiv zu werden. Aber ich will den Gedanken in den nächsten Tagen a) einmal mit meinem aus dem Urlaub zurückkommenden nächsten Mitarbeiter⁸ besprechen und b) ihn an die Konferenz der Kultusminister heranbringen lassen.

Vielleicht⁹ interessiert Sie auch die große Gedenkrede, die ich kürzlich in Nürnberg zur Hundertjahrfeier des Germanischen National-Museums gehalten habe¹⁰ und die, wie ich jetzt erfahren durfte, viele Menschen innerlich ziemlich beschäftigte. Ich hatte ursprünglich wegen des Todesfalles¹¹ abgesagt hinzukommen, aber es fand sich kein Ersatzmann, so daß ich mich doch dazu entschließen mußte hinzufahren. Aber ich habe außer dem anwesenden Kronprinzen Rupprecht und Carl Burckhardt, der die wissenschaftliche Hauptrede hielt, niemanden gesprochen. Ich habe mich aber gefreut, unter dem Zuhörerkreis Ihren Sohn Hermann wie auch unseren Freund Gessler und andere wenigstens visuell zu erkennen.

Am¹² 8. September fahre ich für drei bis vier Wochen in die Einsamkeit des bayerischen Allgäu. Es ist, glaube ich, Zeit, daß ich nach diesen seelisch doch sehr

⁵ In der Vorlage: „Landemarck“.

⁶ Im Spätherbst 1944 war es zwischen deutschen und alliierten Truppen zu schweren Kämpfen im Hürtgenwald gekommen, in deren Verlauf das Dorf Hürtgen vierzehnmal den Besitzer wechselte; zu Langemarck vgl. Nr. 109, Anm. 18. Heuss verglich diese beiden militärischen Situationen in seiner Rede folgendermaßen: „Ich stelle das Wort Hürtgenwald bewußt neben Langemarck, Herbst 1914. [...] das Sterben im flachen, flandrischen Land schuf eine Legende, da die jungen Soldaten gläubig und frisch den Gegner und den Tod angingen. Hier in diesen Gräbern vor uns ruht viel verzweifelte Müdigkeit, Heimatsehnsucht, Ruhesehnsucht, bürgerliche Arbeitssehnsucht, denen Erfüllung versagt blieb, da die Männer und Knaben in der Pflicht sich gebunden wußten.“ TH. HEUSS, Würdigungen, S. 380; vgl. auch die Reaktion von Heuss auf eine kritische Zuschrift von O. Stoltenberg vom 25. 8. 1952, in: N 1221, 305; Hans Speidel in: H. BOTT / H. LEINS, Begegnungen, S. 177.

⁷ Wie Anm. 3.

⁸ Bott oder Klaiber; vgl. Nr. 135.

⁹ Hs. linke Randanstreichung durch Empfänger.

¹⁰ Heuss hielt am 10. 8. 1952 die Festrede zur 100-Jahr-Feier des Germanischen Nationalmuseums; TH. HEUSS, Würdigungen, S. 190–206; Details zur Feier in: B 122, 283.

¹¹ Gemeint ist der Tod von Heuss-Knapp.

¹² Hs. linke Randanstreichung durch Empfänger.

angreifenden Monaten des gewissen Sterbens meiner Frau einmal zu mir selber zurückkehre und mich im Wandern und Zeichnen etwas ausruhe.¹³

Ich habe gestern Vormittag die Grabstätte auf dem Waldfriedhof in Stuttgart besucht. Sie liegt unmittelbar neben der unseres Freundes Robert Bosch.

Mit guten Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 137

An Leonhard Frank, München

3. September 1952

AdK, L. Frank Archiv, 19/1: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“⁴¹

Glückwunsch zum 70. Geburtstag

Sehr geehrter Herr Frank!

Vor einigen Wochen fuhr ich durch Ochsenfurt – der unzerstörte Frieden ruhte über der Stadt und dem Tal, aber das Männerquartett² war offenbar anderwärts beschäftigt, so daß ich den Freunden nur von seinen Taten und Abenteuern erzählen konnte. Und kurz darnach, bei einem zweiten Besuch in Mainfranken, blickten wir vom Marienberg³ über den zerstörten⁴ Herrschaftsbereich der Räuberbande⁵...

Diese zwei Begegnungen mit der Luft Ihrer Heimat und Ihres Dichtertums sind mir jetzt, da ich von Ihrem 70. Geburtstag erfahre, schier etwas wie ein vom liebenswürdigen Zufall improvisiertes Vorspiel zu einem guten Glückwunsch, in den heitere und dankbare Erinnerung verwoben ist.⁶

Ihr

Th. Heuss

¹³ Über den verregneten Aufenthalt im Allgäu vgl. Heuss an Marta Jäckh, 18. 9. 1952, in: N 1221, 306.

¹ Weiterer Nachweis: B 122, 425: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Bezug auf den Roman LEONHARD FRANK: Das Ochsenfurter Männerquartett, Leipzig 1927.

³ Bischöfliches Schloss oberhalb Würzburgs.

⁴ Würzburg war im März 1945 durch einen Luftangriff mit über 5.000 Todesopfern schwer getroffen worden; vgl. J. FRIEDRICH, Brand, S. 312–316.

⁵ Bezug auf einen Roman Franks, der die Jugendjahre des späteren „Männerquartetts“ behandelt; LEONHARD FRANK: Die Räuberbande, München/Berlin 1914.

⁶ Heuss ließ aus Anlass des Geburtstages Leonhard Frank 500 DM überweisen; B 122, 425.

DER PRÄSIDENT
DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

BONN 3. September 1952



Sehr geehrter Herr Frank !

Vor einigen Wochen fuhr ich durch Ochsenfurt - der unzerstörte Frieden ruhte über der Stadt und dem Tal, aber das Männerquartett war offenbar anderwärts beschäftigt, sodass ich den Freunden nur von seinen Taten und Abenteuern erzählen konnte. Und kurz darnach, bei einem zweiten Besuch in Mainfranken, blickten wir vom Marienberg über den zerstörten Herrschaftsbereich der Räuberbande

Diese zwei Begegnungen mit der Luft Ihrer Heimat und Ihres Dichtertums sind mir jetzt, da ich von Ihrem 70. Geburtstag erfahre, schier etwas wie ein vom lebenswürdigen Zufall improvisiertes Vorspiel zu einem guten Glückwunsch, in den heitere und dankbare Erinnerung verwoben ist.

Ihr

Herrn
Leonhard Frank
M ü n c h e n
Pension Spitzweg
Hahnenstr. 1

Abb. 19: Theodor Heuss an Leonhard Frank, 3. 9. 1952

Nr. 138

An Eberhard Goes, Böblingen, Württemberg

6. September 1952

BArch, N 1221, 306: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Briefe aus der Jugendzeit

Lieber Freund!

Mit der Zusendung meiner alten Briefe hast Du mir eine rechte Freude gemacht.² Ich glaube, es sind vielleicht die einzigen frühen Briefe von mir, die ich in der Hand habe. Ich habe zwar noch nicht systematisch zu sammeln begonnen, wie manche meinen, daß ich es tun sollte, aber die vielen Briefe, die ich an meine Mutter geschrieben habe und die ganz sicher von mir verwahrt worden sind, scheinen bei den verschiedenen Umzügen irgendwie abhanden gekommen zu sein. Die Briefe an einen sehr nahen, im ersten Weltkrieg gefallenen Jugendfreund,³ um die ich mich schon vor 30 Jahren einmal bemüht habe, haben sich auch nicht mehr finden lassen. Ich selber habe auch viele alte Briefe, ähnlich wie Du, verwahrt, und es kann auch bei mir ein Kuvert mit „Eberhard Goes“ irgendwo vorhanden sein, aber bei der ungeheuren Masse von Papier, das noch ungeordnet in Kisten herumliegt oder in Ordnern steckt, bin ich zur Sichtung meiner Vergangenheit noch nie gekommen. Es ist zwar immer geplant, aber die Tagesarbeit geht ja oft genug bis in die späte Nacht hinein.

Es war für mich teils rührend, teils erheiternd, teils auch ganz interessant, die Briefe, zumal des 17- und 18-Jährigen zu lesen, und sehr wohl getan hat mir meine frühe Skepsis gegenüber Richard Wagner, die nun hier sozusagen dokumentarisch festgelegt ist und nicht als Ressentiment wegen der Hitler'schen Wagnerei erscheint.⁴ Andere Dinge sind mir durch die Schärfe ihrer polemischen Formulierung charakteristisch und interessant. Sei also vielmals bedankt, daß du die Dinge bewahrt hast. Du bekommst die Briefe alle wieder zurück, aber Du mußt etwas Geduld haben. Ich fahre übermorgen für vier Wochen in den sehr nötigen Erholungsurlaub⁵ und habe veranlaßt, daß in der Zwischenzeit die Briefe photokopiert werden. Sicher macht es auch Deinem Sohn Albrecht Spaß, einmal in die tiefe Weisheit meiner 17 und 18 Jahre zu sehen.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 137: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Goes an Heuss, 4. 9. 1952, in: N 1221, 137; Briefe der Jahre 1901–1917 in: N 1221, 79.

³ Gemeint ist eventuell Ludwig Klein; vgl. Heuss an Fritz Klein, 24. 9. 1914, in: TH. HEUSS, Aufbruch, S. 412.

⁴ Vgl. Heuss an Eberhard Goes, 22. 4. 1902, in: TH. HEUSS, Aufbruch, S. 91.

⁵ Vgl. Nr. 136.

Bei dem Kirchentag habe ich, um nicht von zu vielen Bekannten hin und her gerissen zu werden, nur den großen Gottesdienst und den sogenannten Empfang mitgemacht. Ich lege Dir die Wiedergabe meiner dortigen Ansprache bei. Ich weiß nicht recht, wie sie von den Teilnehmern empfunden wurde. Hartenstein,⁶ den ich beim Weggehen kurz sprach, hat sich offenbar sehr darüber gefreut, daß ich das Problem des Pietismus unmittelbar angepackt habe.⁷ – Ich lege Dir dann noch ein paar andere Reden aus der letzten Zeit bei.

Mit dankbaren Grüßen
Dein

Th. Heuss

Nr. 139

An Richard Tüngel, Hamburg

10. November 1952

BArch, B 122, 2315: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und von Klaiber ms. gez.; ms. Briefkopf: „Der Chef des Bundespräsidialamtes“¹

Verwahrung gegen Fritz von Unruh betreffende Polemik

Sehr geehrter Herr Tüngel!

In der Nummer 44 der „Zeit“ haben Sie² eine I. M. gezeichnete Glosse „Verlorene Schätze“ gebracht, in der Fritz v. Unruh verhöhnt wird.³

Ich weiß nicht, wer der Verfasser dieser Notiz ist, und ich muß annehmen, daß Sie ihn mir nicht nennen werden, so erwünscht es mir sein müßte, um bei diesem

⁶ Karl Hartenstein, Prälat der Evangelischen Landeskirche in Württemberg.

⁷ Heuss hatte in seiner Rede vor dem Evangelischen Kirchentag am 23. 8. 1952 in Stuttgart erklärt, der Pietismus gehöre zur „Paläontologie“ der Kirchentage; außerdem hatte er die politische Tätigkeit der württembergischen Prälaten im württembergischen Landtag des 19. und frühen 20. Jahrhunderts hervorgehoben; B 122, 225; vgl. auch Heinrich Hermelink in: H. BOTT / H. LEINS, *Begegnungen*, S. 415.

¹ Az. 1/18/00; weiterer Nachweis: N 1221, 307: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Tüngel war Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“.

³ Die Zeit, Nr. 44, 30. 10. 1952. In dieser Glosse wurde ironisch kritisiert, dass von Unruh Wiedergutmachungsansprüche gegenüber der Bundesrepublik geltend gemacht habe. Von Unruh hatte diese Glosse Klaiber zugeleitet mit der Bemerkung, sie stehe im Zusammenhang mit einer privaten Äußerung von Heuss zu von Unruhs Wiedergutmachungsregelung, die von einem Journalisten öffentlich gemacht wurde. Von Unruh erklärte, dass ihn diese Glosse, auf die er vielfach hingewiesen worden sei, fast veranlasst habe, Deutschland wieder zu verlassen. Er habe erwartet, dass ihm für seine militärische Vergangenheit wie für sein politisches Verhalten und seine Verfolgung durch die Nationalsozialisten Respekt entgegengebracht werde; vgl. von Unruh an Klaiber, 6. 11. 1952, in: B 122, 2315.

oder jenem Gespräch zu wissen, wem gegenüber man in einem vertraulichen Gespräch zu äußern sich hüten muß. Der Hintergrund dieser Glosse ist ja der, daß Fritz v. Unruh kürzlich bei dem Herrn Bundespräsidenten seine Aufwartung machte⁴ und im Anschluß an ein mehr literarisches und biographisches Gespräch der Bundespräsident sich erkundigte, wie die Wiedergutmachungsfrage des Herrn v. Unruh stehe und ob man ihm evtl., da ja solche Dinge sehr viel an das Bundespräsidialamt herangetragen werden,⁵ beraten könne. Bei dieser Gelegenheit hat, ohne daß Herr v. Unruh seinerseits den Anspruch auf eine sonderliche Behandlung gemeldet hätte – wie gesagt, der Herr Bundespräsident hatte die Frage von sich aus angeschnitten –, Herr v. Unruh einiges von seinen Verlusten erzählt. Ich habe davon in einem engen Kreis bei dem hessischen Länderbevollmächtigten (Unruh wohnt im hessischen Bereich) berichtet, um auch ihn auf diesen Fall hinzuweisen.⁶ Daß aus diesem persönlichen Gespräch eine hämische Glosse gemacht worden ist, scheint mir, verzeihen Sie die Deutlichkeit des Ausdrucks, in hohem Maße sachlich und menschlich unfair. Es dreht sich dabei gar nicht um die literarische Bewertung des Herrn v. Unruh, sondern a) um den offenkundigen Mißbrauch eines im engen Kreis geführten Gespräches und b) um eine zu billige Art, Menschen, die nach der Emigration wieder in Deutschland ihre Heimat finden wollen, durch diese Form journalistischer Polemik zu kränken.⁷ Ich weiß nicht, ob ein Blatt wie „Die Zeit“ darin ihre Aufgabe finden kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Klaiber

⁴ Ein Treffen fand am 16. 10. 1952 statt; vgl. Klaiber an von Unruh, 9. 10. 1952, in: B 122, 2315.

⁵ Vgl. Nr. 115.

⁶ Klaiber hatte am 5. 11. 1952 von Unruh berichtet, er habe aus Wiesbaden gehört, „daß Ihre Wiedergutmachungsangelegenheit dort besonders wohlwollend behandelt worden, aber noch nicht abgeschlossen sei“; B 122, 2315.

⁷ Von Unruh dankte Klaiber am 25. 11. 1952 für das Schreiben an Tüngel; B 122, 2315. Anlässlich der Ansprachen, die Heuss bei seinem Nordamerikabesuch 1958 hielt (vgl. F. GÜNTHER, Heuss auf Reisen, S. 128–143), gerieten Heuss und von Unruh wegen unterschiedlicher Bewertungen des Nationalsozialismus und der deutschen demokratischen Traditionen aneinander; B 122, 479.

Nr. 140

An den Vorstand des Deutschen Journalistenverbandes, Bonn

17. November 1952

BArch, B 122, 2238: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Störung der Rede zum Volkstrauertag durch Reporter der Wochenschauen

Sehr geehrte Herren!

Es wird Ihnen, da es, wie ich höre, eine Bonner Sonderorganisation der Pressefotografen und der Wochenschauen-Mitarbeiter nicht gibt, hoffentlich möglich sein, mir in der folgenden Angelegenheit Ihre Unterstützung zu geben:

Ich habe in den vergangenen Jahren ja mich durchaus daran gewöhnen müssen, bei den verschiedensten Gelegenheiten des verschiedensten inneren Ranges mich fotografieren zu lassen oder auch für Wochenschauen zur Verfügung zu stehen, obwohl ich meinerseits gar nicht darauf scharf bin, mit diesem oder jenem mehr oder weniger banalen Bild in den Zeitungen oder Zeitschriften zu erscheinen.² Aber ich weiß auch um die beruflichen Ansprüche und auch Schwierigkeiten, die hier vorliegen, und suche als alter Presseemann selber entgegenzukommen und die Arbeit technisch zu erleichtern.

Bei der gestrigen Veranstaltung im Bundeshaus „Volkstrauertag für die Opfer der beiden Weltkriege“³ haben sich die Vertreter der Wochenschauen, vielleicht waren auch Pressefotografen dabei, geradezu skandalös benommen. Ich habe keinen anderen Ausdruck dafür.

Es war von dem Pressereferenten des Bundespräsidialamts⁴ mitgeteilt worden, daß ich mich abfinden würde, wenn beim Beginn meiner Rede 2–3 Minuten die Anstrahlung erfolge – ich liebe sie gar nicht, weil die Blendungswirkung für die Augen peinlich und weil der Kontakt mit der Hörschaft ausgeschlossen. Daß die Anblendung dann doch länger dauerte mag hingehen. Aber es rückte dann um das⁵ Redepult herum eine Gruppe von Fotografen, die nicht nur mich fotografieren sollten und dann mit völliger Gleichgültigkeit die Gruppen der Teilnehmer fotografierten. Dabei machten sie ein Drehgeräusch, das genau wie das Herumwandern und Knien die Zuhörerschaft notwendigerweise auf sich lenkte

¹ Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“.

² Vgl. zur Verärgerung über Fotoaufnahmen, vor allem mit Blitzlicht, Heuss an den „Spiegel“-Verlag, 24. 8. 1952, in: N 1221, 205; vgl. auch Nr. 74.

³ Material in: B 122, 2238; Ansprache von Heuss in: B 122, 226; abgedruckt unter dem Titel „Das Kriegsleid als verbindende Kraft“, in: TH. HEUSS, Würdigungen, S. 384–390; vgl. dazu U. BAUMGÄRTNER, Reden, S. 278–299.

⁴ Raederscheidt.

⁵ In der Vorlage: „den“.

und für mich eine Störung bedeutete. Ich war schließlich, trotzdem ich wußte, daß der Rundfunk eingeschaltet war, zu dem Akt der Notwehr gezwungen, zwischendurch die Herren zu ersuchen, mit dieser Störaktion aufzuhören. Das ist mir dann auch geglückt. Sie verzogen sich; dann kam aber wieder der Scheinwerfer auf der Tribüne auf die Idee, mich scharf anzublenden und das gerade in dem Augenblick, wo ich ein schönes und mir wichtiges kurzes Gedicht von Walt Whitman vortrug.⁶

Das Verhalten der Beteiligten erscheint mir ebenso ungebildet wie taktlos. Diese Manöverübung des Fotografierens usf. mag man bei irgend einem gleichgültigen Kongreß vornehmen. Da macht es den Leuten wie dem „Opfer“ nichts aus. Hier haben die Techniker der Publizität ihr möglichstes getan, um die Würde einer Veranstaltung zu ruinieren, und es gibt gar keine Ausrede, daß das nun eben zu dem Beruf gehöre. Denn der Sinn der Veranstaltung ist nicht auf Fotografien und Wochenschauen abgestellt, sondern er soll in sich ruhende Würde aufzwingen. Der Vorgang veranlaßt mich, etwa dem „Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge“ zu empfehlen, einfach die *Nichtzulassung* der technifizierten Ruhestörung bei seinen Veranstaltungen vorzunehmen, damit sie nicht völlig der sakralen Weihe beraubt würden durch schnurrende Apparaturen (die sogar in die Rundfunkübertragung eingingen, wie ich mir erzählen ließ.)⁷

Ich werde selber gezwungen sein, bei bestimmten Veranstaltungen die Anwendung dieses Verfahrens zu fordern.⁸

Mit besten Empfehlungen

Th. Heuss

⁶ Vgl. TH. HEUSS, Würdigungen, S. 386.

⁷ Vgl. zu diesem Vorfall auch Heuss an Gottfried Traub, 24. 11. 1952, in: N 1221, 307.

⁸ Nachdem der Publizistikwissenschaftler Emil Dovifat mit einem Schreiben vom 18. 4. 1953 gegenüber Bott seiner Entrüstung über den Andrang der Pressefotografen und ihr störendes Verhalten bei allen offiziellen Auftritten des Bundespräsidenten Ausdruck gegeben hatte, bestätigte Heuss in einem von ihm diktierten und von Bott gez. Schreiben vom 21. 4. 1953, dass er sich verbitte, „während seiner Reden angestrahlt zu werden, da er die Zuhörer sehen und nicht im Blendungseffekt stehen will, und zum anderen will er beim Heruntergehen von dunklen Treppen usf. auch nicht per Blitzlicht angepackt werden“; B 122, 594; vgl. auch das Schreiben von Heuss an den Direktor des Germanischen Nationalmuseums Ludwig Grote vom 24. 5. 1954, als er sich bei einer Ausstellung gegenüber Kameraleuten der Wochenschau „soviel Autorität verschaffte, daß die Blenderei aufhörte“. Er habe sich „die Verstimmung der Kameraleute zugezogen und verhindert, daß diese Dinge in die Kinos gekommen sind.“ Um eine dauerhafte Verärgerung der Wochenschauen gegenüber dem Germanischen Nationalmuseum zu verhindern, schlug Heuss neue Aufnahmen „in einem nicht geschlossenen Raum“ vor mit der Zusage: „ich würde jetzt nicht remonstrieren“; B 122, 283.

Nr. 141

An Dr. Thomas Dehler, Bundesminister der Justiz, Bonn

25. November 1952

BArch, N 1221, 307: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.¹

Kritik an Thomas Dehlers Rede auf dem FDP-Parteitag in Bad Ems

Lieber Dehler!

Es tut mir leid, daß ich diesen Brief schreiben muß, aber ich *muß* ihn schreiben. Ich würde das Gefühl nicht loswerden, eine Pflicht versäumt zu haben. Über den Erfolg dieses Schreibens darf ich mir leider wenig Illusionen machen nach den Erfahrungen, die ich in den letzten drei Jahren nach meinen mancherlei, oft genug an Sie gerichteten ernstesten Worten gemacht habe.²

Daß ich mich zu dem Brief entschlossen habe, den ich eigentlich schon nach den ersten Nachrichten aus Ems³ schreiben wollte, hat eine Notiz der „Stuttgarter Nachrichten“ bewirkt, nach der Sie einem Schweizer Journalisten, der Sie über den Begriff des „Reiches“ oder was Sie sich darunter vorstellen, gefragt hat, antworteten: „Ihr habt ja auch einmal zum Reich gehört.“⁴ Wenn Sie das für auswärtige Politik halten, so werden Sie ja ohne Zweifel einem Herrn aus Brüssel oder einem Herrn aus Utrecht das gleiche auch einmal mitteilen, und man kann dann mit Putzger's Geschichtlichem Handatlas⁵ eine ganz interessante Wanderung durch die Jahrhunderte machen. Das ist eine Beschäftigung für Studienräte oder für Leute, die Romantik für Politik halten.

Schon als ich in einer früheren Zeitungsnotiz davon las, daß Sie den Reichsgedanken beschworen haben,⁶ ist es mir etwas schwummerig geworden. Denn

¹ Hs. Vermerk: „Tagesdoppel“; Doppelt ms. unterstrichene Verfügung: „Nur Persönlich“; hs. Verfügung: „Durchdruck an Ernst Mayer, Reinhold Maier.“ Die Zusendung gemäß der Verfügung erfolgte am 26. 11. 1952 mit von Klaiber gez. und von Heuss diktiertem Anschreiben; N 1221, 307; Druck: TH. HEUSS, Lieber Dehler. S. 83–86.

² Vgl. den Briefwechsel in: TH. HEUSS, Lieber Dehler.

³ Auf dem FDP-Bundesparteitag in Bad Ems vom 20. bis 22. 11. 1952 hatten sich die Gegensätze zwischen dem nationalistischen und dem linksliberalen Flügel der Partei verschärft, als dort zwei gegensätzlich Programmentwürfe diskutiert wurden. Doch weder das völkisch deutsch-nationale „Deutsche Programm“ des nordrhein-westfälischen Landesverbandes noch das „Liberale Manifest“ der Hamburger FDP wurden auf dem Parteitag verabschiedet, um eine Spaltung der Partei zu verhindern. Die Vorstandswahlen, die Franz Blücher als Parteivorsitzenden bestätigten, stärkten hingegen den rechten Parteiflügel; vgl. J. M. GUTSCHER, Entwicklung, S. 134–149.

⁴ Stuttgarter Nachrichten, 24. 11. 1952.

⁵ Der von Friedrich Wilhelm Putzger seit 1878 herausgegebene „Historische Schulatlas“ bzw. „Weltatlas“; vgl. CH. DIPPER, Stadt.

⁶ In Dehlers Rede vor dem Parteitag in Bad Ems am 21. 11. 1952, in der es u. a. heißt: „Aber ich wage ein Wort, es gibt ein Wort, das für uns seelische Tiefen und seelische Werte hat, das Wort *Reich*.“ TH. HEUSS, Lieber Dehler, S. 86–95, hier S. 89.

das war die Formel, mit der so Mitte der zwanziger Jahre Herr Hilger⁷ und andere unfreiwillige Vorplänkler des Nationalsozialismus eine Ersatzideologie zu schaffen suchten. Ich hoffe, bei Ihnen nicht im Verdacht zu sein, von den geistigen und auch religiösen Inhalten der alten Reichsidee nichts zu wissen. Ich schmeichle mir sogar, über diese Dinge historisch manches ganz Selbständige gesagt zu haben.⁸ Aber das, worauf Sie jetzt einzugehen scheinen, ist, die Romantik als Erziehungselement der Parteipolitik zu empfehlen. Das dünkt mich etwas in der heutigen Situation schier Unerträgliches.

Wenn ich für unsere Generation oder unsere Richtung eine pädagogische Aufgabe sehe, so ist es die, den Menschen die Nüchternheit zur Pflicht zu machen. Das kann geschehen auch so, daß man die Seelen der Menschen erfaßt, wenigstens die der wertvollen. Freilich, wenn man nur das etwa ungewiß herumschweifende an⁹ Menschenmaterial ohne Bildung an sich heranziehen will, dann mag man mit solchen Pointen herumgehen, und das können Studienräte, das können Parteisekretäre mit Schwung tun. Das darf aber nicht ein Minister tun, der gleichzeitig, wenn auch nicht ressortmäßig, aber als Figur des Kabinetts, für eine Gesamtpolitik ein Stück Verantwortung trägt. Überlegen Sie sich bitte einmal, was ich Ihnen früher schon gesagt habe, daß Sie jetzt einfach nicht mehr das Recht haben, ich sage das Recht haben, Stimmungsreden zu halten, in denen Sie selber sich steigern, sondern daß Sie mit absolut staatlicher Verantwortung sprechen.

Ich empfinde es wirklich ganz schmerzhaft, daß Sie, den ich ja persönlich so sehr liebe und dessen Begabungen ich schätze, in dieser Art der Stimmungs politik jetzt vorgehen.

Für ebenso unmöglich halte ich es, daß Sie, der Sie Bundesjustizminister sind, mit einer gewissen verstimmtten Sorge über die zu erwartenden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts gesprochen haben.¹⁰ Daß die Sozialdemokraten

⁷ Vermutlich Friedrich Hielscher gemeint, der zu den Schülern von Heuss in der Deutschen Hochschule für Politik gehört und 1931 ein Buch über „Das Reich“ veröffentlicht hatte; FRIEDRICH HIELSCHER: Das Reich, Berlin 1931; vgl. den Hinweis in: TH. HEUSS, Lieber Dehler, S. 212, Anm. 4.

⁸ So z. B. in: TH. HEUSS, Staat und Volk, S. 103–114.

⁹ Hs. eingefügt: „an“.

¹⁰ Gemeint ist die Auseinandersetzung um einen deutschen Wehrbeitrag infolge des EVG-Vertrages vom Mai 1952; vgl. Nr. 87, Anm. 5. Die SPD bezweifelte, ob die deutsche Wiederbewaffnung mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Deshalb hatte sie am 31. 1. 1952 eine Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, um feststellen zu lassen, dass ein solches Gesetz einer verfassungsändernden Mehrheit im Bundestag bedürfe; abgedruckt in: KAMPF UM DEN WEHRBEITRAG, Halbbd. 1, S. 3–14. Da die Bundesregierung eine Niederlage in dieser Sache befürchtete, bat sie den Bundespräsidenten, ein Rechtsgutachten beim Bundesverfassungsgericht anzufordern, das die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes überprüfen solle, um damit eine parlamentarische Verabschiedung mit einfacher Mehrheit auch gegen die SPD zu ermöglichen. Heuss kam diesem Gesuch des Kabinetts am 10. 6. 1952 nach, um sich verfassungsrechtlich abzusichern, bevor das Vertragswerk durch seine Unterschrift in Kraft trete. Obwohl die Klage der SPD bereits Ende Juni zurück-

darauf anspringen würden,¹¹ ist ja weiter nicht erstaunlich, und wenn Sie ein gekränktes Gesicht dazu machen, so ändert das an dem Tatbestand nichts. Ich glaube, das ganz einfache Gefühl für menschliche Dinge sagt mir: Der Entscheidung, die Sie jetzt erwarten, konnten Sie keinen schlechteren Dienst tun als den, indem Sie auf einem Parteitag sozusagen ein politisches Urteil forderten, indem Sie die Gefahr eines politisierten Urteils an die Wand malten und über die ganze Sache die, wie Ihnen ja bekannt ist, offene Problematik der Rechtsinterpretation setzen. Ich selber möchte hoffen dürfen – ohne daß ich irgendwelche Einmischungen und dergleichen mir gestatten würde –, daß die Meinungsbildung der Richter im Bundesverfassungsgericht sich nicht gegen die politischen Notwendigkeiten, wie ich sie sehe, stellen wird. Aber daß der Bundesjustizminister sozusagen das Mißtrauen gegen das Bundesverfassungsgericht auf einer Parteitagung ausspricht, muß ja für die Richter selber etwas geradezu Verletzendes haben. Sie selber sprechen ja oft genug davon, und vermutlich mit guten Gründen: das und das sei ein schwebendes Verfahren. Sie selber aber haben offenbar in dieser Situation gar nicht das Gefühl gehabt, daß auch hier, wo es sich freilich nur um ein Gutachten handelt, ein Verfahren schwebt, das gerade von dem obersten Vertreter der Justiz nicht bezweifelt werden kann, denn in Ihrer Mahnung und Erwartung liegt ja ein Zweifel ausgesprochen. Ich kenne die Herren in Karlsruhe zu wenig, um zu wissen, wie weit sie gefühlsmäßig reagieren oder die sogenannten „kühlen“ Juristen sind. Ihre Rede konnte sie nur zur gefühlsmäßigen Reaktion reizen.

Ob Ihnen Reinhold Maier das Wort von der „schwäbischen Idylle“¹² übel genommen hat, weiß ich nicht, möchte es aber nicht recht glauben. Es war sicher rednerisch ganz nett und wirkungsvoll, aber, verzeihen Sie, mir etwas zu billig. Sie wissen ja selber, daß in dieser Idylle schier fleißiger und gewiß erfolgreicher gearbeitet wird als in einer ganzen Reihe anderer Länder. Was Reinhold Maier mir in seinen grundsätzlichen Erörterungen heute falsch zu machen scheint, ist

gewiesen worden war, verdichteten sich im Herbst die Anzeichen, das Gutachten des Bundesverfassungsgerichtes könne sich gegen die Regierungslinie aussprechen; vgl. A. BARING, Außenpolitik, S. 221–230. Dehler, ein Verfechter der Adenauerschen Westpolitik, griff daraufhin in seiner Rede auf dem Parteitag in Bad Ems am 21. 11. 1952 das Bundesverfassungsgericht an: „Sie wissen, die *Barriere des Bundesverfassungsgerichts* besteht auch für unsere Verträge. Ich möchte hoffen, daß sich dort der Geist des Sozialismus nicht auswirkt. Ich möchte hoffen, daß in dem höchsten deutschen Gericht keine politischen Willensentscheidungen, sondern Rechtsentscheidungen fallen.“ Wie Anm. 6, hier S. 90.

¹¹ Die SPD brachte am 25. 11. 1952 im Bundestag einen Missbilligungsantrag gegen Dehler ein; vgl. auch zur weiteren Auseinandersetzung Dehlers mit der SPD U. WENGST, Thomas Dehler, S. 209–213.

¹² Dehler hielt den baden-württembergischen Parteifreunden vor, aufgrund ihrer Koalition mit der SPD die außenpolitischen Ziele der Bundesrepublik zu vernachlässigen: „Von der *Stuttgarter Perspektive* mag es richtig sein, mit der Sozialdemokratie zu koalieren. [...] Aber, meine Damen und Herren, es geht nicht um die *schwäbische Idylle*! Es geht um das Schicksal unseres Staates!“ Wie Anm. 6, hier S. 91.

dies, daß er zu oft geneigt ist, Arbeiterschaft und Sozialdemokratie gleichzusetzen. Nach meinem Gefühl stellt sich der soziologische Duktus dieser Gegenwart wesentlich anders dar. In der Arbeiterschaft selber ist längst im Gange das, was ich schon vor Jahren einmal den „Verbürgerlichungsprozeß“ genannt habe.¹³ Das alte Schema reicht nicht mehr aus. Maier weiß es vielleicht selber und benutzt die alten Thesen aus einem innerstaatlichen, taktischen Bedürfnis.¹⁴ Aber das, was Sie über Sozialismus dann gesagt haben,¹⁵ scheint mir etwas „mit dem Hammer philosophiert“¹⁶ zu sein. Ich bin sicher keinen Augenblick in Verdacht, daß ich nun mit dieser Bemerkung etwas für „den Sozialismus“ sagen wolle, den ich, soweit er von Marx kommt, absolut für eine gedankliche Fehlkonstruktion ab ovo¹⁷ halte. Aber Ihre Polemik wird ja schier ein Amoklaufen und sieht darüber hinweg, daß es die staatspolitische Aufgabe ist, nun das, was innerhalb der Sozialdemokratie staatstragend geworden ist, nicht einfach mit der Denkweise des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie¹⁸ anzugehen. Sie machen sich dabei vor Männern wie Kaisen und Brauer und Reuter doch fast lächerlich, die ja immerhin eine spezifische staatliche Leistung zum Teil unter guten, zum Teil unter sehr tragischen Voraussetzungen hinter sich gebracht haben. Gehen Sie doch einmal nach Bremen und spüren Sie dort, wie die Figur von Kaisen¹⁹ von der Stadt selber mit getragen wird. Das ist meine Sorge, die ich dem Parteitag gegenüber überhaupt, soweit man das von der Zeitung her sehen konnte, habe, daß wesentlich nur parteitaktisch geredet wurde und nicht eigentlich staatlich, was gerade von Ihnen, der Sie mit an *der* Führung dieses Staates stehen, erwartet

¹³ So Anfang Januar 1950: „Vielmehr glaube ich an die Verbreiterung des Bürgertums in die Arbeiterschaft.“ Die Neue Zeitung, 18. 1. 1950; vgl. auch Nr. 165.

¹⁴ Damit bezieht sich Heuss auf die Koalition in Baden-Württemberg, die FDP und SPD eingegangen waren; vgl. Nr. 118, Nr. 123, Nr. 124.

¹⁵ Dehler am 21. 11. 1952: „Daran erkennen wir die Gefahr, die hinter dem Sozialismus und hinter der Politik der Gewerkschaften für unsere junge Demokratie steht. Sie halten doch in Wirklichkeit einen großen Teil der deutschen Menschen vom Staat ab. Die Menschen bekommen keine unmittelbare Beziehung zum Staat, sondern werden als Klasse fixiert und festgehalten.“ Wie Anm. 6, hier S. 93.

¹⁶ Anspielung auf das 1889 erschienene Werk von Friedrich Nietzsche „Götzen-Dämmerung oder Wie man mit dem Hammer philosophiert“, mit dem er seine Philosophie der Umwertung aller Werte weiter radikalisierte.

¹⁷ Lateinisch für „von Beginn an“.

¹⁸ Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie wurde 1904 als Reaktion auf den Erfolg der SPD bei den Reichstagswahlen 1903 und auf den fünf Monate dauernden Streik der Textilarbeiter um die Jahreswende 1903/04 gegründet, um der Sozialdemokratie eine straffe vaterländische Organisation außerhalb des Parlaments entgegenzustellen und weitere Wahlerfolge zu verhindern. Der regional organisierte Reichsverband entwickelte bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges eine rege Propagandatätigkeit und versorgte bürgerliche Zeitungen mit Artikeln. Noch vor Kriegsbeginn in einen Skandal verwickelt, war der Verband durch den „Burgfrieden“ von 1914 in seiner Wirksamkeit erheblich eingeschränkt. Mit der Revolution 1918 verschwand der Reichsverband; vgl. A. GRIESSMER, Massenverbände, S. 69–88, 140–198.

¹⁹ Wilhelm Kaisen (SPD) war Bürgermeister von Bremen; vgl. Nr. 143.

werden durfte. (Über das Blüchersche Referat waren die Berichte, die in meine Hand kamen, nicht präzise genug, so daß ich erst später seinen Gedankengang wirklich werde sehen können; aber es schien mir im ganzen eine kluge und sehr überlegte Rede zu sein.) Aus den Sachen, die in den Zeitungen über die Diskussion standen, schien mir fast nur das, was Mende Ihnen gegenüber sagte,²⁰ in den Bereich der eigentlich staatlichen Verantwortung hinüberzuspringen, und ich bin froh, daß das zum Ausdruck gekommen ist.

Als ich unserem verstorbenen Freund Eberhard Wildermuth²¹ einmal die Vorhaltung machte, er möge in den später Abendstunden nicht zu sehr als miles gloriosus²² auftreten, war er durch dieses Wort sehr betroffen und auch betreten. Aber ich habe ihm klarzumachen verstanden, daß er, seit er Minister geworden ist, nun eben unter einer Pflicht anderer Art stehe. Er hat, wie ich spüren durfte, dieses offene Freundschaftswort gar nicht übelgenommen, sondern hat es beherzigt. Es sind jetzt wohl bald drei Jahre her, da ich auch Ihnen einmal in alter Freundschaft sagte, daß die Ministerfunktion Sie zu einer stärkeren Überlegung dessen, was Sie sagen, zwingen solle, daß es sogar gar keine Schande sei – trotz Ihrer Redebegabung oder wegen Ihrer Redebegabung –, bestimmte Formeln sich vorher genau aufzuschreiben. – Ich habe in der Zwischenzeit die Erfahrung machen müssen, daß das eine unnütze Rede gewesen ist. Das eben ist es, was mich traurig macht.

Ich kann über Ems in seiner Gesamtwirkung noch nichts Rechtes sagen. Ich habe nur von einem journalistischen Teilnehmer einen atmosphärischen Bericht bekommen, der die Offenheit der Aussprache und auch ihr Niveau gelobt hat. Deshalb lasse ich Urteile über dies oder dies, was sich den Zeitungsberichten in meinem Bewußtsein anhängt, jetzt weg. Aber Sie dürfen überzeugt sein, daß mich diese Dinge nicht wegen der Partei, sondern wegen der politischen Gesamtsituation, in der wir uns befinden, stark bewegen, und ich mußte mich um dieser Dinge willen Ihnen gegenüber einmal deutlich ausgesprochen haben.²³

In großer Liebe und in noch größerer Sorge für Sie und Ihre Wirkung in das deutsche Schicksal

Ihr

Th. Heuss

²⁰ Mende hatte sich in seinem Redebeitrag vom 21. 11. 1952 von Dehlers Angriffen gegen die Sozialdemokratie distanziert und betont, dass in Fragen der nationalen Sicherheitspolitik die Parteipolitik keine Rolle spielen dürfe, sondern alle „staatstragenden politischen Kräfte“ einschließlich der SPD eingebunden werden müssten; Protokoll des Bundesparteitages der FDP vom 20. bis 22. 11. 1952 in Bad Ems, in: AdL, AI-31.

²¹ Wildermuth, Wohnungsbauminister im Kabinett Adenauer, war am 9. 3. 1952 gestorben.

²² Prahlische Soldatenfigur (Bramarbas) der Komödie bei Plautus; Wiederkehr in der comedia dell'arte; vgl. dazu auch die Erinnerungen bei E. MENDE, Freiheit, S. 189f.

²³ Nachdem Heuss die Rede Dehlers vor dem FDP-Parteitag in Bad Ems erhalten hatte, bekräftigte er in einem weiteren Schreiben seine Kritik an den Äußerungen Dehlers, vor allem über die Gewerkschaften; Heuss an Dehler, 28. 11. 1952, in: N 1221, 307; abgedruckt in: TH. HEUSS, Lieber Dehler, S. 95f.

Nr. 142

An Dr. Heinrich Krone, Mitglied des Deutschen Bundestages, Bonn
27. November 1952

BArch, B 122, 2238: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Beflaggung an öffentlichen Feiertagen

Sehr geehrter, lieber Dr. Krone!

Freundlichen Dank für Ihren Brief.² Was Sie darin ausführen, ist nur zu berechtigt. Mich selber hat diese Frage vor allem im Zusammenhang auch mit anderen öffentlichen Festtagen schon sehr beschäftigt, wie weit die Parteien-Organisationen auf ihre Mitglieder einwirken können und wollen, die Bundesfarben auch an den Privathäusern zu zeigen. Ich will mir daher durch den Kopf gehen lassen, in welcher Weise Ihre Anregung verwirklicht werden kann. Ein solches Gespräch nur darauf abzustellen, könnte leicht den Eindruck der Verlegenheit und Enttäuschung machen. Ich will darüber auch einmal mit Herrn Staatssekretär Lenz, der für solche Dinge eine unmittelbare Empfindung hat, Fühlung nehmen.³

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

¹ Az. I/18/04; Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; doppelt unterstrichener Wiedervorlagevermerk für den 15. 1. 1953 mit mehreren Paraphen von Klaiber; weiterer Nachweis: N 1221, 307: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Krone hatte in einem an Heuss persönlich adressierten Schreiben vom 22. 11. 1952 unter dem Eindruck des Volkstrauertags gebeten, der Bundespräsident möge dafür eintreten, dass an öffentlichen Feiertagen eine allgemeine Beflaggung, d. h. nicht nur der „staatlichen Gebäude“ eingeführt und dass von Heuss darüber mit den „großen Volksorganisationen“ gesprochen werde. „Es ist traurig, wie wenig unser Volk auch an einem solchen, so gut wie alle Menschen angehenden Trauertag nach außen hin Anteil nimmt“; N 1221, 307.

³ Eine Kopie des Schreibens ging am 27. 11. 1952 an Lenz; N 1221, 307. Eine Reaktion Krones ließ sich nicht ermitteln.

Nr. 143

An Wilhelm Kaisen, Präsident des Senats und Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen, Bremen

3. Dezember 1952

BArch, B 122, 2083: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Veröffentlichung der Rede zur Einweihung des Mahnmals in Bergen-Belsen

Sehr geehrter, lieber Herr Kaisen!

Wollen Sie es bitte im rechten Sinn aufnehmen, wenn ich Ihnen sage, daß ich mich über die Unmittelbarkeit Ihres Zurufs² herzlich gefreut habe. Ich hoffe, Sie haben schon gespürt, daß Sie zu den Menschen gehören, auf deren Urteil ich einen größeren Wert lege als auf das Zahlloser, die glauben, mir näher zu stehen.

Die Rede, die ich in Bergen-Belsen gehalten habe,³ war ja natürlich von mir als eine politische Handlung gesehen und zugesagt und in ihrem Duktus vorbereitet. Sie war nicht vorher völlig aufgeschrieben, aber doch gut durchkomponiert, daß von hier aus der Presse die Anlage der Rede mitgeteilt war. Freilich nun auch so, daß der Bearbeiter nicht jede Pointe in ihrer Tragweite begriffen hatte, und die Presse hat dann noch das ihrige drin herumgestrichen. Sie war selber wohl zu bequem, um Leute von irgendwelchem Rang zu dieser Veranstaltung zu senden.

In dem heutigen Bulletin ist die Rede ja nun erschienen,⁴ wenn auch freilich mit einem ungeschickten Druckfehler. Aber es ist natürlich auch klar, daß dieses Bulletin nicht viele Menschen erreicht. Nun hatten wir, was uns selber betrifft, ja bereits auf dem Weg von Belsen bis Hannover im Zug das Stenogramm durchkorrigiert, und, in Bonn angekommen, kam ein druckfertiges Stück an die jüdische Wochenzeitung.⁵ Daß auch das für die Publizität nicht ausreicht, ist ja klar.

¹ Az. I/16/12-Bels.-; Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 307: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Kaisen hatte Heuss zu dessen Rede in Bergen-Belsen am 1. 12. 1952 geschrieben: „Es drängt mich, Ihnen mitzuteilen, daß Ungewöhnliches von dieser Rede ausging; sie fesselte mich nicht nur vom Anfang bis zum Schluß, sondern sie überzeugte auch in ihren mutigen Definitionen über die Möglichkeiten, es besser zu machen.“ Kaisen regte eine Veröffentlichung der Rede an; B 122, 2083.

³ Heuss sprach am 30. 11. 1952 zur Einweihung des Mahnmals im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen; publiziert unter dem Titel „Das Mahnmal“ in: TH. HEUSS, Reden. Staatsmann, S. 224–230; DERS., Würdigungen, S. 400–407; DERS., Politiker, S. 407–412; über die Initiative für die Gedenkfeier, die Einladung an Heuss, die Umstände der Feierlichkeiten sowie die Einschätzung der Rede von Heuss vgl. U. BAUMGÄRTNER, Reden, S. 232–259; vgl. auch Nr. 169.

⁴ Bulletin, Nr. 189, 2. 12. 1952, S. 1655f.

⁵ Abgedruckt unter dem Titel „... um Deinetwegen, um unser aller willen!“ in: Allgemeine Wochenzeitung der Juden 7, Nr. 35, 5. 12. 1952.

Es war in dem Sinn ganz gut, daß Adenauer seinen Mitarbeiter, Herrn Ministerialdirektor Blankenhorn, mit nach Bergen-Belsen gesandt hatte. (Vom Bundeskabinett selber war niemand anwesend.) Blankenhorn, der die politische Bedeutung der Rede sofort und in vollem Umfang begriff, hat, wie ich heute erfahren habe, veranlaßt, daß die Rede als Sonderdruck noch erscheinen soll und auch in französischer und englischer Sprache, um an die Missionen draußen gegeben zu werden.⁶

Außerdem hat die Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Düsseldorf die Absicht, meine Rede gemeinsam mit der von Nachum Goldmann⁷ als Broschüre herauszugeben.⁸ Ich kann nicht ganz übersehen, wie weit von dort aus die Verbreitungsmöglichkeiten sind.

Mit der Presse ist es ja natürlich immer so: Sonntage sind für Kundgebungen pressetechnisch die dümmsten Termine, aus dem ganz einfachen Grunde, weil am Montag sich die Bevölkerung dafür interessieren soll, muß oder vielleicht auch interessiert, ob der Fußballclub in Köln an der Spitze bleibt oder ob sich in einer anderen Liga Frankfurt an die Spitze arbeitet und Stuttgart absinkt. Das ist eine alte, nicht gerade sehr begeisternde Erfahrung von uns. Dazu ist bei dieser Gelegenheit ja auch noch die Wahl im Saargebiet hinzugekommen.⁹ Es wäre – da stimme ich mit Ihnen vollständig überein – in manchen Stücken sinnvoll gewesen, die Veranstaltung in Belsen, auch in dem, was Nachum Goldmann gesagt hat, deutlicher ins Bewußtsein der Menschen zu bringen. Aber meine Resignation in diesen Dingen ist ziemlich stark. Wir wollen noch den Versuch machen, daß die Neue Zeitung, die die einzige ist, die meine Reden nun wirklich anständig zu reproduzieren pflegt, für die Sache noch einmal gewonnen werden kann.¹⁰ Sonst ist man ja der Presse gegenüber verhältnismäßig machtlos, so angenehm meine persönlichen Beziehungen, da ich selber alter Journalist bin,¹¹ zu manchen ihrer Vertreter sind. Ob sie Sorge haben, die Judenfrage stärker im Bewußtsein ihrer „Abonnenten“ zu halten, vermag ich nicht zu beurteilen.

⁶ Der deutsche Sonderdruck unter dem Titel „Das Mahnmal. Ansprache des Bundespräsidenten Professor Dr. Theodor Heuss zur Weihe des Gedenksteines auf dem Boden des ehemaligen Konzentrationslagers bei Bergen-Belsen 30. November 1952“. Eine englische Übersetzung unter dem Titel „The Memorial“ erschien 1952. Eine französische Übersetzung ließ sich nicht ermitteln.

⁷ Nachum Goldmann, Präsident des Jüdischen Weltkongresses und mit Heuss schon aus dessen Zeit als Redakteur der „Neckar-Zeitung“ bekannt, sprach in Bergen-Belsen unmittelbar vor dem Bundespräsidenten; vgl. U. BAUMGÄRTNER, Reden, S. 236–239.

⁸ Ließ sich nicht ermitteln.

⁹ Im Saarland hatten am 30. 11. 1952 Landtagswahlen stattgefunden, bei denen die künftigen Beziehungen zu Frankreich im Vordergrund standen.

¹⁰ In einem von Raederscheidt gez. und von Heuss diktierten Schreiben vom 4. 12. 1952 an die Chefredaktion der „Neuen Zeitung“ in Frankfurt a. M. wurde mitgeteilt, dass von Radiohörern der Heuss-Rede in Bergen-Belsen die Presseberichterstattung kritisiert worden sei, die auch Missverständnisse ausgelöst habe. Der „Neuen Zeitung“ wurde ein Stenogramm der Rede übermittelt, damit „dem deutschen Leser die Rede im ganzen Umfang“ mitgeteilt werde; N 1221, 307.

¹¹ Vgl. Nr. 66, Anm. 4.

Die gegenwärtige Situation ist, wie Sie sich denken können, für mich besonders sorgenvoll.¹² Ich würde mich sehr, sehr freuen, wenn ich mich einmal bei einer Anwesenheit von Ihnen in Bonn über einige der drängenden Probleme mit Ihnen aussprechen könnte.

Mit freundlichen Grüßen, auch an Ihre Gattin,
wie immer Ihr

Th. Heuss

Nr. 144

An Prof. Dr. Ludwig Curtius, Rom

9. Dezember 1952

BArch, N 1221, 307: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“

Verleihung des Großkreuzes des Bundesverdienstordens und Aufnahme in den Orden Pour le mérite; Einschätzung Otto von Bismarcks; politische Haltung des deutschen Bürgertums; derzeitige Regierungspolitik und Presse

Lieber Professor Curtius!

Für Ihren Brief¹ freundlichen Dank. Sie sollen nicht meinen, daß ich nun wegen des Großkreuzes auf Dank gewartet habe.² Es war für mich eine Freude, daß ich nun in der Erinnerung an unsere Begegnung im Herbst 1902,³ die jetzt eben ein halbes Jahrhundert zurückliegt, in diese liebenswürdige Situation des Grußes und des Dankes gekommen bin. Ich habe mich noch mehr gefreut, daß, nachdem ich den Pour le mérite der Friedensklasse vor dem Sterben gerettet habe,⁴ die Sitzung, die vor einiger Zeit bei mir stattgefunden hat,⁵ Sie auch in den Kreis dieser, wie mir scheint, schönsten Ordensgründung der deutschen Ordensgeschichte eingeschlos-

¹² Hinweis auf das Gutachterverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht bezüglich der Verfassungsgemäßheit des EVG-Vertrages; vgl. Nr. 141, Anm. 10, Nr. 146–Nr. 148.

¹ Ließ sich nicht ermitteln.

² Curtius hatte das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband erhalten.

³ Heuss hatte den Archäologen Curtius 1902 im Münchener Naumann-Kreis kennengelernt; vgl. TH. HEUSS, Vorspiele, S. 221; vgl. zur Wertschätzung Curtius' auch Heuss an Curtius, 23. 12. 1951, in: N 1221, 300.

⁴ Vgl. Nr. 49, Nr. 129, Nr. 129a.

⁵ Die Sitzung des Ordenskapitels hatte am 15. 10. 1952 stattgefunden. Darüber teilte Heuss seinem Sohn mit: „Der Pour le mérite-Tag ist nicht nur glatt verlaufen – mit den Wahlen bin ich nicht in allen Stücken einverstanden. Aber die Diskussion wurde nur von den Spezialisten geführt, auf die man sich verlassen hat“; Heuss an Ernst Ludwig Heuss, 15. 10. 1952, in: FA Heuss, Basel.

sen hat. Interessant war mir, daß Sie bei meinem Bismarck-Aufsatz⁶ ein leises Ressentiment gespürt haben. Auf diese Idee wäre ich selber nie gekommen. Ich stamme zwar aus einer völlig antibismärckischen Familie, also schwäbisches Demokratentum mit behüteter 48er Tradition. Aber immerhin war ich der Sohn eines intelligenten Vaters, dem alles Subalterne fremd war, und habe mir den Bismarck auf eigene Weise erobert und niemals im Leben ein Ressentiment gegen ihn gehabt, sondern ich habe ihn hier bewundert und dort abgelehnt, und zwar rein aus der Bewertung dessen, was ich nicht aus einer Rückkonstruktion in das Ehedem für gerechtfertigt hielt, und weil ich glaube, daß er bestimmte Tatbestände, die zeitgeschichtlich unterwegs waren, nicht fühlen konnte. Etwa seine Einschätzung der Situation der katholischen Kirche ist von mir niemals bewundert worden, und ich habe ihn eigentlich auf diesem Gebiet gar nicht für einen Realisten gehalten, sondern für einen weitgehend begrenzten märkischen Protestanten.

Die These, die Sie vertreten, daß ein liberales Bürgertum nach 1848 nicht vorhanden gewesen ist, halte ich nicht für richtig. Aber freilich ist das ja keine Sache, über die man, wenn man so vielbeschäftigt ist, große Briefe schreibt. Ich habe bisher immer gemeint, daß Bismarck mit diesem liberalen Bürgertum das Reich gestaltet hat und nicht mit seiner konservativen Tradition. Gewiß, dieses Bürgertum ist an ihm auch im Jahr 67 zerbrochen.⁷ Aber immerhin, es hat die Reichsgesetzgebung bis zum Jahre 1877 getragen im Essentiellen, und die Schwierigkeiten, die er hatte, hat er von der anderen Seite bekommen. Die Trennung, die ja dann meinethalben in der Verursachung verschieden gesehen werden kann, ist nicht wegen des Nicht-Vorhandenseins dieser Schicht erfolgt, sondern weil bestimmte liberale Thesen in der Auseinandersetzung mit der Schutzzoll-Politik gekommen sind.⁸ Und hier ist ja nun ein sehr kompliziertes Problem, in die Geschichte Urteile hereinzuschleifen, da wir nicht wissen, wie die Geschichte ohne den Schutzzoll gegangen wäre. Aber das ist ja ein weites Feld, und dieses wollen wir vielleicht einmal im Gespräch beackern, aber nicht jetzt im Brief vertiefen.

⁶ Vgl. Nr. 70, Nr. 78.

⁷ 1867 nahm das preußische Abgeordnetenhaus unter dem Eindruck des preußischen Sieges gegen die österreichischen Truppen bei Königgrätz die sogenannte Indemnitätsvorlage mit großer Mehrheit an, mit der die Regierung unter Bismarck staatsrechtlich für die jahrelange Nichtbeachtung des parlamentarischen Budgetrechtes bei der Durchführung der Heeresreform entlastet wurde. In Folge dieser Abstimmung spalteten sich die liberalen Befürworter der Vorlage von der Deutschen Fortschrittspartei ab und gründeten 1867 die Nationalliberale Partei, die über zehn Jahre Bismarcks Politik unterstützte; vgl. TH. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2, S. 314–317.

⁸ Um der seit 1873 anhaltenden Wirtschaftskrise („Gründerkrach“) zu begegnen, schwenkte die Reichsregierung 1878 auf die Forderungen mächtiger Interessenverbände um und leitete eine Politik der Schutzzölle vor allem auf Eisen und Getreide ein, um die Inlandspreise dieser Waren zu stützen. Damit war die sogenannte „liberale Ära“ beendet und der Bruch Bismarcks mit den Liberalen vollzogen; vgl. ebd., S. 382–395.

Natürlich haben mich Ihre Bemerkungen über das Außen- und Innen-Gesicht der gegenwärtigen Regierungspolitik bewegt. Die Situation ist gewiß die, daß eine entsprechende führende Zeitung heute noch nicht vorhanden ist und daß in die Zeitungen in der Zeit ihrer Lizenzierung ja diese höchst eigentümliche Konstruktion hereingelegt wurde, daß man, zumal in der amerikanischen Zone, immer Leute verschiedener Parteien in sie gesteckt hat. Ich selber war einmal mit einem Kommunisten und einem Sozialdemokraten „Lizenzträger“ einer Zeitung, bis ich mich im Jahre 1949 davon getrennt habe.⁹ Das macht die Situation so unsicher. Eigentlich ist es nur die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die sich jetzt über den bezirklichen Charakter gehoben hat und jetzt bereit ist, der Regierungspolitik in einer verständigen Form relativ zuverlässige Hilfe zu geben. Ihr Vorschlag, mit der rheinisch-westfälischen Industrie eine entsprechende Zeitung zu machen, ist, glaube ich, ein bißchen aus der Ferne gedacht. Ich kenne mich zwar noch nicht vollkommen in diesen Kreisen aus, aber bin sehr ungewiß, ob die doch immerhin sehr notwendige staatspolitische Aufgabe, dort mit den Gewerkschaften in einem verständigen Verhältnis zu bleiben, dann auf die Dauer gut gehen würde. Ich kenne zwar sehr verständige Einzelindustrielle, aber bin unsicher, ob das machtpolitische Element, das sich in den Büros der Verbände meldet, in eine solche Sache mit hereingebracht werden kann. Es ist im Bundespresseamt oder im Bundeskanzleramt ja jetzt so etwas versucht worden wie die ehemalige Zentrale für Heimatdienst.¹⁰ Man darf nur nicht ganz übersehen, daß die Zeit der Goebbels-Propaganda vorbei ist, die den Dirigismus der öffentlichen Meinung in der traditionellen publizistischen Form für eine bestimmte Generation sehr fragwürdig gemacht hat.

Wenn Sie wieder einmal nach Deutschland kommen, wollen Sie bitte, wenn es sich machen läßt, an Bonn nicht vorbeigehen.

Mit guten Grüßen
wie immer Ihr

Th. Heuss

⁹ Vgl. Nr. 67, Anm. 8.

¹⁰ Gemeint ist die Bundeszentrale für politische Bildung, die bei ihrer Gründung am 25. 11. 1952 noch Bundeszentrale für Heimatdienst hieß und dem Bundesinnenministerium nachgeordnet war. Ihre Vorläufereinrichtung war die 1918 gegründete Reichszentrale für Heimatdienst; vgl. zur Gründung der Bundeszentrale B. WIDMAIER, Bundeszentrale, S. 27–41.

Nr. 145

An Dr. Karl Löwenstein, München-Obermenzing

9. Dezember 1952

BArch, B 122, 2083: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk), von Bott paraphiert und ms. gez.¹

Zurückweisen von Kritik an der Gedenkrede von Theodor Heuss in Bergen-Belsen

Sehr geehrter Herr Löwenstein!

Der Herr Bundespräsident läßt Ihnen Ihren Brief² bestätigen, rechnet aber zugleich mit Ihrer Nachsicht, wenn er bei einem täglichen Posteingang von ein paar hundert Briefen nicht persönlich antworten kann.

Eigentlich hätte sich Ihr ganzer Brief von selber erledigt, wenn Sie die Rede des Bundespräsidenten³ nun nicht nach irgendwelchen Zeitungsmeldungen unter Ihre Lupe genommen hätten, sondern sie entweder gehört oder gewartet hätten, bis eine Darstellung im ganzen erfolgte. Wenn Sie mitteilen, daß sie niemanden getroffen haben, der vor Frühjahr 1945 etwas von Auschwitz oder Bergen-Belsen gewußt habe, so hätten Sie erfahren können, daß der Herr Bundespräsident selber das in seiner Rede in Bergen von sich selber mitgeteilt hat.⁴ Freilich ist es nun so, daß die Berufung auf Herrn Kaltenbrunner⁵ etwas Fatales hat, denn daß Juden

¹ Az. Nr. I/16/12; Absendestempel mit Paraphe vom 10. 12. 1952; weiterer Nachweis: N 1221, 307: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Löwenstein an Heuss, 5. 12. 1952, in: B 122, 2083. Löwenstein warf Heuss vor, dass er mit dem Eingeständnis, von den NS-Verbrechen gewusst zu haben, die Kollektivschuld-These der Alliierten bestätigt habe. Der Schriftwechsel zur Rede in Bergen-Belsen weitgehend in: ebd.; vgl. auch Heuss an Ernst Rupp, 5. 12. 1952, in: N 1221, 307; Heuss an Carl Speidel, 9. 12. 1952; TH. HEUSS, Hochverehrter Herr Bundespräsident, S. 220–222.

³ Zur Rede von Heuss im ehemaligen KZ Bergen-Belsen am 30. 11. 1952 und zur Publikation unter dem Titel „Das Mahnmal“ vgl. Nr. 143.

⁴ Heuss hatte der Ausarbeitung seiner Rede zufolge in Bergen-Belsen erklärt: „Ich habe das Wort Belsen zum erstenmal im Frühjahr 1945 aus dem britischen Rundfunk gehört und ich weiß, daß es vielen in diesem Land ähnlich gegangen ist. Wir wußten – oder doch ich wußte – Dachau, Buchenwald bei Weimar, Oranienburg, Ortsnamen bisher heiterer Erinnerungen, über die jetzt eine schmutzige Farbe geschmiert war. Dort waren Freunde, dort waren Verwandte gewesen, hatten davon erzählt. Dann lernte man früh das Wort Theresienstadt, das am Anfang sozusagen zur Besichtigung durch die Neutralen präpariert war, und Ravensbrück. An einem bösen Tag hörte ich den Namen Mauthausen, wo sie meinen alten Freund Otto Hirsch ‚liquidiert‘ hatten, den edlen und bedeutenden Leiter der Reichsvereinigung deutscher Juden. Ich hörte das Wort aus dem Mund seiner Gattin, die ich zu stützen und zu beraten suchte. Belsen fehlte in diesem meinem Katalog des Schreckens und der Scham, auch Auschwitz“; TH. HEUSS, Politiker, S. 407f.

⁵ Löwenstein berief sich in seinem Schreiben auf Ernst Kaltenbrunner, Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes sowie Leiter des Reichssicherheitshauptamtes, der vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg ausgesagt habe, dass nur 11.000 Mitwisser der Massenvernichtung existierten und ein Großteil von diesen nicht deutscher Herkunft gewesen sei; wie Anm. 2. Kaltenbrunner war einer der Hauptverantwortlichen für den Mord an den europäischen

vernichtet und Kranke gemordet wurden, das haben schließlich nur die Leute nicht gewußt, die sich in diesen bösen Jahren eine Idylle glaubten gestatten zu können. Die Behauptung, daß dem Ausland gegenüber die Rede des Herrn Bundespräsidenten eine Stärkung der sogenannten Kollektivschuld-Anklage bringen könne, kann nur von jemandem erhoben werden, der nicht weiß, daß der Bundespräsident selber vor über drei Jahren mit eindeutiger Schroffheit sich gegen die Kollektivschuld-These gerade im Zusammenhang mit einer Rede über die christlich-jüdischen Dinge geäußert hat.⁶ Im Ausland weiß man das offenbar besser als in manchen Kreisen, wie es scheint, in Deutschland.

Der Herr Bundespräsident hat Ihren Rat, ein Urteil über eine mögliche Schuld des eigenen Volkes einer höheren transzendenten Instanz zu überlassen, gelesen. Er selber hat gar nicht die Absicht, Gott seine Entscheidungen abzunehmen, aber er hält es auch nicht für seine Pflicht, den Deutschen das sich in das Vergessenwollen und Nichtgewußthaben flüchten zu können allzu leicht zu machen. Das würde ihm gegen seine Pflicht erscheinen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Hans Bott
Persönlicher Referent des Bundespräsidenten

Nr. 146

An den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Karlsruhe

9. Dezember 1952

Bundesverfassungsgericht, Verfahren 1 PBvV 1/52: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung, ohne Anrede¹; Kopfbogen: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“²

Rücknahme des Gutachtensuchens zum EVG-Vertrag beim Bundesverfassungsgericht

betr. das von mir erbetene Rechtsgutachten über die Verfassungsgemäßheit des EVG-Vertrags sowie des Deutschland-Vertrags einschließlich seiner Zusatzverträge

Juden und hatte in Nürnberg 1945/46 jegliche Kenntnis von derartigen Verbrechen bestritten; vgl. P. BLACK, Ernst Kaltenbrunner, S. 288–302.

⁶ So in Heuss' Rede „Mut zur Liebe“ vor der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Wiesbaden am 7. 12. 1949; abgedruckt in: TH. HEUSS, Politiker, S. 381–386; vgl. dazu U. BAUMGÄRTNER, Reden, S. 185–209; Nr. 11–Nr. 14.

¹ Präsident des Bundesverfassungsgerichts war Hermann Höpker Aschoff.

² Hs. Eingangsvermerk vom 10. 12. 1952, 12.00 Uhr, mit Zeichnung von <Willms>; Druck: KAMPF UM DEN WEHRBEITRAG, Halbbd. 2, S. 811.

Nachdem ich von dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 8. Dezember 1952 Kenntnis erhalten habe, wonach das von mir erbetene Rechtsgutachten sowie alle anderen Gutachten des Plenums beide Senate in ihrer Rechtsentscheidung binden, habe ich mich entschlossen, mein Gesuch um ein Rechtsgutachten³ zurückzuziehen, da mir⁴ der Charakter eines Gutachtens schlechthin und in seinem grundsätzlichen Wesen durch diesen Beschluß des Bundesverfassungsgerichts aufgehoben zu sein scheint.⁵

Theodor Heuss

³ Vgl. zum Gutachtensuchen des Bundespräsidenten vom 10. 6. 1952 Nr. 141, Anm. 10. Es lautete: „Steht der Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Widerspruch zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, soweit durch ihn auf Grund des Artikels 24 des Grundgesetzes die zwischenstaatliche Einrichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft berechtigt wird, europäische Wehrhoheit unter Zugrundelegung der Wehrpflicht der Staatsbürger der Mitgliedsstaaten auszuüben?“; abgedruckt in: KAMPF UM DEN WEHRBEITRAG, Halbbd. 2, S. 2; A. BARING, Außenpolitik, S. 224.

⁴ In der Vorlage hs. korrigiert aus „ihm“.

⁵ Die Auseinandersetzungen um einen deutschen Wehrbeitrag im Rahmen des EVG-Vertrages (vgl. Nr. 87, Anm. 5, Nr. 141, Anm. 10) hatten Anfang Dezember 1952 einen Höhepunkt erreicht. Weil die Bundesregierung ein für sie negatives Gutachten vom Bundesverfassungsgericht erwartete, reichten die Regierungsfractionen am 6. 12. eine Feststellungsklage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die SPD-Fraktion ein, da diese mit ihrer Forderung, der EVG-Vertrag bedürfe einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit im Parlament, die verfassungsmäßigen Rechte des Bundestages beeinträchtige, das Vertragswerk mit der Mehrheit der Regierungsparteien zu verabschieden. Das Bundesverfassungsgericht hingegen beschloss am 8. 12., nicht diese Klage der Koalition, sondern zunächst das Gutachtensuchen von Heuss zu behandeln und diesem Gutachten einen rechtsverbindlichen Charakter für die künftigen Entscheidungen beider Senate in dieser Sache zukommen zu lassen. Damit hatte das Gutachten seinen von Heuss und der Regierung intendierten beratenden Charakter verloren und gefährdete die parlamentarische Verabschiedung des EVG-Vertrages. Weil sich weder Regierung noch Bundespräsident in einem solchen Sinne durch die Bundesverfassungsrichter binden lassen wollten, zog Heuss, von Adenauer gedrängt, sein Gutachtensuchen mit dem oben abgedrucktem Schreiben vom 9. 12. 1952 zurück. In der Öffentlichkeit entstand freilich der Eindruck, der Bundespräsident habe sich parteiisch zugunsten der Regierungspolitik verhalten; vgl. E. W. BECKER, Theodor Heuss, S. 151–154; A. BARING, Außenpolitik, S. 230–246; die Klage der Koalition vom 6. 12. 1952 und der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 8. 12. 1952 in: KAMPF UM DEN WEHRBEITRAG, Halbbd. 2, S. 812–822, Halbbd. 3, S. 1–9; weitere Materialien in: B 122, 47671.

DER PRÄSIDENT
DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

RONN, den 9. Dezember 1952

An
den Herrn Präsidenten des
Bundesverfassungsgerichts

K a r l s r u h e

betr. das von mir erbetene Rechts-
gutachten über die Verfassungs-
mässigkeit des EVG-Vertrags sowie
des Deutschland-Vertrags ein-
schliesslich seiner Zusatzverträge.

Nachdem ich von dem Beschluss des Bundesverfassungs-
gerichts vom 8. Dezember 1952 Kenntnis erhalten habe,
wonach das von mir erbetene Rechtsgutachten sowie
alle anderen Gutachten des Plenums beide Senate in
ihrer Rechtsentscheidung binden, habe ich mich ent-
schlossen, mein Gesuch um ein Rechtsgutachten zurück-
zuziehen, da ^{mir} ~~ihm~~ der Charakter eines Gutachtens
schlechthin und in seinem grundsätzlichen Wesen
durch diesen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts
aufgehoben zu sein scheint.



Abb. 20: Theodor Heuss an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, 9. 12. 1952

Nr. 147

An Ernst Mayer, Mitglied des Deutschen Bundestages, Stuttgart-West
11. Dezember 1952

BArch, N 1221, 174: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Rücknahme des Gutachtensuchens zum EVG-Vertrag beim Bundesverfassungsgericht; Genesungswünsche

Lieber Ernst!

Wie Du aus den Zeitungen oder vom Rundfunk her erfahren haben wirst, sind wir seit zwei Tagen in ziemlicher Turbulenz. Ich bin von vielen, vielen Seiten wegen dieser Gutachten-Sache² in Pro und Kontra bombardiert worden, war aber nach der ersten Mitteilung ziemlich rasch entschlossen, diese Sache so nicht mitzumachen,³ weil sie einen, wie mir scheint, in den Konsequenzen höchst undurchsichtigen und eher gefährlichen Präzedenzfall begründen könnte.⁴

Aber in all dem Durcheinander der Gespräche und Überlegungen habe ich im Unterbewußtsein immer mit Freundschaft, Liebe und Sorge an Dich gedacht, da ich von Dehler dieser Tage bei einem Gespräch hörte, daß eine Erleichterung in Deinem Zustand nicht eingetreten ist und daß Du einmal hier, einmal dort von Schmerzen gequält wirst. Das bedrückt mich sehr, und ich will Dir nur mit diesen paar Zeilen den Zuruf des treuen und steten Gedenkens geben, in der Hoffnung, daß die Ärzte in ihrem Kampf gegen die mir selber ja in ihrem Charakter noch nicht klar gewordenen Krankheit Erfolg haben werden.⁵

¹ Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 307: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Vgl. zum Gutachtensuchen des Bundespräsidenten vom 10. 6. 1952 Nr. 141, Anm. 10, Nr. 146, Anm. 3 und 5.

³ Vgl. Nr. 146.

⁴ Heuss erläuterte am 12. 12. 1952 in einer Pressemitteilung und in einer Rundfunkansprache seine Beweggründe, die ihm zum Zurückziehen des Gutachtensuchens bewogen hatten. Er wehrte sich gegen Vorwürfe, Handlanger Adenauers zu sein, da er seine „Entschlüsse aus eigener Entscheidung zu treffen“ pflege. Weil das Rechtsgutachten seine beratende Funktion, um die er in seinem Ersuchen gebeten habe, verloren habe und nun die Entscheidungen des Gerichts binde, hätten sich die Voraussetzungen geändert. Außerdem sah Heuss die Gewaltenteilung gefährdet, wenn um das Vertragswerk nicht in einer offenen parlamentarischen Debatte gerungen und es auf diesem Wege verabschiedet werde, sondern eine „justizförmige Politik“ die Arbeit der Legislative schwäche; Rundfunkansprache unter dem Titel „Hüter der Verfassung“ in: TH. HEUSS, Politiker, S. 412f; Pressemitteilung in: KAMPF UM DEN WEHRBEITRAG, Halbbd. 2, S. 811; vgl. auch Heuss an Georg August Zinn, 11. 12. 1952, in: N 1221, 307; Heuss an Gebhard Müller, 4. 5. 1953, in: N 1221, 65.

⁵ Schon im Frühjahr 1952 hatte sich Heuss besorgt um die Gesundheit Mayers gezeigt; vgl. Heuss an Mayer, 20. 5. 1952, in: N 1221, 174. Mayer starb am 18. 12. 1952 an einer schweren Krankheit. Seiner Frau Martha sandte Heuss am selben Tag ein Beileidsschreiben und berichtete darin von

Dir und Deiner Frau wie immer herzliche Grüße
Dein

Th. Heuss

Nr. 148

An Viktor Renner, Justizminister des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart
13. Dezember 1952

BArch, B 122, 2179: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und
ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

*Rücknahme des Gutachtensuchens zum EVG-Vertrag beim Bundesverfassungs-
gericht*

Verehrter Herr Justizminister!

Es kann gar keine Rede davon sein, daß ich Ihnen Ihre bedrängenden Zeilen übel
nehme.² Es ist mir selber sehr deutlich, daß Sie hier nicht eine Parteiauffassung
vortragen, sondern daß Ihre Beurteilung auch von vielen Leuten geteilt wird, die
politisch anders stehen.

Es ist mir natürlich auch vollkommen klar und klar gewesen, daß die Komple-
xität der Beziehungen vor dem breiteren Bewußtsein nicht vereinfacht ist.

Sie werden auf der anderen Seite aber Verständnis haben, daß ich nun nicht in
der Detailauseinandersetzung Ihnen meinen Standpunkt noch einmal darstelle.
Das, was mich bei der Kenntnisnahme des Beschlusses schier verblüffte, ist, daß
hier dem Gutachten eine rechtsentscheidende Verbindlichkeit zugesprochen
wurde und zwar nicht nur für diese Materie, sondern für alle zukünftigen Fragen.³
Würde es sich für mich nur darum handeln, meine eigene Position bequem zu
sehen, so wäre ich ja mit einem solchen Beschluß vollkommen aus der Sache
draußen gewesen und zwar für alle Zukunft. Aber eben dies, einen verfahrensrecht-

seinem letzten Gespräch mit Ernst Mayer. „Dies Denken an sein Leiden hat mich seitdem Tag
um Tag begleitet – nun er von uns gegangen, auch wenn wir auf das Ende warteten, empfinden
wir den schweren Schmerz, einen der nächsten Freunde für immer verloren zu haben. – Sie wissen,
daß unsere aus der Politik kommende Begegnung nie bloß eine Sache der Übereinstimmung von
Meinungen gewesen ist, sondern von je durch menschliche Zuneigung durchwärmt: er liebte
mich, ich liebte ihn – nie gab es Zerwürfnisse oder Verstimmung, sondern immer Verständnis
und Nachsicht“; N 1221, 174; vgl. auch Heuss am Martha Mayer, 13. 1. 1953, in: N 1221, 308.
Heuss hielt am 22. 12. 1952 die Gedenkrede auf Mayer; TH. HEUSS, Würdigungen, S. 264–268.

¹ Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; Vermerk: „V[er]t[eidigungs]g[emeinschafts]-
Verträge“; weiterer Nachweis: N 1221, 307: ms. Schreiben, Durchschlag.

² In seinem Schreiben vom 11. 12. 1952 hatte Renner mit Verweis auf das bisher gute gegenseitige
Verhältnis den Bundespräsidenten gebeten, das Gutachten des Bundesverfassungsgerichts zur Wehr-
pflicht erneut anzufordern. Er fürchtete eine Beschädigung des Amtes, da Heuss Parteilichkeit vor-
geworfen werden könne; B 122, 2179; vgl. auch Nr. 146, Nr. 147.

³ Vgl. Nr. 146, Anm. 5.

lichen Beschluß, dessen Übereinstimmung mit dem Verfassungsgerichtsgesetz ich bezweifeln muß, für verbindlich zu erklären, hat mich zu meiner Entscheidung veranlaßt.⁴ Es gibt im politischen Leben Augenblicke, wo man auf den ebenen Weg politischer Popularität verzichten muß. Das nehme ich durchaus auf meine eigene Verantwortung. Ich kenne auch die Reden, die einmal heißen: „Der Heuss ist nur eine Repräsentationsfigur. Er sollte doch einmal das und das tun.“ Wenn er aber einmal etwas tut, dann heißt es: „Er verdirbt den Sinn seiner Stellung.“⁵

Ich kann Ihnen in diesem Brief nicht vortragen, was ich im Laufe der letzten 1½ Jahre für richtig und für fehlerhaft in der politischen Entwicklung halte, da ich ja meine politischen Auffassungen zu den Tagesentscheidungen nicht auf den Markt tragen kann. Sie dürfen überzeugt sein, daß ich weder die Haltung der Koalition noch die der Opposition durchweg für glücklich gehalten habe. Ihre Anregung aber, „mit dem Zugeständnis, einen schweren Fehler begangen zu haben“ – ein Zugeständnis, zu dem ich mich auch inmitten von Presseäußerungen und Brieffluten innerlich nicht bereitfinden würde –, das Gutachten erneut anzufordern, würde die Verwirrung noch vollkommener machen. Ich werde zunächst einmal abzuwarten haben, wie die Begründung von Karlsruhe ausfallen wird. Ich glaube kaum, daß sich je ein Bundespräsident ein Gutachten wird einholen können, wenn das Gutachten schon vor einem evtl. anhängigen Rechtsverfahren einen rechtsverbindlichen Entscheidungscharakter hat und damit jeden echten Parteienstreit ausschließt.⁶ So stellt sich für mich die Sache dar.⁷

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Th. Heuss

⁴ Seinem Freund Heinrich Rustige schrieb Heuss am 2. 1. 1953, es störe ihn nicht, dass sein Handeln ihm Popularität gekostet habe: „Ich weiß zwar, daß sie staatlich ein Aktivum ist, persönlich ist sie eine zeitraubende Last, wenn nicht gar Belästigung. Ich muß meine Entscheidungen so treffen, daß sie eine mögliche Tradition begründen. Das Verfahren, das jetzt ohne Rücksprache mit mir gewählt worden war, mußte, wenn nicht formal, so doch dynamisch den Sinn eines Gutachtens glatt aufheben“; N 1221, 308.

⁵ Vgl. in dem Sinne auch Heuss an Adolf Freudenberg, 13. 12. 1952, in: B 122, 2179.

⁶ Der § 97 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht, der u. a. dem Bundespräsidenten das Recht gab, Gutachten beim Bundesverfassungsgericht einzufordern (vgl. Nr. 83, Anm. 12), wurde im Rahmen des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 21. 7. 1956 ersatzlos gestrichen; vgl. BGBl. I, Nr. 36, 24. 7. 1956, S. 664.

⁷ Gegenüber Willy Dürr äußerte sich Heuss am 4. 1. 1953 zu dieser Thematik: „Ich habe das Gefühl, daß Dummheiten bei so ziemlich allen Gruppen gemacht worden sind, am entschlossensten und konsequentesten wohl durch unseren Freund Thomas [Dehler]. Ich hoffe, daß die Verständigen einigermaßen durch meine Neujahrsansprache begriffen haben, worum es für mich geht. Für mich wäre es sicher ‚populärer‘ und vor allem auch ‚bequemer‘ gewesen, nun einfach die Karlsruher Prozeßtechnik zu akzeptieren. Aber damit wäre wohl, wenn nicht rechtlich, so doch dynamisch, der Bundespräsident als Amt bei wichtigen Dingen zur Nebenfunktion eines Richterkollegiums ohne politische Verantwortung geworden. Dies aber nur als vertrauliche persönliche Mitteilung. Ich kann nicht wünschen, daß die Diskussion mit den persönlichen Färbungen weitergeht“; N 1221, 125; vgl. auch Heuss an Toni Stolper, 18. 12. 1952, in: N 1221, 307.

Nr. 149

An Prof. Dr. Carl Jacob Burckhardt, Versailles, Frankreich

16. Dezember 1952

UB Basel, NL 110, G, 3077: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Neuausgabe von Elly Heuss-Knapps Buch „Ausblick vom Münsterturm“; Einschätzung zweier zugesandter Bücher von Carl Jacob Burckhardt; angebliche Verfassungskrise

Verehrter Herr Professor Burckhardt!

Der Dank, den ich Ihnen für die Zusendung der beiden Bücher² schulde, hat sich verzögert, weil ich nicht mit völlig leeren Händen kommen wollte. Freilich, das, was ich Sie anzunehmen bitte, ist Ihnen ja schon bekannt. Es ist das Erinnerungsbüchlein, das meine Frau vor bald zwanzig Jahren geschrieben hat.³ Der Verlag drängte schon lang, da es immer wieder gefragt wurde, es neu herauszugeben. Meine Frau konnte sich dazu nie recht entschließen, weil sie – Elsaßproblem – eine gewisse Hemmung hatte. Wir haben uns dazu doch entschlossen, das Büchlein zum Frühjahr wieder in den Buchhandel zu geben⁴ – über die paar Streichungen berichtet in einem Nachwort mein nächster Mitarbeiter,⁵ der selber Altelsässer ist.

Sie haben seinerzeit über das Büchlein freundliche Worte gefunden;⁶ ich möchte es gern in Ihrer Bücherei wissen. Mir will scheinen, es ist nicht nur ein liebenswürdiges Selbstporträt, sondern auch in gewissem Ausmaß ein Beitrag zu der Geistes- und Seelengeschichte einer Generation, die nach 1900 ins bewußte Leben trat.

Ich möchte noch die Wiedergabe einiger Reden und Ansprachen beifügen, die ich in den letzten Wochen gehalten habe und bei denen ich mit Ihrem menschlichen Interesse glaube rechnen zu dürfen.

Sie werden es mir, denke ich, glauben: Ihre beiden Bücher waren die einzigen, die ich in diesen Wochen sozusagen systematisch gelesen habe, mit Ausnahme der Stücke, die ich schon kannte. Und dabei habe ich eine eigentümliche Erfahrung

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 307 und DLA, A: Heuss, 73.4069–4072: ms. Schreiben, Durchschlag.

² CARL JACOB BURCKHARDT: *Drei Erzählungen*, Zürich 1952; DERS.: *Gestalten und Mächte. Reden und Aufsätze*, München 1951, Erstausgabe 1941. Ein Anschreiben ließ sich nicht ermitteln.

³ ELLY HEUSS-KNAPP: *Ausblick vom Münsterturm. Erlebtes aus dem Elsaß und dem Reich*, Berlin 1934.

⁴ Neuauflage beim Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins, Tübingen/Stuttgart 1952.

⁵ Hans Bott.

⁶ Ließ sich nicht ermitteln.

gemacht. Ich kannte ja Ihre Werke, bevor wir uns vor 2½ Jahren in dem Hause des gemeinsamen Freundes in Winterthur⁷ begegneten. Ich habe Sie bewundert, von Ihnen gelernt, mich von Ihnen anregen lassen. Aber nun trat ein Neues hinzu, das nicht bei allen Gelehrten, Schriftstellern und Dichtern der Fall ist, die mir persönlich bekannt sind und deren Werk ich gelesen habe oder lese – es gibt deren eine überaus große Zahl –: Ich lese die Arbeiten, die Erzählungen wie die mir noch nicht bekannten Essays mit einer sehr persönlichen Bezüglichkeit, mit einer Art von Spannung: Was wird jetzt kommen und wie wird es geformt sein? In einer ähnlichen inneren Haltung habe ich eigentlich nur Hermann Hesse gelesen, einen Mann früher Begegnung.⁸ Ich bin immer geneigt, Sie dabei selber zu sehen, mich von Ihnen ergreifen, belehren, überraschen zu lassen. Dabei bin ich nicht ganz sicher, ob das Wort „überraschen“ hier richtig steht. Denn die geistige Diszipliniertheit des Essays hat ja einen zu sicheren Duktus für dieses Wort, und es ist eine schöne Sache, etwa in dem Essay über Danzig in langsam dichter werdender Transparenz Arthur Schopenhauer zu erspüren.

Überraschung aber dann doch vor den Erzählungen. Es würde mir unpassend erscheinen, wollte ich hier nun als „Rezensent“ über den „Dichter“ Burckhardt antreten. Wenn ich noch in Zeitungen und Zeitschriften über epische Dinge zu „rezensieren“ hätte, was ich in meinem journalistischen Werdegang unzählbar oft getan habe – würde man die Beiträge sammeln, so würde es wohl ein arges Durcheinander der Gegenstände sein, hoffentlich nicht der Maßstäbe –, dann würde ich vielleicht doch dies sagen: Hier ist noch, vor aller tieferen Bezüglichkeit, der Mut zum „Fabulieren“.⁹ Das mag dann trivial klingen. Aber ich hoffe von Ihnen nicht mißverstanden zu werden. Dies eben hat mich so bewegt, daß in Ihren Erzählungen ganz einfach „etwas passiert“. Es gibt nicht bloß „Milieu“ und „Individualität“, sondern es gibt die Ahnung, die Täuschung, die Überraschung, das Abenteuer. Dabei wird es einem vollkommen gleichgültig, was „Bericht“ eines Erlebnisses, was unbefangene „Erfindung“ – immer ist die vollkommene Dichte der Situation vorhanden.

Nun bin ich doch fast zum Rezensenten geworden, was eigentlich nicht die Beschäftigung eines Mannes ist, der in der Zeitung liest, daß seine Haltung eine Verfassungskrise heraufbeschworen habe.¹⁰ Das habe ich nämlich nicht getan, sondern mich nur bemüht, für Deutschland eine Rechtskonvention zu sichern, die von meiner Person und der Beurteilung einer aktuellen Stellungnahme völlig

⁷ Gemeint sein dürfte der Schweizer Journalist und Jurist Friedrich Gubler-Corti.

⁸ Vgl. Nr. 133.

⁹ Bezug auf Goethes Zeilen in den „Zahmen Xenien IV“: „Vom Vater hab' ich die Statur / Des Lebens ernstes Führen / Vom Mütterchen die Frohnatur / und Lust zu fabulieren.“ J. W. V. GOETHE, Hamburger Ausgabe, Bd. 1, S. 320.

¹⁰ Bezug auf die Rücknahme des Ersuchens um ein Gutachten des Bundesverfassungsgerichtes zum EVG-Vertrag; vgl. Nr. 141, Nr. 146–Nr. 148.

abstrahiert. Aber davon zu sprechen würde, wie Fontane uns belehrte, „ein weites Feld“¹¹ sein.

Ich begnüge mich, nachdem ich Sie lange genug beansprucht habe, einen dankbaren Gruß und gute Wünsche zu senden.

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 150

An Dr. Adolf Grimme, Hamburg 13

4. Januar 1953

GStA PK, VI. HA, NL Grimme, 2829: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Benutzung und Einschätzung des geschenkten Fernsehapparates

Verehrter, lieber Herr Dr. Grimme!

Als ich am Freitag Abend von meinem Weihnachtsaufenthalt in der Familie meines Sohnes in Lörrach² zurückgekehrt war, bin ich dem stattlichen Fernsehapparat vorgestellt worden,³ der in unserem großen Eßzimmer inzwischen montiert worden war, und ich habe an dem Abend dann auch gleich die Gelegenheit wahrgenommen, eine Begegnung mit mir selber dort zu vollziehen. Ich habe das ganz kritisch getan und dabei festgestellt, daß wir offenbar hier noch oder wenigstens ich etwas lernen möge, denn ich habe bei der kleinen Neujahrsansprache zu viel auf das Papier geguckt. Bott hat mir dann klar gemacht, daß das eine rückständige Form unserer Technik sei. In Amerika laufe das, was einer aufgeschrieben habe, ihm gegenüber in Streifen vorbei, so daß er in das Publikum mitsehen kann. Ich selber kann, wie Sie ja wohl wissen, auch frei sprechen, aber wenn man solche Staatsaktion einleitet, muß sie deutlich begrenzt sein. Es war also eine interessierte kritische Innenschau, die ich dabei vollzogen habe.

¹¹ Schlusssatz in Fontanes Roman „Effi Briest“, wo es heißt: „... das ist ein *zu* weites Feld.“; TH. FONTANE, *Effi Briest*, S. 350; schon nachweisbar in Adalbert Stifters Roman „Der Nachsommer“ von 1857; A. STIFTER, *Nachsommer*, S. 119.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 308: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Heuss war nach Lörrach gefahren, da sein Sohn wegen einer Thrombose bettlägerig war und weder mit dem Auto noch mit der Bahn reisen durfte; vgl. Heuss an Wolfgang Haußmann, 2. 1. 1953, in: N 1221, 308.

³ Grimme, Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks, hatte Heuss das Gerät zukommen lassen. Regelmäßige Fernsehsendungen wurden seit dem 25. 12. 1952 vom NWDR ausgestrahlt: abends von 20.00–22.00 Uhr sowie nachmittags mit Nachrichten.

Aber ich werde ja dabei aus dem Apparat und wohl auch für den Apparat, aus der Technik und wohl auch für die Technik im Laufe der Zeit einiges lernen müssen. Ich habe sogar in den Weihnachtstagen das Büchlein „Fernsehen nahgesehen“⁴ zu lesen begonnen, um nicht als Parzival⁵ und reiner Tor durch die Zeitgeschichte zu wandeln. Auf jeden Fall war es außerordentlich freundlich von Ihnen, dem Bundespräsidenten diesen Apparat zur Verfügung zu stellen. Er ist ein Erziehungsfaktor für ihn, soweit ein Mann dieses Alters noch erzogen werden kann. Er wird aber immer als ein Zeuge der freundlichen Gesinnung, die mit dieser Gabe zum Ausdruck gekommen ist, der Mitgast in dem großen Wohn- und Eßzimmer sein – denn in das Arbeitszimmer, das klein und fast eine Klausur ist, habe ich das verführerische Ungetüm nicht hereingelassen.⁶

Mit etwas verspäteten guten Neujahrsgrüßen
Ihr

Theodor Heuss

Nr. 151

An Dr. Hubertus Prinz zu Löwenstein, Amorbach, Odenwald
7. Januar 1953

BArch, N 1222, 240: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
Einstellung zu Gustav Stresemann

Sehr geehrter Prinz zu Löwenstein!

Bei der Heimkehr von einem Weihnachtsaufenthalt bei meinem Sohn² habe ich Ihr Stresemann-Buch³ mit der freundlichen persönlichen Widmung vorgefunden.

⁴ CARL HAENSEL: *Fernsehen nahgesehen*. Technische Fibel, Dramaturgie, organisatorischer Aufbau, Frankfurt a. M. 1952.

⁵ Protagonist des gleichnamigen Versepos' Wolfram von Eschenbachs aus dem 13. Jahrhundert, in dem Parzival auf der Suche nach dem Gral nach langen Irrwegen endlich erfolgreich ist.

⁶ Nachdem am 31. 5. 1956 eine Abendsendung des NWDR in den Räumen des Bundespräsidialamtes schwer zu empfangen gewesen war, weil „das vom damaligen NWDR dem Bundespräsidenten zur Verfügung gestellte Fernsehgerät in seinen Leistungen einen Tiefstand erreicht“ hatte, was von Fernsehtechnikern bestätigt worden war, erbat Pressereferent Erich Raederscheidt am 13. 6. 1956 vom Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, Hanns Hartmann, einen Austausch des Geräts; B 122, 181.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 308: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Vgl. Nr. 150, Anm. 2.

³ HUBERTUS PRINZ ZU LÖWENSTEIN: *Stresemann*. Das deutsche Schicksal im Spiegel seines Lebens, Frankfurt a. M. 1952. – Zu seiner grundsätzlichen Haltung bei der Lektüre von Memoiren meinte Heuss in einem Schreiben an Michael Freund vom 11. 1. 1953, „daß auch dort, wo die Daten und die Beschreibung von facts ungenau sind, weil Material untergegangen ist oder ein Erinnerungs-

Der Dank hat sich etwas verzögert, weil, wie Sie sich denken können, viele, viele Hunderte von Briefen mich hier erwarteten und doch auch die Amtsgeschäfte gleich wieder einsetzten.

Es war sehr freundlich, daß Sie an mich gedacht haben, und ich habe in den späten Abendstunden einige der Kapitel bereits gelesen.

Es ist nun so, daß ich in der Zeit, da ich selber im Parlament war,⁴ die Stresemann'sche Politik mit unterstützte und mit verteidigte. Aber zu einem näheren persönlichen Verhältnis hat es, auch wenn wir uns gesellschaftlich zwar sahen, nicht gereicht. Vielleicht weil wir zu verschiedene Naturen waren,⁵ vielleicht weil Stresemann, der nach meinem Gefühl ziemlich empfindlich gewesen ist, nicht ganz vergessen hatte, daß ich ihm nach der Liquidation des Kapp-Putsches⁶ in großen Versammlungen in Berlin und in Stuttgart mit ziemlicher Schärfe (wegen seiner Stellungnahme gegen Gesslers Berufung⁷) entgegengetreten war⁸ und weil ich ihn publizistisch in jener Zeit ein paar Mal sehr scharf angefaßt hatte.⁹

Wir waren uns allerdings des gemeinsamen Ausgangs bei Friedrich Naumann bewußt, und meine Frau hatte zu Stresemann eine viel lockerere Beziehung gefunden als ich.

schreiber sich nicht die Mühe der Selbstprüfung macht, eine subjektive Bewertung von Zeitgenossen, Freunden oder Gegnern, als historisches Material wichtig sein kann, auch wenn keine facts darin enthalten sind, gleichviel ob sein Urteil richtig oder falsch ist, so vermittelt es eine geschichtliche Atmosphäre menschlicher Beziehungen. Für mich ist, wenn ich dazu kam, Mémoires zu lesen, das eigentlich immer das Interessanteste gewesen, wie sah dieser jene seine Zeitgenossen. Natürlich ist das dann nur interessant, wenn eine wirklich individuelle Charakteristik versucht wird und nicht Klischee-Worte weitergegeben werden“; B 122, 367.

⁴ Gemeint sind hier die Jahre 1924–1928, in denen Heuss erstmals der Reichstagsfraktion der DDP angehörte; vgl. E. W. BECKER, Theodor Heuss, S. 59–61.

⁵ Vgl. auch das Schreiben von Heuss (gez. Oberüber) an den Sender Freies Berlin vom 22. 9. 1954, in dem er seine Ablehnung begründete, über den Rundfunk zum 25. Todestag von Stresemann zu sprechen; B 122, 608; vgl. zu Heuss' ablehnender Haltung zu Stresemann auch Nr. 26; Heuss an Heile, 1. 6. 1952, in: B 122, 2061.

⁶ Während des Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920 hatten die DVP und ihr Vorsitzender Stresemann eine zunächst zwiespältige Haltung gegenüber der Putsch-Regierung eingenommen, um die rechtmäßige Regierung unter Druck zu setzen und zu Zugeständnissen hinsichtlich Neuwahlen und Beteiligung der DVP an einer Regierung zu bewegen; vgl. J. WRIGHT, Gustav Stresemann, S. 158–167.

⁷ Hier dürfte sich Heuss weniger auf die Berufung Gesslers in das Amt des Reichswehrministers bezogen haben als vielmehr auf Stresemanns Einspruch gegen die Kandidatur Gesslers für das Amt des Reichspräsidenten 1925; vgl. ebd., S. 309–311; Heuss' Vorbemerkung zu O. GESSLER, Reichswehrpolitik, S. 9; TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 327.

⁸ So in mehreren Reden im März, April und Mai in Berlin gegen den Kapp-Lüttwitz Putsch und in einer Rede vom 20. 5. 1920 in Stuttgart; vgl. Redenkalender, in: N 1221, 684.

⁹ Vgl. die Kritik von Heuss an der Haltung von Stresemann zum Kapp-Putsch in: TH. HEUSS, Kapp-Lüttwitz, S. 31–33; zur Kritik an Stresemanns Bedenken gegenüber der Kandidatur Gesslers zum Reichspräsidenten 1925 vgl. [THEODOR HEUSS]: Gessler, in: Österreichischer Volkswirt, 28. 3. 1925; vgl. dazu auch R. BURGER, Theodor Heuss, S. 253f.

Ihr Buch wird mir sicher an manchen Stellen Anlaß geben, mein eigenes Urteil über Stresemann zu überprüfen.¹⁰ Ich habe nicht ganz vergessen können, daß er in der Kombination mit Erzberger und Oberst Bauer wesentlich den Sturz von Bethmann Hollweg zu verantworten hat,¹¹ der nach meiner persönlichen Beurteilung bei allen Mängeln, die man an seinen taktisch Zügen feststellen kann, als moralische Figur wie auch als Vertreter einer größeren Einsicht in das europäische Schicksal dem von Stresemann favorisierten Fürsten Bülow weit überlegen war. Dies ist wenigstens meine Meinung.

Ich bin in diesen persönlichen Zeilen etwas über die dankende Empfangsbestätigung hinausgegangen. Aber Sie mögen daraus spüren, daß das Problem, das Sie behandeln, ja in ein Stück eigener Lebensgeschichte hineinragt.

Mit freundlichen Empfehlungen

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 152

An Cornelia Bonhoeffer, Frankfurt a. M.

10. Januar 1953

BArch, N 1221, 115: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Ablehnung einer Stellungnahme gegenüber einer Mädchenschulklasse zur Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz 1933

Liebe Cornelia!

Es hat mich sehr gefreut, von Dir diesen vertrauensvollen Brief zu erhalten, und es tut mir leid, ihn nicht so beantworten zu können, wie Du Dir das wohl wünschst.² Denn es scheint mir in meiner jetzigen Situation nicht gut möglich, die Ausein-

¹⁰ Vgl. auch Nr. 26.

¹¹ Über den Anteil Stresemanns, anderer Parteipolitiker und der Obersten Heeresleitung am Sturz von Reichskanzler Bethmann Hollweg am 13. 7. 1917 in der sogenannten „Julikrise“ vgl. P. G. KIELMANSEGG, Deutschland, S. 454–470; J. WRIGHT, Gustav Stresemann, S. 95–101.

¹ Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 308: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Cornelia Bonhoeffer war die Tochter des Ende April 1945 ermordeten Widerstandskämpfers Klaus Bonhoeffer, der mit einer Nichte von Elly-Heuss-Knapp verheiratet war. Sie hatte in einem mehrseitigen hs. Schreiben vom 5. 1. 1953 Heuss („Lieber Onkel Theodor“) u. a. gefragt, was auf den Hinweis von Klassenkameradinnen zu antworten sei, dass er im März 1933 dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt habe, während die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten das Gesetz abgelehnt hätten; N 1221, 115.

andersetzen des Frühjahrs 1933, meine Stellungnahme innerhalb der damaligen Demokratischen Partei,³ mein im Jahre 1932 erschienenes Buch über Hitler,⁴ die Auseinandersetzungen im Vorstand und in der Fraktion der damaligen Demokratischen Partei,⁵ die Verhandlungen, die ich zum Teil persönlich geführt habe mit den anderen Parteien,⁶ zum Gegenstand einer sozusagen autoritativen Interpretation gegenüber einer Mädchenschulklasse zu machen. Eine Anzahl der an den Verhandlungen beteiligten Leute ist⁷ heute politisch noch tätig. Meine eigene Stellungnahme in der Angelegenheit ist, wie auch die einiger meiner Freunde, in einem großen parlamentarischen Protokoll des Württembergischen Landtags dargestellt⁸ und auch öffentlich bekannt, daß ich bereit war, eine Erklärung gegen das Ermächtigungsgesetz, die ich bereits entworfen hatte,⁹ abzugeben, daß aber eine einheitliche Abstimmung der Gruppe vorher beschlossen war und ich dann in der Minderheit blieb. Das sind Fragen, die in der geschichtlichen Auseinandersetzung ihre Klärung erfahren, aber nicht in der Diskussion junger Mädchen.¹⁰

³ Gemeint ist die Deutsche Staatspartei, seit 1930 Nachfolgepartei der DDP.

⁴ Gemeint TH. HEUSS, Hitlers Weg.

⁵ Der Arbeitsausschuss der Deutschen Staatspartei kam zu keiner einheitlichen Meinungsbildung, ob dem Ermächtigungsgesetz der Regierung Hitler, mit dem die Exekutive Gesetze auch ohne Reichstag und Reichsrat beschließen konnte und somit die Gewaltenteilung aufgehoben wurde, zuzustimmen sei. Deshalb überließ er den fünf Reichstagsabgeordneten die Entscheidung, die aber geschlossen erfolgen sollte. Heuss sprach sich, wie er nach 1945 immer wieder betonte, gemeinsam mit Hermann Dietrich gegen eine Annahme des Gesetzes aus, fügte sich aber der Mehrheit seiner drei Fraktionskollegen. Die Fraktion stimmt am 23. 3. 1933 im Reichstag geschlossen dem Gesetz zu. Zur Haltung der Deutschen Staatspartei und der fünf Reichstagsabgeordneten zu dieser Entscheidung vgl. das Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle sowie die Erklärung der Reichstagsabgeordneten vom 24. 3. 1933, in: E. MATTHIAS / R. MORSEY, Ende, S. 91–94. Von Heuss ist eine Enthaltungserklärung zum Ermächtigungsgesetz überliefert; N 1221, 382. Er selber äußerte sich in einer Glosse in der „Hilfe“ zum Ermächtigungsgesetz; THEODOR HEUSS: Ermächtigungsgesetz, in: Die Hilfe 39, Nr. 7, 8. 4. 1933, S. 196. Aus der Perspektive der Nachkriegszeit vgl. Heuss an Kurt Hiller, 5. 12. 1947, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 326–328; DERS., Machtergreifung, S. 23–26; außerdem die Aussage von Heuss vor dem württemberg-badischen Untersuchungsausschuss vom 12. 2. 1947, in: E. W. BECKER / TH. RÖSSLEIN, Politischer Irrtum, S. 137–142. Aus historisch-kritischer Sicht vgl. R. MORSEY, Ermächtigungsgesetz; J. C. HESS, Deutsche Lage, S. 83–94; E. W. BECKER, Ermächtigung.

⁶ So mit der Zentrumspartei; vgl. die Aussage vor dem Untersuchungsausschuss, in: E. W. BECKER / TH. RÖSSLEIN, Politischer Irrtum, S. 140; TH. HEUSS, Machtergreifung, S. 24f.

⁷ In der Vorlage: „sind“.

⁸ Abgedruckt in: E. W. BECKER / TH. RÖSSLEIN, Politischer Irrtum; S. 137–142.

⁹ Nachweisbar ist nur eine Enthaltungserklärung; vgl. Anm. 5.

¹⁰ Der Mutter Emmi Bonhoeffer gegenüber wiederholte Heuss unter dem gleichen Datum seine Argumentation und bat, der Tochter „begreiflich“ zu machen, es sei völlig unmöglich, „auf dem Umweg eines Briefes an eine Mädchenschulklasse die eigentlich nur noch in der Ostzone gepflegte Erörterung über das Ermächtigungsgesetz wieder aufleben [zu] lassen. [...] Ich kann auch der Cornelia nicht auseinandersetzen, daß ich die Hitlerei im Jahre 1932 in meinem Buch fest angepackt hatte, aber freilich reichte meine Phantasie so wenig wie die irgendeines aus unserem Kreise, um zu sehen, was aus dieser Sache an Unmenschlichkeit herauswachsen könnte“; N 1221, 115.

Ich bitte, daß Du das nicht falsch verstehst und für ein Ausweichen hältst, aber ich denke, daß wir uns einmal über die Sache werden unterhalten können.

Mit freundlichen Grüßen
Dein

Th. Heuss

Nr. 153

An Wilhelm Heile, Harpstedt bei Bremen

12. Januar 1953

BArch, N 1132, 27: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
Amtsführung des Bundespräsidenten; Tätigkeit Wilhelm Heiles im Parlamentarischen Rat; Gründe für die Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten 1949

Lieber Freund!

Besten Dank für Deinen Brief.² Schade, daß Du nicht bei Deinem Besuch das Gespräch auf das hindirigiert hast, was Dir am Herzen lag und liegt.³ Es ist ja zu dem Thema „Funktion des Bundespräsidenten“ sehr viel zu sagen. Ich selber habe in der Zeit des Parlamentarischen Rates, wo ich nicht aus der Ferne an eine solche Funktion dachte, in einer meiner Reden gesagt, man solle nicht die Staatskonstruktion aus Erfahrungen des Nazimißbrauchs allein formulieren.⁴ Was die Funktion des Bundespräsidenten anlangt, so empfinde ich es als einen Hauptmangel, daß wir nicht das haben, was in Frankreich vorgesehen: ganz normale Gelegenheitssitzungen des Kabinetts unter dem Vorsitz des Bundespräsidenten. Anregungen, die ich früh in dieser Richtung machte, das informell einzuführen,

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 147 und 308: ms. Schreiben, Durchschlag mit Verfügung: „Vor Abgang Dr. Klaiber z. Kts.“, mit Paraphe von Klaiber am 13. 1. 1953.

² Ließ sich nicht ermitteln. Zur Beziehung zwischen beiden vgl. Heuss an Heile, 22. 5. 1947, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 273–281.

³ In einem von Heuss diktierten und von Klaiber gez. Schreiben an den niedersächsischen Ministerpräsidenten Kopf vom 6. 1. 1953 findet sich der Hinweis, Heile habe einige Tage zuvor das Bundespräsidialamt besucht und mit Klaiber sowie mit Heuss gesprochen. Dabei habe er deutlich gemacht, dass er seine Rolle für die europäische Bewegung nicht anerkannt sehe: „Er selber hält sich ja, wie Sie wissen, für den eigentlichen Initiator der sogenannten europäischen Idee und den Mann, der Stresemann wesentlich auf den Weg zu seinen außenpolitischen Versuchen geführt habe.“ Heuss bat Kopf zu überprüfen, ob dieser nicht einen Antrag auf Verleihung des Verdienstkreuzes an Heile stellen könne mit dem „Hinweis auf die publizistische und organisatorische Vorarbeit, die Heile für die Vertiefung und Popularisierung des ‚europäischen Gedankens‘ geleistet hat.“ N 1221, 308.

⁴ So in Heuss' Rede auf der 3. Sitzung des Plenums, 9. 9. 1948, in: TH. HEUSS, Vater, S. 50f, 69.

blieben ohne Echo, mit eben aus der Erwägung heraus, die Funktion des Bundespräsidenten tagespolitisch zu neutralisieren.⁵

Aber ich glaube, Deinem Brief zu entnehmen, daß Du meine Funktion jetzt in dem Sinne als etwas zu harmlos ansiehst,⁶ als ob sie ein mehr oder weniger lediglich repräsentatives Dasein umfaßt oder eines, das sich in dem Kleinkram der Geschäftserledigung verzehre. Ich habe meine Funktion in den ersten 1–2 Jahren sozusagen programmatisch unter das Stichwort „Entkrampfung“⁷ der Deutschen gestellt⁸ und hier, wie ich spüre, einiges erreicht, wenn auch einige neue Verkrampfungen wieder unterwegs sind. Ich habe auch natürlich in Gesprächen und Briefen mit Kanzler und Ministern meine Meinung immer sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Es sind eine ganze Reihe von Dingen gemacht worden im Kabinett wie im Bundeshaus, die ich bei aller Würdigung der Gesamthaltung und der Gesamtleistung für falsch halte,⁹ aber ich kann damit nicht auf den Markt gehen, sondern muß es, falls er sich dafür interessiert, einem Historiker in ein paar Jahrzehnten überlassen, das festzustellen.

Ich habe ja mancherlei Erfahrungen gemacht. Eine bestimmte Reihe von Politikern meint, der Bundespräsident müsse in den tagespolitischen¹⁰ Kämpfen deutlicher Stellung beziehen – ich glaube, Du hast auch diese Auffassung.¹¹ Wenn ich das aber tue, dann heißt das Echo: Er ergreift ja Partei, er verläßt seine überparteiliche Position usf. usf.¹² Für die inneren Aufgaben, hier ein Amt und eine in sich ruhende Würde zu schaffen, dafür haben viele Leute in Deutschland keine Auffassung. Ungezählte leben noch unter der Hitlervorstellung, der Bundespräsident könnte oder müßte alles von der Zuzugsgenehmigung bis zur Freigabe eines beschlagnahmten Hauses bis zu einem Rentenkonflikt erledigen.¹³

⁵ Vgl. zu dem vergeblichen Versuch von Heuss zu Beginn seiner Amtszeit, an Sitzungen des Kabinetts teilzunehmen bzw. „Informationssitzungen“ zu leiten, E. PIKART, Theodor Heuss und Konrad Adenauer, S. 78f.

⁶ Hs. Randanstreichung durch Empfänger.

⁷ Hs. Randanstreichung und Unterstreichung durch Empfänger: „Entkrampfung“.

⁸ Vgl. Nr. 79.

⁹ So zum Beispiel bei den vergeblichen Versuchen von Heuss, an Sitzungen des Bundestages teilzunehmen oder den Oberbefehl über die Bundeswehr dem Bundespräsidenten zu übertragen; vgl. E. PIKART, Theodor Heuss und Konrad Adenauer, S. 78, 113f.

¹⁰ Hs. Randanstreichung und Unterstreichung durch Empfänger: „tagespolitischen Kämpfen“.

¹¹ Hs. Randbemerkung durch Empfänger: „nein“.

¹² In einer Auseinandersetzung mit der Aachener Vereinigung alter Burschenschafter über das Korporationswesen schrieb Heuss am 23. 3. 1953: „Das Gerede von der ‚Unparteilichkeit‘, zu der ich von meinem Amt her verpflichtet sei, ist mir öfters begegnet. Ich bin nicht in der Lage, es dem Sprecher abzunehmen. Es wird dann gern von mir Meinungslosigkeit beansprucht, wenn meine Meinung nicht gerade der Meinung dessen entspricht, der sie nicht teilt; man ist sehr für eine Meinungsäußerung von mir, wenn man von mir eine Stützung der eigenen Meinung erwartet“; B 122, 354.

¹³ Vgl. den Briefwechsel mit der Bevölkerung, in: TH. HEUSS, Hochverehrter Herr Bundespräsident.

Ich glaube zu spüren, daß man im Ausland die Wirkung meiner Amtsführung zum Teil besser zu würdigen weiß als manche Deutsche, die das natürlich viel besser machen würden.

Ich bekomme da manches Echo von Berufenen und Unberufenen von draußen her, die meine Reden als politische Werte begreifen. Mir persönlich liegt an der sogenannten Popularität, obgleich ich weiß, daß sie ein staatspolitisch nicht unwichtiges Element sein kann, in Deutschland verflucht wenig. Ich empfinde sie meist als eine gräßliche Belästigung. Aber ich weiß nun eben, daß das schließlich meine politische¹⁴ Funktion, mein Amt ist, Einzelne oder Gruppen zu empfangen, mit ihnen zu reden, ihnen meine persönliche Auffassung über Dinge mitzuteilen. Man kann es für vollkommen überflüssig halten, daß ich bei der Max-Planck-Gesellschaft, bei den Ärzten und Naturforschern oder bei der Göttinger Akademie wissenschaftlich-geschichtliche Reden halte, daß ich zwischendurch Vorträge über Poelzig oder Hermann Hesse los lasse,¹⁵ die alle vorher von mir gearbeitet sein müssen, aber ich weiß ganz deutlich, daß ich bei dem Staat gegenüber sonst ziemlich fremden Gruppen von Wissenschaftlern und Künstlern eine Wirkung erzielt habe (man nennt das heute Integration), die vor mir ein anderer Mann in verwandter Lage nicht erreicht hat, weil ich den Leuten nicht bloß die allgemeinen Sprüche darbiete, sondern zum Thema Eigenes zu sagen mich bemühe und weil ich es fertig bringe, dazu eine Form zu wählen, die nun eben Form ist. Dabei kann ich mit ruhigem Sinn sagen, daß ich gar kein Bedürfnis nach solchem wechselvollen Auftreten habe, sondern mich in meinen Abendstunden gern an meinen Schreibtisch setzen würde, denn es gibt einen ganzen Katalog von literarischen, literarisch-künstlerischen und wissenschaftlichen Plänen, die mich, als ich in die Politik gerissen wurde, beschäftigt haben. Ich habe mich selber ja nie mit mir gelangweilt, sondern bin nicht, wie Du meinst, eine kontemplative Natur, sondern eher eine tätige.

Ich habe Dir so ausführlich geschrieben, weil mir schien, daß Du den Ablauf des Funktionalen in meinem Amtsbetrieb nicht richtig siehst. Gut, man kann sagen, daß ich zu viele Details und Menschenschicksale an mich herankommen lasse und daß ich zu viele Leute aus aller Herren Länder auch empfangen und anhöre. Aber 1) lerne ich immer dabei etwas und 2) kann ich auch etwas Eigenes an Rat oder Beurteilung mitgeben. Über die großen Dinge mir Gedanken zu machen bleiben mir dann schon noch die Zeit und die Kraft, wenn ich in den

¹⁴ Hs. Unterstreichung durch Empfänger: „politische Funktion, mein Amt ist“; „empfangen“.

¹⁵ Ansprachen vor der Max-Planck-Gesellschaft in Köln (5. 10. 1950), vor dem Deutschen Ärztetag in Trier (26. 8. 1950), vor der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte in München (22. 10. 1950), vor der Göttinger Akademie der Wissenschaften (10. 11. 1951, vgl. Nr. 98, Anm. 2), über Hermann Hesse in Stuttgart (2. 7. 1952, vgl. Nr. 106, Anm. 3) und zur Eröffnung der Hans-Poelzig-Ausstellung in Krefeld (17. 2. 1951); vgl. Redenkalender, N 1221, 684.

Nächten die Denkschriften lese oder auf Spaziergängen mich mit der Weltlage unterhalte.

Du fühlst Dich unglücklich, daß Du in der Zeit des Parlamentarischen Rats „einsam“ gewesen bist. Wir¹⁶ waren ja damals alle arbeitsmäßig im furchtbaren Marsch und Druck. Aber ich glaube, daß Du eine Chance, parlamentarisch-politische Figur wieder zu werden, selber versäumt hast, indem Du Seeböhm, der sehr fleißig und beweglich ist, die Chance ließest, sich auszuwirken, und Du etwa auch in dem Ausschuß über die Grundrechte, in dem wir uns ja gelegentlich begegnet sind, nur unregelmäßig teilnahmst¹⁷ und nach meiner Erinnerung nur ganz selten Dich an einer konkreten Diskussion beteiligtest. So wurdest Du nicht Figur, sondern die Leute mußten (ich habe mit niemandem darüber gesprochen) den Eindruck gewinnen, daß Dich die Dinge in ihrer formalen Konkretisierung nicht so beschäftigten, wie das vielleicht erwartet wurde, denn eine große politische Konzeption war ja für dieses Gremium nicht eigentlich die Arbeitsform.¹⁸

Wenn ich Bundespräsident geworden bin, so hat das mit dem damaligen Vorsitz der FDP¹⁹ nach meinem Gefühl nicht sehr viel zu tun, sondern es ergab sich im Parlamentarischen Rat, daß ich durch einigen Fleiß und einige gute Reden und durch loyales Verhalten für die ganzen Menschen Figur geworden bin. Du wirst erstaunt sein, wenn ich Dir sage, daß ich sowohl Adenauer wie Anton Pfeiffer zum erstenmal überhaupt im September 1948 gesehen habe. Adenauer wußte von mir nichts, und ich von ihm nur die Oberbürgermeister-Legende.²⁰ Die Geschichte mit dem möglichen Bundespräsidenten hat dann Paul Löbe im Winter 1948–49 in die Welt gesetzt.²¹ Aber ich habe mich, weiß Gott, nicht darum gekümmert, sondern, als das Schicksal auf mich zukam, bin ich ihm nicht davon gelaufen, zumal ich wußte, daß niemand für die Frau eines Bundespräsidenten geeigneter gewesen ist als Elly. Und ihre Integration ist nicht bloß sentimental zu sehen, sondern auch staatspolitisch.

Daß wir beide dann ein gewisses Gefühl und auch eine gewisse Fähigkeit für künstlerische Formung haben, ist ein zufällig zusätzlicher aber nicht völlig gleichgültiger Gewinn für diesen Neubeginn gewesen, der völlig sich absetzen mußte

¹⁶ Hs. Randanstreichung durch Empfänger: „Wir waren ja ... Diskussion beteiligtest.“

¹⁷ Von 36 Sitzungen des Ausschusses für Grundsatzfragen nahm Heile an 14 teil, Heuss an 31; vgl. PARLAMENTARISCHE RAT, Bd. 5, Teilbd. I, S. XVIIIff.

¹⁸ Unterstreichung durch Empfänger: „Arbeitsform“ mit Randbemerkung: „Die eigentliche Aufgabe“.

¹⁹ Heuss war im Dezember 1948 zum Vorsitzenden der FDP gewählt worden und übte dieses Amt bis zur Wahl zum Bundespräsidenten aus; vgl. Nr. 2; E. W. BECKER, Intellektueller, S. 29–45.

²⁰ Adenauer war 1917–1933 und 1945 Oberbürgermeister von Köln und prägte in dieser Zeit maßgeblich die Stadtentwicklung; vgl. H.-P. SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 175–340; zur Beziehung Adenauers zu Heuss vgl. Adenauers Beitrag in: H. BOTT/H. LEINS, Begegnungen, S. 157–159.

²¹ Vgl. Nr. 4.

von dem verkrampften und pausenlosen Lärm der vorangegangenen Zeit. Es mußte die in sich sichere Stille hörbar werden.

Also, nun habe ich ein Vademecum für Bundespräsidenten in der Mitte des 20. Jahrhunderts niedergeschrieben. Ich bin etwas beim Diktieren ins Plaudern gekommen.²² Es kann nicht oft passieren, aber der amerikanische Besuch hat sich erfreulicherweise verspätet.²³

Mit guten Grüßen
Dein

Th. Heuss

Nr. 154

An Hans Henny Jahnn, Hamburg-Blankenese

23. Januar 1953

BArch, B 122, 377: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Dank für Brief und Jahrbuch; Unterstützung von Kunst und Wissenschaft; Situation der Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz

Sehr geehrter Herr Jahnn!

Freundlichen Dank für Ihren Brief und für das schöne Jahrbuch,² in dem ich beim Durchsehen einige Aufsatzthemen fand, die mich sachlich und um der Autoren willen interessieren. Ich werde den Versuch machen, mich bald mit ihm vertraut zu machen. Bloß kann ich bei keinem der Bücher, die vor mir liegen und mich etwas enttäuscht betrachten, sagen, wann ich einmal zum Lesen kommen werde, denn die amtliche und fast noch mehr die hundertfältige persönliche Beanspruchung aus den verschiedensten Berufskreisen heraus bedeutet eine dauernde Überforderung meiner Arbeitskraft.

Die Dinge, die Sie mir klagend und auch anklagend vortragen, sind mir natürlich, wenn ich so sagen darf, höchst vertraut, und Ihre Hoffnung, daß ich „auf

²² Die Auseinandersetzung mit Heile sollte sich in den kommenden Monaten fortsetzen; vgl. Heuss an Heile, 1. 6. 1953, in: B 122, 2961; Heuss an Heile, 26. 6. 1953, in: N 1221, 147.

²³ Am selben Tag erhielt Heuss Besuch von dem ehemaligen Direktor der Deutschen Hochschule für Politik, Arnold Wolfers, der seit 1933 in den USA an der Yale University lehrte; vgl. Heuss an Ernst Ludwig Heuss, 13. 1. 1953, in: N 1221, 308.

¹ Az. I/21-25; weiterer Nachweis: N 1221, 308: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Das Schreiben des Präsidenten der Freien Akademie der Künste in Hamburg, Jahnn, ließ sich nicht ermitteln. Gemeint ist das Jahrbuch der Freien Akademie, das erstmalig 1952 erschien.

die eine oder andere Weise der deutschen Kunst und der tendenzlos forschenden Wissenschaft ein Bundesgenosse sein könne“, kommt ein bißchen hinter den Ereignissen her, da ich wohl für kein Gebiet so viel persönliche Arbeitskraft und so viel an Konferenzen und Korrespondenz eingesetzt habe als gerade für diese Frage. Ich weiß nicht, wie oft ich schon über das Problem geredet oder geschrieben habe.

Auch gerade der Fall von Mainz, den Sie heranziehen, ist mir bekannt, und als ich am letzten Samstag in Mainz bei der Einweihung des Instituts für Europäische Geschichte war,³ habe ich den Herren von der Regierung⁴ die Erhaltung der Mainzer Akademie nahegelegt.⁵ Ich hatte vorher auch Alfred Döblin, mit dem ich ja seit Jahrzehnten bekannt bin, da wir eine Zeit lang gemeinsam den Schutzverband deutscher Schriftsteller in Berlin geleitet haben,⁶ in seinem Krankenzimmer aufgesucht und auch mit ihm die Dinge besprochen.

Die Situation ist ja so, daß zum Teil das private Mäzenatentum zusammengesunken ist und nur langsam ein neues sich bildet.⁷ Aber auch dies ist an der und der Stelle wieder sichtbar, wenn freilich noch keineswegs diszipliniert. Wir haben bei dem sogenannten Kulturkreis des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, bei dessen Entstehen ich mitgewirkt habe, eine Werbung für Leistungsunterstützungen eingeleitet. Es gehen die Unterhaltungen mit den Kultusministern, mit den Rundfunkanstalten, mit dem Bundesministerium des Innern, wenn auch zögernd, voran. Es ist aber auch so, daß ein wenig verkannt wird, wie gerade die nun eben schicksalhaft gewordene Länderzuständigkeit vielen die Übersicht über das genommen hat, was in den einzelnen Ländern geleistet wird. Diese Worte sollen kein Plädoyer der Verteidigung sein, denn ich habe hier niemanden zu verteidigen. Aber ein bißchen habe ich die Sorge, daß Ihre Beschwörung sich über die konkreten Bemühungen, die vorliegen, hinwegsetzt. Der Kampf um die etatmäßigen Positionen ist immer eine ungeheuer schwierige Frage gewesen und heute noch schwieriger geworden, wo das ganze Elend von Flüchtlingen, Kriegsverehrten usf. mit in das Bewußtsein der Menschen dringt. Es ist mir aber deutlich genug, daß wir in Deutschland vor der Frage stehen, daß geistige Werte, in denen

³ Das Gebäude des 1950 gegründeten Instituts für Europäische Geschichte in Mainz war am 17. 1. 1953 eingeweiht worden. Bei dieser Gelegenheit hatte Heuss eine Rede gehalten; B 122, 620; vgl. auch Nr. 162.

⁴ Gemeint sind Angehörige des rheinland-pfälzischen Kabinetts.

⁵ Die Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz wurde 1949 vor allem auf Initiative ehemaliger Angehöriger der Preußischen Akademie der Wissenschaften und der Preußischen Akademie der Künste, darunter auch Alfred Döblin, gegründet. Die Akademie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und wird gefördert von der Landesregierung Rheinland-Pfalz; vgl. auch Heuss an Hellpach, 26. 1. 1953, in: N 1221, 308.

⁶ Zum Schutzverband vgl. Nr. 67, Anm. 3.

⁷ Vgl. dazu schon den Artikel von Heuss „Kunst, Revolution, Staatsform“ aus dem Jahr 1919, abgedruckt in: TH. HEUSS, Politiker, S. 98–102.

das Beste des deutschen Volkes sich ausdrücken kann, nicht verkommen oder untergehen.⁸

Mit freundlichen Empfehlungen
Ihr

Th. Heuss

Nr. 155

An Dr. Hermann Höpker Aschoff, z. Zt. Schloss Elmau, Oberbayern
29. Januar 1953

BArch, B 122, 2168: ms. Schreiben, Abschrift eines hs. Schreibens, ms. gez.¹

Glückwunsch zum Geburtstag

Verehrter lieber Freund!

Es ist mir nicht ganz deutlich geworden, ob wir uns an „unserem“ Tag² oder darnach sehen werden. Ich habe mich mit vollkommener Resignation in das Schicksal dieser paar Tage begeben. Sie wissen ja, das Bundespräsidialamt ist eine Sonderabteilung des Transportarbeiterverbandes: Der Koffer muß rechtzeitig wegkommen, muß rechtzeitig eintreffen, Lautsprecher ist eingebaut.

Wir beide haben ja für Sentimentalitäten und für Feierlichkeit keine ausgesprochene Begabung.³ Aber nachdem das Schicksal es mnemotechnisch so liebenswürdig gefügt hat, daß wir den gleichen Geburtstag zu feiern haben, sind wir aneinander gebunden. Es war sehr nett, daß ich Sie dabei immer als den älteren und reiferen empfinden durfte, bis das „immer“ der zwanziger Jahre sich lockerte und ich schließlich merkte: *so* groß ist der Vorsprung doch nicht, bloß ein Jahr. Und dann wurde aus meiner Respekthaltung kameradschaftliche Liebe.

Ich habe für diese Zeilen den „persönlichen“ Briefbogen gewählt – ich schreibe nicht dem anderen „Präsidenten“,⁴ sondern dem Freund.

⁸ Am 3. 2. 1953 erklärte Jahnn in einem Schreiben an Heuss, er habe „in tiefster Verzweiflung geschrieben und [sei] deshalb ein wenig blind“ gewesen. Aus weiterer Korrespondenz wisse er, daß sich Heuss der Sache der Akademie angenommen habe. Ursache seines ersten Schreibens sei sein Vertrauen in Heuss gewesen; B 122, 327.

¹ Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 308: ms. Schreiben, Abschrift eines hs. Briefes.

² Heuss hatte wie Höpker Aschoff am 31. 1. Geburtstag.

³ Vgl. Nr. 3.

⁴ Höpker Aschoff war Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

Der Wunsch, der den Zuruf begleitet, gilt Ihrer Gesundheit – Sie dürfen uns keine Sorgen mehr machen!⁵

Im übrigen – ich weiß das aus mancherlei Erfahrung: auch *dieser* Tag geht vorüber. Wenn es sich glücklich fügt, werden wir uns in diesen Tagen sehen – diese Zeilen aber sollen auf alle Fälle Dank, Verehrung und herzliche Zuneigung bekunden.

Ihnen beiden treulich zugetan
Ihr

Theodor Heuss

Nr. 156

An Fritz Schäffer, Bundesminister der Finanzen, Bonn
30. Januar 1953

BArch, B 122, 442: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Finanzielle Ausstattung der Auslandsvertretungen der Bundesrepublik

Verehrter Herr Bundesminister!

Seit einiger Zeit wollte ich Ihnen einmal einen Brief schreiben, habe aber abgewartet, bis Sie die große Etatrede hinter sich gebracht hatten.² Ich habe mir gern erzählen lassen, daß sie eine gute Aufnahme fand, und werde sie, wenn das Stenogramm der Sitzung vorliegt, brav studieren.

Was ich Ihnen aber zum Ausdruck bringen wollte ist meine Sorge über die finanzielle Ausstattung der Missionen in den fremden Staaten.³ Es ist nicht so, daß die Herren, die sich bei ihren Bonner Besuchen zumeist melden und mir erzählen, mit Klageliedern von sich aus aufwarten. Aber da ich schon vor langer

⁵ Ein vorangegangenes Schreiben Höpker Aschoffs vom 23. 11. 1952 war aus dem Krankenhaus abgeschickt worden; B 122, 2168. Höpker Aschoff starb am 15. 1. 1954. Heuss hielt in Bonn am 19. 1. 1954 die Gedächtnisrede; TH. HEUSS, *Würdigungen*, S. 238–241.

¹ Az. II/8/00; Verfügung: „Vor Abgang Herrn Dr. Klaiber vorzulegen“, am 30. 1. 1953 von Klaiber paraphiert. Eine Abschrift wurde Adenauer am 4. 2. 1953 zugeleitet; B 122, 442.

² Am 28. 1. 1953 hatte Schäffer seine Rede zur Einbringung des Bundeshaushaltes 1953 mit einem Etatvolumen von 25 Milliarden DM gehalten. Die Rede betraf u. a. den Aufbau der Bundesverwaltung, Fragen der Sozialpolitik und des Außenhandels, Probleme der Spartätigkeit und der Steuervergünstigungen; VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, 1. Wahlperiode, Bd. 14, S. 11778–11797.

³ 1950 hatten die Westmächte zunächst Auslandsmissionen in Paris, London und New York genehmigt; 1951 bestanden bereits 31 offizielle Auslandsvertretungen; vgl. H. J. KÜSTERS, *Integrationsfriede*, S. 468.

Zeit einmal in einem Brief von einem der Herren, mit dem ich alte persönliche Beziehungen habe, darauf angesprochen worden bin, wie schwierig es für seine Mitarbeiter ist, die Verbindung mit den etwa gleichrangigen Mitgliedern anderer Missionen zu halten, da sie einfach das Geld dazu nicht besitzen, habe ich selber bei solchen Besuchen die Sprache auf das In-Gang-Kommen der persönlichen Beziehungen gebracht. (In irgendeinem der Berichte ist dann auch einmal mitgeteilt worden, daß einige Herren einer deutschen Mission Einladungen nicht annehmen konnten und können, weil sie keinen Frack besitzen. Die Dinge sind ja an sich läppisch, aber sie sind offenkundig innerhalb des internationalen Betriebs Realitäten.)

Nun weiß ich nicht, wie gegenwärtig die Stimmung im Bundestag gegenüber dem AA ist. Ich will auch nicht davon sprechen, daß nach meinem persönlichen Eindruck im vergangenen Jahr hier Unfrohes und Vermeidbares in der öffentlichen Diskussion geschehen war.⁴ Aber ich würde geneigt sein zu glauben, daß der Haushaltsausschuß des Bundestages mit einer stärkeren Ausstattung der Verfügungsfonds der auswärtigen Missionen einverstanden sein würde. Meine psychologische Sorge ist eher die, daß innerhalb der Beamten eine nicht allzu freundliche Meinung gegenüber Zuwendungen vorhanden sein könnte, die als Bevorzugung wirken. Aber so sehr ich etwa ein aufwändiges Auftreten deutscher Vertreter im Ausland für geradezu schädlich halten würde, so sehr müßte eine etwas größere Beweglichkeit im gesellschaftlichen Verkehr, auch in der Freizügigkeit bei Studien im Land, eigentlich als Notwendigkeit begriffen werden. Ich stecke ja in den Fragen weiter nicht drin und habe keine genauere Mengenvorstellung. Aber diesen Brief durfte ich Ihnen doch schreiben, weil mir die Situation unserer Vertreter im Ausland sehr am Herzen liegt.⁵

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Th. Heuss

⁴ Heuss bezieht sich damit auf die Berichte und Debatten über deutsche Diplomaten und höhere Beamte des Auswärtigen Amtes, die durch ihre Zugehörigkeit zur NSDAP und ihre Tätigkeit während des Zweiten Weltkriegs erheblich belastet waren. 1951/52 war aus diesem Grund ein Untersuchungsausschuss des Bundestages eingerichtet worden; vgl. E. CONZE u. a., Amt, S. 466–488.

⁵ Schäffer erläuterte Heuss am 23. 2. 1953 ausführlich, dass er im vergangenen Jahr gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt darauf hingewirkt habe, die Bezüge und Aufwandsentschädigungen der Mitarbeiter in den Auslandsvertretungen erheblich anheben zu lassen; B 122, 442.

Nr. 157

An Prof. Dr. Carl Jacob Burckhardt, Versailles, Frankreich

9. Februar 1953

UB Basel, NL 110, G, 3077: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Vorgesehene Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes an Carl Jacob Burckhardt; Aufnahme in den Orden Pour le mérite

Verehrter, lieber Prof. Burckhardt!

Besten Dank für Ihren Brief, in dem Sie mir Ihre innere Haltung gegenüber der Frage vortragen, wie Sie sich zu dem Gedanken einer Ordensauszeichnung durch die Bundesrepublik Deutschland verhalten sollten.² Ich bin Ihnen für die freundschaftliche und vertrauensvolle Offenheit, in der Sie mir diese Dinge schreiben, sehr dankbar und werde sie mit dem gleichen Freimut beantworten.

Es wird Sie vor allem erstaunen, daß ich erst durch Ihren Brief davon erfuhr, daß man eine Auszeichnung für Sie in Aussicht genommen hat. Ich habe feststellen lassen, daß der Gedanke im Auswärtigen Amt entstanden ist und von dem Herrn Bundeskanzler gern genehmigt wurde. Die Bundesministerien haben, wie die Ministerpräsidenten der deutschen Länder, das Vorschlagsrecht, und man wollte, bevor man den Antrag an mich heranbrachte, eine diskrete Vorfrage stellen. Die Präliminarien sollten geklärt sein, ehe die Schlußentscheidung zu mir kam.

Ich habe mich an sich sehr gefreut, daß der Gedanke dort, völlig unabhängig von mir, entstanden war, und würde natürlich keinen Augenblick gezögert haben, mein Plazet zu erteilen. Aber man wußte in dem Auswärtigen Amt offenbar nicht genügend von unseren freundschaftlich-vertrauensvollen Beziehungen, sonst hätte es ja nahegelegen, daß ein rein persönlicher Briefwechsel zwischen uns eine Klärung gebracht hätte. Ich habe zunächst veranlaßt – und denke, daß Sie damit einverstanden sind –, daß die Frage „gestoppt“ wird, und da in der nächsten Woche Dr. Hausenstein, mit dem ich ja seit meiner Studienzeit befreundet bin,³ hier sein wird, will ich die Dinge mit ihm besprechen, so daß keinerlei Verstimmung entsteht. Denn was Sie mir in Ihrem Brief darlegen, ist mir vom Psychologischen her in Ihrer Situation völlig verständlich.

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 308; B 122, 38252 und DLA, A: Heuss, 4069–4072: ms. Schreiben, Durchschlag mit Verfügung: „Vor Abgang Herrn Dr. Klaiber vorzulegen“.

² Burckhardt hatte sich in seinem Schreiben vom 3. 2. 1953 gegenüber der Verleihung von Orden an ihn ablehnend geäußert, da in der Schweiz seine Auszeichnung mit dem französischen Orden des Kommandeurs der Ehrenlegion Unwillen ausgelöst habe und weil er nicht der Eitelkeit bezichtigt werden wolle; B 122, 38252.

³ Zur Freundschaft mit Hausenstein vgl. Nr. 29, Anm. 5.

Nun kann es sein, ich weiß es nicht, daß die Ordensfrage von einer anderen Ecke aus einmal in die Besprechung kam.

Ich denke, daß es Ihnen nicht entgangen ist, daß ich im vergangenen Jahr die Friedensklasse des Ordens *Pour le mérite* in des Wortes wahrster Bedeutung vor dem Aussterben rettete,⁴ da von den dreißig „Rittern“ nur noch drei lebten.⁵ Indem ich sozusagen die Nachfolge der preußischen Könige usurpierte, habe ich im Einvernehmen mit den drei alten Ordensträgern zunächst die Ergänzung auf 18 Mitglieder herbeigeführt, der dann vor einigen Wochen die Abrundung auf die historischen dreißig folgte. Unter den fünfzehn ersten Neugewählten sind etwa die uns gemeinsam vertrauten Rudolf Alexander Schröder und Ernst Robert Curtius.

Der Zufall will es, daß ich vor 11 Jahren nebenher etwas wie der Historiker dieser Friedensklasse des *Pour le mérite* geworden war. Verschiedene Verwandte meiner Frau, zumal auch ihr Vater,⁶ besaßen den Orden. Ich habe, als der Stiftungstag sich zum 100. Male jährte, von dem alten Max Planck alles, was er von Harnack erhalten hatte,⁷ zur Verfügung gestellt bekommen und schrieb damals den Aufsatz „Ein Areopag des Geistes“ in der Frankfurter Zeitung.⁸ Der Aufsatz konnte freilich nicht unter meinem Namen erscheinen, da ich Berufsverbot in der Publizistik hatte.⁹ Ich lege Ihnen den Aufsatz, der ja immerhin ein Stück Geistesgeschichte spiegelt, bei.

Nun habe ich bei der Neukonstituierung des Ordens den Herren nahegelegt, und einen freundlichen Widerhall gefunden, die alte Ordnung des Alexander von Humboldt wieder zu erneuern – die 1924 weggefallen war – und bis zu dreißig Angehörige anderer Staaten in diese Ordensreihe mit aufzunehmen. Ich denke, daß an dem Entwurf neuer Statuten gearbeitet wird; ich halte mich in den technischen Dingen jetzt zurück, um das Bewußtsein der inneren Autonomie in dem Kreis zu stärken. Ich hatte bei einer Besprechung einmal ausgeführt, daß man an Männer wie den inzwischen verstorbenen Benedetto Croce, an Niels Bohr, an Carl Burckhardt, an George Eliot¹⁰ denken könne, und ich entsinne mich, wie Ernst Robert Curtius den Namen eines großen spanischen Gelehrten (kein Publizist) genannt hat. Ich schreibe Ihnen darüber so ausführlich, weil ich nun, wenn diese Regelung, wie ich hoffe, zustande kommen sollte, in der Tat mich herzlich freuen

⁴ Vgl. Nr. 129, Nr. 129a, Nr. 144.

⁵ Furtwängler, von Kuhl, Littmann.

⁶ Der Nationalökonom Georg Friedrich Knapp erhielt den Orden *Pour le mérite* (Friedensklasse) 1918. Bei den angesprochenen Verwandten bezieht sich Heuss auch auf Justus von Liebig und Adolf von Harnack.

⁷ Von Harnack war 1923–1930 Ordenskanzler und Planck seit 1930 sein Nachfolger.

⁸ Vgl. Nr. 49, Anm. 7.

⁹ Vgl. Nr. 70, Anm. 13.

¹⁰ Statt George Eliot (Pseudonym für die englische Schriftstellerin Mary Ann Evans) wird Thomas Stearns Eliot gemeint sein, der 1948 den Nobelpreis für Literatur erhalten hatte und 1959 in den Orden *Pour le mérite* aufgenommen wurde.

würde, wenn das Ordenskapitel Sie um die Annahme der Friedensklasse des Pour le mérite ersuchen würde und wenn Sie dieses Ersuchen annehmen könnten. Denn dieser Orden hat nach seiner Struktur und Geschichte nicht den staatspolitischen Charakter wie sonstige Auszeichnungen, sondern er trägt ein geistesaristokratisches Element und ist, nach meinem Gefühl zumindest, in der Bildungsgeschichte, und zwar nicht bloß der Deutschlands, als die edelste Anerkennung für wissenschaftliche und künstlerische Leistungen empfunden worden, die mit Deutschland verbunden ist. Ich würde glauben, daß die großen Namen, die mit ihm verknüpft sind, auch wenn eine lange Pause des Verkehrs mit dem Ausland dazwischen liegt (fast vier Jahrzehnte!), doch in der wissenschaftlichen und geistigen Welt heute noch oder heute wieder eine sammelnde Kraft darstellen.

Sie wollen bitte nachsichtig sein, daß ich so ausführlich geschrieben habe, aber daraus entnehmen, daß Ihre Dinge mich bewegen.¹¹

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 158

An Hanne Heuss, Lörrach-Tumringen

10. Februar 1953

BArch, N 1221, 308: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“

Lektorats- und Korrekturarbeiten an den Jugenderinnerungen „Vorspiele des Lebens“

Liebe Hanne!

Da heute Abend „karnevalistische Sitzung“ unter Beteiligung der Damen Hedwig Heuss und Charlotte Kaempffer¹ ist, werde ich vollends einen geruhigen Abend haben, in dem das Schlußkapitel der „Vorspiele“ abgefeilt werden wird.

Ich habe Dir in den letzten Tagen nichts mehr geschickt,

a) weil du doch im Bett lagst;²

¹¹ Eine Antwort Burckhardts auf dieses Schreiben ließ sich nicht ermitteln. Burckhardt wurde 1955 in den Orden aufgenommen.

¹ Kaempffer war nach Bonn gekommen, um den Nachlass von Heuss-Knapp zu ordnen, da Heuss durch seine „amtliche Überforderung“ dazu nicht in der Lage sei; Heuss an Heidi Denzel, 28. 1. 1953: N 1221, 308; vgl. auch Nr. 160.

² Zur Grippewelle vgl. auch Nr. 160.

b) vor allem aber, weil ich bei dem Übergang in die später geschriebenen Studentenjahre an einigen Stellen, die auch von Dir vermerkt wurden, Wiederholungen streichen mußte, was zum Teil vorn, zum Teil hinten geschah.

Du wirst bei der Kontrolle sehen, daß ich ziemlich brav gewesen bin und Dir in den meisten Stellen folgte. Ich hoffe nur, daß ich nicht zu folgsam war und schließlich alle „heiter“ und alle „keck“ aus dem Manuskript verschwunden sind. Daß sind nicht bloß Lieblingsworte von mir, sondern die Benennungen eines Seelenzustandes, wie er nun eben in der Jugend gewesen ist. Ich kann da nicht mit „düster“ und „traurig“ operieren.

An ein paar Stellen ergab sich, daß Du viel besser erzogen bist, als ich es war. Das Wort „Dreck“ muß natürlich bleiben. Es ist viel schöner wie „Schmutz“, und „Sauerei“ darf nicht durch „Unruhe“ ersetzt werden. Die erzählende Bubendrastik darf nicht ganz verschwinden, denn sonst verliert ja das Buch ein Stück der fröhlichen Laune, in der es im Frühsommer 1945 in ein paar Wochen niedergeschrieben wurde.³

In der Fremdwörtertilgung bin ich Dir weitgehend gefolgt, aber nicht durchweg. Denn die Benutzung des Fremdworts hat an einigen Stellen mit dem ihm eigenen Pathos die Wirkung der Selbstironisierung, die dann sehr bewußt gesetzt ist. Daß ich meinen Kindernamen „Dorle“ nicht, wie es bei Dir geschieht, noch erkläre, mußt du verstehen. Der Leser darf eine bescheidene Phantasie selber in die Arbeit mithereinnehmen.

Nach einer kleinen Pause, in der ich ein paar andere dringende Geschichten fertig machen muß, will ich an den geplanten kurzen Anhang, der ein paar Exkurse bringen soll.⁴ Vor der Drucklegung muß aber noch gesichert werden, ob im Druck Sperrungen bzw. Kursivschrift für Eigennamen oder herausgehobene Worte gewählt wird. Darüber schreibe ich an Leins;⁵ der Durchdruck liegt bei, wie auch er einen Durchschlag dieses meines Briefes an Dich erhält.

Ich hoffe sehr, daß Ihr alle gut über die Grippe hinwegkommt. Hier sind Klaiber und Werz zur temperierten Arbeit wieder aufgezo-gen.

Mit herzlichen Grüßen

Th. Heuss

1 Anlage

³ Zur Niederschrift der Jugenderinnerungen vgl. Heuss an Otto Fischer, 17. 7. 1945; Heuss an Gustav Stolper, 23. 8. 1945, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 104, 107f.

⁴ Erläuterungen von Heuss zu einzelnen Textpassagen; vgl. TH. HEUSS, Vorspiele, S. 323–336.

⁵ Heuss an Leins, 10. 2. 1953, in: N 1221, 506.

Nr. 159

An Siegfried Sasse, Berlin-Dahlem

14. Februar¹ 1953

BArch, N 1221, 308: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und von Bott ms. gez.²

Zusendung eines Gedenkwortes für die Geschwister Scholl

Sehr geehrter Herr Sasse!

Der Herr Bundespräsident, der, wie Ihnen ja mitgeteilt wurde, der Einladung, an der Kundgebung zum Gedächtnis der Geschwister Scholl³ teilzunehmen, nicht folgen kann,⁴ hat einige Gedanken zu Papier gebracht⁵ und stellt Ihnen anheim, von dieser Stellungnahme, die ich Ihnen beifüge, Kenntnis zu geben.⁶

Mit freundlichen Grüßen

(Hans Bott)

Persönlicher Referent des Bundespräsidenten

Nr. 159a

Gedenkworte für die Geschwister Scholl

14. Februar 1953

BArch, N 1221, 308: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und von Bott ms. gez., ohne Anrede; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Als wir vor zehn Jahren, zuerst als halbes Gerücht, dann mit der zuverlässigen Bestätigung von dem kühnen Versuch erfuhren, womit die Geschwister Scholl

¹ In der Vorlage Anschreiben fehlerhaft auf den 14. 1. 1953 datiert.

² Az. I/21-3; weiterer Nachweis: B 122, 371: ms. Schreiben, Durchschlag. Ein Schreiben gleichen Wortlauts sandte das Bundespräsidialamt an den Verband deutscher Studentenschaften in München; B 122, 371.

³ Die Geschwister Hans und Sophie Scholl, Angehörige des 1942 gegründeten studentischen Widerstandskreises „Weiße Rose“ in München, wurden am 18. 2. 1943 beim Verteilen von Flugblättern verhaftet, am 22. 2. vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am selben Tag hingerichtet.

⁴ Sasse von der Studentenvertretung der Freien Universität Berlin an Heuss, 23. 1. 1953; Heuss (gez. Bott) an Sasse, 28. 1. 1953, beide in: B 122, 371.

⁵ Vgl. Nr. 159a.

⁶ Heuss teilte Inge Aicher-Scholl am 28. 2. 1953 mit, er könne an den Universitäten in Berlin und München nicht zum Gedenken an die Geschwister Scholl sprechen, weil er schon eine Rede in Frankfurt zugesagt habe; stattdessen habe er eine Grußadresse für Berlin und München verfasst; B 122, 376.

¹ Weiterer Nachweis: B 122, 371: ms. Schreiben, Durchschlag. Ein Schreiben gleichen Wortlauts sandte das Bundespräsidialamt an den Verband deutscher Studentenschaften in München; B 122, 371.

und ihr Freundeskreis das Gewissen der studierenden Jugend zu erreichen suchten, da wußten wir, und sprachen es auch aus: Dieser Aufschrei der deutschen Seele wird durch die Geschichte weiterhallen, der Tod kann ihn nicht, konnte ihn nicht in die Stummheit zwingen. Die Sätze, die auf Papierfetzen durch die Münchner Hochschule flatterten, waren ein Fanal und sind es geblieben.

So wurde das tapfere Sterben der jungen Menschen, die gegen die Phrase und die Lüge die Reinheit der Gesinnung und den Mut zur Wahrheit setzten, im Auslöschen ihres Lebens zu einem Sieg.

So muß ihre Erscheinung inmitten der deutschen Tragik begriffen werden – nicht als ein gegenüber der Gewalt mißglückender Versuch zur Wende, sondern als das Abschirmen eines Lichtes in der dunkelsten Stunde.

Und darum gehören ihrem Gedächtnis Dank und Ehrfurcht.²

Theodor Heuss

Nr. 160

An Dr. Wilhelm Hoffmann, Stuttgart

17. Februar 1953

BArch, N 1221, 308: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Herausgabe einer Bibliographie der Werke von Theodor Heuss

Lieber Dr. Hoffmann!

Freundlichen Dank für Ihren Brief² – Tgb.B 1953/245 – und die Wünsche zum Geburtstag. Ich selber hatte das Glück, daß, während rings um mich die Menschen ins Grippebett sanken,³ ich wie die berühmte deutsche Eiche feststand und keinen Tag aussetzen mußte.

Nun muß ich Ihnen wegen der Frage einer Heuss-Bibliographie antworten.⁴ Die Dinge liegen in sich komplizierter, als Sie sich das zunächst einmal gedacht

² Vgl. auch die Bezugnahme von Heuss auf die Geschwistern Scholl in seinen Reden „In Memoriam“ (1945) und „Vom Recht zum Widerstand – Dank und Bekenntnis“ (1954), in: TH. HEUSS, Politiker, S. 304, S. 432.

¹ Az. IV/1/01; weitere Nachweise: N 1221, 384 und GStA PK, NL 265, 122: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Hoffmann an Heuss, 14. 2. 1953, in: SBB PK, NL 265, 122.

³ Vgl. Nr. 158.

⁴ Hoffmann, Direktor der Württembergischen Landesbibliothek, hatte Heuss am 14. 2. 1953 wegen einer beabsichtigten Bibliographie der Schriften von Heuss und Heuss-Knapp angeschrieben und um Mithilfe gebeten; wie Anm. 2.

haben. Der Berliner Schriftsteller Walter G. Oschilewski, der ja auch schon einmal eine Bibliographie von Benz-Heidelberg⁵ gemacht hat, gab mir schon vor vielen Jahren einmal die Mitteilung, daß er eine Bibliographie meines politischen und literarischen Arbeitens vorhabe,⁶ und vor ein paar Monaten hat er mir geschrieben, daß er an die Sache wieder herangegangen ist.⁷

Die erste Idee stammt aus der Zeit, ehe ich Bundespräsident war, und er bittet mich bzw. Bott um Unterstützung. Er hat dabei auch von sich aus verlagstechnische Vorstellungen, die ich in ihrer Bedeutung nicht ganz zu beurteilen vermag. Ich selber kenne ihn aus ein oder zwei persönlichen Begegnungen, habe aber aus der Benz-Bibliographie den Eindruck, daß er diese Dinge mit Sachkunde und Zuverlässigkeit macht. Er selber meinte einmal in einem Brief, daß das ein hobby von ihm sei.

Ich selber habe, um Oschilewski eine Stütze zu geben, im Lauf der letzten Wochen, als ich an ein Bündel mit Sonderdrucken kam, ein paar Seiten lang Notizen gemacht, die bis jetzt nur noch nicht abgeschrieben worden sind, weil meine beiden Sekretärinnen einfach überfordert sind. Aber ich habe auch Oschilewski gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß die Aufgabe ungeheuer schwierig ist, wenn man sie nicht von vornherein begrenzt.⁸

Das, was als Buch oder Broschüre erschienen ist und ja zum Teil einfach im alten oder neuen Kürschner⁹ nachgelesen werden kann, festzuhalten ist ja kein großes Problem. Aber andererseits ist es vollkommen unmöglich, die Totalität meiner publizistischen Tätigkeit zu erfassen, und es lohnt sich auch einfach nicht. Es ist ja wohl auch für jeden noch so genau denkenden Bibliographen eine Unmöglichkeit, daran zu denken, daß sich alles das, was ich an politischen Leitartikeln oder Glossen und Buchbesprechungen in meinem Leben gemacht habe, verzeichnet werden soll. Da ist natürlich sehr viel Zeug darunter, das sich gar nicht lohnt.

Zweckvoll ist auf der anderen Seite natürlich das, was in Buchpublikationen erschienen ist und zwar nicht bloß in den eigenen, sondern in den zahlreichen Sammelwerken, in denen ein Beitrag von mir enthalten ist. Darüber habe ich ja

⁵ WALTHER G. OSCHILEWSKI: Über Richard Benz, mit einer Bibliographie, Frankfurt a. M. 1944.

⁶ Ließ sich nicht ermitteln.

⁷ Oschilewski an Heuss, 26. 11. 1952, in: N 1221, 384.

⁸ Heuss hatte in einem Schreiben an Oschilewski vom 2. 12. 1952, in dem er sich positiv über eine Bibliographie, skeptisch über eine Biographie ausgelassen hatte, bemerkt: „Die Sache wird aber eine Mordsarbeit werden, auch wenn man die Publizistik in den Zeitungen und den Zeitschriften natürlich völlig auf die Seite lassen muß. Denn sonst würde es geradezu unübersehbar werden, wenn auch freilich in manchen der Zeitschriften Aufsätze, wenn nicht bibliographisch, so doch biographisch nach meinem eigenen Gefühl nicht ganz uninteressant sind wie etwa frühere Auseinandersetzungen mit Stefan George und seinem Kreis in den Münchener Propyläen und ähnliches.“ Weiter erklärte sich Heuss bereit, eine Zusammenstellung seiner Publikationen vorzunehmen. Er befürwortete ein Erscheinen der Bibliographie zu seinem 70. Geburtstag; N 1221, 307.

⁹ Kürschners deutscher Gelehrten-Kalender erschien zuerst im Jahr 1925.

angefangen, teils wenn ich die Sonderdrucke vor mit hatte, teils wenn ich mein Gedächtnis strapazierte, etwas wie eine allgemeine Liste ohne die bibliographisch-technischen Dinge zusammenzustellen.

Daneben gibt es aber nun noch einige Spezialfälle: was geschieht mit Beiträgen

a) in Zeitschriften;

b) in Spezialbeilagen von Zeitungen;

c) mit Beiträgen in ausländischen Zeitschriften?

Deren gibt es nämlich auch einige aus der Zeit vor allem der ersten großen Inflation.¹⁰ Aber Belege sind nur gering vorhanden.

Das große Leid in der ganzen Geschichte ist, daß bei den Transporten von Berlin nach Stuttgart einige Kisten verloren gegangen sind und darunter leider auch die, in der etwa die wesentlichen meiner Arbeiten aus der Nazizeit verschollen sind,¹¹ auch die jährlichen Tagebücher meiner Frau, was sehr viel bedauernswerter ist. Hier also entsteht eine zeitlich umgrenzte Schwierigkeit, die vor allem mit darauf beruht, daß ja damals in Zeitungen und auch in Zeitschriften Aufsätze nicht mit meinem Namen erschienen.

Ich weiß nicht, welche Vorstellungen Sie selber für eine solche Aufgabe haben; ich bin auch nicht ganz klar, wie weit Herr Oschilewski an die Zeitschriften denkt. Ich selber weiß, daß eine wirklich zuverlässige Zusammenstellung auch für die Zeitschriften nicht möglich sein wird. Dabei sind aber etwa in den Beilagen zur „Münchener Zeitung“, die Propyläen hießen, Aufsätze von mir, die ich für wichtig halte, wie etwa in verhältnismäßig früher Zeit 1912 über Stefan George und seinen Kreis¹² oder einen Aufsatz über Cervantes und Shakespeare.¹³ Es sind im „Kunstwart“ Aufsätze wie etwa einer über Frank Wedekind.¹⁴ Es sind in der Bruckmann'schen „Kunst und Dekoration“ eine Reihe grundsätzlicher Aufsätze zu Architektur- und Stilfragen.¹⁵ Es gibt in technischen Zeitschriften „Neue deutsche Bauzeitung“ usf. aus verhältnismäßig früher Zeit verhältnismäßig verständige Arbeiten.¹⁶ Bei manchen weiß ich ungefähr wann, bei anderen habe ich keine Ahnung mehr, und dann fällt mir doch plötzlich ein: Darüber hast Du ja auch einmal geschrieben.

¹⁰ Die Grundlagen für die „erste große Inflation“ im Deutschen Reich waren bereits mit der Anleihenpolitik für den Ersten Weltkrieg gelegt; ihren Höhepunkt erreichte die Inflation in den Jahren 1922/23; vgl. C.-L. HOLTFRERICH, Inflation.

¹¹ Vgl. Heuss an Leins, 5. 3. 1947, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 257f.

¹² Vgl. Nr. 133, Anm. 12.

¹³ THEODOR HEUSS: Shakespeare und Cervantes. Zu ihrem 300. Todestage am 23. April, in: Propyläen, 21. 4. 1916, nachgedruckt in: H.-H. WELCHERT, Theodor-Heuss-Lesebuch, S. 198f.

¹⁴ THEODOR HEUSS: Frank Wedekind, in: Der Kunstwart 22 (Juni 1909), Nr. 17, S. 262–269.

¹⁵ Ließen sich nicht ermitteln.

¹⁶ So z. B. THEODOR HEUSS: Menzel als Architekt, in: Neudeutsche Bauzeitung 3 (1907), S. 193f; DERS.: Die Architektur auf der großen Berliner Kunstausstellung, in: ebd., S. 228.

Was ich Ihnen hier mitteile, ist etwas abschreckend, denn ich finde an sich die Idee nett und auch im gewissen Sinn verständig, aber die technische Durchführung doch recht schwierig.

Nun hat aber ganz unzweifelhaft Herr Walther G. Oschilewski zunächst vor Ihnen das Prä. Es würde unanständig von mir sein, wenn ich ihm sagen würde, das wird von anderer Seite, die mir landsmannschaftlich näher steht, auch beabsichtigt. Aber ich will ihm nun einfach einmal Ihren Brief senden¹⁷ und es wird an ihm und Ihnen liegen, ob das als Gemeinschaftsarbeit möglich ist, wie man sich gegenseitig hilft oder stützt, wie eine Arbeitsteilung sich ergibt. Ich weiß nicht, ob Herr Oschilewski vielleicht sich darüber freuen würde, wenn die Publikation im Rahmen der Bibliotheksgesellschaft oder Landesbibliothek erfolgte. Darüber müßte etwa eine unmittelbare Fühlungnahme zwischen Ihnen erfolgen.

Mit Leins habe ich über diese Sache nie gesprochen. Ich selber übersehe gar nicht, wie solche Bibliographie sozusagen geschäftlich unterbaut werden könnte. Sie sind im Grunde ja doch nur für einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Bibliotheken oder wissenschaftlich-geschichtliche Sachbearbeiter wertvoll. Ich habe von Bibliographien, etwa über Naumann,¹⁸ an denen ich auch mitgewirkt habe, oder meinen Lehrer Brentano in meiner eigenen Arbeit schon manchen Nutzen gezogen.

Die Adresse von Herrn Walther G. Oschilewski ist:

Berlin-Grunewald Bismarckplatz.

Sehr reizend finde ich Ihre Bemerkung, daß mit einer Bibliographie von mir eventuell auch eine solche meiner Frau erfolgen wird. Es ist gegenwärtig unsere langjährige ehemalige Privatsekretärin¹⁹ hier, um in ihren Nachlaß etwas Ordnung zu bringen.²⁰ Auch hier ist die Publizistik ziemlich zerstreut, aber doch nicht so sehr wie bei mir. Es gibt auch hier noch Lücken, an deren Ausfüllung ich selber mich beteiligen muß.

Mit guten Grüßen

Ihr

Th. Heuss

¹⁷ Heuss an Oschilewski, 17. 2. 1953, in: N 1221, 384. Von Oschilewski wurde keine Heuss-Bibliographie vorgelegt.

¹⁸ Vermutlich gemeint: JOHANNES HERZ: Friedrich-Naumann-Bibliographie, in: Evangelisch-Soziale Vierteljahrsschrift für die sozial-kirchliche Arbeit 34 (Juli/September 1929), Nr. 3, S. 97–107.

¹⁹ Charlotte Kaempffer.

²⁰ Seinem Sohn schrieb Heuss am 20. 2. 1953, Kaempffer komme „mit der Arbeit hier jetzt ganz nett voran“; N 1221, 308.

Nr. 161

An Dr. Toni Stolper, New York

23. Februar 1953

BArch, N 1221, 491: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung¹

Wohnungsangelegenheit von Toni Stolper; Zusendung der Briefe von Elly Heuss-Knapp; Treffen mit Ernst Jäckh

Liebe Toni!

Freundlichen Dank für Deinen Brief an Lotti² mit der Mitteilung, daß Deine Wohnungsdinge die Katastrophe des In-der-Luft-Hängens angestreift hatten. Hoffentlich regelt es sich bald zur Zufriedenheit.

Wegen der Übermittlung der Elly-Briefe dies: Ich habe am Freitagabend mit dem deutschen Generalkonsul Dr. Riesser gesprochen. Er wird die Expedition als Kuriersendung gerne übernehmen, bittet aber, wenn Du ihm die Sachen schickst oder überbringst oder wie das gedacht ist, an ihn persönlich zu adressieren, damit die Dinge nicht im Geschäftstrubel daneben gehen.

In der vorigen Woche hat mich Ernst Jäckh in großartiger Weise „überfahren“.³ Er war uns von Stuttgart gemeinsam mit dem ehemaligen Kultminister Dr. Bäuerle durch das Haus Bosch angekündigt, um mit mir über das Schicksal einer seit über 20 Jahren in Stuttgart bestehenden George-Washington-Library zu sprechen.⁴ Eine halbe Stunde, ehe er dann kam, sandte er einen Zettel, daß Mrs. Anshen in der Sache mir Bericht über ihre entsprechenden Verhandlungen mit amerikanischen

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 308: ms. Schreiben, Durchschlag.

² An Charlotte Kaempffer, die zu dieser Zeit den Nachlass von Heuss-Knapp ordnete, hatte Toni Stolper am 15. 2. 1953 u. a. geschrieben, dass sie den Briefwechsel mit Heuss-Knapp nach Deutschland schicken wolle, eventuell wegen des Umfangs nicht mit Luftpost, sondern mit einem Kurier des Generalkonsulats. Außerdem berichtete sie von einem gescheiterten Wohnungswechsel; N 1221, 491.

³ Ausführlich hatte Heuss seinem Sohn am 20. 2. 1953 darüber berichtet: Jäckh habe mit ihm über den Ausbau der George-Washington-Memorial-Library der TH Stuttgart, die im Krieg zerstört worden sei, sprechen wollen. Heuss hielt die Planung für „phantastisch“ und meinte, ihm sei „unklar, ob er [Jäckh] eigentlich in diese Stuttgarter Gesellschaft eingestiegen ist, um hier eine neue Position für sich aufzubauen.“ Jäckh habe sich bewusst um eine Stunde verspätet, nachdem er zuvor ein Schreiben an Heuss gerichtet habe, in dem er „die entweder nun vollzogene oder bevorstehende Heirat mitteilte“. Dies sei „zwar sehr taktlos, aber sehr genial“ gewesen. Heuss habe jedoch darauf nicht reagiert. Mrs. Anshen habe sich bei der Unterredung sehr zurückgehalten. Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch habe es nicht gegeben; N 1221, 308.

⁴ 1932 wurde an der TH Stuttgart die George-Washington-Memorial-Library aufgebaut, weitgehend finanziert durch amerikanische Spenden, um ausländische Literatur bereitzustellen. 1951 wiederbelebt, wurde die Bibliothek wegen mangelnder Unterstützung 1957 aufgelöst; vgl. W. KEHR, Handbuch, S. 320; Material in: B 122, 337, dort auch über den Einsatz von Heuss für das George-Washington-Institut für Amerikakunde an der TH Stuttgart; vgl. auch Heuss an Jäckh, 24. 2. 1954, in: N 1221, 316.

Stellen geben werde. Dann waren sie beide da, nachdem vorher noch ein kleines Billet mir mitgeteilt hatte, daß ich vor der Veröffentlichung erfahren solle, daß Mrs. Anshen am 22. Februar (seinem 78. Geburtstag!) Mrs. Jackh-Anshen sein werde.⁵ Auf das letztere bin ich aber dann in der Konferenz, zu der noch ein Beamter des AA geholt worden war, nicht eingegangen.

Mit vielen guten Grüßen
Dein

Theodor

Nr. 162

An Martin Niemöller, Frankfurt a. M.-Süd
27. Februar 1953

BArch, B 122, 620: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Kritik Martin Niemöllers am Besuch des Mainzer Instituts für Europäische Geschichte durch Theodor Heuss; Lutherdarstellung von Joseph Lortz

Sehr geehrter Herr Kirchenpräsident!

Für den Brief,² in dem Sie mir Ihre Bedenken zum Ausdruck bringen, daß ich bei der Einweihung des Mainzer Instituts anwesend war und gesprochen habe,³

⁵ Marta Jäckh hatte in zwei Briefen vom 2. 6. und 8. 7. 1952 ausführlich über die Trennung von Ernst Jäckh und die Regelungen der Scheidung berichtet; N 1221, 83. Gegenüber Josef Eberle bemerkte Heuss noch am 29. 5. 1963, er habe schwer ertragen, dass Jäckh „sich als 77jähriger Mann von seiner tapferen Frau Marta Ruben hat scheiden lassen“. Es sei seine private Auffassung, „daß man so etwas aus Geschmacksgründen nicht tut“; N 1221, 126.

¹ Verfügung: „Vor Abgang Herrn Dr. Klaiber vorzulegen“, von Klaiber am 27. 2. 1953 paraphiert; weiterer Nachweis: N 1221, 308: ms. Schreiben, Durchschlag.

² In seinem Schreiben vom 23. 2. 1953 hatte der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Niemöller, erklärt, die Evangelische Kirche könne dem Mainzer Institut für Europäische Geschichte kein Vertrauen entgegenbringen. Der Direktor der Abteilung für Religionsgeschichte des Instituts, Joseph Lortz, habe sich in „Staatszeitung und Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz“ (Nr. 25 vom 24. 6. 1951) über die Reformation Martin Luthers ablehnend geäußert, indem er sie als „dauernde Belastung für eine politische und geistig-kulturelle Erneuerung“ bezeichnet habe. Lortz habe ausgeführt, dass die Reformation Luthers „vor allem die tragenden christlichen Fundamente europäischer Einheit ungläubwürdig gemacht“ habe. „Tödliche Seuchen“ wie „Skepsis, Aufklärung, Individualismus“, „Apostasie bis hin zum militanten Atheismus“ seien laut Lortz von ihr ausgegangen und hätten zur dauerhaften Spaltung Europas geführt. Lortz galt für Niemöller als eigentlicher Gründer des Instituts; B 122, 620; vgl. auch M. VOGT, Zielsetzungen, S. 67.

³ Die Einweihung des Gebäudes des außeruniversitären Instituts für Europäische Geschichte in der „alten Universität“ in Mainz hatte am 17. 1. 1953 stattgefunden; vgl. INSTITUT, S. 3–11; die

danke ich Ihnen. Sie würden mich, falls Sie von diesem Plan meiner Teilnahme frühzeitig etwas gewußt hätten, gewarnt haben, die Einladung anzunehmen. Ich fürchte, daß ich dieser Warnung nicht gefolgt wäre.

Denn den Versuch als solchen, die Religionsgeschichte in ihrer übernationalen, in ihrer soziologischen, in ihrer politischen Ausstrahlung über das Kirchengeschichtliche hinaus mit zu untersuchen, halte ich für eine wichtige Sache, freilich ohne ganz zu übersehen, ob sie auch an anderer Stelle schon aufgenommen ist. Überwiegend werden ja diese Dinge von der geistigen Mächtigkeit und dem menschlichen Takt der Veranstalter und der Leiter solcher Versuche abhängen. Ich will mich ja nicht als einen Fachkenner der theologischen Literatur aufspielen, der ich nicht bin. Ich darf aber sagen, daß die große Arbeit, die Prof. Lortz vor einer Reihe von Jahren geschrieben hat, mich in ihrer geistigen Haltung und in ihrem literarischen Ausdrucksvermögen gefesselt und beeindruckt hat.⁴ Es ist mir bekannt, daß das auch bei einer ganzen Reihe von evangelischen Theologen der Fall gewesen ist, weil Luther immerhin nun sehr stark als homo religiosus begriffen und dargestellt wurde. Die Sätze, die Sie zitieren und mit denen Sie Ihre Warnung stützen, entsprechen nicht meiner Auffassung der Geschichte, sind mir aber aus dem Munde eines katholischen Theologen nicht weiter erstaunlich. Ich finde, daß sie einer Auffassung entsprechen, der man auch in evangelischer Darstellung der Geistesgeschichte begegnen kann: daß, wenn nicht die Figur Luthers selber, so doch die unmittelbare und dann breitere Fernwirkung der Reformation zumindest als eine der Voraussetzungen der geistigen Bewegungen, die man mit Aufklärung und idealistischer Philosophie in ihren verschiedenen Auswirkungen umfaßt, betrachtet wird, wenn nicht – wie bei manchen angenommen wird – als deren Ursache. Das wissenschaftliche Modewort von der Säkularisationserscheinung, das ich selber weithin für geschichtlich falsch halte, pflegt sich ja an diese von der religiösen Diskussion des Individuums ausgehenden Reflexionen anzuknüpfen, die gewiß nicht dem Anliegen Luthers entsprechen, aber in der Verbundenheit mit der Zeitlage des beginnenden 16. Jahrhunderts sich auch mit dem Kirchenreformatorischen verschlungen haben.

Nun ist das doch fast eine breitere Argumentation geworden. Es würde mir unrichtig erscheinen, wenn ich Ihnen nicht aussprechen würde, daß die Erscheinung von Joseph Lortz auch im persönlichen Gespräch mir den Eindruck eines geistig bedeutenden und aufgeschlossenen Menschen gemacht hat. Ich selber freilich habe mich mein ganzes Leben lang von einem antikatholischen Komplex frei gefühlt und immer gute Freundschaft mit katholischen Menschen und Geistlichen gehabt.

Ansprache von Heuss unter dem Titel „Zur Frage einer europäischen Geschichtsforschung“ in: N 1221, 9, abgedruckt in: DREI REDEN, S. 61–67.

⁴ JOSEPH LORTZ: Die Reformation in Deutschland, 2 Bde., Freiburg 1939/40.

Vielleicht interessiert es sie, den Wortlaut meiner Ansprache, in der freilich dieses Problem nur Teilstück ist, zu lesen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Th. Heuss

Nr. 163

An Prof. Dr. Ludwig Erhard, Bundesminister für Wirtschaft, Bonn
28. Februar 1953

BArch, N 1221, 308: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Würdigung des Bundeswirtschaftsministers

Verehrter, lieber Herr Professor Erhard!

Es werden jetzt fünf Jahre, daß Sie in die verantwortliche Politik zurückgekehrt sind, um auf den geschichtlichen Ablauf der wirtschaftlichen Neugestaltung den entscheidenden Einfluß auszuüben.² Ich glaube, Sie dürfen zwischen all dem Hin und Her der theoretischen Diskussionen und der tagespolitischen Polemiken mit dem, was in diesen Jahren geleistet wurde und wie Sie das Bild Deutschlands verwandelt haben, zufrieden sein. Es ist ein Glück, daß Sie immer gute Nerven gehabt haben, und ich denke, es wird so bleiben.

Als wir uns neulich in Frankfurt sahen,³ haben wir uns darüber verständigt, daß es in der Wirtschaft keine Wunder⁴ gibt (falls man nicht eine neue technische Erfindung, eine neue technische Leistung wie etwa die Fernübertragung der elektrischen Kraft für ein „Wunder“ halten will). Der Hintergrund eines willigen Orchesters, das sich darauf freut, eine groß angelegte Symphonie endlich wieder spielen zu können, gehört zu den Voraussetzungen. Aber es ist auch der Mann der richtigen Stabführung notwendig, und ich kann mir in meiner Phantasie das Bild gut vorstellen, wenn Sie das eine Mal den Bässen der Schwerindustrie ein forte oder ein piano zutaktieren oder dann mit einer leichten Handbewegung dem qualifizierten Handwerk die Ermunterung geben, mit dem Flötensolo sich zu melden. Bei dem ganzen Vorgang kommt der Augenblick, wo der Dirigent ein

¹ Verfügung: „Vor Abgang Herrn Dr. Klaiber vorzulegen“.

² Erhard war 1948 zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ernannt worden; vgl. V. HENTSCHEL, Ludwig Erhard, S. 51–73.

³ Anlässlich der Frühjahrmesse in Frankfurt a. M. am 21./22. 2. 1953; B 122, 620.

⁴ Bezieht sich auf die Sprachwendung „Wirtschaftswunder“, mit der die rasante wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland seit Anfang der fünfziger Jahre bezeichnet wird.

bißchen schwitzt, aber es gibt dann auch wieder die ausruhsamen Partien, wo er mit sanften Bewegungen sich und die anderen beruhigt.

Entschuldigen Sie das musikalische Bild, aber Sie haben mir einmal erzählt, daß Sie musikalisch seien.

Mit guten Grüßen

Ihr

Th. Heuss

Nr. 164

An Erich Ollenhauer, Vorsitzender der SPD und ihrer Bundestagsfraktion, Bonn
7. März 1953

AdsD, NL Frank: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
Zusendung von Briefen Ludwig Franks; Parteigeschichte der SPD

Sehr geehrter Herr Ollenhauer!

In der Anlage darf ich Ihnen das Päckchen von Briefen und Karten senden, die Ludwig Frank² einer Freundin vor ein paar Jahrzehnten geschrieben hat. Die Dame³ hat mir, wie ich Ihnen erzählte, vor einigen Monaten das Päckchen geschickt mit der Annahme, daß vielleicht doch einmal eine Biographie über Ludwig Frank geschrieben werde. Ob die Senderin das Buch von Hedwig Wachenheim⁴ gekannt hat oder nicht, weiß ich nicht. Ich möchte nur glauben, daß die SPD wieder begonnen hat, auch nach der persönlichen Seite ein Archiv zu sammeln.⁵ Sie wissen ja, daß ich auch Dr. Schumacher einmal den Vorwurf gemacht habe, daß man bei Eurer Partei die Parteien-Historie vernachlässigt, wie sie noch vor ein

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 309 und B 122, 2140: ms. Schreiben, Durchschlag mit Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“.

² Zu Heuss' Bekanntschaft mit Ludwig Frank vgl. TH. HEUSS, *Erinnerungen 1905–1933*, S. 41–43, 202.

³ Ließ sich nicht ermitteln.

⁴ LUDWIG FRANK: *Aufsätze, Reden und Briefe, ausgewählt und eingeleitet von Hedwig Wachenheim*. Berlin [1924]; gekürzte Ausgabe unter dem Titel: DERS.: *Ein Vorbild der deutschen Arbeiterjugend. Aufsätze, Reden und Briefe, ausgewählt und eingeleitet von Hedwig Wachenheim*. Berlin [1924].

⁵ Der Vorstand der Exil-SPD hatte 1938 zur Sicherung des Bestandes das Parteiarchiv an das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam verkauft. Nachdem bereits kurz nach Kriegsende begonnen worden war, wieder Material zur Parteigeschichte im SPD-Parteiarchiv zusammenzutragen, wurde das Archiv der sozialen Demokratie 1969 als Bestandteil der Friedrich-Ebert-Stiftung neu gegründet; ARCHIV, S. 9–11.

THEODOR HEUSS

BONN, 7.3.53
Koblenzer Straße 135

Herrn
Erich Ollenhauer
B o n n
SPD-Haus

Sehr geehrter Herr Ollenhauer !

In der Anlage darf ich Ihnen das Päckchen von Briefen und Karten senden, die Ludwig Frank einer Freundin vor ein paar Jahrzehnten geschrieben hat. Die Dame hat mir, wie ich Ihnen erzählte, vor einigen Monaten das Päckchen geschickt mit der Annahme, dass vielleicht doch einmal eine Biographie über Ludwig Frank geschrieben werde. Ob die Senderin das Buch von Hedwig Wachenheim gekannt hat oder nicht, weiss ich nicht. Ich möchte nur glauben, dass die SPD wieder begonnen hat, auch nach der persönlichen Seite ein Archiv zu sammeln. Sie wissen ja, dass ich auch Dr.Schumacher einmal den Vorwurf gemacht habe, dass man bei Eurer Partei die Parteien-Historie vernachlässigt, wie sie noch vor ein paar Jahrzehnten von Eduard Bernstein mit Bravheit, Franz Mehring und Hermann Wendel mit Schwung behandelt wurde. Nun kann man sich ja derlei sammelnde oder schriftstellerisch gestaltende Figuren vom Schicksal nicht bestellen, aber vielleicht taucht wieder einmal jemand auf, und dann mag auch ein Päckchen vertrauter Briefe mit gelegentlichen politischen Tagesbemerkungen etwas an Farbe, etwas an Bewegung geben. Da ich selber ja eine ganze Anzahl heterogener Biographien aus den Urquellen herausgearbeitet habe, weiss ich etwas davon, was solche Nebendinge bedeuten können.

Mit freundlichen Grüssen

Ihr

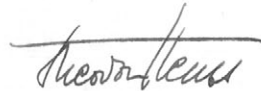


Abb. 21: Theodor Heuss an Erich Ollenhauer, 7. 3. 1953

paar Jahrzehnten von Eduard Bernstein mit Bravheit, Franz Mehring und Hermann Wendel mit Schwung behandelt wurde. Nun kann man sich ja derlei sammelnde oder schriftstellerisch gestaltende Figuren vom Schicksal nicht bestellen, aber vielleicht taucht wieder einmal jemand auf, und dann mag auch ein Päckchen vertrauter Briefe mit gelegentlichen politischen Tagesbemerkungen etwas an Farbe, etwas an Bewegung geben. Da ich selber ja eine ganze Anzahl heterogener Biographien aus den Urquellen herausgearbeitet habe,⁶ weiß ich etwas davon, was solche Nebendinge bedeuten können.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 165

An Dr. Hermann Kessler, Karlsruhe

27. März 1953

BArch, N 1221, 309: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Bemühung, Hermann Kessler für die Bundestagswahl als FDP-Kandidaten zu gewinnen; Kesslers indirekter Beitrag zur Wahl von Theodor Heuss zum Bundespräsidenten

Verehrter, lieber Freund!

Wenn ich mich auch, nach der Natur meines Amtes, in den parteipolitischen Dingen zurückhalte, so liegt es auf der Hand, daß sie oft genug, mehr als ich wünschen mag, an mich herankommen, mehr aber noch, daß mich das Schicksal einer unbefangenen, wenn Sie so wollen freien bürgerlichen Gesinnung in Deutschland auf das äußerste bewegt. Schließlich habe ich fast ein halbes Jahrhundert der Pflege und dem Dienst einer solchen Gesinnung gewidmet, wobei das Wort „bürgerlich“ ohne ständische Einengung gemeint ist.

Dieser Sie überraschende Eingang meines Briefes mag Ihnen zeigen, daß ich ein nicht gleichgültiges Wort mit Ihnen reden möchte. Ich habe schon, als wir im vergangenen September in Wörishofen beisammen waren, mit Ihnen darüber gesprochen, daß Sie als Abgeordneter in den Bundestag sollten. Sie haben Ihre

⁶ So vor allem die Biographien über Friedrich Naumann (1937), Anton Dohrn (1940) und Robert Bosch (1945); vgl. zum wissenschaftlichen Charakter der Biographien E. W. BECKER, Biographie, S. 69–71.

¹ Eine Durchschrift erhielt Reinhold Maier; HStAS, Q1/8, 334; B 122, 2063.

Antwort gegeben als ein Mann, der an sich einige Lust hat, in die aktive parlamentarische Politik zurückzugehen, aber doch von der beruflichen und familiären Seite her manche Hemmungen für diesen Entschluß besitzt.

Ich schreibe Ihnen nun, weil ich auf Ihre Entscheidung Einfluß nehmen möchte. Ich habe selber mit niemandem gesprochen, wie sich die Kandidatenfragen bei der bevorstehenden Bundestagswahl² in unserer Heimat gestalten werden. Aber da ich lange genug für dieses Land parlamentarisch tätig war, bewegt es mich, wie es vertreten sein wird. Wir hatten das Unglück, daß drei unserer Freunde, die *echte* politische Temperamente waren – Georg Kohl, Eberhard Wildermuth, Ernst Mayer – gestorben sind. Auch Kohl, den Sie vielleicht kaum kannten, mit dem ich aber seit über vier Jahrzehnten befreundet war, war ein politisches Temperament. Ich habe ihn seinerzeit dazu überredet, sich um das Heilbronner Mandat zu bewerben, und ich habe es später als ein gutes Zeichen für die Fraktion der FDP empfunden, daß sie diesen Mann, den bisher keiner kannte und der gar keine brillante, aber sehr gescheite und anständige Figur war, wegen seiner uninteressierten Sachlichkeit in den engsten Fraktionsvorstand wählte. – Was nach dem Hinscheiden dieser drei Männer das Land repräsentiert, sind, wenn Sie es nicht weitersagen, im politischen Sinn Non-valeurs.³ Dabei nehme ich Freudenberg und Pfeleiderer aus, die Wert darauf legen – ob mit Recht oder mit Unrecht –, als Individualitäten eigener Prägung zu gelten. Dieses Land aber braucht Individualitäten, die sich nicht damit begnügen, ihre bereits vorhandene Prägung darzustellen, sondern die selber prägen können.

Wir beide sind uns im Spätjahr 1945 zum ersten Male begegnet. Ich glaube, wir haben uns, wie man bisher in Württemberg sagte (und wie man, wie ich denke, bald im noch anonymen Südweststaat⁴ sagen wird), gegenseitig gleich „angenommen“. In der Landtagsfraktion waren Sie mir, ohne daß ich einen Liebestarif entwickeln will, einer der Kollegen, denen ich mich menschlich und sachlich am nächsten fühlte. Sie mögen sich erinnern, daß ich, als das Problem des Parlamentarischen Rates auftauchte, vorschlug, Sie in dieses Gremium zu entsenden⁵ – das war gedacht, a) um bestimmten möglichen Ehrgeizen, die mir sachlich unerwünscht sein mußten, vorzubeugen, b) um einer in der Fülle des Reifseins stehenden Generation die Chance zu eröffnen, in das *deutsche* Schicksal zu wirken. Ich hielt Sie aus unserem Kreise für den besten Mann dafür. Sie versagten sich, weil Sie um Ihrer Familie willen die anwaltliche Position nicht noch mehr gefährden wollten. Reinhold Maier hatte dann in der Fraktion dargestellt, daß ich

² Die Wahlen zum zweiten Deutschen Bundestag fanden am 6. 9. 1953 statt.

³ Französisch für „wertlos gewordene Wertpapiere“, übertragen für „Personen ohne Wert“.

⁴ Der Name Baden-Württemberg wurde durch die Landesverfassung vom 11. 11. 1953 festgelegt.

⁵ Dieser Hinweis auch in einem Schreiben von Heuss an Alfred Weber, 14. 4. 1958, in: N 1221, 346.

nach Bonn gehe solle. Daß ich heute Bundespräsident bin, verdanke ich, wie ich Ihnen schon einmal sagte, eigentlich Ihnen, denn ich bin in diese Position, glaube ich, nur dadurch gekommen, daß ich 1948/49 die loyale Mittlerrolle zwischen den Gruppen gespielt habe.⁶

Da Sie auf solche, wenn auch indirekte Weise Schicksalsfigur für meine späten Jahre geworden sind, möchte ich mich revanchieren, indem ich ein bißchen Schicksal für Ihre noch nicht zu späten Jahre spiele. Ich habe Ihnen ja nichts zur Revanche anzubieten, denn mein gelegentliches Wort, das den temperamentvollen Torheiten von Dehler folgte: „Wenn jetzt der Kessler in der Fraktion wäre ...!“ hat ja keine verbindliche Kraft. Ich weiß nicht, wie die nächsten Wahlen ausgehen werden, und ich kann Ihnen nicht ein Ministerium anbieten. Das erwarten Sie auch nicht. Aber Sie mögen dieses Wort begreifen als eine Bekundung der nicht nur menschlichen, sondern auch sachlichen Wertschätzung, die ich für Ihre politische Begabung habe. Ich habe das Wort „Liebe“ vermieden, weil ich auch Dehler menschlich liebe. Aber er hat sich – und er weiß, daß ich das meine – in der rein politischen Konturierung saudumm benommen.⁷

Ich weiß nun nicht, ob mit Ihnen über eine Kandidatur schon konkret verhandelt worden ist. Aber wenn es noch nicht der Fall war, wird es doch unzweifelhaft geschehen müssen, da die Zahl der in Frage kommenden Menschen, wie immer, vermutlich nicht zu groß ist. Sie würden, das ist für mich gar kein Zweifel, in der künftigen FDP-Bundestagsfraktion sofort eine sehr bedeutende Rolle spielen, einfach, weil Sie ein Mann der inneren Sicherheit und nicht in den politischen Tagesehrgeiz eingeklammert sind. Ich weiß doch aus den paar Jahren, die wir im Stuttgarter Landtag beisammen waren, daß in dem Augenblick, wo Sie das Wort ergriffen haben oder wo Sie in einen Ausschuß gegangen sind, man das beruhigte Gefühl hatte: die Sache ist in guten Händen, wird mit Takt und Freimut behandelt, läuft nicht hinter dem banalen Parteivorteil her und ist menschlich durchwärmt.

Natürlich weiß ich auch etwas davon, was es heißt, den freien Beruf mit der parlamentarischen Tätigkeit zu kombinieren. Ich habe auch in alten Jahren oft genug darunter gestöhnt, wie ich Vorlesungen, Aufsatzschreiben, wissenschaftliche Konferenzen mit den Pflichten von Ausschuß- und Plenarsitzungen zu vereinen hatte. Aber das kriegt man schließlich fertig, und ich möchte das Gefühl haben, daß Sie in den letzten paar Jahren das Anwaltsbüro doch wieder so in Schuß gebracht haben, daß Sie über seinen ordentlichen Weitergang beruhigt sein können.

Es gibt Situationen, wo man nun freilich die innere Entscheidung treffen muß. Man macht dann die Erfahrung, daß ein solches Amt vielerlei Last mit sich bringt – auch Bundespräsident zu sein, ist kein Honiglecken, sondern mit viel

⁶ Vgl. Nr. 4; zur Rolle von Heuss im Parlamentarischen Rat vgl. E. W. BECKER, Bürger, S. 38f; J. C. HESS, Verfassungsarbeit, S. 75–82.

⁷ Vgl. Nr. 141.

Resignation und mit mancherlei Umständlichkeit verbunden. Man hat oft genug geradezu Sehnsucht, einmal ohne Polizei und ohne Kriminaler und ohne Stehenbleiben der Leute einfach wieder spazieren oder in eine Kneipe gehen zu können. Aber schließlich sind wir alle, die wir an dem Blut des politischen Wirkens geleckt haben, ja doch im letzten von einem Pflichtdenken geleitet gewesen. Daß man das Politische zu einem Beruf werden ließ, war nicht in der Anlage vorgesehen, aber man ist ihm aus der Konsequenz seines Lebens nicht ausgewichen, und vor dieser Frage des Nicht-Ausweichens sehe ich Sie heute.

Sie entschuldigen, daß ich einen so großen Brief für Sie diktiert habe, aber Sie wollen daraus sehen, wie sehr es mich bewegt, daß Männer Ihres Ranges und Ihrer inneren Unabhängigkeit in die Gestaltung des staatlichen Schicksals der Deutschen zurückkehren und dabei ihre Aufgabe selber zu weiten beginnen.⁸

Der Gattin und Ihnen herzliche Grüße und schöne Ostertage. Ich vermute, Sie werden wieder nach Herrenwies gehen. Ich selber werde brav in Bonn sitzen bleiben und Akten wegarbeiten.

Ihr

Th. Heuss

Nr. 166

An Dr. Peter Joseph Bauwens, Köln

28. März 1953

BArch, B 122, 407: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Besuch des Fußball-Länderspiels der Bundesrepublik Deutschland gegen Österreich

Sehr geehrter Herr Dr. Bauwens!

Freundlichen Dank für Ihre Zeilen.² Es freut mich, wenn Sie den Eindruck gewinnen konnten, daß mein Besuch bei dem Länderspiel eine freundliche Wirkung, zumal in Österreich, gehabt hat.

⁸ Ein Antwortschreiben Kesslers ließ sich nicht ermitteln. Erst auf Nachfrage vom 23. 6. 1953 erhielt Heuss wohl eine Antwort, woraufhin er am 19. 7. 1953 Kesslers Begründung der Ablehnung einer Kandidatur würdigte; N 1221, 310, 311.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 309: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Bauwens, Vorsitzender des Deutschen Fußball-Bundes, hatte Heuss für seinen Besuch des Länderspiels gegen Österreich am 22. 3. 1953 in Köln gedankt, mit dem er dem Beispiel anderer Staatsoberhäupter gefolgt sei und seine Beliebtheit demonstriert habe. Zudem sei dadurch der Fußball „hoffähig“ geworden, denn auch Adenauer und Bundes- wie Landesminister seien anwesend gewesen; Bauwens an Heuss; 27. 3. 1953, in: B 122, 407.

Das Herumdrängen beim Ausgang hat ja die Presse und die Polizei mehr beschäftigt als mich. Es schadet gar nichts, wenn der Bundespräsident in des Wortes wahrstem Sinn einmal wieder „Tuchföhlung“ mit dem Volk hat. Wenn ich früher aufgebrochen wäre, hätte das vielleicht den Eindruck gemacht, daß mich eigentlich die Frage, ob noch ein Tor geschossen wird,³ gar nicht kümmere.

Die Polizeileute unterhalten sich auch bei mir sehr eifrig, ob etwas versäumt worden sei. Ich fand auch diesen Teil des Unternehmens eigentlich ganz nett, und jede Aufregung darüber scheint mir auch heute noch überflüssig zu sein.

Mit den besten Grüßen

Ihr

Th. Heuss

Nr. 167

An Prof. Dr. Moritz Julius Bonn, London

31. März 1953

BArch, B 122, 2055: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Dank für Moritz Julius Bonns Autobiographie; Jugenderinnerungen von Theodor Heuss; Einschätzung von Carl Schmitt und der akademischen Lehrer von Heuss

Verehrter, lieber Professor Bonn!

Für die „Bilanz eines Lebens“² darf ich Ihnen herzlich danken.³ Das Buch ist insofern in einem ungeschickten Augenblick eingetroffen, als ich fest entschlossen war, am Samstag und Sonntag meine Gedächtnisrede für Justus Liebig⁴ zu komponieren, um die Geschichte aus dem Hirn zu haben, denn dann stehen noch Reden an vor der Technischen Universität in Berlin-Charlottenburg,⁵ vor der Universität in Heidelberg,⁶ bei der Internationalen Gartenbau-Ausstellung,⁷ vor den Henschel-

³ Die bundesdeutsche und die österreichische Nationalmannschaft hatten vor 80.000 Zuschauern 0 : 0 gespielt.

¹ Az. I/4/31; Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 309; ms. Schreiben, Durchschlag.

² MORITZ JULIUS BONN: So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens, München 1953; zunächst erschienen unter dem Titel „Wandering Scholar“ (London 1949).

³ Anlässlich des 80. Geburtstages von Bonn würdigte Heuss noch einmal dessen Lebenserinnerungen; Heuss an Bonn, 26. 6. 1953, in: N 1221, 115.

⁴ Heuss sprach am 12. 5. 1953 zu Liebigs 150. Geburtstag in Darmstadt; B 122, 229 und 621.

⁵ Zum Aufenthalt des Bundespräsidenten in Berlin und zu den dort gehaltenen Reden nicht nur vor der Technischen Universität, sondern auch in einem Flüchtlingslager vgl. B 122, 228 und 621.

⁶ Rede am 13. 5. 1953 zur 150-Jahrfeier der Wiedereröffnung der Universität, in: TH. HEUSS, Würdigungen, S. 175–190.

⁷ Am 30. 4. 1953 in Hamburg; B 122, 228 und 621.

Arbeitern in Kassel am 1. Mai,⁸ vor einem Flüchtlingslager in Berlin usf. usf. Meine biedere Zeitdisposition ist aber nun durch Ihr Buch verdorben worden, das mich doch verlockt hat, mich gleich mit ihm abzugeben. Die Jugend habe ich gelesen und dann eine Reihe von Stichworten nachgeschlagen. Da hat mich vor allem das, was Sie über Carl Schmitt und Sombart schrieben, interessiert und gefreut. Ich erinnerte mich dabei an die seltsame Stunde, als mit einer Einführung von Ihnen Carl Schmitt Anfang der 20er Jahre mich aufsuchte und die Mitwirkung an der Hochschule für Politik erörterte. Aber bei aller intellektuellen Gescheitheit wirkte er so snobistisch, daß ich mich menschlich gleich von ihm distanzierte.⁹

Es ist für mich ungemein reizvoll, in Ihrem Buch dem oder dem Menschen, der und der Situation zu begegnen, mit denen für mich selber auch umgrenzte Erinnerungen verbunden sind, und darüberhinaus werde ich dort sachlichen Gewinn haben, wo ich Sie in die Ferne begleiten werde.

Ich habe selber Ende Mai und im Juni 1945 in Heidelberg, bevor ich von den Amerikanern „entdeckt“ wurde, in sechs Wochen meine Jugenderinnerungen niedergeschrieben und sie in drei Wochen des Spätjahres 1950 bis zum Abschluß der Studienzeit ergänzt. Mein Verleger Leins will nun dieses Buch – es ist etwas gesprächig geworden – im Herbst herausbringen.¹⁰ Die Sache ist völlig unpräzidentuell und kein Beitrag zur politischen Geschichte, sondern will über das Individuelle hinaus etwas Zeitatmosphäre einfangen. Natürlich werden auch Zensuren an meine Professoren erteilt, von denen vor allem Lujo Brentano, aber auch Lipps und Walter Goetz „gut wegkommen“, während Schmoller und auch Adolf Wagner eine mäßige Zensur erhalten.¹¹ Von meinen Berliner Lehrern kriegt Ignaz Jastrow als Pädagoge ein sehr gutes Zeugnis.¹² In der Darstellung der Münchner Semester steht auch ein kleines Denkmal mit Ihrem Namen.¹³ Ich habe gerade in

⁸ Material in: B 122, 228 und 621.

⁹ Vgl. zur Einschätzung Schmitts im Jahr 1930 Heuss an Schmitt, 20. 1. 1930, in: TH. HEUSS, Bürger, S. 345f. – Als 1953 eine Einladung der Evangelischen Akademie in Herrenalb an Schmitt erging, dort zu referieren, bezeichnete Heuss dies dem Akademieleiter Eberhard Müller gegenüber als „ahnungslos oder fahrlässig. [...] Daß er [...] eine Evangelische Akademie als Treppe zur Rückkehr in das öffentliche Bewußtsein wählt, hat etwas geradezu Paradoxes. Daß er, zynisch und ehrgeizig wie er ist, eine solche Rückkehr wieder versucht, ist sein gutes und legitimes Recht, aber die Evangelischen Akademien dürfen sich nach meiner Meinung hier nicht anbieten, wenn sie nicht selber das Vertrauen, das sie erworben haben, gefährden wollen.“ Heuss an Müller, 26. 5. 1953, in: B 122, 298. Gegenüber Carlo Schmid meinte Heuss, Schmitt sei eher „ein bedeutenderer zynischer Publizist als ein Gelehrter“; Heuss an Schmid, 23. 3. 1957, in: N 1221, 339; vgl. auch TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 302–304.

¹⁰ Vgl. Nr. 158.

¹¹ Vgl. TH. HEUSS, Vorspiele: über Lujo Brentano, S. 223–225, 295–300, über Theodor Lipps S. 219f, über Walter Goetz S. 221f, über Gustav Schmoller S. 275f, über Adolf Wagner 276f.

¹² Vgl. ebd., S. 278f.

¹³ Vgl. ebd., S. 296; vgl. auch TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 302.

den letzten Wochen die erste Korrektur durchgesehen und freue mich, wenn ich Ihnen im Spätjahr das Buch als Gegengruß senden kann.¹⁴

Ich habe mich übrigens auch sehr darüber gefreut, wie Sie Ebert würdigten. Erzberger wird, fürchte ich, bei mir ein bißchen schlechter wegkommen, falls ich je einmal die Zeit finden werde, mit der Niederschrift solcher Erinnerungen fortzufahren.¹⁵ Ich darf Ihnen die Ebert-Gedenkrede, die ich vor drei Jahren hielt,¹⁶ beilegen und vielleicht auch sonst ein paar meiner Vorträge aus der letzten Zeit.

Mit dankbarem Gruß

Ihr

Th. Heuss

Anlagen

Nr. 168

An Jakob Altmaier, Mitglied des Deutschen Bundestages, Bonn

1. April 1953

BArch, B 122, 507: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Luxemburger Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Israel und der Jewish Claims Conference

Sehr geehrter Herr Altmaier!

Für den freundlichen Brief, den Sie mir gesandt haben und dessen innere Beweggründe ich wohl zu würdigen weiß, darf ich Ihnen aufrichtig danken.² Sie haben recht, daß ich in der Entkrampfung der jüdisch-deutschen Beziehungen und in

¹⁴ Heuss übermittelte Bonn den Band am 13. 9. 1953 mit einem Begleitschreiben, in dem es heißt: „Politisch ist gewiß nicht viel aus dem Buch zu erfahren oder gar zu ‚lernen‘, und so ermangelt ihm das Gewicht, das ich in Ihrem Buch als Bereicherung empfinde. Aber auch wenn recht private Schulgeschichten mit untergebracht sind – Laune der gelockerten Erinnerung –, so möchte doch die Atmosphäre eines süddeutschen demokratisch-liberalen Vaterhauses in ihrer nähenden Kraft spürbar sein“; N 1221, 312.

¹⁵ Vgl. TH. HEUSS, *Erinnerungen*, S. 45f, wo es u. a. über Erzberger heißt, er sei ihm menschlich „höchst unsympathisch“ geblieben; er habe ihm den Eindruck „des Ineinander von unproblematischer Tatkraft und zuversichtlicher Leichtfertigkeit“ vermittelt.

¹⁶ Vgl. Nr. 9.

¹ Az. II/4/44-S; Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 309.

² Altmaier an Heuss, 30. 3. 1953, in: B 122, 507. Am 10. 9. 1952 war das Wiedergutmachungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Israel und der Jewish Claims Conference (Luxemburger Abkommen) unterzeichnet worden. Anlässlich der Hinterlegung der Vertragsurkunden am 30. 3. 1953 hatte Altmaier dem Bundespräsidenten gedankt, dass er durch seine

der Wiederherstellung wechselseitiger guter Gesinnungen von Beginn meines Amtes an eine meiner vornehmsten Aufgaben gesehen habe.³ Ich hoffe mit Ihnen, daß der Schritt, der jetzt getan worden ist, so wirksam werden möge, wie wir beide, aber nicht nur wir beide, es aufrichtig erhoffen.

Mit guten Grüßen und Wünschen

Ihr

Th. Heuss

Nr. 169

An Otto Küster, Stuttgart-O.

8. April 1953

BArch, N 1221, 309: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und von Klaiber ms. gez.; ms. Briefkopf: „Der Chef des Bundespräsidialamtes“¹

Ablehnung der Unterzeichnung des Bundesentschädigungsgesetzes in Bergen-Belsen

Sehr geehrter Herr Küster!

Der Herr Bundespräsident läßt Ihnen für die Zusendung in Sachen des Bundesentschädigungsgesetzes bestens danken.²

Die Anregung, evtl. die Schlußsitzung des Bundestages, des Bundesrates und die Ausfertigung des geplanten Gesetzes in Bergen-Belsen sich vollziehen zu lassen, ist schon kürzlich einmal durch Herrn Prof. Flechtheim aus Berlin dem Herrn Bundespräsidenten schriftlich vorgetragen worden.³ Dr. Heuss hat mir

„jahrelange offene und noch mehr stille Arbeit“ das Zustandekommen des Vertragswerkes als „Pionier“ und „psychologischer Wegbereiter“ gefördert habe.

³ Zum Anteil von Heuss an der deutsch-jüdischen Aussöhnung vgl. Nr. 90, Nr. 58; J. H. GELLER, Theodor Heuss, S. 6–16.

¹ Az. I/16/12; weiterer Nachweis: B 122, 2076: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Küster, Rechtsanwalt und Beauftragter für Wiedergutmachung im baden-württembergischen Justizministerium, hatte am 31. 3. 1953 im Auftrag des abwesenden Justizministers Renner eine von der baden-württembergischen Landesregierung „zur Förderung der Arbeit am Bundeswiedergutmachungsgesetz“ herausgegebene Druckschrift übersandt. Er bat Heuss, die Anregungen der Landesregierung zur Verabschiedung des Gesetzes zu unterstützen; B 122, 2076. Am 1. 10. 1953 trat schließlich das erste bundeseinheitliche Wiedergutmachungsgesetz („Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung“) in Kraft, das die Entschädigung der aus ideologischen, politischen, rassistischen und religiösen Gründen verfolgten Personen regelte und trotz vieler Mängel den Grundstein legte für weitere Wiedergutmachungsgesetze; vgl. C. GOSCHLER, Schuld, S. 181–203.

³ Ließ sich nicht ermitteln; vgl. aber das Antwortschreiben Heuss an Ossip Flechtheim, 1. 4. 1953, in: N 1221, 309.

gegenüber geäußert, daß er annimmt, daß diejenigen, die diesen Gedanken hatten, dessen inneres Pathos er wohl zu würdigen weiß, von der Topographie des Ortes keine Vorstellung besitzen. Er meint, das müsse eigentlich, ehe der Gedanke weiter verfolgt werde, von denen, die ihn verfolgen, einmal sachlich überprüft werden, denn er findet es jetzt schon ein bißchen gewagt oder verfrüht, diesen Gedanken gedruckt vorzulegen, so daß seine eventuelle Nicht-Verwirklichung als eine Ablehnung der Idee erscheinen kann, falls sich die Öffentlichkeit der Sache annimmt.

Die Erinnerung des Bundespräsidenten steht vielleicht unter dem Eindruck, daß es ein windiger, naßkalter Novembertag gewesen ist, an dem er dort war.⁴ Es bedurfte zwischen ihm und Dr. Nachum Goldman weiter gar keiner längeren Besprechung, daß sich die Feier an dem Obelisk auf die Niederlegung der Kränze und ein Gebet des Rabbiners beschränkte. Die Veranstaltung, bei der der Landcommissioener, Dr. Goldman und Dr. Heuss dann sprachen, fand in der Entfernung von ein paar Kilometern in der Sporthalle einer englischen Garnison statt. Der Boxring in dieser Sporthalle war mit Grünpflanzen umstellt, so daß die Sache nicht zu „säkularisiert“ aussah, sonst war es eine schmucklose Halle, an die ein paar Klubräume angeschlossen sind.

Dr. Heuss hat die Auffassung, daß der Bundestag nicht bei einer solchen Veranstaltung in einem englischen Garnisonsgebäude zu Gast sein könnte. Das alte Konzentrationslager ist völlig weggeräumt und verbrannt. Ob auf einem un-geebneten Heidefeld eine Bundestagssitzung im Freien stattfinden kann, ist dem Bundespräsidenten höchst zweifelhaft. Der Gedanke bekommt eine romantische Überspitzung, wenn man sich vorher nicht über die technischen Möglichkeiten ein Bild gemacht hat.⁵

Mit den besten Grüßen
Ihr

Klaiber

⁴ Gemeint ist die Einweihung der Gedenkstätte am 30. 11. 1952; vgl. auch zur dort gehaltenen Gedenkrede von Heuss Nr. 143.

⁵ Küster erneuerte seinen Vorschlag am 15. 4. 1953 gegenüber Klaiber und schlug vor, den Unterzeichnungsakt in Art eines Feldgottesdienstes vorzunehmen. Damit es keine „romantische Überspitzung“ gebe, wolle man sich „mit schwäbischer Nüchternheit der Einzelheiten annehmen“; B 122, 2076. Das Gesetz wurde schließlich am 18. 9. 1953 in Bonn unterzeichnet; vgl. BGBl. I, Nr. 62, 21. 9. 1953, S. 1387–1408.

Nr. 170

An Hans Schlange-Schöningen, Generalkonsul im Vereinigten Königreich, London
18. April 1953

BArch, N 1221, 309: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“

Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes an Leo Baeck

Sehr geehrter, lieber Herr Dr.¹ Schlange-Schöningen!

In der folgenden Sache will ich Ihnen unmittelbar schreiben:

Am 23. Mai wird der frühere führende Berliner Rabbiner Dr. Leo Baeck 80 Jahre alt.² Er war bei Ausgang des Krieges in Theresienstadt und ist dann nach England emigriert, auch englischer Staatsbürger geworden.

Ich weiß nicht, ob Sie selber Dr. Baeck einmal begegnet sind. Ich habe in meiner Berliner Zeit mit ihm persönliche, auch familiäre Verbindung gehabt, und er hat mich in den letzten Jahren bei seinen wiederholten Aufenthalten in Deutschland auf meinen Wunsch immer besucht.³ Dr. Baeck ist menschlich eine wunderbare Erscheinung, auch als Gelehrter und Schriftsteller über die jüdischen Kreise weithinaus bekannt und anerkannt, völlig frei von allem Ressentiment und wohl neben Martin Buber, der ja nun immer Zionist war, die geistig führende Erscheinung des mit der deutschen philosophischen und religiösen Tradition verbundenen jüdischen Menschen. Ich habe, als ich dazu gebeten wurde, eine Würdigung seiner Persönlichkeit niedergeschrieben.⁴

Ich möchte aber, obwohl die Verleihung etwas sehr nahe bei der an Gollancz liegt, ihn mit dem gleichen Rang des Verdienstordens,⁵ Großes Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, auszeichnen. Nach einem Gespräch mit einem ihm vertrauten Mann wird Dr. Baeck dies gerne annehmen, um so mehr als ja zwischen ihm und mir seit Jahrzehnten immer eine vertrauensvolle Beziehung bestand.

Ich würde Sie nun bitten, da ja die Zeitlage wieder etwas beengt ist, die notwendige Rückfrage (Baeck ist Engländer geworden) vorzunehmen. Ich nehme an, daß das englische „Protokoll“ jetzt sehr stark wegen der bevorstehenden Krönungs-

¹ Die Landwirtschaftliche Hochschule Berlin hatte Schlange-Schöningen 1931 den Dr. agr. h. c. verliehen.

² Aus Anlass dieses Geburtstages hatte sich Heuss um eine Ehrenpromotion für Baeck bei mehreren Universitäten bemüht; vgl. Heuss an Helmut Gollwitzer, 27. 2. 1953, in: N 1221, 308; Heuss an Georg Rohde, 18. 4. 1953, in: N 1221, 309.

³ Vgl. Nr. 85.

⁴ THEODOR HEUSS: Leo Baeck zum 80. Geburtstag, in: Die Neue Zeitung, 23./24. 5. 1953, abgedruckt in: TH. HEUSS, Juden, S. 141–143.

⁵ Die folgende genaue Bezeichnung des Ordens als Fußnote zum Brief beigefügt.

feierlichkeiten⁶ beansprucht wird, und habe einfach an Sir Ivone Kirkpatrick einen persönlichen Brief geschrieben,⁷ daß er von sich aus für eine rasche Beantwortung einer von Ihnen zu stellenden Anfrage ein Votum gibt. Ich wende mich direkt an Sie, weil man ja bei dem hiesigen Auswärtigen Amt immer ein bißchen mit der Gefahr rechnen muß, daß die Dinge nicht prompt weitergehen, wie es nun wegen der Zeitknappheit notwendig ist.

Mit guten Grüßen und Empfehlungen, auch an Ihre Gattin
Ihr

Th. Heuss

Nr. 171

An Karl Anders, Nürnberg

20. April 1953

BArch, B 122, 592: ms. Scheiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Dank für Übersendung einer Geschichte der englischen und amerikanischen Detektiv-Literatur; kein Interesse an Kriminalromanen

Sehr geehrter Herr Anders!²

Freundlichen Dank für die Übersendung des Buches über die Geschichte der englischen und der amerikanischen Detektiv-Literatur.³ Ich habe darin geblättert und gefunden, daß es in der Tat seltsam erscheint, daß diese Gruppe der literarischen Produktion offenbar noch nicht in ihrer sozialpsychologischen und technischen Sonderlage untersucht worden ist. Wenn ich einmal etwas freiere Zeit habe, will ich mich gern davon anregen lassen, weil ich die Fragestellung als solche für interessant halte und es mich interessiert, wie der Verfasser ihre Behandlung anfaßt.

Auf der anderen Seite muß ich Sie freilich im gewissen Sinn enttäuschen. Ich weiß zwar, daß es offenbar dazu gehört, wenn man im öffentlichen Leben steht, zu seiner „Entspannung“ Kriminal- und Detektivromane zu lesen. Ich habe aus Ihrem Brief erfahren, daß sowohl Dr. Kurt Schumacher wie der Bundeskanzler sich in dieses Gesetz, wenn man das so nennen will, eingefügt haben. Ich habe

⁶ Am 2. 6. 1953 wurde Elisabeth II. zur Königin von Großbritannien und Nordirland gekrönt.

⁷ Heuss an Kirkpatrick, 18. 4. 1953, in: N 1221, 309.

¹ Az. IV/1/00; Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 309; ms. Schreiben, Durchschlag.

² In der Vorlage: „Ander“.

³ FRITZ WÖLCKEN: Der literarische Mord. Eine Untersuchung über die englische und amerikanische Detektivliteratur, Nürnberg 1953. Anders, Leiter der Nest-Verlag GmbH, hatte Heuss das Buch am 9. 4. 1953 geschickt; B 122, 592.

selber, als ich den Nachlaß von Friedrich Naumann mitgeordnet habe, in der Vorbereitung einer Biographie, dort allerhand mir an sich fremde Literatur dieses Charakters entdeckt. Aber ich muß nun das Geständnis machen, daß ich mit Ausnahme von Edgar Allan Poe, der mich vor Jahrzehnten geistesgeschichtlich und erzähltechnisch eine zeitlang interessierte, gar nichts aus dieser Sphäre kenne. Die berühmtesten Autoren auf diesem Gebiet sind mir eben nur Namen.⁴ Ich vermute, daß dies ein Defekt von mir ist, da ich ja nun auch im sogenannten öffentlichen Leben stehe. Aber wahrscheinlich ist bei mir das Bedürfnis nach Entspannung, obwohl ich sehr fleißig bin, nicht ganz so stark. Ich pflege, wenn ich überhaupt zum Lesen komme, fast nur wissenschaftliche Geschichtsuntersuchungen der verschiedenen Sparten zu lesen.

Mit freundlichen Empfehlungen

Ihr

Th. Heuss

Nr. 172

An Dr. Alfred Döblin, Mainz

4. Mai 1953

DLA, A: Döblin, 97.7.811: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Abschied von Alfred Döblin; Integration von Künstlern in Deutschland; Bedeutung Döblins für das Ehepaar Heuss

Lieber Dr. Döblin!

Ihren Brief, der so etwas wie ein Abschiedsbrief ist,² habe ich nach der Rückkehr von ein paar turbulenten Rede- und Reisetagen³ hier vorgefunden. Er hat mich

⁴ Vgl. auch Heuss an Herbert Reich, 21. 2. 1956, in: N 1221, 332.

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 310; B 122, 2057 und DLA, A: Heuss, 73.4084: ms. Schreiben, Durchschlag mit Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“.

² Döblin hatte Heuss am 28. 4. 1953 mitgeteilt, dass er nach Frankreich übersiedeln werde. Sein Eintreffen in Deutschland vor sieben Jahren sei keine Rückkehr, sondern lediglich ein Besuch gewesen: „Es war ein lehrreicher Besuch, aber ich bin in diesem Lande, in dem ich und meine Eltern geboren sind, überflüssig“. Die politische Entwicklung habe dazu geführt, dass Döblins Arbeiten in der Bundesrepublik kein Interesse fänden. Er dankte Heuss „für alle Liebenswürdigkeit und Güte und auch direkte Hilfe“ und gedachte Heuss-Knapps. „Ich freue mich, daß ich zwar nicht Deutschland wiedergefunden habe, aber Sie beide traf.“ B 122, 2057; vgl. auch W. F. SCHOELLER, Döblin, S. 792–794. Heuss hatte sich bei Ernst Reuter für eine schnelle Behandlung der Wiedergutmachungsansprüche Döblins eingesetzt; Heuss an Reuter, 23. 12. 1951, in: B 122, 2197.

³ Heuss hatte beim Stifterverband der Deutschen Wissenschaft in Wiesbaden (28. 4. 1953), auf der Gartenbauausstellung in Hamburg (29. 4. 1953) und zum 1. Mai bei der Firma Henschel in Kassel gesprochen; B 122, 621.

sehr bewegt, da ich spürte, welche Erwartungen und Enttäuschungen hinter seinen Worten stehen.

An dem Zerbrechen einer geistigen Kontinuität wird Deutschland noch lange zu leiden haben. Ich weiß um das Schicksal von manchem Dichter und Künstler, die in der leidvollen Lage sind, nicht mehr eine Schicht oder eine Generation unmittelbar ansprechen zu können, wo sie früher des geistigen Kreises, dessen Glieder sie gar nicht zu kennen brauchten, sicher sein durften. Ich selber, der ich ja durch eine außerordentliche Arbeitsbeanspruchung diese Dinge, die früher ein Zentrum meiner Arbeit gewesen sind, nur mehr am Rande verfolgen kann, mache mir über die Schwierigkeiten keine Illusionen, wenngleich ich aus Begegnungen mit ganz jungen Menschen doch spüren darf, daß hier eine Festigung von Gesinnungen und auch ein Fordern nach Qualität sich zu bilden begonnen hat. Ich sehe meine Aufgabe in diesen Dingen wesentlich darin, den immer wieder von der oder von jener Seite drohenden Verkrampfungen entgegenzutreten und der Sicherung moralischer Maßstäbe hilfreich zu sein.

Ich kann Ihnen nur sagen, daß mir die neue Begegnung mit Ihnen wichtig geblieben ist, und das gilt auch für meine Frau, die sich mit Ihrem menschlichen Schicksal und mit Ihrem Werk innerlich sehr auseinandersetzte. Ich darf Ihnen das kürzlich neu erschienene Buch, in dem sie ihr Jugendwerden beschreibt,⁴ als Erinnerungsgabe zusenden, dessen gewiß, daß auch Ihre Gattin an der Anmut der Darstellung Freude haben wird.

Ich glaube zu wissen, daß, auch wenn Sie nun jetzt in dem Abenteuer Ihrer späten Jahrzehnte wieder auf Wanderung gehen, eine Luft sie umgeben mag, die eine lindernde Wirkung hat. Und Sie dürfen dessen gewiß sein, daß mein gutes und freundschaftliches Gedenken Sie und Ihre Frau begleiten wird.⁵

Lassen Sie mich bitte Ihre spätere Adresse wissen. Ich möchte Ihnen gerne gelegentlich einen Gruß oder ein Zeugnis meiner Arbeit zusenden dürfen.

Mit warmen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

⁴ E. HEUSS-KNAPP, *Ausblick*.

⁵ Am 3. 12. 1953 wandte sich Heuss an den Berliner Volksbildungssenator Joachim Tiburtius und setzte sich dafür ein, einen „Ehrensold der Stadt Berlin“ an Döblin zu zahlen. Der Unterstützungsfonds des Bundespräsidenten sei dafür zu begrenzt. „Ich würde mich um des Mannes willen sehr freuen, wenn er zu spüren bekommt, daß man ihm die Tage des Alters und der Krankheit etwas entlastet. Denn er ist unzweifelhaft einer der wichtigsten Figuren des Berliner, ja darüber hinaus des deutschen Schrifttums für mich seit Jahrzehnten“; N 1221, 313.

Nr. 173

An Dr. Margret Boveri, z. Zt. Höfen bei Bamberg

15. Mai 1953

SBB PK, NL 26, 6: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
Arbeitsüberlastung; Margret Boveris Einleitung zur Heuss-Bibliographie

Liebe Freundin!

Sie hätten schon sehr lange irgend ein Wort von mir hören sollen, aber wir waren im Winter so fahrlässig in dieser und dieser Zusage, an diesen oder an diesen Geschichten mit Reden teilzunehmen, daß ich in die bedrängteste Lage gekommen bin. Zudem hatte ich mich nicht vorher erkundigt und erkundigen können, wie die politischen Dinge sich zwischen Ostern und Pfingsten gestalten würden. Es war unvermeidlich, daß entsetzlich viel Privates und Halbprivates liegen blieb und jetzt noch herumliegt, weil ich in das spezifisch Amtliche nie eine Stockung kommen lassen will.

Nun habe ich jetzt erst Ihre für die Einleitung der Bibliographie gedachte Präambel² noch einmal durchgesehen, die ich ja in der Anlage sehr hübsch finde und auch für den sehr vielfältigen Themenstoff, dem man in der Bibliographie begegnet, und für die Menschen, die so etwas lesen werden, angemessen. Ich habe mir gesagt, daß ich mir Ihren Schlußsatz überlegen und evtl. eine Formulierung vorschlagen wolle, die Ihrer von mir geachteten Distanz³ keinen Abbruch tut, zum anderen aber auch nicht wirkt wie der Anspruch des individuellen Rechthabens gegenüber einem historischen Vorgang, in den der Partner des Gesprächs oder der Gegenstand der Würdigung vom Schicksal hingestellt wurde (denn daß ich dieses Amt, das ich jetzt innehabe, keinen Augenblick erstrebt habe, daß ich auch nach dem westlichen Staat nie gerufen habe, dürfte Ihnen bekannt sein. Ich habe, als seine Konstituierung sich meldete, sie bejaht, um das peinlich werdende

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 310 und 384: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Für die von der Württembergischen Landesbibliothek initiierte Bibliographie der Schriften und Reden von Heuss und Heuss-Knapp, die zum 70. Geburtstag von Heuss erscheinen sollte (vgl. Nr. 160), hatte sich der Direktor der Württembergischen Landesbibliothek, Wilhelm Hoffmann, an Boveri mit der Bitte gewandt, eine einleitende Würdigung zu verfassen. Boveri stand diesem Projekt skeptisch gegenüber, weil sie zwar den Menschen und Literaten Heuss, aber nicht den Bundespräsidenten würdigen könne als höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik und damit einer Westpolitik, die sie ablehnte. Um diese Trennung zwischen dem Menschen und dem Amtsinhaber zu betonen, wolle sie der Einführung einen Passus voranstellen, in dessen Schlusssatz diese ihre Haltung zum Ausdruck kommen solle; vgl. Nr. 173a; H. B. GÖRTEMAKER, *Deutsches Leben*, S. 251f.

³ Boveri bekämpfte die West- und Wiederbewaffnungspolitik Adenauers publizistisch mit großer Vehemenz, da sie dadurch eine verhängnisvolle Zementierung der deutschen Spaltung befürchtete; vgl. ebd., S. 255–262.

Sonderleben der Länder der französischen Zone abzubinden⁴ und ihre gesamtstaatliche Existenz wieder in einem größeren Rhythmus zu festigen).⁵

In⁶ meiner Formulierung, die natürlich nur ein Vorschlag ist,⁷ versuche ich, die zu sehr politische Form der Schlußpointierung Ihres Vorwortes etwas abzufangen und in eine auch wieder mehr literarische Reflexion einzubetten.

Es wäre mir lieb, wenn Sie sich zu der Anregung äußern könnten.⁸

Ich hoffe, bald auch noch einen Abzug der „Vorspiele des Lebens“⁹ Ihnen schicken zu können. Auch diese Geschichte liegt seit Wochen bei mir herum und kommt nicht weiter.

Ein paar Bücher sind Ihnen, glaube ich, noch nach Berlin geschickt worden. Die Auswahl von einiger früherer Publizistik, die ich für charakteristisch halte, soll noch nachfolgen.

Vielleicht macht Ihnen zwischendurch Spaß, da Sie eine große Gärtnerin sind, zu sehen, wie ich mich aus der Affaire gezogen habe, eine Internationale Gartenausstellung zu eröffnen.¹⁰

Mit guten Wünschen
wie immer Ihr

Theodor Heuss

3 Anlagen¹¹

⁴ In der französischen Zone hatte sich nach 1945 vor allem in Südbaden ein starkes föderales Bewusstsein entwickelt, das sich zunehmend an Frankreich orientierte; vgl. E. WOLFRUM / P. FÄSSLER / R. GROHNERT, *Krisenjahre*, vor allem S. 282–288.

⁵ Zur Entwicklung der deutschlandpolitischen Vorstellungen von Heuss in der Nachkriegszeit vgl. J. C. HESS, *Machtlos*.

⁶ Hs. Randanstreichung durch Empfängerin.

⁷ Vgl. Nr. 173b.

⁸ Hs. Randanstreichung durch Empfängerin. Boveri an Heuss, 22. 5. 1953, in: DLA, A: Heuss, 73.4242–4244. Boveri hatte nur zwei „minimale Änderungsvorschläge“, die in der Endfassung berücksichtigt wurden.

⁹ TH. HEUSS, *Vorspiele*.

¹⁰ Am 30. 4. 1953 in Hamburg; B 122, 228 und 621.

¹¹ Neben dem Vorschlag von Heuss zu Boveris Einleitungssatz und der Rede zur Internationalen Gartenbauausstellung ließ sich keine weitere Anlage ermitteln.

Nr. 173a

Schlusspassage der Präambel des Einführungsessays zur Heuss-Bibliographie
Mai 1953

SBB PK, NL 2699: ms. Schreiben, Entwurf¹

Erste Fassung von Margret Boveri

Wenn im Folgenden der Versuch gemacht wird, einen Umriß dieser repräsentativen Figur zu zeichnen, so gilt dieser Versuch dem Menschen Theodor Heuss und nicht dem Präsidenten eines Staats, dessen Entstehung für die Chronisten einen tiefen und nicht zu verwindenden Schmerz bedeutet, weil es für sie seit 1945 nur ein einziges politisches Anliegen gibt: die Wiedervereinigung der auseinandergerissenen Teile Deutschlands, die nur Bestand haben kann, wenn sie sich im Einverständnis mit den Staaten sowohl West- wie Osteuropas vollzieht.

Nr. 173b

Schlusspassage der Präambel des Einführungsessays zur Heuss-Bibliographie
Mai 1953

SBB PK, NL 26, 6: ms. Schreiben¹

Korrekturvorschläge von Theodor Heuss

Vorschlag

..., so gilt dieser Versuch dem Menschen Theodor Heuss, dem Werk des Publizisten, des Schriftstellers, und nicht dem Amt des Bundespräsidenten, das er gegenwärtig verwaltet. Denn es würde der Chronistin unredlich erscheinen zu verschweigen, daß sie selber die Entstehung des westdeutschen Staates mit schmerzlicher Sorge begleitet hat. Es gibt für sie seit 1945 ein einziges politisches Anliegen: die Wiedervereinigung der zerschnittenen Teile Deutschlands in einer freien und friedlichen Übereinkunft, die nur dann Bestand haben kann, wenn sie von den Staaten sowohl West- wie Osteuropas getragen sein wird. In dem Ziele dieser These darf sie sich mit Theodor Heuss einer Meinung wissen.²

¹ Druck: H. B. GÖRTEMAKER, Deutsches Leben, S. 252.

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 384 und 310: ms. Schreiben; Druck: H. B. GÖRTEMAKER, Deutsches Leben, S. 252.

² Margret Boveri nahm die Anregungen von Heuss, doch ohne den Schlusssatz, weitgehend auf: „Wenn im folgenden der Versuch gemacht wird, einen Umriß dieser repräsentativen Figur zu zeichnen, so gilt dieser Versuch dem Menschen Theodor Heuss, dem Werk des Publizisten und Schriftstellers und nicht dem Amt des Bundespräsidenten, das er gegenwärtig verwaltet. Denn es würde der Chronistin unredlich erscheinen zu verschweigen, daß sie selber die Entstehung und außenpolitische Entwicklung des westdeutschen Staates mit schmerzlicher Sorge begleitet hat. Seit

Nr. 174

An Prof. Olaf Gulbransson, Schererhof am Tegernsee, Oberbayern

27. Mai 1953

DLA, A: Heuss, 73.4115: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Würdigung der Zeichnungen von Olaf Gulbransson

Verehrter Herr Professor Gulbransson!

Da ich in diesen Tagen viel unterwegs war und allerhand drängende Geschäfte die Zeit wegraubten, komme ich erst mit einer leichten Verspätung dazu, Ihnen einen Gruß zuzurufen,² der zugleich Dank ist für die Freude und Anregung, die aus Ihrer Kunst in mein Bewußtsein getreten ist und immer wieder tritt.

Es sind Jahrzehnte vergangen, seit ich mit Ludwig Thoma – es war die Zeit des „März“ – in starker persönlicher Beziehung stand.³ Diese Atmosphäre vor dem ersten Weltkrieg bleibt für mich mit dem, was München und der Kreis um Albert Langen bedeutet haben, verbunden. Immer wieder hat Ihre Sammlung „Berühmte Zeitgenossen“⁴ auf meinem Tisch gelegen, und ich habe an Ihrer Linie nachdenklich studiert. Viele haben sie nachzuahmen versucht. Das habe ich in meiner eigenen Zeichnerie vermieden, weil ich die eigene Unzulänglichkeit zu stark spürte. Aber ich sah in Ihrer Handschrift immer das vollkommene Maß des sicheren Ausdrucks.⁵

Viele gute Wünsche!

Ihr

Th. Heuss

1945 ist ihr erstes politisches Anliegen die Wiedervereinigung der zerschnittenen Teile Deutschlands in gemeinsamer Übereinkunft, die nur dann Bestand haben kann, wenn sie von den Staaten West- und Osteuropas getragen wird.“ M. BOVERI / W. PRINZING, Theodor Heuss, S. 14.

¹ Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 310: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Gulbransson war am 26. 5. 1953 80 Jahre alt geworden.

³ 1907 hatten Albert Langen, Ludwig Thoma und Hermann Hesse die Halbmonatsschrift „März“ gegründet. Gulbransson hatte das Titelblatt gestaltet. Heuss übernahm 1913 auf Bitten von Conrad Haußmann die Redaktion des Blattes, das Ende 1917 wegen zu geringer Nachfrage sein Erscheinen einstellen musste. In dieser Zeit hatte Heuss engen Kontakt zu Thoma, mit dem er sich aber zerstritt, als Thoma im Ersten Weltkrieg einen radikalen Chauvinismus vertrat; vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 125–154; TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 190f.

⁴ OLAF GULBRANSSON: Berühmte Zeitgenossen. Karikaturen, München 1905.

⁵ Vgl. schon den Artikel THEODOR HEUSS: Gulbransson, in: Die Hilfe 41, Nr. 9, 4. 5. 1935, S. 213.

Nr. 175

An Dr. Thomas Dehler, Bundesminister der Justiz, Bonn

28. Mai 1953

BArch, B 122, 2148: ms. Schreiben, Abschrift eines hs. Schreibens, ms. gez.¹

Kritik an der wörtlichen Wiedergabe einer Bemerkung von Theodor Heuss vom Mai 1949 durch Thomas Dehler auf einer Wahlveranstaltung

Lieber Dehler!

Die Meinung, ich könne Sie ermuntern, auf die Rolle des enfant terrible² für eine Zeit zu verzichten, habe ich längst nicht mehr³ – Sie sind von ihr so angetan, daß Sie sie bis zum – wie ich fürchte – tragischen Ende durchführen werden.

Aber ich darf Sie auf folgendes aufmerksam machen:

Es gilt als einer der ungeschriebenen Gesetze der Demokratie, daß man das Staatsoberhaupt außerhalb der politischen Parteiauseinandersetzungen läßt. Das ist, soweit ich sehe, nur einmal von den Herren Arndt, Leuchtgens und Loritz außer Acht gelassen worden.⁴ Die Motive waren in sich verschieden, und das Ihrige steht auf einem ganz andern Blatt.

Aber überlegen Sie sich einen Augenblick das Unmögliche Ihres Vorgehens: eine parteipolemische Bemerkung – ich weiß nicht, aus welchem Jahre sie stammt – (etwas so oder ähnlich Formuliertes habe ich gewiß gelegentlich gesagt) an den Anfang einer Wahlkundgebung zu stellen, wobei die Hörer oder doch Leser meinen müssen, das habe ich jetzt gesagt.⁵

Ich erwarte von Ihrer Rücksicht auf mein Amt und von Ihrem Takt gegen meine Person, daß Sie künftig auf jegliche Argumentation solcher Art verzichten. Ich möchte nicht zu einer Stellungnahme gezwungen sein.⁶

Ihr

Theodor Heuss

¹ Vermerk: „*Vertraulich!*“; Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 310: ms. Schreiben, Durchschlag; Druck: THEODOR HEUSS, Lieber Dehler, S. 97.

² Französisch für „schreckliches Kind“, übertragen für „Bürgerschreck“.

³ Vgl. Nr. 141.

⁴ Näheres ließ sich zu diesem Vorfall nicht ermitteln.

⁵ Dehler hatte Heuss auf einem Wahlkampfveranstaltung am 27. 5. 1953 in Frankfurt a. M. mit folgenden Worten zitiert: „Jesus Christus ist nicht auf die Welt gekommen, um als Aushängeschild für eine politische Partei zu dienen“; vgl. den Hinweis auf diese Rede Dehlers in: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 400, Anm. 6 zu Nr. 102. Dehler bezog sich damit auf die Abschlussrede von Heuss vor dem Plenum des Parlamentarischen Rates am 8. 5. 1949, als Heuss die Einflussversuche der Kirchen auf die Verhandlungen über das Grundgesetz vor allem im Hinblick auf das „Eltertrecht“ kritisierte und die Denunzierung der FDP als nichtchristliche Partei mit den Worten verurteilte: „Ich finde das sehr unchristlich. Jesus Christus ist nicht auf die Welt gekommen, um mit seinem Namen Bezeichnungen für politische Gruppen abzugeben, sondern um die Menschen, alle Menschen zu erlösen.“ TH. HEUSS, Vater, S. 86.

⁶ Ein Antwortschreiben von Dehler ließ sich nicht ermitteln.

Nr. 176

An Dr. Richard Graf Coudenhove-Kalergi, Zürich

15. Juni 1953

BArch, B 122, 575: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Beziehung von Richard Graf Coudenhove-Kalergi zu Robert Bosch; Bewertung der Paneuropa-Idee der zwanziger Jahre

Sehr geehrter Graf Coudenhove!

Daß die Antwort auf Ihren Brief² sich verzögert hat, müssen Sie bitte entschuldigen. Ich war wieder redend und reisend unterwegs,³ und das bedeutet, daß nach der Rückkehr immer ein Stoß von Verpflichtungen sich gestaut hat.

Ich habe in dem Bosch-Buch die Stelle nachgesehen, wo Ihre Beziehungen zu Robert Bosch berührt sind, und verstehe, daß Sie von der Darstellung, zumal von dem etwas ironischen Unterton, nicht erfreut sein konnten.⁴ Gewählt wurden diese zugespitzten Formeln seinerzeit wohl deshalb, um die Antithetik des Persönlichen, die ich, an Robert Bosch und an Sie denkend, immer empfand und empfinde, lebhaft herauszuarbeiten. Wenn ich dabei in der menschlichen Bewertung danebengriff, tut es mir leid; wir waren uns, nach meiner Erinnerung, nur ein- oder zweimal, beim PEN-Club oder sonstigen ähnlichen Gelegenheiten, persönlich begegnet.⁵

Die sachliche Bewertung der Paneuropa-Idee⁶ erfolgte freilich unter dem Eindruck, daß in der Paneuropa-Propaganda England, um seiner geschichtlichen Bindung an ferne Kontinente willen, psychologisch aus Europa hinauskomplimentiert werde. Mir selber schien es immer und scheint es auch heute noch, bei aller Anerkennung der überkontinentalen Sphäre, notwendig, England aus seiner

¹ Az. II/5/00; Verfügung: „Vor Abgang Herrn Dr. Klaiber vorzulegen“ mit Paraphe von Klaiber vom 15. 6. 1953; Stempel: „Pers[önlichem] Referenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 310: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Das Schreiben des Präsidenten der Paneuropa-Union Deutschland e. V. ließ sich nicht ermitteln.

³ Vgl. Nr. 173.

⁴ TH. HEUSS, Robert Bosch. Dort heißt es zu Coudenhove-Kalergi u. a., er sei „im Wesentlichen ein Literat mit spielerischer Eleganz und antithetischem Formulierungstalent, eifrig um eine öffentliche Rolle bemüht, von dem Ehrgeiz seiner Frau in eine Selbstüberschätzung getrieben, die ihn das Gewicht der realen Dinge nicht mehr abwägen ließ.“ Seine Paneuropa-Idee habe einen „anti-englischen Grundzug“ besessen. Bosch sei angezogen worden von dessen „Magie des Wortes“ und „Apologie der Technik“ (S. 524f). Erst als Bosch die deutsch-französische Verständigung durch Coudenhove-Kalergi gefährdet sah, habe er die Verbindung beendet (S. 659f).

⁵ Ließ sich nicht ermitteln.

⁶ Heuss stand den Plänen einer europäischen Föderation in den zwanziger Jahren skeptisch gegenüber, da sie in ihrer rationalistischen Anlage den Interessen der Nationen entgegenstehen würden; vgl. J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 169f.

europäischen Verpflichtung nicht zu entlassen. (An sich ist ja die Situation vom Ausgang der 20er Jahre mit der nach 1945 kaum mehr zu vergleichen.)

Sie lehnen es ab, daß ich in jenen Gedankengängen ein „Anti“ gegenüber London empfand. In der Bosch-Korrespondenz, die für mich atmosphärisch ja die Unterlage der Betrachtungen war, spielt dieses Problem, im Austausch von Bosch mit anderen Freunden, ja eine zentrale Rolle.

Sie meinen, jedes von mir veröffentlichte Wort habe heute historisches Gewicht erhalten. Das ist freundlich gedacht, aber übertrieben. Von dem Menschenrecht zu irren habe ich in einem bald 50 Jahre währenden publizistischen Dasein gewiß auch öfter Gebrauch gemacht. Ich hoffe, nicht zu oft. Aber diese Vergangenheiten haben wohl mehr, wenn überhaupt, persönlich-biographisches, aber kaum ein politisches Gewicht. Deshalb ist, glaube ich, Ihre Sorge – so sehr ich Ihre Reaktion verstehe – nach der sachlichen Seite unberechtigt.

Mit freundlichen Empfehlungen

Ihr

Th. Heuss

Nr. 177

An Ulrich Müller, Tübingen-Lustnau

26. Juni 1953

BArch, B 122, 2224: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/BK), von Bott paraphiert und ms. gez.¹

Reaktion auf den Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR

Sehr geehrter Herr Müller!

Der Bundespräsident läßt Ihnen für Ihren Brief² bestens danken wie auch für seine Anlage,³ die dem zgedachten Zweck zugeführt wird. Dr. Heuss muß aber zugleich um Ihre Nachsicht bitten, daß er Ihnen nicht persönlich antwortet. Der Posteingang geht ja täglich in die vielen Hunderte, zudem aber sind gerade diese Tage ganz dicht mit Konferenzen und Empfängen und sonstigen Verpflichtungen besetzt.

¹ Az. A/2/6/53/Slg; durchgestrichene Verfügung: „Nach Abgang Herrn Oberüber wegen Entnahme und Überweisung des Geldbetrages von DM 20,-“; Absendestempel vom 26. 6. 1953; Paraphe Bott und weitere nicht auflösbare Paraphe; weiterer Nachweis: N 1221, 310: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Ulrich Müller an Heuss, 24. 6. 1953, in: B 122, 2224. Müller vermisste nach dem Aufstand vom 17. 6. 1953 in der DDR eine klare Stellungnahme der Bundesregierung.

³ Es handelt sich um die dem Anschreiben beigelegten 20 Mark; vgl. Anm. 1.

Ganz deutlich ist nicht geworden, was Sie eigentlich an der Politik der Bundesregierung und des Bundespräsidenten vermissen. Die Stellungnahme war doch in allen Teilen eindeutig.⁴ Wenn Sie meinen, daß die Vorgänge in der Sowjetzone noch stärker in der Presse und im Rundfunk dargestellt werden sollten, so folgen Sie der Illusion, daß dies möglich wäre. Die Ostzonen-Presse ist bis jetzt völlig schweigsam oder gibt nur halbe Nachrichten. Den bloßen Gerüchten zu folgen, die in solchen Zeiten immer auftauchen, wäre nicht nur ungeschickt, sondern könnte, wenn irgendwo ein absoluter Lapsus dann passiert, gerade zum Gegenteil führen. Falls Sie die Zeitungen verfolgt haben, werden Sie gesehen haben, daß die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Opfer vorbereitet ist. Aber kein Mensch weiß bis heute, wie viele Opfer im Sinne des Todes eigentlich vorliegen.⁵ Das wird erst später einmal feststellbar sein. Es ist auch ganz selbstverständlich, daß die Hohen Kommissare in dieser ganzen Angelegenheit mit eingeschaltet werden müssen und damit die Mitverantwortlichkeit der Auslandsmächte für den deutschen politischen Zustand deutlich bleibt. Die freilich etwas pathetische Schlußbemerkung Ihres Briefes „Wer tut etwas für Deutschland? Sie, Herr Bundespräsident?“ erscheint uns, wollen Sie das bitte entschuldigen, als ein Spruch in die Luft, denn die Arbeit des Bundespräsidenten wie die der Bundesregierung gilt, wie Sie bemerkt haben sollten, doch Tag um Tag Deutschland.

Mit besten Grüßen

(Hans Bott)
Persönlicher Referent des Bundespräsidenten

⁴ Adenauer hatte am Tage des Aufstandes vom 17. 6. 1953 in der DDR vor dem Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung abgegeben; vgl. Bulletin, Nr. 112, 18. 6. 1953, S. 949. Heuss hatte am 21. 6. 1953 vor dem Deutschen Bundestag eine Rede zum Gedenken an die Toten des Aufstandes in der DDR gehalten, abgedruckt unter dem Titel „Um die Freiheit“ in: TH. HEUSS, Würdigungen, S. 391–399.

⁵ Es ist von mindestens 51 Toten auszugehen; vgl. D. STARITZ, Geschichte, S. 122.

Nr. 178

An Hans Bott, Oberaudorf

6. Juli 1953; Kurheim Schwaltenweiher, Post Seeg bei Füssen, Allgäu

BArch, N 1221, 311: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Abgabe des Hundes Axel

Lieber Bott!

Nicht um Ihnen Ihre Ferienfreuden zu verderben, sondern um für ruhige Stunden Ihrer Hundephantasie² einige Anregungen zu geben, teile ich Ihnen das folgende mit:

Ihr Freund Axel hat vorgestern einen Polizeibeamten in das Handgelenk gebissen, mit Verletzung der Schlagader, so daß der Arzt die Sache nähen mußte. Dem Axel hat dieser Erfolg so gut gefallen, daß er als zweites Opfer sich den harmlosen Herrn Uder ausgewählt und ihn auch in den Arm gebissen hat, so daß dieser, der ja sowieso auf dem Weg ins Krankenhaus war, nun eine doppelte Behandlung erfahren muß. Ich habe Klaiber auf seine Rückfrage hin gleich zugestimmt, daß irgendein Hundepensionat ausfindig gemacht wird, wo Axel jetzt abgestellt wird, da offenbar bei den Beamten eine gewisse Unruhe wegen dieser Unternehmungslust eingetreten ist und man wegen Besuchern ja sowieso vorsichtig zu sein hat.³ Ich glaube, wir werden dann nun doch trotz Ihrer und Hedwigs⁴ Sentimentalität durchzuführen haben, was ich schon im Frühjahr vorschlug, und ihn irgendwo abgeben. Sie dürfen sich einstweilen überlegen, wie wir zu einem sanften Schäferhund kommen, denn irgendein Viech wollen wir ja doch um uns haben.

Sonst ist nichts zu vermelden. Das Wetter bleibt, auch wenn es im Augenblick etwas Sonne gibt, ungewiß.

Mit guten Grüßen, auch an Strobels,⁵

Ihr

Th. Heuss

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 63: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Zu Botts Hunden und dem Schäferhund von Heuss vgl. den Beitrag von Bott in: H. BOTT / H. LEINS, *Begegnungen*, S. 107–116, hier S. 107f.

³ Schon Ende des Jahres 1951 hatte Heuss seinem Sohn berichtet, dass der Hund die Pflegerin von Heuss-Knapp, Schwester Benjamin, „angefaut“ habe; Heuss an Ernst Ludwig Heuss, 23. 12. 1951, in: FA Heuss, Basel.

⁴ Schwägerin und Haushälterin von Heuss.

⁵ Eventuell gemeint die Familie des Journalisten Robert Strobel.

Nr. 179

An Dr. Robert Lehr, Bundesminister des Innern, Bonn

15. Juli 1953; Kurheim Schwaltenweiher, Post Seeg bei Füssen, Allgäu

BArch, B 122, 2238: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Ablehnung, den Nationalfeiertag am 7. September 1953 zu begehen

Sehr geehrter Herr Dr. Lehr!

Dr. Klaiber hat mir bei seinem gestrigen Besuch Ihren Brief vom 2. 7. mitgebracht² und mir vorgetragen, daß das Kabinett, nachdem der Plan einer Feier am 7. September eine Zeitlang ausgelöscht schien, erneut darauf zurückgekommen ist und mich um die Übernahme der Rede bitten lasse.³

Als Sie am 24. 6. bei mir waren und mir den Gedanken vortrugen und mich um meine Mitwirkung baten, habe ich eine halbe Zusage gegeben, obwohl wir uns beide über das Prekäre der Situation⁴ nicht im unklaren gewesen sind.⁵

Seitdem hat nun der Bundestag den 17. Juni als Nationalen Gedenktag beschlossen,⁶ und das macht mir, von dem anderen abgesehen, die Entscheidung sehr viel schwerer. Dieser Termin war ja schon zu jener Zeit in die publizistische Erörterung, noch nicht in die Legislative, gekommen, und ich hatte Ihnen die Bemerkung gemacht, daß ich, zumindest für das Jahr 1954, den Termin nicht für sehr günstig halte, da es mir für dieses kommende Jahr politisch-moralisch notwendig erscheint, das innere Ethos des Unternehmens vom 20. Juli⁷ mit voller

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 311: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Lehr hatte mit Schreiben vom 2. 7. 1953 Heuss mitgeteilt, in der Kabinettsitzung vom 23. 6. 1953 habe die Bundesregierung beschlossen, „den Nationalen Gedenktag des Deutschen Volkes am 7. September wie in den vergangenen Jahren mit einem von ihr zu veranstaltenden Festakt zu begehen“. Dieser Tag, an dem 1949 der erste Deutsche Bundestag und der Bundesrat zu ihren ersten Sitzungen zusammentraten, werde zwar von der Bundestagswahl 1953 „überschattet“ und sei im Bewusstsein der Bevölkerung noch nicht verankert. Doch um eine Tradition zu schaffen, solle der Festtag nicht verschoben oder unterlassen werden. Das Kabinett bitte Heuss, die Rede zu übernehmen, um keine Kritik aus den Parteien wegen der Bundestagswahl aufkommen zu lassen; B 122, 2238; vgl. auch KABINETTSPROTOKOLLE 1953, S. 352f.

³ Lehr hatte sich in der Kabinettsitzung vom 7. 7. 1953 dafür ausgesprochen, den 7. September als Nationalen Feiertag beizubehalten, obwohl inzwischen der 17. Juni als Gedenktag festgelegt worden war. Als Redner hatte er den Bundespräsidenten vorgeschlagen; vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1953, S. 387.

⁴ Am 6. 9. 1953 fanden die Wahlen zum zweiten Deutschen Bundestag statt.

⁵ Das Gespräch ließ sich nicht ermitteln.

⁶ Mit einem Gesetzentwurf vom 29. 6. 1953 hatte die SPD-Bundestagsfraktion beantragt, den 17. Juni zum Nationalfeiertag zu erklären und damit den Volksaufstand in der DDR gegen das SED-Regime vom 17. Juni 1953 zu würdigen. Mit den Stimmen aller Fraktionen mit Ausnahme derjenigen der KPD-Fraktion beschloss der Bundestag am 3. 7. 1953, den 17. Juni als Tag der deutschen Einheit zum gesetzlichen Feiertag zu bestimmen; vgl. E. WOLFRUM, Geschichtspolitik.

⁷ Vgl. Nr. 87, Anm. 4.

Eindeutigkeit von der Führung der Bundesrepublik aus deutlich zu vertreten. Nicht allein deshalb, weil hier eine Ehrenpflicht vorliegt, sondern weil in dieser Frage eine Klärung des politischen Ethos erfolgen muß.⁸ Ich fürchte hier die Terminnachschaft. Aber das ist ja im Augenblick keine aktuelle Sache.

Meine persönliche Sorge ist die, daß, nachdem der 17. Juni mit einer so großen Bundestagsmehrheit deklariert wurde, eine unterstrichene Feier des 7. September als entweder unfrohe Mißachtung des Parlamentsbeschlusses durch das praktisch nur noch „amtierende“ Kabinett erscheint oder als eine persönliche Pointierung von mir gegen diesen Beschluß, schier als ein Bedürfnis nach persönlicher Wichtigtuerei, während es doch praktisch nur ein mit allerhand Beschwerden gebrachtes Opfer wäre.

Denn meine Rede müßte eine sehr künstliche Geschichte historisch-staatsrechtlicher Neutralität sein, in einem Zeitpunkt, wo die Masse des Volkes, die ja nun wieder von den Feinheiten der Gewaltenteilung und den Zuständigkeiten die Einzeldinge nicht weiß, von dem Bundespräsidenten das erwarten würde, was man im Dritten Reich eine „Ausrichtung“ genannt hat. Aber die politischen Kräfte, die in den Septemberwochen zur Verhandlung kommen müssen, würden selbstverständlich auf jedes Komma aufpassen. Davor hätte ich ja nun redetechnisch keine Sorge, aber es ist mir doch rein sachlich höchst fragwürdig, ob ein intellektuelles Arrangement von historischen und anderen Argumenten in dieser Situation, da das ganze Volk und das Ausland noch im Errechnen der Ergebnisse drinsitzt, das Gemäße sein könnte und nicht eigentlich dem Integrationssinn des Tages abträglich sein würde.

In einem Briefwechsel, den ich mit dem Herrn Bundeskanzler aus anderer Veranlassung von Ferienort zu Ferienort dieser Tage geführt habe, kam in einem Satz auch unverkennbar zum Ausdruck, daß dem Herrn Bundeskanzler der Gedanke des 7. September abwegig erscheint.⁹ Ich habe mich mit ihm über die Angelegenheit nie unterhalten und kenne seine Motivenreihe nicht, möchte aber glauben, daß sie der meinigen nicht fremd ist.

Der 7. September soll gewiß nicht untergehen. Ich will ganz gern nach meiner Rückkehr mit überlegen, ob und was vom Presseamt der Bundesrepublik evtl. noch getan werden kann, damit in der Öffentlichkeit mitten in dem Endkampf der Parteien das Staatsbewußtsein als solches in seinem objektivierenden Sinn herausgestellt wird. Es wird auch vom Bundespräsidialamt daran festgehalten,

⁸ Vgl. Heuss' Rede am Vorabend des 20. 7. 1954 in der Freien Universität Berlin, abgedruckt unter dem Titel „Vom Recht zum Widerstand – Dank und Bekenntnis“ in: TH. HEUSS, Reden. Staatsmann, S. 247–262; DERS., Würdigungen, S. 408–424; DERS., Politiker, S. 430–441; vgl. auch Nr. 234, Nr. 237.

⁹ In einem Schreiben Adenauers an Heuss vom 13. 7. 1953 über die Wahlkampfführung der Koalitionsparteien hatte der Bundeskanzler eine Feier am 7. 9. für „absurd“ erklärt; TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 142.

daß der 7. September der Termin bleibt für die Verleihung des Verdienstkreuzes an Arbeitsjubilare usf. (Viele Hunderte von Urkunden warten bereits auf mich.) Aber ich möchte Sie und die Herren des Kabinetts doch bitten, diese Überlegungen, die ich auch dem Herrn Bundeskanzler zur Kenntnis geben werde,¹⁰ sich noch einmal durch den Kopf gehen zu lassen.¹¹ Rein praktisch wird es so sein, daß an dem 7. September in Bonn im besten Falle die Ministerialbürokratie, soweit sie von den Ferien zurück ist, antreten wird. Abgeordnete im formalrechtlichen Sinn gibt es zu diesem Zeitpunkt noch gar keine, auch keine Fraktionsvorsitzenden, nur Parteivorstände, und wo die an diesem Tag sein werden, weiß ja auch niemand. In der Presse würde ja die Veranstaltung, wie gar nicht zu vermeiden, völlig untergehen, da die Dienstagsausgaben mit eigenen Kommentaren und erstem Auslandsecho bis oben angefüllt sein werden.¹²

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 180

An Dr. Robert Lehr, Bundesminister des Innern, Bonn

22. Juli 1953; Kurheim Schwaltenweiher, Post Seeg bei Füssen, Allgäu

BArch, B 122, 2315: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Bitte, die Erhaltung der Altertümer in Trier, vor allem der Konstantin-Basilika, zu unterstützen

Sehr geehrter Herr Minister!

Vor einigen Wochen habe ich die „Rote Zone“ der Eifel² und die Landesstadt Trier besucht und mir bei dieser Gelegenheit auch die Arbeiten zeigen und erklären

¹⁰ Heuss übermittelte Adenauer am 15. 7. 1953 eine Durchschrift des Schreibens an Lehr und erhielt daraufhin eine Antwort Adenauers vom 21. 7. 1953, in der dieser meinte, die Kabinettsmehrheit werde einsehen, dass eine Feier am 7. 9. „nicht angebracht“ sei; TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 142, 144.

¹¹ Ein Erlass vom 30. 7. 1953 verfügte, dass keine Feierlichkeiten am 7. 9. 1953 stattzufinden hätten, sondern nur die Bundesbehörden zu beflaggen seien; vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1953, S. 403, Anm. 29.

¹² Bezieht sich auf die Berichterstattung zur Bundestagswahl vom 6. 9. 1953.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 311: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Als „Rote Zone“ wurde das Gebiet östlich der deutsch-französischen Grenze bis zu den Stacheldrahtverhauen des Westwalls bezeichnet, das bei Beginn des Zweiten Weltkriegs von der Bevölkerung zu räumen war; diese konnte erst im Juli/August 1940 dorthin zurückkehren; vgl. H.-W. HERMANN, Freimachung.

lassen, die sich auf archäologischem Gebiet als freilich nicht erwartete Folge der Kriegszerstörungen ergeben haben. Es ist ungeheuer interessant, was aus dem Boden von Trier, das ja einmal vor vielen hundert Jahren die Hauptstadt von Westrom gewesen ist,³ an Einsichten herausgeholt wurde und herausgeholt wird.

Bei den Besichtigungen spielte eine große Rolle das Schicksal der Konstantin-Basilika, des wohl größten nördlich der Alpen von Römern überbauten Raumes,⁴ den König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen vor über 100 Jahren der evangelischen Gemeinde in Trier zur Verfügung gestellt hat.

Das Schicksal des in den Außenmauern erhaltenen Baues bewegt die Trierer, zumal den evangelischen Volksteil dort, aber auch darüber hinaus in ganz Deutschland die archäologisch interessierten Menschen; schon vor einigen Jahren, kurz nachdem ich Bundespräsident geworden war, hat man mich gebeten, mich der Zukunft dieses Bauwerks mitanzunehmen. Ich mußte damals den Briefschreibern mitteilen, daß ich weder Mittel noch Zuständigkeiten für eine verwaltungsrechtliche Ordnung besäße.⁵

Was mir bei der Besichtigung jetzt besonders interessant gewesen ist, ist dies dargestellt zu erhalten, wie das 19. Jahrhundert aus seiner damaligen Anschauung heraus bauliche Veränderungen vorgenommen hat, die den alten antiken Charakter reduzierten. Man plant jetzt, was ich für interessant und vernünftig halte, die alte römische ausdrucksvolle Formgebung wieder herzustellen, innerhalb derer ja auch der kultische Sinn, dem der Bau zurückgegeben werden soll, seine Symbolik finden kann und wird.

Die Herren der Landesregierung Rheinland-Pfalz wie auch die Stadtverwaltung Trier haben mir mitgeteilt, daß der Bund bereit ist, für die erheblichen finanziellen Leistungen, zu denen Rheinland-Pfalz und die Stadt Trier sich entschließen mußten, Beiträge in Aussicht zu nehmen. Auch Ihr Ministerium habe eine Bekundung guten Willens in solchem Sinne gegeben.

Nun hat man mich von Bonn aus ermuntert, Ihnen gegenüber auf diese Frage zurückzukommen und mit einer Mitteilung meines eigenen Urteils die wohlwollende Prüfung und Förderung des Komplexes ans Herz zu legen.⁶

Ich weiß, daß Sie und Ihre Mitarbeiter sich solchen Fragen gegenüber immer geöffnet zeigten und daß in solchem Sinn der Brief vielleicht überflüssig erschei-

³ Unter dem antiken Namen Augusta Treverorum war Trier als größte römische Stadt nördlich der Alpen mit zeitweilig etwa 70.000 Einwohnern von 293 bis 395 Kaisersitz des weströmischen Reiches.

⁴ Die von Konstantin dem Großen errichtete Basilika mit einer Höhe von 50 m ist nach dem römischen Pantheon der größte erhaltene Innenbau aus römischer Zeit.

⁵ Oberbürgermeister von Esslingen, Dieter Roser, an Heuss, 25. 8. 1950; Heuss an Roser, 30. 8. 1950, beide in: B 122, 2315.

⁶ Mit dem gleichen Anliegen wandte sich Heuss auch an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen; Heuss an Kaiser, 22. 7. 1953, in: B 122, 2315.

nen mag. Aber ich konnte mich auf der anderen Seite dem Appell, der mir jetzt zugeleitet worden ist, nicht entziehen.

Ich darf die Anmerkung machen, daß ich schon vor ein paar Jahren einmal dem Herrn Bundeskanzler gegenüber zum Ausdruck gebracht habe und dabei sein volles Verständnis fand,⁷ daß die Pflege, die Ausbeutung und die Erhaltung der Trierer Altertümer, die einmal eine Leistung des großen preußischen Staates gewesen, eine gesamtdeutsche Aufgabe geworden seien, die auch ein gewisses „Außengesicht“ besitze; die Archäologie ist als internationale Wissenschaft weitgehend außerhalb der Verkrampfungen geblieben, und Deutschland hat hier auf diesem Boden Dinge zu zeigen, die geschichtlich gesehen ganz großen Charakter besitzen.

Der Brief ist in den Ferien diktiert, also etwas lang geworden und paßt vielleicht nicht recht in die Wahlstimmung, die jetzt überall aufsteigt.⁸ Aber Sie wollen ihn bitte mit wohlwollender Teilnahme lesen.⁹

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Th. Heuss

Nr. 181

An Dr. Reinhold von Thadden-Trieglaff, Fulda

24. Juli 1953; Kurheim Schwaltenweiher, Post Seeg bei Füssen, Allgäu

BArch, N 1221, 311: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Absage, am Evangelischen Kirchentag vor der Bundestagswahl teilzunehmen

Sehr verehrter Herr Dr. von Thadden-Trieglaff!

Sie sind wegen meiner eventuellen Teilnahme an dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg noch ohne Antwort geblieben,² da sowohl ich wie mein persönlicher Referent, Herr Bott, Anfang Juli in den sehr dringend notwendig gewordenen Urlaub gefahren sind. Ich war in den zurückliegenden paar Monaten durch eine

⁷ Ließ sich nicht ermitteln.

⁸ Heuss bezieht sich auf den Wahlkampf zur Bundestagswahl am 6. 9. 1953.

⁹ In seinem Antwortschreiben vom 16. 8. 1953 berichtete Lehr von den finanziellen Zuwendungen des Bundes für die Konstantin-Basilika; B 122, 2315.

¹ Verfügungen: „Durchdruck Dr. Klaiber z. Kts.“ „Herrn Oberüber (bitte Herrn Bott nach Rückkehr unterrichten)“.

² Die Einladung des Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages zum Kirchentag in Hamburg, der vom 12. bis 16. 8. 1953 stattfand, ließ sich nicht ermitteln.

fahrlässige Gutmütigkeit, an der Bott und ich gleich beteiligt gewesen, mit Reisen und Reden einfach überfordert.

Der Hamburger Kirchentag hat mir um seines Termins willen ja schon lange Sorgen gemacht, weil ich, ehe Ort und Zeit mir bekannt waren, d. h. schon im vergangenen Jahr, meine Teilnahme an dem ersten großen deutschen Turner-Tag, der in Hamburg Anfang August stattfindet, zugesagt hatte. Ich werde am 8. und 9. August in Hamburg sein müssen.³

Nun habe ich mir in den letzten paar Wochen, da ich in einem verregneten Urlaub bin, die Dinge sehr durch den Kopf gehen lassen. Die anregende Broschüre von Helmut Thielicke⁴ hat mich in den Urlaub begleitet. Aber ich bin nun doch aus rein sachlichen Überlegungen dazu gekommen, Sie zu bitten, in diesem Jahr auf meine Teilnahme zu verzichten. Allein wegen der evtl. repräsentativen Empfänge und Einladungen nach Hamburg zu fahren, um dabei zu sein, ist mir etwas zu anstrengend. Zudem liegt auch, lange bevor das Kirchentagsprogramm hier bekannt war, für den 16. August der Termin fest für eine internationale Akademikerbegegnung.⁵ Aber auch wenn ich zwei Nachtfahrten hin und her machen würde, so sage ich Ihnen ganz freimütig: Ich weiß nicht, was ich in der gegenwärtigen politischen Situation sagen sollte.⁶ Daß Sie selber ja aus der Kirchentagung das spezifisch Politische im begrenzten Sinne draußen halten wollen, ist mir bekannt genug, und es ist ja auch sachlich notwendig. Aber wenn ich nun selber dort reden wollte, so würde aus der Atmosphäre der Zeit heraus unvermeidbar schier jedes Wort oder seine Abtönung entweder als eine aktuelle politische Stellungnahme oder als eine feige Leisetreterei wirken.

Ich habe ja, als man mir in Tübingen den theologischen Ehrendoktor vor ein paar Jahren verlieh, einen Vortrag über die Grenzprobleme des Politischen und des Religiösen gehalten.⁷ Ich habe im alten Reichstag, im württembergischen Landtag und im Parlamentarischen Rat zu diesen Dingen gesprochen und einigermaßen dezidierte Meinungen.⁸ Diese aber kann ich, um mein jetziges Amt vor

³ Zur Rede von Heuss auf dem Turnfest vgl. H.-H. WELCHERT, Theodor-Heuss-Lesebuch, S. 348f.

⁴ Vermutlich HELMUT THIELICKE: Die evangelische Kirche und die Politik. Ethisch-politischer Traktat über einige Zeitfragen, Stuttgart 1953.

⁵ Heuss besuchte am 16. 8. 1953 die internationale Hochschulsportwoche in Dortmund; vgl. Redenkalender, in: N 1221, 684.

⁶ Am 6. 9. 1953 wurde der zweite Deutsche Bundestag gewählt.

⁷ Vgl. Nr. 47, Anm. 8.

⁸ Im Reichstag sprach Heuss am 15. 6. 1925 über das Verhältnis von Staat und Kirche, am 19. 3. 1927 über Gemeinschaftsschulen und am 24. 3. 1928 über Schule und Kirche; vgl. RT-Bd. 386, S. 2300–2304; RT-Bd. 392, S. 9710–9713; RT-Bd. 395, S. 13712–13716. Schon als Abgeordneter der Verfassungsgebenden Landesversammlung für Württemberg-Baden hatte sich Heuss 1946 erfolgreich für die christliche Gemeinschaftsschule eingesetzt; vgl. TH. HEUSS, Erzieher, S. 433, Anm. 5. Für die Zeit als Abgeordneter des Landtags von Württemberg-Baden ließen sich keine Reden zu diesem Thema nachweisen. Eine dezidierte Meinung bezog Heuss vor allem in der Frage des „Elternrechts“. Im Parlamentarischen Rat wollten CDU und CSU das „Elternrecht“ als Grund-

dem Gebrauch oder dem Mißbrauch der wahltaktischen Interpretation freizuhalten, nicht drei Wochen vor den Wahlen vortragen. Gerade die letzten Wochen haben mir, auch wenn ich nur von der Zeitungslektüre her lebe, in den Auseinandersetzungen Ehlers-Niemöller,⁹ in der Programmatik Heinemann,¹⁰ in den Diskussionen um die badisch-württembergische Schulgesetzgebung¹¹ u. dgl. gezeigt, wie nun eine ganze Anzahl von Fragen für das öffentliche Interesse vordergründig wurden, von denen die Menschen dann erwarten würden, daß auch der Heuss etwas dazu sagt. Und da ich gerade in einer so diffizilen Frage vor solchem Gremium nicht als Privatmann stehen würde und da die andrängende Problematik eine einheitliche evangelische kirchliche Beantwortung gar nicht besitzt, fühle ich einfach zwischen dem Zeitpunkt und der Aufgabe eine Diskrepanz, die sozusagen staatlich nicht jetzt noch verdeutlicht werden darf.

Ich möchte Sie sehr bitten, diese meine Auffassung, die ich Ihnen persönlich in allem Freimut vortrage, zu würdigen. Ich will dann gerne ein Grußwort senden, Sie aber heute schon bitten, mit meiner Abwesenheit zu rechnen.

Vom 3. August ab werde ich wieder in Bonn sein.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Th. Heuss

recht in die Verfassung aufnehmen lassen, womit den Eltern die freie Wahl der Schulform überlassen werden sollte. Dies hätte neben der Einrichtung einheitlicher Staatsschulen auch – auf Antrag der Eltern – die Einrichtung und Anerkennung konfessionsgebundener Bekenntnisschulen in kirchlicher Trägerschaft zur Folge gehabt. Heuss sah darin das alleinige Recht des Staates auf Erziehung und Ausbildung des Kindes infrage gestellt und setzte sich nachdrücklich für die christliche Gemeinschaftsschule in staatlicher Obhut als Regelschule ein; vgl. E. W. BECKER, Bürger, S. 26f; Heuss an Reinhold Maier, 6. 12. 1948, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 432f, vor allem Anm. 4; vgl. auch Nr. 175, Anm. 5.

⁹ Niemöller hatte im Vorfeld der Bundestagswahl in einem Aufruf von Mitte Juli 1953 die Außenpolitik der Bundesregierung kritisiert, die in ihrer Westorientierung die Spaltung Deutschlands vertiefen würde. Ehlers reagierte auf diese Vorwürfe in einer Gegendarstellung und warf Niemöller vor, die parteipolitische Neutralität der Kirche endgültig verlassen zu haben; vgl. H. EHLERS, Reden, S. 569, Anm. 2, S. 572–578; M. GRESCHAT, Protestantismus, S. 158–160.

¹⁰ Nach seinem Austritt aus der CDU hatte Heinemann 1952 die Gesamtdeutsche Volkspartei mitgegründet, die vor allem im protestantischen Lager Rückhalt besaß, darunter auch bei Niemöller. Diese Partei lehnte die West- und Wiederbewaffnungspolitik Adenauers ab und vertrat eine dezidierte Neutralitätspolitik, weil sie allein in dieser die Möglichkeit zur deutschen Wiedervereinigung sah. Bei den Bundestagswahlen erreichte die Partei nur 1,2 Prozent; vgl. J. TREFFKE, Gustav Heinemann, S. 121–142.

¹¹ Die Verhandlungen über die baden-württembergische Verfassung waren in der Schulfrage von heftigen Auseinandersetzungen über das „Elternrecht“ bei der Einrichtung von Konfessionsschulen bzw. über die christliche Gemeinschaftsschule geprägt, in die sich im Sommer 1953 auch die Bundesregierung einschaltete. Der im Herbst 1953 ausgehandelte Kompromiss sah schließlich vor, dass in den einzelnen Landesteilen die Form der Volksschule erhalten bleiben solle, wie sie am Tage der Volksabstimmung über den Südweststaat am 9. 12. 1951 bereits bestanden hatte; vgl. P. FEUCHTE, Verfassungsgeschichte, S. 196f.

Nr. 182

An Hans-Jürgen Kühl, Pinneberg, Holstein

13. August 1953

BArch, N 1221, 311: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und von Bott ms. gez.¹

Kritik an astrologischen Aussagen zum Lebenslauf von Theodor Heuss

Sehr geehrter Herr Kühl!

Die Beantwortung Ihrer Zuschrift vom 6. 7.² hat sich so stark verzögert, weil Dr. Heuss im Juli im Urlaub war und ihm auf seine Anweisung nur die dringendsten termingebundenen Staatsgeschäfte nachgesandt wurden. Bei seiner Rückkehr lagen dann aber viele Hunderte von Schreiben vor, die ihn erwarteten.

Dr. Heuss hat mich nun beauftragt, Ihnen mitzuteilen – was für Sie vielleicht eine Enttäuschung ist –, daß er sich in seinem Leben noch nie für Astrologie interessiert hat. Es sind ihm ja mancherlei Horoskope zur Verfügung gestellt worden. Er hat den Mitteilern immer sagen lassen, daß er von dieser Sache nichts versteht, und er hält es für ein Gebot der Redlichkeit, Ihnen dies auch mitzuteilen. Dr. Heuss hat nie jemanden darin gestört, wenn er in diesen Dingen arbeitete und an sie „glaubte“. Seine Denkart vollzieht sich in einem anderen Raum.³

Nun haben Sie gebeten, Dr. Heuss möge Ihnen „die günstigen und ungünstigen Daten bestätigen“. Er hat sich also mit einem gewissen anekdotischen Interesse über Ihre Mitteilungen gemacht und hofft, daß er die Handschrift immer richtig gelesen hat. Aber wenn dies der Fall ist, dann ist ein großes Durcheinander zwischen Ihren Mitteilungen und der Eigenbewertung seines Lebens.

Sie haben bei den günstigen Jahren das 16. Lebensjahr genannt. Da war Dr. Heuss zweimal im Schulkarzer.⁴ Mit 18 Jahren hat er sein Abitur gemacht, was aber von ihm für eine vollkommen belanglose Harmlosigkeit gehalten wird. Mit 24 Jahren, wo Sie „Liebe“ vermerken, hat er geheiratet, was vielleicht in den Sternen, aber vermutlich im „Who is who?“ auch steht. Daß Sie ihm für das 31. Lebensjahr noch einmal „Liebe und Erfolg“ bestätigen, ist ihm eine höchst unklare Geschichte. Das Jahr 1915 war für ihn ein vollkommen normales Jahr.

¹ Az. A/2/53.

² Ließ sich nicht ermitteln.

³ Heuss hatte in einem Schreiben an Dr. Albert Nobel am 18. 4. 1952 bereits abgelehnt, die Schirmherrschaft über einen Astrologie-Kongress zu übernehmen: „Ich habe zur Astrologie gar kein Verhältnis, wenn ich auch weiß, dass sie in der Geistesgeschichte der Völker eine nicht unerhebliche Rolle gespielt hat. Als ich nach meiner Wahl zum Bundespräsidenten von wissenschaftlichen und volkstümlichen Astrologen als interessanter Gegenstand entdeckt wurde, habe ich nur mit Nachsicht die Achseln gezuckt oder auch ironische Briefe geschrieben“; B 122, 313.

⁴ Vgl. TH. HEUSS, Vorspiele, S. 88f.

Daß Sie ihm aber im 54. Lebensjahr „Macht und Führung“ zusprechen, ist ein bißchen erstaunlich. Er hatte nämlich im Jahre 1933 durch das Gebot des Nationalsozialismus seine öffentliche Tätigkeit verloren⁵ und war im Jahre 1938 ein Mann, der kurz vor seinem Berufsverbot schlechthin stand und ein privates Erdendasein führte,⁶ während die Last des Familienunterhalts auf seiner Gattin lag.⁷ – Dies das eine.

Mit den „Krisenjahren“ weiß Dr. Heuss noch weniger anzufangen. Sie haben ihm im 6., 10., 12. und 14. Lebensjahr Krisen zugeschrieben, offenbar, soweit das lesbar ist, mit Lungengeschichten. Dr. Heuss hat nie eine Lungenerkrankung gehabt. Daß er im 25. Lebensjahr eine Krise gehabt hätte, ist ihm ebenfalls vollkommen neu, wie auch, daß das 41. Lebensjahr ein Krisenjahr gewesen sein soll. Gerade das war das erste Jahr seines immerhin beachteten Wirkens im Reichstag gewesen. Dagegen hat Dr. Heuss in dem von Ihnen als „günstig“ bezeichneten 18. Lebensjahr durch einen Sturz sich eine habituelle Schulterluxation zugezogen, die ihn in den körperlichen Dingen oft genug recht behindert hat. Aber er hat das 25. Jahr so heiter und gut verbracht wie das 41.

Sie hatten die Freundlichkeit, Dr. Heuss auf einige Gefahrentage hinzuweisen, so etwa auf den 26. Juli und auf den 18. August. Was die den Terminen beigetzten Zeichen bedeuten, ahnt Dr. Heuss nicht. Er hat nur um der Anekdote willen festgestellt, daß der 26. Juli ganz ungefährlich war. Er hat an diesem Tag bei relativ schönem Wetter, was ihm sonst selten geschenkt war, wie er aus seinem Skizzenbuch feststellt, eine große Voralpenlandschaft gezeichnet, und er hat auch vor dem 18. August weiter keine Sorge.

Sie machen den Bundespräsidenten darauf aufmerksam, daß in diesem Jahr 1953 für ihn Lebensgefahr besteht. Er selber wird von solchen Mitteilungen innerlich gar nicht berührt, da er die Meinung hat, daß das Leben jeden Tag zu Ende gehen kann. Den Begriff der Todesfurcht hat er nie gekannt. Er fürchtet nur, daß solche Mitteilungen Menschen anderer innerer Haltung beunruhigen könnten.

Ihre Handschrift ist nicht ganz deutlich, wo Sie mitteilen, daß Lunge und Leber oder Lunge und Leben gefährdet seien. Dr. Heuss läßt Ihnen, damit Sie sich nicht für ihn beunruhigen, mitteilen, daß er bisher noch nie etwas mit seiner

⁵ Heuss wurde im Jahr 1933 am 3. 5. seine Dozentur an der Deutschen Hochschule für Politik aberkannt, am 12. 7. sein Reichstagsmandat entzogen, und am 29. 9. trat er vom Vorstand des Deutschen Werkbundes zurück; vgl. E. W. BECKER, Theodor Heuss, S. 78f; TH. HEUSS, Defensive, S. 146f, 170–172, 183–186.

⁶ Ende 1936 hatte sich Heuss wegen mehrfacher Verwarnungen durch das Reichspropagandaministerium von der Herausgeberschaft der Zeitschrift „Die Hilfe“ zurückgezogen. Seitdem war er als freier Publizist und Biograph tätig; vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 315–383.

⁷ Heuss-Knapp hatte bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges durch erfolgreiche Tätigkeit in der Rundfunk- und Kinowerbung wesentlich zum Einkommen der Familie Heuss beigetragen; vgl. zur Rundfunkwerbung Heuss-Knapps CH. MAATJE, Verkaufte Luft, S. 275–308.

Lunge und seiner Leber zu tun gehabt hat und daß, als er kürzlich bei einem Kneipparzt war, dieser sagte, daß er ihm gar keine Anwendungen zu verschreiben habe.

Dr. Heuss dankt Ihnen für Ihre freundliche Sorge, aber da er in seinem bewußten Leben nur zwei Tage krank im Bett war,⁸ so kann man ihm mit Ratschlägen und Warnungen auf diesem Gebiet nicht gut beikommen

Der Brief ist etwas lang geworden, aber Dr. Heuss meinte, da Sie sich nun selber so viel Mühe gegeben haben, daß Ihnen eine realistische und doch auf Einzeldinge eingehende Antwort gegeben werden müßte, damit Sie sich vielleicht der Problematik des Verfahrens bewußt bleiben.

Mit den besten Empfehlungen

Hans Bott
Persönlicher Referent des Bundespräsidenten

Nr. 183

An Dr. Heinrich Weitz, Bonn

17. August 1953

BArch, N 1221, 122: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Protest gegen die Bemerkung eines Delegierten des Deutschen Roten Kreuzes über Ernst Ludwig Heuss

Lieber Dr. Weitz!

Die Schärfe des beiliegenden Briefes ist von Bott zwar inhaltlich nicht beanstandet worden, aber er fürchtet, daß er Sie persönlich beunruhige.² Das soll natürlich in keiner Weise die Wirkung sein, da ich nicht von der Ferne daran denke, etwa Sie für diesen Vorgang mit verantwortlich zu machen, der Ihnen so fremd sein wird, wie er mir gewesen ist. Unser persönliches Verhältnis wird also von der Sache nicht tangiert. Aber zu einer Milderung konnte ich mich nicht entschließen und halte es auch für sachlich richtig, vielleicht Ihnen selber nicht unwill-

⁸ Hier irrte Bott bzw. Heuss. Nach den aufreibenden Verhandlungen im Parlamentarischen Rat hatte sich Heuss solche Herzbeschwerden zugezogen, dass er im Mai/Juni 1949 für mehrere Wochen im Städtischen Krankenhaus von Konstanz behandelt werden musste; vgl. Heuss an Blücher, 13. 5. 1949, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 500.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 311: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Heuss teilte seinem Sohn am 17. 8. 1953 die Absendung dieses Briefes an den Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes mit, über den er Weitz auch mündlich unterrichtete; FA Heuss, Basel.

kommen, wenn meine innere Empörung unzweideutig ihren Ausdruck gefunden hat.

Mit guten Grüßen
Ihr

Th. Heuss

I Anlage

Nr. 183a

An Dr. Heinrich Weitz, Bonn

17. August 1953

BArch, N 1221, 122: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Sehr geehrter Herr Dr. Weitz!

Es tut mir leid, daß ich Ihnen in der folgenden Angelegenheit schreiben muß; aber ich darf mit Ihrem Verständnis rechnen, daß ich, der ich mich nicht für handelsüchtig halte, den Vorgang, um den es sich dreht, nicht mit einem gelassenen Achselzucken auf sich beruhen lasse, sondern ihn in freimütiger Deutlichkeit vortrage.

Wie ich erfahre, hat vor einigen Wochen eine Sitzung der Rote-Kreuz-Verbände des südwestdeutschen Raumes stattgefunden, in der die Frage der künftigen organisatorischen Gestaltung des Roten Kreuzes besprochen wurde. Solche Erörterungen finden ja nach der Begründung des sogenannten Südweststaates² bei mancherlei, wenn nicht bei allen Vereinigungen statt, denen bisher die Grenzen der ehemaligen Länder den Rahmen gegeben hatten. Bei dieser Gelegenheit gestattete sich ein Herr Deufel aus Konstanz,³ von dem „in der Verfassung nicht vorgesehenen Sohn des Bundespräsidenten“ zu sprechen – es ist dies die Variation einer journalistischen Polemik, die vor vielen Jahren einmal dem Sohn des Reichspräsidenten von Hindenburg⁴ galt.

Ich weiß nicht, ob und wie das damalige Besprechungsgremium auf diese der Unverschämtheit sich nähernde, wenn nicht sie erreichende Taktlosigkeit reagierte. Aber ich denke nicht daran, diese Bemerkung, die Herr Deufel vermutlich

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 311: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Vgl. Nr. 107, Anm. 4.

³ Der Konstanzer Jurist Kaspar Deufel.

⁴ Oskar von Hindenburg.

für geistreich hält, einfach hingehen zu lassen. Ich bin das mir selber schuldig, aber auch meinem Sohn.

Mein Sohn, Dr. Ernst Ludwig Heuss in Lörrach, hat vor einigen Jahren sich bereit gefunden, den Vorsitz des Roten Kreuzes in Lörrach zu übernehmen. Das geschah völlig ohne mein Dazu-tun. Ich habe mich aber, als ich es erfuhr, darüber gefreut und bin überzeugt – nehmen Sie mir das bitte nicht übel –, daß er die Sache gut macht, denn er hat das Talent der Organisation und der Menschenbehandlung. Ich vermute, daß mein Sohn oder sein Verein in der Frage der künftigen Gestaltung des Roten Kreuzes eine andere Auffassung vertritt als dieser Herr Deufel.⁵

Nun habe ich, wie man zu sagen pflegt, nicht den Vorzug, den Herrn Deufel zu kennen. Ich weiß auch nicht Bescheid über seine Verdienste um das Rote Kreuz; sie mögen bedeutend sein. Wie kommt er zu der beleidigenden Insinuation, daß a) entweder ich mich meines Sohnes als Instrument für eine vereinspolitische Aktion bediene oder b), daß dieser mein Sohn sich in einer Sachhaltung benähme, als sei er „in der Verfassung vorgesehen“.

Ich kenne meinen Sohn gut genug, um zu wissen, daß er mehr Takt besitzt als etwa Herr Deufel ihn dargetan hat – er ist sorgsam bemüht, die Tatsache, daß er der Sohn des Bundespräsidenten ist, nie „auszuspielen“.

Was mich persönlich betrifft, so ist es mir vollkommen gleichgültig, was Herr Deufel von mir denkt. Aber es wird auch ihm nicht gelingen, mir in dem ganzen Fragenkomplex einen Mißbrauch meiner Amtsstellung nachzuweisen. Gerade weil ich vor 1949 in der ganzen Südwest-Problematik eine pointierte Stellung eingenommen habe,⁶ befließige ich mich seit meiner Wahl hier der vollkommensten Zurückhaltung. Wie Sie sich denken können, verehrter Herr Dr. Weitz, habe ich mir über die Organisationsfragen des Roten Kreuzes im deutschen Südwesten nicht eine Minute lang je Gedanken gemacht. Erst die Nachricht über die Stuttgarter Sitzung hat das Problem in einer nun ziemlich eindeutigen Art vor mein Bewußtsein geführt.

Als mich vor einigen Jahren mein Freund Dr. Otto Gessler bat, die „Schirmherrschaft“ in dem neu zusammengefügteten Deutschen Roten Kreuz zu übernehmen, habe ich gerne darein gewilligt, und nicht bloß, um einer Tradition zu entsprechen. Ich glaube, ich konnte dem Roten Kreuz bei seinem ersten großen Start im Rahmen des internationalen Verbandes bei der Bonner Tagung vom 26. Mai 1951⁷

⁵ Ernst Ludwig Heuss hatte in seiner Eigenschaft als Lörracher Ortsvorsitzender und stellvertretender Kreisvorsitzender des DRK an der DRK-Sitzung in Stuttgart teilgenommen. Am 19. 8. 1953 protestierte er schriftlich bei Deufel wegen dessen Äußerung, die dieser bei einer kontroversen Diskussion über Organisationsfragen gemacht hatte; FA Heuss, Basel. Daraufhin meinte Heuss, Deufel müsse sie für eine „sehr streitbare Familie halten“; Heuss an Ernst Ludwig Heuss, 21. 8. 1953, in: FA Heuss, Basel.

⁶ Vgl. Nr. 107, Anm. 4.

⁷ Heuss hatte bei dieser Gelegenheit eine Ansprache gehalten; B 122, 218.

auch nützlich sein. Man hat mir damals wenigstens gesagt, daß dies der Fall gewesen sei. Ich habe Gesslers Wunsch auch um deswillen gern erfüllt, weil ich in diesem Kreis mit einer sauberen Atmosphäre rechnete – daß es auch hier „menschelt“, weiß ich natürlich. Aber ich bin in meinem Leben, zumal auch sozusagen dichter seit meinem Amtsantritt, Leuten aus dem Roten Kreuz begegnet, denen zu begegnen mir immer eine Freude war.

Herrn Deufel zu begegnen habe ich kein Bedürfnis. Aber ich muß Ihnen, verehrter Herr Dr. Weitz, mitteilen, daß dieser ehrenkränkende Vorgang meinem Sohn gegenüber wie mir gegenüber einer Bereinigung bedarf, damit ich mich nicht aus Selbstachtung gezwungen sehe, meine Beziehungen zum Roten Kreuz einer Überprüfung zu unterziehen.

Daß ich einem Verband dieser Art meine moralische Stütze gebe, hat zur Voraussetzung, daß unter seinen leitenden Männern mir (und meiner Familie!) gegenüber das Gesetz der fairness und des menschlichen Anstandes gilt.⁸

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

PS Ein Durchschlag dieses Schreibens wird an Herrn Oberbürgermeister Dr. Klett in Stuttgart gehen und, sobald seine Adresse festgestellt ist, auch an Herrn Deufel.

Nr. 184

An Theodor Blank, Beauftragter des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen, z. Zt. Dortmund

23. August 1953

BArch, B 122, 2156: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Jean Jaurès' Schrift „L'armée nouvelle“

Sehr geehrter Herr Blank!

Es freut mich, daß Sie mir über den Fortgang Ihrer Genesung kürzlich einen guten Bericht geben konnten.² Die Gesundheit wird hoffentlich gute Fortschritte machen und anhalten.

⁸ Material zu diesem Vorfall in: N 1221, 122. Am 5. 10. 1953 meinte Ernst Ludwig Heuss, dass „das Kriegsbeil wieder begraben“ sei; Ernst Ludwig Heuss an Heuss, in: FA Heuss, Basel.

¹ Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 311: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Blank hatte Heuss am 17. 8. 1953 berichtet, dass seine Beschwerden abgeklungen seien, die durch Herzkranzgefäßverengungen hervorgerufen worden waren; B 122, 2156.

Vielleicht ist das, was ich Ihnen jetzt schreibe, sehr überflüssig. Aber als ich neulich einmal wieder an alte Geschichten kam, ging mir durch den Kopf, daß das Buch, das der französische Sozialistenführer Jean Jaurès, der im Juli 1914 ermordet worden ist, schrieb und das im Jahr 1911 erschienen war, „L’armée nouvelle“,³ vielleicht innerhalb ihrer Dienststelle nicht bekannt ist. Es liegt bei mir ja jetzt auch viele Jahrzehnte zurück, daß ich es las. Der frühere sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Südekum hat es nach meiner Erinnerung ins Deutsche übersetzt.⁴ Es sind in dem geistvollen Temperament von Jaurès die Bemühungen, das Ethos eines demokratischen Heeres zu fundamentieren. Die Probleme haben sich ja mit der Entwicklung von Kriegstechnik usf. usf. gewiß vielfach geändert und es ist bei mir, der ich ja nie in diesem Gebiet Spezialist war, zu lange her, seitdem ich das Buch las, so daß ich das nachdauernde Gewicht seiner Argumentation nicht zu beurteilen vermag. Ich habe auch keine Ahnung, ob seine Existenz der heutigen Generation führender Sozialdemokraten überhaupt bekannt ist.⁵ In meiner Jugend hat das Buch die Menschen aus dem Naumann-Kreis, der ja um die Haltung der damaligen Sozialdemokratie zu den Wehrfragen geistig gerungen hat, sehr beschäftigt.⁶

Es mag nun sein, daß Ihre militärischen Fachleute oder Sie selber schon einmal an diese Arbeit, die gewiß auch für die geistige Auseinandersetzung mit der Opposition interessant ist, herangekommen sind. Dann ist dieser Brief überflüssig gewesen. Vielleicht aber ist mein Hinweis auch erwünscht, da ja auch Jaurès, der ein großer Mann war, heute fast schon vergessen ist.⁷

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Th. Heuss

³ JEAN JAURÈS: L’armée nouvelle, Paris 1911.

⁴ Eine Übersetzung von „L’armée nouvelle“ durch Albert Südekum ließ sich nicht ermitteln; eventuell gemeint JEAN JAURÈS: Aus Theorie und Praxis. Sozialistische Studien, hg. v. Albert Südekum, Berlin 1902.

⁵ Vgl. auch Heuss an Toni Stolper, 3. und 14. 4. 1959, in: TH. HEUSS, Tagebuchbriefe, S. 416, 424.

⁶ Zu Heuss’ Einstellung zu Jaurès vgl. THEODOR HEUSS: Der Weltkrieg, in: März 8, H. 34, 15. 8. 1915, S. 221–225, abgedruckt in: DERS.: Politiker, S. 67–71, hier S. 69f; DERS., Friedrich Naumann, S. 402; vgl. auch die Rede aus dem Jahr 1959 „Soldatentum in unserer Zeit“, abgedruckt in: DERS., Politiker, S. 492.

⁷ Blank bestätigte am 4. 9. 1953 die Auffassung von Heuss, dass die Schrift von Jaurès unbekannt gewesen sei. Sie solle im Hinblick auf die „innere Struktur einer demokratischen Wehrmacht und zu Fragen von Sozialismus und Wehrmacht“ ausgewertet werden; B 122, 2156.

Nr. 185

An Dr. Erich Mende, Mitglied des Deutschen Bundestages, Bonn
24. August 1953

BArch, B 122, 2148: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Bitte, Frage der zweiten Amtszeit von Theodor Heuss nicht im Bundestagswahlkampf zu thematisieren

Sehr geehrter, lieber Herr Dr. Mende!

Von meinem Presse-Archiv wird mir eine Agenturmeldung vorgelegt mit der Schlagzeile „Mende: Es geht auch um den Bundespräsidenten“.²

Es ist sehr nett, daß Sie sich darüber Sorgen machen, aber ob es sehr glücklich ist, weiß ich nicht. Ich würde es eigentlich für richtig halten, mich aus diesen Geschichten ganz draußen zu lassen. Die Frage, ob das nächste Jahr das Ende meiner Amtstätigkeit oder ihre Erneuerung bringen wird, lasse ich mit der vollkommensten Gelassenheit auf mich zuschreiten.³ Es ist für das Amt aber nicht recht bekömmlich, wenn diese Frage auch als eine Entscheidungsfrage des jetzigen Wahlkampfes behandelt wird.⁴ Denn daß eine Institution wie die Bundesversammlung⁵ besteht, ist wohl nur dem allergeringsten Teil der angesprochenen Menschen unmittelbar gegenwärtig.⁶

Mit freundlichen Grüßen und allen guten Wünschen für die kommenden Wochen
Ihr
Th. Heuss

¹ Az. I/3/12-S-; weitere Nachweise: N 1221, 311; BArch, N 1080, 101: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Ließ sich nicht ermitteln.

³ Vgl. Nr. 231, Nr. 232.

⁴ Am 6. 9. 1953 fanden die Wahlen zum zweiten Deutschen Bundestag statt.

⁵ Nach Art. 54 GG wird der Bundespräsident von der Bundesversammlung gewählt. Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden.

⁶ Mende antwortete Heuss am 10. 9. 1953, dass er in der Tat bei einer Wahlversammlung der Zusammensetzung des neu zu wählenden Bundestages eine präjudizierende Bedeutung für die Wahl des Bundespräsidenten im Jahr 1954 zugesprochen habe; B 122, 2148.

Nr. 186

An Marie Elsas, Berlin-Lichterfelde

25. August 1953

StadtA Stuttgart, NL Elsas: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Aufsatz über Fritz Elsas für den Sammelband „Das Gewissen steht auf“

Liebe Marie!

Von den Lörrachern² habe ich gehört, daß Du dieser Tage wieder nach Berlin fährst. Infolgedessen richte ich diesen Brief dorthin.

In der Anlage sende ich Dir den Aufsatz, den ich über Fritz für das von Frau Leber geplante Sammelwerk geschrieben habe.³ Das Buch soll ja nicht nur auf den 20. Juli abgestellt sein; es soll Porträts und kurze persönliche Charakteristiken bringen.

Ich habe ja Ludwig schon vor ein paar Wochen zugesagt, daß ich die Sache übernehmen will. Gestern nun war zufällig Frau Leber in Bonn und auch bei Bott, und ich habe dann mit ihr die Anlage ihres Buches besprechen können. Sie ist Dir für die Niederschrift des Lebenslaufes dankbar. Sie wird in dem Buch entweder eine Vorbemerkung für die einzelnen Charakteristiken oder in einem Anhang diese äußeren Daten des Lebenslaufes der dargestellten Persönlichkeiten bringen. Aber die Anlage des Buches ist so gedacht, daß eben entweder charakterisierende Dokumente der Männer und Frauen, die behandelt werden sollen, unmittelbar zum Abdruck gebracht oder Situationen, die charakteristisch waren, beschrieben werden oder daß der Versuch gemacht wird, sie in ihrer Rolle bei dem, was man Widerstandsbewegung nennt, geschichtlich darstellend einzugliedern.

Ich habe von Anbeginn gesagt, daß ich nicht mit meinem Namen zeichnen will. Es ist in dem ganzen Buch an sich bei den Einzelbeiträgen nicht Zeichnung durch die Autoren vorgesehen, wie ich gestern hörte. Wenn ich gezeichnet hätte, dann wären so und so viele Parallelfälle entstanden, denen ich dann nicht immer hätte genügen können. Frau Leber bat mich aber darum, meine Verbindung zu Fritz zum Ausdruck zu bringen.

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 128 und 311: ms. Schreiben, Durchschlag mit Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“.

² Die Familie von Heuss' Sohn wohnte in Lörrach-Tumringen.

³ [THEODOR HEUSS]: Fritz Elsas, in: ANNEDORE LEBER in Zusammenarbeit mit WILLY BRANDT und KARL DIETRICH BRACHER (Hg.): *Das Gewissen steht auf*. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933–1945, Frankfurt a. M. 1954, S. 121f; vgl. auch Heuss an Marie Elsas und Heuss an Annedore Leber, 13. 8. 1953, beide in: N 1221, 311; Heuss an Ernst Ludwig Heuss, 25. 8. 1953, in: FA Heuss, Basel.

Nun sollst Du einmal durchsehen, wie ich das gemacht habe, um Fritz gerecht zu werden und auch der historischen Situation, wie ich sie sehe, und um auch dem Wunsch zu entsprechen, daß meine persönliche Beziehung zu Fritz in irgend zum Ausdruck kam.⁴

In Deiner Niederschrift erzähltest Du ja davon, daß ein Brief aus der Zeit der Haft zu Dir gekommen ist.⁵ Ich kann nun zwar nicht beanspruchen, daß Du mir eine Abschrift zur Verfügung stellst, aber vielleicht wäre es gut, wenn Du das vertraulich doch tun würdest, rein aus der Überlegung, ob man dann in die Schlußpartie meiner Würdigung den einen oder den anderen Satz aus diesem Brief, wenn er charakteristisch genug ist, mit hereinnehmen könnte.

Natürlich würde ich Dir dankbar sein, wenn Du mir Deine Meinung bald mitteilen wolltest, weil Frau Leber das Ende dieses Monats als Termin genannt hatte. Aber sie hat mir gestern auch versichert, daß es auf den Termin nicht unmittelbar ankäme. Mir selber aber ist es wichtig, die mancherlei Verpflichtungen, die sich bei mir angeschwemmt haben, abgearbeitet zu haben, bevor nach dem Wahltag⁶ vermutlich ziemlich herbe Wochen eintreten werden.

Grüße bitte die Familie Schulze⁷ und nimm auch Du meine guten GrüÙe entgegen.
Dein
Theodor Heuss

1 Anlage

⁴ In seinem Aufsatz schilderte Heuss die Verwaltungslaufbahn von Elsas, die Repressalien, denen dieser wegen seiner jüdischen Herkunft nach 1933 ausgesetzt war, den „engen schwäbischen und politischen Freundeskreis“, dem Heuss und Elsas angehörten, die gemeinsamen Kontakte zum Widerstand um Goerdeler und die Verhaftung und Ermordung Anfang Januar 1945 nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944; [TH. HEUSS], Fritz Elsas, S. 121f.

⁵ Fritz Elsas an Marie Elsas, 31. 10. 1944, in: N 1221, 128. Das Schreiben war von einem Unbekannten im Oktober 1944 in den Briefkasten der Familie Elsas, die sich in „Sippenhaft“ befand, gesteckt und von Freunden gefunden worden. Elsas hatte ihn mit der linken Hand schreiben müssen, da die rechte Hand wohl unter Folter gelitten hatte. Er hatte sich – wie Heuss darstellte – nach dem Ergehen der Familie erkundigt und unter Verweis auf die Diotima-Briefe Hölderlins gemeint, dass „im Leiden und im Leid der Mensch trotz allem an Kraft und Stärke zu gewinnen vermag. Auch leidende Liebe ist ein solcher Kraftquell.“ [TH. HEUSS], Fritz Elsas, S. 122.

⁶ Gemeint waren die Bundestagswahlen am 6. 9. 1953.

⁷ Um wen es sich handelt, ließ sich nicht ermitteln.

Nr. 187

An Dr. Alfred Döblin, Paris XV

31. August 1953

BArch, N 1221, 311: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und von Bott ms. gez.; ms. Briefkopf: „Ministerialdirigent Hans Bott“

Beteiligung an der Festschrift zu Theodor Heuss' 70. Geburtstag

Sehr geehrter Herr Dr. Döblin!

Vor einigen Wochen ist Ihnen die Frage vorgelegt worden, ob Sie sich mit einem kurzen Beitrag an der zum 70. Geburtstag von Theodor Heuss geplanten Festgabe „Begegnungen mit Theodor Heuss“ beteiligen wollen. Es ist Ihnen damals auch über den Plan des Buches ein gedruckter Entwurf des Verlages Rainer Wunderlich in Tübingen zugegangen.¹

Nun nähert sich der Zeitpunkt, da der Verlag zu einer gewissen Übersicht kommen muß. Es haben weitaus die meisten der Eingeladenen zugesagt bzw. ihre Beiträge gesandt, so etwa auch Walter von Molo.²

Von Ihnen ist ein Echo nicht gekommen, und wir sind unsicher, ob bei den postalischen Wirren, die in den vergangenen Wochen in Paris geherrscht haben,³ die Anfrage überhaupt in Ihre Hand gekommen ist. Deshalb erlaube ich mir, noch einmal diese Erinnerung zu senden, in der Hoffnung, daß Sie diese Zeilen in einem wesentlich besseren Zustand antreffen als damals, da ich Sie gemeinsam mit Dr. Heuss in Mainz besucht habe.⁴ Ich will Sie natürlich nicht bedrängen, glaube nur, daß bei der freundschaftlichen Art, in der Dr. Heuss immer von Ihnen gesprochen hat,⁵ er sich freuen würde, auch Ihnen in dem ja ziemlich bunten Kreis zu begegnen, der von mir und Herrn Leins so ausgewählt wurde, daß nicht eigentlich sachliche Zuständigkeiten der Prominenz, sondern heute noch oder wieder lebendige menschliche Beziehungen deutlich werden sollen.⁶

¹ Die Anfrage – offenbar von Leins – an die möglichen Autoren hatte Heuss selber entworfen; hs. Entwurf in: B 122, 200.

² Vgl. den Beitrag von Molos, in: H. BOTT / H. LEINS, *Begegnungen*, S. 276–279.

³ Am 4. 8. 1953 hatten die Postbediensteten in Frankreich einen Streik begonnen, um gegen als unsozial empfundene Reformen der Regierung, vor allem gegen die Anhebung des Rentenalters, zu protestieren. Der Streik griff innerhalb kurzer Zeit auf die gesamte Beamtenschaft und den öffentlichen Dienst über, so dass Mitte August bereits vier Millionen Bedienstete im Ausstand waren. Im September gab die Regierung den Streikenden in dem meisten Punkten nach; vgl. R. REMOND, *Frankreich*, S. 519f.

⁴ Heuss hatte Döblin nach dessen Entlassung aus dem Krankenhaus im Januar 1953 in Mainz besucht; Heuss an Hausenstein, 24. 7. 1953, in: N 1221, 311; vgl. auch Nr. 172.

⁵ Zum Verhältnis von Heuss zu Döblin vgl. Heuss an Hausenstein, 24. 7. 1953, in: N 1221, 311; CH. ALTHEN, *Alfred Döblin*; Nr. 5, Nr. 172.

⁶ Der Beitrag von Döblin in: H. BOTT / H. LEINS, *Begegnungen*, S. 289–291.

Mit den besten Empfehlungen

(Hans Bott)
Persönlicher Referent des Bundespräsidenten

Nr. 188

An die Firma EDEKA, Landshut

31. August 1953

BArch, B 122, 2269: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und von Bott ms. gez.; ms. Briefkopf: „Bundespräsidialamt“¹

Protest gegen die Verwendung des Namens des Bundespräsidenten in der Werbung

Sehr geehrte Herren!

Wir werden darauf aufmerksam gemacht,² daß Sie in Ihrem Rundschreiben Nr. 5/53 vom 31. 7. 53 folgenden Satz gebraucht haben: „Nebenbei sei erwähnt, daß unser sehr verehrter Herr Bundespräsident Prof. Heuss EDEKA-Kaffee trinkt, den er sich von seiner Haushälterin regelmäßig beim EDEKA-Kaufmann holen läßt.“

Der Herr Bundespräsident läßt Ihnen nun folgendes mitteilen: Erstens, daß er sich in seinem Leben noch nie darum gekümmert hat, wo sein Kaffee eingekauft wird. Zweitens, daß er festgestellt hat, daß Ihre Mitteilung gar nicht zutrifft, sondern daß der Kaffee einmal hier, einmal dort bezogen wird. Drittens, daß er es für überaus geschmacklos hält, eine solche dazu falsche Mitteilung in einem Werbeschreiben unterzubringen. Der Bundespräsident meint, daß auch Ihnen deutlich sein könnte, daß die Zeit der sogenannten Hoflieferanten vorbei ist. Auf jeden Fall würde es seiner Natur völlig widersprechen, ihnen fröhliche Urständ' zu gewähren. Er hält es auch für unzulässig, ohne irgendwelche Rückfragen seinen Privatkonsum als Reklamefaktor zu benutzen – er trinkt nämlich den Kaffee nicht in seiner Eigenschaft als Bundespräsident, sondern als „Heuss“.

Der Herr Bundespräsident bedauert sehr, daß Sie diesen Weg gewählt haben, da er fürchten muß, daß derlei Schule macht, und er ersucht Sie aufs ernsthafteste, derartiges zu unterlassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Hans Bott)
Persönlicher Referent des Bundespräsidenten

¹ Az. I/14/00; weiterer Nachweis: N 1221, 311: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Unter dem gleichen Datum ging ein von Heuss diktiertes und von Bott gez. Schreiben an „die Landesvereinigung des Bayerischen Lebensmittel-Großhandels e.V.“ ab mit Dank für den Hinweis auf das Edeka-Rundschreiben, das „so lächerlich als geschmacklos“ empfunden worden sei. Ein Durchschlag des Schreibens an EDEKA wurde beigelegt; N 1221, 311.

Nr. 189

An Dr. Manfred George, New York

[1.] September 1953

DLA, A: George, 75.2810: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“¹

Gratulation zum 60. Geburtstag; Würdigung der journalistischen Tätigkeit für das jüdische Monatsmagazin „Aufbau“

Sehr geehrter Herr George!

Von gemeinsamen Freunden und alten Journalisten-Kollegen der vergangenen Zeit aus Berlin werde ich darauf aufmerksam gemacht, daß Sie jetzt Ihren 60. Geburtstag begehen werden.² Man fragt mich, ob ich Ihnen dazu ein Wort sagen wolle.³

Einer sonderlichen Ermunterung der alten Kollegen hätte es nicht bedurft, denn für meine Erinnerung ist ja nicht nur Ihre ehemalige Wirksamkeit in Berlin gegenwärtig,⁴ sondern auch die gute und, wie ich glauben möchte, nicht unnütze, eingehende Aussprache, die wir vor einigen Jahren hier gehabt haben.⁵

Ich glaube, das Schicksal hat Ihnen als Publizisten eine der schwierigsten Aufgaben gestellt, die sich denken lassen, als Sie mit der Begründung und Leitung des „Aufbau“⁶ auf der einen Seite für gequälte, verfolgte, in seelischer und, weiß Gott, auch oft genug in sachlicher Not befindliche Menschen ein Organ der inneren Bindung zu schaffen sich bemühten – der Mitteilung, der Orientierung, des Trostes, der Belehrung, als Sie aber gleichzeitig spüren mußten, wie die Gefühlslage dieser Menschen trotz des gemeinsamen Schicksals unendlich vielgestaltig war und wohl auch weithin geblieben ist.

¹ Weitere Nachweise: DLA, A: George, 75.2810: englische Übersetzung; B 122, 2083 und N 1221, 312: ms. Schreiben, Durchschlag, unter 1. 9. 1953 abgelegt mit dem hs. Vermerk: „Über Dr. Werz an Gen[eral]Kons[ul] New York, Dr. Riesser, gesandt“. Durch Werz war dem Auswärtigen Amt am 29. 8. 1953 der besondere Hinweis zugegangen, „daß bei der Zustellung nicht das Datum des Geburtstages abzuwarten ist, da voraussichtlich eine Veröffentlichung des Briefes im ‚Aufbau‘ erfolgen soll“; B 122, 2083; Druck: Aufbau. Das jüdische Monatsmagazin 19, Nr. 43, 23. 10. 1953.

² Geburtstag des Chefredakteurs des Monatsmagazins „Aufbau“ war der 22. 10..

³ Kurt Kersten hatte Heuss aufgefordert, Georges Geburtstag zum Anlass zu nehmen, dessen Bemühungen um die Verbesserung der deutsch-jüdischen Beziehungen anzuerkennen. Heuss antwortete daraufhin am 11. und 22. 8. 1953, er sei bereits auf den Geburtstag aufmerksam gemacht worden. Der Anregung, George das Bundesverdienstkreuz zu verleihen, werde er nicht nachkommen, da Georges Zeitschrift „Aufbau“ bei Emigranten sehr unterschiedlich bewertet werde und George die Auszeichnung auch nicht zu wünschen scheine. Heuss werde ihm jedoch schreiben; B 122, 2083; vgl. zur Zeitung „Aufbau“ auch S. BAUER-HACK, Jüdische Wochenzeitung Aufbau.

⁴ Manfred George war während der Weimarer Republik in Berlin bei zahlreichen Zeitungen und Verlagen beschäftigt, u. a. bei der „Vossischen Zeitung“, in der auch Heuss Artikel veröffentlichte.

⁵ Im Juli 1951; vgl. K. ADENAUER / TH. HEUSS, Unter vier Augen, S. 364, Anm. 34 zu Nr. 9.

⁶ Vgl. Nr. 90, Anm. 7.

Ich habe in den zurückliegenden Jahren Leser des „Aufbaus“ getroffen, die voll Dankbarkeit und Freude von ihm redeten. Aber es wäre unredlich zu verschweigen, daß ich auch Menschen sprach, die mit dem „Aufbau“ unzufrieden gewesen sind. Das war für mich nicht überraschend. Als alter Journalist weiß ich, daß es eine etwas fragwürdige Sache wäre, wenn man allen seinen Abonnenten immer das von ihnen gerade Erwartete sagen würde, weil ja das Profil der Aussage darunter leiden müßte. Aber Ihre Aufgabe war ja nicht eine Frage des Gewinnens und des Erhaltens von Lesern, sondern sie war in eine geschichtliche Verantwortung gestellt: auf der einen Seite Menschen in ihren individuellen Bedürfnissen zu helfen, auf der anderen Seite aus den zerstreuten Individuen das Gefühl der Gemeinschaft nicht entweichen zu lassen. Und dieses Gefühl der Gemeinschaft war ja nun tragisch gespalten, weil es einmal jüdische Gemeinschaft und das andere Mal Bindung an ein verlorenes deutsches Schicksal bedeutete.

Ich will über die Problematik, in die Sie gestellt waren oder in die Sie sich tapfer gestellt haben, nicht breiter philosophieren, sondern Ihnen eben nur dies zum Ausdruck bringen: wie stark ich als deutscher Publizist, der ich doch einmal durch Jahrzehnte gewesen bin, das Abenteuer des Unternehmens mit empfinden kann.

Und nun noch das andere – eine starke Empfindung, auch wenn ich, was Sie mir gewiß verzeihen werden, keineswegs regelmäßiger Leser des „Aufbau“ war oder bin, sondern ihn nur von Zeit zu Zeit in die Hand bekomme. Sie haben, glaube ich, sehr Großes geleistet, indem Sie auch deutschen Schriftstellern, die aus ihrem geistigen Bereich vertrieben worden sind, das Schicksal der geistigen Heimatlosigkeit erspart haben. Sie haben das getan, nicht um „für Deutschland“ ein Zeugnis ablegen zu lassen, wozu wahrhaftig nach dem Schicksalsvorgang, den wir alle erlebt haben, wenig Anlaß gewesen wäre. Aber Sie haben Menschen eine Chance gegeben, vor ihrem eigenen schriftstellerischen oder gar schöpferischen Gefühl nicht in die Verarmung und völlige Vereinsamung zu geraten. Und das ist – ich spreche hier sozusagen fachsoziologisch – nichts Geringses.

Sie haben daran gearbeitet auf Grund Ihrer inneren Haltung zu den menschheitlichen Dingen, daß wir den Weg, über die Grausamkeit und auch über die unvermeidlichen Verzerrungen des Geschichtsbildes hinweg, zu einer höheren Einsicht und zu einer anständigen Haltung wieder finden. Das ist eine Verpflichtung, der Sie sich unterworfen haben; das ist ein inneres Bedürfnis, dem ich zu dienen immer bestrebt gewesen bin.

Wir wissen beide, daß die Wunden, die geschlagen worden sind, nicht mit wohlmeinenden Reden geheilt werden. Wir wissen beide um das Gewicht von Empfindungen und auch um das Gewicht von grausamen Schädigungen. Aber ich weiß auch genau so gut wie Sie, daß das innere Gefühl zahlloser Menschen vom Haß wegzukommen sich bestrebt und daß für das bescheidene menschliche Glück, dem die Arbeit des öffentlichen Lebens im letzten zu dienen hat, das Ver-

ständnis und der Wille zur Gerechtigkeit, mit der Liebe gepaart, den Wegweiser zum Besseren darstellen.

Ich möchte Ihnen persönlich wünschen dürfen, daß die Frische Ihnen weiter bleiben wird. Die Aufgabe, der wir beide, jeder in seiner Art, jeder an seiner Stelle, zu dienen bemüht waren und bemüht sind, ist noch nicht zur beruhigenden Lösung gekommen. Sie wird ja immer, bei der Unzulänglichkeit des menschlichen Wesens, als Aufgabe gestellt bleiben.

Mit guten Wünschen und Grüßen
Ihr

Th. Heuss

Nr. 190

An die Bewohner des Grundstücks Koblenzer Straße 135, die unter 15 Jahre alt sind

13. September 1953

BArch, N 1221, 312: ms. Schreiben, Durchschlag, ms. gez., ohne Anrede

Verhalten im Park des Bundespräsidialamtes

*Umlauf*¹

1.) Streng untersagt ist, die Sandsteinfigur im vorderen Park und ihre nähere Umgebung in den Spielbetrieb einzubeziehen, sie zu erklettern und zu dekorieren.

2.) Empfohlen wird bei den Angriffen auf die Obstbäume ein schonendes Vorgehen gegen die Äste und eine gewisse Zurückhaltung bei dem Abernten, das sich a) nicht auf das halbreife Obst konzentrieren und b) keine Ausschließlichkeit beanspruchen soll.

3.) Erbeten wird, die Wurfgeschosse, die bei dem Ernten für die höheren Baumlagen verwendet werden (Holzprügel und dergl.), nicht auf dem Rasen herumliegen zu lassen.

Theodor Heuss

¹ Der Umlauf ist vermutlich gerichtet an die Enkel von Hedwig Heuss und von Marianne Lesser-Knapp, Schwester von Heuss-Knapp, die in dieser Zeit zu Besuch waren; vgl. Heuss an Marianne Lesser-Knapp, 16. 9. 1953, in: N 1221, 312.

Nr. 191

An Barbara Heuss, Lörrach-Tumringen

Zum 17. September 1953

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung, ohne Anrede und Grußformel, mit
eigenhändigen Zeichnungen von Heuss¹

Bilderbrief zum Geburtstag und zum Schulbeginn

Für Barbara Toni zum 17. Sept. 1953²

Der Großvater setzt sich auf seinen Popo
Und träumt vor sich hin: das ist nun so,
die Bärbel wird 6 Jahre alt
und strampelt jetzt zur Schule bald
und lernt das Lesen, Rechnen, Schreiben,
brav auf dem Stühlchen Sitzen-Bleiben.
Das Singen kann sie vorher schon
im sicheren Riva-Tiana-Ton.

Was fangen da die Kinder an,
der Orsi und der Hampelmann?
Der Dinkelsbühler Stadtsoldat,
der hütereiche Bootsmannsmaat?

Wenn Barbara nur Bücher liest
und ihre Kinder schier vergißt?
Ach ja, so schlimm wird das ja nicht,
es bleibt noch anderes gericht't,
die Schaukel wartet, mit Vergnügen
dem blauen Himmel anzufliegen.

¹ Weiterer Nachweis: B 122, 200: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung (Kopie).

² Heuss hatte bereits an seinen jungen Sohn Ernst Ludwig Bilderbriefe geschrieben; am 3. 9. 1912, 26. 2. und 11. 9. 1915 sowie am 23. 7. 1916, in: TH. HEUSS, *Aufbruch*, S. 362–365, 432–435, 458–460, 490–493. Heuss wollte nun diese Tradition fortsetzen, wie er seinem Sohn und seiner Schwiegertochter schrieb: „und es wurde mir deutlich, daß ich darin fortfahren muß. Daß ich ‚unpassend‘ einsetze, wird Bärbel mir verzeihen. Es kommt nun darauf an, wie die pädagogischen Anschauungen sein werden, wenn sie in 64 Jahren ihren Enkelkindern dieses Dokument, falls es noch lebt, vorführen mag.“ Heuss an Ernst Ludwig und Hanne Heuss, 11. 9. 1953, in: N 1221, 312 und FA Heuss, Basel. Über das Verhältnis von Heuss zu seiner Enkelin vgl. auch Heuss an Helene Ecaris vom 3. 1. 1953: „Das Kind war munter und hat sich jetzt mit mir ganz gut angefreundet. Ich weiß nicht, wie oft ich ‚Max und Moritz‘ vorlesen mußte, das ich ihr zur Einübung in die Tugend zu Weihnachten geschenkt habe“; N 1221, 126.

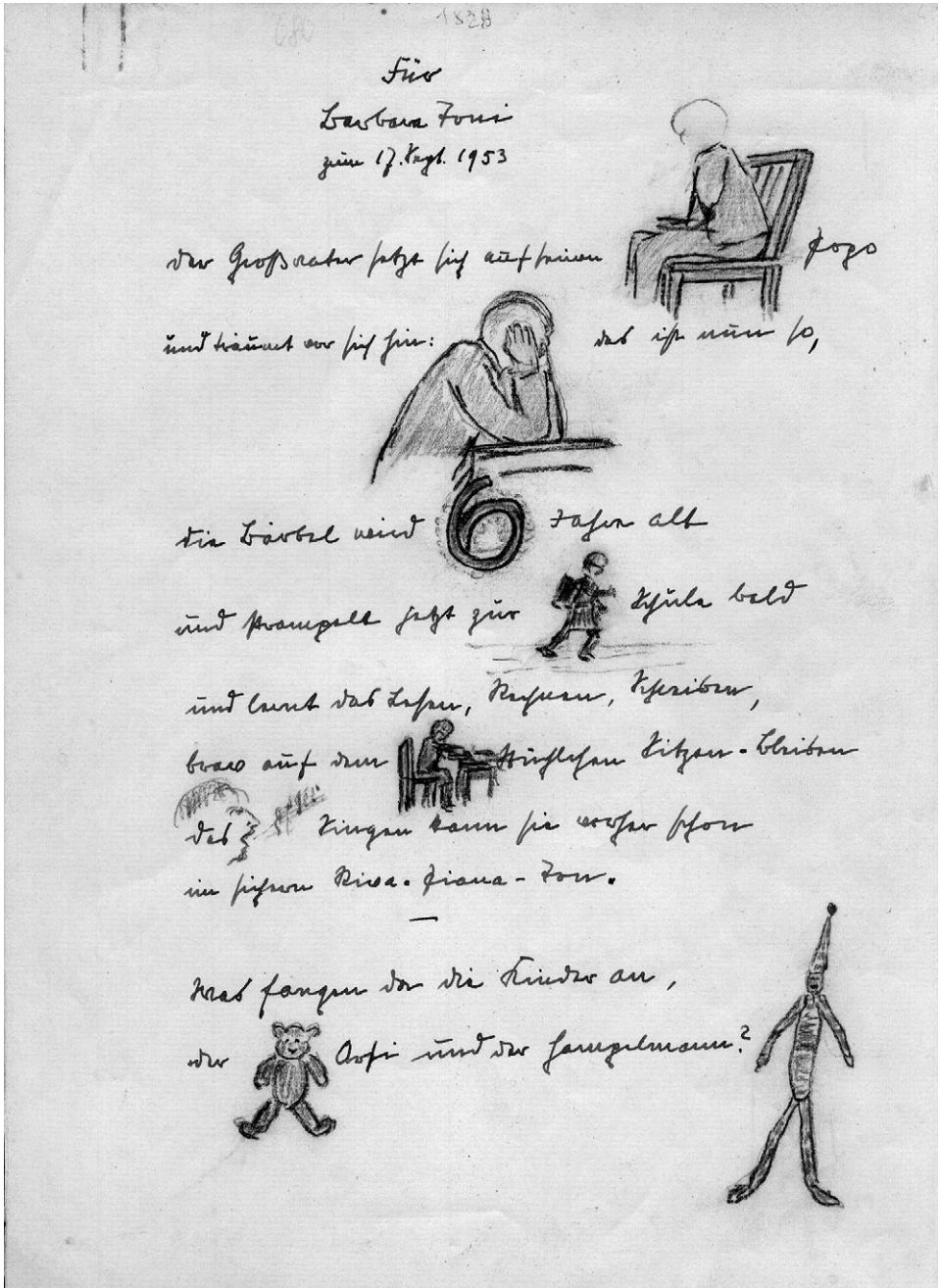


Abb. 22: Theodor Heuss an Barbara Heuss, zum 17. 9. 1953

Die Ente will im Wasser schwimmen,
die Bärbel will den Berg erklimmen!
Es ist doch immer etwas los!
Man sitzt auf des Papas Schoß,
man hilft der Mama, wenn sie bäckt
und hat dabei vom Teig geschleckt!
Heut regnet's, morgen ist es schön,
man kann selbdrift spazieren gehen –
Der vierte fehlt ... Du weißt es schon:
Man muß halt wieder mal nach Bonn.

Th. H.

Nr. 192

An Wilhelm Keil, Minister a. D., Ludwigsburg

30. September 1953

HStAS, Q 1/4, 28: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

*Fortsetzung der Jugenderinnerungen von Theodor Heuss; Tod Erich Roßmanns
und Ernst Reuters*

Verehrter lieber Freund!

Sie fragen, warum Sie einer der ersten sind, denen ich das neue, soeben erschienene Buch zugesandt habe.² Es ist nicht deshalb geschehen, weil ich den Keil, wie er selber mitteilt, vor der Abschiedsstunde noch begrüßen wollte.³ Der Duktus Ihrer Handschrift hat den etwas melancholischen Inhalt Lügen gestraft. Ich habe das Buch Ihnen als einem der ersten zugeschickt, weil ich, wie Sie vielleicht bemerkt haben könnten oder sollten oder dürften, Sie liebe.

Die Frage, ob Sie den weiteren Band erleben werden, ist ja nun nicht von der Dauer Ihrer Jahre abhängig, sondern mehr von der Möglichkeit meiner eigenen

¹ Hs. Vermerk durch Empfänger: „b[eantwortet] 13. 10.“; weitere Nachweise: N 1221, 158 und 312: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Heuss hatte Keil am 21. 9. 1953 seine Jugenderinnerungen zugesandt; HStAS, Q 1/4, 28. Auch Gessler hatte Heuss die „Vorspiele des Lebens“ am 30. 9. 1953 mit den Worten gesandt: „Ich habe bieder, brav und auf den Tag genau mitgeteilt, von wann bis wann es geschrieben ist, damit man nicht meint, daß Selbstbeweihräucherung jetzt der Sport meines Lebens geworden ist. Im übrigen glaube ich, kommt in dem Buch nicht zu viel Weihrauchduft vor. Es ist entstanden ganz ‚ohne Material‘ aus dem Beschäftigungswillen, den ich ja mein ganzes Leben hindurch gehabt habe, weil ich nie das Talent zur Langeweile besaß“; N 1221, 312.

³ Ein derartiges Schreiben von Keil an Heuss ließ sich nicht ermitteln.



Abb. 23: Besuch des Notaufnahmeflughafens Marienfelde für Flüchtlinge aus der DDR, in Begleitung von Ernst Reuter, 15. 4. 1953

Weiterarbeit. Wenn ich in diesem breit behaglichen Ton fortfahren würde, so könnte es ja ein viel vielbändiges Werk werden, wozu mir aber die Zeit nicht gegeben ist und was vielleicht auch als Wichtigtuerei vorkommen könnte.

Aber nun ist es so, daß ich im vergangenen Jahr und in diesem Jahr reiche, fast völlig verregnete Ferien im Allgäu zugebracht habe, und bei dieser Gelegenheit habe ich einfach, wozu ich ja hier nicht komme, je zwei weitere Kapitel niedergeschrieben. In denen kommen nun Dinge vor, die Sie nicht nur menschlich, sondern bereits sachlich interessieren werden, und ich möchte fast annehmen, daß es Ihnen Spaß macht, auch wenn Sie gerade dort kritisch werden mögen, wenn ich Ihnen einfach mit der Bitte um Rückgabe die weiteren vier Kapitel einmal zum behaglichen Lesen sende, denn dort kommt, über das rein Anekdotische hinaus, was in der Schülerfrühzeit liegt, das nun schon bewußtere Begegnen mit der Parteiproblematik, auch gerade etwa mit der sozialdemokratischen Entwicklung jener Jahre – gespiegelt in der frühen Freundschaft mit Ludwig Frank – zum Ausdruck.⁴ Wenn Sie es gelesen haben, lassen Sie mir die Kapitel bitte wieder zugehen.

Mit Trauer hat mich die gestrige Nachricht vom Tode unseres gemeinsamen Freundes Erich Roßmann erfüllt. Ich habe ihn zwar bei der letzten Begegnung müde und älter geworden gefunden, doch fand ich nichts von der Gefährdung seines Lebens. – Auf das Tiefste erschrocken bin ich aber, als ich jetzt die Nach-

⁴ Vgl. TH. HEUSS: Erinnerungen, S. 39–45.

richt von dem Tode von Ernst Reuter bekommen habe,⁵ der rein für sich genommen eine große und bedeutende Erscheinung war.⁶ Nach meiner persönlichen Auffassung neben Kaisen die menschlich größte in der gegenwärtigen Sozialdemokratischen Partei. Ich übersehe nicht, wie diese Lücke geschlossen werden kann. Ich hatte mit ihm ja seit Jahrzehnten eine gute menschliche Beziehung, die in den letzten vier Jahren zu einer in der Aussprache vollkommen freien Offenheit bei wechselseitiger menschlicher Sympathie geführt hat. Er ist ein geschichtlicher Verlust in viel höherem Maße als das Hinscheiden von Schumacher,⁷ da er nicht in der Bedrängnis des körperlichen Leidens und dessen Wirkungen gestanden hat.⁸

Mit vielen guten Grüßen, auch an Ihre liebe Frau,
Ihr

Theodor Heuss

Anlagen

Nr. 193

An Generalleutnant William H. Tunner, [Wiesbaden]

1. Oktober 1953

BArch, B 122, 2224: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“¹

Berliner Kinderluftbrücke

Sehr geehrter Herr General!

Es ist mir ein Bedürfnis, in diesen Tagen, da die „Kinderluftbrücke“ dieses Sommers, die Berliner Kinder in die Bundesrepublik gebracht hat,² sozusagen

⁵ Reuter war am Vortag gestorben.

⁶ Vgl. auch die Gedächtnisrede, die Heuss am 23. 10. 1953 in Berlin hielt, in: TH. HEUSS, *Würdigungen*, S. 234–237.

⁷ Vgl. Nr. 134.

⁸ In seinem Kondolenzbrief an Reuters Ehefrau Hanna erklärte Heuss am 30. 9. 1953: „Man denkt an seine Leistungen, an die Aufgaben, die ihn noch erwarteten, an die geschichtliche Bedeutung, die sein Wirken, zumal in den letzten fünf Jahren, nicht nur für Berlin, sondern für ganz Deutschland gewonnen hat.“ Zu der persönlichen Verbindung meinte Heuss: „Die Beziehungen zwischen Ihrem Gatten und mir hatten das ‚Amtliche‘ und das ‚Dienstliche‘ immer abgestreift – sie waren von der persönlichen Zuneigung durchwärmt. So spüre ich, daß ich einen Freund verloren habe“; B 122, 2197.

¹ Az. I/6/05; hs. Vermerk: „Betr. Kinderluftbrücke“; Verfügung: „Herrn St[aats]S[ekretär] zur Kts.“, mit Paraphe von Klaiber und Bott vom 1. 10., von Raederscheidt vom 2. 10. 1953; weiterer Nachweis: N 1221, 312: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Durch die Kinderluftbrücke wurden erholungsbedürftige Kinder vornehmlich aus sozial schwachen Familien West-Berlins in den Sommerferien kostenlos in amerikanischen Flugzeugen nach Westdeutschland gebracht.

stillgelegt werden wird, Ihnen noch ganz persönlich meinen herzlichen Dank auszusprechen für die freundschaftliche und erfolgreiche Art, wie Sie sich persönlich dieser Frage der deutschen Sorgen mit angenommen haben.³ Ich weiß, welchen nachhaltigen Eindruck das in allen Kreisen der deutschen Bevölkerung gemacht hat. Die Dankbarkeit der Kinder, die mit durch die amerikanischen Luftstreitkräfte nun schöne Ferien erlebt haben, die Dankbarkeit auch ihrer Eltern schwingt mit in dem Gefühl, an dem ein ganzes Volk teil hat. Ein solcher Akt wirkt mit dazu, die Beziehungen der Völker im Seelischen zu unterbauen.

Ich wollte Ihnen solches mit diesen Zeilen zum Ausdruck gebracht haben.

Ihr

Th. Heuss

Nr. 194

An Hans-Heinrich Welchert, Bonn-Endenich

3. Oktober 1953

StadtA Aschersleben, NL Welchert, 107: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung, ohne Anrede; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Paralleles Erscheinen der Heuss-Biographie von Hans-Heinrich Welchert und der „Vorspiele des Lebens“ von Theodor Heuss

In den letzten Tagen sind ja nun nebeneinander die beiden Heuss-Bücher erschienen.² Als ich durch die Messe in Frankfurt³ streifte, bin ich mit mißtrauischen Augen mir, d. h. meinem Bild, wiederholt begegnet.

³ Die angeregte Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Tunner, Chief of Staff US Air Forces Europe, war nicht möglich, da mit den Besatzungsmächten vereinbart worden war, Mitgliedern der Hohen Kommission oder der Besatzungstruppen kein Bundesverdienstkreuz zu verleihen, bis die Bundesrepublik souverän sei. Der Generaldirektor des NWDR, Grimme, hatte deshalb bei Heuss angeregt, dass Tunner ein Schreiben des Bundespräsidenten erhalte, über das die Presse informiert werde; Aktennotiz von Klaiber, 18. 9. 1953, in: B 122, 2224. 1982 erhielt Tunner das Große Verdienstkreuz mit Stern.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 312: ms. Schreiben, Durchschlag.

² TH. HEUSS, *Vorspiele*; HANS-HEINRICH WELCHERT: *Theodor Heuss. Ein Lebensbild*, Bonn 1953. – In einem von Bott gez. Schreiben an Paul Franken vom 16. 4. 1952 hatte Heuss für den Fall, dass überhaupt eine Biographie über ihn geschrieben werde, sein Einverständnis mit Welchert als Autor ausgedrückt; N 1221, 302. Druckfahnen der Biographie Welcherts waren Heuss in den Urlaub nachgeschickt worden. Daraufhin teilte Ernst Ludwig Heuss am 30. 7. 1953 dem Referenten Raeder-scheidt, der von Welchert das Manuskript mit Bitte um Korrekturen erhalten hatte, mit, man sei enttäuscht, dass der Name Heuss „überall mit ß anstatt mit ss geschrieben wird. Dabei führt die Familie seit Jahrzehnten mit Standesämtern und anderen Institutionen den Kampf um die Schreibweise mit ss!“ Wenigstens auf dem Umschlag solle der Name richtig geschrieben werden; B 122, 176; N 1221, 64. Teile der Biographie von Welchert mit Korrekturen in: StadtA Aschersleben, NL Welchert.

³ Gemeint ist die Buchmesse des Börsenvereins des deutschen Buchhandels.

Wir werden nun beide abwarten müssen, wie unsere Leistungen von dem buchkaufenden Publikum aufgenommen werden.

Auf jeden Fall danke ich Ihnen für die stilistische Mühe und lebendige Art der Darstellung,⁴ mit der Sie diesem noch nicht abgeschlossenen Leben eine historische Stelle einzuräumen sich bemüht haben.

Daß ich Ihnen meine eigenen Jugenderinnerungen vorenthalten habe, werden Sie begreifen, weil ich Angst vor dem evtl. Eindruck habe, daß ich selber der Initiator Ihrer Arbeit gewesen sei. – Das Buch war ja einmal von Glaeser⁵ im Manuskript durchgesehen worden, so daß er einige Pointen daraus in seinen Essay⁶ hat aufnehmen können. Ich möchte Ihnen nun ein Exemplar schicken in der Hoffnung, daß das an sich ja gar nicht politische, sondern gänzlich heitere Buch Ihnen einige Freude macht und vielleicht, da Sie jetzt ein „Heuss-Kenner“ geworden sind, Erklärungen gibt.

Mit guten Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

1 Anlage

⁴ An Oschilewski hatte Heuss am 2. 12. 1952 geschrieben, ein früherer Schüler arbeite an seiner Biographie: „Der Mann kann gut schreiben und kennt mich aus semesterlangen Vorlesungen so wie aus einer später lebendig gebliebenen persönlichen Beziehung.“ Heuss selbst habe das Manuskript nicht gelesen, wohl sein Sohn, der „es ganz geschickt und frisch“ fand. „Ich selber habe eine gewisse Scheu davor, mich im Spiegel zu sehen.“ N 1221, 307. Ernst Ludwig Heuss meinte, nachdem er das Manuskript Welcherts gelesen hatte: „Es ist eine sehr gute Reportage mit geschickt aneinander gereihten Zitaten aus alten Publikationen und neuen Reden, aber ohne eigenen literarischen Wert“; Ernst Ludwig Heuss an Heuss, 30. 3. 1953, in: FA Heuss, Basel.

⁵ Gemeint ist der Schriftsteller Ernst Glaeser. Über seine Beziehung zu Heuss vgl. H. BOTT / H. LEINS, *Begegnungen*, S. 228–232.

⁶ ERNST GLAESER: Der Schriftsteller Theodor Heuss, in: *Das literarische Deutschland* 2, Nr. 21, 10. 11. 1951, S. 3.

Nr. 195

An Dr. Gebhard Müller, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg,
Stuttgart

6. Oktober 1953

BArch, B 122, 2194: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Politische Entwicklung im Südwesten; Begrüßung der Wahl von Gebhard Müller zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg

Verehrter, lieber Herr Ministerpräsident!

Wie Sie sich denken können, habe ich die politische Entwicklung in der Heimat in den vergangenen Wochen mit lebhafter Teilnahme verfolgt, freilich eben nur mit der Teilnahme eines Zeitungslesers, der immerhin einige der „Akteure“ persönlich kennt.²

Das Ergebnis, das Sie nun an die Spitze des neuen Kabinetts geführt hat, ist mir persönlich schon vor 1½ Jahren als die gemäße Lösung erschienen,³ und ich habe das Gefühl, daß der Heimat manche Verkrampfung erspart geblieben wäre, wenn man, wie ich es ja im Frühjahr 1952 an verschiedenen Stellen anregte, auf die wohl unvermeidbaren Kontroversen über Grundrechte verzichtet hätte, mit einem Hinweis auf die von allen großen Parteien seinerzeit akzeptierten Formulierungen des Bonner Grundgesetzes, und sich mit einer Rechtskonstruktion des staatlichen Aufbaus begnügt hätte, in einem Zusatz dazu aber die Schuldinge für einen späteren Termin sich aufgespart unter der Anerkennung des Status quo.⁴

¹ Az. I/5/01; weiterer Nachweis: N 1221, 312: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Nachdem der baden-württembergische Ministerpräsident Reinhold Maier im Mai 1953 durch seine Zustimmung zu den EVG-Verträgen im Bundesrat seinen Koalitionspartner SPD düpiert hatte und daraufhin der sozialdemokratische Justizminister Renner zurückgetreten war, näherten sich im Zuge der Verhandlungen über eine baden-württembergische Verfassung SPD und CDU vor allem in Bildungsfragen an und planten eine Große Koalition. Als die CDU bei den Bundestagswahlen am 6. 9. 1953 große Gewinne verbuchen konnte, die FDP/DVP hingegen empfindliche Stimmenverluste hinnehmen musste, trat Reinhold Maier am 30. 9. 1953 vom Amt des Ministerpräsidenten zurück. Noch am selben Tag folgte ihm der Christdemokrat Gebhard Müller in diesem Amt an der Spitze einer Allparteienregierung aus CDU, SPD, FDP/DVP und BHE; vgl. K.-J. MATZ, Reinhold Maier, S. 419–434; HANDBUCH DER BADEN-WÜRTEMBERGISCHEN GESCHICHTE, Bd. 4, S. 559–569. Heuss hatte diese Entwicklung mit großer Anteilnahme verfolgt und auch seinen Parteifreund Maier kritisiert: „Die Dinge in Baden-Württemberg hätten nicht so gehen müssen. Reinhold scheint, wie ich von Klaiber höre, innerlich zur Resignation in der Landesführung bereit zu sein. Er hat sich über die Wirkung seiner anti-katholischen Pointen elementar getäuscht.“ Heuss an Ernst Ludwig und Hanne Heuss, 11. 9. 1953, in: N 1221, 312.

³ Vgl. Nr. 118, Nr. 119, Nr. 123, Nr. 124.

⁴ So in einem Schreiben an den FDP/DVP-Vorsitzenden Wolfgang Haußmann vom 17. 4. 1952, um eine Einigung für die von Heuss bevorzugte Koalition mit der CDU zu erzielen; N 1221, 587; vgl. M. WEIPERT, Verantwortung, S. 13–19.

Es kann nicht meine Absicht sein, die politische Entwicklung dieser letzten 1½ Jahre nun mit Zensuren auszustatten, die an dieser Stelle sachliche, an jener Stelle personalpolitische Entscheidungen hätten behandeln können oder müssen. Meine skeptische Beurteilung dieser Periode ist von mir nicht verhüllt worden, aber es liegt auf der Hand, daß ich mich gegenüber den Einzelphasen auf Grund meiner Amtsstellung zurückgehalten habe,⁵ denn sie wäre sonst allzu leicht in das Gewirr der Unzuständigkeiten hereingeraten. Und es war ja auch nicht mein Auftrag, mich als händelsüchtiger Praeceptor suebiae⁶ zu suggerieren.

Nun weiß ich gut genug, daß Sie noch eine sehr schwierige Aufgabe vor sich haben, die – wie man heute zu sagen sich gewöhnt hat – Integration eines Gesamtstaates zu vollziehen. Aus der Zeitung sehe ich, daß auch Ihnen, wie Ihrem Vorgänger, ein Spezifikum an Schwierigkeiten nicht erspart bleiben wird. Aber ich hoffe, daß das Sachgewicht der Entwicklung die Dinge, die im Augenblick als peinlich oder störend empfunden werden müssen, doch vergessen lassen wird.

Ich hätte Ihnen schon früher einen Zuruf guter Wünsche gesandt, wenn nicht gerade die letzten Tage durch äußere Veranlassungen, zum Teil schmerzlicher Natur,⁷ ein Übermaß von Beanspruchung mit sich gebracht hätten. Ich will Ihnen aber doch sagen, daß ich Ihnen, zumal auch um der Gestaltung der vaterländischen Dinge willen, Gesundheit, Kraft und Glück wünsche. Sie müssen eine zarte Hand und eine feste Hand haben.

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir bei einem Besuch von Ihnen in Bonn uns einmal persönlich über die Komplexe aussprechen könnten. Denn wenn ich jetzt auch „Vater“ des gesamten Bundesgebietes bin, so sind die heimatlichen Dinge meiner Seele und meinem Wissen besonders nahe.⁸

Mit herzlichen Grüßen und guten Empfehlungen an Ihre Gattin
Ihr

Th. Heuss

⁵ Vgl. auch Nr. 199.

⁶ Lateinisch für „erster Lehrer Schwabens“.

⁷ Zum Tode Reuters und Roßmanns vgl. Nr. 192.

⁸ Müller dankte Heuss für das Schreiben am 8. 10. 1953; B 122, 2194.

Nr. 196

An Erika Canaris, Tübingen

14. Oktober 1953

BArch, N 1221, 312: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“

Verfilmung des Schicksals von Repräsentanten des deutschen Widerstandes gegen Adolf Hitler

Verehrte, gnädige Frau!

Die Beantwortung Ihres Briefes¹ hat sich etwas verzögert, nicht nur weil ich gerade in diesen Tagen überaus stark beansprucht war, sondern weil ich feststellen lassen wollte, ob in der Frage des geplanten Filmes hier in Bonn schon um eine Bundesbürgerschaft nachgesucht worden ist.

Es ist festgestellt worden, daß dies nicht der Fall ist, und die beteiligten Stellen sind von meiner ablehnenden Auffassung, die der eigenen inneren Haltung der beiden befragten Herren entspricht, unterrichtet. Es soll diese Auffassung auch der Berliner Stelle, die für Bürgschaften evtl. in Frage kommt, mitgeteilt werden.

Rein rechtlich ist die Lage ja so, daß ein Verbot bei jemandem, der in die Geschichte eingegangen ist, nach meinen Erkundungen nicht möglich ist.² Ich will mich bei Frau Aicher-Scholl, die ich persönlich gut kenne, erkundigen, welchen Weg die Familie Scholl mit Erfolg beschritten hat.³ Wenn es sich bei ihr auch nur um Verhinderung einer amtlichen Bürgschaft handelt, so glaube ich fast, daß die Voraussetzungen auch gegenüber dem Plan der Verfilmung des Schicksals Ihres Gatten heute schon gegeben sind.

Ich möchte Ihnen zum Ausdruck bringen, daß ich rein von der menschlichen Seite her volles Verständnis für Ihren Brief habe und daß ich über das Menschlich-Persönliche hinaus die Kommerzialisierung der deutschen Tragödie immer abgelehnt habe und dies auch vor einigen Jahren schon, freilich unter Widerspruch derer, die sich betroffen fühlten, einmal vor der Presse zum Ausdruck brachte, als ich mich gegen die sogenannten Reportagen in den Illustrierten Zeitungen, die gerade in diese Materie einstiegen, gewandt habe.⁴

¹ Erika Canaris an Heuss, 7. 10. 1953, in: B 122, 301. Erika Canaris bat darum, die Aufführung des geplanten Filmes über ihren Mann Wilhelm Canaris (vgl. Anm. 5) verbieten zu lassen.

² § 23 des Kunsturhebergesetzes von 1907 gestattet die Abbildung von Personen der Zeitgeschichte.

³ Gegenüber Inge Aicher-Scholl betonte Heuss am 14. 10. 1953 sein Verständnis für das Anliegen der Familie Canaris, „nicht in sensationell gemachte Geschichten hereingerissen [zu] werden“, und erkundigte sich, ob zur Verhinderung eines Films über die Geschwister Scholl gegen eine Bundesbürgerschaft vorgegangen oder welcher andere Weg beschritten worden sei; N 1221, 312.

⁴ Vgl. den Briefwechsel mit Alfred Mühr vom März 1951, in: TH. HEUSS, Hochverehrter Herr Bundespräsident, S. 160–164.

Ich darf Sie bitten, diesen Brief vertraulich zu behandeln. Ich habe mich, da ich kein Filmkenner bin, gegenüber den mannigfachen Beanspruchungen aus dieser Sphäre immer sehr zurückgehalten und möchte um meines Amtes willen nicht in eine öffentliche Diskussion über das Eingreifen des Bundespräsidenten in Filmpläne kommen.⁵

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr

Th. Heuss

Nr. 197

An Dr. Thomas Dehler, Bundesminister der Justiz, [Bonn]

20. Oktober 1953

BArch, N 1221, 312: ms. Schreiben, Abschrift eines hs. Schreiben, ms. gez.; ms Briefkopf: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“¹

Persönliche Erläuterung der Verabschiedung Thomas Dehlers aus dem Amt des Bundesjustizministers

Lieber Dehler,

es ist nicht möglich, Ihnen die Urkunde über die gegenwärtige Beendigung Ihrer ministeriellen Tätigkeit² zugehen zu lassen, ohne einige persönliche Zeilen hinzuzufügen. Das bin ich unserer alten Freundschaft schuldig und der Offenheit, die immer zwischen uns war. Dabei will ich nicht mit Worten, die Sie vielleicht

⁵ Auch im folgenden Jahr räumte Heuss ein, dass er zwar nicht in die Produktion von Filmen eingreifen könne, er sich aber nach einem Film über den 20. Juli 1944 erkundigen wolle, den Henriette von Schirach beabsichtige zu drehen; dies sei „eine skandalöse Geschmacklosigkeit“; N 1221, 319. Nachdem sich Heuss in mehreren Schreiben informell für das Anliegen Erika Canaris‘ eingesetzt hatte, stimmte diese letztlich doch einer Verfilmung des Schicksals ihres Mannes Wilhelm Canaris zu. Der Film „Canaris“ erschien 1954 in der Regie von Alfred Weidenmann mit dem Schauspieler Otto Eduard Hasse in der Hauptrolle des Admirals Canaris.

¹ Hs. Vermerk: „Tagesdoppel“; Druck: TH. HEUSS, Lieber Dehler, S. 98; weitere Abschriften gingen an die bisherigen Bundesminister Wilhelm Niklas (Ernährung und Landwirtschaft, CSU), Hans Lukaschek (Vertriebene, CDU) und Robert Lehr (Inneres, CDU); N 1221, 312.

² Wegen fortgesetzter Differenzen mit dem Koalitionspartner sowie weiterer Konflikte mit dem Bundesverfassungsgericht und der katholischen Kirche wurde Dehler als untragbar für das zweite Kabinett Adenauer angesehen. Auch Heuss hatte in den vergangenen Monaten Dehlers Politikstil dermaßen kritisiert, dass er gegenüber FDP, CDU und CSU deutlich zu erkennen gab, sich der Unterzeichnung der Ernennungsurkunde Dehlers zum Bundesjustizminister zu verweigern. So erhielt Dehler am 20. 10. 1953 seine Entlassungsurkunde; vgl. U. WENGST, Thomas Dehler, S. 222–234; zur wachsenden Entfremdung zwischen Heuss und Dehler auch Nr. 141, Nr. 175.

als peinlich empfinden könnten, die Enttäuschung, die Ihnen unzweifelhaft diese letzten Wochen verdorben hat, „versüßen“.

Da Sie mir menschlich näher standen als sonst ein Mitglied des Kabinetts, zumal nach dem Tode von Eberhard Wildermuth, habe ich, glauben Sie es mir, unter Äußerungen und Handlungen von Ihrer Seite, die ich für unklug oder falsch oder für bedenklich hielt, geradezu gelitten. Das haben Sie vielleicht aus manchem Brief, den zu schreiben ich mich gezwungen sah, gespürt. Es ist jetzt nicht über Anlässe oder Motive zu rechten. Ich sah seit langem die Lage sich vorbereiten, da ich mich zwischen menschlicher Freundschaft mit ihren Bindungen und die einfache Staatsraison mit ihren Verantwortungen gestellt sehen würde.

Ihre Einsicht muß die Kontrolle über Ihre Leidenschaft zurückgewinnen, die Kraft Ihrer schönen Überzeugungsgabe muß sich sinnvoll auf das Maß und das Gemäße regulieren ... Denn Ihr öffentliches Wirken steht auch fürderhin vor Aufgaben und Verantwortungen³ – diese Urkunde markiert ja nur einen Einschnitt.

Nehmen Sie diese Zeilen freundschaftlich entgegen⁴ und seien Sie mit den Ihrigen herzlich begrüßt

Ihr

Theodor Heuss

³ Die Bundestagsfraktion der FDP des zweiten Deutschen Bundestages wählte Dehler noch am 20. 10. 1953 zu ihrem Vorsitzenden. Am 6. 3. 1954 folgte er auf dem FDP-Bundesparteitag Blücher im Amt des Parteivorsitzenden; vgl. U. WENGST, Thomas Dehler, S. 235–239.

⁴ Über Dehlers Reaktion schrieb Heuss am 23. 11. 1953 an Hermann Höpker Aschoff, er habe mit Dehler, der sich durch dieses Schreiben „verletzt gefühlt“ habe, eine lange Aussprache gehabt. „Aber ich hoffe, daß wir nun doch auch wieder zur Beruhigung kommen, falls er aus dem emotionellen Zustand, in dem er sich bei allem Gekränktheit hintergründig schier wohlfühlt, herausgekommen sein wird. Er sieht uns alle mehr oder weniger als Verräter an. Aber Sie sollen sich darüber nicht ärgern und nicht aufregen. Wir kennen ihn ja beide in seinen Stärken und in seinen Schwächen gut genug“; N 1221, 313. Die Freundschaft zwischen Dehler und Heuss sollte sich nicht mehr erholen. Noch 1960 bezeichnete Dehler den Altbundespräsidenten als den „größten Snob dieses Jahrhunderts“; zit. n. U. WENGST, Thomas Dehler, S. 233.

Nr. 198

An Dr. Ernst Ludwig Heuss, Lörrach-Tumringen

20. Oktober 1953

FA Heuss, Basel: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
*Kritik an Koalitionsverhandlungen der FDP-Bundestagsfraktion; Gespräche mit
Konrad Adenauer; parteipolitische Besucher*

Lieber Ludwig!

Hier sind ein paar neue Briefe, die Dich vielleicht um der Autoren willen interessieren. Frau *Weckes*,² die das Buch von *Welchert*³ auch schätzt, ist eine sehr kluge Schülerin von mir, die uns ja auch öfters in der Kamillenstraße⁴ besucht hat und jetzt Wirtschaftsprüferin in der Nähe von Göttingen [ist].

Ich⁵ bin sehr froh, wenn die Regierungsverhandlungen vollends zu einem erträglichen Abschluß kommen.⁶ Teile der FDP-Fraktion wären ja, auch über den Einfluß Eures Dr. Hoffmann,⁷ wie es scheint, fast bereit, sich als eine Art von Selbstmördergruppe zu konstituieren, wollen in Opposition gehen, ohne eine Ahnung davon zu haben, daß sie damit nicht nur die weitaus größte Zahl ihrer Wähler enttäuschen, sondern ohne allzu viel Geist suchen müssen, wo sie sachlich Opposition machen könnten. Sie scheinen mir die Situation, in der sich Deutschland befindet, gar nicht recht zu begreifen. Am liebsten wäre ich einmal in die Fraktion gegangen und hätte ihr einiges erzählt. Aber man hat festgestellt, daß sich das nicht schickt. Der Bundeskanzler, mit dem ich in den letzten Tagen wiederholt konferiert habe,⁸ ist frisch und gelassen. Aber er hat natürlich auch seine Mühseligkeiten in einem Appartement seines eigenen Ladens.⁹

Mit guten Grüßen für Euch alle

Dein

Vater Th. H.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 312: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Am rechten Rand hs. Notiz von Heuss: „folgt ein anderes Mal.“

³ Vgl. Nr. 194.

⁴ In der Kamillenstraße 3 in Berlin-Lichterfelde wohnte die Familie Heuss, bis die Eltern 1943 Berlin verlassen mussten. Bis 1946 hütete der Sohn das Haus; vgl. TH. HEUSS, *Defensive*, S. 470–472.

⁵ Folgender Absatz links mit hs. Randanstreichung durch Empfänger.

⁶ Nach den Bundestagswahlen vom 6. 9. 1953, bei denen CDU und CSU mit 45,2% der Wählerstimmen über eine absolute Mehrheit der Bundestagsmandate verfügte und die FDP nur noch 9,5% der Stimmen errang, gestalteten sich die Koalitionsverhandlungen schwierig, da die FDP befürchtete, in einer Koalition jegliches Profil gegenüber den starken Unionsparteien zu verlieren; vgl. H.-P. SCHWARZ, *Adenauer*, Bd. 2, S. 106–115.

⁷ Gemeint ist der über die badische Landesliste gewählte FDP-Abgeordnete Karl Hoffmann.

⁸ Gesprächsaufzeichnungen ließen sich nicht ermitteln.

⁹ Gemeint sind vermutlich die Querelen bei der Kabinettsbildung 1953, die Forderungen der CSU nach Aufhebung der Zivilehe und konfessionelle Spannungen innerhalb der CDU; vgl. H.-P. SCHWARZ, *Adenauer*, Bd. 2, S. 108–113. Seinem Sohn schrieb Heuss bereits am 7. 10. 1953: „Der

Anlagen

[PS]¹⁰ In der Nacht zum Dienstag hatte ich um 9 Uhr 10 Leute der FDP bei mir, von ¼11 bis ½1 Uhr Schäffer u. Fr. J. Strauß.¹¹ Mancherlei wäre vermeidbar gewesen ohne Zwischenträgereien u. persönl[iche] Verstimmtheiten.

In einem *Hamburger* Blatt war als Sondermeldung Deine Stadtratskandidatur verzeichnet!¹²

Nr. 199

An den Präsidenten der Verfassunggebenden Landesversammlung von Baden-Württemberg, Stuttgart

27. Oktober 1953

BArch, B 122, 2194: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Ablehnung, an der Verkündung der Verfassung für Baden-Württemberg teilzunehmen

Verehrter Herr Präsident!²

Die Beantwortung Ihres Schreibens vom 22. Oktober³ hat sich wegen einer Abwesenheit von Bonn verzögert.

Die freundliche Einladung des Ältestenrates der Verfassunggebenden Landesversammlung, an dem feierlichen Akt der Verkündung des neuen Staatsgrundgesetzes teilzunehmen, weiß ich wohl zu würdigen; wie Sie sich denken können,

Kanzler selber ist im ganzen durchaus maßvoll und hat bestimmte Warnungen, die ich ihm in der langen Unterhaltung gegeben habe, absolut rezipiert. Aber er wird noch allerhand Auseinandersetzungen mit den Fraktionen durchzumachen haben, nicht zuletzt auch mit der eigenen, weil dort offenbar der bayerische Flügel etwas gekränkt ist durch in die Öffentlichkeit gedrungene Auffassungen des Kanzlers.“ FA Heuss, Basel.

¹⁰ Hs. Postskriptum.

¹¹ Strauß und Schäffer versuchten bei dieser Unterredung auf Heuss einzuwirken, Dehler als Justizminister nicht zu entlassen, weil sie davon eine schwere Belastung der Koalition befürchteten. Heuss ließ sich aber nicht umstimmen; vgl. U. WENGST, Thomas Dehler, S. 232; zur Entlassung Dehlers vgl. Nr. 197.

¹² Zu seiner Kandidatur als Spitzenkandidat der FDP bei den Stadtratswahlen in Lörrach bemerkte Ernst Ludwig Heuss gegenüber seinem Vater: „Daß dpa die Tatsache meiner Kandidatur für die Stadtratswahl in Lörrach in alle Welt hinausposaunt hat, war überflüssig, aber von mir aus nicht zu verhindern“; Ernst Ludwig Heuss an Heuss, 21. 10. 1953, in: FA Heuss, Basel.

¹ Vermerk: „Auf Weisung Briefkopf: Th. H.“; Az. I/5/01; Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 312: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Carl Neinhaus.

³ Neinhaus an Heuss, 22. 10. 1953, in: B 122, 2194.

habe ich die Arbeiten der letzten anderthalb Jahre in ihrem Hin und Her mit lebhaftester Teilnahme verfolgt⁴ und bin froh darüber, daß jetzt ein fester rechtlicher Boden für das politische und soziale, für das kulturelle und verwaltungstechnische Gemeinschaftsleben gesichert ist.

Und doch möchte ich bitten dürfen, daß auf meine Mitwirkung verzichtet wird.⁵ Daß ich als stiller Gast dabei sitze, der ich in diesem ganzen Fragenkomplex schon seit Jahrzehnten sehr akzentuierte⁶ Auffassungen vertreten habe,⁷ würde nicht recht verstanden werden, aber wenn ich reden sollte, so müßte das, damit ich mit mir selber im Reinen bleibe, was das Legendenwerk des Ehedem und die Gespinste der nahen Gegenwart anlangt, so subjektiv sein, daß es nicht recht in den Rahmen einer solchen Veranstaltung hineinpassen würde. Ich kenne dafür die historisch-politische Sachproblematik, ich kenne die Menschen, ich kenne auch mich selber dafür zu gut. Und die Rolle des alten Attinghausen⁸ ist mir, bei aller Verehrung für Schiller, etwas zu langweilig.

Wir werden uns darüber einmal unterhalten können.

Lassen Sie mich rechtzeitig wissen, welche Termin-Entscheidung getroffen wurde, damit ich durch ein Grußwort⁹ rechtzeitig sagen kann, wie sehr mich, dessen väterliche Ahnenreihe im Badischen und im Württembergischen sich verzweigt,¹⁰ der heimatliche Geschichtsvorgang bewegt. Und ich zweifle keinen Augenblick daran, daß er nicht nur geschichtlich sinnvoll ist, sondern daß er über den umgrenzten staatlichen Lebens- und Verwaltungsraum hinaus für den Rhythmus der gemeindeutschen Dinge wohlthätig sein wird.¹¹

Mit freundlichem Gruß

Ihr

Th. Heuss

⁴ Vgl. Nr. 195.

⁵ Schon am 23. 10. 1953 berichtete Heuss seinem Sohn, dass Wolfgang Haußmann um seine Teilnahme an der Verkündung der neuen Landesverfassung gebeten habe: „Ich habe mit der unangenehmen Kühle, über die ich in solchen Fällen verfüge, gesagt, daß ich nicht kommen werde, da ich nicht für eine in ihrem Ablauf verpfuschte Politik als nachträglicher Segner erscheinen wolle“; FA Heuss, Basel.

⁶ In der Vorlage „akzentuierte“.

⁷ Vgl. Nr. 107, Anm. 4.

⁸ Figur in Schillers Drama „Wilhelm Tell“ von 1804. Werner Freiherr von Attinghausen hat zwar für die politisch-moralischen Belange der Schweizer Verständnis, ist jedoch infolge seines hohen Alters nicht mehr in der Lage, persönlich für sie einzutreten.

⁹ In dieser Grußadresse zum Staatsakt verhehlte Heuss am 19. 11. 1953 nicht seine „innere Genugtuung“ über den Abschluss eines Werkes, das die Grundlage „für ein volkpsychologisch sich beruhigendes Zusammenleben“ sein könnte; QUELLEN, S. 475f.

¹⁰ Die Vorfahren väterlicherseits waren als Neckarschiffer im badischen Haßmersheim ansässig. Erst der Großvater hatte sich als Kaufmann in Heilbronn niedergelassen; vgl. TH. HEUSS, Vorspiele, S. 17–34.

¹¹ In einer Rede, die Heuss dann am 26. 1. 1954 vor dem Landtag von Baden-Württemberg hielt, interpretierte er die Entwicklung des Südweststaates als ein freiheitliches „Modell der deutschen Möglichkeiten“ angesichts der zu überwindenden deutschen Teilung; N 1221, 11.

Nr. 200

An Georg August Zinn, Ministerpräsident des Landes Hessen, Wiesbaden

31. Oktober 1953

BArch, B 122, 2202: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Rede von Theodor Heuss auf Hugo von Hofmannsthal in Bad Hersfeld 1954; Aufforderung zur Unterstützung der Bad Hersfelder Festspiele

Verehrter Herr Ministerpräsident!

Lieber Herr Zinn!

Da wir am Donnerstagabend² im Gespräch gleich in andere Dinge gerutscht sind, habe ich leider vergessen, etwas mit Ihnen zu besprechen, das eigentlich auf meinem „Programm“ stand.

Im vergangenen Jahr habe ich die Festspiele in Hersfeld besucht,³ wo es dem Intendanten Klein⁴ gelungen ist, mit einer Reihe ganz ausgezeichnete künstlerischer Kräfte⁵ in der so eindrucksvollen Stiftsruine das Hofmannsthalsche Spiel „Jedermann“ zu großartiger Wirkung zu bringen.⁶ In diesem Jahr war mir die Teilnahme wegen Überschneidung mit den Ferien, die ich sehr notwendig hatte, nicht möglich. Aber ich habe bei einer kürzlichen Besprechung zugesagt, im kommenden Sommer die Festspiele zu eröffnen und dabei – dies aber bitte nicht als Vormeldung an die Presse gedacht – eine große Gedächtnisrede auf Hugo von Hofmannsthal zu halten, der in diesem Jahre 80 Jahre alt geworden wäre.⁷ Ich habe diese Zusage nicht nur aus fahrlässiger Gefälligkeit gemacht, die ja sonst meinen Lebensweg als Bundespräsident charakterisiert, sondern weil ich Hofmannsthal für einen der wenigen ins Europäische wirkenden Dichter deutscher Sprache in unserer Gegenwart halte. Ich will damit, was an mir liegt, ohne es zu überschätzen, den Hersfelder Spielen, da ich von ihnen beeindruckt war, eine sonderliche Stütze geben, und ich freue mich darüber, daß man dort entschlossen

¹ Verfügung: „St[aa]ts[S]ekretär nach Abgang (Durchdruck l[iegt]b[ei])“; weiterer Nachweis: N 1221, 312: ms. Schreiben, Durchschlag.

² 29. 10. 1953.

³ Zum Besuch in Bad Hersfeld am 5. 7. 1952 Material in: B 122, 619.

⁴ Johannes Klein leitete 1950–1960 die Bad Hersfelder Festspiele.

⁵ Als Schauspieler traten 1952 in Hersfeld u. a. auf: Lil Dagover, Paula Wessely, Attila Hörbiger und Ernst Deutsch.

⁶ HUGO VON HOFMANNSTHAL: Jedermann. Das Spiel vom Sterben des reichen Mannes (1911). Das Stück wird seit 1920 alljährlich bei den Salzburger Festspielen aufgeführt.

⁷ Heuss sprach über Hofmannsthal am 3. 7. 1954 in Bad Hersfeld und mit geringen Änderungen am 19. 11. 1954 in Köln; B 122, 235; als Sonderdruck TH. HEUSS, Hugo von Hofmannsthal; in leicht modifizierte Form abgedruckt in: DERS., Großen Reden. Der Humanist, S. 167–178; DERS., Würdigungen, S. 63–76; vgl. auch DERS., Hochverehrter Herr Bundespräsident, S. 340–342.

zu sein scheint, Hofmannsthal, ohne ein Monopol zu begründen, doch als zentral-dichterische Erscheinung für die Entwicklung einer Tradition zu nehmen.

Nun habe ich keine genügende Vorstellung, wie weit der Staat Hessen dieses Unterfangen stützen oder mittragen kann. Aber ich wollte Ihnen, da es im mündlichen Gespräch vergessen wurde und ich mein Hirn nicht mit der Angelegenheit ins Ungewisse belasten wollte, mit diesen Zeilen meine Mitwirkung im kommenden Jahr jetzt schon vertraulich „notifizieren“ und Sie, falls Sie es noch nicht getan haben, ermuntern, sich dieses Vorgangs, der eine Tradition begründen will, soweit es irgend geht, auch anzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Th. Heuss

Nr. 201

An Dr. Margret Boveri, Berlin-Dahlem

9. November 1953

SBB PK, NL 26, 6: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
Heuss-Bibliographie; Verhältnis zu Angehörigen der LDP und Haltung zur Politik des Bundeskanzlers; Besatzungsverwaltung

Verehrte, liebe Freundin!

Ein paar Tage bin ich weg gewesen, einmal um ein altes Wasserschloß zu besichtigen, dessen erbenlose alte Besitzerin, zu der es bestimmte Beziehungen über das Schwabenland gab, mir neulich einmal den Plan vorgetragen hatte, daraus über ihren Tod hinaus eine Stiftung für Ferientaufenthalte von Gelehrten, Künstlern usf. zu machen. Und um für eine eventuelle Mitberatung die Dinge deutlicher zu sehen, habe ich mir einmal den Komplex angeschaut.

Dann habe ich „meine Jagd“ abgehalten, auf der nebeneinander der italienische und der jugoslawische Botschafter² nach Fasänen und nach Hasen geschossen haben. Ich selber, totaler Zivilist, habe dabei nicht einmal ein Gewehr in der Hand gehabt,³ sondern machte nur acte de présence,⁴ was aber bei einem wunderbar lichten Altweibersommer-Wald sehr nett war.

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 313 und 384: ms. Schreiben, Durchschlag mit Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“.

² Anspielung auf die Spannungen zwischen Italien und Jugoslawien wegen der Zugehörigkeit Triests nach dem Zweiten Weltkrieg.

³ Vgl. Nr. 50.

⁴ Französisch für „sich sehen lassen“.



Abb. 24: Theodor Heuss auf einer Diplomatenjagd im Saupark bei Springe (Nähe Hannover), 19. 12. 1953

Heimgekehrt, fand ich Ihren großen Brief⁵ und auch die Mitteilung von Bott, daß er Ihnen inzwischen Korrekturabzüge und ein hier noch ruhendes Exemplar Ihres Manuskriptes zugesandt hat.⁶ Er hatte offenbar damit gerechnet, daß Sie noch ein Exemplar dort hatten.

⁵ Boveri an Heuss, 3. 11. 1953, in: N 1221, 384. Zu den Differenzen zwischen Heuss und Boveri wegen des Schlusssatzes der Präambel für den Einleitungssessay Boveris zur Bibliographie der Schriften und Reden von Heuss vgl. Nr. 173.

⁶ Die Mitteilung Botts ließ sich nicht ermitteln. Nachdem Heuss schon im Mai 1953 gegenüber Boveri Korrekturvorschläge hinsichtlich des Einführungsabschnittes ihres Essays gemacht hatte (vgl. Nr. 173), kritisierte er im Spätsommer detailliert den eigentlichen Beitrag, woraufhin Boveri den Essay überarbeitete. Als Bott im Oktober kurz vor der Drucklegung den umstrittenen Abschnitt (vgl. Nr. 173a) ohne Rücksprache gestrichen hatte, beschwichtigte Heuss die empörte Autorin und verteidigte Botts Motive, der in dem Essay eine politische Beurteilung des Bundespräsidenten verhindern wollte; Heuss an Boveri, 30. 10. 1953, in: SBB-PK, NL 26, 6. Daraufhin wiederholte Boveri ihre Kritik an der Verantwortung der Bundesrepublik und ihrer Repräsentanten für die Spaltung Deutschlands; wie Anm. 5; vgl. auch H. B. GÖRTEMAKER, *Deutsches Leben*, S. 251–254.

Natürlich habe ich Ihren Brief mit großer Teilnahme gelesen, ein bißchen erschrocken, welcher Zeitaufwand für Sie und nun auch für mich nebenher mit der Frage einer Würdigung meiner Schriftstellerei sich verbunden hat.

Als von der Württembergischen Bibliotheksgesellschaft diese Frage im Frühjahr aufgeworfen wurde, eine Bibliographie zu meinem 70. Geburtstag zusammenzustellen, habe ich, da ein gleicher Plan von einem Berliner Literaten⁷ und dessen Verlag schon einmal vorlag, aber von mir zurückgeschoben worden war, meine wohl unentbehrliche Mitwirkung zugesagt, freilich unter der Voraussetzung, daß man nicht den Versuch mache, ein totales Verzeichnis auch all der gleichgültigen Tagesaufsätze oder politischen Glossen zu versuchen, die ich in meinem langen Leben in der Neckarzeitung, der „Hilfe“, dem „Deutschen Volkswirt“ usf. usf. geschrieben habe.⁸ Dieses mühselige Geschäft ist jetzt abgeschlossen, und in den nächsten Tagen muß ich mir auch noch die Fahnen daraufhin ansehen, was evtl. herausgeschmissen werden müßte oder was, falls mein Gedächtnis funktioniert, doch noch hereinkommen müßte.

Als in der Frühjahrsbesprechung dann die Anregung gemacht wurde, diese Zusammenstellung mit einer Würdigung des Schriftstellers einzuleiten und man mich frug, wer das evtl. tun könne, habe ich, wie ich Ihnen ja schon schrieb, Ihren Namen vorgeschlagen.⁹ Das Motiv war erstens, daß Sie „schreiben“ können, und zweitens, daß ich bei Ihnen, da ich Sie doch kenne, sicher sein durfte, keine banalen Preislieder zu ernten. Ich selber glaube mich genügend zu kennen, um das zu sehen, was ich besser geleistet habe, als es andere geleistet haben würden, und auch das, was andere literarisch vollkommener fertig bringen als ich. An eine politische Bewertung meiner schriftstellerischen Leistung oder gar meiner Existenz habe ich dabei von mir aus keinen Augenblick gedacht.

Ich für meine Person habe aber, wie Sie sich erinnern, gegenüber Ihren Bedenken bei Ihrem Frühjahrgespräch gesagt, daß eine Markierung Ihrer Position natürlich möglich ist,¹⁰ bloß sollte aus ihr nicht, was Bott vor allem stark empfunden hat, eine polemische Betrachtung meiner gegenwärtigen öffentlichen Position werden. Das war ja auch der Sinn der Bemerkung in meinem letzten Brief,¹¹ daß dieses Büchlein ja wesentlich für Bibliotheken usf. gedacht ist, falls jemand später sich einmal um meine Arbeiten kümmert, wobei die Zeitlage, in der der Essayist

⁷ Walther G. Oschilewski.

⁸ Vgl. Nr. 160.

⁹ Boveri hatte in ihrem Schreiben vom 3. 11. 1953 daran erinnert, dass sie ursprünglich den Essay nicht verfassen wollte und Heuss sie für diese Arbeit nicht hätte auswählen dürfen, da ihm ihr Charakter und ihre Einstellungen bekannt seien. Trotz aller Bereitschaft zu Änderungen sei es ihr unmöglich, allen Erwartungen von Heuss zu entsprechen und den „aktuellen Bundespräsidenten zu behandeln, als sei er eine schon verstorbene, zu würdigende, rein literarische Persönlichkeit.“ Wie Anm. 5.

¹⁰ Ein Gespräch vom Frühjahr 1953 ließ sich nicht nachweisen; vgl. Nr. 173.

¹¹ Heuss an Boveri, 30. 10. 1953, in: SBB-PK, N 26, 6.

und sein Gegenstand nebeneinander stehen und sich wechselseitig mit Argumenten versorgen, schier ganz irrelevant ist.

Nun kann ich freilich das Gespräch in seinen politischen Nuancierungen in diesem Brief nicht ins Detail diktieren und etwa sagen, wo ich Ihre Beobachtungen für richtig, wo ich sie für unzutreffend halte. Ich will nur ein paar psychologische Elemente, die offenbar bei Ihnen lebendig sind, entweder richtig stellen oder in der Nuance wiedergeben.

Etwa mein Verhältnis zur LDP der Sowjetzone.¹² – Ich war ja in den Jahren 1946/47 und bis 1948 wiederholt mit den Herren zusammen, die ich zum Teil lange Jahre kannte.¹³ Mein Mißbehagen begann, sehr trivial, als mir der alte Külz in vollkommener Harmlosigkeit erzählte, daß er sein großes Auto, ich glaube es war ein Horch,¹⁴ von einem russischen General geschenkt bekommen habe. Dann gab es die zwei sehr merkwürdigen Verhandlungen in Frankfurt,¹⁵ bei denen im Hin und Her der Erörterungen zwei der Vertreter aus der Sowjetzone, die gegen mich gesprochen hatten, mir sagten, sie hätten so sprechen müssen, weil einer der Teilnehmer Agent der Russen sei und berichten werde, was sie gesagt hätten. Sie teilten sachlich vollkommen meine Beurteilung über die Voraussetzungen eines möglichen gemeinsamen Vorgehens. Drittens: Ich erfuhr bei dieser Gelegenheit, daß bei den Sitzungen des Parteivorstandes immer ein oder zwei russische politische Offiziere anwesend waren. Da wir derartiges hier nie gehabt hatten, war für mich die Distanzierung bei der Bewertung der Vorschläge einfach eine Selbstverständlichkeit.

Diese Sachen mit der LDP liegen ja vor meiner Wahl zum Bundespräsidenten.

Auch die Dinge mit Nuschke/Richthofen, die zeitlich später liegen, gehören in einen Sonderabschnitt.¹⁶ Richthofen, mit dem ich ja lange gemeinsam im Parla-

¹² Boveri hatte kritisiert, dass Heuss als Mitvorsitzender der gesamtdeutschen liberalen Demokratischen Partei Deutschlands (DPD) Ende 1947 nicht verhindert habe, dass diese Partei auseinanderbrach; vgl. auch Anm. 13.

¹³ Als Vorsitzender der DVP in der amerikanischen Zone hatte Heuss die Verhandlungen mit der LDP in der SBZ geführt, die im Frühjahr 1947 zur Gründung des Dachverbandes der liberalen Parteien in der amerikanischen, britischen und sowjetischen Zone führten. Heuss übernahm als Vertreter der westlichen Zonen gemeinsam mit dem LDP-Vorsitzenden Wilhelm Külz den Vorsitz der DPD. Wegen fundamentaler Differenzen in Fragen der künftigen Deutschlandpolitik scheiterte dieser Versuch einer gesamtdeutschen Parteibildung im Januar 1948. Heuss kannte Külz, der wie er selber während der Weimarer Republik der DDP angehörte, aus dem Reichstag; vgl. J. C. HESS, *Fehlstart*; E. W. BECKER, *Intellektueller*, S. 34; D. HEIN, *Milieupartei*, S. 278–316.

¹⁴ Oberklasse-PKW aus der Firma des Konstrukteurs August Horch in Zwickau.

¹⁵ Vermutlich die Vorstandssitzungen der DPD am 3. 11. 1947 und 18. 1. 1948 in Frankfurt a. M.; vgl. D. HEIN, *Milieupartei*, S. 304f, 312f.

¹⁶ Im Herbst 1950 waren Gerüchte über Verbindungen von Heuss zu dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Otto Nuschke, über den Verbindungsmann Hartmann Freiherr von Richthofen in Umlauf gekommen; vgl. K. ADENAUER / TH. HEUSS, *Unter vier Augen*, S. 44f. Boveri hatte kritisiert, dass Heuss jeglichen Kontakt zu Nuschke abgebrochen habe; wie Anm. 5.

ment¹⁷ war und der ein großartiger und listenreicher Politiker war, hat mich ja hier wiederholt besucht, sich meine Auffassung sagen lassen, mir die seine vortragen. Plötzlich aber merkten wir, daß hier sich Agentenschwätzereien dazwischen schoben, was mich veranlaßte, Richthofen unmittelbar wissen zu lassen, daß ich nicht in der Lage bin, unsere alten freundschaftlichen Beziehungen in das Spiel von Intrigen und Schwätzereien hereinbringen zu lassen. Das kann ich Ihnen jetzt nicht brieflich im einzelnen rekonstruieren, aber aus meiner Kenntnis der verschiedenen Personen und aus dem Gebot meiner Stellung heraus wie auch aus meiner eigenen Natur, die vielleicht für solche Art von Politik-Machen nicht elastisch genug ist, ergab sich der Zwang zur völligen Distanzierung. Das sind Dinge der Staatsräson und der menschlichen wie sachlichen Loyalität, wie sie von mir begriffen wird.

Ich bin auch geneigt anzunehmen, daß Sie die Natur Adenauers, wie es viele Menschen hier wie drüben tun, in der Vereinfachung, zu der er ja oft genug selber Anlaß gibt, nicht völlig richtig sehen.¹⁸ Aber das ist ein zu weites Kapitel, wie auch mein Verhältnis zu Einzelvorgängen der westdeutschen oder der internationalen Politik.¹⁹ Das kann einmal, wenn er dazu lustig ist, einen späteren Historiker interessieren. In dem vorliegenden Fall handelt es sich doch aber nicht darum, und ich fürchte manchmal, wir sind von dem Thema etwas abgekommen. Vielleicht daß auch mein letzter Brief, indem er Gespräche mit Bott und den Ausgang und das Ziel der Arbeit vor sich hatte, dazu beigetragen hat.²⁰

Nach meiner persönlichen Meinung kann in Ihrem Essay das, was sich auf das spezifisch Bundespräsidentielle bezieht, einfach gestrichen werden, ohne daß der Aufsatz in seiner eigentlichen Substanz darunter leidet. An irgendeiner Stelle reden Sie sehr freundschaftlich davon, wie ich als Bundespräsident „populär“ geworden sei oder ähnlich (das, was man heute Integrationswirkung nennt).²¹ Ich habe gar nichts dagegen und würde es nicht als unfreundlich empfinden, wenn alle diese Geschichten einfach weggestrichen werden. Denn wenn Sie etwa in dem Brief an Hoffmann²² seinerzeit ungefähr so geschrieben hatten, daß Sie „Ihren Namen

¹⁷ Im Reichstag der Weimarer Republik von 1924–1928.

¹⁸ Heuss hatte Boveri bereits in seinem Schreiben vom 30. 10. 1953 einen „zu einfachen Anti-Adenauer-Komplex“ vorgeworfen; SBB-PK, NL 26, 6.

¹⁹ Boveri machte vor allem die Westalliierten und die Bundesregierung für die sich vertiefende deutsche Spaltung verantwortlich; wie Anm. 5; vgl. H. B. GÖRTEMAKER, Deutsches Leben, S. 255–262.

²⁰ Heuss an Boveri, 30. 10. 1953, in: SBB-PK, NL 26, 6.

²¹ In der Druckfassung heißt es bei Boveri: „Der Takt gegenüber allen Teilen des Volkes [...] hat ihn, in der Kürze der Zeit und in der Zerfahrenheit des deutschen Selbstbewußtseins, erstaunlich rasch populär gemacht.“ M. BOVERI / W. PRINZING, Theodor Heuss, S. 92.

²² Das Schreiben Boveris an Wilhelm Hoffmann ließ sich nicht ermitteln. Auch gegenüber Heuss wiederholte Boveri, dass sie ihren „Namen nicht mit dem Bonner Regime in Verbindung gebracht sehen möchte“; wie Anm. 5.

nicht mit dem Bonner Regime in Verbindung sehen möchten“, so haben Sie sich in diesen Ausführungen, die mir Freundschaftliches sagen wollen, ja atmosphärisch dem Bonner Regime gegenüber freundlich, vielleicht zu freundlich geäußert, und die Abschirmungsformeln, wenn ich so sagen kann, werden durch freundschaftliche Worte übertönt.²³ Lassen Sie das doch ganz weg. Ich werde es nicht vermissen. An freundschaftlichen Lobesworten wird es, wenn der Siebzigste drankommt, ja sowieso nicht fehlen. Es ist nicht die Koketterie der Bescheidenheit, wenn ich sage, daß ich mir daraus nichts mache. Derartiges geht vorüber, und es gibt ja zum Glück auch Leute, die – so oder so – sehr unzufrieden mit mir sind. Es wäre langweilig, wenn das anders wäre.

Für völlig unmöglich halte ich nun freilich Ihre Alternative, daß evtl. Hoffmann Ihren Essay zeichnen könne.²⁴ Erstens sind Sie keine Lohnschreiberin, die ihre literarische Kraft anderen zur Verfügung stellt, zweitens würde Hoffmann sicher gar nicht in der Lage sein, das zu akzeptieren, und drittens würden die Leute, die etwas von Literatur verstehen, ja doch merken, daß hier ein Bruch vorliegt.

Lassen Sie es für mich mit diesen Dingen gut sein, und lassen Sie mich darauf verzichten, nun die geschichtlichen Wege zwischen 1945 und 1949²⁵ noch einmal, wie ich sie sehe, Ihnen im Detail vorzuführen. Ich kann Ihnen hier jetzt nicht beschreiben wollen, wie ich persönlich zu den Verhandlungen zuerst mit den Nachbarländern, dann zu dem Komplex der sogenannten Londoner Empfehlungen²⁶ usf. im einzelnen stand und stehe. Die Unterhaltungen, ob man den ganzen Verwaltungsapparat usf. einfach den Besatzungsmächten hätte überlassen sollen²⁷ – eine These, die nach 1918 auch Hans Delbrück in den intimen Unterhaltungen vertreten hat²⁸ –, gehen an der Problematik vorbei, daß Besatzungsverwaltungen

²³ Vgl. zur Distanz Boveris zum „Bonner Regime“ H. B. GÖRTEMAKER, *Deutsches Leben*, S. 242–274.

²⁴ Wie Anm. 5.

²⁵ Boveri kritisierte, dass Westdeutschland bei der Vertiefung der deutschen Spaltung immer den ersten Schritt getan habe; wie Anm. 5.

²⁶ Vom 23. 2. bis 6. 3. und vom 20. 4. bis 2. 6. 1948 hatten sich in London die Außenminister der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der drei Beneluxstaaten getroffen, um über die Frage einer westdeutschen Verfassung zu verhandeln. Im veröffentlichten Schlusskommuniqué vom 7. 6. 1948, den „Londoner Empfehlungen“, wurden die Deutschen in den Westzonen u. a. dazu aufgerufen, sich eine Verfassung auf föderaler Grundlage zu geben und damit begrenzt regierungsmäßige Verantwortung zu übernehmen. Diese Empfehlungen fanden Niederschlag in den „Frankfurter Dokumenten“, in denen die Regierungschefs der Länder u. a. aufgerufen wurden, eine verfassunggebende Versammlung spätestens bis zum 1. 9. 1948 einzuberufen, um eine demokratische Verfassung auszuarbeiten.

²⁷ Boveri hätte es vorgezogen, den Alliierten die entscheidenden Verantwortungsbereiche in Verwaltung und Regierung zu überlassen, womit die Spaltung vertieft und legalisiert worden wäre; wie Anm. 5.

²⁸ Vermutlich gemeint die Unterhaltungen in dem von Delbrück 1914–1929 geleiteten Gesprächs-zirkel der „Mittwochabende“, wo sich liberale Kräfte aus dem Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum trafen, um über die Zukunft Deutschlands zu debattieren. Heuss wurde Anfang 1918 von

die Gefahr der wechselseitigen Korruption in sich schließen und nur eine Fortsetzung der seelischen Verkrampfungen gebracht haben würden, die das Charakteristikum der Nazizeit gewesen waren. Ich bin gern bereit, diesen Komplex in seiner Totalität einmal mit Ihnen durchzusprechen; ich kann aber jetzt kein Buch diktieren. Die Sache hat mit dem „deutschen Wunder“ nichts zu tun, das, wie Sie richtig sehen, auf dem Arbeitswillen der deutschen Menschen beruht,²⁹ aber doch auch der Rohstoffkreditierung³⁰ usf. bedurfte. Das ist eine Sache der Bewertung der psychologischen Kräfte im Hin und Her, die leicht in der Gefahr der publizistischen Vereinfachung liegen. Mit der Würdigung meiner schriftstellerischen Ausdruckskraft, ob sie gut oder schlecht sei, mit der etwas zu bunten Fülle meiner publizistischen Thematik in 50 Jahren Schreiberei hat das nicht sehr viel zu tun.

Daß unsere persönliche Freundschaft durch diese Kontroversen berührt werden könne, ist mir nie in den Sinn gekommen. Ich habe noch nie jemandem, auch aus meinem Freundeskreis, verdacht, wenn er dies oder das anders gesehen hat oder sieht. Ich habe eine vortreffliche Ehe geführt und über bestimmte geschichtliche oder literarische Erscheinungen haben meine Frau und ich sehr verschiedene Meinungen gehabt. Aber wir haben immer die Motive des anderen zu würdigen verstanden.

Ich hoffe sehr, daß die langen Kontroversen nun doch zu einem ordentlichen Abschluß führen. Es soll ja doch Ihnen keinerlei für Sie als Schriftstellerin unerträgliche Zumutung gestellt werden, sondern – das ist im Grunde Botts Motiv – es soll eine mehr literargeschichtliche Arbeit mit der Würdigung auch wissenschaftlicher Fragestellungen nicht in das Licht aktualisierender politischer Bewertung treten.

Mit herzlichem Gruß
Ihr

Theodor Heuss

Ernst Jäckh in diesen Gesprächskreis eingeführt; vgl. W. GUTSCHE, Mittwochabend; Heuss an Georg Friedrich Knapp, 14. 1. 1918, in: TH. HEUSS, Bürger, S. 85.

²⁹ Wie Anm. 5.

³⁰ Gemeint ist der Marshallplan; vgl. Nr. 22, Anm. 5.

Nr. 202

An Dr. Walter Raymond, Mannheim

[10.] November 1953

BArch, B 122, 2254: ms. Schreiben, Abschrift eines hs. Schreibens, ms. gez.; ms. Briefkopf: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“¹

Rücktritt Walter Raymonds vom Vorsitz der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Würdigung seiner Leistung

Verehrter Herr Dr. Raymond!

Mit einem nicht geringen Schrecken habe ich kürzlich gehört,² daß Sie sich entschlossen haben, den Vorsitz im Deutschen Arbeitgeberverband niederzulegen, um Aufgaben, die durch diese Tätigkeit etwas auf die Seite gestellt werden mußten, wieder stärker dienen zu können.

Es steht mir nicht zu, Ihnen zu schreiben: Sie *dürfen* diesen Posten jetzt nicht verlassen. Denn ich glaube, Sie aus unseren paar Begegnungen und aus dem Wissen um Ihre Leistungen und Bemühungen genügend beurteilen zu können, um zu spüren, daß diesem Entschluß ein sehr ernstes Abwägen der Pflichten und der Möglichkeiten vorangegangen ist. Ich kann Ihnen nur sagen, daß ich Ihren Rücktritt auf das lebhafteste bedaure und nur von Herzen wünschen kann, daß die Gesinnung, die Sie verkörperten, auch in Ihrem Nachfolger, dessen Namen ich noch nicht kenne,³ lebendig bleibt. Ich weiß gut genug, daß die Hoffnungen, die Sie mit Ihrem Streben nach einer freien und fairen Regelung der Wechselbeziehungen zwischen den sog. „Sozialpartnern“ gepflegt haben, in dem Sinn, wie Ihnen diese Ordnung vorschwebte und wie sie auch meinen sozialpolitischen Grundüberzeugungen entspricht, nicht (ich möchte gerne schreiben: „noch nicht“) erreicht wurden. Aber Sie haben ein Beispiel gegeben und einen Weg gewiesen, und es war, wenn ich mich gelegentlich mit Arbeiterführern unterhalten habe, doch eine rechte Freude gewesen, daß von Ihnen persönlich nur mit großer Achtung, ja gelegentlich mit einer gewissen Liebe gesprochen wurde. Diese Anmerkung könnte sentimental klingen – wir wissen beide, daß Tarif-Regelungen und dergl. einen verdammt rational-kalkulatorischen Charakter haben. Aber sie bleiben unfruchtbar, wenn sie nur diesen haben und nicht das Menschliche dabei mitspricht. In Lohnverträgen und Arbeitsordnungen ist das Anonyme genormt, im wirklichen Leben aber vollzieht sich die menschliche Begegnung. Die Norm ist unentbehrlich

¹ Az. I/14/02; Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 313: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Das Handschreiben von Heuss ging auf eine Anregung des Bundesarbeitsministers Anton Storch zurück, der es dem Vorsitzenden der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände auch überreichte; Heuss an Storch, 10. 11. 1953, in: B 122, 2254.

³ Hans-Constantin Paulssen.

für die typischen Lebenslagen und Arbeitsprozesse, aber der Sinn der Ordnung strebt darüber hinaus in den Bereich der Menschenwürde.

Darf ich sagen, daß Ihr beispielhaftes und oft genug dankloses Wirken, aus Ihrem Menschentum heraus, dem Vaterlande in seiner ärgsten Not ein rechter Segen gewesen ist. Das Ihnen auszusprechen ist kein Akt „repräsentativer“ Zuständigkeit, sondern ein Bedürfnis menschlicher Zuneigung und Verehrung.

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 203

An Prof. Dr. mult. Albert Schweitzer, Lambarene, Gabun

10. November 1953

Internationales Albert-Schweitzer-Zentrum, NL Schweitzer: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Bitte, für Robert Ernst einzutreten; Verleihung des Friedens-Nobelpreises an Albert Schweitzer

Verehrter, lieber Freund!

Als wir vor über vier Jahren, noch vor meiner Wahl zum Bundespräsidenten, im Degerlocher Garten von Dr. Otto Fischer beisammen saßen, war unter den Gästen auch Pfarrer Ernst, mit dem Dich ja seit seiner Straßburger Zeit freundschaftliche Beziehungen verbanden und verbinden.²

Das Schicksal seines Sohnes, des früheren Oberbürgermeisters von Straßburg, Dr. Robert Ernst, ist in den letzten Jahren oft hier besprochen worden. Es ist, wie Du weißt, besonders delikater Natur, da ja auch in Frankreich die Auffassung über die rechtlichen Voraussetzungen des Verfahrens gegen ihn unter den Juristen strittig ist.³ Ich selber kenne Robert Ernst persönlich⁴ und habe von unseren

¹ Mit zahlreichen hs. Unterstreichungen durch Empfänger; weiterer Nachweis: N 1221, 313: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Der Vater von Robert Ernst, August Ernst, war wie Schweitzer Pfarrer in Straßburg gewesen.

³ Robert Ernst, 1941–1944 Oberbürgermeister in Straßburg, war nach Kriegsende von den Franzosen inhaftiert worden. Da Ernst 1897 im Elsass geboren war, wurde er als französischer Staatsbürger angesehen und des Landesverrates angeklagt. Ernst hingegen betonte dagegen seine deutsche Staatsbürgerschaft. Aufgrund zahlreicher Berufungsverfahren der Anklage zog sich das Verfahren dermaßen in die Länge, dass Ernst bis 1955 in Untersuchungshaft des Militärgefängnisses in Metz blieb, bevor er 1955 zu acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde. Wegen der langen Untersuchungshaft wurde er sofort entlassen; vgl. zu Ernsts politischer Tätigkeit im Elsass L. KETTENACKER, Volkstumspolitik, vor allem S. 76–92.

⁴ Heuss kannte Ernst, der 1933 Bundesführer des Schutzbundes für Grenz- und Auslandsdeutsche geworden war, vermutlich im Zusammenhang mit seiner Arbeit für den Bund der Auslandsdeutschen; vgl. Nr. 7, Anm. 3.

Begegnungen den Eindruck eines frischen, vielleicht etwas ungebunden draufgängerischen Mannes behalten. Die Situation, in der er während seiner Straßburger Tätigkeit war, und deren Spiegelung im französischen Bewußtsein vermag ich nicht zu beurteilen. Aber ich glaube nicht, daß ihm etwas Unhonoriges vorgeworfen werden kann.

Man hat mir kürzlich aus dem Freundeskreis und der Familie Ernst den Vorschlag gemacht, ich möchte über diesen Fall an Dich als einen Elsässer, der in Frankreich und Deutschland gleiche Verehrung genießt, in einem „Offenen Brief“ schreiben, damit Du Dich an den französischen Staatspräsidenten⁵ wenden mögest. Ich halte das für ein falsches Verfahren. Ich selber bin nie ein Freund von „Offenen Briefen“ gewesen,⁶ die notwendig einen pathetischen Tonfall bekommen, und ich glaube, Du bist auch kein Freund von solcher publizistischer Technik. Ich würde es außerdem für unbillig halten, Dich auf solche Weise in eine Art von Zwangslage zu bringen, und vermutlich würde, bei aller Achtung, die ich angeblich in französischen Kreisen persönlich genieße, die Reaktion einer guten Entscheidung eher hinderlich als förderlich sein. Denn die Franzosen sind – und nicht sie allein – empfindlich, wenn ein Fremder ihr Justizverfahren zum Gegenstand einer öffentlichen Beschwerde oder gar Anklage macht. Es muß sich doch für uns nur um die Überlegung handeln, wie Dr. Robert Ernst wirklich genützt werden kann.

Der Gedanke hat sich nun transformiert: Ich solle Dir nahe legen, Du möchtest an einige Deiner Freunde in Paris, die Einfluß haben und für das Human-Christliche wie für das Politische dieses Komplexes inneres Verständnis besitzen, die Frage der Freilassung von Dr. Ernst heranbringen, damit sie aus der französischen Situation heraus aktiv zu werden versuchen. Der ausgezeichnete Präsident der Evangelischen Pfälzischen Landeskirche, D. Hans Stempel, der mit einer großartigen und zum Glück gelegentlich auch erfolgreichen Hingabe sich um die verschiedenen Kategorien der noch in französischer Haft befindlichen Deutschen seelsorgerisch wie auch rechtlich kümmert, hat mir schon vor geraumer Zeit einmal eine Niederschrift über die Affäre Ernst vorgelegt, in der die Tatbestände geklärt sind.⁷ Ich erlaube mir, sie Dir in einer etwas gekürzten Wiedergabe zur Sachorientierung mitzusenden.

Es mag sein, daß Du mit dieser quälenden Sache auch schon von anderer Seite befaßt worden bist; ich weiß es nicht. Einen „Appell“ an Dich zu richten würde mir deplaciert und anmaßend erscheinen, denn das, was „Mit-Leiden“ heißt, kann gerade Dir niemand dartun wollen. Aber Du bist wahrlich auch welterfahren

⁵ Präsident der Vierten Republik war 1947–1954 Vincent Auriol.

⁶ Vgl. Nr. 76.

⁷ In dieser Niederschrift vom 16. 8. 1953 schilderte Stempel den Fall Ernst und kritisierte die lange Untersuchungshaft; N 1221, 313.

genug, um zu wissen, welche Wege Dir richtig und zweckmäßig erscheinen, um den Erwartungen der Freunde von Ernst zu entsprechen. Es handelt sich darüber hinaus um eine schmerzende Wunde im deutsch-französischen Verhältnis, das seelisch und dann auch sachlich in Ordnung zu bringen doch unser aller Anliegen ist.⁸

Als die Nachricht kam, daß Dir der Friedens-Nobelpreis zuerkannt wurde, haben wir uns alle aufs herzlichste gefreut, zumal jene, die schon vor Jahren diesem Gedanken dienen wollten und damals von Dir „zurückgepiffen“ worden sind. Ich wurde vom Nordwestdeutschen Rundfunk gebeten, gleich nach dem Eingang der Meldung einige Sätze zu dem Vorgang zu sagen, und habe das völlig improvisiert getan. Ich lege Dir den Wortlaut der Bandaufnahme bei.⁹ Ich habe den Leuten auch den schönen Brief mitgegeben, den Elly Dir zum 75. Geburtstag¹⁰ geschrieben hat. Sie haben ihm ein paar gut gewählte Sätze entnommen.

Regierungsrat Dr. Jacobi hat mich kürzlich, frisch von Lambarene kommend, hier besucht und mir das Bild Eurer Landschaft gebracht; schönen Dank.

Von mir ist nichts zu berichten. Einem Mann wie Dir kann ich nicht über unendliche Arbeit und unzählige Briefe vorklagen; Du bist noch viel schwerer dran. Der einzige Vorteil, den Du genießt, ist der, daß der Ogowe¹¹ noch nicht zu den trivialen Reiserouten rechnet wie der Rhein – noch nicht!

Mit herzlichen Grüßen
Dein

Theodor Heuss

2 Anlagen

[PS]¹² a) für eventuellen Gebrauch einige französ[ische] Übersetzungen des Stempel-Berichtes

b) Pfarrer Ernst-Stuttgart ist schon über 80 Jahre alt.

⁸ Eine Reaktion Schweitzers auf diese Bitte ließ sich nicht nachweisen.

⁹ Text in: N 1221, 10.

¹⁰ Am 14. 1. 1950. Das Schreiben ließ sich nicht ermitteln.

¹¹ Fluss in Zentralafrika, der im Süden des Französischen Kongo (jetzt Republik Kongo) entspringt, an dessen Nordufer (im jetzigen Gabun) das Albert-Schweitzer-Hospital Lambarene liegt und der in den Atlantik mündet.

¹² Hs. Postskriptum.

Nr. 204

An Hermann Leins, Tübingen

11. November 1953

BArch, N 1221, 506: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Reaktionen auf die Jugenderinnerungen von Theodor Heuss; Festschrift zum 70. Geburtstag

Lieber Leins!

Freundlichen Dank für Ihren ausführlichen Brief.² So sehr wollte ich Sie wegen der Frage der Überseebuchhandlungen nicht in Anspruch nehmen, aber nachdem nun Wertheimer so stark vorgeprescht war, hat die Sache mich bewegt, ob es nicht ein Schuß in die Luft gewesen ist, der nur Lärm macht, aber keine Wirkungen auslöst.³

Ich habe mit Interesse gelesen, wie Sie die Erinnerungen von Gertrud Bäumer analysiert haben,⁴ und finde das ein sowohl interessantes wie auch suggestives Verfahren. Wir werden nun einmal sehen, wie es mit den „Vorspielen“ weitergehen wird. Der Abdruck in den Zeitungen, soweit ich sie hier gesehen habe, ist ja sehr lebhaft gewesen, und ich spüre das auch daran, daß ich allerhand Briefe zu den „Vorspielen“ bekomme.⁵ Das etwas Schwierige ist, daß mitunter Eltern, die in der Versetzung gefährdete Kinder haben, nun mein Eingreifen erwarten. Es ist eine zum Teil sehr komische Korrespondenz. Auch schicken mir Leute jetzt ihre eigenen Bubenerinnerungen. Ich habe neben ein paar auch sachlich und persönlich interessanten Briefen wie solche von Carossa, Gollwitzer oder Carl Burckhardt⁶ auch sonst manches Echo schon vernommen. Der netteste Brief ist heute von einem Arbeiter aus Stuttgart-Feuerbach gekommen. Sie erinnern sich, daß in meinem Buch einmal davon die Rede ist, daß mein Vater einer Schneiderfamilie sich angenommen und vor allem den Sohn gefördert hat.⁷ Dieser Sohn, ein jetzt 72-jähriger Arbeiter, hat mir einen großen Brief geschrieben,⁸ in dem er alles, bis

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 313: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Leins an Heuss, 9. 11. 1953, in: N 1221, 506.

³ Leins hatte berichtet, dass die „Vorspiele“ im „Argentinischen Tageblatt“ von Wertheimer besprochen worden waren; wie Anm. 2.

⁴ GERTRUD BÄUMER: Im Licht der Erinnerung, Tübingen 1953. Eine Besprechung von Leins ließ sich nicht ermitteln.

⁵ Korrespondenz zu den „Vorspielen“ in: DLA, A: Heuss.

⁶ Hans Carossa an Heuss, 15. 10. 1953, in: DLA, A: Heuss, 73.4957; Helmut Gollwitzer an Heuss, 21. 10. 1953, in: DLA, A: Heuss, 73.4977; Carl Jacob Burckhardt an Heuss, 2. 11. 1953, in: DLA, A: Heuss, 73.4956.

⁷ Vgl. TH. HEUSS, Vorspiele, S. 63f.

⁸ Julius Beck an Heuss, 8. 11. 1953, in: DLA, A: Heuss, 73.4951 (behändigte Ausfertigung) und N 1221, 110 (Abschrift); vgl. dazu auch Heuss an Marta Jäckh, 23. 1. 1954, in: N 1221, 314.

zu der Geschichte mit dem Reißzeug, bestätigt hat, auch mitteilt, daß er öfter bei uns in der Familie gegessen hat und daß er immer zu meinem Vater kommen konnte, der ihm eine Lehrstelle verschafft hatte, wenn er einen Rat oder eine Förderung brauchte. Der Mann ist Abonnent der Stuttgarter Zeitung. Dieser Brief hat mich fast gerührt, denn ich hätte mir keinen schöneren Nachklang zu der Würdigung meines Vaters, dem ja im Grunde das Buch mit gilt, denken können als diesen warmen und ganz einfach geschriebenen Brief der Dankbarkeit für das, was mein Vater seinerzeit für die Familie Beck getan hatte.

Natürlich interessiert es mich, wie Sie den Theodor-Heuss-Prospekt⁹ anlegen. Bitte nicht zu pompös! Wenn an einer Stelle aus irgendeinem Zitat mitgeteilt werden kann, daß meine Bücher gut geschrieben sind, dann habe ich nichts dagegen, denn dieses Element der literarischen Kunst ist, soweit ich sehe, bei den „Vorspielen“ nur ganz am Rande gelegentlich genannt worden.

Meine Schwägerin,¹⁰ die ein paar Tage in Württemberg sein mußte, ist in Ludwigsburg Ackerknecht begegnet, der sich sehr darüber beklagt hat, daß er von Ihnen kein Besprechungsexemplar bekäme, da er doch eine Besprechung zu machen beabsichtige. Wie oder wo weiß ich nicht, aber geben Sie Ihrem Herzen einen Stoß, auch wenn Ackerknecht Ihnen langweilig erscheint. Ich nehme an, daß er für die Bücherei-Leute doch, weil er hier ja große Verdienste hat, eine Autorität geblieben ist.

Bott hat mit mir über die Strukturierung der Festgabe gesprochen,¹¹ und ich habe das Gefühl, daß er es mit der Auflockerung und Rhythmisierung der Stücke, die ich ja selber natürlich gar nicht kenne, richtig getroffen hat. Auf einige der Beiträge bin ich fast neugierig. Es wird mir interessant sein, ob der Buchhandel den neuen Versuch mit versteht. Soweit ich übersehen kann, sind ja an solchen Festgaben im Grunde neben den Fachleuten, wenn es sich um ausgesprochene Fachmenschen handelt, nur die Bibliotheken interessiert. Aber wenn der Umschlag und die Ankündigung geschickt gemacht werden, liegt ja natürlich in der sehr bunten Art der Mitarbeiter ein Anreiz. Haben Sie sich aber schon darüber Gedanken machen können, wie Sie die Leute herausstellen, denn im Grunde ist es so, daß derjenige, der in der graphischen Ankündigung weggelassen wird, darüber gekränkt sein muß, und es sind soweit ich das übersehe, doch in der Hauptsache Leute, die man nicht kränken darf. Also Phantasie anstrengen!

Falls Sie an einen Neudruck der „Vorspiele“ schon denken,¹² will ich aber rechtzeitig Nachricht haben, weil wir jetzt ein viel netteres Bild meiner Mutter

⁹ Ließ sich nicht ermitteln.

¹⁰ Hedwig Heuss.

¹¹ Zu Heuss' 70. Geburtstag; TH. HEUSS, *Begegnungen*. Der Band war in sechs Abschnitte gegliedert: I. Vom Wege zur Politik, II. Journalist und Schriftsteller, III. Literatur und Kunst, IV. Spiegel der Wissenschaft, V. Verantwortung vor Gott, VI. Ad Hominem; vgl. auch Nr. 187.

¹² Die zweite Auflage erschien 1954.

aufgetrieben haben. Auch sonst sind etwas abenteuerliche Jugendbilder zu mir ins Haus gekommen. Aber diese Geschichten wollen wir ja auf sich beruhen lassen.

Mit herzlichen Grüßen, auch an Ihre Frau,
Ihr

Th. Heuss

Nr. 205

An Karl Arnold, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
21. November 1953

BArch, N 1221, 313: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Karl Arnold, an ehemalige Ministerpräsidenten und aktive Politiker; Übersendung der Jugenderinnerungen von Theodor Heuss

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!
Lieber Herr Arnold!

Vor ein paar Tagen sind Sie Bott im Eisenbahnzug begegnet. Er war kurze Zeit in Stuttgart – nun hat er mir nach der Rückkehr berichtet, daß Sie mit ihm auch über die Auszeichnungen gesprochen haben, an die aus dem Anlaß meines in zwei Monaten bevorstehenden (oder drohenden) 70. Geburtstags gedacht ist.

Es ist natürlich keinen Augenblick von mir geplant gewesen, Sie mit einer solchen Sache zu „überfallen“. Daß eine Verständigung mit Ihnen und anderen Herren vorangehen mußte, war mir immer klar. Diesen Brief schreibe ich nun nach Ihrem Gespräch mit Bott etwas früher, als er sonst geschrieben worden wäre.

Als ich vor etwa zwei Jahren – so lange ist es her – das Verdienstkreuz der Bundesrepublik ins Leben rief,² geschah dies nicht aus dem Bedürfnis, latenten Schmucksehnsüchten der Menschenseele (sogenannte Knopflochschmerzen) zu genügen; es war eine ganz einfache und kühle Überlegung der Staatsraison. Wir brauchten diese Möglichkeit zunächst für den internationalen staatlichen Verkehr, wie er sich eingespielt hat; die Porzellanservice und dgl., mit denen man sich in der Weimarer Zeit behalf, waren wenig symbolkräftig (und außerdem, was Sie als Schwabe³ begreifen werden, mir viel zu teuer!). Wir mußten aber auch die

¹ Eine Kopie des Schreibens ging am 22. 11. 1953 an Adenauer; N 1221, 313.

² Vgl. Nr. 100, Anm. 2.

³ Arnold wurde in Herrlishöfen nahe Biberach geboren.

Form finden, deutschen Mitbürgern Respekt oder Dank zum Ausdruck zu bringen, und ich darf aus manchen persönlichen Erfahrungen sagen, daß die Aufnahme, gerade auch in Kreisen der Arbeiterschaft oder bei Persönlichkeiten, die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, auf das Ganze gesehen, recht positiv gewesen ist. Daß gelegentlich, wo die Sache ins Routinemäßige abglitt, nicht in jedem Einzelfall die richtige Personenauswahl getroffen sein mag, gehört in das Kapitel der menschlichen Unzulänglichkeiten. Aber als etwa die Bombenentschärfer und die Westwall-Leute ausgezeichnet wurden, hat das Volk, soweit ich dies spüre, den Akt völlig verstanden; ich habe selber in einer Anzahl von Betriebsversammlungen vor Tausenden von Arbeitern die Aushändigung der Ehrenzeichen vollzogen und dabei gefühlt, daß die Menschen, wenn man den richtigen Ton fand, mitgingen. Das ist mir von sozialdemokratischen Führern bestätigt worden. Auch die sozialfürsorgerische Geistlichkeit beider Konfessionen oder Männer mit besonderer seelsorgerischer Wirkung waren dankbar, wenn der Staat ihre Leistung sah.

Wir waren aktiven Beamten oder Politikern gegenüber aus begreiflichen Gründen bisher zurückhaltend und wollen das auch bleiben. Aber es hat auch hier, aus besonderen Anlässen, schon einige Präzedenzfälle gegeben, wo ich, aus der Natur der Sache heraus, aufgrund meines persönlichen Verhältnisses zu den Männern mich nicht versagen konnte und wollte. So haben einige der früheren Länder-Ministerpräsidenten, etwa Geiler, Stock, Lüdemann, dann aber auch Wohleb und Gebhard Müller, bei ihrem seinerzeitigen Ausscheiden aus dem Amt⁴ das Großkreuz erhalten.

Nun ist uns bekannt, daß einige der Herren, die seit Jahren in der mühevollen und oft genug danklosen Arbeit stehen, ein Landeskabinett zu führen, einem Landtag zu präsidieren, damit rechnen, auch dieses Zeichen der Anerkennung zu erhalten. Und ich habe volles Verständnis dafür, wenn sie sich überlegen: Warum jener, der das Gleiche wie wir getrieben hat, mit dem einzigen Unterschied, daß wir länger im Geschirr stehen mußten.

So kam dann die Meinung an mich heran, daß mein bevorstehender 70. Geburtstag die sozusagen ungesuchte Gelegenheit darbiete, den Akt der Auszeichnung in einem gewissen größeren Rahmen zu vollziehen. Auch der Bundeskanzler, dem wir den Plan vorgetragen haben, hat ihm zugestimmt⁵ — — — — dadurch, daß der Akt nun auf einen Tag verlegt werden soll, der in sich keinen politischen Charakter trägt (wie etwa die Verabschiedung eines bedeutenden Gesetzes oder ein Wahlsieg), wird die Akzentuierung in das rein Staatliche verlegt, dem Parteimäßigen entrückt,⁶ und ich glaube dessen sicher zu sein (ich habe mit niemandem

⁴ Müller und Wohleb waren nach Gründung des Südweststaates 1952 aus ihrem Ämtern als Regierungschefs von Württemberg-Hohenzollern und Baden ausgeschieden.

⁵ Vgl. K. ADENAUER / TH. HEUSS, *Unter vier Augen*, S. 124f.

⁶ Gegenüber den Ministerpräsidenten Hans Ehard (Bayern), Peter Altmeier (Reinland-Pfalz), Heinrich Wilhelm Kopf (Niedersachsen), Georg August Zinn (Hessen) und Bürgermeister Wilhelm

darüber gesprochen), daß auch die in Frage kommenden Herren der Bundestagsopposition den Vorgang bejahen werden.

Nun habe ich von Bott gehört, daß Sie zwar den Plan als solchen nicht ablehnen, aber bitten, man möge, da Sie ja aktiv in der Politik stehen und bleiben und da Sie unbefangen bleiben möchten, wenn Sie sich veranlaßt sehen, den und den Vorschlag, der an Sie herangetragen wird, abzulehnen, Sie selber sozusagen „verschonen“ – – – das Wort ist nicht Ihr Wort, sondern mein Wort. Der Brief wird wesentlich deshalb geschrieben, um Sie zu versichern, daß Ihre Bitte von mir aus respektiert werden müßte und daß eine Ablehnung des Verdienstkreuzes vor mir nicht als „Kränkung“ empfunden würde – – – unser persönliches Verhältnis würde dadurch nicht im geringsten berührt werden.

Ich schreibe das deshalb, weil einige Male die These aufgestellt wurde, eine Ablehnung müsse mich „verletzen“ (unter den wenigen Menschen, die baten, von einer Auszeichnung abzusehen, befanden sich sehr alte Bekannte, ja Freunde von mir, denen ich dann schrieb, daß ich ihnen diese Haltung nicht „übelnähme“, wozu ich an sich ein geringes Talent habe). Diese Sorge will ich Ihnen also mit diesen Zeilen abnehmen.

Aber ich darf Sie, ganz einfach, darauf hinweisen, daß es ungeschickt wirken dürfte, nicht verstanden würde und dumme Kommentare auslösen müßte, wenn die Herren Ehard, Altmeier, Kopf u. s. f. als neue Träger des Großkreuzes mitgeteilt würden, auch die Landtagspräsidenten, und der Name Arnold dazwischen fehlt. Hat der Heuss denn mit dem Arnold oder der Arnold mit dem Heuss Krach? Will denn der Arnold seine Kollegen desavouieren oder hält er von der ganzen Geschichte mit dem Verdienstkreuz überhaupt nichts? Das sind die Gedanken, zu denen mich das Gespräch mit Bott veranlaßt hat; ich habe auch dem Bundeskanzler, als wir uns gestern wegen der Saardinge⁷ u. s. f. besprachen, von dieser Sache erzählt; er teilt meine Auffassung.⁸

Kaisen (Bremen) erklärte Heuss in entsprechendem Schreiben vom 25./26. 11. 1953, das Prinzip, aktive Politiker nicht auszuzeichnen, sei inzwischen brüchig geworden, und das Verdienstkreuz solle auch nicht nur an alte Männer und Frauen verliehen werden, die aus ihren Ämtern geschieden seien. Mit Adenauer sei diese Frage auch unter dem Aspekt seiner eigenen Auszeichnung erörtert worden. Es habe einige Male Anregungen gegeben, „die im Zusammenhang mit den politischen Tagesereignissen (Vertragsabschluß, Wahlabschluß) standen“. Diese Bindung an Aktuelles sei „ungeschickt“ erschienen. Jetzt habe man die Anregung erhalten, Heuss' „drohenden 70. Geburtstag als einen Termin zu nehmen, der in seiner Zufälligkeit völlig außerhalb der politischen Entwicklung steht, aber gerade dadurch einen, wenn man so will, neutralen Termin darstellt.“ Bundeskanzler Adenauer sei bereit, das Große Bundesverdienstkreuz anzunehmen, und habe begrüßt, dass langjährige Länderministerpräsidenten den gleichen Orden erhalten; N 1221, 313.

⁷ In der Saarfrage ging es um die staatsrechtliche Stellung des Saarlandes zwischen der Bundesrepublik und Frankreich.

⁸ Vgl. Anm. 5.

Aber nun will ich nicht bloß von dieser Sorge schreiben. Ich erhielt dieser Tage von meinem Verleger den zweiten Schub meiner kürzlich erschienenen, 1945 geschriebenen Jugenderinnerungen „Vorspiele des Lebens“, und ich möchte Sie bitten, das Buch als vorzeitige Weihnachtsgabe anzunehmen. Es ist zwar mehr „Untertäler“ als „oberschwäbische“ Luft darin, aber immerhin Heimatluft. Und wenn auch meine Kindheit einen anderen Rhythmus besaß als die Ihrige, zudem fällt sie ja in einen späteren Zeitraum,⁹ so mag das Buch Ihnen, so mag es Ihrer Frau oder Ihren Kindern, soweit diese nicht mehr durch einen bösen Buben, der ich einmal war, verdorben werden können, vielleicht Freude machen, in diese gar nicht auf die Politik der späten Jahre abgestimmte Erzählung sich hereinzu-lesen.

Mit guten Grüßen, auch an die Familie,
Ihr

Th. Heuss

1 Anlage

Nr. 206

An Fritz Schäffer, Bundesminister der Finanzen, Bonn
27. November 1953

BArch, N 1221, 313: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“

Finanzielle Situation der Kirchen in der DDR und ihre Unterstützung durch Haushaltsmittel des Bundes

Verehrter Herr Bundesminister!

In diesen Tagen hatte ich die Gelegenheit, mit einem befreundeten und vertrauenswürdigen Mann zu sprechen,¹ der eben von einem längeren Reiseaufenthalt in der Sowjetzone zurückgekehrt ist und dort vor allem Gelegenheit hatte, sich über die Situation der beiden christlichen Kirchen zu unterrichten. Die Informationen, die er mir dabei gab, haben mich stark genug beeindruckt, so daß ich sie in diesem Brief niederzulegen versuche und mir dabei auch Gedanken über mögliche Folgerungen mache.

Eben diese Folgerungen veranlassen mich, das Schreiben an Sie zu richten, damit Sie und Ihre Mitarbeiter das Problem in Ihre Überlegungen mitaufnehmen.

⁹ Arnold war siebzehn Jahre jünger als Heuss.

¹ Es könnte sich um den Präsidenten des Evangelischen Kirchentages, von Thadden-Trieglaff, handeln, den Heuss am 20. 11. 1953 getroffen hatte; vgl. Dienstkalender, in: N 1221, 482.

Es ist mir natürlich dabei völlig klar, daß ich, der ich eben erst Ihren Bericht über die Haushaltsgestaltung gelesen habe, nicht wünschen kann, daß hier irgendetwas wie eine Erschwerung eintrete, und ich bin mir auch vollkommen bewußt darüber, daß etwas wie eine Zuständigkeit beim Bundespräsidenten gar nicht vorliegt. Aber Sie wollen mir doch gestatten, daß ich etwas von den Dingen erzähle, denn ich halte es für möglich, daß sie irgendwie einmal parlamentarisch angestoßen werden, und das würde mir gesamtpolitisch nicht als ratsam erscheinen. Es will mir angebrachter vorkommen, wenn diese Dinge in ihren Formmöglichkeiten mit Takt und Geschick überlegt werden.

Der Ausgangspunkt in meiner Unterhaltung war die finanzielle Situation, in die die beiden Kirchen vor einem Jahr in der Sowjetzone gekommen sind.² Damals wurde die Lohnsteuerberechnung für die Kirchensteuer abgeschafft. Die Bitte um Einsicht in die Steuerregistraturen, um ihr eigenes Steuererhebungsverfahren einrichten zu können, wurde den Kirchenbehörden abgelehnt, und Bitten an die Gemeindeglieder um freiwillige Vorschüsse zur Aufrechterhaltung des kirchlichen Finanzwesens wurden als amtlich nicht erlaubte Sammlung bezeichnet und verboten. Trotz dieser Androhung sollen immerhin 20 Prozent der nach den bisherigen Erfahrungen erwarteten Kirchensteuer von den Gemeinden in diesem Verfahren der freiwilligen Weiterleistung aufgebracht worden sein.

Der Ausfall, der dadurch entstanden ist – so wurde mir erzählt –, ist durch Leistungen der Kirchen in Westdeutschland in gewissem Umfang gedeckt worden, freilich nur in gewissem Umfang. Auf der evangelischen Seite hat dies etwa den Betrag von 800.000 DM erreicht. Aber die Möglichkeiten sind natürlich auch hier begrenzt, weil die Kirchen mit Bauten oder Errichtung neuer Gemeinden sowieso stark angespannt sind.

Nun ist, wie mir mitgeteilt wird, von der sowjetischen Regierung angeordnet worden, daß die staatlich garantierten Zuschüsse an die Kirchenverwaltungen im Sowjetzonenbereich um ein Drittel gekürzt werden. Das muß zur Folge haben, daß die Besoldung der Pfarrer und Kirchenbeamten um 20 Prozent gekürzt wird, wobei die Bezüge ungefähr auf der Besoldungsverordnung von 1926 beruhen. Die Konsequenzen sind ja unmittelbar zu sehen: Das Pfarrhaus, das zumal in den kleineren Gemeinden noch eine gewisse Mitte des sozialen und seelischen Halts sein kann und meist ist, wird selber zur materiellen Verelendungsstätte, mit allen Folgeerscheinungen; und die Nachwuchsfrage erfährt eine außerordentliche Belastung. Denn wenn auch gewiß bei allen wertvollen Elementen der Dienst im

² Die von Heuss im folgenden beschriebenen Maßnahmen gegen die Kirchen in der DDR sind im Zusammenhang mit der Verschärfung des „Kirchenkampfes“ zu sehen, der mit der Zweiten Parteikonferenz der SED im Juli 1952 einsetzte und die Kirchen auf den rein innerkirchlichen Raum beschränken und die Jugend- und Bildungsarbeit beseitigen wollte. Diese direkte Konfrontationspolitik wurde nach sowjetischer Intervention im Sommer 1953 abgemildert; vgl. M. G. GOERNER / M. KUBINA, Phasen, S. 637–644.

Kirchenamt nicht als „pensionsberechtigte Versorgung“ beurteilt werden darf oder soll, so müssen diese Dinge mit Nüchternheit gesehen werden.

Nun ist vor allem deutlich genug, daß die beiden Kirchen einfach durch ihr Vorhandensein heute die entscheidenden Kräfte nicht nur eines so oder so getönten religiösen Bewußtseins oder einer so oder so bestimmten christlichen Unterweisung sind, sondern sie sind in eine höchst eigentümliche volkspolitische (nicht staatliche!) Funktion und Verantwortung eingerückt. Die Erhaltung der seelischen und geistigen Substanz steht weithin schier ausschließlich in ihrer Verantwortung. Sie haben gewiß keine Politik zu betreiben, aber sie sind ein Faktor des politischen Schicksals geworden.

Es ist selbstverständlich, daß der Etat der Bundesministerien diese Sorgen nicht in irgendwelchen „Titeln“ auf sich nehmen kann. Aber es müßte der Weg gefunden werden – und ich glaube, daß die Mittel nicht zu groß zu sein brauchen –, um hier einer drohenden katastrophalen Wendung vorzubeugen. Eine Stütze an dieser Stelle ist, wie ich glaube, entscheidender und auf die Dauer wichtiger als vielleicht das eine oder andere, was rein politischer oder propagandistischer Eifer zu erreichen sucht.

Ich habe nicht die Möglichkeit und nicht die Absicht, hier Vorschläge im einzelnen zu machen. Aber es ist ja für bestimmte kirchliche Veranstaltungen mit einer Ausstrahlung in das Leben der Sowjetzone schon manches geleistet worden.³ Ich glaube, das wird von jedermann anerkannt und im Gewicht gewürdigt. Aber dabei handelt es sich eben immer nur um begrenzte Aktionen. Mich beschäftigt, ohne daß ich über die Größenordnung ein Bild geben könnte – das war auch meinem Gesprächspartner nicht möglich –, die Frage, ob aus einigen der Fonds, die wohl im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen oder im Bundesministerium des Innern vorhanden sind, im Einverständnis mit dem Bundesministerium der Finanzen eine Ordnung getroffen werden könnte, die taktvoll, aber frühzeitig einer fundamentalen Gefährdung der Existenz der kirchlichen Organisationen in der Sowjetzone entgegenwirkt.

Der Herr Bundeskanzler, der Herr Bundesinnenminister und der Herr Minister für gesamtdeutsche Fragen erhalten einen Durchdruck dieses besorgten Schreibens.⁴

³ So vermutlich beim gesamtdeutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin 1951.

⁴ Durchschriften gingen am 28. 11. 1953 an Prälat Hermann Kunst (gez. von Heuss' Sekretärin Bockmann), am 30. 11. 1953 an Bundeskanzler Konrad Adenauer, an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser, an Bundesinnenminister Gerhard Schröder und an den Bundesminister für besondere Aufgaben, Robert Tillmanns (gez. von Klaiber); N 1221, 313. Klaiber teilte am 5. 2. 1954 dem Bevollmächtigten der EKD bei der Bundesregierung, Kunst, mit, der Bundesfinanzminister stelle dem gesamtdeutschen Ministerium 1 Million DM bisher gesperrter Mittel für die Kirchen in der DDR zur Verfügung; B 122, 295.

Mit der Bitte, diese Darlegungen mit freundlichem Verständnis für ihre Motive aufzunehmen,
und mit besten Grüßen
Ihr

Theodor Heuss

Nr. 207

An die Geschäftsführung und Redaktion der Neuen Deutschen Wochenschau,
Hamburg
12. Dezember 1953

BArch, B 122, 178: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Auseinandersetzung über unerwünschte Wochenschauaufnahmen einer Tanzszene mit Theodor Heuss beim Bundespresseball; Wahrung der Privatsphäre

Sehr geehrte Herren!

Freundlichen Dank für Ihren Brief, in dem Sie mir Ihre Auffassung über die umstrittene Tanzszene beim Presseball mitteilen.² Ich selber vermag nicht zu sagen, wie die Situation bei den „übrigen Wochenschauen“ sich darstellt, werde aber darauf aufmerksam gemacht, daß es sich wohl wesentlich um eine in französischer Verwaltung befindliche Wochenschau handelt, die verhältnismäßig wenig in Deutschland gezeigt werde.³

¹ Az. IV/1/01-Bad Neuenahr; weiterer Nachweis: N 1221, 313: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Gegenüber der Neuen Deutschen Wochenschau hatte Heuss am 5. 12. 1953 Beschwerde geführt, dass entgegen seinen Bitten und einer entsprechenden Zusage der anwesenden Reporter doch Aufnahmen vom Bundespresseball in Bad Neuenahr (28. 11. 1953) veröffentlicht worden seien, die ihn beim Tanzen zeigten und mit der Erklärung verbunden waren, damit sei die Ballsaison eröffnet. „Ich weiß ja, daß seit der alten Reichsgerichtsentscheidung jemand in meiner Position das Recht auf das eigene Bild verloren hat, und ich weiß auch, daß Taktlosigkeit heute zu einem Element der Berufstechnik geworden ist. Aber Sie wollen es mir bitte nicht verwehren, wenn ich auf dem Standpunkt stehe, daß ich nicht Freiwild bin, sondern auch als Bundespräsident das Recht beanspruche, daß Wünsche solcher Art, wie ich sie gestellt habe, beachtet werden.“ Daraufhin hatten Geschäftsführung und Redaktion der Wochenschau am 8. 12. 1953 ihr Bedauern über die Missstimmung des Bundespräsidenten ausgedrückt und sich für den Vorfall entschuldigt. Zugleich fühlten sie sich zu Unrecht kritisiert, weil sie gerade Großaufnahmen des tanzenden Heuss nicht für die Wochenschau verwendet hätten. Mit Blick auf Frankreich wiesen sie darauf hin, dass dort gerade die menschlichen Szenen, die vom Präsidenten veröffentlicht würden, den größten Zuspruch fänden. Zu einer solchen „lebendigen Anteilnahme“ der Bevölkerung am Staatsoberhaupt würden sie weiterhin beitragen wollen; B 122, 178.

³ Vermutlich die Filmwochenschau „Blick in die Welt“, die 1947 in Baden-Baden gegründet worden war.

Für mich handelt es sich in dieser Angelegenheit nicht lediglich darum, ob ich sehr sichtbar oder weniger sichtbar in einem Tanzgewühl auftrete, sondern es handelt sich um die Frage, ob eine mir gegebene Zusage gehalten wird oder nicht. Darum kämpfe ich. Und daß sie nicht eingehalten wurde, war der Sinn meiner Beschwerde.

Dabei weiß ich gut genug, was auch in meinem Brief zum Ausdruck kam, daß ich mein Privatleben mehr oder weniger verloren habe. Aber ich kämpfe darum, da ich mich nicht bloß als eine Apparatur öffentlicher Dinge ansehe, mir diesen menschlichen Raum zu sichern, und erwarte, wo ich dies erbitte, daß eine Bitte von mir beachtet wird. Daß ich hier nicht „anordnen“ kann, weiß ich selber. Ich habe auch nie den Pressefotografen oder Wochenschau-Männern Schwierigkeiten gemacht, da ich ja das schließlich auch gelernt habe, was der heutige Öffentlichkeitsbetrieb fordert. Aber ich bitte neben diesem Bedürfnis, mein Privatdasein geschützt zu wissen, mir auch zuzutrauen, daß ich einiges von den psychologischen Reaktionen der Bevölkerung verstehe. Ich sehe das ja an dem Charakter der dauernden Zuschriften, die wegen dieser oder dieser Bildveröffentlichung an mich kommen.

Sie haben die Freundlichkeit, mich auf Frankreich hinzuweisen und darauf, wie die französische Bevölkerung „dem Präsidenten gerade in den menschlichen Szenen begeistert zujubelt“. Dazu ein paar Bemerkungen: Ich habe mich über Bekundungen freundschaftlicher Zuneigungen selber nicht zu beklagen. Aber ich habe eine viel kompliziertere Aufgabe als Staatspräsident Auriol zu erfüllen. Ich habe mich, wenn ich Sie etwa belehren darf, nie mit meinem Hund spielend aufnehmen lassen oder vermied es, wenn es nicht gerade unhöflich wirkte, mich bei Blumenüberreichungen durch Kinder dann fotografieren zu lassen. Denn das haben die Deutschen bei Hitler so en masse vorgesetzt bekommen, daß ich ganz bewußt gegenüber dieser Gefahr einer Verkitschung mich abgesetzt habe.⁴ Außerdem darf ich darauf aufmerksam machen, daß die Franzosen keine Deutschen sind. Der Staatspräsident Auriol ist mir schon einmal als Vorbild vorgetragen worden, weil er bei der Wahl der sogenannten Weinkönigin, die jetzt in Deutschland auch den Franzosen nachgemacht wird, diese begrüßt und küßt. Zu dieser Prozedur wurde ich auch um der sogenannten Integration willen eingeladen. Ich habe den Herren umgehend abgeschrieben, da ich nicht ein Artikel des Fremdenverkehrs sein will und immer in meinem Bewußtsein habe und haben muß, was in Deutschland an Flüchtlingselend, Rentnerarmut, Arbeitslosigkeit und was an verkramptem Ressentiment vorhanden ist. (Auf meinen Vorschlag, einen meiner Beamten in der Vornahme der Kußprozedur als Vertreter fungieren zu lassen, sind die Veranstalter dieser Idee nicht mehr zurückgekommen.)⁵

⁴ Vgl. Nr. 74.

⁵ Vgl. Nr. 35, Nr. 104.

Ich habe Ihnen etwas ausführlicher geschrieben, damit Sie empfinden mögen, daß es sich hier nicht um eine persönliche Verletztheit handelt, die sich über den Bruch eines Wortes geärgert hat, sondern daß auch ich mir um der staatlichen Dinge willen über diese Formenwelt der sogenannten Integration Gedanken machen muß und auch gemacht habe.⁶

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 208

An Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler, Bonn

14. Dezember 1953

BArch, B 136, 4615: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹ *Vorlage der Neujahrsansprache; Gespräche mit „Spätestheimkehrern“; Bitte um Unterredung*

Verehrter, lieber Herr Bundeskanzler!

Wie ich Ihnen neulich sagte,² wollte ich in diesem Jahr Ihnen den Entwurf meiner Neujahrsansprache vorlegen, zumal um der außenpolitischen Abtönung willen.³ Ich habe den Entwurf gestern niedergeschrieben, weil ich die Rede nämlich bereits am Donnerstag⁴ auf das Band zu sprechen habe. Sollte durch irgendwelche

⁶ Vgl. dazu auch Heuss an den Chefredakteur der Zeitschrift „Photo-Magazin“, Otto Croy, 28. 6. 1954, in: N 1221, 319.

¹ Az. 13003; gestempelter Vermerk: „1.) Hat dem Herrn Bundeskanzler vorgelegen“; hs. Vermerk: „2.) Herr B[undes]K[anzler] war am 15. 12. bei Herrn B[undes]Präs[ident]“; Paraphe von Globke vom 8. 1. 1954; weitere Nachweise: N 1221, 313 und B 122, 2156: ms. Schreiben, Durchschlag mit Absendevermerk: „abg. 14. 12. 1953 d[urch] Kurier“, Paraphe der Schreibkraft und Paraphe Klaibers vom 14. 12. 1953; Druck: TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 151.

² Möglicherweise bei einem Essen für die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages am 3. 12. 1953; vgl. TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 406, Anm. 1 zu Nr. 116.

³ Entwurf der Neujahrsansprache von Theodor Heuss, in: B 136, 4615; Abdruck unter dem Titel „Geduld und Zuversicht“ in: TH. HEUSS, Reden. Staatsmann, S. 239–246. Heuss gab in dieser Ansprache einen Überblick über die Entwicklung des Jahres 1953. Dabei betonte er die Begegnungen mit Flüchtlingen und Russlandheimkehrern, die Bundestagswahlen vom 6. 9. 1953 als Sieg der Demokratie und Bestätigung der in den vergangenen Jahren praktizierten Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die „nationalgeschichtliche Leistung des Bundeskanzlers“, die eine positive Wandlung des Deutschlandbildes im Ausland bewirkt habe, die Bedeutung internationaler Gespräche und der Verständigung mit Frankreich. Schließlich gedachte Heuss angesichts des Aufstandes vom 17. 6. 1953 der Bevölkerung in der DDR und mahnte die nationale Wiedervereinigung an.

⁴ 17. 12. 1953.

THEODOR HEUSS

BONN, 14. Dezember 1953
Koblenzer Straße 135

Herrn Bundeskanzler
Dr. Konrad Adenauer

B o n n
Palais Schaumburg

- 1) Hat dem Herrn Bundeskanzler
vorgelegen.
2) Herr RK war am 15.12. bei Herrn B. Präo.

L. d. V. 13003

4. 12.

Verehrter, lieber Herr Bundeskanzler !

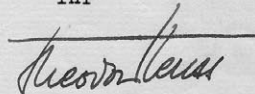
Wie ich Ihnen neulich sagte, wollte ich in diesem Jahr Ihnen den Entwurf meiner Neujahrsansprache vorlegen, zumal um der aussenpolitischen Abtönung willen. Ich habe den Entwurf gestern niedergeschrieben, weil ich die Rede nämlich bereits am Donnerstag auf das Band zu sprechen habe. Sollte durch irgendwelche plötzlichen Ereignisse noch eine Änderung erzwungen werden, so ist das ja technisch von Lörrach aus in Freiburg zu machen.

Aber nun dies : Ich werde bereits am Donnerstag abend Bonn verlassen, um am 18.12. ein Round-table-Gespräch mit Spätestheimkehrern im Hannöverschen zu führen. (Neulich hatte ich hier eines, das atmosphärisch ausgezeichnet verlief.) Dann werde ich noch ein neues Kriegsversehrten-Erholungsheim besichtigen und anschliessend direkt nach Lörrach zu meinem Sohn fahren. Ich darf Sie doch bitten, es zu ermöglichen, dass wir uns vor meiner Abreise in den nächsten Tagen noch einmal sprechen können. Die Tage sind mit einer Ausnahme (Dienstag 11.30 Uhr, wo von auswärts jemand kommt) für diesen Zweck freigehalten, nur die Abende mit Weihnachtsfeiern im Hause besetzt.

Hoffentlich waren die letzten Reisen und schwierigen Konferenzen nicht zu anstrengend für Sie.

Mit herzlichen Grüssen

Ihr



1 Anlage

13003

plötzlichen Ereignisse noch eine Änderung erzwungen werden, so ist das ja technisch von Lörrach aus⁵ in Freiburg zu machen.

Aber nun dies: Ich werde bereits am Donnerstag Abend Bonn verlassen, um am 18. 12. ein Round-table-Gespräch mit Spätestheimkehrern im Hannöverschen zu führen.⁶ (Neulich hatte ich hier eines, das atmosphärisch ausgezeichnet verlief.)⁷ Dann werde ich noch ein neues Kriegsversehrten-Erholungsheim besichtigen⁸ und anschließend direkt nach Lörrach zu meinem Sohn fahren.⁹ Ich darf Sie doch bitten, es zu ermöglichen, daß wir uns vor meiner Abreise in den nächsten Tagen noch einmal sprechen können.¹⁰ Die Tage sind mit einer Ausnahme (Dienstag 11.30 Uhr, wo von auswärts jemand¹¹ kommt) für diesen Zweck freigehalten, nur die Abende mit Weihnachtsfeiern im Hause besetzt.

Hoffentlich waren die letzten Reisen und schwierigen Konferenzen¹² nicht zu anstrengend für Sie.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

1 Anlage

⁵ Heuss verbrachte die Weihnachtstage und die Jahreswende bei der Familie seines Sohnes in Lörrach-Tumringen.

⁶ Das Gespräch fand bei Springe im Deister statt. Vgl. auch Heuss an Ernst Ludwig Heuss, 28. 11. 1953, in: FA Heuss, Basel.

⁷ Am 10. 12. 1953 in Essen; vgl. TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 407, Anm. 5 zu Nr. 116; Material zu den Kontakten des Bundespräsidialamtes zum Verband der Heimkehrer in: B 122, 641.

⁸ Ließ sich nicht nachweisen.

⁹ Vgl. Anm. 5.

¹⁰ Am 15. 12. 1953; vgl. TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 406, Anm. 6 zu Nr. 116. Inhalt und Verlauf des Gesprächs ließen sich nicht ermitteln.

¹¹ Wolfgang Liebeneiner; vgl. TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 407, Anm. 7 zu Nr. 116.

¹² Am 27./28. 11. 1953 hatte in Den Haag eine Außenministerkonferenz der Staaten der Montan-Union über die Bildung einer Europäischen Gemeinschaft stattgefunden und am 11./12. 12. 1953 das Ministerkomitee des Europarates in Paris getagt; vgl. Berichterstattung in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. 11. und 12. 12. 1953; vgl. auch Akten zur Auswärtigen Politik 1953, Bd. II, S. 1017–1021, 1088f.

Nr. 209

An Paul Wilhelm Wenger, Bonn

14. Dezember 1953

BArch, N 1332, 61: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
Aufsatz Paul Wilhelm Wengers und dessen Vorschlag für die Neujahrsrede; Einschätzung der „Bild“-Zeitung; „Schmutz-und-Schund-Debatte“ 1926

Verehrter lieber Landsmann!²

Nun habe ich im Verfolg unserer Unterhaltung vom letzten Donnerstag³ sowohl Ihren Aufsatz im „Rheinischen Merkur“⁴ gelesen als mir auch einige Nummern der Bildzeitungen vorlegen lassen, auf die, wie ich erfuhr, ja wesentlich Ihre Pointierung (10 Dpf. das Stück) abgestellt war.

Mit der Grundtendenz Ihres Aufsatzes bin ich ganz einverstanden. Aber die Frage, ob ich diese Sache in meine Neujahrsansprache einbauen kann, muß nun, nachdem der Entwurf jetzt gemacht worden ist (ich fahre über die Weihnachtstage selber zur Familie meines Sohnes), negativ beantwortet werden.⁵ Denn das liegt an dem Augenblick, in dem ich zu reden habe: Es sind für die außenpolitischen Dinge das deutsch-französische Verhältnis, das Problem der Wiedervereinigung in den Vordergrund gerückt. Daneben mußte auch etwas über den Sinn der Wahlentscheidung vom 6. September gesagt werden. Dann habe ich noch das Kriegsgefangenenproblem und den 17. Juni angesprochen.⁶ Es hat sich rein redearchitektonisch, wenn ich so sagen darf, nicht machen lassen, daß diese Fragen nun eingebaut worden wären. Denn mit zwei-drei Sätzen wären sie nicht zu erledigen gewesen, wie es evtl. mit dem sozialen Problem der Angestellten oder mit der Frage des Zinsfußes zu machen ist.⁷

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 313: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Der Redakteur des „Rheinischen Merkur“, Wenger, stammte aus Gundelsheim am Neckar.

³ 10. 12. 1953.

⁴ Wenger hatte im „Rheinischen Merkur“ Nr. 49 vom 4. 12. 1953 einen Artikel unter der Überschrift „Kriminelle Freiheiten“ veröffentlicht, in dem er die „Freiheit zur Pornographie“ als „Freiheit des Geldverdienens“ in der Bundesrepublik kritisierte. Als Beispiel diene ihm insbesondere die „Bild“-Zeitung. Gegenüber dieser seiner Ansicht nach überzogenen Pressefreiheit forderte er ein Eingreifen der säumigen Justiz und der Innenminister, die dieser Entwicklung noch immer nicht entgegengetreten seien: „Millionen warten auf die Aktion der höchsten Autorität unseres Gemeinwesens. Sie warten darauf, daß die geltenden Gesetze endlich gegen die Filibustier [Freibeuter] der kriminellen Freiheit angewendet werden. Denn – es braucht keine neuen und erst recht keine Sondergesetze, um den Vernichtern des menschlichen Anstands und der Ritterlichkeit, den Verderbern der Jugend und den Schändern jeglicher Frauenehre das Handwerk zu legen.“

⁵ Vgl. Nr. 208.

⁶ Vgl. Nr. 208, Anm. 3.

⁷ Dem Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films, Paul Bausch, schickte Heuss am 14. 12. 1953 eine Durchschrift des Schreibens an Wenger, da

Ich habe mir aber die Sache durchaus überlegt und werde die Gelegenheit suchen, die freilich dann nicht die große Publizität der Neujahrsprache findet, die Dinge einmal anzupacken.

Für mich war die Durchsicht dieser Bildzeitungen, die ich noch nie in meinem Leben gesehen hatte,⁸ nun freilich eine erschreckende Angelegenheit, und der Schreck bezog sich eigentlich nicht so sehr auf die Menschen, die das irgendwie unterwegs kaufen, um sich eine banale Straßenbahnfahrt oder sonst etwas zu illuminieren, sondern mein Schreck bezog sich auf die Menschen, die so etwas als Zeitungsaufgabe ansehen. Sagen Sie das nicht weiter: Falls diese Herren im Journalistenverband sind, würde ich sie eigentlich hinausschmeißen, weil das eine Verkennung der immerhin in der Presse vorhandenen Aufgabe ist. Das ist ein so blöder Kommerzialisismus, daß eigentlich der Bankrott im Hintergrund stehen müßte, aber leider nicht steht. Ich habe natürlich die Zeitungen im Detail durchgelesen und fand eigentlich das Pornographische nicht so vordrängend, wie ich es angenommen hatte. Aber das Niveau als solches ist von einer geradezu gräßlichen und bewußten Minderwertigkeit. Darüber wird bei gelegener Zeit einmal ein unbefangenes Wort von mir gesprochen werden.⁹

Vielleicht kann ich Sie, falls diese Diskussion weitergehen sollte, auf die Reichstagsdebatte, die im Jahre 1926 liegt, aufmerksam machen. Damals ging es um das Gesetz über Schmutz und Schund.¹⁰ Ich hatte ein- oder vielleicht sogar zweimal im Reichstag zu der Gesamtproblematik gesprochen, da ich in dem Ausschuß saß, und habe auch das Abenteuer erlebt, daß Breitscheid den Versuch machte,

Bausch und Wenger zusammen Heuss aufgefordert hatten, in der Neujahrsrede zu Pressevor-kommissionen Stellung zu nehmen; N 1221, 313.

⁸ Die „Bild“ erscheint seit 1952.

⁹ Heuss gegenüber dem „Bild“-Verleger Axel Springer: „Sie sind der Verderber der Presse“; zit. n. H.-P. SCHWARZ, Axel Springer, S. 177. Springer schrieb am 4. 11. 1955 dazu an Heuss, er werde darüber den Redaktionen berichten: „Wir werden dann alle versuchen, Ihre gelegentlichen Ver-ärgerungen über unsere Blätter für die Zukunft auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Ganz kann es ja nie gelingen, denn, so hörte ich einmal, die Tugend des Journalisten ist die Diskretion, die Indiskretion aber sein Erwerb“; B 122, 600.

¹⁰ Heuss hatte sich im Herbst 1926 im Reichstag für das „Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften“ eingesetzt, das die Einschränkung indizierter Schriften beim öffentlichen Verkauf vorsah und an dessen Formulierung Heuss im Kulturausschuss beteiligt war. In einer Reichstagsrede vom 27. 11. 1926 verteidigte Heuss die umstrittene Gesetzesvorlage und propagierte eine „Sozialpolitik der Seele“ gegenüber der „Schundliteratur“; RT-Bd. 391, S. 8233–8237. Er löste daraufhin Proteste zahlreicher Intellektueller von Thomas Mann über Kurt Tucholsky bis hin zu Albert Einstein aus. Nach der Verabschiedung des Gesetzes im Reichstag am 3. 12. 1926 trat er von seinem Posten als Erster Vorsitzender des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller zurück; vgl. E. FISCHER, Schutzverband, Sp. 39, 529–535; zum Gesamt-komplex vgl. D. PEUKERT, Schund- und Schmutzgesetz; G. REUVENI, Aufstieg; vgl. auch den Artikel THEODOR HEUSS: Von „Schund und Schmutz“, in: Weserzeitung 16. 6. 1926, abgedruckt in: DERS., Politiker, S. 166–169; DERS., Erinnerungen, S. 342f.

mit großen Schlagzeilen gegen mich anzugehen.¹¹ Aber ich glaube, er hat mich nicht weiter getroffen. Sie werden, wenn Sie einmal diese Reichstagsdebatte herausuchen, vielleicht die eine oder die andere Argumentation finden, die für Sie nicht bloß historisch interessant ist. Dies' alles nur für den Fall gemeldet, daß das Echo Ihres Aufsatzes, von dem Sie mir erzählten, eine weitergehende Auseinandersetzung einleiten wird.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Theodor Heuss

Nr. 210

An Otto Nuschke, Stellvertretender Ministerpräsident der DDR, Berlin-Pankow
15. Dezember 1953

BArch, N 1221, 182: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk), ungez.¹
Erwähnung von Otto Nuschke in den Jugenderinnerungen von Theodor Heuss

Sehr geehrter Herr Nuschke!

Es wird Sie vielleicht interessieren, daß kürzlich die Jugenderinnerungen von Theodor Heuss erschienen sind im Verlag von Rainer Wunderlich in Tübingen, weil in diesem Buch die Wirkung von Friedrich Naumann auf die junge Generation um 1900 beschrieben wird.² Dort erzählt Heuss auch von seiner ersten Begegnung mit Ihnen bei dem Nationalsozialen Parteitag in Hannover.³

Ich erlaube mir Ihnen das mitzuteilen, weil der Vorgang vielleicht Ihr Interesse findet.

Mit freundlichen Empfehlungen
Ihr

¹¹ Zur Auseinandersetzung mit dem SPD-Abgeordneten Rudolf Breitscheid vgl. ebd., S. 344.

¹ Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 313: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Vgl. TH. HEUSS, Vorspiele, S. 196–198.

³ Der „nationalsoziale Vertretertag“, auf dem Heuss Nuschke kennenlernte, fand vom 2. bis 5. 10. 1902 in Hannover statt. Zur ersten Begegnung mit Nuschke heißt es: „Einen beneidete ich schier, der nicht sehr viel älter sein konnte als ich und nun als Redakteur nach Marburg gehen sollte, Otto Nuschke.“ Ebd., S. 215.

Nr. 211

An Dr. Hans Wellhausen, Mitglied des Deutschen Bundestages, Nürnberg
16. Dezember 1953

BArch, B 122, 298: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Kritik, dass FDP-Abgeordnete nicht an der parlamentarischen Kirchentags-gemeinschaft teilgenommen haben

Lieber Dr. Wellhausen!

Nur eine kurze Bemerkung. Wir haben uns vor einiger Zeit wiederholt über die Problematik FDP und Kirche unterhalten.²

In der vorigen Woche hatte der Evangelische Kirchentag zu einer Parlamentarischen Konferenz, wie das ja wiederholt geschehen ist, im Bundestag eingeladen.³ Ehlers hat ein Einleitungsreferat gehalten. Ich selber habe in der Diskussion einiges in Ordnung zu bringen versucht. Es waren Leute der CDU, der DP und eine ganze Anzahl von Sozialdemokraten anwesend. Gesprochen haben, glaube ich, nur Leute der CDU und ein paar Journalisten außer mir, von der SPD niemand. Das war ja nicht weiter schlimm. Aber von der FDP war kein einziger Abgeordneter anwesend. Ich wollte Sie darauf aufmerksam machen, daß, wenn Sie die Relation, was ich für richtig halte, zwischen FDP und Kirchenleuten herstellen wollen, so etwas nicht mehr vorkommen darf. Natürlich soll niemand dort sozusagen delegiert werden, der an den Sachen nicht interessiert ist. Aber für mich selber war es im gewissen Sinn peinlich, daß niemand aus dem Kreis, dem ich selber angehöre, bei dieser an sich geistig zum Teil ganz lebendigen Sache beteiligt war.

Mit dieser Mitteilung will ich Ihnen aber Weihnachten nicht verderben, sondern ich mußte sie nur aus meiner eigenen Empfindung herausgebracht haben.⁴

Mit vielen guten Grüßen und Wünschen für die Festtage

Ihr

Th. Heuss

¹ Az. I/18/15-B-; Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 313: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Das Gespräch ließ sich nicht ermitteln. Wellhausen war im ersten Deutschen Bundestag stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP.

³ Kirchentagspräsident von Thadden-Trieglaff hatte am 16. 11. 1953 Heuss um eine „persönliche Audienz“ gebeten und ihn als „warmen Freund der evangelischen Sache“ eingeladen, „am Auftakt unserer kontinuierlichen Arbeit in Bonn“ teilzunehmen; B 122, 298.

⁴ Wellhausen entschuldigte sich für das Fernbleiben von FDP-Abgeordneten und begründete es mit Termenschwierigkeiten; vgl. Wellhausen an Heuss, 20. 12. [in der Vorlage: „10.“] 1953, in: B 122, 298.

Nr. 212

An den Nordwestdeutschen Rundfunk, z. Hd. Werner Höfer, Köln

28. Dezember 1953; Lörrach-Tumringen

BArch, B 122, 176: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Ha) und ms. gez.¹

Ablehnung, am Internationalen Frühschoppen im Rundfunk und Fernsehen teilzunehmen

Sehr geehrter Herr Höfer!

Als Ihr durch Herrn Raederscheidt² mir nachgesandter Brief³ in meine Hände kam, war ich „ohne Apparat“ in den knappen Weihnachtsferien bei meinem Sohn in Lörrach. Da dessen Fabrik einige Tage geschlossen war, konnte ich Ihnen nur kurz handschriftlich einen Zwischenbescheid geben.⁴

Der Vorschlag, evtl. Anfang Januar an einem internationalen Fernseh-Frühschoppen teilzunehmen, hat gewiß etwas reizvolles. Ich selber habe ihn zwar vor dem Fernsehapparat nie miterlebt, aber Raederscheidt hat sehr beredt in seinem Begleitbrief die Bitte unterstützt.⁵

Ich bitte Sie aber nun doch Verständnis dafür zu haben, wenn ich jetzt nein gesagt habe. Der Grund ist sehr einfach. Da mein siebzigster Geburtstag droht,⁶ wird in ein paar Wochen Geräusch genug um mich sein, und ich habe jetzt schon eine nicht geringe Sorge davor. Ich weiß auf der einen Seite, daß diese Dinge unumgänglich sind, ich spüre auf der anderen Seite aber, wie sehr mir das Drum und Dran im Grunde *contre coeur*⁷ ist, und nun will ich nicht in eigener Mitwirkung das, was man heute in Deutschland *publicity* nennt, vermehren. Es wirkt dann fast, als ob ich Mitarrangeur sei und selber das Bedürfnis hätte, mich in Szene zu setzen. Dies aber liegt ganz und gar nicht vor.

Ich will die Frage offen lassen, ob wir zu einem späteren Zeitpunkt einmal, der freilich auch nicht krampfhaft gesucht werden dürfte, Ihre Anregung aufnehmen können,⁸ aber jetzt zum Jahreswechsel und zum Geburtstag wird so viel

¹ Az. IV/3/06; das Kürzel „Ha“ im Diktatzeichen kann auf die Schwiegertochter Hanne Heuss hinweisen.

² Pressereferent des Bundespräsidialamtes.

³ Ließ sich nicht ermitteln.

⁴ Ließ sich nicht ermitteln.

⁵ Raederscheidt nannte Höfers Bitte „fundiert vorgetragen“ und sprach von der allgemeinen Anerkennung der Sendung, „die im Niveau weit über allen anderen Wortsendungen des Rundfunks liegt“ und die von Parteien und Kirchen „uneingeschränkt akzeptiert“ werde. Heuss könne in dieser populären Sendung seine Gedanken „einer sehr breiten Öffentlichkeit“ nahe bringen; Raederscheidt an Heuss, 23. 12. 1953, in: B 122, 176.

⁶ 31. 1. 1954.

⁷ Französisch für „widerwillig, ungerne“.

⁸ Auch später nahm Heuss am Internationalen Frühschoppen nicht teil.

Heuss in der Öffentlichkeit serviert, daß ich diese Mahlzeit nicht noch um einen weiteren Gang ausdehnen möchte. Haben Sie bitte dafür ein nachsichtiges Verständnis.

Mit freundlichen Empfehlungen

Theodor Heuss

Nr. 213

An Paul Reusch, Schloss Katharinenhof, Post Oppenweiler, Württemberg
15. Januar 1954

RWWA, 130-400101290/129: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Gedenkstätte für Elly Heuss-Knapp

Verehrter, lieber Herr Reusch!

Wenn ich in der Unrast dieser Tage genügend Zeit gehabt hätte, mein schlechtes Gewissen zu pflegen, so hätte das sehr intensiv geschehen müssen, denn es bedrückt mich, daß ich die von Ihnen erbetene rasche Äußerung zu dem Entwurf einer Gedenkstätte für meine Frau immer noch nicht konkret gab.² Es liegt einfach daran, daß ich in den Arbeiten und Aufsätzen meiner Frau suchen möchte, ob ein geeignetes Wort zu finden ist, und diese paar stillen Stunden habe ich mir bis jetzt einfach noch nicht aus dem Tagesbetrieb herauschneiden können. Die Qual der überflüssigen Weihnachts- und Neujahrsglückwünsche³ haben wir hinter uns gebracht, aber die Konferenzen und Besprechungen, der Empfang von Diplomaten usf. usf. – das läuft halt ziemlich gedrängt mit dem Neuen Jahr wieder an.

Es wird nun am 25. Januar in Stuttgart mit der Übergabe des Grabsteines meiner Frau⁴ (an ihrem Geburtstag) ein mehrtägiger Aufenthalt in Stuttgart einsetzen mit

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 188 und 314: ms. Schreiben, Durchschlag mit Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“.

² Reusch hatte den Entwurf am 29. 12. 1953 Heuss zugesandt und am 14. 1. 1954 nochmals eine Antwort erbeten; N 1221, 188.

³ Seinem Jugendfreund Isy Krämer in New York hatte Heuss auf dessen Hinweis, „keinen Weihnachts- oder Neujahrsgruß erhalten“ zu haben, am 14. 1. 1954 geantwortet: „Es hat *niemand* einen von mir erhalten, da ich dieses industriell gewordene Verfahren der Beglückwünschung geradezu für eine Quälerei halte, so gut es für die Papierindustrie und die Postverwaltung ist“; N 1221, 162; vgl. auch Heuss an Ulla Galm, 12. 2. 1954, in: B 122, 17.

⁴ Der Grabstein auf dem Stuttgarter Waldfriedhof war von der Stadt Stuttgart in Absprache mit Heuss gestaltet worden; vgl. Heuss an Antonie Nopitsch, 29. 1. 1954; Heuss an Marta Jäckh, 23. 1. 1954, beide in: N 1221, 314.

allerhand „Vorspielen“ des Geburtstages.⁵ Ich habe mir die Sache so überlegt, daß ich schon einen Tag vorher, am 24. Januar, in der Frühe mit dem Zug nach Stuttgart fahren will und an dem Nachmittag von 4–6 Uhr in Begleitung meines Sohnes bei Ihnen sein möchte. An dem Abend werde ich dann die in Esslingen und Ludwigburg wohnenden Familienmitglieder sehen, die zu dem eigentlichen Geburtstag nach Bonn nicht kommen werden, denn da drängt sich schrecklich viel Offizielles zusammen.

Vielleicht komme ich übermorgen, am Sonntag, dazu, die Suche nach einer Inschrift aufzunehmen.⁶

Für heute gute und dankbare Grüße
Ihr

Theodor Heuss

Nr. 214

An den Rektor der Technischen Hochschule, Stuttgart
17. Januar 1954

UA Stuttgart, 57, 65b: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Bundespräsidialamt“¹

Programm für die Verleihung der Ehrenpromotion an Theodor Heuss durch die Technische Hochschule Stuttgart

Verehrte Magnifizenz!²

Freundlichen Dank für die Mitteilung, wie die Feierstunde bei der Ehrenpromotion des Herrn Bundespräsidenten in der Technischen Hochschule gedacht ist.³

Ich habe Herrn Dr. Heuss den Inhalt Ihres Briefes vorgetragen. Er ist mit allem einverstanden und erwartet keineswegs, daß ihm nun im einzelnen eine formulierte Rede von Ihnen vorgelegt wird. Ihm selber ist es nur angenehm, wenn die

⁵ Vgl. Nr. 214.

⁶ In den folgenden Monaten machte Heuss Vorschläge für die Inschrift und äußerte sich zum Gestaltungsentwurf, bis er sich am 11. 6. 1954 mit der Ausführung einverstanden erklärte; Heuss an Reusch, 22. 2., 13. 5. und 11. 6. 1954, in: N 1221, 316, 318, 319. Der Gedenkstein mit einem Relief von Heuss-Knapp, das Lore Nießner gestaltet hatte, wurde noch 1954 im Eichenhain von Stuttgart-Sillenbuch eingeweiht. Die letzten drei Zeilen des Gedichts „Ritornellen“, das Heuss-Knapp im Ersten Weltkrieg in Heilbronn verfasst hatte, wurden in den Stein eingemeißelt: „Weiße Margriten! / Wenn ihr wie fromme Kinder steht im Feld, / lasst uns um Ernte und um Frieden bitten!“

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 314: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert mit Verfügung: „W[ieder]v[or]l[age] Herrn Bott“.

² Rektor der TH Stuttgart war 1953–1955 der Architekt Rolf Gutbier.

³ Rektor der TH Stuttgart an Heuss, 15. 1. 1954, in: UA Stuttgart, 57, 65 b.

Sache, wie er sich ausdrückt, nicht zu „pompös“ verläuft. Er wird einmal abwarten, was Sie sagen und sicher keine großen grundsätzlichen Erörterungen über Staat und Wissenschaft, Staat und Technik, Staat und Kunst usf. machen. Dr. Heuss hat in diesen Tagen so viel zu reden, daß er dankbar ist für eine Begrenzung auf das Persönlich-Menschliche und Improvisierte. Ich nehme an, daß er etwas von seiner Beziehung zur Technischen Hochschule Stuttgart aus den Jahren 1945/46 anschließen mag.⁴

Der Herr Bundespräsident schließt sich auch gerne Ihrem Vorschlag an, das Max-Kade-Haus⁵ zu besichtigen, und wird dann schon die Form finden, etwas „Passendes“ und auch für die städtischen und staatlichen Teilnehmer Ermunterndes zu sagen.⁶

Es wäre sehr schön, wenn Sie die musikalische Umrahmung auf ein Studentenquartett mit zwei kurzen Sätzen von Mozart (je ca. 5 Minuten) beschränken könnten. Damit würde die eventuelle Steifheit gelockert und eine heitere Feierlichkeit gegeben sein.

Mit den besten Empfehlungen

Hans Bott
Persönlicher Referent des Bundespräsidenten

Nr. 215

An Prof. Dr. Arnold Brecht, New York

20. Januar 1954

BArch, N 1089, 20: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
Geburtstagsglückwünsche

Verehrter, lieber Professor Brecht!

Sie haben sich ein paar Tage früher als ich auf den Weg gemacht, in diesem Leben sich umzutummeln.² Es ist der Tag, an dem mein Vater und mein ältester Bruder

⁴ Rede vom 27. 1. 1954, in: N 1221, 11. Heuss war 1945/46 als „Kultminister“ u. a. für den Wiederaufbau der TH Stuttgart zuständig. Im Sommersemester 1948 hielt er zudem zwei Vorlesungen an der TH; vgl. E. W. BECKER, Einführung, in: TH. HEUSS, Erzieher, S. 26, 41.

⁵ Der 1904 in die USA ausgewanderte Unternehmer Max Kade hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg um Lebensmittel- und andere Hilfsleistungen besonders für Stuttgart bemüht, wo er den Wiederaufbau der TH unterstützte. Heuss hatte ihm am 18. 7. 1952 für seine Hilfe gedankt; B 122, 384.

⁶ Die Rede im Max-Kade-Haus ließ sich nicht ermitteln.

¹ Weitere Nachweise: B 122, 490 und N 1221, 314: ms. Schreiben, Durchschlag mit Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“.

² Brecht wurde am 26. 1. 1884 geboren.

auch Geburtstag hatten;³ ich selber hatte, da ich ein paar Tage später mit dem Feiern an die Reihe kam, eigentlich immer nur den freundschaftlichen Nachklang eines Familienfestes zu genießen.

Lange Zeit habe ich Sie eigentlich für ein paar Jahre älter gehalten, als ich es bin, da Sie so früh und eindrucksvoll in wichtige Stellungen gekommen sind.⁴ Später habe ich, da Sie bei jeder neuen Begegnung so frisch und lebendig waren, gemerkt, daß das mit dem Vorsprung im Alter wohl nicht ganz stimmen werde.

Ich nehme die Gelegenheit gerne wahr, Ihnen meine guten und herzlichen Grüße zu senden, in die auch viel Dankbarkeit und menschliche Liebe eingepackt sind. Denn ich habe das Gefühl, daß bei allen unseren Begegnungen, ob sie früher in Berlin stattfanden, ob dann nach den tragischen Jahren wieder hier in Deutschland, zwischen uns immer eine unmittelbare und gute Atmosphäre des Verstehens geherrscht hat.⁵ Wir in Schwaben haben dafür den netten Ausdruck, daß wir uns gleich „angenommen“ haben, und dieses „jemand angenommen haben“ wächst sich ja dann zu einem Besitzgefühl der Seele aus.

Sie erwarten nicht, daß ich in diesem Brief von politischen Dingen des Gewesenen, des Seienden und des vielleicht Werdenden mit Ihnen handle. Ich bin ja, wie Sie sich denken können, immer in einem entsetzlich starken Termindruck, aber dieser Zuruf soll Ihnen doch sagen, daß ich in herzlicher und aufrichtiger Freundschaft und Sympathie jetzt Ihrer und Ihrer Gattin gedenke.⁶

Wie immer Ihr

Theodor Heuss

³ Der Vater Louis Heuss und der älteste Bruder Ludwig Heuss.

⁴ Brecht war 1919 als Geheimer Regierungsrat in die Reichskanzlei eingetreten; seit 1921 war er Ministerialdirektor im Preußischen Staatsministerium; vgl. H. HOLSTE, Reichsreform.

⁵ Der Verwaltungsjurist und Politikwissenschaftler Brecht lehrte an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, an der Heuss als Studienleiter und Dozent tätig war. 1933 emigrierte er in die USA. Bei den Verhandlungen über das Grundgesetz war er als Berater tätig; vgl. C.-D. KROHN, Refugee Scholar; C. R. UNGER, Berater.

⁶ Das Schreiben von Heuss kreuzte sich mit dem Glückwunsch von Brecht an den Bundespräsidenten, 22. 1. 1954, in: B 122, 15.

Nr. 216

An Dr. Otto Gessler, Reichsminister a. D., Lindenberg, Allgäu

29. Januar 1954

BArch, N 1221, 314: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und von Bott ms. gez.; ms. Briefkopf: „Ministerialdirigent Hans Bott“¹

Entschuldigung, dass Otto Gessler bei der Festschrift zum 70. Geburtstag von Theodor Heuss nicht berücksichtigt wurde

Verehrter lieber Herr Reichsminister!

Dem Herrn Bundespräsidenten ist zu seinem 70. Geburtstag ein Band überreicht worden „Begegnungen mit Theodor Heuss“, in dem aus der Welt der Politik und der Wissenschaft, der Dichtung und der Kunst Männer und Frauen Sachliches und Anekdotisches erzählt. Der Verleger Hermann Leins (Tübingen) und ich haben das Orchester zusammengebracht.

Als Dr. Heuss nun das Buch überreicht bekam und im Inhaltsverzeichnis die Teilnehmer durchsah, war er über manche der Mitwirkenden leicht erstaunt, über manche sehr erfreut, und plötzlich fragte er mich: „Hattet Ihr eigentlich auch Gessler aufgefordert?“ Und da mußte ich zu meinem Schrecken feststellen, daß wir dies nicht getan haben. Und diese Zeilen sind die Bitte, dieses Vergessenhaben zu entschuldigen.

Ich rechne ja damit, daß bei dem sehr großen Bekanntenkreis von Dr. Heuss der eine oder der andere sich beschweren wird, warum nicht an ihn gedacht worden ist.² Das ist unvermeidlich, zumal ja auch verlegerisch das Buch zu stark schon angeschwollen ist. Aber da Dr. Heuss Sie nun in diesem Kreis ausdrücklich vermißte, möchte ich mit diesen Zeilen meine Bitte, mich zu entschuldigen, gleich vortragen. Ich sehe selber ein, daß diese Unterlassung, auch von Ihnen aus gesehen, eigentlich unverzeihlich ist, aber ich wäre Ihnen herzlich dankbar, wenn Sie meine Nachlässigkeit nicht nachtragen würden.

Mit allen guten Wünschen für Ihre Gesundheit

Ihr

Hans Bott

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 66: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Bereits vor, dann nach dem Erscheinen der Festschrift gab es vielfache Anfragen und Beschwerden einzelner Personen, die sich gern an dieser beteiligt oder eine Aufforderung hierzu erwartet hätten. Zumeist übernahm es Heuss, den Nichtbeteiligten Begründungen für die – von ihm beeinflusste Auswahl – zu geben, die dann in von ihm diktierten und von Bott gez. Schreiben abgesendet wurden. So heißt es in einem Schreiben vom 6. 1. 1954 an Felix Hirsch, Bott und Leins hätten Personen ausgewählt, die nach Heuss Erzählungen über Jahrzehnte zu ihm in Verbindung gestanden hätten und „aus jenem oder jenem Lebens- und Wirkungskreis Charakteristisches vielleicht mitzuteilen hatten“. Personen, bei denen eine gewisse Distanzierung eingetreten sei, würden fehlen. „Es werden in Deutschland selber zahllose politische Menschen in Ihrem Sinn gekränkt sein, daß sie nicht aufgefordert wurden. Aber die Dinge mußten ja verlegerisch limitiert bleiben“; N 1221, 314; vgl. auch Nr. 187.

Nr. 217

An Dr. Margret Boveri, Berlin-Dahlem

4. Februar 1954

SBB PK, NL 26, 6: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
70. Geburtstag und Überreichung der Bibliographie von Theodor Heuss

Meine liebe Freundin!

Die Statistiker des Hauses und der Post behaupten, daß die Depeschen, Briefe, Pakete in diesen Tagen jetzt zwischen 25 und 30.000 liegen.² Ich zähle sie nicht nach! Aus diesem Strom von Papier fischen die kundigen Leute einiges heraus und legen es mir auf meinen Tisch, darunter auch das schön illustrierte Gedicht der immer aufrichtigen Margret.³ Schönen Dank. – Mit dem Skandieren der Verse bin ich aber friedfertig gestimmt.

Der Geburtstag hat etwa acht Tage lang gedauert, aber ich habe ihn mit ungezählten Reden und Ansprachen, mit Scherz, Satire und tieferer Bedeutung⁴ gut überstanden. Jetzt aber wird das Amt noch wochenlang stöhnen.

Daß Sie in Stuttgart nicht sein konnten, war mir natürlich von vornherein deutlich. Die kleine „Feier“ in der Landesbibliothek war sehr nett. Ich lege Ihnen auch die Übertragung des Stenogramms der kleinen Dankansprache vor, die ich dabei gehalten habe.⁵ Die Bibliographie ist, wie ich sehe, ein paar Mal schon besprochen worden. Viel wird es, fürchte ich, mit den Rezensionen nicht werden, denn es ist für die Zeitungen eine etwas herbe räumliche Zumutung, immer wieder über Heuss zu reflektieren, da nun auch noch das erstaunliche Sammelwerk⁶ über mich erschienen ist.

Ich sende das Buch Ihnen zu für ruhigere Zeiten. Es sind eine Reihe literarisch recht guter Sachen drin.

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 315 und B 122, 15: ms. Schreiben, Durchschlag mit Paraphen von Klaiber und Bott sowie Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“.

² Nach der Statistik des Bundespräsidialamtes belief sich der Posteingang im Januar auf 19.378 Schreiben, im Februar auf 10.416; im Postausgang wurden im Januar 1954 6.181 Stücke gezählt, im Februar 8.269; B 122, 2139.

³ Boveri hatte ihre gereimten Wünsche unterschrieben mit „oggi come ieri“ [italienisch für „heute wie gestern“] / Die immer aufsässige Margret Boveri“; Boveri an Heuss zum 31. 1. 1954, in: B 122, 15.

⁴ „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung“, Titel eines 1822 entstandenen Lustspiels von Dietrich Christian Grabbe.

⁵ Heuss hielt anlässlich der Überreichung der Bibliographie seiner Schriften und Reden, die von Boveri eingeleitet waren, am 23. 1. 1954 eine Ansprache; N 1221, 11; B 122, 233, abgedruckt in: TH. HEUSS, Politiker, S. 420–423; zum Besuch in Stuttgart vgl. Nr. 213, Nr. 214; zur Bibliographie vgl. Nr. 160, Nr. 173, Nr. 201.

⁶ H. BOTT / H. LEINS, Begegnungen.

Da die Bibliophilen einen Essay, den ich mit 25 Jahren ziemlich keck gewagt habe, ausgegraben haben und ihn mir auch als Geburtstagsgabe vorlegten, kann ich Ihnen dies' Bändchen auch mitschicken.⁷

Ich denke, daß ich in 14 Tagen mit der Bedankerei zu Ende komme. Man hat mir neben vielem, das nur eine Riesenbelastung sein wird, auch ein Bild von Corinth und eines von Kirchner, eine Zeichnung von Hofer und ähnliches geschenkt.⁸ Bei vielem anderen stöhne ich nur: Das arme Bärbelkind!⁹ Was fängt die mit all dem Zeug an, falls es sich bis zu ihrem Erbantritt erhält.

Sie sollen aber nicht meinen, daß wir nur Geburtstag feiern. Das, was sich in Berlin „tut“, ist viel viel wichtiger.¹⁰

Mit herzlichen und dankbaren Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

3 Anlagen (gesondert)

⁷ THEODOR HEUSS: Zur Ästhetik der Karikatur. Herausgegeben von der Gesellschaft der Bibliophilen zum 31. Januar 1954; Erstdruck in: Patria. Bücher für Kultur und Freiheit 10 (1910), S. 113–138. Bott hatte mit Schreiben vom 23. 9. 1953 die „Bibliophilen“ ausdrücklich auf diesen Essay aufmerksam gemacht; B 122, 323. Vgl. zur Wiederveröffentlichung des Essays Heuss an Bott, 4. 3. 1954, in: N 1221, 317; Heuss an Karl Korn, 12. 7. 1954, in: N 1221, 319.

⁸ Vermutlich Lovis Corinth: Am Müritzsee, Öl auf Leinwand (1915); Ernst Ludwig Kirchner: Junkerboden von der Staffelalp, Öl auf Leinwand (1917); Karl Hofer: Mädchen/Drei Profile, Lithographie (o. J.). An Toni Stolper schrieb Heuss am 16. 2. 1954: „Es hat natürlich auch einige Geschenke gegeben, die mir viel Freude gemacht haben, so ein Ölgemälde von Lovis Corinth und von E. L. Kirchner, auch sonst ein paar gute Bilder und schöne graphische Stücke, Bestecke, Geschirr, Teppiche usf. bis zu dem Versuch, mich mit einer goldenen Frackkette vornehm zu machen. Es sind mir im ganzen auch etwa 100.000,- DM aus kleinen und größeren Beträgen zugeflossen, die ich neben den begrenzten Etatmitteln für solche individuellen Notfälle verwenden kann, wo die staatlichen Regulierungen nicht zureichen. Das gibt dann freilich auch noch einmal eine zusätzliche Arbeit“; N 1221, 316.

⁹ Heuss' Enkelkind Barbara Heuss.

¹⁰ Vom 25. 1.–18. 2. 1954 fand in Berlin eine Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der USA über die Westintegration der Bundesrepublik und das Problem der deutschen Wiedervereinigung statt. Eine Verständigung zwischen den Außenministern kam nicht zustande; vgl. H. J. KÜSTERS, Integrationsfriede, S. 657–669; Nr. 225.

Nr. 218

An den Bundesverband der Deutschen Industrie, z. Hd. Präsident Fritz Berg,
Köln

5. Februar 1954

BArch, B 122, 15: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Der Präsident pp.“¹

Dank für Geburtstagsglückwünsche und Geschenk des BDI; Beziehung zu Industriellen

Sehr geehrter lieber Herr Berg!

Sie hatten mir am 31. Januar die Glückwünsche des Bundesverbandes der Deutschen Industrie ausgesprochen und nun, das werden Sie verstehen, habe ich Ihren freundlichen Brief erst in diesen Tagen erhalten.² Die Beanspruchung ist verhältnismäßig sehr stark geworden.³

Es ist mir ein herzliches Bedürfnis, Ihnen für die Form, in der Sie mir Ihre Glückwünsche ausgesprochen haben, aufrichtig zu danken.

Meine Beziehungen zu Männern der deutschen Industrie sind sehr sehr alt, da ich in einer industriell sehr lebendigen Stadt aufgewachsen bin⁴ und schon in jungen Jahren freundschaftliche Beziehungen zum gewerblichen Unternehmertum gefunden habe.⁵ Diese haben mein ganzes Leben vertrauensvoll begleitet, und nun darf ich Ihnen das Geheimnis verraten, warum diese Beziehungen immer so gut waren, ganz abgesehen davon, daß ich ja einmal Nationalökonomie studiert habe. Ich habe die Unternehmer, denen ich begegnet bin, nie für gescheiter, aber auch nie für dümmer gehalten als mich selber und habe auf diese Weise immer sachlich etwas lernen können, und das hat mir, da ich nun in eine Stellung hereingekommen bin, die bei manchen Menschen die Unbefangenheit geraubt hat, und ich dieses manchmal Befangensein zu durchbrechen verstehe, heute die Möglichkeit gegeben, immer Lernender zu bleiben und dabei doch gleichzeitig, wo immer das möglich ist, nun eben aus der Übersicht eines bewegten Lebens ratend und ausgleichend zur Verfügung zu stehen. Nichts ist meinem Wesen, wenn ich es

¹ Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 315: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Berg an Heuss, 30. 1. 1954, in: B 122, 15. Berg hatte in seinem Schreiben Heuss und dessen Interesse an der Arbeit des BDI gewürdigt und einen Scheck über 25.000 DM für den Sonderfonds des Bundespräsidenten beigelegt.

³ Vgl. Nr. 217.

⁴ Heilbronn gehörte mit seinem Fahrzeug- und Werkzeugbau sowie mit seiner Nahrungs- und Textilindustrie zu den wichtigsten Industrie- und Handelszentren des Königreichs Württemberg.

⁵ So zu dem Silberfabrikanten Peter Bruckmann, zu dem Großhandelskaufmann Carl Frey oder zu dem Direktor der Knorr AG, Alexander Knorr.

richtig verstehe, willkommener als dies, da es zu den Beglückungen meines Lebens gehört, in den verschiedensten Berufsständen, den verschiedensten Parteien, in den verschiedenen Konfessionen ein menschlich unmittelbares Verständnis zu gewinnen und zu bewahren.

Sie sprechen mit sehr warmen Worten von den Diensten, die ich Deutschland habe leisten können. In diesen Tagen durfte ich spüren, daß meine Arbeit anerkannt wird. Es ist das ganze Geheimnis darin begriffen, daß ich nie jemand anders sein wollte, als der ich war nach dem Gesetz, nach dem ich angetreten.

Ich habe nun unmittelbar dem Bundesverband der Deutschen Industrie zu danken für die große Gabe, die er mir zur Verfügung gestellt hat, um dieses oder dieses Lebensschicksal leichter zu gestalten, das von der Beamtung nicht erreicht wird, um diese oder diese Sache irgend zu fördern. Das ist mir natürlich höchst willkommen.

Daneben aber habe ich auch noch einen individuellen Dank auszusprechen, daß Sie mir das herrliche Bild von Lovis Corinth gewidmet haben.⁶ Es wird in meinem Wohnraum heute und späterhin einen Ehrenplatz haben. Es liegt viele Jahrzehnte zurück, daß ich selber einmal über Lovis Corinth einen großen Aufsatz geschrieben habe, den kürzlich Leute wieder ausgruben.⁷ Für mich ist also hier eine persönliche reizvolle Verbindung geschaffen: Ein Künstler, dessen Werk ich verehere, und ein Geber, der durch dieses Bild immer zu mir seine freundschaftliche Gesinnung ausdrücken wird.

Ich darf Ihnen für dieses alles herzlich danken.

Ihr

Th. Heuss

⁶ Vgl. Nr. 217, Anm. 8. 1959 stellte sich heraus, dass das Bild „Am Müritzsee“ von Lovis Corinth, das Heuss zu seinem 70. Geburtstag vom Kulturkreis des BDI geschenkt worden war, einem jüdischen Ehepaar gehörte, das von den Nationalsozialisten enteignet worden war. Heuss musste das Bild am Ende seiner Amtszeit vermutlich zurückgeben; vgl. B 122, 2057.

⁷ THEODOR HEUSS: Lovis Corinth, in: Die Hilfe 31, Nr. 9, 1. 5. 1925, S. 212–214; auch schon DERS.: Lovis Corinth, in: Propyläen, 12. 4. 1918, abgedruckt in: DERS., Politiker, S. 87–90.

Nr. 219

An Prof. Dr. Eduard Spranger, Tübingen

15. Februar 1954

BArch, B 122, 22: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Dank für Geburtstagsgratulation; Geburtstagsfeier; öffentliche Anerkennung der Amtsführung; Bedeutung von Elly Heuss-Knapp

Verehrter Herr Professor Spranger!

Sie haben mir in Ihrem Brief² Ihre freundschaftliche Zuneigung in so warmen Worten ausgesprochen und dabei gleichzeitig meine geschichtliche Aufgabe, die ich nicht gesucht, der ich mich aber auch nicht entzogen habe, gewürdigt, daß ich Ihnen mit diesen Zeilen sehr herzlich danken will.

Der Geburtstag, der sich durch Tage hingezogen hat, war eigentlich eine Strapaze, aber ich habe ihn besser überstanden als alle meine Mitarbeiter, da ich es nie bis zur ganz großen Feierlichkeit gedeihen ließ, die leicht anstrengend und ermüdend ist, sondern bei den zahllosen Empfängen die Menschen zu lockern versuchte, was auch gelang, so daß ich mit einem guten Gefühl an diese Woche des Feierns zurückdenken kann.³

Ich habe spüren dürfen und es wäre snobistisch, wollte ich sagen, daß mir das gleichgültig geblieben wäre, daß meine Art, dem Amt ein Gesicht zu geben und freilich ein ganz persönliches, von den Menschen im ganzen gut verstanden worden ist und daß viele Stimmen, persönliche und solche der Öffentlichkeit und auch die vom Ausland kamen, mir sagten, daß ich helfen könnte, die moralische Stellung Deutschlands aus dem tiefen Sturz wieder zu heben. Und dieses Gefühl, seiner Pflicht gerecht geworden zu sein, ohne seinem Menschentum untreu zu sein, diese Bestätigung ist mir eigentlich selber das freundlichste Geschenk zu diesem Geburtstag gewesen.⁴

¹ Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 316: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Spranger an Heuss, 29. 1. 1954, in: B 122, 22.

³ Vgl. auch Heuss an Toni Stolper, 16. 2. 1954, in: N 1221, 316. „Aber es war mit diesem Geburtstag, der ja eine Geburtstagswoche geworden ist, auch vielerlei Freundlichkeit verbunden. Ludwig fürchtete zwar, daß ich mitten im Festen einmal sagen würde: ‚So, jetzt spiele ich nicht mehr mit‘, aber da ich ja wußte, daß dieses Ereignis über den Kreis der Freunde und der Familie hinaus ein mehr oder weniger öffentlicher Vorgang geworden war, habe ich großartig mitgespielt und bei den Empfängen, wie ich schätze, 40 bis 50 kurze Ansprachen aus dem Handgelenk gehalten, die den stereotypen Begrüßungsreden immer eine individuelle Note zu geben versuchten, denn sonst wäre es unerträglich geworden. Als alle mehr oder weniger erschöpft am Boden lagen, war ich der Frischeste geblieben.“

⁴ In einem Schreiben an den Marburger Soziologen Graf Solms bemerkte Heuss am 15. 2. 1954, die persönliche Prägung eines Amtes wirke oft „leistungsstärker [...] als die rein juristische Begren-

Dabei ist mir immer klar gewesen, und diese Empfindung war in den Tagen in unserem engsten Familienkreis immer lebendig, daß neben dem Elternhaus und Naumann meine Frau die entscheidende Kraft meines Lebens gewesen ist, weil sie mit dem sicheren Gefühl für Niveau auch immer das Maß der eigenen Kritik bestimmte. Sie hätte sich über diesen Tag mit ihrer ja frohen Naivität, Feste feiern zu können, am meisten gefreut. Es hat mich bewegt, daß Sie ihrer in so warmen Worten gedacht haben.

Seien Sie mit Ihrer Gattin dankbar begrüßt.

Ihr

Th. Heuss

Nr. 220

An den Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V., Frankfurt a. M.

22. Februar 1954

BArch, B 122, 2081: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Dal) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Verhältnis zu den Juden in Deutschland

Sehr geehrter Herr Goldschmidt,²

wenn es mir auch, wie ich Ihnen bei unserem Gespräch kürzlich mitteilen mußte,³ nicht möglich sein wird, die diesjährige „Woche der Brüderlichkeit“⁴ in der

zung.“ Er wisse, dass wegen schlechter Erfahrungen die Formulierungen im Grundgesetz erfolgt seien. Er ärgere sich aber auch nur wenig, wenn Leute meinten, seine „Hauptbeschäftigung“ sei Repräsentation „oder Unterschriften zu machen. Denn was mir am Herzen lag und liegt, ist nun das andere: dem Staat im metapolitischen Sinn Volkskraft zuzuführen, und ich habe das einmal so ausgedrückt: Mir ist die Sache um deswillen nicht zu schwer geworden, weil die Aufgabe eigentlich nur von mir verlangt, daß ich mir selber treu und mit mir im reinen bleibe“; B 122, 22; vgl. auch Heuss an Kaisen, 16. 2. 1954, in: B 122, 19.

¹ Verfügung: „Doppel f. Vorzimmer Bundespräsident“; weiterer Nachweis: N 1221, 316: ms. Schreiben, Durchschlag.

² In einem Begleitschreiben gleichen Datums bat Heuss Leopold Goldschmidt, das Schreiben „mit Sorgfalt“ auf Inhalt und „Tonlage“ hin zu lesen. „Wenn Sie meinen, daß etwas falsch oder mißverständlich ausgeführt ist, dann wollen Sie es mir bitte in aller Unbefangenheit mit eventuellen Änderungsvorschlägen gleich mitteilen, denn der Brief soll ja der gemeinsamen Sache nützen und nicht irgendwie verwirrend wirken“; B 122, 2081.

³ Das Gespräch ließ sich nicht nachweisen.

⁴ Die „Woche der Brüderlichkeit“ wird alljährlich im März von den Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit veranstaltet, die von dem 1949 gegründeten Deutschen Koordinierungsrat zusammengefasst werden. Heuss hatte 1952 anlässlich der „Woche der Brüderlichkeit“ eine Rundfunkrede gehalten; vgl. U. BAUMGÄRTNER, Reden, S. 209–232; J. FOSCHEPOTH, Schatten, S. 75–79.

geplanten Kundgebung zu eröffnen – eine alte Verpflichtung hat den Termin schon blockiert –, so möchte ich Ihnen und Ihren Mitarbeitern im Koordinierungsrat doch durch diese Zeilen sagen, welchen lebhaften Anteil ich an diesen Bemühungen nehme.

Ich bin froh, aus mündlichen und schriftlichen Berichten ersehen zu können, wie zu der organisatorischen Straffung der Landesverbände eine Ausweitung und doch auch Vertiefung der Fragestellungen trat, in dem freien Anpacken der religiösen Thesen und in der Bewertung der erzieherischen Aufgabe. Hier werden Sie, da das Gesetz der Bequemlichkeit im Lehren oft genug zu einer immanenten Kraft geworden ist, manche Enttäuschung erleben, aber Sie alle werden sich dadurch nicht verdrießen lassen dürfen, leichtfertig, gelegentlich wohl auch böswillig, zumeist aber vom Nicht-Wissen bestimmtes Meinen und Reden auszuräumen. Es ruht wohl noch mancherlei Schutt auf den Seelen. Aber das Wegschaffen von solchen Resten genügt ja nicht – Einsicht und Kenntnis müssen eingepflanzt werden, damit der rechte Sinn und der Sinn des Rechtes wachsen können. Was Sie mir über die Ansätze, die auf dies Ziel zustreben, über die pädagogischen Konferenzen, über die literarischen und wissenschaftlichen Pläne erzählten, gewährt einen guten Ausblick – es ist schön, daß Männer und Frauen von hohem geistigen Rang hier zu helfen als eine Gewissenspflicht, nach all dem, was geschehen, wohl auch als Nötigung des Gewissens empfinden.

Nun bin ich aus vielerlei persönlicher Erfahrung in diesem Bereich, aus mündlichem und brieflichem Gedankentausch mir darüber völlig klar, daß das wohlthätige Streben, zwischen Christen und Juden, oder zwischen Deutschen und Juden, – die Formeln werden, nach der inneren Haltung der einzelnen, im Wechsel gebraucht – einen fruchtbaren Ausgleich und eine achtungsvolle Schätzung zu gewinnen, gerade auch in jüdischen Kreisen nicht überall Zustimmung findet. Ich vermag das zu begreifen, wo nicht nur äußere Schädigung und Existenzvernichtung, sondern tiefe seelische Verwundung Schicksale in die Not gezwungen oder alte vertraute Empfindungen zerwühlt und zerstört haben. Aber alles Verständnis für diese Sachlage nimmt nicht die Sorge von uns, auch von Ihnen nicht, daß hier eine Gefährdung für das Werk liegt, dem Sie, dem wir dienen. Ich glaube, daß es erlaubt, ja vielleicht nützlich ist, dies einmal ruhig und offen auszusprechen. Es ist von Deutschen – ich sage nicht, wie es der vereinfachende Tonfall böser Jahre wollte – von *den* Deutschen – Schlimmstes gegen Menschen jüdischer Herkunft geschehen. Auf dem Weg, der über so viel Leid in einen Bezirk des freien und gleichen Atmens führen soll, dürfen nun nicht Steine des Anstoßes neu gerollt werden, die den vorsichtig und tapfer Schreitenden den Mut nehmen, daß das Ziel in brüderlicher Gesinnung erreicht werden könne.

Theodor Heuss

Nr. 221

An Prof. Dr. Theodor Musper, Stuttgart-O.

25. Februar 1954

BArch, B 122, 20: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Bearbeitung der Geburtstagsglückwünsche; Kritik an der „Verniedlichung“ des Bundespräsidenten

Sehr geehrter Herr Professor Musper!

Ihren freundlichen Brief vom 28. 1. habe ich erst jetzt in die Hand bekommen.² Das ist schon ein Stück Erklärung für die Frage, die Sie in Ihrem Brief anschneiden: wie die Brieffluten zu meinem Geburtstage bewältigt wurden. Es wird natürlich bei den vielen Zehntausenden von Zusendungen aussortiert und das ganz Banale ausgeschieden, das Individuelle zurückgelegt, das Offizielle vorangestellt. Papierkörbe, von denen Sie annehmen, daß die hier en masse angeschafft wurden, gibt es in diesem Sinn bei uns nicht. Ich habe von Anfang Wert darauf gelegt, daß alle Briefschreiber Antwort bekommen.

Ich finde es sehr richtig, daß Sie darauf hinweisen, daß ich in der Gefahr stehe, „verniedlicht“ zu werden. Denn ich ärgere mich eigentlich, wenn die Leute meinen, daß ich nur so etwas wie der Repräsentationsonkel sei. Es ist ein bißchen fatal, zur Bilderbuch-Figur zu werden, aber bei den primitiven Bedürfnissen mancher Journalisten muß man sich mit allerlei abfinden.

Sie haben mir ein paar Anekdoten in die Erinnerung gerufen. Aber da bin ich nun doch ein zu korrekter Historiker, um das so passieren zu lassen, wie Sie es zitieren. Die Schlußpointe über das Dicker-Werden, das ein junger Literat „beanstandete“ hatte, heißt so:

„Der Vorgang selber ist ganz klar,
er stellt ein Durchschnittsschicksal dar,
bei dem der Bundespräsident
sich nicht von seinem Volke trennt.“³

Und die Geschichte mit dem Fußballtor, das war so: Der Schlagler vom Theodor im Fußballtor⁴ war von meiner Frau damals irgendwo gehört worden, und sie

¹ Ms. Vermerk: „G[eburtstags]Gl[ück]w[ünsche]“; weiterer Nachweis: N 1221, 316: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Musper an Heuss, 28. 1. 1954, in: B 122, 20.

³ Im September 1950 war es zu einem in der Presse vielfach abgedruckten Austausch von Gedichten zwischen dem Heidelberger Schauspieler Arno Kießling und Heuss gekommen. Heuss hatte auf die Anspielung auf seinen wachsenden Bauchumfang mit diesen Versen geantwortet; B 122, 2154; abgedruckt in: H. FRIELINGHAUS-HEUSS, Heuss-Anekdoten, S. 40.

⁴ Der Schlagertext von Kurt Feltz war von Werner Bochmann im Jahr 1948 vertont worden. Die erste Strophe lautet: „Der Theodor, der Theodor, / der steht bei uns im Fußballtor / wie der Ball auch kommt, der Schuß auch fällt, / der Theodor, der hält.“

hatte die Sorge, daß er mich lächerlich machen könne. Aber bei meiner ersten Rede nach der Wahl⁵ habe ich dann einfach gesagt: „Mit der vorausahnenden Kraft, die dem Dichter zu eigen ist, hat er dem deutschen Volke verkündet: der Theodor im Fußballtor – und da steht er nun!“ Mit dieser überraschenden Mitteilung habe ich die von meiner Frau befürchteten politischen Fernwirkungen eines damaligen Schlagers ausgewischt.⁶

Jetzt ist aber die historische Philologie wieder ins Lot gebracht, und ich darf Ihnen für die freundliche Gesinnung, die ich aus Ihrem Brief spüren durfte, bestens danken.

Ihr

Th. Heuss

Nr. 222

An Dr. Manfred Klaiber, Chef des Bundespräsidialamtes, Bonn

27. Februar 1954

BArch, N 1221, 159: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Dank für Geburtstagsgeschenk und Beitrag in der Festschrift „Begegnungen“

Lieber Klaiber!

Warum sollten Sie schlechter behandelt werden als jeder andere? Sie kriegen also auch² einen ganz braven Dankbrief für die verschiedenen Dinge, für die ich mich nach dem Geburtstag bei Ihnen bedanken muß.

Da ist also zunächst der schöne Gebetsteppich, der in meinem Arbeitszimmer einen Platz gefunden hat. Es hat mich gerührt, daß Sie sich von dieser Erinnerung an Ihre türkische Zeit³ getrennt haben. Die schöne Gabe wird mich nun also für den Rest meines Lebens begleiten.

Dann aber danke ich Ihnen auch für Ihren Beitrag zu den „Begegnungen“, der neben denen von Bott und Frech so deutlich die Atmosphäre des Arbeitens und

⁵ Rede vor der deutschen Sportjugend, 23. 9. 1949, in: B 122, 211; N 1221, 2.

⁶ So wurde die Zeile politisch umgedichtet in: „Der Theodor, der Theodor, der steht bei uns im Bundestor“; vgl. Heuss an Hans Blayer, 24. 1. 1950, in: N 1221, 113; vgl. auch H. FRIELING-HAUS-HEUSS, Heuss-Anekdoten, S. 63.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 316: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Bei Bott bedankte sich Heuss am 4. 3. 1954 für die „Begegnungen“ sowie für „die ganze Vor- und Nacharbeit dieser ‚Geburtstagswoche‘“; N 1221, 317.

³ Klaiber war unter Franz von Papen 1939–1943 als Botschaftsrat in Ankara tätig gewesen.

Mit-mir-Arbeitens wiedergibt.⁴ Ich habe mich gefreut, daß auch ein paar der Pointen, die ruhig „in die Geschichte eingehen“ dürfen, dabei nun „aktenkundig“ geworden sind. Also schönen Dank.

Wie Sie aus einigen Briefen, die ich Ihnen vorlegte, wissen, habe ich eine kleine Gegengabe bereit – ganz ohne aktuelles Verdienst.⁵ Vielleicht ist es Ihnen überraschend, daß ein 70jähriger Bundespräsident, der doch seriös sein soll, über eine Sache, die als unseriös gilt, etwas vorträgt. Aber da das Paradoxe seine Reize hat und ich diese Reize liebe, werden Sie damit auch ungefragt einverstanden sein. Aber mit dem Lesen brauchen Sie sich keine Eile zu machen.

Ihr

Th. Heuss

Nr. 223

An Prof. Dr. Carl Georg Heise, Hamburg

6. März 1954

BArch, B 122, 303: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Emil Preetorius' Einschätzung des Essays von Theodor Heuss „Zur Ästhetik der Karikatur“; Ablehnung, eine Hitler-Biographie zu schreiben

Lieber Heise!

Freundlichen Dank für Ihren Brief.² Es ist natürlich ein bißchen viel, was Ihnen jetzt an „Heuss“ zugemutet wird. Die „Begegnungen“³ kann man ja auch nicht in einem Stück lesen. Aber die Arbeit über die Ästhetik der Karikatur⁴ wird Sie vielleicht doch interessieren. Von Emil Preetorius bekam ich einen großen Brief⁵ darüber, in dem er mir am Schluß den Ritterschlag erteilt und mir mitteilt, daß ich von den Dingen der Kunst mehr verstehe als die Kunsthistoriker und die Kunstschriftsteller – jetzt haben Sie's!! Ich hatte selber die Arbeit 45 Jahre lang nicht mehr gelesen, aber der Brief von Preetorius hat mich veranlaßt, sie mir in

⁴ Klaiber schilderte die Arbeit im Bundespräsidialamt, Bott seine Zusammenarbeit bis 1945 und Franz Waldemar Frech die gemeinsame Zeit im Stuttgarter „Kultministerium“; vgl. H. BOTT / H. LEINS, *Begegnungen*, S. 167–172 (Klaiber), S. 107–116 (Bott), S. 136–143 (Frech).

⁵ Gemeint vermutlich TH. HEUSS, *Ästhetik der Karikatur*.

¹ Az. I/18/10; weiterer Nachweis: N 1221, 317: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Heise an Heuss, 3. 3. 1954, in: B 122, 303.

³ H. BOTT / H. LEINS, *Begegnungen*.

⁴ TH. HEUSS, *Ästhetik der Karikatur*; vgl. auch Nr. 217, Anm. 7.

⁵ Ließ sich nicht ermitteln.

der vorigen Woche wieder einmal anzusehen; und ich mußte ihm zugeben, daß vieles lehrreich ist und manches ganz nett gesagt.

Die Liebermann-Studie kann natürlich auch in Hamburg gezeigt werden.⁶

Es ist mein Schicksal, daß ich für gebildeter gehalten werde als ich es bin. Ich habe das Buch von Allan Bullock über Hitler nicht gelesen, sondern nur davon gehört.⁷ Es gibt so entsetzlich viele Bücher, die ich eigentlich gelesen haben müßte. Aber daß ich selber nun ein Buch über Hitler schreibe, ist etwas zu viel von mir verlangt. Ich habe ja schon im Jahre 1932 das dann verbrannte Buch „Hitlers Weg“ geschrieben,⁸ von dem ich jetzt aus Südamerika ein Exemplar aus dem Nachlaß eines Emigranten erhielt.⁹ Es ist nämlich nirgends mehr aufzutreiben.¹⁰ Wenn ich Zeit zum Schreiben, etwa in den Ferien, finde, dann werde ich wohl ein bißchen an meinen Lebenserinnerungen weiterschreiben. Denn ein sozusagen populäres Buch über Hitler zu schreiben würde sich, wenn ich so sagen darf, für mich eigentlich nicht „schicken“. Aber ich kann im Augenblick auch niemanden nennen, der das gut, d. h. gleichzeitig wissenschaftlich fundiert und lesbar auf knappem Raum besorgen könnte. Die Literatur als solche ist ja schon immens groß geworden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Th. Heuss

⁶ Heise, Direktor der Hamburger Kunsthalle, hatte in seinem Schreiben angefragt, ob Max Liebermanns Studie zum Bildnis von Friedrich Naumann, die im Besitz von Heuss war, in der Hamburger Kunsthalle im Rahmen einer Liebermann-Ausstellung gezeigt werden könne; wie Anm. 2; vgl. auch Nr. 71, Anm. 6.

⁷ ALAN BULLOCK: Hitler. Eine Studie über Tyrannei, Düsseldorf 1953, englische Originalausgabe 1952.

⁸ Vgl. TH. HEUSS, Hitlers Weg. Der Verkauf des Buches wurde 1933 verboten; vgl. Heuss an Gustav Kilpper, 12. 5. 1933, in: TH. HEUSS, Defensive, S. 154.

⁹ Um wen es sich handelt, ließ sich nicht ermitteln.

¹⁰ Vgl. dazu Heuss an Hermann Mau, 21. 3. 1952, in: B 122, 319.

Nr. 224

An Dr. Ernst Ludwig Heuss, Lörrach-Tumringen

11. März 1954

FA Heuss, Basel: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
Barbara Heuss; Briefwechsel mit Ernst Jäckh; Buch über Robert Breuer mit Beitrag von Marta Jäckh; Neuauflage des Buches von Theodor Heuss über die Revolution 1848; Kuraufenthalt in Bad Kissingen

Lieber Ludwig!

In Deinem letzten Brief² war mir doch die willkommenste Mitteilung, daß die kleine Barbara jetzt rote Backen hat und in das Stadium der Welteroberung eingetreten ist. Sie wird sich ja dann in Locarno noch schön austoben können. Wenn sie nachher in der Schule ist, müßt Ihr mit Lehrer oder Lehrerin sehr eindringlich sprechen, daß sie nicht als Enkelkind des Bundespräsidenten in irgend etwas wie eine Sonderstellung hineinmanövriert wird. Wenn nämlich der Lehrer oder die Lehrerin subaltern sind, kann sie so etwas sehr rasch haben, und das muß unter allen Umständen vermieden werden.

Ich schicke Dir mit der Bitte um Rückgabe einen vor ein paar Tagen eingetroffenen Brief von Ernst Jäckh.³ Ich hielt ihn zurück, bis Bott wieder da war. Der Brief ist geschrieben, ehe Ernst meinen zweiten Brief über die Streichungen in der Stuttgarter Zeitung erhielt.⁴ Ich habe im Augenblick nicht die Absicht, die Korrespondenz weiterzuführen. Er hat im objektiven Sinn natürlich recht, daß sein Fehlen bei den „Begegnungen“ eine „Unrichtigkeit“ ist, die er dann auch als eine Ungerechtigkeit betrachtet.⁵ Aber mir ist wohler dabei, als wenn er, wie zu befürchten gewesen wäre, egozentrisch geschrieben hätte. Was er in seinem Brief meint, er habe mich im September 1949 gegenüber Briefen aus Deutschland in Schutz nehmen müssen, ist mir völlig unerfindlich, und ich glaube, es ist ein

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 317: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Ernst Ludwig Heuss an Heuss, 8. 3. 1954, in: FA Heuss, Basel.

³ Ernst Jäckh an Heuss, 2. 3. 1954, in: N 1221, 155.

⁴ Vgl. Heuss an Ernst Jäckh, 1. 3. 1954, in: N 1221, 155. In dem auszugsweisen Vorabdruck der Lebenserinnerungen von Jäckh unter dem Titel „Der goldene Pflug“ in der „Stuttgarter Zeitung“ waren die Passagen über Heuss weggelassen, obwohl sie in die Buchfassung aufgenommen worden waren.

⁵ So im Schreiben von Jäckh an Heuss; wie Anm. 3. Bott hatte Jäckh am 9. 2. 1954 auf dessen Geburtstagstelegramm geantwortet, dass Heuss nach der Scheidung Jäckhs in einer „gespaltenen Empfindung“ zu ihm stehe. Deshalb habe Jäckh keine Einladung für einen Beitrag in der Festschrift erhalten; B 122, 337. Ende 1954 lehnte Heuss ab, sich an einem Sammelband zu beteiligen, den Jäckh herausgeben wollte, und schrieb dann weiter: „Du hast ja gewiß selber gespürt, daß vor zwei, vor zweieinhalb Jahren ein Sprung in unsere Beziehung kam – es ist gleichgültig, ob ich hier bestimmte Dinge falsch oder ungerecht sehe. Aber mit einem Glas, das einen Sprung hat, soll man besser nicht im großen Kreise festlich anstoßen“; B 122, 337.

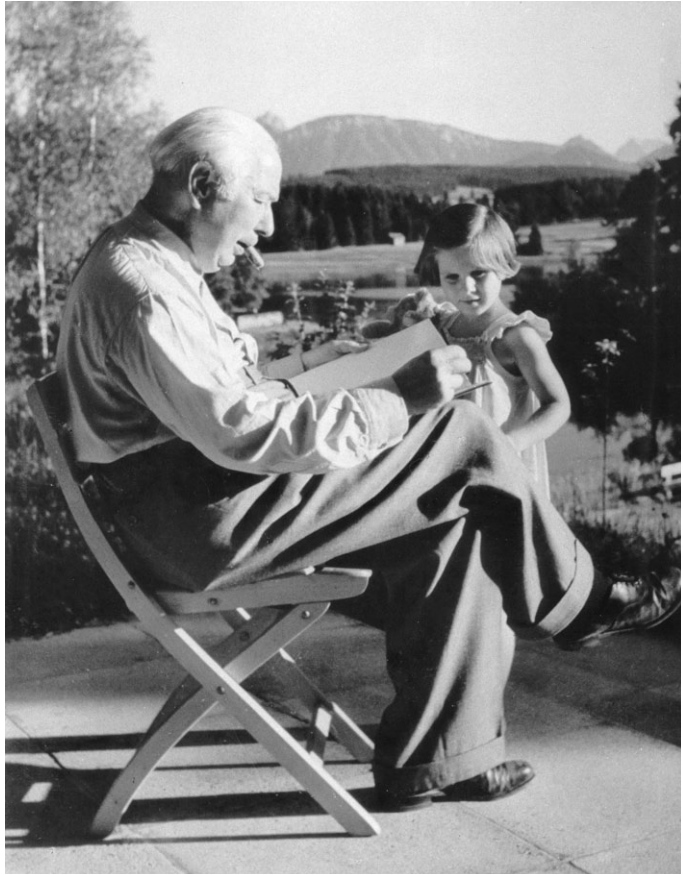


Abb. 26: Theodor Heuss
und Barbara Heuss, um
1954

Schnörkel, mit dem er sein so komisches Herumreichen meines Briefes⁶ begründen will.

Ich lege Dir auch, mit der Bitte um gelegentliche Rückgabe, das kleine Büchlein über Robert Breuer⁷ bei, an den Du Dich ja wohl auch noch erinnerst. Ich hatte die Herausgeber darauf aufmerksam gemacht, daß Marta Jäckh Breuer mit am besten kenne, und ihr Aufsatz ist nun ein essayistisches Glanzstück geworden, was ich ihr gar nicht so zugetraut hätte.⁸ Es ist auch sehr reizvoll, wie sie eine Anekdote mit der Mutter darin zum Vortrag bringt.

Ich war in der letzten Woche sehr fleißig, da die Abende ohne Verpflichtung waren. Der Verleger Curt E. Schwab („Deutsche Zeitung“) will mein Büchlein

⁶ Vgl. Nr. 3.

⁷ ARNO SCHOLZ (Hg.): Robert Breuer – Ein Meister der Feder, Berlin 1954. Dort der Beitrag von Heuss unter dem Titel „Ein beispielhaftes Leben“, S. 16–19. Breuer war Mitbegründer des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller.

⁸ MARTA JÄCKH: Seines Wesens Stufen, in: ebd., S. 11–15.

über 1848 in etwas besserer Ausstattung neu drucken.⁹ Ich habe nun die 1947 geschriebene Sache stilistisch etwas durchgearbeitet, dies ergänzt, jenes gekürzt, und die Geschichte gleich zum Satz weggesandt. Nur das letzte Kapitel muß ich ganz neu schreiben, weil es ja im Herbst 1947 abgeschlossen war und seitdem sich die Verfassungsdinge sehr geändert haben.¹⁰ Natürlich kann ich keinen Kommentar des Grundgesetzes anschließen, aber muß das Motiv, daß die deutsche Verfassungsgeschichte immer einen europäisch-politischen Charakter gehabt hat, transparent lassen. Wir suchen auch noch nach einem neuen Obertitel,¹¹ weil „1848“ ja im Zeitpunkt des Erscheinens eine bedingte Jubiläumsaktualität hatte. Ich habe das Buch jetzt wieder aufmerksam gelesen. Es fehlt etwas, weil ja sein Umfang festgelegt war, am eigentlich Erzählenden, aber die geistige und sachliche Spannungslage kommt konzentriert ganz gut heraus.

Wir sind jetzt wieder in die Periode der Festivitäten hereingeraten. Bott war mit Kissingen recht zufrieden¹² und hat Dir wohl auch schon geschrieben.¹³ Das wird eine lustige Auseinandersetzung zwischen dem Arzt und mir geben. Aber der Arzt mache einen guten Eindruck. – Daß Ihr an Pfingsten¹⁴ hierher kommen wollt, ist sehr nett. Der Terminkalender ist in jenen Tagen noch schön sauber und soll es dann auch bleiben.

Mit herzlichem Gruß
Dein Vater

Theodor Heuss

⁹ THEODOR HEUSS: 1848. Werk und Erbe, Stuttgart 1948, erschienen im Verlag Curt E. Schwab; der Neudruck von 1954 erschien unter dem Titel „Ein Vermächtnis. Werk und Erbe von 1848“.

¹⁰ Im Nachwort zum Neudruck von 1954 begründet Heuss die starke Erweiterung des Schlusskapitels „Das Erbe“, „das bis an die Gegenwart, Begründung der Bundesrepublik und Problematik der sachlichen Geschiedenheit Deutschlands, heranführt. [...] Aber ich möchte versuchen, einige Thesen zu klären und zugleich spüren zu lassen, wie Geschichtsmotive im Wandel ihrer Gestalt neu erstehen, um wohl in Sinn und Gewicht gewürdigt, aber auch gemeistert zu werden.“ TH. HEUSS, Vermächtnis, S. 251.

¹¹ Vgl. Anm. 9.

¹² Zu dem avisierten Kuraufenthalt in Bad Kissingen vgl. Heuss an Gessler, 19. 3. 1954, in: N 1221, 317.

¹³ Das Schreiben von Bott an Ernst Ludwig Heuss ließ sich nicht ermitteln.

¹⁴ 6./7. 6. 1954.

Nr. 225

An Jakob Kaiser, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Bonn

26. März 1954

BArch, B 122, 2224: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Kd) und von Bott anstelle von Heuss hs. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Politische Stimmung im geteilten Deutschland nach der gescheiterten Berliner Konferenz der vier alliierten Außenminister

Sehr geehrter lieber Herr Minister Kaiser,

als wir uns neulich über die seelische Situation des deutschen Volkes nach dem Mißerfolg der Berliner Viererkonferenz² unterhielten,³ war uns dies deutlich, daß das unvorstellbare Gefühl der Enttäuschung sich nicht seinen Weg zu einer tieferen Resignation bahnen dürfe. Es sind Ihnen, es sind mir schon solche Gefahrenzeichen begegnet.

Freilich, wenn ein Ausländer, im Gespräch (oder auch in der Presse), davon redet, die Deutschen scheinen sich mit ihrem Schicksal der Trennung abgefunden zu haben, so weise ich solche Meinungen sehr scharf zurück. Solches Gerede soll bei dem einen das eigene innere Unbehagen über die historischen Fehlentscheidungen von Jalta und Potsdam⁴ übertönen, vielleicht sogar rechtfertigen – es mögen unter solchen, die derlei sagen und die Bekundungen einer „Volksleidenschaft“ etwas erstaunt tuend vermissen, Leute sein, die gleich bereit wären, die Heftigkeit der nationalen Forderung als „Anmaßung“, als „Rückfall“, als „Gefährdung“ anzuklagen. Die Klischee-Vorstellungen über „den“ Deutschen aus dem Propagandawörterbuch sind ja noch nicht überall aufgebraucht.

Es mag auch aus der Notlage der mittel- und ostdeutschen Bezirke manchmal ein Wort der Bitterkeit kommen, das von jenem bösen Satz bestimmt ist:⁵ „Habt

¹ Az. I/6/05; unter der von Bott hs. gesetzten Zeichnung für Heuss Paraphe von Bott; weitere Nachweise: N 1221, 317: ms. Schreiben, Durchschlag; B 122, 2224: hs. Schreiben, Entwurf.

² Vgl. Nr. 217, Anm. 10.

³ Das Gespräch ließ sich nicht nachweisen.

⁴ Auf der Konferenz im sowjetischen Jalta auf der Krim vom 4. bis 11. 2. 1945 verhandelten die Regierungschefs der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens über die Beendigung des Krieges und die Regelung der Beziehungen der Alliierten untereinander und zum deutschen Kriegsgegner. Die Beratungen über die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen und über die Reparationen betrafen die unmittelbare alliierte Nachkriegspolitik in Deutschland. Nach Kriegsende tagten die drei Siegermächte vom 17. 7. bis 2. 8. 1945 auf dem Potsdamer Cäcilienhof, um über ein gemeinsames Vorgehen hinsichtlich der Zukunft Deutschlands zu beraten. Das Abschlusskommuniqué der Potsdamer Konferenz (Potsdamer Abkommen) sah u. a. die Entmilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung und wirtschaftliche und administrative Dezentralisierung Deutschlands vor, legte vorläufig die Westgrenze Polens entlang der Oder-Neiße-Linie fest und regelte die sehr umstrittene Reparationsfrage in dem Sinne, dass jede Besatzungsmacht grundsätzlich ihre Ansprüche aus ihrer Zone befriedigen sollte; vgl. H. GRAML, Alliierten, S. 31–104; vgl. auch Nr. 95, Anm. 5.

⁵ Hs. am linken Rand eingefügt: „ist“.

Ihr uns abgeschrieben?“ Das konnte man eine Zeit lang hören. Es ist spürbar seltener geworden. Denn die nachdenkenden Menschen der Sowjetzone haben gelernt, daß die politische und wirtschaftliche Stärkung der Bundesrepublik, die nicht geschenkt, sondern erarbeitet wurde, auch eine Vorleistung für sie ist, daß sie wieder in seelischer Freiheit und in der Chance redlich zurückgewonnenen materiellen Wohlergehens werden leben können. Dieses Wissen ist drüben lebendig: Es bedarf aber, um im breiter sich dehnenden Gefühl zu befestigen, der rechten Bestätigung aus dem deutschen Westen. Ich weiß von einer Anzahl rührender Hilfe-Beziehungen persönlicher und familiärer Natur, die etwa ins mitteldeutsche Notgebiet entstanden sind – das materielle Opfer, ein kleines Paket von Unbekannt zu Unbekannt, ein paar Mal wiederholt, schafft ein Politikum, gerade auch, wenn es nicht plakatiert wird. Aber es muß doch zugleich eine Symbolkraft gewinnen, wenn es als breitere Pflicht empfunden und geübt wird.

Bei den politischen Führungskräften, in den Regierungen und in den Parteien, liegt die Aufgabe, der „Welt“ deutlich zu machen, daß es sich in der Wiedervereinigung nicht bloß um ein historisch begründetes und praktisch gefordertes Anliegen des deutschen Volkes handelt, sondern um die schier zentrale Voraussetzung, daß das schmerzhaft gestörte Nebeneinander der Völker in einem „Miteinander“ sich entkrampft – bei dem einzelnen aber, bei den Gruppen der verschiedensten sozialen Struktur ist das tägliche seelisch Lebendighalten des deutschen Gemeenschicksales, der gleichen kulturell-schöpferischen Kräfte eine letzte Verantwortung, die Gewissenspflicht, die nicht in Klage und Anklage sich erschöpft, sondern in Tat und Kraft der Liebe und des Glaubens sich bestätigt und befestigt.

Es wird uns gelingen, diesen Empfindungen einen festen und bindenden Ausdruck zu schaffen; das ganze Volk will es.

Mit Grüßen und guten Wünschen

Ihr

Th. H.

Nr. 226

An Prof. Dr. Enno Littmann, Tübingen

26. März 1954

BArch, B 122, 2319: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Orden Pour le mérite: Bundespräsident als Protektor, Zuwahl von Ausländern, Nachfolge für Friedrich Meinecke, Verjüngung des Ordens, Nachruf auf verstorbene Mitglieder, Geschäftsfragen

Verehrter, lieber Herr Professor Littmann!

Sie haben in den vergangenen Monaten ein paarmal mit Herrn Ministerialdirigenten Bott schriftlich Fühlung genommen und sich dabei auch nach meiner Auffassung in bestimmten Fragen erkundigt.² Die Beantwortung mußte sich verzögern, da ich nach der übermäßigen Beanspruchung der vorangegangenen Wochen³ Herrn Ministerialdirigenten Bott einfach in einen Erholungsurlaub schickte, und zum anderen, weil bei mir selber nach der Abwicklung der Geburtstagsfolgen sich die termingebundene Arbeit ungeheuer drängte. Dabei hat uns das Gefühl, Ihnen eine Antwort schuldig zu sein, immer im Unterbewußtsein gequält.

In den letzten Tagen habe ich nun, rein um der atmosphärischen Erleichterung willen, die Herren Prof. Kaufmann und Prof. Litt einmal zu einem informellen Gespräch der Vorbereitung zu mir gebeten, um meine Auffassungen an ihrem Rat zu messen.

Es sind ein paar Dinge besprochen worden, die zunächst aus den Vorschlägen der letzten Sitzungen sich ergaben, also etwa die Frage, wie weit die Vereinigung des Ordens Pour le mérite eine gewisse auf den Staat abgestellte Strukturierung erfährt, ohne daß der Statutencharakter der selbstverantwortlichen Entscheidung darunter leidet. – Als richtiger Weg dahin erscheint uns das folgende Verfahren: daß in die Präambel der neu gefaßten Statuten eingefügt wird:⁴

„Auf die Bitte der Vereinigung hat der Herr Bundespräsident seine Zustimmung zu der Neufassung der Statuten erteilt und das Protektorat übernommen.“⁵

¹ Az. I/18/00-S-; Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 317: ms. Schreiben, Durchschlag.

² So Littmann an Bott, 14. 3. 1954, in: B 122, 38252.

³ Heuss bezieht sich auf die Vorbereitung und Durchführung der offiziellen Feierlichkeiten zu seinem 70. Geburtstag.

⁴ Der folgende Satz in der Vorlage eingerückt.

⁵ Der entsprechende Absatz in der Satzung des Ordens pour le mérite lautet: „Das Kapitel hat am 31. Mai 1954 beschlossen, den Herrn Bundespräsidenten zu bitten, das Protektorat des Ordens zu übernehmen. Der Herr Bundespräsident hat dieser Bitte entsprochen.“ DEUTSCHE ORDEN, S. 360.

Diesem Beschluß müßte ein von Ihnen an mich gerichtetes Schreiben vorangegangen sein, in dem diese Bitte ausgesprochen wird.⁶ Einen Entwurf dafür würden wir Ihnen zu Ihrer Entlastung zustellen können. Für meine Antwort auf dieses Schreiben würde ich den Herrn Bundeskanzler um eine Gegenzeichnung bitten, damit die doch wenigstens zum Teil an meiner Person hängende Rettung oder Neubegründung der Friedensklasse des *Pour le mérite* von dem persönlichen Charakter entfernt und ins Staatlich-Objektive der Dauer gehoben wird.⁷ In der Weimarer Zeit war auf eine solche Form selbstverständlich verzichtet worden, da die Rettung der Friedensklasse eben nur in der Form einer Vereinigung durch die Einsicht des Ministerpräsidenten Braun möglich war.⁸ Da jetzt keinerlei Ordensverbot im Grundgesetz mehr existiert,⁹ braucht diese Trennung vom Staat nicht mehr aufrechterhalten zu werden, und der Weg zur Zuwahl ausländischer Mitglieder bekommt symbolisch ein stärkeres Gewicht. Aber auch die in so und so viel Fällen notwendig werdende Inanspruchnahme unserer auswärtigen Missionen ist dann formal-rechtlich gesicherter, als wenn es sich bei dem Orden nur um eine vom Staat freundschaftlich anerkannte und um der historischen Würde willen bestätigte Vereinigung handelt. Der Brief, in dem Sie sich an mich wenden, wird am besten bei der Übermittlung der Satzungen geschrieben. Im Bundesinnenministerium sind entsprechende Verständigungen erfolgt.¹⁰ – Dies das eine.

Die zweite Frage, die behandelt werden muß, ist die Zuwahl von Ausländern. Sie wollen es mir bitte nicht übel nehmen, wenn ich Ihnen sage, daß ich ein bißchen erschrocken bin durch Ihre Mitteilung, daß Sie mit einem schwedischen Sinologen bereits in einen Gedankenaustausch getreten sind und daß dieser Herr¹¹ bereit ist, den Orden anzunehmen, falls man in dem Gremium weder „kommunistisch noch nazistisch ist.“ Ganz abgesehen davon, daß ich es für ein bißchen ungeschickt

⁶ Littmann an Heuss, 23. 7. 1954, in: B 122, 38252; ein Entwurf dieses Schreibens in dem Schreiben von Bott an Littmann, 25. 6. 1954, in: ebd.

⁷ Vgl. Nr. 243; Heuss an Adenauer, 4. 8. 1954, in: TH. HEUSS / K. ADENAUER, *Unserem Vaterlande zugute*, S. 160f.

⁸ Nach dem Verbot von Orden in der Weimarer Republik konnte der Orden als „Freie Vereinigung von Gelehrten und Künstlern“ weiterbestehen; vgl. TH. HEUSS, *Areopag*, abgedruckt in: DERS., *Politiker*, S. 287.

⁹ Im Gegensatz zu Art. 109 der Weimarer Reichsverfassung, nach dem die staatliche Verleihung von Orden und Ehrenzeichen verboten war.

¹⁰ Ministerialrat Carl Gussone hatte an Bott am 18. 3. 1954 geschrieben, die Äußerungen Erich Kaufmanns zur Satzung seien im Bundesinnenministerium positiv aufgenommen worden: „Die Anregung [...], den Erlaß des Herrn Bundespräsidenten, durch den er das Protektorat übernimmt und die Satzung genehmigt, gegenzeichnen zu lassen, wird auch hier zur Klarstellung der Rechtslage dringend empfohlen. Für die Gegenzeichnung wird der Herr Bundeskanzler zuständig sein“; B 122, 38252; weiteres Material in: ebd.; B 122, 2319; BArch, B 238.

¹¹ Der schwedische Sinologe Bernhard Karlgren, der 1955 in den Orden aufgenommen wurde.

halte, aus einer Art von innenpolitischem Sicherheitsbedürfnis dieses oder jenes Ausländers eine Art von politischer Tugendprüfung anzuerkennen, habe ich Sorge, Ihre Vorfrage könnte Schule machen, und der eine oder andere der Herren könnte unverbindliche Verhandlungen mit Ausländern beginnen, die dann, was kaum vermeidbar ist, im Verfolg einen verbindlichen Charakter erhalten müßten, um Verstimmungen zu vermeiden.

Ich selber habe die Auffassung, daß, wenn der *Pour le mérite* wieder an Ausländer verliehen wird, bei der ersten Zuwahl man nicht über sechs, acht oder zehn Namen hinausgehen dürfte, und daß dabei wesentlich an Männer oder Frauen gedacht werden sollte, die nicht in der spezifischen Fachlichkeit für ein paar Dutzend Menschen als außerordentlich erscheinen mögen, sondern deren Name auch in der Lage ist, zunächst etwas das Wissen oder die Phantasie der Menschen zu beschäftigen. Wir müssen nach meiner Meinung hier nicht mit der Anerkennung durch ein deutsches Gremium Segen und Gunst über die Welt streuen wollen, sondern uns zunächst begrenzen. Es wird dann in den kommenden Jahren eine Ergänzung möglich sein. Es wird dem Ansehen des Ordens nützlicher sein, wenn die Verleihung für die Publizität der Welt nicht auf einmal erledigt erscheint, sondern wenn er, sorgfältig dosiert, weiter verliehen wird.¹²

Ich wage noch nicht recht, hier die verschiedenen Namen, die für die einzelnen Disziplinen genannt worden sind, jetzt niederzuschreiben. Es sind privat zu uns schon diese und diese Anregungen gekommen. Es müßte wohl von Ihnen die Aufforderung an die Mitglieder der Vereinigung hinausgehen, sich darüber Gedanken zu machen, aber ich würde Ihnen dankbar sein, wenn dabei meine Auffassung, die von den Herren Kaufmann und Litt geteilt wird, auch zum Ausdruck kommen könnte, damit man sich nicht auf die Zuwahl von dreißig Männern und Frauen einrichtet. – Es liegt in der Natur der Dinge, daß hier größter Takt und Verschwiegenheit notwendig ist, denn es müßte ja entweder durch Mitglieder des Ordens, wo persönlich-freundschaftliche Beziehungen vorliegen, oder durch die deutschen Missionschefs die Annahmewilligkeit geklärt sein, wie auch in einer Reihe von Ländern die Erlaubnis der dortigen Regierung, einen Orden anzunehmen. (Wir haben mit diesem letzten Fall schon allerhand Erfahrungen sammeln können, was die diplomatische Umständlichkeit eines solchen Verfahrens bei allem Wohlwollen der Bereitschaft bedeutet.)¹³ Gerade die politische Seite muß, zumal für den Beginn, mit großem Takt behandelt werden.

¹² Vgl. Nr. 230. Die Satzung des Ordens besagt in § 3: „Außer den dreißig Mitgliedern des Kapitels kann das Kapitel auch Angehörige anderer Staaten zu Mitgliedern des Ordens wählen. Die Zahl der ausländischen Mitglieder soll die der Mitglieder nicht übersteigen. Bei ihrem Ausscheiden sollen Ersatzwahlen nicht erforderlich sein.“ In § 5, 3 ist bestimmt, dass Kanzler und Vizekanzler ihren Wohnsitz im Inland haben müssen; DEUTSCHE ORDEN, S. 361f.

¹³ Vgl. Nr. 157.

Es müßte möglichst bald die Frage der Nachfolge für Friedrich Meinecke¹⁴ den Mitgliedern des Ordens vorgelegt werden. Sie sollten aufgefordert werden, bis zu einem bestimmten Termin evtl. unverbindliche Anregungen an Sie zu leiten, damit auch den an der Teilnahme Verhinderten die schriftliche Abstimmung nicht von heute auf morgen zugemutet wird. Es wird wohl immer erwünscht sein, daß durch vorangegangene auch schriftliche Fühlungnahme eine Vorklärung erreicht wird. Es wird ja jetzt an jemanden zu denken sein aus dem Gebiet der Geschichte; ob politische Geschichte, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Kunstgeschichte? Die Namen, die im Laufe dieser Überlegungen auftauchten,¹⁵ waren Aubin, W. Goetz, Ritter, Rothfels, Rüstow, Alfred Weber (alphabetische Reihenfolge).¹⁶ Ich selber, der ich mit den ältesten Herren, die hier aufgeführt sind, zum Teil persönlich nahe befreundet, zum Teil wissenschaftlich gut vertraut bin, habe in den Unterhaltungen den Gesichtspunkt vertreten, daß eine gewisse Rücksicht auf das Alter genommen werden muß, in dem Sinn, daß auch Leute unter siebzig, vielleicht sogar auch unter sechzig Jahren berufen werden, um eine Kontinuität für die Tradition des Verfahrens zu begründen.

Der Gedanke, dem Orden auch eine Art von Außengesicht zu geben, hat ja zu der Anregung geführt, an dem Ordenstag eine Art von Festsitzung mit einem Vortrag zu halten. Zu dieser Sitzung sollen dann hier nach Bonn, wo an der Universität auch die räumlichen Voraussetzungen sich anbieten, Vertreter der akademischen Welt, aber auch wer sonst in Frage kommt, geladen werden. Sie haben mit Herrn Prof. Max Hartmann deshalb schon Fühlung genommen. Ich nehme dabei an, daß er von seiner philosophischen Position aus sprechen und nicht einen Spezialvortrag über experimentelle Genetik halten wird, denn dann kriegen die Leute Angst, und der *Pour le mérite* erscheint als ein Gelehrtenkränzchen, was er doch nicht sein soll. Hartmann kann ja die geisteswissenschaftliche Situation aufs beste herausarbeiten. Es wird aber gut sein, wenn Sie bald einmal mit ihm darüber Fühlung nehmen.¹⁷

Nun bewegt mich selber noch etwas anderes.

Da es früher die Sitzungen solcher Art, soweit ich weiß, nicht gegeben hat, hat es auch nicht, vielleicht abgesehen von akademischen Spezialfeiern, in diesem Kreis den Nachruf auf ein ausgeschiedenes Mitglied gegeben. In der Académie

¹⁴ Meinecke, der den *Pour le mérite* nach der Neugründung des Ordens 1952 erhalten hatte, war am 6. 2. 1954 verstorben.

¹⁵ Anscheinend war auch Heuss als Träger des Ordens im Gespräch; vgl. Anm. 2.

¹⁶ Alfred Weber wurde schließlich vom Ordenskapitel zum Nachfolger von Meinecke gewählt; vgl. Heuss an Burckhardt, 9. 6. 1954, in: N 1331, 319.

¹⁷ Hartmann sprach in seinem Vortrag bei der öffentlichen Sitzung des Ordens *pour le mérite* am 31. 5. 1954 zum Thema „Die geisteswissenschaftlichen Grundlagen der Naturwissenschaften“; Text unter http://www.orden-pourlemerite.de/sites/default/files/reden/hartmann1876_festvortrag1.pdf [abgerufen am 27. 10. 2011].

Française¹⁸ ist es ja eine der merkwürdigen und bedeutenden Aufgaben, daß ein Nachfolger die geschichtliche Würdigung gibt. Das wird bei dem Charakter der Zusammensetzung des Gremiums bei uns nicht ohne weiteres gegeben sein. Man sollte sich hier keine Gesetze machen, die zur Bindung werden und die dann eine Verlegenheit in sich enthalten können. Aber ich würde es sehr schön und auch der Würde des Mannes und des Gremiums entsprechend finden, wenn folgendes möglich wäre: daß Max Hartmann sich auf 45 Minuten beschränkt und Eduard Spranger vielleicht bereit ist, 20 bis 25 Minuten über Friedrich Meineckes Stellung in der deutschen Geistesgeschichte der letzten 50, 60 Jahre zu sprechen. Ich weiß, daß Spranger und Meinecke in einem wechselseitig sich hochschätzenden, ja vielleicht freundschaftlichen Verhältnis zueinander standen, und ich könnte mir denken, daß es Spranger selber Freude machen würde, wenn seine gesundheitliche Lage es ihm erlaubt, an dieser Stelle ohne wissenschaftliche Analyse der Einzelwerke von Meinecke das zu würdigen, was er für die Aufhellung geistesgeschichtlicher Zusammenhänge selber erforscht und wie er eine ganze Provinz des historisch-politisch-geistigen Lebens zu einer gewissen Selbständigkeit als Forschungsgebiet gehoben hat. Ich will, natürlich ohne jegliche Verbindlichkeit, an Prof. Spranger einen Durchschlag dieses Briefes gehen lassen und ihm ein paar kommentierende Zeilen dazu schreiben.¹⁹

Nach den Vorstellungen, die wir hier haben, würde sich der 31. Mai etwa so darstellen, daß im Hause des Bundespräsidenten zwischen 9.30 und 12.30 Uhr die formale Sitzung stattfindet, um 13 Uhr das gemeinsame Mittagessen bei mir, daß um 17 Uhr die Veranstaltung in der Universität angesetzt ist und abends auf Einladung des Bundesministeriums des Innern ein geselliges Beisammensein sich anschließt.

Es wird gut sein, auch mit dem Bundesministerium des Innern über diese technischen Dinge sich abzustimmen, da sie ja freundlicherwise dort in Ordnung gebracht werden. Das Bundespräsidialamt selber ist zwar immer hilfsbereit, wie Sie wissen, aber arbeitstechnisch furchtbar überlastet.²⁰

Der Druck einer Liste sämtlicher bisheriger Ordensritter wird auch von mir für richtig gehalten.

Was die Frage eines „Diploms“ anlangt, so bin ich nicht dafür, daß hier etwa eine feierliche Sache auf einem halben Quadratmeter gemacht wird, wie sie sich ein Zahnarzt oder ein Friseur – bitte dies aber nicht weitersagen – in den Wartezimmer hängt. Aber eine einfache, graphisch geschmackvolle Urkunde ist, glaube

¹⁸ Die Académie Française, die 1635 gegründet wurde, ist mit der Aufgabe betraut, die französische Sprache und das französische Schrifttum zu beobachten und zu pflegen.

¹⁹ Heuss an Spranger, 26. 3. 1954, in: N 1221, 317.

²⁰ Heuss sah sich im folgenden Jahr veranlasst, Kritik an der Geschäftsführung des Ordens pour le mérite zu üben, die immer noch von einer praktischen Hilfe durch das Bundespräsidialamt ausgehe; Heuss an Littmann, 13. 1. 1955, in: B 122, 2319.

ich, doch angebracht und genießt bei den Empfängern, das ist meine Erfahrung, eine größere Wertschätzung als ein beliebiger, wenn auch vielleicht durch die Handschrift autogrammtechnisch interessanter Brief.

Dieser Brief, verehrter Herr Professor Littmann, ist nun ziemlich lang geworden, aber ich mußte einmal meine Auffassung, wenn auch verspätet, Ihnen vortragen, dies umso mehr, als ich Ende nächster Woche für ein paar Wochen zur Erholung verschwinde²¹ und in dieser Zeit, da ich „ohne Apparat“ fern von Bonn sein werde, möglichst wenig mit diesen Dingen beschäftigt sein möchte.

Mit freundlichen Grüßen und Empfehlungen an die Gattin,
Ihr

Theodor Heuss

Nr. 227

An Dr. Hans Stempel, Speyer

29. März 1954

BArch, B 122, 622: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Der Präsident“¹

Zurückweisung der Kritik an einem Gespräch mit dem katholischen Bischof von Speyer

Verehrter Herr Kirchenpräsident!

Auf der gestrigen Heimfahrt² hat mir Herr Bott davon gesprochen, daß Sie ihm in Schernau³ erzählt haben, es hätten sich bei Ihnen Teilnehmer an dem Neustädter Empfang erstaunt darüber ausgelassen, wie lange ich mich mit dem Speyrer katholischen Bischof⁴ unterhalten habe und wie verhältnismäßig kurz nur mit Ihnen.⁵

Als Bott spürte, daß mich diese Mitteilung ärgerte, bat er mich, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Dieses nun tue ich aber nach meiner Art nicht, sondern ich bitte Sie, den Herren, die derlei zu Ihnen geäußert haben, mit aller Deutlichkeit mitzuteilen, daß ich mich nicht in die Fesseln der Subalternität binden lasse

²¹ Gemeint war der Kuraufenthalt in Bad Kissingen.

¹ Hs. Vermerk: „Ztg. i. Pfalzreise“; Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 317: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Heuss hatte vom 26. bis 28. 3. 1954 eine Besichtigungsreise durch die Pfalz unternommen; vgl. B 122, 622.

³ Hilfs- und Pflegeeinrichtung der Diakonie in der Pfalz.

⁴ Seit 1953 war Isidor Markus Emanuel katholischer Bischof von Speyer.

⁵ Stempel war seit 1946 Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche der Pfalz.

und daß ich nicht meine Gespräche sozusagen nach der Stoppuhr einer Partei- oder Konfessionsstatistik abhalte.

Es war für mich zunächst eine Frage ganz primitiver Höflichkeit, daß ich mich zu dem katholischen Bischof, den ich persönlich noch nicht kannte, begeben habe. Ich würde vermutlich, auch wenn ich vorher eine Konfessionsstatistik mir vergegenwärtigt hätte, mit ihm ein längeres Gespräch geführt haben, weil man zu dem „anderen“ höflich ist, und ich durfte, da wir ja schon öfter zusammen gewesen sind, bei Ihnen mich für vergewissert halten, daß Sie selber nicht mit der Stoppuhr kontrollieren.

Es ergab sich bei dem Gespräch mit dem katholischen Bischof, daß er nicht nur das, was ich über mein Jugenderlebnis im Speyrer Dom niedergeschrieben habe,⁶ kannte, sondern auch meine Kohlezeichnung vom Ostchor, die einmal in einer Festgabe abgedruckt war.⁷ Wir haben uns dann ausschließlich über das Problem der Nazarener Ausmalung im Hauptschiff unterhalten und über die Frage der „Restauration“ einiger der Seitenkapellen.

Ich teile Ihnen das mit, damit Sie die beunruhigten Herren evtl. beruhigen können; es hat sich also um ein von Konfessionsdingen völlig unabhängiges kunstgeschichtliches Gespräch gehandelt, und es wird sie vielleicht interessieren, daß der Bischof mir dann sagte: „Jetzt warten aber auch die evangelischen Geistlichen auf Sie.“

Ich möchte annehmen, daß mein Besuch auf der Schernau, der ja ein großer Umweg war und doch zugleich einen bewußten Hilfssinn hatte, den führenden Mitgliedern der evangelischen Landeskirche der Pfalz zeigte, daß ich an ihren Sorgen teilnehme. Aber es würde mich innerlich bedrücken, wenn ich Ihnen nicht zum Ausdruck gebracht hätte, daß ich eine Zeitkontrolle meiner Gespräche niveaumäßig unerträglich finde.

Mit den besten Empfehlungen

Ihr

Th. Heuss⁸

⁶ Vgl. TH. HEUSS, Vorspiele, S. 138–140.

⁷ Ließ sich nicht ermitteln.

⁸ Eine Reaktion von Stempel ließ sich nicht ermitteln.

Nr. 228

An Barbara Heuss, [Locarno]

[Zum 18. April 1954, Ostersonntag]

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, Ausfertigung, ohne Anrede und Grußformel, mit eigenhändigen Zeichnungen von Heuss

Gedicht zu Ostern

Der Osterhas hat gut aufgepaßt
Und Bärbels Wünsche scharf erfaßt:
Drum hat er dem Großvater einen Brief geschrieben,
das Kind brauche jetzt eine Karre zu Schieben
für die Arbeit im Garten – ihm fehlt solch Gerät,
aber wenn der Großvater dafür gerade steht,
wolle er gerne noch einen Karren besorgen,
wenns geht, schon für den Ostermorgen ...

Der Großvater sieht das alles ein:
Einstweilen muß es im Bild nur sein,
aber seid ihr erst wieder in Tumeringen,¹
wird das Häslein durch den Garten springen
und guckt die Barbara zum Fenster heraus,
da steht der Schubkarren vergnügt vor dem Haus.

Für Barbara Toni Heuss
Bonn 1954

Th. H.

¹ Barbara Heuss hielt sich mit ihren Eltern in der Schweiz und in Oberitalien auf. Die Familie wohnte im Lörracher Stadtteil Tumringen.



Abb. 27: Theodor Heuss an Barbara Heuss zu Ostern, 18. 4. 1954

Nr. 229

An Marie Senn, Heidelberg

12. Mai 1954

BArch, N 1221, 318: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“

Geplanter Urlaub im Bayerischen Wald; Gesundheitszustand von Gertrud Bäumer

Liebe Marie!

Da mich nach der Rückkehr von meinem mehrwöchigen Urlaub¹ viele Hunderte von Briefen erwarteten, hat sich die Antwort auf Deinen Brief etwas verzögert.

Die Mitteilung, daß ich im Spätsommer oder Frühherbst noch einmal, und zwar wesentlich um der Gegend etwas zu helfen, in den Bayerischen Wald gehen werde,² hat uns im Bundespräsidialamt ungeheure Ungelegenheiten geschaffen. Es liegen jetzt schon etwa 100 Angebote und Einladungen vor, wo ich überall wohnen soll. Auch von dem Haus Köppel ist schon ein Angebot gekommen. Mein Mitarbeiter Hans Bott wird zu Pfingsten etwas in dem Land herumfahren, nachdem eine gewisse Auswahl unter den Angeboten schon getroffen ist. Ich kann ja nicht einfach dorthin gehen, wo es mir vielleicht gut gefällt, sondern es müssen bestimmte Voraussetzungen gegeben sein.

Du fragst mich, warum man Gertrud Bäumer zu ihrem 80. Geburtstag³ kein Verdienstkreuz gegeben hat. Eine ganze Anzahl von Frauen waren mit der Anregung an mich herangetreten. Es war für mich aber ein einfaches Gebot des menschlichen Taktes, darauf nicht zu reagieren. Zum einen wäre dann die Aufmerksamkeit in noch größerem Maße auf Gertrud Bäumer gelenkt worden und die ganze Tragik ihrer Existenz in den letzten Jahren sehr öffentlich geworden.⁴ Zum anderen wäre es mir aber auch der Institution des Verdienstordens völlig unangemessen erschienen, den Orden einem Menschen zu geben, dessen Geisteskräfte völlig zerfallen waren.

Mein Mitarbeiter Bott und ich waren an dem Vorabend des Geburtstages die einzigen, die bei Gertrud Bäumer zu Besuch waren und sein konnten. Es war eine sehr tragische Stunde; sie hat einen manchmal erkannt, manchmal nicht erkannt und alle Erinnerungen in schmerzhafter Weise verwirrt. Du darfst also nicht meinen, daß hier eine Mißachtung vorliegt. Es ist mir noch geglückt, ihre Pensionsdinge in Ordnung zu bringen, und wir haben uns ihrer bürgerlichen Dinge sehr

¹ Heuss hatte sich im April in Bad Kissingen zu einem mehrwöchigen Kuraufenthalt aufgehalten; vgl. Nr. 224.

² Vgl. TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 160.

³ Am 12. 9. 1953.

⁴ Bäumer litt an durch Arteriosklerose hervorgerufener Demenz; vgl. A. SCHASER, Helene Lange und Gertrud Bäumer, S. 349.

angenommen. Aber eine Auszeichnung einem Menschen zu geben, der durch eine Verkalkung völlig aus der Welt ausgeschieden war, wäre für mein Gefühl innerlich eine Rohheit gewesen.⁵

Mit freundlichen Grüßen

Dein

Th. Heuss

Nr. 230

An Hermann Hesse, Montagnola, Tessin, Schweiz

3. Juni 1954

DLA, D: Hesse, HS. 00280357X: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Vorschlag, Hermann Hesse als nichtdeutsches Mitglied in den Orden Pour le mérite aufzunehmen

Verehrter, lieber Herr Hesse!

Dieses Schreiben wird ein bißchen umständlich werden, und ich muß Sie zunächst bitten, einmal den Aufsatz „Ein Areopag des Geistes“ zu lesen, den ich im Jahre 1942 in der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht habe,² freilich nicht unter meinem Namen, denn ich hatte damals Schreibverbot.³

Der Orden Pour le mérite (Friedensklasse) ist von Hitler im wahrsten Sinn des Wortes zum Aussterben verurteilt worden, weil er ein demokratisch seine Mitglieder ergänzender Orden war. Es durften für die verstorbenen Mitglieder keine neuen gewählt werden, und so waren im Jahre 1950 nur noch drei Mitglieder vorhanden.

Ich habe mich damals entschlossen,⁴ unter Wahrnehmung der sachlichen Gegebenheiten, den Orden zu „retten“, da er doch der im Grunde genommen vornehmste Orden in Deutschland gewesen ist. Der Tübinger Arabist Enno Littmann ging sehr gern darauf ein, und die beiden anderen noch lebenden Ritter, Wilhelm Furtwängler und der Kriegswissenschaftler v. Kuhl, schlossen sich an. Es wurden zunächst von diesen drei Herren 15 weitere Mitglieder gewählt. Als dann 18 beisammen waren, wurden die weiteren 12 gewählt. Sie sehen aus der zweiten Anlage den Bestand, wie er im Jahre 1952 sich darstellte.

⁵ Nach dem Tod Bäumers (25. 3. 1954) hatte Heuss durch Bott bei der Trauerfeier in Bethel am 30. 3. 1954 einen Nachruf verlesen lassen; vgl. TH. HEUSS, Würdigungen, S. 257f.

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 319 und B 122, 38252: ms. Schreiben, Durchschlag; Teilabdruck: E. PIKART, Theodor Heuss, S. 356.

² Vgl. Nr. 49, Anm. 7.

³ Vgl. Nr. 70, Anm. 13.

⁴ Vgl. Nr. 49.

Jetzt hat man bei der Festsetzung der neuen Statuten beschlossen, auf die ursprünglich von Alexander von Humboldt angelegte und bis 1924 durchgeführte Satzung zurückzugreifen, daß auch 30 Mitglieder nicht-deutscher Staatsangehörigkeit als Mitglieder geführt werden könnten,⁵ diese freilich nicht stimmberechtigt für die Ergänzung. Und in der Sitzung, die am 31. Mai stattgefunden hat,⁶ haben die Herren sich entschlossen, nun zunächst einmal acht oder neun Mitglieder in anderen Staaten zuzuwählen. Man hat absichtlich nicht gleich die statutenmäßig möglichen 30 Mitglieder gewählt.

Rudolf Alexander Schröder hat dabei Sie und Carl. J. Burckhardt vorgeschlagen.⁷ Es sind unter den Vorgeschlagenen auch Albert Schweitzer, ein englischer Historiker,⁸ ein dänischer, französischer und amerikanischer Naturwissenschaftler.⁹ Alle habe ich nicht mehr gegenwärtig.

Ich habe selber vor Jahren den Vorschlag, Mitglied des Ordens zu werden, abgelehnt,¹⁰ da ich viele Menschen weiß, die in ihrer spezifischen geistigen Leistung mehr bedeutet haben und bedeuten als ich, zum anderen wollte ich den Orden frei halten von der früheren Übung, daß man etwa Metternich und auch Bismarck in diesen Kreis aufgenommen hatte.¹¹ Es soll nach meiner Meinung der spezifische Politiker außerhalb dieses Kreises bleiben.

Ich habe mich bereit erklärt, bei Ihnen vorzufragen, ob Sie bereit sind, diesen Orden anzunehmen. Unser großer Landsmann Ludwig Uhland hat das ja seinerzeit abgelehnt, weil er glaubte, a) es sei der persönliche Adel damit verbunden, und b) weil er noch in einer sehr begreiflichen inneren Konfliktsituation gegenüber Friedrich Wilhelm IV. gewesen ist, der ja mit das Werk der Paulskirche verdorben hat.¹²

⁵ Vgl. Nr. 226.

⁶ Die Kapitelsitzung findet stets am 31. 5. eines Jahres, dem Gründungstag 1842, in Anwesenheit des Protektors, d. h. des Bundespräsidenten, statt.

⁷ Vgl. auch Heuss an Burckhardt, 9. 6. 1954, in: N 1221, 319.

⁸ George P. Gooch.

⁹ Es handelt sich um die Physiker Niels Bohr und Arthur H. Compton; der erste französische Ordensträger nach 1945 war der Religionsphilosoph Etienne Gilson im Jahr 1955. 1954 erhielten außerdem der indische Religionsphilosoph Sarvepalli Radhakrishnan, Carl Jacob Burckhardt, George P. Gooch, Hermann Hesse und Albert Schweitzer den Orden.

¹⁰ Einen Hinweis darauf in dem Schreiben Littmann an Bott, 25. 3. 1954, in: B 122, 2319.

¹¹ Auf die Anfrage Littmanns an Bott, ob Heuss bei einer Wahl den Orden annehmen werde, erwiderte Bott am 31. 3. 1954, Heuss wünsche, „daß niemand diese Idee haben möge“. Während seiner Amtszeit als Bundespräsident müsse der Erneuerer und Protektor des Ordens dessen Annahme verweigern. „Die Situation würde sich aber ändern, wenn er nicht mehr Bundespräsident wäre, was nach dem gegenwärtigen Stande für die Wiederwahl im Herbst erst nach den nächsten 5 Jahren eintreten dürfte“; B 122, 2319. Heuss wurde auch nach seiner 2. Amtszeit nicht Träger des Ordens.

¹² Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. hatte die Wahl zum Deutschen Kaiser durch das Paulskirchenparlament 1849 abgelehnt und preußische Truppen in Südwestdeutschland gegen die erneut aufflammende revolutionäre Bewegung einsetzen lassen. Uhland hatte der Frankfurter

Ich kann mir an sich vorstellen, daß Ihrer Natur solche offiziellen Ehrungen nicht gerade entsprechen. Aber auf der anderen Seite weiß ich, daß Sie mich persönlich nicht mit irgendeinem Friedrich Wilhelm IV. verwechseln, um in Ludwig Uhlands Nachfolge zu bleiben. Ich würde es schön finden, wenn Sie die Ehrung, die Ihnen zugedacht ist, annehmen und damit gleichzeitig die Verbindung zwischen Ihnen und dem, was man geistiges Deutschland nennen kann, auch einen äußeren und sichtbaren Ausdruck findet.

Ich würde Ihnen dankbar sein, wenn Sie sich diese Frage durch den Kopf gehen ließen. Die Durchsicht der Mitglieder ist ja für uns heute mit einem gewissen Reiz verbunden, weil sich Wertungen der Zeitgenossen darin spiegeln, zum Teil recht erstaunlich spiegeln, wenn man an bestimmte Maler aus den 70er und 80er Jahren denkt.¹³ Aber Sie werden auf der anderen Seite doch auch spüren, daß man sich im ganzen in einer recht „guten Gesellschaft“ befindet. Dies also bitte ich einmal in Ihre Überlegungen zu nehmen und mir dann Bescheid zu geben, denn es soll bei dem Hinausgehen über die Staatsgrenze ja alles Ungeschickte vermieden werden. Würden Sie mir schreiben „nein“, dann würde ich Herrn Prof. Littmann bitten, die offizielle Mitteilung gar nicht an Sie gehen zu lassen.¹⁴

Mit freundlichen Grüßen, auch an Ihre Gattin,¹⁵
Ihr

Theodor Heuss

Nationalversammlung sowie nach ihrer Verlegung von Frankfurt nach Stuttgart dem „Rumpfparlament“ angehört; vgl. W. SIEMANN, *Deutsche Revolution*, S. 203–218; zu Uhland vgl. auch TH. HEUSS, *Areopag des Geistes*, in: DERS., *Politiker*, S. 284f.

¹³ 1870: Adolf (von) Menzel; 1873: Ludwig Knaus, Nicaise de Keyser; 1881: Andreas Achenbach, Lorenz Alma-Tadema; 1882: Gustav Richter; 1888: Émile Wauters, Sir Frederick Baron Leighton of Stretton; 1890 Eduard von Gebhardt.

¹⁴ Hesse antwortete am 3. 6. 1954, wäre die Anfrage nicht von Heuss gekommen, hätte er die Ordensannahme „sofort“ abgelehnt. Er sei Heuss und sich einer „Prüfung der Frage schuldig“ gewesen: „Ist es dümmert und eitler, solch eine Ehrung anzunehmen oder sie von der Höhe esoterischer Weisheit herab abzulehnen? Die Frage blieb unentschieden. Nach den Zenmeistern war zwischen der Eitelkeit des in eine Hierarchie Eintretenden und der Eitelkeit des Frondeurs kein Unterschied. So griff ich zum chinesischen Orakelbuch, dem I Ging, und befragte es. Das Urteil, das ich im Zeichen TAI bekam, war eindeutig und übrigens für Sie, lieber Herr Dr. Heuss, sehr schmeichelhaft. Es heißt darin unter anderem: „Himmel und Erde vereinigen sich: So teilt und vollendet der Herrscher den Lauf von Himmel und Erde, verwaltet und ordnet die Gaben von Himmel und Erde und steht so dem Volke bei.“ Ich habe das Urteil des I Ging und damit auch Ihre Einladung angenommen.“ B 122, 38252.

¹⁵ Ninon Hesse.

Nr. 231

An Prof. Dr. Fritz Ernst, Heidelberg-Handschuhsheim

10. Juni 1954

BArch, N 1221, 129: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Reisen und Reden; Kontakt zur FDP; Wahl des Bundespräsidenten

Lieber Professor Ernst!

Freundlichen Dank für Ihren Brief.² Ich habe Pfingsten,³ um Dutzende von Einladungen absagen zu können, hier in Bonn zugebracht. Ludwig war mit Frau und der kleinen, jetzt in die Schule gehenden Tochter in diesen Tagen hier.⁴ Die Pause war nur sehr kurz. Lübeck war vorangegangen,⁵ Karlsruhe habe ich gestern „erledigt“,⁶ und jetzt geht es gleich weiter mit Reisen und Reden. Einige der Reden, die ich vor mir habe, etwa eine über Hofmannsthal⁷ und eine zum 20. Juli,⁸ machen mir auch ziemliche Vorbereitungsarbeiten. Sie dürfen deshalb von mir keinen großen Brief erwarten, der den Versuch machen wollte, soweit ich hereingucken kann, die internen Parteidinge Ihnen darzustellen.⁹ Ich habe auch zur Führung der FDP, bei aller persönlichen Freundschaft, nur gelegentliche Beziehungen, einfach weil ich das mit meinen sonstigen Verpflichtungen nicht schaffe.¹⁰

Nur eine Bemerkung zur Frage der Bundespräsidentenwahl, von der Sie meinen, daß sie anders „gemanagt“ bzw. nicht „gemanagt“ werden sollte.¹¹

¹ Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 319: ms. Schreiben, Durchschlag; Teilabdruck: E. PIKART, Theodor Heuss, S. 341f.

² Ernst an Heuss, 6. 6. 1954, in: N 1221, 129.

³ 6./7. 6. 1954

⁴ Vgl. Nr. 224. An Toni Stolper schrieb Heuss am 11. 6. 1954 dazu: „Über Pfingsten waren die Lörracher hier, das Kind viel frischer als im Winter und kolossal schuleifrig. Es hat mit den Kindern unseres Areals herumgetobt und findet, daß bei dem Großvater ‚das Schlaraffenland‘ ist“; N 1221, 319.

⁵ In Lübeck hatte Heuss am 2. 6. 1954 während der „Nordischen Tage“ und am folgenden Tag auf dem Marktplatz Reden gehalten; B 122, 234.

⁶ In Karlsruhe hatte am 9. 6. 1954 die Amtseinführung Josef Wintrichs als Präsident des Bundesverfassungsgerichts stattgefunden; B 122, 234; vgl. auch K. ADENAUER / TH. HEUSS, Unter vier Augen, S. 135–138, hier S. 137.

⁷ Vgl. Nr. 200, Anm. 7.

⁸ Vgl. zur Gedenkrede zum zehnten Jahrestag des Attentats auf Hitler vom 20. 7. 1944 Nr. 234, Nr. 237, Nr. 238.

⁹ Ernst hatte kritisch zur FDP bemerkt: „Daß sie gegen manche diktatorischen Erscheinungen in der Regierung aufmuckt, wird jeder verstehen, [...] aber das reicht doch nicht zu diesen Sprüngen nach Osten, die so viel aufs Spiel setzen und auf keinen Fall etwas gewinnen“; wie Anm. 2; vgl. auch das Gespräche zwischen Heuss und Adenauer, 12. 5. 1954, in: K. ADENAUER / TH. HEUSS, Unter vier Augen, S. 135–138, hier S. 135.

¹⁰ Zur Beziehung von Heuss zur FDP vgl. M. WEIPERT, Verantwortung.

¹¹ Ernst hatte gegenüber Heuss kritisiert, dass die Bundespräsidentenwahl allein in den Händen der Parteien und der Koalitionsabsprachen läge; wie Anm. 2.

Die sogenannte Bundesversammlung ist eine originale Erfindung von mir, und zwar eine, die schon ein Jahr vor dem Zusammentritt des Parlamentarischen Rates liegt, als man sich überlegte, wie eine kommende Regelung möglich sein werde.¹² Denn der plebiszitäre Präsident, der sich an sich, um stärkere Macht zu besitzen, theoretisch empfiehlt, ist in dem amorphen seelischen Zustand, in dem das deutsche Volk zur Zeit sich noch befindet, eine Prämie auf reine Demagogen.¹³

Daß nun die Dinge in den Händen der Parteien liegen, ist eigentlich die logische Vereinfachung des Tatbestandes, wer den Wahlkörper darstellt. Die Sache ist auch schon vor Monaten in meinem Auftrag von Dr. Klaiber mit dem Bundeskanzler qua CDU, mit Ollenhauer und der FDP besprochen worden. Adenauer, der an meinem Geburtstag sozusagen meine Weiterdauer proklamiert hatte, hat aber dann rein als Parteivorsitzender der größten Partei gebeten, die Sache in der Hand behalten zu können, und hat auch dann von sich aus die Besprechungen weitergeführt.¹⁴

Ich sehe nicht recht ein, an was Sie dabei denken. Sollte man ein langweiliges Komitee von irgendwelchen Leuten zusammenstellen, die alle sagen: Ja, wir sind dafür, daß der Heuss wiedergewählt wird? Ein solches Verfahren würde doch nur for show gemacht werden. Ich habe das Gefühl, wir haben von diesen unverbindlichen Kundgebungen ins Allgemeine hinein doch reichlich genug gehabt. Auf jeden Fall entspricht das nicht meinem eigenen Gusto.

Mit guten Grüßen an die ganze Familie
Ihr

Th. Heuss

¹² Vgl. dazu J. C. HESS, Verfassungsarbeit, S. 60–63; Nr. 63.

¹³ Vgl. hierzu die Antrittsrede von Heuss vor dem Parlamentarischen Rat vom 9. 9. 1948, in: TH. HEUSS, Vater, S. 63.

¹⁴ Auf Betreiben Adenauers hatte sich die CDU im April 1954 für eine Wiederwahl von Heuss eingesetzt. Die FDP schloss sich diesem Votum an. Die SPD stellte keinen eigenen Kandidaten auf, sondern gab ihren Delegierten die Stimme frei; vgl. E. PIKART, Theodor Heuss und Konrad Adenauer, S. 115–119; K. ADENAUER / TH. HEUSS, Unter vier Augen, S. 135–138, hier S. 136.

Nr. 232

An Benno Haakh, Waiblingen

14. Juni 1954

BArch, N 1221, 143: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Altersgrenze für Ordinarien, Bundespräsident und Bundeskanzler; Gesundheitszustand; Vergleich mit Paul von Hindenburg; Kontakt zu gemeinsamen Freunden

Lieber Benno!

Dein Brief² ist von mir natürlich durchaus in seiner freundschaftlichen Haltung verstanden worden. Nur liegen einige Mißverständnisse vor.

Ich habe in der Tat jemanden, der über 60 Jahre alt war, nicht zu einem Ordinariat berufen, als ich Kultminister war, und habe selber verschiedene Ordinariate, die mir angeboten worden sind, damals abgelehnt³ und zwar aus dem einfachen Grunde, weil jemand, der Lehrer ist, eine Chance haben muß, eine „Schule“ zu bilden und nicht nach ein paar Jahren wieder von seiner Stelle mit möglicherweise weitertragender Lehrwirkung weggehen muß – „Altersgrenze“.⁴

Ich könnte mir selber ja mein Leben natürlich auch behaglicher vorstellen, und es gibt außer mir noch ein paar Leute, denen es leid tut, daß ich nicht einige alte literarische Pläne ausführen kann. Aber in einem kann ich Dich zunächst einmal beruhigen. Ich bin gesundheitlich noch ganz, wie man es nennt, auf der Höhe. Ich arbeite auch jetzt noch fast jede Nacht bis 1 Uhr, zumal ich wohl der einzige sogenannte Staatsmann bin, der seine Reden alle selber macht. Ich war jetzt im April ein paar Wochen in Kissingen.⁵ Auch die Ärzte sind mit dem, was sie feststellen können, absolut zufrieden.

Die Dinge sind ja aber doch ganz anders zu sehen. Ein bißchen schmerzt mich der Vergleich mit Hindenburg, der ja eine reine Verlegenheitssituation an dieser

¹ Vermerk: „Vertraulich!“ Weiterer Nachweis: N 1221, 319: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Haakh an Heuss, Pfingsten 1954 [6. 6. 1954], in: N 1221, 143. Haakh hatte sich in seinem Schreiben gegen eine zweite Amtszeit von Heuss ausgesprochen, da dieser dann über 70 Jahre alt sei. Er verwies zudem auf einen Nachfolger von Heuss im Amt des „Kultministers“ von Württemberg-Baden, der keinen Professor ernannt habe, der über 60 Jahre alt gewesen sei. Außerdem machte er auf die verhängnisvolle Rolle Hindenburgs aufmerksam, der 1932 im Alter von 84 Jahren zum zweiten Mal zum Reichspräsidenten gewählt worden war.

³ Heuss hatte im März 1947 ein Angebot der TH München für einen Lehrstuhl für Politik abgelehnt. Ebenso nahm er ein Ordinariat der TH Stuttgart nicht an, sondern bevorzugte dort eine Honorarprofessur, die er im Sommersemester 1948 ausübte; Heuss an Ernst Ludwig Heuss, 28. 3. 1947 und 14. 1. 1948, beide in: TH. HEUSS, Erzieher, S. S. 263, S. 341; vgl. auch Heuss an Spranger, 20. 11. 1952, in: B 122, 352.

⁴ Lehrstuhlinhaber wurden mit 68 Jahren emeritiert; vgl. auch Heuss an Fritz Behn, 16. 4. 1952, in: B 122, 352.

⁵ Vgl. Nr. 224.

Stelle gewesen ist und im Grunde nur durch seine große militärische Vergangenheit diese bindende Wirkung ausübte, aber nicht durch seine Aktivität.⁶ Bei mir liegt der Fall völlig anders.

Deine Vorstellung, daß nun neben dem alten Kanzler⁷ ein junger Bundespräsident gestellt werden solle, ist, Verzeihung, etwas naiv. Der Kanzler ist ja großartig in seiner Zähigkeit und Beweglichkeit. Adenauer und ich sind gut aufeinander eingespielt, so verschieden wir nach Bildungsgrad und Herkommen sind. Wir haben in den Jahren, da das Grundgesetz gemacht wurde, ein absolutes Vertrauensverhältnis zueinander gefunden, bei dem der eine die Sonderleistung und Eigenart des anderen voll anerkennt. Aber auch das spielt keine entscheidende Rolle, sondern wenn ich mich bereit erklärt habe, das Amt noch einmal weiterzuführen, ist das doch einfach eine nationalpolitische Erleichterung der gesamten Situation.⁸ Der jüngere Mann, nach dem Du suchst, ist nicht vorhanden, wenn es nicht großen Krach um irgendeinen ehrgeizigen Menschen geben sollte. Es ist heute, von meiner Person ganz abgesehen, die ja eine gewisse Resonanz im Volk und auch im Ausland gefunden hat, ein wahres Glück, wenn wir in Deutschland ohne die inneren Zerreibungen zu einer Fortführung der bisherigen Dinge kommen. Denke doch nur einen Augenblick an die Situation, die im vergangenen Jahr Frankreich erlebt hat.⁹

Von Hermann¹⁰ habe ich gelegentlich Nachrichten bekommen, sogar einmal ein Büchlein mit Versen. Deine Bemerkungen über Staudinger und über Essig kann ich nicht verstehen, da ich nicht weiß, auf was Du damit anspielst.¹¹

Mit vielen guten Grüßen
Dein

Th. Heuss

⁶ Vgl. zu Heuss' Einstellung zu Hindenburg TH. HEUSS, Politiker, S. 189f.

⁷ Adenauer war zu diesem Zeitpunkt 78 Jahre alt.

⁸ Vgl. Nr. 231, Anm. 14.

⁹ Vgl. Nr. 187, Anm. 3.

¹⁰ Bruder von Benno Haakh.

¹¹ Über Verwandte und Bekannte hatte Haakh u. a. geschrieben: „Hermann in Bad Soden steht noch mitten in der Arbeit. – Die Behandlung indessen, die meinem Freund Staudinger (Nobelpreis) widerfuhr, mit dem ich vor kurzem zusammen war, ist so wenig befriedigend wie die des Kunstmalers Essig in Murrhardt, der früher in Heilbronn in die Schule ging u. gerne einmal ein Bild von Dir gemalt hätte. Ja, ja, es ist nicht so einfach, Bundespräsident zu sein!“ Wie Anm. 2.

Nr. 233

An Else Bassermann, Baden-Baden

27. Juni 1954

BArch, B 122, 2322: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Kritik an der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Werner Krauss

Sehr geehrte Frau Bassermann!

Es tut mir aufrichtig leid, und zwar wesentlich um Ihrer selbst willen, welche Form Sie gefunden haben, um Ihren Protest gegenüber der Auszeichnung² von Werner Krauss auszudrücken. In der Rückgabe des Briefes, den ich beim Tode Ihres Gatten Ihnen sandte,³ haben Sie mich persönlich zu kränken versucht. Ich fühle mich aber dadurch nicht betroffen, da ich meine Entscheidungen in solchen Fragen nicht von Stimmungen und Empfindungen anderer Menschen abhängig zu machen pflege. Die Beziehungen zwischen Ihrem Gatten und Werner Krauss sind mir völlig unbekannt und haben mich nie interessiert. Ich kenne von Werner Krauss weder die Darstellung in dem Film „Jud Süß“ noch die des Shylock.⁴ Ich kenne auch Werner Krauss persönlich nur von zwei kurzen Begrüßungen nach Theaterabenden, ähnlich wie die persönlichen Beziehungen zu Ihrem Gatten sich auf zwei solche Gelegenheiten beschränkt haben.

Es wird mich aber wohl niemand daran hindern können, Werner Krauss nach dem Hinscheiden Ihres Gatten für den größten Schauspieler deutscher Sprache zu halten, dem ich in diesen letzten Jahrzehnten begegnet bin.⁵

Die Verleihung des Verdienstordens erfolgte auf die Bitte des vorschlagsberechtigten Senats von Berlin, der seinen Respekt darin ausdrücken wollte für den Rang,

¹ Az. I/18-qu-; Verfügung: „Vor Abgang Herrn St[aats]S[ekretär] vorzulegen“, mit Paraphen u. a. von Klaiber vom 28. 6. und Bott; weiterer Nachweis: N 1221, 319: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Krauss hatte 1954 das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhalten.

³ Das Kondolenzschreiben von Heuss an Else Bassermann anlässlich des Todes Albert Bassermanns vom 16. 5. 1952, in: B 122, 2322. Dieses Schreiben hatte Else Bassermann am 24. 6. 1954 mit einem hs. Begleitschreiben an Heuss zurückgesandt; ebd. Heuss hatte sich um die Versorgung der Witwe Bassermann bemüht; vgl. ebd.

⁴ Krauss hatte sich als „Staatschauspieler“ vom NS-Regime künstlerisch vereinnahmen lassen und unter anderem in dem perfiden antisemitischen Propagandafilm „Jud Süß“ (1940) mehrere jüdische Rollen übernommen, außerdem in Shakespeares „Kaufmann von Venedig“ die Rolle des Shylock antisemitisch interpretiert; vgl. J. WULF, Theater, S. 6–8, 282f, 443–453; F. COURTADE / P. CADARS, Geschichte, S. 184–193.

⁵ Am 20. 6. 1959 sandte Heuss an Krauss Genesungswünsche und erklärte ihm: „[...] seit eine Reihe von Jahren erzähle ich, daß ich unter den lebenden Schauspielern, was ich früher von Bassermann sagte, Ihnen den Kranz reiche. Wollen Sie in diesen Worten die herzliche Gesinnung der Dankbarkeit spüren, die ich empfinde, wenn ich Ihrer gedenke“; B 122, 2322.

den die Darstellungskunst von Werner Krauss bezeichnet. Es war für mich kein Anlaß, dieser Würdigung eines schauspielerischen Vermögens durch eine Ablehnung entgegenzutreten.⁶

Mit vorzüglicher Hochachtung

Th. Heuss

Nr. 234

An Georg Schwarz, Berlin-Zehlendorf

13. Juli 1954

BArch, B 122, 2079: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und von Bott ms. gez.¹

Rede zum 20. Juli 1944

Sehr geehrter Herr Schwarz!

Der Herr Bundespräsident, der im Augenblick sehr stark beansprucht ist, bedauert, Ihnen auf Ihren Brief vom 8. 7. nicht persönlich antworten zu können.²

Er möchte Ihnen nur mitteilen lassen, daß Ihre Anmerkungen über die Gedenkfeier zum 20. Juli auf völlig falschen Voraussetzungen beruhen, wenn Sie meinen, daß diese Feier irgendetwas mit der Wahl des Bundespräsidenten zu tun hat. Daß Dr. Heuss an dem Tag eine Gedenkrede halten würde,³ war zwischen ihm und dem verstorbenen Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter schon im September des vergangenen Jahres fest verabredet.⁴ Von dem Wahltermin und dem Wahlort

⁶ Else Bassermann erläuterte in einem weiteren Schreiben noch einmal ihren Schritt und betonte, Heuss, der ihr nur Gutes getan habe, nicht kränken zu wollen; vgl. Else Bassermann an Heuss, 6. 6. 1954, in: B 122, 2322. Vgl. zu weiteren Protesten gegen die Auszeichnung von Krauss auch Nr. 235.

¹ Az. B/1/54; Absendestempel vom 13. 7. 1954; weiterer Nachweis: N 1221, 319: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Schwarz an Heuss, 8. 7. 1954, in: B 122, 2079; über dem Schreiben hs. und unterstrichen: „ist gegen Feier 20. Juli!“ Schwarz hatte sich dagegen ausgesprochen, die Gedenkfeier zum 20. Juli 1944, zu der Heuss am 19. 7. 1954 im Auditorium Maximum der FU Berlin eine Rede halten wollte, in einen Zusammenhang mit der Wiederwahl von Heuss zum Bundespräsidenten am 17. 7. 1954, ebenfalls in Berlin, zu bringen. Die Gedenkfeier solle Angehörigen des Widerstands überlassen bleiben, „weil das deutsche Volk als Ganzes damit nichts zu tun haben will. [...] Es ist aber m. E. falsch, die Feier der Wiederwahl des Bundespräsidenten mit solchen Veranstaltungen, die nur eine gewisse *kleine Gruppen von Deutschen* bzw. Ausländern interessiert, zu verbinden und diese Feier gewissermaßen in den Mittelpunkt der Präsidentenwahl zu stellen.“ Eine „solche Sonderveranstaltung“ dürfe keine „besondere Weihe“ durch den Bundespräsidenten erfahren, da sie „alte Wunden“ aufreiße.

³ Vgl. zu der Rede „Dank und Bekenntnis“ am 19. 7. 1954 vor der FU Berlin Nr. 237.

⁴ Diese Verabredung ließ sich nicht nachweisen.

war in jener Zeit noch gar keine Rede.⁵ Dr. Heuss war entschlossen, unter allen Umständen zu diesem Termin nach Berlin zu kommen.

In der Beurteilung des 20. Juli trennt sich der Bundespräsident freilich vollkommen von der Auffassung, die Sie vorgetragen haben. Er hält es für eine nationale Dankespflicht, der Opfer dieses Tages zu gedenken, unter denen sich eine große Anzahl von Freunden und Verwandten von Dr. Heuss selber befindet.⁶

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Hans Bott)

Persönlicher Referent des Bundespräsidenten

Nr. 235

An Dr. Heinrich von Brentano, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn

21. Juli 1954

BArch, N 1239, 167: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
Kritik an der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Werner Krauss

Verehrter Herr Dr. von Brentano!

Wir haben uns ja nur ganz kurz darüber unterhalten, daß ich vor der Reise nach Berlin² noch Ihren Brief gelesen habe.³ Ich ergreife aber gern die Gelegenheit, Ihnen ein paar Bemerkungen zu unterbreiten.

⁵ Erst im Juni 1954 hatte Bundestagspräsident Ehlers, der zugleich Präsident der einzuberufenden Bundesversammlung war, entgegen dem Votum des Bundeskabinetts entschieden, die Bundesversammlung am 17. 7. 1954 nach Berlin einzuberufen; vgl. E. PIKART, Theodor Heuss und Konrad Adenauer, S. 117.

⁶ So zum Beispiel Albrecht Graf von Bernstorff, Eugen Bolz, Dietrich und Klaus Bonhoeffer, Julius Leber, Fritz Elsas, Carl Goerdeler, Hans Bernd und Werner von Haeften; vgl. J. C. HESS, Nazis.

¹ Eingangsstempel mit Datum vom 23. 7. 1954 und Tagebuch-Nr. B 1403; Verfügung: „Abl[age]“; weiterer Nachweis: N 1221, 320: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Zur Wiederwahl zum Bundespräsidenten am 17. 7. 1954 und für die Gedenkrede zum 20. Juli 1944 am 19. 7. 1954 an der FU Berlin; vgl. Nr. 234.

³ In seinem als „persönlich“ gekennzeichneten Schreiben vom 15. 7. 1954 hatte Brentano seiner Betroffenheit über die Verleihung des Bundesverdienstordens an Krauss Ausdruck gegeben. Er habe den Schauspieler zwar bis 1933 für einen großen Darsteller gehalten, doch kritisiert, dass sich Krauss den Nationalsozialisten zur Verfügung gestellt und im Film „Jud Süß“ mitgewirkt habe. Er besuche keine Aufführung, an der Krauss mitwirke. Er wisse, dass die Vergangenheit abgeschlossen werden solle, frage sich aber, „ob diese Großzügigkeit auch tatsächlich anerkannt wird. Ich sehe mit ernster Sorge und zuweilen auch mit tiefem Mißtrauen manches Zeichen dafür, daß der Geist des 3. Reiches noch lebt und zuweilen sogar mit geradezu zynischer Offenheit wieder zutage tritt.“ Brentano bedrücke, „daß ein solcher Mann den Verdienstorden“ trage; N 1239, 167.

Wie Sie sich denken können, habe ich kein vorahnendes Gefühl, wenn einer 70 oder 80 Jahre alt wird. Das wußte ich auch von Werner Krauss erst ein paar Tage vor diesem Termin.⁴ Der Sachvorgang ist der, daß der Senat von Berlin, der das Vorschlagsrecht für eine Auszeichnung besitzt (wie alle Landesregierungen), Werner Krauss vorschlug, und die Ausstellung der Urkunde erfolgte von mir erst, als der Herr Bundeskanzler und der Herr Bundesinnenminister⁵ den Vorschlag gezeichnet hatten.

Ich hätte natürlich von mir aus die Unterschrift verweigern können. Ich habe in einigen Fällen, wo man bei mir persönlich angefragt hatte und ich die betreffenden Persönlichkeiten kannte, darum gebeten, von dem Einreichen eines Vorschlages abzusehen, was dann auch respektiert wurde. Im Falle Werner Krauss fühlte ich mich aber dazu nicht berechtigt, auch nicht vom Innern her gezwungen.⁶

Da ich während der nationalsozialistischen Zeit nur sehr selten einmal ins Theater oder gar in ein Kino ging, habe ich den so heftig umstrittenen Film „Jud Süß“ nie gesehen. Das mußte ich vor einigen Jahren auch Herrn Veit Harlan mitteilen, der damals etwas wie einen Schutz von mir verlangte.⁷ Es fehlt mir also vom Subjektiven wie vom Objektiven her der Maßstab, ob die künstlerische Leistung, die vermutlich vorlag, durch die unzweifelhaft ebenso gegebene politisch diffamierende Art der Darstellung aufgewogen wurde oder nicht. Ich selber halte, obwohl ich kein großer Theaterbesucher bin, Werner Krauss für die stärkste schauspielerische Potenz, die es heute in Deutschland gibt, wenn freilich ich natürlich nicht den vollkommenen Vergleichsmaßstab besitze. Aber ich habe ihn in den letzten Jahren einige Male gesehen und fand dadurch den Eindruck von früher bestätigt.

Es ist dann gegen die Auszeichnung ja auch öffentlich an ein paar Stellen protestiert worden, etwa von einer Journalistenvereinigung in Berlin, die den Protest gleich an die Presse gab, mit der Wirkung, daß ich von einer Reihe von ausländischen Journalisten Briefe bekam, daß die Mitteilung, daß auch Ausländer an diesem Protest beteiligt gewesen seien, eine Irreführung wäre.⁸ In Köln wurde mir neulich von Herrn Intendanten Maisch gesagt, daß man sich innerhalb der

⁴ Krauss war am 23. 6. 1954 70 Jahre alt geworden.

⁵ Gerhard Schröder (CDU).

⁶ Vgl. auch zum Folgenden Nr. 233.

⁷ Vgl. Nr. 59.

⁸ Dieser Vorfall ließ sich nicht nachweisen. Dem Bevollmächtigten der Bundesrepublik in Berlin, Heinrich Vockel, ließ Heuss am 28. 6. 1954 in einem von ihm diktierten und von Bott gez. Schreiben zur Mitteilung an einen Korrespondenten der „Neuen Zürcher Zeitung“ informieren, er sei diesem „für die Mitteilung betr. Werner Krauss dankbar [...]. Ihn selber hat die Depesche, die ihm zugesandt wurde, nicht tiefer beeindruckt. Dr. Heuss fand bei den Unterschreibenden keinen ihm bekannten Namen und ist erfahren genug, um zu wissen, wie solche ‚Kundgebungen‘ entstehen“; N 1221, 319.

Schauspielerwelt über die Auszeichnung allgemein herzlich gefreut habe, aber das kann ja auch nur der Reflex eines persönlichen Empfindens sein.⁹

Es ist mir nun nicht unwichtig gewesen, daß ich, als ich in Recklinghausen eine Aufführung von „Nathan dem Weisen“ sah, nachher ein eingehendes und ernsthaftes Gespräch mit Ernst Deutsch führte, der, aus der Emigration zurückgekehrt, den Nathan spielte. Deutsch ist eine auch menschlich ernsthafte und eindrucksvolle Erscheinung. Er hat mir eingehend von seinem Verhältnis zu Krauss gesprochen, mit dem er jetzt wieder zusammen spielt. Seine Meinung war, daß die Tatsache, ein paar Jahre nicht spielen zu dürfen, für eine Figur wie Krauss Strafe genug gewesen sei. Er bejahte das Recht, ihn auszuzeichnen, und dieses „Ja“ war von mir nicht provoziert.

In Berlin sprach ich mit Senator Tiburtius,¹⁰ der mir seinerseits erzählte – was ich nicht wußte und was mich auch nicht sehr kümmern konnte –, daß Krauss schon vor Jahren einmal im Rundfunk eine Erklärung abgegeben habe, daß er es aufrichtig bedaure, in jenem Film diese Rolle gespielt zu haben. In welcher Form das geschah, vermag ich nicht zu kontrollieren. Die Dinge haben natürlich etwas Hintergründig-Schwieriges. Ich habe Ernst Deutsch gefragt, ob er glaube, daß heute der „Kaufmann von Venedig“ aufgeführt werden könne. Er sagte mir, es sei eigentlich eine Vertragsrolle von ihm und er würde ihn sehr gern spielen, aber der Intendant wage sich nicht dran, wobei Deutsch und ich uns beide erinnerten, die Rolle noch mit Schildkraut gesehen zu haben, und ich meinte, daß eigentlich nur ein Jude diesen Shakespeare wieder bühnenreif machen könne, wenn er schon einmal gespielt werden solle.

Dieser Brief ist etwas ausführlich geworden, denn was Sie bewegt, ist mir vom Innern her durchaus deutlich und verständlich, aber ich durfte Ihnen eben deshalb über den Gang der Dinge und die Bewertungen etwas sagen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

⁹ Vermutlich am 7. 7. 1954 anlässlich der Eröffnung der Hodler-Ausstellung; vgl. Redenkalender, in: N 1201, 684. In einem von Heuss diktierten und von Bott gez. Schreiben an Bernhard Hansen vom 28. 6. 1954 hieß es zur Ordensverleihung an Krauss: „Daß gegen die Verleihung die einen protestieren, daß die anderen sich darüber freuen (das wissen wir gerade aus Schauspielerkreisen), ist nun etwas, das man bei solchen Entscheidungen in Rechnung stellen muß. Es hat schon bei den verschiedensten Gelegenheiten verwandter Natur diese oder diese Diskussion gegeben. Dr. Heuss ist von ihnen ziemlich unberührt, und er glaubt, für sich selber hier ein eigenes Urteil beanspruchen zu können, was er in manchen Gebieten (etwa Musik) für sich ablehnt“; N 1221, 319.

¹⁰ Das Gespräch ließ sich nicht nachweisen.

Nr. 236

An Adolf Ehrnsperger, Nürnberg

24. Juli 1954

BArch, N 1221, 320: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. Heuss“¹

Nationalhymne

Sehr geehrter Herr Ehrnsperger!

Freundlichen Dank für Ihren Brief vom 19. 7.²

Über die Frage des Deutschland-Liedes kann ich heute eigentlich kaum mehr etwas schreiben, da ich vor drei Jahren viele, viele Dutzende von Briefen darüber schreiben mußte.³

Es dürfte Ihnen nicht unbekannt sein, daß ich selber den Vorschlag machte, für eine neue Nationalhymne besorgt zu sein. Die Umstände, warum das mißglückte, sind zum Teil sehr persönlicher Art. Darüber habe ich mich jetzt nicht auszulassen. Mein damaliger Versuch ist mißglückt. Er wurde von mir unternommen, weil ich offenbar den geschichtlichen Einbruch viel stärker erlebt habe als der durchschnittliche Deutsche oder der taktisch denkende. Ich brauche jetzt nicht die Verwahrungen zu wiederholen, daß noch nie ein Volk eine Nationalhymne geändert habe usf. Ein Volk hat auch nie das deutsche Schicksal erlebt. Die Genialität und Großartigkeit der Haydn'schen Melodie stand nie in Frage, aber mein historisches Gefühl sagt mir dies: Es ist nicht gut für die innere Erziehung der Deutschen, wenn sie ein geographisch umgrenztes Gebiet lyrisch besingen, von dem gegenwärtig überhaupt keine der Grenzbezeichnungen zum deutschen Volksbestand gehört. Die wenigsten Leute wissen, daß das Lied des Hoffmann von Fallersleben aus der Zeit des Deutschen Bundes⁴ stammt, wo Limburg (bald danach holländisch⁵) noch zum Deutschen Bunde gehörte, ebenso Tirol und Schleswig. Man kann aber keine Nationalhymne mit historischen Kommentaren singen. Meine Meinung war, daß die Deutschen eine Hymne brauchten, in der die Tragik ihres Schicksals mit durchklingt, ohne daß es ein tragisches Lied wird. Hier bin ich in meiner Auffassung unterlegen.

Für sachlich falsch halte ich Ihre Meinung, daß dieses Lied, das ich selber ja unendlich oft mit naiver Freudigkeit gesungen habe, mit Nazismus nichts zu tun

¹ Az. <?>2/54.

² Ließ sich nicht ermitteln.

³ Vgl. Nr. 21, Nr. 48, Nr. 51, Nr. 55, Nr. 61, Nr. 62, Nr. 66, Nr. 94, Nr. 109, Nr. 116, Nr. 116a, Nr. 120, Nr. 121.

⁴ Vgl. Nr. 21, Anm. 6.

⁵ Die seit 1815 bestehende niederländische Provinz Limburg wurde 1839 zwischen Belgien und den Niederlanden aufgeteilt, wobei das niederländische Limburg bis 1866 dem Deutschen Bund angehörte.

habe. Natürlich hat es historisch nichts damit zu tun, aber gerade dadurch, daß der erste Vers in halb Europa in allen besetzten Ländern mit dem Horst-Wessel-Lied zusammen gesungen wurde, ist es für zahllose Menschen draußen, mit denen zusammen wir ja Europa machen sollen und wollen, das Parallel-Lied, das Ergänzungslied zur Besatzungszeit.

Ich halte den dritten Vers des Deutschland-Liedes für schön und würdig, den zweiten Vers für ausgesprochen schlecht, was aber keine Entdeckung ex post ist.

Ich selber werde, um nicht von meiner eigenen Einsicht abzuweichen, eine offizielle Deklaration für das Gesamtgedicht nicht geben. Ich habe damals – und es ist mir nicht leicht gefallen – in dem Briefwechsel mit dem Bundeskanzler⁶ die Sache zu einer Regelung gebracht. Wenn ich von dem Bedürfnis demonstrativer Selbstbestätigung überrollt werden sollte, so würde mir das leid tun, und ich würde darin einen Mißerfolg meines Gesamtversuches einer Reinigung des deutschen Patriotismus sehen. Aber Ihre Erwartung, daß ich in dieser Richtung nun etwas tun würde, weil ein Fußballsieg in Bern errungen wurde,⁷ ist ein totales Mißverstehen meiner Natur.⁸

Ich habe Ihnen das ausführlich geschrieben, weil Ihr Brief nett und ernsthaft gewesen ist. Ich bitte aber, meine Antwort als eine persönliche Antwort anzusehen, und möchte damit rechnen dürfen.

Mit freundlichen Empfehlungen

Ihr

Th. Heuss

⁶ Vgl. Nr. 116, Nr. 116a, Nr. 120.

⁷ Heuss bezieht sich auf das Endspiel um die Fußballweltmeisterschaft in Bern, das die deutsche Nationalmannschaft gegen die ungarische am 4. 7. 1954 mit 3 : 2 gewonnen hatte. Im Anschluss hatten zahlreiche deutsche Zuschauer die erste Strophe des Deutschlandliedes gesungen. Vgl. auch Nr. 238.

⁸ Dem Freiburger Regierungspräsidenten Paul Waeldin teilte Heuss am 27. 7 1954 mit, der Verleger und Senator Franz Burda habe ihm wiederholt geschrieben: „Das erste Mal bat er mich um ein Geleitwort für eine Buchausgabe über das Fußballspiel in Bern, was ich ihm ablehnte, da ich mich dazu keinesfalls für qualifiziert halte und sowieso in Sorge bin, daß wir, nicht durch die Sportler selber, sondern durch die publizistische Begleitmusik, zu einer Verschiebung der echten Werte kommen“; N 1221, 320.

Nr. 237

An Dr. Hans Speidel, Paris

28. Juli 1954

BArch, N 1221, 320: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Rede zum 20. Juli 1944

Sehr geehrter, lieber Herr Speidel!

Freundlichen Dank für Ihre Zeilen.²

Es hat mich gefreut, daß, wie ich von einer Reihe mir völlig fremder Offiziere zustimmende Zurufe erhielt,³ auch Sie mir eine zustimmende Würdigung meiner Rede schicken. Klaiber, der kürzlich mit einigen Offizieren zusammen war, konnte einen verwandten Eindruck berichten. Ich habe aber auch schon Mitteilungen erhalten, daß ich eine „Schande für Deutschland“ sei; eine Anzahl von Schmähbriefen ging ein, diese aber meist anonym.⁴ Eigentlich hatte ich mit mehr gerechnet.

Die Rede soll, wie ich höre, von der „Bundeszentrale für Heimatdienst“ verbreitet werden.⁵ Man will auch, wie bei der Bergen-Belsen-Rede,⁶ eine englische und eine französische Übersetzung herstellen lassen.⁷

Hermann Leins will die Rede in ordentlicher Ausstattung herausgeben,⁸ und

¹ Az. B/1/54-Slg.

² Speidel an Heuss, 22. 7. 1954, in: B 122, 2079. Heuss hatte zum zehnten Jahrestag des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 eine Gedenkrede am 19. 7. 1954 in der FU Berlin gehalten. Mit dieser Rede wollte er die Verschwörer vom 20. Juli rehabilitieren und eine positive Gedenktradition begründen, um die Bundesrepublik sittlich in der Nachfolge der Attentäter zu verorten; vgl. U. BAUMGÄRTNER, Reden, S. 299–333. Generalmajor a. D. Speidel hatte sich in seinem Brief für diese Rede sehr bedankt, die „uns alle tief bewegt und innere Befreiung geschaffen“ habe. Heuss habe mit seiner Deutung „den Weg zur Erfüllung des Vermächtnisses gewiesen.“

³ So von Oberst a. D. Wolfgang Müller, 21. 7. 1954; später auch von Major a. D. Rudolf Zimmermann, 9. 8. 1954; Generalleutnant a. D. Jenö von Egan-Krieger, 16. 8. 1954, alle Schreiben in: B 122, 2079.

⁴ So vor allem das Schreiben eines Anonymus an Heuss, 21. 7. 1954, das mit den Worten endet: „Die sollen für das ganze Volk da sein, nicht nur für die Verräter und Verbrecher.“ B 122, 2079; dort auch Materialien über die Versuche des Bundespräsidialamtes und des Bürgermeisteramtes Hechingen, den Namen des Briefschreibers zu ermitteln.

⁵ Die Bundeszentrale legte die Rede den von ihr herausgegebenen staatsbürgerlichen Informationen bei. Auch auf anderen Wegen fand die Rede eine große Verbreitung und erreichte eine Gesamtauflage von 740.000 Exemplaren; vgl. U. BAUMGÄRTNER, Reden, S. 327f.

⁶ Vgl. Nr. 143, Nr. 145.

⁷ Die englische und französische Übersetzung in: B 122, 236.

⁸ Heuss hatte mit Leins vereinbart, die Rede zu veröffentlichen, und sie zu diesem Zweck wörtlich ausgearbeitet. Ferner meinte er zu seiner Ansprache: „Es ist von mir bewußt vermieden, etwa eine individuelle Geschichtswürdigung der einzelnen Teilnehmer an der Erhebung zu geben, denn das würde, da ich ja wesentlich vor den Hinterbliebenen spreche, dort einen falschen Akzent ergeben haben – warum dieser Name, warum dieser nicht? Das Hauptgewicht der Ansprache liegt also



Abb. 28: Gedenkstunde zur zehnjährigen Wiederkehr des 20. Juli 1944: Nach der Kranzniederlegung verlassen die Teilnehmer die Gedenkstätte Berlin-Plötzensee, 20. 7. 1954. 1. Reihe v.l.n.r.: Hermann Ehlers, Theodor Heuss, Konrad Adenauer, Walther Schreiber

dann sollen Sie gern ein Exemplar erhalten. Aber vielleicht werden Ihnen für Ihre „Zwecke“ auch sonst Exemplare zur Verfügung gestellt werden.

Mit guten Grüßen, auch an die Gattin,
Ihr

Th. Heuss

durchaus nicht im Historischen, sondern im Grundsätzlichen – Erörterung des Widerstandsrechtes, des militärischen Eides.“ Heuss an Leins, 16. 7. 1954, in: N 1221, 506. Die Rede erschien im Tübinger Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins 1954 unter dem Titel „Dank und Bekenntnis. Gedenkrede zum 20. Juli 1944 von Theodor Heuss“.

Nr. 238

An Dr. Toni Stolper, New York

29. Juli 1954

BArch, N 1221, 491: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹
Bundespräsidentenwahl in Berlin; Reden; Ehrung der Fußballweltmeister; Affäre John; Publikationspläne

Liebe Toni!

Für Deinen guten Brief herzlichen Dank.² Ich habe aus ihm sehr gespürt, wie Du an diesen Berliner Tagen teilgenommen hast. Sie haben einen zugleich großartigen und rührenden Charakter gehabt.

Daß man Berlin als Wahlort vorschlug, war richtig, und es traut sich niemand, das heute zu bezweifeln.³ Ich selber hatte abgelehnt, dezidierte⁴ Meinungen öffentlich abzugeben, aber doch den Leuten gesagt, wie ich mir den Ablauf der Dinge denke, mit der Alternative, evtl. am 12. September die zweite Amtsperiode in Berlin mit entsprechender „Liturgie“ zu eröffnen. Bei der Ungewißheit in Frankreich⁵ wußte man nicht recht, ob dort Einsprüche gemacht würden, weil Berlin ja in einem seltsamen Schwebezustand gegenüber der Bundesrepublik ist.⁶ Man wollte solche eventuelle unangenehme Begleitmusik bei der gesamtpolitischen Lage vermeiden. Das war vor allem der Wunsch des Bundeskanzlers. Aber die Sache ist ja gut ausgegangen, kein Mensch hat mehr davon gesprochen. Auch als vor einigen Tagen die Hohen Kommissare gemeinsam mir ihre Aufwartung machten, um ihre Glückwünsche anzubringen, ist auf dieses Kapitel im Gespräch niemand mehr zurückgekommen.

¹ Weiterer Nachweis: N 1221, 320: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Toni Stolper an Heuss, 19. 7. 1954, in: N 1221, 491. Stolper hatte über die Hochzeit ihrer Tochter berichtet und auf die Meldungen der US-Presse zur Wahl des Bundespräsidenten verwiesen.

³ Vgl. Nr. 234, Anm. 5.

⁴ In der Vorlage: „dedizierte“.

⁵ Unter dem Eindruck der Niederlage im Indochina-Krieg im Mai 1954, der Probleme der Entkolonialisierung in Nordafrika, einer anhaltenden Wirtschaftskrise und innenpolitischer Auseinandersetzungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft war am 17. 6. 1954 eine von den Gaulisten mitgetragene Regierung unter Pierre Mendès-France gebildet worden; vgl. R. RÉMOND, Frankreich, S. 526f.

⁶ West-Berlin stand unter Rechtsvorbehalten der westalliierten Besatzungs- bzw. Schutzmächte und stellte formal 1949–1990 keinen Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland dar. In Berlin, dessen Abgeordnete im Bundestag kein Stimmrecht besaßen und dessen Abgeordnetenhaus Bundesgesetze gesondert annehmen musste, befanden sich Außenstellen von Bundesministerien und eine Dienstwohnung des Bundespräsidenten. Die DDR erhob Anspruch auf West-Berlin als Teil ihres Territoriums; vgl. D. C. LARGE, Berlin, S. 389f.

Die Berliner Sache hat unter dem schlechten Wetter gelitten, so daß der „Empfang“ nach der Wahl in einem stark überfüllten Raum⁷ und nicht in der schönen Gartenanlage beim Funkturm stattfand. Aber im Anschluß daran habe ich, dem staatsmännischen Rat meines Fahrers Otto Maier folgend, etwas ziemlich Überraschendes getan: Der Weg zum Festessen im Schöneberger Rathaus war in den Zeitungen mitgeteilt worden, infolgedessen standen Tausende von Berlinern an den Rändern der Straßen. Da sagte am Bahnhof Halensee, als er die Flucht der Massen sah, Otto Maier: „Wir müssen das Verdeck wegmachen, damit die Leute Sie sehen.“ Und ich ließ mich dann in langsamer Fahrt eine halbe Stunde lang einregnen. Dieses „Opfer“ wurde von den Leuten und von der Presse hoch honoriert.

Ich habe ziemlich viel zu reden gehabt: in der Hochschule für Politik etwas über Politik als Beruf und als Wissenschaft;⁸ in dem großen Olympia-Stadion vor etwa 80.000 Menschen über Sport und darüber, daß gutes Kicken noch nicht zuverlässige Politik bedeute (zur Dämpfung des übertriebenen Presserummels im Zusammenhang mit dem Fußballsieg in Bern).⁹ Die Fußballer selber waren da und bekamen von mir eine Nadel¹⁰ und ein Diplom. Sie waren netter als die gräßlichen Sportjournalisten. Diese Rede im Olympia-Stadion hat vielen Leuten sehr gefallen und vielen sehr mißfallen. Die Menschen sind ja mit der Fußballerei verrückt. Ein katholischer deutscher Missionsbischof aus Südchile hat mir einen enthusiastischen Glückwunsch zu diesem Fußballsieg geschrieben, so daß ich ihm in der Antwort eine kleine Vorlesung über die Gefährdung der religiös-sittlichen Werte durch die Fehlschätzungen halten mußte. – Eine andere Rede hielt ich vor der Belegschaft einer interessanten Werkzeugfabrik, die von einer gescheiterten Frau geleitet wird;¹¹ eine Rede auch über Fritz Elsas, nach dem eine Straße in Schöneberg benannt worden ist.¹²

Die wichtigsten Reden hast Du ja wohl schon bekommen. Du wirst sehen, daß ich in der sozusagen programmatischen Rede vor der Bundesversammlung auch Elly gedankt habe.¹³

⁷ Der Empfang fand in dem von den USA für die Deutsche Industrieausstellung 1950 errichteten Pavillon (Marshall-Haus) auf dem Messegelände am Funkturm statt.

⁸ Heuss hatte anlässlich der Semesterfeier der Hochschule für Politik am 19. 7. 1954 gesprochen; B 122, 236.

⁹ Heuss sprach im Berliner Olympia-Stadion am 18. 7. 1954 anlässlich der Ehrung der deutschen Fußballmannschaft, die in Bern am 4. 7. 1954 mit einem Sieg über die ungarische Nationalmannschaft den Titel des Fußballweltmeisters gewonnen hatte; B 122, 235.

¹⁰ Das Silberne Lorbeerblatt.

¹¹ Rede am 19. 7. 1954 in Berlin-Wittenau beim Besuch der Firma Herbert Lindner, die Werkzeugmaschinen zur Feinstbearbeitung (Gewindeschleifen, Bohrer) herstellte; B 122, 236.

¹² Ermitteln ließ sich nur eine Rede bei der Einweihung der Ernst-Reuter-Siedlung am 18. 7. 1954, in: B 122, 235.

¹³ Rede vor der Bundesversammlung am 17. 7. 1954, in: B 122, 235, abgedruckt in: E. PIKART, Theodor Heuss, S. 366f. Über Heuss-Knapp heißt es dort: „[...] und niemand wird es mir verübeln, wenn ich in wehmütiger Dankbarkeit in dieser Stunde meiner Frau gedenke, die, diesen Weg

Wichtiger war die Rede zum 20. Juli, die vor allem auch den Kanzler sehr stark beeindruckt hat und die Ollenhauer mir gegenüber als eine „historische Tat“ bezeichnete. Sie soll von der Regierung groß verbreitet werden.¹⁴ Nach der Rede in Bergen-Belsen¹⁵ ist sie wohl die wichtigste, die ich bisher gehalten habe. Daß ich sie halten würde, war seit Jahren mein Entschluß. Es gab viel Zustimmung, vor allem auch aus alten Offizierskreisen, daneben aber natürlich auch einige schmähende Proteste – diese aber meist anonym.¹⁶

Freilich ist nun die Affäre John¹⁷ dazu gekommen, der selber ein Mann des 20. Juli war.¹⁸ Das ist eine höchst unfrohe Begleiterscheinung, psychologisch mir bis jetzt vollkommen undeutlich.¹⁹ Ich durchschaue die Situation noch nicht. Ich kannte John flüchtig schon in Berlin, Ludwig kannte ihn besser.²⁰ Er hat in der Emigration die Tochter²¹ meines Freundes Ferdinand Mainzer, des Berliner Frauenarztes, mit dem wir viel verkehrt haben, geheiratet (Verfasser von „Cäsar's Erbe“).²² Die Affäre ist der erste solche Vorgang, den wir erlebt haben,²³ den Vorfällen in

als Forderung des vaterländischen Pflichtsinns begreifend, dem Wandernden ihren menschlich und politisch klugen Rat schenkte und der Aufgabe selber ihre hilfswillige Liebeskraft opferte.“ Ebd., S. 367.

¹⁴ Vgl. Nr. 234, Nr. 237.

¹⁵ Heuss hatte am 30. 11. 1952 zur Einweihung des Mahnmals im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen gesprochen; vgl. Nr. 143, Nr. 145.

¹⁶ Vgl. Nr. 237, Anm. 4.

¹⁷ Der Präsident des Bundesverfassungsschutzamtes, Otto John, war nach der Gedenkfeier für die Opfer des 20. Juli 1944 unter nicht völlig geklärten Umständen in die DDR übergetreten und hatte dort wiederholt die Freiwilligkeit dieses Schrittes betont. Er begründete sein Verhalten mit der Sorge, die Politik Adenauers werde zu einer dauerhaften deutschen Teilung führen. Im Hintergrund standen auch seine Konflikte mit dem militärischen Abschirmdienst und dem Amt Gehlen; vgl. E. GIESEKING, Fall Otto John, S. 121–182.

¹⁸ John, der „Vertrauensmann“ des hingerichteten Widerstandskämpfers Klaus Bonhoeffer und an den Vorbereitungen zum Attentat am 20. 7. 1944 beteiligt war, hatte nach dem gescheiterten Umsturz Deutschland über Spanien und Portugal nach England verlassen; vgl. ebd., S. 24–52.

¹⁹ Emmi Bonhoefer hatte sich am 21. 9. 1949 für Johns Beschäftigung im Bundesdienst eingesetzt; B 122, 2186. Als Heuss erfuhr, dass sich John in der Bundesrepublik aufhalte, ließ er durch Klaiber nachfragen, ob er Interesse an einer Rückkehr habe und er ihn für einen geeigneten Posten in der Bundesverwaltung weiterempfehlen könne; Klaiber an John, 8. 10. 1949, in: ebd.

²⁰ Vermutlich aufgrund seiner Verbindungen zu Klaus Bonhoeffer und zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

²¹ Lucie John, geb. Mainzer, war Sängerin und als Gesangspädagogin tätig. Heuss hatte sich 1951 für sie bei dem Kölner Generalintendanten Herbert Maisch eingesetzt; vgl. Heuss an Lucie John, 13. 8. 1951; Heuss an Maisch, 13. 8. 1951, beide in: N 1221, 298.

²² FERDINAND MAINZER: Der Kampf um Caesars Erbe. Roman, Leipzig 1934; vgl. auch Heuss an Maisch, 13. 8. 1951, in: N 1221, 298. Mainzer hatte mit Heuss' verstorbenen Bruder Ludwig im Ersten Weltkrieg in einem Lazarett als Arzt gearbeitet; vgl. Heuss an Boveri, 25. 3. 1958, in: N 1221, 346.

²³ Schon 1952 war der ehemalige CDU-Politiker Günter Gereke in die DDR übergesiedelt. Im August 1954 folgte der CDU-Bundestagsabgeordnete Karlfranz Schmidt-Wittmack.

der englischen Diplomatie²⁴ vergleichbar. Ich selber habe an den Flug von Rudolf Hess²⁵ gedacht. Ob man an ihn denken darf, weiß ich nicht. Wir tapen noch vollkommen im Unsicheren.²⁶ Viele Leute sind überzeugt, daß es sich um eine Falle handelt, in die der Mann gegangen ist.²⁷

Gesundheitlich ist mir die sehr turbulente Sache, wie gehabt, sehr gut bekommen, und jetzt muß ich ein paar tausend Briefe und Depeschen sortieren. In den nächsten Tagen kommen noch ein paar „repräsentative“ Reden²⁸, dann erwarte ich Eugen Spiro, der ein paar Tage hier sein wird und mich unter allen Umständen malen will. Mitte August gehe ich mit Bott zusammen in die Ferien in den Bayerischen Wald.²⁹ Ludwig kann diesmal nicht mit, da sein Haus im Wachsen ist. Hanne geht aber mit dem Kind,³⁰ wie ich höre, in die Nähe in den Schwarzwald.

Von Hanni³¹ bekam ich einen netten kurzen Brief, den ich mit Hilfe von Fräulein Schach³² entziffern konnte. Du mußt mir mitteilen, wann sie in England ist, und dabei ihre neue Adresse angeben. Ich hoffe, daß ich das Richtige getroffen habe, wenn ich ihr eine anständige Stehuhr für den Schreibtisch als verspätetes Hochzeitgeschenk schicken werde.³³

Ende August geht dann der Betrieb wieder weiter: Weinbaukongreß in Heilbronn,³⁴ dann im September Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, den Carl. J. Burckhardt erhalten soll. Vermutlich werde ich dann in der

²⁴ Heuss bezieht sich auf den Anfang der fünfziger Jahre teilweise aufgedeckten Spionagering, bestehend aus fünf Personen, die während der dreißiger Jahre vom sowjetischen Geheimdienst angeworben wurden und auf hohen Positionen beim englischen und später amerikanischen Geheimdienst Informationen an die Sowjetunion weiterleiteten.

²⁵ Rudolf Heß, Stellvertreter Hitlers in der Parteiführung der NSDAP, war im Mai 1941 eigenmächtig nach Großbritannien geflogen, um einen Separatfrieden auszuhandeln; vgl. R. J. EVANS, Dritte Reich, Bd. III, S. 216–220.

²⁶ Vgl. zur Einschätzung des Falles „John“ auch Heuss an D. H. Müller-Brandenburg, 5. 8. 1954, in: B 122, 2079; Heuss an Ernst Ludwig Heuss, 13. 8. 1954, in: FA Heuss, Basel.

²⁷ Nach der Rückkehr Johns in die Bundesrepublik 1955 und seiner Verurteilung zu vier Jahren Zuchthaus meinte Heuss kurz vor der Entlassung Johns, es habe sich nicht um „eine eigene Verratsabsicht“ gehandelt, sondern um „ein Abenteuer, dem der Mann einfach nicht gewachsen war“; Heuss an Margret Boveri, 25. 3. 1958, in: N 1221, 346.

²⁸ Die unmittelbar nächsten Ansprachen hielt Heuss in Bonn am 30. 7. 1954 bei einem Empfang für internationale Zahnärzte, am 31. 7. 1954 in Dortmund vor der Katholischen Arbeiterjugend zum Thema „Der Staat. Aufgabe für die Jugend“ und am 1. 8. 1954 in Bad Neuenahr anlässlich des Nürburgringrennens; Redenkalender, in: B 122, 684.

²⁹ Vgl. Nr. 229.

³⁰ Schwiegertochter Hanne und Enkelkind Barbara Heuss.

³¹ Toni Stolpers Tochter Johanna, die in Oxford Geschichte und politische Wissenschaften studierte. Sie hatte 1954 den Experimentalphysiker Douglas Campbell geheiratet.

³² Heuss' Sekretärin.

³³ Die Uhr wurde Johanna Campbell 1955 über Botschafter von Herwarth zugeleitet; vgl. Heuss an Toni Stolper, 10. 6. 1955, in: N 1221, 327.

³⁴ Ansprache auf dem 42. Deutschen Weinbaukongress in Heilbronn, 29. 8. 1954, in: B 122, 236.

Paulskirche ihn literarisch und menschlich zu würdigen haben.³⁵ Ich verehere ihn ja sehr. Danach hoffe ich, daß ich ein bißchen Ruhe in dem Sinn bekomme, daß ich ein paar Monate nicht herumzufahren habe. Wenn das Glück es will, komme ich auch wieder einmal an die Erinnerungen.

Mr. Bullock, der Übersetzer der „Vorspiele“, hat mir vor ein paar Tagen geschrieben,³⁶ daß er jetzt fertig ist, und mir auch gemeldet, was er wegzulassen vorschlägt. Es sind wesenhafte Dinge aus den Nachworten und aus dem laufenden Text vielleicht vier oder fünf Seiten, die zu speziell schwäbisch sind. Ich habe dagegen keinen Widerspruch erhoben.³⁷ Ob die Geschichte mit der französischen Übersetzung, wegen der vor einiger Zeit verhandelt wurde, etwas wird, ahne ich nicht.³⁸

Die Hofmannsthal-Rede und die Rede zum 20. Juli sollen auch als kleine Schriften bei Leins erscheinen,³⁹ Hofmannsthal wohl erst zur Buchsaison. Wenn es so weit ist, schicke ich Dir natürlich auch davon Exemplare. Auch das 1848er Buch mit dem neu hinzugefügten Schlußkapitel wird wohl in diesem Herbst wieder vorliegen.⁴⁰ In der S. Fischer-Bücherei kommt eine Massenzulassungsausgabe des Buches „Schattenbeschwörung“ heraus.⁴¹

Nun bist Du also wieder einmal ins Bild gesetzt.

Viele herzliche Grüße
wie immer Dein

Theodor H.

³⁵ Burckhardt erhielt den Friedenspreis am 26. 9. 1954 in der Frankfurter Paulskirche. Abdruck der Laudatio von Heuss in: TH. HEUSS, Reden. Humanist, S. 179–187; DERS., Würdigungen, S. 92–100.

³⁶ Michael Bullock an Heuss, 13. 7. 1954, in: DLA, A: Heuss, 73.4955.

³⁷ Heuss an Bullock, 27. 7. 1954, in: DLA, A: Heuss, 73.4873. Die englische Übersetzung THEODOR HEUSS: Preludes to Life. Early Memoirs, London 1955.

³⁸ Eine französische Übersetzung kam vermutlich nicht zustande.

³⁹ Zum Druck der Rede über Hofmannsthal vgl. Nr. 200, Anm. 7, der Rede zum 20. Juli 1944 Nr. 237.

⁴⁰ Vgl. Nr. 224.

⁴¹ THEODOR HEUSS: Schattenbeschwörung. Randfiguren der Geschichte, Frankfurt a. M./Hamburg 1954.

Nr. 239

An die Redaktion der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, z. Hd. Dr. Karl Korn,
Frankfurt a. M.

30. Juli 1954

BArch, N 1221, 320: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und
ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“

Haltung zu den Bayreuther Richard-Wagner-Festspielen

Lieber Herr Korn!

Da muß ich nun doch etwas dazu sagen, daß „Heuss fehlte“.¹ Aber um Gotteswillen wollen Sie das nicht als einen Brief an die Herausgeber ansehen, sondern ich bin nur ein bißchen daran interessiert, daß Sie in der Redaktion und Herr E. D.² wissen, wie ich auf diese Mitteilung, daß Heuss fehlte, reagierte, nämlich zuerst mußte ich darüber lachen und nachher war ich etwas erstaunt, daß gerade die Frankfurter Allgemeine, die doch wohl nicht ohne Grund den Anspruch erhebt, als die beste Zeitung in Deutschland zu gelten, eine so grauenhaft alberne Geschichte gebracht hat. Herr E. D. soll ruhig diesen Brief mitlesen dürfen; wenn er mir das Wort übel nimmt, kann ich nichts dazu sagen.

Der Zufall will es, daß ich gerade ein paar Tage vorher vor der Bundesversammlung mir mein Recht ausdrücklich gewahrt habe, nicht bloß der „Repräsentationsonkel“ zu sein, sondern meine Meinung zu haben.³

Das Problem des Bundespräsidenten in Bayreuth ist an sich ja in einem Haufen von Briefen gestapelt, die eine leichte Humoreske darstellen könnten.⁴ Die will ich aber jetzt nicht erzählen. Ich habe den Herren von der Gesellschaft der Freunde Bayreuths⁵ und anderen, die immer um mich geworben haben, ja stets sehr nette eingehende Briefe geschrieben: wieso und warum nicht. Es ist nämlich so, daß gewiß Herr E. D. davon spricht, daß ich nur ein platonisches Verhältnis zur Musik habe. Ich habe nie in meinem Leben beansprucht, in allen Dingen sachlich etwas sagen zu können, und ich suche mir die Dinge, die mir persönlich Freude machen, aus.

Das Problem Bayreuth stellt sich aber für mich persönlich ganz anders dar. Ich habe zwar von der Lektüre den Eindruck, daß die Versuche der Enkel von

¹ Hinweis auf den Artikel „Heuss fehlte“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. 7. 1954, der mit dem Satz endete: „Wie schön, wie eindrucksvoll und wie fördernd wäre es, wenn auch der Bundespräsident sich entschlosse, den Mannen Richard Wagners durch sein Erscheinen zu huldigen.“

² Zeitungskürzel für Erich Dombrowski.

³ Rede vor der Bundesversammlung nach der Wahl zum Bundespräsidenten am 17. 7. 1954, abgedruckt in: E. PIKART, Theodor Heuss, S. 366f; vgl. auch Nr. 221.

⁴ Vgl. Nr. 24, Nr. 138.

⁵ Vgl. Nr. 24.

Richard Wagner sehr interessant sind, von dem Theatertechnischen aus gesehen.⁶ Aber der Herr E. D. hat eine etwas seltsame Auffassung, daß er meint, daß, wenn große gesellschaftliche und künstlerische, wie er hervorhebt, Ereignisse vorhanden sind, ich dabei sein müßte. Das ist nämlich gar nicht der Fall. Er hat auch eine völlig falsche Vorstellung, daß ich so der Reihe nach Ausstellungen, lokale Heimatspiele usw. eröffne. Da sehe ich mir nämlich vorher immer genau an, ob mich die Sache interessiert. Repräsentative Ausstellungen, von Messen abgesehen, habe ich nur [für] Hodler und Poelzig eröffnet.⁷ Und lokale Heimatspiele, die an sich sehr nett sein können, habe ich, wie Sie Herrn E. D. mitteilen können, überhaupt nicht besucht, wenn er nicht gerade Hofmannsthal in Hersfeld auch für ein lokales Heimatspiel hält. Ich gehe nämlich wegen der Kettenreaktion nicht zu lokalen Heimatspielen.

Die Situation ist so, daß ich nun in der Tat eine tiefe Abneigung gegen Bayreuth und Richard Wagner habe und zwar von meiner Jugend her.⁸ Es ist mir selber gar nicht so deutlich gewesen. Aber als ich kürzlich meine Jugenderinnerungen herausgab, habe ich etwas davon erzählt, wie in meiner Familie die Wagnerei groß gewesen ist, und habe dann in einem Anhang sogar einen Brief, den mir ein alter Freund geschickt hat, zitieren können, daß ich mit 17 Jahren schon meine Abneigung gegen Wagner zum Ausdruck gebracht habe.⁹

Ich habe den Herren von der Gesellschaft der Freunde Bayreuths gesagt, daß ich davon nie öffentlich reden würde.¹⁰ Ich bin ja auch gar nicht so dumm, um nicht zu wissen, daß Richard Wagner in irgend ein Genie gewesen ist. Aber den Herren habe ich seinerzeit geschrieben, daß Bayreuth ohne mich seine Plätze füllen wird,¹¹ und ich werde mich bemühen, den Rest meiner Jahre auch ohne Bayreuth zuzubringen.

Ich habe selber von den Dingen öffentlich nie gehandelt und will das auch nicht tun, denn es scheint mir eine überflüssige Wichtigtuerei zu sein. Aber daß gerade die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die doch Niveau hat und schließlich ein Gefühl dafür haben muß, daß ich nicht „Repräsentationsonkel“ bin, diesen Artikel brachte, das hat mich ein bißchen enttäuscht. Der Schluß-Satz dieses Aufsatzes ist eine totale Verkennung der Situation. Erstens wäre es gar nicht ein-

⁶ Wieland und Wolfgang Wagner hatten anstelle ihrer Mutter, der wegen ihrer engen Verbindung zum Nationalsozialismus und ihrer persönlichen Beziehungen zu Hitler von der Festspielleitung zurücktreten musste, eine Modernisierung des Aufführungsstils in Bayreuth angestrebt; vgl. zur ersten Nachkriegsinszenierung 1951 B. HAMANN, Winifred Wagner, S. 574–578.

⁷ Heuss hatte am 17. 2. 1951 die Poelzig-Ausstellung in Krefeld und am 7. 7. 1954 die Hodler-Ausstellung in Köln eröffnet; Ansprachen abgedruckt in: TH. HEUSS, Würdigungen, S. 106–114, S. 101–105.

⁸ Vgl. Nr. 138.

⁹ Vgl. TH. HEUSS, Vorspiele, S. 134f, 330f; vgl. Nr. 138.

¹⁰ Vgl. Nr. 24, Anm. 12.

¹¹ Vgl. Nr. 24.

drucksvoll und gar nicht fördernd gewesen, wenn ich nach Bayreuth gekommen wäre, denn die Spiele sind ja auch ohne mich ausverkauft (darauf habe ich schon vor Jahren die Herren einmal aufmerksam gemacht),¹² und zweitens: Wie komme ich dazu, den „Mannen“ Richard Wagners, wie es bei Euch heißt, (vermutlich soll es heißen „den Manen“) durch meine Anwesenheit zu huldigen und damit mich in Widerspruch zu meiner inneren Bewertung des geistigen Phänomen Wagner zu bringen. Dieses für mich gräßliche Gemisch von Romantik, Weltanschauung und Technik. Über die Musikdinge habe ich kein Judicium. Aber ich bin auch kein Fremdenverkehrsartikel und auch nicht durch meinen Eid auf das Grundgesetz verpflichtet, nun dort mitzuhuldigen, wo die Welt einer solchen Sache huldigt, die mir innerlich selber fremd ist.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Th. Heuss

Nr. 240

An Luise Gürtner, München 13

30. Juli 1954

BArch, B 122, 2079: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Th. H.“¹

Beurteilung des ehemaligen Reichsjustizministers Franz Gürtner

Sehr geehrte Frau Dr. Gürtner!

Daß die Bemerkung, die ich in meiner Berliner Ansprache zum Gedächtnis des 20. Juli 1944 über den Justizminister des Jahres 1934 gemacht habe,² Sie betroffen hat, verstehe ich, und ich respektiere auch Ihre Einwände.³ Aber sie vermögen nicht, meine Geschichtsbewertung zu ändern.

¹² Vgl. Nr. 24.

¹ Az. B/1/54-Slg.; Verfügung: „Vor Abgang St[aats]S[ekretär] z[ur] K[enntnis]“; Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; hs. Vermerk: „hat vorgelegen“ mit Paraphe vermutlich von Klaiber; weiterer Nachweis: N 1221, 320: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Heuss hatte in seiner Gedenkrede zum zehnten Jahrestag des Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 ausgeführt: „Aber die geschichtlich und staatsmoralisch entscheidende Peripetie des deutschen Schicksal erfolgte jetzt vor zwanzig Jahren im Juli 1934, als ein deutscher Justizminister seinem Auftraggeber gefügig war, durch ein Gesetz der nachträglichen globalen Rechtfertigung von Morden, die einen parteiinternen Machtkampf begleiteten, das Rechtsbewußtsein im Innersten zu erschüttern“; abgedruckt in: TH. HEUSS, Politiker, S. 433.

³ In ihrem Schreiben vom 27. 7. 1954 hatte Luise Gürtner die Aussage von Heuss über ihren Mann „sachlich unrichtig“ genannt, und sie bedauerte „die ungeheuerliche Beschuldigung“, die

Ich weiß, daß Ihr Gatte kein Nationalsozialist gewesen ist.⁴ Aber ich weiß auch, daß seine Haltung Anfang Juli 1934 gerade Menschen, die ihn kannten, aufs tiefste erschüttert hat.

Die Situation der Berliner Veranstaltung scheint Ihnen unklar zu sein; ich habe nicht, wie Sie offenbar annehmen, „zur Jugend“ gesprochen, sondern den Kern der Anwesenden bildeten die Angehörigen der Opfer jenes Juli 1944. Niemand wird die Empfindung gehabt haben, daß ich Ihren Gatten als „Verbrecher“ hätte kennzeichnen wollen, wie Sie annehmen, aber jedermann wird gespürt haben, daß ich es als geschichtliche Schuld betrachtete und betrachte, daß mit einem Gesetz ex post ein organisierter Massenmord, dem kein Rechtsakt voranging, als rechtens erklärt wurde.⁵

Ich wohnte damals in Lichterfelde – der Wind trug den Nachhall der Exekutionen zu uns. Die Menschen, um die es dabei ging, waren mir völlig fremd, aber immerhin, es waren Menschen ... Keiner hatte die Möglichkeit, über seine individuelle Schuld oder Unschuld in einem geregelten Verfahren zu handeln.

Sie machen darauf aufmerksam, daß Ihr Gatte Hitler veranlaßt hat, in seiner Erklärung⁶ mit dem Hinweis, daß er als „Oberster Gerichtsherr“ entschieden habe, die eigene Verantwortung zu unterstreichen.⁷ Diese Mitteilung hat auf mich wenig Eindruck machen können. Ich bin kein Jurist, aber einen „Obersten Gerichtsherrn“ gab es nicht und gibt es nicht oder doch nur in der Form des Rechtes, Gnade zu erweisen, nicht in dem Recht der gnadenlosen Willkür.

Es konnte nicht der Sinn meiner Ansprache sein, die zeitlich begrenzt war, einen Geschichtsablauf darzustellen. Deshalb sprach ich⁸ nichts von der peinlichen

ihn „auf das schwerste belastet“. Die Jugend, vor der Heuss gesprochen habe, müsse glauben, es handele sich bei Gürtner „um einen Verbrecher großen Stils“. Dabei gehe die Widerstandsbewegung vom 20. 7. 1944 auch auf ihn zurück. Sie hielt es für möglich, daß der plötzliche Tod Gürtners auf Vergiftung im Auftrag Heinrich Himmlers zurückzuführen sei. Luise Gürtner hoffte, Heuss werde „denen Verständnis entgegenbringen und versuchen, ihnen gerecht zu werden, die sich um das Wohl Deutschlands unter schwierigsten innenpolitischen Verhältnissen bemüht haben“; B 122, 2079.

⁴ Gürtner gehörte in den Jahren der Weimarer Republik der deutschnationalen Bayerischen Mittelpartei an.

⁵ Auf Gürtner ging das sogenannte Staatsnotwehrgesetz vom 3. 7. 1934 zurück, mit dem nachträglich der Versuch einer juristischen Rechtfertigung der Morde während der Röhm-Affäre unternommen wurde; RGBl. 1934 I, S. 529.

⁶ Erklärung der Reichsregierung durch Hitler vor dem Reichstag, 13. 7. 1934, in: RT-Bd. 458, S. 21–32. Hitler erklärte nach den Morden im Zuge der Röhm-Affäre: „In dieser Stunde war ich verantwortlich für das Schicksal der deutschen Nation und damit des deutschen Volkes oberster Gerichtsherr.“ Ebd., S. 30.

⁷ In der Kabinettsitzung vom 3. 7. 1934 hatte Hitler sich mit dem Kapitän eines Schiffes verglichen, der eine Meuterei niedergeschlagen habe; vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Regierung Hitler, Teil I, Bd. 2, S. 1357.

⁸ In der Vorlage: „ist“.

Sache Fritsch⁹ und nichts Breiteres von den möglichen und tatsächlichen Beziehungen des Widerstandskreises, der in seinen Rändern, nach der Lage der Dinge, unscharf war. Das hätte den Sinn dieser Rede gesprengt, der wesenhaft Wesen und Grenze des Treueids zum Gegenstand hatte.

Die kommende Geschichtsdarstellung wird über den Ablauf der Dinge und die persönliche Haltung dieses und jenes Mitwirkenden Klärung zu bringen haben – über ihre Quellen verfüge ich nicht.

Es gibt eigentümliche Zufälle. In dem gleichen Stoß, in dem Ihr Brief mir vorgelegt wurde, fand sich das Schreiben der Witwe eines ehemaligen Reichsanwalts,¹⁰ der in einem sowjetischen Lager gestorben ist. Die mir völlig fremde Dame macht gerade dies zur Mitte ihres bewegenden Schreibens, mir, wie sie glaubt, auch im Sinne ihres Mannes zu danken, daß ich von der Situation im Beginn des Juli 1934 gesprochen habe. Sie schildert die Wirkung jener Entscheidung auf ihren Gatten, das aus einem langen Schweigen ausbrechende: „Das ist das Ende des Reiches.“

Es ist hart, daß ich das schreibe. Es geschieht nicht, um Ihnen wehe tun zu wollen. – Das ist, glaube ich, nicht meine Art. Aber ich weiß, daß ich in meiner Beurteilung nicht der Person Ihres Gatten, den ich gar nicht kannte, sondern der Wirkung jenes von ihm geschichtlich verantworteten Gesetzes gerade auch im Kreise von der Rechtskontinuität dienenden Menschen ganz gewiß nicht allein stehe. Sicher habe ich keinerlei Widerspruch erfahren.

Sollte die Geschichtsforschung ergeben, daß ich Unrecht habe, so werde ich mich ihr gerne beugen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Th. Heuss

⁹ Im Februar 1938 wurde der Oberbefehlshaber des Heeres, Werner Freiherr von Fritsch, entlassen, weil er wegen seiner vermeintlichen Homosexualität erpressbar erschien. Fritsch wurde noch im selben Jahr vom Reichskriegsgericht wegen erwiesener Unschuld freigesprochen und von Hitler öffentlich rehabilitiert, ohne seinen Posten wieder zu erhalten. Zusammen mit der Krise um den Reichskriegsminister Werner von Blomberg, an dessen Heirat mit einer ehemaligen Prostituierten Hitler als Trauzeuge teilgenommen hatte, nutzte Hitler diesen Vorfall zu einem großen Revirement in der Wehrmacht, deren Oberbefehlshaber er von nun an war; vgl. K. H. JANSSEN / F. TOBIAS, Sturz.

¹⁰ Käthe Nagel an Heuss, 22. 7. 1954, in: B 122, 2079. Heuss dankte Nagel am 2. 8. 1954 für ihr Schreiben; ebd.

Nr. 241

An Ursula Backe, Hannover

2. August 1954

BArch, B 122, 2079: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch), von Bott paraphiert und ms. gez.¹

Kritik an der Rede von Theodor Heuss zum 20. Juli 1944

Sehr geehrte Frau Backe!

Der Herr Bundespräsident hat Ihren Brief vom 26. 7.² gelesen und anerkennt gern die Motive, die Sie zu diesem Schreiben veranlaßt haben, wenn er auch die Bemerkung, daß er die „innere Feindschaft zwischen den deutschen Menschen verewigt wünscht“, als eine etwas anmaßende und pharisäische Formulierung ansieht. Dr. Heuss hat das Gefühl, daß Sie den inneren Sinn seiner Rede³ nicht erfaßt haben, nämlich die Grenze darzustellen, wo die Staatsmacht sich übernimmt und das Widerstandsrecht sittlich begründet.⁴

Dr. Heuss weiß, daß es auch unter den Nationalsozialisten Menschen reinen Willens gegeben hat, und denkt nicht daran, nun aus deren Verfolgung ein Gewerbe zu machen. Er kann aber eine solche Auffassung gegenüber Herrn Hitler und seiner näheren Umgebung nicht gelten lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Hans Bott)

Persönlicher Referent des Bundespräsidenten

¹ Az. B/1/54-Slg.-; Absendestempel vom 3. 8. 1954 mit nicht auflösbarer Paraphe; weiterer Nachweis: N 1221, 321: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Backe hatte Heuss vorgeworfen, mit dessen Rede zum Gedenken an die Widerstandskämpfer, die am 20. 7. 1944 das Attentat auf Hitler verübt hatten, die Nation zu spalten und diejenigen aus der nationalen Gemeinschaft auszustoßen, die auch als Nationalsozialisten „reinen Willens“ gewesen seien; Backe an Heuss, 26. 7. 1954, in: B 122, 2079.

³ Vgl. zur Rede „Dank und Bekenntnis“ am 19. 7. 1954 vor der FU Berlin Nr. 234, Nr. 237.

⁴ Heuss legitimierte in seiner Rede den Eidbruch der Attentäter gegenüber ihrem obersten Befehlshaber und das Widerstandsrecht aus dem Grenzfall einer verbrecherischen Staatsführung, welche selber mehrfach eidbrüchig geworden sei und die Gegenseitigkeit eines Treueides nicht kannte: „Hitler war es, der den Widerstand provoziert hat.“ TH. HEUSS, Politiker, S. 433–463; vgl. auch U. BAUMGÄRTNER, Reden, S. 314–320.

Nr. 242

An A. Hirtenfelder, Wien

3. August 1954

BArch, B 122, 2079: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Bk), von Bott paraphiert und ms. gez.¹

Polemik gegenüber der Rede von Theodor Heuss zum 20. Juli 1944

Sehr geehrter Herr Hirtenfelder!

Der Herr Bundespräsident hat Ihren Brief² gelesen. Er beabsichtigt, Sie nicht in dem Glücksgefühl zu beschweren, Adolf Hitler für den größten Deutschen zu halten, sofern Sie es für ein Zeichen der Größe ansehen, ein Volk in das Unglück zu bringen.

Ihre Bemerkung, das von Dr. Heuss benutzte Zitat³ sei richtig in Anwendung auf Brüning und Schuschnigg, gibt dem Bundespräsidenten Anlaß, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß dieses Zitat aus einer Zeit stammt, wo diese Männer noch nicht Geschichtsfigur in dem gedachten Sinn waren.

Über Ihre Geschichtsauffassung will sich der Bundespräsident nicht mit Ihnen auseinandersetzen. Diese vulgäre These von dem Wirtschaftsneid, der immer das Unglück über die Völker bringe,⁴ ist ja schon in den 20iger Jahren geläufig gewesen. Sie ist primitiver Marxismus, ohne daß die, die damit hantieren, sich dessen bewußt sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Hans Bott)

Persönlicher Referent des Bundespräsidenten

¹ Az. B/I/54-Slg.-; Absendestempel vom 4. 8. 1954 mit nicht auflösbarer Paraphe; weiterer Nachweis: N 1221, 321: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Hirtenfelder an Heuss, 30. 7. 1954, in: B 122 2079. Anlässlich der Rede von Heuss zum zehnten Jahrestag des Attentats auf Hitler vom 20. 7. 1944 hatte der Dentist Hirtenfelder Hitlers Verdienste um Deutschland und Österreich gerühmt und die Attentäter um Stauffenberg als Verräter und „Lumpen“ bezeichnet.

³ Heuss hatte in seiner Rede „Dank und Bekenntnis“ aus Hitlers Schrift „Mein Kampf“ (1925) zitiert: „Wenn durch die Hilfsmittel der Regierungsgewalt ein Volkstum dem Untergang entgegengeführt wird, dann ist die Rebellion eines jeden Angehörigen eines solchen Volkes nicht nur Recht, sondern Pflicht. Menschenrecht bricht Staatsrecht!“ TH. HEUSS, Politiker, S. 437.

⁴ Hirtenfelder hatte behauptet, dass Deutschland vor allem aus wirtschaftlichen Gründen bekämpft worden sei, um sich einer Konkurrenz im Welthandel zu entledigen; wie Anm. 2.

Nr. 243

An den Kanzler des Ordens Pour le mérite (Friedensklasse), [Tübingen]

4. August 1954

BArch, B 122, 38252: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung, ohne Anrede;¹ Kopfbogen: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland“²

Bundespräsident als Protektor des Ordens Pour le mérite

Dem Ersuchen des Ordenskapitels, über die Friedensklasse des Pour le mérite in meiner Eigenschaft als Präsident der Bundesrepublik das Protektorat zu übernehmen und zugleich die in ihrer neuen Fassung (vom 1. Juni 1953) mir vorgelegten Satzungen zu bestätigen, will ich gerne nachkommen.³

Der Charakter des Ordens als eine Vereinigung mit autonomer Entscheidung über die Mitgliedschaft wird dadurch nicht berührt werden. Das Kapitel hat sich entschlossen, worüber ich sehr froh bin, jene von 1842 bis 1918 geltende Bestimmung wieder in Kraft zu setzen, nach der – ziffernmäßig begrenzt – auch ausgezeichnete Gelehrte und Künstler fremder Staatsangehörigkeit in den Kreis der Ordensträger einbezogen werden konnten. Das fiel nach 1918 hinweg, weil die Bestimmungen der Weimarer Verfassung hier lähmend wirkten; die nationalsozialistische Regierung wollte ja den Pour le mérite (Friedensklasse), feindlich gegen das Recht der Selbstentscheidung, völlig auslöschen. Er ist jetzt in seiner alten Würde wieder hergestellt, und ich zweifle nicht, daß die Achtung, die ihm das deutsche Volk immer bekundet und das Ausland nie versagt hat, eine neue Festigung erfährt. Das soll auch, zumal in Ansehung der Ausweitung in den außerdeutschen Geistesbezirk, darin seinen Ausdruck finden, daß das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland die Verpflichtung eines pfleglichen Schutzes übernimmt.

Der Bundespräsident
Der Bundeskanzler

Theodor Heuss
Adenauer

¹ Kanzler war Littmann.

² Weiterer Nachweis: B 122, 38252: hs. Schreiben, Entwurf. Dem Schreiben war ein ebenfalls auf den 4. 8. 1954 datiertes Anschreiben von Heuss an Adenauer beigelegt, in dem Heuss u. a. bat, Adenauer möge das beigelegte Schreiben an Littmann gegenzeichnen; vgl. TH. HEUSS / K. ADENAUER, Unserem Vaterlande zugute, S. 160f.

³ Vgl. Nr. 226.

Nr. 244

An Rudolf Alexander Schröder, Bergen, Oberbayern

5. August 1954

DLA, A: Schröder, HS. 1999.0012: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Theodor Heuss“¹

Thomas Mann und der Orden Pour le mérite

Verehrter lieber Dr. Schröder!

Freundlichen Dank für Ihren so ausführlichen Brief!²

Mit Thomas Mann ist es so: Ich habe an Sie und Schneider in dieser Sache durch Bott schreiben lassen,³ weil es ja an Euch liegt, rechtzeitig darüber sich Gedanken zu machen. Ich selber bin an der Frage, ob Thomas Mann nun den Pour le mérite bekommen soll, gar nicht interessiert.

Ich kenne nichts von seinen letzten Büchern, bin aber verpflichtet worden, um mein Bildungsniveau zu halten, den „Dr. Faustus“ einmal zu lesen.⁴ Persönlich kenne ich Mann nur von einer Jahrzehnte zurückliegenden gesellschaftlichen Begegnung.⁵

Es kommt darauf an, ob Sie und Schneider, da man ja auf Euch hören wird, eine solche Anregung geben wollen. Wenn das aber geschieht, wird es richtig sein, daß schon vorher eine vertrauliche Aufklärung mit anderen Mitgliedern sich vollzieht, weil sonst unter Umständen am 31. Mai n[ächsten] J[ahres] eine polemische Auseinandersetzung erfolgt und dies ja⁶ bei der Undichte aller Dinge ein paar Tage vor dem 80. Geburtstag von Thomas Mann⁷ publik wird. Das muß aber ja aus Anstand unter allen Umständen vermieden werden.⁸ Polemiken um ihn wird es ganz sicher bei seinem 80. Geburtstag sowieso geben.⁹

¹ Weitere Nachweise: N 1221, 321 und B 122, 2314: ms. Schreiben, Durchschlag mit Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“.

² Ließ sich nicht ermitteln.

³ Bott (diktirt von Heuss) an Reinhold Schneider und Rudolf Alexander Schröder, 29. 7. 1954, beide in: N 1221, 320.

⁴ THOMAS MANN: Dr. Faustus. Das Leben des deutschen Tonsetzers Adrian Leverkühn, erzählt von einem Freunde, Stockholm 1947.

⁵ Diese Begegnung lässt sich nicht datieren. Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um das „Schund- und Schmutzgesetz“ geriet Heuss 1926 mit Mann aneinander; vgl. Nr. 209, Anm. 10; TH. HEUSS, Bürger, S. 277, Anm. 8; vgl. außerdem den Artikel [THEODOR HEUSS]: Thomas Mann, in: Die Hilfe 41, Nr. 11, 1. 6. 1935, S. 262f.

⁶ In der Vorlage folgt: „nachdem“.

⁷ 6. 6. 1955.

⁸ 1955 erhielt Thomas Mann den Orden Pour le mérite.

⁹ Thomas Mann hatte sich als Emigrant ab 1940 an einer monatlichen Radiosendung „Deutsche Hörer!“ mit fünf- bis achtminütigen Ansprachen beteiligt, welche die BBC über Langwelle auch nach Deutschland ausstrahlte; vgl. H. WEIDENHAUPT, Gegenpropaganda. Auch nach 1945 äußerte

Ende September werde ich in Frankfurt Carl. J. Burckhardt den Friedenspreis der Deutschen Verleger¹⁰ überreichen.

Jetzt aber fahre ich zunächst mit Bott in den bayerischen Wald.¹¹ Ich habe aber schon einmal gesagt, ich glaubte nicht, daß mich dort die Stille der Stifterschen Wälder¹² erwartet, sondern recht rustikale Blechmusik.

Mit guten Grüßen
wie immer Ihr

Theodor Heuss

Nr. 245

An Dr. Gebhard Müller, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg,
Stuttgart-O.

7. August 1954

BArch, B 122, 2238: ms. Schreiben, Durchschlag, von Heuss diktiert (Diktatz. H/Sch) und ms. gez.; ms. Briefkopf: „Theodor Heuss“¹

Einführung eines Nationalfeiertages

Verehrter, lieber Herr Ministerpräsident!

Freundlichen Dank für Ihren Brief vom 3. 8., in dem Sie mir ihre Reflexionen über das Problem des Nationalfeiertages mitteilen.²

Seien Sie bitte durchaus überzeugt, daß ich Ihren Standpunkt sehr teile. Wir sind in die Gefahr geraten, in der Feiertagstechnik unbewußt die Erben der Nationalsozialisten zu werden, die freilich noch mehr große Festtage hatten: außer dem 30. Januar³ haben sie den 1. Mai⁴ dazu gerechnet, dann ihre Parteitage, das Bückeberg-Fest⁵ und schließlich die Erinnerung an den Putsch von 1923⁶.

er sich kritisch zur politischen und geistigen Lage in Westdeutschland; vgl. H. HARPPRECHT, Thomas Mann, Bd. 2, S. 1617–1638, 1667–1689.

¹⁰ Richtig: Friedenspreis des deutschen Buchhandels; vgl. Nr. 237, Anm. 35.

¹¹ Vgl. Nr. 229.

¹² Vermutlich Bezug auf Adalbert Stifters Erzählung „Der Hochwald“ (1842/44).

¹ Az. I/18/04; Stempel: „Pers[önlichem] Ref[erenten] vorgelegen“; weiterer Nachweis: N 1221, 321: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Müller an Heuss, 3. 8. 1954, in: B 122, 2238. Müller hatte gegenüber Heuss kritisiert, dass die zunehmende Begehung von Gedenktagen wie dem 7. September, dem 17. Juni oder dem 20. Juli die Einführung eines gemeinsamen Nationalfeiertages erschweren würde.

³ Als Tag der Ernennung der Regierung Hitler durch den Reichspräsidenten von Hindenburg 1933.

⁴ Der 1. Mai wurde in Deutschland 1933 als gesetzlicher „Feiertag der nationalen Arbeit“ eingeführt.

⁵ Das von den Nationalsozialisten eingeführte Reichserntedankfest, das 1933–1937 auf dem Bückeberg nahe Hameln gefeiert wurde; vgl. B. GERLDERBLOM, Reichserntedankfeste.

⁶ Der gescheiterte Putsch von Hitler und Ludendorff am 8./9. 11. 1923 in München, um die Regierungsgewalt im Reich zu übernehmen. Nach der Übernahme der Regierungsgewalt 1933 gedach-

Ich selber bin durchaus der Meinung, daß hier etwas sparsamer hätte gearbeitet werden müssen. Die Dinge haben ja eine realistische Seite und zu gleicher Zeit eine symbolische Seite. Mir ist es insofern, als im letzteren Fall die Phantasie der Bevölkerung in irgend angeregt sein muß, wichtig, daß nicht alles sich im Urlaub befindet. Ich habe in der Weimarer Zeit oft genug zum 11. August⁷ geredet, der ein höchst unglücklicher Termin war: die Kinder in den Ferien, die Lehrer und Beamten zum großen Teil in den Ferien. Meine treuesten Hörer waren, wenn ich in einer Militärstadt sprach, die Offiziere, die bieder dasaßen, und die Mannschaften, die abkommandiert worden waren.

Der 7. September ist vermutlich auch etwas eine Krampf-Lösung, weil der Zusammentritt der Bundesversammlung eine unpathetische und eigentlich zunächst geschäftstechnische Angelegenheit gewesen ist. Aber aus dem Handgelenk konnte ich mich nicht gegen den Termin als Nationalfeiertag wehren, weil irgendwie der Versuch gemacht werden mußte und muß, das Einheitsbewußtsein sich darstellen zu lassen.

Als im vergangenen Jahr aus der spontanen Haltung des Bundestages heraus der 17. Juni unter dem Eindruck der Erhebung in Berlin zum Nationalfeiertag deklariert wurde, habe ich dem Herrn Bundesminister Dr. Lehr meine stärksten Bedenken dagegen zum Ausdruck gebracht,⁸ freilich etwas im Hinblick darauf, daß die erste Wiederkehr in die Nähe der 10. Wiederkehr des 20. Juli 1944 fallen werde und die beiden Tage in ihrem eingeborenen Pathos sich stören müßten. Aber der Bundestag hat damals den Beschluß gefaßt. Mir ist auf der anderen Seite auch deutlich genug gewesen, daß auch der 20. Juli nicht zum Nationalfeiertag werden kann. Man kann ein mißglücktes Attentat nicht zum historischen Feiertag machen, zumal ja immer wieder auch Gegensatzhaltungen dabei aufgerissen werden.

Aber was ich Ihnen diktiere, sind ja eigentlich auch nur Reflexionen der Verlegenheit.

Mir ist ja ganz deutlich, daß der kommende Nationalfeiertag der sein wird, an dem – Gott gebe es – in nicht zu ferner Zeit die deutsche Einheit wiederhergestellt sein wird.⁹ Dieser Tag wird, auch wenn an ihm vielleicht nur ein paar Unterschriften geleistet werden, aus sich selber heraus ein Geschichtspathos erzeugen. Aber das kann man ja publizistisch-propagandistisch schwer vortragen. Ich selber muß im Deklarieren solcher Dinge vorsichtig sein, nachdem ich mit meinem aus meinem inneren seelischen Bedürfnis entstandenen Versuch, den Deutschen

ten die Nationalsozialisten dieses Ereignisses in jährlichen, aufwändig gestalteten Totenfeiern in München.

⁷ Der Tag der Verkündung der Weimarer Reichsverfassung 1919.

⁸ Vgl. Nr. 179.

⁹ Am 3. 10. 1990, als der deutsche Einigungsvertrag wirksam wurde.

eine neue Nationalhymne zu geben, von den Parteien, zumal von Schumacher, desavouiert worden bin.¹⁰ Und zwar nicht aus persönlicher Ängstlichkeit, sondern weil es sich ergibt, daß hier eben ein Abstimmen der staatlichen und der popularen Kräfte vorher erfolgt sein muß. Ich würde es eigentlich für ganz gut halten, wenn evtl. innerhalb des Bundesrates einmal irgendein Unterausschuß sich mit der Frage beschäftigt, aus dem einfachen Grund, weil ja die Durchführung der Dinge immer bei den Landesregierungen und den Landesverwaltungen liegen wird.

Im übrigen ist eine alte, vielleicht etwas skurrile Idee von mir, man möge eine Umfrage machen, wie viele Mitglieder des Bundestages bzw. der Landtage im Besitze einer schwarz-rot-goldenen Fahne sind und sie an den Festtagen aufzeigen. Ich habe zu der skeptischen Überlegung leider Anlaß.¹¹

Sie haben in den letzten acht Tagen turbulente Dinge in der alten Heimat gehabt.¹² Sie werden aber, denke ich, darüber hinwegkommen. Die Lösung, die getroffen wurde, war nach dem Vorangegangenen die einzig mögliche.

Mit guten Grüßen
Ihr

Th. Heuss

¹⁰ Vgl. Nr. 109.

¹¹ Vgl. Nr. 142.

¹² Heuss dürfte sich damit auf die Differenzen zwischen Bundesfinanzminister Schäffer und dem baden-württembergischen Wiedergutmachungsbeauftragten Otto Küster beziehen. Schäffer hatte eine Rede Küsters als Verunglimpfung seiner Mitarbeiter bezeichnet und die Teilnahme an Verhandlungen in Anwesenheit Küsters abgelehnt. In der Konsequenz dieser Auseinandersetzung hatte der baden-württembergische Ministerrat das Mandat des Sozialdemokraten Küster zum Jahresende aufgekündigt; vgl. Kabinettsitzung der Bundesregierung vom 28. 7. 1954, in: KABINETTSPROTOKOLLE 1954, S. 339f.

Anhang

Bildnachweis

- Abb. 1, S. 108:** Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, B 145 Bild-48317
- Abb. 2, S. 117:** Abbildung: BArch, B 136, 4615
- Abb. 3, S. 182:** Foto: Jean Schneider; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, B 145 Bild-65358
- Abb. 4, S. 192:** Abbildung in: K. GOEBEL, Streit, S. 130
- Abb. 5, S. 199:** Abbildung: Rheinisches Bildarchiv, ML 76/2862, RBA 58609
- Abb. 6, S. 211:** Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, B 145 Bild-71209
- Abb. 7, S. 214:** Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, B 145 Bild-8427
- Abb. 8, S. 227:** Abbildung: BArch, B 122, 2155
- Abb. 9, S. 248:** Foto: FA Heuss, Basel
- Abb. 10, S. 252:** Foto: Walter Boje; Kornelia Boje, Berlin
- Abb. 11, S. 255:** Abbildung: BArch, N 1221, 298
- Abb. 12, S. 261:** Foto: Georg Munkler; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, B 145 Bild-160087
- Abb. 13, S. 270:** Abbildung: BArch, B 122, 443
- Abb. 14, S. 279:** Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, B 145 Bild-7947
- Abb. 15, S. 333:** Abbildung: HStAS, Q 1/8, 334
- Abb. 16, S. 360:** Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, B 145 Bild-19487
- Abb. 17, S. 362:** Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, B 145 Bild-19252
- Abb. 18, S. 364:** Abbildung: FA Heuss, Basel
- Abb. 19, S. 374:** Abbildung: AdK, Leonhard Frank Archiv, 19/1
- Abb. 20, S. 394:** Abbildung: Bundesverfassungsgericht, Archiv, Karlsruhe/Koblenz, Verfahren 1 PBvV 1/52
- Abb. 21, S. 428:** Abbildung: AdsD, NL Frank
- Abb. 22, S. 474:** Abbildung: FA Heuss, Basel
- Abb. 23, S. 476:** Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, B 145 Bild-86521
- Abb. 24, S. 490:** Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, B 145 Bild-128186
- Abb. 25, S. 511:** Abbildung: BArch, B 122, 4615
- Abb. 26, S. 535:** Foto: FA Heuss, Basel
- Abb. 27, S. 547:** Abbildung: FA Heuss, Basel
- Abb. 28, S. 564:** Foto: Landesarchiv Berlin, F Rep. 290, Nr. 34557/Theodor Heuss

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
a. D.	außer Dienst
AdK	Akademie der Künste
AdL	Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich Ebert Stiftung
AG	Aktiengesellschaft
ap	Associated Press
Art.	Artikel
Az.	Aktenzeichen
BArch	Bundesarchiv
BASF	Badische Anilin- und Soda-Fabrik AG
BBC	British Broadcasting Corporation
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
BDM	Bund Deutscher Mädel
BDVP	Bremer Demokratische Volkspartei
BGBL	Bundesgesetzblatt
BprA	Bundespräsidialamt
BVP	Bayerische Volkspartei
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
Diktatz.	Diktatzeichen
DLA	Deutsches Literaturarchiv, Marbach am Neckar
DM	Deutsche Mark
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei (in Württemberg 1866–1918)
DP	Deutsche Partei (1946–1980)
dpa	Deutsche Presseagentur
DPD	Demokratische Partei Deutschlands
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DRP	Deutsche Reichspartei
DSfP	Deutsche Staatspartei
DtVP	Deutsche/Süddeutsche/Demokratische Volkspartei
DVA	Deutsche Verlags-Anstalt

DVP	Deutsche Volkspartei (1918–1933)
DVP	Demokratische Volkspartei (nach 1945)
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FA	Familienarchiv
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FIFA	Fédération Internationale de Football Association
FU	Freie Universität
FVP	Fortschrittliche Volkspartei
gez.	gezeichnet
GG	Grundgesetz
GLAK	Generallandesarchiv Karlsruhe (Landesarchiv Baden-Württemberg)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GStA PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
HJ	Hitlerjugend
hs.	handschriftlich
HStA	Hauptstaatsarchiv
HStAS	Hauptstaatsarchiv Stuttgart (Landesarchiv Baden-Württemberg)
IG	Industriegewerkschaft
IHK	Industrie- und Handelskammer
KMK	Kultusministerkonferenz
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KZ	Konzentrationslager
LDP	Liberal-Demokratische Partei
MAN	Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MdL	Mitglied des Landtages
MdNV	Mitglied der Nationalversammlung
MdPR	Mitglied des Parlamentarischen Rates
MdR	Mitglied des Reichstages
MdVL	Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung
Min.Dir.	Ministerialdirektor
Min.Rat	Ministerialrat
ms.	maschinenschriftlich
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDP	Nationaldemokratische Partei (1945–1950)
NL	Nachlass

Abkürzungen

NLP	Niedersächsische Landespartei
NOK	Nationales Olympisches Komitee
NS	nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
OMGUS	Office of Military Government for Germany, United States
P.E.N.	Poets, Playwrights, Essayists, Editors, Novellists
PA	Privatarchiv
RDI	Reichsverband der Deutschen Industrie
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RT-Bd.	Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte und Anlagen
RWWA	Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln
SA	Sturmabteilung
SBB PK	Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SDS	Schutzverband deutscher Schriftsteller
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFB	Sender Freies Berlin
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRP	Sozialistische Reichspartei
SS	Schutzstaffel
StadtA	Stadtarchiv
StBKAH	Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus
Tgb.	Tagebuch
TH	Technische Hochschule
UA	Universitätsarchiv
UB	Universitätsbibliothek
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNO	United Nations Organization
USA	United States of America
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WEU	Westeuropäische Union
z. Kts.	zur Kenntnis

Quellen und Literatur

Ungedruckte/archivalische Quellen

Akademie der Künste, Berlin

Leonhard Frank Archiv

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn

Nachlass Ludwig Frank

Nachlass Gustav Heinemann

Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Gummersbach

A 1 (FDP-Bundesparteitage)

N 1 (Nachlass Thomas Dehler)

N 14 (Nachlass Erika Fischer)

Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin

I-056 (Nachlass Josef Beyerle)

Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin

Nachlass Otto Hahn

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München

Staatskanzlei

Bundesarchiv, Freiburg

N 810 (Nachlass Gottfried Hansen)

Bundesarchiv, Koblenz

B 122 (Bundespräsidialzeit, Amtszeit Theodor Heuss), auf Mikrofiche auch in der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

B 136 (Bundeskanzleramt)

N 1080 (Nachlass Franz Blücher)

N 1089 (Nachlass Arnold Brecht)

N 1132 (Nachlass Wilhelm Heile)

N 1160 (Nachlass Rudolf Pechel)

N 1166 (Nachlass Gerhard Ritter)

N 1215 (Nachlass Walter Goetz)

N 1221 (Nachlass Theodor Heuss), auf Mikrofiche auch in der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

N 1222 (Nachlass Hubertus Prinz zu Löwenstein)

N 1239 (Nachlass Heinrich von Brentano)

N 1332 (Nachlass Paul Wilhelm Wenger)

Bundesarchiv, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen, Berlin

Ny 4036 (Nachlass Wilhelm Pieck)

Bundesverfassungsgericht, Archiv, Karlsruhe/Koblenz

Verfahren 1 PBvV

Deutsches Literaturarchiv, Marbach am Neckar

A: Alfred Döblin (Nachlass Alfred Döblin)

A: Kasimir Edschmid (Nachlass Kasimir Edschmid)

A: Manfred George (Nachlass Manfred George)

A: Albrecht Goes (Nachlass Albrecht Goes)

A: Theodor Heuss (Nachlass Theodor Heuss), auf Mikrofiche auch in der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

A: Ernst Jünger (Nachlass Ernst Jünger)

A: Rudolf Alexander Schröder (Nachlass Rudolf Alexander Schröder)

A: Wilhelm Stapel (Nachlass Wilhelm Stapel)

A: Fritz Wertheimer (Nachlass Fritz Wertheimer)

D: Hermann Hesse (Depositum Hesse-Archiv)

Familienarchiv Heuss, Basel

Korrespondenz Ernst Ludwig Heuss

Korrespondenz Theodor Heuss

Korrespondenz Elly Heuss-Knapp

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin

VI. HA Familienarchive und Nachlässe, Nachlass Adolf Grimme

Generallandesarchiv Karlsruhe (Landesarchiv Baden-Württemberg)

Abt. N Willy Hellpach (Nachlass Willy Hellpach)

Hauptstaatsarchiv Stuttgart (Landesarchiv Baden-Württemberg)

Q 1/4 (Nachlass Wilhelm Keil)

Q 1/8 (Nachlass Reinhold Maier)

Internationales Albert-Schweitzer-Zentrum, Günsbach

Nachlass Albert Schweitzer

Privatarchiv Helmut Erbe, Tübingen

Nachlass Christian Otto Erbe

Privatarchiv Hanna Frielinghaus-Heuss (†)/Jannamaria Guffarth, Albstadt

Privatarchiv Günther Kremling, Rüsselsheim

Schweizerisches Literaturarchiv, Bern

Hesse-Archiv (Nachlass Hermann Hesse)

Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz, Handschriftenabteilung

NL 26 und NL 2699 (Nachlass Margret Boveri)

NL 265 (Nachlass Walther Oschilewski)

Stadtarchiv Aschersleben

Nachlass Hans-Heinrich Welchert

Stadtarchiv Ludwigshafen

N 25 (Nachlass Friedrich-Wilhelm Wagner)

Stadtarchiv Stuttgart

Nachlass Fritz Elsas

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bad Honnef-Rhöndorf

Nachlass Konrad Adenauer

Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln

130 (Gutehoffnungshütte Aktienverein)

Universitätsarchiv Stuttgart

57 (Personalakten)

Universitätsbibliothek Basel

NL 110 (Nachlass Carl Jacob Burckhardt)

Zentralarchiv der evangelischen Kirche in Hessen und Naussau, Darmstadt

62 (Nachlass Martin Niemöller)

Gedruckte Quellen und Literatur

- ADENAUER, KONRAD: Teegespräche 1950–1954, bearb. v. Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1984.
- ADENAUER, KONRAD: Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart ⁵1994.
- ADENAUER, KONRAD / HEUSS, THEODOR: Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949–1959, bearb. v. Hans Peter Mensing, Berlin 1997.
- AKTEN DER REICHSKANZLEI. Regierung Hitler, Teil I: 1933/34, 2 Bde., bearb. v. Karl-Heinz Minuth, Boppard am Rhein 1983.
- AKTEN ZUR AUSWÄRTIGEN POLITIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1951. 1. Januar bis 31. Dezember 1951, wissenschaftliche Leitung Rainer A. Blasius, bearb. v. Matthias Jaroch, München 1999.
- AKTEN ZUR AUSWÄRTIGEN POLITIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1952. 1. Januar bis 31. Dezember 1952, wissenschaftliche Leitung Rainer A. Blasius, bearb. v. Martin Koopmann und Joachim Wintzer, München 2000.
- AKTEN ZUR AUSWÄRTIGEN POLITIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1953. Bd. II: 1. Juli bis 31. Dezember 1953, wissenschaftliche Leitung Ilse Dorothee Pautsch, bearb. v. Matthias Jaroch und Mechthild Lindemann, München 2001.
- ALTHEN, CHRISTINA: Alfred Döblin und Theodor Heuss. Mit der Edition einer Rede Döblins bei Theodor Heuss am 30. 5. 1946 und eines Berichts über einen Besuch beim Bundespräsidenten am 1. 4. 1950, in: Neue Rundschau 122 (2011), H. 2, S. 169–185.
- ALY, GÖTZ (Hg.): Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2006.
- ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE. Beständeübersicht, Bonn-Bad Godesberg 1994.
- BÄUMER, GERTRUD: Im Licht der Erinnerung, Tübingen 1953.
- BAJOHR, FRANK / WILDT, MICHAEL (Hg.): Volksgemeinschaft. Neuere Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2009.
- BARING, ARNULF: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München/Wien 1969.
- BARING, ARNULF in Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaker: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982.
- BARKOW, BEN: Alfred Wiener and the Making of the Holocaust Library, London/Portland 1997.
- BAUER-HACK, SUSANNE: Die jüdische Wochenzeitung Aufbau und die Wiedergutmachung, Düsseldorf 1994.
- BAUMGÄRTNER, ULRICH: Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, Stuttgart 2001.
- BAUMGÄRTNER, ULRICH: Von einer Republik zur anderen: Theodor Heuss' Wahrnehmung und Deutung der Weimarer Republik nach 1945, in: CHRISTOPH GUSY (Hg.): Weimars langer Schatten – „Weimar“ als Argument nach 1945, Baden-Baden 2003, S. 92–117.
- BECK, DOROTHEA: Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand, Berlin 1983.
- BECKER, ERNST WOLFGANG: Ermächtigung zum politischen Irrtum. Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz von 1933 und die Erinnerungspolitik im ersten württemberg-badischen Untersuchungsausschuss der Nachkriegszeit, Stuttgart 2001.

BECKER, ERNST WOLFGANG: Biographie als Lebensform. Theodor Heuss als Biograph im Nationalsozialismus, in: WOLFGANG HARDTWIG / ERHARD SCHÜTZ (Hg.): Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2005, S. 57–89.

BECKER, ERNST WOLFGANG: Ein Haus voller Briefe für die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts. Zum Stand der Edition „Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe“, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 17 (2005), S. 215–234.

BECKER, ERNST WOLFGANG: Ein Intellektueller in der Vitrine? Theodor Heuss und die Neubegründung des Liberalismus in Deutschland nach 1945, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 20 (2008), S. 29–45.

BECKER, ERNST WOLFGANG: Der Bürger als Verfassungsvater. Zwei Reden von Theodor Heuss im Parlamentarischen Rat über das Grundgesetz, in: THEODOR HEUSS: Vater der Verfassung. Zwei Reden im Parlamentarischen Rat über das Grundgesetz 1948/49, mit einem Essay von Jutta Limbach, hg. und bearb. v. Ernst Wolfgang Becker im Auftrag der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, München 2009, S. 7–48.

BECKER, ERNST WOLFGANG: Theodor Heuss. Bürger im Zeitalter der Extreme, Stuttgart 2011.

BECKER, ERNST WOLFGANG / RÖSSLEIN, THOMAS (Hg.): Politischer Irrtum im Zeugenstand. Die Protokolle des Untersuchungsausschusses des Württemberg-Badischen Landtags aus dem Jahr 1947 zur Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz“ vom 23. März 1933, Stuttgart 2003.

BENTLEY, JAMES: Martin Niemöller. Eine Biographie, München 1985.

BENZ, WOLFGANG (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt a. M. 1985.

BERGMANN, WERNER: Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989, Frankfurt a. M./New York 1997.

BILDUNGSFRAGEN DER GEGENWART. Theodor Bäuerle zu seinem 70. Geburtstag am 16. Juni 1952 von Freunden und Mitarbeitern dargeboten, gemeinsam mit Eduard Spranger und Walter Erbe hg. v. Franz Arnold, Stuttgart 1953.

BISMARCK, OTTO VON: Gedanken und Erinnerungen, Bd. 1 und 2, hg. v. Horst Kohl, Stuttgart 1898.

BLACK, PETER: Ernst Kaltenbrunner. Vasall Himmlers: Eine SS-Karriere, Paderborn u. a. 1991.

BLASIUS, RAINER A.: Der Wilhelmstraßenprozess gegen das Auswärtige Amt und andere Ministerien, in: G. R. UEBERSCHÄR, Nationalsozialismus, S. 187–198.

BONN, MORITZ JULIUS: So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens, München 1953.

BOTT, HANS / LEINS, HERMANN (Hg.): Begegnungen mit Theodor Heuss, Tübingen 1954.

BOURDIEU, PIERRE: Die biographische Illusion [1986], in: DERS.: Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns, Frankfurt a. M. 1998, S. 75–83.

BOVERI, MARGRET / PRINZING, WALTER: Theodor Heuss. Die literarische Gestalt. Bibliographie der Schriften und Reden von Theodor Heuss und Elly Heuss-Knapp, Stuttgart 1954.

BOWER, TOM: Blind eye to murder. Britain, America and the purging of Nazi Germany – a pledge betrayed, London 1981.

BRANDES, MECHTHILD (Bearb.): Bundespräsidialamt. Amtszeit Prof. Dr. Theodor Heuss, Bestand B 122 (Findbuch), Koblenz 1990.

BRÜNING, HEINRICH: Briefe 1946–1960, hg. v. Claire Nix u. a., Stuttgart 1974.

- BUCHHEIM, HANS: Die Lebensbedingungen unter totalitärer Herrschaft, in: KARL FOERSTER (Hg.): Möglichkeiten und Grenzen der Bewältigung historischer und politischer Schuld in Strafprozessen, Würzburg 1962, S. 89–106.
- BUCHLOH, INGRID: Veit Harlan. Goebbels' Starregisseur, Paderborn u. a. 2010.
- BUCHNA, KRISTIAN: Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhauve und die nordrhein-westfälische FDP 1945–1953, München 2010.
- BUDE, HEINZ / FISCHER, JOACHIM / KAUFFMANN, BERND (Hg.): Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir?, Paderborn 2010.
- BULLETIN DES PRESSE- UND INFORMATIONSAMTES DER BUNDESREGIERUNG, Bonn 1952–1953.
- BULLOCK, ALAN: Hitler. Eine Studie über Tyrannei, Düsseldorf 1953.
- BUNDESGESETZBLATT, Teil I, Bonn 1950, 1951, 1952, 1953, 1956.
- BURCKHARDT, CARL JACOB: Richelieu. Der Aufstieg zur Macht, München 1935.
- BURCKHARDT, CARL JACOB: Gestalten und Mächte. Reden und Aufsätze, München 1951 (zuerst Zürich 1941).
- BURCKHARDT, CARL JACOB: Drei Erzählungen, Zürich 1952.
- BURGER, RAINER: Theodor Heuss als Journalist. Beobachter und Interpret von vier Epochen deutscher Geschichte, Münster 1999.
- CAMPBELL, JOAN: Der Deutsche Werkbund 1907–1934, München 1989.
- CICERO, MARCUS TULLIUS: Sämtliche Reden, eingeleitet, übersetzt und erläutert v. Manfred Fuhrmann, Bd. V, Düsseldorf/Zürich 1978.
- CONZE, ECKART u. a.: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.
- COURTADE, FRANCIS / CADARS, PIERRE: Geschichte des Films im Dritten Reich, München/Wien 1975.
- DEUTSCHE ORDEN UND EHRENZEICHEN. Kommentar zum Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen und eine Darstellung deutscher Orden und Ehrenzeichen von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart mit Abbildungen, neu bearb. v. Heinz Kirchner und Birgit Laitenberger, Köln u. a. ⁵1997.
- DEUTSCHER WERKBUND: Englands Kunst-Industrie und der Deutsche Werkbund. Übersetzungen von Begründungs- und Werbeschriften der englischen Gesellschaft Design and Industries Association, München 1916.
- DEUTSCHES WARENBUCH. Kriegsausgabe, Dresden [1915].
- DIBELIUS, OTTO: Das Jahrhundert der Kirche. Geschichte, Betrachtung, Umschau und Ziele, Berlin 1926.
- DIPPER, CHRISTOF: Stadt, Land, Volk. Historische Atlanten und die Schaffung der deutschen Nation, in: Archiv für Kulturgeschichte 91 (2009), S. 359–380.
- DÖBLIN, ALFRED: November 1918. Eine deutsche Revolution, München 1939/1948–1950.
- DOEHRING, KARL: Der „pouvoir neutre“ und das Grundgesetz, in: Der Staat 3 (1964), S. 201–219.
- DOERING-MANTEUFFEL, ANSELM: Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung, Darmstadt ²1988.
- DREI REDEN von Bundespräsident Theodor Heuss, Professor Dr. Martin Göhring, Professor Dr. Dr. Joseph Lortz, [Mainz 1953].

- DREIER, HORST (Hg.): Grundgesetz. Kommentar, Bd. II: Artikel 20–82, Tübingen 2006.
- EHLERS, HERMANN: Ausgewählte Reden, Aufsätze und Briefe, hg. und eingeleitet für die Hermann-Ehlers-Stiftung von Karl Dietrich Erdmann, bearb. v. Rüdiger Wenzel, Boppard am Rhein 1991.
- ESCHENBURG, THEODOR: Staat und Gesellschaft in Deutschland, Stuttgart 1956.
- ESCHER, CLEMENS: „Deutschland Deutschland Du mein Alles“. Hymnenvorschläge aus der bundesdeutschen Bevölkerung 1949–1952, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 58 (2010), H. 11, S. 924–938.
- EUROPA UND DER NATIONALISMUS. Bericht über das III. Internationale Historiker-Treffen in Speyer, 17. bis 20. Oktober 1949, Baden-Baden 1950.
- EVANS, RICHARD J.: Das Dritte Reich, Bd. III: Krieg, München 2010.
- EYCK, ERICH: Bismarck. Leben und Werk, 3 Bde., Erlenbach-Zürich 1941–1944.
- FELDKAMP, MICHAEL F.: Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Die Entstehung des Grundgesetzes, überarbeitete Neuauflage, Göttingen 2008.
- FEUCHTE, PAUL: Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg, Stuttgart 1983.
- FINGER, ANKE: Das Gesamtkunstwerk der Moderne, Göttingen 2006.
- FISCHER, ERNST: Der „Schutzverband deutscher Schriftsteller“ 1909–1933, in: Archiv für Geschichte des Buchwesens 21 (1980), S. 1–666.
- FÖLSING, ALBRECHT: Albert Einstein. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1993.
- FONTANE, THEODOR: Autobiographisches, Gedichte (Nymphenburger Taschenbuch-Ausgabe Bd. 15), München 1969.
- FONTANE, THEODOR: Effie Briest, hg. v. Christine Hehle, in: DERS.: Große Brandenburger Ausgabe, hg. v. Gotthard Erler. Das erzählerische Werk, editorische Betreuung von Christine Hehl, Bd. 15, Berlin 1998.
- FOSCHEPOTH, JOSEF: Zur deutschen Reaktion auf Niederlage und Besatzung, in: LUDOLF HERBST (Hg.): Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986, S. 151–165.
- FOSCHEPOTH, JOSEF: Westintegration statt Wiedervereinigung: Adenauers Deutschlandpolitik 1949–1955, in: DERS. (Hg.): Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen ²1990.
- FOSCHEPOTH, JOSEF: Im Schatten der Vergangenheit. Die Anfänge der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Göttingen 1993.
- FRANK, LEONHARD: Die Räuberbande. Roman, München/Berlin 1914.
- FRANK, LEONHARD: Das Ochsenfurter Männerquartett. Roman, Leipzig 1927.
- FRANK, LUDWIG: Aufsätze, Reden und Briefe, ausgewählt und eingeleitet v. Hedwig Wachenheim, Berlin [1924] (gekürzte Ausgabe unter dem Titel: Ludwig Frank. Ein Vorbild der deutschen Arbeiterjugend. Aufsätze, Reden und Briefe, ausgewählt und eingeleitet v. Hedwig Wachenheim, Berlin [1924]).
- FREI, NORBERT: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945, München ⁵1997.
- FREI, NORBERT: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 2003.
- FRIAUF, KARL HEINRICH / WOLFRAM HÖFLING (Hg.): Berliner Kommentar zum Grundgesetz, Bd. 3: Artikel 38–82, Berlin 2011.

- FRIEDLÄNDER, SAUL: Hitler und Wagner, in: FRIEDLÄNDER, SAUL / RÜSEN, JÖRN (Hg.): Richard Wagner im Dritten Reich. Ein Schloss Elmau Symposium, München 2000, S. 165–178.
- FRIEDRICH, JÖRG: Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945, München 2002.
- FRIELINGHAUS-HEUSS, HANNA: Heuss-Anekdoten, München 1964.
- FÜNFUNDSIEBZIG [75] JAHRE MARKELSTIFTUNG 1920–1995, Stuttgart 1995.
- FUHRMANN, HORST: Pour le mérite. Über die Sichtbarmachung von Verdiensten. Eine historische Besinnung, Sigmaringen 1992.
- GALL, LOTHAR (Hg.): Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945, Köln/Berlin 1971.
- GELDERBLOM, BERNHARD: Die Reichserntedankfeste auf dem Bückeberg 1933–1937, Hameln 1998.
- GELLER, JAY HOWARD: Theodor Heuss and German-Jewish Reconciliation after 1945, in: German Politics and Society 24, Nr. 2 (2006), S. 2–22.
- GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1951.
- GESSLER, OTTO: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hg. v. Kurt Sendtner, mit einer Vorbemerkung von Theodor Heuss, Stuttgart 1958.
- GIESEKING, ERIK: Der Fall Otto John. Entführung oder freiwilliger Übertritt in die DDR?, Lauf an der Pegnitz 2005.
- GLAESER, ERNST: Der Schriftsteller Theodor Heuss, in: Das literarische Deutschland 2, Nr. 21, 10. 11. 1951, S. 3.
- GOEBEL, KLAUS: „Neugierig, was ich zum Schluß gedichtet haben werde“. Der Streit um die deutsche Nationalhymne 1950–1952, in: ERICH GIESEKING u. a. (Hg.): Zum Ideologieproblem in der Geschichte, Lauf an der Pegnitz 2006, S. 119–137.
- GOERNER, MARTIN G. / KUBINA, MICHAEL: Die Phasen der Kirchenpolitik der SED und die sich darauf beziehenden Grundlagenbeschlüsse der Partei- und Staatsführung in der Zeit von 1945/46 bis 1971/72, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. v. Deutschen Bundestag, Bd. VI/1: Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur, Baden-Baden 1995, S. 615–695.
- GÖRTEMAKER, HEIKE B.: Ein deutsches Leben. Die Geschichte der Margret Boveri, München 2005.
- GOETHE, JOHANN WOLFGANG VON: Werke. Hamburger Ausgabe in 14 Bänden, Bd. 1: Gedichte und Epen I, textkritisch durchgesehen und kommentiert v. Erich Trunz, München 1982.
- GOLLER, ALEXANDER: Elly Heuss-Knapp und die Gründung des Deutschen Müttergenesungswerkes. Soziale Charakterisierung und gesellschaftliches Engagement. Ein sozial-biographischer Zugang, Diss. Tübingen [o. J.].
- GOSCHLER, CONSTANTIN: Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945, Göttingen 2005.
- GOTTO, KLAUS u. a.: Konrad Adenauer. Seine Deutschland- und Außenpolitik 1945–1963, München 1975.
- GRAML, HERMANN: Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948, Frankfurt a. M. 1985.
- GRESCHAT, MARTIN: Protestantismus im Kalten Krieg. Kirche, Politik und Gesellschaft im geteilten Deutschland 1945–1963, Paderborn 2010.

GRIESSMER, AXEL: Massenverbände und Massenparteien im wilhelminischen Reich. Zum Wandel der Wahlkultur 1903–1912, Düsseldorf 2000.

GULBRANSSON, OLAF: Berühmte Zeitgenossen. Karikaturen, München 1905.

GUSY, CHRISTOPH: Die Weimarer Reichsverfassung, Tübingen 1997.

GUTSCHE, WILLIBALD: „Mittwochabend“ (Delbrück) (MD) gegründet 1914, in: DIETER FRICKE u. a. (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 3, Leipzig 1984, S. 376–380.

GUTSCHER, JÖRG MICHAEL: Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961, überarbeitete und erweiterte Neuausgabe, Königstein/Ts. 1984.

HAENSEL, CARL: Fernsehen nahgesehen. Technische Fibel, Dramaturgie, organisatorischer Aufbau, Frankfurt a. M. 1952.

HAFFNER, SEBASTIAN: Konrad Adenauer: der rechte Mann zur rechten Zeit [1976], in: DERS.: Im Schatten der Geschichte. Historisch-politische Variationen aus zwanzig Jahren, Stuttgart 1985, S. 287–298.

HAFTENDORN, HELGA: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, Stuttgart/München 2001.

HAMANN, BRIGITTE: Winifred Wagner oder Hitlers Bayreuth, München 2002.

HANDBUCH DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN GESCHICHTE, Bd. 4: Die Länder seit 1918, hg. v. Hansmartin Schwarzmaier und Meinrad Schaab in Verbindung mit Paul Sauer und Gerhard Taddey, Stuttgart 2003.

HANSEN, NILS: Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion. Ein dokumentierter Bericht, mit einem Geleitwort von Shimon Perez, Düsseldorf 2002.

HARPPRECHT, KLAUS: Thomas Mann. Eine Biographie, 2 Bde., Hamburg 1996.

HAUSENSTEIN, WILHELM: Was bedeutet die moderne Kunst. Ein Wort der Besinnung, Leutstetten 1949.

HEIN, DIETER: Zwischen Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949, Düsseldorf 1985.

HENTSCHEL, VOLKER: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München/Landsberg am Lech 1996.

HERBERT, ULRICH: Rückkehr in die Bürgerlichkeit? NS-Eliten in der Bundesrepublik, in: BERND WEISBROD (Hg.): Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995, S. 157–173.

HERBST, LUDOLF: Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag, München² 1996.

HERMANN, HANS-WALTER: Freimachung der Roten Zone 1939/40, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend 82 (1984), S. 64–89.

HERTFELDER, THOMAS: Kritik und Mandat. Zur Einführung, in: GANGOLF HÜBINGER / THOMAS HERTFELDER (Hg.): Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik, Stuttgart/München 2000, S. 11–29.

HERTFELDER, THOMAS: Das symbolische Kapital der Bildung: Theodor Heuss, in: GANGOLF HÜBINGER / THOMAS HERTFELDER (Hg.): Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik, Stuttgart/München 2000, S. 93–113.

- HERZ, JOHANNES: Friedrich-Naumann-Bibliographie, in: Evangelisch-Soziale Vierteljahrsschrift für die sozial-kirchliche Arbeit 34 (Juli/September 1929), Nr. 3, S. 97–107.
- HERZOG, ROMAN: Kommentar zu Art. 54 GG, in: Grundgesetz. Kommentar, hg. v. THEODOR MAUNZ, GÜNTER DÜRIG und ROMAN HERZOG, München 1958ff.
- HESS, JÜRGEN C.: Theodor Heuss vor 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Denkens in Deutschland, Stuttgart 1973.
- HESS, JÜRGEN C.: „Die deutsche Lage ist ungeheuer ernst geworden.“ Theodor Heuss vor den Herausforderungen des Jahres 1933, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 6 (1994), S. 65–136.
- HESS, JÜRGEN C.: „Machtlos inmitten des Mächtespiels der anderen ...“ Theodor Heuss und die Deutsche Frage 1945–1949, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 33 (1995), S. 88–135.
- HESS, JÜRGEN C.: Fehlstart. Theodor Heuss und die Demokratische Partei Deutschlands 1947/1948, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 9 (1997), S. 83–121.
- HESS, JÜRGEN C.: „Die Nazis haben gewußt, daß wir ihre Feinde gewesen und geblieben sind.“ Theodor Heuss und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 14 (2002), S. 143–195.
- HESS, JÜRGEN C.: Verfassungsarbeit. Theodor Heuss und der Parlamentarische Rat, Berlin 2008.
- HETTLING, MANFRED: Bürgerlichkeit im Nachkriegsdeutschland, in: DERS. / BERND ULRICH (Hg.): Bürgertum nach 1945, Hamburg 2005, S. 7–37.
- HEUSINGER, ADOLF: Befehl im Widerstreit. Schicksalsstunden der deutschen Armee 1923–1945, Tübingen 1923, ²1957.
- HEUSS, THEODOR: Weinbau und Weingärtnerstand in Heilbronn a. N., Heilbronn 1906.
- HEUSS, THEODOR: Deutschlands Zukunft, Stuttgart 1919.
- HEUSS, THEODOR: Die neue Demokratie, Berlin 1920.
- HEUSS, THEODOR: Kapp-Lüttwitz. Das Verbrechen gegen die Nation, Berlin 1920.
- HEUSS, THEODOR: Staat und Volk. Betrachtungen über Wirtschaft, Politik und Kultur, Berlin 1926.
- HEUSS, THEODOR: Führer aus deutscher Not. Fünf politische Porträts, Berlin, 1927.
- HEUSS, THEODOR: Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1932, neu hg. und mit einer Einleitung versehen v. Eberhard Jäckel, Tübingen 1968.
- HEUSS, THEODOR: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, Stuttgart/Berlin 1937, 2. neu bearb. Aufl. Stuttgart/Tübingen 1949.
- HEUSS, THEODOR: Anton Dohrn in Neapel, Berlin/Zürich 1940.
- HEUSS, THEODOR: Justus von Liebig. Vom Genius der Forschung, Hamburg 1942, ²1946.
- HEUSS, THEODOR: Die deutsche Nationalidee im Wandel der Geschichte, Stuttgart 1946, ²1951.
- HEUSS, THEODOR: Robert Bosch. Leben und Leistung, Stuttgart/Tübingen 1946.
- HEUSS, THEODOR: Deutsche Gestalten. Studien zum 19. Jahrhundert, Stuttgart/Tübingen 1947.
- HEUSS, THEODOR: Schattenbeschwörung. Randfiguren der Geschichte, Tübingen 1947 (Lizenzausgabe in der Fischer Bücherei 1954).
- HEUSS, THEODOR: 1848. Werk und Erbe, Stuttgart 1948.
- HEUSS, THEODOR: Bekenntnis zu Gustav Werner. Rede zur Jubiläumsfeier des Bruderhauses am 3. und 4. September in Reutlingen, Reutlingen [1949].

HEUSS, THEODOR: Das Bismarck-Bild im Wandel. Ein Versuch, in: OTTO VON BISMARCK: Gedanken und Erinnerungen. Reden und Briefe, mit einer Einführung von Theodor Heuss, hg. v. Reinhard Jaspert, Berlin 1951, S. 7–27.

HEUSS, THEODOR: Das Bismarck-Bild im Wandel. Ein Versuch, Berlin 1951.

HEUSS, THEODOR: Was ist Qualität? Zur Geschichte und zur Aufgabe des Deutschen Werkbundes. Erweiterte Fassung einer am 10. Februar 1951 im Deutschen Werkbund Stuttgart gehaltenen Rede, Tübingen/Stuttgart 1951.

HEUSS, THEODOR: Dank an Hermann Hesse, in: Dank an Hermann Hesse. Reden und Aufsätze, Frankfurt a. M. 1952.

HEUSS, THEODOR: Das Mahnmal. Ansprache des Bundespräsidenten Professor Dr. Theodor Heuss zur Weihe des Gedenksteines auf dem Boden des ehemaligen Konzentrationslagers bei Bergen-Belsen 30. November 1952, [o. O.] 1952.

HEUSS, THEODOR: Johann Peter Hebel. Wiedergabe einer Rede, die auf Einladung des Hebelbundes am 10. Mai 1952 in Lörrach gehalten wurde, Tübingen/Stuttgart 1952.

HEUSS, THEODOR: Vorspiele des Lebens. Jugenderinnerungen, Tübingen 1953.

HEUSS, THEODOR: Dank und Bekenntnis. Gedenkrede zum 20. Juli 1944, Tübingen 1954.

HEUSS, THEODOR: Ein Vermächtnis. Werk und Erbe von 1848, Stuttgart 1954.

[HEUSS, THEODOR]: Fritz Elsas, in: A. LEBER, Gewissen, S. 121f.

HEUSS, THEODOR: Hugo von Hofmannsthal. Eine Rede, Tübingen 1954.

HEUSS, THEODOR: Zur Ästhetik der Karikatur, hg. v. der Gesellschaft der Bibliophilen zum 31. Januar 1954, [Leipzig] 1954, Erstdruck in: Patria. Bücher für Kultur und Freiheit 10 (1910), S. 113–138.

HEUSS, THEODOR: Preludes to Life. Early Memoirs, London 1955.

HEUSS, THEODOR: Würdigungen. Reden, Aufsätze und Briefe aus den Jahren 1949–1955, hg. v. Hans Bott, Tübingen 1955.

HEUSS, THEODOR: 150 Jahre Krupp. Gedenkrede zu Essen am 20. November 1961, Tübingen 1962.

HEUSS, THEODOR: Erinnerungen 1905–1933, Tübingen 1963.

HEUSS, THEODOR: An und über Juden. Aus Schriften und Reden (1906–1963), zusammengestellt und hg. v. Hans Lamm, mit einem Vorwort von Karl Marx, Düsseldorf/Wien 1964.

HEUSS, THEODOR: Die großen Reden. Der Staatsmann, Tübingen 1965.

HEUSS, THEODOR: Die großen Reden. Der Humanist, Tübingen 1965.

HEUSS, THEODOR: Die Machtergreifung und das Ermächtigungsgesetz. Zwei nachgelassene Kapitel der „Erinnerungen 1905–1933“, hg. v. Eberhard Pikart, Tübingen 1967.

HEUSS, THEODOR: Tagebuchbriefe 1955/1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper, hg. und eingeleitet v. Eberhard Pikart, Tübingen/Stuttgart 1970.

HEUSS, THEODOR: Lieber Dehler! Briefwechsel mit Thomas Dehler, hg. und kommentiert v. Friedrich Henning, München/Wien 1983.

HEUSS, THEODOR: Politiker und Publizist, hg. v. Ralf Dahrendorf und Martin Vogt, Tübingen 1984.

HEUSS, THEODOR: Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945–1949, hg. und bearb. v. Ernst Wolfgang Becker, München 2007.

HEUSS, THEODOR: Bürger der Weimarer Republik. Briefe 1918–1933, hg. und bearb. v. Michael Dormann, München 2008.

- HEUSS, THEODOR: Aufbruch im Kaiserreich. Briefe 1892–1917, hg. u. bearb. v. Frieder Günther, München 2009.
- HEUSS, THEODOR: In der Defensive. Briefe 1933–1945, hg. und bearb. v. Elke Seefried, München 2009.
- HEUSS, THEODOR: Vater der Verfassung. Zwei Reden im Parlamentarischen Rat über das Grundgesetz 1948/49, mit einem Essay von Jutta Limbach, hg. und bearb. v. Ernst Wolfgang Becker im Auftrag der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, München 2009.
- HEUSS, THEODOR: Hochverehrter Herr Bundespräsident! Der Briefwechsel mit der Bevölkerung 1949–1959, hg. und bearb. v. Wolfram Werner, Berlin/New York 2010.
- HEUSS, THEODOR / ADENAUER, KONRAD: Unserem Vaterlande zugute. Der Briefwechsel 1948–1963, bearb. v. Hans Peter Mensing, Berlin 1989.
- HEUSS-KNAPP, ELLY: Ausblick vom Münsterturm. Erlebtes aus dem Elsaß und dem Reich, Berlin 1934, Neuauflage Tübingen/Stuttgart 1952.
- HEUSS-KNAPP, ELLY: Schmale Wege, Tübingen 1946.
- HEUSS-KNAPP, ELLY: Im Dienst der Stunde. Aus Lebensweg und Lebenswerk von Elly Heuss-Knapp, ausgewählt und hg. v. Christine Teusch, Nürnberg 1953.
- HEUSS-KNAPP, ELLY: Bürgerin zweier Welten. Ein Leben in Briefen und Aufzeichnungen, hg. v. Margarethe Vater, Tübingen 1961.
- HIELSCHER, FRIEDRICH: Das Reich, Berlin 1931.
- HODENBERG, CHRISTINA VON: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973, Göttingen 2006.
- HÖLZLE, ERWIN: Die Reichsgründung und der Aufstieg der Weltmächte, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 2 (1951), S. 132–147.
- HOFFMANN, HEINRICH (Hg.): Hitler wie ihn keiner kennt. 100 Bilddokumente aus dem Leben des Führers. Geleitwort und Unterschriften Baldur von Schirach, Berlin 1933.
- HOLSTE, HEIKO: Zwischen Reichsreform und „Preußenschlag“. Ministerialbeamter im Dienst der Republik, in: C.-D. KROHN / C. R. UNGER, Arnold Brecht, S. 55–82.
- HOLTFRERICH, CARL-LUDWIG: Die deutsche Inflation 1914–1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin/New York 1980.
- JÄCKEL, EBERHARD: Einführung, in: TH. HEUSS, Hitlers Weg, S. XI–XLIV.
- JÄCKH, ERNST: Amerika und wir. 1926–1951. Amerikanisch-deutsches Ideen-Bündnis, Stuttgart 1951.
- JÄCKH, ERNST: Der goldene Pflug. Lebensernte eines Weltbürgers, Stuttgart 1954.
- JANSEN, HANS HEINRICH: Dritte Kraft oder Partei der Mitte? Die FDP in den fünfziger Jahren, Frankfurt a. M. 2000 (Habil., Ms.).
- JANSSEN, KARL-HEINZ / TOBIAS, FRITZ: Der Sturz der Generäle. Hitler und die Blomberg-Fritsch-Krise 1938, München 1994.
- JURÈS, JEAN: Aus Theorie und Praxis. Sozialistische Studien, hg. v. Albert Südekum, Berlin 1902.
- JURÈS, JEAN: L'armée nouvelle, Paris 1911.
- JELINEK, YESHAYAHU A.: Deutschland und Israel. Ein neurotisches Verhältnis, München 2004.

JÜNGER, ERNST: *Der Waldgang*, Stuttgart 1951.

JUNG, OTMAR: *Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle „Aufwertung“, „Fürstenenteignung“, „Panzerkreuzerverbot“ und „Youngplan“*, Frankfurt a. M./New York 1989.

JUNG, OTMAR: *Grundgesetz und Volksentscheid. Die Entscheidungen des Parlamentarischen Rates gegen Formen direkter Demokratie*, Opladen 1994.

JURT, JOSEPH: *Französische Biographik*, in: CHRISTIAN KLEIN (Hg.): *Handbuch Biographie. Methoden, Traditionen, Theorien*, Stuttgart/Weimar 2009, S. 278–288.

KABINETTSPROTOKOLLE [Die] der Bundesregierung, hg. für das Bundesarchiv v. Hans Booms (Bd. 1–6) und Friedrich P. Kahlenberg (Bd. 7–9)

Bd. 1: *Die Kabinettsprotokolle 1949*, bearb. v. Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard am Rhein 1982.

Bd. 4: *Die Kabinettsprotokolle 1951*, bearb. v. Ursula Hüllbüsch, Boppard am Rhein 1988.

Bd. 5: *Die Kabinettsprotokolle 1952*, bearb. v. Kai von Jena, Boppard am Rhein 1989.

Bd. 6: *Die Kabinettsprotokolle 1953*, bearb. v. Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard am Rhein 1989.

Bd. 7: *Die Kabinettsprotokolle 1954*, bearb. v. Ursula Hüllbüsch und Thomas Trumpp, Boppard am Rhein 1993.

KAMPF UM DEN WEHRBEITRAG [Der], 1. Halbbd.: *Die Feststellungsklage*, München 1952; 2. Halbbd.: *Das Gutachtenverfahren* (30. 7.–15. 12. 1952), München 1953; *Ergänzungsband*, München 1958.

KARASEK, HELLMUTH: *Briefe bewegen die Welt*, Kempen 2010.

KEHR, WOLFGANG (Hg.): *Handbuch der historischen Buchbestände in Deutschland*, Bd. 8: *Baden-Württemberg, I–S*, Hildesheim/Zürich/New York 1994.

KERSHAW, IAN: *Hitler 1889–1936*, Stuttgart 1998.

KETTENACKER, LOTHAR: *Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsaß*, Stuttgart 1973.

KIELMANSEGG, PETER GRAF: *Deutschland und der Erste Weltkrieg*, Stuttgart²1980.

KIES, TOBIAS: *Hüter der Politik: Der deutsche Bundespräsident im Fokus öffentlicher Erwartungen (1949–1999)*, in: WILLIBALD STEINMETZ (Hg.): *„Politik“: Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit*, Frankfurt a. M./New York 2007, S. 451–478.

KLEIN, CHRISTIAN: *Lebensbeschreibung als Lebenserschreibung? Vom Nutzen biographischer Ansätze aus der Soziologie für die Literaturwissenschaften*, in: DERS. (Hg.): *Grundlagen der Biographik. Theorie und Praxis des biographischen Schreibens*, Stuttgart/Weimar 2002, S. 69–85.

KOCKA, JÜRGEN: *Bürger und Bürgerlichkeit im Wandel*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9–10 (2008), S. 3–9.

KOEBNER, THOMAS: *Die Schuldfrage. Vergangenheitsverweigerung und Lebenslügen in der Diskussion 1945–1949*, in: DERS. / GERT SAUTERMEISTER / SIGRID SCHNEIDER (Hg.): *Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949*, Opladen 1987, S. 301–329.

KRAUSHAAR, WOLFGANG: *Die Auerbach-Affäre*, in: JULIUS H. SCHOEPS (Hg.): *Leben im Land der Täter. Juden im Nachkriegsdeutschland (1945–1952)*, S. 208–218.

KRÖLL, FRIEDHELM: *Fall 10: Der Krupp-Prozess („Krupp-Case“)*, in: G. R. UEBERSCHÄR, *Nationalsozialismus*, S. 176–186.

KROHN, CLAUS-DIETER: *„Refugee scholar“ an der New School for Social Research in New York nach 1933*, in: DERS. / C. R. UNGER, *Arnold Brecht*, S. 107–127.

KROHN, CLAUS-DIETER / UNGER, CORINNA R. (Hg.): *Arnold Brecht 1884–1977. Demokratischer Beamter und politischer Wissenschaftler in Berlin und New York*, Stuttgart 2006.

- KRUMEICH, GERD: Langemarck, in: ETIENNE FRANÇOIS / HAGEN SCHULZE (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte III, München 2001, S. 292–309.
- KÜSTERS, HANNS JÜRGEN: Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990, München 2000.
- LANGEWIESCHE, DIETER: Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000.
- LANGEWIESCHE, DIETER: „für Volk und Vaterland kräftig zu würgen ...“ Zur politischen und gesellschaftlichen Rolle der Turner zwischen 1811 und 1871, in: DERS., Nation, S. 103–131.
- LANGEWIESCHE, DIETER: Die Schwäbische Sängerbewegung in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts – ein Beitrag zur kulturellen Nationsbewegung, in: DERS., Nation, S. 132–169.
- LANGEWIESCHE, DIETER: Vergangenheitsbilder als Gegenwartskritik und Zukunftsprognose. Die Reden der deutschen Bundespräsidenten, in: DERS.: Zeitwende. Geschichtsdenken heute, hg. v. Nikolaus Buschmann und Ute Planert, Göttingen²2009, S. 114–134.
- LAPPENKÜPER, ULRICH: Der Schuman-Plan. Mühsamer Durchbruch zur deutsch-französischen Verständigung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 42 (1994), S. 403–445.
- LAPPENKÜPER, ULRICH: Wilhelm Hausenstein – Adenauers erster Missionschef in Paris, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43 (1995), S. 635–678.
- LARGE, DAVID CLAY: Berlin. Biographie einer Stadt, München 2002.
- LAUFER, HEINZ: Verfassungsgerichtsbarkeit und politischer Prozess. Studien zum Bundesverfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1968.
- LEBER, ANNELORE in Zusammenarbeit mit Willy Brandt und Karl Dietrich Bracher (Hg.): Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933–1945, Frankfurt a. M. 1954.
- LEHNERT, DETLEF: Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1948 bis 1983, Frankfurt a. M. 1983.
- LEHNERT, DETLEF: „Politik als Wissenschaft“. Beiträge zur Institutionalisierung einer Fachdisziplin in Forschung und Lehre der Deutschen Hochschule für Politik (1920–1933), in: Politische Vierteljahresschrift 30 (1989), S. 443–465.
- LEMKE, MICHAEL: Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961, Köln/Weimar/Wien 2011.
- LÖWENSTEIN, HUBERTUS PRINZ ZU: Stresemann. Das deutsche Schicksal im Spiegel seines Lebens, Frankfurt a. M. 1952.
- LORTZ, JOSEPH: Die Reformation in Deutschland, 2 Bde., Freiburg 1939/40.
- LUDYGA, HANNES: Philipp Auerbach (1906–1952). „Staatskommissar für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte“, Berlin 2005.
- MAATJE, CHRISTIAN: Verkaufte Luft. Die Kommerzialisierung des Rundfunks. Hörfunkwerbung in Deutschland 1923–1936, Potsdam 2000.
- MAI, GUNTHER: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung?, München 1995.
- MAIER, REINHOLD: Ende und Wende, Stuttgart 1948.
- MAIER, REINHOLD: Erinnerungen 1948–1953, Tübingen 1966.
- MAINZER, FERDINAND: Der Kampf um Caesars Erbe. Roman, Leipzig 1934.

- MANN, THOMAS: Doktor Faustus. Das Leben des deutschen Thonsetzers Adrian Leverkühn, erzählt von einem Freunde, Stockholm 1947.
- MATTHIAS, ERICH / MORSEY, RUDOLF (Hg.): Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960.
- MATZ, KLAUS-JÜRGEN: Baden-Württemberg – Ein Bundesland entsteht, in: REINER RINKER / WILFRIED SETZLER (Hg.): Die Geschichte Baden-Württembergs, Stuttgart 1986, S. 290–301.
- MATZ, KLAUS-JÜRGEN: Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1989.
- MENDE, ERICH: Die neue Freiheit 1945–1961, München/Berlin 1984.
- MERSEBURGER, PETER: Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie, Berlin³1997.
- MILITÄRGESCHICHTLICHES FORSCHUNGSAMT (Hg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 2: Die EVG-Phase, von Lutz Köllner, Klaus A. Maier, Wilhelm Meier-Dörnberg und Hans-Erich Volkmann, München 1990.
- MÖLLER, HORST / WENGST, UDO: 60 Jahre Institut für Zeitgeschichte. München – Berlin. Geschichte – Veröffentlichungen – Personalien, München 2009.
- MORSEY, RUDOLF: Die Bildung der ersten Regierungskoalition 1949. Adenauers Entscheidung von Frankfurt und Rhöndorf am 20. und 21. August 1949, in: Historisches Jahrbuch 97/98 (1978), S. 418–438.
- MORSEY, RUDOLF: Die Rhöndorfer Weichenstellung vom 21. August 1949, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 28 (1980), S. 508–542.
- MORSEY, RUDOLF (Hg.): Das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“, überarbeitete und ergänzte Neuauflage, Düsseldorf 2010.
- MÜHLAUSEN, WALTER: Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006.
- MÜLLER, GUIDO: Deutsche Kunstwerke für das Ausland: Theodor Heuss und die Dankspende des Deutschen Volkes 1955–1956, in: JOHANNES PAULMANN (Hg.): Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945, Köln 2005, S. 35–45.
- NAWIASKY, HANS: Der Einfluß des Bundespräsidenten auf Bildung und Bestand der Bundesregierung, in: Die öffentliche Verwaltung. Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik 5, März 1950, H. 6, S. 161–163.
- NICLAUSS, KARLHEINZ: Der Weg zum Grundgesetz. Demokratiegründung in Westdeutschland 1945–1949, Paderborn u. a. 1998.
- NIEKISCH, ERNST: Hitler – ein deutsches Verhängnis. Zeichnungen von Paul A. Weber, Berlin 1932.
- NIETHAMMER, LUTZ: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Berlin/Bonn 1982.
- NIPPERDEY, THOMAS: Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München⁵1995.
- ORDEN POUR LE MÉRITE FÜR WISSENSCHAFTEN UND KÜNSTE. Die Mitglieder des Ordens, Bd. 2: 1882–1952, Berlin 1978.
- OSCHILEWSKI, WALTHER G.: Über Richard Benz, mit einer Bibliographie, Frankfurt a. M. 1944.
- PAPKE, GERHARD: Liberale Ordnungskraft, nationale Sammlungsbewegung oder Mittelstandspartei? Die FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946–1966, Düsseldorf 1998.

- PARLAMENTARISCHE RAT [DER] 1948–1949. Akten und Protokolle, hg. v. Deutschen Bundestag und v. Bundesarchiv unter Leitung von Horst Risse und Hartmut Weber
Bd. 5., Teilbd. I: Ausschuß für Grundsatzfragen, bearb. v. Eberhard Pikart und Wolfram Werner, Boppard am Rhein 1993.
Bd. 14, Teilbd. I: Hauptausschuß, bearb. v. Michael F. Feldkamp, München 2009.
- PEUKERT, DETLEV: Der Schund- und Schmutzkampf als „Sozialpolitik der Seele“. Eine Vorgeschichte der Bücherverbrennung?, in: AKADEMIE DER KÜNSTE (Hg.): „Das war ein Vorspiel nur ...“. Bücherverbrennung Deutschland 1933: Voraussetzungen und Folgen, Berlin 1983, S. 51–63.
- PICKER, HENRY: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942, geordnet, eingeleitet und veröffentlicht v. Gerhard Ritter, Bonn 1951.
- PIECK, WILHELM: Reden und Aufsätze, Bd. 3: Auswahl aus den Jahren 1950–1953, Berlin 1954.
- PIKART, EBERHARD unter Mitarbeit von Dirk Mende: Theodor Heuss. Der Mann, das Werk, die Zeit. Eine Ausstellung, Stuttgart 1967.
- PIKART, EBERHARD: Theodor Heuss und Konrad Adenauer. Die Rolle des Bundespräsidenten in der Kanzlerdemokratie, Stuttgart/Zürich 1976.
- PITTWALD, MICHAEL: Ernst Niekisch. Völkischer Sozialismus, nationale Revolution, deutsches Endimperium, Köln 2002.
- PRELLER, LUDWIG: Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949.
- PYTA, WOLFRAM: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007.
- QUELLEN ZUR ENTSTEHUNG DER VERFASSUNG VON BADEN-WÜRTTEMBERG, achter Teil: Juni bis November 1953, bearb. v. Paul Feuchte, Stuttgart 1992.
- RÄTSCH-LANGEJÜRGEN, BIRGIT: Das Prinzip Widerstand. Leben und Wirken von Ernst Niekisch, Bonn 1997.
- RAUH, CORNELIA: Bürgerliche Kontinuitäten? Ein Vergleich deutsch-deutscher Selbstbilder und Realitäten seit 1945, in: Historische Zeitschrift 287 (2008), S. 341–362.
- REICHSGESETZBLATT, Teil I, Berlin 1919, 1934.
- RÉMOND, RENÉ: Frankreich im 20. Jahrhundert. Erster Teil: 1918–1958, in: JEAN FAVIER (Hg.): Geschichte Frankreichs, Bd. 6, Stuttgart 1994.
- REUVENI, GIDEON: Der Aufstieg der Bürgerlichkeit und die bürgerliche Selbstauflösung. Die Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur in Deutschland bis 1933..., in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003), S. 131–143.
- RITTER, ERNST: Das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart 1917–1945. Ein Beispiel deutscher Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen, Wiesbaden 1976.
- RITTER, GERHARD: Das Bismarck-Problem, in: Merkur 4 (1950), S. 657–676, wiederabgedruckt in: L. GALL, Bismarck-Problem, S. 119–137.
- ROTHFELS, HANS: Theodor Heuss, die Frage der Kriegsorden und die Friedensklasse des Pour le mérite, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 17 (1969), S. 414–422.
- RUDOLPH, HERMANN: Ein neues Stück deutscher Geschichte. Theodor Heuss und die politische Kultur der Bundesrepublik, Stuttgart 2000.
- RUHL, ANDREAS: Stalin-Kult und Rotes Woodstock. Die Weltjugendfestspiele 1951 und 1973 in Ostberlin, Marburg 2009.
- SARCINELLI, ULRICH: Symbolische Politik und politische Kultur. Das Kommunikationsritual als politische Wirklichkeit, in: Politische Vierteljahresschrift 30 (1989), S. 292–309.

- SARCINELLI, ULRICH: „Staatsrepräsentation“ als Problem politischer Alltagskommunikation: Politische Symbolik und symbolische Politik, in: JÖRG-DIETER GAUGER / JUSTIN STAGL (Hg.): Staatsrepräsentation, Berlin 1992, S. 159–174.
- SARCINELLI, ULRICH: Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden 2009.
- SARFERT, HANS-JÜRGEN: Hellerau. Die Gartenstadt und Künstlerkolonie, Dresden ⁴1999.
- SCHASER, ANGELIKA: Helene Lange und Gertrud Bäumer. Eine politische Lebensgemeinschaft, Köln/Weimar/Wien 2000.
- SCHUEER, HELMUT: Biographie, in: GERT UEDING (Hg.): Historisches Wörterbuch der Rhetorik, Bd. 2, Darmstadt 1998, Sp. 30–43.
- SCHIEDLAUSKY, GÜNTHER: Die Zeit des Wiederaufbaus nach dem Kriege. Das Museum unter der Leitung von Ernst Günter Troche und Ludwig Grote, in: Das Germanische Nationalmuseum Nürnberg 1852–1977. Beiträge zu seiner Geschichte, im Auftrag des Museums hg. v. Bernward Deneke und Rainer Kahsnitz, München/Berlin 1978, S. 262–312.
- SCHMIDT, PAUL: Statist auf diplomatischer Bühne 1923–1945. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas, Bonn 1950.
- SCHMIDT, RAINER F.: Die Außenpolitik des Dritten Reiches, Stuttgart 2002.
- SCHMIDT, UTE: Die Christlich Demokratische Union Deutschlands, in: RICHARD STÖSS (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 1, Opladen 1983, S. 490–660.
- SCHNABEL, FRANZ: Das Problem Bismarck, in: Hochland 42 (1949), S. 1–27, wiederabgedruckt in: L. GALL, Bismarck-Problem, S. 97–118.
- SCHNABEL, FRANZ: Bismarck und die Nationen, in: EUROPA UND DER NATIONALISMUS, S. 91–106.
- SCHOELLER, WILFRIED F.: Döblin. Eine Biographie, München 2011.
- SCHOLZ, ARNO (Hg.): Robert Breuer – Ein Meister der Feder, Berlin 1954.
- SCHRAMM, PERCY ERNST: Theodor Heuss und der Orden pour le mérite für Wissenschaft und Künste, in: Das Parlament 1964, Nr. 33.
- SCHRENK, CHRISTHARD: Rudolf Kraemer. Ein Leben für die Blinden (1885–1945). Doktor der Rechtswissenschaften. Wegebereiter der Blindenselbsthilfe. Kritiker des Nationalsozialismus, Heilbronn 2002.
- SCHULZ, ANDREAS: Lebenswelt und Kultur des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert, München 2005.
- SCHWABACH-ALBRECHT, SUSANNE (Hg.): Bürger stiften Literatur. 150 Jahre Deutsche Schiller-Stiftung von 1859–2009, Weimar 2009.
- SCHWARTZ, THOMAS A.: Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher. John McCloy und die Häftlinge von Landsberg; in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 38 (1990), S. 375–414.
- SCHWARZ, HANS-PETER: Die Ära Adenauer 1949–1957, Stuttgart/Wiesbaden 1971.
- SCHWARZ, HANS-PETER: Adenauer, Bd. 1: Der Aufstieg. 1876–1952, Bd. 2: Der Staatsmann 1952–1967, München 1994.
- SCHWARZ, HANS-PETER: Axel Springer. Die Biografie, Berlin 2008.
- SIEBURG, FRIEDRICH: Wann werden wir singen?, in: Die Gegenwart 6 (1951), Nr. 4, S. 9–11.

- SIEGRIST, HANNES: Ende der Bürgerlichkeit? Die Kategorien „Bürgertum“ und „Bürgerlichkeit“ in der westdeutschen Gesellschaft und Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit, in: *Geschichte und Gesellschaft* 20 (1994), S. 549–583.
- SIEMANN, WOLFRAM: *Die deutsche Revolution von 1848/49*, Frankfurt a. M. 1985.
- STARCK, CHRISTIAN (Hg.): *Kommentar zum Grundgesetz*, Bd. 2: Artikel 20 bis 82, München 2010.
- STARITZ, DIETRICH: *Geschichte der DDR*, erweiterte Neuausgabe, Frankfurt a. M. 1996.
- STEIN, TORSTEN: Der Bundespräsident als „pouvoir neutre“?, in: *Zeitschrift für ausländisches und öffentliches Recht und Völkerrecht* 69 (2009), S. 249–256.
- STEINBACH, PETER: Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, in: G. R. UEBERSCHÄR, *Nationalsozialismus*, S. 32–44.
- STIFTER, ADALBERT: *Der Nachsommer. Eine Erzählung*, hg. v. Max Stefl, Augsburg 1954.
- STUPPERICH, ROBERT: *Otto Dibelius. Ein evangelischer Bischof im Umbruch der Zeiten*, Göttingen 1989.
- TENFELDE, KLAUS: Stadt und Bürgertum im 20. Jahrhundert, in: DERS. / HANS-ULRICH WEHLER (Hg.): *Wege zur Geschichte des Bürgertums*, Göttingen 1994, S. 317–353.
- THIELICKE, HELMUT: *Die evangelische Kirche und die Politik. Ethisch-politischer Traktat über einige Zeitfragen*, Stuttgart 1953.
- TODT, MANFRED (Hg.): *Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland. Berichte der Schweizer Gesandtschaft in Bonn 1949–1955*, München 1987.
- TREFFKE, JÖRG: *Gustav Heinemann. Wanderer zwischen den Parteien. Eine politische Biographie*, Paderborn u. a. 2009.
- UEBERSCHÄR, GERD R. (Hg.): *Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952*, Frankfurt a. M. 1999.
- UNGER, CORINNA R.: Wissenschaftlicher und politischer Berater der US-Regierung im und nach dem Zweiten Weltkrieg, in: C.-D. KROHN / C. R. UNGER, *Arnold Brecht*, S. 129–150.
- VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, 1. Wahlperiode 1949, *Stenographische Berichte*, Bde. 1, 5, 6, 10, 14, Bonn 1950–1953.
- VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGES. *Stenographische Berichte*, Bde. 386, 387, 391, 392, 395, 458, Berlin 1923, 1934.
- VIERNEISEL, BEATRICE: Die Volksbefragung 1951, in: *Deutschland-Archiv* 40 (2007), S. 436–444.
- VOGT, MARTIN: Theodor Heuss und die politische Erfahrung des Hambacher Festes, in: *Jahrbuch der „Hambach-Gesellschaft“* 1 (1987), S. 191–201.
- VOGT, MARTIN: Zielsetzungen und Realitäten. Martin Göhring und der frühe Ausbau des Instituts für Europäische Geschichte, in: HEINZ DUCHHARDT (Hg.): *Martin Göhring (1903–1968). Stationen eines Historikerlebens*, Mainz 2005, S. 49–78.
- VOLLNHALS, CLEMENS (Hg.): *Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949*, München 1991.
- WEBER, FLORIAN: *Benjamin Constant und der liberale Verfassungsstaat. Politische Theorie nach der Französischen Revolution*, Wiesbaden 2004.
- WEHLER, HANS-ULRICH: Deutsches Bürgertum nach 1945: Exitus oder Phönix aus der Asche?, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), S. 617–634.

- WEIDENHAUPT, HEIKE: Gegenpropaganda aus dem Exil. Thomas Manns Radioansprachen für deutsche Hörer 1940 bis 1945, Konstanz 2001.
- WEIPERT, MATTHIAS: „Verantwortung für das Allgemeine“? Bundespräsident Theodor Heuss und die FDP, Stuttgart 2009.
- WELCHERT, HANS-HEINRICH: Theodor Heuss. Ein Lebensbild, Bonn 1953.
- WELCHERT, HANS-HEINRICH (Hg.): Theodor-Heuss-Lesebuch, Tübingen 1975.
- WENGST, UDO: Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1984.
- WENGST, UDO (Hg.): Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949, Düsseldorf 1985.
- WENGST, UDO (Bearb.): FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. Sitzungsprotokolle 1949–1954, 1. Halbbd.: 1.–26. Sitzung 1949–1952, Düsseldorf 1990.
- WENGST, UDO: Thomas Dehler 1897–1967. Eine politische Biographie, München 1997.
- WENTKER, HERMANN: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007.
- WIDMAIER, BENEDIKT: Die Bundeszentrale für politische Bildung. Ein Beitrag zur Geschichte staatlicher politischer Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1987.
- WINKLER, HEINRICH AUGUST: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn ²1985.
- WÖLCKEN, FRITZ: Der literarische Mord. Eine Untersuchung über die englische und amerikanische Detektivliteratur, Nürnberg 1953.
- WOLFRUM, EDGAR: Geschichtspolitik und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953–89), in: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998), S. 382–411.
- WOLFRUM, EDGAR: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart ²2006.
- WOLFRUM, EDGAR / FÄSSLER, PETER / GROHNERT, REINHARD: Krisenjahre und Aufbruchzeit. Alltag und Politik im französisch besetzten Baden 1945–1949, München 1996.
- WRIGHT, JONATHAN: Gustav Stresemann 1878–1929. Weimars größter Staatsmann, München 2006.
- WULF, JOSEPH: Theater und Film im Dritten Reich. Eine Dokumentation, Berlin 1989.
- ZIELINSKI, SIEGFRIED: Veit Harlan. Analysen und Materialien zur Auseinandersetzung mit einem Film-Regisseur des deutschen Faschismus, Frankfurt a. M. 1981.

Biographisches Personenregister

Das biographische Personenregister umfasst alle Namen aus der Einführung, den abgedruckten Briefen, den Dokumentenköpfen und aus dem Kommentar, so weit sie nicht Bestandteile bibliographischer Angaben sind. Der Name „Theodor Heuss“ wurde nicht aufgenommen. Seitenzahlen in Kursivschrift verweisen auf Empfänger von Briefen, die abgedruckt wurden.

Achenbach, Andreas (1815–1910), Landschaftsmaler, Pour le mérite (1881)
551

Ackerknecht, Erwin (1880–1960), Bibliothekar, Direktor der Stadtbücherei Stettin (1907–45), Kulturreferent in Ludwigsburg (1945–47), Direktor des Schiller Nationalmuseums in Marbach a. N. (1946–54)
501

Adenauer, Konrad (1876–1967), Jurist und Politiker, Oberbürgermeister von Köln (1917–33, 1945), Mitglied des Preußischen Herrenhauses (1917/18), Präsident des Preußischen Staatsrates (1920–33), inhaftiert (1944), MdL Nordrhein-Westfalen (CDU 1946–50), Mitgründer und Vorsitzender der CDU im (Nord-)Rheinland, in der britischen Zone (1946–50) und in der Bundesrepublik (1950–66), Präsident des Parlamentarischen Rates (1948/49), MdB (CDU 1949–67), Bundeskanzler (1949–63)
19f, 22–26, 28, 32f, 36f, 51–55, 60, 106, 114–118, 120, 126, 147, 154–157, 167, 177, 178, 181f, 182f, 185, 187, 198, 206, 208, 224f, 226f, 233, 237, 243, 245f, 254, 260–264, 265, 277, 282, 286, 293–295, 302, 307–311, 314, 318f, 325, 326f, 328, 333f, 336f, 343, 352, 355, 365f, 382, 384, 387, 393, 395, 406, 408, 412, 414, 433, 439, 442, 449, 452f, 455, 457, 483, 485f, 489, 493, 502–504, 507, 510–512, 540, 552f, 555, 558f, 562, 564f, 567, 577

Adenauer, Lotte, eigtl. Charlotte (geb. 1925), Germanistin und Bibliothekarin, bis zu ihrer Heirat mit dem Architekten Heribert Muthaupt (1954) häufig Reisebegleiterin ihres Vaters Konrad Adenauer
365f

Aicher-Scholl, Inge (1917–1998), Schwester von Hans und Sophie Scholl, Leiterin der

Volkshochschule Ulm (1946–78), Gründerin der Geschwister-Scholl-Stiftung (1950)
418, 482

Alma-Tadema, Sir Lawrence (1836–1912), englisch-niederländischer Maler, Pour le mérite (1881)
551

Altmaier, Jakob (1889–1963), Journalist und Politiker, Redakteur bei der Frankfurter „Volksstimme“ (1918–21), Korrespondent bzw. Mitarbeiter beim „Vorwärts“ (1919–33), tätig beim „Manchester Guardian“ (1921–23) und weiteren Blättern, Emigration nach Paris (1933) und Korrespondent in Belgrad, Spanien, Athen und Kairo (bis 1945), Rückkehr nach Deutschland (1945), MdB (SPD 1949–63), Mitglied des Europarates (1950), Initiator des Luxemburger Abkommens (1952)
435f

Altmeier, Peter (1899–1977), Kaufmann und Politiker, Tätigkeit für die katholische Arbeiterbewegung, Mitglied des Koblenzer Stadtrates (Zentrum 1929–33), Mitglied des Koblenzer Bürgerrates (1945), Mitgründer der CDU in Rheinland-Pfalz (1945/46) und deren Parteivorsitzender (1947–66), MdVL/ MdL Rheinland-Pfalz (CDU 1946–71), Regierungspräsident in Montabaur (1946/47), Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz (1947–69)
294, 313f, 503f

Anders, Karl, seit 1940 Pseudonym für Karl Wilhelm Naumann (1907–1997), Verleger und Publizist, Vorstand des Sozialistischen Schüler- und Studentenbundes (1929–31), Generalsekretär der Weltjugendliga (1928/29), KPD-Parteisekretär für Literatur und Propaganda im Bezirk Berlin-Brandenburg (1931–33), Emigration nach Prag (1934), Leiter der Agit-Prop der KPD (1934–36), Beauftragter des Flüchtlingskomitees des Völker-

bunds (1939), Emigration nach London (1939) und Leiter der Arbeitersendung der BBC (1943–45), Deutschlandkorrespondent der BBC und mehrerer englischer Zeitungen (1945–49), Leiter des Nestverlags (bis 1960), Verlagsleiter und Geschäftsführer der „Frankfurter Rundschau“ (1953–57)
439f

Andres, Stefan (1906–1970), Schriftsteller
319

Anshen, Ruth Nanda (1900–2003), Publizistin und Philosophin, Mitglied der Royal Society of Arts, Gründerin des Anshen-Columbia University Seminar of the Nature of Man, Ehefrau von Ernst Jäckh (ab 1952)
423f

Arminius, gen. Hermann der Cherusker (ca. 17 v. Chr.–21 n. Chr.), Fürst des germanischen Cheruskerstammes, zeitweilig im römischen Dienst, organisierte Widerstand gegen römische Besatzung und die Niederlage einer römischen Legion (9 n. Chr.), im Familienstreit von Verwandten getötet
218

Arndt, Gerhard (1890–1963), Landwirt und Politiker, Mitglied des Provinziallandtags Pommern und MdL Preußen (Landvolkpartei 1926–33), MdL Niedersachsen (CDU 1947–50, BHE 1950, SRP 1951)
446

Arnold, Karl (1901–1958), Schumacher, Gewerkschafter und Politiker, Funktionär in christlichen Gewerkschaften (1920–33), Mitglied der Düsseldorfer Stadtverordnetenversammlung (Zentrum 1925–33), Beteiligung an der Gründung der Einheitsgewerkschaften (ab 1945), Oberbürgermeister von Düsseldorf (1946), MdL Nordrhein-Westfalen (CDU 1946–58), Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen (1947–56), MdB (CDU 1957/58) 196, 294f, 314, 348f, 502–505

Asmussen, Hans (1898–1968), evangelischer Theologe, Gemeindepfarrer in Schleswig-Holstein (1923–34), Mitglied des Präsidiums der Bekennenden Kirche, Gründer und Leiter der Kirchlichen Hochschule Berlin (1935–41), Leiter der Kanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (1946–48), Propst in Kiel (1949–55)
197f

Attinghausen, Werner Freiherr von (1264–nach 1321), Landammann in Uri, Figur in Friedrich von Schillers Drama „Wilhelm Tell“
487

Aubin, Hermann (1885–1969), Historiker, Professor in Breslau (1929–45), Göttingen (1945/46), Hamburg (1947–55) und Freiburg (ab 1955), Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften (1942), Vorsitzender des Verbands Deutscher Historiker (1953–58), Präsident des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates (1950–59) und der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (1959–64)
542

Auerbach, Philipp (1906–1952), Kaufmann, Emigration nach Belgien (1933) und Gründung einer Exportfirma, Hilfsleistungen für die spanische Republik (ab 1936), Abschiebung nach Frankreich (1940), Inhaftierung (bis 1945), Sachbearbeiter für NS-Verfolgte im Regierungspräsidium Düsseldorf (1945), Vorsitzender der jüdischen Kultusgemeinde Nordrhein-Westfalens (1945/46), bayerischer Staatskommissar für rassisch, religiös und politisch Verfolgte (1946–48), Präsident des Landesentschädigungsamtes (1949–51), Verhaftung und Anklageerhebung u. a. wegen Betrug, Untreue, Erpressung (1951), Verurteilung zu 2½ Jahren Haft (1952), Suizid
242–244

Aufsess, Hans Freiherr von und zu (1801–1872), Jurist und Historiker, Gründer des Germanischen Nationalmuseums (1852)
268

Auriol, Vincent (1884–1966), französischer Rechtsanwalt und Politiker, Abgeordneter der französischen Nationalversammlung (Sozialisten 1914–40, 1945–47), Finanzminister (1936/37), Justizminister (1937/38), inhaftiert (1940–43), Angehöriger des Befreiungskomitees De Gaulles (1943), Präsident der Vierten Republik (1947–54)
498, 509

Bab, Julius (1880–1955), Theaterkritiker, Dramaturg und Schriftsteller, freier Mitarbeiter zahlreicher Zeitungen und Zeitschriften, Gründungsmitglied des „Kulturbundes Deutscher Juden“ (1933–38), Emigration über

Frankreich in die USA (1940)
323

Backe, Ursula (Hannover)
575

Baack, Leo (1873–1956), Rabbiner und Religionsphilosoph, Dozent in Berlin an der Hochschule für Wissenschaft des Judentums (1913–42), Vorsitzender der Reichsvereinigung der deutschen Juden (1933–43), Deportation ins KZ Theresienstadt (1943), Lehrtätigkeit in Großbritannien und den USA (ab 1945)
43, 266, 439

Bärnreuther, Otto (1908–1957), Verwaltungsbeamter und Politiker, als Stadtratsassistent entlassen (1934), Mitgründer der SPD in Nürnberg (1945), Mitglied des Stadtrates (SPD 1946–52) und Oberbürgermeister von Nürnberg (1952–57)
268

Bässler, Karl (1895–1964), Chemiker und Naturforscher, u. a. Mitglied der Weinbruderschaft Neustadt an der Weinstraße und der Pfälzischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften
164f

Bäuerle, Theodor (1882–1956), Lehrer und Politiker, Mitgründer und Direktor des Vereins zur Förderung der Volksbildung in Stuttgart (1918–36), Geschäftsführer des „Vereins zur Förderung der Begabten“ (1919–36) und der „Jugendhilfe“ der Firma Bosch (1936–45), württemberg-badischer Kultusminister (1947–51)
190, 339–343, 423

Bäumer, Gertrud (1873–1956), Germanistin, Schriftstellerin und Politikerin, Vorsitzende des Bundes deutscher Frauenvereine (1910–19), MdNV/MdR (DDP/DStP 1919–32), Ministerialrätin im Reichsministerium des Innern (1920–33), Schriftleiterin (1912–19) bzw. Herausgeberin (1920–31, 1933) der Zeitschrift „Die Hilfe“ und „Die Frau“ (1916–36), Verbot der Vortragstätigkeit (1940), Flucht aus Schlesien nach Bamberg (1945), später wohnhaft in Bad Godesberg, zuletzt in Bethel bei Bielefeld
500, 548f

Bartning, Otto (1883–1959), Architekt, Leiter der Hochschule für Handwerk und Baukunst

in Weimar (1926–30), Wiedergründer und 2. Vorsitzender des Deutschen Werkbundes (1950–59), Präsident des Bundes Deutscher Architekten (1950–59)
319

Bassermann, Albert (1867–1952), Schauspieler, Engagements am Deutschen Theater und am Lessing-Theater in Berlin (1900–14), dann vor allem Gastspiele an anderen deutschen Bühnen, Träger des Iffland-Ringes (1911), Emigration in die Schweiz (1934) und die USA (1939–46), Übersiedlung in die Schweiz (1946), von dort aus Gastspiele u. a. in Deutschland
556

Bassermann, Else, geb. Elisabeth Schiff (1878–1961), Schauspielerin, Engagements am Lessing Theater, am Deutschen Theater und an weiteren Berliner Bühnen (ab 1895), Emigration in die Schweiz (1934) und die USA (1939–46), Rückkehr in die Schweiz (1946), von dort aus Gastspiele u. a. in Deutschland
556f

Bauer, Karl Heinrich (1890–1978), Mediziner, Professor für Chirurgie und Direktor der Medizinischen Universitätsklinik Breslau (1933–43), Leiter der Universitätsklinik Heidelberg (ab 1943), Gründer des Deutschen Krebsforschungszentrums (1968)
186

Bauer, Max Hermann (1869–1929), Militär, als Artillerieoffizier im 1. Weltkrieg Chef der Operationsabteilung in der Obersten Heeresleitung und Vertrauensmann Erich Ludendorffs (ab 1916), Teilnehmer am Kapp-Lüttwitz-Putsch und Flucht nach Österreich (1920), amnestiert (1925), Berater der chinesischen Nanking-Regierung
403

Bauer, Walter (1901–1968), Unternehmer, Leiter und Geschäftsführer der Thüringischen Kohlen- und Brikettverkaufsgesellschaft in Leipzig (1928–38), Hauptanteilseigner der Hutstoffwerke Fulda Muth & Co (1938–44), Mitglied der Vorläufigen Leitung der Bekennenden Kirche, enge Kontakte zu Dietrich Bonhoeffer, Mitglied des Freiburger Bonhoeffer-Kreises, inhaftiert (1944/45), Mitglied des Wirtschaftsrates beim Länderrat (1946/

47), Generaltreuhänder für den konzerngebundenen Kohlenhandel der US-Zone (1946–51), Vorstandsvorsitzender der Valentin Mehler AG in Fulda (1952–68), Vorstandsmitglied des DIHT (1963–68)
184

Baum, Julius (1882–1959), Kunsthistoriker, Professor in Stuttgart (1911–23), Direktor des Museums der Stadt Ulm (1923–1933), Emigration in die Schweiz (1939–46), Lehrer für Bildhauerkunst an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart (1946/47), Direktor des Württembergischen Landesmuseums (1947–52)
196

Baumeister, Willi (1889–1955), Maler und Bühnenbildner, Dozent in Frankfurt a. M. (1928–33), Ausstellungsverbot (1941–45), Professor an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart (1946–55)
50, 152–154

Bausch, Paul (1895–1981), Verwaltungsbeamter und Politiker, Mitgründer (1924) und Reichsführer (1932/33) des Christlich-Sozialen Volksdienstes, MdL Württemberg (Christlich-Sozialer Volksdienst 1928–32), MdR (Christlich-Sozialer Volksdienst 1930–33), Mitgründer der CDU in Württemberg-Baden (1945), MdVL/MdL Württemberg-Baden (CDU 1946–50), MdB (CDU 1949–65)
513f

Bauwens, Peter Joseph, gen. Peco (1886–1963), Sportfunktionär, Eintritt in das baugewerbliche Familienunternehmen (1913), Mitglied der Exekutive der FIFA (ab 1932), Präsident des Deutschen Fußballbundes (1950–62)
208, 432f

Bebel, August (1840–1913), Drechsler, Publizist und Politiker, Vorsitzender des Leipziger Arbeiterbildungsvereins (ab 1865), Mitgründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (1869), MdR (Sächsische Volkspartei/SDAP/SPD 1867–81, 1883–1913), MdL Sachsen (SPD 1881–90), Vorsitzender der SPD (1892–1913), Aufenthalt in der Schweiz (1909–1913)
169, 344

Becher, Johannes R. (1891–1958), Schriftsteller und Politiker, Emigration über die

Tschechoslowakei und Frankreich nach Moskau (1933), Mitgründer und Präsident des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands (1945–58), Mitglied der Volkskammer der DDR (1949–58), Mitgründer und Präsident der Deutschen Akademie der Künste (1953–56), Kulturminister der DDR (1954–58), Verfasser des Textes der DDR-Nationalhymne (1949)
139

Beck, Julius, Arbeiter, in der Jugend von Louis Heuss unterstützt
500f

Beck, Paul (geb. 1887), Architekt, Mitglied im Verein Deutscher Ingenieure, Freund von Theodor Heuss
280

Becker, Carl Heinrich (1876–1933), Orientalist und Politiker, Professor in Hamburg (1908–13) und Bonn (1913–16), preußischer Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (1921, 1925–30)
166

Beethoven, Ludwig van (1770–1827), Komponist
308, 315

Behn, Fritz (1878–1970), Bildhauer, Professor an der Münchner Kunstakademie (ab 1925) und an der Wiener Kunstakademie (1939–45)
554

Benecke, Otto (1896–1963), Jurist, tätig im Preußischen Kultusministerium (1921–28), Leiter der Kulturabteilung des Deutschen Städtetages (1928–51), Geschäftsführer im Verwaltungsrat und Senator der Max-Planck-Gesellschaft (ab 1951)
220

Benjamin, Ordensfrau der Franziskanerinnen in Badenweiler, Pflegerin von Elly Heuss-Knapp
350, 450

Benz, Richard (1884–1966), Publizist, Literatur-, Musik- und Kulturhistoriker
420

Berg, Fritz (1901–79), Industrieller, Prokurist (ab 1928) und Alleininhaber (ab 1940) der väterlichen Stahlfabrik, stellv. Leiter der Wirtschaftsgruppe Eisen-, Stahl- und Blechwaren-

industrie (ab 1943), Vorsitzender des Wirtschaftsverbandes Eisen, Blech- und Metallwarenindustrie (ab 1946), Präsident des BDI (1949–71), Vorsitzender des Conseil des Fédérations Industrielle d'Europe (1957–60), Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und Geschäftsführer der Staatsbürgerlichen Vereinigung
525f

Bernstein, Eduard (1850–1932), Publizist und Politiker, beteiligt an der Ausarbeitung des „Gothaer Parteiprogramms“ der SPD (1875), Emigration in die Schweiz (1878) und nach England (1888), Rückkehr nach Deutschland (1901), Leitung der Zeitung „Sozialdemokrat“ (1881–90), MdR (SPD 1902–06, 1912–18, 1920–28), Mitglied der USPD (1917–19)
428f

Bernstorff, Albrecht Graf von (1890–1945), Diplomat, Mitglied der DDP (1919–23), Gesandtschaftsrat (1923–31) bzw. Botschaftsrat (1931–33) in London, Mitarbeiter (1934), Generalbevollmächtigter (1935) und Gesellschafter (ab 1937) des Bankhauses A. E. Wassermann, Mitglied des oppositionellen Solf-Kreises, Verbindungen zur Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises, inhaftiert (1940, 1943–45), ermordet
558

Bethmann Hollweg, Felix von (1898–1972), Rittergutsbesitzer, Sohn des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg
212, 403

Bethmann Hollweg, Theobald von (1856–1921), Verwaltungsjurist und Politiker, Oberpräsident der Provinz Brandenburg (1899–1905), preußischer Innenminister (1905–09), Vizekanzler und Staatssekretär des Reichsamtes des Innern (1907–1909), preußischer Ministerpräsident und Außenminister sowie Reichskanzler (1909–17)
148

Beyerle, Josef (1881–1963), Rechtsanwalt, Richter und Politiker, MdL Württemberg (Zentrum 1924–33), württembergischer Justizminister (1923–33) und Wirtschaftsminister (1928–30), Vorsitzender des Zentrums in Württemberg (1919–33), Mitgründer der CDU in Württemberg (1945), Mitglied der

Vorläufigen Volksvertretung Württemberg-Baden (1946), württemberg-badischer Justizminister (1945–51)
256–259, 295

Bismarck, Otto von (1815–1898), Diplomat und Politiker, Mitglied des preußischen Vereinigten Landtags (konservativ 1847/48), der Zweiten Preußischen Kammer (konservativ 1849) und des Erfurter Parlamentes (konservativ 1850), Preußischer Gesandter beim Deutschen Bundestag in Frankfurt a. M. (1851–59), Gesandter in Petersburg und Paris (1859–62), preußischer Ministerpräsident und Außenminister (1862–90), Kanzler des Norddeutschen Bundes (1867–71) und des Deutschen Reiches (1871–90)
49, 228–230, 247–249, 260, 264, 278f, 297, 312f, 320, 323, 388f, 550

Blank, Theodor (1905–1972), Gewerkschafter und Politiker, Sekretär im Verband Christlicher Fabrik- und Transportarbeiter (1932/33), Teilnahme am 2. Weltkrieg (1939–45), MdL Nordrhein-Westfalen (CDU 1946–49), MdB (CDU 1949–72), Sicherheitsbeauftragter im Bundeskanzleramt „Amt Blank“ (1950–55), Bundesverteidigungsminister (1955/56), Bundesarbeitsminister (1957–72)
264, 271, 463f

Blankenhorn, Herbert (1904–1991), Jurist und Diplomat, tätig im Dienst des AA u. a. an Botschaften in Athen, Washington, Helsinki und Bern (1929–45), stellv. Generaldirektor des Zonenbeirates der Britischen Besatzungszone (1946–48), Generalsekretär der CDU in der Britischen Besatzungszone (1948/49), Leiter der Verbindungsstelle des Kanzleramtes zu den Hohen Kommissaren (1949–51), Chef der Politischen Abteilung im AA (1951–55), ständiger Vertreter der Bundesrepublik bei der NATO (1955–58), danach Botschafter in Paris, Rom und London (1958–70), Vizepräsident des Exekutivrates der UNESCO (1970–76)
115, 277, 287

Blayer, Hans
531

Bleek, Karl Theodor (1898–1969), Jurist und Politiker, Landrat in Stade, Arnshagen und Breslau (1933–39), Stadtkämmerer in Breslau (1939–45), MdVL/MdL Hessen (LDP/FDP

1946–51), Oberbürgermeister von Marburg (1946–51), Staatssekretär im Bundesinnenministerium (1951–57), Chef des BprA (1957–61)
106

Bloem, Walter (1868–1951), Jurist und Schriftsteller, Regisseur und Dramaturg am Hoftheater Stuttgart (1911–14), Frontoffizier im 1. Weltkrieg, Goethemedaille für Kunst und Wissenschaft (1933), Stabsoffizier (1940–45)
221

Blomberg, Werner von (1897–1946), Militär, Chef des Truppenamtes (1927–29), Reichswehrminister (1933–35), Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht (1935/36), Generalfeldmarschall (1936–38), Verabschiedung im Zuge der „Blomberg-Fritsch-Krise“ (1938)
574

Blücher, Franz (1896–1959), Kaufmännischer Angestellter und Politiker, Mitgründer und Vorsitzender der FDP in der britischen Zone (1946–48), Finanzminister von Nordrhein-Westfalen (1946/47), MdL Nordrhein-Westfalen (LDP 1946/47), Vorsitzender des Finanzausschusses beim Wirtschaftsrat der Bizone (1947–49), stellv. (1948–50) und 1. Bundesvorsitzender (1950–54) der FDP, MdB (FDP 1949–56, Freie Volkspartei 1956/57, DP 1957/58), Vizkanzler und Minister für Angelegenheiten des Marshallplans bzw. für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1949–57), Vizepräsident der Hohen Behörde der Montanunion (1958/59)
25, 55, 106f, 113, 120, 151, 224f, 262, 307, 343–345, 346f, 380, 384, 460, 484

Bochmann, Werner (1900–1993), Filmmusik- und Schlagerkomponist
530

Bockmann, Anneliese, Schreibkraft im BprA
62, 507

Bodelschwingh, Friedrich von (1831–1910), evangelischer Theologe, Leiter der kirchlich-sozialen Einrichtungen in Bethel bei Bielefeld (ab 1872), Errichtung einer Arbeiterkolonie im ostwestfälischen Wilhelmsdorf (1882), Gründer der ersten Bausparkasse (1885), Errichtung der Theologischen Schule zur Aus-

bildung von Geistlichen (1905), MdL Preußen (Deutsch-Konservative Partei 1903–08)
184

Böhler, Wilhelm (1891–1958), katholischer Geistlicher und Kirchenpolitiker, Generalsekretär der katholischen Schulorganisation in Düsseldorf (1920–35), Gemeindetätigkeit in Essen (ab 1935), Berufung zum Kölner Domkapitular (1945), Beauftragter der Fuldaer Bischofskonferenz beim Parlamentarischen Rat (1948/49) und bei der Bundesregierung (ab 1949)
301

Bohr, Niels Henrik (1885–1962), dänischer Kernphysiker, Nobelpreis für Physik (1922), Entwicklung einer Theorie der Kernspaltung des Urans (1939), Emigration nach Schweden (1943), in den USA beteiligt an der Entwicklung der Atombombe (1943–45)
415, 550

Bolz, Eugen (1881–1945), Jurist und Politiker, MdR (Zentrum 1912–18), MdNV/MdR (Zentrum 1919–33), MdL Württemberg (Zentrum 1912–18), MdVL/MdL Württemberg (Zentrum 1919–33), württembergischer Justizminister (1919–23), Innenminister (1923–33), Finanzminister (1924) und Staatspräsident (1928–33), Beteiligung am bürgerlich-konservativen Widerstand gegen das NS-Regime, hingerichtet
558

Bonatz, Paul (1877–1956), Architekt, Professor in Stuttgart (1908–43) und Istanbul (1949–53), Beratungstätigkeit beim Bau der Reichsautobahnen (1933–40), Mitarbeiter Albert Speers (1940–43), Mitgründer der „Stuttgarter Schule“
359

Bonhoeffer, Cornelia, verh. Grossmann, Tochter des Ende April 1945 ermordeten Widerstandskämpfers Klaus Bonhoeffer
46, 403–405

Bonhoeffer, Emilie, gen. Emmi, geb. Delbrück (1905–1991), beteiligt am Widerstand gegen das NS-Regime, Tochter von Hans Delbrück, Ehefrau von Klaus Bonhoeffer und Mutter von Cornelia Bonhoeffer
403f, 567

Bonhoeffer, Klaus (1901–1945), Rechtsanwalt, Syndikus der Deutschen Lufthansa

(1936–44), Verbindungsmann zwischen kirchlichen, militärischen, konservativen und sozialdemokratischen Widerstandskreisen gegen das NS-Regime im Vorfeld des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944, inhaftiert (1944/45), ermordet
403, 558, 567

Bonn, Moritz Julius (1873–1965), Nationalökonom, Gründungsrektor und Dozent an der Handelshochschule in München (1910–20), Professor (1920–33) und Rektor (1931–33) an der Handelshochschule Berlin, Emigration nach Großbritannien (1933), Dozent an der London School of Economics (1933–38), britischer Staatsbürger (ab 1938), Gastprofessor in Los Angeles (1939–46)
110f, 433–435

Bosch, Robert (1861–1942), Mechaniker und Unternehmer, Gründer der Robert Bosch GmbH (1886) und Robert Bosch AG (1917), u. a. finanzielle Unterstützung des Deutschen Werkbundes, der Zeitschrift „Deutsche Politik“ und der Deutschen Hochschule für Politik, Protagonist einer Biographie von Theodor Heuss (1946)
282f, 373, 429, 447f

Bothe, Walter (1891–1957), Kernphysiker, Leiter des Laboratoriums für Radioaktivität der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (1925–30), Professor in Gießen (1930–32) und Heidelberg (1932–34, 1946–53), Direktor des Physikalischen Instituts am Kaiser-Wilhelm-Institut für Medizin (1934–45), Direktor des Instituts für Physik am Max-Planck-Institut für medizinische Forschung (1953–57), Pour le mérite (1952), Nobelpreis für Physik (1954)
359

Bott, Hans (1902–1977), Buchhändler, Verleger und Verwaltungsbeamter, Herausgeber (1933) und Verleger (1933–41) der Zeitschrift „Die Hilfe“, Teilnahme am 2. Weltkrieg (1942), amerikanische Gefangenschaft, Bildungsarbeit in Kriegsgefangenenlagern in Großbritannien und den USA, Rückkehr nach Deutschland (1945), Berater und Referent im württemberg-badischen Kultusministerium (1946–49), Persönlicher Referent des Bundespräsidenten (1949–59), stellv. Chef des BprA (1956–59)
60f, 128, 174, 183f, 197, 203f, 207f, 220, 228, 232, 239, 241f, 247, 253, 275, 289, 300, 307, 318, 320, 324, 330–332, 346, 362, 368,

372, 378f, 385f, 391f, 395f, 398, 400, 403, 411, 418, 420, 427, 433, 435, 439f, 445–449, 450, 455f, 458–460, 463, 466, 468f, 477f, 486, 489–491, 493, 495f, 501f, 504, 515f, 518–520, 522–525, 527, 531f, 534, 536f, 539f, 544, 548–550, 552, 556–560, 568, 572, 575f, 578f

Boveri, Margret (1900–1975), Journalistin und Schriftstellerin, außenpolitische Redakteurin des „Berliner Tageblatts“ (1934–37), Lektorin und Redakteurin der Zeitschrift „Atlantis“ (1937/38), Auslandskorrespondentin der „Frankfurter Zeitung“ in Stockholm (1939/40), New York (1940–42) und Lissabon (1942/43), Mitarbeiterin der deutschen Botschaft in Madrid, freie Journalistin in Berlin (ab 1944)
50, 132, 351, 442f, 444, 489–495, 523f, 567f

Brandt, Karl (1899–1975), Agrarwissenschaftler, Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin (1929–33), Emigration in die USA (1933), Professor in New York (1933–37), Louisiana (1937/38) und an der Stanford University (1938–63), Berater von OMGUS in Berlin für Ernährung und Landwirtschaft (1945/46)
301

Brandt, Willy (1913–1992), Journalist und Politiker, Emigration nach Norwegen (1933–40) und Schweden (1940–45), norwegischer Presseattaché in Berlin (1947), MdB (SPD 1949–57, 1969–87), MdL Berlin (SPD 1950–69), Regierender Bürgermeister in Berlin (1957–66), Vorsitzender der Berliner (1958–62) und der Bundes-SPD (1964–87), Außenminister und Vizekanzler (1966–69), Bundeskanzler (1969–74), Friedensnobelpreis (1970), Präsident der Sozialistischen Internationale (1976–92), MdEP (1979–83)
308

Brauer, Max (1887–1973), Politiker, 2. Bürgermeister und Kämmerer (1919–24) sowie Oberbürgermeister von Altona (1924–33), Mitglied des Preußischen Staatsrates und des Provinziallandtages von Schleswig-Holstein (SPD 1924–33), inhaftiert und Flucht über Österreich in die Schweiz (1934), als Mitarbeiter des Völkerbunds Berater in China (1935), in den USA Dozent an der Columbia University (1936–45), Rückkehr nach Deutsch-

land als Generalbevollmächtigter des Internationalen Gewerkschaftsbundes (1946), Erster Bürgermeister von Hamburg (1946–53, 1957–60), MdB (SPD 1961–65)
275, 315, 383

Braun, Otto (1872–1955), Buchdrucker und Politiker, Stadtverordneter in Königsberg (SPD 1902–18), MdL Preußen (SPD 1913–18, 1921–33), MdNV/MdR (SPD 1919–33), preußischer Landwirtschaftsminister (1918–20) und Ministerpräsident (1920–32, mit kurzen Unterbrechungen 1921 und 1925), Amtsenthebung durch Reichskanzler von Papen (1932), Emigration in die Schweiz (1933)
26, 166, 312f, 540

Braunsberg, Joseph
277

Brecht, Arnold (1884–1977), Verwaltungsjurist und Politikwissenschaftler, Ministerialdirektor im Reichsinnenministerium (1921–27), Bevollmächtigter der preußischen Regierung im Reichsrat (1927–33), Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik (1928–33), Emigration in die USA (1933), Professor an der New School for Social Research in New York (1933–53), beratende Tätigkeit bei der Schaffung des Grundgesetzes (1948/49)
520f

Breitscheid, Rudolf (1874–1944), Journalist, Schriftsteller und Politiker, Mitglied der Freisinnigen Vereinigung (1903–08), Geschäftsführer des Handelsvertragsvereins (1905–08), Mitgründer und Vorsitzender der Demokratischen Vereinigung (1908–12), Eintritt in die SPD (1912), Übertritt zur USPD (1917), Chefredakteur der „Sozialistischen Auslandspolitik“ bzw. des „Sozialisten“ (1915–23), preußischer Innenminister (1918/19), MdR (USPD/SPD 1920–33), Vorsitzender der SPD-Fraktion im Reichstag (1928–1933), Emigration über die Schweiz nach Frankreich (1933), Auslieferung nach Deutschland (1941), Einlieferung in die KZ Sachsenhausen (1942) und Buchenwald (1943), bei einem Bombenangriff ums Leben gekommen
514f

Brentano, Ludwig Josef, gen. Lujo (1844–1931), Nationalökonom, Mitgründer des „Vereins für Sozialpolitik“ (1872), Professor in Breslau (1873–82), Straßburg (1882–88), Wien

(1888/89), Leipzig (1889–91) und München (1891–1914), Doktorvater von Theodor Heuss
110

Brentano di Tremezzo, Heinrich von (1904–1964), Jurist und Politiker, Rechtsanwalt in Darmstadt (1934), Mitgründer der CDU in Hessen (1945), MdVL/MdL Hessen (CDU 1946–49), MdPR (CDU 1948/49), MdB (CDU 1949–64), Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag (1949–55), Vizepräsident der Beratenden Versammlung des Europarats (1950–55), Bundesaußenminister (1955–61)
286, 422, 434, 558–560

Breuer, Robert, eigtl. Lucian Friedländer (1878–1943), Journalist und Schriftsteller, Mitarbeiter des „Vorwärts“, Mitgründer und 1. Geschäftsführer (1912–1920) des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller, Mitglied des Deutschen Werkbundes, stellv. Pressechef der Reichskanzlei und des AA (1918–20), Abteilungsleiter der Reichszentrale für Heimatdienst der Reichskanzlei (1925–32), Emigration nach Frankreich (1933) und Martinique (1940)
534f

Bruckmann, Dietrich (1896–1967), Techniker und Industrieller, Teilnahme als Kriegsfreiwilliger und Leutnant am 1. Weltkrieg, Mitglied des Heilbronner Gemeinderates (FDP/DVP 1945–53), Bundesverdienstkreuz (1955), Sohn von Peter Bruckmann
147

Bruckmann, Peter (1865–1937), Industrieller und Politiker, Inhaber und künstlerischer Leiter der Silberwarenfabrik P. Bruckmann & Söhne in Heilbronn, MdL Württemberg (FVP 1915–1918), MdVL/MdL Württemberg (DDP 1919–33), Vorsitzender der DDP in Württemberg (1921–33), Mitglied des Heilbronner Gemeinderates (DP/Nationalliberale Partei 1900–10, FVP 1910–33), Mitgründer (1907) und 1. Vorsitzender (1909–19, 1926–32) des Deutschen Werkbundes
147, 421, 525

Bründer, Hansheinz (Recklinghausen), ehemaliger Verbindungsstudent
320

Brüning, Heinrich (1885–1970), Philologe und Politiker, MdR (Zentrum 1924–33) und

Fraktionsvorsitzender (1929/30), MdL Preußen (Zentrum 1928–30), Reichskanzler (1930–32), Emigration (1934), Aufenthalte in England und den USA (1934–39), Übersiedlung in die USA (1939), Professor in Harvard (1939–51) und Köln (1951–55), Rückkehr in die USA (1955)
27, 108, 111, 210–213, 323, 576

Buber, Martin (1878–1965), jüdischer Religionswissenschaftler und Zionist, Professor in Frankfurt a. M. (1924–33) und Jerusalem (1938–51), Friedenspreis des Deutschen Buchhandels (1953)
123, 438

Bülow, Bernhard Fürst von (1849–1929), Diplomat und Politiker, Eintritt in diplomatischen Dienst (1874), Gesandter in Bukarest (1888–93), Botschafter in Rom (1893–97), Staatssekretär im AA (1897–1900), preußischer Ministerpräsident und Reichskanzler (1900–09), deutscher Sonderbotschafter in Rom (1914/15)
403

Bullock, Allan (1914–2004), Historiker, Professor (ab 1945) und Vizekanzler in Oxford (1969–73), Gründungsrektor des St. Catherine's College (1960–80)
533

Bullock, Michael (1916–2008), Schriftsteller, Übersetzer und bildender Künstler, Übersetzer der Jugenderinnerungen von Heuss ins Englische, Herausgeber und Mitarbeiter von Literaturzeitschriften, Vorsitzender der British Translators Association (1963), Commonwealth Fellow in Kanada (1968)
569

Burckhardt, Carl Jacob (1891–1974), Schweizer Diplomat, Historiker und Schriftsteller, im diplomatischen Dienst der Schweiz (ab 1918), Professor in Zürich (ab 1929) und am Institut des Hautes Études Internationales in Genf (1932–37, 1939–45), Völkerbundkommissar in Danzig (1937–39), Betreuung von Kriegsgefangenen und Internierten im Auftrag des Internationalen Roten Kreuzes (1939–44), Präsident des Internationalen Roten Kreuzes (1945–49), Gesandter der Schweiz in Paris (1945–49), Friedenspreis des Deutschen Buchhandels (1954), Pour le mérite (1955)

49, 316, 318f, 372, 398–400, 414–416, 415, 500, 542, 550, 568f, 579

Burda, Franz (1903–1971), Zeitschriftenverleger, Inhaber des Medienkonzerns Burda
562

Burk, Walter (Lindau), Mediziner
321

Campbell, Douglas, Experimentalpsychologe, Professor in Neuseeland (1957) und in Kanada (1960), Mann von Johanna Stolper
568

Canaris, Erika, geb. Waag, Ehefrau von Wilhelm Canaris
482f

Canaris, Wilhelm (1881–1945), Marineoffizier, Stabsoffizier der Ostsee-Station (ab 1920), Stabschef der Nordsee-Station (1930–35), als Konteradmiral Chef der Abteilung Abwehr (Ausland) im Reichskriegsministerium (1935–38) und beim Oberkommando der Wehrmacht (1938–44), wegen Duldung von Widerstandshandlungen durch Angehörige der Abwehr zunächst entlassen, dann verhaftet (1944), im KZ Flossenbürg ermordet
482f

Carossa, Hans (1878–1956), Mediziner und Schriftsteller, Bataillonsarzt (1916–18), Präsident des Europäischen Schriftstellerverbands (1941), Bundesverdienstkreuz (1953)
319

Cervantes, Miguel de (1547–1616), spanischer Dichter
421

Chamberlain, Houston Stewart (1855–1927), englischer Schriftsteller und Philosoph, Schwiegersohn von Richard Wagner (ab 1909), Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft (1916)
144

Chapeaurouge, Alfred de (1907–1993), Jurist, Diplomat und Politiker, Tätigkeit im diplomatischen Dienst (1935–45), MdL Hamburg (CDU 1953–86)
253

Churchill, Winston Leonard Spencer (1874–1965), britischer Militär und Politiker, Mitglied des Unterhauses (Konservative Partei 1900–04, 1924–64, Liberale Partei 1904–22), Unterstaatssekretär im Kolonialamt (1906–08),

Handelsminister (1908–10), Innenminister (1910/11), Erster Lord der Admiralität (1911–15, 1939/40), Munitionsminister (1917/18), Kriegs- und Luftfahrtminister (1918–21), Staatssekretär des Kolonialamtes (1921/22), Schatzkanzler (1924–29), Premierminister (1940–45, 1951–55), Literaturnobelpreis (1953) 226

Cicero, Marcus Tullius (106–43 v. Chr.), römischer Redner, Schriftsteller und Politiker, römischer Konsul (63), Prokonsul der Provinz Kilikien (51) 258

Clay, Lucius D. (1897–1978), amerikanischer Militär und Politiker, stellv. Militärgouverneur (1945–47) und Militärgouverneur (1947–49) der US-Besatzungszone in Deutschland, Berater John F. Kennedys in Berlin-Fragen 160, 172

Compton, Arthur H. (1892–1962), amerikanischer Physiker, Professor (1920–23) und Kanzler (1945–53) an der Washington University in Saint Louis, Professor in Chicago (1923–45), Leiter des Plutonium-Forschungsprojekts zur Entwicklung einer Atombombe der USA (1942–45) 550

Constant, Benjamin (1767–1830), französisch-schweizer Schriftsteller, Staatstheoretiker und Politiker 29, 233

Corinth, Lovis (1858–1925), Maler, Grafiker und Zeichner, Wahl zum Präsidenten der Berliner Sezession (1915), Aufnahme in die Akademie der Künste Berlin (1919) 524, 526

Coudenhove-Kalergi, Richard Nikolaus Graf (1894–1972), Publizist und Politiker, Gründer der Paneuropa-Union (1922), Emigration über Frankreich (1938) in die USA, Professor in New York (1946/47), Rückkehr nach Europa (1947), Generalsekretär der Europäischen Parlamentarier-Union (1947–52), Internationaler Karls-Preis der Stadt Aachen (1950), Ehrenpräsident der Europa-Bewegung (1952–65) 447f

Croce, Benedetto (1866–1952), italienischer Philosoph, Historiker, Literaturwissenschaft-

ler und Politiker, Unterrichtsminister (1920/21), Verfasser des antifaschistischen Manifestes (1925), Neugründer und Vorsitzender der Liberalen Partei (1943–47) 415

Croy, Otto (1902–77), österreichischer Photograph und Fachschriftsteller, Bildberichterstat-ter u. a. der österreichischen Radio-Verkehrsgesellschaft, Redakteur bei verschiedenen Zeitschriften, Chefredakteur des „Photo-Magazins“ 510

Curtius, Ernst Robert (1886–1956), Romanist und Kulturwissenschaftler, Professor in Bonn (1919/20, 1929–51), Marburg (1920–24) und Heidelberg (1924–29), Pour le mérite (1952) 359, 415

Curtius, Ludwig (1874–1954), Archäologe, Professor in Erlangen (1908–18), Freiburg i. Br. (1918–20) und Heidelberg (1920–28), Direktor des Deutschen Archäologischen Instituts in Rom (1928–37), vorzeitige Versetzung in den Ruhestand (1937), Pour le mérite (1952) 359, 388–390

Dagover, Lil (1887–1980), Film- und Theaterschauspielerin, Auftritte in Stummfilmen von Fritz Lang und Friedrich Wilhelm Murnau, Engagements beim Deutschen Theater in Berlin unter Max Reinhardt und bei den Salzburger Festspielen, Ernennung zur „Staatschauspielerin“ (1937), Bundesfilmpreis (1954), Filmband in Gold (1962) 488

Dahlmann, Hermann (1892–1978), Flieger- und Polizeioffizier, im 1. Weltkrieg Jagdflieger, im Polizeidienst (ab 1919), Chef der Luftpolizei Berlin (1924) und Kommandant des Flughafens Berlin-Tempelhof, Referent in der Luftfahrt-abteilung des Reichsinnenministeriums (1927), Ministerialrat (1934), Oberst der Luftwaffe (1939) und Kommandant der Fliegerschule Danzig-Langfuhr, Generalmajor (1941), Offizier für Sonderaufgaben beim Oberbefehlshaber der Luftwaffe (1941), als Generalleutnant zuständig für Fliegerbodenorganisation und Flugsicherheit der Luftwaffe (ab 1943), inhaftiert (1945–47) 203f

Daume, Willi (1913–1996), Sportfunktionär und Unternehmer, Präsident des Deutschen Turnerbundes (1949) und des Deutschen Sportbundes (1950–70), Mitglied (1959–91) und Vizepräsident (1972–76) des Internationalen Olympischen Komitees, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (1961–92), Präsident der Deutschen Olympischen Gesellschaft (1979–88)
207f

Debatin, Otto (1882–1973), Mitarbeiter der Firma Robert Bosch, Schriftleiter der Mitarbeiterzeitschrift „Bosch-Zünder“ (ab 1918), Vorstand des Sozialbüros und Personalleiter (ab 1926), Prokurist (1931–45), Berater der Geschäftsführung der Bosch GmbH (ab 1945)
135

Dehio, Ludwig (1888–1963), Historiker und Archivar, tätig im Staatsarchiv Berlin und im Geheimen Staatsarchiv (1919–45), Direktor des Staatsarchivs Marburg (1946–54), Professor in Marburg (ab 1948), Sohn von Georg Dehio
189

Dehler, Irma, geb. Frank, Ehefrau von Thomas Dehler (ab 1925)
322

Dehler, Thomas (1897–1967), Rechtsanwalt und Politiker, Vorstandsmitglied der DDP (1926–30) und DStP (1930–33), Verbindungen zum bürgerlich-liberalen Widerstand gegen das NS-Regime, inhaftiert (1938, 1944), Landrat im Kreis Bamberg (1945), Generalstaatsanwalt (1946/47) und Präsident des Oberlandesgerichts Bamberg (1947–49), Vorsitzender der FDP in Bayern (1946–1956), MdL Bayern (FDP 1946–1949), MdPR (FDP 1948/49), MdB (FDP 1949–1967), Vorsitzender der FDP-Fraktion im Bundestag (1953–57), Bundesjustizminister (1949–1953), Bundesvorsitzender der FDP (1954–1957)
47, 55, 150, 154f, 223, 226f, 250, 256, 258f, 262, 322, 347, 380–384, 395, 397, 431, 446, 483f, 486

Delbrück, Hans (1848–1929), Historiker, Publizist und Politiker, MdL Preußen (Freikonservative Partei 1882–1918), MdR (DRP 1884–90), Professor in Berlin (1895–1921), Mitherausgeber (1883–89) bzw. alleiniger Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher“ (1889–1919)
494

Denzel, Eugen (1901–1980), Maler, Grafiker und Pressezeichner, Schöpfer eines Porträts von Heuss
186, 199

Denzel, Heidi (1883–1975), Stuttgarter Geschäftsführerin der Frauenabteilung im Evangelischen Volksbund (1919–48), beteiligt an der Rettung von Juden (nach 1933)
416

Dessauer, Friedrich (1881–1963), Biophysiker und Politiker, Professor an der Universität Frankfurt a. M. (1920–33, 1950–61), MdR (Zentrum 1924–33), inhaftiert (1933/34), Professor in Istanbul (1934–37) und in Fribourg (1937–53), Ausbürgerung aus Deutschland (1941), Rückkehr nach Deutschland an die Universität Frankfurt a. M. (1953)
250f

Deufel, Kaspar (1890–1961), Jurist und Politiker, MdL Baden (Zentrum 1929–33), Mitglied des Konstanzer Stadtrates und Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion (ab 1945), Landgerichtspräsident in Konstanz (ab 1945), Vizepräsident des Roten Kreuzes in Südbaden (nach 1945), Bundesverdienstkreuz (1955)
461–463

Deutsch, Ernst (1890–1969), Theater- und Filmschauspieler, Theater- und Filmrollen in Berlin unter Max Reinhardt, Emigration in die USA (1933), Rückkehr an das Burgtheater in Wien (1947)
488, 560

Dibelius, Otto (1880–1967), evangelischer Theologe, Generalsuperintendent der Kurmark (1925–33), Angehöriger der Bekennenden Kirche, inhaftiert (1937), Bischof für Berlin-Brandenburg (1945–66), Ratsvorsitzender der EKD (1949–61), Präsident des Weltkirchenrats (1954–60)
48, 157f, 193f, 238, 295

Diederichs, Niels (1902–1973), Verleger, gemeinsam mit seinem Bruder Leiter des Eugen-Diederichs-Verlags (1933–45, 1949–73)
319

Diem, Carl (1882–1962), Sportfunktionär und Sportwissenschaftler, Generalsekretär des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen (1913–33), Mitgründer und Prorektor an der deutschen Hochschule für Leibesübungen

Berlin (1921–34), Missionschef der deutschen Olympiamannschaften 1928 und 1932, Mitorganisator der Olympischen Spiele 1936, Mitgründer und Rektor der Deutschen Sporthochschule Köln (1947–62)
208

Dietrich, Hermann (1879–1954), Rechtsanwalt und Politiker, MdL Baden (National-liberale Partei 1911–18, DDP 1919–21), badischer Finanz- (1919) und Außenminister (1919/20), MdNV/MdR (DDP/DSfP 1919–33), Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft (1928–30), Reichswirtschaftsminister (1930), Reichsfinanzminister (1930–32), stellv. Reichskanzler (1930–32), Vorsitzender der DSfP (1930–32), Rechtsanwalt in Berlin, in Allensbach/Bodensee und Aufenthalte im Schwarzwald (1933–45), Sonderbevollmächtigter für Ernährung und Landwirtschaft des Länderrates der US-Zone (1946), Vorsitzender des Ernährungs- und Landwirtschaftsrates der Bizone (1946/47)
213, 323, 404, 558

Dietrich, Otto (1897–1952), Journalist und Politiker, stellv. Chefredakteur der „Essener National-Zeitung“ (1930/31), Reichspressechef der NSDAP (1931–45), Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Presse (ab 1933) und Vizepräsident der Reichspressekammer (1934–45), MdR (NSDAP 1936–45), Staatssekretär und Leiter der Abteilung IV (Presse) des Propagandaministeriums (1937–45), Pressechef der Reichsregierung (1938–45), inhaftiert (1945–50)
172

Döblin, Alfred (1878–1957), Arzt und Schriftsteller, 1. Vorsitzender des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller (1924/25), Emigration nach Paris (1933) und Los Angeles (1940), Rückkehr nach Deutschland und Chef der Literaturabteilung der Direction de l'éducation publique in Baden-Baden, später in Mainz (ab 1946), Übersiedlung nach Paris (1953)
31, 40, 112f, 410, 440f, 468f

Dönhoff, Marion Gräfin (1909–2002), Journalistin, im 2. Weltkrieg Kontakt zum Widerstand, Mitarbeiterin (ab 1946), Chefredakteurin (1968–73) und Herausgeberin (1973–2002) der Wochenzeitung „Die Zeit“
125

Dönitz, Karl (1891–1980), Militär, U-Boot-Kommandant (1918), nach weiteren Tätigkeiten in der Reichsmarine Befehlshaber der U-Boote (1936), als Großadmiral Befehlshaber der Kriegsmarine (1943–45), Ernennung zum Reichspräsidenten durch Hitler und Oberbefehlshaber der Wehrmacht (1945), inhaftiert (1945), als Hauptkriegsverbrecher durch den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu 10 Jahren Haft verurteilt (1946), Entlassung (1956)
179

Dohrn, Anton Felix (1840–1909), Zoologe, Gründer (1872) und Direktor (1872–1909) der Zoologischen Station in Neapel, Protagonist einer Biographie von Theodor Heuss (1940)
356, 429

Dohrn, Boguslav (1875–1960), Gutsbesitzer in Hökendorf bei Stettin (1913–45), Mitglied der DDP, Flucht nach Neunkirchen am Sand (1945), dann nach Frankfurt a. M., Sohn von Anton Dohrn
132, 149

Dohrn, Reinhold (1880–1962), Zoologe, Mitarbeiter (1905–09), Inhaber (1909–15, 1919–22) und Direktor (1922–54) der Zoologischen Station in Neapel, Sohn von Anton Dohrn
132

Domagk, Gerhard (1895–1964), Pathologe und Bakteriologe, Professor in Münster (1927–60), Leiter des pathologischen Instituts der Bayer-Werke (1928–60), Nobelpreis für Medizin (1939), im Beirat des Bevollmächtigten für das Gesundheitswesen (1944), Pour le mérite (1952), Bundesverdienstkreuz (1955)
359

Dombrowski, Erich (1882–1972), Journalist und Schriftsteller, Mitarbeiter und Redakteur verschiedener Berliner Zeitungen (1907–26), Chefredakteur des „Frankfurter Generalanzeigers“ (1926–36), Gründer der Mainzer „Allgemeinen Zeitung“ (1946), Mitherausgeber der FAZ (1949–62)
570f

Dovifat, Emil (1890–1969), Journalist und Zeitungswissenschaftler, Assistent am Institut für Publizistik (1924–26), Professor für Zeitungswissenschaften in Berlin und Direktor des Instituts für Zeitungswissenschaft (1928–47),

Tätigkeit im Propagandaministerium und Beteiligung an der Ausbildung der Kriegsberichtserstatter (nach 1934), Mitgründer der Berliner CDU und ihrer Zeitung „Die neue Zeit“ (1945), Professor in Berlin (1948–61), Vorsitzender des Rundfunkrats des SFB (1953–59)
379

Dürr, Willy (1889–1975), Journalist und Politiker, Volontär bei der „Neckarzeitung“ (1913), Parteisekretär der DDP in Heilbronn (1919), Chefredakteur der „Heilbronner Abend-Zeitung“ (1920–33) und der „Heilbronner Stimme“ (1949–55), Mitglied des Gemeinderates Heilbronn (DDP 1928–33, FDP/DVP 1945–59), Vorsitzender der DDP Heilbronn (1932/33) und der DVP Heilbronn (1945–49), MdVL Württemberg-Baden (DVP 1946), Chef vom Dienst bei der „Heilbronner Stimme“ (1949–55)
109, 397

Eberle, Josef (1901–1986), Verleger und Schriftsteller, Lizenzträger und Herausgeber der „Stuttgarter Zeitung“ (1945–71)
106, 424

Ebert, Friedrich (1871–1925), Sattler und Politiker, MdL Bremen (SPD 1900–05), MdR (SPD 1912–18), MdNV (SPD 1919), Vorsitzender der SPD (1913–19) und der SPD-Fraktion im Reichstag (1916–18), Reichskanzler und Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten (1918/19), Reichspräsident (1919–25)
26, 47, 105f, 112, 118f, 138, 150, 155, 169f, 188, 310, 353, 434

Ebert, Friedrich (1894–1979), Buchdrucker, Journalist und Politiker, Redakteur des „Vorwärts“ (1919–25), Chefredakteur der „Brandenburger Zeitung“ (1925–33), MdR (SPD 1928–33), inhaftiert (1933), Tätigkeit im Reichsverlagsamt (1940–45), Verbindung zum kommunistischen Widerstand, Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Brandenburg (1945/46), Mitvorsitzender der SED in Brandenburg (1946–48), Mitglied des Parteivorstandes bzw. Zentralkomitees (1946/47) sowie des Zentralsekretariats (1947–49) und Politbüros (1949–79), MdL Brandenburg und Landtagspräsident (SED 1946–48), Oberbürgermeister von (Ost-)Berlin (1948–67), Mitglied der Volkskammer (SED ab 1949) und Vorsitzender der SED-Fraktion (ab 1971), stellv.

Vorsitzender des Staatsrats (ab 1971), Sohn des Reichspräsidenten Friedrich Ebert
106

Ebert, Karl (1899–1975), Optiker, inhaftiert (1933), MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (SPD 1947–64), Sohn des Reichspräsidenten Friedrich Ebert
106

Ebert, Louise (1873–1959), Ehefrau von Friedrich Ebert (ab 1894), gewerkschaftliche Tätigkeit
105f, 119

Ecarius, Helene, geb. Kirmmeier (1886–1967), Jugendfreundin von Theodor Heuss aus Speyer
109, 340, 364, 473

Edschmid, Kasimir, eigtl. Eduard Schmid (1890–1966), Schriftsteller, literarischer Referent der „Frankfurter Zeitung“ (ab 1913), Herausgeber der „Tribüne der Kunst und Zeit“ (1919–23), Mitarbeiter zahlreicher literarischer Zeitschriften, Rede-, Rundfunk- und Schreibverbot (ab 1933), Vizepräsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt (ab 1949), Generalsekretär (1950–57), dann Vize- und Ehrenpräsident des deutschen P.E.N.
289

Egan-Krieger, Jenö von (1886–1965), Militär und Politiker, Hauptmann im Generalstab (1915), Tätigkeit im „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“ (ab 1919), Hauptgeschäftsführer der DNVP (1929–33), inhaftiert im Zuge der „Röhm-Affäre“ (1934), Abteilungsleiter im Reichskriegsministerium (1934–39), Wehrersatz-Inspekteur in Magdeburg (1942/43), Generalleutnant (1942), inhaftiert (1945–47)
563

Egidi, Hans (1890–1970), Jurist und Verwaltungsbeamter, Landrat des Kreises Ostprignitz (1920–33), Regierungsvizepräsident in Schneidemühl und in Erfurt (1933–38), Ministerialrat am Reichsrechnungshof (ab 1938), Mitgründer der CDU in der SBZ (1945), Leiter der Finanzverwaltung im Land Brandenburg (1946–48), inhaftiert (1948), Flucht aus der SBZ, Vizepräsident des niedersächsischen Landesrechnungshofs (ab 1948), Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium mit Leitung des Referats Verfassung Verwaltung und Sicherheit (ab 1949), Aufbau des Bundes-

grenzschutzes (1949–55), Stellvertreter des Staatssekretärs (ab 1952), Präsident des Bundesverwaltungsgerichts (1955–58), Vorsitzender des Vereins zur Förderung für das Deutschtum im Ausland (ab 1959)
370f

Ehard, Hans (1887–1980), Verwaltungsjurist, Richter und Politiker, Senatspräsident am Oberlandesgericht München (1933–45), MdVL/MdL Bayern (CSU 1946–66), bayerischer Ministerpräsident (1946–54, 1960–62), Landwirtschafts- (1948), Finanz- (1950), Verkehrs- (1951/52) und Justizminister (1962–66), Landesvorsitzender der CSU (1949–55)
258, 293–296, 347, 503f

Ehlers, Hermann (1904–1954), Jurist und Politiker, Angehöriger der Bekennenden Kirche (ab 1935), inhaftiert (1937), Oberkirchenrat in der Oldenburger Landeskirche (1945), als Synodaler Mitorganisator der EKD, CDU-Mitglied (ab 1946), stellv. Vorsitzender der CDU (1952–54), MdB (CDU 1949–54), Präsident des Bundestages (1950–54)
168f, 195, 238, 457, 516, 558, 564

Ehrnsperger, Adolf (Nürnberg)
561f

Einsiedler, Albert (1914–1970), Verwaltungsbeamter, tätig bei der Deutschen Reichsbahn (ab 1942), sowjetische Kriegsgefangenschaft (1944–49), BprA (1950–69): Leiter des Ref. 4 (u. a. Beamtenrechtsfragen, sozialrechtliche Fragen, Flüchtlinge, Lastenausgleich, 1950–57), Leiter des Ref. 3 (1957–62), zugleich Vertreter des Chefs des BprA (1959–62), danach ständiger Vertreter des Chefs des BPrA mit der Zuständigkeit für Personal und Organisation (1962–69)
61, 146, 204f

Einstein, Albert (1879–1955), Physiker, Professor in Zürich (1909–11, 1912–14), Prag (1911/12) und Berlin (1914–33), Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik (1917–32), Nobelpreis für Physik (1921), Pour le mérite (1923–33, zurückgegeben), Emigration in die USA (1932/33) und Professor in Princeton (1933–55), Kurzbesuch in Deutschland (1952), Begründer der Relativitätstheorie
38, 200–202, 359, 514

Eisenhower, Dwight D. (1890–1969), amerikanischer Militär und Politiker, Oberbefehls-

haber der US-Truppen in Nordafrika und Europa (1942/43), der alliierten Invasionstruppen (1943–45), Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen und Militärgouverneur der US-Besatzungszone in Deutschland (1945), Chef des US-Generalstabs (1945–47), Präsident der Columbia-University (1947–53), Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte (1950–52), Präsident der USA (1952–61)
24, 327

Eisler, Hanns (1898–1962), Komponist und Musiktheoretiker, Komponist der DDR-Nationalhymne, Mitgründer und Leiter der Kompositionsklasse der Akademie der Künste der DDR (ab 1949)
139

Eliot, George, Pseudonym für Mary Ann Evans (1819–1880), engl. Schriftstellerin und Übersetzerin
415

Elisabeth II., eigtl. Elizabeth Alexandra Mary Windsor (geb. 1926), Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland sowie Haupt des Commonwealth (ab 1953)
439

Elisabeth, Hausangestellte im BprA
174

Elliot, Thomas Stearns (1888–1965), anglo-amerikanischer Dichter und Kritiker, Nobelpreis für Literatur (1948)
415

Elsas, Fritz (1890–1945), Verwaltungsjurist und Politiker, MdL Württemberg (DDP 1924–26), Vizepräsident des Deutschen Städtetages (1926–31), 2. Bürgermeister von Berlin (1931–33), inhaftiert (1937), Verbindungen zu Carl Goerdeler, inhaftiert (1944), ermordet
43, 170, 466f, 558, 566

Elsas, Marie, geb. Scholl (1886–1968), Ehefrau von Fritz Elsas und Mutter von Hanne Heuss, inhaftiert (1944/45), Befreiung durch Ernst Ludwig Heuss (1945)
466f

Emanuel, Isidor Markus (1905–1991), katholischer Theologe, Domkapitular (1950–53) und Bischof von Speyer (1953–68)
544f

Erbe, Christian Otto (1884–1965), Geschäftsführer der Erbe Elektromedizin in Tübingen (1907–62)
105

Erhard, Hermann Hesperus (1883–1968), Lehrer, Unternehmer und Lokalpolitiker, Lehrer in Rom (1908/09), Direktor der Metallwarenfabrik „Erhard & Söhne GmbH“ in Schwäbisch Gmünd (1922–57), DDP-Mitglied, Mitglied des Gemeinderates Schwäbisch Gmünd (DVP 1946–53), Vizepräsident der IHK Stuttgart (1949–58), Bundesverdienstkreuz (1952), Studienfreund von Theodor Heuss
145–147

Erhard, Ludwig (1897–1977), Wirtschaftswissenschaftler und Politiker, Gründer des Instituts für Industrieforschung in Berlin und Nürnberg (1942–45), bayerischer Wirtschaftsminister (1945/46), Professor in München (1947), Direktor der Verwaltung für Wirtschaft der Bizone (1948/49), Bundeswirtschaftsminister (1949–63), Vizekanzler (1957–63), Bundeskanzler (1963–66), Bundesvorsitzender der CDU (1966/67)
141, 356, 426f

Ernst, August (1868–1958), evangelischer Theologe, Pfarrer in Straßburg und Stuttgart, Vater von Robert Ernst
497, 499

Ernst, Fritz (1905–1963), Historiker, Professor (1937–63) und Rektor (1961–63) der Universität Heidelberg
552f

Ernst, Robert (1897–1980) Jurist, Vorsitzender des Schutzbundes für Grenz- und Auslandsdeutsche (1923–33), stellv. Vorsitzender des Vereins für das Deutschtum im Ausland (1933–35), Sachverständiger im AA (1939), Generalreferent des Chefs der Zivilverwaltung im Elsass (1940), zunächst Oberstadtkommissar (1940), dann Oberbürgermeister von Straßburg (1941–44), SS-Standartenführer (1940), Auslieferung an Frankreich (1946), Verurteilung zu acht Jahren Zwangsarbeit und Vermögenszug sowie zwanzigjährigem Aufenthaltsverbot in Frankreich (1955), wegen Anrechnung der Haftzeit sofort entlassen
45, 497–499

Erxleben, Friedrich (1883–1955), katholischer Theologe, Sprachwissenschaftler, Sänger und Experte für asiatische Kultur, im 1. Weltkrieg als Militärgestrichter zweimal verwundet, Geistlicher in Berlin, Dozent in Prag, Wien und Professor am Jesuitenkolleg Rom, Verbindungen zum liberalen Widerstand um Wilhelm Solf („Solfkreis“), inhaftiert (1944/45), Priester in Müden an der Mosel (1946–51), Freundschaft mit Theodor Heuss seit den zwanziger Jahren
253

Erzberger, Matthias (1875–1921), Lehrer und Politiker, MdR (Zentrum 1903–18), Unterstützer der Friedensresolution des Reichstags (1917), Unterzeichner des Waffenstillstandes in Compiègne (1918), MdNV/MdR (Zentrum 1919–21), Reichsminister ohne Portefeuille (1919), Vizekanzler und Reichsfinanzminister (1919/20), Opfer eines Attentats der rechtsradikalen Organisation Consul (1921)
403, 434

Eschenbach, Wolfram von (um 1170/80–ca. 1220), mittelhochdeutscher Dichter
401

Eschenburg, Theodor (1904–1999), Historiker, Politikwissenschaftler, Publizist und Politiker, Mitarbeiter von Gustav Stresemann, Industriesyndikus (1930–45), Staatskommissar für Flüchtlingswesen in Württemberg-Hohenzollern (1945–47), Ministerialrat und stellv. Innenminister in Württemberg-Hohenzollern (1947–51), Staatsrat (1950), Professor in Tübingen (1952–73)
29, 159

Essig, Gustav (1880–1962), Maler und Architekt
555

Eugenie, Hausangestellte im BprA bis zum Sommer 1952
174, 365

Euler, Martin (1908–1966), Rechtsanwalt und Politiker, MdVL/MdL Hessen (LDP 1946/47, FDP 1950/51, 1954/55), MdB (FDP 1949–56, Freie Volkspartei 1956/57, DP 1957/58), Mitgründer und Vorsitzender der LDP bzw. FDP in Hessen (1946–56), Vorsitzender der LDP bzw. FDP-Fraktion im hessischen Landtag (1946/47, 1954/55) und im Bundestag (1951/52), Mitglied des Wirtschaftsrates der

Bizone (1947–49), Generaldirektor bei Euratom in Brüssel (1958–66)

20

Evans, Mary Ann, s. Eliot, George

415

Eyck, Erich (1878–1964), Rechtsanwalt, Publizist und Historiker, Anwalt am Berliner Kammergericht (1906–33), Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Berlin (DDP 1928–30), Emigration über Italien nach Großbritannien (1933), britischer Staatsbürger (1947), Bundesverdienstkreuz (1953), Verfasser historischer Werke über die deutsche und englische Geschichte

229

Eysoldt, Gertrud (1870–1955), Schauspielerin, Engagements u. a. in Stuttgart, München und Berlin (seit 1889), Mitglied des Deutschen Theaters Berlin (ab 1905)

223

Faulhaber, Michael von (1869–1952), katholischer Theologe, Priesterweihe (1892), Professor in Straßburg (1903–11), Bischof von Speyer (1911–17), Erzbischof von München-Freising (1917–21), Kardinal (ab 1921), Mitverfasser der päpstlichen Enzyklika „Mit brennender Sorge“ (1937)

293f

Feder, Ernst (1881–1964), Rechtsanwalt und Journalist, innenpolitischer Redakteur am „Berliner Tageblatt“ (1919–31), Vorsitzender der DDP in Berlin-Mitte, Emigration über Paris nach Brasilien (1941), auf persönliche Bitte von Heuss Rückkehr nach Berlin (1957)

324

Feltz, Kurt (1910–1982), Schlagertexter und Schallplattenproduzent

530

Ferber, Walter (1907–1996), Journalist, Emigration nach Wien und tätig als freier Publizist (1932–38), inhaftiert im KZ Dachau (1938–42), Flucht in die Schweiz (1943), Rückkehr nach Deutschland (1945), Redakteur der Augsburger Zeitschrift „Neues Abendland“ (1946/47) und der „Föderalistischen Monatshefte“ in Konstanz (1948–50), dann freier Journalist und Vorsitzender der „Constantin-Frantz-Gesellschaft“ (1955)

353–355

Fette, Christian (1895–1971), Gewerkschaftsfunktionär, Vorsitzender der IG Druck und Papier (1949–51), Vorsitzender des DGB (1951–53)

264, 309

Finck, Albert (1895–1956), Politiker, Mitgründer des Zentrums in der Pfalz (1922), Redakteur und Chefredakteur der „Neuen Pfälzischen Landeszeitung“ (bis 1933), inhaftiert (1933), Mitgründer der Pfälzischen CDU (1946), MdPR (CDU 1948/49), MdL Rheinland-Pfalz (CDU 1951–56), reinland-pfälzischer Kultusminister (1951–56)

285, 300f

Fischer, Otto (1895–1981), Kaufmann, Mitarbeiter der Firma Robert Bosch im In- und Ausland (1922–60), Mitglied der Geschäftsführung (1946–60) und des Aufsichtsrates (1960/61)

281f, 417, 497

Fischer-Essen, Alfred (1881–1950), Architekt, tätig in der Stadtplanung Berlins (1905–08), Lehrer an der Kunstgewerbeschule Düsseldorf (1909–11), Leiter der Volkwangschule in Essen (1911–33), Vorstandsmitglied des Deutschen Werkbundes, vorzeitig in den Ruhestand versetzt (1933)

150

Fischinger, Helmuth, Rechtsanwalt in Stuttgart

180

Flechtheim, Ossip K. (1909–1998), Jurist und Politikwissenschaftler, nach Inhaftierung Emigration in die Schweiz (1935) und die USA (1939), Professor an mehreren Universitäten der USA (1939–46, 1947–51) und an der Deutschen Hochschule für Politik bzw. am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin (1951–74), Bürochef des US-Chefanklägers in Berlin (1946/47)

436

Fontane, Theodor (1819–1898), Schriftsteller

108f, 111, 113, 250, 400

François-Poncet, André (1887–1978), Germanist und französischer Diplomat, Botschafter in Berlin (1931–38) und in Rom (1938–40), in deutscher Haft (1943–45), Berater der französischen Militärregierung in Deutschland (1948/49), französischer Hoher Kommissar

(1949–53) und Botschafter (1953–55) in Bonn, Präsident des französischen Roten Kreuzes (1955–67) und des Internationalen Rates der Europa-Bewegung (1955–65)
31, 45, 105, 159f, 160, 179f, 318

Frank, Karl (1900–1974), Verwaltungsjurist, Rechtsanwalt und Politiker, Oberbürgermeister von Ludwigsburg (1931–45), württemberg-badischer bzw. baden-württembergischer Finanzminister (1951–60), MdL Baden-Württemberg (FDP/DVP 1952–64)
344

Frank, Leonhard (1882–1961), Schriftsteller, Emigration in die Schweiz (1915–18) und über Zürich, London und Paris (1933) in die USA (1939), Rückkehr nach Deutschland (1950)
373f

Frank, Ludwig (1874–1914), Rechtsanwalt und Politiker, Gründung eines Vereins junger Arbeiter in Mannheim, Herausgeber der Zeitschrift „Junge Garde“ (1904–08), Führer der badischen Sozialdemokratie, MdL Baden (SPD 1905–14), MdR (SPD 1907–14), als Kriegsfreiwilliger gefallen
427f, 476

Franken, Paul (1903–1984), Historiker, inhaftiert (1937–39), Leiter der Bundeszentrale für Heimatdienst (1952–68)
478

Franklin, Benjamin (1706–1790), amerikanischer Schriftsteller, Naturwissenschaftler und Politiker, Unterzeichner der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung (1776)
123

Frantz, Constantin (1817–1891), Philosoph und Publizist, Mitarbeiter im preußischen Kultusministerium und Außenministerium (1843–52) sowie im preußischen Generalkonsulat in Barcelona (1852–56)
229

Frech, Franz Waldemar (geb. 1914), Oberregierungsrat im Kultusministerium von Württemberg-Baden (bis 1949) und persönlicher Referent von Theodor Heuss (1945/46)
341, 531f

Freitag, Walter (1889–1958), Werkzeugmacher, Gewerkschafter und Politiker, Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes

im Ruhrgebiet (1920–33), MdL Preußen (SPD 1932/ 33), inhaftiert (1933/34), Mitgründer und Vorsitzender der Metallarbeiter-Gewerkschaft (1945–52), MdL Nordrhein-Westfalen (SPD 1946–50), MdB (SPD 1949–53), DGB-Vorsitzender (1952–56)
309

Freudenberg, Adolf (1894–1977), Jurist, evangelischer Theologe und Diplomat, tätig im diplomatischen Dienst, Legationsrat in der kulturpolitischen Abteilung des AA (1934), Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienst (1934), Emigration nach London und Genf (1939), Betreuung von Flüchtlingen aus Deutschland im Auftrag des Ökumenischen Rates der Kirchen, Rückkehr nach Deutschland (1947)
397

Freudenberg, Richard (1892–1975), Agrarwissenschaftler, Unternehmer und Politiker, MdVL/MdL Baden (DDP 1919–24), Vorsitzender der DDP/DStP in Baden (1924–33), Unternehmer in der Weinheimer „Lederfabrik Carl Freudenberg“ (1933–45), MdB (Hospitant bei der FDP 1949–52, parteilos 1952/53)
430

Freund, Michael (1902–1972), Historiker und Politologe, Professor in Kiel (ab 1951), Mitherausgeber der Zeitschrift „Die Gegenwart“ (1951–58)
401

Frey, Carl (1883–1962), Großhandelskaufmann, geschäftsführender Teilhaber der Firma „Friedr. Max Haakh“, Präsident der IHK Heilbronn (1945–52)
525

Friedensburg, Ferdinand (1886–1972), Wirtschaftswissenschaftler und Politiker, Eintritt in die DDP (1920), Regierungspräsident in Kassel (1927–33), inhaftiert (1935), Mitgründer der CDU in Berlin (1945), Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin (1945–68), stellv. Oberbürgermeister von Groß-Berlin (1946–51), MdL Berlin (CDU 1950/51), MdB (CDU 1952–65)
112

Friedrich III./I. (1657–1713), Kurfürst von Brandenburg (ab 1688), König in Preußen (1701–13)
263

Friedrich, Otto (1902–1975), Industrieller, Mitglied des Vorstands (1939–65), Vorstandsvorsitzender und Generaldirektor (1949–65) der Gummiwarenfabrik Phönix AG, Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (ab 1969)
323

Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861), König von Preußen (1840–1861), Gründer der Friedensklasse des Ordens Pour le mérite (1841)
187, 202, 360, 454, 550f

Friehs, Richard
277

Friess, Hans, Arzt aus Marburg an der Lahn
123

Frings, Joseph (1887–1978), katholischer Geistlicher, Erzbischof von Köln (1942–69), Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz (1945–65), Ernennung zum Kardinal (1946), Gründer der katholischen Hilfswerke Misereor (1959) und Adveniat (1961)
294, 301, 319

Frisch, Karl von (1886–1982), Zoologe, Professor in München (1919–21, 1925–45), Rostock (1921–23), Breslau (1923–25) und Graz (1946–50), Rückkehr nach München (1950), Pour le mérite (1952), Nobelpreis für Medizin (1973)
359

Fritsch, Werner von (1880–1939), Militär, Chef der Heeresleitung (1934), als Generaloberst Oberbefehlshaber des Heeres (1935), Verabschiedung im Zuge der „Blomberg-Fritsch-Krise“ (1938)
574

Funk, Walther (1890–1960), Journalist und Politiker, Chefredakteur der „Berliner-Börsen-Zeitung“ (1922–30), MdR (NSDAP 1932/33), Pressechef der Reichsregierung (1933–38), Staatssekretär und Leiter der Abteilungen I (Verwaltung) und IV (Presse) im Reichspropagandaministerium (1933–37), Vizepräsident der Reichskulturkammer (1933–38), Reichswirtschaftsminister (1938–45), Reichsbankpräsident (1939–45), als Hauptkriegsverbrecher durch den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu lebenslanger Haft verurteilt (1946), Freilassung (1958)
179

Furtwängler, Wilhelm (1886–1954), Dirigent und Komponist, Leitung der Berliner Philharmoniker (1922–34, ab 1935), des Gewandhausorchesters Leipzig (1922–28) und der Wiener Philharmoniker (1928–34, ab 1939), musikalischer Leiter der Bayreuther Festspiele (1931–34), Direktor der Berliner Staatsoper (1933/34), nach Konflikt mit Joseph Goebbels Rücktritt von allen Ämtern (1934), Übersiedlung in die Schweiz (1945–47), nach der Entnazifizierung zahlreiche Gastdirigate und erneut Leiter der Berliner Philharmoniker (1952–54)
201, 359, 415, 549

Galm, Ulla, geb. Frieboes (geb. 1913), Nichte von Theodor Heuss
518

Gebhardt, Eduard von (1838–1925), deutsch-estnischer Maler, Professor an der Kunstakademie Düsseldorf (1874–1912), Pour le mérite (1890)
551

Geiger, Hermann (1870–1962), Pharmazeut und Unternehmer, Gründer und Inhaber der pharmazeutischen Firmen Gaba AG in Basel (ab 1917) bzw. der Wybert GmbH in Lörrach (ab 1921), Cousin von Elly Heuss-Knapp
174, 367

Geiler, Karl (1878–1953), Jurist und Politiker, Professor (1921–39, 1947–53) und Rektor (1948/49) der Universität Heidelberg, Ministerpräsident von Hessen (1945–47)
503

George, Manfred, eigtl. Manfred Georg Cohn (1893–1965), Schriftsteller und Journalist, Redakteur im Ullstein-Verlag und Mosse-Verlag (1918–33), Feuilleton-Chef des „Tempo“ (1929), Emigration nach Prag und Redakteur des „Prager Montagsblattes“ (1933–38), Chefredakteur der „Jüdischen Revue“ (1936–38), Flucht in die USA (1938) und Chefredakteur der Wochenzeitung „Aufbau“ in New York (bis 1965)
42f, 277, 470–472

George, Stefan (1868–1933), Schriftsteller, Herausgeber der „Blätter für die Kunst“ (1892–1919), Emigration in die Schweiz (1933)
367, 420f

Gereke, Günther (1893–1970), Jurist und Politiker, MdR (DNVP 1924–28, Christlich-

Nationale Bauern- und Landvolkspartei 1930–32), Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung und Ostsiedlung (1932/33), inhaftiert (1933–35, 1944/45), Präsidialdirektor von Sachsen-Anhalt (1945/46), MdL Niedersachsen (CDU 1946–50, BHE 1950, Fraktion der Unabhängigen 1950–52), niedersächsischer Innenminister (1946/47), stellv. Ministerpräsident und Ernährungsminister (1948–50), Ausschluss aus der CDU wegen Kontakte zu DDR-Politikern (1950), Übersiedlung in die DDR und Eintritt in die CDU (1952), Mitglied des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front 567

Gerhardinger, Constantin (1888–1970), Maler, Professor an der Münchner Kunstakademie (1939–43), Präsident der Münchner Künstlergenossenschaft (nach 1945) 330–332

Gerstenmaier, Eugen (1906–1986), evangelischer Theologe und Politiker, Angehöriger der Bekennenden Kirche, Konsistorialrat im Außenamt der Evangelischen Kirche (1934–44), Verbindungen zur Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises, inhaftiert (1934, 1944/45), Mitgründer und Leiter des Evangelischen Hilfswerks (1945), Angehöriger der Synode der EKD (1948–73), MdB (CDU 1949–69), Präsident des Bundestages (1954–69), stellv. Vorsitzender der CDU (1956–69) 238

Gessler, Otto (1875–1955), Jurist und Politiker, Oberbürgermeister von Nürnberg (1914–19), MdR (DDP 1920–24), Reichsminister für Wiederaufbau (1919/20), Reichswehrminister (1920–28), Austritt aus der DDP (1927), Vorsitzender des Vereins für Deutschtum im Ausland (1930/31), inhaftiert (1944/45), Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (1950–52) 319, 372, 402, 462f, 475, 522, 536

Gilson, Etienne (1884–1978), französischer Religionsphilosoph, Professor in Lille (1913/14), Straßburg (1919–21), an der Sorbonne (1921–35) und am College de France (ab 1935), Pour le mérite (1955) 550

Glaeser, Ernst (1902–1963), Schriftsteller und Journalist, Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“, Emigration in die Schweiz (1933), Rückkehr nach Deutschland (1939), Redak-

teur bei Wehrmachtszeitungen (1941–43), Feuilletonchef der „Rhein-Neckar-Zeitung“ (1945/46) 479

Globke, Hans (1898–1973), Jurist und Verwaltungsbeamter, stellv. Polizeipräsident in Aachen (1925–32), als Ministerialrat im Reichsinnenministerium (1932–45) Mitkommentator der Nürnberger Rassegesetze (1935), Ministerialdirigent (ab 1949) und Staatssekretär (1953–63) im Bundeskanzleramt 510

Goebbels, Joseph (1897–1945), Germanist und Politiker, Gauleiter von Berlin (1926–45), MdR (NSDAP 1928–1945), Reichspropagandaleiter der NSDAP (1930–45), Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda (1933–1945), Suizid 205, 390

Goerdeler, Carl Friedrich (1884–1945), Verwaltungsjurist und Politiker, Oberbürgermeister von Leipzig (1930–37), Reichskommissar für Preisüberwachung (1931/32, 1934/35), führender Kopf des bürgerlich-konservativen Widerstands gegen das NS-Regime, inhaftiert und vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt (1944), hingerichtet 130, 467, 558

Goes, Albrecht (1908–2000), evangelischer Theologe und Schriftsteller, Pfarrer in Unterbalzheim (1930–38), in Gebersheim (1938–40, 1945–53), Lazarettpfarrer (1940–45), freier Schriftsteller (ab 1955), Sohn von Eberhard Goes 176, 303, 338f, 375

Goes, Eberhard (1874–1958), evangelischer Pfarrer und Journalist, Theologiestudium in Tübingen, Repetent am Karls gymnasium in Heilbronn, Pfarrer in Langenbeutungen (1905–19), Göppingen (ab 1919) und Tuttlingen, Mitarbeiter der Zeitschrift „Die christliche Welt“ und später der „Göppinger Zeitung“, seit Heilbronner Zeit mit Theodor Heuss befreundet 58, 176f, 375f

Goethe, Johann Wolfgang von (1749–1832), Dichter, Naturforscher und Minister in Sachsen-Weimar-Eisenach (1775–86) 399

Goetz, Walter (1867–1958), Historiker und Politiker, Professor in Tübingen (1905–13), Straßburg (1913–15), Leipzig (1915–33) und München (1946–51), Leiter des Leipziger Instituts für Kultur- und Universalgeschichte (1915–33), Mitglied (ab 1904) und Präsident (1946–51) der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, MdR (DDP 1920–28)
165–167, 434, 542

Goldmann, Nachum (1895–1982), Jurist, Schriftsteller und Politiker, Leiter der Zionistischen Vereinigung in Deutschland (1926–33), Mitgründer des Jüdischen Weltkongresses (1936), Repräsentant der Jewish Agency beim Völkerbund (1935–40), Emigration über die Schweiz (1934) in die USA (1940), Vorsitzender der Organisation zur Wahrnehmung jüdischer Wiedergutmachungsansprüche (1951), Präsident des jüdischen Weltkongresses (1953–77), Präsident der Zionistischen Weltorganisation (1956–68)
387, 437

Goldschmidt, Leopold (1896–1987), Journalist und Verbandsfunktionär, Redakteur des Parteiblattes „Sozialdemokrat“ in Prag und Mitarbeiter des Prager Rundfunks (ab 1922), Emigration über Frankreich (1938) nach England (1940), stellv. Chefredakteur der „Passauer Neuen Presse“ (1946) und Redakteur der „Neuen Zeitung“ (1947), Mitherausgeber und Chefredakteur der „Frankfurter Neuen Presse“ (1947–49), Direktoriumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland (ab 1953), Vorsitzender des Internationalen Komitees für christlich-jüdische Zusammenarbeit (1960–68)
528f

Gollancz, Victor (1893–1967), englischer Verleger und Schriftsteller, Mitgründer des sozialistischen „Left-Book-Club“ (1936), Friedenspreis des Deutschen Buchhandels (1960)
121f, 438

Gollwitzer, Helmut (1908–1993) evangelischer Theologe, Referent der Bekennenden Kirche in Preußen und Thüringen (ab 1935), Nachfolger Martin Niemöllers in der Gemeinde Berlin-Dahlem (ab 1938), wegen seines Protests gegen Judenverfolgungen wiederholt verhaftet, in sowjetischer Gefangenschaft (1945–

49), Professor in Bonn (1950–57) und Berlin (1957–75)
438, 500

Gooch, George Peabody (1873–1968), britischer Historiker, Mitglied des Unterhauses (Liberal Party 1906–10, 1913), Präsident der Historical Association (1922–25) sowie des National Peace Council (1933–36), Pour le mérite (1954)
550

Grabbe, Christian Dietrich (1801–1836), Jurist und Dichter
523

Grimm, Hans (1875–1959), Schriftsteller, Verfasser des völkischen Romans „Volk ohne Raum“ (1926)
206

Grimme, Adolf (1889–1963), Lehrer und Politiker, Vizepräsident des Berliner Schulkollegiums (1929/30), preußischer Kultusminister (1930–32), MdL Preußen (SPD 1932/33), inhaftiert (1942–45), MdL Niedersachsen (SPD 1946–48), Kultusminister in Niedersachsen (1946–48), Generaldirektor des NWDR (1948–56)
166, 400f, 478

Gropius, Walter (1883–1969), Architekt, Gründer und Direktor des Staatlichen Bauhauses in Weimar (1919–28), Emigration über England (1934) in die USA (1937), Professor an der Graduate School of Design der Harvard University
220

Grote, Ludwig (1893–1974), Kunsthistoriker, Landeskonservator von Anhalt (1924–33), Direktor der Gemäldegalerie in Dessau (1927–33), Direktor (1951–58) und Generaldirektor (1958–62) des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg
267f, 379

Grotewohl, Otto (1894–1964), Buchdrucker und Politiker, MdL Braunschweig (SPD 1920–25), Justizminister in Brandenburg (1923/24), MdR (SPD 1925–33), mehrfach inhaftiert (1938–40), Mitgründer und -vorsitzender der SED (1946–54), MdL Sachsen (SED 1946–50), Ministerpräsident der DDR (1949–64), stellv. Vorsitzender des Staatsrates (1960)
25, 181f, 182f, 237

Gubler-Corti, Friedrich T. (1900–1968), Schweizer Jurist und Journalist
399

Gümbel, Johanna, Cousine von Theodor Heuss
163f

Gümbel, Karl (geb. 1891), Vetter von Theodor Heuss, Oberverwaltungsgerichtsrat
164

Günther, Bernhard (1906–1981), Elektroinstallateur und Politiker, Präsident der Handwerkskammer Köln (1945–75), Mitgründer der CDU in Köln, Mitglied des Wirtschaftsrates der Bizone (CDU 1948/49), MdB (CDU 1949–65)
186

Gürtner, Franz (1881–1941), Richter, Staatsanwalt und Politiker, bayerischer Justizminister (1922–32), Reichsjustizminister (1932–41)
44, 572–574

Gürtner, Luise (München), Ehefrau von Franz Gürtner
44, 572–574

Gulbransson, Olaf (1873–1958), Maler und Zeichner, Karikaturist für die satirische Zeitschrift „Simplicissimus“ (1902–44), Professor an der Akademie der bildenden Künste in München (ab 1929)
445

Gussone, Carl (1907–1993), Verwaltungsjurist, tätig im Oberpräsidium Stuttgart (1935–44), in verschiedenen Finanzämtern (1944–46) und im Bundesinnenministerium (1949–72), dort zuständig für Religionsangelegenheiten und Kulturpflege (ab 1952)
540

Gut, Benno Walter (1897–1970), katholischer Theologe und Benediktiner, Abt des Klosters Einsiedeln im Schweizer Kanton Schwyz (1947–59)
174

Gutbier, Rolf (1903–1992), Architekt, Professor (1948–70) und Rektor (1953–55) an der TH Stuttgart
519f

Haakh, Benno (geb. 1883), Landwirtschaftsrat in Waiblingen, Freund von Theodor Heuss
31, 554f

Haakh, Hermann (Bad Soden), Bekannter von Theodor Heuss
555

Haeften, Hans Bernd von (1905–1944), Jurist und Diplomat, Geschäftsführer der Stresemann-Stiftung (1930–33), Attaché an der Deutschen Gesandtschaft Kopenhagen (1934/35), Mitarbeiter im AA (1935), Attaché an der Deutschen Gesandtschaft Wien (1935–37), Legationssekretär an der Deutschen Gesandtschaft Bukarest (1937–40), im Referat Deutschland und in der Kulturpolitischen Abteilung im AA (1940–44), Mitglied des Kreisauer Kreises, Vertrauensmann Claus Schenk Graf von Stauffenbergs und der Widerstandsgruppe vom 20. Juli 1944, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet
558

Haeften, Werner von (1908–1944), Jurist und Militär, Syndikus einer Hamburger Bank, Oberleutnant, verwundet (1943), Adjutant Claus Schenk Graf von Stauffenbergs (1943/44), Unterstützung Stauffenbergs beim Attentatsversuch auf Hitler am 20. Juli 1944, erschossen
558

Haenisch, Erich (1880–1966), Sinologe, Professor in Berlin (1920–25, 1932–46), Leipzig (1925–32) und München (1927–51), Pour le mérite (1952)
359

Haffner, Sebastian (1907–1999), Journalist, Schriftsteller und Historiker, Emigration nach England (1938–45), Redakteur des „Observer“ (1942–61)
24

Hahn, Otto (1879–1968), Chemiker, Direktor des Instituts für Chemie der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (1928–45), Präsident der Max-Planck-Gesellschaft (1948–60), Nobelpreis für Chemie (1944), Pour le mérite (1952)
189, 359

Hallstein, Walter (1901–1982), Jurist und Politiker, Professor in Rostock (1930–41), Frankfurt a. M. (1941–48), Staatssekretär im Bundeskanzleramt (1950/51) und AA (1951–58), Präsident der Kommission der EWG (1958–67), Präsident der „Europäischen Bewegung“ (1968–74), MdB (CDU 1969–72)
264, 265, 324f

Handy, Thomas Troy (1892–1982), amerikanischer Militär, stellv. Generalstabschef (1944–47), General (1945), Oberbefehlshaber der US-Truppen in Europa (1949–52), stellv. Oberbefehlshaber der NATO-Truppen in Europa (1952–54)
206f

Hanfstaengl, Eberhard (1886–1973), Kunsthistoriker, Direktor der Städtischen Kunstsammlungen München (1925–33), Direktor der Nationalgalerie in Berlin (1934–37), Generaldirektor der bayerischen Staatsgemäldesammlungen (1945–53)
331

Hansen, Bernhard (Hamburg)
253, 560

Hansen, Gottfried (1881–1976), Militär, im 1. Weltkrieg Stabsoffizier, seit 1919 in der Marineleitung, Konteradmiral und Chef der Marinestation Ostsee (1928–30), Ernennung zum Vizeadmiral (1930), Admiral im Ruhestand (ab 1932), Leiter des Luftwaffenlehrstabes im Oberkommando der Kriegsmarine (1941–43), Vorsitzender des Bundes versorgungsberechtigter ehemaliger Wehrmachtangehöriger und ihrer Hinterbliebenen und des Deutschen Soldatenbundes / Verbandes deutscher Soldaten (1950–56), Bundesverdienstkreuz (1961)
195

Harlan, Veit (1899–1964), Schauspieler und Filmregisseur, Nationaler Filmpreis (1937), Regisseur u. a. der Filme „Jud Süß“ (1940) und „Kolberg“ (1944/45), inhaftiert (1945), in drei Verfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Mitschuld an der Judenvernichtung angeklagt und freigesprochen (1947–50), Regisseur weiterer Filme (1952–58)
44, 204f, 559

Harnack, Adolf von (1851–1930), evangelischer Theologe und Kirchenhistoriker, Professor in Leipzig (1876–78), Gießen (1879–86), Marburg (1886–88) und Berlin (1888–1921), Präsident des Evangelisch-sozialen Kongresses (1902–12), Generaldirektor der Königlichen Bibliothek zu Berlin (1905–21), Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (1911–30)
184, 188, 415

Hartenstein, Karl (1894–1952), evangelischer Theologe, Direktor der Mission in Basel (1926–39), Prälat der württembergischen Landeskirche in Stuttgart (ab 1941), Mitglied des Rates der EKD (ab 1948)
376

Hartmann, Hanns (1901–1972), Intendant, Generalintendant des Städtischen Theaters Chemnitz (1930–33), Intendant des Metropoltheaters Berlin (Ost) (1945/46), Mitarbeiter des NWDR (1946), als NWDR-Intendant Leiter des Funkhauses Köln (1947–56), Intendant des WDR (1956–60)
401

Hartmann, Max (1876–1962), Zoologe und Naturphilosoph, Mitarbeiter des Instituts für Infektionskrankheiten (später Robert-Koch-Institut) in Berlin (1905–09), Professor in Berlin (1909–44), Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts (später Max-Planck-Instituts) für Biologie in Berlin (1914–44), Hechingen (1944–52) und Tübingen (1952–55), Mitglied (1952), Erster Vizerektor (1952) und Ordenskanzler (1955–59) des Pour le mérite
359, 542f

Hasse, Otto Eduard (1903–1978), Schauspieler
483

Haug, Martin (1895–1983), evangelischer Theologe, Direktor des theologischen Pfarrseminars in Stuttgart (ab 1935), Mitglied des Oberkirchenrats Stuttgart (1943–49), Prälat (1946–49) und Landesbischof von Württemberg (1949–62), Mitglied des Rates der EKD (1952–66)
120f, 238

Hausenstein, Wilhelm (1882–1957), Kunsthistoriker, Schriftsteller und Diplomat, Mitglied der SPD (1907–19), Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ (ab 1917), Mitherausgeber der Zeitschriften „Der neue Merkur“ (1919–22) und „Ganymed“ (1921–25), Leiter der literarischen Beilage der „Frankfurter Zeitung“ (1934–43), Generalkonsul bzw. Botschafter in Paris (1950–55), Bundesverdienstkreuz (1952), Münchner Studienfreund von Theodor Heuss
25, 105, 111, 152–154, 414, 468

Haußleiter, August (1905–89), Journalist und Politiker, Redakteur des „Fränkischen

Kuriers“ (1928–40), Kriegsberichterstatte (1940–45), Mitgründer der CSU (1946), MdVL/MdL Bayern (CSU 1946–49, Deutsche Gemeinschaft 1950–54, Grüne 1986/87), Gründer der „Deutschen Gemeinschaft“ (1949), Mitgründer der „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ (1965) und der Grünen (1979)
60, 149f

Haußmann, Conrad (1857–1922), Rechtsanwalt, Publizist und Politiker, MdL/MdVL Württemberg (DtVP/FVP 1889–1918, DDP 1919–22), MdR/MdNV (DtVP/FVP 1890–1918, DDP 1919–22), Herausgeber der Zeitschrift „März“ (1907–17), Staatssekretär auf Reichsebene (1918), Vorsitzender der württembergischen DDP (1918–21) und der DDP-Fraktion im württembergischen Landtag (1919–22), Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Verfassungsgebenden Nationalversammlung (1919), Vater von Wolfgang Haußmann
235, 445

Haußmann, Wolfgang (1903–1989), Rechtsanwalt, Notar und Politiker, Vorstandsmitglied der DDP in Württemberg (1928–33), Mitgründer der DVP in Württemberg-Baden (1945), Mitglied der Vorläufigen Volksvertretung und Verfassungsgebenden Landesversammlung Württemberg-Baden (DVP 1946), MdL Württemberg-Baden (DVP 1946–52) und Baden-Württemberg (FDP/DVP 1952–64), Vorsitzender der FDP/DVP in Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (1946–64), württembergischer Justizminister (1953–66)
190, 298f, 333f, 344, 347, 400, 480, 487

Haydn, Joseph (1732–1809), österreichischer Komponist
138, 193, 217, 285, 336f, 561

Hebel, Johann Peter (1760–1826), evangelischer Theologe, Pädagoge und Schriftsteller
304, 318, 338, 365–367

Heile, Wilhelm (1881–1969), Journalist und Politiker, Redakteur der Zeitschrift „Die Hilfe“ (1912–23), Dozent an der Staatsbürgerschule bzw. Deutschen Hochschule für Politik (1918–33), MdNV/MdR (DDP 1919–24), mehrfach inhaftiert (nach 1933), Mitgründer der niedersächsischen FDP (1945), Vorsitzender der FDP in der britischen Zone (1946),

niedersächsischer Minister für Wirtschaft und Verkehr (1946), MdL Niedersachsen (FDP 1946, DP 1947–51), MdPR (DP 1948/49)
58, 402, 405–409

Heineke, Albert, Arzt von Elly Heuss-Knapp in Badenweiler
351

Heinemann, Gustav (1899–1976), Rechtsanwalt und Politiker, Bergwerksdirektor der Rheinischen Stahlwerke (1936–49), Angehöriger der Bekennenden Kirche, Mitglied des Rates (1945–67) und Präses der Synode der EKD (1949–55), Oberbürgermeister von Essen (1946–49), MdL Nordrhein-Westfalen (CDU 1947–50), Justizminister von Nordrhein-Westfalen (1947/48), Bundesinnenminister (1949/50), MdB (SPD 1957–69), Bundesjustizminister (1966–69), Bundespräsident (1969–74)
52, 178, 181, 238, 457

Heise, Carl Georg (1890–1979), Kunsthistoriker, Herausgeber der Kunstzeitschrift „Genius“ (1919–21), Direktor des Museums für Kunst- und Kulturgeschichte in Lübeck (1920–33), Lektor des Verlags Gebrüder Mann und Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ (1933–45), Direktor der Hamburger Kunsthalle (1945–55)
267, 281, 331, 532f

Heiseler, Bernt von (1907–1969), Schriftsteller
243

Helbeck, Paul, England-Korrespondent der Zeitschrift „Die Hilfe“
52

Hellpach, Willy (1877–1955), Psychologe und Politiker, Professor in Karlsruhe (1911–26, 1945–55) und Heidelberg (1926–45), badischer Unterrichtsminister (1922–25) und Staatspräsident (1924), Kandidat der DDP für das Amt des Reichspräsidenten (1925), MdR (DDP 1928–30)
58, 304f, 410

Hellwege, Heinrich (1908–1991), Kaufmann und Politiker, Angehöriger der Bekennenden Kirche (ab 1937), Mitgründer der NLP (1945), Vorsitzender der NLP bzw. DP (1946–61), MdL Niedersachsen (NLP/DP 1947–52, 1955–60, CDU 1961–63) und Fraktionsvorsitzender (1947–52), MdB (DP 1949–55), Bundesminister für Angelegenheiten des

Bundesrates (1949–55), Ministerpräsident von Niedersachsen (1955–59)
238, 310

Hermelink, Heinrich (1877–1958), evangelischer Theologe und Kirchenhistoriker, Angehöriger der Bekennenden Kirche (nach 1933), Professor in Bonn (1914–16), Marburg (1916–35), München (1945/46) und Tübingen (1946–52)
376

Herrmann, Annegret, verh. Jetter, Chefsekretärin im BprA (1949–51)
62, 124, 197

Herwarth von Bittenfeld, Hans-Heinrich (1904–1999), Diplomat, tätig im Auswärtigen Dienst (1927–45), Leiter der Protokollabteilung in der bayerischen Staatskanzlei (1945–51), Protokollchef im Bundeskanzleramt (1949–51) und im AA (1951–55), Botschafter in London (1955–61), Staatssekretär und Chef im BprA (1961–65), Botschafter in Rom (1965–69), Vorsitzender der Reformkommission des AA (1969–71), Präsident des Goethe-Instituts (1971–77)
262, 297, 568

Heß, Rudolf (1894–1987), Politiker, Eintritt in die NSDAP (1920, 1925), Beteiligung am Hitler-Putsch (1923), Privatsekretär Hitlers und Chef der Führerkanzlei (1925–33), Stellvertreter Adolf Hitlers als Parteiführer und Reichsminister ohne Geschäftsbereich (1933–41), Flug nach England zwecks Friedenssondierungen (1941), Kriegsgefangenschaft (1941–45), als Hauptkriegsverbrecher durch den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu lebenslanger Haft verurteilt (1946–87), Suizid
179f, 568

Hesse, Hermann (1877–1962), Schriftsteller und Publizist, Buchhändler in Tübingen (1895–99) und Basel (1899–1904), Mitherausgeber (1907–12) und Mitarbeiter (bis 1917) der Zeitschrift „März“, Nobelpreis für Literatur (1946), Pour le mérite (1954), Friedenspreis des Deutschen Buchhandels (1955)
49, 273f, 303, 318, 356, 365, 366–368, 399, 407, 445, 549–551

Hesse, Ninon, geb. Dolbin (1895–1966), Kunsthistorikerin, Ehefrau von Hermann Hesse
274, 366–368, 551

Hesslein, Paul (1886–1953), Journalist und Politiker, MdL Sachsen (Zentrum 1920–22), Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“, Vorstandsmitglied und Pressechef des Demokratischen Klubs in Berlin (ab 1927), Emigration über England nach Chile (1938/39), Rückkehr nach Deutschland (1952)
324

Heusinger, Adolf (1897–1982), Militär, Leiter der Operationsabteilung im Generalstab des Heeres (1940–44), Kontakte zum militärischen Widerstand und nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 kurz inhaftiert, interniert (1945–48), Mitarbeiter der „Organisation Gehlen“ (1948–51), Leiter der Militärischen Abteilung im „Amt Blank“ (1951–55), Reaktivierung als Generalleutnant (1955), Vorsitzender des Führungsrates im Bundesverteidigungsministerium (1955–57), Generalinspekteur der Bundeswehr (1957–61), Vorsitzender des Ständigen Militärausschusses der NATO (1961–64)
175

Heuss, Barbara, verh. Babić-Heuss (geb. 1947), Lehrerin, Enkelin von Theodor Heuss
59f, 132, 170, 187, 200, 248f, 304, 317, 351f, 473–475, 524, 534f, 546f, 552, 568

Heuss, Elisabeth, geb. Gumbel (1853–1921), Mutter von Theodor Heuss
164, 375, 501

Heuss, Ernst Ludwig (1910–1967), Jurist und Unternehmer, Mitarbeiter der Deutschen Handelskammer in London (1939) und der „Reichsstelle Leder“ (1939–45), Verbindungen zum liberalen Widerstand gegen das NS-Regime, Direktor der Wybert GmbH in Lörach, später der Gaba AG in Basel (1946–67), Sohn von Theodor Heuss
33, 59f, 61, 109, 128, 157, 168, 170, 185–187, 200, 240, 248, 258, 260, 274, 304, 314, 317, 321, 326, 350–352, 362, 364, 367, 388, 400f, 408, 422f, 450, 460–463, 466, 473, 478–480, 485f, 487, 511–513, 517, 519, 527, 534–536, 546, 552, 554, 568

Heuss, Hanne, geb. Elsas (1918–1958), Gärtnerin, Ehefrau von Ernst Ludwig Heuss und Schwiegertochter von Theodor Heuss, Suizid
59f, 109, 157, 170, 174, 185, 200, 248, 317, 351f, 362, 364, 367, 416f, 473, 480, 517, 546, 552, 568

Heuss, Hedwig, geb. Mödinger (1883–1980), Schwägerin von Theodor Heuss, nach dem Tode von Elly Heuss-Knapp Übernahme des Haushaltes von Theodor Heuss (1952–59) 59, 363–365, 416, 450, 472, 501

Heuss, Ludwig, gen. Louis (1853–1903), Bauingenieur, Regierungsbaumeister in Brackenheim (1880–90) und Heilbronn (1890–1900), Vater von Theodor Heuss 107, 389, 500f, 520f

Heuss, Ludwig (1881–1932), Mediziner, Stadtarzt und Schularzt in Heilbronn (1913–1932), Mitglied des Gemeinderates Heilbronn (DDP 1919–32), Bruder von Theodor Heuss 363f, 520f, 567

Heuss-Knapp, Elisabeth Eleonore, geb. Knapp, gen. Elly (1881–1952), Publizistin, Pädagogin und Politikerin, Tätigkeit im Bereich der Sozialfürsorge und der Frauenbildung, Werbefachfrau (1933–41), MdL Württemberg-Baden (DVP 1946–49), Gründerin des Deutschen Mütter-Genesungswerkes (1950), Ehefrau von Theodor Heuss 35, 59, 106, 109–113, 129, 131f, 136, 142f, 147, 157, 159, 163–165, 167, 170, 173f, 185f, 189, 200f, 210, 213f, 239f, 246–248, 264, 266, 272, 274, 313, 316f, 323, 326, 334, 338, 340, 349–352, 358, 362–368, 371–373, 398, 402f, 408, 415f, 419, 421–423, 440–442, 459, 472, 495, 499, 518f, 527f, 530f, 535, 566f

Hieber, Johannes von (1862–1951), evangelischer Theologe und Politiker, Pfarrer in Tuttlingen (1890–92), Gymnasialprofessor in Stuttgart (1892–1910), MdR (Nationalliberale Partei 1898–1910, DDP 1921–24), MdL/MdVL Württemberg (DP/Nationalliberale Partei 1900–10, 1912–18, DDP 1919–32), 2. Vorsitzender der DDP in Württemberg (1919), württembergischer Kultusminister (1919–24) und Staatspräsident (1920–24), Ehrenvorsitzender der DDP/DSfP (1929–33) 299

Hielscher, Friedrich (1902–1990), Jurist und Schriftsteller, Gründer der „Unabhängigen Freikirche“ (1933) 381

Hiller, Kurt (1885–1972), Schriftsteller und Publizist, Mitarbeiter der „Weltbühne“ und anderer Zeitschriften und Zeitungen, Präsident der Gruppe revolutionärer Pazifisten (1926–33),

inhaftiert (1933/34), Emigration nach Prag (1934) und London (1938), Rückkehr nach Deutschland (1955) 404

Himmler, Heinrich (1900–1945), Landwirt und Politiker, Beteiligung am Hitler-Putsch (1923), Reichsführer SS (1929–45), MdR (NSDAP 1930–45), stellv. Chef der preußischen Geheimen Staatspolizei (1934), Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern (1936–45), Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums (1939), Reichsinnenminister und Reichsbevollmächtigter für die Reichsverwaltung (1943–45), britische Gefangenschaft (1945), Suizid 573

Hindemith, Paul (1895–1963), Komponist, Musiker und Musiktheoretiker, Konzertmeister der Frankfurter Oper (1915–23), Lehrer für Komposition an der Berliner Musikhochschule (1927–34), Sendeverbot für Werke Hindemiths im Reichsrundfunk (1934), Aufführungsverbot (1936), Emigration in die Schweiz (1938) und die USA (1940), Lehrtätigkeit an den Universitäten Yale und Harvard (1941–53) sowie in Zürich (1951–57), Dirigate in Wien und Berlin (ab Ende der vierziger Jahre), Pour le mérite (1952) 359

Hindenburg, Oskar von Beneckendorff und von (1893–1960), Militär, Generalstabs-offizier im 1. Weltkrieg, Adjutant seines Vaters Paul von Hindenburg (ab 1925), Verabschiedung als Generalmajor (1934) 461

Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von (1847–1934), Militär und Politiker, Chef der Obersten Heeresleitung (1916–1919), Reichspräsident (1925–34) 18, 30, 210, 461, 554f, 579

Hirsch, Felix (1902–1982), Historiker, Journalist und Bibliothekar, politischer Redakteur des „Acht-Uhr-Abendblatts“ und des „Berliner Tageblatts“ (1924–34), Emigration in die USA (1935), Bibliothekar am Bard College in New York (1936–54), Bibliotheksleiter und Professor am Trenton State College in New Jersey (1955–72), Gastprofessor in Deutschland 522

Hirsch, Hans-Georg (geb. 1916), Emigration in die USA (1938), Sohn von Otto Hirsch
266

Hirsch, Otto (1885–1941), Verwaltungsjurist und Wirtschaftsfachmann, führender Vertreter der Juden in Deutschland, Ratsassessor in der Stuttgarter Stadtverwaltung (1912–19), Bericht-erstatler (1919–21) und Ministerialrat (1921–26) im württembergischen Innenministerium, 1. Vorsitzender der Neckar-Kanal-AG (1921–33), Mitgründer des Stuttgarter Jüdischen Lehrhauses (1926), Wahl zum Präsidenten des Ober-rats der Israelitischen Religionsgemeinschaft in Württemberg (1930), Vorsitzender der Reichs-vertretung der Deutschen Juden bzw. der Reichsvereinigung der Deutschen Juden (1933–41), Deportation und Ermordung im KZ Maut-hausen
124, 266, 391

Hirtenfelder, A., Dentist
576

Hitler, Adolf (1889–1945), Politiker, „Führer“ der NSDAP (1921–45), Reichskanzler (1933–45), MdR (NSDAP 1933–45), Reichspräsident (1934–45), Oberbefehlshaber der Wehrmacht (1938–45)
30, 34f, 42, 117f, 128, 136, 148, 160, 188, 211f, 231, 235, 240, 260, 269–271, 297, 299, 330–332, 375, 404, 406, 509, 532f, 549, 552, 563, 568, 572–576, 579

Hodler, Ferdinand (1853–1918), Schwei-zer Maler, zunächst in Genf tätig, Lehrer an der Gewerbeschule in Freiburg i. Br. (1896–99)
560, 571

Höfer, Werner (1913–1997), Rundfunk- und Fernsehjournalist, Pressereferent der „Organi-sation Todt“ (1941), tätig für den NWDR bzw. WDR (1945–61), Initiator und Moderator der Sonntagssendung „Internationaler Frühschop-pen“ (1953–87), Programmdirektor (1964–72) und Fernsehdirektor (1972–87) beim WDR
517f

Hölderlin, Friedrich (1770–1843), Dichter
467

Hölzle, Erwin (1916–1976), Historiker, im 2. Weltkrieg bei der deutschen Archivkommis-sion in Paris, Dozent in Berlin (1944), Regie-rungsrat (nach 1945), Referent, dann Leiter

der landesgeschichtlichen Abteilung beim Statistischen Landesamt von Baden-Württem-berg
229

Höpker Aschoff, Hermann (1883–1954), Richter und Politiker, MdL Preußen (DDP/ DStP 1921–32), preußischer Finanzminister (1925–31), MdR (DStP 1930–32), Mitarbeiter der Intendantur des Generalkommandos III (1939), Hauptreferent in der Haupttreuhand-stelle Ost (1940–44), Angestellter der Industrie-Kontor-GmbH (1944/45), MdPR (FDP 1948/ 49), MdB (FDP 1949–51), Präsident des Bun-desverfassungsgerichts (1951–54)
259, 392–394, 411f, 484

Hörbiger, Attila (1896–1987), österreichischer Schauspieler, Engagements am Wiener Thea-ter in der Josefstadt (1928–50) und im Wiener Burgtheater (1950–75)
488

Hofer, Karl (1878–1955), Maler, Professor in Berlin (1920–33), Mitgründer und Direktor der Hochschule für Bildende Künste in Berlin (1945–55), Pour le mérite (1952)
359, 524

Hoffmann, Heinrich (1885–1957), Fotograf, Leibfotograf Adolf Hitlers mit dem Recht der Alleinverwertung der Aufnahmen (bis 1945), Verurteilung zu 5 Jahren Arbeitslager und zum Vermögenszug (nach 1945)
240

Hoffmann, Karl (1901–1981), Unternehmer und Politiker, Mitarbeiter der IHK Essen (1924–33), Kreisvorsitzender der DStP in Essen (1932), Leiter der Reichsstelle Glas, Keramik, Holzverarbeitung (1939–45), MdB (FDP 1949–57)
485

Hoffmann, Wilhelm (1901–1986), Bibliothe-kar, Direktor der Württembergischen Landes-bibliothek (1945–69), Präsident der Deutschen Schillergesellschaft (1954–79)
419–422, 442, 493f

Hoffmann von Fallersleben, August Heinrich (1798–1874), Schriftsteller und Germanist, Professor in Breslau (1830–42), Verfasser des „Liedes der Deutschen“ (1841)
35, 137–139, 193, 198, 285, 308f, 328f, 337, 561

Hofmannsthal, Hugo von (1874–1929), Dichter, Mitgründer der Salzburger Festspiele (1920) 319, 488f, 552, 569, 571

Horch, August (1868–1951), Maschinenbauingenieur, Gründer der Automobilunternehmen Horch und Audi 492

Huber, Albert
20f

Hüttig, Hans (1894–1980), SS-Führer, Kommandant der KZ Natzweiler-Struthof (1941/42) und Herzogenbusch (1944), von einem französischen Militärgericht in Metz zum Tode verurteilt (1954), Urteil nicht vollstreckt, entlassen (1956) 207

Humboldt, Alexander von (1769–1859), Geograph und Forschungsreisender, Bergassessor im preußischen Staatsdienst (1792–96), Forschungsreise durch Latein- und Nordamerika (1799–1804), Edition der Reiseberichte (1805–39), Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften (1805–59) und des preußischen Staatsrates (ab 1842), Pour le mérite (1842) 187, 202, 415, 550

Hummel, Hermann (1876–1952), Chemiker, Unternehmer und Politiker, MdL/MdVL Baden (DtVP/FVP 1909–18, DDP 1919–24), badischer Kultusminister (1919–21) und Staatspräsident (1921/22), Direktor der BASF in Ludwigshafen (ab 1922), MdR (DDP 1924–30), Mitglied des Aufsichtsrates der I. G. Farben AG, Emigration in die USA (1939), Rückkehr nach Deutschland (1951) 323

Hupka, Herbert (1915–2006), Journalist, Verbandsfunktionär und Politiker, Vertreibung aus Schlesien (1945), Mitgründer (1948) und Bundesvorsitzender (1964–2000) der Landsmannschaft Schlesien, Mitglied (1973–95) und Vorsitzender (1985–90) des Rundfunkrates der Deutschen Welle, MdB (SPD 1969–72, CDU 1972–87) 355

Jacobi, Regierungsrat
499

Jäckh, Ernst (1875–1959), Verbandsfunktionär und Publizist, Chefredakteur der „Neckar-Zeitung“ (1902–12), Vorsitzender der Ge-

schaftsstelle (1912–22) und Vorsitzender (1932/33) des Deutschen Werkbundes, Mitgründer und -herausgeber der Zeitschrift „Deutsche Politik“ (1916–22), Mitgründer (1920) und Vorsitzender (1926–33) der Deutschen Hochschule für Politik, Emigration über Großbritannien (1933) und die Türkei in die USA (1935), Professor in New York (1940), Gründung des Middle East Institute (1948), Bundesverdienstkreuz (1955), Patenonkel von Ernst Ludwig Heuss 59, 107–110, 131–134, 316, 318, 423f, 495, 534

Jäckh, Eugen (1877–1954), evangelischer Theologe, Pfarrer in Bad Boll (ab 1911), Göppingen (1926–38) und der Paul-Gerhard-Gemeinde in Stuttgart (1944/45) 126

Jäckh, Marta, geb. Ruben, 2. Ehefrau von Ernst Jäckh 110, 134, 318, 350–352, 373, 424, 500, 518, 534f

Jahn, Hans Henny (1894–1959), Schriftsteller und Orgelbauer, Emigration über die Schweiz nach Bornholm/Dänemark (1933–50), Rückkehr nach Deutschland (1950), Mitgründer und Präsident der Freien Akademie der Künste in Hamburg (1950–59) 409–411

Jaspert, Reinhard (1904–89), Verleger, Inhaber des Safari-Verlags Berlin 228f, 247–249, 278f

Jastrow, Ignaz (1856–1937), Nationalökonom und Historiker, Rektor der Berliner Handelshochschule (1906–09), Professor an der Universität Berlin (1920–24) 434

Jaurès, Jean (1859–1914), französischer Philosoph und Politiker, Professor an der Universität Toulouse (1883–85), Mitglied der Deputiertenkammer (Linksrepublikaner 1885–89, Sozialisten 1893–98, 1902–14), Gründer der Zeitung „L'Humanité“ (1904), Zusammenschluss der französischen Arbeiterbewegung zur Section Française de l'Internationale Ouvrière (1905), ermordet 463f

John, Lucie, Gesangspädagogin, Ehefrau von Otto John 567

John, Otto (1909–1997), Jurist, Mitarbeiter der Lufthansa und in dieser Funktion Kontakt zu Klaus Bonhoeffer (1937–44), nach dem 20. Juli 1944 Flucht nach Großbritannien, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (1950–54), Übertritt in die DDR (1954), Rückkehr in die Bundesrepublik (1955), Verurteilung wegen Landesverrats zu vier Jahren Zuchthaus (1956), vorzeitige Begnadigung durch Theodor Heuss (1958)
166, 565, 567f

Jünger, Ernst (1895–1998), Schriftsteller und Insektenkundler, Bundesverdienstkreuz (1959)
49, 291f

Kade, Max (1882–1967), Industrieller, Auswanderung in die USA (1904), Gründer der Max-Kade-Stiftung (1944), Förderer des Wiederaufbaus Deutschlands durch Lebensmittellieferungen und andere Hilfsleistungen, Unterstützung des Wiederaufbaus der deutschen Universitäten, u. a. der TH Stuttgart
520

Kaempffer, Charlotte, gen. Lotti, langjährige Sekretärin von Theodor Heuss und Elly Heuss-Knapp (ab 1928)
133, 184, 319, 364, 416, 422

Kaisen, Wilhelm (1887–1979), Stuckateur, Journalist und Politiker, MdL Bremen (SPD 1921–33, 1946–67), Bremer Senator für Volkswohlfahrt (1927–33), mehrfach inhaftiert (ab 1933), Präsident des Senats und Bürgermeister von Bremen (1945–65), Mitglied im Vorstand der SPD (1946–50)
58, 383, 386–388, 477, 503f, 528

Kaiser, Jakob (1888–1961), Buchbinder, christlicher Gewerkschaftsfunktionär und Politiker, MdR (Zentrum 1933), Verbindungen zum bürgerlich-konservativen Widerstand gegen das NS-Regime, inhaftiert (1938), Mitgründer und Vorsitzender der CDU in der SBZ (1945–47), Absetzung als CDU-Vorsitzender durch die sowjetische Militärregierung (1947), MdL Berlin (CDU 1946–49), MdPR (CDU 1948/49), MdB (CDU 1949–57), Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (1949–57), stellv. Vorsitzender der CDU (1950–57)
454, 507, 537f

Kaltenbrunner, Ernst (1903–1946), österreichischer Rechtsanwalt und Politiker, Eintritt

in die NSDAP und SS (1932), verurteilt und inhaftiert wegen Hochverrat (1934/35), Befehlshaber der illegalen österreichischen SS (1935–38), SS-Brigadeführer (1938), Staatssekretär für öffentliche Sicherheit in Österreich (1938/39), MdR (NSDAP 1938–45), SS-Obergruppenführer (1943), Chef der Sicherheitspolizei, des Sicherheitsdienstes und des Reichssicherheitshauptamtes (1943–45), als Hauptkriegsverbrecher durch den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zum Tode verurteilt und hingerichtet
391

Karlgrén, Bernhard (1889–1978), schwedischer Sprachwissenschaftler und Sinologe
540

Katz, Rudolf (1895–1961), Jurist und Politiker, Syndikus in Lübeck (1923/24), Rechtsanwalt und Notar in Altona (1924–33), Altonaer Stadtverordneter (SPD 1929–33), Emigration nach China (1933), dort im Auftrag des Völkerbunds Berater für Kommunalfragen (1933–35), Assistent an der Columbia-University in New York (1935–38), Rückkehr nach Deutschland (1946), Justizminister in Schleswig-Holstein (1947–50), MdPR (SPD 1948/49), MdL Schleswig-Holstein (SPD 1950/51), Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts (1951–61)
259, 275

Kaufmann, Erich (1880–1972), Staatsrechtler, Professor in Kiel (1912/13), Königsberg (1913–16), Berlin (1916–20, 1927–34), Bonn (1920–27) und München (1946–50), Rechtsberater des AA (1927–33), Emigration in die Niederlande (1938), Rückkehr nach Deutschland (1946), Rechtsberater des Bundeskanzleramtes und des AA (1950–58), Pour le mérite (1952) und Ordenskanzler (1959–63)
359, 539–541

Keil, Wilhelm (1870–1968), Drechsler, Journalist und Politiker, MdL Württemberg (SPD 1900–18, 1920–33), Chefredakteur der „Schwäbischen Tagwacht“ (1903–30), MdR (SPD 1910–18), MdNV/MdR (SPD 1919–32), MdVL Württemberg und Präsident (1919/20), MdL Württemberg und Fraktionsvorsitzender (SPD 1920–33), württembergischer Minister für Arbeit und Ernährung (1921–23), Mitglied der Vorläufigen Volksversammlung und MdVL Württemberg-Baden (SPD 1946), MdL Würt-

temberg-Baden (SPD 1946–52), Präsident des württemberg-badischen Landtages (1947–52) 47, 58, 295, 315, 475–477

Kemnitz, Hans Arthur von (1870–1955), Militär, Diplomat und Politiker, Angehöriger des 2. Garde-Ulanen-Regiments (1894–1901), Eintritt in den Auswärtigen Dienst (1901), Legationsrat und ständiger Hilfsarbeiter in der Reichskanzlei (1906–10), Botschafter in Madrid (1910–13), deutscher Vertreter im Baltikum (1916–18) und in Litauen (1918/19), MdR (DVP 1920–24, DNVP 1924–28) 186

Kempner, Robert (1899–1993), Jurist, Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik (ab 1926), Justiziar in der Polizeibehörde des preußischen Innenministeriums (1928–33), aktiv im Republikanischen Richterbund, inhaftiert (1935), Emigration über Italien (1935) in die USA (1939), Berater des US-Justiz- und des Kriegsministeriums (1939–43), Mitglied der War Crime Commission (1943–45), stellvertretender US-Hauptankläger beim Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg (1945/46) und Ankläger im „Wilhelmstraßen-Prozess“ (1947–49), Rechtsanwalt in Frankfurt a. M. (ab 1951) 323

Kennan, George Frost (1904–2005), amerikanischer Diplomat und Historiker, diplomatische Stationen in Moskau (1933–37), Prag (1939), Berlin (1939–41, 1942 interniert), Lissabon (1942/43), London (1944) und Moskau (1944/45), Leiter des Planungsstabes im US-Außenamt (1947–49), Entwicklung der Containment-Politik, Botschafter in Moskau (1952/53) und Belgrad (1961–63), Professor am Institute of Advanced Studies der Universität Princeton (ab 1954), Berater der US-Regierung 297f

Kersten, Kurt (1891–1962), Schriftsteller und Publizist, Beiträge u. a. für die Zeitschriften „Pan“, „Weltbühne“, „Die Aktion“ und „Rote Fahne“, Emigration über Prag (1934) nach Paris (1937), interniert auf Martinique (1940–46), Übersiedlung nach New York (1946), Korrespondent deutscher und amerikanischer Zeitungen (darunter „Aufbau“) sowie Mitarbeit beim WDR 470

Kessler, Gerhard (1883–1963), Nationalökonom, Professor in Jena (1912–27), Leipzig (1927–33), Istanbul (1933–51) und Göttingen (1951–58), inhaftiert (1933), Emigration nach Istanbul (1933), Bundesverdienstkreuz (1956) 290

Kessler, Hermann (1893–1968), Jurist und Politiker, MdVL/MdL Württemberg-Baden (DVP 1946–50), Rechtsanwalt in Karlsruhe 429–432

Keudell, Walter von (1884–1973), Jurist, Rittergutsbesitzer und Politiker, MdR (DNVP 1924–29, Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft/Landvolkpartei 1929/30), Reichsminister des Innern (1927/28), Eintritt in die NSDAP (1933), Preußischer Oberlandforstmeister und Leiter der Landesforstverwaltung Brandenburg (1933), Generalforstmeister (1934–37), Preußischer Staatsrat (1935–45), Staatssekretär im Reichsforstamt und Ständiger Vertreter des Reichsforstmeisters (1936/37), einstweiliger Ruhestand und Generalsachverständiger für den Waldbau beim Reichsforstmeister (ab 1937), Mitglied der CDU (ab 1949), Vertriebenenfunktionär 190, 292

Keyser, Nicaise de (1813–1887), belgischer Maler, Pour le mérite (1873) 551

Kießling, Arno, Schauspieler in Heidelberg 530

Kilpper, Gustav (1879–1963), Verleger, Generaldirektor der DVA (1910–42), Vorsitzender der Vereinigung Württembergischer Arbeitgeberverbände (1919–32), erster Vorsteher des Deutschen Verlegervereins (1924–29), Präsident der IHK Stuttgart (1932–34), Landesdirektor für Wirtschaft von Württemberg-Hohenzollern (1945/46), Gründer des Gustav Kilpper Verlags (1953) 533

Kirchner, Ernst Ludwig (1880–1938), Maler, Grafiker und Bildhauer, Mitgründer der Künstlergruppe „Die Brücke“ (1905), Mitglied der Preußischen Akademie der Künste (1931–33) 524

Kirkpatrick, Sir Ivone Augustine (1897–1964), britischer Diplomat, Erster Sekretär der britischen Botschaft in Berlin (1933–38),

Leiter des Europadienstes der BBC (1941–45), tätig im Foreign Office (1945–50) und Leiter der Deutschlandabteilung (1948–50), Hoher Kommissar in der Bundesrepublik Deutschland (1950–53), Unterstaatssekretär im Foreign Office (1953–57)
439

Klaiber, Manfred (1903–1981), Jurist und Diplomat, Tätigkeit im Auswärtigen Dienst (1926–45), Legationssekretär, dann Botschaftsrat in Südafrika, Niederländisch-Indien und der Türkei (1933–45), Regierungsdirektor im württemberg-badischen Staatsministerium (1947–49), Bevollmächtigter Württemberg-Badens bei der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (1948/49), als Ministerialdirektor (1949–54) und Staatssekretär (1954–57) Chef des BprA, Botschafter in Rom (1957–63) und Paris (1963–68)
15, 23, 60–62, 106, 115–117, 133, 141, 154f, 173, 181, 193, 195, 200, 224, 226, 232, 238f, 241, 256, 262, 264, 273, 276, 284, 286, 288, 293, 296, 307, 314, 322, 324, 326, 370–372, 376f, 380, 385, 405, 412, 414, 417, 424, 426, 436f, 447, 450f, 455, 477f, 480, 488, 507, 510, 523, 531f, 553, 556, 563, 567, 572

Klaiber, Theodor (1870–1921), Theologe, Journalist und Literaturhistoriker, Schriftleiter des „Staatsanzeigers für Württemberg“, Vater von Manfred Klaiber
273

Klein, Friedrich, gen. Fritz, Landgerichtsdirektor in Stuttgart
375

Klein, Johannes (1897–1976), Regisseur, Intendant des Stadttheaters Gießen (1933–43) und der Hersfelder Festspiele (1950–60)
488

Klein, Ludwig (1884–1914), Architekt, im 1. Weltkrieg gefallen, Jugendfreund von Theodor Heuss
375

Klett, Arnulf (1905–1974), Rechtsanwalt und Politiker, inhaftiert (1933), Oberbürgermeister von Stuttgart (1945–74), Präsident des Deutschen Städtetages (1963–65)
463

Klönne, Moritz (1878–1962), Ingenieur, Unternehmer und Politiker, Übernahme des

väterlichen Stahlunternehmens in Dortmund (1908), MdR (DNVP 1924–29, volkshkonservativ 1929/30), Bundesverdienstkreuz (1953)
143–145

Knapp, Georg Friedrich (1842–1926), Nationalökonom, Leiter des Statistischen Amtes in Leipzig (1867–74), Professor in Leipzig (1869–74) und Straßburg (1874–1918), Rektor der Universität Straßburg (1891/92, 1907/08), Mitgründer des Vereins für Socialpolitik (1872), Übersiedlung über Mannheim (1919) nach Darmstadt (1920), Vater von Elly Heuss-Knapp
415, 495

Knaus, Ludwig (1829–1910), Maler, Pour le mérite (1873)
551

Knorr, Alexander (1889–1978), Unternehmer, Direktor und Vorstandsmitglied bei der C. H. Knorr AG (1929–64)
525

Koch, Erich (1896–1986), Politiker, Gauleiter (1928–45) und Oberpräsident in Ostpreußen (1933–45), MdR (NSDAP (1930–45), Reichskommissar in der Ukraine (1941–44), untergetaucht (1945–49), verhaftet (1949), an Polen ausgeliefert (1950), zum Tode verurteilt (1959), Begnadigung zu lebenslänglicher Haft
206

Koch, Irma, Ehefrau von Erich Koch-Weser
323

Koch-Weser, Erich (1875–1944), Jurist und Politiker, MdL Oldenburg (parteilos 1902–09), MdL Bremen (parteilos 1909–13), Bürgermeister in Bremerhaven (1909–13), Oberbürgermeister von Kassel (1913–19), Mitglied des preußischen Herrenhauses (1913–18), Mitgründer der DDP (1918), MdNV/MdR (DDP 1919–30), Reichsinnen- (1919–21) und Reichsjustizminister (1928/29), Vorsitzender der DDP (1924–30) und der DDP-Fraktion im Reichstag (1924–28), Emigration nach Brasilien (1933)
323

Köhler, Erich (1892–1958), Volkswirt, Verbandsfunktionär und Politiker, Syndikus und Geschäftsführer verschiedener Arbeitgeberverbände in Kiel (1919–33), Mitgründer der CDU in Hessen (1945), MdVL/MdL Hessen

(CDU 1946/47) und Fraktionsvorsitzender (1947), Vorsitzender des Verwaltungsrates der Landeszentralbank Hessen (1947–50), Präsident des Wirtschaftsrates der Bizone (1947–49), MdB (CDU 1949–57), Bundestagspräsident (1949/50), Bundesverdienstkreuz (1957)
108

Köster, Adolf (1880–1930), Journalist, Diplomat und Politiker, Berichterstatte für die Zeitung „Vorwärts“ (1912–18), tätig im Preußischen Staatsministerium (1918) und der Reichskanzlei (1919), Abstimmungskommissar in Schleswig-Holstein (1919/20), Reichsaußenminister (1920) und -innenminister (1921/22), MdB (SPD 1920–24), Gesandter in Riga (1923–28) und Belgrad (1928–30)
203f

Kohl, Georg (1881–1952), Journalist, Verleger, Unternehmer und Politiker, Mitglied des Gemeinderates Brackenheim (DDP 1919–33, DVP 1945–49), MdB (FDP 1949–52)
430

Kohl, Helmut (geb. 1930), Politiker, MdL Rheinland-Pfalz (CDU 1959–76) und Fraktionsvorsitzender (1963–76), Vorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz (1966–73) und der Bundespartei (1973–98), Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz (1969–76), MdB (CDU 1976–2002) und Fraktionsvorsitzender (1976–82), Bundeskanzler (1982–98)
337

Kohl, Horst (1855–1917), Historiker und Pädagoge, Bismarckforscher und -herausgeber
247

Kokoschka, Oskar (1886–1980), österreichischer Maler und Dichter, Professor in Dresden (1919–26, freigestellt ab 1924), Rückkehr nach Wien (1931), Emigration über Prag (1934) nach London (1938) und Ko-Präsident des Freien Deutschen Kulturbundes, Übersiedlung in die Schweiz (1953), Pour le mérite (1956) 50, 153, 185f, 198–200

Kollwitz, Hans (1892–1971), Mediziner, Sohn von Käthe Kollwitz
280f

Kollwitz, Käthe (1867–1945), Grafikerin und Bildhauerin, Mitglied der Preußischen Akademie der Künste (1919–33), Pour le mérite (1929) 50, 280f

Kollwitz, Peter (1896–1914), in Flandern gefallen, Sohn von Käthe Kollwitz
280

Kommerell, Karl (1871–1962), Pädagoge und Mathematiker, Lehrer von Theodor Heuss am Karlslymnasium in Heilbronn (1901–08), Lehrer in Stuttgart (1901–11), Professor in Tübingen (1922–36)
176f

Konstantin I. der Große (um 272/280–337), römischer Kaiser (306–337)
454

Kopf, Hinrich Wilhelm (1893–1961), Jurist und Politiker, Landrat in Hadeln (1928–32), tätig im Versicherungswesen und als Vermögensverwalter, auch für die Haupttreuhandstelle Ost in Polen (1939–43), Oberpräsident der Provinz Hannover (1945/46), Ministerpräsident (1946–55, 1959–61) und Innenminister (1957–59) von Niedersachsen
196, 405, 503f

Korn, Karl (1908–1991), Publizist und Schriftsteller, Deutschlektor in Toulouse (1932), Redakteur des „Berliner Tageblatts“ (1934–37) und der „Neuen Rundschau“ (1937), Feuilletonredakteur der Wochenzeitung „Das Reich“ (1940), Mitherausgeber und Leiter des kulturellen Teils der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (1949–73)
524, 570–572

Krämer, Isy (1877–1963), Religionslehrer, Vorsteher und Kantor der jüdischen Gemeinde in Heilbronn, freier Mitarbeiter der „Heilbronner Zeitung“ (ab 1908) und der „Neckar-Zeitung“ (ab 1910), Teilnahme am 1. Weltkrieg, Emigration über Frankreich (1939) in die USA
133, 174, 176, 518

Krämer, Rudolf (1885–1945), Jurist, Mitgründer (1912) und Justiziar (1929–34) des Reichsdeutschen Blindenverbandes
113

Kranzbühler, Otto (1907–2004), Jurist, Eintritt in die Reichsmarine (1934), Angehöriger der „Legion Condor“ in Spanien, Referent in der Marineleitung (1937–43), Marinerichter in Frankreich (1943/44) und Wilhelmshaven (1944/45), inhaftiert (1945), im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher beim Internationalen

Militärgerichtshof in Nürnberg Verteidiger von Karl Dönitz (1945/46), Verteidiger von Alfred Krupp (1947/48), Verteidiger im IG-Farben-Prozess und Flick-Prozess (1947/48), Tätigkeit im Aufsichtsrat der Firma Rheinmetall und bei Thyssen/Krupp
160–163

Kraus, Herbert (1884–1965), Völkerrechtler, tätig in der Rechtsabteilung des AA (1917–19), Professor in Königsberg (1920–28) und Göttingen (1928–37, 1945–54), Gründer des Instituts für Völkerrecht in Göttingen (1930)
204

Kraus, Werner (1884–1959), Theater- und Filmschauspieler, Engagements in Berlin vor allem am Deutschen Theater und am Staatlichen Schauspielhaus (1913–45), am Wiener Burgtheater (ab 1928), Stellvertreter des Präsidenten der Reichstheaterkammer (1933–35), Ernennung zum „Staatsschauspieler“ (1934), im antisemitischen Film „Jud Süß“ Übernahme der meisten jüdischen Rollen außer der Hauptrolle (1940), Auftrittsverbot (1945–48), Engagements am Wiener Burgtheater (1948–59), Träger des Ifflandringes und des Bundesverdienstkreuzes (1954)
45, 251–253, 556–560

Kroll, Gerhard (1920–63), Nationalökonom und Publizist, Mitgründer der CSU in Bamberg (1945), Vorsitzender der CSU Oberfranken (1946/47), Landrat in Staffelstein (1946–48), MdL Bayern (CSU 1946–50), MdPR (CSU 1948/49), Geschäftsführer des Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus (1949–50/51), Publizist (1951–63), Mitgründer der Zeitschrift „Neues Abendland“ und der „Abendländischen Akademie“ (1951)
166f

Krone, Heinrich (1895–1989), Pädagoge, Soziologe und Politiker, stellv. Generalsekretär der Zentrumspartei (1923–33), MdR (Zentrum 1925–33), Vorsitzender des Reichsverbandes der Windthorstbünde (1929–33), Entlassung aus dem Schuldienst (1933), Verbindung zum Widerstand um Jakob Kaiser, inhaftiert (1944), Mitgründer der CDU in Berlin (1945), MdB (CDU 1949–69) und Fraktionsvorsitzender (1955–61), stellv. Parteivorsitzender (1958–64), Bundesminister für besondere Aufgaben (1961–64) und für An-

gelegenheiten des Bundesverteidigungsrates (1964–66)
385

Krupp, Alfred (1812–1887), Unternehmer und Stahlfabrikant
160–162

Krupp von Bohlen und Halbach, Alfred (1907–1967), Industrieller und Stahlfabrikant, Ernennung zum „Wehrwirtschaftsführer“ (1937), Alleineigentümer des Unternehmens Krupp (ab 1943), inhaftiert anstelle seines haftunfähigen Vaters Gustav Krupp (1945), wegen Beschäftigung von Zwangsarbeitern Verurteilung zu zwölf Jahren Haft (1948), amnestiert und Rückerstattung des Firmenvermögens unter Auflagen (1951), Neustrukturierung des Unternehmens (ab 1953)
45, 160, 162f

Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav (1870–1950), Industrieller, im diplomatischen Dienst (1898–1906), Heirat mit Bertha Krupp, Alleinerbin des Krupp-Unternehmens (1906), Vorsitzender des Aufsichtsrates (1909–45), Mitglied des Preußischen Herrenhauses (1910–18) und des preußischen Staatsrates (1921–33), Vorsitzender des RDI (ab 1931), Initiator der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Industrie“ (1933), Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer (1937), Verleihung des Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP (1940), inhaftiert (1945–48), Vater von Alfred Krupp
162

Kühl, Hans-Jürgen (Pinneberg), Astrologe
458–460

Külz, Wilhelm (1875–1948), Rechtsanwalt und Politiker, MdNV/MdR (DDP/DStP 1919–32), Reichsinnenminister (1926/27), Oberbürgermeister von Dresden (1931–33), inhaftiert (1934), Umzug nach Berlin-Wilmersdorf (1935), Geschäftsführung der Firma „Beratung und Vertretung von Kommunen GmbH“, Teilnehmer des „Stammtisches alter Demokraten“, Kontakte zum bürgerlich-konservativen Widerstand um Carl Goerdeler, Mitgründer und Vorsitzender der LDP (1945–48), Mitvorsitzender der DPD (1947/48)
492

Küster, Otto (1907–1989), Jurist, Amtsrichter in Stuttgart (1932/33), Teilnehmer am Verfassungskonvent von Herrenchiemsee (1948),

Bbeauftragter für Wiedergutmachung im württemberg-badischen bzw. baden-württembergischen Justizministerium (1945–54), stellv. Delegationsleiter bei den Wiedergutmachungsverhandlungen mit Israel (1952), Koautor eines Kommentars zum Bundesentschädigungsgesetz (1955), Rechtsanwalt in Stuttgart (1956–89) 436f, 581

Kuhl, Hermann von (1856–1958), Militär und Militärgeschichtler, Generalleutnant und Generalstabschef der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht (1916–18), aus dem Militärdienst entlassen (1919), Sachverständiger im Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung und des Deutschen Reichstags über die Gründe des Zusammenbruchs (1919), militärischer (1916) und ziviler Pour le mérite (1925) 201, 359, 415, 549

Kuhn, Karl (1898–1986), Lehrer und Politiker, MdL Rheinland-Pfalz (SPD 1947–67), MdPR (SPD 1948/49), erster Beigeordneter (1949–60), dann Bürgermeister (1960–63) von Bad Kreuznach 116, 149

Kunst, Hermann (1907–1999), evangelischer Theologe, Angehöriger der Bekennenden Kirche Westfalens (ab 1942), Superintendent in Herford (1942–52), Bevollmächtigter des Rates der EKD bei der Bundesregierung (1950–77), Militärbischof bei der Bundeswehr (1957–72) 193f, 507

Landahl, Heinrich (1895–1971), Lehrer und Politiker, Schulleiter in Hamburg, 1. Vorsitzender des Reichsbundes Deutsch-Demokratischer Jugendvereine (1920–23), MdL Hamburg (DDP/DStP 1924–33), MdR (DStP 1933), Privatlehrer (1933–36), Lektor im Goverts-Verlag (1936–45), MdL Hamburg (SPD 1946–66), Hamburger Schulsenator (1945–53, 1957–61), Vorsitzender der Ständigen Konferenz der Kultusminister (1951) 58, 252f, 284–286

Landsberg, Otto (1869–1957), Rechtsanwalt und Politiker, MdR (SPD 1912–18), MdNV/MdR (SPD 1919–33), Mitglied im Rat der Volksbeauftragten (1918/19), Mitglied der deutschen Friedensdelegation in Versailles (1919), Reichsjustizminister (1919), Gesandter in Brüssel (1920–23), Emigration in die

Niederlande (1933) und dort untergetaucht (1940–45) 169f

Langen, Albert (1869–1909), Verleger, Inhaber des Albert Langen-Verlages in Paris/Köln (1893), Leipzig (1894) und München (ab 1895), Herausgeber der Zeitschriften „Simplicissimus“ (1896–1906) und „März“ (1907–09), Flucht ins Exil nach Paris (1899–1904) 445

Langewiesche, Dieter (geb. 1943), Historiker, Professor in Hamburg (1978–85) und Tübingen (1985–2008) 51

Laue, Max von (1879–1960), Physiker, Professor in München (1909–12), Zürich (1912–14), Frankfurt a. M. (1914–19) und Berlin (1919–43), Nobelpreis für Physik (1914), Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik (1919–43), Vorsitzender des Fachausschusses Physik innerhalb der „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ (1922), inhaftiert (1945), Direktor des Fritz-Haber-Instituts der Max-Planck-Gesellschaft (ab 1951), Pour le mérite (1952) 359

Leber, Annedore, geb. Rosenthal (1904–1968), Schneiderin, Journalistin und Politikern, inhaftiert (1944), Stadtverordnete in Berlin (SPD 1946–50), Lizenzträgerin der Berliner Zeitung „Telegraf“ (1946–49), Ehefrau von Julius Leber 128–131, 466f

Leber, Julius (1891–1945), Journalist und Politiker, MdL Lübeck (SPD 1921–33), Redakteur, später Chefredakteur des „Lübecker Volksboten“ (1921–33), MdR (SPD 1924–33), inhaftiert (1933–37), Kohlenhändler in Berlin (1939–44), führender Kopf des sozialdemokratischen Widerstandes gegen das NS-Regime, Mitglied des Kreisauer Kreises, Verbindungsmann zum Kreis um den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, inhaftiert (1944/45), vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet 43, 128–131, 558

Lehr, Robert (1883–1956), Verwaltungsjurist und Politiker, Oberbürgermeister von Düsseldorf (DNVP 1924–33), inhaftiert (1933), Ver-

bindungen zum bürgerlich-konservativen Widerstand gegen das NS-Regime, Mitgründer der CDU in der Provinz Nordrhein (1945), MdL Nordrhein-Westfalen (CDU 1947–50), MdPR (CDU 1948/49), MdB (CDU 1949–53), Bundesinnenminister (1950–53)
49, 190f, 220–223, 236, 238, 253, 451–455, 483, 580

Leighton, Sir Frederick, 1. Baron Leighton of Stretton (1830–1896), englischer Maler, Mitglied (ab 1869) und Präsident (ab 1878) der Royal Academy, Pour le mérite (1888)
551

Leins, Hermann (1899–1977), Verleger, Neugründer und Inhaber des Rainer Wunderlich Verlages in Tübingen (1926–44), Lizenzträger der Deutschen Verlagsanstalt (1945), Gründer des Verlags Rainer Wunderlich Herman Leins (1945), Verleger von Theodor Heuss
175, 283, 319, 338, 350, 354, 398, 417, 421f, 434, 468, 500–502, 505, 522, 563f, 569

Lemmer, Ernst (1898–1970), Journalist, Gewerkschafter und Politiker, Generalsekretär der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften (1922–33), 1. Vorsitzender des Reichsbundes Deutsch-Demokratischer Jugendvereine (1923–30), MdR (DDP/DSfP 1924–33), Korrespondent für Schweizer Zeitungen (1933–45), MdL Brandenburg (CDU 1946–49), MdL Berlin (CDU 1950–69), MdB (CDU 1952–70), Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen (1956/57), für gesamtdeutsche Fragen (1957–62) und für Vertriebene (1964/65), Sonderbeauftragter des Bundeskanzlers für West-Berlin (1965–69)
328

Lenz, Otto (1903–1957), Rechtsanwalt und Politiker, Referent im preußischen Justizministerium (1928–38), als Landgerichtsdirektor entlassen (1938), Verbindungen zum bürgerlich-konservativen Widerstand gegen das NS-Regime, inhaftiert und zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt (1944), von der Roten Armee aus dem Zuchthaus Bautzen befreit (1945), Mitgründer der CDU in Berlin (1945), Staatssekretär im Bundeskanzleramt (1951–53), MdB (CDU 1953–57)
309, 326, 385

Lesser, Marianne, geb. Knapp (1879–1966), Malerin, Schwester von Elly Heuss-Knapp
340, 351, 472

Lessing, Gotthold Ephraim (1729–1781), Schriftsteller und Kritiker
123f

Leuchtgens, Heinrich (1876–1959), Volkswirt, Pädagoge und Politiker, MdL Hessen (Bauern- und Landvolkpartei 1925–31), inhaftiert (1934), Mitgründer und Vorsitzender der NDP in Hessen (1945–50), Vorsitzender der DP in Hessen (1950–53), MdB (DRP 1949/50, DP 1950–53), Ausschluss aus der DP (1953), Vorsitzender der Monarchistischen Partei Deutschlands (1954–56)
446

Lewis, Chester B., amerikanischer Besatzungsoffizier
340

Liebeneiner, Wolfgang (1905–1987), Regisseur und Schauspieler, Engagements u. a. am Deutschen Theater Berlin (1930–44), Theater- und Filmregisseur (ab 1932), künstlerischer Leiter der Reichsfilmakademie Babelsberg (ab 1937) und der Fachschaft Film der Reichsfilmkammer (ab 1939), an der Produktion von NS-Filmen wie dem Euthanasiefilm „Ich klage an“ beteiligt (1941), Ernennung zum „Staatschauspieler“ (1942), Produktionschef der Ufa und Mitglied des Präsidialrates der Reichsfilmkammer (1942–45), Regisseur an den Hamburger Kammerspielen (1945–54), am Theater in der Josefstadt (ab 1954) und am Burgtheater in Wien (ab 1965), seit den sechziger Jahren Regisseur von Fernsehfilmen
512

Liebermann, Max (1847–1935), Maler und Graphiker, Mitgründer (1898) und Präsident (1899–1911) der Berliner Sezession, Präsident der Preußischen Akademie der Künste (1920–33)
231, 251, 290, 533

Liebig, Justus von (1803–1873), Chemiker, Professor in Gießen (1824–52) und München (1852–73), Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (1859–73), Großonkel von Elly Heuss-Knapp, Protagonist einer Biographie von Theodor Heuss (1942)
356, 415, 433

Lilienfein, Heinrich (1879–1952), Schriftsteller und Literaturhistoriker, Generalsekretär der Deutschen Schillerstiftung in Weimar (1920–52)
221

Lilje, Johannes, gen. Hanns (1899–1977), evangelischer Theologe, Generalsekretär der deutschen evangelischen Studentenvereinigung (1927–35), Vizepräsident des christlichen Studentenveltbundes (1932–35), Angehöriger der Bekennenden Kirche, Verbindungen zur Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises, inhaftiert (1944/45), Generalsekretär des Lutherischen Weltkongresses (1935–45), Landeskirchenrat (1945–47), Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover (1947–71), Abt des Klosters Loccum (1950–71), Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (1955–69), Mitgründer, Mitglied (1947–70) und Präsident (1952–1957) des Exekutivkomitees des Lutherischen Weltbundes
238

Lippert, Albert (1901–1978), Schauspieler, Regisseur und Theaterintendant, tätig am Bayerischen Staatsschauspieltheater (1927–44), Intendant am Oldenburgischen Staatstheater (1946–48) und am Schauspielhaus Hamburg (1948–55), Generalintendant am Theater in Bremen (1955–62)
252

Lipps, Theodor (1851–1914), Philosoph und Psychologe, Professor in Bonn (1884–90), Breslau (1890–94) und München (1894–1914)
434

Litt, Theodor (1880–1962), Philosoph und Pädagoge, Gymnasiallehrer (bis 1918), Professor in Bonn (1919/20, ab 1947) und Leipzig (1920–37, 1945–47), Pour le mérite (1952)
359, 539, 541

Littmann, Enno (1875–1958), Orientalist, Beteiligung an amerikanischen archäologischen Expeditionen in Syrien und Palästina (1899/1900, 1904/05), Professor in Straßburg (1906–14), Göttingen (1914–18), Bonn (1918–21) und Tübingen (1921–49), Mitglied zahlreicher in- und ausländischer Akademien, Pour le mérite (1931), Ordenskanzler des Pour le mérite (1952–58)
201, 358f, 359–361, 415, 539–544, 549–551, 577

Lochmüller, Walter (1905–1992), Emailleur und Maler, Direktor und Professor der Fachschule für Edelmetalle in Schwäbisch Gmünd (ab 1947), Erster Vorsitzender des Bundes der

Kunsthändler in Baden-Württemberg (ab 1949), Vorsitzender des Gmündener Kunstvereins (1946–52)
146

Löbe, Clara, geb. Schaller (1879–1964), Ehefrau von Paul Löbe
297

Löbe, Paul (1875–1967), Schriftsetzer, Journalist und Politiker, Chefredakteur der „Breslauer Volkswacht“ (1899–1920), MdNV/MdR (SPD 1919–33), Reichstagspräsident (1920–32), Verbindungen zum sozialdemokratischen Widerstand gegen das NS-Regime, inhaftiert (1933, 1944), MdPR (SPD 1948/49), MdB (SPD 1949–53), Bundesverdienstkreuz (1951), Präsident des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“ (1954–67)
19, 38, 58, 110, 119, 169, 295, 296f, 315, 408

Loeser, Ewald (1888–1970), Verwaltungsjurist, Referent im Kriegsernährungsamt, dann im Reichsernährungsministerium (1917–19, 1929/30), Beigeordneter im Preußischen und im Deutschen Städtetag (1925–29), Stadtkämmerer in Leipzig (1930–34), Finanzdirektor der Krupp AG (1934–43), Treuhänder der von den Deutschen beschlagnahmten Philippswerke in Eindhoven (1944/45), von Carl Goerdeler als Finanzminister vorgesehen, inhaftiert (1944/45), im Krupp-Prozess zu sieben Jahren Haft verurteilt (1948), Freilassung (1949)
160

Löwenstein, Karl (1891–1971), Jurist, Rechtsanwalt in München (bis 1931), Privatdozent in Heidelberg (1931–33), Emigration in die USA (1933), Professor an der Universität Yale (1934–36) und am Amherst College in Massachusetts, Berater des amerikanischen Generalstaatsanwalts (1942–44), juristischer Berater der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, Professor in München (1956/57), dann zahlreiche in- und ausländische Gastprofessuren
391f

Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, Hubertus Prinz zu (1906–1984), Jurist, Journalist und Politiker, Vorsitzender des Republikanischen Studentenbundes (1930–32), Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“, des „Berliner Börsen-Couriers“ und der „Vossischen Zeitung“ (ab 1930), Emigration nach

Österreich (1933) und die USA (1936), Gastprofessor in den USA und Kanada (1936–46), Mitgründer (1937) und Generalsekretär (ab 1941) der Guild for German Cultural Freedom, Rückkehr nach Deutschland (1946), Gründer (1947) und Vorsitzender (ab 1957) der „Deutschen Aktion“ zur Erneuerung der Reichsidee, Leiter der süddeutschen Redaktion der Wochenzeitung „Die Zeit“ (1951–53), MdB (FDP 1953–57, DP 1957), Vorsitzender der DP im Saarland (1957), Berater des Bundespresse- und Informationsamtes (1960–71) 401–403

Löwigt, Paul (1873–1934), Schriftsetzer, Journalist und Politiker, Chefredakteur des „Lübecker Volksbotens“ (ab 1904), MdL Lübeck (SPD 1909–26, 1933), Senator (1919–1926) und Bürgermeister (1926–33) von Lübeck 129

Longert, Wilhelm (Stuttgart-Bad Cannstatt) 166

Loritz, Alfred (1902–1979), Rechtsanwalt und Politiker, Mitglied im Parteiausschuss der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) (1928–32), Verbindung zu mehreren Widerstandsgruppen (ab 1933), Abschluss aus der Rechtsanwaltskammer und Emigration in die Schweiz (1939), Gründung und Vorsitzender der WAV (1946), MdVL/MdL Bayern (WAV 1946–50), Staatsminister für Sonderaufgaben (1946/47), Verhaftung unter dem Vorwurf der Verleitung zum Meineid und des Schwarzhandels (1947), Flucht aus der Untersuchungshaft, MdB (WAV 1949–53), Abschluss aus der Fraktion (1951), wegen Anstiftung zum Meineid und zur Falschbeurkundung Verurteilung zu Zuchtshaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte (1959), Flucht nach Österreich (1959), dort Gewährung von politischem Asyl (1962) 446

Lortz, Joseph (1887–1975), katholischer Theologe, Professor an der Akademie in Braunsberg/Ostpreußen (1929–35), Münster (1935–45) und Mainz (ab 1950), Direktor der Religionsgeschichtlichen Abteilung des Mainzer Instituts für Europäische Geschichte (ab 1950) 424f

Ludendorff, Erich (1865–1937), Militär und Politiker, Generalstabschef (1914), Erster Generalquartiermeister und gemeinsam mit Paul von Hindenburg Oberste Heeresleitung (1916–18), Beteiligung am Hitlerputsch (1923), MdR (Nationalsozialistische Freiheitspartei 1924–28) 269f, 579

Lübke, Friedrich Wilhelm (1887–1954), Landwirt und Politiker, Mitgründer (1946) und Vorsitzender (1951–54) der CDU in Schleswig-Holstein, Landrat des Kreises Flensburg (1946–51), MdL Schleswig-Holstein (CDU 1947–50, 1954), Ministerpräsident von Schleswig-Holstein (1951–54) 329

Lüdemann, Hermann (1880–1959), Ingenieur und Politiker, Mitglied des Groß-Berliner Arbeiter und Soldatenrates (SPD 1918/19), Referent im Reichsarbeitsministerium (1919/20), MdVL/MdL Preußen (SPD 1919–28), preußischer Finanzminister (1920/21), Oberpräsident von Niederschlesien (1928–32), inhaftiert (1933–35, 1944/45), Landesgeschäftsführer der SPD in Mecklenburg, dann Parteisekretär in Berlin (1945), Innenminister (1946–49) und Ministerpräsident (1947–49) von Schleswig-Holstein, MdL Schleswig-Holstein (SPD 1946–58) 503

Lüth, Erich (1902–1989), Journalist und Schriftsteller, MdL Hamburg (DDP 1928–33), Leiter der Hamburger Staatlichen Pressestelle (1946–53, 1957–64), Leitung der Pressestelle des deutschen Bühnenvereins (1953–57), Gründer und Vorsitzender des Presseklubs Hamburg 204f, 276f

Lukaschek, Hans (1885–1960), Rechtsanwalt und Politiker, Oberpräsident der preußischen Provinz Oberschlesien und Regierungspräsident von Oppeln (1929–33), Rechtsanwalt in Breslau, Verbindungen zur Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises, inhaftiert (1944/45), Mitgründer der CDU in Thüringen, Emigration nach Westdeutschland (1947), Bundesvertriebenenminister (1949–53) 483

Luther, Martin (1483–1546), Theologe und Reformator 424f

Maas, Hermann (1877–1970), evangelischer Theologe, Pfarrer in Laufenburg/Sulzburg (1903–15) und Heidelberg (ab 1915), Leiter der „Süddeutschen Blätter für Kirche und freies Christentum“ (1913–22), Heidelberger Stadtverordneter (DDP ab 1919), Mitarbeit im Verein zur Abwehr des Antisemitismus (1932/33), Angehöriger des Pfarrernotbundes (1933/34), zwangsweise in den Ruhestand versetzt und Verpflichtung zur Zwangsarbeit in Frankreich (1943), Wiederaufnahme der kirchlichen Tätigkeit (1945), Kreisdekan für Nordbaden (ab 1946), Prälat in Baden (ab 1957), Bundesverdienstkreuz (1954), Verleihung des israelischen Ehrentitels „Gerechter unter den Völkern“ (1966)
276–278

Maier, Franz Karl (1910–1984), Rechtsanwalt und Verleger, Mitherausgeber und Verlagsleiter der „Stuttgarter Zeitung“ (1945–50), Öffentlicher Kläger bei der Spruchkammer Stuttgart (1946/47), Herausgeber des Berliner „Tages spiegels“ (1950–84)
126f

Maier, Otto (1908–1975), Chauffeur von Theodor Heuss (1945/46, 1949–59), Betreiber einer Tankstelle (ab 1959)
566

Maier, Reinhold (1889–1971), Rechtsanwalt und Politiker, Vorsitzender der DDP Stuttgart (1924–30), württembergischer Wirtschaftsminister (1930–33), MdR (DStP 1932/33), MdL Württemberg (DDP 1932/33), Mitglied der Vorläufigen Volksversammlung und MdVL Württemberg-Baden (DVP 1946), MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (FDP/DVP 1946–64), MdB (FDP 1953–56, 1957–59), Ministerpräsident von Württemberg-Baden (1945–52) und Baden-Württemberg (1952/53), Bundesvorsitzender der FDP (1957–60)
54, 58, 126, 134f, 137, 159, 196, 238, 294f, 304f, 324, 332–335, 343f, 362f, 380, 382f, 429f, 457, 480

Mainzer, Ferdinand (1871–1943), Chirurg und Schriftsteller, Verbindung zur Widerstandsgruppe des Solf-Kreises, Emigration in die USA (ca. 1938), Vater von Lucie John
567

Maisch, Herbert (1890–1974), Theaterintendant und Filmregisseur, Leiter der Württem-

bergischen Volksbühne (1924–26), Intendant am Erfurter Theater (1928–30), am Mannheimer Nationaltheater (1930–33) und am Preußischen Theater der Jugend (1933/34), Arbeiten als Filmregisseur (ab 1933), beteiligt an NS-Propagandafilmen wie „Ohm Krüger“ (1941), Leiter der Städtischen Bühnen Köln (1947–59)
559, 567

Majonica, Ernst (1920–1997), Rechtsanwalt und Politiker, Bundesvorsitzender der Jungen Union (1950–55), MdB (CDU 1950–72), MdEP (CDU 1979–84)
209

Mann, Thomas (1875–1955), Schriftsteller, Nobelpreis für Literatur (1929), Emigration über Frankreich und die Schweiz (1933) in die USA (1938), Übersiedlung in die Schweiz (1952), Pour le mérite (1955)
514, 578f

Marcks, Gerhard (1889–1981), Bildhauer und Grafiker, Professor am Bauhaus in Weimar (1919–25), an der Kunstgewerbeschule in Halle/Saale (1925–33), an der Landeskunstschule Hamburg (1946–50), Pour le mérite (1952), Mitglied der Akademie der Künste in Berlin (ab 1955)
348f, 359

Markel, Karl Emil (1860–1932), Unternehmer und Philanthrop, nach Auswanderung Chemiker in England, Gründer der Markelstiftung zur Förderung von Schülern und Studenten (1920)
342

Marx, Karl (1818–1883), Journalist, Nationalökonom, Philosoph, Begründer des Marxismus
292, 383

Marx, Karl (1897–1966), Journalist und Verleger, Herausgeber und Chefredakteur der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ (ab 1947), Vorsitzender der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit (1952–60), Bundesverdienstkreuz (1953)
277

Mau, Hermann (1913–1952), Historiker, Professor in München und wissenschaftlicher Leiter und Generalsekretär des Deutschen Instituts für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit (1951/52)
278, 533

Mayer, Ernst (1901–1952), Journalist und Politiker, Chefredakteur des „Neuen Albotens“ in Ebingen und Mitglied der DDP (bis 1933), inhaftiert (1933), aus Württemberg ausgewiesen, Grundstücksmakler in Torgau (ab 1937), Soldat (1941) und Tätigkeit im Luftschutz (1942–45), geschäftsführender Vorsitzender der DVP in Württemberg (ab 1945) und Bundesgeschäftsführer der FDP (1950–52), MdB (FDP 1949–52)
343, 380, 395f, 430

Mayer, Jacob (1813–1875), Erfinder und Industrieller, Gründer einer Gusstahlfabrik in Bochum (1845)
354f

Mayer, Martha, Ehefrau von Ernst Mayer
395f

McCloy, Ellen, geb. Zinsser (1898–1986), Präsidentin der American-British Foundation for European Education (ab 1954), Ehefrau John McCloy, Cousine der 2. Ehefrau Konrad Adenauers
173, 272

McCloy, John J. (1895–1989), amerikanischer Jurist, Tätigkeit im US-Kriegsministerium (1940–45), Teilnahme an der Potsdamer Konferenz (1945), Weltbankpräsident (1947–49), Hoher Kommissar der USA in der Bundesrepublik (1949–53), später Berater der US-Regierung in Sicherheitsfragen
171–173, 179, 206f, 234, 238, 254f, 269–272, 323

Mehring, Franz (1846–1919), Publizist und Politiker, Mitarbeit als Journalist bei verschiedenen liberalen und demokratischen Periodika (1868–91), Mitglied der SPD (1891–1916) und des Spartakusbundes (ab 1916), Leitartikler der „Neuen Zeit“ (1891–1912), Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“ (1902–07), Mitarbeiter des „Vorwärts“ und des „Wahren Jacob“
428f

Meier-Graefe, Julius (1867–1935), Schriftsteller, Kunsthistoriker und Kritiker
367

Meinecke, Friedrich (1862–1954), Historiker, Professor in Straßburg (1901–06), Freiburg (1906–14) und Berlin (1914–32), Vorsitzender der Historischen Reichskom-

mission (1928–34), Herausgeber der „Historischen Zeitschrift“ (1896–1935), Gründungsrektor der FU Berlin (1948), Pour le mérite (1952)
187–189, 359, 539, 542f

Meiser, Hans (1881–1956), evangelischer Theologe, Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (1933–54), Angehöriger der Bekennenden Kirche (ab 1933), leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (1949–55)
294

Mende, Erich (1916–1998), Jurist und Politiker, Offizier im 2. Weltkrieg, Mitgründer der FDP, MdB (FDP 1949–70, CDU/CSU 1970–80) und FDP-Fraktionsvorsitzender (1957–63), Bundesvorsitzender der FDP (1960–68), Vizekanzler und Minister für gesamtdeutsche Fragen (1963–66), tätig im Investmentgeschäft (1967–80)
384, 465

Mendel, Gregor Johann (1822–1884), Augustinermönch und Vererbungsforscher
354

Mendelssohn, Georg von (1886–1955), Gold- und Kunstschmied, Mitglied des Deutschen Werkbundes (1913–33), Emigration nach Frankreich (1933)
145f

Mendelssohn, Moses (1729–1786), Philosoph, Schriftsteller, Kritiker, Übersetzer und Unternehmer
123

Mendès-France, Pierre (1907–1982), französischer Rechtsanwalt und Politiker, Kammerabgeordneter (Radikalsozialisten 1932–40, 1946–58, Sozialisten 1967/68), Flucht zu Charles de Gaulle nach England (1941), Wirtschaftsminister der provisorischen französischen Regierung (1944/45), Direktor der Internationalen Bank für Wiederaufbau (1947–58), Ministerpräsident und Außenminister (1954/55), Mitgründer der Republikanischen Front (1956), Staatsminister (1956/57), Mitgründer der Union des Forces Démocratiques (1958) und der Sozialistischen Partei (1971)
565

Menzel, Adolf von (1815–1905), Maler und Graphiker, Mitglied (ab 1870), Vizekanzler

(1882–86) und Kanzler (ab 1886) des Pour le mérite
551

Metternich, Klemens Wenzel Lothar Fürst von (1773–1859), österreichischer Politiker, Gesandter in Dresden und Berlin (1801–06), Außenminister (1809), Staatskanzler (1810–48), Leiter des Wiener Kongresses (1814/15)
550

Meyer, Alfred Richard, Pseudonym Munkepunkte (1882–1956), Verleger und Schriftsteller
220

Meyer, Oscar (1876–1961), Jurist und Politiker, Syndikus der Handelskammer Berlin (1905–33), MdL Preußen (Freisinnige Volkspartei 1915–18), MdVL Preußen (DDP 1919–21), MdR (DDP/DStP 1924–32), Emigration über die Schweiz (1933) und Kolumbien (1940) in die USA (1941), Vorsitzender des Berkeleyer Juristenkreises
320–323

Meyn, Robert (1896–1972), Schauspieler und Regisseur, tätig u. a. am Schauspielhaus in Hamburg
252

Middelhaue, Friedrich (1896–1966), Verleger und Politiker, Vorsitzender der DStP im Rhein-Wupper-Kreis (1931–33), Mitgründer und Vorsitzender der FDP Nordrhein-Westfalen (1946–56), MdL Nordrhein-Westfalen (FDP 1946–58) und Fraktionsvorsitzender (1946–54), MdB (FDP 1949/50, 1953/54), stellv. Bundesvorsitzender der FDP (1952–56), nordrhein-westfälischer Wirtschafts- und Verkehrsminister sowie stellv. Ministerpräsident (1954–56)
343, 346f

Mitte, Berthold, Rechtsanwalt aus Hamburg
197

Molo, Walter von (1880–1958), Schriftsteller, Mitgründer des deutschen P.E.N.-Clubs (1919), Mitglied (ab 1926) und Präsident (1928–30) der Sektion Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste, Vorsitzender des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller (1927/28), Mitgründer der Akademie der Wissenschaften und Literatur in Mainz (1949)
220, 338, 468

Mosich, Ernst (geb. 1892), Publizist und Politiker, Geschäftsführer des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe der DDP, Geschäftsführer des Hansa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie (1931–34)
165

Mozart, Wolfgang Amadeus (1756–1791), Komponist
520

Mück, Marie (1880–1966), Ehefrau des Jugendfreundes von Theodor Heuss, Friedrich Mück
350–352

Mühr, Alfred, Pseudonym Friedrich Gontard (1903–1981), Journalist und Intendant, Feuilletonredakteur der „Deutschen Zeitung“ (ab 1924), Schauspielregisseur und stellv. Generalintendant der Preußischen Staatstheater (1934–45), freier Schriftsteller (ab 1945)
482

Müller, Eberhard (1906–1989), evangelischer Theologe, Angehöriger der Bekennenden Kirche (nach 1933), Gründer des Hilfsdienstes für Kriegsgefangene (1945), Gründer und Leiter der Evangelischen Akademie Bad Boll (1945–72), Vorsitzender des Leiterkreises der Evangelischen Akademien in Deutschland (1947–72), Präsidiumsmitglied des Evangelischen Kirchentags (1949/50), Mitglied (1953–79) und Vorsitzender (1961–79) des Kreises für soziale Ordnung der EKD
238, 434

Müller, Gebhard (1900–1990), Jurist und Politiker, Richter an verschiedenen Gerichten in Württemberg (1929–45), Ministerialrat, dann Ministerialdirektor im Justizministerium von Württemberg-Hohenzollern (1945–48), Vorsitzender der CDU von Württemberg-Hohenzollern (1946–56), MdVL/MdL Württemberg-Hohenzollern (CDU 1946–52), Staatspräsident und Finanzminister, später auch Wirtschafts- und Justizminister von Württemberg-Hohenzollern (1948–53), MdVL/MdL Baden-Württemberg (CDU 1952–58), Ministerpräsident von Baden-Württemberg (1953–58), MdB (CDU 1953), Präsident des Bundesverfassungsgerichts (1958–71), Honorarprofessor in Tübingen (ab 1972)
39, 54, 334, 335, 395, 480f, 503, 579–581

Müller, Josef (1898–1979), Rechtsanwalt und Politiker, Verbindungen zum militärischen Widerstand gegen das NS-Regime, inhaftiert (1943–45), Mitgründer (1945) und Vorsitzender (1946–49) der CSU, MdVL/MdL Bayern (CSU 1946–62), bayerischer Justizminister (1947–52) und stellv. Ministerpräsident (1947–50)
258

Müller, Ulrich (Tübingen-Lustnau)
448f

Müller, Wolfgang (1901–1986), Militär, Oberst (ab 1942), Beteiligung am Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944, inhaftiert (1944/45), tätig in verschiedenen Vereinigungen der Verfolgten des NS-Regimes
563

Müller-Brandenburg, Hermann (geb. 1885), Polizeioffizier und Politiker, als Polizeioberst Chef der thüringischen politischen Polizei (1922/23), tätig im Brandenburgischen Landesverband vom „Stahlhelm“ (ab 1928)
568

Münster, Hans A. (1901–1963), Zeitungswissenschaftler, Professor in Leipzig (1933–45), Dozent am Münchner Werbewissenschaftlichen Institut (ab 1950)
161

Munch, Edvard (1863–1944), norwegischer Maler und Graphiker
186

Musper, Theodor (1895–1976), Kunsthistoriker, Direktor der Stuttgarter Staatsgalerie (1946–60)
32, 530f

Nägele, Reinhold (1884–1972), Maler, Mitgründer der „Stuttgarter Sezession“ (1923), Emigration über Großbritannien nach New York (1939/40), Rückkehr nach Deutschland (1963)
275, 352

Nagel, Käthe (Berlin)
574

Napoleon Bonaparte (1769–1821), französischer Militär und Politiker, Kaiser der Franzosen (1804–14, 1815)
130, 297

Naumann, Friedrich (1860–1919), Pfarrer, Publizist und Politiker, Gründer und Heraus-

geber der Zeitschrift „Die Hilfe“ (1894–1919), Gründer des Nationalsozialen Vereins (1896), Mitgründer des Deutschen Werkbundes (1907), MdR (Freisinnige Vereinigung, FVP 1907–12, 1913–18), Mitgründer und Vorsitzender der DDP (1918/19), MdNV (DDP 1919), wichtigster politischer Mentor und Protagonist einer Biographie von Theodor Heuss
17, 48, 58, 107, 184, 193f, 197f, 231, 297, 332, 388, 402, 422, 429, 440, 464, 515, 528, 533

Naumann, Johann Wilhelm (1897–1956), Journalist und Verleger, tätig bei verschiedenen Zeitungen (1920–30), Sekretär des Päpstlichen Missionswerkes (1933–45), Mitgründer (1945) und Chefredakteur (1946–51) der „Schwäbischen Landeszeitung“ in Augsburg und der katholischen Zeitschrift „Neues Abendland“, Herausgeber der „Augsburger Tagespost“ bzw. „Deutschen Tagespost“ (ab 1948)
353

Nawiasky, Hans (1880–1961), Staatsrechtler, Professor in München (1922–33) und St. Gallen (1933–55), Berichterstatter auf dem Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee (1948)
157

Neinhaus, Carl (1888–1965), Jurist und Politiker, Oberbürgermeister von Heidelberg (1928–45, 1952–58), MdL Württemberg-Baden (CDU 1950–52), MdVL/MdL Baden-Württemberg (CDU 1952–60), Präsident der Verfassunggebenden Landesversammlung und des Landtags von Baden-Württemberg (1952–60)
486f

Neurath, Konstantin Freiherr von (1873–1956), Diplomat und Politiker, Botschafter in Rom (1921–30) und London (1930–32), Reichsaußenminister (1932–38), Reichsprotektor von Böhmen und Mähren (1939–43, ab 1941 beurlaubt), als Hauptkriegsverbrecher durch den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt (1946), vorzeitig entlassen (1954)
45, 179f

Niekisch, Ernst (1889–1967), Schriftsteller und Politiker, MdL Bayern (SPD/USPD 1918/19, 1920–23), Herausgeber der nationalbolschewistischen Zeitschrift „Der Wider-

stand“ (1926–34), inhaftiert (1937–45), Professor an der Humboldt-Universität Berlin (ab 1948), Mitglied der Volkskammer (1949–54)
231

Niemöller, Martin (1892–1984), Militär und evangelischer Theologe, im 1. Weltkrieg U-Boot-Kommandant, Geschäftsführer der Inneren Mission in Westfalen (1924–30), Pfarrer in Berlin-Dahlem (1931–37), Angehöriger der Bekennenden Kirche und Gründer des Pfarrernotbundes (1931–37), inhaftiert (1937–45), stellv. Vorsitzender des Rates der EKD (1945–55), Kirchenpräsident von Hessen-Nassau (1947–64), Mitglied des Weltkirchenrates (1961–77)
48, 52f, 178, 197f, 234–238, 424–426, 457

Nießner, Lore (1920–1983), Malerin und Bildhauerin
519

Nietzsche, Friedrich (1844–1900), klassischer Philologe und Philosoph, Professor in Basel (1869–79)
383

Niklas, Wilhelm (1887–1957), Tierarzt, Landwirt und Politiker, Ministerialrat im Reichsernährungsministerium (1920–25), Ministerialdirigent im bayerischen Landwirtschaftsministerium (1925–35), tätig als Landwirt (ab 1935), Staatsrat im bayerischen Landwirtschaftsministerium (ab 1945), Mitgründer der CSU (1945), Professor in München (1947–55), Bundesernährungsminister (1949–53), MdB (CSU 1951–53)
370, 483

Nobel, Albert, Astrologe
458

Noelle-Neumann, Elisabeth (1916–2010), Journalistin und Meinungsforscherin, tätig für die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die „Frankfurter Zeitung“ und „Das Reich“, Ernennung zur Adjutantin von Joseph Goebbels (1942, aus Gesundheitsgründen nicht angetreten), Mitgründerin und Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach (1947–2010), Professorin in Mainz (1964–83), Präsidentin der World Association for Public Opinion research (1978–80), Bundesverdienstkreuz (1976)
215

Nöller, Eberhard (1911–2003), Verwaltungsbeamter, Mitarbeiter im BPrA (1951–64), dort Leiter des Referates 1 (allgemeine Gesetzgebung, rechtliche Grundsatzfragen, Gnaden-sachen, Arbeitsrechtsschutz), des Referates 3 (ab 1954), des Referates 2 (ab 1957), Mitarbeiter im Bundesministerium für Verteidigung (1964–74), Präsident des Bundeswehrverwaltungsamtes (1974–76)
306

Nolde, Emil, eigtl. Hans Emil Hansen (1867–1956), Maler, Pour le mérite (1952)
359

Nopitsch, Antonie (1901–75), Sozialwissenschaftlerin, Gründerin des Bayerischen Mütterdienstes in Stein bei Nürnberg (1933), Leiterin des Bayerischen Mütterdienstes (nach 1945), Initiatorin des Weltgebetstages (1949), mit Elly Heuss-Knapp Gründerin des Deutschen Müttergenesungswerkes (1950) und Geschäftsführerin (ab 1950)
518

Nordmann, Elisabeth (Braunschweig-Melverode), Freundin der Familie Heuss
350–352

Nordmann, Otto (1876–1946), Mediziner, Leiter der Chirurgischen Abteilung am Augusta-Viktoria-Krankenhaus in Berlin-Schöneberg (ab 1906) und am Martin-Luther-Krankenhaus in Berlin-Grünwald
186

Nordmann, Ursula, verh. Reidemeister, Tochter von Otto Nordmann und Ehefrau von Leopold Reidemeister, Bekannte der Familie Heuss
186

Nuschke, Otto (1883–1957), Journalist und Politiker, Chefredakteur der „Hessischen Landeszeitung“ (1904–08) und der „Berliner Volkszeitung“ (1915–30), MdNV (DDP 1919/20), MdL Preußen (DDP/DStP 1921–33), Reichsgeschäftsführer der DStP (1931–33), inhaftiert (1933, 1936), Berufsverbot, Teilnehmer des „Stammtischs alter Demokraten“, Verbindungen zur Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises, Mitgründer (1945) und Vorsitzender (1948–57) der CDU in der SBZ bzw. DDR, MdL Sachsen-Anhalt (CDU 1946–48), MdL Brandenburg (CDU 1946–52), Mitglied der

Volkskammer und stellv. Ministerpräsident der DDR (1949–57)
58, 492, 515

Oberüber, Horst, Verwaltungsbeamter, Mitarbeiter im BprA, Referent für Kultur und Sport, Mitarbeiter im Büro Hans Bott
356, 402, 448, 455

Oetker, Rudolf August (1916–2007), Unternehmer und Reeder, Leitung und Ausbau der Nahrungsmittelfabrik Oetker (1944–81), Übernahme der Reederei „Hamburg Süd“ (1955), Vorsitzender des Beirats der Holding der Oetker-Gruppe (ab 2001)
268

Ollenhauer, Erich (1901–1963), Politiker, Vorsitzender des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands (1928–33), Mitglied des Parteivorstands der SPD (1933), Emigration nach Prag (1933–38), Frankreich (1938–40) und Großbritannien (1941–46), Rückkehr in die britische Besatzungszone, stellv. Parteivorsitzender (1946–52), MdB (SPD 1949–63), stellv. (1949–52) und SPD-Fraktionsvorsitzender (1952–63), SPD-Parteivorsitzender (1952–63), Vorsitzender des Rates der Sozialistischen Internationale (1963)
264, 369, 427–429, 553, 567

Oppenheim, Michael, Regierungsrat, Kulturdezernent in Mainz
122f

Oppenheimer, Joseph Süß (1698/99–1738), Finanzier, Hoffaktor (ab 1733) und Geheimer Finanzrat (ab 1736) des Herzogs Karl Alexander von Württemberg, Verurteilung und Hinrichtung wegen Hochverrats, Betrugs und persönlicher Bereicherung, historische Vorlage für den Film „Jud Süß“ (1940)
205

Orff, Carl (1895–1982), Komponist, Dirigent des Münchner Bach-Vereins (1930–33), Leiter der Meisterklasse für Komposition der Münchner Musikhochschule (1950–60) und des „Orff-Instituts“ am Mozarteum Salzburg (ab 1961), Pour le mérite (1956)
359

Ortner, Josef (Passau)
124

Oschilewski, Walther G. (1904–1987), Schriftsetzer und Journalist, tätig für sozial-

demokratische und andere Zeitungen (1920–33), Bibliothekar der Deutschen Lehrerbücherei (ab 1945), Stadtverordneter Berlin (SPD 1946–50), stellv. Chefredakteur der Berliner Zeitung „Telegraf“ (ab 1948), Leiter des Arani-Verlags
420–422, 479, 491

Ossietzky, Carl von (1889–1938), Publizist, Mitgründer des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer (1919), Herausgeber der „Weltbühne“ (1927–33), inhaftiert (1932–36), an den Folgen der Haft gestorben
188

Papen, Franz von (1879–1969), Diplomat und Politiker, MdL Preußen (Zentrum 1921–28, 1930–32), Reichskanzler (1932), Reichskommissar für das Land Preußen (1932, 1933), Vizekanzler (1933/34), MdR (Hospitant bei der DNVP 1933, Hospitant bei der NSDAP 1933–38, NSDAP 1938–45), außerordentlicher Gesandter bzw. Botschafter in Wien (1934–38) und Ankara (1939–44), Freispruch durch den Internationalen Gerichtshof in Nürnberg im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher (1946)
531

Paulsen, Hans-Constantin (1892–1984), Unternehmer, Verkäufer (1920–23), Geschäftsführer (ab 1923) und Aufsichtsratsvorsitzender (1963–70) der Aluminium-Walzwerke Singen GmbH, Wehrwirtschaftsführer (1940–45), Präsident der IHK Konstanz (ab 1949), Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (1953–64), Mitgründer der Universität Konstanz (1966), Bundesverdienstkreuz (1953)
496

Pechel, Rudolf (1882–1961), Publizist, Herausgeber und Chefredakteur der „Deutschen Rundschau“ (1919–42, 1946–61), Mitglied der jungkonservativen Bewegung, inhaftiert (1942–45), Mitgründer der CDU (1945), Chefredakteur der „Neuen Zeit“ (1945/46), Vorsitzender des Süddeutschen Schriftstellerverbandes (ab 1946), Präsident (1950–52) und Ehrenpräsident (ab 1952) der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, Bundesverdienstkreuz (1952)
142f

Peschel, Kurt, Parlamentsstenograf, Mitarbeiter des Stenografischen Dienstes des Bundes-

tages, Vorsitzender des Verbandes der Parlaments- und Verhandlungsstenografen (1953–58)

135, 168

Peters, Journalist

133

Petersen, Alfred, Pfarrer in Brokstedt

127f

Petersen, Elly (1874–1965), Sachbuchautorin, Emigration nach Schweden (1939)

240

Petitpierre, Max (1899–1994), Schweizer Jurist und Politiker, Professor in Neuchâtel (1926–31, 1938–44), Mitglied des Schweizer Bundesrates (Freisinn 1945–61) und Vizepräsident (1949), Bundespräsident (1950, 1955, 1960)

167

Pfeiffer, Anton (1888–1957), Pädagoge, Botschafter und Politiker, MdL Bayern (BVP 1928–33, CSU 1946–50), MdVL Bayern (CSU 1946), bayerischer Minister für Sonderaufgaben (1946), Leiter der bayerischen Staatskanzlei (ab 1946), MdPR und Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU (1948/49), Botschafter in Brüssel (1951–54)

311, 408

Pfleiderer, Karl-Georg (1899–1957), Jurist, Diplomat und Politiker, tätig im Auswärtigen Dienst (1922–41, 1942–45), inhaftiert (1945–47), Landrat des Kreises Waiblingen (1948/49), MdB (FDP 1949–55), Mitgründer und Vorsitzender der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft (1951–54), Entwicklung eines Wiedervereinigungskonzeptes im sog. „Pfleiderer-Plan“ (1952), Botschafter in Belgrad (1955–57)

179, 430

Pick, Grete (Frankfurt a. M.)

123f

Pieck, Wilhelm (1876–1960), Tischler und Politiker, MdL Preußen (KPD 1921–28), MdR (KPD 1928–33), Emigration nach Frankreich und in die Sowjetunion (1934–1945), Mitgründer des Nationalkomitees Freies Deutschland (1943), Rückkehr nach Deutschland und Vorsitzender der KPD (1945/46), nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD mit Otto Grotewohl Vorsitzender der

SED (1946–54), Mitglied des SED-Politbüros (1946–1960), Präsident der DDR (1949–60)

51, 237, 286–288

Planck, Max (1858–1947), Physiker, Professor in Kiel (1885–89) und Berlin (1889–1927), Nobelpreis für Physik (1918), Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (1930–35, 1945/46), Mitglied (ab 1915) und Kanzler (ab 1930) des Pour le mérite

188, 201, 360, 415

Plautus, Titus Maccius (um 250–184 v. Chr.), lateinischer Komödiendichter

384

Plein, Peter (1896–1970) Jurist, Kriegsblinder des 1. Weltkriegs, Vorsitzender des „Bundes erblindeter Krieger“ (1929–36), Amtsgerichtsrat in Berlin-Mitte (1929–44), ehrenamtliche Tätigkeit für den „Bund der Kriegsblinden“ (ab 1945), Vorsitzender des „Bundes der Kriegsblinden Deutschlands e.V.“ (1949–53), Richter am Landgericht Koblenz (1953/54), Bundesrichter am Bundessozialgericht (1954–61)

113f

Poe, Edgar Allan (1809–1849), amerikanischer Schriftsteller

440

Poelzig, Hans (1869–1936), Architekt, Direktor der Kunstakademie Breslau (1903–16), Mitgründer (1907) und Vorsitzender (1919–21) des Deutschen Werkbundes, Professor in Dresden (1916–20) und Berlin (1923–33), Direktor der Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst in Berlin (1933), Protagonist einer Biographie von Theodor Heuss (1939)

200, 407, 571

Powers, Leon W. (1888–1959), amerikanischer Jurist, Vorsitzender des amerikanischen Militärgerichts im „Wilhelmstraßen-Prozesses“ gegen Mitarbeiter des AA (1947–49)

172

Preetorius, Emil (1883–1973), Jurist, Grafiker und Bühnenbildner, Mitgründer der Schule für Illustration und Buchgewerbe in München (1909) und Leiter der Münchner Lehrwerkstätten (ab 1910), szenischer Leiter der Bayreuther Festspiele (1932), Mitglied des baye-

rischen Senates (1947–61), Präsident der Bayerischen Akademie der Schönen Künste (1953–68)
118, 532

Pütter, Gisela, geb. Zitelmann (1881–1959), Freundin von Elly Heuss-Knapp
351, 364

Purrmann, Hans (1880–1966), Maler und Grafiker, Pour le mérite (1955)
273

Putzger, Friedrich Wilhelm (1849–1913), Pädagoge und Kartograf, Entwicklung eines Historischen Schulatlasses (erste Auflage 1876/77), Direktor der Bürgerschule (1878–92) und der Handelsschule (1885–92) in Rochlitz, Bezirksschulinspektor in Auerbach/Vogtland (ab 1892), Schulrat in Borna (ab 1899), Oberschulrat in Plauen (ab 1912)
380

Raabe, Wilhelm (1831–1910), Schriftsteller
222

Rademacher, Max (1897–1971), Speditionskaufmann und Politiker, MdL Hamburg (FDP 1946–49), MdB (FDP 1949–65), Mitgründer und Vorsitzender der FDP in Hamburg (1946–58, 1966–69), Präsident des Bundesverbandes Spedition und Lagerei (1946–67)
111

Radhakrishnan, Sarvepalli (1888–1975), indischer Philosoph und Politiker, Professor in Mysore (1918–21), Kalkutta (1921–31, 1937–41) und Oxford (1936–52), Botschafter in Moskau (1949–52), Vizepräsident (1952–62) und Präsident der indischen Union (1962–67)
550

Raeder, Erich (1876–1960), Militär, Chef der Marineleitung (1928–35), Oberbefehlshaber der Kriegsmarine (1935–43), Großadmiral (1939), Ablösung (1943), durch den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu lebenslanger Haft verurteilt (1946), Haftentlassung (1955)
179

Raederscheidt, Erich (1918–2004), Journalist, 1. Sekretär der FDP-Fraktion im Parlamentarischen Rat (1948/49), Referent und Leiter des Pressereferates im BprA (1949–69), Referent

im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (1969–83)
125, 169, 241, 306, 378, 387, 401, 477f, 517

Rassow, Peter (1889–1961), Historiker, Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik, Professor in Breslau (1936–39), Leipzig (1939/40) und Köln (1940–58), Mitglied (ab 1949) und Präsident (ab 1955) der Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur, Cousin von Elly Heuss-Knapp
247f, 258

Raymond, Walter (1886–1972), Unternehmer, Südamerika-Beauftragter einer Hamburger Versicherung (1911–14), Direktor der Metallgesellschaft Frankfurt a. M. (ab 1919) und der Süddeutschen Kabelwerke Mannheim (ab 1927), Vorstandsmitglied der Vereinigten Deutschen Metallwerke AG Frankfurt-Heddernheim (ab 1930), Vorsitzender der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (1949–53)
496f

Redwitz, Erich von (1883–1964), Mediziner, Professor in Heidelberg (1921), Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik München (1922–28) und Bonn (ab 1928)
260

Reich, Herbert, Chef des Evangelischen Verlags in Hamburg-Borgstedt
440

Reidemeister, Leopold (1900–1987), Kunsthistoriker, Direktor des Ostasiatischen Museums (1938–45), Kustos und Professor für Kunstgeschichte in Berlin (1938), Generaldirektor der Museen der Stadt Köln und Direktor des Walraf-Richartz-Museums (1945–57), Generaldirektor der Staatlichen Museen Preussischer Kulturbesitz (1957–64), Gründer und Leiter des Brücke-Museums in Berlin (1967–87)
186

Reifenberg, Benno (1892–1970), Journalist, Feuilletonchef (1924–30), Korrespondent in Paris (1930–32) und politischer Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ (1932–43), inhaftiert (1937), Mitgründer und Herausgeber der Zeitschrift „Die Gegenwart“ (1945–58), Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (1959–66)
281

Reinhard, Karl Friedrich (1761–1837), Diplomat, Hauslehrer in Bordeaux (1787–91), für die Girondisten im diplomatischen Dienst u. a. in London, Neapel und Hamburg (1792–99), französischer Außenminister (1799), Gesandter am Hof König Jérômes von Westfalen (1808–13), beim Deutschen Bund (1815–29) und am sächsischen Hof (1830–32), geadelt (1808), Pair von Frankreich (1832) 159

Reinhardt, Karl (1886–1958), klassischer Philologe, Professor in Marburg (1916–19), Hamburg (1919–23), Frankfurt a. M. (1923–41, ab 1946) und Leipzig (1942–46), Pour le mérite (1952) 359

Renger, Annemarie (1919–2008), Verlagskauffrau und Politikerin, Privatsekretärin und Vertraute Kurt Schumachers (1945–52), Leitung des Berliner Büros des Parteivorstandes der SPD (1946), MdB (SPD 1953–90), Präsidentin (1972–76) und Vizepräsidentin (1976–90) des Bundestages, Kandidatin bei der Bundespräsidentenwahl (1979), Präsidentin des deutschen Rates der Europa-Bewegung (1990) 368f

Renner, Karl (1870–1950), österreichischer Bibliothekar, Schriftsteller und Politiker, Mitglied des österreichischen Reichsrates (1907–18), Staatskanzler (1918–20), Leiter des Staatsamtes für Inneres und Unterricht (1919) und des Staatsamtes für Äußeres (1919/20), Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung Österreichs (Sozialdemokratische Partei 1918–20), Mitglied des österreichischen Nationalrates (Sozialdemokratische Partei 1920–34), Mitglied des österreichischen Nationalrats (Sozialdemokratische Partei 1945), Staatskanzler bzw. Bundespräsident (1945–50) 200

Renner, Otto (1883–1960), Botaniker, Professor in München (1913–20, 1948–52) und Jena (1920–48), Direktor des Botanischen Gartens in Jena (1920–48) und München (1948–52), Pour le mérite (1952) 359

Renner, Viktor (1899–1969), Rechtsanwalt und Politiker, Amts- und Landgerichtsrat (ab 1927), Oberbürgermeister von Tübingen, Land-

gerichtspräsident und Landrat im Kreis Tübingen (1945/46), MdL Württemberg-Hohenzollern bzw. Baden-Württemberg (SPD 1947–64), Innenminister von Württemberg-Hohenzollern (1947–52), Vorsitzender des Rechtsausschusses im Bundesrat (1949–53), Justizminister (1952/53) und Innenminister (1956–60) von Baden-Württemberg 396f, 436, 480

Reusch, Hermann (1896–1971), Bergassessor und Industrieller, Zechenleiter in Dorsten (1927–33), Vorstandsmitglied (1937–42) und Generaldirektor (1942) der Gutehoffnungshütte, Vorstandsvorsitzender der Gutehoffnungshütte (1947–66), Leiter des Kulturkreises im BDI (1951–67), Bundesverdienstkreuz (1956), Sohn von Paul Reusch 372

Reusch, Paul (1868–1956), Ingenieur und Industrieller, Vorstandsvorsitzender, später Generaldirektor der Gutehoffnungshütte AG in Oberhausen (1909–42), führende Positionen im schwerindustriellen Verbandswesen, Mitglied des Präsidiums des RDI (1923–33), Präsident der IHK Duisburg (1919–29), stellv. Vorsitzender des DIHT (1926–33) 47, 258, 371–373, 518f

Reuter, Ernst (1889–1953), Politiker, im 1. Weltkrieg in russischer Gefangenschaft, Mitarbeit bei den Bolschewiki und Kommissar in der Wolgarepublik, nach der Rückkehr nach Deutschland Mitglied der KPD (1919–22), dann der SPD, Redakteur der Parteizeitung „Vorwärts“ (ab 1922), Stadtrat in Berlin für Stadtplanung (ab 1926), Oberbürgermeister von Magdeburg (1931–33), MdR (SPD 1932/33), inhaftiert (1933/34), Emigration in die Türkei (1935–46), Verkehrsdezernent in Berlin (1947), Oberbürgermeister bzw. Regierender Bürgermeister von Berlin (1947–53), MdPR (SPD 1948/49), MdB (SPD 1949–53) 288, 294f, 297, 383, 440, 475–477, 481, 557

Reuter, Hanna (1899–1974), Ehefrau von Ernst Reuter 477

Reutter, Hermann (1900–1985), Komponist und Pianist, Lehrauftrag für Komposition an der Musikhochschule Stuttgart (1932), Direktor der Musikhochschule Frankfurt a. M. (1936–45), Professor an der Musikhochschule Stutt-

gart (1952) und deren Leiter (1956–66), Vertonung der „Hymne an Deutschland“ von Rudolf Alexander Schröder (1950)
36, 138, 186, 192, 207, 209, 284, 286, 328

Ribbentrop, Joachim von (1893–1946), Diplomat und Politiker, MdR (NSDAP 1933–45), außenpolitischer Berater Adolf Hitlers (1934–38), Botschafter in London (1936–38), Reichsaußenminister (1938–45), als Hauptkriegsverbrecher durch den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zum Tode verurteilt und hingerichtet (1946)
148

Richelieu, Armand-Jean du Plessis (1585–1642), französischer Geistlicher und Politiker, Kardinal (1622–42), Erster Minister im Staatsrat (1624–42)
319

Richter, Gustav (1823–1884), Maler, Mitglied der Berliner Akademie der bildenden Künste (ab 1860), Pour le mérite (1882)
551

Richtofen, Hartmann Freiherr von (1878–1953), Gutsbesitzer, Diplomat und Politiker, als Legationsrat im Auswärtigen Dienst (1902–11), MdR (Nationalliberale Partei 1912–18), MdL Preußen (Nationalliberale Partei 1915–18), MdVL Preußen (DDP 1919–21), MdNV/MdR (DDP 1919/20, 1924–28), Emigration nach Österreich (1933), Rückkehr nach Deutschland (1945)
492f

Riemerschmid, Richard (1868–1957), Maler und Architekt, Mitgründer der „Vereinigten Werkstätten für Kunst und Handwerk“ in München (1897), Mitgründer (1907) und Vorsitzender (1921–26) des Deutschen Werkbundes, Mitgründer der Gartenstadt Hellerau (1908), Leiter der Kunstgewerbeschule in München (1912–24) und der Kölner Werkstätten (1926–31), Bundesverdienstkreuz (1954)
145

Riesser, Hans (1887–1969), Jurist, Diplomat und Publizist, tätig im Auswärtigen Dienst u. a. in Oslo, Washington, Paris und Riga (1918–33), Emigration nach Frankreich (1933) und in die Schweiz (1939), inhaftiert durch die Gestapo (1940) und Flucht in die Schweiz (1943), stellv. (1950) und Generalkonsul der

Bundesrepublik in New York sowie ständiger Beobachter bei der UNO (1952–55), Bundesverdienstkreuz (1954)
423, 470

Riezler, Kurt (1882–1955), Journalist und Politiker, Vortragender Rat in der Reichskanzlei und enger Mitarbeiter von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg (1915–17), Leiter des Büros des Reichspräsidenten Friedrich Ebert (1919/20), Vorsitzender des Kuratoriums der Universität Frankfurt (1928–34), inhaftiert (1933), Schriftsteller in Berlin, Emigration in die USA (1938), Professor an der New School for Social Research in New York (1938–52), Rückkehr nach Europa mit Wohnsitz in Rom (1954)
251

Ritter, Gerhard (1888–1967), Historiker, Professor in Hamburg (1924/25) und Freiburg (1925–56), Mitglied der Bekennenden Kirche und anderer Widerstandskreise (ab 1934), Kontakt zum bürgerlich-konservativen Widerstand um Carl Goerdeler, inhaftiert (1944/45)
49, 166, 228–230, 247f, 542

Röchling, Hermann (1872–1955), Industrieller, geschäftsführender Gesellschafter der Firma Gebrüder Röchling und der Völklinger Eisen- und Stahlwerke (ab 1898), Mitglied des Landesrates Saar (Liberale Volkspartei 1919–24, Deutsch-Saarländische Volkspartei 1924–35), Gründung der Deutschen Front im Saargebiet (nach 1933), Wehrwirtschaftsführer (nach 1935), Generalbevollmächtigter für die Eisen- und Stahlindustrie Lothringens (1940–42), Vorsitzender der Reichsvereinigung Eisen (1942–45), Verurteilung zu 10 Jahren Haft durch ein französisches Militärgericht (1949), Entlassung (1951)
160f, 179

Rohde, Georg (1899–1960), klassischer Philologe, Professor in Ankara (1935–49) und Berlin (ab 1949), Rektor an der FU Berlin (1952/53)
438

Rohrbach, Paul (1869–1956), evangelischer Theologe, Publizist und Historiker, Generalsekretär des Evangelisch-sozialen Kongresses (1898–1901), Redakteur der Wochenschrift „Die Zeit“ von Friedrich Naumann (1901–03), kaiserlicher Kommissar für das Ansiedlungs-

wesen in Deutsch-Südwestafrika (1903–06), Mitarbeiter der „Hilfe“ und der „Neckar-Zeitung“, Leiter der Pressekontrolle der Zentralstelle für Auslandsdienst (1914–17), Mitgründer und -herausgeber der Zeitschrift „Das größere Deutschland“ bzw. „Deutsche Politik“ (1914–22), Mitglied der DDP (1920–26), leitende Tätigkeit in der „Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschtums“ (1927–30)
297f

Roosevelt, Franklin D. (1882–1945), amerikanischer Politiker, Präsident der USA (1933–45)
140

Rosenkranz, Gerhard (1896–1983), evangelischer Theologe und Missionswissenschaftler, Professor in Tübingen (1948–66)
183f

Roser, Dieter (1911–1971), Politiker, Beratende Landesversammlung Württemberg-Hohenzollern (SPD 1946/47), MdL Württemberg-Hohenzollern (SPD 1947–49), Oberbürgermeister von Esslingen (1948–66)
454

Roser, Max, Gaukassenwart der NSDAP, ehemaliger Mitschüler von Theodor Heuss
58, 134–137

Roßmann, Erich (1884–1953), Kaufmann, Journalist und Politiker, Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“ und der „Donau-Wacht“ (1904–15), Direktor des württembergischen Hauptversorgungsamtes Stuttgart (ab 1920), Landesvorsitzender der württembergischen SPD (1920–33), MdR (SPD 1924–33), inhaftiert (1933, 1944), Makler und Hausverwalter in Berlin (1933–44), Generalsekretär des Länderrates der US-Besatzungszone in Stuttgart (1945–48), Intendant von Radio Stuttgart (1948/49)
137, 475f, 481

Rothfels, Hans (1891–1976), Historiker, Archivdienst (1920–24), Professor in Königsberg (1926–34), Emigration nach Großbritannien und in die USA (1938/39), Professor in Chicago (1946–51) und Tübingen (1951–59), Mitherausgeber der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ (1953–76), Pour le mérite (1961)
275, 542

Rouget de Lisle, Claude Joseph (1760–1836), französischer Militär und Schriftsteller, Dichter und Komponist der „Marseillaise“ (1792)
217

Rüstow, Alexander (1885–1963), Nationalökonom und Soziologe, Referent im Reichswirtschaftsministerium (1919–24), Berater im Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten (1924–33), Professor in Istanbul (1933–49) und Heidelberg (1949–56), Vorsitzender der „Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik“ (1954–56)
542

Rupp, Ernst, Rechtsanwalt in Stuttgart
391

Rupprecht, Maria Luitpold Ferdinand von Bayern (1869–1955), Militär, Generalfeldmarschall (1916), im publizierten Kriegstagebuch Kritik an der Obersten Heeresleitung (1929), Emigration nach Italien (1939)
372

Ruskin, John (1819–1900), englischer Schriftsteller, Maler und Sozialreformer, Professor für Kunstgeschichte in Oxford (ab 1869)
357

Rustige, Heinrich (1884–1974), Rechtsanwalt, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Süßwarenindustrie (1919), des Verbandes Württembergischer Weinkellereien (1922), des Zweigvereins des Reichsbundes der deutschen Süßwarenindustrie für Württemberg-Hohenzollern (1928) und des Fachverbandes der Süßwarenindustrie Württemberg-Baden e. V. (1945), Münchner Studienfreund von Theodor Heuss
397

Sänger, Fritz (1901–1984), Journalist und Politiker, Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ (1935–43), des „Wiener Tageblatts“ (1943–45), Chefredakteur der „Braunschweiger Zeitung“ (1945/46) und des Sozialdemokratischen Pressedienstes (1946/47), MdL Niedersachsen (SPD 1946/47), Geschäftsführer (1949–55) und Chefredakteur (1955–59) der dpa, Mitwirkung am Godesberger Programm der SPD (1959), MdB (SPD 1961–69)
239–242

San Nicolò, Mariano ((1887–1955), Rechtshistoriker, Professor an der deutschen Univer-

sität in Prag (1917–35) und Rektor (1931–33), Professor (1935–45, ab 1948) und Rektor (1952/53) an der Universität München, Mitglied (ab 1935) und Präsident (1944/45) der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 321

Sasse, Siegfried, Student an der FU Berlin 418f

Sattler, Dieter (1906–68), Architekt und Diplomat, Vorsitzender des Berufsverbandes der Architekten und Bauingenieure (nach 1945), Staatssekretär für Schöne Künste im Bayerischen Kultusministerium (1947–51), Präsident des Deutschen Bühnenvereins (ab 1950), im Auswärtigen Dienst in Rom (1952–59), Leiter der Kulturabteilung im AA (1959–66), Botschafter beim Heiligen Stuhl in Rom (1966–68) 331

Savonarola, Girolamo (1452–1498), Dominikanermöch, Prior des Klosters San Marco in Florenz (ab 1491), nach der Vertreibung der Medici (1494) Ausrufung eines theokratischen Gottesstaates, Predigtverbot (1495) und Exkommunikation (1497), Verhaftung durch die Stadtbehörden und Auslieferung an die Inquisition (1497), Folter und Hinrichtung 301

Schach, Hannelore, Schreibkraft im BprA 62, 168, 307, 358, 568

Schäfer, Hermann (1892–1966), Journalist und Politiker, Mitglied des Reichsvorstandes der DDP (1925–33), stellv. FDP-Vorsitzender in der britischen Besatzungszone (1947/48), MdPR und Vizepräsident (FDP 1948/49), MdB (FDP 1949–56, Freie Volkspartei 1956/57) und Fraktionsvorsitzender (1949–51, 1952/53), stellv. Bundesvorsitzender der FDP (1950–55), Bundesminister für besondere Aufgaben (1953–56) 345, 347

Schäffer, Fritz (1888–1967), Verwaltungsjurist und Politiker, MdL Bayern (BVP 1920–33), Vorsitzender der BVP (1929–33), bayerischer Finanzminister (1931–33), inhaftiert (1933/34, 1944), Mitgründer der CSU, bayerischer Ministerpräsident (1945), MdB (CSU 1949–61), Bundesfinanzminister (1949–57) und -justizminister (1957–61) 223, 242, 260–262, 356–358, 412f, 486, 505–508, 581

Schallermair, Georg (1894–1951), SS-Führer, Rapportführer im KZ Mühldorf, in einem der Dachauer Nachfolgeprozesse zum Tode verurteilt (1947), hingerichtet 207

Scheidemann, Philipp (1865–1939), Buchdrucker und Politiker, MdR (SPD 1903–18) und Fraktionsvorsitzender (1913–18), Vizepräsident des Reichstags (1912, 1918), Proklamierung der Deutschen Republik (9. 11. 1918), Reichsministerpräsident (1919), MdNV/MdR (SPD 1919–33), Oberbürgermeister von Kassel (1920–25), Emigration nach Dänemark (1933) 155

Scheidt, Wilhelm H. (1912–1954), Militär und Journalist, im 2. Weltkrieg Rittmeister der Reserve, Kontakt zu Generaloberst Ludwig Beck, tätig für „Echo der Woche“ und „Bayernkurier“ (ab 1948) sowie im Bundespresseamt (ab 1951) 166

Schildkraut, Rudolf (1862–1930), Schauspieler, Engagements am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg (1900–05) und am Deutschen Theater in Berlin (1905–20), Emigration in die USA und tätig als Theater- und Filmschauspieler (ab 1920) 560

Schiller, Friedrich von (1759–1805), Dichter, Kritiker und Historiker 27, 222, 273, 308, 487

Schirach, Baldur von (1907–1974), Leiter des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (1928), Reichsjugendführer der NSDAP (1931–40), „Jugendführer des Deutschen Reiches“ (1933–40), Staatssekretär im Reichsministerium des Innern (1933/34) und im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (1934–36), Gauleiter der NSDAP und Reichsstatthalter in Wien (1940–45), durch den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu 20 Jahren Haft verurteilt (1946), Entlassung (1966) 179

Schirach, Henriette von (1913–1992), Tochter des Hitlerphotographen Heinrich Hoffmann, Ehefrau Baldur von Schirachs (1932–49) 483

Schlange-Schöningen, Hans (1886–1960), Landwirt und Politiker, MdL Preußen (DNVP 1921–28), MdR (DNVP, Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft, Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei 1924–32), Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichskommissar für die Osthilfe (1931/32), Verbindungen zum bürgerlich-konservativen Widerstand gegen das NS-Regime, Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bizone (1947–50), MdB (CDU 1949/50), Generalkonsul (1950–53) und Botschafter in London (1953–55)

438f

Schmid, Carlo (1896–1979), Jurist, Schriftsteller und Politiker, Kriegsgerichtsrat in Lille (1940–44), Verbindungen zur Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises, Landesdirektor für Kultur in Stuttgart (1945), Professor in Tübingen (1945–53) und Frankfurt a. M. (1953–66), Vorsitzender des Staatssekretariats und Leiter der Landesdirektion für Justiz und für Kultur (1945–47) sowie stellv. Staatspräsident und Justizminister (1947–50) von Württemberg-Hohenzollern, Mitglied der Beratenden Landesversammlung Württemberg-Hohenzollern (SPD 1946/47), Vorsitzender der SPD in Württemberg-Hohenzollern (1946–50), MdL Württemberg-Hohenzollern (SPD 1947–52), Mitglied des Parteivorstandes der SPD (1947–73), MdPR und Vorsitzender der SPD-Fraktion (1948/49), MdB (SPD 1949–72), Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder (1966–69)

238, 434

Schmidt, August (1878–1965), Bergarbeiter und Gewerkschaftsfunktionär, Mitglied des Vorstandes (ab 1918) und 2. Vorsitzender (1928–32) des Freien Deutschen Bergarbeiterverbandes, Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates (ab 1922), Vorsitzender der IG Bergbau (1946–59), Mitgründer und Vorstandsmitglied des DGB (1949–53), Bundesverdienstkreuz (1953)

173

Schmidt, Paul (1899–1970), Diplomat, Dolmetscher, später Chefdolmetscher im AA, zuletzt im Rang eines Ministerialdirigenten (1924–45), Rektor des Sprachen- und Dolmetscher-Instituts München (1952–67), als

Vorsitzender der DP in Bayern gescheiterte Kandidatur zum Bundestag (1953)

148

Schmidt-Wittmack, Karlfranz (1914–1987), Politiker, MdL Hamburg (CDU 1949–53), MdB (CDU 1953, fraktionslos 1954/55), geheimer Mitarbeiter der Hauptabteilung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit (bis 1954), Übertritt in die DDR (1954), Mitglied der CDU der DDR, Vizepräsident der Kammer für Außenhandel (1955–76)

567

Schmitt, Carl (1888–1985), Staatsrechtler, Professor in Greifswald (1921/22), Bonn (1922–26), Berlin (1926–33, 1933–45) und Köln (1933), Vertreter der Reichsregierung im Staatsgerichtshofverfahren um die Rechtmäßigkeit der Amtsenthebung der preußischen Regierung („Preußenschlag“ 1932), Eintritt in die NSDAP und die Akademie für Deutsches Recht (1933), Preußischer Staatsrat (1933–45), Rückzug aus den Parteiamtern (1936/37)

433f

Schmitthenner, Paul (1884–1972), Architekt, Professor in Stuttgart (1918–45), „Reichsfachleiter für bildende Kunst“ im „Kampfbund für deutsche Kultur“ (1933/34), Wiederaufbau des Stuttgarter Schlosses (1935/36), Entlassung aus dem Lehramt (1945)

359

Schmoller, Gustav von (1838–1917), Nationalökonom, Professor in Halle (1864–72), Straßburg (1872–82) und Berlin (1882–1913), Rektor der Universität Berlin (1897), Mitglied des Preußischen Herrenhauses (1899–1917), Mitgründer (1872) und Vorsitzender (1890–1917) des Vereins für Socialpolitik, Pour le mérite (1899)

434

Schnabel, Franz (1887–1966), Historiker, Professor in Karlsruhe (1922–36) und München (1947–62), Leiter des Generallandesarchivs in Karlsruhe (1924–27), Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ (1937–43), Landesdirektor für Unterricht und Kultus in Nordbaden (1945–47)

229

Schneider, Reinhold (1903–1958), Schriftsteller, Verbindung zum katholischen Wider-

stand gegen den Nationalsozialismus, Anklage wegen Hochverrats (1945), Pour le mérite (1952)
359, 578

Schoeps, Hans-Joachim (1909–1980), Historiker, Gründer des „Deutschen Vortrupp, Gefolgschaft Deutscher Juden“ (1933), Emigration nach Schweden (1938–45), Professor in Erlangen (1947–76)
242–245, 275

Scholl, Hans (1918–1943), Student, Eintritt in die HJ (1933), Kontakt zur verbotenen Bündischen Jugend, inhaftiert (1937), Medizinstudium in München (ab 1939), Fronteinsatz (1942), Mitgründer der studentischen Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ und Verteilung von regimiekritischen Flugblättern (1942/43), vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet
418f, 482

Scholl, Sophie (1921–1943), Studentin, Eintritt in den BDM, Kontakt zur verbotenen Bündischen Jugend, inhaftiert (1937), Arbeits- und Kriegshilfsdienst (1940), Biologie- und Philosophiestudium in München (ab 1942), Beteiligung an Flugblattaktionen der studentischen Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ (1942/43), vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet
418f, 482

Schopen, Edmund (geb. 1882), Publizist, Gründer einer Begabenschule in Bad Godesberg (1919), Niederlegung seines katholischen Kirchenamts und Austritt aus der katholischen Kirche (1920), freier Schriftsteller und Privatgelehrter in München (ab 1926), im Medienbereich tätig (nach 1945)
269–271

Schopenhauer, Arthur (1788–1860), Philosoph
399

Schotthöfer, Fritz (ca. 1880–1951), Journalist, Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ (ab 1904) und „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (nach 1945)
340, 370

Schreiber, Walther (1884–1958), Rechtsanwalt und Politiker, MdVL/MdL Preußen (DDP/DStP 1919–33), Vorsitzender der Frak-

tion der DDP/DStP im preußischen Landtag (1924), preußischer Minister für Handel und Gewerbe (1925–32), Verbindungen zum sozialdemokratischen Widerstand gegen das NS-Regime, Mitgründer (1945) und Vorsitzender der CDU in Berlin (1947–52), MdL Berlin (CDU 1946–58), Vorsitzender der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus (1946–51), Bürgermeister (1951–53) und Regierender Bürgermeister von Berlin (1953–55)
564

Schröder, Gerhard (1910–1989), Rechtsanwalt und Politiker, Mitarbeit in der Bekennenden Kirche, Mitgründer der CDU (1945), MdB (CDU 1949–80), Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (1955–78), stellv. Bundesvorsitzender der CDU (1969–73), Bundesinnenminister (1953–61), Bundesaußenminister (1961–66), Bundesverteidigungsminister (1966–69), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags (1969–80)
507, 559

Schroeder, Louise (1887–1957), kaufmännische Angestellte und Politikerin, MdNV/MdR (SPD 1919–33), Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt in Schleswig-Holstein (1922–33), Dozentin an der Wohlfahrtsschule in Berlin (1925–33), 2. Landesvorsitzende der SPD in Berlin (1946), 2. Bürgermeisterin (1946–48) und amtierende Regierende Bürgermeisterin Berlins (1947/48), MdL Berlin (SPD 1948–52), MdB (SPD 1949–57)
315

Schröder, Rudolf Alexander (1878–1962), Dichter, Pour le mérite (1952) und Vizekanzler (bis 1955), Dichter der „Hymne an Deutschland“ (1950)
35, 139, 186, 191–193, 207, 209f, 218, 284, 308f, 328, 352, 359, 415, 550, 578f

Schuberth, Hans (1897–1976), Diplomingenieur und Politiker, im Postdienst (ab 1927), Präsident der Oberpostdirektion Regensburg (1945–47) und München (1947–49), Direktor der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen der Bizone (1947–49), Bundespostminister (1949–53), MdB (CSU 1953–57)
116–118

Schumacher, Kurt (1895–1952), Jurist, Journalist und Politiker, Redakteur der „Schwäbi-

schen Tagwacht“ (1920–30), MdL Württemberg (SPD 1924–31), MdR (SPD 1930–33), inhaftiert (1933–43, 1944), Mitgründer (1945) und Vorsitzender der SPD (1946–52), MdL Hannover (SPD 1946), MdB und Fraktionsvorsitzender (SPD 1949–52), Gegenkandidat von Theodor Heuss bei der Wahl des Bundespräsidenten (1949)
20, 47, 110f, 118f, 169, 185, 264, 278f, 309, 368f, 427f, 439, 477, 581

Schuman, Robert (1886–1963), französischer Jurist und Politiker, Mitglied der französischen Nationalversammlung (1919–40, 1945–63), inhaftiert (1940–42), Finanzminister (1946/47), Ministerpräsident (1947/48), Außenminister (1948–53), Justizminister (1955/56), Initiator der deutsch-französischen Annäherung und der westeuropäischen Montanunion („Schuman-Plan“, 1950), Präsident des Europäischen Parlaments (1958–60)
226, 302

Schumpeter, Joseph (1883–1950), österreichischer Wirtschaftswissenschaftler, Professor in Graz (1911–19), Bonn (1925–32) und an der Harvard University (ab 1932), Finanzminister (1919/20)
49

Schurz, Carl (1829–1906), amerikanischer Politiker, Revolutionär und Publizist, Teilnehmer an der deutschen Revolution (1848/49), Emigration über die Schweiz, Paris und London nach New York (1849–52), Senator (Republikaner 1869–75), Generalmajor im amerikanischen Bürgerkrieg, amerikanischer Innenminister (1877–81)
316

Schuschnigg, Kurt von (1897–1977), österreichischer Politiker, Nationalrat (Christlich-soziale Partei 1927–33), Unterrichtsminister (1932–34), Bundeskanzler im autoritären „Ständestaat“ (1934–38), inhaftiert (1938–45)
576

Schwab, Curt E., Verleger
535

Schwarz, Georg (Berlin-Zehlendorf)
557f

Schweitzer, Albert (1875–1965), Arzt, evangelischer Theologe, Philosoph, Musiker, Musikwissenschaftler und Schriftsteller, Pfarrer in Straßburg, Aufbau eines Tropen-Hospitals in

Lambarene/Französisch-Äquatorialafrika (ab 1913), Friedenspreis des Deutschen Buchhandels (1951), Friedensnobelpreis (1952), Pour le mérite (1954), Traupfarrer und Freund von Theodor Heuss und Elly Heuss-Knapp
48, 142, 273, 497–499, 550

Schwend, Karl (1890–1968), Jurist und Publizist, Herausgeber der „Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz“ (1920–33), Sicherheitsbeauftragter bei den Dornierwerken (bis 1945), Leiter der bayerische Staatskanzlei (1950–54), Generalsekretär der Bayerischen Akademie der Schönen Künste (ab 1958)
293

Seebohm, Hans-Christoph (1903–1967), Bergbauingenieur und Politiker, verschiedene leitende Funktionen in der Montanindustrie, Geschäftsführer der Hochbau- und Erdöl-Gesellschaft Deilmann AG in Dortmund (1940–49), MdL Niedersachsen (NLP 1946/47, DP 1947–51), niedersächsischer Aufbau-, Arbeits- und Gesundheitsminister (1946–48), Präsident der IHK Braunschweig (1947–63), stellv. Bundesvorsitzender der DP (1947–55), MdPR und Fraktionsvorsitzender (DP 1948/49), MdB (DP 1949–60, CDU 1960–67), Bundesverkehrsminister (1949–66), Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft (1959–66), Bundesschatzmeister der CDU (1966)
114, 145, 408

Seiz, Erwin (1889–1951), Fabrikant aus Reutlingen, Mitglied der Beratenden Landesversammlung Württemberg-Hohenzollern (DVP 1946/47)
299

Senn, Marie, geb. Gümbel (1877–1955), Cousine von Theodor Heuss
548f

Severing, Carl (1875–1952), Schlosser, Gewerkschafter und Politiker, MdR (SPD 1907–1912), MdNV/MdR (SPD 1919–33), MdL Preußen (SPD 1919–33), preußischer Innenminister (1920, 1921–26, 1930–32), Reichsinnenminister (1928–30), inhaftiert (1933), Pensionär (1933–45), MdL Nordrhein-Westfalen (SPD 1947–52)
58, 137–139

Shakespeare, William (1564–1616), englischer Dichter, Dramatiker und Schauspieler
421, 556

Sieburg, Friedrich (1893–1964), Schriftsteller und Journalist, Fliegeroffizier im 1. Weltkrieg, Auslandskorrespondent der „Frankfurter Zeitung“ u. a. in Paris, London, Afrika und Ostasien (1924–39), im Auswärtigen Dienst in Brüssel und Paris (1940–45), Mitarbeiter im Feuilleton der „Frankfurter Zeitung“ (1942/43), Publikationsverbot (1945–48), Mitherausgeber der Zeitschrift „Die Gegenwart“ (ab 1948), Leiter des Literaturteils der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (1956–64), Bundesverdienstkreuz (1959)
216–219, 339

Simpfendorfer, Wilhelm (1888–1973), Lehrer und Politiker, Reichsvorsitzender des Christlich-Sozialen Volksdienstes (1929–33), MdR und Fraktionsvorsitzender (Christlich-Sozialer Volksdienst 1930–33), Mitglied der Vorläufigen Volksversammlung und Präsident der Verfassunggebenden Landesversammlung Württemberg-Baden (CDU 1946), MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (CDU 1946–60), württemberg-badischer bzw. baden-württembergischer Kultusminister (1946/47, 1953–58), Vorsitzender der CDU von Nordwürttemberg (1949–58), Eintritt in die FDP (1972)
126

Sintenis, Renée, eigtl. Renate Alice (1888–1965), Bildhauerin, Mitglied der Preußischen Akademie der Künste (1931–34), Professorin an der Berliner Hochschule für bildende Künste (1947–56) und an der West-Berliner Akademie der Künste (ab 1956), Pour le mérite (1952)
359

Solms, Max Graf zu (1893–1968), Soziologe, Gründer des „Forscherheims Assenheim“ (1924), Professor in Marburg (ab 1943), Leiter des Marburger Instituts für Soziologie (ab 1958)
527

Sombart, Werner (1863–1941), Nationalökonom, Professor in Breslau (1890–1906) und Berlin (1906–31), im Vorstand (ab 1892) und Vorsitzender (1932–36) des Vereins für Socialpolitik, Mitgründer der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (1909), Mitglied der Akademie für Deutsches Recht (ab 1933)
434

Speer, Albert (1905–1981), Architekt und Politiker, Eintritt in die NSDAP (1931), Beauftragter für Bauwesen in der NSDAP und Abteilungsleiter beim Stab des „Stellvertreters des Führers“ (1934–41), Generalbauinspektor für die Neugestaltung der Reichshauptstadt (1937–45), MdR (NSDAP 1941–45), Chef der Organisation Todt (1942–44), Reichsminister für Bewaffnung und Munition (1942/43) und für Rüstung und Kriegsproduktion (1943–45), Geschäftsführender Reichswirtschafts- und Produktionsminister (1945), durch den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu 20 Jahren Haft verurteilt (1946), Entlassung (1966)
179

Speidel, Carl (Frankfurt-Höchst)
391

Speidel, Hans (1897–1984), Militär, Chef des Stabes beim Militärbefehlshaber in Frankreich (1940–42) und bei weiteren Truppenteilen, wegen Verbindung zum militärischen Widerstand von der Gestapo inhaftiert (1944), Lehrbeauftragter an der Universität Tübingen (1949–55), militärischer Berater der Bundesregierung (1951–55), Reaktivierung und Leiter der Abteilung Gesamtstreitkräfte im Bundesverteidigungsministerium (1955/56), Befehlshaber der Landstreitkräfte Europa-Mitte der NATO (1957–63)
175f, 291f, 372, 563f

Speidel, Otto (Stuttgart)
153

Spiro, Eugen (1874–1972), Maler und Grafiker, Präsident der Berliner Sezession (1915–33), Emigration nach Paris (1935) und in die USA (1940/41)
568

Spranger, Eduard (1882–1963), Philosoph und Pädagoge, Professor in Leipzig (1911–19), Berlin (1919–46) und Tübingen (1946–54), Gastprofessor in Japan (1936/37), inhaftiert (1944), Pour le mérite (1952)
359, 527f, 543, 554

Springer, Axel (1912–1985), Verleger, Gründer der „Hör-zu“ (1946), des „Hamburger Abendblattes“ (1948) und der „Bild“ (1952)
514

Stalin, Josef, eigtl. Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili (1879–1953), georgischer

bzw. russischer Politiker und Revolutionär, Mitglied der Bolschewiki (1903), Verbannung nach Sibirien (1913–16), nach der Novemberrevolution Volkskommissar für Nationalitätenfragen (1917–23) und für Arbeiter- und Bauerninspektion (1919–22), Mitglied des Politbüros (ab 1919), Generalsekretär der KPdSU (1922–53), Vorsitzender des Rates der Volkskommissare bzw. des Ministerrates (1941–53) 226, 297

Stamper, Friedrich (1874–1957), Journalist und Politiker, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ (1900–02), Herausgeber einer sozialdemokratischen Korrespondenz, Chefredakteur des „Vorwärts“ (1916–33), MdR (SPD 1920–33), Mitglied des SPD-Parteivorstandes (1925–33), Emigration nach Prag (1933), Frankreich (1938) und in die USA (1940), Redakteur der „Neuen Volkszeitung“ in New York, Rückkehr nach Deutschland und Dozent an der Frankfurter Akademie der Arbeit (1948–55) 169

Stapel, Wilhelm (1882–1954), Journalist und Schriftsteller, Redakteur des „Kunstwart“ (1911–16), Vertreter der „jungkonservativen“ und konservativ-revolutionären Bewegung in der Weimarer Republik (Juniclub), Schriftleiter der Monatschrift „Deutsches Volkstum“ (1918–38), Mitglied im Sachverständigenbeirat und Mitarbeiter der „Forschungsabteilung Judenfrage“ des „Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands“ (1935–38), Lektor der Hanseatischen Verlagsanstalt (1943) 49, 58, 197f

Staudinger, Hans (1889–1980), Wirtschaftswissenschaftler und Politiker, tätig im Kriegsernährungsamt (1918/19), Reichswirtschaftsministerium (1919–27) und als Ministerialdirektor (1927–29) und Staatssekretär (1929–32) im preußischen Handelsministerium, Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik, MdR (SPD 1932/33), inhaftiert (1933), Emigration über Belgien und Frankreich in die USA (1933/34), Professor 1934–60) und Dekan (1941–43, 1950/51) an der New School for Social Research in New York, Einbürgerung in den USA (1940), Bundesverdienstkreuz (1963) 555

Stauffenberg, Claus Schenk Graf von (1907–1944), Militär, Dienst im Bamberger

Reiterregiment (1926–34), in der Kavallerieschule Hannover und in der Kriegsakademie Berlin (1934–38), Oberleutnant bzw. Generalstabsoffizier an der Front (1939/40), Mitarbeiter der Organisationsabteilung des Oberkommandos des Heeres (1940–43), Fronteinsatz in Afrika und Verwundung (1943), Stabschef im Allgemeinen Heeresamt bzw. beim Befehlshaber des Ersatzheeres (1943/44), treibende Kraft und Kristallisationsfigur des militärischen Widerstandes, Attentatsversuch auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944, am selben Tag erschossen

130, 271, 576

Steengracht von Moyland, Gustav Adolf Baron (1902–1969), Jurist, Diplomat und Politiker, Kreisbauernführer in Kleve und Bürgermeister von Till-Moyland (ab 1933), Referent in der „Dienststelle Ribbentrop“ und tätig an der Deutschen Botschaft in London (1936–38), Eintritt in das AA (1938), Angehöriger des Persönlichen Stabes des Außenministers (1940–43) und stellv. Chefadjutant Joachim Ribbentrops, Staatssekretär im AA (ab 1943), SA-Brigadeführer (1944), im „Wilhelmstraßen-Prozess“ zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt (1949), entlassen (1950), Rechtsanwalt an Amts- und Landgericht Kleve (ab 1956) 172

Stein, Regierungsamtmann 280

Stein, Philipp (1870–1932), Rechtsanwalt, Publizist und Bankier, Gesellschafter (1895–1903) und Leiter des Frankfurter Instituts für Gemeinwohl (ab 1903), Leiter des hessenmittelrheinischen Genossenschaftsverbandes in Wiesbaden (1904–22), Professor (1914–25) und Stadtrat (ab 1919) in Frankfurt a. M., Mitherausgeber der „Deutschen Politik“ (1916–22), Schriftleiter der „Blätter für Genossenschaftswesen“ (ab 1922), Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes in Berlin (1925–32), Mitglied des Zentralaussschusses der Reichsbank (ab 1929), des Reichswirtschaftsrates (ab 1929) und des Reichsaussschusses zur Vorbereitung der Bankenaufsicht (ab 1931) 339

Steiner, Gertrud (Sao Paulo), Freundin der Familie Heuss 350–352

Steiner, John P. (gest. 1954), amerikanischer Pädagoge und Militär, Direktor der Erziehungs- und Kulturabteilung der amerikanischen Militärregierung in Württemberg-Baden (1945–49)
341

Stempel, Hans (1894–1970), evangelischer Theologe, Pfarrer in Oppau (1923–26), Direktor des Predigerseminars in Landau (1926–34), Pfarrer in Landau (1934–36), erster Kirchenpräsident der protestantischen Landeskirche in der Pfalz (1948–64)
498, 544f

Sternberger, Dolf (1907–1989), Journalist und Politikwissenschaftler, Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ (1934–43), tätig in einem Heidelberger Industriebetrieb (1943), Mitherausgeber der Zeitschriften „Die Wandlung“ (1945–49) und „Die Gegenwart“ (1950–58), Professor in Heidelberg (1960–74)
310

Stifter, Adalbert (1805–1868), österreichischer Schriftsteller, Maler und Pädagoge
400, 579

Stock, Christian (1884–1967), Gewerkschafter und Politiker, MdNV (SPD 1919/20), MdL Baden (SPD 1921–25), inhaftiert (1933/34), MdVL/MdL Hessen (SPD 1946–54), hessischer Ministerpräsident (1947–51)
503

Stoecker, Adolf (1835–1909), evangelischer Theologe und Politiker, als Pfarrer auf dem Lande tätig (1863–71), Berliner Dom- und Hofprediger (1874–90), Gründer der Christlich-Sozialen Arbeiterpartei (1878) und der antisemitischen „Berliner Bewegung“ (1880), MdL Preußen (Deutschkonservative Partei 1879–98), MdR (Deutschkonservative Partei 1881–93, 1898–1908), Gründer und Mitglied des Evangelisch-sozialen Kongresses (1890–96)
127

Stolper, Gustav (1888–1947), Nationalökonom, Publizist und Politiker, Mitherausgeber der Zeitschrift „Der Österreichische Volkswirt“ (1911–25), Chefredakteur des „Berliner Börsen-Couriers“ (1925), Gründer und Herausgeber der Zeitschrift „Der Deutsche Volkswirt“ (1926–33), MdR (DStP 1930–32), Emigration in die USA (1933), Wirtschafts- und Finanzberater (ab 1933), wirtschaftspolitischer

Berater der Stadt New York (1943–47), Teilnahme an der Hoover-Mission nach Deutschland, enger Freund von Theodor Heuss
124, 169, 251, 275, 316f, 363, 417

Stolper, Johanna Maria, verh. Campbell (geb. 1929), Historikerin, Professorin in Neuseeland (1957–60) und Kanada (ab 1960), Tochter von Gustav und Toni Stolper, Patenkind von Elly Heuss-Knapp
124, 323, 363, 565, 568

Stolper, Max Anton (geb. 1924), Rechtsanwalt, amerikanischer Soldat (1943–51), Mitarbeiter der amerikanischen Besatzungsbehörde in Deutschland (1945/46), Sohn von Gustav und Toni Stolper
124, 319

Stolper, Toni, geb. Kassowitz (1890–1988), Juristin und Journalistin, Mitarbeiterin beim „Österreichischen Volkswirt“ (1921–25), Mitgründerin und Mitarbeiterin des „Deutschen Volkswirtes“ (1926–33), Emigration in die USA (1933), Gründungsmitglied und geschäftsführende Sekretärin von „Selfhelp“ (1936–38), leitende Mitarbeiterin des American Council for Emigres in the Professions (1948–55), Ehefrau von Gustav Stolper
58, 111, 124, 169, 174, 193, 197, 251, 316–319, 323, 363–365, 368f, 371, 397, 423f, 464, 524, 527, 552, 565–569

Stoltenberg, O., (Oppendorf)
372

Storch, Anton (1892–1975), Tischler, christlicher Gewerkschaftsfunktionär und Politiker, Versicherungsvertreter (1933–39), Dienstverpflichtung bei Feuerschutzpolizei Hannover (1939–45), Mitgründer der CDU und des DGB in Hannover (1945), Direktor der Arbeitsverwaltung der Bizone (1948/49), Bundesarbeitsminister (1949–57), MdB (CDU 1949–65), MdEP (CDU 1958–65)
496

Storz, Gerhard (1898–1983), Literaturwissenschaftler, Pädagoge und Politiker, Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ (ab 1935), Oberstudiendirektor in Schwäbisch Hall (nach 1945), baden-württembergischer Kultusminister (1959–64), Präsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt (ab 1966)
304

Strauß, Franz Joseph (1915–1988), Altphilologe und Politiker, Landrat im Kreis Schongau (1946–49), Mitgründer (1946), Generalsekretär (1949–52), stellv. Vorsitzender (1952–61) und Vorsitzender (1961–88) der CSU, Mitglied des Wirtschaftsrats der US-Zone (1948/49), MdB (CSU 1949–78, 1987), Bundesminister für Sonderaufgaben (1953–55), Bundesminister für Atomfragen (1955/56), Bundesverteidigungsminister (1956–62), Demission nach der „Spiegel-Affäre“ (1962), Bundesfinanzminister (1966–69), bayerischer Ministerpräsident (1978–88), MdL Bayern (CSU 1978–88)
486

Strauß, Walter (1900–1976), Jurist und Politiker, tätig im Reichswirtschaftsministerium (1928–35), Wirtschaftsberater (1935–43), Rüstungsarbeiter (1943–45), Mitgründer der Berliner CDU (1945), Staatssekretär in der hessischen Staatskanzlei (1946/47), stellv. Direktor für Wirtschaft der Bizone (1947–49), MdPR (CDU 1948/49), Leiter des Rechtsamtes der Bizone (1948/49), Staatssekretär im Bundesjustizministerium (1949–63), Mitglied des Europäischen Gerichtshofs (1963–70)
206

Stresemann, Gustav (1878–1929), Nationalökonom, Verbandsfunktionär und Politiker, MdR (Nationalliberale Partei 1907–12, 1914–18), Vorsitzender der Nationalliberalen Partei (1917/18), Mitgründer der DVP (1918), MdNV/MdR (DVP 1919–29) und Fraktionsvorsitzender (1920–23), Reichskanzler (1923), Reichsaußenminister (1923–29), Friedensnobelpreis (1926)
148, 401–403, 405

Strobel, Robert (1898–1994), Journalist, Bonner Korrespondent der „Zeit“ und anderer Zeitungen, Verfasser „vertraulicher Informationsberichte“
450

Stuck, Franz von (1863–1928), Maler, Grafiker und Bildhauer, Mitgründer der Münchner Sezession, Professor in München (ab 1895)
290

Stückrath, Erich (1902–1955), Eigentümer und Herausgeber der „Spandauer Zeitung“, Leiter der Firma „Insel-Film“ in Saig über

Titisee, Bundesbeauftragter für die Förderung der Berliner Wirtschaft (1950er Jahre), Herausgeber der Anthologie „Berliner Guckkasten“, für die Theodor Heuss ein Vorwort schrieb (1955)
229

Südekum, Albert (1871–1944), Volkswirt, Publizist und Politiker, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ (1896/97), der „Fränkischen Tagespost“ in Nürnberg (1898/99), Chefredakteur der „Dresdner Arbeiterzeitung“ (1900–03), MdR (SPD 1900–18), Mitglied des Interfraktionellen Ausschusses (1917/18), preußischer Finanzminister (1918–20)
464

Süsterhenn, Adolf (1905–1974), Richter, Rechtsanwalt und Politiker, Mitglied des Stadtrates Köln (Zentrum 1933), Mitglied der Beratenden Landesversammlung Rheinland-Pfalz (CDU 1946/47), MdL Rheinland-Pfalz (CDU 1946–51), MdPR (CDU 1948/49), rheinland-pfälzischer Justiz- (1946–51) und Kultusminister (1947–51), Präsident des Oberverwaltungsgerichts und Verfassungsgerichtshofes von Rheinland-Pfalz (1951–61), MdB (CDU 1961–69)
322

Suhr, Otto (1894–1957), Nationalökonom, Gewerkschafter und Politiker, Sekretär (1922–25) und Abteilungsleiter (1925–33) beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Dozent (1925–33) und Direktor (1949–55) an der Deutschen Hochschule für Politik, MdL Berlin (SPD 1946–57), Präsident des Abgeordnetenhauses Berlin (1946–55), MdPR (SPD 1948/49), MdB (SPD 1949–52), Regierender Bürgermeister von Berlin (1955–57)
318

Suhrkamp, Peter (1891–1959), Lehrer und Verleger, Redaktionsleiter der „Neuen Rundschau“ (ab 1933), Vorstandsmitglied (ab 1933) und treuhänderischer Leiter (1936–44) des S. Fischer Verlags, ab 1942 „Suhrkamp Verlages vorm. S. Fischer“, inhaftiert (1944), Gründer des „neuen“ Suhrkamp Verlages (1950)
303f

Székessy, Zoltan (1899–1968), Bildhauer, Professor an der Düsseldorfer Kunstakademie
348f

Taft, Robert Alphonso (1889–1953), amerikanischer Jurist und Politiker, Mitglied des Repräsentantenhauses (Republikaner 1921–26), Mitglied des Senats (Republikaner 1939–53), erfolglose Bewerbungen um die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner (1940, 1948, 1952), Vorsitzender der republikanischen Senatsfraktion (1953), Sohn des US-Präsidenten William Howard Taft
327

Teusch, Christine (1888–1968), Pädagogin und Politikerin, Leiterin des Frauenverbandes der Christlichen Gewerkschaften (1918–20), MdR (Zentrum 1919–33), Vorsitzende des katholischen Mädchenschutzbundes in Deutschland (1923–65), inhaftiert (1944/45), MdL Nordrhein-Westfalen (CDU 1947–66), Kultusministerin von Nordrhein-Westfalen (1947–54), Mitglied des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung (ab 1949), Bundesverdienstkreuz (1956)
348f

Thadden-Trieglaff, Reinhold von (1891–1976), Landwirt und Verwaltungsjurist, Tätigkeit im preußischen Verwaltungsdienst (1920–28), Gutsverwalter (ab 1928), Präses der Bekenntnissynode in Pommern und Angehöriger der Bekennenden Kirche (ab 1934), Vizepräsident des Christlichen Studentenweltbundes (1937, 1946), inhaftiert (1937), Teilnahme am 2. Weltkrieg (1941–45), Mitglied im Zentralvorstand des Weltkirchenrates (1948–61), Gründer und Präsident des Evangelischen Kirchentags (1949–64), dann Ehrenpräsident (1964–76)
455–457, 505, 516

Thielicke, Helmut (1908–1986), evangelischer Theologe, Leiter des Erlanger Studienhauses (ab 1935), Angehöriger der Bekennenden Kirche und Entlassung als Tübinger Privatdozent (1940), Leiter des Theologischen Amtes der Württembergischen Landeskirche (1942–45), Professor in Tübingen (1945–54) und Hamburg (ab 1954)
238, 456

Thoma, Ludwig (1867–1921), Rechtsanwalt, Schriftsteller und Journalist, Redakteur (ab 1899) und Chefredakteur (ab 1900) des „Simplicissimus“ in München, Mitgründer und Mitherausgeber des „März“ (1907–16)
445

Thoma, Richard (1874–1957), Staatsrechtler, Professor in Hamburg (1908/09), Tübingen (1909–11), Heidelberg (1911–28) und Bonn (1928–45, 1946–50), Mitglied der DDP/DStP (1919–33)
155f

Tiburtius, Joachim (1889–1967), Jurist, Nationalökonom und Politiker, Referent für Arbeiterfragen im preußischen Kriegsministerium (1915–17) und im Reichsarbeitsministerium (1918–25), Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels (1925–33), Leiter der Forschungsstelle für den Handel (1935), Professor in Leipzig (1943–48) und an der FU Berlin (ab 1948), MdL Berlin (CDU 1946–50), Berliner Senator für Volksbildung (1951–63), Bundesverdienstkreuz (1959)
441, 560

Tiedje, Johannes (1879–1946), evangelischer Theologe und Verwaltungsbeamter, Prinzenzieher (1905/08), Pfarrer in Königsberg (1910–15), Mitglied der DDP, Sachverständiger des AA für Nordschleswig (1919/20), als Ministerialrat im Reichsinnenministerium zuständig für „Deutschtumsarbeit“ (1922–34), Leiter des „Bundes Deutscher Osten“ (ab 1935), Landrat des Kreises Flensburg (1945/46)
203f

Tillmanns, Robert (1896–1955), Volkswirt und Politiker, Mitgründer und stellv. Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft (1922–30), Mitgründer und Geschäftsführer der Studienstiftung des Deutschen Volkes (1925–30), Regierungsrat in der preußischen Unterrichtsverwaltung (1931–33), Volkswirt in der Motanindustrie (1933–45), Leiter des Zentralbüros Ost des Hilfswerks der EKD (1945–49), Mitgründer der CDU Berlin (1945), MdL Sachsen (CDU 1946/47), MdB (CDU 1949–55), Vorsitzender der CDU West-Berlin (1952–55), Bundesminister für besondere Aufgaben (1953–55), Mitgründer des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“ (1954)
507

Traub, Gottfried (1869–1956), evangelischer Theologe und Politiker, Pfarrer in Hall (1900/01) und Dortmund (1901–12), Direktor des Protestantentums in Dortmund (ab 1912),

MdL Preußen (FVP 1913–18), Mitgründer (1917) und Vorstand (1918) der Deutschen Vaterlandspartei, MdNV (DNVP 1919/20), Chefredakteur der „München-Augsburger Abendzeitung“ (1921–25), Herausgeber der „Eisernen Blätter“ (1921–29)
184, 379

Treviranus, Gottfried (1891–1971), Agrarfachmann und Politiker, MdR (DNVP/Volkonservative Vereinigung 1924–30, Konservative Volkspartei 1930–32), Mitgründer der Konservativen Volkspartei (1930), Reichsminister für die besetzten Gebiete (1930), Reichsverkehrsminister (1931/32), Emigration über England (1934) und Kanada (1939) in die USA (1942), unternehmerische Tätigkeiten, Rückkehr nach Deutschland (1949)
210

Troche, Ernst Günter (1909–1971), Kunsthistoriker, tätig an den Staatlichen Museen in Berlin (1932–36) und an den Städtischen Kunstsammlungen in Breslau (1936–38), Emigration in die USA (1938), Direktor des Germanischen Nationalmuseums (1945–51), Rückkehr in die USA
267

Truman, Harry S. (1884–1972), amerikanischer Politiker, Senator von Missouri (Demokratische Partei 1934–44), Vizepräsident (1944/45) und Präsident (1945–53) der USA
27, 226, 254–256

Tucher und Simmelsdorf, Hans Christoph Freiherr von (1904–1969), Bankier, stellv. Vorsitzender der Stiftung zur Förderung der Wissenschaft in Bayern, Vorsitzender des Verwaltungsrates des Germanischen Nationalmuseums (nach 1945), Vermögensberater von Theodor Heuss
267

Tucholsky, Kurt (1890–1935), Publizist und Schriftsteller, Mitarbeiter der „Schaubühne“ bzw. „Weltbühne“, Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ in Paris (1924–26), Herausgeber der „Weltbühne“ (1926/27), Aufenthalt in Schweden (1929–35), Ausbürgerung (1933), Suizid
514

Tüngel, Richard (1893–1970), Architekt, Schriftsteller und Journalist, Baudirektor in Hamburg (bis 1933), Mitgründer und Chef-

redakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“ (1945–55)
376f

Tunner, William H. (1906–1983), amerikanischer Militär, im militärischen Flugtransportwesen (ab 1941), Aufbau einer Luftbrücke zwischen Indien und China (1942), Organisation der Berliner Luftbrücke (1948/49), Leitung einer Luftbrücke im Korea-Krieg (1950–53), als Generalleutnant Oberkommandierender der US Air Forces in Europa mit Sitz in Wiesbaden (1953–57)
477f

Uder, Mitarbeiter im Bpra
450

Uhland, Ludwig (1787–1862), Rechtsanwalt, Dichter und Politiker, MdL Württemberg (1820–26, 1833–38), Professor in Tübingen (1929–30), Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung (1848/49)
303, 550f

Unruh, Fritz von (1885–1970), Militär und Schriftsteller, im 1. Weltkrieg Entwicklung zum Pazifisten, Emigration nach Italien (1932), Frankreich (1935) und nach kurzer Inhaftierung in die USA (1940), Rückkehr nach Deutschland (1952/62)
376f

Ury, Lesser (1861–1931), Maler und Grafiker, Ehrenmitglied der Berliner Sezession (ab 1921)
290

Velde, Henri van de (1863–1957), belgischer Architekt, Gründer der Weimarer Kunstgewerbeschule (1906–14), Mitgründer des Deutschen Werkbundes (1907), tätig in Brüssel (1926–47) und in der Schweiz (ab 1947)
357

Vockel, Heinrich (1892–1968), Volkswirt und Politiker, Generalsekretär des Zentrums (1922–33), MdR (Zentrum 1930–33), Geschäftsleiter der Herti-AG (1936–44, ab 1945), inhaftiert (1944), Mitgründer der Berliner CDU (1949), Gründungsmitglied und Mitvorsitzender der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit (1949–65), Bevollmächtigter der Bundesrepublik in Berlin (1950–62)
559

Voigt, Wilhelm (1849–1922), Schumacher, historisches Vorbild für Carl Zuckmayers

Tragikomödie „Der Hauptmann von Köpenick“ (1931)

251f

Voltaire, eigtl. Francois-Marie Arouet (1694–1778), französischer Schriftsteller und Philosoph

123

Vossler, Karl (1872–1949), Romanist, Professor in Heidelberg (1902–09), Würzburg (1909–11) und München (1911–38), Pour le mérite (1926)

188

Vossler, Otto (1902–1987), Historiker, Professor in Leipzig (1930–45) und Frankfurt a. M. (1946–67), Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften (ab 1942), der Frankfurter Historischen Kommission und des P.E.N., Sohn von Karl Vossler

Wachenheim, Hedwig (1891–1969), Publizistin und Politikerin, Mitglied des Hauptausschusses der Arbeiterwohlfahrt (1919–33), Chefredakteurin der Zeitschrift „Arbeiterwohlfahrt“ (1926–33), MdL Preußen (SPD 1928–33), Lehrerin und Leiterin der Wohlfahrtschule der Arbeiterwohlfahrt Berlin (1928–33), Emigration über die Schweiz und Frankreich (1933) in die USA (1936), Mitarbeiterin der amerikanischen Militärregierung in Deutschland (1946–51), Forschungsauftrag der Universität Berkeley zur deutschen Arbeiterbewegung (ab 1955)

427f

Waldin, Paul (1888–1969), Jurist, Unternehmer und Politiker, MdL Baden (DDP/DStP 1929–33, FDP/DVP 1947–52), Oberbürgermeister von Lahr (1945–52), MdVL Baden (1946/47), Finanzstaatssekretär (1946/47) und Regierungspräsident von Südbaden (1951–57)

562

Wagenfeld, Wilhelm (1900–1990), Kunsthandwerker, Assistent und Lehrer an der Staatlichen Bauhochschule Weimar (1925–30), Lehrer an der Kunstschule in Berlin-Schöneberg, künstlerischer Leiter der Vereinigten Lausitzer Glaswerke (ab 1935), Direktor der Zeichenakademie Hanau (1938–43), Professor an der Berliner Hochschule für bildende Künste (1947–49), Zusammenarbeit mit WMF in Geis-

lingen und Tätigkeit im Landesgewerbeamt Stuttgart (1949–54), Gründer und Leiter der Werkstatt Wagenfeld (1954–78)

146

Wagner, Adolf (1835–1917), Nationalökonom, Professor in Wien (1858–63), Hamburg (1863–65), Dorpat (1865–68), Freiburg (1868–70) und Berlin (ab 1870), Mitgründer des „Vereins für Socialpolitik“ (1872), Mitgründer und 2. Vorsitzender der Christlich-sozialen Arbeiterpartei Adolf Stoeckers (1878), MdL Preußen (konservativ 1883–85), Mitglied des preußischen Herrenhauses (ab 1910)

434

Wagner, Erich, Journalist, Chefredakteur des Bonner „Generalanzeigers“

134

Wagner, Friedrich-Wilhelm (1894–1971), Rechtsanwalt, Richter und Politiker, MdR (SPD 1930–33), inhaftiert (1933), Emigration über die Schweiz nach Frankreich (1933), geschäftsführender Vorsitzender der Zentralvereinigung deutscher Emigranten in Paris (1937–41), Flucht über Spanien und Portugal in die USA (1941), tätig als Bibliothekar, Rückkehr nach Deutschland (1947), MdL Rheinland-Pfalz (SPD 1947–49), Präsident der Pfälzischen Anwaltskammer (1948–56), MdPR (SPD 1948/49), MdB (SPD 1949–61), Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts (1961–67)

313–315

Wagner, Richard (1813–1883), Komponist, Begründer der Bayreuther Festspiele (1876)

34, 143–145, 272, 375, 570–572

Wagner, Siegfried (1869–1930), Komponist und Regisseur, Leiter der Bayreuther Festspiele (1906–30), Sohn von Richard Wagner

144

Wagner, Wieland (1917–1966), Opernintendant und Regisseur, gemeinsam mit seinem Bruder Wolfgang Leiter der Bayreuther Festspiele (1951–66), Sohn von Siegfried Wagner

571

Wagner, Winifred, geb. Williams (1897–1980), nach dem Tode ihres Mannes Siegfried Wagner Leiterin der Bayreuther Festspiele (1930–44), freundschaftliche Beziehung zu Adolf Hitler, im Spruchkammerverfahren als

„minderbelastet“ eingestuft bei Verbot der Weiterleitung der Festspiele (1948)
144, 230, 571

Wagner, Wolfgang (1919–2010), Opernintendant und Regisseur, mit seinem Bruder Wieland (bis 1966) Leiter der Bayreuther Festspiele (1951–2008)
571

Waldersee, Alfred Graf von (1832–1904), preußischer Militär, Offizier im preußischen Generalstab (ab 1866), Generalstabschef einer Armeegruppe (1870/71), dann eines Armeekorps (1873), Generalquartiermeister und stellv. Generalstabschef (1882–88), Generalstabschef (1888–91), Kommandierender General des IX. Armeekorps (1891–98), Inspekteur der 3. Armeeinspektion (1898–1900), als Generalfeldmarschall Oberkommandierender der europäischen Einheiten im chinesischen Boxeraufstand (1900–01)
269f

Wanner, Theodor (1875–1955), Fabrikant, Gründer des Vereins württembergischer Kunstfreunde (1905), Mitgründer des Lindenmuseums Stuttgart (1911), Gründer und Leiter des Deutschen Auslandsinstituts (1917–33) und dessen Ehrenvorsitzender (1951), stellv. Vorsitzender der Reichsrundfunkgesellschaft (1923–33), Mitgründer des süddeutschen Rundfunks (1924), Entfernung aus allen Ämtern (1933)
275

Warburg, Otto (1883–1970), Biochemiker, Leiter der Abteilung für Physiologie des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biologie (1918–30) und des Kaiser-Wilhelm-Institut bzw. Max-Planck-Institut für Zellphysiologie in Berlin (1930–70), Nobelpreis für Medizin (1931), Pour le mérite (1952)
359

Wauters, Émile (1846–1933), belgischer Maler, Pour le mérite (1888), Offizier der Ehrenlegion (1889)
551

Weber, Alfred (1868–1958), Nationalökonom und Soziologe, Professor in Prag (1904–07) und Heidelberg (1907–33), Mitgründer der DDP (1918), Verbindungen zur Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises, Kandidat bei

der Bundespräsidentenwahl (1954), Pour le mérite (1954), Bruder von Max Weber
430, 542

Weber, Max (1864–1920), Jurist, Nationalökonom und Soziologe, Professor in Berlin (1893), Freiburg i. Br. (1894–97), Heidelberg (1897–1903), Wien (1918) und München (1919/20), Herausgeber des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ (ab 1903), Mitgründer der DDP (1918)
200

Weckes, ehemalige Schülerin von Theodor Heuss an der Deutschen Hochschule für Politik, Wirtschaftsprüferin
485

Wedekind, Frank (1864–1918), Schriftsteller
421

Weidenmann, Alfred (1918–2000), Schriftsteller und Filmregisseur, Abteilungsleiter für den Bereich Film in der Württembergischen HJ (nach 1933), Leiter der „Kriegsbücherei der deutschen Jugend“ (1939), Leiter und Regisseur der HJ-Filmschau „Junges Europa“ und Leiter der Hauptabteilung Film in der Reichsjugendführung (ab 1942), u. a. Regisseur des Films „Canaris“ (1954)
483

Weitz, Heinrich (1890–1962), Jurist und Politiker, Oberbürgermeister von Trier (1927–33), Mitglied des Provinziallandtages Rheinland (1930–33), Rechtsanwalt (1933–45), Oberbürgermeister von Duisburg (1945–47), MdL Nordrhein-Westfalen (CDU 1946–50), Finanzminister von Nordrhein-Westfalen (1947–52), Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (1952–58)
33, 460–463

Weizsäcker, Ernst Freiherr von (1882–1951), Diplomat, Gesandter in Oslo (1931–33) und Bern (1933–36), Leiter der Politischen Abteilung (1936–38) und Staatssekretär (1938–43) im AA, Verbindungen zum militärischen Widerstand gegen das NS-Regime, Botschafter beim Vatikan (1943–45), Verurteilung zu 7 Jahren Haft im Nürnberger „Wilhelmstraßen-Prozess“ (1949/50), vorzeitig entlassen (1950)
45, 160, 171–173, 179

Weizsäcker, Richard Karl Freiherr von (geb. 1920), Jurist und Politiker, Tätigkeit in

der Industrie (1950–66), Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages (1964–70), MdB (CDU 1969–81), Regierender Bürgermeister von Berlin (1981–84), Bundespräsident (1984–94)
337

Welchert, Hans-Heinrich (1905–1988), Politikwissenschaftler, Schriftsteller und Journalist, Student von Theodor Heuss an der Deutschen Hochschule für Politik (Diplom 1932), Redakteur bei verschiedenen Zeitungen (1924–51), Referatsleiter im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (1952–70) und Leiter des Kulturreferates im BpRA (1959/60), Verfasser einer Biographie über Theodor Heuss (1953)
478f, 485

Wellhausen, Hans (1894–1964), Jurist, Industrieller und Politiker, Direktor und Vorstandsmitglied der MAN (1931–59), MdB (FDP 1949–56, CSU 1956/57), Präsident des Verwaltungsrates der Deutschen Bundesbahn (1952–59)
516

Wende, Erich (1884–1966), Richter und Politiker, Referent (1917–23) und Abteilungsleiter (1926–33) im preußischen Kultusministerium, Kurator der Kieler Universität (1923–26), Landgerichtsdirektor in Berlin (1933–45), Leiter der Ausbildung des zentralen Justizwesens in der SBZ (1945/46), Staatssekretär im niedersächsischen Kultusministerium (1946–50), Leiter der Kulturabteilung des Bundesinnenministeriums (1950–53)
166, 220

Wendel, Hermann (1884–1936), Journalist, Schriftsteller und Politiker, Mitarbeiter verschiedener sozialdemokratischer Zeitungen, Stadtverordneter in Frankfurt a. M. (SPD 1910–18), MdR (SPD 1912–18), Polizeipräsident in Frankfurt a. M. (1918), Emigration nach Frankreich (1933)
169, 428f

Wenger, Paul Wilhelm (1912–1983), Jurist und Journalist, Teilnahme am 2. Weltkrieg (1939–45), Landgerichtsrat in Württemberg-Hohenzollern (1945–48), Redakteur und Bonner Korrespondent des „Rheinischen Merkur“ (ab 1948)
192, 353–355, 513–515

Werner, Gustav (1809–1887), evangelischer Theologe und Unternehmer, Vikar in Waldorf und Gründung einer Kinderrettungsanstalt für Waisen (ab 1834), Auseinandersetzung mit der Kirchenleitung und Umzug nach Reutlingen (1840), Gründung eines anstaltseigenen Handwerksbetriebs (1842), Gründung der Gustav-Werner-Stiftung zum Bruderhaus (1881), Reutlinger Ehrenbürger (1884)
184, 342

Wertheimer, Fritz (1884–1968), Journalist, Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ (ab 1907), Mitgründer und Geschäftsführer des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart (1918–33), freier Schriftsteller (1933–38), Emigration nach Brasilien (1939), Lateinamerika-Korrespondent deutscher und Schweizer Zeitungen (nach 1945)
274–276, 324, 500

Werz, Luitpold (1907–1973), Diplomat, Auslandsposten in Spanien, Australien, Südafrika und Portugiesisch-Ostafrika (1935–44), stellv. Leiter des Büros des hessischen Ministerpräsidenten (1948), tätig im BPrA (1949–53), dort Leiter des Ref. 3 (Protokoll, Eingaben, betr. Auswanderung, Passangelegenheiten, Deutschum im Ausland, Besatzungsfragen, Erfindungen, Protektorate), Botschafter in Buenos Aires und Madrid (1953–60), stellv. Leiter der Westabteilung des AA (1960–62), Botschafter in Kolumbien (1962–64) und Indonesien (1964–66), Leiter der Politischen Abteilung II (Ost-West, 1966) und der Kulturabteilung (1966–69) im AA, Botschafter in Buenos Aires (1969–72)
121f, 168, 208, 232, 242, 306f, 417, 470

Wessel, Helene (1898–1969), Jugend- und Sozialfürsorgerin sowie Politikerin, MdL Preußen (Zentrum 1928–33), Fürsorgedienst der katholischen Kirche (1939–45), Mitgründerin (1945) und Vorsitzende (1949–52) des Zentrums, MdL Nordrhein-Westfalen (Zentrum 1946–50), MdPR (Zentrum 1948/49), MdB (Zentrum 1949–52, fraktionslos 1952/53, SPD 1957–69) und Fraktionsvorsitzende (1949–51), Mitgründerin der „Notgemeinschaft zur Rettung des Friedens in Europa“ (1951) und der Gesamtdeutschen Volkspartei (1952)
140f

Wessel, Horst (1907–30), SA-Führer, Verfasser des Liedes „Die Fahne hoch...“, später

„Horst-Wessel-Lied“ (1928/29), nach gewaltsamem Tod Stilisierung zum NS-M Märtyrer
138

Wessely, Paula (1907–2000), Schauspielerin, Engagements am Theater in der Josefstadt in Wien (1929–52), am Deutschen Theater Berlin (1932–45) und am Wiener Burgtheater (ab 1953), Filmrollen (ab 1934), Max-Reinhardt-Ring (1949), Filmband in Gold (1984)
488

Whitman, Walt (1819–1892), amerikanischer Dichter
379

Wichern, Johann Hinrich (1808–1881), evangelischer Theologe, Gründer des Rauhen Hauses zu Hamburg als sozial-karitativer Einrichtung für sozial entwurzelte Jugendliche und als Ausgangsort der Inneren Mission (1833), Oberkonsistorialrat im Preußischen Innenministerium zwecks Reformierung des Gefängniswesens (1857)
184, 247

Wiehr, Ärztin von Elly Heuss-Knapp
185

Wieland, Heinrich (1877–1957), Chemiker, Professor in München (1909–21, 1925–50) und Freiburg (1921–25), Herausgeber der „Annalen der Chemie“ (1922–56), Nobelpreis für Chemie (1927), Pour le mérite und Bundesverdienstkreuz (1952)
359

Wiener, Alfred (1885–1964), Arabist und Dokumentar, Vertreter des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ (ab 1919), Emigration über Amsterdam (1933) nach London (1939), Gründer und Direktor der Wiener Library zur Dokumentation der Verbrechen des Nationalsozialismus, regelmäßige Vortragsreisen in das Nachkriegsdeutschland
230f

Wildermuth, Eberhard (1890–1952), Verwaltungsjurist und Politiker, Mitglied der DDP/DStP (1919–33), Mitarbeiter bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (1926–28), Direktor der Deutschen Bau- und Bodenbank AG (1928–37), Gründer des Deutschen Nationalvereins (1932), Soldat (1939–45), Wirtschaftsminister

in Württemberg-Hohenzollern (1947–49), MdL Württemberg-Hohenzollern (DVP/FDP 1947–50), MdB (FDP 1949–52), Bundesminister für Wiederaufbau (1949–52)
262, 384, 430, 484

Wilhelm I. (1797–1888), Prinz von Preußen (1840–61), Regent (1858–61), König von Preußen (1861–88), Deutscher Kaiser (1871–88)
262f

Wili, Walter (1900–1975), Schweizer Altphilologe, Professor in Bern (1932–66)
186

Windaus, Adolf (1876–1959), Chemiker, Professor in Freiburg (1904–13), Innsbruck (1913–15) und Göttingen (ab 1915), Nobelpreis für Chemie (1928), Pour le mérite (1952)
359

Wintrich, Josef (1891–1958), Richter, Oberlandesgerichtsrat (ab 1947), Senatspräsident (ab 1949) und Gerichtspräsident (ab 1953) am bayerischen Oberlandesgericht, Vizepräsident des bayerischen Verfassungsgerichtshofes (ab 1953), Präsident des Bundesverfassungsgerichts (1954–58)
552

Woermann, Ernst (1888–1979), Diplomat, Eintritt in das AA (1919), Gesandtschaftsrat in Wien (1925–29), als Vortragender Legationsrat Leiter der Europagruppe der Politischen Abteilung des AA (1929–36), Gesandter in London (1936–38), Ministerialdirektor und Leiter der Politischen Abteilung des AA (1938–43), SS-Standartenführer (1938), Botschafter in Nanking (1943–45), im „Wilhelmstraßen-Prozess“ zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt (1949), entlassen (1950)
172

Wörner, Johannes, Telegrafeningenieur i. R.
251f

Wohleb, Leo (1888–1955), Lehrer und Politiker, Vorsitzender der CDU Baden (1946/47), Mitglied der Beratenden Landesversammlung Baden (CDU 1946/47), MdL Baden (CDU 1947–52), badischer Staatspräsident (1947–52), Gesandter in Lissabon (1952–55)
314, 503

Wolfers, Arnold (1892–1968), Jurist und Politikwissenschaftler, geschäftsführender Direktor der Deutschen Hochschule für Poli-

tik (1930–33), akademische Tätigkeit in den USA (ab 1933)
409

Wolker, Ludwig (1887–1955), katholischer Theologe, Studienrat an den Münchner Berufsschulen (1925), Generalpräses des Katholischen Jungmännerverbandes Deutschlands (1926–39), inhaftiert (1936), Leiter der bischöflichen Hauptstelle für Jugendseelsorge (ab 1945), Gründer des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (1947), Mitglied des NOK, Bundesverdienstkreuz (1952)
209, 219

Wright, Hans L.
127

Würz, Alfred, gen. Fred (1907–1975), Mediziner, ärztlicher Begleiter während der Staatsbesuche von Theodor Heuss und auf der Reise nach Indien (1961), Schwiegersohn von Hedwig Heuss
350–352

Wurm, Theophil (1868–1953), evangelischer Theologe, Kirchenpräsident in Württemberg (1929–33) und Landesbischof (1933–45), Mitglied der Deutschen Christen, dann der Bekennenden Kirche (ab 1934), kurzzeitige Beurlaubung und Hausarrest (1934), Protest gegen NS-Euthanasie (1941), Rede- und Schreibverbot (1944), Vorsitzender des Rates der EKD (1945–49)
238, 293–295

Wuttke, Paul (Frankfurt a. M.)
250f

Zepter, Gerd, Journalist, Mitarbeiter der „Hessischen Nachrichten“ in Kassel
232f

Ziebill, Otto (1896–1978), Rechtsanwalt und Politiker, in der Königsberger Stadtverwaltung Magistratsrat (1923), Verbindungen zum bür-

gerlich-konservativen Widerstand gegen das NS-Regime (nach 1933), Richter, Oberlandesgerichtsrat und Vorsitzender der Berufungskammer für die Entnazifizierung im Landgericht Nürnberg-Fürth (nach 1945), Oberbürgermeister von Nürnberg (1948–51), Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte-tags (1951–64)
268

Zierold, Kurt (1899–1989), Jurist, tätig im preußischen Kultusministerium (ab 1925), Vorsitzender der Reichsanstalt für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht (ab 1934), Leiter der Hochschulabteilung im niedersächsischen Kultusministerium (1945–49), geschäftsführender Vizepräsident der „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ (1949–52), Generalsekretär der Deutschen Forschungsgemeinschaft (1952–64)
220f

Zimmermann, Rudolf (Nortrup, Kr. Bersenbrück), Major a. D.
563

Zinn, Georg August (1901–1976), Rechtsanwalt und Politiker, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Kassel (SPD 1929–33), inhaftiert (1933), MdPR (SPD 1948/49), MdB (SPD 1949–51, 1961), MdL Hessen (SPD 1954–70), hessischer Justizminister (1945–63) und Ministerpräsident (1950–69), Vorsitzender der hessischen SPD (1947–69)
234, 294f, 395, 488f, 503

Zuckmayer, Carl (1896–1977), Schriftsteller, Lyriker und Dramatiker, Emigration aus Österreich über die Schweiz in die USA (1938/39) und dort als Farmer tätig, als Kulturbeauftragter der US-Armee Rückkehr nach Deutschland (1946), Übersiedlung in die Schweiz (1958), Bundesverdienstkreuz (1955)
251–253

Sachregister

Das Sachregister erschließt thematisch differenziert alle Sachbegriffe und relevanten Informationen aus der Einführung, den abgedruckten Briefen einschließlich Kommentar und den Kurzregesten. Nicht aufgenommen wurden die Ortsangaben des Adressaten und des Absenders aus dem Dokumentenkopf sowie alle Bestandteile bibliographischer Angaben. Unspezifische Begriffe wie „Deutschland“ wurden nicht berücksichtigt, stattdessen – wie in diesem Fall – eine Differenzierung in „Deutsches/Wilhelminisches Kaiserreich (1871–1918)“, „Weimarer Republik (1918–1933)“ und „Nationalsozialismus (1933–1945)“ vorgenommen. Auf die Aufnahme des Begriffs „Bundesrepublik Deutschland“ wurde verzichtet, da er auf annähernd jeder Seite zu finden ist. Aus dem gleichen Grund wird der Begriff „Bundespräsident“ nicht berücksichtigt, wenn er sich individuell auf den Amtsinhaber bezieht; hingegen in seiner allgemeinen institutionellen bzw. verfassungsrechtlichen Funktion ist er als Wortfeld mit den zugehörigen Unterbegriffen unverzichtbar.

Das Sachregister orientiert sich in Form von Stichwörtern möglichst eng am Text. Wo es notwendig erschien, Begriffe in eine strukturelle Ordnung zu bringen und damit zusammenzufassen, wurden unter einem Oberbegriff Unterbegriffe, gelegentlich auch Unterbegriffe zweiter Ordnung eingeführt. Dieses Vorgehen bot sich vor allem an bei:

- Parteien mit ihren Untergliederungen, Gremien, Fraktionen, Parteitag
- Institutionen wie „Bundesregierung“ einschließlich Ministerien, „Bundestag“, „Bundespräsident“ oder „Kirchen“
- Verfassungen wie dem „Grundgesetz“ mit zugeordneten Themenfeldern
- übergreifenden Themen wie „Weltkriege“, „Vergangenheitspolitik“ und „Orden, Auszeichnungen“
- politischen Systemen bzw. Zeitabschnitten in der deutschen Geschichte wie „Deutsches Kaiserreich“, „Weimarer Republik“, „Nationalsozialismus“ und „DDR“ mit institutionellen, system-spezifischen und ereignisgeschichtlichen Zuordnungen. Für die „Bundesrepublik Deutschland“ bot sich dieses Vorgehen nicht an, so dass die dazugehörigen Begriffe institutioneller Art auf der ersten Ebene zu finden sind.
- Ländern, Regionen und Orten mit institutionellen und lokalen Zuordnungen

In einigen Fällen wurden Schlagwörter gebildet, um auf der darunterliegenden Ebene alphabetisch disparate, jedoch inhaltlich zusammengehörige Begriffe zu bündeln und für den Benutzer besser recherchierbar zu machen. Dazu gehören Schlagwörter wie

- „Gesetze, Rechtsverordnungen“
- „Parlamente, Repräsentativversammlungen, Volksvertretungen, deutsche“,
- „Verträge, Abkommen“
- „Wahlen, Wahlkämpfe“
- „Zeitungen, Zeitschriften“

Reden von Theodor Heuss finden sich in chronologischer Folge unter „Heuss, Theodor, Reden“. Selbständige, gedruckte Werke von Heuss, soweit sie nicht nur Teil einer bibliographischen Angabe sind, finden sich – geordnet nach Erscheinungsdatum – unter „Heuss, Theodor, selbständige gedruckte Werke“.

- Ägypten** 201
- Alpen** 454
- Amsterdam** 231
- Ankara** 133, 531
- Antisemitismus** 127, 136, 242
- ap**, s. Presseagenturen
- Arbeitgeber** 47
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 496
- Archäologie** 455
- Astrologie** 458
- Atlantik** 499
- Aufklärung, Zeitalter der** 123, 268
- Auslandsdeutsche** 25, 115, 204
- Außenpolitik der Bundesrepublik** 25, 54, 457, 510
- deutsch-französische Beziehungen 513
- Bad Godesberg** 196, 320
- Viktorshöhe 60, 148f, 213, 309, 320
- Bad Hersfeld** 488
- Festspiele 488f, 571
- Bad Nauheim** 250
- Bad Soden** 555
- Baden** 174, 314, 368, 487, 503
- Nordbaden 334
 - Südbaden 304f, 334, 443
- Badenweiler** 59, 109f, 113, 226, 326, 338, 350f
- Schloss Hausbaden 326, 350
- Baden-Württemberg, Südweststaat** 54f, 304f, 332, 334f, 347, 430, 461f, 480, 503
- Justizministerium 436
 - Landesregierung, Ministerrat 436, 581
 - Verfassung 430, 457, 480, 486
- Badische Anilin- und Sodafabrik (BASF)** 314
- Bad Kissingen**
- Kuraufenthalt von Heuss (1954) 534, 536, 548, 554
- BASF**, s. Badische Anilin- und Sodafabrik
- Bauhaus** 220
- Bayerische Mittelpartei** 573
- Bayern** 135, 163, 196, 258, 293, 503
- Allgäu 365, 371–373, 476
 - Bayerischer Wald 548, 568, 579
 - Füssen 365
 - Landesregierung 244, 294
 - Oberbayern 273
 - Seeg 365
 - Schwalten 365
- Bayreuth** 143f
- Gesellschaft der Freunde von Bayreuth 143, 570f
 - Haus „Wahnfried“ 34, 143f, 260
 - Richard-Wagner-Festspiele 34, 260, 272, 570–572
- BDI**, s. Bundesverband der Deutschen Industrie
- Befreiungskriege** (1813–15) 218
- Belgien** 357, 561
- Soldatenfriedhof Roggevelde bei Dixmuiden 280
- Belt** 138
- Berlin** 106, 110, 129f, 170, 188, 197, 201, 253, 266, 272, 280, 286f, 289, 317f, 322, 332, 334, 420f, 438, 441, 466, 470, 477, 482, 521, 524, 560, 565
- Berlin-Blockade (1948/49) 179
 - Dahlem 197
 - Freie Universität 418
 - Funkturm 566
 - Grüne Woche (1952) 288
 - Grunewald 188
 - Kinderluftbrücke 477f
 - Köpenick 252
 - Kronprinzenpalais 280
 - Landwirtschaftliche Hochschule 438
 - Lichterfelde 485, 573
 - Notaufnahmelager Marienfelde 476
 - Schiller-Theater 260
 - Schöneberg 130, 566
 - Kirche „Zum Heilsbrunnen“ 157
 - Kohlehandlung B. Meyer & Co. 130
 - Senat 556, 559
 - Spandauer Gefängnis 179f
 - Titania-Palast 246
- Besatzungsmächte, Besatzungspolitik** 114, 116, 120, 179f, 183, 185, 478, 489, 537
- Alliierte Hohe Kommission 20, 114f, 122, 261, 271, 449, 477, 565
 - Hochkommissar Frankreich 160
 - Hochkommissar USA 45, 254
 - Alliiertes Kontrollrat 179, 287
 - amerikanische Besatzungszone/Militärregierung 135, 221, 244, 275, 282, 305, 340, 390

- Außenministerkonferenz Berlin (25. 1.– 18. 2. 1954) 524, 537
- britische Besatzungszone/Militärregierung 122, 305
- Dezentralisierung, Dekonzentration, Entflechtung 282, 537
- Entmilitarisierung 537
- französische Besatzungszone/Militärregierung 443
- Londoner Sechsmächte-Konferenz (23. 2.– 6. 3., 20. 4.–2. 6. 1948) 179, 494
 - Schlusskommuniqué, Londoner Empfehlungen (7. 6. 1948) 494
- Reparationen 537
- Westalliierte 179, 217, 287, 493, 565
- Besatzungsstatut** 114, 121, 187, 217, 257, 299, 329
- BHE**, s. Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
- Biesheim** 129
- Blindengenossenschaft** 114
- Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)** 54
 - Landesverband Baden-Württemberg 334, 343, 480
 - Landesverband Bayern 347
- Bochum** 174
- Bolschewismus** 291
- Bonn** 19, 60, 108, 110, 112f, 184, 186, 194, 196–198, 213, 257, 265f, 287, 293, 297, 301, 323, 335, 386, 388, 390, 431f, 437, 454, 457, 466, 475, 480, 482, 516, 519, 544, 552
 - Bahnhof 362
 - Bundeshaus 378
 - Universität 542f
 - Villa Hammerschmidt 60, 62, 150, 184, 186
- Brasilien** 274, 324
 - Porto Alegre 324
 - Rio de Janeiro 324
- Braunschweig** 305f
- Bremen** 305, 504
 - Antrittsbesuch von Heuss (9. 3. 1950) 137
 - Schaffermahlzeit 316
- Brüssel** 311, 380
- Bückeburg bei Hameln** 579
- Bühlerhöhe, Sanatorium** 352
- Bürger, Bürgertum, Bürgergesellschaft** 28, 30, 383, 388f, 429
- Bund der Auslandsdeutschen** 115, 275, 497
- Bund der Kriegsblinden Deutschland e. V.** 113
- Bund der Vertriebenen Deutschen** 306
- Bundesamt für Verfassungsschutz** 166, 567
- Bundeskanzler** 21f, 155f, 210f
 - Richtlinienkompetenz 155, 181
- Bundeskanzleramt** 224, 286, 390
- Bundespräsident** 19f, 107, 150f, 170, 184, 212f, 228, 257, 355, 405–409, 555
 - Amtsführung 17f, 32–60, 126f, 210–213, 250f, 298, 405–409, 527
 - Amtsverständnis 17–32, 37
 - Auctoritas/Potestas 17, 26–32
 - Briefmarke 116
 - „Entkrampfung“ 26, 42, 251, 406, 435
 - Integration 26–32, 34, 46–51, 212, 262, 407, 493, 509f
 - Kompetenzen, Funktionen 18, 20–22, 111, 210–213, 232f, 405
 - Organisationsgewalt 23f, 154–157
 - „Papa Heuss“, „Verniedlichung“ 32, 530
 - „pouvoir neutre“ 16, 18, 29, 233
 - Protokoll 31, 112, 250
 - Repräsentation 16, 18, 24, 30, 32, 34, 59, 109, 116, 136, 156, 215, 397, 528, 530, 570f
 - auswärtige 17
 - Schirmherrschaften 142, 208, 280, 288, 300, 316, 318, 458, 462
 - Symbolpolitik 34–40, 51
 - Volkswahl 212
 - Wiederwahl (1954) 31
- Bundespräsidialamt** 15f, 22, 35, 38, 56, 60–62, 106, 112, 115, 125, 128, 133, 147, 155, 165f, 168, 196, 233f, 238, 241, 244, 265, 273, 295, 306, 309, 320, 324, 338, 360f, 370, 377f, 400, 405, 411, 418, 452, 472, 512, 516, 523, 532, 543, 563
 - Diktaphon 168, 258
 - Dispositionsfonds 140, 146, 325
 - Ordenskanzlei
- Bundespresseamt** 390
- Bundespresseball**
 - Bad Neuenahr (1951/1953) 279, 508
- Bundesrat, Deutscher** 22, 119, 156, 212, 257, 261, 334, 436, 451, 480, 580

Bundesregierung, Bundeskabinett 22–25, 36, 47, 52f, 60, 106, 116, 120, 152f, 155f, 178, 181, 183, 186, 195, 217, 224, 234, 237, 262, 271, 277, 282, 286f, 297, 307–310, 321f, 326, 334, 337, 381, 387, 393, 406, 448f, 451, 457, 480, 483, 493, 558

- Auswärtiges Amt 25, 37, 60, 114f, 152, 186, 224, 254, 265, 297, 325, 413f, 424, 439, 470
 - Botschaft Rio de Janeiro 324
 - Bundesamt/Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten 114f
 - diplomatische Vertretung, Auslandsmissionen 224f, 265, 325, 412f, 540
 - Generalkonsulat in New York 470
 - Generalkonsulat in Paris 25, 152f
 - Kulturinstitute 25, 114f
- Bundesministerien 21–24, 37, 154f, 565
 - Bundesfinanzministerium 115, 150, 357, 507
 - Bundesinnenministerium 165f, 220, 223, 361, 370, 454, 507, 541, 543
 - Bundesjustizministerium 226
 - Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen 338, 507
 - Bundesverteidigungsministerium, „Amt Blank“ 271
 - Bundeswirtschaftsministerium 141, 356, 358
- Geschäftsordnung 22
- Kabinettsitzung 23, 116

Bundesrichter 21

Bundestag, Deutscher (ab 1949) 19, 21f, 53, 55, 113, 119, 156, 158, 183, 210, 212, 234, 237, 257, 261, 286f, 297, 299, 302, 356, 381f, 393, 406, 413f, 429, 436f, 449, 451, 465, 516, 565, 580f

- Ältestenrat 119
- Auswärtiger Ausschuss 510
- Haushaltsausschuss 413
- Presseausschuss 513
- Regierungskoalition 26

Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) 525f

Bundesverfassungsgericht 29, 53–55, 256–262, 275, 381f, 393, 411, 484

- Gutachten zum Gesetz über die Finanzverwaltung (1951) 260–262

Bundesversammlung 19, 212, 465, 553, 558, 570, 580

Bundeswehr 21, 406

Bundeszentrale für Heimatdienst/ für politische Bildung 390, 563

CDU, s. Christlich Demokratische Union

Chile

- Santiago de Chile 324
- Südkhile 566

China

- deutsche Internierte 114f

Christentum, Christen 43

- Kulturprotestantismus 48

Christlich Demokratische Union (CDU) 19f, 36, 158, 181, 322, 337, 456f, 483, 485, 553, 567

- Bundesparteitag Goslar (20.–22. 10. 1950) 177
- Bundesparteitag Karlsruhe (18.–21. 10. 1951) 328
- Bundestagsfraktion 23, 45f, 302, 516
- Junge Union 209
- Landesverband Baden-Württemberg 54, 332, 334, 480
- Rhöndorfer Konferenz (21. 8. 1949) 20

Christlich-Soziale Union (CSU) 20, 166, 181, 456, 483, 485

- Bundestagsfraktion 23, 45f, 302

CSU, s. Christlich-Soziale Union

Dänemark 203, 308

- Düppeler Schanzen 203
- Idstedt 203

Dankspende des Deutschen Volkes 50, 330f

Danzig 319, 399

DDP, s. Deutsche Demokratische Partei

DDR, s. Deutsche Demokratische Republik

Demokratie, demokratisch, Demokrat 17f, 24, 30, 32, 34, 49, 126, 236, 269, 537

- parlamentarische Demokratie 28, 345
- plebiszitäre Demokratie 291f

Demokratische Partei Deutschlands (DPD) 492

Demontagen 121

Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung 142, 289

Deutsche Demokratische Partei (DDP) 58, 204, 235, 492

Deutsche Demokratische Republik, „Ostzone“, „Sowjetzone“ (DDR) 48, 51f, 174,

- 181, 183, 221, 223, 236, 272, 287, 306, 317, 338, 369, 404, 449, 476, 492, 505–507, 510, 538, 565, 567
- Aufstand 17. Juni 1951 52, 448f, 451, 513, 580
 - Freie Deutsche Jugend (FDJ) 272
 - III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten (1951) 272
 - Kirchen 48, 505–507
 - Nationale Front 181
 - Regierung 234, 236, 287
 - Volkskammer 139, 234
- Deutsche Fortschrittspartei** 389
- Deutsche Hochschule für Politik** 107, 318, 381, 409, 434, 459, 521
- Deutsche Künstlerbund** 115
- Deutsche Partei (DP)** 20
- Bundestagsfraktion 516
- Deutsche Schillerstiftung** 220f, 249
- Deutsche Staatspartei** 129, 404
- Deutsche Teilung** 457, 490, 493f, 537f, 567
- Deutschlandpolitik 25, 51f, 197, 492
 - Gesamtdeutscher Konstituierender Rat 25, 181–183, 237
 - Kalter Krieg 29, 40, 52, 185
 - Neutralität 51, 457
 - Stalin-Note (1952) 327
 - Westbindung, Westintegration 25, 28, 32, 46, 50f, 55, 141, 237, 271, 286, 382, 442, 457, 524
 - Wiedervereinigung 51, 178, 444f, 457, 510, 513, 524, 538
- Deutsche Volkspartei (DVP)** 143, 402
- Deutsche Zentrumsparlei, Zentrum** 404
- Bundestagsfraktion 140
 - Fraktion im Parlamentarischen Rat 212
- Deutscher Bund** (1815–66) 138, 300, 561
- Deutscher Journalistenverband** 241
- Deutscher Preß- und Vaterlandsverein** 300
- Deutscher Sängerbund** 209
- Deutscher Scheffelbund** 303
- Deutscher Sportbund** 207f, 308
- Deutscher Städtetag** 220, 268
- Deutscher Werkbund** 50, 107, 118, 145f, 332, 356f, 459
- Deutsches Müttergenesungswerk** 59, 213f, 326, 371
- Deutsches/Wilhelminisches Kaiserreich** (1871–1918) 17, 320
- Reichsverband gegen die Sozialdemokratie 383
 - Schutzzollpolitik 389
- Deutschnationale Volkspartei (DNVP)** 158
- DGB**, s. Gewerkschaften
- DNVP**, s. Deutschnationale Volkspartei
- DP**, s. Deutsche Partei
- dpa**, s. Presseagenturen
- DPD**, s. Demokratische Partei Deutschlands
- Dresden**
- Gartenstadt Hellerau 145
- Dürerbund** 357
- Dürkheimer Wurstmart** 301
- DVP**, s. Deutsche Volkspartei
- Eifel** 453
- Elbe** 306
- Emigration** 42, 58, 243, 274f, 313, 377, 470, 560
- Wiedergutmachung 376, 440
- Entnazifizierung** 40, 134f, 244, 537
- „Persilschein“ 135
 - Spruchkammerverfahren 126, 135, 197
- Erlangen** 275
- Ermächtigungsgesetz**, s. Gesetze
- Essen** 512
- Esslingen** 519
- Etsch** 138
- Europa** 141, 299, 302, 319, 424, 447, 562
- Europapolitik 25
 - Pan-Europa-Idee 447
 - Pan-Europa-Union 447
 - US-Streitkräfte 206
- Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl** 302
- Außenministerkonferenz (27./28. 11. 1953) 512
- Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)** 53, 185, 299, 327, 393, 565
- EVG-Verträge 53f, 271, 299, 327, 329, 334, 381, 388, 393, 480
 - Gutachtensersuchen zum EVG-Vertrag 29, 53f, 262, 381f, 388, 392–397, 399
- Europarat** 512

European Recovery Program, s. Marshallplan

EVG, s. Europäische Verteidigungsgemeinschaft

FDJ, s. Deutsche Demokratische Republik

FDP, s. Freie Demokratische Partei

Fernsehen 56f, 400f

– Internationaler Frühschoppen 517

Flensburg 204, 321

Frankfurt a. M. 112f, 250, 339, 387, 426, 446, 492

– Buchmesse des Börsenvereins des deutschen Buchhandels 478

– Paulskirche 569

Frankfurter Dokumente (1. 7. 1948) 494

Frankreich 23, 145f, 153, 159, 217, 287, 315, 387, 405, 440, 443, 497f, 504, 508–510, 565

– Académie Française 542f

– Ehrenlegion 315, 414

– Elsass 398, 497

– Metz 497

– Nationalversammlung 329

– Paris 25, 145, 152, 217, 271, 319, 468, 497

– Tuileries 217

– Straßburg 142, 217, 497f

– Streik (1953) 468

– Versailles 262

Freie Demokratische Partei (FDP) 20, 26,

48, 55, 259, 262, 299, 310, 322, 337, 343, 347, 429, 446, 483, 485f, 552f

– Bundesparteitag Düsseldorf (29./30. 4. 1950) 106, 151, 177

– Bundesparteitag Essen (12./13. 7. 1952) 344

– Bundesparteitag Bad Ems (20.–22. 11. 1952) 380–384

– Bundesparteitag Wiesbaden (6./7. 3. 1954) 484

– Bundestagsfraktion 430f, 484f, 516

– Bundesvorsitz 54, 106, 299, 347, 408

– Bundessvorstand 106, 343f

– Deutsches Programm (1952) 343

– Fraktion im Parlamentarischen Rat 18, 170

– Gründungsparteitag Heppenheim (11./12. 12. 1948) 106

– Landesverband Bremen 347

– Landesverband Hamburg 380

– Landesverband Hessen 55, 343

– Landesverband Nordrhein-Westfalen 55, 343, 345, 347, 380

– Parteitag Dortmund (29. 5. 1952) 343

– Landesverband Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (FDP/DVP) 54, 299f, 334, 343–347, 480, 492

– Dreikönigstreffen (1952) 298

– Dreikönigstreffen (1953) 299

– Landtagsfraktion 430

– Liberales Manifest (1952) 380

Fußball 30f, 432f

– Deutscher Fußball-Bund 31, 432

– Fußballweltmeisterschaft Bern (1954) 562, 565f

Gabun (bis 1960 Französisch-Äquatorialafrika) 499

– Lambarene 499

Gesamtdeutsche Volkspartei 457

Gesellschaft der Freunde des Deutschen Archäologischen Instituts 115

Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger 316

Gesetze, Rechtsverordnungen (chronologisch)

– Erlass betr. Errichtung und Bezeichnung der Obersten Reichsbehörden (21. 3. 1919) 155

– Reichsversorgungsgesetz (31. 7. 1925) 113

– Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften, „Schund- und Schmutzgesetz“ (18. 12. 1926) 220, 513–515, 578

– Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich, „Ermächtigungsgesetz“ (24. 3. 1933) 20, 46, 126, 403f

– Staatsnotwehrgesetz (3. 7. 1934) 573

– Besatzungsdirektive JCS 1067 (26. 4. 1945) 135

– Kontrollratsgesetz Nr. 8 (30. 11. 1945) 263

– Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, „Befreiungsgesetz“ (5. 3. 1946) 135f

– Gesetz Nr. 7 der Alliierten Hohen Kommission (21. 9. 1949) 263

– Bekanntmachung betr. Bundeswappen, Bundesadler (20. 1. 1950) 156

– Erlass betr. Dienstsiegel (20. 1. 1950) 156

– Gesetz über das Bundesverfassungsgericht (16. 4. 1951) 257, 262, 397

- Gesetz betr. den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (18. 5. 1951) 302
- Statut des Bundesverdienstkreuzes (7. 9. 1951) 293
- Zweites Gesetz über die Finanzverwaltung (15. 5. 1952) 54, 260–262
- Bundesentschädigungsgesetz (1. 10. 1953) 436f
- Gewerkschaften** 47, 55, 260, 262, 390
 - Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) 262, 264, 309, 315
 - IG Metall 309
- Göttingen** 188, 485
 - Universität 234
- Großbritannien, England** 254, 277, 287, 357, 438f, 537, 567f
 - Geheimdienst 568
 - London 148, 289, 351, 448
 - Wiener Library 230f
 - Nordirland 439
 - Royal Air Force 329
 - Universität Oxford 568
- Grundgesetz der Bundesrepublik** 15, 21–23, 26, 34f, 53, 111, 155f, 210–212, 232, 234, 236, 256, 262, 356, 381, 393, 446, 480, 521, 528, 536, 540, 555, 572
 - Elternrecht 48, 446, 456f
 - Gesetzgebungsnotstand 22
 - Grundrechte 256, 408, 480
 - Kanzlerdemokratie 17, 22
 - konstruktives Misstrauensvotum 21, 210f
 - Plebiszit 53, 212, 236
 - Vereinsfreiheit 321
- Gundelsheim am Neckar** 513
- Hambacher Fest** (1832) 300
- Hamburg** 253, 275, 284, 331, 339, 456
 - Freie Akademie der Künste 409
 - Kunsthalle 267, 331, 533
 - Oberlandesgericht 204
 - Schauspielhaus 251f
 - Staatliche Pressestelle 204, 276
- Hannover** 190, 386
 - Provinz Hannover 305
- Hans-Jäckh-Stiftung** 318
- Hebelbund** 304
- Hechingen** 563
- Heidelberg** 106, 109, 130, 197, 340, 351, 420, 434, 530
 - Handschuhsheim 340
 - Universität 276
- Heilbronn** 107, 113, 174f, 200, 430, 519, 525, 555
 - Karlsgymnasium 176
 - Knorr AG 525
- Helgoland** 329, 337
- Herrenwies** (Nordschwarzwald) 432
- Herrlishöfen bei Biberach** (Teilort von Warthausen) 502
- Hessen** 135, 377, 489, 503
- Heuss, Theodor, Reden** (allgemein) 50f, 56f, 60, 169, 240
- Heuss, Theodor, Reden** (chronologisch)
 - 1920: Reden gegen Kapp-Putsch 402
 - 15. 6. 1925: Verhältnis Staat–Kirche, Reichstag 456
 - 1. 8. 1925: Luxussteuer, Reichstag 147
 - 27. 11. 1926: „Schund- und Schmutzgesetz“, Reichstag 514
 - 19. 3. 1927: Gemeinschaftsschulen, Reichstag 456
 - 24. 3. 1928: Verhältnis Schule–Kirche, Reichstag 456
 - 11. 8. 1932: Verfassungstag, Lübeck 129
 - 25. 11. 1945: „In Memoriam“, Stuttgart 136, 419
 - 1946 Verfassunggebende Landesversammlung Württemberg-Baden 456
 - 27. 6. 1946: Universität Tübingen 230
 - 1948/49: Parlamentarischer Rat, Bonn 18, 212, 405, 408, 446, 553
 - 3. 9. 1949: Gustav Werner, Reutlingen 184
 - 12. 9. 1949: Wahl zum Bundespräsidenten, Bundesversammlung, Bonn 21, 40, 107
 - 12. 9. 1949: Marktplatz, Bonn 110
 - 23. 9. 1949: Deutsche Sportjugend, Bonn 531
 - 1. 10. 1949: Abschiedsrede Landtag Württemberg-Baden, Stuttgart 109
 - 1. 11. 1949: Studenten, Berlin 320
 - 30. 11.–2. 12. 1949: Berlin 134
 - 7. 12. 1949: „Mut zur Liebe“, Wiesbaden 41, 121–124, 126, 170, 392
 - 15.–17. 12. 1949: Heidelberg 119, 134, 321
 - 31. 12. 1949: Silvesteransprache, Bonn 134, 162, 206
 - 18. 1. 1950: Antrittsbesuch Schleswig-Holstein, Kiel 133
 - 18. 1. 1950: Deutsches Haus, Flensburg 203f

- 28. 2. 1950: Gedenkrede für Friedrich Ebert, Bundestag 47, 119, 169f, 435
- 8. 3. 1950: Antrittsbesuch Hamburg 137
- 19. 3. 1950: Eröffnung Frühjahrsmesse, Frankfurt a. M. 147
- 26. 4. 1950: Antrittsbesuch Südbaden, Freiburg 305
- 28. 5. 1950: Deutscher Turnerbund, Frankfurt a. M. 143
- 31. 5. 1950: Antrittsbesuch Württemberg-Baden, Stuttgart 147, 159
- 2. 6. 1950: Bürgermeistertreffen, Stuttgart 147
- 3. 6. 1950: Eröffnung Gartenschau, Stuttgart 147, 240
- 5. 6. 1950: Antrittsbesuch Württemberg-Hohenzollern, Tübingen 159
- 29. 7. 1950: Gemeindefeier Hohenaschau 167
- 4. 8. 1950: Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, Bonn 166
- 6. 8. 1950: Familientag, Heidelberg 164
- 23. 8. 1950: Evangelischer Kirchentag, Essen 167f, 177
- 26. 8. 1950: Deutscher Ärztetag, Bonn 167, 407
- 2. 9. 1950: Gottlieb-Daimler-Denkmal, Schorndorf 167
- 7. 9. 1950: Nationaler Gedenktag, Bundestag 170, 185
- 16. 9. 1950: Schuleinweihungen, Heilbronn 176
- 17. 9. 1950: Weinbaukongress, Bad Kreuznach 165, 167
- 23. 9. 1950: Selbsthilfetag, Frankfurt a. M. 173
- 24. 9. 1950: Bergarbeiter, Bochum 173
- 5. 10. 1950: Max-Planck-Gesellschaft, Köln 407
- 22. 10. 1950: Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte, München 407
- 19. 12. 1950: Friedrich Naumann, Frankfurt a. M. 193, 198
- 31. 12. 1950: Silvesteransprache, Bonn 36, 185, 193, 198, 203, 209
- 9. 2. 1951: Verleihung Ehrenpromotion, Tübingen 184, 456
- 10. 2. 1951: „Was ist Qualität?“, Werkbund Stuttgart 332, 357
- 17. 2. 1951: Hans-Poelzig-Ausstellung, Krefeld 407, 571
- 17. 5. 1951: „Kräfte u. Grenzen einer Kulturpolitik“, Stuttgart 241
- 26. 5. 1951: Deutsches Rotes Kreuz, Bonn 462
- 16. 6. 1951: Ruhrfestspiele, Recklinghausen 243
- 17. 6. 1951: Deutscher Sängerbund, Frankfurt a. M. 243
- 22./23. 6. 1951: Kieler Woche 247
- 24. 6. 1951: Johann Hinrich Wichern, Hamburg 184, 247, 252
- 23. 7. 1951: Gemeindefeier, Hohenaschau 261
- 5. 9. 1951: Einweihung Schiller-Theater, Berlin 260, 273
- 16. 9. 1951: Friedenspreis des Deutschen Buchhandels an A. Schweitzer, Frankfurt a. M. 273
- 21. 10. 1951: Gedenkstätte des deutschen Ostens, Schloss Burg 307
- 9./10. 11. 1951: Akademie der Wissenschaften, Göttingen 290, 292, 407
- 17. 11. 1951: Philologentag, Kiel 292
- 2. 12. 1951: Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart 275
- 31. 12. 1951: Silvesteransprache, Bonn 306–308
- 27. 1. 1952: Grüne Woche, Berlin 288, 317
- 28. 1. 1952: Borsig-Werke, Berlin-Tegel 317
- 7. 2. 1952: Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Bremen 316
- 8. 2. 1952: Karl-Schurz-Gesellschaft, Bremen 316, 323
- 30. 4. 1852: Schriftsteller-Kongress, Berlin 317, 336
- 1. 5. 1952: Maifeier, Berlin 317, 336
- 2. 5. 1952: „Formkräfte einer politischen Stilbildung“, FU Berlin 317, 336
- 10. 5. 1952: Johann Peter Hebel, Lörrach 304, 318, 338, 365f
- 2. 7. 1952: „Dank an Hermann Hesse“, Stuttgart 303, 318, 356, 365–367, 407
- 10. 8. 1952: Germanisches Nationalmuseum, Nürnberg 371f
- 23. 8. 1952: Trauerfeier für Kurt Schumacher, Bonn 369
- 23. 8. 1952: Evangelischer Kirchentag, Stuttgart 365, 376
- 25. 8. 1952: Soldatenfriedhof Hürtgenwald 371f
- 16. 11. 1952: Volkstrauertag, Bonn 378f
- 30. 11. 1952: „Das Mahnmal“, Bergen-Belsen 41, 386f, 391f, 437, 563, 567

- 22. 12. 1952: Trauerfeier für Ernst Mayer, Stuttgart 396
 - 31. 12. 1952: Silvesteransprache, Bonn 397, 400
 - 17. 1. 1953: Institut für Europäische Geschichte, Mainz 410, 424
 - 14. 4. 1953: Flüchtlingslager Berlin-Marienfelde 433
 - 15. 4. 1953: TU Berlin-Charlottenburg 433
 - 30. 4. 1953: Internationale Gartenbauausstellung, Hamburg 433, 443
 - 1. 5. 1953: Maifeier, Kassel 434
 - 12. 5. 1953: Gedächtnisrede auf Justus von Liebig, Darmstadt 433
 - 13. 5. 1953: Universität Heidelberg, 433
 - 21. 6. 1953: Aufstand 17. Juni, Bundestag, Bonn 449
 - 9. 8. 1953: Deutsches Turnfest, Hamburg 456
 - 16. 8. 1953: Internationale Hochschulsportwoche, Dortmund 456
 - 23. 10. 1953: Trauerfeier für Ernst Reuter, Berlin 477
 - 31. 12. 1953: Silvesteransprache, Bonn 510, 513f
 - 19. 1. 1954: Gedächtnisrede auf Hermann Höpker Aschoff 412
 - 23. 1. 1954: Überreichung Bibliographie, Stuttgart 523
 - 26. 1. 1954: Landtag von Baden-Württemberg 487
 - 27. 1. 1954: Ehrenpromotion, TH Stuttgart 520
 - 30. 3. 1954: Trauerfeier für Gertrud Bäumer, Bethel 549
 - 2. 6. 1954: Nordische Tage, Lübeck 552
 - 9. 6. 1954: Amtseinführung Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Karlsruhe 552
 - 3. 7. 1954: Hugo von Hofmannsthal, Bad Hersfeld 488, 552, 569
 - 7. 7. 1954: Eröffnung Hodler-Ausstellung, Köln 560, 571
 - 17. 7. 1954: Wiederwahl, Bundesversammlung, Berlin 566, 570
 - 18. 7. 1954: Olympia-Stadion, Berlin 566
 - 18. 7. 1954: Einweihung Ernst-Reuter-Siedlung, Berlin 566
 - 19. 7. 1954: Hochschule für Politik, Berlin 566
 - 19. 7. 1954: Firma Herbert Lindner, Berlin-Wittenau 566
 - 19. 7. 1954: „Dank und Bekenntnis“, FU Berlin 43, 419, 452, 552, 557f, 563f, 567, 569, 572–576
 - 30. 7. 1954: Zahnärzte, Bonn 568
 - 31. 7. 1954: Katholische Arbeiterjugend, Dortmund 568
 - 1. 8. 1954: Nürburgringrennen, Bad Neuenahr 568
 - 29. 8. 1954: Weinbaukongress, Heilbronn 568
 - 26. 9. 1954: Friedenspreis des Deutschen Buchhandels an C. J. Burckhardt, Frankfurt a. M. 569, 579
 - 22. 6. 1955: Stillfragen der Demokratie, Loccum 38
 - 21. 5. 1959: Einweihung Elternplastik, Köln 281
 - 20. 11. 1961: Krupp-Jubiläum, Essen 163
- Heuss, Theodor, selbständige gedruckte Werke** (Kurtzitel, chronologisch)
- Ästhetik der Karikatur (1910/1954) 524, 532
 - Hitlers Weg (1932) 46, 231, 404
 - Friedrich Naumann (1937) 184, 231, 429, 439
 - Anton Dohrn (1940) 356, 429
 - Justus von Liebig (1942) 356
 - Robert Bosch (1946) 109, 281–284, 340, 429, 447
 - Deutsche Nationalidee (1946/1950) 230
 - Deutsche Gestalten (1947) 158, 354
 - 1848. Werk und Erbe (1948) 534–536
 - Bismarck-Bild (1951) 49, 228–230, 247–249, 260, 264, 278f, 297, 312f, 320, 323, 389
 - Was ist Qualität? (1951) 357
 - Das Mahnmal (1952) 387, 391
 - Johann Peter Hebel (1952) 367
 - Vorspiele des Lebens, Jugenderinnerungen (1953) 50, 59, 109, 319, 340, 416f, 433–435, 443, 475, 478, 500–502, 505, 515, 568, 570
 - Dank und Bekenntnis (1954) 564, 569
 - Ein Vermächtnis. Werk und Erbe von 1848 (1954) 534–536, 569
 - Hugo von Hofmannsthal (1954) 569
 - Schattenbeschwörung (1954) 569
- Hochschulrektorenkonferenz** 321
- Hohenaschau** 163, 167, 248f, 261
- Hohenlübichau** 190, 292
- Holland**, s. Niederlande

- Indien** 550
- Indochina-Krieg** (1946–54) 565
- Institut für Demoskopie Allensbach** 215
- Institut für Zeitgeschichte** (bis 1952 Deutsches Institut für Geschichte der national-sozialistischen Zeit) 44, 165f, 244, 278
- Israel** 276f
- Wiedergutmachung 42, 327
- Italien** 273, 489
- Florenz 273
 - Villa Romana 115
 - Isola Bella 350
 - Oberitalien 546
- Juden, Judentum** 41f, 127, 242f, 276f, 290, 320, 322, 387, 391, 471, 528f
- Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit 43, 121–124, 528
 - Jüdischer Weltkongress 387
 - Wiedergutmachung, Aussöhnung 25, 42f, 123, 242–244, 274, 277, 290
- Jugoslawien** 287, 489
- Belgrad 204
- Kanada** 26
- Kapitalismus** 127
- Karl-Schurz-Gesellschaft** 316
- Karlsruhe** 28, 55, 259, 303
- Kiel** 190, 197, 339, 356
- Kirchen** 48, 130, 301, 446, 506, 516
- Bekennende Kirche 197
 - Evangelische Akademien 434
 - Evangelische Kirche (in Deutschland, EKD) 193f, 424, 506f
 - Bevollmächtigter der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland 193f
 - Diakonie 544
 - Kirchentag (1950) 48, 168
 - Kirchentag (1951) 507
 - Kirchentag (1953) 455–457, 505, 516
 - Landeskirche in Berlin-Brandenburg 157
 - Landeskirche in Hessen und Nassau 424
 - Landeskirche in der Pfalz 498, 544f
 - Landeskirche in Württemberg 120, 376
 - Stuttgarter Schuldbekanntnis (1945) 197
 - Katholische Kirche 389, 483
 - Bistum Mainz 301
 - Fuldaer Bischofskonferenz 301
 - Jugendverbände 209
 - Kloster Einsiedeln 174
 - Katholizismus, Politischer Katholizismus 55
- Köln** 166, 186, 191, 245, 301, 387, 408, 432, 567
- Universität 312
 - Wallraf-Richartz-Museum 186
- Königgrätz, Niederlage Österreichs gegen Preußen** (1866) 389
- Königsberg** 263
- Kommunismus** 269
- Kommunistische Partei Deutschlands** (KPD) 369
- Konferenz von Jalta** (4.– 11. 2. 1945) 537
- Konservative Revolution** 49
- Konstanz** 461
- Städtisches Krankenhaus 460
- Koreakrieg** (1950–1953) 52, 178, 185
- KPD**, s. Kommunistische Partei Deutschlands
- Kronberg i. Ts.** 169
- Krupp AG** 160, 162
- Kunst, Kunstwerke** 152f, 290, 348f
- Gesamtkunstwerk 144
- Kurmark** 157
- LDP**, s. Liberal-Demokratische Partei
- Liberal-Demokratische Partei** (LDP) 489, 492
- Limburg** 561
- Literarische Gesellschaft** 303
- Lörrach** 170, 273, 304, 317, 367, 400, 451, 486, 516
- Tumringen 466, 512, 546
 - Wybert GmbH 59, 170, 274, 317, 367
- Ludwigsburg** 501, 519
- Schloss 196
- Lübeck** 129
- Maas** 138
- Mainfranken** 373
- Mainz** 468
- Akademie der Wissenschaften und der Literatur 409–411
 - Institut für Europäische Geschichte 410, 424
- Marburg** 515, 527
- Markelstiftung** 342
- Marshallplan** 141, 254f, 495
- Marxismus** 576
- Max-Planck-Gesellschaft** 201

- Memel** 138
- Menschenrechte** 27, 254f
- Militärischer Abschirmdienst** 567
- Militarismus** 40, 269, 271
- Monarchie, Kaisertum**
 – konstitutionelle 29
 – parlamentarisches Volkskaisertum 17
- Montan-Union**, s. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
- München** 110, 190, 244, 277, 293, 295, 418
 – Haus der (Deutschen) Kunst 330
 – Künstlergenossenschaft 330
 – Kultusministerkonferenz (1946) 341
 – Technische Hochschule 554
 – Universität 321, 418f
- Murrhardt** 555
- Nassau** 190
- Nation, Nationalismus** 40, 136, 209, 269, 271f
 – Kulturnation 27, 38, 40, 48, 50
- Nationales Olympisches Komitee** 208, 245
- Nationalfeiertag** 451–453, 579–581
- Nationalflagge** 156, 385, 581
- Nationalhymne** 35–37, 137–139, 156, 185, 208, 216–219, 245f, 284–286, 307–310, 326–330, 336–339, 561f, 581
 – Deutschlandlied 35–37, 137f, 198, 208, 216, 219, 245f, 285, 307–310, 328f, 336f, 561f
 – Hymne an Deutschland 35–37, 186, 191f, 197f, 207–209, 216, 284f, 328
 – Hymne der DDR 139
 – Marseillaise 216f
- Nationalliberale Partei** 389
- Nationalsozialer Verein** 515
- Nationalsozialismus, nationalsozialistische Herrschaft, „Drittes Reich“, Deutsches Reich (1933–1945)** 26, 30, 34f, 37–40, 42–46, 109, 116, 126, 132f, 135f, 144, 158, 175, 188, 197, 221, 267, 277, 291, 293, 313, 320f, 331, 340, 359, 377, 380, 421, 452, 493, 526, 556, 558f, 561, 571, 579
 – Auswärtiges Amt 171
 – Deutscher Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft 188
 – Horst-Wessel-Lied 35, 137f, 217, 328, 562f
 – Kinofilm „Jud Süß“ (1940) 44, 204f, 556, 558f
 – Konzentrations- und Vernichtungslager
 – Auschwitz 45, 244, 391
 – Bergen-Belsen 391, 437f, 567
 – Buchenwald 207, 244, 391
 – Dachau 197, 391
 – Mauthausen 124, 266, 391
 – Oranienburg 391
 – Ravensbrück 391
 – Sachsenhausen 197
 – Theresienstadt 391, 438
 – Mord an den europäischen Juden, Holocaust 41f, 231, 391f
 – Deportationen 45, 171
 – NS-Verbrechen 41f, 123, 391
 – Regierung 577
 – Reichsbahndirektorium 125
 – Reichserntedankfest 579
 – Reichskriegsgericht 574
 – Reichsprogromnacht (1938) 301
 – Reichspropagandaministerium 459
 – Reichssicherheitshauptamt 391
 – Reichsvertretung der Deutschen Juden 124, 266, 391
 – Röhm-Affäre, „Röhm-Putsch“ (1934) 43, 573
 – Sicherheitsdienst 391
 – Sicherheitspolizei 391
 – „Tag von Potsdam“ (21. 3. 1933) 158
 – „Volksgemeinschaft“ 42
 – Volksgerichtshof 418
 – Wehrmacht 120, 130, 195, 263, 574
 – Widerstand 43f, 128, 320, 466f, 482, 567, 574
 – Attentat vom 20. Juli 1944 43f, 130f, 271, 451, 466f, 483, 558, 564, 567, 573, 576, 580
 – Solf-Kreis 253
 – „Weiße Rose“ 43, 418
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)** 133f, 263, 413, 568
- NATO**, s. North Atlantic Treaty Organization
- Naumann-Kreis** 58, 297, 388, 464
- Neckar-Kanal-AG** 266
- Neonazismus** 269, 271
- Neues Testament** 363
- Neuss** 190
- Neustadt an der Weinstraße** 164f, 300
- Niederlande, Holland** 308, 317, 561
- Niedersachsen** 166, 196, 305, 405, 503
 – Landtag 339

- Nobelpreis** 188, 555
 – Friedensnobelpreis 497, 499
- Nordafrika** 565
- Nordrhein-Westfalen** 125, 196, 294, 305
 – Innenministerium 150
 – Landesregierung 348f
- Nordschleswig** 203f
- Nordwestdeutscher Rundfunk** (NWDR)
 400f, 478, 499
- North Atlantic Treaty Organization** (NATO)
 217, 271, 286, 329
- Norwegen** 308
 – Regierung 308
- Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft** 220
- NSDAP**, s. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
- Nürnberg** 268, 371
 – Germanisches Nationalmuseum 50, 267f, 379
 – Sprengmeister 293f
- NWDR**, s. Nordwestdeutscher Rundfunk
- Ochsenfurt** 373
- Oder** 292
- Oder-Neiße-Linie** 287, 537
- Österreich** 200, 432
 – Wien 319
- Oldenburg** 305
- Olympiade**
 – Winterolympiade Oslo (1952) 307f
- Orden, Auszeichnungen** (Bundesrepublik)
 37, 309
 – Bundesverdienstorden 37f, 45, 260–264, 293–297, 313–315, 370, 388, 405, 414f, 438, 453, 470, 477, 502–504, 548, 556, 558f
 – Militärorden 260, 262f
 – Pour le mérite (Friedensklasse) 38f, 49, 187–189, 200–202, 353f, 358–361, 388, 414–416, 539–544, 549–551, 577f
 – Insignien 359–361
 – Ordenskanzler 38, 361
 – Protektorat 38, 539, 550, 577
 – Satzung 361, 539
 – Silbernes Lorbeerblatt 37, 145–147, 207f, 566
 – Titelverleihungen 370
- Ostasiatischer Verein** 115
- Ostelbien** 306
- Parlament, Parlamentarismus, Gesetzgeber, Legislative** 15f, 18, 23, 29, 54, 233, 235, 297f, 334, 395, 451
- Parlamente, Repräsentativversammlungen, Volksvertretungen, deutsche** (chronologisch)
 – Landtag Württemberg (bis 1918) 376
 – Frankfurter Nationalversammlung, Paulskirche (1848/49) 550f
 – Abgeordnetenhaus, Zweite Kammer des Preußischen Landtags (1850–1918) 389
 – Indemnitätsvorlage (1866) 389
 – Verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung (1919/20) 299, 324
 – Verfassungsausschuss 235
 – Reichstag, Deutscher (1919–45) 126, 129, 158, 210, 404, 459, 492f, 514, 573
 – Kriegsbeschädigtenausschuss 113
 – Kulturausschuss 514
 – Verfassungsgebende Landesversammlung Württemberg-Baden (1946) 18, 184
 – Landtag Württemberg-Baden (1946–52) 113, 120, 299, 404
 – Untersuchungsausschuss „Ermächtigungsgesetz“ (1947) 126, 404
 – Verfassungskonvent Herrenchiemsee (1948) 19
 – Parlamentarischer Rat (1948/49) 18f, 48, 52, 108, 112, 155, 170, 184, 210–212, 217, 236, 301, 313, 430f, 456, 460, 553
 – Plenum 18
 – Verfassungsgebende Landesversammlung Baden-Württemberg (1952/53) 486
 – Ältestenrat 486
 – Landtag Baden-Württemberg (ab 1952) 431
- Passau** 306
- P.E.N.** 49, 289, 447
- Petersberg bei Bonn** 261, 263, 271
- Pleven-Plan** 271
- Polen** 287, 537
- Portugal** 567
- Presseagenturen**
 – Associated Press (ap) 208, 313
 – Deutsche Presseagentur (dpa) 120, 239, 241, 293
 – Evangelischer Pressedienst 120f
 – Reuter 238
- Pressefotografen** 239–241

- Preußen** 305
 – Heeresreform (1860) 389
 – Staatsministerium 521
- Preußische Akademie der Künste** 410
- Preußische Akademie der Wissenschaften**
 201, 410
- Rat für Formgebung** 356f
- Ravensburg** 291
- Recklinghausen** 560
- Reformation** 424f
- Rektorenkonferenz, s.**
 Hochschulrektorenkonferenz
- Republik Kongo** 499
- Reutlingen** 299
- Revolutionen**
 – Revolution in Deutschland (1848/49)
 316
 – Revolution in Deutschland (1918) 393
- Rheinland-Pfalz** 222, 285, 294, 313, 322,
 454, 503
 – Landesregierung 314, 410, 454
- Rheinpfalz** 190, 305
- Rhöndorf** 326
- Robert Bosch GmbH** 281–283
 – Bosch-Jugendhilfe 342
- Römisches Reich**
 – Westrom 454
- Rom** 246
- Romantik** 268, 381
- Rostock** 306
- Rotes Kreuz**
 – Deutsches Rotes Kreuz 33, 460–463
 – Internationales Rotes Kreuz 319
- Ruhrbehörde, internationale** 121
- Ruhrindustrie** 331
- Rumänien** 287
- Rundfunk** 56
- Saarland, Saargebiet** 387, 504
- Sachsen-Anhalt** 306
- Säkularisierung** 218f
- Sängerbastei** 218
- Salzburger Festspiele** 488
- Schaumburg-Lippe** 305
- Schleswig** 561
- Schleswig-Holstein** 203, 305, 329
- Schleswig-Holstein-Gemeinschaft** 203
- Schorndorf** 159
- Schuman-Plan** (1950) 302
- Schutzbund für Grenz- und
 Auslandsdeutsche** 497
- Schutzgemeinschaft Deutscher Wald** 190
- Schutzverband Deutscher Autoren** 220
- Schutzverband deutscher Schriftsteller**
 220, 289, 356, 514, 535
- Schwaben** 521
- Schwäbisches Oberland** 334
- Schwarzwald** 132, 568
- Schweiz** 20, 167, 174, 187, 235, 291, 319, 380,
 414, 546
 – Basel
 – Gaba AG 367
 – Bürgenstock 182
 – Tessin 273, 303, 350
 – Locarno 273f, 350, 534
 – Montagnola 303
 – Vierwaldstättersee 167
 – Zürich 320
- SED, s.** Sozialistische Einheitspartei
 Deutschlands
- Sender Freies Berlin** 402
- Siebengebirge** 149
- Siegel** 156
- Sowjetunion, UdSSR** 179, 287, 297, 537
 – Geheimdienst 568
 – Moskau 298
 – Regierung 506
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands**
 (SPD) 20, 31, 37f, 47, 53, 110, 129, 169, 259,
 264, 285, 309f, 315, 337, 344, 369, 381–384,
 427, 464, 476, 503, 515, 553
 – Bundestagsfraktion 47, 110, 113, 119, 393,
 451, 516
 – Landesverband Baden-Württemberg 54,
 334, 343f, 346, 480
 – Landesverband Bayern 344, 347
 – Landesverband Bremen 347
 – Landesverband Rheinland-Pfalz 313f
 – Reformismusstreit 344
- Sozialismus** 383
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands**
 (SED) 231, 369, 506

- Spanien** 567
 – deutsche Internierte 114f
- SPD**, s. Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- Speyer** 48, 305, 544
 – Dom 545
- Springe im Deister** 512
- St. Goar** 150
- Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder** 36, 222, 284–286
- Stein bei Nürnberg** 371
- Stralsund** 306
- Studentenverbindungen, Korporationen, Burschenschaften** 16, 320–322, 406
- Stuttgart** 112, 130, 160, 170, 174, 188, 197, 213, 282, 295, 299, 319, 323f, 334, 340, 343, 356, 371, 387, 421, 462f, 502, 518–520, 523
 – Bad Cannstatt 159
 – Degerloch 497
 – Deutsches Auslandsinstitut bzw. Institut für Auslandsbeziehungen 274f, 324, 351
 – Feuerbach 500
 – Konditoren-Ausstellung (1951) 239
 – Max-Kade-Haus 520
 – Sillenburg 519
 – Staatsgalerie 32
 – Technische Hochschule 31, 340, 519f, 554
 – George-Washington-Institut für Amerikakunde 423
 – George Washington-Memorial-Library 423
 – Waldfriedhof 362, 373, 518
 – Württembergische Landesbibliothek 419, 422, 442, 523
- Südwestfunk** 169
- Südweststaat**, s. Baden-Württemberg
- Sylt** 352
- Tirol** 561
- Trier** 453–455
 – Konstantin-Basilika 453–455
- Triest** 489
- Tschechoslowakei** 287
- Tübingen** 184, 201, 275, 321, 515, 522, 549
 – Universität 31, 176, 183
- Turnerfeste** 218
- Überlingen** 150
- Ungarn** 287
- UNO**, s. Vereinte Nationen
- Unterbalzheim** 176
- USA**, s. Vereinigte Staaten von Amerika
- Utrecht** 380
- Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands** 512
- Verband deutscher Studentenschaften** 418
- Verein der Finanzbeamten in Bayern** 242
- Vereinigte Staaten von Amerika (USA)** 40, 109, 115, 124, 135, 141, 172, 254, 267, 287, 298, 316, 319, 326f, 377, 400, 520f, 537, 566
 – Brain Trust 140
 – Containment-Politik 297
 – Demokraten 327
 – Exportmesse (1949) 356
 – Geheimdienst 568
 – New Deal 140
 – New York 174, 518
 – Republikaner 327
 – Senat 316
 – Stanford University 301
 – Unabhängigkeitserklärung (1776) 27, 254
 – Yale University 409
 – Zweiter Kontinentalkongress (1776) 254
- Vereinte Nationen** 287
- Vergangenheitspolitik, Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus** (ab 1945) 28, 39–46
 – „Kollektivscham“ 41, 122f, 274
 – „Kollektivschuld“ 41, 391f
 – NS- und Kriegsverbrecher 40, 45, 207, 244
 – Landsberger Häftlinge 45f, 161f, 206f
 – Nürnberger Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher und Nachfolgeprozesse 45, 160, 162, 171, 179, 391
 – Gnadenausschuss 160, 162, 171f, 206
 – „Wilhelmstraßenprozess“ (1947/49) 171f
- Verlage**
 – Nest-Verlag GmbH 439
 – Nymphenburger Verlag 109
 – Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins 283, 458
 – Safari-Verlag 228, 247, 278
- Verträge, Abkommen** (chronologisch)
 – Friedensvertrag von Versailles (1919) 148
 – Flottenabkommen Deutsches Reich – Großbritannien (1935) 148

- Potsdamer Abkommen/Konferenz (1945) 282, 287, 537
- Petersberger Abkommen (1949) 121
- Luxemburger Abkommen (1952) 42, 435f
- Deutschlandvertrag, Generalvertrag (1955) 217, 299, 327f, 334

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge 280f, 379

Volkstrauertag 57, 385

Vormärz 218

Währungsreform 179

Wahlen, Wahlkämpfe (chronologisch)

- Reichstag (1903) 383
- Bundespräsident (1949) 20, 107, 109f, 299, 429–431, 458, 492, 497
- Bundestag, Deutscher (1949) 20
- Volkskammer DDR (1950) 181, 183
- Bundestag, Deutscher (1953) 55, 429–431, 451, 453, 455–457, 465, 467, 480, 485, 510, 513
- Bundespräsident (1954) 465, 552f, 557f, 565

Wappen 156

Weimarer Reichsverfassung 37, 129, 148, 155, 186f, 212, 577, 580

- Plebiszite 235
 - Fürstenenteignung (1926) 235
 - Panzerkreuzer A (1928) 235
 - Young-Plan (1929) 235

Weimarer Republik, Deutsches Reich

- (1918–1933) 17f, 26–28, 38, 47f, 51, 105, 110, 129, 148, 158, 187, 204, 210f, 235, 275, 293, 320, 345, 470, 492, 502, 540, 573, 580
- Enquête-Ausschuss 141
 - Hitler-Ludendorff-Putsch (8./9. 11. 1923) 579
 - Kapp-Lüttwitz-Putsch (1920) 130
 - „Mittwochabende“ 494
 - Rat der Volksbeauftragten 141, 402
 - Reichskabinett 22
 - Reichskanzlei 521
 - Reichspräsident 18, 22, 105, 155, 402
 - Reichsrat 404
 - Reichswehr 130
 - Reichszentrale für Heimatdienst 390
 - Sozialisierungskommission 141

Weinbaukongress, deutscher 164

Weinkönigin 57, 164f, 301, 509

Weinlesefest 164

Weltkriege

- Erster Weltkrieg (1914–1918) 130, 200, 256, 274, 280, 309, 319, 383, 445, 519, 567
 - „Burgfriede“ 383
 - Flandernschlacht (1914) 309
 - Julikrise (1917) 403
 - Langemarck (10. 11. 1914) 309, 372
- Zweiter Weltkrieg (1939–1945) 28, 132, 157, 256, 268, 308, 329, 413, 438, 453, 459, 489, 520, 537
 - Alliierte 42
 - Bombenkrieg 42
 - Flucht, Vertreibung 28, 42, 203, 287, 510
 - Kriegsgefangene, Russlandheimkehrer 510, 513
 - Unternehmen „Weserübung“ (1940) 308
 - Westwall 295, 314, 453, 503

Weltwirtschaftskrise 140

Westdeutscher Rundfunk 401

Westeuropäische Union (WEU) 217

WEU, s. Westeuropäische Union

Wiederbewaffnung, Remilitarisierung 25f, 28, 40, 46, 52, 126, 167, 178, 181, 185, 194f, 198, 234, 237f, 269, 271, 286f, 309, 343, 381, 393, 442, 457, 464

- „Ohne-mich-Bewegung“ 236
- Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für einen Friedensschluss (1951) 52f, 234–238
- Wehrpflicht 52

Wiesbaden 377

- Forschungsstelle für Volkpsychologie 216
- Theater 241

Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesrepublik 140f, 412, 510

- Fünfjahrespläne 140
- Generalstreik 15
- Löhne 15
- Mitbestimmungsrecht 15
- Preise 15
- Vierjahrespläne 140
- Wirtschaftskommission 140
- „Wirtschaftswunder“ 32, 426

Wochenschauen, (Neue) Deutsche 56, 378f, 508f

Worms 301

- Synagoge 300f

Württemberg 31, 159, 174, 196, 291, 305, 318, 368, 430, 487, 501, 525
 – Nordwürttemberg 334
 – Südwürttemberg 334
 – Württembergische Bibliotheksgesellschaft 491

Württemberg-Baden 126, 159, 196, 284, 295, 299, 304f, 342, 554
 – Kultusministerium 137, 221, 339–341, 532
 – Regierung 258

Württemberg-Hohenzollern 222, 304f, 334f, 503

Würzburg 371

– Marienberg, Festung 373

Zeitungen, Zeitschriften

– Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland 277, 386f
 – Argentinisches Tageblatt 500
 – Aufbau. Das jüdische Monatsmagazin 42, 277, 470f
 – Berliner Tageblatt 324
 – Bild 56, 513f
 – Bosch-Zünder 282
 – Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 169
 – Das Neue Vaterland 238
 – Der Deutsche Volkswirt 317, 491
 – Der Kunstwart 421
 – Der Spiegel 209
 – Deutsche Politik 108
 – Deutsche Tagespost 353
 – Deutsche Zeitung 535
 – Die Gegenwart 216
 – Die Hilfe 344, 459, 491

– Die Neue Zeitung 153f, 244, 302, 338, 387
 – Die Welt 246f
 – Die Zeit 125, 376
 – Frankfurter Allgemeine Zeitung 181, 246f, 340, 370, 390, 570f
 – Frankfurter Zeitung 129, 188, 229, 354, 415, 549
 – Generalanzeiger 134
 – Hessische Nachrichten 15f, 232, 234
 – Kölnische Rundschau 168
 – März 204, 445
 – National-Zeitung (Basel) 193
 – Neckar-Zeitung 107, 201, 387, 491
 – Neudeutsche Bauzeitung 421
 – Neue Illustrierte 198
 – Neue Zürcher Zeitung 559
 – Neues Deutschland 237, 338
 – Photo-Magazin 510
 – Propyläen 420f
 – Rhein-Neckar-Zeitung 221
 – Rheinische Post 191
 – Rheinischer Merkur 192, 219, 353–355, 513
 – Staatszeitung und Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz 424
 – Stuttgarter Nachrichten 380
 – Stuttgarter Zeitung 106, 126, 501, 534
 – Tagesspiegel 128
 – The Nation 320
 – Vossische Zeitung 470
 – Wiesbadener Kurier 323

Zentralafrika 499

– Ogowe 499

Zentrum, s. Deutsche Zentrumspartei

Zwickau 492